



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

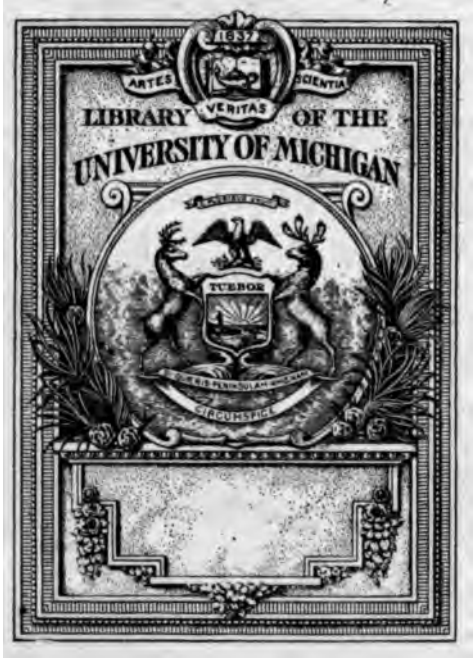
- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

B 1,074,435





D
39
57

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben

von

Hans Delbrück.

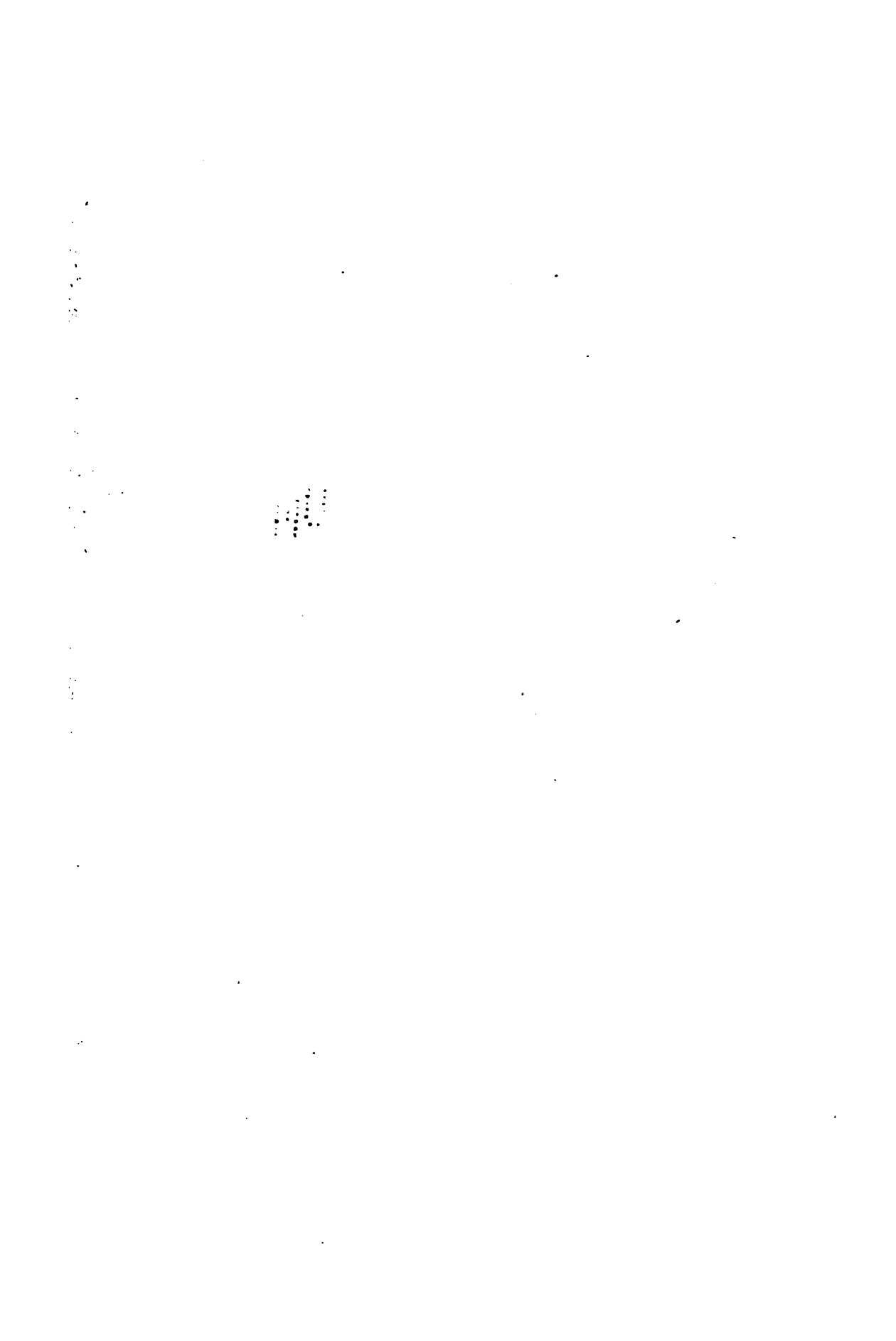
Achtundvierzigster Band.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1889.



Inhaltsverzeichniss.

Batum.

1886.	Juli	3.	Russland. Notiz an die Signatarmächte des Berliner Vertrages. Darlegung der Unzuträglichkeiten, welche die Freihafenstellung Batums für die Stadt, die Umgebung und den russischen Staat gehabt hat, und Anzeige der beabsichtigten Schliessung des Freihafens	9476.
„	„	3.	England. Min. d. Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. Berichtet über die von ihm erhobenen Einwände gegen die Berechtigung Russlands, den Freihafen von Batum zu schliessen, bei Anzeige dieser Absicht durch den russischen Botschafter	9477.
„	„	13.	— Min. d. Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. Erklärt die Aufhebung des Freihafens von Batum als eine Verletzung des Berliner Vertrages: England könne im Interesse der Unverletzlichkeit internationaler Abmachungen daher das russische Verfahren nicht anerkennen, noch darein willigen	9478.
„	„	22.	Russland. Min. d. Ausw. an den Botschafter in London. Antwort auf die englischen Vorstellungen. Giers erklärt die Batumangelegenheit lediglich für eine innere Angelegenheit Russlands und hält seine Ansicht, dass die Errichtung des Freihafens aus freiwilligem Entschlusse des Czaren Alexander II. hervorgegangen und keine vertragsmässige Verpflichtung Russlands sei, aufrecht	9479.

Birma und Tibet.

1886.	Juli	24.	England und China. Vertrag über die Herrschaft Englands in Birma und den Handel an den Grenzen von Birma und China und von Indien und Tibet	9487.
-------	------	-----	---	-------

Bulgarische Revolution. (Vgl. Bd. 47.)

1886.	Oct.	18.	England. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Die Sobranje wird nur die Fürstenwahl vornehmen; lehnt der Gewählte ab, so werden die Bulgaren den Fürsten Alexander zurückrufen	9413.
„	„	19.	— Min. d. Ausw. an den Vertreter in Sophia. Instruction.	9414.
„	„	19.	— Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Gadban Effendi unterstützt die russische Forderung betreffs Verschiebung der Sobranje und erklärt, dass zwischen Russland und der Türkei ein Einverständniss betr. der bulgarischen Frage erzielt sei	9415.

1886.	Oct.	19.	Russland. Ausserordentl. Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. d. Ausw. Beschwerde über angeblich von der bulg. Regierung während seiner Reise und von der Regierungspartei im Lande begangene Ausschreitungen.	9416.
"	"	19.	Italien. Min. d. Ausw. an den Vertreter in Sophia. Instruction	9417.
"	"	20.	Russland. Vertreter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Erhebt erneute Beschwerden über die angeblich von der Regierung ausgeübten Bedrückungen der Oppositionspartei	9418.
"	"	21.	England. Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. Es erscheint unvorthellhaft, dass Lascelles allein von den Vertretern der Grossmächte nach Tirnowa reise.	9419.
"	"	22.	— Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Wünscht lieber selbst nach Tirnowa zu gehen, als durch einen Sekretär vertreten zu sein	9420.
"	"	22.	Bulgarien. Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Sophia. Zeigt an, dass die grosse Sobranje sofort nach ihrem Zusammentritte in Tirnowa zur Fürstenwahl schreiten werde	9421.
"	"	22.	— Min. d. Ausw. an den russ. Vertreter in Sophia. Antwort auf das Beschwerdetelegramm des Generals Kaulbars aus Rutschuk	9422.
"	"	22.	— Min. des Ausw. an den russ. Vertreter in Sophia. Ersucht um Angabe besonderer Fälle anstatt genereller Beschwerden über angebliche Bedrückungen der Oppositionspartei durch die bulg. Regierung und ihre Anhänger	9423.
"	"	22.	England. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Kaulbars will hinfort die bulg. Regierung ignoriren; Besorgniss, das Ministerium werde dem russ. Drucke vielleicht erliegen	9424.
"	"	23.	— Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Aeusserungen Gadban Effendi's über den Zweck seiner Mission, Kaulbars' über das Ergebniss seiner Reise	9425.
"	"	24.	Russland. Min. des Ausw. an die Botschafter bei den Grossmächten. Erklärt die von den bulg. Regenten einberufene Sobranje und alle von derselben in Zukunft gefassten Beschlüsse für ungesetzlich	9426.
"	"	25.	— Min. des Ausw. an die Botschafter bei den Grossmächten. Erklärt die Unmöglichkeit für Russland, im Falle eines summarischen Verfahrens der bulgarischen Regenten gegen die wegen der Verschwörung gegen den Fürsten verhafteten Officiere seine Zurückhaltung weiter zu beobachten, und ersucht die Grossmächte um ihre Mitwirkung zur Verhinderung dieses äussersten Schrittes	9427.
"	"	25.	England. Vertreter in Constantinopel an den Min. des Ausw. Die Pforte bestreitet die Nothwendigkeit der Entsendung russischer Kriegsschiffe nach Varna	9428.
"	"	25.	Serbien und Bulgarien. Vertrag über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten und die Beilegung der schwebenden Streitigkeiten	9429.
"	"	26.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Anfrage, ob die verbrannte Fahne des Strumski-Regimentes die von der Stadt Samara einst einer Druschina bulgarischer Freiwilliger geschenkt ist	9430.
"	"	26.	Italien. Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. Seine Antwort auf die russische Erklärung; Instruction	9431.
"	"	27.	— Min. des Ausw. an den Botschafter in Wien. Antwort Kalnokys auf die russische Anzeige der Nichtanerkennung der Sobranje und Zustimmung Robilants zu derselben	9432.

1886.	Oct.	27.	England. Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. Wünscht genaue Auskunft über den Stand der Dinge in Varna	9433.
"	"	27.	— Botschafter in Constantinopel an den Min. des Ausw. Russland bezeichnet als Zweck der Entsendung von Kriegsschiffen nach Varna allein den Schutz seiner Unterthanen; die Pforte wird keine Kriegsschiffe dahin schicken	9434.
"	"	27.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Erklärt den Grund der Ankunft der russischen Kriegsschiffe vor Varna	9435.
"	"	28.	England. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Ueber Sophia ist der Belagerungszustand verhängt; Karaweloff hat die Unterzeichnung dieses Beschlusses verweigert	9436.
"	"	28.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Ersucht um sofortige Freilassung der wegen Theilnahme am Staatsstreiche verhafteten Officiere	9437.
"	"	28.	Türkei. Der Grossvezier an den türk. Vertreter in Sophia. Beauftragt ihn, auf die Aufschiebung des Verfahrens gegen die Verschwörer bei der bulgarischen Regentschaft hinzuwirken	9438.
"	"	28.	Russland. Min. des Ausw. an den Botschafter in London. Theilt die von Kaulbars gemeldeten Gewaltthaten der bulgarischen Behörde in Dubnitza mit	9439.
"	"	28.	England. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Meldet die Forderungen und Drohungen des russischen Consuls in Varna	9440.
"	"	29.	Bulgarien. Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. Antwort auf die Freilassung der verhafteten Verschwörer	9441.
"	"	29.	England. Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. Russland erklärt die Einsetzung eines Fürsten in Bulgarien für nöthig, schlägt aber keinen Kandidaten vor	9442.
"	"	29.	— Vertreter in Belgrad an den Min. des Ausw. Stransky ist als ständiger Vertreter Bulgariens in Sophia angenommen worden	9443.
"	"	30.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Erwartet binnen 3 Tagen wirksame Maassregeln zur Einstellung der Gewaltthaten gegen die unter russischem Schutze stehenden Personen, widrigenfalls er mit dem gesammten russischen Vertreterpersonal das Land verlassen wird	9444.
"	"	30.	Bulgarien. Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Vertreter in Sophia. Ubersendet einen Erlass des bulgarischen Ministers des Innern an die Behörden betreffs des Schutzes der unter russischer Protektion stehenden Personen und ersucht um Mittheilung der speciellen Fälle von Vergewaltigung derselben	9445.
"	"	30.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Lehnt die gewünschten Unterweisungen ab und erklärt, bei der ersten Nachricht eines irgendwo vorgefallenen Gewaltaktes abzureisen	9446.
"	"	31.	Bulgarien. Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. Der Befehl zur Freilassung der verhafteten Officiere ist gegeben worden	9447.
"	"	31.	— Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. Zeigt die Freilassung der verhafteten Verschwörer an	9448.

1886.	Oct.	31.	Bulgarien. Botschaft der Regenten an die grosse Sobranje bei deren Eröffnung in Tirnowa	9449.
"	"	31.	England. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Erklärt die von Kaulbars gemeldeten Gewaltthaten der bulgarischen Behörden in Dubnitsa für unrichtig und übertrieben	9450.
"	Novbr.	1.	— Botschafter in St.-Petersburg an den Min. des Ausw. Auslassungen Giers' über die Entsendung russischer Kriegsschiffe nach Varna und das von Kaulbars der bulgarischen Regierung gestellte Ultimatum	9451.
"	"	2.	— Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Bericht über russische Ausschreitungen in Varna	9452.
"	"	3.	— Botschafter in St.-Petersburg an den Min. des Ausw. Bericht über eine Unterredung mit Giers, betreffend die angekündigte Abreise des Generals Kaulbars und die Neuwahl eines Fürsten in Bulgarien	9453.
"	"	5.	— Consulssekretär Graves in Tirnowa an den Min. des Ausw. Bericht über einen Aufstand in Burgas	9454.
"	"	6.	Bulgarien. Min. des Ausw. an die Vertreter der Mächte in Sophia. Ersucht um möglichst schleunige Namhaftmachung eines Candidaten für den bulg. Fürstenthron	9455.
"	"	7.	Italien. Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. Antwort Italiens auf das bulg. Circular betr. Namhaftmachung eines Throncandidaten	9456.
"	"	8.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Fordert sofortige Annahme der chiffirten Depeschen des russ. Consuls in Burgas durch das Telegraphenam	9457.
"	"	9.	England. Botschafter in Constantinopel an den Min. des Ausw. Der russische Viceconsul in Burgas hat die Auslieferung Nabokoffs gefordert	9458.
"	"	10.	Bulgarien. Die Regenten und Minister an den Prinzen Waldemar von Dänemark. Anzeige der auf ihn gefallenen Wahl zum Fürsten von Bulgarien	9459.
"	"	10.	England. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Meldet den Rücktritt Karaweloffs von der Regentschaft.	9460.
"	"	10.	Italien. Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. Oesterreichische Vorstellungen bei Russland und deren Beschwichtigung durch Giers; Russland wird bald einen Throncandidaten vorschlagen	9461.
"	"	11.	— Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. Russischer und italienischer Standpunkt gegenüber der bulg. Sobranje	9462.
"	"	11.	Russland. Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. Macht die bulgarische Regierung auf die grausame Behandlung der Aufständischen in Dubnitsa und Burgas aufmerksam	9463.
"	"	12.	Bulgarien. Min. des Ausw. an den russ. ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. Bericht über die Freilassung der bei dem Aufstande in Burgas verhafteten russischen Offiziere	9464.
"	"	12.	— Min. des Ausw. an den russ. ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. Weist die Beschwerde über schlechte Behandlung der in Burgas und Dubnitsa gefangenen Anführer als unbegründet zurück	9465.
"	"	12.	England. Min. des Ausw. an den Botschafter in Rom. Bericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter über die Throncandidatur des Fürsten von Mingrelien	9466.
"	"	13.	Italien. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Meldet die ablehnende Antwort des Königs von Dänemark, die Ergänzung der Regentschaft, die Abordnung einer bulg. Deputation an die Grossmächte und die Vertagung der Sobranje	9467.

1886.	Novbr.	14.	Italien. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Kaulbars fordert von der bulg. Regierung unter Androhung des Abbruchs der Beziehungen die Absetzung der Behörden in Philippopol	9468.
"	"	18.	— Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Erklärung des Generals Kaulbars an die bulg. Regierung über den Abbruch der Beziehungen zu ihr und seine Abreise mit der gesammten russ. Vertretung	9469.
"	"	18.	— Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Kaulbars hat den von Natschewitsch erbetenen Aufschub der Ultimatumfrist abgelehnt	9470.
"	"	19.	England. Min. des Ausw. an den Botschafter in Constantinopel. Stellung Englands zur bulg. Fürstenthwahlfrage	9471.
"	"	20.	Italien. Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. Bericht über Kaulbars' Abreise	9472.
"	"	23.	Russland. Min. des Ausw. an den Botschafter in London. Exposé über die Ziele und den Erfolg der Sendung des Generals Kaulbars	9473.
"	Dec.	3.	Türkei. Min. des Ausw. an die Botschafter bei den Grossmächten. Erklärt sich für die Wahl des Fürsten von Mingrelien und ersucht die Mächte, diese Candidatur zu unterstützen	9474.
"	"	8.	England. Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. Standpunkt Englands zur gegenwärtigen Lage in Bulgarien	9475.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle. (Vgl. Bd. 47 u. vorg.)

1847.	Juni	19.	Grossbritannien-Frankreich. Vertrag in Bezug auf die Unabhängigkeit der Inseln Huahine, Raiatea und Borabora.	9598.
1881.	Mai	23.	Deutschland. Abkommen zwischen dem deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn wegen Verlängerung des Handelsvertrages vom 23. Mai 1881	9580.
1886.	Juli	3.	— Vertrag zwischen dem Reich und Serbien, betr. den gegenseitigen Schutz der gewerblichen Muster und Modelle	9577.
"	"	24.	England und China. Vertrag über die Herrschaft Englands in Birma und den Handel an den Grenzen von Birma und China und von Indien und Tibet.	9487.
"	Dec.	24.	Centralamerika. Schiedsrichterspruch des Präsidenten der Verein. Staaten zwischen den Republiken Costa Rica und Nicaragua, betr. den Grenzfluss San Juan	9582.
1887.	Juli	21.	Deutschland. Meistbegünstigungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaate Paraguay	9578.
"	Sept	20.	— Freundschafts, Handels-, Schifffahrts- und Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Guatemala	9579.
"	Novbr.	16.	Frankreich und Grossbritannien. Vertrag betr. die Neuen Hebriden und die Tahitiinseln	9630.
"	"	16.	Niederlande. Internationaler Vertrag zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern auf hoher See	9581.

Deutsch-österreichisches Bündniss 1879.

1879.	Oct.	7.	Deutsches Reich und Oesterreich-Ungarn. Veröffentlichung im deutschen Reichsanzeiger, der Wiener Abendpost und dem Pester Lloyd vom 3. Februar 1888	9539.
-------	------	----	---	-------

Das deutsch-österreichische Bündniss und Russland.

1887.	April	20.	Deutschland. Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 20. April 1887	9540.
-------	-------	-----	---	-------

VIII Sachregister. — Das deutsch-österr. Bündn. u. Russl. — Deutschl. u. Frankr. 1887.

1887.	April	27.	Deutschland. Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 27. April 1887	9541.
„	„	28.	— Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 28. April 1887.	9542.
„	„	30.	Oesterreich-Ungarn. Artikel des „Pester Lloyd“ vom 2. Mai 1887.	9543.
„	Mai	2.	Deutschland. Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 2. Mai 1887	9544.
„	„	3.	— Artikel der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ v. 3. Mai 1887.	9545.
„	„	5.	— Antwort der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 5. Mai 1887 auf den Artikel des „Pester Lloyd“ vom 2. d. M.	9546.
„	„	6.	— Artikel der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ v. 6. Mai 1887.	9547.
„	„	7.	— Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7. Mai 1887.	9548.
„	„	11.	— Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 11. Mai 1887	9549.
„	„	12.	Oesterreich-Ungarn. Artikel des Wiener „Fremdenblattes“ vom 12. Mai 1887	9550.

Diplomatische Fälschungen.

1887.	Dec.	31.	Deutschland. Veröffentlichung im Deutschen Reichs-Anzeiger am 31. December 1887	9538.
-------	------	-----	---	-------

Deutschland, Frankreich und Russland im Jahre 1875.

1887.	Mai	15.	Frankreich. General le Flo, von 1871—1879 Botschafter in St.-Petersburg: Aufzeichnungen über seine erfolgreichen Bemühungen, die Intervention des Czaren Alexander II. gegen den von Deutschland 1875 angeblich geplanten Angriff auf Frankreich zu erreichen	9480.
„	„	22.	— Min. des Ausw. an die hervorragendsten Pariser Zeitungen. Erklärt, dass General Leflo zur Veröffentlichung der im Figaro abgedruckten Aktenstücke nicht ermächtigt war	9481.
„	„	26.	Oesterreich-Ungarn. Mittheilung des Pester Lloyd vom 26. Mai 1887 bei Besprechung der Leflo'schen Veröffentlichung	9482.
„	„	26.	Türkei. Officielle Kundgebung in der Constantinopler Zeitung „La Turquie“ vom 26. Mai 1887	9483.
„	Juni	1.	Deutschland. Mittheilungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 1. Juni 1887	9484.
„	„	2.	Frankreich. General Leflo an die Redaction des Figaro. Hält gegenüber dem türk. Dementi seine Auffassung der Mission des Herrn v. Radowitz aufrecht	9485.
„	„	3.	Deutschland. Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 3. Juni 1887	9486.

Deutschland und Frankreich 1887.

1887.	April	28.	Deutschland. Staatssekretär im Reichs-Amt des Ausw. Graf Herbert Bismarck an den französischen Botschafter in Berlin. Erklärung über die Gründe der Freilassung des am 20. April auf deutschem Gebiete wegen Spionage verhafteten französischen Grenzkommissars Schnäbele	9596.
„	„	28.	— Mittheilung des Reichsjustizamts an die Norddeutsche Allg. Ztg. Amtliche Darstellung der Gründe für die Verhaftung Schnäbele's und deren Ausführung zur Berichtigung der namentlich in der französischen Presse verbreiteten falschen Berichte	9597.

Internationale Zuckerkonferenz in London.

1887.	Jan.	5.	Grossbritannien, Botschafter in Paris an den Min. des Ausw. Anfrage betr. Theilnahme an einer internationalen Zuckerkonferenz	9551.
„	März	28.	Frankreich, Min. des Ausw. an den engl. Botschafter. Bereitwilligkeit Frankreichs zu einer internationalen Verständigung über die Zuckerfrage	9552.
„	Juli	2.	Grossbritannien, Cirkularschreiben der Regierung an die Vertreter im Ausland. Die wichtigsten Berathungsgegenstände auf der zu berufenden Konferenz	9553.
„	„	8.	— Botschafter in Paris an d. Min. des Ausw. Einladung zur Theilnahme an einer internationalen Zuckerkonferenz in London	9554.
„	Sept.	16.	Frankreich, Min. des Ausw. an d. engl. Geschäftsträger. Bedingte Bereiterklärung zur Antheilnahme an der Konferenz	9555.
„	Oct.	25.	— Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger. Bereiterklärung Frankreichs zur Theilnahme a. d. Konferenz.	9556.
„	„	29.	Grossbritannien, Engl. Geschäftsträger in Paris a. d. dort. Min. des Ausw. Bestimmung des Termins d. Konferenz. Bitte um Exposé über den Stand der französischen Zuckerindustrie	9557.
„	Nov.	16.	Frankreich, Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger. Die Vertreter der französischen Regierung auf der Konferenz	9558.
„	„	23.	— Min. des Ausw. an den franz. Botschafter in London. Uebersendung des erbetenen Exposé	9559.
			Konferenz-Staaten, Exposés d. Mächte über ihre Zuckerpolitik	9560.
			— Sitzungsberichte der Konferenz	9561.
			Frankreich, Protokoll der Konferenz	9562.
			— Entwurf einer Zuckerkonvention	9563.
1888.	Jan.	2.	Grossbritannien, Botschafter in Paris a. d. Min. des Ausw. Interpellation über Frankreichs weitere Stellung zur Zuckerfrage	9564.
			Russland, Exposé Russlands über seine Zuckerpolitik	9565.

Die Neuen Hebriden und die Tahitiinseln.

1847.	Juni	19.	Grossbritannien-Frankreich, Vertrag in Bezug auf die Unabhängigkeit der Inseln Huahine, Raiatea u. Borabora.	9598.
1878.	Jan.	15.	Frankreich, Marquis d'Harcourt, französischer Botschafter in London an Lord Derby, Staatssekretär des Ausw. Anfrage über die Stellung der grossbrit. Regierung zur Unabhängigkeit der Neuen Hebriden	9599.
„	Febr.	26.	Grossbritannien, Lord Derby an Marquis d'Harcourt. Bereitwilligkeit der grossbritannischen Regierung, die Unabhängigkeit der Neuen Hebriden zu erhalten	9600.
1879.	Juli	21.	Frankreich, Min. des Ausw. Waddington an den Botschafter in London. Pothuau. Bitte um Modifikation des Vertrages von 1847	9601.
„	Nov.	24.	— Botschafter in London Pothuau a. d. Min. des Ausw. Waddington. Bereitwilligkeit d. grossbrit. Regierung.	9602.
1880.	Juni	28.	— Min. des Ausw. Freycinet an d. grossbrit. Botschafter in Paris Lyons. Vorläufige Ablehnung d. Schutzes	9604.
„	Juli	26.	— Marinemin. Jauréguiberry a. d. Min. des Ausw. Freycinet. Anrufung des französischen Schutzes auf Raiatea	9603.
„	Aug.	27.	— Vertreter d. Min. des Ausw. Jauréguiberry an d. Ges. in Paris Adams. Neue Aufforderung zur Modifikation des Vertrages von 1847	9605.
„	Nov.	5.	Grossbritannien, Botsch. in Paris Lyons a. d. Min. des Ausw. Saint-Ilhaire. Bereitwilligkeit d. grossbrit. Regierung.	9606.

1881.	Febr.	11.	Grossbritannien. Botschafter in Paris Lyons an d. Min. des Ausw. Saint-Hilaire. Stellung der grossbrit. Regierung zum franz. Protektorat auf Raiatea	9607.
"	"	28.	Frankreich. Min. des Ausw. Saint-Hilaire. Bitte um Verlängerung des Termins zur Verständigung	9608.
"	April	12.	Grossbritannien. Botschafter in Paris Lyons an den Min. des Ausw. Saint-Hilaire. Verlängerung des Verständigungstermins	9609.
1885.	Juli	22.	Frankreich. Min. des Ausw. an den Botsch. in London Waddington. Forderung freien Handelns a. d. Neuen Hebriden.	9610.
1886.	April	30.	— Botschafter in London Waddington a. d. Min. d. Ausw. Freycinet. Stellung Australiens zu der Frage	9611.
"	Juni	9.	— Min. des Ausw. an den Botsch. in London. Landung französ. Truppen auf den Neuen Hebriden	9612.
"	"	13.	— Marinemin. Aube a. d. Gouverneur von Neu-Caledonien. Keine Okkupation der Neuen Hebriden	9613.
"	Juli	6.	— Botsch. in London Waddington an d. Min. d. Ausw. Freycinet. Zweifel der Australier an dem Massacre auf den Neuen Hebriden	9614.
"	"	7.	Grossbritannien. Staatssekretär des Ausw. an den franz. Botsch. Waddington. Stellung Australiens zu der Neu-Hebridenfrage	9615.
"	"	15.	Frankreich. Min. des Ausw. an den Botsch. in London Waddington. Forderung d. Sicherstellung der Unterthanen beider Staaten	9616.
"	Aug.	11.	— Botschafter in London a. d. Min. d. Ausw. Freycinet. Stellung d. neuen grossbrit. Staatssekretärs z. d. Frage.	9617.
"	"	26.	Grossbritannien. Staatssekretär d. Ausw. Iddesleigh a. d. Botsch. in London. Vorschlag vereinten militärischen Vorgehens	9618.
"	Sept.	9.	Frankreich. Geschäftsträger in London a. d. Min. d. Ausw. Freycinet. Vorschlag gemeinsamer Verhandlung der Neu-Hebriden- und Tahitifrage	9619.
"	"	12.	— Min. des Ausw. an den Geschäftsträger in London d'Aubigny. Bedingte Zustimmung zu dem Vorschlage.	9620.
			Grossbritannien. Grossbritannische Regierung an die französische Regierung. Vertragsprojekt	9621.
			Frankreich. Französische Regierung a. d. grossbrit. Regierung Gegenvorschläge	9622.
			— Botschafter in London, Waddington an Lord Iddesleigh. Erläuterungen zu den französischen Gegenvorschlägen.	9623.
1886.	Nov.	26.	Grossbritannien. Staatssekretär des Ausw. an den Botschafter in London, Waddington. Einwände gegen die französischen Gegenvorschläge	9624.
1887.	März	16.	Frankreich. Minister d. Ausw. an den Botsch. in London, Waddington. Vermittlungsversuch	9625.
"	Mai	4.	— Botschafter in London an Marquis v. Salisbury. Neuer Verständigungsversuch	9626.
"	"	19.	Grossbritannien. Marquis v. Salisbury an d. franz. Botschafter in London. Weitere Modifikation d. Vertrages.	9627.
"	Juni	8.	Frankreich. Minister d. Ausw. an d. französ. Botschafter in London, Waddington. Forderung der Einlösung d. Versprechens Englands in Bezug auf den Suez-Kanal.	9628.
"	Oct.	21.	Grossbritannien. Marquis v. Salisbury an d. grossbritannischen Ges. in Paris. Nochmaliges Vertragsprojekt.	9629.
"	Nov.	16.	Frankreich-Grossbritannien. Vertrag betreffend die Neuen Hebriden und die Tahitiinseln	9630.

Protestantisches Bisthum Jerusalem.

1882.	Juli	17.	Preussen. Deutscher Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. Ersucht unter Darlegung der Unzuverlässigkeiten, welche aus dem preussisch-englischen
-------	------	-----	---

			Uebereinkommen über das protestantische Bisthum Jerusalem für die deutsche Kirche im Heiligen Lande entstanden sind, um Aufhebung des Vertrages	9488.
1883.	März	22.	England. Erzbischof v. Canterbury an d. Min. des Ausw. Einwendungen geg. d. Darlegungen d. Grafen Münster.	9489.
1884.	Jan.	24.	Preussen. Deutscher Botschafter in London an den engl. Min. d. Ausw. Preussen will den bestehenden Vertrag nur nach Neuordnung zweier Punkte aufrecht erhalten u. erst dann z. Ernennung eines neuen Bischofs schreiten.	9490.
"	Febr.	9.	England. Erzbischof v. Canterbury an d. Min. d. Ausw. Die von Graf Münster gestellten Bedingungen machen erhebliche Schwierigkeiten und erlauben ihm im Augenblick nicht, endgültig Stellung dazu zu nehmen . . .	9491.
"	Sept.	19.	Preussen. Deutscher Geschäftsträger in London an den engl. Min. des Ausw. Memoranda 1) über den rechtlichen Charakter des preussisch-englischen Vertrages über die Errichtung des Bisthums Jerusalem und die von der englischen Kirche anerkannten Grundlagen desselben; 2) über die im Falle der Ablehnung der Auflösung von Preussen aufgestellten zwei Punkte . . .	9492.
1886.	Febr.	19.	England. Erzbischof v. Canterbury an den Min. d. Ausw. Die Erzbischöfe von Canterbury und York und der Lordbischof von London erklären sich mit der Aufhebung des Vertrages von 1841 einverstanden . . .	9493.
"	März	20.	— Min. des Ausw. an den deutschen Botsch. in London. Ersucht unter Mittheilung des Beschlusses der engl. Bischöfe um Angabe des besten Modus zur Aufhebung des Vertrages von 1841 . . .	9494.
"	April	2.	— Min. des Ausw. an den Botschafter in Berlin. Graf Hatzfeldt schlägt den Austausch identischer Noten Preussens und Englands über die Aufhebung des Vertrages von 1841 vor; Rosebery stimmt zu	9495.
"	Dec.	4.	Preussen. Deutscher Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. Preussen erklärt den Vertrag von 1841 als erledigt	9496.
1887.	Jan.	8.	England. Min. des Ausw. an den deutschen Vertreter in London. Der Erzbischof v. Canterbury stimmt der Auflösung des Vertrages mit Preussen ausdrücklich zu.	9497.

Port Hamilton.

1885.	April	9.	England. Gesandter in Tokio an d. Min. d. Ausw. Beruhigung der japanischen Regierung durch die Nachricht von der engl. Besitzergreifung von Port Hamilton.	9498.
"	"	14.	— Sekretär der Admiralität an den Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation, Viceadmiral Sir W. Dowell. Befehl, Port Hamilton zu besetzen	9499.
"	"	16.	— Min. d. Ausw. an den ausserordentl. chinesischen Gesandten in London. Meldet die zeitweil. Besetzung von Port Hamilton und erklärt Englands Bereitwilligkeit zu einem die Interessen Chinas wahrnehmenden Abkommen hierüber	9500.
"	"	17.	— Min. d. Ausw. an den Gesandten in Tokio. Auftrag, nach der Meldung von der erfolgten Besetzung von Port Hamilton der japanischen Regierung vertraulich die Nothwendigkeit zeitweiliger Besetzung im Hinblick auf gewisse Möglichkeiten zu erklären	9501.
"	"	23.	— Gesandter in Tokio an den Min. des Ausw. Japan wünscht Aufklärung, ob ein Abkommen zwischen England u. Korea betreffs Port Hamiltons geschlossen sei.	9502.
"	"	27.	Ohina. Ausserordentl. Ges. in London a. d. engl. Min. d. Ausw. Theilt mit, dass er ermächtigt ist, die Vorschläge Englands zu einer Verständigung mit China über die zeitweil. Besetzung Port Hamiltons entgegenzunehmen.	9503.

1885.	April 28.	England.	Vorschlag eines Abkommens mit China über die Besetzung Port Hamiltons	9504.
„	Anf. Mai	China.	Der Yamen an den ausserordentlichen Gesandten in London. Lehnt im Hinblick auf mögliche Verwickelungen mit Russland und Japan d. engl. Vorschlag ab.	9505.
„	Mai 12.	England.	Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation an das Sekretariat der Admiralität. Ein russisches u. ein japanisches Kriegsschiff haben Port Hamilton besucht; die brit. Flagge ist in Port Hamilton gehisst word.	9506.
„	„ 18.	—	Geschwaderchef d. chinesischen Flottenstation an das Sekretariat der Admiralität. Korea hat gegen die engl. Flaggenhissung protestirt; Bedenken wegen des militärischen Werthes von Port Hamilton; vorläufige Vertheidigungsmaassregeln	9507.
„	„ 19.	Korea.	Die Minister Om Si-Yong und v. Möllendorf a. d. engl. Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation. Ersuchen um Aufklärung über die Gründe der Besetzung und um Sichtbarmachung, dass Port Hamilton ein Bestandtheil des Reiches Korea ist	9508.
„	„ 20.	—	Präsident d. Ausw. Amts an den engl. Generalconsul in Soul. Erklärt in halbofficieller Note die Besetzung von Port Hamilton als völkerrechtswidrig und ersucht um deren Zurückziehung	9509.
„	„ 20.	England.	Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation an das Sekretariat der Admiralität. Gutachten üb. d. militärischen Werth Port Hamiltons	9510.
„	„ 25.	—	Vertreter in Peking an den Min. des Ausw. Vorstellung der koreanischen Regierung an England; Vorschlag Englands, mit derselben über eine zeitweil. Besetzung von Port Hamilton sich zu verständigen	9511.
„	Juni 4.	—	Vertreter in Peking an d. Generalconsul in Hanyang. Beauftragt ihn, den Protest Koreas erneut mit beruhigenden Versicherungen zu beantworten	9512.
„	„ 19.	—	Generalconsul in Hanyang an den Vertreter in Peking. Korea dringt weiter auf Aufgabe der engl. Besetzung von Port Hamilton und lehnt eine Vereinbarung ab	9513.
„	„ 27.	—	Vertreter in Peking an den Min. des Ausw. Korea lehnt ab, einen Vorschlag üb. Port Hamilton zu machen.	9514.
„	„ 30.	—	Vertreter in Peking an den Präsidenten des ausw. Amts von Korea. Betont, dass die Besetzung von Port Hamilton nur vorübergehend sei, England die Einwendungen Koreas in ernste Erwägung ziehen werde und auf dem Wunsche nach einer Verständigung mit Korea beharre	9515.
„	Juli 7.	—	Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. Bevollmächtigt ihn, China zu versichern, dass die Integrität Koreas gewahrt werden würde, und ein Abkommen über Entschädigung Koreas für die zeitweilige Besetzung Port Hamiltons als Kohlenstation zu schliessen.	9516.
„	„ 13.	—	Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Korea hat seinen Protest zurückgezogen	9517.
„	Oct. 14.	—	Vertreter in Peking an den Min. des Ausw. Forderungen und Vorschläge Chinas	9518.
„	„ 23.	—	Sekretär des Generalconsuls in Hanyang an den Vertreter in Peking. Der König von Korea dringt auf eine Beantwortung der Vorstellungen seiner Regierung; diese erneuert den Hinweis auf die ihr aus der Besetzung erwachsenen Schwierigkeiten	9519.
„	Dec. 5.	—	Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Chinesische Erkundigungen über den Stand der Besetzung von Port Hamilton	9521.
„	„ 12.	—	Min. d. Ausw. an den Vertreter in Peking. Anfrage, ob China verhindern will, dass irgend eine and. Macht im Falle d. Rückzuges d. Engl. Port Hamilton besetze.	9520.

1886.	Jan.	7.	England. Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Antwort d. Tsung-li Yamen auf die Frage, ob im Falle der Räumung China selbst Port Hamilton besetzen od. für dessen Nichtbesetzung durch eine andere europäische Macht sich verbürgen wolle	9522.
„	„	20.	— Der Sekretär der Admiralität an das Auswärtige Amt. Gutachten der Flottenbefehlshaber in den chinesischen Gewässern üb. den Unwerth Port Hamiltons als Stützpunkt für den Krieg	9523.
„	März	19.	— Der Sekretär der Admiralität an das Auswärt. Amt. Gutachten der Admiralität über die Aufhebung von Port Hamilton	9524.
„	April	1.	— Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. Drohungen Russlands gegen China	9525.
„	„	14.	— Memorandum des auswärtigen Amtes an den chines. Gesandten in London. Bereitwilligkeit Englands zur Räumung Port Hamiltons und Vorschlag eines internationalen Abkommens zur Garantie der Unverletzlichkeit des Gebietes von Korea	9526.
„	Juni	12.	— Auswärtiges Amt an die Admiralität. Da China den Vorschlag einer internationalen Garantie der Unverletzlichkeit Koreas unbeantwortet gelassen, muss England Vorkehrungen für eine Verlängerung der Besetzung Port Hamiltons treffen	9527.
„	Juli	27.	— Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Er hat auf Beantwortung des engl. Vorschlages durch China gedrungen	9528.
„	„	31.	— Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Korea drängt auf definitive Antwort über den Zeitpunkt der Räumung; Anfrage, ob d. Erklärung von Port Hamilton und Port Lazareff zu Vertragshäfen als Lösung der Frage sich eignen würde	9529. 9530.
„	Aug.	12.	— Min. d. Ausw. an d. Gesandten in Peking. Instruktion.	
„	Oct.	31.	China. Der Tsung-li Yamen an den engl. Gesandten in Peking. Zusage Russlands, kein Koreanisches Gebiet zu besetzen, wenn England Port Hamilton räumen würde; China bietet daher England die gewünschten Garantien und dringt auf Räumung Port Hamiltons.	9531.
„	Nov.	19.	England. Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. Zusage der unmittelbaren Räumung Port Hamiltons, da China die angebotenen Garantien gewährt	9532.
„	Dec.	1.	— Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Vorschläge Chinas, Bitte um Instruktion	9533.
„	„	10.	— Min. d. Ausw. a. d. Gesandten in Peking. Instruktion.	9534.
„	„	23.	— Gesandter in Peking an den Tsung-li Yamen. Anzeige der Einwilligung Englands zur Räumung Port Hamiltons nach den gebotenen Garantien Chinas	9535.
„	„	23.	— Gesandter in Peking an d. Vorsitzenden d. Minister-raths von Korea. Anzeige der bevorstehenden Räumung Port Hamiltons	9536.
1887.	März	2.	— Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. Anzeige der erfolgten Niederholung der engl. Flagge auf Port Hamilton, Mittheilung der Antwort Koreas.	9537.

Römische Kurie.

1886.	Dec.	4.	Römische Kurie. Kardinalstaatssekretär Jacobini an den Bischof Kopp v. Fulda. Erklärung und Anerkennung für seine Thätigkeit zur Herstellung des kirchlichen Friedens in Preussen	9568.
1887.	Jan.	3.	— Kardinalstaatssekretär Jacobini an den päpstlichen Nuntius Monsignore di Pietro in München. Der Papst wünscht im Hinblick a. d. bevorstehende befriedigende Revision der preussischen Maigesetze und im Interesse	

XIV Sachregister. — Römische Kurie. — Tod Kaiser Wilhelms und Friedrichs.

			der Erhaltung des europäischen Friedens, dass das Centrum für die Heeresvorlage im deutschen Reichstage eintrete	9569.
1887.	Jan.	21.	Römische Kurie. Kardinalstaatssekretär Jacobini an den Nuntius Monsignore di Pietro in München. Der Papst erneuert sein Begehren, dass die Centrumspartei für d. Heeresvorlage im deutschen Reichstage stimme	9570.
	„	Febr.	13. Preussen. Königliche Verordnung über die Eidesformel der katholischen Bischöfe	9571.
	„	„	14. Deutschland. Erklärung des Reichstagsabgeordneten Freiherrn zu Franckenstein über die Unterlassung der vom Papste gewünschten Mittheilung der päpstlichen Wünsche betreffs der Heeresvorlage an die Mitglieder der Centrumspartei	9572.
	„	März	27. Preussen. Veröffentl. der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 27. März 1887	9574.
	„	April	7. Römische Kurie. Papst Leo XIII. an den Erzbischof von Köln. Erklärt seinen Wunsch, dass die Centrumspartei des preussischen Abgeordnetenhauses für die kirchenpolitische Vorlage in der Form der Beschlüsse des Herrenhauses stimmen möge, und beauftragt den Erzbischof, mit den übrigen preussischen Bischöfen dahin zu wirken	9573.
	„	„	10. Preussen. Veröffentlichung der Norddeutschen Allgem. Zeitung vom 10. April 1887	9575.
	„	Mai	3. — Veröffentlichung der Norddeutschen Allgem. Zeitung vom 3. Mai 1887	9576.
	„	Dec.	22. Römische Kurie. Encyklika Papst Leos XIII. an d. bair. Bischöfe. Hervorhebung der Ansprüche der Kirche namentlich auf die Erziehung der Geistlichkeit in den Seminarien; Aufforderung a. d. Bischöfe, d. Gläubigen von dem Verkehr mit Andersgläubigen u. Freimaurern abzuwenden; Ermahnung an den Staat, seinen Pflichten mit Bezug auf das abgeschlossene Konkordat nachzukommen	9566.
1888.	April	20.	— Dekret der Kongregation der h. Inquisition an die irischen Bischöfe, betreffend den „Feldzugsplan“ und das „Boycotten“	9567.

Thronreden, Adressen, Manifeste, Proclamationen etc. (Vgl. Bd. 47 u. vorg.)

1886.	Oct.	31.	Bulgarien. Botschaft der Regenten a. d. grosse Sobranje bei deren Eröffnung in Tirnowa	9449.
1887.	Dec.	22.	Römische Kurie. Encyklika Papst Leo XIII. an die bair. Bischöfe	9566.
	„	Febr.	13. Preussen. Königl. Verordnung über die Eidesformel der katholischen Bischöfe	9571.
1888.	März	9.	Deutschland. Bekanntmachung d. Todes Kaiser Wilhelms durch das Staatsministerium	9583.
	„	„	12. — Proclamation Kaiser Friedrichs	9584.
	„	„	12. — Erlass Kaiser Friedrichs an den Reichskanzler und Präsidenten des Staats-Ministeriums	9585.
	„	„	15. — Allerhöchste Botschaft Kaiser Friedrichs a. d. Reichstag	9588.
	„	„	15. — Erlass Kaiser Friedrichs für die Reichslande	9590.
	„	„	17. Preussen. Allerhöchste Botschaft Kaiser Friedrichs an die beiden Häuser des Landtags	9589.
	„	Juni	15. Deutschland. Bekanntmachung des Todes Kaiser Friedrichs durch das Staatsministerium	9591.
	„	„	15. — Erlass Kaiser Wilhelms II. an die Armee u. Marine	9592.
	„	„	18. Preussen. Proclamation König Wilhelms II.	9593.
	„	„	25. Deutschland. Thronrede Kaiser Wilhelms II. a. d. Reichstag	9594.
	„	„	25. Preussen. Thronrede König Wilhelms II. an beide Häuser des Landtags	9595.

Tod Kaiser Wilhelms und Friedrichs.

1888.	März	9.	Deutschland. Bekanntmachung d. Todes Kaiser Wilhelms durch das Staatsministerium	9583.
"	"	12.	Deutschland. Proklamation Kaiser Friedrichs	9584.
"	"	12.	— Erlass Kaiser Friedrichs an den Reichskanzler und Präsidenten des Staats-Ministeriums	9585.
"	"	13.	Italien. Condolenztelegramm des italienischen Ministerpräsidenten an den deutschen Reichskanzler	9586.
"	"	13.	Russland. Beisetzungsreise des Grossfürsten-Thronfolger als Garantie für die weiteren friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland	9587.
"	"	15.	Deutschland. Allerhöchste Botschaft Kaiser Friedrichs an den Reichstag	9588.
"	"	15.	— Erlass Kaiser Friedrichs für die Reichslande	9590.
"	"	17.	Preussen. Allerhöchste Botschaft König Friedrichs an die beiden Häuser des Landtags	9589.
"	Juni	15.	Deutschland. Bekanntmachung d. Todes Kaiser Friedrichs durch das Staatsministerium	9591.
"	"	15.	— Erlass Kaiser Wilhelms II. an die Armee und Marine.	9592.
"	"	18.	Preussen. Proklamation König Wilhelms II.	9593.
"	"	25.	Deutschland. Thronrede Kaiser Wilhelms II. a. d. Reichstag.	9594.
"	"	25.	Preussen. Thronrede König Wilhelms II. an beide Häuser des Landtags	9595.

11

12

13

14

15

16

17



Bulgarische Revolution*).

Nr. 9413. **ENGLAND.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Die Sobranje wird nur die Fürstenwahl vornehmen; lehnt der gewählte ab, so werden die Bulgaren den Fürsten Alexander zurückrufen. [B. 451.]

(Telegram. Extract.)

Sophia, October 18, 1886.

This afternoon I received a visit from M. Stambouloff and Colonel Moutkouroff, two of the Bulgarian Regents, who came to give me their views with regard to the convocation of the Great National Assembly. They observed, that the only object of the convocation was the election of a new Prince of Bulgaria, and they hoped that the Great Powers would indicate the candidate who would be sanctioned by Europe. If, however, this should not be the case, they would propose that the Assembly should proceed to the election of some Prince who would, in their opinion, be likely to obtain the sanction of the Great Powers, and they mentioned Prince Waldemar as the probable candidate. If, however, the Prince thus elected should not be approved, or should refuse to accept the Throne, there would be only one course left open to them, viz., to request Prince Alexander, whom they still considered as their own Prince, to return to Bulgaria, and thus save the country from the anarchy and ruin with which it was threatened. || MM. Stambouloff and Mutkouroff explained to me, that this was merely their personal opinion.

Nr. 9413.
England.
18. Oct. 1886.

Nr. 9414. **ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. — Instruction. [B. 452.]

Foreign Office, October 19, 1886.

Sir, || I have received your telegram of this day, informing me of a conversation you had had with two of the Regents, who, in speaking to you on the subject of the meeting of the Great National Assembly, expressed their opinion that the Powers should indicate a candidate to succeed Prince

Nr. 9414.
England
19. Oct. 1886.

*) Fortsetzung aus dem XLVII. Bande. Die Aktenstücke sind aus den dort S. 193 beschriebenen Buntbüchern entnommen.

Staatsarchiv XLVIII.

Nr. 9414. Alexander, but that failing this the Assembly should proceed to the election of some Prince who might seem likely to be approved by the Powers. || I have to-day informed you by telegraph, that in this matter Her Majesty's Government are disposed to leave it to the Bulgarian Government to decide as to the course they should pursue. || I am, &c. Iddesleigh.

Nr. 9415. ENGLAND. — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Gadban Effendi unterstützt die russische Forderung betreffs Verschiebung der Sobranje und erklärt, dass zwischen Russland und der Türkei ein Einverständniss betr. der bulgarischen Frage erzielt sei. [B. 455.]

(Telegram.)

Sophia, October 19, 1886.

Nr. 9415. My Lord, || Gadban Effendi returned to Sophia last night. He has applied to the Regents for the postponement of the convocation of the Great National Assembly, at all events until General Kaulbars, who is expected to arrive at Sophia on Friday morning, shall have had time to communicate any fresh instructions he may have received. || Gadban Effendi has also given it to be understood, that Turkey and Russia have come to a complete understanding on the Bulgarian question. || The Bulgarian Government have replied, that, if Gadban Effendi can effect a reconciliation between Bulgaria and Russia, they would be glad to make concessions to the latter Power, but that, as matters now stood, they must decline to change the date fixed for the convocation of the Assembly*). || M. Grecoff will start to-morrow for Constantinople. || I have, &c.

Frank C. Lascelles.

Nr. 9416. RUSSLAND. — Ausserordentl. Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Beschwerde über angeblich von der bulg. Regierung während seiner Reise und von der Regierungspartei im Lande begangene Ausschreitungen**). [Gr. 43.]

Roustchouk, 7/19 octobre 1886.

Nr. 9416. Monsieur le ministre, || Au cours de mon voyage à travers la Bulgarie, j'ai constaté, à plusieurs reprises, que les autorités locales prenaient les mesures les plus minutieuses afin de ne pas laisser arriver auprès de moi les

*) Auf ernes Drängen Gadban Effendi's am folgenden Tage erwiderte Natschewitsch „that he was confident of being able to induce the Government to consent to a postponement for a fortnight or even longer, if General Kaulbars would undertake to propose a candidate for the Throne of Bulgaria within that time." [B. 458.]

**) Mitgetheilt von Nekljudoff den Vertretern der Grossmächte in Sophia am 21. October.

députations des habitants, en leur substituant en même temps leurs propres adhérents. || A plusieurs reprises il est arrivé que des individus ont été arrêtés et même battus pour avoir visité nos consulats; on est allé jusqu'à user des mêmes procédés vis-à-vis de sujets russes. Ainsi, à Roustchouk, on s'est permis d'arrêter trois de nos sous-officiers en retraite, lesquels, remplissant un devoir qui incombait à tout russe, étaient venus me reconduire à la gare. A Varna on a fait subir des châtimens corporels aux maires des villages qui s'étaient présentés à moi pour connaître les désirs et les intentions du gouvernement de Russie, etc.

Nr. 9416.
Russland.
19. Oct. 1886.

Je reçois continuellement des informations identiques de la part de notre agence à Sophia et des autres consulats impériaux de Russie dans le pays. || De plus, j'ai personnellement constaté que des bandes, incitées par des employés du gouvernement, se présentaient à plusieurs reprises devant l'agence et les consulats de Russie, se permettant de faire du tapage, de violer l'ordre et allant même jusqu'à se livrer à des voies de fait, tandis que les autorités locales gardaient une parfaite indifférence et ne prenaient aucune mesure pour écarter ces faits et rétablir l'ordre. || Je me vois obligé, monsieur le ministre, d'y attirer votre *attention la plus sérieuse* et celle des gouvernants bulgares, afin qu'il soit pris les mesures les plus énergiques pour faire cesser les susdits désordres et violences. C'est sur vous et sur eux que je rejette en même temps l'entière responsabilité des suites que pourrait amener la continuation d'un pareil ordre de choses. || Veuillez agréer, etc.

K a u l b a r s.

Nr. 9417. ITALIEN. — Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. — Instruction*). [Gr. 42.]

(Telegramma.)

Roma, 19 ottobre 1886.

Trovo assai opportuno di mandare il signor Acton a Tirnovo, beninteso al solo scopo di raccogliere precise informazioni su quanto verrà operato nella grande assemblea.

Nr. 9417.
Italien.
19. Oct. 1886.

R o b i l a n t.

Nr. 9418. RUSSLAND. — Vertreter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Erhebt erneute Beschwerden über die angeblich von der Regierung ausgeübten Bedrückungen der Oppositionspartei. [B. 545; Gr. 44.]

Sophia, le 8 (20) Octobre, 1886.

M. le Ministre, || Vu le prochain retour à Sophia du Général Baron de Kaulbars, je m'abstiens de vous faire part de mes observations au sujet des

Nr. 9418.
Russland.
20. Oct. 1886.

*) Zwei Tage vorher hatte der ital. Vertreter dem Min. gemeldet, dass die Vertreter Englands und Oesterreichs mit ihm in der Idee übereinstimmten, einen Vizeconsul nach Tirnowa zu entsenden. [Gr. 41.]

Nr. 9418.
Russland.
20. Oct. 1886.

deux notes que vous avez bien voulu m'adresser à la date du 1^{er} (13) Octobre, en réponse à celles que je vous ai transmises, par ordre du Général, les 28 et 29 Septembre. || Mais je crois de mon devoir, M. le Ministre, de réfuter votre note du 2 (14), répondant à celle du 29 Septembre, dans laquelle je signalais les actes de violence commis sur quelques centaines de paysans Bulgares et l'attaque dirigée contre l'Agence Impériale de Russie.

Les faits auxquels se rapportait cette note et contre lesquels j'ai cru devoir protester d'une façon si énergique, se sont passés devant mes yeux. Je ne puis donc, ni revenir sur l'appréciation que j'en ai faite, ni refaire mon opinion sur la base de la lettre de M. Radoslavoff annexée à votre note. || Loin d'acquiescer à ce récit officiel des événements du 28 Septembre, qui tendrait à prouver que les autorités avaient observé dans cette circonstance les préceptes de la loi, de l'équité et de la prudence, je dois, tout au contraire, constater que ce que j'ai vu et entendu ce jour-là à Sophia est venu corroborer à mes yeux d'une façon malheureusement irréfutable les plaintes qui me parviennent de tous côtés de la province au sujet des agissements des Gouvernants actuels, des autorités qui en relèvent, et des partisans qui les soutiennent. || Ces récits me parlent de vexations inouïes, d'emprisonnements aussi cruels qu'illégaux, d'hommes morts sous le bâton des gendarmes, de rapines et de viols commis par les représentants de l'ordre public! || Et depuis le 28 Septembre ces terribles récits ne sont même plus mitigés à mes yeux par l'espoir de leur exagération. || Veuillez, &c. A. Nekludoff.

Nr. 9419. ENGLAND. — Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. — Es erscheint unvorthellhaft, dass Lascelles allein von den Vertretern der Grossmächte nach Tirnowa reise. [B. 459.]

Foreign Office, October 21, 1886.

Nr. 9419.
England.
21. Oct. 1886.

Sir, || In your telegram of the 19th instant you state, that your Austrian colleague will not go to Tirnova for the opening of the Great Sobranje, and you request instructions as to the course you should adopt in consequence. || Her Majesty's Government do not think, that it would be expedient for the British Agent to proceed to Tirnova alone if none of the other Representatives do so. His solitary attendance would accentuate and mark as hostile the absence of the Representatives of the other Powers, and the result would be to seriously discourage the Bulgarian population. || You might explain this to the Regents as the reason for the non-attendance of Her Majesty's Representative, and you should inform me of any reply which they may make. || You may also let them know, that there seems to be no chance of Prince Waldemar being a candidate for the office of Prince, or accepting it if offered. || I am, &c.

Iddesleigh.

Nr. 9420. ENGLAND. — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Wünscht lieber selbst nach Tirnowa zu gehen, als durch einen Sekretär vertreten zu sein*). [B. 461.]

(Telegraphic.)

Sophia, October 22, 1886.

My Lord, || The Acting Austrian Agent has been authorized to send one of his Secretaries to Tirnova, for the purpose of keeping him informed of what occurs there. || Does your Lordship desire me, in the event of my not going myself, to send either Mr. Thornton or Mr. Graves. This arrangement appears to me to be one which would place both the Secretaries and the Agents in a false position, and it seems to me that if any one is to be sent to Tirnova it would be better that the Agents themselves should go there. || I have, &c.

Nr. 9420.
England.
22. Oct. 1886.

Frank C. Lascelles.

Nr. 9421. BULGARIEN. — Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Sophia. — Zeigt an, dass die grosse Sobranje sofort nach ihrem Zusammentritte in Tirnowa zur Fürstenwahl schreiten werde. [B. 546; Gr. 47.]

(Circulaire.)

Sophia, le 10 (22) Octobre, 1886.

M. l'Agent, || Pour faire suite à la note Circulaire verbale du 4 (16) de ce mois, j'ai l'honneur de vous informer que la Grande Assemblée Nationale convoquée à Tirnova pour le 15 (27) courant, après avoir vérifié les pouvoirs de ses membres et s'être constituée dans un très bref délai, procédera immédiatement à l'élection du nouveau Prince de Bulgarie. || Veuillez, &c.

Nr. 9421.
Bulgarien.
22. Oct. 1886.

G. D. Natchevitch.

Nr. 9422. BULGARIEN. — Min. des Ausw. an den russ. Vertreter in Sophia. — Antwort auf das Beschwerdetelegramm des Generals Kaulbars aus Rnutschuk. [B. 545; Gr. 44.]

Sophia, le 10 (22) Octobre, 1886.

M. le Gérant, || J'ai reçu de Roustchouk un long télégramme de son Excellence le Général de Kaulbars, m'informant que les autorités locales auraient empêché les députations de se présenter à son Excellence, qu'elles lui auraient envoyé des "partisans du Gouvernement", qu'elles auraient maltraité les personnes qui ont fait visite au Consulat de Russie, et qu'elles auraient envoyé des bandes pour faire du désordre devant les Consulats Impériaux. ||

Nr. 9422.
Bulgarien.
22. Oct. 1886.

*) Iddeleigh antwortet am 23., Lascelles solle in dieser Sache denselben Weg wie der österreich. Vertreter befolgen [B. 473], und ordnet demzufolge am 27. an, dass, weil der österreich. Consulatssekretär nicht nach Tirnowa gehen werde, auch der englische zurückbleiben solle. [B. 494.]

Nr. 9423.
Bulgarien.
22. Oct. 1886.

Je n'a pas manqué de porter ce télégramme à la connaissance de mon collègue de l'Intérieur, et je m'empresse de vous communiquer ci-après sa réponse.

Lorsque M. le Baron de Kaulbars a fait part au Gouvernement Bulgare de son intention de parcourir la Bulgarie, le Ministère de l'Intérieur avait transmis aux autorités les ordres les plus rigoureux de se tenir à la disposition de son Excellence, et de lui donner toutes les facilités possibles pour l'accomplissement de son voyage. || Le Ministère a été informé que beaucoup de députations sont allées au-devant de M. le Général Kaulbars; qu'elles lui ont fait visite dans les maisons où il est descendu, et qu'aucun obstacle de la part de personne n'a été mis aux rapports du public avec son Excellence. || Mais, d'après les informations que possède le Gouvernement jusqu'à ce jour, il est un fait acquis à ses yeux que les autorités locales observèrent toujours et en tous lieux la plus stricte neutralité au cours des diverses péripéties du voyage de M. le Général de Kaulbars. Au surplus, elles n'auraient eu à intervenir que s'il y avait eu menace de voir troubler l'ordre et la tranquillité sur la voie publique; ce qui, nous avons eu la satisfaction de le constater, ne s'est produit nulle part. || Cependant, mon collègue de l'Intérieur s'est fait un devoir d'inviter les autorités à ouvrir une enquête minutieuse sur les faits qui ont donné lieu aux plaintes de son Excellence le Général de Kaulbars, et à livrer à la sévérité de la justice les individus qui ont pu, dans ces circonstances, se compromettre par leur mauvaise conduite et leur agissements. ||
Veuillez, &c. G. D. Natchevitch.

Nr. 9423. BULGARIEN. — Min. des Ausw. an den russ. Vertreter in Sophia. — Ersucht um Angabe besonderer Fälle anstatt genereller Beschwerden über angebliche Bedrückungen der Oppositionspartei durch die bulg. Regierung und ihre Anhänger. [B. 545; Gr. 44.]

Sophia, le 10 (22) Octobre, 1886.

Nr. 9423.
Bulgarien.
22. Oct. 1886.

M. le Gérant, || J'ai l'honneur d'accuser réception à la note que vous avez bien voulu m'adresser le 8 (20) de ce mois, en réponse à la communication que je vous ai faite le 2 (14). || Je ne puis prétendre à ce que vous accordiez, M. le Gérant, votre acquiescement à l'exposé circonstancié qui a été donné par mon collègue de l'Intérieur des événements du 28 Septembre, exposé basé sur les récits de témoins oculaires dignes de foi. || Toutefois, je suis heureux de pouvoir constater que, grâce à votre esprit de justice, vous n'avez plus employé l'expression d'atrocités et que vous ne parlez dans votre seconde note que d'actes de violence. || Sans m'arrêter davantage à ce qui a trait à la réfutation de la lettre de M. Radoslavoff, je me reporte à la partie de votre note relative à des plaintes qui vous sont parvenues de tous côtés de la province. || Comme le Gouvernement Bulgare n'a jusqu'aujourd'hui reçu

aucune réclamation au sujet de violences qui auraient été commises dans le pays "par les Gouvernants actuels, par les autorités qui en relèvent, et par les partisans qui les soutiennent", je me permettrai de vous prier instamment de vouloir bien, M. le Gérant, m'énumérer, nominativement, les cas de "vexations inouïes, d'emprisonnements cruels, d'hommes morts sous le bâton des gendarmes, de rapines et de viols commis par les représentants de l'ordre public." || Encore que le Gouvernement Bulgare soit porté à croire que les récits qui vous sont parvenus proviennent de sources intéressées à répandre des calomnies contre les autorités, il tient néanmoins à honneur d'éclaircir de tels faits par une enquête des plus sévères, afin que, dans le cas où la véracité en serait établie, les coupables fussent poursuivis et punis avec toute la rigueur des lois. || Dans l'espoir que vous voudrez bien me transmettre bientôt les données que j'ai l'honneur de vous demander à ce sujet, je vous prie d'agréer, &c.

G. D. Natchevitch.

Nr. 9424. ENGLAND. — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Kaulbars will hinfort die bulg. Regierung ignoriren; Besorgniss, das Ministerium werde dem russ. Drucke vielleicht erliegen. [B. 472.]

(Telegraphic.)

Sophia, October 22, 1886.

My Lord, || General Kaulbars arrived early this morning at Sophia. He has made no communication to the Bulgarian Government, and has informed Gadban Effendi and one of my colleagues that it is his intention to ignore them completely. They have deliberately disregarded the wishes of the Emperor of Russia, and have proceeded with the elections for the Great National Assembly, which, in the opinion of Russia, are illegal, and consequently neither the Government nor the Great National Assembly have any legal existence in the eyes of Russia*). || M. Natchevitch will remain here till Monday; but the other Ministers and the Regents intend to start for Tirnova to-morrow. It is, however, probable, that the opening of the Assembly will not take place before the 31st instant, and that a considerable time may be spent in the verification of the Powers of the members. || It would seem, that General Kaulbars entertains the hope that his attitude of abstention may bring about a change of Ministry, and, in the present agitated state of the country, it is not impossible that this may occur. There are, indeed, some indications that the Government may be unable, unless they receive assistance, to continue to resist the pressure which is being put on the country by Russia. || I have forwarded the above to Her Majesty's Ambassadors at Vienna and Constantinople. || I have, &c.

Frank C. Lascelles.

*) Kaulbars hatte diese Erklärungen nach Lascelles' Berichte vom 19. [B. 457] bereits in einer am 13. Oct. an Natschewitsch gerichteten Note abgegeben.

Nr. 9425. ENGLAND. — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Aeusserungen Gadban Effendi's über den Zweck seiner Mission, Kaulbars' über das Ergebniss seiner Reise. [B. 475.]

(Telegraphic.)

Sophia, October 23, 1886.

Nr. 9425.
England.
23. Oct. 1886.

My Lord, || Gadban Effendi informed me, in the course of conversation yesterday, that he had been instructed to ascertain the reasons which induced General Kaulbars to declare the election illegal; he was then to hear what the Bulgarian Government had to say on the subject, and to make a full report on the subject to the Porte. He was also to suggest that, until this had been done, the Assembly should not be convoked. He had, however, after a conversation he had had with General Kaulbars yesterday, lost all hope of an amicable solution being arrived at. || This afternoon I received a visit from General Kaulbars, who said that the result of his journey through Bulgaria had been to convince him that the vast majority of the Bulgarian people were opposed to the present Government, but that they dared not express their opinion in consequence of the organized terrorism of the Government. In reply to an observation I made, the General admitted that this showed that the Government were very powerful; but he added that, however long the present state of things might continue, neither the Government nor the Assembly would ever be recognized by Russia, and he thought that Bulgaria was not likely to be able to hold out as long as Russia. || I have, &c

Frank C. Lascelles.

Nr. 9426. RUSSLAND. — Min. des Ausw. an die Botschafter bei den Grossmächten. — Erklärt die von den bulg. Regenten einberufene Sobranje und alle von derselben in Zukunft gefassten Beschlüsse für ungesetzlich. [B. 479.]

(Télégraphique.)

St.-Pétersbourg, le 12 (24) Octobre, 1886.

Nr. 9426.
Russland.
24. Oct. 1886.

Une Circulaire de Natchevitch reçue par le Général Kaulbars annonce que Grande Assemblée est convoquée pour le 15 (27) courant à Tirnovo, et qu'elle ne tardera pas à procéder à l'élection d'un Prince. Croyons devoir prévenir les Puissances que nous ne saurions reconnaître la validité des décisions d'une Assemblée que nous considérons comme illégale. Veuillez le faire connaître au Cabinet auprès duquel vous êtes accrédité*).

*) Am nämlichen Tage erwiederte Kaulbars auf das bulg. Cirkular vom 22. ebenfalls, dass der Zar, nachdem er die Sobranje für „ungesetzlich“ erklärt habe, „n'acceptera aucune de ses décisions de quelque nature qu'elles fussent.“ [B. 547; Gr. 49.]

Nr. 9427. RUSSLAND. — Min. des Ausw. an die Botschafter bei den Grossmächten. — Erklärt die Unmöglichkeit für Russland, im Falle eines summarischen Verfahrens der bulgarischen Regenten gegen die wegen der Verschwörung gegen den Fürsten verhafteten Officiere seine Zurückhaltung weiter zu beobachten, und ersucht die Grossmächte um ihre Mitwirkung zur Verhinderung dieses äussersten Schrittes. [B. 484.]

(Télégraphique.)

St. Pétersbourg, le 13 (25) Octobre, 1886.

D'après des renseignements de Sophia, les dispositions des Régents font craindre un jugement sommaire et l'exécution des officiers qui sont mis en accusation pour le mouvement du 9 Août. Désirant prévenir un semblable acte de violence, nous avons prescrit au Général Kaulbars de déclarer*), que nous le considérerions comme une provocation directe et que nous agirions en conséquence. Veuillez en informer le Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité et lui demander le concours de son influence et de ses conseils afin d'écarter cette extrémité, qui ne nous permettrait plus de rester dans l'attitude de patience et de modération que, jusqu'à présent, nous nous sommes imposée.

Nr. 9427.
Russland.
25. Oct. 1886.

Nr. 9428. ENGLAND. — Vertreter in Constantinopel an den Min. des Ausw. — Die Pforte bestreitet die Nothwendigkeit der Entsendung russischer Kriegsschiffe nach Varna. [B. 483.]

(Telegraphic.)

Constantinople, October 25, 1886.

My Lord, || I was told this afternoon by one of the Ambassadors here, that M. de Nélidoff had to-day acquainted the Porte that the Russian Government intended to send two vessels of war to Varna to protect their Consul and subjects at that place. The Porte had stated to the Russian Ambassador its objections to such a course, for which it could not believe that there existed any necessity. || I had the honour this evening of telegraphing to your Lordship the above information. || I have, &c.

Nr. 9428.
England.
25. Oct. 1886.

Edmund Fane.

*) Geschah Tags darauf [B. 550]; die Schlussphrase gab Kaulbars so wieder: „que . . . par suite le Gouvernement Impérial se considérera en droit d'avoir recours aux mesures les plus extrêmes.“ Das Blaubuch enthält an derselben Stelle eine zweite, undatirte Note Kaulbars', welche schon die Verurtheilung der Verschwörer für eine directe Herausforderung Russlands erklärt, das dann „sera obligé de prendre des mesures extrêmes“. Dieser Fassung nach müsste sie zwischen den 26. und 28. Octbr. fallen; doch nimmt der General am 28. October [Nr. 9439] auffallender Weise nur auf eine Note vom 14/26. Bezug, so dass vielleicht beide Stücke nur eine Note — etwa als Entwurf und in definitiver Fassung — darstellen.

Nr. 9429. SERBIEN und BULGARIEN. — Vertrag über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten und die Beilegung der schwebenden Streitigkeiten. [B. 530.]

Nr. 9429. (Translation.)

Serbien
und
Bulgarien.
25. Oct. 1886.

The Government of His Majesty the King of Servia having readily accepted the proposal of the Government of the Principality of Bulgaria respecting the re-establishment of diplomatic relations between the two countries, and having by this given proof of its disposition to renew relations of friendship and good neighbourship, the following Arrangement has been signed between— Colonel D. Franassovitch, Minister for Foreign Affairs of the Kingdom of Servia, in the name of the kingdom, on the one side; and || Dr. G. Stransky, Bulgarian Diplomatic Agent, who has been charged for the above purpose as Plenipotentiary of the Regents of the Principality of Bulgaria, on the other:—

Article I.

The Government of the Principality of Bulgaria, regretting the Bregovo incident, which has shaken the relations of friendship between two neighbouring States, will evacuate the disputed territory opposite to that village immediately after the signature of this document. The disputed territory will be declared neutral until a special Servo-Bulgar Commission, which will be specially appointed for this purpose, shall have definitely settled this question. Should the Commission allot the disputed territory to Servia, the Royal Government consents in principle to cede it to Bulgaria in return for a corresponding piece of territory elsewhere on the frontier.

Article II.

In order to insure the mutual development of both countries in economical interests, and to strengthen still further the bonds which link them together, the two Contracting Parties bind themselves to appoint, within two months' time, a Mixed Commission to investigate the commercial relations of the two States. Within a further period of six months a Commercial Treaty between the Kingdom of Servia and the Principality of Bulgaria will have to be concluded, which must be in accordance with the legal prescriptions of both States. Until the conclusion of this Treaty the Contracting Parties bind themselves to render to each other mutually all possible facilities for the benefit of the commercial interests of the two countries.

Article III.

The Government of the Principality of Bulgaria binds itself to forbid the Servian political emigrants to reside within a zone of 60 kilom. along the

Servian frontier, and to stop any action of theirs which might tend to disturb order and peace in the Kingdom of Servia. The Royal Government, on its side, accepts a like obligation respecting Bulgarian political emigrants, who may be found in the kingdom.

Nr. 9429.
Serbien
und
Bulgarien.
25. Oct. 1886.

Article IV.

The Government of the Principality of Bulgaria binds itself to use all its efforts in order that the Vakarel-Sophia-Tsaribrod railway line be constructed, as far as may be possible, within the same time as the Pirot-Nisch line. || The Arrangement shall come into force immediately after it has been signed.

In witness whereof the Undersigned have signed it, and have affixed thereto their seals. || Executed in duplicate at Nisch, the 13th (25th) October, 1886.

D. Franassovitch, *Minister for Foreign Affairs
of the Kingdom of Servia, Colonel.*

Dr. Stransky, *Diplomatic Agent of the Principality
of Bulgaria.*

Nr. 9430. **RUSSLAND.** — Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Anfrage, ob die verbrannte Fahne des Strumski-Regimentes die von der Stadt Samara einst einer Druschina bulgarischer Freiwilliger geschenkte ist. [B. 550; Gr. 60.]

Le 14 (26) Octobre, 1886.

Ayant en vue le triste fait de la destruction du drapeau du Stroumski Polk, la Municipalité de Samara qui dans le temps, comme vous le savez, a fait don d'un drapeau à une droujina des volontaires Bulgares, vient par l'entremise de son Maire de s'adresser à moi avec la question suivante:— || "Est-ce le drapeau donné par la ville de Samara qui a été brûlé ou un autre? Et, si ce drapeau n'a pas été brûlé, où se trouve-t-il actuellement?" || En vous priant, M. le Ministre, de vouloir bien me donner le plus tôt possible des renseignements sur cette question, qui intéresse tant la communauté de Samara, veuillez, &c.*).

Nr. 9430.
Russland.
26. Oct. 1886.

*) Natschewitsch antwortete hierauf, dass die geschenkte Fahne nicht verbrannt sei, sondern im fürstlichen Palaste aufbewahrt werde, wo sie schon seit 1883 hinterlegt sei. [B. 550; Gr. 60.]

Nr. 9431. ITALIEN. — Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia.
— Seine Antwort auf die russische Erklärung; In-
struction. [Gr. 54.]

(Der erste Theil, der nur eine Wiedergabe des Inhalts von Nr. 9427 ist, wurde
weggelassen.)

Roma, 26 ottobre 1886.

Nr. 9431.
Italien.
26. Oct. 1886.

Signor agente, Ho risposto al barone d'Uxkull che noi man-
chiamo totalmente di ragguagli a questo proposito. Non potevo, per conseguenza,
impegnarmi a dare alla reggenza consigli in una questione interna e di ordine
così delicato, dal punto di vista specialmente della disciplina militare. Doman-
derò, dissi, informazioni e provvederò in conformità. Non ho d'uopo di
soggiungere, conchiusi, che nei limiti del giusto e del possibile non tralascierò
nulla per prevenire maggiori complicazioni. || La pregai, con telegramma di
stamane, di farmi avere, il più presto possibile, informazioni sul processo degli
ufficiali, sul modo con cui è condotto e sulle intenzioni della reggenza*). Ella
si asterrà, però, dal dare consigli ai reggenti prima di avere ricevuto istruzioni
speciali. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9432. ITALIEN. — Min. des Ausw. an den Botschafter in
Wien. — Antwort Kalnokys auf die russische Anzeige der
Nichtanerkennung der Sobranje und Zustimmung Robi-
lants zu derselben. [Gr. 55.]

Roma, 27 ottobre 1886.

Nr. 9432.
Italien.
27. Oct. 1886.

Signor ambasciatore, || Il conte Ludolf mi ha fatto conoscere la risposta del
conte Kalnoky alla comunicazione del principe Labanoff con cui il governo russo
dichiarava doversi ritenere come nulle tutte le decisioni della grande assemblea bul-
gara. || Il ministro imperiale ha richiamato l'attenzione dell'ambasciatore di Russia
su questa considerazione: che, cioè, se il suo governo persistesse a rimanere sul
terreno della negazione assoluta, il ritorno, in Bulgaria, di un ordine di cose
regolare diverrebbe impossibile. Il conte Kalnoky ha enumerato i vari fatti
successivi di tale natura: l'allontanamento del principe Alessandro, il non
riconoscimento della reggenza, la dichiarazione attuale, ecc. In qualsivoglia
altro paese, ha soggiunto il ministro austro-ungarico, tutto ciò avrebbe condotto
alle più gravi conseguenze. Il conte Kalnoky riguarda come assolutamente
necessario di giungere alla sola soluzione possibile, che sarebbe di dare pronta-
mente alla Bulgaria un nuovo principe. || Ho ringraziato il conte Ludolf della

*) Die bulgarische Regierung liess hierauf den Vertretern der Mächte officiell mit-
theilen: che la data del giudizio degli ufficiali compromessi nella conspirazione del 21 agosto
non era ancora fissata, e che l'istruttoria non aveva fatto passo veruno, da tre settimane
in qua molte persone, come gli antichi ministri, non potendosi interrogare senza un
permesso speciale della grande assemblea. [Gr. 56.]

sua comunicazione, pregandolo di far sapere al conte Kalnoky che divido, nel modo più completo, la sua opinione. Aggiunsi che, se mi sono limitato a dar atto al barone d'Uxkull della sua comunicazione, ciò fu perchè già più di una volta avevo sviluppato, con l'ambasciatore di Russia, le stesse idee che il conte Kalnoky ha ora espresso al principe Labanoff. || Le confermo così il mio telegramma d'oggi. || Gradisca, ecc.

Nr. 9432.
Italien.
27. Oct. 1886.

C. Robilant.

Nr. 9433. ENGLAND. — Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. — Wünscht genaue Auskunft über den Stand der Dinge in Varna. [B. 495.]

(Telegraphic.)

Foreign Office, October 27, 1886, 7:30 P.M.

Send all Information as to state of affairs at Varna which you are able to procure.

Nr. 9433.
England.
27. Oct. 1886.

Nr. 9434. ENGLAND. — Botschafter in Constantinopel an den Min. des Ausw. — Russland bezeichnet als Zweck der Entsendung von Kriegsschiffen nach Varna allein den Schutz seiner Unterthanen; die Pforte wird keine Kriegsschiffe dahin schicken. [B. 497.]

(Telegraphic. Extract.)

Constantinople, October 27, 1886.

I have the honour to report that representation have been made to the Russian Government by the Ambassador of the Porte, and also to M. de Nélidoff here, on the subject of the Russian ships of war, one of which has already arrived at Varna, and the other of which is expected shortly. || In reply, Saïd-Pasha received assurances, that this step had only been taken by the Russian Government for the protection of the Russian Consulate and subjects at Varna in case of disturbances arising; and Saïd-Pasha further stated to me, that, although the Turkish Government considered that they had an undoubted right to send Turkish ships to Varna, they did not intend to do so for the present.

Nr. 9434.
England.
27. Oct. 1886.

Nr. 9435. RUSSLAND. — Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Erklärt den Grund der Ankunft der russischen Kriegsschiffe vor Varna. [B. 512; Gr. 58.]

(Traduction.)

Le 15 (27) Octobre, 1886.

M. le Ministre, || En vue du bruit répandu par les Agents du Gouvernement que les bateaux de guerre arrivés à Varna n'auraient pas de signification,

Nr. 9435.
Russland.
27. Oct. 1886.

Nr. 9435.
Russland.
27. Oct. 1886. je me vois forcé de vous prévenir que l'arrivée de ces bateaux est la conséquence directe et non pas indirecte de ce que j'ai en l'honneur de vous communiquer par ma note du 7 Octobre, et que ces bateaux ne manqueront pas de démontrer très résolument leur importance si les tristes faits cités dans la note précédente se reproduisent. || Agréez, &c.

Nr. 9436. **ENGLAND.** — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Ueber Sophia ist der Belagerungszustand verhängt; Karaweloff hat die Unterzeichnung dieses Beschlusses verweigert. [B. 504.]

(Telegraphic.)

Sophia, October 28, 1886.

Nr. 9436.
England.
28. Oct. 1886. My Lord, || A Decree has just been issued proclaiming the state of siege in the district of Sophia. The names of only two of the Regents are appended to it, M. Karaveloff, acting, I understand, under the advice of General Kaulbars, having refused to sign it. The General telegraphed last night to the Minister for Foreign Affairs to prevent the measure being carried out; but the order was given in spite of his advice*). || I have &c.

Frank C. Lascelles.

Nr. 9437. **RUSSLAND.** — Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Ersucht um sofortige Freilassung der wegen Theilnahme am Staatsstreiche verhafteten Officiere. [Gr. 56; B. 550**].

Le 16 (28) Octobre, 1886.

Nr. 9437.
Russland.
28. Oct. 1886. En complément de ma dépêche du 14/26 Octobre, je vous prie de mettre immédiatement en liberté tous les officiers qui sont arrêtés pour le coup d'État du 9/21 Août, et de m'honorer d'une reponse dans le plus bref délai. || Veuillez, etc.

Kaulbars.

*) Bei Uebersendung einer Abschrift des betr. Dekrets bemerkt der italienische Vertreter in Sophia, dass die Regentschaft diese Maassregel ergriffen habe: „avendo serio timore che il Generale di Kaulbars volesse tentare di profittare dell'assenza del governo da Sofia per provarsi a rovesciarla, istituendo nella capitale un governo provvisorio composto di Zancovisti, aiutato forse dal signor Karaveloff . . .“ [Gr. 53.]

**) Die Note im Blaubuch weicht in der Form mehrfach von der hier aus dem Grünbuche mitgetheilten ab.

Nr. 9438. TÜRKEL. — Der Grossvezier an den türk. Vertreter in Sophia. — Beauftragt ihn, auf die Aufschiebung des Verfahrens gegen die Verschwörer bei der bulgarischen Regentschaft hinzuwirken. [B. 550.]

Le 16 (28) Octobre, 1886.

Veuillez donner des conseils pressants à la Lieutenance pour différer le jugement des personnes impliquées dans le dernier complot, parce que l'exécution de l'Arrêt serait considérée comme une provocation manifeste contre la Russie, et amènerait des conséquences sérieuses. D'ailleurs, vous le disiez dans votre télégramme du 26, la promesse vous a été donnée pour l'ajournement de ce jugement. || En faisant des communications dans ce sens à qui de droit, vous aurez soin de m'en prévenir du résultat.

Nr. 9438.
Türkel.
28. Oct. 1886.

Nr. 9439. RUSSLAND. — Min. des Ausw. an den Botschafter in London. — Theilt die von Kaulbars gemeldeten Gewaltthaten der bulgarischen Behörde in Dubnitsa mit. [B. 506.]

(Télégraphique.)

St. Pétersbourg, le 16 (28) Octobre, 1886.

Selon télégramme du Général Kaulbars, les autorités continuent à se livrer à des excès à Doubnitsa. || Conformément à informations authentiques, trois individus y ont été tués; sur ceux, qui ont été emprisonnés, quarante sont morts sous les coups; 100 autres sont encore gardés en prison, où ils sont exposés à des mauvais traitements de toute sorte. Un habitant de Doubnitsa est arrivé à l'Agence Russe de Sophia tout couvert de blessures. La terreur continue également dans cette dernière ville. Une quarantaine d'individus se sont rendus à l'Agence et n'osent pas en sortir, les autorités ayant posté des gendarmes chargés de tirer sur tous ceux qui quitteraient cet asile.

Nr. 9439.
Russland.
28. Oct. 1886.

Nr. 9440. ENGLAND. — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Meldet die Forderungen und Drohungen des russischen Consuls in Varna. [B. 507.]

Sophia, October 28, 1886.

My Lord, || I have the honour to state that, General Kaulbars has telegraphed to the Minister for Foreign Affairs to demand that the state of siege should be raised. || I am informed, that the Russian Consul at Varna is reported by the Prefect of that town to have made a series of verbal demands, two of them being that the persons arrested during the visit of General Kaulbars should be released, and that the town should no longer be patrolled. || The Prefect also reported, that the Russian Consul had threatened, that if the Russian sailors were molested, the town would be bombaraded by the gun-boats. || I have, &c.

Nr. 9440.
England.
28. Oct. 1886.

Frank C. Lascelles.

Nr. 9441. BULGARIEN. — Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. — Antwort auf die Forderung der Freilassung der verhafteten Verschwörer. [B. 550.]

Tirnovó, le 17 (29) Octobre 1886.

Nr. 9441. Excellence, || En réponse à votre télégramme du 16 du mois courant, j'ai
Bulgarien. l'honneur d'informer votre Excellence que, d'après les renseignements reçus
29. Oct. 1886. des autorités militaires compétentes à Sophia, les mesures nécessaires ont été prises pour satisfaire au désir exprimé dans votre note susmentionnée. || Veuillez, &c.

Nr. 9442. ENGLAND. — Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. — Russland erklärt die Einsetzung eines Fürsten in Bulgarien für nöthig, schlägt aber keinen Kandidaten vor. [B. 508.]

Foreign Office, October 29, 1886.

Nr. 9442. Sir, || The Russian Ambassador called upon me to-day and gave me a
England. copy of the inclosed telegram which he had received from M. de Giers*). His
29. Oct. 1886. Excellency asked whether I had any information of the condition of affairs in Bulgaria. I said I had not any very recent details; reports which appeared in the newspapers might be true or false. || M. de Staal observed, that he feared there was a good deal of agitation, and that some very mischievous spirits were abroad. He did not refer to the Regents, but to a number of Socialists, Nihilists and revolutionists, who seemed to think they had got a chance of annoying and injuring Russia. || I remarked, that of course the duration of the present state of things tended to encourage troublesome characters. That was a reason for desiring to bring about a settled Government. || M. de Staal agreed, and said it was important that a Prince should be elected. I said I thought so too, and asked if he had any candidate to suggest. He replied in the negative. || His Excellency referred to the apprehended trial and execution of the officers concerned in the events of the 9th August. I read and gave to him an extract from Sir F. Lascelles' telegram of the 27th, to the effect that the date of the trials had not yet been fixed, and that no progress had been made in the preliminary inquiry for the last three weeks; that General Kaulbars had informed one of the foreign Agents that his apprehensions were based on information received from the relatives of the insurgents and from persons connected with the Government. || I asked M. de Staal about the Russian ships of war at Varna; but his Excellency could give me no further information. || I am, &c.

I ddesleigh.

*) Nr. 9439.

Nr. 9443. ENGLAND. — Vertreter in Belgrad an den Min. des Ausw. — Stransky ist als ständiger Vertreter Bulgariens in Sophia angenommen worden. [B. 527.]

Belgrade, October 29, 1886.

My Lord, || I have the honour to inform your Lordship, that the semi-official paper "Videlo," of yesterday's date, announces that Dr. Stransky was received as permanent Diplomatic Agent for Bulgaria by King Milan at a special audience at Nisch on the 27th instant. || I have, &c.

Nr. 9443.
England.
29. Oct. 1886.

Hugh Wyndham.

Nr. 9444. RUSSLAND. — Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Erwartet binnen 3 Tagen wirksame Maassregeln zur Einstellung der Gewaltthaten gegen die unter russischem Schutze stehenden Personen, widrigenfalls er mit dem gesammten russischen Vertreterpersonal das Land verlassen wird. [B. 550; Gr. 61.]

Le 18 (30) Octobre, 1886.

M. le Ministre, || Les actes de violence qui se répètent chaque jour tant à Sophia que dans les autres villes de Bulgarie contre les sujets Russes et les personnes qui se trouvent sous la protection Russe, mettent l'Agent Impérial Diplomatique de Russie dans l'impossibilité de rester plus longtemps dans l'état actuel. || En m'adressant à vous pour exiger que vous preniez les mesures les plus énergiques afin que cette situation cesse, je considère de mon devoir de vous prévenir que j'attendrai, durant trois jours, l'accomplissement de cette demande, et que, si je ne reçois pas une réponse satisfaisante, je serai forcé de partir de la Bulgarie avec tout le personnel de l'Agence, en laissant au Gouvernement Bulgare actuel la responsabilité de toutes les conséquences. || Agréez, &c.

Nr. 9444.
Russland.
30. Oct. 1886.

Nr. 9445. BULGARIEN. — Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Vertreter in Sophia. — Ueber sendet einen Erlass des bulgarischen Ministers des Innern an die Behörden betreffs des Schutzes der unter russischer Protektion stehenden Personen und ersucht um Mittheilung der speciellen Fälle von Ver gewaltigung derselben. [B. 550; Gr. 61.]

Tirnovo, le 18 Octobre, 1886.

En informant votre Excellence que j'ai reçu sa dépêche de ce jour, j'ai l'honneur de lui communiquer que mon collègue, M. Radoslavoff, Ministre de

Nr. 9445.
Bulgarien.
30. Oct. 1886.

Nr. 9445.
Bulgarien.
30. Oct. 1886. l'Intérieur, à la suite de votre dépêche susmentionnée, a transmis à tous les Préfets de la Bulgarie du nord et du sud ainsi qu'au Préfet de la ville de Sophia le télégramme-circulaire suivant:—

“M. le Général Baron Kaulbars, Agent Diplomatique de Russie, déclare que tous les jours, tant à Sophia que dans les autres villes de la Bulgarie, se répètent des actes de violence contre les sujets Russes et les personnes qui se trouvent sous la protection Russe. En vous communiquant ce qui précède, je vous ordonne de m'informer sans retard si des pareils actes de violence ont eu lieu dans votre district et par qui? Vous emploierez, de même, tous vos efforts à ce que les sujets Russes, ainsi que les personnes qui se trouvent sous la protection Russe, ne soient pas molestés. En cas contraire, je prendrai des mesures sérieuses pour la punition de ceux qui ne se conformeront pas exactement au présent ordre. Communiquez cet ordre aux Sous-Préfets du district qui vous est confié.”

“Ministre Radoslavoff.”

En vous faisant part de ce qui précède, j'ai l'honneur de prier votre Excellence de vouloir bien m'informer où et quels sujets Russes ou personnes se trouvant sous la protection Russe ont été persécutés, afin que le Gouvernement puisse rechercher les coupables et les remettre aux mains de la justice. || Veuillez, &c.

Nr. 9446. **RUSSLAND.** — Ausserordentlicher Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Lehnt die gewünschten Unterweisungen ab und erklärt, bei der ersten Nachricht eines irgendwo vorgefallenen Gewaltaktes abzureisen. [B. 550; Gr. 61.]

Sophia, le 18 (30) Octobre, 1886.

Nr. 9446.
Russland.
30. Oct. 1886.

J'ai reçu votre réponse à ma note d'aujourd'hui. Ayant en vue que les Gouvernants Bulgares n'ont pas le désir d'exécuter les demandes de la Russie et en présence des tristes et nombreux faits dont j'ai été témoin dès le jour de mon arrivée en Bulgarie, faits très bien connus de MM. les Gouvernants Bulgares eux-mêmes, je ne trouve pas possible d'entrer dans les renseignements demandés par votre note responsive. C'est pourquoi je considère de mon devoir de vous prévenir que, au premier acte de violence qui se produirait sur un point quelconque du territoire Bulgare, je serai forcé d'avoir recours à la mesure indiquée dans ma note de 18 courant. || Veuillez, &c.

Nr. 9447. BULGARIEN. — Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. — Der Befehl zur Freilassung der verhafteten Officiere ist gegeben worden. [B. 550.]

Tirnova, le 19 (31) Octobre, 1886.

Des ordres ont été donnés pour que tous les officiers impliqués dans le complot du 9 Août fussent mis en liberté, comme votre Excellence l'a demandé, et je suis sûr que l'ordre a été exécuté. Pour plus de certitude, j'ai demandé au Ministère de la Guerre si tous ont été relâchés, et je communiquerai immédiatement à votre Excellence la réponse que je recevrai. || Veuillez, &c.

Nr. 9447.
Bulgarien.
31. Oct. 1886.

Nr. 9448. BULGARIEN. — Min. des Ausw. an den russischen ausserordentlichen Bevollmächtigten in Sophia. — Zeigt die Freilassung der verhafteten Verschwörer an. [B. 550; Gr. 60.]

Tirnova, le 19 Octobre, 1886.

Faisant suite à mon télégramme de ce matin, j'ai l'honneur de porter à la connaissance de votre Excellence que le Ministère de la Guerre m'a envoyé la réponse suivante:— || "Les autorités compétentes donnèrent déjà avant-hier des ordres pour que les officiers impliqués dans le complot du 21 Août fussent immédiatement relâchés. Ceux qui se trouvaient à Sophia furent élargis déjà hier, ceux de Tirnova, aujourd'hui. Nous n'avons pas encore de réponse de Roustchouk et Silistrie; mais nous sommes persuadés qu'eux aussi sont mis en liberté. Je transmettrai à votre Excellence les réponses qui me parviendront des deux dernières villes." || Veuillez, &c.

Nr. 9448.
Bulgarien.
31. Oct. 1886.

Nr. 9449. BULGARIEN. — Botschaft der Regenten an die grosse Sobranje bei deren Eröffnung in Tirnowa. [B. 549; Gr. 59.]

MM. les Représentants, || Après l'abdication du premier Prince de Bulgarie, Son Altesse Alexandre I^{er}, le Gouvernement prit la direction des affaires du pays, et consacra ses efforts à maintenir la paix et la sécurité, de conserver la vie, les biens et l'honneur des citoyens Bulgares, ainsi que pour tirer la patrie de la crise dans laquelle l'a jeté le coup d'État du 21 Août. || Le Gouvernement a considéré comme la tâche la plus importante qui lui incombait la convocation de la Grande Assemblée, en vue d'élire un Prince au trône vacant. Malgré les difficultés inhérentes aux régimes provisoires les élections furent accomplies sans incidents, et le Gouvernement voit avec plaisir aujourd'hui les Représentants de la nation réunis dans l'ancienne capitale de la Bulgarie. || Étant pleinement persuadés, Messieurs les Représentants, que vous saurez

Nr. 9449.
Bulgarien.
31. Oct. 1886.

Nr. 9440. élire un Prince qui consacrera sa vie pour la sauvegarde des intérêts et de
 Bulgarien. la liberté de la patrie, et qui conduira la nation dans la voie du progrès en
 31. Oct. 1886. ayant pour but sa grandeur, sa gloire et ses destinées historiques, nous dé-
 clarons ouverte la Grande Assemblée Nationale, et appelons la bénédiction de
 Dieu sur ses travaux.

Vive la Bulgarie indépendante et libre:

Stambouloff.

Karaveloff.

Moutkouroff.

Nr. 9450. **ENGLAND.** — Vertreter in Sophia an den Min. des
 Ausw. — Erklärt die von Kaulbars gemeldeten Gewalt-
 thaten der bulgarischen Behörden in Dubnitzza für
 unrichtig und übertrieben. [B. 519.]

(Telegraphic. Extract.)

Sophia, October 31, 1886.

Nr. 9450. The Report of General Kaulbars, to which your Lordship refers in your
 England. telegram of yesterday, appears to me to be a misrepresentation of the events
 31. Oct. 1886. which have taken place. It is true, that three persons were killed at Doub-
 nitza; but, as I had the honour to report in my telegram to your Lordship
 of the 11th instant, those persons were assassinated on that day during an
 election riot by persons supposed to be partizans of Russia. Several persons
 were arrested in connection with this affair and are now in prison. Your
 Lordship's telegram was the first intimation that reached me of the report
 that forty persons had died in prison, and that 100 were still in prison and
 exposed to all kinds of ill-treatment. || The statement that a state of terror
 exists at Sophia is a gross exaggeration. Certain measures have certainly
 been taken by the Government in consequence of information they have re-
 ceived as to the existence of plots being prepared against them, and it is not
 impossible that these measures may have entailed a certain amount of hard-
 ship. As regards the forty persons said to have taken refuge in the Russian
 Agency, I am in a position to state that about that number of Montenegrins
 arrived at Sophia a short time before the elections, and have remained at the
 Russian Agency up to this time. It is generally believed, that the object of
 their presence at Sophia was to create disturbances during the elections. I
 have been informed, that General Kaulbars has expressed his intention of
 sending them away to-day, which is sufficient to prove that they are at liberty
 to leave the Agency.

Nr. 9451. **ENGLAND.** — Botschafter in St.-Petersburg an den Min. des Ausw. — Auslassungen Giers' über die Entsendung russischer Kriegsschiffe nach Varna und das von Kaulbars der bulgarischen Regierung gestellte Ultimatum. [B. 521.]

(Telegraphic. Extract.)

St. Petersburg, November 1, 1886.

I received your Lordship's telegram of yesterday this morning, and proceeded, at the earliest hour at which I could see M. de Giers, to the Ministry of Foreign Affairs, to communicate its substance to his Excellency^{*}). I said, that Her Majesty's Government were alarmed at the threatening language used by General Kaulbars, and that, being in possession of the text of a note and a telegram addressed by him to the Bulgarian Government, I was instructed to inquire whether these communications had been made under instructions from the Imperial Government, or *proprio motu*.

Nr. 9451.
England.
1. Nov. 1886.

Before reading out the first of Sir F. Lascelles' two telegrams, I reminded M. de Giers of the assurance he had given me on the 28th ultimo, to the effect that the two corvettes had only proceeded to Varna to protect the Russian Consul and his nationals against the violence and insults to which they were exposed, and to enable them, if necessary, to leave, but not in any way for the purpose of coercion. The threat held out by General Kaulbars as to the use to which the ships would be put if the demands made by him were not complied with seemed to stand in direct contradiction to these assurances, and I could therefore only suppose that General Kaulbars was, as he had evidently done often before, acting on his own initiative. M. de Giers endeavoured to minimize the language of the note, pointing out that it did not threaten anything in particular, but was only a kind of general protest against the insulting manner in which the friends of the Government were triumphantly proclaiming that the ships neither could nor would do anything. I said that, putting this particular note aside, what it was important to ascertain was, whether instructions had been sent from St. Petersburg authorizing the use of force by the ships. His Excellency did not give me a perfectly direct answer; nevertheless, his words distinctly conveyed the meaning that no such orders had been sent. I said that the Russian Consul at Varna had threatened bombardment. He absolutely refused to believe this, and said that the idea of Russia's bombarding a Bulgarian town was absurd upon the face of it.

His Excellency's language as regards the three days' ultimatum was very different from the above, and quite explicit. General Kaulbars had been in-

^{*}) Unter Uebersendung der beiden von Lascelles eingesandten Noten Kaulbars' (Nr. 9435 und Nr. 9444) hatte Earl Iddesleigh den Botschafter beauftragt, Giers zu fragen: „whether General Kaulbars' proceedings are in accordance with the instructions which he has received from the Russian Government.“ [B. 515.]

Nr. 9451.
England.
1. Nov. 1886.

structed to insist under this threat on the immediate cessation of the ill-treatment of Russian subjects and protected Bulgarians. The matter was one which concerned Russia only, and was wholly unconnected with international arrangements respecting Bulgaria, on which Russia stood on a line with the other Governments. For she, and she only, was the judge of what concerned her own dignity. No country with self-respect would continue to submit to the indignities, to which Russian officials and Russian subjects were daily exposed, and there was only one way to meet such a case, that of breaking off all communication and withdrawing from the country. Nevertheless, it had been his intention to communicate the step taken and its results to the Powers. The Bulgarian Government had replied to the ultimatum by asking, that they could be furnished with each individual case, and the evidence on which it was based. General Kaulbars had met this demand by stating it was one which could not be complied with, as the cases were innumerable, having been of daily occurrence in every portion of Bulgaria. He had, however, telegraphed, and the telegram had only just been received, suggesting that he should be authorized to declare that the ultimatum would take effect on the occurrence of the first new case. M. de Giers approved of this solution, and said that, as soon as he had obtained the Emperor's consent, which he had no doubt would be given, he would telegraph in this sense to General Kaulbars. || I said, that what seemed strangest in regard to this ultimatum was, that it had been sent after the receipt by General Kaulbars of the telegram from the Bulgarian Government, stating that satisfaction would be given to the demands formulated by him, and after the measures for the liberation of the prisoners had actually been taken. M. de Giers replied, that neither of these facts had been telegraphed to him by General Kaulbars; all that he had received from the General in this sense being contained in the bag end of a telegram he had received that morning, to the effect that the General was not without hopes that the prisoners would be released. || I had the honour to transmit the substance of the above in my telegram of this day's date.

Nr. 9452. ENGLAND. — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Berichtet über russische Ausschreitungen in Varna. [B. 525.]

(Telegraphic.)

Sophia, November 2, 1886.

Nr. 9452.
England.
2. Nov. 1886.

My Lord, || Two telegrams, dated the 31st ultimo, have been received by the Bulgarian Government from the Prefect of Varna. The first states, that the cavass of the Russian Vice-Consulate, accompanied by two sailors, had gone to the door of the prison and had promised the prisoners that he would release them in three days' time. The second states, that the same cavass had torn down the official notices which had been posted up in the town

with the text of the Speech delivered by the Regents on the meeting of the Great National Assembly. The Prefect added that the gendarmes, in order to avoid anything that might occasion a scandal, had abstained from interfering.

|| I have &c.

Frank C. Lascelles.

Nr. 9453. ENGLAND. — Botschafter in St.-Petersburg an den Min. des Ausw. — Berichtet über eine Unterredung mit Giers, betreffend die angekündigte Abreise des Generals Kaulbars und die Neuwahl eines Fürsten in Bulgarien. [B. 528.]

(Telegraphic. Extract.)

St. Petersburg, November 3, 1886.

As Sir F. Lascelles' telegram of the 31st ultimo was sent in reply to the telegram in which your Lordship informed him, that you had received directly from the Russian Ambassador the Report from General Kaulbars respecting the ill-treatment of the Bulgarians opposed to the Regency, I assumed that you would yourself communicate this reply to M. de Staal, and that as this would carry infinitely more weight than would a communication coming through me, it was not your Lordship's intention that I should convey the information formally to M. de Giers. Nevertheless, in the course of conversation this afternoon, adverting to the Notification in the official Gazette respecting General Kaulbars' intended withdrawal on the first new case of ill-treatment, I said that I hoped that the General would be a little more careful in establishing the case on which such portentous issues might depend than he had been when amongst the Russian "griefs" which he had telegraphed to his Excellency; he had put on the debit side of the account the murder of three persons at Dubnizza belonging to the Government party by the partizans of the opposition, who proclaimed themselves the friends of Russia, and whose murderers had been captured and were being brought to justice by the Bulgarian Government. || I then asked his Excellency what would happen if General Kaulbars carried out his threat and quitted Sophia with all his personnel. He said, that, in that case, Russia would have to request the other Powers to undertake the protection of her subjects; but he spoke in what struck me as a very hopeful tone, to the effect that he did not contemplate such an eventuality, and that he thought that the threat would suffice to bring about a discontinuance of the conduct complained of. He said, that it was only on Tuesday morning that he had received a telegram from General Kaulbars announcing that the prisoners had been released. I said, that I had been glad to notice in the statement given in the "Journal de St.-Pétersbourg" this morning that they had been released on bail, and I reminded his Excellency of our former conversation on this point, and told him, that I had not failed to inform Her Majesty's Government that his Excellency had given me a distinct assurance that this from the first had been the demand of the Russian

Nr. 9453.
England.
2. Nov. 1886.

Nr. 9453.
England.
3. Nov. 1886.

Nr. 9453. Government, and that it had been their intention to accentuate thereby that they
 England. had no wish to quash the proceedings against men guilty of the crime of
 3. Nov. 1886. high treason, but only to put off the proceedings to a time when public opinion
 had recovered its calm. It had been therefore with great regret that I had
 learnt, that General Kaulbars had asked for the liberation of the prisoners
 pure and simple. M. de Giers made some observations of a general kind
 exculpating General Kaulbars on the ground of the difficulty of his position
 and the demands of public opinion in Russia. || I then asked his Excellency
 whether he had made any progress in finding a candidate: I said I had no
 instructions whatever to broach the subject to him, and only spoke as a looker
 on; but that it did seem to me, as such, that anything more unfair than the
 position in which the Sobranjé was placed by Russia's refusal to declare her
 candidate I could not conceive. Russia was declaiming against the illegal state
 of things in Bulgaria. The only way legality could be restored was by the
 election of a Prince. The Sobranjé knew it was no use electing a Prince that
 Russia would disapprove of, and yet Russia refused to tell them what candidate
 she would approve of. His Excellency replied, that I seemed to forget that
 other people besides Russia had to be consulted. It would be very easy, he
 said, to find a candidate to suit both Russia and Bulgaria, but such a choice
 might not be equally pleasant to the other parties concerned. I gathered,
 however, from what he said that the Prince of Mingrelia was being communi-
 cated with, as he stated he was in the Caucasus, and that it would take some
 days to get an answer from him. || Before leaving, I said that, since my arrival
 in Russia, I had never known a time when the political atmosphere seemed
 so charged with electricity and when so many sinister rumours prevailed. His
 Excellency, who seemed in better spirits than I had seen him in for some
 time, spoke with much confidence of the future. There was many a *mauvais*
quart d'heure to be got over; but he felt assured, that peace would be main-
 tained. I said this was a consummation devoutly to be wished, but that I
 could not give General Kaulbars the credit of contributing much to this result.
 I had the honour to convey the substance of a portion of this despatch to
 your Lordship in my telegram of this day's date.

Nr. 9454. ENGLAND. — Consulssekretär Graves in Tirnowa an
 den Min. des Ausw. — Bericht über einen Aufstand
 in Burgas*). [B. 532.]

(Telegraphic.)

Tirnova, November 5, 1886.

Nr. 9454. A revolt was carried out at Bourgas on night of 3rd instant by authors
 England. of former conspiracy. A number of Montenegrins, assisted by a few soldiers
 5. Nov. 1886.

*) Tags darauf meldet derselbe die unblutige Unterdrückung des Aufstandes und
 die Verhaftung des Leiters, des russischen Kapitäns Nabokoff. [B. 542.] Ueber den

of garrison and three subaltern officers, arrested authorities and loyal officers, and proclaimed their separation from Bulgaria and Russian protection. Movement is not popular, but mainly promoted and executed by foreigners. Government are confident that, order will be restored by to-morrow night, Panitza having been dispatched with ample force, unless Russia interferes by force in favour of the revolt. Foreign Minister requests, that, for this reason, this information may be regard as secret for the present.

(Sent to Sir F. Lascelles.)

Nr. 9455. BULGARIEN. — Min. des Ausw. an die Vertreter der Mächte in Sophia. — Ersucht um möglichst schleunige Namhaftmachung eines Candidaten für den bulg. Fürstenthron*). [B. 543; Gr. 64.]

(Circularre.)

Sophia, le 25 Octobre (6 Novembre), 1886**).

M. l'Agent, || J'ai l'honneur de vous prier, au nom de la Régence et du Ministère Bulgares, de vouloir bien interposer vos bons offices auprès de votre Haut Gouvernement pour qu'il daigne nous indiquer, le plus tôt possible, le candidat qu'il recommande comme Prince de Bulgarie. || En vous remerciant d'avance de la communication que vous voudrez bien nous faire du résultat de vos obligeantes démarches à ce sujet, je vous prie d'agrée, &c.

Pour le Ministre et par son ordre:

Le Gérant du Ministère des Affaires Étrangères,

I. D. Panayotoff***).

Nr. 9456. ITALIEN. — Min. des Ausw. an den Vertreter in Sophia. — Antwort Italiens auf das bulg. Circular betr. Namhaftmachung eines Throncandidaten. [Gr. 65.]

Roma, 7 novembre 1886.

Signor agente, || Con telegramma di ieri, la Signoria Vostra mi faceva conoscere la circolare diretta da cotesto ministro degli affari esteri ai rappresentanti delle potenze firmatarie del trattato di Berlino, per pregarli d'indicare,

Eindruck, welchen dieser Putsch und die Erklärung der Nichtanerkennung der Sobranjebeschlüsse in der Sobranje hervorbrachte, meldet Mr. Graves am 8. Nov.: Die Erregung der Deputirten sei sehr gross; eine starke Partei und das Heer hätten sich an diesem Tage für directe Wiederwahl Alexanders erklärt. [B. 556.]

*) General Kaulbars lehnte die Uebersendung dieses Circulars an das russ. Cabinet ab mit der Motivirung, dass Russland die Sobranje als ungesetzlich ansehe und also auch alle von ihr vollzogenen Akte als ungültig. [B. 555; Gr. 66.]

**) Die Ausfertigung für den italien. Vertreter ist vom 24. Oct./5. Nov. datirt.

***) Im Grünbuche ist die Form dieses Namens stets Panenzotow.

Nr. 9456. al più presto possibile, il candidato che dai rispettivi governi sarebbe racco-
Italien.
7. Nov. 1886. mandato alla scelta dell'assemblea bulgara.

Voglia, La prego, dichiarare a Sua Eccellenza il ministro che apprezziamo pienamente la correttezza e la opportunità di codesta comunicazione del governo bulgaro. || Desidero che, nel tempo stesso, Ella porga l'assicurazione nulla più starci a cuore che di vedere la Bulgaria uscire prontamente dalla delicata e pericolosa situazione in cui attualmente si trova; ciò che potrà solo avverarsi coll'assunzione al trono di un nuovo principe, in base alle precise stipulazioni del trattato di Berlino. || Nelle circostanze attuali, la preliminare ed officiosa indicazione, da parte delle potenze, del candidato sul quale si raccolga l'unanimità dei suffragi che devono concorrere alla sua elezione, è indubbiamente e sommamente opportuna. Ella può affermare che l'Italia, dal canto suo, non tralascia, precisamente in questo momento, di applicarsi, per tale scopo, ad opportuno scambio di vedute coi gabinetti amici. Giova sperare che gli intendimenti di quei governi, che particolarmente dimostrano il loro volere di raggiungere sollecitamente l'intento, condurranno, senza soverchio ritardo, al necessario accordo anche intorno al *modus procedendi*, che non è certo fra le minori difficoltà della questione. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9457. **RUSSLAND.** — Ausserordentl. Bevölmächtigtter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Fordert sofortige Annahme der chiffirten Depeschen des russ. Consuls in Burgas durch das Telegraphenam. [Gr. 68.]

Sophia, 27 octobre (8 novembre) 1886.

Nr. 9457. Le consul impérial de Russie à Bourgas me communique le refus du
Russland.
8. Nov. 1886. bureau télégraphique de ladite ville d'accepter ses télégrammes chiffrés. || Je préviens que, si les dépêches du dit consul ne sont pas immédiatement acceptées et régulièrement transmises, je serai forcé de prendre des mesures énergiques pour lui assurer le libre accès du télégraphe. || Je communique copie de la présente aux représentants des Puissances. Kaulbars.

Nr. 9458. **ENGLAND.** — Botschafter in Constantinopel an den Min. des Ausw. — Der russ. Viceconsul in Burgas hat die Auslieferung Nabokoffs gefordert. [B. 557.]

(Telegraphic.)

Constantinople, November 9, 1886, 6:27 P.M.

Nr. 9458. I have received the following telegram from Consul-General Jones,
England.
Nov. 1886. Philippopoli:— || "Russian Vice-Consul at Bourgas has demanded, that the

Russian officer, Captain Nabokoff by name, who was arrested there while overtly inciting rebellion, should be surrendered to him."

Nr. 9458.
England.
9. Nov. 1886.

Nr. 9459. BULGARIEN. — Die Regenten und Minister an den Prinzen Waldemar von Dänemark. — Anzeige der auf ihn gefallenen Wahl zum Fürsten von Bulgarien. [Gr. 72; B. 563.]

Nous soussignés, régents et membres du gouvernement bulgare, avons l'honneur de porter à la connaissance de Votre Altesse que, aujourd'hui, à dix heures et demie, la grande assemblée nationale, convoquée dans l'ancienne capitale de la Bulgarie, Vous a unanimement et par acclamation élu prince de Bulgarie. || L'acte de l'élection sera présenté à Votre Altesse par une députation spéciale, élue par la même assemblée. || Convaincus que Votre Altesse acceptera la noble tâche de consacrer sa vie précieuse au bonheur et à la prospérité d'un peuple qui a donné tant de preuves de vitalité et d'aptitude au progrès et à la civilisation, et qu'Elle s'empressera de venir prendre en mains les rênes du gouvernement, nous avons l'honneur, etc.

Nr. 9459.
Bulgarien.
29. Oct.
10. Nov. 1886.

Les régents et les ministres
(Suivent les signatures).

Tirnov, 29 octobre 1886.

Nr. 9460. ENGLAND. — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Meldet den Rücktritt Karaweloffs von der Regentschaft. [B. 564.]

Sophia, November 10, 1886.

My Lord, || M. Karaveloff, one of the Bulgarian Regents, tendered yesterday his resignation of the post he holds to the Great National Assembly by telegraph. The reasons which he gave for resigning were that there were several important questions on which he found it impossible to agree with his colleagues. || I have forwarded the above to Her Majesty's Ambassadors at Constantinople and Vienna. || I have, &c. Frank C. Lascelles.

Nr. 9460.
England.
10. Nov. 1886.

Nr. 9461. ITALIEN. — Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. — Oesterreichische Vorstellungen bei Russland und deren Beschwichtigung durch Giers; Russland wird bald einen Throncandidaten vorschlagen. [Gr. 70.]

Roma, 10 novembre 1886.

Signor ambasciatore, || È venuto, oggi, alla Consulta l'ambasciatore di Russia per farmi conoscere, incaricatone dal suo governo, talune dichiarazioni

Nr. 9461.
Italien.
10. Nov. 1886.

Nr. 9461.
Italien.
10. Nov. 1886.

e avvertenze che, con telegramma di ieri, furono dal signor di Giers trasmesse all'ambasciatore dello Czar a Vienna, acciò ne porgesse comunicazione al conte Kalnoky. || Il ministro austro-ungarico degli affari esteri aveva fatto manifestare, per mezzo del conte di Wolkenstein, ambasciatore imperiale e reale a Pietroburgo, l'inquietudine ispiratagli dalla situazione presente, in Bulgaria, e dai procedimenti del generale di Kaulbars. Ed il signor di Giers erasi affrettato a rassicurarlo sugli intendimenti del gabinetto imperiale, esprimendo il convincimento che complicazioni europee non sono da temersi fin tanto che, come il recente discorso dell'Imperatore Francesco Giuseppe alle delegazioni lo lascia sperare, dura l'accordo fra le tre corti per il mantenimento della pace. || Il signor di Giers incarica, col suo telegramma, il principe Labanoff di ripetere le stesse cose al conte Kalnoky. Aggiunge Sua Eccellenza che il gabinetto di Pietroburgo ha in vista, per il trono bulgaro, un candidato che potrà in breve proporre alle potenze. Si intenderà, allora, con esse per una base legale sopra la quale il nuovo principe possa inaugurare un governo regolare. Il regime attuale nel principato (così conchiude il signor di Giers) non è che la continuazione dell'ambiente rivoluzionario in cui la Bulgaria si trova avvolta dopo la rivoluzione dello scorso anno; importa quindi, anzitutto, che si ristabilisca uno stato di cose legale. || Il barone d'Uxkull non aggiungeva alla sua comunicazione domanda alcuna. Mi limitai a ringraziarlo. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9462. **ITALIEN.** — Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. — Russischer und italienischer Standpunkt gegenüber der bulg. Sobranje. [Gr. 71.]

Roma, 11 novembre 1886.

Nr. 9462.
Italien.
11. Nov. 1886.

Signor ambasciatore, || L'ambasciatore di Russia, nella visita che oggi facevami, in occasione del mio ordinario ricevimento, ritornava sull'argomento che forma oggetto del mio dispaccio di ieri. Sua Eccellenza insisteva sulla necessità che anzitutto si *sgombri il terreno* in Bulgaria, per far posto ad una nuova reggenza, ed indi ad una nuova Sobranje, *di cui non facciano parte i deputati rumelioti*, e che abbia così un carattere legale. La nuova assemblea eleggerebbe il Principe che in precedenza si saprebbe accetto a tutte le potenze. || Non esitai a manifestare il mio pensiero al barone di Uxkul. Gli dissi che l'attuazione di quel programma incontrerebbe molte difficoltà costituzionali, tali da renderne forse impossibile l'attuazione, e da condurre, in ogni modo, alla conseguenza che per lungo tempo ancora non si abbia l'elezione di un principe; mentre siffatta elezione potrebbe, sola, se si avverasse senza indugio, far cessare il pericolosissimo ed anormale stato di cose che regna in Bulgaria. Osserval, quindi, che il solo sistema pratico da seguirsi consisterebbe, a mio avviso, nel metterci

prontamente d'accordo intorno al candidato da indicare alla attuale Sobranje; non potendosi dubitare, raggiunto questo risultato, che l'assemblea non esiterebbe ad acclamare il principe sul nome del quale saprebbe esser unanimi i suffragi delle grandi potenze. || Ai concetti da me svolti, in questa circostanza, col barone di Uxkull desidero che, presentandosene l'opportunità, l'Eccellenza Vostra conformi il suo linguaggio col signor di Giers. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9463. RUSSLAND. — Ausserord. Bevollmächtigter in Sophia an den bulg. Min. des Ausw. — Macht die bulgarische Regierung auf die grausame Behandlung der Aufständischen in Dubnizza und Burgas aufmerksam*). [Gr. 73; B. 566.]

Le 30 October (11 Novembre), 1886.

Monsieur le Ministre, || J'attire l'attention des Gouvernants Bulgares sur la conduite cruelle des autorités vis-à-vis les révoltés de Doubnizza et de Bourgas ainsi que sur les conséquences qui pourraient en résulter. || Je communique la présente à tous les Représentants des Puissances. || Veuillez, &c.

Kaulbars.

Nr. 9464. BULGARIEN. — Min. des Ausw. an den russ. ausserordentl. Bevollmächtigten in Sophia. — Berichtet über die Freilassung der bei dem Aufstande in Burgas verhafteten russ. Offiziere. [Gr. 76.]

(Traduzione.)

Tirново, le 31 octobre 1886.

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que le sous-lieutenant Zalewski n'a pas été arrêté par les autorités de Bourgas, mais qu'il se trouve dans le consulat impérial de cette ville. || Le capitaine d'état-major Nabokoff, qui a été arrêté à Ankialo, est détenu pour l'examen de cette affaire. || Le conseil des ministres a, dès le commencement, décidé que le capitaine Nabokoff fût livré au consulat russe à Bourgas, aussitôt après la conclusion de l'interrogatoire. || Je remettrai entre les mains de M. le ministre de la guerre le télégramme de Votre Excellence, en le priant de donner les ordres nécessaires à Bourgas pour faire livrer au consulat impérial le susdit individu, dont l'interrogatoire pourra être achevé aujourd'hui, ainsi qu'il ressort des renseignements qui viennent de nous être fournis. || Veuillez agréer, etc.

Natchovitch.

*) In einer 2. Note von demselben Tage forderte Kaulbars die Auslieferung der beiden hauptbetheiligten Auführer, des russischen Kapitäns Nabokoff und eines russischen Lieutenants, an den russischen Viceconsul in Burgas. [B. 566; Gr. 73.]

Nr. 9465. BULGARIEN. — Min. des Ausw. an den russ. ausserordentl. Bevollmächtigten in Sophia. — Weist die Beschwerde über schlechte Behandlung der in Burgas und Dubnitza gefangenen Auführer als unbegründet zurück. [Gr. 77.]

Tirnovo, 31 octobre (12 novembre) 1886.

Nr. 9465/
Bulgarien.
12. Nov. 1886.

En réponse à votre télégramme en date d'hier, concernant la manière d'agir, en quelque sorte inhumaine, des autorités envers les détenus à Bourgas et Doubnitza, j'ai l'honneur de prier Votre Excellence de ne point ajouter foi aux récits qui Lui sont faits par des intéressés. || Il ressort, des renseignements que j'ai reçus de Bourgas, que le vice-consul impérial s'est convaincu lui-même que les plaintes de ce genre, qui lui sont adressées, sont des calomnies, et que les autorités ont agi avec les détenus conformément aux prescriptions des lois. D'un autre côté, le ministère de la justice ne possède de Doubnitza qu'une seule plainte, formulée par l'avocat d'un détenu, individu qui n'inspire pas grande confiance. || En tout cas, les lois donnent le droit, aux personnes lésées, de porter plainte contre les abus de pouvoir par-devant les instances supérieures, qui ne laissent jamais sans suite des réclamations de cette nature. || Veuillez agréer, etc.

Natchovitch.

Nr. 9466. ENGLAND. — Min. des Ausw. an den Botschafter in Rom — Bericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter über die Throncandidatur des Fürsten von Mingrelien*). [B. 567.]

Foreign Office, November 12, 1886.

Nr. 9466.
England.
12. Nov. 1886.

Sir, || The Italian Ambassador called to-day to inquire what view Her Majesty's Government took of the candidature of the Prince of Mingrelia as successor to Prince Alexander of Bulgaria. || I said that I thought the Prince's appointment would be open to much objection, from the fact of his being a vassal, or rather a subject, of Russia. || His Excellency agreed, but asked what I thought ought to be done. Was it not better, he observed, to come to some arrangement which would put an end to the present inconvenient and dangerous state of things? || I said I had not as yet given serious consideration to the Prince's candidature, as I imagined that the Russian Government, having protested against the legality of the Sobranje, would not propose to it a candidate of their own, or accept one selected by the Sobranje itself. || Count Corti observed, that the presence of the East Roumelian Delegates

*) Am 15. Nov. berichtet Graf Robilant über ein Gespräch mit Baron Üzküll, betreffend den russ. Throncandidaten. Er erklärt sich geneigt, ihn anzunehmen, wenn alle Mächte zustimmten, dringt aber auch auf beschleunigte Wahl durch die gegenwärtige Sobranje. [Gr. 80.]

undoubtedly impaired the strict legality of the Sobranje. After a few more observations, his Excellency asked whether Her Majesty's Government would modify in any way their view of the candidature of the Prince of Mingrelia if the Powers were to recognize the Sobranje and the Prince were accepted by that Assembly? || I said, that I would think over the question, and Count Corti observed that he would call again very soon in the hope of receiving an answer. || His Excellency referred approvingly to Lord Salisbury's speech at the Guildhall. || I am, &c. Nr. 9466.
England.
12. Nov. 1886.

Iddesleigh.

Nr. 9467. ITALIEN. — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Meldet die ablehnende Antwort des Königs von Dänemark, die Ergänzung der Regentschaft, die Abordnung einer bulg. Deputation an die Grossmächte und die Vertagung der Sobranje. [Gr. 75.]

Sofia, 13 novembre 1886. Ric. il 22.

Signor ministro, || Venne comunicato, ieri, alla assemblea costituente il rifiuto del Re di Danimarca di accettare, per suo figlio, il trono di Bulgaria. || L'assemblea ha accettato le dimissioni di Karaveloff, respingendo quelle dei due altri reggenti, e nominando Zifcoff a terzo reggente. || Fu scelta una commissione di tre deputati, signori Stoiloff, Grecoff e Calcieff, incaricati di chiedere alle grandi potenze la designazione di un principe. || L'assemblea si è prorogata *sine die*. || Il vice-console Acton si dispone a rientrare in Sofia coi colleghi d'Austria-Ungheria e d'Inghilterra. || Gradisca, ecc. Nr. 9467.
Italien.
13. Nov. 1886.

Gerbaix de Sonnaz.

Nr. 9468. ITALIEN. — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Kaulbars fordert von der bulg. Regierung unter Androhung des Abbruchs der Beziehungen die Absetzung der Behörden in Philippopol. [Gr. 78.]

(Telegramma.)

Sofia, 14 novembre 1886.

Causa un *cavas* del consolato russo, ferito a Filippopoli, il generale Kaulbars ha chiesto, ieri, la destituzione delle autorità locali, minacciando inoltre di rompere le relazioni qualora non gli sia data soddisfazione entro 24 ore*). Nr. 9468.
Italien.
14. Nov. 1886.

Sonnaz.

*) Tags darauf benachrichtigte der General den ital. Vertreter, dass er diese Frist bis zum 17. d. M. verlängert habe. Er fordert die Absetzung der Civil- und Militärbehörden Philippopels und die Salutirung der russ. Flagge. [Gr. 79.]

Nr. 9469. ITALIEN. — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Erklärung des Generals Kaulbars an die bulg. Regierung über den Abbruch der Beziehungen zu ihr und seine Abreise mit der gesammten russ. Vertretung. [Gr. 81.]

(Telegramma.)

Sofia, 18 novembre 1886.

Nr. 9469.
Italien.
18. Nov. 1886.

Il generale Kaulbars ha inviato al governo bulgaro una nota dichiarando che rompe le relazioni e lascia il principato con tutti i funzionari dei consolati russi in Bulgaria ed in Rumelia. || La nota è sostanzialmente così concepita:

Lo Czar volle attestare i suoi sinceri sentimenti verso il popolo bulgaro, ma non un consiglio della Russia fu seguito. Attentati insolenti furono commessi contro i sudditi russi, senza che il governo bulgaro provvedesse. Infine la Sobranje si è riunita senza accordo preventivo, malgrado le proteste della Russia. I fatti provano la risoluzione della reggenza di agire all'infuori della Russia. Il generale Kaulbars dichiara, adunque, che il presente governo bulgaro ha perduto la fiducia della Russia, e che si è resa impossibile la continuazione delle relazioni finchè il governo bulgaro si comporrà dei suoi membri attuali.

Il generale Kaulbars partirà, sabato mattina, per la via di Costantinopoli.
Sonnaz.

Nr. 9470. ITALIEN. — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Kaulbars hat den von Natschewitsch erbetenen Aufschub der Ultimatumfrist abgelehnt. [Gr. 82.]

(Telegramma.)

Sofia, 18 novembre 1886.

Nr. 9470.
Italien.
18. Nov. 1886.

Il signor Natchovitch ha inviato al generale Kaulbars un telegramma, concepito in termini assai moderati, per spiegare la situazione e domandare il tempo necessario a fare un'inchiesta circa il caso di Filippopoli. || Il generale ha semplicemente risposto essere troppo tardi, senza aggiungere altra spiegazione.
Sonnaz.

Nr. 9471. ENGLAND. — Min. des Ausw. an den Botschafter in Constantinopel. — Stellung Englands zur bulg. Fürstenwahlfrage. [B. 1.]*

Foreign Office, November 19, 1886.

Nr. 9471.
England.
19. Nov. 1886.

Sir, || I telegraphed to your Excellency to-day to inform you of the present attitude of Her Majesty's Government with regard to the question of the election

*) Von hier an sind die als aus B entstammend bezeichneten Aktenstücke dem Blaubeche Turkey 1887 Nr. 2 entnommen.

of a Prince of Bulgaria. || They do not think it desirable at this stage to discuss the conditions on which they might agree to any particular candidate. Nr. 9471.
England.
19. Nov. 1886.
|| They reserve all expression of opinion until they are called upon in due course to say whether they agree to the candidate proposed for their assent, according to the terms of the Treaty of Berlin. || I am, &c.

Iddesleigh.

Nr. 9472. ITALIEN. — Vertreter in Sophia an den Min. des Ausw. — Bericht über Kaulbars' Abreise. [Gr. 84.]

(Telegramma.)

Sofia, 20 novembre 1886.

Il generale Kaulbars è partito senza manifestazioni favorevoli od ostili. Nr. 9472.
Italien.
23. Nov. 1886.
Fu salutato, questa mattina, dai colleghi e da una ventina di Bulgari.

Sonnaz.

Nr. 9473. RUSSLAND. — Min. des Ausw. an den Botschafter in London. — Exposé über die Ziele und den Erfolg der Sendung des Generals Kaulbars.

St. Pétersbourg, le 11 (23) Novembre, 1886.

Votre Excellence aura déjà appris, qu'en présence de l'état de choses arbitraire et anarchique qui subsiste en Bulgarie, et de l'impossibilité de poursuivre aucun rapport avec le Gouvernement de fait dans sa composition actuelle, le Général Baron de Kaulbars ainsi que tous nos Consuls viennent de quitter ce pays et la Roumélie-Orientale. || Je crois nécessaire de vous exposer les vues de l'Empereur dans la situation qui en résulte. Nr. 9473.
Russland.
23. Nov. 1886.

Lorsque le Prince de Battenberg quitta définitivement la Bulgarie, le Cabinet Impérial ne crut pas possible d'abandonner dans cet état de crise un pays créé par la Russie. Il avait le droit et le devoir de l'aider à en sortir. || Ce fut l'objet de la mission du Général de Kaulbars. Elle avait deux buts: assister de ses conseils les hommes au pouvoir, et s'enquérir des vœux réels de la population. || Les conseils que fit entendre le Général de Kaulbars au Gouvernement de fait furent ceux que réclamait la situation, c'est-à-dire, la cessation des luttes de partis, l'apaisement des passions et l'ajournement de toute mesure pouvant y fournir de nouveaux aliments, afin de donner à la Russie et au Sultan la possibilité de se concerter avec les Puissances sur la meilleure solution de cette crise. || Cependant, les détenteurs du pouvoir refusèrent de déférer aux conseils du Général de Kaulbars. Ils poursuivirent le cours de leurs violences contre toute opposition et convoquèrent une Assemblée qui, élue sous un pareil régime, représentait leur propre parti, mais nullement le peuple Bulgare. || Le Général de Kaulbars fut obligé de déclarer en consé-

Nr. 9473.
Rusland.
23. Nov. 1886.

quence que le Cabinet Impérial ne reconnaissait ni la Régence, ni le Gouvernement, ni l'Assemblée issue d'élections illégales, ni aucune des décisions qu'elle prendrait.

La première partie de sa mission, celle des conseils, était épuisée. Restait la seconde, l'enquête sur les vœux de la population. Ce n'était pas à Sophia, sous les yeux de ce Gouvernement, qu'il pouvait la remplir. Il dut se rendre dans l'intérieur du pays et se mettre en contact direct avec la population. Il avait non seulement à s'enquérir des vœux du peuple Bulgare, mais encore à lui faire connaître les vues bienveillantes de l'Empereur, cachées ou dénaturées par les Agents du Gouvernement. || Il le fit ouvertement, loyalement, au grand jour, et put confirmer de ses propres yeux la certitude que la grande majorité du peuple Bulgare, confiante dans la sollicitude du Souverain de la Russie, invoquait sa protection pour être soustraite à l'oppression, mais que, incapable par elle-même d'aucune initiative, elle se laissait terroriser par la minorité Radicale; en effet, la présence du Général de Kaulbars en province devint le signal d'un redoublement de violences de la part des Agents du Gouvernement contre tous les Bulgares qui avaient osé exprimer leur sentiment au Représentant de l'Empereur de Russie et même contre des sujets Russes. || Le Général de Kaulbars protesta en vain contre ces brutalités. Il n'obtint que des réponses évasives ou des satisfactions apparentes. || Les choses en vinrent au point que le Cabinet Impérial dut envoyer à Varna deux bâtiments de la Marine Impériale pour protéger le Consulat et les sujets Russes, et les soustraire, au besoin, à ces actes de violence. || Cette mesure n'imposa pas un frein aux atteintes contre la sécurité des Consulats et des sujets Russes. || Le Général de Kaulbars se vit alors obligé de déclarer à M. Natchévitch qu'au premier attentat qui serait dirigé contre un des sujets ou protégés Russes, il se trouverait dans la nécessité de quitter la Bulgarie avec tous les Consuls.

Mais cette déclaration ne devait pas non plus avoir de résultat. || Les Gouvernants, ayant la force en main, étaient résolus à n'en user jusqu'au bout que pour se maintenir. || Le mécontentement croissant du pays ne les intimidait pas. Les révoltes partielles et isolées étaient réprimées par la force. || En proposant à l'Assemblée l'élection du Prince Waldemar de Danemark, ils se donnaient l'apparence de vouloir se conformer aux prévisions du Traité de Berlin. Ils devaient être certains qu'aucun Prince n'accepterait la tâche de gouverner le pays dans ces conditions. La réélection du Prince de Battenberg n'offrait pas plus de chances. Elle avait été exclue d'avance. Il ne restait aux dictateurs qu'à faire confirmer leur pouvoir par l'Assemblée, à la dissoudre et à former un triumvirat qui resterait à la tête du pays.

Dans ces conditions un moyen de conciliation avait été suggéré. Une des premières demandes du Général de Kaulbars avait été la formation d'un Gouvernement de fusion qui fit cesser la lutte des partis, apaisât les passions, ajournât l'Assemblée jusqu'à ce que la tranquillité fût rétablie. || Le Sultan, intéressé comme nous à accélérer le terme de cette crise, avait donné à son

Délégué l'ordre de s'entendre avec le Général de Kaulbars. Il conseilla aux triumvirs de modifier la composition de la Régence, d'y faire entrer des hommes des divers partis, inspirant assez de confiance pour qu'on pût traiter avec eux, puis de dissoudre l'Assemblée pour en convoquer une nouvelle, légalement élue, lorsque les Puissances se seraient mises d'accord sur le choix d'un Prince et sur les conditions dans lesquelles il pourrait prendre le pouvoir. || Un instant les dictateurs parurent vouloir entrer dans cette voie. Leur position était fortement ébranlée; la discorde régnant entre eux, leur avenir était compromis. Ils se prêtèrent à des négociations avec les chefs de l'Opposition. Elles ne purent pas aboutir à la suite d'encouragements que les gens au pouvoir crurent pouvoir puiser du dehors et dans leur confiance d'une impunité assurée par l'absence de toute intervention militaire. Dès lors, loin de modifier la Régence dans le sens de la conciliation, ils la complétèrent dans le sens le plus radical. || En présence de cet état de choses une nouvelle atteinte ayant été portée à la sécurité du cavas du Consulat de Russie à Philippopoli, sans que la satisfaction exigée ait été donnée, il a été prescrit au Général de Kaulbars et à tous les Consuls Russes de quitter la Bulgarie avec tout leur personnel. En même temps ordre a été donné aux navires de la Marine Impériale, en station à Varna, d'embarquer les sujets Russes qui voudraient s'éloigner du pays, où ils ne se sentent plus en sûreté.

Telle est la marche suivie par le Cabinet Impérial. Elle est conforme aux traditions de la Russie, à sa bienveillance pour la nation Bulgare, à sa sollicitude pour la paix de l'Orient et de l'Europe. || La Russie qui a créé la Bulgarie ne veut certainement pas attenter à son indépendance. Elle veut la lui rendre. Elle a le droit et le devoir de ne point permettre que le peuple Bulgare, pour lequel elle a combattu, le peuple qui ne fait pas de politique, mais qui travaille, veut vivre en ordre et en paix et contient en lui le germe de l'avenir du pays, soit opprimé par une minorité d'agitateurs Radicaux, détourné de sa voie naturelle et transformé en un foyer d'anarchie, de révolution et d'hostilité envers la nation qui l'a appelé à la vie et n'a pas d'autre désir que de la lui conserver. || Sa Majesté l'Empereur ne renonce pas à l'espoir d'atteindre ce but. Sa Majesté continuera à y vouer ses efforts. Elle veut le poursuivre par des voies pacifiques et sans s'écarter des Traités tant qu'ils seront également respectés par les autres Puissances. || C'est dans ces conditions que notre auguste Maître attendra le développement de la situation. || Veuillez donner lecture de la présente dépêche à M. le Ministre des Affaires Étrangères, et lui en laisser copie si son Excellence le désire. || Agréé, &c.

Nr. 9473.
Russland.
23. Nov. 1886.

Nr. 9474. TÜRKEL. — Min. des Ausw. an die Botschafter bei den Grossmächten. — Erklärt sich für die Wahl des Fürsten von Mingrelien und ersucht die Mächte, diese Candidatur zu unterstützen*). [B. 3.]

(Télégraphique.)

Constantinople, le 3 Décembre, 1886.

Nr. 9474.
Türkel.
8. Dec. 1886.

Depuis les derniers événements survenus en Bulgarie, la situation reste incertaine dans cette Principauté. Il est vrai que le Gouvernement Provisoire s'efforce d'y maintenir l'ordre; mais tant qu'on s'y trouvera placé en présence d'éléments opposés qui envisagent les intérêts du pays à des points de vue différents, la porte restera à tout moment ouverte devant des éventualités que l'on ne saurait prévoir. Les préjudices qui résulteraient de cet état de choses sont de nature à toucher directement le Gouvernement Impérial, qui, dès lors, doit tenir, à l'instar des Grandes Puissances, à ce que les difficultés actuelles disparaissent sans donner motif à la reproduction d'incidents inattendus. Justement préoccupé de la question de la vacance du poste Princier, les Bulgares ont déjà eu recours à la Cour Suzeraine, leur autorité suprême légitime, pour leur désigner le candidat à élire par eux. Sur ces entrefaites, le Gouvernement Impérial de Russie nous a proposé la candidature du Prince de Mingrélie; et le Gouvernement Impérial, après avoir constaté qu'il n'y avait aucun motif de décliner cette proposition, y a donné, en vue de la prompte solution de la question, son adhésion, persuadé qu'il est que les autres Puissances ne refuseraient pas à leur tour leur assentiment. || En soumettant ce qui précède à la haute attention du Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité, vous voudrez bien lui exprimer notre confiance de le voir nous prêter son bienveillant concours dans les dispositions que le Gouvernement Impérial croira devoir recommander à Sophia pour l'élection du Prince de Mingrélie. || Vous êtes autorisé à donner copie de cette dépêche à son Excellence M. le Ministre des Affaires Étrangères.

*) In der Beantwortung der türkischen Note in einer Depesche an den englischen Botschafter in Constantinopel vom 17. December [B. 5] giebt Iddesleigh zunächst die Erklärungen wieder, welche er in St.-Petersburg über den englischen Standpunkt zur bulg. Frage am 8. December [Nr. 9476] hatte geben lassen, und fährt dann fort:

The accounts which have been received by Her Majesty's Government give reason to doubt whether the candidature of the Prince of Mingrelia would be favourably received by the people of Bulgaria. They are, moreover, without information as to the conditions on which the Russian Government would be ready to recognize his election, and they cannot, under the circumstances, undertake to join the Turkish Government in recommending the Prince at Sophia for election.

Nr. 9475. **ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. — Standpunkt Englands zur gegenwärtigen Lage in Bulgarien. [B. 4.]

Foreign Office, December 8, 1886.

Sir, || The Russian Chargé d'Affaires communicated to me on the 3rd instant a copy of M. de Giers' Circular despatch of the 11th (23rd) ultimo, explaining the circumstances under which General Kaulbars and the Russian Consular officers have been withdrawn from Bulgaria and Eastern Roumelia. || Her Majesty's Government have given their careful consideration to this important paper. || I do not propose to enter into any detailed examination of the recital of facts contained in it. I think it right to state, that the impressions of the Russian Government differ widely in many respects from those which Her Majesty's Government have formed from the Reports of the same events received from their Agents on the spot, and from other and various sources of information. Her Majesty's Government believe, that their views in regard to these events, and to the existing condition of Bulgaria and Eastern Roumelia, are in substantial agreement with those of other Governments who have the means of independent observation.

Nr. 9475.
England.
8. Dec. 1886.

I may, however, pass without further observation from this part of the subject to the statements made by M. de Giers as to the intentions of the Russian Government for the future. His Excellency declares, that Russia has no intention of attacking the independence of Bulgaria; that she wishes to save the Bulgarian people from oppression by a minority, which M. de Giers describes as consisting of Radical agitators. The Emperor will, he says, continue to devote his efforts to this object, and desires to pursue it by pacific means, and without departing from Treaty engagements so long as these are equally respected by the other Powers. || Her Majesty's Government equally desire the maintenance of Treaties, the settlement of the questions which have arisen by pacific means, and the free exercise by Bulgaria of the autonomy provided for her by European agreement. || Her Majesty's Government will be happy to take part in any discussions between the Powers parties to the Treaty of Berlin with a view to the attainment of these objects, whether in the form of an exchange of ideas, of a Conference of Plenipotentiaries, or of an International Commission to determine the conditions of the union between Bulgaria and Eastern Roumelia. It would, they think, be most in accordance with the course of procedure prescribed in the Treaty of Berlin on the occasion of the original constitution of the Principality, that such deliberations should precede any decision as to the choice of the new Ruler of Bulgaria, and Her Majesty's Government would themselves prefer to reserve their opinion on this point until the conditions of the union have been examined and settled. || You will read this despatch to M. de Giers, and leave him a copy of it if he should desire it. || I am, &c.

Iddesleigh.

Batum*).

Nr. 9476. **RUSSLAND.** — Notiz an die Signatarmächte des Berliner Vertrages. — Darlegung der Unzuträglichkeiten, welche die Freihafenstellung Batums für die Stadt, die Umgebung und den russischen Staat gehabt hat, und Anzeige der beabsichtigten Schliessung des Freihafens. [W. 1. Inclos.]

Notice.

(Ueberreicht in London am 3. Juli 1886.)

Nr. 9476.
Russland.
3. Juli 1886.

Les conditions dans lesquelles Batoum a été placé depuis son annexion à la Russie, et qui font l'objet de l'Article LIX du Traité de Berlin**), ont créé tant à la ville même qu'à toute la région environnante, une situation anormale dont les pernicieuses conséquences ne peuvent plus tarder à appeler l'attention et la sollicitude du Gouvernement Impérial. || Le dommage qui en résulte pour le fisc et qui ne se réduit pas à la perte sèche des droits sur les importations consommées à Batoum, mais comprend également la charge supplémentaire de l'entretien d'un cordon de Douane territoriale et les facilités offertes à la contrebande, ne présente néanmoins ici qu'un intérêt secondaire. C'est la prospérité même et le développement commercial de Batoum qui sont frappés à leur source par le fait de l'existence aux portes de la ville d'un cordon Douanier. L'État ne saurait reculer les limites de la zone de franchise sans grever son Budget d'un surcroît de frais de surveillance dont la garantie deviendrait, en outre, d'autant plus illusoire. Resserré et, pour ainsi dire, étranglé sur une étroite superficie, le commerce local se voit voué à une stagnation forcée au lieu de l'expansion progressive que semblerait lui promettre l'essor économique imprimé au pays depuis son annexion à la Russie. D'autre part, les établissements commerciaux ou industriels qu'on a essayé de fonder en dehors du cordon ne peuvent évidemment soutenir la lutte avec des concurrents libérés, pour l'entrée de leur outillage, du paiement de droits de douane. Tel est le cas notamment pour les entrepôts de pétrole. Batoum,

*) Die Aktenstücke sind entnommen dem englischen Weissbuche: Russia Nr. 1 (1886). Correspondence respecting the port of Batoum. In den Ueberschriften: W.

**) Vgl. Staatsarchiv Bd. XXXIV.

tête de ligne du Chemin de Fer de Bakou, constitue à ce titre le débouché le plus naturel pour une branche du commerce dont le développement intéresse à un si haut degré la prospérité de nos possessions du Transcaucase, en même temps que les besoins de la consommation Européenne. Mais les avantages que Batoum pourrait tirer de sa position sont entièrement paralysés par les conditions défavorables qui résultent pour cette ville de sa qualité de port franc; et l'autorité reçoit des négociants en pétrole des plaintes incessantes sur les difficultés que leur crée la circonstance en question. || Là ne se bornent pourtant pas les inconvénients de la situation isolée qui a été ainsi faite à Batoum. Les voyageurs qui y débarquent pour se rendre au Caucase par la voie la plus rapide ont à traverser au sortir de la ville les formalités et les tracas d'une visite de Douane. Mais ce qui est bien plus grave, c'est que les mêmes précautions devant nécessairement être appliquées à toute personne qui aurait à franchir la ligne du cordon de surveillance, on n'a pu éviter d'y soumettre la population rustique des districts contigus, qui, de date immémoriale, est toujours venue chercher à Batoum les articles nécessaires à son ménage: les vêtements, la chaussure, les outils, &c. Les villageois doivent acquitter les droits pour toutes leurs emplettes, et cela en argent comptant, qui n'abonde guère dans le pays. Il arrive, en outre, qu'ils soient tenus de justifier la provenance des objets même qu'ils portent sur le corps, ce qui ne laisse pas de donner prise à des contestations fréquentes et pénibles. Les femmes ne sont pas exemptes d'une visite très minutieuse, et rien ne répugne davantage aux mœurs Muselmanes, qui considèrent tout contact de ce genre comme une sorte de sacrilège. Aussi des Pétitions couvertes de milliers de signatures ont-elles été adressées à l'Administration du Caucase par les populations locales, pour protester contre des mesures qui portent à leurs yeux un caractère odieux et vexatoire, mais qui sont évidemment inhérentes à l'existence même d'un cordon Douanier. || En présence des circonstances de cette importance, le Gouvernement Impérial ne saurait perdre de vue que l'Article LIX occupe dans le Traité de Berlin une place à part; car il n'est pas, comme les autres, le produit d'un accord collectif, mais il se borne à enregistrer une déclaration libre et spontanée de Sa Majesté l'Empereur Alexandre II, d'impérissable mémoire. Les avantages que cette promesse avait alors en vue d'assurer aux autres États Consignataires semblent désormais écartés de la question; car avec la suppression du transit du Caucase, Batoum a perdu toute sa valeur comme entrepôt des produits autrefois échangés par cette voie entre les États d'Europe et la Perse, et n'a conservé que le caractère d'un port d'importation. Il n'existe donc plus au dehors d'intérêts au nom desquels le Gouvernement Impérial puisse s'imposer plus longtemps un sacrifice aussi préjudiciable au bien-être d'une province de l'Empire. Une expérience de huit années a trop bien démontré les désastreux effets de cette concession toute volontaire pour qu'il soit permis de méconnaître l'urgence de son retrait.

Nr. 9477. ENGLAND. — Min. des Ausw. an den Botschafter in St.-Petersburg. — Berichtet über die von ihm erhobenen Einwände gegen die Berechtigung Russlands, den Freihafen von Batum zu schliessen, bei Anzeige dieser Absicht durch den russ. Botschafter. [W. 1.]

(Extract.)

Foreign Office, Juli 3, 1886.

Nr. 9477.
England.
3. Juli 1886.

At an interview which I had with the Russian Ambassador to-day, his Excellency read to me a Circular despatch from his Government and delivered to me a Notice, of which I inclose a copy herewith, announcing the intention of the Emperor to terminate the Arrangement, embodied in the LIXth Article of the Treaty of Berlin, constituting Batoum a free port: || In handing me this document M. de Staal made a verbal statement to the following effect. || His Excellency said that the provision, by virtue of which Batoum was granted the privileges of a free port, although formally included in the Treaty of Berlin, was none the less due to the spontaneous initiative of His Majesty the Emperor Alexander II, and was so accepted by the Congress. The object of this provision was to insure the interests of commerce in transit, which the port in question formerly served, and to contribute at the same time to the development of the welfare of the population which had just been annexed to Russia. But, as the experience of eight years had sufficiently proved, the results obtained by the application of the system inaugurated in 1878 had not fulfilled the intentions of the Imperial Government. With regard to trade, Batoum no longer enjoyed such importance as it did before the suppression of transit by the Caucasus. It had only preserved such importance as resulted from its geographical position as the terminus of the railway which traversed that country. Moreover, as appeared from the Circular, the existence of a Customs cordon at the very gates of the town created an insurmountable barrier to the development of local industry, and weighed heavily on the neighbouring population, which was obliged to obtain from thence all the necessaries of life. In his solicitude for the welfare of this district His Majesty the Emperor did not deem it possible to permit this state of things to exist any longer, and he had resolved henceforth to apply at Batoum the system in force at the other commercial ports of the Empire. || M. de Staal was instructed to add, that the Imperial Government had too much confidence in the sentiments of equity of the Powers to admit that this measure could give rise to any objection on their part. It was only destined to give just satisfaction to the wishes of a population whose most legitimate interests had been injured, and to set aside the obstacles which prevented the natural and progressive development of a province of the Empire. Furthermore, as Batoum was to preserve in the future the character of a port essentially commercial, the measure in no way modified the actual state of things in the Black Sea, and could not, consequently, be considered as contrary to the stipulations of the Treaty

of Berlin, as a whole, which the Imperial Government had never, under any circumstances, failed to observe.

Nr. 9477.
England.
3. Juli 1886.

I told his Excellency, that, in my opinion, the matter, though it did not concern this country alone, but affected all the Powers signatory of the Treaty of Berlin, was most grave. Its gravity consisted mainly in this, that Russia, of her own motion and without consulting the other Signatory Powers, had declared null one of the principal stipulations of the Treaty of Berlin, and one which had been taken as a set-off against the relinquishment of claims which were considered essential by the British Representatives at the Congress. || To illustrate my meaning I pointed out to his Excellency some passages from the 14th Protocol of the Congress of the 6th July, 1878, when the question of Batoum was discussed. On that occasion Prince Gortchakoff, after announcing the abandonment of the Russian claims to Erzeroum, Bayazid and the Valley of Alashkerd, proceeded as follows:—

“I am further authorized to declare that my august Master, exercising his right of sovereignty, will declare Batoum a free port. This meets the material interests of all commercial nations, and more particularly, perhaps, those of Great Britain, whose commerce employs the largest number of vessels.”

Prince Bismarck, in placing on record the importance of the communication thus made, observed, that the abandonment of Bayazid and of the Valley of Alashkerd and, above all, the constitution of Batoum as a free port formed considerable modifications of the Treaty of San Stefano, and added that the last concession facilitated the evacuation of Batoum and the exchange of it for Erzeroum. || Lord Beaconsfield would have preferred, that Batoum, in becoming a free port, were not comprised in Russian territory. Full of confidence in the declarations of the Emperor of Russia, Lord Beaconsfield saw, undoubtedly, in the advantages of the freedom of this port a compensation for an annexation which he was unable to approve; but he could not avoid saying that it was painful to think, that, while fully congratulating himself on the creation of a free port, there were grounds at the same time for anxiety as to the means of preventing, or at least of diminishing, fresh disorders. || Count Andrassy heard with satisfaction the declarations of Prince Gortchakoff, and he believed that the constitution of Batoum as a free port was an evident advantage for all European Powers. || The Congress having passed to the question of the Straits, Lord Salisbury declared that, if the acquisition of Batoum had been maintained under conditions menacing to the liberty of the Black Sea, England could no have taken the engagement towards the other European Powers to interdict to herself the entry of that sea. But Batoum having been declared a free and commercial port, the English Government would not decline to renew their engagements under the modifications imposed by the decisions already taken at the Congress. || After a discussion as to the character of the *status quo ante* in the Straits, Count Schouvaloff stated that, in his opinion, the Congress had not on this point to discuss the Acts of

Nr. 9477. 1856 and 1871. What did Russia demand? She demanded solely the *status*
 England. *quo ante* for the Straits. Lord Salisbury made the *status quo* dependent on
 3. Juli 1886. the conditions of the possession of Batoum by Russia. It would be very easy
 to prove, that Batoum constituted a menace for no one, and that the possession
 of that port was only necessary to Russia for the purpose of securing her
 communications with the large territory which she already possessed on that
 portion of the coast of the Black Sea, and of securing her commerce. The
 declaration of the freedom of the port must have removed the last doubts.
 The port would become an important point for the commerce of the whole
 world; it could not be a menace for the Straits, and everything counselled,
 consequently, that the *status quo* should be maintained there. || Lord Salisbury
 then, on the understanding that Batoum was to be only a commercial port,
 accepted in principle the *status quo ante* for the Straits.

Resuming my observations, I contended that to say Russia could free
 herself from this engagement on the ground that it was a spontaneous decla-
 ration of the late Emperor's was not a valid argument. In the first place,
 if we were not to consider the declarations of the Emperor as binding, where
 were we to find, in Russia, the Government and the authority whose decla-
 rations could be considered as valid? In the second place, it was to be
 remarked that, as the Protocol clearly showed, the Emperor's declaration with
 regard to Batoum was in the nature of a solemn contract between His Imperial
 Majesty and the other Powers, and in no sense a free gift of his own un-
 accompanied by other stipulations. || I did not think it necessary to call his
 Excellency's attention to the Annex of Protocol No. 1 of the Black Sea Con-
 ference, which was signed in London the 17th January, 1871. But familiar
 as that document is, I cannot close this despatch without repeating its terms
 to your Excellency:— || "The Plenipotentiaries of North Germany, of Austria-
 Hungary, of Great Britain, of Italy, of Russia and of Turkey, assembled to-
 day in Conference, recognize that it is an essential principle of the law of
 nations that no Power can liberate itself from the engagements of a Treaty,
 nor modify the stipulations thereof, unless with the consent of the Contracting
 Powers by means of an amicable arrangement." || Without this citation, even
 a *prima facie* review of the Russian note would be obviously incomplete.

Nr. 9478. ENGLAND. — Min. des Ausw. an den Botschafter in
 St.-Petersburg. — Erklärt die Aufhebung des Frei-
 hafens von Batum als eine Verletzung des Berliner
 Vertrages: England könne im Interesse der Unver-
 letzlichkeit internationaler Abmachungen daher das
 russische Verfahren nicht anerkennen, noch daroin
 willigen. [W. 2.] Foreign Office, July 13, 1886.

Nr. 9478. Sir, || On the 3rd instant the Russian Ambassador read to me a Circular
 England. despatch from his Government announcing the determination of the Emperor
 13. Juli 1886.

of Russia to abrogate the clause of the LIXth Article of the Treaty of Berlin, which declares His Majesty's intention to constitute Batoum a free port. It is argued in the Circular and the Memorandum annexed to it, that this step is no infraction of the Treaty, as the Article is not an ordinary one, but rests on a spontaneous declaration of the late Emperor. || The Circular further explains, that the inconvenience arising from the status of Batoum under the Treaty renders an alteration of that status necessary. || And lastly, it announces that as Batoum would remain essentially a commercial port, the situation would not be changed.

Nr. 9478.
England.
13. Juli 1856.

As regards the last point, I need only say, that Her Majesty's Government fully appreciate this declaration. || I took the opportunity of at once pointing out to M. de Staal some of the considerations which occurred to me at first sight. These observations I have already recorded in my despatch of the 3rd instant to your Excellency. || But it is necessary, without loss of time, to define the attitude of Her Majesty's Government in face of this proceeding. || In the first place, it must be understood that, Her Majesty's Government cannot accept the view that this step on the part of Russia does not constitute an infraction of the Treaty of Berlin, of which, indeed, it obliterates a distinct stipulation. Granting the doctrine, which, as far as Her Majesty's Government are aware, is an entirely novel one, that the spontaneous declaration of His Majesty the late Emperor is not to be considered as binding because it was spontaneous, it cannot be denied that its embodiment in the Treaty placed it on the same footing as any other part of that instrument. If this be not so, for what reason was it inserted? Had it merely been desired to place an intention on record, the statements in the Protocol were more than sufficient. But there are further circumstances which are conclusive on this point. || I have already cited both to your Excellency and M. de' Staal the passages from the Protocols of the Congress of Berlin, which show that Prince Bismarck and Count Andrassy on the part of Germany and Austria-Hungary, and Count Schouvaloff on the part of Russia, recognized the action of Russia as "constituting" Batoum a free port, not at the will and pleasure of the Russian Government, but as a definitive act, endorsed by Europe, and international in its character, while the British Plenipotentiaries stated that it was the condition on which they assented to the acquisition of Batoum by Russia. The declaration, accepted in this spirit and on this understanding, was embodied in an integral clause of the Treaty. It is, therefore, impossible to contend, that this provision stands on a different footing from the other stipulations of that instrument. This being so, the terms of the Protocol of London of the 17th January, 1871, are applicable in all their force. I have already cited it to your Excellency, and I need hardly repeat that the Great Powers on that occasion recognized by a solemn act "that it is an essential principle of the law of nations that no Power can liberate itself from the engagements of a Treaty, nor modify the stipulations thereof, unless with the consent of the

Nr. 9478.
England.
13. Juli 1886.

Contracting Powers by means of an amicable arrangement." That consent Russia does not even seek on the present occasion. But it is scarcely possible, that her Government should consider this international act as having become obsolete, for it was appealed to by the Russian Plenipotentiary in the recent Conference at Constantinople. In the seventh sitting of that Conference, on the 25th November last, M. de Nélidoff remarked: "A un point de vue plus général, le maintien du Traité de Berlin était en accord avec les termes du Protocole signé à Londres le 17 Janvier, 1871, Protocole qui établit comme un principe essentiel du droit des gens", &c. || "Ce principe nous paraissait particulièrement applicable à la situation diplomatique produite par les récents engagements, et aucune Puissance n'ayant exprimé l'intention de s'écarter du Traité de Berlin, nous avions des raisons de croire à son maintien intégral." || To these observations the British Plenipotentiary replied: "Le fait de viser dans la Conférence l'un des Articles du Traité ne peut conduire à cette conclusion qu'on désire toucher à la validité du Traité lui-même; bien au contraire, le Gouvernement Anglais y tient tout autant que les autres Puissances." "Aucune modification au texte d'un Article du Traité de Berlin ne peut évidemment être faite que du consentement unanime des Puissances, et c'est justement le terrain sur lequel le Gouvernement Britannique s'est toujours placé, et sur lequel il se maintient aujourd'hui.

Under these circumstances, Her Majesty's Government cannot recognize any amount of commercial inconvenience as furnishing a justification for a peremptory declaration of the Russian Government on its whole sole authority that this portion of the Treaty is to be regarded as no longer valid. The question, from this point of view, is one which concerns all the Powers parties to the Declaration of the 19th January, 1871, and to the Treaty of Berlin. || Apart from the position of Great Britain as one of those Powers, Her Majesty's Government have little or no material interest in the question. As a matter of commerce, it may be remarked, that the trade of France with Batoum is much the most considerable, that of Turkey comes next, and that of Great Britain is relatively small. Nor are there any further interests involved which mainly concern this country. Other Powers are no doubt directly or indirectly affected by the alteration of the commercial status of Batoum; but Her Majesty's Government do not feel, that this is sensibly the case so far as Great Britain is concerned. || One direct, supreme and perpetual interest, however, is no doubt at stake in this transaction—that of the binding force and sanctity of international engagements. Great Britain is ready at all times and in all seasons to uphold that principle, and she cannot palter with it in the present instance. || Her Majesty's Government cannot, therefore, consent to recognize or associate themselves in any shape or form with this proceeding of the Russian Government. They are compelled to place on record their view, that it constitutes a violation of the Treaty of Berlin, unsanctioned by the Signatory Powers, that it tends to make future Conventions of the kind

difficult, if not impossible, and to cast doubt at least on those already concluded. || It must be for the other Powers to judge how far they can acquiesce in this breach of an international engagement. But in no case can Her Majesty's Government have any share in it. It must rest upon the sole responsibility of its authors. || Your Excellency will read and give a copy of this despatch to M. de Giers. || I am, &c.

Nr. 9478
England.
18. Juli 1886.

Rosebery.

Nr. 9479. **RUSSLAND.** — Min. des Ausw. an den Botschafter in London. — Antwort auf die englischen Vorstellungen. — Giers erklärt die Batumangelegenheit lediglich für eine innere Angelegenheit Russlands und hält seine Ansicht, dass die Errichtung des Freihafens aus freiwilligem Entschlusse des Czaren Alexander II. hervorgegangen und keine vertragsmässige Verpflichtung Russlands sei, aufrecht. [W. 3.]

St.-Pétersbourg, le 10 (22) Juillet, 1886.

M. l'Ambassadeur, || M. l'ambassadeur d'Angleterre m'a remis, d'ordre de son Gouvernement, la dépêche de Lord Rosebery, dont je joins ci-près une copie. || Je n'ai pas caché à M. Morier la pénible surprise que me causait cette communication, et surtout l'accusation portée contre une Grande Puissance de violer la foi des Traités. Je l'ai repoussée de toute la force de mes convictions. En notifiant aux Gouvernements un avis pouvant intéresser leur commerce, le Cabinet Impérial a cru être dispensé de toute discussion sur une mesure d'ordre purement intérieur administratif et commercial. Mais j'ai ajouté que du moment où le Gouvernement de Sa Majesté Britannique croyait devoir nous faire des observations, en se plaçant sur le terrain du Traité de Berlin, je me réservais de lui faire part de notre point de vue après avoir pris les ordres de Sa Majesté l'Empereur. || Veuillez dire à Lord Rosebery que nous maintenons notre opinion que la déclaration spontanée de l'intention de l'Empereur d'ériger Batoum en port-franc ne constituait pas une obligation, et que par conséquent la modification de cette intention, réclamée par les circonstances, ne saurait être envisagée comme une dérogation à des engagements qui n'existaient pas. || Vous avez déjà été chargé d'exposer ce point de vue. Je n'ai rien à ajouter aux observations judicieuses que vous avez présentées à ce sujet.

Nr. 9479.
Russland.
22. Juli 1886.

Il s'ensuit que le Protocole de Londres de 1871, invoqué par Lord Rosebery, n'est nullement applicable au cas présent. || Quant au Traité de Berlin, je ne relèverai pas les violations qui y ont été faites. Je me bornerai à rappeler que le Cabinet Impérial a donné des preuves suffisantes de son respect pour cette transaction en tant qu'elle était destinée à préserver la paix

Nr. 9479.
Russland.
22. Juli 1886.

de l'Orient et de l'Europe. Il n'a pas dépendu de nous que son maintien absolu, s'il avait été appuyé par toutes les Puissances, n'écartât les perturbations qui ont agité la presqu'île des Balkans et altéré son équilibre. || Vous pouvez assurer Lord Rosebery que le Cabinet Impérial reste désireux de contribuer à la consolidation de la paix générale dans l'espoir que les Puissances, qui en ont posé et garanti les bases, les respecteront elles-mêmes.

Veillez donner lecture de cette dépêche à Lord Rosebery et en laisser copie à son Excellence. || Agréez, &c.

Giers.

Deutschland, Frankreich und Russland im Jahre 1875.

Nr. 9480. **FRANKREICH.** — General le Flo, von 1871—1879. Botschafter in St.-Petersburg: Aufzeichnungen über seine erfolgreichen Bemühungen, die Intervention des Czaren Alexander II. gegen den von Deutschland 1875 angeblich geplanten Angriff auf Frankreich zu erreichen.

(Veröffentlicht im Supplément littéraire des Pariser Figaro vom 21. Mai 1887.)

L'Empereur Alexandre II et la France en 1875.

I.

On a beaucoup écrit déjà et beaucoup discours, un peu au hasard et sans grand souci de la vérité et de la justice, j'ai quelque droit de le dire, sur les incidents diplomatiques qui amenèrent, en 1875, l'heureuse et décisive intervention de la Russie en faveur de la paix très sérieusement menacée. Le moment est peut-être venu, il est surtout opportun de faire enfin le jour, et une fois pour toutes, sur un fait historique qui importe à l'honneur de plusieurs; je m'y résigne non pas sans hésitation et sans quelque émotion; sans parler de l'intérêt supérieur de la patrie, ce sera surtout et avant tout de ma part un pieux hommage rendu à la mémoire chère et à jamais vénérée du noble et généreux empereur Alexandre II.

Les menaces de guerre qui émurent si profondément la France et l'Europe tout entière, au printemps de 1875, s'étaient déjà produites avec une extrême vivacité dès le mois de janvier 1874, à la suite de certaines publications de quelques-uns de nos évêques, et particulièrement d'un mandement de Monseigneur de Nîmes, qui avait fortement irrité le prince de Bismarck. Mais ce n'était là qu'un prétexte: la vraie raison pour nous chercher querelle, était l'inquiétude que causait à Berlin la merveilleuse rapidité avec laquelle, après l'étonnant affranchissement de notre formidable contribution de guerre, nous procédions à la réorganisation de notre armée et à la reconstitution de notre

Nr. 9480.
Frankreich.
15. Mai 1887.

Nr. 9480.
Frankreich.
15. Mai 1887. matériel. L'agitation était grande et ne fut cependant pas prise au sérieux à Saint-Pétersbourg. || — Tout cela, me disait le prince Gortchakow, est une comédie, pas autre chose, qui se terminera d'elle-même faute d'acteurs; car Bismarck ne pourra la jouer indéfiniment à lui tout seul.

C'était aussi l'opinion de l'Empereur: || — Entre nous, m'avait dit Sa Majesté, c'est une manière de détourner l'attention, pour échapper à des embarras intérieurs. (Il y avait déjà, à cette époque, une première question de Septennat.) Rassurez-vous donc! Personne ne veut la guerre, et il n'y en aura pas.

Le prince Orlow, venu à Pétersbourg à l'occasion du mariage de la grande-duchesse Marie, et qui avait eu, à son passage à Berlin, de longues et saisissantes conversations avec le prince de Bismarck, me donnait les mêmes assurances, et l'empereur d'Autriche enfin, en visite au mois de février en Russie, m'avait dit: || — On a été un peu nerveux à Berlin; mais je crois qu'on s'y est beaucoup calmé.

J'ai quelque raison de croire que les deux grands souverains dont je viens de parler durent s'entendre pour faire prévaloir auprès de qui de droit des conseils de modération. || Quoi qu'il en soit, il est certain que, grâce au sentiment de bienveillante sympathie qui se manifesta à notre égard dans toutes les cours de l'Europe, et grâce aussi à l'habile et sage politique de notre gouvernement, l'orage fut dissipé, ou le sembla du moins, et le monde parut pouvoir respirer à l'aise. Pour ce qui est de la Russie, la confiance dans le maintien de la paix était absolue, et le prince Gortchakow et l'Empereur ne manquaient pas une occasion de me l'affirmer. || En France, cependant, on n'était pas encore tout à fait rassuré, et le Chancelier m'avait dit à plusieurs reprises: || -- "Tâchez donc, pour Dieu! de calmer votre gouvernement; Orlow nous écrit qu'il persiste, malgré tout, dans son cauchemar d'une guerre prochaine, et qu'il le manifeste à tout propos; c'est une faiblesse, croyez-moi, qui est de nature à vous amoindrir aux yeux de l'Europe; je vous répète que vous n'êtes pas menacés; mais en tout cas, vous n'avez qu'une chose à faire: vous rendre forts, très forts."

C'était absolument mon sentiment et c'est sous cette impression que je quittai la Russie, le 15 février 1875, appelé en France, en ma qualité de député, pour prendre part au vote des lois constitutionnelles. C'était la grosse question du moment, et elle absorbait toutes autres préoccupations. Cette grosse affaire terminée, je me rendis dans ma famille, en Bretagne, d'où je ne revins, dans les premiers jours d'avril, que pour reprendre la route de Pétersbourg. Toute agitation avait alors cessé à Paris, le ministère venait d'être reconstitué, le monde officiel était content, tout au repos, du moins en apparence, et je pus prendre congé du maréchal-président et de mon chef direct, le duc Decazes, en pleine sécurité et sans avoir reçu de l'un ni de l'autre aucune nouvelle information et, par suite, aucune autre instruction que d'observer, dans mes rapports en Russie, une très grande réserve à l'égard des choses de Berlin.

Le lendemain, qui était fixé pour mon départ, je devais déjeuner chez le prince Orlow, et comme j'entrais dans son cabinet:— Ah! vous venez à propos, me dit-il, j'écris au prince Gortchakow, et juste, je parlais de vous en ce moment. — Pourrais-je savoir, mon prince, ce que vous voulez bien dire de moi? — Ce n'est point un mystère, tenez, lisez vous-même. || Cette lettre était une répétition de ce qui avait été dit déjà maintes fois, des persistantes et fâcheuses dispositions d'esprit de nos gouvernants à l'égard des prétendues menaces de guerre; Orlow n'y croyait à aucun degré, chose assez étrange par parenthèse et, passionnément français, il s'en affligeait sincèrement; j'en souffrais comme lui et, bien que je fusse sensé parti, je résolus de revoir le maréchal et de m'en expliquer sans ménagements avec lui.

Nr. 9480.
Frankreich.
15. Mai 1887.

Une heure après déjeuner, je courus à l'Elysée; le Président n'y était pas; je me retournai alors vers le Ministère, le duc Decazes était sorti; une ressource me restait, le directeur des affaires politiques, M. Desprès; il était à une noce. Sans me rebuter, je repris le chemin de l'Elysée, mais sans plus de chance, le Président n'était pas rentré, et force me fut ainsi d'attendre au lendemain. A neuf heures du matin, j'étais chez le maréchal à qui, causant à coeur ouvert, je ne dissimulai rien de mes pénibles impressions; je me sentais humilié et je m'en exprimai avec une vive émotion. || — Mais, mon cher général, me dit mon chef suprême, vous ne savez donc pas ce qui se passe? — Je ne sais, monsieur le maréchal, que ce que l'on me dit, et je ne puis supposer qu'on me cache quelque chose. || — Tenez, lisez cela, me dit-il alors en me présentant une liasse de papiers.

Je lus avec stupéfaction! C'était une série de rapports et de documents secrets, quelques-uns de date toute récente, qui ne pouvaient laisser aucun doute sur le projet arrêté de l'Allemagne de nous faire la guerre sans délai, avec ou sans déclaration. J'y relevai surtout deux lettres d'un des plus grands personnages de l'Europe, un prince dont j'ai le devoir de taire le nom, et dont l'une disait: || *Vous serez attaqués au printemps*, et l'autre: *Les dispositions sont changées, la guerre est remise au mois de septembre*. || Je tombai de mon haut. || — Comment! dis-je au maréchal, de pareilles choses existent, j'ai l'honneur d'être accrédité auprès du seul grand souverain qui puisse nous venir en aide, et on me les laisse ignorer? Quelle confiance avez-vous donc en moi?

Le soir du même jour, à huit heures, j'étais en route pour Pétersbourg, profondément contristé, mais absolument résolu aussi à ne m'inspirer désormais que de mon patriotisme qui saurait, je l'espérais, me dicter ce qui serait, selon les circonstances, le plus conforme aux intérêts et à la dignité de mon pays. Je tenais surtout à saisir le plus tôt possible l'Empereur de cette grave et périlleuse situation; j'étais sûr de ne pas l'y trouver indifférent.

L'occasion ne s'en fit pas attendre. || Dès le lendemain de mon arrivée en effet, le 10 avril, comme j'étais encore couché, un peu fatigué de mes soixante-douze heures de chemin de fer, l'huissier vint me prévenir que le

Nr. 9480.
Frankreich.
15. Mai 1887. prince Gortchakow m'attendait dans mon cabinet. Je fus bien vite debout: — Ah! mon prince, lui dis-je, quel bon réveil vous me procurez! Mais quel événement vous amène donc si matin? || — Aucun événement; le désir seulement d'avoir de vos nouvelles.

— J'en suis bien touché; mais assurément Votre Altesse ne s'est pas dérangée pour si peu. || — Eh bien! oui, il y a autre chose. Et le prince aborda sur-le-champ le sujet délicat de nos tristes relations avec l'Allemagne.

Je l'arrêtai tout court, et lui racontai ma dernière visite au maréchal-président et tout ce que j'y avais vu, entendu et appris. || La conversation qui s'ensuivit est tout entière rapportée dans la lettre ci-jointe, que j'écrivis au duc Decazes après avoir été reçu par l'Empereur.

Saint-Pétersbourg, 20 avril 1875.

Monsieur le Duc,

(Frankreich.
Botsch.inSt.-
Petersburg
an den Min.
des Ausw.
20. Apr. 1875.) Mon télégramme du 15 de ce mois vous a déjà fait connaître, d'une manière succincte, l'entretien très rassurant dont l'Empereur a daigné m'honorer. J'y reviendrai avec plus de détails dans cette dépêche; mais je crois devoir vous rendre compte d'abord de la conversation que j'avais eue, l'avant-veille, avec le prince Gortchakow. Ainsi que j'ai eu l'honneur de vous le dire, le Chancelier, sans attendre ma visite, était gracieusement venu me chercher à l'ambassade, dès le lendemain de mon arrivée; et après les quelques compliments d'usage, et quelques observations bienveillantes sur notre situation intérieure qu'il trouve très améliorée et beaucoup plus rassurante depuis l'adoption des lois constitutionnelles, il avait ajouté: "Laissez-moi vous demander seulement de ne pas vous préoccuper avec autant de persistance de ce qui se dit ou se fait à Berlin. Orlow nous a écrit que vous vous alarmiez beaucoup; soyez convaincu que vous vous exagérez la gravité d'un état de choses qui ne s'est pas sensiblement modifié, et que les inquiétudes que vous manifestez, qui ne peuvent être utiles en aucun cas, finiraient par vous amoindrir. A toutes ces prétendues menaces il n'y a qu'une réponse à faire: *vous rendre forts, très forts.*" || — Je ne suis pas éloigné, ai-je répondu, de partager cette manière de voir: j'adopte surtout absolument la dernière observation. Votre Altesse ne saurait nier cependant les symptômes très significatifs qui se révèlent fréquemment encore depuis quelque temps chez nos adversaires. Sans reparler de la mesure de l'interdiction de la sortie des chevaux, sur laquelle vous vous êtes déjà expliqué, vous n'ignorez pas l'activité fiévreuse avec laquelle sont poussés en Allemagne les armements de toute sorte. Je pourrais vous en signaler de tout récents qui portent avec eux leur enseignement. Vous vous étonnez de nos alarmes; mais songez donc, mon prince, qu'une guerre venant nous surprendre au milieu de notre réorganisation militaire, financière, administrative, serait la plus redoutable catastrophe qui pût nous atteindre; et j'ose dire qu'il n'y a pas un Français, à quelque parti qu'il appartienne, qui

ne soit pénétré de cette triste vérité. Vous en voyez la preuve dans la prudence et la sagesse du gouvernement, et plus encore peut-être dans l'étonnante mesure et la circonspection de tous les organes, sans exception, de l'opinion publique. || — C'est vrai, me dit le prince, et c'est une justice que tout le monde se plaît à vous rendre. || — Eh bien! n'est-ce pas alors une atroce comédie que de nous signaler chaque jour, dans toute la presse allemande, comme les ennemis du repos de l'Europe, n'ayant qu'une pensée, celle de la revanche à la plus courte échéance? || — Je le reconnais; mais vous n'êtes pas les seuls en butte à toutes ces histoires ridicules. N'a-t-on pas fait courir le bruit, et fait dire partout, il y a quelques mois, que nous étions à la veille d'une rupture avec l'Angleterre? Vous l'avez bien su et vous savez ce qu'il en était! Mais ce que vous ignorez peut-être, et ce dont nous sommes certains, c'est que toutes ces rumeurs malsaines sortaient de la même officine de Berlin. Dans quel but? Dieu le sait!

Nr. 9480.
Frankreich.
15. Mai 1867.
(Botsch. in
St.-Peters-
burg a. d. Min.
des Ausw.
20. Apr. 1875.)

Revenant quelques instants après sur la question de la guerre, j'ai cru devoir dire au prince qu'après tout on pouvait se faire, en Allemagne, de singulières illusions à notre égard: qu'à coup sûr nous ne sommes pas en mesure de faire une guerre offensive, mais que nous serions cependant en état de nous défendre, et qu'en présence d'une agression sauvage et sans raison, la France se trouverait encore bien vite debout, tout entière et prête à tous les sacrifices: et, comme je m'étendais avec une certaine émotion sur toutes les ressources qui sortiraient des entrailles de la nation exaspérée, poussée à bout et qui n'a pas encore perdu, quoi qu'en disent certains Prussiens, toutes ses qualités guerrières, le prince m'a dit avec vivacité: || — Et vous ne parlez pas de la réprobation générale que soulèverait dans toute l'Europe une pareille agression, et que l'on ne bravera pas, soyez en sûr! || — A la condition cependant, mon prince, ai-je répondu en souriant, que cette réprobation ne restât pas à l'état purement platonique. En tous cas, nous y compterions bien; nous compterions surtout sur l'intervention sympathique et hautement modératrice de S. M. l'Empereur et sur celle de Votre Altesse, nous compterions enfin sur la justice des autres cabinets et sur leurs intérêts. Car, ne vous y trompez pas! une pareille guerre ne serait pas une guerre de six semaines; elle pourrait être une guerre de dix ans, qui ne resterait pas longtemps un simple duel, mais deviendrait bientôt une conflagration générale.

C'est en effet là une opinion très acceptée ici et qui nous est très favorable. Le prince n'avait cessé de m'écouter avec une bienveillance marquée. Au cours de la conversation, je lui ai rappelé le gros argument que l'on tire toujours à Berlin de l'opiniâtre espoir que nous conservons de recouvrer un jour l'Alsace et la Lorraine et du peu de garantie qui en résulte, selon eux, pour le maintien d'une paix qui n'est alors à leurs yeux qu'une trêve. || — Ah! quant à cela, m'a dit le chancelier, ils n'ont pas le droit de se plaindre, ils l'ont voulu! On ne saurait vraiment vous reprocher de nourrir au fond de vos coeurs une semblable espérance, et, si j'étais Français, je la garderais

Nr. 9480. comme vous. || — L'Alsace et la Lorraine sont en effet, entre l'Allemagne et
 Frankreich. nous, la question capitale; une question qui se résoudra un jour, j'espère, dans
 15. Mai 1887. l'intérêt de l'Europe, diplomatiquement et pacifiquement. Nous n'avons pas,
 (Botsch. in St.-Peters-
 burg a. d. Min. des Ausw.
 20. Apr. 1875.) quant à présent du moins, d'autre aspiration. || — Affaire de temps et d'opportu-
 nité, a reparti le prince. Je crois comme vous que les choses pourront se
 passer ainsi, au moins pour ce qui est de la Lorraine. L'Alsace, qui renferme
 tant d'éléments allemands, pourra présenter plus de difficultés. En attendant,
 soyez assuré encore une fois que tous les efforts de la Russie tendront à contenir
 les impatiences de Berlin et à y faire prévaloir les idées de paix et de
 modération.

Le prince, que j'ai revu ce matin même, m'a confié qu'il n'accompagnerait
 l'Empereur dans son prochain voyage à Berlin, où il s'arrêtera deux jours,
 que pour agir dans ce sens sur l'esprit de M. de Bismarck, tandis que Sa
 Majesté emploiera toute son influence sur celui de l'empereur Guillaume.

Je reviens maintenant, Monsieur le duc, sur ma réception de l'autre
 semaine par l'Empereur, et, pour plus de clarté, je vous prie de me permettre
 de reproduire les principaux passages de mon télégramme du 15. Sa Majesté
 avait commencé par m'adresser une série de questions, toutes bienveillantes et
 sympathiques, sur notre situation intérieure, sur les diverses incidents qui avaient
 amené et le vote de la loi sur le Sénat et la déclaration de la République,
 — deux actes qu'elle a approuvés parce qu'ils lui semblent de nature à donner,
 dans les circonstances actuelles, de nouveaux gages à la sécurité publique et
 une plus grande stabilité au gouvernement. L'Empereur m'a dit à ce sujet les
 choses les plus flatteuses pour le maréchal. Je l'en ai remercié avec effusion,
 et j'en ai pris occasion de dire à Sa Majesté qu'il était bien vrai qu'un sensible
 apaisement s'était déjà produit dans les esprits, qu'à aucune époque la tran-
 quillité n'avait été plus assurée à l'intérieur, et l'esprit de l'armée meilleur à
 tous les points de vue, mais que, pour notre malheur, M. de Bismarck se
 plaisait à multiplier, à l'extérieur, une succession non interrompue de points
 noirs qui troublaient le pays et étaient de nature à faire naître les plus vives
 inquiétudes. || — Je comprends cette anxiété, m'a répondu Sa Majesté, et j'en
 déplore les causes. J'ai la conviction cependant que l'Allemagne est très loin
 de vouloir la guerre, et que tous ces agissements très regrettables de Bismarck
 ne sont que des ruses employées par lui, pour mieux assurer son pouvoir, en
 se faisant croire plus nécessaire par l'étalage de dangers imaginaires. Je sais
 pertinemment que l'empereur Guillaume est très résolument opposé à toute
 nouvelle guerre, et, si Sa Majesté venait à manquer, je crois que le prince
 royal ne la voudrait pas plus que son père. En tous cas, soyez assuré que
 je veux la paix comme vous, et que je ne négligerai rien pour qu'elle ne soit
 pas troublée. || — La France l'espère ainsi, Sire, ai-je répondu, et elle compte,
 pour détourner d'elle les dangers qui la menacent, sur la puissante intervention
 de Votre Majesté, dont la parole respectée exerce aujourd'hui une si grande
 influence en Europe.

J'ai ajouté que c'était un grand honneur pour la Russie d'avoir conquis en pleine paix, sans tirer un coup de canon, et grâce seulement à la sagesse de son gouvernement et au caractère de l'Empereur, une prépondérance qui peut encore être faiblement discutée à Berlin, qui en tiendrait compte cependant, et dans laquelle nous nous plaisons, nous, avec tous les autres Cabinets, à mettre notre plus grande confiance! || Sa Majesté a paru goûter ce compliment d'ailleurs très sincère. Revenant ensuite sur les divers indices de dispositions hostiles que j'avais signalés, l'Empereur m'a fait observer, par exemple, que le fait des 40 millions de douilles métalliques pour cartouches commandés à Vienne s'explique par l'adoption du nouveau fusil Mauser, auquel les anciennes douilles peuvent ne pas s'adapter, et par le désir de refaire ainsi les nouveaux approvisionnements de réserve dans les mêmes proportions qui existaient pour l'ancienne arme. Il a fait une remarque analogue pour la livraison par la maison Krupp de 400 canons de nouveau modèle par mois, et il a ajouté, mais avec bonté, que le reproche que nous adressons à cet égard à la Prusse, elle nous le retourne avec une apparence de raison. — Non pas, a dit l'Empereur, que je ne trouve pas parfaitement légitime l'activité que vous apportez à augmenter les forces de votre armée: mais l'argument se présente trop naturellement pour que Bismarck ne s'en serve pas contre vous. || — La situation n'est cependant pas tout à fait la même, Sire; car les forces militaires de l'Allemagne étaient restées complètes après la guerre. Elles avaient même peut-être augmenté, tandis que les nôtres avaient sombré entièrement, et coulé comme à pic. || — C'est vrai, m'a dit l'Empereur; je le reconnais et je ne vous blâme pas, tant s'en faut! Quoi qu'il en soit, je le répète, on ne peut pas vous faire la guerre, tant que vous n'y donnez aucune raison sérieuse, et vous n'en donnez pas. S'il en était autrement, c'est-à-dire si l'Allemagne entendait entrer en campagne sans motif ou sous des prétextes futiles, elles se placeraient vis-à-vis de l'Europe dans la même situation que Bonaparte en 1870. || Et Sa Majesté a ajouté d'un ton plus bas et entre les dents quelque chose comme ceci, que l'expression du visage indiquait mieux que la parole: *Et ce serait à ses risques et périls.*

Je termine, monsieur le duc, par la reproduction des dernières phrases de mon entretien avec Sa Majesté, déjà signalées dans mon télégramme du 15: || — Ne vous alarmez donc pas, général, et rassurez votre gouvernement; dites-lui que j'espère que nos relations resteront toujours ce qu'elles sont aujourd'hui, sincèrement cordiales. Vous savez combien j'ai d'estime pour votre personne, j'ai une confiance entière en vous; je crois tout ce que vous me dites: ayez la même confiance en moi. Les intérêts de nos deux pays sont communs, et si, ce que je me refuse à croire, vous étiez un jour sérieusement menacés, vous le sauriez bien vite. || Et l'Empereur a ajouté, après une petite pause qui semblait comme une hésitation: "Et vous le sauriez par moi."

Si Votre Excellence veut bien tenir compte du caractère et des habitudes de langage toujours si réservées de Sa Majesté, elle trouvera, j'espère, ce que

Nr. 9480.
Frankreich.
15. Mai 1887.
(Botsch. in
St.-Peters-
burg a.d.Min.
des Ausw.
20. Apr. 1875.)

Nr. 9480. je trouve moi-même dans cette conversation, d'incontestables éléments de sécurité. || Veuillez agréer, monsieur de duc, etc. . . .
 Frankreich. 15. Mai 1887.
 (Botsch. in St.-Petersburg a. d. Min. des Ausw. 20. Apr. 1875.)

L'Ambassadeur de France.
 Général le Flo.

II.

En attendant la réponse à cette lettre qui devait me fixer sur les démarches ultérieures que j'aurais à faire auprès de l'Empereur, je m'occupai activement de rechercher tous les symptômes qui pouvaient m'éclairer sur les dispositions dominantes de l'opinion publique et du monde officiel. De tous côtés et de la part du corps diplomatique tout entier, je recueillis les témoignages les moins équivoques de sympathie pour nous et d'une réprobation énergique contre la politique turbulente de Berlin. Tous étaient évidemment fatigués des alertes continuelles du fait du prince de Bismarck, et des alarmes qu'il se faisait un jeu, presque un système de répandre dans toute l'Europe, de Bruxelles à Rome aussi bien que de Vienne à Paris et à la Haye. || — Sans doute, disait un jour un de ses rares partisans, vous avez un peu raison; mais il faut aussi tenir compte de la mauvaise santé et des nerfs du prince de Bismarck. || — Ah! je ne savais pas, répondit l'interlocuteur, que l'état nerveux et bilieux d'un homme d'Etat dût être considéré comme un argument diplomatique.

L'Empereur et le prince Gortchakow continuaient aussi à me tenir le langage le plus rassurant. Sa Majesté, que je rencontrai à la promenade quelques jours après mon audience, m'avait dit: "Eh bien! on se calme un peu là-bas!" *Là-bas*, visait-il Paris ou Berlin? Je pris Paris et je répondis: "Tant mieux, Sire; on y est naturellement porté par la pensée du prochain voyage de Votre Majesté à Berlin, où l'on sait qu'elle n'apportera que des conseils de modération et des paroles de paix." — "*Ah! certainement*, reprit l'Empereur, *j'y serai un élément calmant.*"

Mais un fait doublement caractéristique s'était produit pendant mon absence. Je veux parler de la mission extraordinaire à Pétersbourg du comte de Radowitz, l'un des agents intimes du prince de Bismarck. En quoi consistait cette mission? Elle avait deux objets: Le premier, avoué, se rapportait à quelques questions de politique générale alors pendantes en Europe; le second, confidentiel, nous concernait directement. M. de Radowitz était chargé de pressentir les dispositions de la Russie au cas où l'on se déciderait, à Berlin, à ouvrir la campagne contre la France, et de faire connaître, ou seulement d'insinuer, selon le tempérament, les concessions que l'Allemagne pourrait faire, du côté de l'Orient, en retour des complaisances et du laissez-faire, que l'on rencontrerait. Des ouvertures furent, en effet, faites dans ce sens, mais sans succès, et il est certain qu'à cette question insidieuse, dite comme en manière de causerie sans conséquence:— "Qu'est-ce qui pourrait donc bien vous être agréable et que réclameriez-vous du côté de la Turquie?"

il avait été répondu: "*Nous ne voulons rien de plus que ce que nous possédons, et nous ne poursuivons en Orient que le maintien de ce qui existe, avec la paix qui n'est pas moins nécessaire aux malheureuses populations chrétiennes de ces pays qu'à celles de tous les autres.*" || Voici un détail qui prouve encore le complet échec de cette tentative de négociation: Voulant sauver les apparences, et se référant à des usages de cour assez généralement admis, le cabinet de Berlin fit demander qu'on voudt bien accorder à son envoyé une distinction honorifique, une décoration qui lui aurait été, en même temps qu'un souvenir flatteur, un semblant d'approbation de sa mission. L'Empereur refusa net.

La bienveillante sympathie du cabinet impérial, d'accord avec l'opinion publique tout entière, s'affirmait donc de plus en plus en notre faveur, et le moment semblait venu de précipiter, par une démarche hardie, les résolutions de l'Empereur. L'occasion m'en fut fournie par une lettre *toute personnelle* que je reçus du duc Decazes. Cette lettre, où de nombreuses ratures et des phrases intercalées témoignaient des graves préoccupations de son auteur, me jeta dans une grande perplexité. Je la transcrivis sans aucune observation préalable, toutes celles qu'elle fit naître dans mon esprit et la résolution décisive qu'elle m'inspira étant consignées dans la réponse que j'y fis quelques jours après, et que je reproduirai textuellement tout à l'heure.

Personnelle.

Paris, 29 avril 1875.

Mon cher général,

Ma correspondance officielle et confidentielle ne me laisse plus grand'chose à vous dire; mais je tiens cependant à causer un moment avec vous, tout au moins pour que vous sachiez combien nous apprécions l'énergie et l'efficacité de votre intervention, et combien aussi nous faisons foi et état sur les sentiments dont vous avez recueilli l'expression auprès de Sa Majesté Impériale et de son Chancelier. Vous remarquerez que je n'hésite pas à leur attribuer l'apaisement qui se produit depuis quarante-huit heures à Berlin, et qui est si marqué que M. de Gontaut n'hésite pas à considérer comme passée la crise dont il constate en même temps l'intensité exceptionnelle. || L'empereur Guillaume disait, il y a quelques jours, au prince de Polignac: "*On a voulu nous brouiller...*" Je ne vois pas clairement qui était cet *On* et je ne sais pas donner un nom à ce trouble-fête; mais je vois clairement que c'est l'attitude de la cour de Russie qui a écarté de nous le danger imminent, et vous voudrez bien en exprimer à qui de droit notre profonde reconnaissance. Il appartient à Sa Majesté Impériale de compléter et de fortifier son oeuvre. Je vous ai dit souvent qu'à mes yeux l'empereur de Russie était l'arbitre de la paix du monde: Il peut l'assurer pour longtemps aujourd'hui, par le langage qu'il tiendra à Berlin à son passage et l'énergie avec laquelle il affirmera sa volonté de ne pas permettre qu'elle soit troublée. || La doctrine étrange développée par M. de Radowitz est de celles qui doivent le plus vivement indigner la conscience honnête et droite de ce grand souverain, et il est digne de lui de la traiter

Nr. 9490.
Frankreich.
15. Mai 1887.

(Frankreich.
Min. d. Ausw.
an d. Botsch.
in St.-
Petersburg.
29. Apr. 1875.)

Nr. 9480. comme elle le mérite. Si je ne suis pas aussi rassuré que le prince Gortchakow le voudrait, et me le conseille, ce n'est pas que je doute de l'appui
 Frankreich. chakow que son souverain nous prêterait contre de funestes tendances, non plus que
 15. Mai 1887. que de l'influence que son intervention exercerait, *si elle se produisait à temps.* ||
 (Min. d. Ausw. an d. Botsch. in St.- Petersburg. 29. Apr. 1875.) Mais c'est précisément parce que ses volontés pacifiques sont bien connues à
 Berlin, parce qu'on y sait qu'il protestera énergiquement contre des desseins pervers que je dois craindre qu'ils lui soient soigneusement dissimulés, et qu'on se décide quelque jour à le mettre en présence d'un fait accompli. || Je n'aurais plus cette crainte et ma sécurité serait absolue du jour où Sa Majesté aurait déclaré qu'elle considérerait une surprise comme une injure, et *qu'elle ne laisserait pas cette iniquité s'accomplir.* || Avec ce mot-là, la paix du monde serait assurée et il est bien digne de l'empereur Alexandre de le prononcer. Pour moi, je n'hésite pas à ajouter à ce que vous avez dit si justement pour affirmer nos intentions, *nos résolutions* pacifiques, que je suis prêt à donner au Czar telle garantie qu'il croira nécessaire contre toute pensée d'agression, toute pensée d'un trouble à apporter à la paix du monde, décidé à soumettre à son auguste arbitrage tout différend qui pourrait s'élever, et à mettre ainsi sous la sauvegarde de sa haute raison cet apaisement des coeurs, des esprits et des intérêts dont il a su assumer le glorieux protectorat.

Sa Majesté a daigné vous dire *qu'au jour du danger nous serons prévenus et prévenus par Elle.* Nous acceptons cette certitude avec une confiance d'autant plus grande que c'est à sa sollicitude que nous aurons recours ce jour-là. Mais si elle n'était pas prévenue à temps, Elle daignera comprendre et reconnaître qu'elle aussi aura été trompée et surprise; qu'elle se trouvera pour ainsi dire devenue la complice involontaire du piège qui nous aura été tendu. Et je dois avoir aussi cette confiance qu'Elle vengera ce qui sera devenu son injure propre, et qu'Elle couvrira de son épée ceux qui se sont reposés sur son appui. || C'est là, mon cher général, l'assurance que je voudrais recueillir par vous. || Hélas! je sais bien, mon cher général, que vous n'obtiendrez pas tout cela; mais je sais aussi que, mieux que tout autre, vous obtiendrez tout le possible. D'ailleurs, vous avez avec Sa Majesté une liberté d'allure et de langage qui peut vous permettre de lui dire à peu près textuellement tout ou partie de ce qui précède. Peut-être même pourriez-vous en lire un passage au prince Gortchakow. Il y trouvera tout au moins la manifestation évidente de notre volonté de maintenir la paix. Il est en tout cas certain que le voyage de l'Empereur à Berlin est pour nous une occasion dont il est important de tirer tout le parti qu'elle comporte. Car c'est surtout par lui que nous pouvons savoir le vrai fond des desseins et des audaces de la Prusse. || Tout et bien à vous, mon cher général,

Decazes.

Cette lettre m'était parvenue le 2 mai, et le 4, j'adressai au duc Decazes le télégramme qui suit:

Votre lettre du 29 avril, mon cher duc, reçue dans la nuit d'avant-hier, m'a fort agité. Après de mûres réflexions cependant, j'ai fait demander hier soir une audience immédiate au Chancelier que je savais devoir travailler aujourd'hui avec l'Empereur; un quart d'heure plus tard, j'étais dans son cabinet lui lisant résolument votre lettre, et comme j'en passais, par un excès de prudence, quelques lignes, le prince, qui s'en aperçut, me dit avec une vive émotion: "Vous ne lisez pas tout; entre vous et moi rien ne doit être caché; lisez donc tout, vous pouvez tout me dire et j'ai besoin de tout savoir; car je vais vous demander de me laisser envoyer cette lettre à l'Empereur." Et comme j'observais qu'un résumé suffirait peut-être: "Des extraits! pourquoi des extraits? . . . La vérité tout entière, il la faut; croyez-moi, je connais mon Maître et je sais ce qui lui convient. Il vous aime beaucoup et vous pouvez lui dire beaucoup; l'heure n'est pas aux ménagements de paroles." Devant cette instance si animée du Chancelier, dont vous apprécierez le mobile et l'importance, je n'ai pas hésité; j'ai tout lu, et j'ai fait plus, je lui ai livré mon portefeuille tout entier sans en retirer une pièce. — On vient de me le retourner avec ce billet du Chancelier: "L'Empereur m'a remis de la main à la main les pièces ci-après, et chargé de vous remercier de cette preuve de confiance. Sa Majesté a ajouté quelle confirme tout ce qu'elle vous a dit de vive voix. Gortchakow." — Un pareil incident, à la veille du voyage de l'Empereur à Berlin, est d'une importance capitale.

Nr. 9480.
 Frankreich.
 15. Mai 1887.
 (Botsch. in
 St.-Peters-
 burg a. d. Min.
 des Ausw.
 4. Mai 1875.)

(Russland.
 Reichskanz-
 ler a. d. franz.
 Botsch. i. St.-
 Petersburg.
 4. Mai 1875.)

Voici maintenant le rapport détaillé de cet incident et de ce, qui suivit les quelques jours encore avant le départ de Sa Majesté:

Très confidentielle.

Saint-Petersbourg, 6 mai 1875.

Monsieur le duc,

Mon télégramme du 4 vous a rendu compte de la démarche un peu hardie que j'ai faite auprès de l'Empereur, en commune responsabilité d'ailleurs, avec le prince Gortchakow, et du résultat favorable qu'elle a produit. C'était, je vous assure, assez risqué, si vous voulez bien tenir compte du caractère quelque peu ombrageux et indécis peut-être de Sa Majesté, et aussi de ses sentiments bien connus pour le roi de Prusse. Votre lettre personnelle et confidentielle du 29 avril renfermait tout particulièrement quelques expressions et des arguments péremptoirs, très naturels assurément, en tant qu'ils s'adressaient à moi, mais qu'il était d'une extrême délicatesse de mettre sous les yeux de l'Empereur, qu'ils pouvaient froisser. || Mais d'un autre côté aussi il était impossible de méconnaître que la gravité de la situation exigeait une explication catégorique, et que les termes mêmes de vos dépêches, s'ils étaient acceptés, impliquaient pour la Russie une sorte d'engagement moral qui nous devenait une garantie considérable.

(Frankreich.
 Botsch. in St.-
 Petersburg
 an den Min.
 des Ausw.
 6. Mai 1875.)

Vous comprendrez néanmoins ma perplexité, monsieur le duc: d'un côté, la crainte de déplaire et de compromettre une situation très bonne déjà; de l'autre, le risque de manquer une occasion unique de faire connaître à l'Empe-

Nr. 9480.
(Frankreich.
Botsch.inSt.-
Petersburg
an den Min.
des Ausw.
6. Mai 1875.)

reur, avec tout le respect et la confiance qu'il nous inspire, mais aussi sans réticence et avec une entière liberté de langage, toute l'étendue des services qu'au nom de la paix de l'Europe et de l'humanité nous réclamions de la hauteur de son caractère et de l'importance prépondérante qu'elle lui a déjà acquise auprès de tous les gouvernements. || En présence de cette alternative, je n'ai pas pu hésiter longtemps, et j'ai accepté l'avis du prince Gortchakow d'envoyer à Sa Majesté, sans en rien omettre et sans y rien changer, votre lettre particulière d'abord si nette et si précise, votre dépêche du 29 avril n° 32 et le rapport complet du vicomte de Gontaut. Il n'y avait pas un moment à perdre d'ailleurs; car l'Empereur part samedi pour Berlin. Le Chancelier devait travailler avec lui le lendemain pour la dernière fois de la saison à Pétersbourg, et je n'avais la chance de le rencontrer moi-même que jeudi au milieu des troupes, et sans espoir par conséquent de pouvoir développer suffisamment ce qu'il importait que je lui disse. || Le Chancelier m'avait en outre confié au cours de la conversation que Sa Majesté l'avait informé de ce qu'elle m'avait dit, à mon audience du 15, *que si nous étions menacés nous le saurions bien vite et que nous le saurions par Elle*, et il avait ajouté: *Cette parole est grave, et moi je ne vous l'aurais pas dite; car elle est un engagement vis-à-vis de vous, qui pourrait créer à l'Empereur, dans un moment donné, une situation délicate du côté de l'Allemagne.* || Il pouvait y avoir à craindre ainsi un regret, sinon un retour, et il était important d'insister au moins sur cet engagement. Cette considération aurait suffi à me décider; mais il y avait encore une autre raison. || Jamais je n'avais vu au prince l'animation sympathique qu'il montrait dans ce moment. || *L'heure n'est pas aux ménagements de paroles*, disait-il; *il faut que l'Empereur sache toute la vérité, et des documents comme ceux-ci la lui feront connaître mieux qu'aucun autre. Croyez-moi, je connais mon maître, et il appréciera votre démarche; vous pouvez lui dire beaucoup.*

Il fallait profiter de cette vivacité de sentiments du Chancelier, et l'événement a prouvé qu'il avait raison et que j'ai bien fait de suivre son conseil. Le prince était pendant tout cet entretien étendu sur une chaise-longue, souffrant beaucoup d'une chute de voiture qu'il venait de faire. Mais dès que je lui eus remis mes papiers, il se leva d'un bond comme un jeune homme, et écrivit sur-le-champ ce billet à l'Empereur:

(Russland.
Reichs-
kanzler an
den Zaren.
3. Mai 1875.)

Sire, le général Le Flo vient de me communiquer des dépêches qu'il a reçues cette nuit, de son gouvernement. Après m'en être entretenu avec lui, je lui ai demandé de me permettre de les placer sous les yeux de Votre Majesté; il y a consenti et j'ai l'honneur de vous les envoyer. Votre Majesté jugera de leur importance.

Vous savez déjà la réponse, je la reproduis pour plus de sûreté:

(Russland.
Reichs-
kanzler an d.
franz.Botsch.
in St.-
Petersburg.
4. Mai 1875.)

Général, l'Empereur m'a remis, ce matin, de la main à la main, les pièces que vous m'aviez confiées, et m'a chargé de vous remercier de cette preuve de confiance; Sa Majesté a ajouté qu'elle confirme tout ce qu'elle vous a dit de vive voix.

Gortchakow.

Certes, monsieur le duc, ce n'est pas là un engagement de *tirer l'épée* Nr. 9490. Frankreich. 15. Mai 1887. (Botsch. in St.-Petersburg a.d. Min. des Ausw. 6. Mai 1875.) pour nous, expression de votre lettre que le prince avait soulignée dans la conversation en me disant: *Oh! ceci est bien un peu fort; mais c'est égal, laissez-le: nous ne tirerons pas l'épée et nous n'en aurons pas besoin, nous arriverons sans cela.* || Ce n'est donc pas, il faut le reconnaître, un engagement de guerre en commun: mais c'est une affirmation nouvelle et très précieuse d'une promesse importante, qui nous reste ainsi entière, et c'est un gage de grande sécurité; car j'y trouve une certitude presque absolue que la Russie d'accord avec l'Autriche, sa plus intime alliée à l'heure qu'il est, j'en ai la conviction, ne permettra pas que la Prusse viole impunément toutes les lois du monde civilisé, et rejette l'Europe dans les horreurs de la guerre pour son unique satisfaction personnelle, et par la seule terreur que lui inspire encore ce pauvre lion malade qui s'appelle la France et qui menace de guérir un jour des cruelles blessures qu'il en a reçues. || Je considère ainsi, je le répète, que nous avons obtenu aujourd'hui un résultat important, inespéré, puis-je dire. Nous nous sommes assuré le concours moral, l'intervention énergique de la Russie en cas de conflit avec l'Allemagne; et, en attendant, nous avons fait pénétrer clairement, sans aucun voile, dans l'esprit de l'Empereur notre sentiment de la haute position qu'il a conquise en Europe et de la grandeur du rôle que nous pensons qu'elle lui impose. || Il y a désormais entre nous, après les promesses de Sa Majesté, une sorte de secret, quelque chose de plus intime qui crée forcément un intérêt commun et un lien précieux. || Ce sera pour l'empereur Alexandre, si foncièrement honnête et pacifique, un sujet de sérieuses méditations qui seront à notre bénéfice, soyez-en assuré. Le mérite de cette précieuse amélioration de nos rapports vous revient, monsieur le duc, et aussi au prince Gortchakow dont la bienveillante sympathie pour notre patrie ne s'était pas encore révélée à moi avec autant d'abandon et de vivacité.

Je vous remercie de la confiance que vous avez bien voulu avoir en moi en cette délicate circonstance. || Je vous envoie ci-joint la traduction de mon télégramme d'avant-hier et de votre propre lettre du 29 avril dont vous n'avez peut-être pas fait prendre copie. Vous trouverez quelque intérêt, j'en suis sûr, à en revoir et en peser les termes. || Je crois qu'il est d'une extrême importance que tout ceci reste très secret. La moindre indiscretion pourrait embarrasser et blesser l'Empereur que nous avons plus d'intérêt que jamais à ménager. || Veuillez agréer, monsieur le duc, etc. . . Général Le Flo.

Vendredi, 7 mai.

J'ai rencontré l'Empereur avant-hier soir dans un salon, et j'ai eu l'honneur (Frankreich. Botsch. in St.-Petersburg an den Min. des Ausw. 7. Mai 1875.) de l'accompagner hier à la revue. Il est impossible d'être plus gracieux et plus affectueusement bienveillant qu'il l'a été. Sa Majesté a commencé par me dire, en me prenant les deux mains avec un abandon auquel je ne suis pas habitué, malgré sa bonté ordinaire pour moi, qu'Elle avait été extrêmement touchée de la confiance que j'avais eue en Elle, en lui communiquant des

Nr. 9480. documents qui l'avaient vivement intéressée. Elle a beaucoup loué le calme
 Frankreich. et la sagesse des réponses de M. de Gontaut à l'exposé des *théories si étranges*
 15. Mai 1857. de M. de Radowitz; et comme je faisais remarquer à ce sujet à quelles aber-
 (Botsch. in rations et à quelles débauches d'esprit pouvait conduire une passion aveugle:
 St.-Peters- "pour ne pas dire plus," a repris vivement l'Empereur, "mais tout cela se
 burg an den calmera, je l'espère: en tout cas, vous savez ce que je vous ai dit, je ne l'oublie
 Min.d.Ausw. pas et je le tiendrai." || Enfin, hier, sur le terrain de manoeuvres, au moment
 7. Mai 1875.) où je prenais congé en remerciant Sa Majesté de ses bonnes dispositions en
 notre faveur, Elle m'a dit: "Au revoir, je me souviendrai," et faisant allusion
 à un passage de votre lettre, Elle a ajouté en souriant: "Et j'espère qu'il n'y
 aura pas de surprise."

— Je n'ai plus à dire, ce qui est aujourd'hui connu de tout le monde, comment le noble Empereur Alexandre II, d'impérissable mémoire, tint à Berlin les promesses qu'il avait daigné me faire. La lettre ci-après en fait foi:

Personnelle.

Paris, 17 mai 1875.

Mon cher général,

(Frankreich. L'Empereur Alexandre et le prince Gortchakow viennent de se créer des
 Min.d.Ausw. droits éclatants et incontestés à la reconnaissance de la France. Ils ont été
 an d. Botsch. à Berlin tout ce qu'ils vous avaient promis d'être. || A votre tour, recevez nos
 in St.- remerciements: car cette attitude est votre oeuvre. Vous l'aviez habilement
 Petersburg. préparée, entretenant la confiance et la sympathie, éclairant les consciences
 17. Mai 1875.) sur le danger dont l'Allemagne menaçait la paix du monde, les rassurant sur
 nos propres dispositions. La communication entière et sincère du dossier a
 été un coup de maître dont je vous félicite. J'avais eu de mon côté l'heureuse
 fortune de ne rien écrire dans ma lettre qui ne pût être lu. Vous pouvez
 vous imaginer combien je m'en réjouis. Je n'avais du reste qu'à n'écrire que
 ce que je pensais, et c'est bien là ce que j'avais fait. || La volumineuse cor-
 respondance que je vous adresse vous met au courant de tout ce que nous
 savons nous-mêmes. Je n'appellerai votre attention que sur quelques incidents
 qui n'y figurent pas.

Ainsi que vous l'aviez justement pressenti, c'est à la suite de son premier entretien avec le comte Schouvalow, et à la demande de celui-ci, que Lord Derby s'est décidé à réclamer le concours de l'Italie et de l'Autriche. Ce dernier seul lui a fait défaut. L'Autriche avait trop peur pour elle-même et n'osait se mettre en avant. Pour triompher des dernières hésitations du cabinet anglais, le comte Schouvalow était autorisé à lui communiquer les dernières instructions envoyées à l'armée de la mer Caspienne et qui interdisent la marche en avant sur Merw. || Après avoir constaté la netteté et la loyauté de l'attitude de la Russie dans ses procédés vis-à-vis de nous, il est impossible de ne pas être frappé de la prudence et du soin avec lesquels elle a préparé à Londres et dans le reste de l'Europe tout ce qui pouvait assurer le succès de ses démarches à Berlin. Tous ces détails sont marqués au coin d'une

suprême habileté, et ils témoignent en même temps de la volonté énergique de faire respecter la paix de l'Europe. || En somme, mon cher général, pour la première fois depuis six ans, l'Europe s'est réveillée. A la voix de la Russie, elle s'est affirmée dans un accord commun, et son affirmation a été décisive. — M. de Bismarck n'a pas essayé de discuter; il s'est contenté d'attribuer les mauvais desseins à M. de Moltke et de les désavouer. Seront-ils abandonnés? Je ne saurais le croire. Mais, rassurés sur le présent, nous pouvons, ce me semble, envisager l'avenir avec une certaine confiance. L'Empereur Alexandre fera respecter son oeuvre, et l'Europe a pris et conservera l'habitude de le suivre.

Nr. 9490.
Frankreich.
15. Mai 1887.
(Min. des
Answ. an den
Botsch.inSt.-
Petersburg.
17. Mai 1875.)

Encore une observation! Vous aviez bien compris que l'Allemagne voulait surtout faire discuter notre état militaire et sa restauration. Elle désirait se faire approuver et encourager dans la voie des représentations. || Il est évident que l'Empereur Alexandre ne s'est pas laissé aborder sur ce terrain. Vous remarquerez avec quelle netteté il a affirmé notre droit de faire chez nous pour la réorganisation de nos forces militaires tout ce qui nous paraîtrait convenable à nos intérêts. Entre les mots, nous pouvions deviner les paroles de M. le prince Gortchakow que vous avez si précieusement recueillies: — "Soyez forts! — Soyez forts!" Donc confiance — prudence — patience.

Orlow compte aller ces jours-ci visiter l'Empereur Alexandre à Ems. Le maréchal veut lui confier une lettre pour son souverain dans laquelle le Président remerciera vivement Sa Majesté Impériale des sentiments dont elle lui a envoyé l'expression et de ce qu'elle a fait pour la France et pour la paix du monde. Je suis convaincu que vous approuverez cette démarche. || Mon cher général, vous avez l'honneur et le bonheur d'être accrédité auprès d'un *Grand Souverain*, d'être traité par lui avec une confiante amitié, et d'avoir pu faire servir ces sentiments au plus grand bien de votre pays. C'est là pour vous une grande joie et vous devez en être aussi fier que vous en êtes heureux. || Bien à vous.

De c a z e s.

Le prince Gortchakow a négocié et signé avec le Vatican un traité qui règle les questions des évêchés catholiques en Pologne: c'est un grand succès et un grand secret.

Cette lettre fut un éclatant hommage de patriotique reconnaissance rendu par notre ministre des affaires étrangères à Sa Majesté Alexandre II et à son illustre Chancelier; elle est en même temps, j'ose le dire, une preuve authentique des humbles services que j'eus la bonne fortune de pouvoir rendre à mon pays en ces délicates et graves circonstances. || Qu'il me soit permis d'y ajouter, en terminant cette longue relation, le témoignage d'une auguste amitié qui rendit ma tâche bien aisée, et qui est encore aujourd'hui le grand honneur de ma vie:

Nous, Alexandre II, par la grâce de Dieu, Empereur et autocrate de toutes les Russies, roi de Pologne, grand-duc de Finlande, etc., etc., etc. || A

Russland.
3. März 1879.

Nr. 9480. l'Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de la République Française
 (Russland. près de notre Cour, général Le Flo.
 Zar an den
 franz. Botsch. La sollicitude constante avec laquelle, durant votre long séjour en Russie,
 in St.- Petersbourg. vous avez contribué au maintien des relations d'amitié et d'alliance de notre
 3. März 1879.) Empire avec la République Française, vous ont acquis de pleins droits à notre
 sincère gratitude. || En souvenir de cette gratitude, nous vous avons nommé
 Chevalier de notre Ordre Impérial de Saint-André*), l'apôtre premier appelé,
 dont nous vous envoyons ci-joint les insignes. Nous demeurons avec bienveillance
 pour vous.

Saint-Pétersbourg, le 19 février/3 mars 1879.

(De la main de Sa Majesté.)

Le Chancelier des Ordres.

Alexandre II.

Comte Adlerberg.

Les pages que, grâce à la bonne hospitalité du *Figaro*, je viens de tracer, dans le but d'éclairer la religion de mon pays, sont assez instructives pour se passer de tout autre commentaire. || Je ne terminerai point, cependant, sans signaler à la vigilance de ceux qui ont charge du salut de la France, sans dénoncer à l'Europe civilisée la doctrine du Chancelier d'Allemagne aussi étrange en matière de droit international, qu'au point de vue du respect d'un traité payé comptant par deux provinces et cinq milliards. Je veux parler de la déclaration inouïe que M. de Bismarck fit en 1874 au regretté prince Orlow, alors de passage à Berlin, alors qu'il conférait avec lui des choses de France:

“Mais non, nous ne songeons nullement à faire la guerre: mais la France se réorganise trop vite, personnel et matériel de son armée; et nous nous donnerons une garantie, une place de sûreté: nous occuperons Nancy.”

15. mai 1887.

Général Le Flo.

Nr. 9481. **FRANKREICH.** — Min. des Ausw. an die hervorragendsten Pariser Zeitungen. — Erklärt, dass General Leflo zur Veröffentlichung der im *Figaro* abgedruckten Aktenstücke nicht ermächtigt war.

[Nach dem Mémorial diplomatique vom 28. Mai 1887.]

Nr. 9481. Le général le Flo, ancien ambassadeur à Saint-Pétersbourg, a publié dans
 Frankreich. un journal du matin une correspondance officielle se rattachant aux évé-
 22. Mai 1887. nements de 1875. || En agissant ainsi, le général Le Flo a disposé de pièces et
 de documents qui ne lui appartenaient pas. Il n'avait demandé au ministère
 des affaires étrangères aucune autorisation de les publier; et, s'il l'avait demandée,
 il ne l'aurait pas reçue. || Nous n'avons pas besoin d'insister sur les incon-

*) Höchster russischer Orden.

vénients que produiraient des publications de ce genre, si un agent en retraite se croyait, sous prétexte d'une opportunité dont il n'est pas juge, le droit d'user ou d'abuser de documents qu'il ne possède que par la confiance du gouvernement de la République ou de gouvernements étrangers. Il suffira de signaler à la réprobation de tous les hommes éclairés le grave manquement aux devoirs professionnels dont l'auteur de ces indiscretions s'est rendu coupable.

Nr. 9481.
Frankreich.
22. Mai 1867.

Nr. 9482. OESTERREICH-UNGARN. — Mittheilung des Pester Lloyd vom 26. Mai 1887 bei Besprechung der Leflo'schen Veröffentlichung.

Am 13. Mai 1875 verschickte Fürst Gortschakow Depeschen, welche andeuteten, Kaiser Alexander II. habe in Berlin den Frieden gerettet. Man befand sich damals im tiefsten Drei-Kaiser-Bündniss, als die russische Regierung nicht Anstand nahm, Deutschland so arg zu compromittiren. Sie that jedoch noch mehr als das und nahm keinen Anstand, sogar eine europäische Coalition gegen Deutschland anzustreben. Aus der Relation Leflo's erfahren wir, dass Russland es gewesen, welches hinter England stand, da dieses als Champion für das arme, wehrlose Frankreich in die Schranken trat. Lord Derby gab sich dazu her, den Mächten eine förmliche Friedensmediation anzubieten. Man zweifelte nicht, dass dieselbe auch zu Stande kommen werde, in welchem Falle Deutschland noch isolirter dastand als Frankreich. England marschirte an der Tête, Italien folgte, Russland setzte Alles in Bewegung, um der Coalition Kraft zu geben, und an dem Beistande unserer Monarchie — zweifelte man nicht. Zum Unglück für den Fürsten Gortschakow stand damals an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns — „la plus intime alliée de la Russie à l'heure qu'il est,“ so nennt uns der scharfsichtige Leflo — ein Mann von der Art des Grafen Julius Andrassy. Es ist das ausschliessliche Verdienst des Grafen Andrassy gewesen, wenn jene Coalition nicht zu Stande kam. Unser Minister des Aeussern bekundete in jenen reichbewegten Tagen eine Superiorität des Geistes, welche durch die heutigen Enthüllungen erst ins rechte Licht gestellt wird. Die beantragte Friedensproceession behandelte Graf Andrassy recht derb und ironisch, indem er bemerkte, er sehe keinerlei Anlass, Deutschland eine friedestörenden Tendenz zu insinuiren, weshalb er die Theilnahme an der vorgeschlagenen Démarche einfach ablehnen müsse. Auch als der 'intimste Alliirte Russlands' gab sich Graf Andrassy nicht dazu her, der Dupe der russischen Politik zu werden. Der für Deutschland so beleidigende Schritt ist denn auch in Folge dessen unterblieben. . . . Nicht Deutschland, sondern England und Frankreich, denen Russland seine wohlwollende Assistenz zuwendete, hatten somit eine Niederlage erlitten, und dieses Ergebniss constatirend, schrieb die „Nordd. Allg. Ztg.“ am 3. Juni über die Haltung des Grafen Andrassy Folgendes: „Deutschland wird davon gern Act

Nr. 9482.
Oesterreich-
Ungarn.
26. Mai 1887.

Nr. 9482. nehmen und des Freundes nicht vergessen, der es ablehnte, an einer gegen
Oesterreich- den Freund gerichteten verdächtigen oder gehässigen Insinuation sich zu
Ungarn. betheiligen.“
26. Mai 1887.

Nr. 9483. TÜRKEL. — Officielle Kundgebung in der Constanti-
nopleer Zeitung „La Turquie“ vom 26. Mai 1887.

[Nach dem Abdruck im Mémorial diplomatique vom 4. Juni 1887.]

Nr. 9483. Quelques journaux locaux ont reproduit une communication adressée ré-
Türkei. comment au *Figaro* par le général le Flô, concernant une mission que M. de
26. Mai 1887. Radovitz aurait remplie en 1875 à Saint-Pétersbourg, dans le but d'insinuer
à la Russie des concessions que l'Allemagne pourrait faire à cette puissance
du côté de la Turquie, afin d'assurer la neutralité de la Russie en cas de
guerre avec la France. || La Porte a été officiellement informée que toute cette
communication est absolument mensongère et que jamais pareilles ouvertures
n'ont été faites à Saint-Pétersbourg par M. de Radovitz, lors de sa mission
passagère dans cette capitale.

Nr. 9484. DEUTSCHLAND. — Mittheilungen der Norddeutschen
Allgemeinen Zeitung vom 1. Juni 1887.

Nr. 9484. Der ehemalige französische Botschafter am russischen Hofe, General Loffo,
Deutschland. hat in der Nummer des „Figaro“ vom 21. Mai unter dem Titel „Kaiser
1. Juni 1887. Alexander II. und Frankreich im Jahre 1875“ diplomatische Schriftstücke ver-
öffentlicht, welche in der französischen, russischen und englischen Presse un-
begründetes Aufsehen erregt haben. Man hat dort auf die sogenannten „Ent-
hüllungen“ von neuem das oft widerlegte Märchen begründen wollen, als ob
Deutschland im Jahre 1875 einen Angriff auf Frankreich geplant hätte, während
doch gerade das Gegentheil aus jenen Schriftstücken hervorgeht. Der General
Loffo mag aus eigenem Antriebe oder auf höheren Befehl an die kriegerischen
Absichten Deutschlands geglaubt und seinen Befürchtungen in St.-Petersburg
Ausdruck gegeben haben; aber nach seinem eigenen Zugeständniss erwies sich
diese Furcht als unbegründet. Als er dem Kaiser Alexander II. von „den
schwarzen Punkten“ sprach, welche Fürst Bismarck heraufbeschwöre, und die
geeignet wären, die Ruhe Frankreichs aufs Tiefste zu erschüttern, antwortete
ihm der Zar, der in Bezug auf die deutsche Politik besser informirt war, als
alle französischen Staatsmänner: Deutschland sei „sehr entfernt“, einen Krieg
zu wollen: er, der Zar, wisse bestimmt (pertinemment), dass Kaiser Wilhelm
„ganz entschieden gegen jeden neuen Krieg sei“ (résolument opposé à toute
nouvelle guerre). Es beweist dies mehr als alles Andere, dass von einem
deutscherseits gegen Frankreich geplanten Angriff im Jahre 1875 nicht die

Rede war; denn der Kaiser Wilhelm allein, ohne dessen Willen kein deutscher Soldat ins Feld geschickt werden kann, hat über Krieg und Frieden zu bestimmen, und dieser war, nach dem competenten Zeugniß des Kaisers Alexander, „entschieden gegen jeden neuen Krieg“. Die Grundlosigkeit der Leflo'schen Befürchtungen oder Behauptungen tritt noch greller hervor, wenn man die aus der Sendung des Herrn v. Radowitz nach St. Petersburg entnommenen Argumente prüft. Der General Leflo behauptet, Herr v. Radowitz sei nach St.-Petersburg entsandt worden, um dem Zaren Compensationen im Orient zu versprechen, wenn er Deutschland ungehindert über Frankreich herfallen lassen wolle. Diese Vorschläge seien abgewiesen worden. Der General Leflo macht keinen Versuch, diese Erfindung durch Beweismittel oder Indicien zu begründen. Sie ist einfach aus der Luft gegriffen und hat keine andere Unterlage als die Dreistigkeit, mit der sie erfunden ist. Die Rückkehr des Herrn v. Radowitz von seiner Sendung nach St.-Petersburg fand früher statt, als der hohle Kriegslärm überhaupt von französischen Agenten, im Einverständniß mit dem Fürsten Gortschakow, in Scene gesetzt wurde. Sie hatte keinen weiteren Zweck als den der geschäftlichen Vertretung des abwesenden Botschafters durch einen Diplomaten, der den Rang eines Gesandten besass, dabei die Intentionen der Regierung genau kannte, weil er bis dahin im Auswärtigen Amt in Berlin gearbeitet hatte, und welcher der Dialektik des Fürsten Gortschakow gewachsen war. Als Erläuterung zu den Leflo'schen Enthüllungen stellen wir denselben einige Schriftstücke aus jener Epoche an die Seite, welche erschöpfendes Beweismaterial enthalten für die Richtigkeit dessen, was im Vorstehenden gesagt worden ist.

I. St.-Petersburg, den 22. April 1875. General v. Werder, der gestern Abend wieder hier angekommen ist, hat heute die Ehre gehabt, von Sr. Majestät dem Kaiser Alexander empfangen zu werden. Der General hat mich gebeten, Eurer Durchlaucht Nachstehendes über die Unterredung zu melden, die er mit Sr. Majestät gehabt hat. Der Kaiser hat ihm Gelegenheit gegeben, ungefähr alle Punkte zu berühren, welche Euer Durchlaucht mit ihm besprochen haben, und ist von der Auskunft, die ihm Herr v. Werder aus frischer Anschauung hat geben können, offenbar sehr befriedigt gewesen. Was die französischen Rüstungen betrifft, so hat der Kaiser erzählt, General Leflo habe ihm „sehr erregt“ über die deutschen kriegerischen Vorbereitungen gesprochen. Er habe ihm mit dem Accent der Wahrheit gesagt, es schmerze ihn, zugeben zu müssen, dass in Frankreich noch alles in tiefster Zerrüttung sich befinde. Dies einzugestehen, sei für einen Patrioten hart; aber er könne sein Ehrenwort geben, dass alles, was man von französischen Rüstungen sage, nur auf dem Papier stände, und man noch viel Zeit brauchen werde, um die neue Organisation auszuführen. Dagegen wisse man in Frankreich, dass in Deutschland mit dem grössten Eifer gerüstet werde; man fertige dort neue Kanonen und viel Munition an, und das müsse doch darauf hindeuten, dass man sich mit feindlichen Ab-

Nr. 9484.
Deutschland.
1. Juni 1880.

Deutschland.
Botsch. in St.-
Petersburg
an d. Reichs-
kanzler.
22. April 1875.

Nr. 0484.
Deutschland.
Botsch.inSt.-
Petersburg
an d. Reichs-
kanzler.
22. April 1875.

sichten trage. Der Kaiser hat dem Botschafter hierauf geantwortet, Er Seinerseits könne ihm Sein Ehrenwort geben, dass die Regierung Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn durchaus friedlich gesinnt sei und keineswegs mit Angriffsplänen umginge. Wenn man in Preussen neue Munition anfertige, so käme dies daher, dass man ein neues Gewehr und ein neues Geschütz eingeführt habe, gerade wie in Frankreich; es sei dies daher eine ganz natürliche Erscheinung. — Der General Leflo hat sich auch durch diese Versicherung beruhigt gezeigt. Der General v. Werder hat bei dieser Gelegenheit die Bedeutung des neuen französischen Cadregesetzes hervorgehoben und die riesenhaften Ziffern angegeben, welche die französische Armee auf Friedensfuss in etwa zwei Jahren erreichen werde. Das Gespräch ist sodann auf Oesterreich gekommen, und der Kaiser hat geäußert, dass von dieser Seite her nichts zu fürchten sei, besonders so lange Graf Andrassy, in den er das vollste Vertrauen setze, am Ruder bleibe; und letzteres hoffe er zuversichtlich. Der Kaiser hat ferner von Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit dem Kronprinzen gesprochen, und zwar in den wärmsten Ausdrücken und mit der grössten Anerkennung, dass der Kronprinz seine Reise unterbrochen, um bei seiner Ankunft in Berlin gegenwärtig zu sein. General v. Werder hat mich ferner, ich möchte Euerer Durchlaucht schreiben, dass er genau der ihm ertheilten Weisung gefolgt sei; es habe sich alles natürlich gemacht, und sei er sehr befriedigt von dieser Unterhaltung gewesen, bei welcher der Kaiser ganz besonders frei und lebendig gesprochen habe. Der General wird selbstverständlich auch an Se. Majestät den Kaiser und König Bericht erstatten, sich aber in diesem Bericht auf das berufen, was er mir mitgetheilt hat und was ich die Ehre gehabt hier Euerer Durchlaucht ganz gehorsamt zu berichten.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten v. Bismarck.

Prinz Reuss.

Deutschland.
Botsch.inSt.-
Petersburg
an d. Reichs-
kanzler.
2. Mai 1875.

II. St.-Petersburg, 2. Mai 1875. Der österreichisch-ungarische Botschafter, welcher am nächsten Montag einen vierwöchigen Urlaub nach Oesterreich antritt, ist heute von Sr. Majestät dem Kaiser Alexander empfangen worden, um sich zu verabschieden. Baron Langenau kam gleich nach der Audienz zu mir und war ganz ausserordentlich befriedigt von allem Freundschaftlichen, was ihm der Kaiser gesagt und für seinen Herrn und Kaiser aufgetragen hatte. Die Telegramme, welche zum 29. von Ragusa hierher gelangt waren, und die ehrende Weise, mit welcher Kaiser Franz Joseph die russischen Marine-Officiere dort ausgezeichnet, hatten hier den besten Eindruck gemacht. Ausserdem hat der Kaiser auch von der allgemeinen politischen Lage Europas gesprochen und in gewohnter Weise das Thema behandelt, dass, so lange das gute Einverständniss zwischen den drei Kaiserhöfen bestehe, eine Störung des Friedens unmöglich sei; Frankreich könne ohne Allianzen nichts unternehmen, wolle auch nicht den Frieden stören, und halte er deshalb die Besorgniss, welche man in Berlin zu haben scheine, vielleicht für einigermaassen übertrieben. Er zweifle übrigens nicht, dass sich die Wolken zertheilen würden, und was er

zur Beruhigung beitragen könnte, das solle gewiss geschehen. Diese Aeusserungen, die mir mein österreichischer Colleague im engsten Vertrauen mitgetheilt hat, scheinen mir ein neuer Beweis dafür zu sein, dass der Kaiser künstlich in dem Glauben erhalten wird, dass die Unruhe, die zuweilen in die Gemüther kommt, von Berlin ausgehe. Dass diese Ansicht hier im auswärtigen Ministerium besteht, vom Fürsten Gortschakow nicht bekämpft und von aussen her genährt wird, scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen. Ich suche, wo mir dies nur irgend möglich ist, solchen Ideen entgegenzutreten und bediene mich dabei aller der kräftigen Argumente, mit welchen mich Euere Durchlaucht ausgerüstet haben. Von entscheidender Wirkung wird aber, wie ich bestimmt hoffe, erst der persönliche Gedankenaustausch sein, der in Berlin bevorsteht, und ich halte daher die jetzige Zusammenkunft des Kaisers mit Sr. Majestät für ganz un-
gemein erwünscht und für höchst wichtig. Ich werde Euerer Durchlaucht nichts neues sagen, wenn ich voraussehe, dass Fürst Gortschakow mit Blumen auf den Lippen, aber mit sehr kühlem Herzen in Berlin auftreten wird. Aber zum Glück bringt der Kaiser ein warmes Freundschaftsgefühl mit, welches für offenes Entgegenkommen und Aussprechen empfänglich sein wird.

Nr. 9484.
Deutschland.
Botsch.inSt.-
Petersburg
an d. Reichs-
kanzler.
2. Mai 1875.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck, Berlin.

Prinz Reuss.

III. St.-Petersburg, 22. Januar 1876. In dem längeren, sehr intimen Gespräch, welches ich heute bei meiner Abschiedsaudienz mit Sr. Majestät dem Kaiser Alexander hatte, bot sich eine Gelegenheit, die ich nicht vorübergehen lassen wollte, um von den Vorgängen des vorigen Sommers zu sprechen, welche den Gegenstand unserer Unterhaltung in Berlin ausmachten. Ich sagte dem Kaiser, ich glaubte bemerkt zu haben, wie man von sehr übelwollender Seite her immer bestrebt sei, ihm Misstrauen gegen Euere Durchlaucht einzuzüßeln. Ich wagte daher, ihm gewissermaassen als ein Vermächtnis, welches ich ihm zurückliesse, die Bitte auszusprechen, doch dergleichen Intriguen kein Gehör zu schenken. Mehr vielleicht wie irgend jemand sei ich in der Lage, zu bezeugen, wie mächtig der Wunsch, unsere beiderseitigen Cabinetten in gutem Einvernehmen zu erhalten, auf die Leitung der Politik meiner Regierung von Einfluss gewesen sei. Euere Durchlaucht hätten sich durch nichts in dieser Politik irre machen lassen, die die Politik unseres Kaisers sei und bleibe. Schritt für Schritt könne man diesem Streben folgen, und selbst dann, wenn es zuweilen den Anschein gehabt habe, als wenn die Organe der russischen Regierung eine andere Richtung verfolgten. Ihr Vertrauen in ihn, den Kaiser, sei unerschütterlich; dasselbe müsse aber gegenseitig sein, damit die erspriesslichen Früchte für beide Nachbarreiche erwachsen könnten, welche beide Monarchen sehnlichst wünschten. Der Kaiser nahm diese Auseinandersetzung gut auf und erwiderte: „Sagen Sie dem Fürsten, dass auch ich unbedingtes Vertrauen in ihn setze.“ Er erzählte mir hierauf von den sehr befriedigenden Gesprächen, welche er in Berlin mit Euerer Durchlaucht gehabt, wie er Sie

Deutschland.
Botsch.inSt.-
Petersburg
an d. Reichs-
kanzler.
22. Jan. 1876.

Nr. 9484. gebeten habe, im Amte zu bleiben, wie er noch heute denselben Wunsch hege, Deutschland. dass es ein Unglück für die leider noch schlecht gekittete deutsche Einheit Botsch.inSt.- wäre, wenn Sie sich von den Geschäften zurückziehen wollten; und wenn, was Petersburg an d. Reichs- Gott verhüten wolle, ein Regierungswechsel bei uns eintreten sollte, dann kanzler. würden Sie dem Reiche noch viel nöthiger sein als jetzt. Wie gesagt, er habe 22. Jan. 1876. Vertrauen in Euere Durchlaucht; er sei im vorigen Jahre sehr isolirt mit der Ansicht dagestanden, dass Sie gar nicht daran gedacht hätten, den Krieg mit Frankreich zu wollen, und allen denen, die ihm nachträglich für das gedankt hätten, was er für die Erhaltung des Friedens gethan, habe er sehr entschieden geantwortet, er habe gar nichts thun können, weil Sie ebenso friedliebend gewesen wären als er selbst. Wenn er daher auch gewiss volles Vertrauen in Euerer Durchlaucht Aufrichtigkeit setze, so möge ich ihm nicht übel nehmen, wenn er mir sage, dass nicht jedermann dieses Vertrauen theile. Und dies sei die Schuld unserer Presse und namentlich derjenigen, welche man im vorigen Frühjahr für die Organe des Auswärtigen Amts gehalten hätte. In derselben Weise, wie diese Presse dazu beigetragen habe, durch Alarmartikel die Kriegsbefürchtungen zu nähren, habe sie durch nicht ganz geschickte Dementis erst recht den Glauben bestärkt, dass man wirklich den Krieg gewollt habe. Er habe dies namentlich deshalb bedauert, weil das Vertrauen der Süddeutschen sowohl wie auch Oesterreichs zu uns dadurch nicht gewachsen sei. Man fürchte sich vor Ueberraschungen: das habe er erst neulich in Gesprächen constatiren können. Ich erwiderte, dass man der deutschen Presse gewiss nicht immer das Wort reden könnte, dass sich Euere Durchlaucht selbst bitter über deren Disciplinlosigkeit beklagten, dass wir aber auch voraussetzen könnten, dass er, der Kaiser, sich nicht durch Pressartikel beeinflussen lassen würde, wo er doch mehr wie irgend jemand in der Lage sei, die innersten Gedanken und Ziele meiner Regierung zu kennen. Es sollte mir eine Genugthuung sein, wenn es mir gelungen wäre, etwas von dem Schutt fortzuräumen, der immer und immer wieder Ihnen in den Weg geworfen wird.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten v. Bismarck, Berlin.

Prinz Reuss.

Nr. 9485. **FRANKREICH.** — General Leflo an die Redaction des Figaro. — Hält gegenüber dem türk. Dementi seine Auffassung der Mission des Herrn v. Radowitz aufrecht.

[Nach dem Mémorial diplomatique vom 11. Juni 1887.]

Néchoat, le 2 juin 1887.

Nr. 9485.
Frankreich.
2. Juni 1887.

Monsieur le rédacteur, || Je relève dans les journaux de ce matin une communication officielle du journal, *la Turquie*, au sujet d'un passage de mes révélations relatives à la mission de M. de Radowitz. Il est assez étrange que

le démenti qui m'est donné, de forme quelque peu tudesque, soit dit en passant, ait dû prendre la route de traverse de Constantinople pour arriver jusqu'à moi. Je suis moins surpris de l'empressement tout patriotique de Messieurs de l'agence Havas à le reproduire; quoi qu'il en soit, voici ma réponse: || Ce que j'ai dit de la mission de M. de Radowitz était, à l'époque, de notoriété à Pétersbourg, et m'avait été affirmé de la façon la plus formelle par deux personnages le plus régulièrement en position d'être initiés à tous les secrets de la chancellerie russe, de telle sorte que j'en dus faire le rapport immédiat à M. le duc Decazes. Cette dépêche, sous la rubrique de la Direction politique, n° 20, 21 avril 1875, existe assurément dans les archives de notre ministère des affaires étrangères, où elle peut être consultée; et l'on me fera peut-être l'honneur de penser qu'elle ne fut pas alors, plus qu'aujourd'hui, pour les besoins de la cause, le fruit de mon imagination. || Veuillez agréer, Monsieur, l'assurance de ma considération très distinguée, en même temps que mes remerciements anticipés pour la gracieuse hospitalité que vous voudrez bien donner à cette lettre dans le *Figaro*.
Général Leflo.

Nr. 9486.
Frankreich.
3. Juni 1887.

Nr. 9486. DEUTSCHLAND. — Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 3. Juni 1887.

Die Fabel, dass Herr v. Radowitz im Februar 1875 nach St.-Petersburg gekommen sei, um wegen des Verhaltens Russlands im Falle eines Krieges mit Frankreich zu sondiren, ist vom Fürsten Gortschakow erfunden worden, der in der Wahl des Herrn v. Radowitz zum Vertreter des erkrankten deutschen Botschafters in St.-Petersburg einen mehr persönlich als politisch gegen ihn gerichteten Schachzug erblickte. Fürst Gortschakow, der damals, nach seiner Ansicht, noch auf der Höhe seines politischen Könnens stand, hatte sich durch diplomatische Formlosigkeit eine Lection zugezogen, welche in der Sendung des Herrn v. Radowitz ihren Ausdruck fand. Zunächst, um diese Thatsache vor dem Kaiser Alexander und den fremden Diplomaten zu verdecken, wurde der Radowitz'schen Mission das erdichtete Motiv der „Sondirung über Frankreich“ untergelegt. Mit dieser Fiction war gleichzeitig der Zweck verbunden, dem Fürsten Gortschakow die Anerkennung in der Pariser Presse zu verschaffen, welche stets sein Bedürfniss war. In dieser Richtung wurde, unter Mitwirkung des derzeitigen französischen Botschafters in Berlin, Vicomte Gontaut-Biron, der Plan in Scene gesetzt, die französische Presse und alle Gegner Deutschlands glauben zu machen, dass Deutschland Frankreich „überfallen“ wollte und daran durch den Fürsten Gortschakow verhindert werden müsste. In dem im Jahre 1880 erschienenen Buche von Ernest Daudet „Souvenirs de la Présidence du Maréchal de Mac Mahon“ befindet sich ein ganzes Capitel hierüber, wie es scheint, auf Grund von directen Mittheilungen des Duc Decazes, der damals die „Rettungspolitik“ für den Fürsten Gortschakow mit besorgte. Es

Nr. 9486.
Deutschland.
3. Juni 1887.

Nr. 9486.
Deutschland.
8. Juni 1887.

geht daraus nicht weniger wie aus der jetzigen Veröffentlichung des Generals Leflo hervor, wie in St.-Petersburg die Fabel der deutschen Bedrohung von Frankreich eingefädelt und dann in Berlin durch den französischen Botschafter weiter ausgesponnen worden ist. Herr v. Radowitz wird daraus zum ersten Male ersehen haben, was er eigentlich 1875 Herrn Gontaut-Biron gesagt haben soll und was in dem jetzt veröffentlichten Schreiben von Decazes an Leflo als „la doctrine étrange développée par Mr. de Radowitz“ figurirt. Diese „doctrine étrange“ ist ein Herrn v. Radowitz in den Mund gelegtes Product französischer Einbildungskraft. Auch wenn dies nicht der Fall wäre, wenn wirklich in politischen, militärischen oder publicistischen Kreisen in Deutschland damals kriegerische Gelfüste vorhanden gewesen wären, so würde das immer an der Thatsache nichts ändern, dass an der maassgebenden Stelle (d. h. bei dem Kaiser und bei den amtlichen Rathgebern Sr. Majestät weder 1875 noch zu irgend-einer Zeit von 1871 bis heute) niemals und in keinem Augenblick die Absicht bestanden hat, Frankreich anzugreifen.

Birma und Tibet.

Nr. 9487. **ENGLAND** und **CHINA**. — Vertrag über die Herrschaft Englands in Birma und den Handel an den Grenzen von Birma und China und von Indien und Tibet.

[Englisches Weissbuch: China 5 (1886)].

Whereas Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland, Empress of India, and His Majesty the Emperor of China, being sincerely desirous to maintain and perpetuate the relations of friendship and good understanding which now exist between their respective Empires, and to promote and extend the commercial intercourse between their subjects and dominions, the following Convention has been agreed upon and concluded: — || On the part of Great Britain by Nicholas Roderick O'Connor, Esquire, Her Majesty's Secretary of Legation at Washington, and lately Her Majesty's Chargé d'Affaires in China, Companion of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George, duly empowered thereunto; || And on the part of China by his Highness Prince Ch'ing, President of the Tsung-li Yamên, and his Excellency Sun, Minister of the Tsung-li Yamên, Senior Vice-President of the Board of Works.

Nr. 9487.
England
, and
China.
24. Juli 1886.

Article I.

Inasmuch as it has been the practice of Burmah to send decennial Missions to present articles of local produce, England agrees that the highest authority in Burmah shall send the customary decennial Missions, the members of the Missions to be of Burmese race.

Article II.

China agrees that, in all matters whatsoever appertaining to the authority and rule which England is now exercising in Burmah, England shall be free to do whatever she deems fit and proper.

Article III.

The frontier between Burmah and China to be marked by a Delimitation Commission, and the conditions of frontier trade to be settled by a Frontier Trade Convention, both countries agreeing to protect and encourage trade between China and Burmah.

Article IV.

Nr. 9487.
England
und
China.
24. Juli 1886

Inasmuch as inquiry into the circumstances by the Chinese Government has shown the existence of many obstacles to the Mission to Thibet provided for in the Separate Article of the Chefoo Agreement, England consents to countermand the Mission forthwith. || With regard to the desire of the British Government to consider arrangements for frontier trade between India and Thibet, it will be the duty of the Chinese Government, after careful inquiry into the circumstances, to adopt measures to exhort and encourage the people with a view to the promotion and development of trade. Should it be practicable, the Chinese Government shall then proceed carefully to consider Trade Regulations; but, if insuperable obstacles should be found to exist, the British Government will not press the matter unduly.

Article V.

The present Convention shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged in London as soon as possible after the date of the signature thereof.

In witness whereof the respective negotiators have signed the same and affixed thereunto the seals of their arms. || Done in triplicate at Peking this twenty-fourth day of July, in the year of our Lord one thousand eight hundred and eighty-six, corresponding with the Chinese date the twenty-third day of the sixth moon of the twelfth year of Kuang Hsü.

Nicholas Roderick O'Conor.

(Monogram)

Ch'ing.

(Monogram)

Sun Yü - Wên.

Protestantisches Bisthum Jerusalem*).

Nr. 9488. **PREUSSEN.** — Deutscher Botschafter in London an den englischen Min. d. Ausw. — Ersucht unter Darlegung der Unzuträglichkeiten, welche aus dem preussisch-englischen Uebereinkommen über das protestantische Bisthum Jerusalem für die deutsche Kirche im Heiligen Lande entstanden sind, um Aufhebung des Vertrages. [B. 1.]

(Translation.)

German Embassy, July 17, 1882.

My Lord, || As your Lordship is aware, the Prussian Crown has as yet made no use of the right to fill up the Episcopal See of Jerusalem, vacated by the death of Bishop Barclay. Considerations of various kinds have, in the meantime, determined the Emperor, my august Sovereign, to instruct me to enter into negotiations with your Lordship with a view to cancelling the Agreement come to in 1841 respecting the Bishopric of Jerusalem. || It is not only the necessity, springing from its internal needs, of freeing the largely increased German community from dependence on the Anglican sister Church, and giving it an independent organization, but also the fact that the results of the existing Agreement have but in a small measure fulfilled the views and expectations of His late Majesty the King of Prussia, which has determined my Imperial Master to take this course. || In informing your Lordship of the above, I have the honour furthermore fully to lay before you the grounds which appear to us to make the withdrawal of Prussia from that Agreement to be desirable. || The idea of His late Majesty King William IV, which led him to establish joint action with England as regards the erection of the Bishopric of Jerusalem, was of the following nature:—

Firstly. To exhibit the unity of the Evangelical Church, in the face of the old Churches, which have for ages past got a firm footing at the Holy Sepulchre, and more especially in the face of the Turkish Government and people, to whom, up to that time, Evangelical Christianity was almost unknown,

* Die Aktenstücke sind entnommen dem englischen Weissbuche: Germany Nr. 1 (1887); in den Ueberschriften mit B bezeichnet.

Nr. 9488.
Preussen.
17. Juli 1862.

and from whom its external recognition, together with the political rights bound up with it, had first to be obtained by great efforts. || Besides these political considerations, the mind of the King was very deeply influenced by the feeling that the outward exhibition of an unity of faith among the Evangelical Churches might perhaps pave the way for internal unity and association among all sections of Evangelical Christians throughout the world, and that they, "forgetting their dissensions, and mindful only of their unity, might stretch forth to each other the hand of peace and concord over the cradle and the grave of the Saviour." || Led by such thoughts, His Majesty recommended his Minister, Dr. Bunsen, in his negotiations with the authorities of the English Church, above all things to press for the greatest possible similarity in the organization and direction of the two Churches in the Holy Land.

His second leading idea on the subject was to stipulate that proper attention should be paid to the independence of the Evangelical German Church, for a position of sisterly equality was sought.

The agreement, however, framed to carry out these fundamental ideas did so but very partially. The external union of the two Churches sought to be attained in the Anglican Bishopric of Jerusalem was from the very beginning not attained without prejudice to the equal rights of the German Evangelical Church and community. This is specially apparent in the necessity for the Bishop-Elect, even when named by Prussia, to be consecrated according to the Anglican rite, and in his being required to sign the Thirty-nine Articles of the Anglican Confession of Faith, which practically excludes divines of the Evangelical German Church from being nominated. || Further, the Archbishop of Canterbury, as Metropolitan of the Bishopric of Jerusalem, has reserved to himself the right of an absolute veto against the Bishop-Elect, even when nominated by Prussia. Clergymen of the German community must subscribe the Thirty-nine Articles, and be ordained according to the Anglican rite, and finally, the Bishop is required to confirm even German catechumens according to the English ritual. These are facts well known to your Lordship.

With regard to the other provisions of the Agreement above referred to, the grave difficulties of which, from a conscientious point of view, are obvious, it is certainly owing to the good spirit and absence of narrow-mindedness of Bishop Gobat, who was nominated by Prussia shortly after the erection of the Bishopric, that they never attained practical importance. But Bishop Gobat himself thought it necessary to point out, that his own moderation in these matters was not binding on his successors. And, apart from the question whether Bishop Gobat's successors may or may not be induced by special negotiations to show similar moderation, these provisions of the Agreement must be regarded in themselves as incompatible with the fundamental idea of the King, which was to claim equality for the German Evangelical Church. Stress also must be laid on the inequality as regards external position in

which the two communities united under the Episcopal See were from the very beginning placed, and which was especially marked in the secondary place assigned to the German service as compared with the Anglican. The principal service in the Anglican Church (Christ Church) was always exclusively English, the subordinate afternoon service alone was assigned to the German rite. Moreover, when, in the year 1852, a special German preacher was appointed, the latter was only allowed to perform the service alternately with an English clergyman. In this way, too, the sisterly equality of the German Church suffers serious injury. || Moreover, the further development of the mutual relations of the Churches in the Holy Land has not corresponded to the noble aim of the King, nor to the expectations entertained by the Church. The just claims of the German Evangelical Church to independence and complete equality with the Anglican Church within the Diocese of Jerusalem have not been satisfied under any of the Bishops who have since filled the Episcopal See of Jerusalem.

Nr. 9488.
Preussen.
17. Juli 1882.

There is, moreover, just as little reason to believe, that the idea of the King is in course of realization, according to which the Bishopric of Jerusalem was to pave the way for a comprehensive *rapprochement* of the various Evangelical Churches. These, however, have all remained each in its own national isolation, and it may be assumed that, as far as religious views are concerned, scarcely any serious value would be attached by the English High Church to the maintenance of communion, based upon absolute equality, with the Evangelical Church of Prussia. || Further, if we consider the practical advantages which it was expected would accrue to the German community from the establishment of a Bishopric, they have, in part, not been realized, and, in part, have lost their significance. || The interests of the German community, in the face of the Turkish authorities, have not received countenance from the Bishop; on the contrary, the protection of the German Evangelical Church and community has always been exclusively in the hands of the Prussian or German Consul.

The erection of a German chapel has provided better than in former times for the German religious service; so long, however, as the communion between the two Churches continues, and it is required by the Bishop that the interests of the German Church should be subordinated to the principal service of the English Church, there remains the inconvenience, deeply felt by the German community, of the German service having to be held at an hour unusually early for Eastern habits. || It is characteristic of the inequality between the two Churches that the common Bishop cannot officiate in the German chapel, since it is not consecrated according to the English rite, and, consequently, no Bishop has ever appeared in the German chapel.

Of all the objects which late His Majesty of Prussia had in view on the conclusion of the agreement, but one can be said to exist which may still be considered important, namely, the appearance of unity presented to the outside

Nr. 9488.
Proussen.
17. Juli 1882.

world by the two Evangelical Churches. Though far from depreciating the value of this appearance of unity, we must yet not forget that it has already been relaxed, through the severance of the Churches, as regards the celebration of their services; and that this unity, perhaps a necessity on the first establishment of a Protestant community, has now, after the lapse of forty years, and the acquisition by both Protestant bodies of a recognized position among the other Christian Churches, as well as in the face of the authorities of the country, hardly any practical value. Finally, the great changes which have taken place in the course of the last forty years in the German Protestant colony must, in considering this question, be taken into view. || At that time a German community can hardly be said to have existed, but it had to be called into life by the side of the English Mission Station already established, and it was only with the humblest beginnings that it first emerged into being. Now, however, that it exceeds the English colony in numbers, that it is provided with a chapel and school, a clergyman and teachers, with a hospital, and with various admirable invalid and orphan homes, it is in no respect inferior, in the extent and perfection of its organization, to the English sister community. The one thing still wanting to make its independent organization clearly manifest to the world is the possession of a church, which shall be able to hold its own with the churches of the other communities, and this, it is to be hoped, it will before long possess.

I shall feel much obliged to your Lordship for information as to the views of Her Majesty's Government respecting the wish I have expressed for the dissolution of the relations hitherto existing, upon which subject your Lordship will doubtless confer with the Archbishops of Canterbury and York and the Bishop of London. || I avail, &c.

Münster.

Nr. 9489. **ENGLAND.** — Erzbischof v. Canterbury an den Min. d. Ausw. — Einwendungen gegen die Darlegungen des Grafen Münster. [B. 5.]

Lambeth Palace, March 22, 1883.

Nr. 9489.
England.
22. März 1883.

My Lord, || My attention has been directed to the correspondence which has taken place between your Lordship and the late Archbishop of Canterbury, in reference to the desire of the German Government, conveyed by Count Münster's note of the 21st July, 1882, to withdraw from the Agreement arrived at in 1841 between the Governments of England and Prussia, respecting the Bishopric of Jerusalem. || I have very carefully considered the reasons by which, as expressed in Count Münster's printed note, the German Government has been influenced in coming to the determination referred to; and I have also the honour to inclose to your Lordship a pamphlet compiled

by the Reverend W. H. Hechler, which contains not only copies of the formal deeds whereby the endowment of the Bishopric is secured, but also copies of the various State Papers and other documents connected with the foundation of the Bishopric.

Nr. 9489.
England.
22. März 1883.

It appears, as well from these documents as from Count Münster's note, that the initiative as to the constitution of the Bishopric was taken by His late Majesty the King of Prussia; Dr. Bunsen being commissioned as His Majesty's Special Envoy to ascertain, by means of communication with the Queen of England and Her Majesty's Government, as also with the Heads of the English Church, the disposition of that Church to act in union with the Evangelical National Church of Prussia with reference to a Bishopric of the Anglican Church to be established in the Holy Land. || The idea of His Majesty the King of Prussia in seeking this joint action of the two Churches is very clearly set out in Count Münster's note transmitted by your Lordship, and it is also apparent in the paper under date of the 9th December, 1841, given at p. 104 of the pamphlet. || These overtures, on the part of the King of Prussia, were favourably received by both the English Government and the English Church, with the result that the King engaged to provide one moiety of the fund needed for the endowment of a Bishopric at Jerusalem, and certain influential members of the Church of England engaged to supply the other moiety of the same fund, the entire fund being calculated to provide a net annual income of 1,200*l*. The Prussian endowment was, in fact, secured by a formal document dated the 6th September, 1841, under the hand and seal of the King of Prussia, and the English fund was to be provided as expressed in a formal deed dated the 15th November, 1841. || An Act of the English Legislature (5 Vict., cap. 6) was passed having special reference to the creation of this Bishopric, and under the authority of this Act the Reverend Michael Solomon Alexander was, on the appointment of Her Majesty the Queen, consecrated to be the first Bishop of the Church of England in Jerusalem, and was invested with spiritual jurisdiction within a specified sphere over the Ministers of British congregations of the Church of England, and over such other Protestant congregations as might place themselves under his authority, and successive appointments to the Bishopric have been since made by the German and English Crowns in accordance with the arrangement agreed on to the present time.

Count Münster, in his note, gives expression to the disappointment experienced by the German Emperor at the working of the arrangement, and he specifies the various points in which it is considered that the German community are at a disadvantage as compared with members of the Anglican Church; but it should be borne in mind, that, as the printed papers show, the King of Prussia had clearly before him the prospect that the scheme which he accepted could hardly fail to act with some degree of inequality. || The dissatisfaction now expressed, on the part of Germany, is not unnatural;

Nr. 9489.
England.
22. März 1883.

but surely this cannot be considered as constituting a sufficient reason for the withdrawal from an arrangement which, though it may not, in its working, have entirely answered the expectation of advantages greater than may be thought to have accrued to the German community, has, beyond doubt, been productive to a great extent of the benefits to the cause of Christianity which were contemplated by the establishment of the Bishopric; and it is to be hoped, that some means may be found of removing, or at all events greatly diminishing, the objections now entertained on the part of Germany.

I am so fully aware of the views entertained by my predecessor—after fourteen years experience as Archbishop of Canterbury—as to the importance of maintaining the Anglican Bishopric of Jerusalem as a centre amid the numerous Eastern Churches that it becomes my duty to use every endeavour to maintain in efficiency an organization by means of which, particularly as regards its schools, civilization has been extended, and opinions have been made for a better understanding among Christian Churches. || I feel assured, therefore, that I shall not be regarded as unduly pressing the obligation which it seems to me the German Government is under of adhering to the engagement so solemnly undertaken by the King of Prussia to provide a fund in perpetuity in aid of the endowment of the Bishopric; and we must bear in mind, not only the negotiations which led to that engagement, but the result of those negotiations as exhibited in the Circulars of the Prussian Minister for Spiritual Affairs, dated the 14th November, 1841, at p. 62 of M. Hechler's pamphlet. || I desire, moreover, to invite particular attention to the terms of the Prussian Deed of Endowment which is to be found at p. 46; a document of the most formal character, in the nature of a Bond or Decree, under the hand and seal of the King, and countersigned by "David Thile," Minister of Staate and Member of the Cabinet of His Majesty, by which it appears that the King appropriated out of his privy purse a capital sum of 15,000*l.*, bearing an annual interest of 600*l.*, as a part endowment of the Bishopric; and the fund is so entirely appropriated, that the deed contains a provision for the payment of the 15,000*l.*, in a specified contingency, to the Archbishops of Canterbury and York, and the Bishop of London, to whom also the annual interest is directed to be paid as Trustees of the Episcopal See. || It should also be observed, that it was on the faith of this engagement on the part of the Crown of Prussia that the English moiety of the endowment was provided, viz., a fund of 20,000*l.* consols, which is now standing in the Trustees names, and the income of the two funds has been regularly paid to the Bishop from 1841 down to the death of Bishop Barclay.

I must apologize for the necessary length of this letter, and have, &c.

Edw. Cantuar.

Nr. 9490. PREUSSEN. — Deutscher Botschafter in London an den englischen Min. d. Ausw. — Preussen will den bestehenden Vertrag nur nach Neuordnung zweier Punkte aufrecht erhalten und erst dann zu Ernennung eines neuen Bischofs schreiten. [B. 7.]

(Translation.)

German Embassy, January 24, 1884.

My Lord, || Your Excellency was good enough to forward to me a letter of the Archbishop of Canterbury of the 22nd March, 1883, relative to the Bishopric of Jerusalem, which I have brought to the knowledge of my Government. || I have the satisfaction of informing your Excellency, that the Imperial Government is willing, under certain conditions, to maintain in the future the existing mutual relations. The Imperial Government wishes, however, previous to laying before His Majesty proposals relative to the nomination of a new Bishop of Jerusalem, to come to a special understanding, by 'means of negotiation' ("auf dem Wege der Verhandlung"), on two points which have given offence in many cases to the German clergy.

Nr. 9490.
Preussen.
24. Jan. 1884.

The first of these points concerns the right of veto reserved to the Archbishop of Canterbury relative to the nomination of a Bishop by the Prussian Crown, whereby His Majesty is placed in a position towards the English Archbishop which does not conform to their relative stations. || The second point concerns the question whether the Bishop nominated by the Prussian Government, if he belong to a German Evangelical Church, besides the Episcopal consecration, is to submit also to a reordination by the Anglican Church, and to subscribe to the Thirty-nine Articles thereof.

Your Excellency will from this find, that the wish of the Imperial Government to see these two points settled in a satisfactory manner is justified. || The Imperial Government hopes all the more to venture to reckon upon this, as the Archbishop, in his letter mentioned at the commencement, designates the German objections as not without grounds, and express the hope that means and ways may be found to remove the objections made by Germany. | I have, &c.

Münster.

Nr. 9491. ENGLAND. — Erzbischof v. Canterbury an den Min. d. Ausw. — Die von Graf Münster gestellten Bedingungen machen erhebliche Schwierigkeiten und erlauben ihm im Augenblick nicht, endgültig Stellung dazu zu nehmen. [B. 9.]

Addington Park, Croydon, February 9, 1884.

My Lord, || I have given my best consideration to the letter from Count Münster to your Lordship with reference to the Jerusalem Bishopric, inclosed in your Lordships communication of the 30th January. || The letter in question,

Nr. 9491.
England.
9. Febr. 1884.

Nr. 9491.
England.
9. Febr. 1884.

which your Lordship is good enough to submit for my "observations," while expressing the willingness of the Imperial Government to maintain, under certain conditions, the existing mutual relation, conveys, if I understand it rightly, certain objections felt by some members of the German community to certain of the conditions which were originally agreed upon as the basis upon which the mutual arrangement was arrived at. || Your Lordship will, I think, understand how impossible it would be for me to state with any explicitness or authority the view of those who are directly concerned in this important matter, unless I were furnished in a more definite shape with the distinct modifications which the Imperial Government would wish to make in the conditions originally laid down as a basis of joint action. || So far as I am able at present to judge, I fear there would be very great difficulty caused in the minds of many by such modifications as are sketched in Count Münster's letter, on account of their apparent divergence from principles of discipline in the Church of England; but I should be wanting in respect were I to express a decided opinion upon these modifications, unless I had them before me in a definite shape. || It has always been upon the understanding that the original conditions on both side would be observed, that support has in England been accorded to the scheme. || I have, &c.

Edw. Cantuar.

Nr. 9492. **PREUSSEN.** — Deutscher Geschäftsträger in London an den englischen Min. d. Ausw. — Memoranda 1) über den rechtlichen Charakter des preussisch-englischen Vertrages über die Errichtung des Bisthums Jerusalem und die von der englischen Kirche anerkannten Grundlagen desselben; 2) über die im Falle der Ablehnung der Auflösung von Preussen aufgestellten zwei Punkte. [B. 11.]

I.

(Translation.)

Nr. 9492.
Preussen.
19. Sept. 1884.

The agreement concluded in the year 1841 touching the erection of the Bishopric at Jerusalem is, of course, not couched in the terms of an International Treaty between the Prussian and English Governments. || The Agreement, however, is not on this account a private Treaty. The Envoy of His Majesty the King of Prussia treated for the Agreement, and concluded it with the Heads and Representatives of the English Church. || The negotiations were carried on not only with the knowledge and approval of the English Government, but the Envoy Von Bunsen had also direct negotiations upon the matter with Lord Palmerston. || The further co-operation on the part of the English Government respecting the question took place in two directions: with regard

to the Turkish Government, with a view to secure the acquiescence of the local authorities in the erection of an Evangelical Bishopric in Jerusalem, and with regard to the English Church, with a view to give that Church legal power to consecrate a Bishop for Jerusalem, and confer upon him spiritual jurisdiction in his diocese. For this purpose the English Government at the time obtained from Parliament a special Public Act sanctioned by Her Majesty the Queen. || From this procedure it clearly appears, that the case of the Agreement of 1841 was not one of a private Treaty, but of an Agreement which was concluded, with the acquiescence of the English Government, between His Majesty King Frederick William IV, who then wore the Crown of Prussia, and was invested with the authority of the Prussian State on the one side and the English Church on the other, and which must be judged by the rules of international law. || Moreover, the Decree of Endowment issued by King Frederick William IV, with the counter-signature of the Minister Von Thile, wherein is recited that His Majesty will, for the endowment of an Evangelical Bishopric of Jerusalem, which will be founded by the Crown and Church of England, contribute half the necessary funds, and wherein this contribution is made a charge on the moneys at our disposal ("Dispositions-Kasse"), that is, a State fund, is not to be regarded as a deed binding His Majesty the King or the Prussian State privately, but as an Act issued by His Majesty the King of Prussia in the exercise of his sovereign rights. || For the abrogation, further defining, or modification of the Agreement of the year 1841, Prussia has therefore to treat diplomatically with the English Government, as the authority which represents the English Church before foreign Powers.

Nr. 9492.
Preussen.
19. Sept. 1884.

The thought which animated the late King in suggesting and erecting a Bishopric in Jerusalem, and which found definite expression in 1841, was that in the places where once the Saviour walked, and side by side with the Ecclesiastical Bodies who had from former ages been located there, the Evangelical Church also should acquire a home and citizenship, and that in the institution to be created for this purpose the sisterly relations of the Evangelical Churches of Germany and England should be manifested. || With the object of realizing this idea, negotiations were opened between the King's Envoy Von Bunsen and the Crown of England as Representative of the English Church. || The understanding which was soon brought about was put in writing in the Envoy Von Bunsen's Memorandum of the 25th July, 1841, entitled, "The Church at Jerusalem," which, early in August of the same year, was subjected to a further revision and discussion in the Conferences at Addington, and approved with slight modifications. This Memorandum, modified pursuant to the Addington Resolutions, which the Representatives of the English Church expressly acknowledged in a common letter to the King, formed, as Von Bunsen points out in the clearest manner in his Report of the 16th August, 1841, "the record of the Agreement with the English Church upon the spirit,

Nr. 9492.
Preussen.
19. Sept. 1884.

object, scope and form of the creation of the Bishopric." || Of course the Memorandum as a record of the Agreement concluded, was, as such, unsuitable for publication, so that further negotiations followed with the design of securing an instrument adapted for publication in the Evangelical Churches of both kingdoms, but which touched the material part of the Agreement only in certain unimportant points. || Thus, the Memorandum, with the modifications resulting from the Addington Resolutions, must, in so far as no alteration of its substance can be shown to have been effected by subsequent negotiations, be still looked upon as the record of the Agreement come to with the English Church for the foundation of the Bishopric.

 II.

(Translation.)

Memorandum respecting the Two Points upon which the Royal Prussian Government desires, in case the Assent to the Dissolution of the Compact 1841 concerning the Foundation of the Bishopric at Jerusalem should not be attainable, to come to an understanding with the Royal Government.

The first point concerns the veto pertaining to the Archbishop of Canterbury upon the right of nomination by the Prussian Crown, which, by the indefiniteness with which it is expressed, places His Majesty the Emperor and King in an improper position. || The English Church cannot justifiably take up the position that the right of veto in this indefinite form rests upon the Agreement concluded. The construction of the Articles of the English prelates of the 7th December, 1841, does not appear in this respect to be in harmony with that which was before stipulated between them and the Envoy Von Bunsen. || According to Von Bunsen's Memorandum of the 25th July, 1841, the rights and functions of the English Primate respecting the nomination of the Bishop were to be identical in respect of the Crowns of England and Prussia. The veto in respect of the Crown of England was, however, described as the veto of the Church. || The Addington Articles sketched by Von Bunsen, and submitted after their approval by the English prelates to Lord Palmerston, contain with respect to that right of veto only the proviso: "as the Archbishop may have no canonical objection to consecrate." || Finally, Von Bunsen, in his Report of the 23rd July, 1841, likewise describes the veto as a veto of the Church, adding "that is the English form, though only form." || Since the Archbishop of Canterbury has expressed himself orally to Count Münster to the effect that the objections of the Royal Prussian Government respecting the veto might be removed by his declaring distinctly that he would exercise the right only in the case of proved canonical defects, this point might be regarded as adjusted, by the express and formal delivery of such

a declaration, in which the canonical defects justifying the exercise of the right of veto should be more closely defined.

Nr. 9492.
Preussen.
19. Sept. 1884.

The second point relates to the declaration which it is desired to obtain from the English Church, that in the case of an ordained ecclesiastic of one of the German Evangelical National Churches being nominated Bishop by the Prussian Crown, such ecclesiastic should not be bound in order to obtain the consecration which it pertains to the Archbishop of Canterbury to give, to submit to reordination by the Anglican Church and to the concomitant subscription of the Thirty-nine Articles. || This declaration must be demanded, because otherwise the right of the Prussian Crown to nominate alternately with the English Crown would be almost valueless. Moreover, it is required by the German Church, seeing that it would be incompatible with her position, that the fact of being an English clergyman should alone constitute the qualification for the See of Jerusalem, and that a German ecclesiastic should be unable to acquire such qualification otherwise than by entering the English, and, consequently, quitting the German, Church. || This would signify a difference in the estimation set upon the two Churches which the German Church cannot accept, and which would stand in flagrant contradiction to the sisterly position of both Churches striven for by the late King. The right of nomination of the Prussian Crown would, besides, be robbed of an essential part of its substance were that Crown obliged to nominate ecclesiastics of the English Church, while those of the German Church would be excluded as such from being nominated. || Nor does the demand for this declaration appear to be an alternation of the stipulations of 1841. Rather do they afford it a substantial basis, as appears from the following:—

Von Bunsen's Memorandum of the 25th July, 1841, does not, indeed, in its essential provisions, lay down anything further respecting the nomination of the Bishop than that the Archbishop of Canterbury has the Church's veto over the Bishops nominated by the Prussian, equally with those nominated by the English, Crown, "and performs the episcopal consecration." This provision, however, finds an unambiguous explanation in the context of the preceding Article I, since it is there stated that it must "appear in the highest degree desirable" that the Bishop of Jerusalem should, in addition to the ordinary essentials of a Bishop, possess the following qualifications:—

1. Jewish descent.
2. Learning.
3. Membership of the Ministry of the English Church.

The last qualification is accordingly specified only as desirable, not as generally necessary, and not as more desirable than the desideratum placed first, viz., Jewish extraction, to which, after the first nomination in 1841, no importance was attached, in the two subsequent cases, either by the Prussian or by the English Crown. Accordingly, the necessity of the entrance of the Bishop into the Ministry of the English Church is not here put forward. To

Nr. 9492.
Prenssen.
19. Sept. 1884.

the same view also corresponds the position of the Bishopric with regard to the English Church, as indicated in Von Bunsen's Memorandum as regards the duration of its connection with Prussia; the Bishopric of Jerusalem was to be exclusively English from such time only as a Bishopric should be founded at Bethlehem—as formerly contemplated by the late King; up to such time it was to continue to be jointly English and German. || Agreeably with this the so-called Addington Articles make the performance of the consecration dependent merely upon the absence of canonical impediments. But that the want of Anglican priest's orders is not in itself to be considered as a canonical objection in the way of consecration may be inferred from the Act of Parliament of the 5th October, 1841, obtained expressly in connection with the foundation of the Jerusalem Bishopric, and according to which the Archbishop's right, already existing in virtue of a previous Act, to consecrate ("weihen"*) the subjects of any nation, is so far extended that it can be exercised, regardless whether such subjects are subjects of the land in which they are to discharge their office or not. That no preliminary English ordination or rather reordination is to be exacted of such foreign Bishops is apparent from the nature of the matter. || Finally, the Envoy Von Bunsen replied, *inter alia*, as follows, to an instruction imparted to him with reference to the consecration to be obtained from the English Church for our first Bishops and clergy in Palestine, in his Report of the 22nd August, 1841: "If, in the Instructions (for Von Bunsen's negotiations with the English Church) it is said, 'The Bishop nominated for Bethlehem will come for consecration to the English Church,' this presupposes that there cannot be, and is not to be, any question of reordination. Here also, then, we have come to a complete understanding. The form of consecration of the English Church does not inquire whether the man is a priest or not." || Even were the substance of the Agreement upon the point in question not placed beyond doubt by the circumstance that the Bishops nominated by Prussia for Jerusalem, in case they have not English priest's orders, are to be consecrated without them, all uncertainty would be removed by the further contents of the Report, wherein Von Bunsen says:—

"The Bishops consider it just that so long as your Majesty has no Bishopric of your own in the Holy Land, that now founded should hereafter have alternately a Prussian or an English Bishop; or, more accurately, one proposed to the Primate alternately by your Majesty and by the Crown of England. For your Majesty might propose an Englishman, instead of one of your subjects. In any case, the Primate would consecrate him according to the English form of consecration, just in the same way as the possible Bishop of Bethlehem. In a word, your Majesty will get in Jerusalem that which you wished for in Bethlehem, until the foundation of a Bishopric at the last-named place is possible."

*) The word employed in the original is "weihen," which signifies either ordination or consecration.

It will be seen, that for the Bishops of the exclusively Prussian See which it was intended to found subsequently at Bethlehem, the reception of English priest's orders or subscription to the Thirty-nine Articles could not have been contemplated as a necessary preliminary to consecration. || Previously to his Report of the 22nd August, 1841, a shorter Report of Von Bunsen's, of the 20th of the same month, speaks in the same sense with the foregoing observations, although with greater brevity:—

“The expression ‘consecration’ presupposes, that no ordination precedes even when the man has not been ordained by a Bishop.”

Nr. 9493. ENGLAND. — Erzbischof von Canterbury an den Min. d. Ausw. — Die Erzbischöfe von Canterbury und York und der Lordbischof von London erklären sich mit der Aufhebung des Vertrages von 1841 einverstanden. [B. 13.]

Lambeth Palace, February 19, 1886.

My Lord, || I have the honour to state, that the letter of the 6th December, 1884, on the subject of the Jerusalem Bishopric Fund, addressed to me by Earl Granville as the Secretary of State for Foreign Affairs, has, with the Memoranda which accompanied that letter, received the most careful consideration of the Trustees of the Jerusalem Bishopric Fund, and that on the 28th July, 1885, the Trustees passed the following Resolution:—

“That it is desirable, that the original Arrangement made between the English and Prussian Governments, for the appointment of the Anglican Bishop at Jerusalem and his maintenance, be forthwith rescinded.”

I have the honour, further, to state that, having conferred with his Grace the Archbishop of York and the Lord Bishop of London upon the terms of this Resolution and upon the matter generally, we are prepared to consent to the determination of the Arrangement arrived at in 1841, and I beg to request that your Lordship will kindly communicate this to the German Government. || As this course is evidently in accord with the wishes of the German Government, I assume that some short Memorandum should be drawn up and signed on their behalf, and by myself, stating that by mutual consent the Arrangement of 1841 has been determined. || I have, &c.

Edw. Cantuar.

Nr. 9494. ENGLAND. — Min. d. Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Ersucht unter Mittheilung des Beschlusses der englischen Bischöfe um Angabe des besten Modus zur Aufhebung des Vertrages von 1841. [B. 15.]

Foreign Office, March 20, 1886.

Nr. 9494.
England.
20. März 1886.

M. l'Ambassadeur, || With reference to previous correspondence respecting the Bishopric of Jerusalem, I have the honour to acquaint your Excellency, for the information of your Government, that his Grace the Archbishop of Canterbury has intimated to me that the Trustees under the English Deed of Endowment are prepared to consent to the termination by mutual consent of the Arrangement of 1841, as your Excellency will perceive from the inclosed copy of his Grace's letter*).

I should be glad to be favoured with the views of your Excellency as to the best mode of recording and carrying out the cancelling of the Arrangement of 1841, for the information of the Archbishop and the Trustees of the English Deed of 1841. || I am &c. Rosebery.

Nr. 9495. ENGLAND. — Min. d. Ausw. an den Botschafter in Berlin. — Graf Hatzfeldt schlägt den Austausch identischer Noten Preussens und Englands über die Aufhebung des Vertrages von 1841 vor; Rosebery stimmt zu. [B. 17.]

Foreign Office, April 2, 1886.

Nr. 9495.
England.
2. April 1886.

Sir, || In the course of conversation to-day, Count Hatzfeldt touched on the subject of the Bishopric of Jerusalem, and stated, with reference to my communication to him of the 20th March, intimating that the Trustees under the English Deed of Endowment were prepared to consent to the termination of the Arrangement of 1841, that, as both the parties to it were now agreed, it only remained to discuss the form in which the withdrawal should be made. He suggested, that he should write a formal note to me, withdrawing, on behalf of Germany, from that Arrangement, and that I, in reply, should address an identical note to him. || He asked if I saw any objection to this method of proceeding, and I replied that I saw none. || I am, &c. Rosebery.

Nr. 9496. PREUSSEN. — Deutscher Botschafter in London an den englischen Min. d. Ausw. — Preussen erklärt den Vertrag von 1841 als erledigt. [B. 19.]

(Translation.)

German Embassy, London, December 4, 1886.

Nr. 9496.
Preussen.
4. Dec. 1886.

My Lord, || In a note dated the 20th March last, I was informed by Lord Rosebery that the Trustees of the Bishopric of Jerusalem had declared their

*) Nr. 9493.

readiness to consent to the termination of the Agreement of 1841. || I am now instructed to inform your Lordship, that the Royal Prussian Government, in agreement with the Trustees of the Bishopric, declares the said Agreement terminated, and liberates the Trustees from all obligations incurred thereby. || While awaiting the communication of a similar declaration on the part of the Trustees, I have the honour to add that His Imperial Majesty puts great value on the continuance, after the Treaty relations with the English Church have ceased, of the harmonious co-operation of the two Evangelical sister Churches for all purposes hitherto provided for by their outward ties. || Finally, I have the honour to state, that the Royal Government takes it for granted that the use of the churchyard for its proper purpose by both Communities on an equal footing, as well as the equal right of the clergymen of each to perform the proper services, shall continue until a possible agreement shall have been arrived at by the two Communities. || I have, &c.

Nr. 9496.
Preussen.
4. Dec. 1886.

Hatzfeldt.

Nr. 9497. ENGLAND. — Min. d. Ausw. an den deutschen Vertreter in London. — Der Erzbischof v. Canterbury stimmt der Auflösung des Vertrages mit Preussen ausdrücklich zu. [B. 24.]

Foreign Office, January 8, 1887.

M. le Chargé d'Affairs, || I duly communicated to the Archbishop of Canterbury Count Hatzfeldt's letter of the 4th ultimo, formally declaring the Agreement on the part of the Royal Prussian Government as to the appointment of an Anglican Bishop at Jerusalem terminated, and requesting a similar declaration on the part of the English Trustees. || I have the honour to acquaint you, that his Grace, on behalf of the Trustees, now requests me to declare the said Agreement with the Royal Prussian Government terminated, and to liberate that Government from all obligations incurred thereby. || The Archbishop most readily concurs in the desire expressed in Count Hatzfeldt's letter as to the future harmonious cooperation of the Churches and the continued common use of the churchyard as hitherto; and with reference to the verbal statement made by you on Count Hatzfeldt's behalf, his Grace concurs in the view that no payment beyond the 31st March, 1885, is expected from the Prussian Government. || I have, &c.

Nr. 9497.
England.
8. Jan. 1887.

Iddesleigh.

Port Hamilton*).

Nr. 9498. ENGLAND. — Gesandter in Tokio an den Min. d. Ausw. — Beunruhigung der japanischen Regierung durch die Nachricht von der englischen Besitzergreifung von Port Hamilton. [B. 2.]

(Telegraphic.)

Tōkiō, April 9, 1885, 1:20 P.M.

Nr. 9498. England. 9. April 1885. Minister for Foreign Affairs much disturbed by reported occupation of Port Hamilton by England. || I replied, that I had heard nothing of any such intention on the part of Her Majesty's Government

Nr. 9499. ENGLAND. — Sekretär der Admiralität an den Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation, Vice-admiral Sir W. Dowell. Befehl, Port Hamilton zu besetzen. [B. 3.]

(Telegraphic.)

Admiralty, April 14, 1885.

Nr. 9499. England. 14. Apr. 1885. Occupy Port Hamilton, and report proceedings.

Nr. 9500. ENGLAND. — Min. d. Ausw. an den ausserordentlichen chinesischen Gesandten in London. — Meldet die zeitweilige Besetzung von Port Hamilton und erklärt Englands Bereitwilligkeit zu einem die Interessen Chinas wahrnehmenden Abkommen hierüber. [B. 5.]

Foreign Office, April 16, 1885.

Nr. 9500. England. 16. Apr. 1885. M. le Ministre, || On the 8th instant you sent to ask whether it was true that Her Majesty's Government had occupied Port Hamilton. At the time that this inquiry was made Her Majesty's Government were not in a position

*) Die Aktenstücke sind dem englischen Weissbuche, China 1887 I, entnommen, welches in den Ueberschriften mit B bezeichnet ist.

to confirm the report on which your inquiry was founded. Since then, however, they have found it necessary, in view of eventualities, to authorize their Admiral, in case of necessity, to occupy temporarily Port Hamilton. Under ordinary circumstances Her Majesty's Government would have desired to have come to a previous understanding with the Chinese Government on the subject. But in view of the probable occupation of these islands by another Power, Her Majesty's Government have deemed it indispensable to take this step. || Her Majesty's Government do not wish to do anything that would be injurious to the prestige of China, and would therefore be prepared to come to such an agreement as would not be harmful to Chinese interests in those parts. || I have, &c.

Nr. 9500.
England.
16. Apr. 1885.

Granville.

Nr. 9501. **ENGLAND.** — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Tokio. — Auftrag, nach der Meldung von der erfolgten Besetzung von Port Hamilton der japanesischen Regierung vertraulich die Nothwendigkeit zeitweiliger Besetzung im Hinblick auf gewisse Möglichkeiten zu erklären*). [B. 6.]

(Substance telegraphed.)

Foreign Office, April 17, 1885.

Sir, || I have to inform you, that Her Majesty's Government have decided upon the temporary occupation of Port Hamilton. As soon as you hear from the Admiral commanding the British squadron that the place has been occupied, you will address a Confidential note to the Japanese Government stating that Her Majesty's Government have instructed you to say that, in view of eventualities, they have found it necessary to authorize a temporary occupation of the port. || I am, &c.

Nr. 9501.
England.
17. Apr. 1885.

Granville.

Nr. 9502. **ENGLAND.** — Gesandter in Tokio an den Min. d. Ausw. — Japan wünscht Aufklärung, ob ein Abkommen zwischen England und Korea betreffs Port Hamiltons geschlossen sei. [B. 8.]

(Telegraphic.)

Tôkiô, April 23, 1885.

With reference to your telegram of the 17th, communication made on the 20th. || While acknowledging the courtesy of Her Majesty's Government,

Nr. 9502.
England.
23. Apr. 1885.

*) Denselben Auftrag erhielt am 23. April der englische Gesandte in Peking für die koreanische Regierung.

Nr. 9502.
England.
23. Apr. 1885. Foreign Minister replies that Japan cannot view without concern occupation of place so adjacent even by a Power with whom her relations are so cordial; he wishes to learn, when proper, what arrangement has been made with Corea. || His Excellency reserves further remarks.

Nr. 9503. CHINA. — Ausserordentlicher Gesandter in London an den englischen Min. d. Ausw. — Theilt mit, dass er ermächtigt ist, die Vorschläge Englands zu einer Verständigung mit China über die zeitweilige Besetzung Port Hamiltons entgegenzunehmen. [B. 10.]

Chinese Legation, April 27, 1885.

Nr. 9503.
China.
27. Apr. 1885. My Lord, || I beg to acknowledge receipt of the letter which your Lordship did me the honour to address to me on the 16th instant, replying to the inquiry which, in conformity with instructions received from the Imperial Government, I made on the 8th of the same month, relative to the reported occupation by Her Britannic Majesty's Government of the islands forming Port Hamilton. || As these islands belong to the Kingdom of Corea, a country which is not only conterminous with China, but which is a vassal of the Chinese Empire, the reported occupation of them by a foreign Power naturally could not be viewed without concern at Peking. || This feeling, however, I am happy to be able to inform your Lordship, has in some measure been allayed by the assurance contained in the communication under reply, that the occupation would only be of a temporary nature, and that Her Majesty's Government, being desirous of not doing anything which would be injurious to the prestige of China, would be prepared to come to such an agreement with the Chinese Government as would not be hurtful to Chinese rights and interests in those parts. || The Imperial Government, after having taken due note of this assurance, and of the statement that, but for the exigency of circumstances, Her Majesty's Government would, before authorizing the occupation of the islands, have sought to come to an understanding with the Chinese Government on the subject, have instructed me to request your Lordship to inform me of the kind of agreement which Her Majesty's Government would propose in order to secure these objects. || I have, &c.

Tsêng.

Nr. 9504. ENGLAND. — Vorschlag eines Abkommens mit China über die Besetzung Port Hamiltons. [B. 12.]

(Am 28. April von Earl Granville an Marquis Tseng übersandt.)

Nr. 9504.
England.
28. Apr. 1885. Earl Granville, K. G., Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, and the Marquis Tsêng, Envoy Extraordinary and Minister

Plenipotentiary from His Imperial Majesty the Emperor of China, having met this day at the Foreign Office, an exchange of views took place with regard to the possible occupation of Port Hamilton by Great Britain. || The Marquis Tsêng stated, in answer to Lord Granville's inquiry, that he was authorized by his Government to declare that, in the event of the British Government desiring, at any time, to occupy the islands lying off the south coast of Corea, known by the name of "Port Hamilton", His Imperial Majesty the Emperor of China would offer no objection to such occupation; and Earl Granville having taken due notice of this declaration, it was mutually agreed that from the day on which Her Britannic Majesty should deem it advisable to occupy those islands they should be acknowledged by His Imperial Majesty the Emperor of China as lawfully occupied and administered by England. || It is understood between the two High Contracting Parties that Her Britannic Majesty's Government shall, at the expiration of twelve months from the date of occupation, pay to the Corean Government the whole of the revenue that may have been received by them from the islands, and a similar sum at the expiration of every twelve months during the continuance of the occupation of the islands by Great Britain, deducting therefrom and paying to China any portion of that revenue which has hitherto been paid to China by Corea as tribute in regard to these islands. || It is also understood, that the British occupation is not to prejudice either the rights or the privileges of the subjects of Corea inhabiting the islands.

Nr. 9504.
England.
28. Apr. 1865.

Nr. 9505. CHINA. — Der Yamen an den ausserordentlichen Gesandten in London. — Lehnt im Hinblick auf mögliche Verwickelungen mit Russland und Japan den englischen Vorschlag ab. [B. 13.]

(Am 6. Mai von Marquis Tseng dem Earl Granville übersandt.)

The Chinese Government would have been much gratified had circumstances permitted their meeting the views of Her Majesty's Government in the matter of the proposed occupation, but in view of the Russian Minister at Peking having given the Yamèn to understand that, should the Chinese Government consent to a British occupation of the islands forming Port Hamilton, the Russian Government would feel it necessary to occupy some other island or portion of the Kingdom of Corea; also in view of the possibility of Japan following in the same course, the Chinese Government regret that, in order to avoid these inconveniences, and the possible complications which might result from them, they cannot authorize their Minister to sign the Arrangement proposed by Her Majesty's Government, and instruct him to express the hope that Her Majesty's Government will not find it necessary to occupy the islands.

Nr. 9505.
China.
Auf. Mai
1865.

Nr. 9506. ENGLAND. — Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation an das Sekretariat der Admiralität. — Ein russisches und ein japanisches Kriegsschiff haben Port Hamilton besucht; die britische Flagge ist in Port Hamilton gehisst worden. [B. 14.]

(Telegraphic.)

Nagasaki, May 12, 1885, 3:45 P.M.

Nr. 9506.
England.
12. Mai 1885.

Russian volunteer ship "Vladivostock" visited Port Hamilton 10th May, remaining twenty-four hours. Union Jack hoisted on the island. Formation of the harbour mines and other defences are being proceeded with. It will be necessary to give notice that the entrances are blocked, and that ships are not allowed to enter during the night. || A Japanese man-of-war also visited the port. I have notified the Minister at Tôkiô of occupation.

Nr. 9507. ENGLAND. — Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation an das Sekretariat der Admiralität. — Korea hat gegen die englische Flaggenhissung protestirt; Bedenken wegen des militärischen Werthes von Port Hamilton; vorläufige Vertheidigungsmaassregeln. [B.15.]

(Telegram.)

Nagasaki, May 18, 1885.

Nr. 9507.
England.
18. Mai 1885.

Two Korean officials, who have been sent by the King of Corea, arrived here in Chinese man-of-war this morning, to find out circumstances under which we have occupied, and to protest against our hoisting the British flag at Port Hamilton*). I replied, that I would refer the matter home, but I believed that the occupation was only temporary. They are very anxious to return to Corea, and hope for reply. I consider it right to say, that Port Hamilton, in my opinion, is by no means a desirable place to hold. To defend it would be difficult, fortifications would be necessary, the expense would be heavy, and it would be a constant source of weakness. Booms and mines have been placed to defend the harbour as a temporary measure. It would be more convenient, in case of naval operations, for the necessary colliers and store-ships to accompany the squadron. Should the retention of Port Hamilton be decided upon, I would propose that two guns from the "Flying Fish" should be landed there for the protection of the minefield, that vessel returning to Hong Kong to continue her surveying work.

*) Am 22. Mai instruiert Earl Granville den Gesandten in Peking hierüber: It is not proposed to send any reply to this protest through the Admiral; but should you consider it desirable you are authorized to make known to the Corean Government, either directly or through the Chinese Government, as you may think best, that Her Majesty's Government would be prepared to come to an agreement with them in regard to a temporary occupation of Port Hamilton.

Nr. 9508. KOREA. — Die Minister Om Si-Yong und v. Möllendorf an den englischen Geschwaderchef der chinesischen Flottenstation. — Ersuchen um Aufklärung über die Gründe der Besetzung und um Sichtbarmachung, dass Port Hamilton ein Bestandtheil des Reiches Korea ist. [B. 33.]

(Translation.)

Nagasaki, May 19, 1885 (4th moon, 6th day).

Sir, || We have the honour to inform you that, it having been brought to the knowledge of His Majesty the King of Corea that that portion of His Majesty's dominions commonly known as Port Hamilton was occupied by the naval forces under your Excellency's command, His Majesty availed himself of the opportunity afforded by the visit to Masanpu of two of His Imperial Chinese Majesty's men-of-war to request his Excellency Admiral Ting to convey the undersigned officials to Port Hamilton, to inquire into the correctness of the statement. || On arriving at Port Hamilton we found six of Her Britannic Majesty's ships, together with two merchantmen, at anchor in the harbour, and the British flag flying on the highest peak of that island. || We accordingly sought an immediate explanation from the Captain of Her Britannic Majesty's ship "Flying Fish", and were informed by him that the occupation had been made by the orders of your Excellency, whom, he further informed us, we should find in Nagasaki. || To this port his Excellency Admiral Ting kindly consented to bring us. || We arrived on the morning of the 18th May, and the same day had a conversation with your Excellency on the question at issue. || Referring to that conversation, we have now the honour to request, on behalf of His Majesty our august Sovereign, that you will inform us by whose authority and on what grounds this military occupation of a portion of the territory of a friendly Power has been undertaken by the naval forces of Her Britannic Majesty under your command. || We have further to request, that you will take such immediate steps as will make it apparent to all the Treaty Powers concerned that Port Hamilton forms an integral portion of His Corean Majesty's dominions. || We have, &c.

Om Si-Yong, Member of Inner Council.

P. G. von Möllendorff, Member of
Foreign Office.

Nr. 9509. KOREA. — Präsident d. Ausw. Amts an den englischen Generalconsul in Soul. — Erklärt in halbofficieller Note die Besetzung von Port Hamilton als völkerrechtswidrig und ersucht um deren Zurückziehung. [B. 40.]

(Translation.)

May 20, 1885.

A rumour has lately reached me from the "inner seas", that Her Britannic Majesty's Government has designs upon the Island of Chū Wên, other-

Nr. 9508.
Korea.
19. Mai 1885.

Nr. 9509.
Korea.
20. Mai 1885.

Nr. 9509. wise called Port Hamilton. || This island is a possession of my Government
 Korea. which no other country has the right to trespass upon, such an act being
 20. Mai 1885. justified by no principle of international law. The intelligence caused me
 alarm and suspicion, which it is inexpedient that I should give clear expres-
 sion to, and some days ago officers were sent to the island in question to
 ascertain whether the rumour was true or not. Although they have not yet
 returned, I have received an official communication from you, which is a note
 sent from the Legation in Peking, upon careful perusal of which I learn from
 its purport that I must now give credence to the correctness of the earlier
 report. It is inconceivable, that a Government like that of Great Britain,
 which attaches importance to the obligations of comity, and has a clear per-
 ception of the requirements of international law, should act in a manner so
 unexpected, and I am inexpressibly astonished at the disappointment of the
 hopes which I had formed. || If Her Majesty's Government does attach impor-
 tance to the obligations of comity, she will reverse her aims and at once
 withdraw from this island, to the great good fortune of my country, while
 she will also secure the respectful admiration of all. Should she fail to do
 so, the moral obligations of my Government will not allow them to remain
 silent spectators of this proceeding, which they will, moreover, make known
 to all countries with whom they have Treaty relations, and submit the pro-
 ceeding to the test of public opinion. || This matter admits of no delay, and
 I therefore send you this preliminary letter, giving an explicit expression of
 my views, to which I earnestly beg the favour of an immediate reply.

Nr. 9510. ENGLAND. — Geschwaderchef der chinesischen Flotten-
 station an das Sekretariat der Admiralität. — Gut-
 achten über den militärischen Werth Port Hamiltons.
 [B. 19.]

(Telegraphic.)

May 20, 1885.

Nr. 9510. As long as we have command of the sea, Hong Kong sufficient base*).
 England. Port Hamilton can be shelled from without unless fortified, consequently must
 20. Mai 1885. have squadron for its protection. It could be used as an anchorage, whenever
 necessary, without occupation. Any Power holding it permanently must make
 a second Malta of it. I have taken Captains' opinion; they quite agree
 with me.

*) Tags zuvor hatte die Admiralität bei Sir Dowell angefragt, ob Hongkong für
 den Kriegsfall als Operationsbasis genüge. [B. 18.]

Nr. 9511. ENGLAND. — Vertreter in Peking an den Min. d. Ausw. — Vorstellung der koreanischen Regierung an England; Vorschlag, Englands, mit derselben über eine zeitweilige Besetzung von Port Hamilton sich zu verständigen. [B. 24.]

(Thegraphic.)

Peking, May 25, 1885, 4:15 P.M.

Following is substance of message received from Corean Foreign Office for communication to Her Majesty's Government: —

Nr. 9511.
England.
25. Mai 1885.

“Port Hamilton being Corean, cannot be taken possession of by any other Power. Hopes England, out of regard for friendly relations, will abandon intention, and that fleet will be withdrawn at once, otherwise, Corea cannot remain silent, but will appeal to Treaty Powers.”

I instructed Carles to inform Corean Government Mr. Aston returns end of month, and will be instructed to reply to note. I told Mr. Aston to intimate to Corean Government that Her Majesty's Government may perhaps be willing to come to an agreement with respect to temporary occupation.

Nr. 9512. ENGLAND. — Vertreter in Peking an den Generalconsul in Hanyang. — Beauftragt ihn, den Protest Koreas erneut mit beruhigenden Versicherungen zu beantworten. [B. 37.]

(Extract.)

Peking, June 4, 1885.

I requested you in a telegraphic despatch of this day's date to repeat to the Corean Government, in reply to their protest respecting the occupation of Port Hamilton, the assurances already conveyed to them by Her Majesty's Government to the effect that it had been found necessary, in view of eventualities, to authorize the British Admiral temporarily to occupy that island, and to establish a coaling-station there. || I added, that further instructions may be sent you, but that I trusted these renewed assurances on the part of Her Majesty's Government would satisfy the Corean Government.

Nr. 9512.
England.
4. Juni 1885.

Nr. 9513. ENGLAND. — Generalconsul in Hanyang an den Vertreter in Peking. — Korea dringt weiter auf Aufgabe der englischen Besetzung von Port Hamilton und lehnt eine Vereinbarung ab. [B. 41.]

(Extract.)

Hanyang, June 19, 1885.

In accordance with the instructions contained in your telegram of the 5th instant, which reached me the day before yesterday, I had an interview

Nr. 9513.
England.
19. Juni 1885.

Nr. 9513.
England.
19. Juni 1885.

to-day with all the members of the Corean Foreign Office, with the exception of M. von Möllendorff, who was absent. || I repeated to the President the assurances of the temporary character of the occupation of Port Hamilton, and enlarged on the fact that it was only for coaling purposes that it was required. || The President replied, that he was aware that in Japan our Government was allowed facilities for storing coal, but that this was only at the open ports and not elsewhere. He added, that in the present state of the relations between Great Britain and Russia it would be impossible for Corea to consent to an occupation, even of this kind, on any terms. || I asked his Excellency could he not think of any arrangement for this purpose which would be advantageous to Corea? His Excellency said, that he did not understand what I meant by an advantageous arrangement; would I explain myself a little more clearly? || His Excellency then repeated, that their acquiescence in our occupation of Port Hamilton would be condemned by public opinion, and by doing so they would incur the censure of all foreign Powers. He saw no means by which a compromise could be arrived at, and hoped we would soon relieve Corea from a very difficult position by the withdrawal of our ships from Port Hamilton. || His Excellency asked me for a letter recording your instructions to me on this subject; but in the inclosed note I declined to do so until the arrival of your despatches to me. He also inquired whether there was any letter to himself from you.

Nr. 9514. **ENGLAND.** — Vertreter in Peking an den Min. d. Ausw. — Korea lehnt ab, einen Vorschlag über Port Hamilton zu machen. [B. 31.]

(Telegraphic.)

Peking, June 27, 1885, 7:30 P.M.

Nr. 9514.
England.
27. Juni 1885.

Telegram from Mr. Aston, received 22nd, says: —
"President of the Foreign Office does not see way to making arrangement regarding Port Hamilton."

Nr. 9515. **ENGLAND.** — Vertreter in Peking an den Präsidenten des ausw. Amts von Korea. — Betont, dass die Besetzung von Port Hamilton nur vorübergehend sei, England die Einwendungen Koreas in ernste Erwägung ziehen werde und auf dem Wunsche nach einer Verständigung mit Korea beharre. [B. 43.]

Peking, June 30, 1885.

Nr. 9515.
England.
30. Juni 1885.

Her Britannic Majesty's Chargé d'Affaires has the honour to acknowledge the receipt of the note in which his Excellency the President of the Corean Foreign Office informed him of the views of the Corean Government in re-

spect to the occupation of Port Hamilton, and requested him to communicate to Her Majesty's Government the observations therein contained. || Her Britannic Majesty's Chargé d'Affaires lost no time in acquainting Her Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs, by telegraph, with the tenour of his Excellency's communication, and it became his duty to instruct Mr. Aston, Her Majesty's Consul-General, on his return to Söul shortly afterwards, to call on his Excellency and explain to him that the occupation of Port Hamilton had been brought about by the force of circumstances, that it was in no way intended to prejudice the veritable interests of Corea, and that there was no desire whatsoever to menace her integrity. || Her Majesty's Government have not hesitated again to instruct Her Britannic Majesty's Chargé d'Affaires to repeat to the Government of Corea the assurances of the friendly disposition they entertain, and Mr. Aston has already been directed to convey these assurances to his Excellency. The full text of the communication of his Excellency now under acknowledgment was duly transmitted to Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs by the first out-going mail, and will certainly receive every consideration and an answer be returned thereto without loss of time. Meanwhile, Her Britannic Majesty's Chargé d'Affaires does himself the honour to inform his Excellency the President, that, while occupying Port Hamilton temporarily as a coaling station for the British fleet, Her Majesty's Government is willing to come to a satisfactory arrangement with the Corean Government in respect to this occupation, such as will, he trusts, remove any misapprehensions as to its actual nature and intent that may possibly exist in the mind of his Excellency. N. R. O'Conor.

Nr. 9515.
England.
30. Juni 1885.

Nr. 9516. ENGLAND. — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Peking. — Bevollmächtigt ihn, China zu versichern, dass die Integrität Koreas gewahrt werden würde, und ein Abkommen über Entschädigung Koreas für die zeitweilige Besetzung Port Hamiltons als Kohlenstation zu schliessen. [B. 32.]

Foreign Office, July 7, 1885.

Sir, || As Yamèn seem disposed to come to an arrangement in regard to the occupation of Port Hamilton by Her Majesty's Government, but are anxious to obtain pledges as to the integrity of Corea, I authorize you to give an undertaking that the integrity of Corea will be respected, and to conclude an arrangement for the lease of Port Hamilton while occupied as a coaling-station by this country, on the terms authorized by Lord Granville's despatch of the 29th May last*), the substance of which was communicated to you by telegraph on the same day. || I am, &c. Salisbury.

Nr. 9516.
England.
7. Juli 1885.

*) Darin hatte dieser als höchsten Satz eine Jahreszahlung von 5000 £ an Korea angegeben und den Gesandten beauftragt, mit Korea hierüber, wenn möglich durch Vermittlung der chinesischen Regierung, zu verhandeln. [B. 26.]

Nr. 9517. ENGLAND. — Gesandter in Peking an den Min. d. Ausw.
— Korea hat seinen Protest zurückgezogen. [B. 35.]

(Telegraphic.)

Peking, July 13, 1885, 4:35 P.M.

Nr. 9517.
England.
13. Juli 1885.

Corean protest has been withdrawn for the present on representation of
Her Majesty's Consul-General.

Nr. 9518. ENGLAND. — Vertreter in Peking an den Min. d. Ausw.
— Forderungen und Vorschläge Chinas. [B. 46.]

(Extract.)

Peking, October 14, 1885.

Nr. 9518.
England.
14. Oct. 1885.

I have the honour to inform your Lordship, that I called by appointment upon the Grand Secretary Li Hung-chang yesterday morning, accompanied by Mr. Hillier, Assistant Chinese Secretary. || After some conversation on other subjects, his Excellency asked what Her Majesty's Government intended doing about Port Hamilton. The Russian question had now been settled, and it was time that the British Government did something to put an end to the present unsatisfactory state of things, which placed the Chinese Government in a very unpleasant position *vis-à-vis* to other Powers, and, if continued, was even calculated to mar the friendship between England and China. The question was a very grave one, and ought not to be allowed to drag on in this unsatisfactory way. || Corea had declined, and he now thought rightly so, to part with any of her territory, and he could assure me, as a fact within his own positive knowledge, that, if the Corean Government accepted to rent the island, a demand would be presented from another quarter within ten days for the cession of other territory on the same terms. || His Excellency dwelt much on the necessity of coming to a practical and acceptable arrangement in the matter, and proposed that we should take down the British flag, remove the military shanties which had been erected, and extend the cable to Chemulpo, where it would be connected with the Corean land-line, thus rendering it useful to both Governments. || We could maintain a coaling depôt and keep a gun-boat always there, so as to be able at short notice to reoccupy the island, should such a course be rendered advisable hereafter. He hoped, however, that I would ask Her Majesty's Government to consider this question at once, and to come to an understanding with China in the way he had suggested. || I replied, that the moment was inopportune for putting a question of this sort before your Lordship, as elections were impending in England, and that, until they were over, Her Majesty's Government would probably be unwilling to consider any proposals in this matter. || His Excellency appeared satisfied with this explanation, but said that the Chinese Government would expect a decision by the end of the year, and that he hoped I would not forget to communicate what he had said to your Lordship, as the subject was within his official province.

Nr. 9519. ENGLAND. — Sekretär des Generalconsuls in Hanyang an den Vertreter in Peking. — Der König von Korea dringt auf eine Beantwortung der Vorstellungen seiner Regierung; diese erneuert den Hinweis auf die ihr aus der Besetzung erwachsenen Schwierigkeiten*). [B. 49.]

(Extract.)

Hanyang, October 23, 1885.

I have the honour to report, for your information, that the President of the Foreign Office paid a visit to Mr. Aston on the evening of the 20th instant, and stated that he had been sent by the King to inquire whether any communication had been received from Her Majesty's Government in reply to his letter of the 7th July last, remonstrating against our occupation of Port Hamilton. M. Waeber, on the previous day, had been pressing him somewhat closely on the matter, asserting that he had learnt that a project was on foot by which Corea was to sell Port Hamilton to Great Britain. || The President further requested Mr. Aston to repeat to the British Government the representation of the difficulty in which our occupation of the islands had placed Corea with regard to other Powers.

Nr. 9519.
England.
23. Oct. 1885.

Nr. 9520. ENGLAND. — Min. d. Ausw. an den Vertreter in Peking. — Anfrage, ob China verhindern will, dass irgend eine andere Macht im Falle des Rückzuges der Engländer Port Hamilton besetze. [B. 47.]

(Substance telegraphed.)

Foreign Office, December 12, 1885.

Sir, || In reply to your despatch of the 14th October last, reporting the views of Li Hung-chang on the question of Port Hamilton, I have to request you, in case the question is again raised by his Excellency, to ascertain from him whether, if Her Majesty's Government withdrew from the islands, the Chinese Government would undertake that it should not be occupied by any other foreign country. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9520.
England.
12. Dec. 1885.

Nr. 9521. ENGLAND. — Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. — Chinesische Erkundigungen über den Stand der Besetzung von Port Hamilton. [B. 53.]

(Extract.)

Peking, December 5, 1885.

At the interview which I had with the Prince and Ministers of the Tsung-li Yamên on the 4th instant, his Highness alluded to Port Hamilton, and inquired

Nr. 9521.
England.
5. Dec. 1885.

*) Mr. O'Connor beauftragte hierauf Mr. Baber: that he should reply to any fresh inquiries on this subject by saying, that political events in Europe have no doubt contributed to delay the consideration of this question, which is no doubt engaging all the same your Lordship's attention.

Nr. 9521. whether there were still any British ships there. I said, I thought so. One, perhaps, said his Highness. More than that, I imagined, but I had no direct news for a very long time. || His Highness also inquired whether it was true that the cable from North Saddle Island to Port Hamilton was broken, and that there was no intention of repairing it. || I replied that I had no information on the subject.

Nr. 9522. **ENGLAND.** — Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. — Antwort des Tsung-li Yamen auf die Frage, ob im Falle der englischen Räumung China selbst Port Hamilton besetzen oder für dessen Nichtbesetzung durch eine andere europäische Macht sich verbürgen wolle. [B. 52.]

(Extract.)

Peking, January 7, 1886.

Nr. 9522. In the course of a conversation with the Ministers of the Tsung-li Yamèn England. on the 6th instant, their Excellencies informed me that they had heard a report that the British fleet had evacuated Port Hamilton, and inquired if it were true. || I said I would reply to their question by asking another, and that was whether, in the event of the British Government evacuating Port Hamilton, the Chinese Government were prepared to occupy it themselves, or to give us a guarantee that it would not be occupied by any other European Power. || The Ministers replied, that the territory was Corean, and that it was not the practice of China to occupy her vassals' territory, and that they did not see how they could undertake that the islands would not be occupied by any other foreign Power, and that such an undertaking was not a matter of immediate concern.

Nr. 9523. **ENGLAND.** — Der Sekretär der Admiralität an das Auswärtige Amt. — Gutachten der Flottenbefehlshaber in den chinesischen Gewässern über den Unwerth Port Hamiltons als Stützpunkt für den Krieg. [B. 50.]

Admiralty, January 20, 1886.

Nr. 9523. Sir, || I am commanded by my Lords Commissioners of the Admiralty to transmit to you, for the perusal of the Marquis of Salisbury, a Report received from Vice-Admiral Hamilton, Commander-in-chief on the China Station, dated the 7th December, respecting Port Hamilton, together with the Report made by his predecessor Admiral Sir William Dowell. || Admiral Sir George Willes, who was Commander-in-chief on the same station previous to Sir William Dowell, thoroughly concurs in these Reports. — || 2. My Lords consider, that

the opinion of these officers should carry great weight from a naval point of view. They all agree, after a careful local investigation, in considering that it is not desirable to hold Port Hamilton, and that, until it is made a first-class fortress, it would be a source of weakness, in war time, to the cruising power of the squadron in the China command. — || 3. My Lords desire to add, that these views meet with their entire approval. — || 4. Port Hamilton is at the present moment occupied by a body of marines, and there are, in addition, considerable expenses connected with the temporary retention of the island. — || 5. The cable laid between Port Hamilton and Saddle Island (Shanghae) requires repair; but my Lords have declined to sanction the large outlay necessary to restore it to working order until they are in possession of the definite views of the Foreign Office. — || 6. Their Lordships would, therefore, impress upon the Secretary of State for Foreign Affairs the advisability of an early decision upon the subject. — || I am &c. **Evan Macgregor.**

Nr. 9524.
England.
20. Jan. 1886.

Nr. 9524. ENGLAND. — Der Sekretär der Admiralität an das Auswärtige Amt. — Gutachten der Admiralität über die Aufgebung von Port Hamilton. [B. 54.]

Admiralty, March 19, 1886.

Sir, || I have received and laid before my Lords Commissioners of the Admiralty your letter of the 11th instant, requesting to be favoured with their Lordships' views in regard to the occupation of Port Hamilton. — || 2. On this subject my Lords have already expressed their concurrence with the Reports of the present and late Commanders-in-chief on the China Station, which were forwarded to you in my letter of the 20th January last. — || 3. In reply to your present letter, my Lords desire me to acquaint you, for the information of the Earl of Rosebery, that, unless it be the intention of Her Majesty's Government to fortify and garrison the island, so as to place it in a proper condition of defence to resist the attack of iron-clads, their Lordships are decidedly of opinion, that it is not advisable to retain possession of Port Hamilton. — || 4. It is impossible, however, to overlook the fact, that if Her Majesty's Government is prepared to incur the expense of placing the island in an efficient state of defence its possession might prove valuable to the squadron in the China Seas. — || 5. On this point my Lords desire me to observe, that if it is proposed that naval votes are to be chargeable with the cost of the necessary defence works, their Lordships would not hesitate to decide against the retention of the island. — || 6. They desire me further to observe, that the cost of the retention of Port Hamilton is now being defrayed out of the Vote of Credit, but that after the 31st instant all expenses will have to be defrayed out of naval votes. — || 7. Certain ground has been taken up on lease at a yearly rental, payable in advance; and although all progress is

Nr. 9524.
England.
19. März 1886.

Nr. 9524.
England.
19. März 1886.

stopped, and no new works are being undertaken at present, a daily expenditure for absolutely necessary work is being incurred. — || 8. Moreover, the Commander-in-chief is obliged to keep two or three ships at the port, and it is therefore at present a source of weakness to the cruising power of the squadron on the China Station. — || 9. In view of these circumstances, and of the opinion expressed in the earlier part of this letter, my Lords request that you will point out to the Earl of Rosebery the desirability of obtaining an early decision on this important question. — || I am, &c.

Evan Macgregor.

Nr. 9525. **ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. — Drohungen Russlands gegen China. [B. 55.]

Foreign Office, April 1, 1886.

Nr. 9525.
England.
1. Apr. 1886.

Sir, || The following communication was made by Sir Halliday Macartney on the 11th ultimo, by direction of the Marquis Tsêng:—

He stated, that "the Russian Minister at Peking has on several occasions urged the Chinese Government to obtain the withdrawal of the British force from the islands forming Port Hamilton, and has stated that, in the event of the British occupation being continued, Russia would feel obliged to occupy some place in Corea."

Under these circumstances, Sir H. Macartney was instructed to ask what were the intentions of Her Majesty's Government whith regard to the prolongation of the occupation of Port Hamilton, which it was understood, at the time it was made, was to be only of a temporary nature. || I am, &c.

Rosebery.

Nr. 9526. **ENGLAND.** — Memorandum des auswärtigen Amtes an den chin. Gesandten in London. — Bereitwilligkeit Englands zur Räumung Port Hamiltons und Vorschlag eines internationalen Abkommens zur Garantie der Unverletzlichkeit des Gebiets von Korea. [B. 56.]

Nr. 9526.
England.
14. Apr. 1886.

The communication respecting Port Hamilton, made on the 11th March by Sir H. Macartney on behalf of the Marquis Tsêng, has been laid before Her Majesty's Government. || Her Majesty's Government have no desire to prolong the occupation of Port Hamilton in opposition to the wishes of the Chinese Government; but it appears, to them that it would be against the interests both of China and England if it were to be occupied by another European Power. || If the Chinese Government are prepared to guarantee, that no such occupation shall take place, one of the chief objects which Her

Majesty's Government had in view in taking possession of Port Hamilton would be accomplished. || Should the Chinese Government be unwilling to undertake such a responsibility, Her Majesty's Government would suggest that China should propose to Russia and to the other Powers interested to enter into an international arrangement guaranteeing the integrity of Corea. If this proposal is accepted, Her Majesty's Government would be ready to become parties to the arrangement, and to retire at once from Port Hamilton on the understanding that it should be recognized as forming part of the guaranteed territory of Corea.

Foreign Office, April 14, 1886.

Nr. 9527. ENGLAND. — Auswärtiges Amt an die Admiralität. — Da China den Vorschlag einer internationalen Garantie der Unverletzlichkeit Koreas unbeantwortet gelassen, muss England Vorkehrungen für eine Verlängerung der Besetzung Port Hamiltons treffen. [B. 60.]

Foreign Office, June 12, 1886.

Sir, || I am directed by the Earl of Rosebery to acknowledge the receipt of your letter of the 4th instant relative to Port Hamilton. || In reply, I am to request, that you will state to the Lords Commissioners of the Admiralty that no answer has yet been received from the Chinese Government to the proposal that an international guarantee should be obtained for Corea, including Port Hamilton, communicated to you in the letters from this Office of the 11th and 22nd ultimo. || Under these circumstances, his Lordship regrets, that it will be necessary to make provision for the occupation of Port Hamilton for a further period, and I am to request that you will move their Lordships to make arrangements accordingly. || I am, &c.

P. Currie.

Nr. 9528. ENGLAND. — Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. — Er hat auf Beantwortung des englischen Vorschlages durch China gedrungen. [B. 63.]

(Telegraphic.)

Peking, July 27, 1886.

With regard to your Lordship's wish*), that the Chinese Government should be asked to return an early answer to the proposal which was submitted to Sir Halliday Macartney in reference to the occupation of Port Hamilton, I have the honour to state that, on application being made yesterday afternoon to the Ministers of the Tsung-li Yamên, the two who were present for the transaction of business seemed at first to be in doubt as to whether

*) An Sir Walsham telegraphisch übermittelt am 23. Juli.

Nr. 9528.
England.
27. Juli 1886.

the proposal in question had ever been brought under the consideration of the Ministers; but they subsequently recollected, that such had been the case, and that the plan of settlement was not regarded as satisfactory, or as forming the basis for an arrangement. || There was certainly no indication of an intention to send a formal reply to the Chinese Representative in London.

From one of Mr. Baber's recent letters I have learnt, that the Korean Government are making a further appeal to me on the subject of Port Hamilton, and that their note is on its way to Peking.

Nr. 9529. ENGLAND. — Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. — Korea drängt auf definitive Antwort über den Zeitpunkt der Räumung; Anfrage, ob die Erklärung von Port Hamilton und Port Lazareff zu Vertragshäfen als Lösung der Frage sich eignen würde. [B. 64.]

(Telegraphic.)

Peking, July 31, 1886, 2-55 P.M.

Nr. 9529.
England.
31. Juli 1886.

I received the Korean note last night. It states, that prolonged occupation of Port Hamilton is not consistent with promise of it being only temporary, and is very embarrassing to Corea, who wants some definite answer from Her Majesty's Government. || Would Her Majesty's Government consider it a solution if Port Hamilton and Port Lazareff could be made Treaty Ports?

Nr. 9530. ENGLAND. — Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. — Instruktion. [B. 65.]

(Substance telegraphed.)

Foreign Office, August 12, 1886.

Nr. 9530.
England.
12. Aug. 1886.

Sir, || With reference to your telegram of the 31st ultimo, I have to state to you, that Her Majesty's Government approve the suggestion for making Port Lazareff and Port Hamilton Treaty ports. || You may discuss this proposal confidentially with the Tsung-li Yamèn as a basis for an arrangement which might be carried out if the occupation of Port Hamilton is terminated. At the same time, you may assure the Chinese Government that Her Majesty's Government desire to deal with the question in the manner most conformable with the interests of China. || I have to add, for your confidential information, that Her Majesty's Government would be willing to order the immediate evacuation of Port Hamilton if any suitable arrangement could be made which would insure that neither it nor Port Lazareff shall pass into hostile hands. || I request, that you will inform me if any such arrangement seems to you possible. || I am, &c.

Iddesleigh.

Nr. 9531. CHINA. — Der Tsung-li Yamen an den engl. Gesandten in Peking. — Zusage Russlands, kein Koreanisches Gebiet zu besetzen, wenn England Port Hamilton räumen würde; China bietet daher England die gewünschten Garantien und dringt auf Räumung Port Hamiltons. [B. 76.]

(Translation.)

Peking, October 31, 1886.

The Prince and Ministers of the Tsung-li Yamên have the honour to refer Her Britannic Majesty's Minister to the personal consultations which have earlier taken place between Mr. O'Conor, Chargé d'Affaires, and the Yamên on the subject of the Corean islands of Port Hamilton; also to the communications of his Excellency Tsêng to Her Majesty's Government, who were informed by him that this matter was one that greatly concerned a tributary State of China. || In due course a reply was received from Her Majesty's Foreign Office, to the effect that the occupation of the islands in question was a measure of a temporary nature, and that it carried with it no intention whatsoever of doing anything injurious to the prestige, rights and interests of either China or her vassal State. Further, that there was no desire to occupy these islands for any length of time, but that it was feared that, if they were taken possession of by another Power, it must infallibly be injurious to the interests both of England and of China. If China could guarantee, that no one would come and take these islands, the British Government could feel reassured. || A long time has now elapsed, and British vessels of war continue to hold these islands, thus giving rise to embarrassing questions from without.

For instance, rumours have recently been disseminated from Corea, that Russia was interfering with China's feudatory. The Chinese Government accordingly demanded an explanation from Russia as to the existence or otherwise of this fact, and in due course the Russian Foreign Office gave the Chinese Minister Liu the most frank assurances that the Russian Government had absolutely no such intentions. M. Ladyginsky, the Russian Chargé d'Affaires at Peking, further went to Tien-tsin at the orders of the Russian Foreign Office, and had several personal conversations with the Grand Secretary Li-Minister, Superintendent of Northern Trade, to whom he repeated and enlarged upon the answer earlier given to the Minister Liu. He also stated, that the Russian Government gave a sincere promise, that if the British would evacuate Port Hamilton, the Russian Government would not occupy Corean territory under any circumstances whatsoever. || The Grand Secretary Li, Minister Superintendent of Northern Trade, then told M. Ladyginsky that what was feared was that after the British vessels of war had retired from these islands they would be again taken possession of by some other Power. Russia, therefore, must guarantee that she would not hereafter seize these islands, and

Nr. 9531.
China.
31. Oct. 1886.

Nr. 9531.
China.
31. Oct. 1886. on the faith of this guarantee China could officially address the British Government, and urge their speedy evacuation. || In course of time M. Ladygensky, in obedience to instructions from the Russian Government, gave a most explicit guarantee, distinctly declaring that in the future Russia would not take Corean territory.

The Chinese Government is therefore naturally in a position, on the faith of the guarantee of the Russian Government, to give a guarantee to the British Government, and in making this communication, as is their bounden duty, to Her Britannic Majesty's Minister, they would express a hope that he will lose no time in communicating the above particulars to Her Majesty's Government, with a view to the issue of orders for the evacuation of Port Hamilton by their vessels of war, so that friendly relations may thereby be consolidated, this being a matter to which importance is attached.

Nr. 9532. **ENGLAND.** — Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. — Zusage der unmittelbaren Räumung Port Hamiltons, da China die angebotenen Garantien gewährt. [B. 69.]

(Substance telegraphed.)

Foreign Office, November 19, 1886.

Nr. 9532.
England.
19. Nov. 1886.

Sir, || Her Majesty's Government have had under consideration the suggestion contained in an official note addressed to you by the Chinese Government for facilitating the termination of the occupation of Port Hamilton by this country as reported in your telegram of the 5th instant. || I have now to state to you that you may read the following to the Yamèn as the reply of Her Majesty's Government to their note:—

"Her Majesty's Government have learnt from your telegram of the 5th instant that the Chinese Government have informed you officially, that they are prepared in the event of Her Majesty's Government terminating the occupation of Port Hamilton, to guarantee that no part of the territory of Corea, including Port Hamilton, will be occupied by a foreign Power. || Her Majesty's Government are prepared on the faith of this guarantee to comply with the wishes of the Chinese Government, which have now been officially formulated."

You are authorized to discuss with the Yamèn how this decision can best be carried into effect in the interests of China and England, which we regard identical in this matter. || I am, &c. Iddesleigh.

Nr. 9533. **ENGLAND.** — Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. — Vorschläge Chinas, Bitte um Instruktion. [B. 70.]

(Telegraphic.)

Peking, December 1, 1886, 4:50 P.M.

Nr. 9533.
England.
1. Dec. 1886.

Yamèn propose, that I should answer their note in the sense of second and third paragraphs of your telegram of the 19th ultimo, and that I should

officially inform Corea that Her Majesty's Government are now prepared to terminate occupation because the circumstances which led to it are happily over, and because their decision has been strengthened by the formal guarantee given by China. || Does your Lordship approve? and if so, shall I communicate direct with the Admiral respecting formality of the evacuation?

Nr. 9533.
England.
1. Dec. 1886.

Nr. 9534. ENGLAND. — Min. des Ausw. an den Gesandten in Peking. — Instruktion. [B. 73.]

Foreign Office, December 10, 1886.

Sir, || I have to inform you, that you are authorized to address notes on the subject of Port Hamilton to the Governments of China and Corea, as proposed in your telegram of the 1st instant; but before doing so, you should obtain from the Tsung-li Yamèn a note, suitable for publication in case of need*), guaranteeing that no part of the territory of Corea will be occupied by any foreign Power. || The Commander-in-chief on the China Station has been instructed to place himself in communication with you in regard to the manner in which the withdrawal of the British force from Port Hamilton is to be carried out. || I am, &c.

Nr. 9534.
England.
10. Dec. 1886.

Iddesleigh.

Nr. 9535. ENGLAND. — Gesandter in Peking an den Tsung-li Yamen. Anzeige der Einwilligung Englands zur Räumung Port Hamiltons nach den gegebenen Garantien Chinas. [B. 80.]

Peking, December 23, 1886.

In a note dated the 19th ultimo, his Highness the President and their Excellencies the Ministers of the Tsung-li Yamèn notified to Her Britannic Majesty's Minister, that the Imperial Government of China, for the special reasons recorded in the note, were in a position to guarantee that in the event of Her Majesty's Government terminating the temporary occupation of Port Hamilton, neither the group of Corean Islands in which Port Hamilton is situated, nor any part of Corean territory, should be occupied by another Power, and a hope was expressed that the British naval force might therefore be withdrawn. || The substance of this note was at once telegraphed to Her Majesty's Government, and Her Majesty's Minister has been instructed to make known to his Highness and their Excellencies that on the faith of this guarantee Her Majesty's Government will be prepared to comply with the wishes of the Chinese Government, which have now been officially formulated. || Her Majesty's Minister has the honour to inclose, for the information of the Prince

Nr. 9535.
England.
23. Dec. 1886.

*) Am 27. December meldet Sir Walsham die Zustimmung Chinas zu dieser Forderung. [B. 77.]

Nr. 9535. and Ministers, a copy of the note which he has addressed to the Government
 England. of His Corean Majesty for the purpose of intimating to them this decision on
 23. Dec. 1886. the part of Her Majesty's Government, and he avails himself, &c.

John Walsham.

Nr. 9536. **ENGLAND.** — Gesandter in Peking an den Vorsitzenden
 des Ministerraths von Korea. — Anzeige der bevor-
 stehenden Räumung Port Hamiltons. [B. 80.]

Peking, December 23, 1886.

Nr. 9536. M. le Président, || In compliance with the wish expressed by the Govern-
 England. ment of His Corean Majesty in the note which they did me the honour to
 23. Dec. 1886. address me on the 4th July, I communicated to Her Majesty's Government,
 as in my reply of the 5th August I stated I would do, the observations con-
 tained in that note with regard to the temporary occupation of Port Hamilton,
 and, in obedience to instructions from Her Majesty's Government, I now hasten
 to inform your Excellency that the exceptional circumstances which led to the
 occupation having happily ceased, Her Majesty's Government will be prepared
 to terminate it conformably to their original intentions. || This decision has been
 strengthened by a formal guarantee given to them by the Imperial Chinese
 Government, that in the event of the temporary occupation ceasing, neither
 the group of islands in which Port Hamilton is situated nor any part of
 Corean territory shall be occupied by another Power*). || I should have been
 glad to have had it in my power to make this communication personally
 to your Excellency, but the lateness of the season will oblige me to defer
 my visit to Corea till the spring of next year. || His Excellency the Commander-
 in-chief of Her Majesty's Naval Forces will let your Excellency know, through
 Her Majesty's Consul-General at Söul, the date of his having withdrawn the
 ships from Port Hamilton. || I avail, &c.

John Walsham.

*) Ueber die Aufnahme dieses Satzes der Note durch den Fürst-Präsidenten
 des Tsung-li Yamen berichtet Sir Walsham am 25. Dec. an Lord Iddesleigh [B. 80]:
 His Highness and their Excellencies at the same time thanked me for having given
 them an opportunity of seeing the note which I had addressed to the Government of
 His Corean Majesty for the purpose of notifying to them the decision of Her Majesty's
 Government, and they added that the mention in it of the formal guarantee offered
 by China caused them great satisfaction, because they thought it important for Corea
 to know that she could depend in future upon this pledge, which would strengthen
 her position.

Nr. 9537. ENGLAND. — Gesandter in Peking an den Min. des Ausw. — Anzeige der erfolgten Niederholung der engl. Flagge auf Port Hamilton, Mittheilung der Antwort Koreas. [B. 83.]

(Telegraphic.)

Peking, March 2, 1887.

Admiral Hamilton reports, that flag was hauled down at Port Hamilton on the 27th February. || I have just received from the Corean Government the reply to my notification of withdrawal. It records belief, that Her Majesty's Government did not originally intend to occupy the place, and testifies to their good faith and friendship in evacuating it altogether. It holds, that relations between the two countries will therefore be stronger than ever, and states that the action of Her Majesty's Government is highly appreciated.

Nr. 9537.
England.
2. März 1887.

Diplomatische Fälschungen.

Nr. 9538. **DEUTSCHLAND.** — Veröffentlichung im Deutschen Reichs-Anzeiger am 31. December 1887.

Nr. 9538.
Deutschland.
31. Dec. 1887.

Es ist bekannt, dass auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers von Russland dem deutschen Reichskanzler gewisse, die bulgarische Frage betreffende Aktenstücke behufs Prüfung des Inhalts und Ursprungs derselben mitgeteilt worden sind. Es hat sich ergeben, dass diese Aktenstücke lediglich erfunden worden sind, um die Aufrichtigkeit der deutschen Politik zu verdächtigen. Der Zweifel an der Ehrlichkeit derselben wäre berechtigt gewesen, wenn solche Aktenstücke auf Wahrheit beruhten, da die deutsche Politik das Unternehmen des Prinzen Ferdinand von Coburg in Bulgarien von Anfang an und zu jeder Zeit als ein den bestehenden Verträgen zuwiderlaufendes angesehen hat und noch ansieht und sich in diesem Sinne allen Kabinetten und insbesondere dem russischen gegenüber amtlich ausgesprochen hat. Es würde daher, wenn die Aktenstücke, und namentlich das dem deutschen Botschafter in Wien zugeschriebene, echt und die Andeutungen in den fingirten Briefen in der Wahrheit begründet gewesen wären, der amtlichen deutschen Politik mit Recht der Vorwurf der Duplizität und ihren amtlichen Erklärungen der der Unehrlichkeit haben gemacht werden können. Die deutsche Regierung, welche natürlich bemüht ist, bei den befreundeten Mächten das Vertrauen auf ihre Zuverlässigkeit und Offenheit zu erhalten, hat daher ein lebhaftes Interesse daran gehabt, die Unechtheit der Aktenstücke festzustellen und öffentlich zu bekunden. Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, dass zwischen Ihrer Königlichen Hoheit der Gräfin von Flandern und dem Prinzen Ferdinand von Coburg niemals eine Correspondenz irgend einer Art stattgefunden hat, und dass eine politische Eröffnung, wie die dem Botschafter Prinzen Reuss zugeschriebene, von diesem niemals gemacht worden ist. Auch die Beziehungen, welche anderen hohen Herrschaften in den Aktenstücken zugewiesen werden, haben sich als Erfindungen herausgestellt: Die Aktenstücke sind danach von bisher unermittelten Personen*) lediglich zu dem Zwecke, Misstrauen zwischen europäischen Mächten hervorzurufen, ohne jede thatsächliche Unterlage, erfunden und zusammengestellt worden.

*) Am 2. December veröffentlichte die Kölnische Zeitung folgende Zuschrift: Monsieur le directeur, Après avoir formulé dans deux articles de la Gazette de Cologne du 23

Die Aktenstücke haben in dem angeblich aus dem Deutschen übersetzten französischen Text folgenden Wortlaut:

Nr. 9538.
Deutschland.
31. Dec. 1887.

No. 1.

Lettre adressé par le P^{ce} Ferdinand de Bulgarie à Son Altesse Royale la C^{se} de Flandre, le 27 août 1887.

Bulgarion.
27. Aug. 1887.
Fürst Ferdinand an die Gräfin von Flandern.

La lettre écrite en allemand, a été traduite.

Votre Altesse Royale connaît les événements imprévus qui viennent de traverser à l'improviste mon existence, jusqu'ici si studieusement paisible: — Un peuple brave, généreux, poursuivi dans ses libertés, me prie, me charge et m'ordonne par l'unanimité de ses représentants de venir le diriger et le guider. || C'est une tâche au-dessus de mes forces et surtout de mes goûts; Votre Altesse pourra s'en convaincre, en se rappelant les conversations et les relations que j'ai eues avec Vous dans le temps, à Ischl entre autres, et où l'affection, en quelque sorte maternelle, que Votre Altesse m'a manifestée, a forcé mon caractère à se montrer à découvert entièrement. Mais je ne puis laisser les Bulgares douter de ma bonne volonté; j'y suis engagé d'honneur, me-semble-t-il, et pour m'y soustraire, quelque difficile et ardue que se présente ma situation, j'aurais dû refuser le pouvoir, dès qu'il m'a été offert.

Je suis seul contre l'Europe, peut-on dire. Les assurances que j'ai reçues de Constantinople sont déplorables. Au point de vue bulgare et des affaires de la Principauté, S. M. le Sultan ne vaut pas mieux pour moi que S. M. le Czar: — ce sont jusqu'à présent deux ennemis déclarés. — De Vienne, les sentiments ne sont guère plus encourageants et je sais, de source certaine, ce que vous devez savoir aussi bien que moi et même mieux, que l'on y a fait prier S. M. le Roi des Belges d'intervenir auprès de moi, pour me déterminer à ne pas accepter le pouvoir bulgare! S. M. le Roi Léopold n'a pas cru devoir me faire part de cette démarche délicate de la Cour de Vienne et je n'avais pas donné,

et du 24 de ce mois cette grave accusation que des pièces diplomatiques falsifiées dans le but odieux de susciter une conflagration générale avaient été portées à la connaissance de Sa Majesté l'empereur de Russie et que la source originelle de ces pièces était de nature orléaniste, vous avez dans votre numéro du 26 expliqué que vos imputations ne s'adressaient pas à ceux qui avaient paru en être l'objet, mais que des membres de la famille d'Orléans se seraient joints au parti international de la guerre pour exciter le Czar contre le prince de Bismarck. Je demande à votre loyauté, monsieur le directeur, de déclarer, parce que c'est la vérité: 1^o qu'aucun des princes d'Orléans, de ceux qui ont l'honneur de porter ce nom et dont monseigneur le comte de Paris est le chef, n'a pris une part quelconque ni indirectement ni directement aux actes que vous avez révélés: 2^o que ces princes sont et ont toujours été absolument étrangers aux événements dont la péninsule des Balkans est le théâtre. Agrérez, monsieur le directeur, l'assurance de ma considération distinguée.

Edouard Bocher,
membre du sénat, mandataire des princes d'Orléans,
59 rue de Varennes, Paris.

Nr. 9598.
Bulgarien.
27. Aug. 1887.
Fürst Ferdinand an die
Gräfin von
Flandern.

je l'avoue, à Sa Majesté dans le temps d'assez grands sujets de contentement pour qu'Elle prit à coeur ma situation dans la Bulgarie et mes intérêts en général. Mais je puis le dire confidentiellement à Votre Altesse, je n'aurais pas accepté définitivement et surtout je ne me serais pas rendu avec cette vivacité à Sophia, si je n'avais reçu de Berlin des communications très satisfaisantes au sujet de ma situation. Je ne me fais pas illusion sur la valeur de ces assurances; je sais que je ne suis qu'un pion (ein Stück) dans le jeu d'échecs du prince de Bismarck; — mais les personnages que j'ai consultés et à qui je n'ai rien caché de ma situation, y compris l'horizon de Berlin, m'ont assuré, comme je le crois moi-même, que l'importance de ce pion est assez grande pour pouvoir, dans certaines circonstances données, en tirer une stabilité et une force définitive pour la principauté et pour ma personne. Pour Vous prouver qu'en ceci je ne me suis pas aventuré à la légère et sans esprit de suite, je fais tenir ci-joint à Votre Altesse copie d'une note, non signée il est vrai, mais authentique et écrite entièrement de la main de l'Ambassadeur allemand à Vienne, au sujet des sentiments secrets de la Chancellerie Allemande concernant ma candidature, mon avenir et l'initiative qui m'est laissée.

Je livre ce document et les réflexions que je me suis permis de faire dans cette lettre, toute filialement affectueuse, aux sages méditations de Votre Altesse Royale. Si Elle se trouve persuadée ensuite de la justice et de l'avenir de ma cause, qu'Elle daigne réaliser une promesse, faite il y a déjà longtemps, de me venir en aide quand il le sera possible. Votre Auguste Frère, S. M. le Roi Charles de Roumanie, a une influence considérable et bien justifiée à la Cour de St. Pétersbourg; il pourrait en user, à Votre haute intervention, pour tâcher de persuader S. M. le Czar de sinon l'avantage pour la Russie de me voir occuper le trône de Bulgarie, au moins de la sincérité de ma cause et de mes sentiments. Je ne puis, aux yeux de mes sujets, faire preuve de mes sentiments de grand respect pour l'Empereur Alexandre avec l'énergie que je voudrais; mais, qu'il vienne de St. Pétersbourg l'expression d'un simple sentiment de bienveillance pour le nouveau Prince Bulgare et toute la situation sera subitement illuminée. Votre Altesse et Son Auguste Frère ont à un si haut degré le sentiment des nuances délicates à employer à St. Pétersbourg, que je croirais leur manquer de respect en insistant d'avantage. || De même, si Sa Majesté le Roi des Belges, ce Souverain respecté entre tous, qui a dans de grandes affaires européennes une influence décisive, voulait oublier les justes sujets de ressentiment que lui a donnés le Prince de Cobourg et apprécier les énormes difficultés du Prince de Bulgarie si semblables à celles que traversa Son éminent Père, en prenant possession du trône, je suis sûr que Sa Majesté interviendrait avec succès à Vienne en ma faveur et me concilierait des sympathies bien ébranlées. || Je confie ces détails de ma position à Votre Altesse et suis persuadé des excellents effets de Son intervention pour moi. Je L'en remercie à genoux et je La prie, quoi qu'il arrive, de croire à mon inaltérable et filial dévouement. || Je prie votre Altesse de

considérer ma communication de Berlin comme absolument confidentielle vis-à-vis de S. M. le Roi Charles de Roumanie et je crois inutile d'en exposer les motifs. Je laisse, au contraire, Votre Altesse juge entièrement de l'opportunité d'une communication de cette pièce à S. M. le Roi Léopold.

Je suis humblement et avec respect de Votre Altesse etc. etc.

Nr. 9568.
Bulgarien.
27. Aug. 1887.
Fürst Ferdinand an die
Gräfin von
Flandern.

No. 2.

Document accompagnant la lettre du Prince Ferdinand à la Comtesse de Flandre (voir la première lettre). — Ce document est une pièce non-signée remise au prince par l'Ambassadeur d'Allemagne à Vienne.

Deutschland.
Botschafter
in Wien
Prinz
Reuss an den
Fürsten Ferdinand von
Bulgarien.

Je ne puis en rendant compte à Votre Altesse des sentiments et des idées que l'on m'a chargé de lui exposer, que lui dire que le Gouvernement n'a pas de conseils ou d'instructions à lui donner au sujet de la prise de possession du trône de Bulgarie. Le Gouvernement Allemand est lié par des traités qu'il respecte. La prise de possession du trône de Bulgarie, dans les circonstances actuelles, est avant tout une question de sensation et d'initiative personnelles qui doit être entreprise aux risques et périls de celui qui l'entreprend et pour laquelle le Gouvernement Allemand ne peut prêter ni paraître prêter en ce moment aucune aide ni aucun encouragement officiels. Il ne s'en suit pas cependant que le Gouvernement Allemand ne puisse pour les besoins de sa politique générale encourager officieusement et soutenir par les moyens légitimes d'action qu'il possède en Bulgarie, l'entreprise d'occuper le trône de Bulgarie conformément aux intérêts de la paix Européenne et de la politique Allemande. Il est évident que si Votre Altesse se rend en Bulgarie avec cette idée sérieusement mûrie et décidée, le moment viendra où, quelque défavorables ou même hostiles que puissent paraître en ce temps les actes de la politique allemande vis-à-vis de l'entreprise de Votre Altesse, les sentiments que le Gouvernement de Berlin nourrit en secret pour le succès de son action monarchique en Bulgarie, pourront éclater au grand jour et avoir ainsi toute l'efficacité attachée à l'action ouverte et décidée d'un puissant Empire. — Votre Altesse peut communiquer en toute sécurité avec moi tant qu'elle se trouvera sur le territoire Austro-Hongrois. — Si elle se décide à passer en Bulgarie, je remettrai un chiffre à sa disposition qui lui permettra de continuer des relations qui pourront un jour, j'espère, devenir ouvertes et excellentes.

No. 3.

Traduction.

Le Prince Ferdinand à la Comtesse de Flandre (deuxième lettre)
16 septembre 1887.

Bulgarien.
16. Sept. 1887.
Fürst Ferdinand an die
Gräfin von
Flandern.

Je remercie Votre Altesse de la bonne lettre qu'elle m'a fait parvenir par l'intermédiaire de Mr. Hooricks et je la remercie doublement pour la démarche qu'Elle a tentée près du Roi de Roumanie et pour l'essai de Berlin.

Nr. 9598. — Vous me dites qu'il n'y a rien à espérer du Roi Léopold et de fait j'en
 Bulgarien. étais à peu près certain. — J'ai avoué n'avoir pas eu pour le Roi des Belges
 16. Sept. 1887. les égards que ma parenté me commandait et je comprends d'autant mieux
 Fürst Ferdi- que je suis en Bulgarie en possession du pouvoir qu'il ne peut, dans sa
 nand an die situation, agir efficacement pour moi de l'un ou de l'autre côté. — Je ne
 Gräfin von Flandern. crois pas que le Roi Charles pourrait quelque chose à St. Pétersbourg; mais
 au moins le Czar entendra affirmer mes sentiments réels, en dehors de toute
 politique par un souverain qui a le droit d'être écouté en Russie. —

J'aperçois de plus en plus clairement les immenses difficultés de la tâche
 que j'ai entreprise en présence surtout des duplicités que ce petit pays amène
 dans les arrangements de la politique européenne. — J'ai transmis à Votre
 Altesse une note émanant de l'Allemagne pour moi et je puis Vous dire que,
 malgré la guerre politique ouverte que l'Allemagne dirige actuellement contre
 moi, il ne se passe pas des intervalles de quatre à cinq jours sans qu'un des
 agents allemands établis ici ne nous fasse entendre et dire qu'il faut attendre
 que pour des raisons majeures, la politique internationale de l'Allemagne est
 telle, mais qu'elle peut se modifier dans le sens le plus favorable et à l'improviste;
 que de graves intérêts s'agitent en ce moment entre l'Allemagne et la Russie
 et que de la solution qui y sera donnée dépendra beaucoup l'attitude définitive
 de l'Allemagne. — J'avoue que la politique entendue de cette manière étonne
 et décourage mon ardeur de jeune souverain. — Votre Altesse me plaindra,
 j'en suis certain; mais quand je vois autour de moi les dévouemens qui se
 sont manifestés pour ma personne, je dois me dire que je ne puis abandonner
 de telles gens. — Je serais bien curieux de savoir, ce qui serait si important
 pour moi, si on répondra à Votre communication à Berlin et si le sens de
 la réponse confirmera ce que j'entends ici de ce même côté.

Je prie Votre Altesse de me conserver ses sentiments d'extrême bonté et
 de me croire, . . . etc. . . .

No. 4.

Bulgarien. Le Prince Ferdinand a annoncé à la Comtesse de Flandre de laquelle il
 21. Oct. 1887. contenue à se servir pour rentrer en grâce auprès du Roi de Belges, que ses
 Wiederg. d. affaires prenaient meilleure tournure. La communication est arrivée ici *) Mardi
 angeblichen dernier, m'a-t-on assuré. Le Prince y annonce qu'il a reçu à la suite des
 Inhalts eines entrevues Kalnoky et Crispi de nouvelles assurances du Prince de Bismarck;
 Briefes sculement, dit-il, les dernières démarches sont beaucoup plus formelles.
 des Fürsten
 Ferdinand an
 die Gräfin von
 Flandern.

La communication allemande au lieu de venir, comme la précédente de
 Vienne, par le canal de l'Ambassadeur allemand dans cette ville, est arrivée
 directement de Berlin. Il y est dit nettement que dans les entrevues Kalnoky
 et Crispi „le sort de la Bulgarie a été complètement examiné et qu'il est
 certain que sa consolidation dans ces conditions est considérée plus favorable-
 ment par les Puissances du Centre de l'Europe“. (Ce sont les termes exprès

*) Brüssel?

contenus dans la lettre.) || Ces mêmes Puissances ont exprimé dans des occasions récentes et confidentielles, l'espoir que la Bulgarie ne donnera, par la manière dont elle comprendra son rôle politique, aucun sujet de modifier cette attitude qu'on voudrait voir définitive. || Les points principaux que la Bulgarie doit considérer provisoirement et observer, c'est d'abord d'établir l'ordre à l'intérieur et de faire parler d'elle le moins possible; puis d'observer vis-à-vis de son suzerain, la Turquie, la conduite qui donne le moins de prise à la critique, et de ne pas conserver extérieurement les apparences vis-à-vis de la Turquie d'un état qui en brave un autre dont il est légalement le dépendant; d'entretenir de bons rapports avec la Roumanie et de se tenir en état de faire éventuellement à ce pays des propositions qui seront indiquées plus tard. || Le Prince Ferdinand prie la Comtesse de Flandre de communiquer le contenu de cette dépêche au Roi Léopold et au Baron Lambermont dont il a fait la connaissance à Berlin et qu'il sait être le confident intime du Comte de Flandre, et très au courant de toutes les péripéties de la question d'orient. Il demande son avis. Il n'indique pas la manière exacte et la forme dont la communication de Berlin lui est parvenue.

Nr. 9538.
Bulgarien.
21. Oct. 1887.
Wiederg. d.
angeblichen
Inhalts eines
Briefes
des Fürsten
Ferdinand an
die Gräfin von
Flandern.

Il annonce dans la même lettre, qu'avant la réception de cette dernière communication, dans le but d'apprendre à Berlin ce qui s'était fait et dit avec C^{te} Kalnoky au sujet de la Bulgarie, il avait proposé, par l'intermédiaire de l'Ambassadeur allemand à Vienne, de se rendre à Berlin. Mais la communication reçue de Berlin outre les faits exposés plus haut contient au sujet de cette visite essentielle, l'avis qu'actuellement elle est un acte beaucoup trop tranchant (sic) qui n'ajouterait rien à la situation et la compromettrait; que le Prince recevra, quand il sera nécessaire, les communications établissant les idées qu'il peut lui être utile de connaître pour le bien de sa politique et les vues de l'Allemagne et des Puissances du Centre. || Le Prince Ferdinand a l'air d'être enchanté de ces changemens et du nouveau tour de ses affaires. La C^{tesse} de Flandre a dit au Baron Lambermont qu'il y avait „transformation complète de son humeur“. Il est un point qui dans la lettre du Prince Ferdinand paraît l'intriguer vivement et le rendre inquiet: Ce sont „les propositions à faire à la Roumanie et la politique à suivre vis-à-vis de cet état“. — Il paraît du reste absolument décidé à se laisser faire et à suivre le courant allemand.

Deutsch-österreichisches Bündniss 1879.

Nr. 9539. **DEUTSCHES REICH und OESTERREICH-UNGARN.** — Veröffentlichung im deutschen Reichsanzeiger, der Wiener Abendpost und dem Pester Lloyd vom 3. Februar 1888.

Die Regierungen der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie und Deutschlands haben die Veröffentlichung ihres am 7. October 1879 abgeschlossenen Bündnisses angemessen befunden, um den Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen desselben auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwerthet werden. Beide verbündete Regierungen sind in ihrer Politik von dem Bestreben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen desselben nach Möglichkeit abzuwehren; sie sind überzeugt, dass die Bekanntgabe des Inhalts ihres Bündnissvertrages jeden Zweifel hierüber ausschliessen wird, und haben deshalb beschlossen, denselben zu veröffentlichen.

Nr. 9539.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
7. Oct. 1879.

In Erwägung, dass Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, und der deutsche Kaiser, König von Preussen, es als Ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit Ihrer Reiche und die Ruhe Ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen; — || in Erwägung, dass beide Monarchien, ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse, durch festes Zusammenhalten beider Reiche im Stande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen; — || in Erwägung schliesslich, dass ein inniges Zusammengehen von Oesterreich-Ungarn und Deutschland Niemanden bedrohen kann, wol aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu consolidiren, haben Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, || und || der Kaiser von Deutschland, || indem Sie einander feierlich versprechen, dass Sie Ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Vertheidigung zu knüpfen beschlossen.

Zu diesem Zwecke haben Allerhöchstdieselben zu Ihren Bevollmächtigten

ernannt: || Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, ||
 Allerhöchst Ihren wirklich geheimen Rath, Minister des kaiserlichen Hauses
 und des Aeussern, Feldmarschall-Lieutenant Julius Grafen Andrassy von Esik-
 Szent-Kiraly und Kraszna-Horka etc etc., — || Seine Majestät der deutsche
 Kaiser || Allerhöchst Ihren ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter,
 General-Lieutenant Prinzen Heinrich VII. Reuss etc. etc., welche sich zu Wien
 am heutigen Tage vereinigt haben und nach Austausch ihrer gut und genügend
 befundenen Vollmachten übereingekommen sind wie folgt:

Nr. 9589.
 Deutsches
 Reich und
 Oesterreich-
 Ungarn.
 7. Oct. 1879.

Artikel I.

Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Contrahenten Eines der beiden Reiche von Seite Russlands angegriffen werden, so sind die hohen Contrahenten verpflichtet, Einander mit der gesammten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäss den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schliessen.

Artikel II.

Würde Einer der hohen contrahirenden Theile von einer andern Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiemit der andere hohe Contrahent, dem Angreifer gegen seinen hohen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Mitcontrahenten zu beobachten. || Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von Seite Russlands, sei es in Form einer activen Cooperation, sei es durch militärische Maassnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Artikel I dieses Vertrages stipulirte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden hohen Contrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschlusse.

Artikel III.

Dieser Vertrag soll in Gemässheit seines friedlichen Charakters, und um jede Missdeutung auszuschliessen, von beiden hohen Contrahenten geheimgehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Theile und nach Maassgabe specieller Einigung mitgetheilt werden. || Beide hohe Contrahenten geben sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, dass die Rüstungen Russlands sich als bedrohlich für sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben aus diesem Grunde zu einer Mittheilung für jetzt keinen Anlass; sollte sich aber diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrthümliche erweisen, so würden die beiden hohen Contrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, dass sie einen Angriff auf Einen von ihnen als gegen Beide gerichtet betrachten müssten.

Nr. 9539.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
7. Oct. 1879.

Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterschrieben und ihre Wappen beigedrückt*).

Geschehen zu Wien, am 7. Oktober 1879.

(L. S.) Gez.: Andrassy.

(L. S.) Gez.: Heinrich VII. Reuss.

*) Es dürfte hier der Ort sein, als Ergänzung zu obiger Publikation des deutsch-österreichischen Bündnisses, der Depeschen zu gedenken, welche nach dem Tode weil. Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm, am 10. resp. 12. März zwischen Fürst Bismarck und Graf Kalnoky gewechselt worden sind:

„Aus allen Theilen Oesterreich-Ungarns gehen Zeichen herzlicher Theilnahme an der schweren Trauer hier ein, welche Deutschland um seinen verewigten Kaiser trägt. Es ist ein erhebender Trost in diesem Augenblick der Prüfung zu sehen, wie tiefe Wurzel die Freundschaft meines hochseligen Herrn zu Ihrem Erlauchten Monarchen in den Sympathien der Völker des eng verbündeten Nachbarreichs geschlagen hat. Der spontane und lebhaft Ausdruck dieser Sympathieen bei Gelegenheit des schweren Schlages, der uns betroffen hat, bekundet aufs Neue, wie stark die Bande der Freundschaft sind, welche die Völker beider Reiche verbindet und welche unzerreissbar sind, weil sie mehr noch als auf geschriebenen Verträgen auf der unerschütterlichen Grundlage der Gleichheit der Interessen und der Traditionen und der Gesinnung ihrer Völker beruhen. Mit besonders dankbarer Wärme hat die Kaiserliche und Königliche Regierung von Deutschland und Preussen die feierliche Kundgebung entgegengenommen, welche das Abgeordnetenhaus in Wien in der gestrigen Sitzung dem Andenken Kaiser Wilhelms gewidmet hat. Ich darf Ew. Excellenz bitten, an den Herrn Präsidenten Smolka den Ausdruck meines Dankes gelangen zu lassen. || v. Bismarck.“

„Das Telegramm vom gestrigen Tage, mit welchem Eure Durchlaucht so warm der herzlichen Theilnahme gedenken, welche in diesen Tagen schwerer Trauer für Deutschland in allen Theilen der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Ausdrucke gelangte, habe ich mit Dank und aufrichtiger Genugthuung erhalten. Es ist von hoher Bedeutung für die beiden Nachbarreiche und in der That ein erhebender Trost für die Zukunft, dass der aus der innigen Freundschaft und der Weisheit der beiden für das Wohl ihrer Völker so fürsorglichen Herrscher hervorgegangene Bund zwischen beiden Reichen in den wenigen Jahren bei den Bevölkerungen so tiefe Wurzeln geschlagen hat, dass heute die schmerzlichen Empfindungen des deutschen Volkes einen so warmen Wiederhall in allen Theilen unserer Monarchie finden. Fest und unverbrüchlich, wie ihre Dynastien, werden auch die Völker beider Reiche zu einander stehen, einig in der Ueberzeugung, dass die Bande der Freundschaft, durch so weise Hände und für den Frieden geschlungen, jede Probe bestehen werden, jetzt und in der Zukunft. Mit vollstem Vertrauen erkennt Oesterreich-Ungarn in Sr. Majestät dem Kaiser Friedrich, dem erlauchten und würdigen Nachfolger des hohen Verblichenen, einen nicht minder warmen Freund seines Monarchen und seiner Völker. Die Dankesworte Ew. Durchlaucht habe ich nicht verfehlt, an Dr. Smolka, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, gelangen zu lassen. || Kalnoky.“

A. d. Red.

Das deutsch-österreichische Bündniss und Russland.

Nr. 9540. **DEUTSCHLAND.** — Artikel der „Norddeutschen All-
gemeinen Zeitung“ vom 20. April 1887.

Der „Dniewnik Warszawski“ äussert sich über die deutsch-russischen Beziehungen in einem Leitartikel, in dem er u. A. sagt, es sei eine seltene Erscheinung in der Weltgeschichte, dass zwei Nachbarstaaten wie Russland und Preussen so lange friedlich neben einander gelebt hätten; erst der Berliner Vertrag, die Unterstützung der Orientpolitik Oesterreichs und die „unaufrichtige“ Politik der deutschen Regierung hätten in der öffentlichen Meinung Russlands Misstrauen gegen die deutsche Freundschaft erweckt. || Diese Behauptungen gehen von falschen geschichtlichen Voraussetzungen aus. Die Unterstützung der Orientpolitik Oesterreichs datirt keineswegs vom Berliner Traktat und ist auch nicht von Deutschland, sondern vom Fürsten Gortschakow ausgegangen. Ueber Jahr und Tag vor dem Zusammentritt des Berliner Kongresses hat Fürst Gortschakow der Orientpolitik Oesterreichs diejenigen Zugeständnisse gemacht, welche der „Dniewnik Warszawski“ nunmehr der „unaufrichtigen Politik“ der deutschen Regierung zuschreibt und als Ursache des Misstrauens der öffentlichen Meinung Russlands Deutschland gegenüber bezeichnet. Da der „Dniewnik Warszawski“ ein amtliches russisches Blatt ist, so kann seiner Leitung diese Thatsache unmöglich unbekannt sein.

Nr. 9540.
Deutschland.
20. Apr. 1887.

Nr. 9541. **DEUTSCHLAND.** — Artikel der „Norddeutschen All-
gemeinen Zeitung“ vom 27. April 1887.

Die „Peterburgskija Wedomosti“, welche ebenso gut wie der „Dniewnik Warszawski“ genug amtliche Beziehungen hat, um die Wahrheit zu wissen, bemängelt und bezweifelt die in unserer Nr. 181 gemachten Angaben über den Ursprung der Besetzung Bosniens durch Oesterreich und über die Stellung der russischen Politik zu derselben in folgenden Sätzen:

Nr. 9541.
Deutschland.
27. Apr. 1887.

„Auf den Fürsten Gortschakow wälzt das Organ des Fürsten Bismarck die Verantwortlichkeit für die Unterstützung, welche der Orientpolitik Oesterreichs erwiesen wurde. Eins von Beiden: entweder ist hier die Rede von der Unentschlossenheit, welche Russland im Jahre 1866 an den Tag legte, als das unrichtige Verständniss für die Lage Oesterreichs dem Fürsten Gortschakow Anlass gab, sich dem Projekt zu widersetzen, welches dieses Reich in einen

Nr. 9541.
Deutschland.
27. Apr. 1887. politischen terminus verwandelt hätte, oder das Kanzlerorgan spricht von denjenigen Vereinbarungen, welche der Eröffnung der Sitzungen des Berliner Kongresses vorausgingen, in welchen die Abtretung Bosniens und der Herzegowina beschlossen wurde.“

Dazu ist zu bemerken, dass es sich hier um keine von den beiden in der „Peterburgskija Wedomosti“ gemachten Angaben handelt, sondern um russisch-österreichische Verabredungen ohne Mitwirkung und ohne Wissen Deutschlands, welche schon im Jahre 1876 vereinbart und im Jahre 1877 vertragsmässig sanktionirt wurden. || Damals bereits — also lange vor dem türkischen Kriege — sind die später in Wirksamkeit gesetzten Abmachungen bezüglich Bosniens und der Herzegowina zwischen Oesterreich und Russland direkt getroffen worden und, wie gesagt, ohne Mitwirkung und ohne Wissen Deutschlands. || Die Verhandlungen, welche mit jenem vom damaligen russischen Botschafter in Wien geschlossenen Verträge endigten, sind unter der Leitung und Verantwortlichkeit des Fürsten Gortschakow und unter direkter Betheiligung namhafter russischer Staatsmänner geführt worden, welche jetzt das gute Einvernehmen beider Länder dadurch zu stören bestrebt sind, dass sie vor der öffentlichen Meinung Russlands der in dieser Sache gänzlich unbetheiligten deutschen Politik die Verantwortlichkeit für Ergebnisse aufzubürden suchen, die sie selbst herbeigeführt haben.

Nr. 9542. DEUTSCHLAND. — Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 28. April 1887.

Nr. 9542.
Deutschland.
28. Apr. 1887. Der „Dniewnik Warschawski“ hat auf unsern letzten, an seine Adresse gerichteten Artikel durch eine, verschiedene Unrichtigkeiten und Irrthümer enthaltende Erwiderung repliziert, in welcher es u. A. heisst: „es wäre natürlicher gewesen, wenn das Organ des Reichskanzlers sich bemüht hätte, die von uns ausgesprochene Ansicht, dass die österreichische Orientpolitik seitens Deutschlands unterstützt werde, zu widerlegen und darzuthun, dass der Berliner Traktat für Russland ein aufrichtiger Freundschaftsdienst gewesen sei.“

Dass die österreichische Orientpolitik von Seiten Deutschlands unterstützt werde, ist in der von dem „Dniewnik“ behaupteten Beschränkung eine Entstellung der Wahrheit: die russische Orientpolitik ist gerade soviel wie die österreichische von Deutschland unterstützt worden, und das diesseitige Bemühen bleibt darauf gerichtet, zwischen den beiden befreundeten Kaisermächten eine freiwillige Verständigung herbeizuführen. Dass aber der Berliner Traktat, d. h. die Herbeiführung und Leitung der Verhandlungen aus denen er hervorging, ein „aufrichtiger Freundschaftsdienst“ Deutschlands für Russland gewesen ist, das ist eine Thatsache, zu deren Bestreitung seitens des „Dniewnik Warschawski“ schon eine hartnäckige Vorliebe zur Unwahrheit gehört. Der Berliner Kongress, dessen Ergebniss der „Dniewnik“ im weiteren Verlaufe seines Artikels „das Berliner Trugwerk“ nennt, ist, wie jenem Blatte bekannt,

nur auf Russlands Verlangen berufen worden, und Deutschland hat auf demselben jeden Wunsch, den Russland überhaupt geäußert hat, befürwortet und durchgesetzt. Wir sind schon einmal im Herbste 1882 in der Lage gewesen, dies hervorzuheben. Wenn Russland ausser den zu unserer Kognition gekommenen, noch andere Wünsche hatte, über die es Stillschweigen beobachtete, so würde das der Fehler des Fürsten Gortschakow gewesen sein, der damals russischer Minister war. Die Verabredungen, welche Russland durch den Vertrag vom Januar 1877 über Bosnien und die Herzegowina mit Oesterreich bindend getroffen hatte, liessen sich im Jahre 1878 in Berlin nicht mehr rückgängig machen, und ist dies von russischer Seite auch gar nicht versucht worden. Wenn es richtig wäre, dass Oesterreich, wie der „Dniwnik Warschawski“ ferner sagt, „diesen Völkerschaften statt des türkischen sein eigenes Joch aufzubürden vorgezogen habe“, so würde es dabei nicht im Jahre 1878 in Berlin, sondern in den Jahren 1876 und 1877 in Wien und Pest die genügende Unterstützung von Seiten der russischen Politik gefunden haben, wie Fürst Gortschakow und seine politischen Freunde sie auffassten und betrieben. Wenn der „Dniwnik“ glaubt, „dass Russlands öffentliche Meinung keinen Grund haben könnte, sich des Berliner Traktats mit Dankbarkeit zu erinnern“, so muss er sich mit seinen Beschwerden an die russische Politik des Fürsten Gortschakow und seiner Freunde halten; sie allein haben den Berliner Traktat herbeigeführt, und sie allein haben fast zwei Jahre vor demselben Bosnien und die Herzegowina „den Händen Oesterreichs, in denen es sich noch befindet“, ausgeliefert. Das Berliner Kabinet würde aus eigenem Antriebe niemals auf den Gedanken gekommen sein, sich mit der Berufung eines Kongresses wegen der Orientfrage zu befassen, und die Frage, in wessen Händen Bosnien und die Herzegowina sich befinden, ist für die deutsche Politik jederzeit ohne Interesse gewesen.

Wir werden abwarten, ob und in welcher Weise der „Dniwnik Warschawski“ auf diesen Punkt „ausführlicher“ zurückkommen wird, und werden davon Gelegenheit nehmen, die Entstellungen der jüngsten Zeitgeschichte, zu denen dieses Blatt benutzt wird, durch fernere und nöthigenfalls noch genauere Angaben zu widerlegen.

Nr. 9543. OESTERREICH-UNGARN. — Artikel des „Pester Lloyd“ vom 2. Mai 1887.

Budapest, 30. April.

Zwischen dem Organe des deutschen Reichskanzleramtes und einem für offiziös gehaltenen russischen Blatte wüthet seit etwa acht Tagen ein Zeitungskrieg, dessen Heftigkeit noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht zu haben scheint. Von russischer Seite wird gegen Deutschland der Vorwurf erhoben, dass die Misserfolge, welche die erstere Macht auf dem Berliner Kongresse

Nr. 9542.
Deutschland.
28. Apr. 1887.

Nr. 9543.
Oesterreich-
Ungarn.
30. Apr. 1887.

Nr. 9543.
Oesterreich-
Ungarn.
30. Apr. 1887.

zu erleiden hatte, ihren eigentlichen Grund in der damaligen unfreundlichen Haltung Deutschlands gegen Russland hatten, während Oesterreich-Ungarn, von Deutschland unterstützt, ohne Schwertstreich die — wenn auch einstweilen nur thatsächliche — Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina als Errungenschaft von diesem Kongresse heimbrachte. Dagegen bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, der Berliner Kongress „sei nur auf Russlands Verlangen berufen worden, und Deutschland habe auf demselben jeden Wunsch, den Russland überhaupt geäußert hat, befürwortet und durchgesetzt“; bezüglich Bosniens und der Herzegowina — so behauptet das Kanzlerblatt — hätten zuerst im Jahre 1876 zu Reichstadt bestimmte Verabredungen stattgefunden, und dann sei im Jahre 1877 ein förmlicher Vertrag zwischen Russland und Oesterreich-Ungarn abgeschlossen worden, welcher sich hinterher im Jahre 1878 in Berlin „nicht mehr rückgängig machen liess“; wenn also Oesterreich-Ungarn, wie das russische offiziöse Blatt sagt, der Bevölkerung von Bosnien und der Herzegowina „statt des türkischen Joches sein eigenes aufgebürdet“ habe, so sei ihm hierfür nicht im Jahre 1878 in Berlin, sondern in den Jahren 1876 und 1877 in Wien und Budapest die nöthige Unterstützung, und zwar geradezu von russischer Seite — namentlich durch Vermittelung der Herren Ignatiew und Obrutschew — zugesichert worden; es hätten sich also Oesterreich-Ungarn und Russland, lange ehe an eine Berufung des Kongresses gedacht worden, über die Besetzung Bosniens und der Herzegowina geeinigt, und der Preis, den Oesterreich bezahlte, habe darin bestanden, dass es der darauf folgenden militärischen Aktion Russlands im Balkan stillschweigend zusah . . .

Es liegt durchaus nicht in unserer Absicht, uns in diesen deutsch-russischen Zeitungskrieg zu mischen; die officiösen Organe in Berlin und Petersburg und Diejenigen, welche hinter ihnen stehen, mögen ihre kleinen oder grossen Zwistigkeiten austragen, wie es ihnen beliebt, und wenn man sich bei dieser Gelegenheit in Berlin wieder einmal überzeugt, in welcher Weise die „thurmhohle“ Freundschaft Deutschlands für Russland von diesem letzteren erwidert wird, so kann uns dies nur angenehm sein. Wie jedoch aus dem Vorstehenden ersichtlich, ist im Verlaufe dieser Polemik auch auf einige uns sehr nahe berührende Thatsachen Berufung geschehen, und zwar in einer Weise, welche der historischen Wahrheit durchaus nicht entspricht. Diese Thatsachen in ganz objectiver Weise richtigzustellen, dürfte uns nicht nur gestattet sein, sondern wir glauben damit geradezu eine Pflicht zu erfüllen. Zunächst mit den Thatsachen im Widerspruch stehend ist die Behauptung — und wir bedürfen einer Richtigstellung derselben für unsere weitere Beweisführung —, dass der Berliner Kongress „ausschliesslich auf Verlangen Russlands“ einberufen worden sei. Die Initiative in dieser Beziehung wurde im Gegentheil von Oesterreich-Ungarn ergriffen, während der diesfällige Vorschlag von Russland nicht ohne Widerstreben acceptirt wurde. Am 5. Februar 1878 lud Graf Andrassy die europäischen Mächte zu einer Konferenz in Wien, „um die Uebereinstimmung Europas bezüglich jener Veränderungen herbeizuführen, welche durch die

Friedensbedingungen zwischen Russland und der Türkei (San Stefano) in Bezug auf die Verträge von 1856 und 1876 nothwendig sein könnten“. Schon am darauf folgenden Tage erklärten sich die Mächte zur Beschickung einer solchen Konferenz bereit, wollten jedoch die Frage, ob dieselbe in Wien stattfinden sollte, einstweilen offen lassen. Am 7. März änderte Graf Andrassy die Aufforderung zu einer Konferenz in die Aufforderung zu einem Kongresse der leitenden Minister in Berlin um. Russland hätte irgend eine kleinere Stadt gewünscht; allein Graf Andrassy beharrte darauf, dass der Kongress in Berlin zusammentreten solle. „Die österreichisch-ungarische Regierung ist der Ansicht, hiess es in der diesbezüglichen Zirkularnote, dass ein Kongress die meiste Aussicht haben würde, zu praktischen Resultaten zu gelangen, wenn er in Berlin stattfindet; das Berliner Kabinet hat sich bereit erklärt, die Einladungen dazu ergehen zu lassen, sobald wir (Oesterreich-Ungarn) in der Lage sind, es der Zustimmung der übrigen Kabinete zu versichern.“ England erklärte schon zwei Tage später, kein Bedenken gegen einen Kongress zu haben, wenn sämtliche, im Vertrage von San Stefano zwischen Russland und der Türkei behandelte Fragen den Gegenstand der Erörterung bilden würden; dagegen meldete Lord Loftus unter dem 12. März an Lord Derby: Fürst Gortschakow habe erklärt, dass der Vertrag von San Stefano nach der Ratification zwischen Russland und der Türkei bindend sei und jede etwa von den Mächten vorzunehmende Veränderung den Gegenstand weiterer Verhandlungen zwischen Russland und der Türkei bilden müsste; auch könne Russland nur die Diskussion über diejenigen Artikel annehmen, welche europäische Interessen berühren. Endlich siegte jedoch die englische Auffassung, und unter dem 3. Juni erging bereits von Seite der deutschen Regierung die Einladung zum Kongresse an sämtliche Mächte, in welcher ausdrücklich gesagt wird: „In Uebereinstimmung mit der vom österreichisch-ungarischen Kabinet ergriffenen Initiative beehrt sich die Regierung Sr. Majestät des Deutschen Kaisers, den Signatarmächten der Verträge von 1856 und 1876 vorzuschlagen, sich zu einem Kongresse in Berlin vereinigen zu wollen, um auf demselben die Bestimmungen des zwischen Russland und der Türkei abgeschlossenen Präliminarvertrages von San Stefano zu erörtern“; und weiter unten heisst es: dass „die freie Erörterung des gesammten Inhaltes des Vertrages von San Stefano“ die Aufgabe des Kongresses zu bilden habe. Aus all Dem geht wohl klar hervor, dass die Initiative zur Einberufung des Kongresses von Oesterreich-Ungarn ausging, während Russland sich nur mit Widerstreben diesem Vorschlage fügte, und schon dieser Umstand allein berechtigt wohl zu der Frage: ob dieser ganze Vorgang möglich gewesen wäre, wenn zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland bereits lange vor dem Kongresse bindende Abmachungen getroffen waren und Oesterreich-Ungarn sich in denselben die einzige Errungenschaft, die es vom Berliner Kongresse heimbrachte, nämlich die Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina, bereits in voraus gesichert hätte? Würde in einem solchen Falle Oesterreich-Ungarn nicht weit eher bemüht gewesen sein, jene moralische Schlappe, welche Russ-

Nr. 9543.
Oesterreich-
Ungarn.
30. Apr. 1887.

Nr. 9543.
Oesterreich-
Ungarn.
30. Apr. 1887.

land unzweifelbar schon durch den Zusammentritt des Kongresses an und für sich erlitt, von diesem abzuwenden, nachdem es ja auf dem Kongresse nicht mehr erreichen konnte, als was ihm ohnehin bereits zugesichert war?!

Es giebt aber auch noch andere, ganz direkte Beweise dafür, dass Dasjenige, was über Separatabmachungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland bezüglich Bosniens und der Herzegowina in der zweiten Hälfte 1876 (Reichstädter Zusammenkunft) und im Januar 1877 gesagt wird, der Wahrheit durchaus nicht entspricht. Die Zusammenkunft zwischen dem Kaiser-König von Oesterreich-Ungarn und dem Kaiser von Russland in Reichstadt fand am 8. Juli 1876 statt. Am darauf folgenden Tage telegraphirte Graf Andrassy nach Paris, London und Rom an die dortigen Botschafter Oesterreich-Ungarns „Theilen Sie als Ergebniss der Reichstädter Begegnung vertraulich mit, dass wir mit Beseitigung aller neueren Vorschläge übereingekommen sind, an der Nichtintervention unter den gegenwärtigen Verhältnissen festzuhalten. Erst wenn die Umstände es erfordern und ein konkreter Fall vorliegen wird, soll ein weiteres vertrauliches Einvernehmen zwischen allen christlichen Mächten eingeleitet werden.“ Hierauf erwiderte am folgenden Tage (10. Juli) der damalige Londoner Botschafter Graf Beust: „Telegramm Ew. Excellenz erhalten. Lord Derby empfing die Mittheilung mit grosser Befriedigung und sagte: Jetzt erst kann ich erklären, dass kein allgemeiner Krieg zu befürchten ist, was hier so sehr beunruhigte“, — und am nämlichen Tage telegraphirt Lord Derby an den englischen Botschafter in Wien: „Der österreichische Botschafter theilte mir heute den Inhalt eines Telegrammes mit, das er von seiner Regierung über die Zusammenkunft in Reichstadt erhalten habe. Das Ergebniss der Besprechung wird als zufriedenstellend bezeichnet. Die beiden Kaiser waren darüber einig, unter den jetzigen Umständen eine Politik der Nichtintervention zu verfolgen. Wenn weitere Ereignisse es nöthig machen sollten oder wenn irgend ein bestimmter thatsächlicher Wendepunkt eintrete, sollten Anstrengungen gemacht werden, um zu einer allgemeinen Verständigung unter den Mächten zu gelangen.“ In der That waren, so weit wir unterrichtet sind, die Bemühungen Oesterreich-Ungarns bei Gelegenheit der Reichstädter Zusammenkunft in erster Linie dahin gerichtet, Russland wenn möglich vom Kriege abzuhalten, obwohl Graf Andrassy schon dort die Impression gewonnen haben dürfte, dass er diesen Zweck nicht erreichen werde und der Krieg auf russischer Seite eine ausgemachte Sache sei. Der damalige Leiter unserer auswärtigen Politik hatte unter solchen Umständen zwischen zwei Wegen zu wählen. Entweder er musste sich entschliessen, seinem Monarchen anzurathen, jedes kriegerische Beginnen Russlands gegen die Türkei mit bewaffneter Hand zu verhindern. Die Folgen eines solchen Entschlusses lassen sich an den Fingern abzählen; Russland würde dann nicht den Krieg gegen die Türkei, wohl aber sofort gegen Oesterreich-Ungarn gemacht haben; es hätte sich, um den Schein zu wahren, mit gewissen Reformversprechungen der Türkei begnügt und sich dann mit aller Wucht auf unsere Monarchie geworfen, welche in einem solchen Falle — wer sich die damalige

Situation vergegenwärtigt, für den wird diese Behauptung keines weiteren Beweises bedürfen — vollständig isolirt gewesen wäre. Die Türkei hätte für uns keinen Finger gerührt, nachdem sie sich zuvor mit Russland separat verständigt gehabt hätte; England hätte mit seinem Fernrohr wohlgefällig dem kriegerischen Schauspiel zugesehen, da ja bei einem Kriege zwischen uns und Russland die englischen Interessen direkt nicht in Frage gekommen, indirekt aber durch uns und auf unsere Kosten vertheidigt worden wären. Das Bündniss zwischen uns und Deutschland existirte damals noch nicht, wohl aber die thurmhohe Freundschaft zwischen diesem und Russland, und wer die damaligen Reden des Fürsten Bismarck liest, der wird zu der Ueberzeugung gelangen, dass von dieser Seite für uns im allergünstigsten Falle Neutralität, und vielleicht nicht einmal eine wohlwollende Neutralität, zu erwarten gewesen wäre. Obendrein wäre es Russland gar nicht schwer gefallen, in den Augen der Balkanvölker die Sache so darzustellen, als hätten wir es an dem Kriege gegen die Türkei bloß deshalb verhindern wollen, weil wir eine Emanzipation dieser christlichen Völker von der türkischen Herrschaft nicht wünschen, und die Sympathieen derselben hätten sich dann ebenso sehr Russland zugewendet, als wir vor ihnen zum Gegenstande des Hasses geworden wären. Unter solchen Umständen einen Angriff Russlands auf die Türkei unsererseits von vornherein und in allen Fällen gewaltsam verhindern zu wollen, wäre von einem österreichisch-ungarischen Staatsmanne eine Gewissenlosigkeit, ja geradezu ein Verbrechen gewesen, für welches er die seidene Schnur verdient hätte. Es blieb also dem Grafen Andrassy nur der andere Weg offen, nämlich für den Fall, dass Russland zum Kriege gegen die Türkei schreiten sollte, seinerseits an der Nichtintervention festzuhalten, gleichzeitig aber auch in voraus genau jene Grenzlinie zu bezeichnen, welche von russischer Seite nicht überschritten werden dürfe, solle nicht Oesterreich-Ungarn seine eigenen Interessen als gefährdet und sich zu einem unmittelbaren Eingreifen genöthigt sehen. Es war übrigens nicht nur eine Pflicht der Loyalität gegenüber Russland, mit welchem wir ja durchaus gute Beziehungen unterhielten, sondern auch eine Pflicht gegen unsere Monarchie, diese letztere nach Kräften vor der Möglichkeit eines Konfliktes dadurch zu bewahren, dass rechtzeitig diejenigen Punkte bezeichnet wurden, welche von uns als casus belli betrachtet werden müssten. Das ist denn auch von Seite des Grafen Andrassy geschehen und wurde von ihm, so viel wir uns erinnern, der Hauptsache nach auch gar nicht als Geheimniss behandelt. Vielleicht nicht mit allen jenen Details, welche in seinen diplomatischen Noten enthalten sein mochten, aber in den Hauptzügen deutlich erkennbar, hat er Dasjenige, was er als die Interessensphäre Oesterreich-Ungarns betrachtete, auch vor den Delegationen zu wiederholten Malen gekennzeichnet; so namentlich bei Gelegenheit der Verhandlungen über den Sechzig-Millionen-Kredit am 9. April 1878; Graf Andrassy schloss damals seine Rede mit folgenden Worten: „Die Delegation wird gewiss die Ueberzeugung theilen, dass in dem Augenblick, wo sich eine Umgestaltung aller Verhältnisse an unserer immediaten Grenze voll-

Nr. 9543.
Oesterreich-
Ungarn.
30. Apr. 1887.

ziehen soll, Oesterreich-Ungarn unmöglich weniger in der Lage sein kann, als das geringste der beteiligten Länder, sich vor Ueberraschung durch faits accomplis zu schützen. Auch heute ist es keine Mobilisirung, die wir beanspruchen; es ist bloß die Möglichkeit, im Falle der Noth unverweilt das Geeignete vorzukehren; es ist dies keine Feindseligkeit gegen irgend eine Macht, ebensowenig aber eine leere Demonstration; es ist eine durch die Vorsicht gebotene Massregel, — die Vorbereitung, um unter den jetzigen Verhältnissen das Selbstbestimmungsrecht der Monarchie gegenüber allen Eventualitäten aufrecht zu erhalten.“ Kann nun, so fragen wir, ein Mensch mit fünf gesunden Sinnen annehmen, dass Graf Andrassy, dem selbst seine Gegner Zeit seines Lebens das Zeugniß eines ehrlichen Mannes nicht versagen konnten, eine solche Sprache geführt haben würde, wenn er bereits die Abmachung mit Russland, gegen welches allein diese „durch die Vorsicht gebotene Massregel“ gerichtet sein konnte, in der Tasche gehabt hätte?

Dass sich unter jenen Punkten, welche von Seite unserer Monarchie im voraus als casus belli bezeichnet wurden, auch eine fremde Occupation Bosniens und der Herzegowina befand, kann auch, wenn man nicht in die Geheimnisse der damaligen Verhandlungen eingeweiht ist, für keinen denkenden Politiker einem Zweifel unterliegen, und wir würden es nur als Beweis einer richtigen staatsmännischen Erkenntniß betrachten, wenn Graf Andrassy schon in allem Anbeginn rundweg erklärt hätte, dass wir zwar die Türken aus Bosnien und der Herzegowina nicht verdrängen wollen, so lange sie im Stande sind, in diesen unseren Nachbarländern Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, dass wir aber, falls die Türken dieser Aufgabe nicht gewachsen wären und daher in der Lage dieser beiden Länder nothgedrungen irgendeine Aenderung eintreten müsste, die Occupation derselben durch irgendeine andere Macht, sei es eine grosse oder eine kleine, absolut nicht dulden, sondern sofort selbst einschreiten würden, um in der unmittelbaren Nähe unserer Grenzen, so weit dies eben möglich, geordnete Zustände herzustellen. Die Klausel, dass dieser Schritt nur dann stattfinden solle, wenn wir dazu im Interesse unserer eigenen Sicherheit, durch die Ohnmacht der Türkei, genöthigt werden sollten, beweist wohl zur Genüge, dass nicht der Ländererwerb unser Ziel war, und dass die Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina somit für uns keinen von langer Hand angestrebten Gewinn repräsentirte, für welchen wir, sei es an Russland, sei es an irgend jemand Anderen, zu irgend einer Gegenleistung verpflichtet gewesen wären. Die Gestattung der Occupation dieser Länder war also nicht und konnte nach alldem auch nicht der „Preis“ sein, welchen uns Russland für unsere Neutralität im russisch-türkischen Kriege bezahlte; denn erstens hatte diese Neutralität, wie wir schon oben auseinandergesetzt, ganz andere, aus unserer eigenen Situation geschöpfte Gründe, und konnten wir für dieselbe somit auch von Niemandem einen Preis beanspruchen; zweitens waren dieser Neutralität ganz bestimmte, von uns im voraus genau bezeichnete Grenzen gesteckt, und Russland wäre wohl nicht so thöricht gewesen, uns im voraus

einen Preis zuzugestehen für einen Dienst, welchen wir ihm jeden Augenblick versagen konnten; drittens ist uns das Mandat für die Occupation und Administration Bosniens und der Herzegowina nicht von Russland, sondern gegen dessen Willen vom Berliner Congressse ertheilt worden. Und dass selbst in diesem Punkte Deutschland den Wünschen Russlands näher stand als jenen Oesterreich-Ungarns, dass es daher von der russischen Presse höchst ungerecht ist, wenn sie der deutschen Politik heute das Gegentheil zum Vorwurfe macht, dafür spricht eine charakteristische Thatsache, zu deren Kenntniss wir durch eine Mittheilung des verstorbenen Ministers des Auswärtigen Baron Haymerle (bekanntlich einer der Vertreter Oesterreich-Ungarns am Berliner Congressse) gelangt sind. Noch in jener Nacht, welche dem für die Verhandlung der bosnischen Angelegenheit bestimmten Sitzungstage voranging, schickte Fürst Bismarck — es war bereits spät nach Mitternacht — seinen Sohn Herbert zum Grafen Andrassy, mit der Bitte, derselbe möge sich's doch noch einmal überlegen, ob es nicht besser wäre, die Forderung Oesterreich-Ungarns bezüglich Bosniens und der Herzegowina fallen zu lassen. Welche Antwort Graf Andrassy auf diese Zumuthung ertheilte, das lässt sich aus dem Berichte über die am nächsten Tage abgehaltene Sitzung des Congresses beiläufig errathen.

Und noch eine Frage: wenn bei Gelegenheit der Reichstädter Zusammenkunft, also Anfangs Juli 1875, die oft erwähnte Abmachung stattgefunden hätte, wie erklärt sich dann die im September desselben Jahres, also drei Monate später, erfolgte Mission Sumarokows, welche in dem russischen Vorschlage gipfelte: Oesterreich-Ungarn solle Bosnien und die Herzegowina, Russland dagegen Bulgarien besetzen, ein Vorschlag, der von unserem Auswärtigen Amte rundweg abgelehnt wurde, indem dasselbe einerseits neuerdings jene Voraussetzung hervorhob, unter welcher allein für uns ein Einschreiten in Bosnien und der Herzegowina zur Nothwendigkeit würde, andererseits aber auch die Gründe anführte, welche uns eine dauernde Occupation Bulgariens durch Russland in keinem Falle und um keinen Preis als statthaft erscheinen liessen. Und wenn dieser oder ein ähnlicher Vorschlag, sei es gelegentlich der Mission Sumarokows, sei es etwas später, von Seite Oesterreich-Ungarns zur Annahme gelangt wäre, ist es denkbar, dass Russland dann den Berliner Vertrag acceptirt hätte, welcher Oesterreich-Ungarn die erst zu bewerkstelligende Occupation und Administration Bosniens und der Herzegowina mit unbeschränkter Zeitdauer übertrug, während für das Aufhören der bereits bestehenden russischen Occupation Bulgariens ein bestimmter, sehr knapp bemessener Termin fixirt wurde? Nur nebenbei sei hier noch bemerkt, da in den deutschen Blättern insbesondere von einer im Interesse jenes Separatvertrages stattgefundenen Mission Ignatiew's nach Wien und Obrutschew's nach Budapest gesprochen wird, — dass Graf Ignatiew erst kurze Zeit vor dem Berliner Congressse nach Wien kam und früher, also in der zweiten Hälfte 1876 oder Anfangs 1877, mit unserem Auswärtigen Amte in keinerlei Verkehr getreten war; mit General Obrutschew aber hat Graf Andrassy, soweit wir unterrichtet sind, überhaupt

Nr. 9543. Oesterreich-Ungarn. 30. Apr. 1887. niemals verhandelt, weder in Wien noch in Budapest, und es wäre wirklich interessant, zu erfahren, wie dieser russische Pilatus in das deutsche Credo hineingekommen ist . . .

Unserem eingangs dieser Zeilen gegebenen Versprechen getreu, beschränken wir uns auf diese Richtigstellung der Thatsachen, und wir besorgen nicht, dass irgend eine der von uns gemachten Angaben von Denjenigen, welche in die Vorgänge der damaligen Zeit eingeweiht sind, Lügen gestraft werden dürfte. Wenn einige dieser Angaben mit den Behauptungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ im Widerspruche stehen, so berechtigt dies nicht im Entferntesten zu der Annahme — und wir möchten uns gegen eine solche auch noch ausdrücklich verwahrt haben —, als hätte das Organ des deutschen Reichskanleramtes dabei anders, als im vollen guten Glauben gehandelt. Die Erklärung für dessen Irrthümer liegt eben darin, dass die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ selbst beifügt: die angeblichen Abmachungen, von denen sie spricht, seien „ohne Mitwirkung und ohne Wissen Deutschlands“ getroffen worden. Es war eben damals — das deutsch-österreichisch-ungarische Bündniss existirte noch nicht — gar keine Veranlassung vorhanden, über Dasjenige, was überhaupt zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland geschah, dem Berliner Cabinet mehr mitzutheilen, als irgend einem anderen, und so dürften denn auch die Informationen des officiösen deutschen Blattes über die Vorfälle jener Zeit nicht aus unmittelbarer und vielleicht auch nicht aus ganz lauterer Quelle geflossen sein. Heute liegen die Dinge allerdings anders; heute würde man sich über Dasjenige, was zwischen Wien und Petersburg vorgeht, in Berlin nicht erst aus russischen Quellen Belehrung verschaffen müssen. Der Separatvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland, welchen man ihm in die Schuhe schieben will, hat niemals existirt; dagegen existirt noch bis zur Stunde jenes vom Grafen Andrassy geschaffene intime Verhältniss zwischen unserer Monarchie und Deutschland, welches seinen Nachfolgern nebst mancherlei anderen Vortheilen auch noch den bietet, dass sie nicht der Gefahr ausgesetzt sind, ihre Politik selbst in officiösen Berliner Blättern in solcher Weise entstellt zu sehen, wie dies Graf Andrassy im gegenwärtigen Augenblicke über sich ergehen lassen muss.“

Nr. 9544. DEUTSCHLAND. — Artikel der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ vom 2. Mai 1887.

Nr. 9544. Deutschland. 2. Mai 1887. Die „Moskauer Zeitung“ beschäftigt sich in ihrer Nummer vom 26. April mit der historischen Belehrung über die Vorgeschichte des letzten Türkenkrieges, welche wir kürzlich dem „Dniewnik Warschawski“ hatten zu Theil werden lassen. Die von der bekannten Gehässigkeit getragenen Aeusserungen des Katkowschen Blattes machen es nothwendig, auf die 1876er Verhandlungen noch näher einzugehen, um nachzuweisen, dass den Verdächtigungen und Ent-

stellungen, mit denen dasselbe die öffentliche Meinung Russlands zu fälschen bestrebt ist, thatsächlich der Boden fehlt.

Nr. 9544.
Deutschland.
2. Mai 1887.

Zunächst wollen wir feststellen, dass es sich in unseren bisherigen Veröffentlichungen über die vorliegende Frage um „Anspielungen“ gar nicht gehandelt hat, sondern um unwiderlegliche Mittheilungen von Thatsachen aus der Zeitgeschichte. Ueber die Frage, wer die Unruhen auf der Balkanhalbinsel im Sommer 1875 provocirt und bis zum Herbst 1876 gepflegt und unterhalten hat, wird Herr Katkow, da er schon damals an der Leitung seiner Partei betheiligte war, besser wie wir unterrichtet sein. Die Insinuation, als ob die Beunruhigung der österreichischen Grenze durch aufständische Bosniaken, Serben und Bocchesen von Oesterreich selbst angestiftet worden wäre, ist eine ungewöhnlich ungeschickte und zeigt nur, was Herr Katkow seinem Leserpublikum bieten kann. Wer auch nur die Zeitungen im letzten Jahrzehnt gelesen hat, wird sich erinnern, dass der Gesinnungsgenosse des Herrn Katkow, der Moskauer Emissair Aksakow, die Geldspenden der Slavenkomités nach Bosnien und Serbien und die russischen Freiwilligen die Bewegung so weit unterhielten, dass deren Erlöschen verhütet wurde. Oesterreich hat jene Aufstände von Anfang an mit Besorgniss verfolgt und das Bedürfniss gehabt, die Ruhe an seinen Grenzen wiederhergestellt zu sehen. Es war die Partei des Herrn Katkow, welche die bosnischen und serbischen Insurgenten so lange unterstützte, bis es ihr gelungen war, die an und für sich friedliebende Regierung des Kaisers Alexander II. in die Bewegung hineinzuziehen und dazu zu bringen, dass sie in der Voraussicht der eventuellen Nothwendigkeit ihres Einschreitens im Sommer 1876 den Weg direkter Verhandlungen mit Oesterreich betrat. Diese Verhandlungen haben die ganze zweite Hälfte des Jahres 1876 ausgefüllt, und bei ihrem Abschluss ist es der General Obrutschew gewesen, der als Ueberbringer kaiserlicher Briefe und militairischer Berather in den bezüglichen Punktationen an dem Zustandekommen derselben einen hervorragenden Antheil hatte.

Aus den ganzen damaligen Verhandlungen ergibt sich zur Evidenz, dass Russland zu jener Zeit über das Verhalten Oesterreichs nicht nur keine Klage hatte, sondern von der freundlichen Haltung des Wiener Kabinettes in hohem Grade befriedigt war: man braucht unter den vielen, vor der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Wien und Petersburg gewechselten Depeschen nur einen Erlass des Fürsten Gortschakow vom 27./15. Dezember 1876 ins Auge zu fassen, in dem verschiedene Phasen der Unterhandlung bei dem Abschluss resumirt werden und der mit den Worten schliesst: „veuillez le dire à M. le Comte Andrassy en ajoutant que l'empereur lui sait personnellement gré des efforts qu'il a faits pour mener à bonne fin cette importante négociation.“ Russland hatte eben zu jener Zeit verschiedene Wünsche, deren Erfüllung von Seiten Oesterreichs für die eigenen Zwecke Russlands im Orient als ein Bedürfniss angesehen wurde. Den Preis für die Erfüllung dieser Wünsche bildete die vertragsmässige Zusage der Besetzung Bosniens durch Oesterreich.

Nr. 9544. Diese vertragsmässige Zusage ist älter als der Berliner Traktat und konnte auf dem Berliner Kongress nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Die Beziehungen der beiden Kabinette von Wien und Petersburg waren 1876 und 1877 vertrauensvolle und intime und weit entfernt von dem Uebelwollen, welches Herr Katkow ihnen jetzt imputiren will.

Nr. 9545. **DEUTSCHLAND.** — Artikel der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ vom 3. Mai 1887.

Nr. 9545. Die russische „Petersburger Zeitung“ vom 30. April erwidert unseren Artikel vom 27. April in der Hauptsache nur mit Zweifeln und unbegründeten Verneinungen, auf welche sie nach ihren officiösen Beziehungen die Widerlegung näher hätte haben können als durch uns. Sie stellt dabei nicht in Abrede, dass ein Einvernehmen unter Verantwortlichkeit des Fürsten Gortschakow 1877 getroffen sei: aber die moralische Verantwortung für die Abmachung vom Januar 1877 müsse zwischen den beiden Kanzlern getheilt werden. Dieser Theilung widersprechen wir auf das bestimmteste. Gerade Fürst Gortschakow hat bei dem Beginn der Verhandlungen mit Oesterreich die Bedingung gestellt, dass dieselben vor Deutschland geheim zu halten seien, vielleicht aus dem Grunde, weil er voraussah, dass diese und andere vertrauliche Verhandlungen, welche er gleichzeitig mit Deutschland führte, mit einander nicht so verträglich wären, dass nicht die einen durch die anderen Schaden hätten leiden können.

Eine andere Kritik finden unsere Veröffentlichungen bezüglich Bosniens im „Pester Lloyd“ vom 2. Mai. Derselbe erklärt, dass der Berliner Kongress nicht auf den Vorschlag Russlands, sondern auf den Vorschlag Andrassys gegen den Willen Russlands einberufen worden sei. Wir wollen ihm überlassen, sich über diese Frage mit Russland direkt auseinanderzusetzen. Wir haben nur behauptet, dass die Berufung des Kongresses nicht auf deutscher Initiative, sondern auf russischer beruhe. Ob die Priorität zwischen Oesterreich und Russland streitig sei, ist eine Frage, die für uns neu ist und mit dem Beweisthema, dass Deutschland keine Schuld an den für Russland unerfreulichen Ergebnissen der russischen Orientpolitik trage, nicht in Verbindung steht. Wenn der Artikel des „Lloyd“ aber bestreitet, dass irgend welche besondere Vereinbarung mit Russland wegen Occupation Bosniens erfolgt sei, so ist er oder stellt sich unwissender, als er nach der Sicherheit seiner Behauptung sein sollte. Dass Graf Andrassy mit dem General Obrutschew direkt nicht verhandelt habe, ist möglich. Wir haben nur die Theilnahme des Generals Obrutschew an der militairischen Seite der damaligen Verhandlungen behauptet, nicht aber direkte persönliche Verhandlungen zwischen ihm und dem Grafen Andrassy.

Nr. 9546. **DEUTSCHLAND.** — Antwort der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ vom 5. Mai 1887 auf den Artikel des „Pester Lloyd“ vom 2. d. M.

(Nach Abdruck des Artikels fährt das Blatt fort:)

Wir wollen auf eine Polemik mit dem ungarischen Blatte nicht eingehen, sondern nur einige thatsächliche Irrthümer richtig stellen.

Nr. 9546.
Deutschland.
5. Mai 1887.

Wir haben schon neulich erklärt, dass wir auf die Priorität des Kongressgedankens zwischen Oesterreich und Russland gar kein Gewicht legen, sondern in unseren bisherigen Auslassungen nur behauptet haben, dass die Berufung des Kongresses ein deutsches Bedürfniss nicht war und die Anregung dazu auch nicht von Deutschland ausgegangen ist; das unbetheiligte Berliner Kabinet hat damals lediglich den näher betheiligten Mächten seine guten Dienste im Interesse des Friedens zur Verfügung gestellt und den Kongress auf den ihm durch Graf Schuwalow mitgetheilten Wunsch Russlands berufen, nachdem die Bereitwilligkeit zur Annahme der Einladung von Seiten Oesterreichs und Englands festgestellt war. || Irrthümlich ist die Angabe des „Pester Lloyd“, dass die Bedingungen des Friedens von St. Stefano der ersten österreichischen Anregung einer Konferenz, die er selbst auf den 5. Februar 1878 legt, zur Grundlage gedient hätten; denn dieser Friede wurde erst am 1. März geschlossen, also über 3 Wochen später. Die ersten beiden Anregungen des Wiener Kabinetts, beide aus dem Monat Februar, stiessen auf den Widerstand des Fürsten Gortschakow, welcher seinerseits am 3. März an das deutsche Kabinet die Frage richtete, ob Berlin als Ort angenehm sei. || Das hiesige Kabinet erklärte sich darauf bereit, nach Berlin einzuladen, sobald die Zustimmung der Einzuladenden durch Oesterreich festgestellt sein werde. || Fürst Gortschakow ist auf den Kongress damals eingegangen, um den Krieg mit England zu vermeiden; mit Oesterreich stand Russland zu jener Zeit auf dem freundschaftlichen, durch den Vertrag vom 15. Januar 1877 sichergestellten Fusse, den wir in früheren Ausführungen angedeutet haben. || Wir glauben, dass es im Interesse aller betheiligten Mächte liegt, diesen wichtigen Abschnitt der Zeitgeschichte durch volle und aktenmässige Veröffentlichungen klarzustellen: Eine solche Klarstellung würde den unanfechtbaren Beweis der Wahrheit liefern, die für uns der Ausgangspunkt der ganzen Erörterungen gewesen ist, dass nämlich die deutschfeindliche Presse in Russland einen geschichtlichen Irrthum erfindet und ausbeutet, wenn sie ihren Lesern täglich wiederholt, dass die unwillkommenen Ergebnisse der russischen Orientpolitik durch Deutschland herbeigeführt seien. Wenn irgend Jemand diesen geschichtlichen Begebenheiten einen anderen Verlauf hätte geben können, so wäre das nur Fürst Gortschakow gewesen, und es ist daher, wir wiederholen es, eine Ungerechtigkeit, wenn die russische Presse behauptet, dass die Verantwortlichkeit für dieselben zwischen den beiden Kanzlern zu theilen sei. Dieselbe trifft den Fürsten Gortschakow allein.

Nr. 9546.
Deutschland.
5. Mai 1887.

Mit Rücksicht auf die Schlussfolge, welche der „Pester Lloyd“ an die Mission der Generals Sumarokow knüpft, genügt es, auf unsere früheren Mittheilungen hinzuweisen, aus welchen ersichtlich war, dass die Reichstädter Abmachungen 6 Monate lang unvollständig blieben und weiterer definitiver Feststellungen bedurften, um bindend zu werden. Diese mögen in der Hauptsache durch den General Sumarokow in Wien im September 1876 eingeleitet und nach dreimonatigen Verhandlungen zu einem beide Theile befriedigenden Abschluss gebracht worden sein: So lange dieser letztere nicht vorlag, waren die in Reichstadt getroffenen Verabredungen nicht als definitive anzusehen. Wenn der „Pester Lloyd“ am Schlusse seines Artikels die Thatsache der Existenz des österreichisch-russischen Separatvertrages vom 15. Januar 1877 bestreitet und unsere diesbezüglichen Mittheilungen sogar auf „unlautere Quellen“ zurückführt, so beweist das im Vereine mit anderen Irrthümern des Artikels, dass Vermuthungen, welche den Grafen Andrassy mit jenem Artikel in Verbindung bringen, unbegründet sind.*)

Nr. 9547. **DEUTSCHLAND.** — Artikel der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ vom 6. Mai 1887.

Nr. 9547.
Deutschland.
6. Mai 1887.

Die Petersburger „Wedomosti“ replizieren neuerdings auf einen unserer Artikel, in welchem wir den Gang der russischen Orientpolitik vor mehr als 10 Jahren beleuchtet hatten. Das Blatt wendet sich dabei persönlich an unsere Adresse, indem es behauptet, die „Nordd. Allg. Ztg.“ wäre in eine Falle gerathen. Wenn man diesen Ausdruck überhaupt hier anwenden will, so würde er nur auf die Petersburger „Wedomosti“ passen, da diese offenbar die „communiqués extractifs“ vom Juli 1876, auf Grund deren sie zu argumentiren versuchen, gar nicht kennen. Diese communiqués, welche vom Wiener und Petersburger Kabinet den anderen Mächten nach der Reichstädter Zusammenkunft gemacht wurden, fassten sich in Folgendem zusammen:

„St. Pétersbourg, 10. juillet: Les deux empereurs se sont séparés dans le meilleur accord, décidés à adopter le principe de non-intervention dans le moment actuel, se réservant, si les circonstances en démontraient la nécessité, une entente ultérieure avec les grandes puissances chrétiennes.“

Aus dem Text dieses Communiqué geht hervor, dass es sich in demselben nur um allgemeine Redewendungen handelt, welche den Kern der Reichstädter

*) In der That sah sich der ungarische Ministerpräsident Tisza am 21. Mai 1887 im Unterhause durch eine Interpellation veranlasst, zuzugeben, dass am 15. Januar 1877 zu Reichstadt zwischen Oesterreich und Russland ein Abkommen getroffen worden sei, in dem von Oesterreich die Grenzen bezeichnet waren, innerhalb welcher sich die Machtentwicklung einer fremden Grossmacht auf der Balkanhalbinsel bewegen müsse, wenn sie nicht die bewaffnete Intervention Oesterreich-Ungarns heraufbeschwören wolle.

Abmachungen gar nicht berühren: Letztere enthielten ganz andere Dinge, welche längere Zeit hindurch geheim gehalten wurden. Der deutschen Regierung sind erst später Mittheilungen darüber gemacht worden, und ob die anderen Regierungen überhaupt etwas davon erfahren haben, wissen wir nicht. Für sie und Anfangs auch für Deutschland waren die inhaltlosen Wendungen des angeführten communiqué extractif bestimmt. Aber selbst wenn auch nachgewiesen wäre, dass dem Berliner Kabinet von den geheimen Reichstädter Abmachungen sofort Mittheilung gemacht wäre, so würden die Petersburger „Wedomosti“ doch daraus immer nicht deduziren können, dass Deutschland für die vom Fürsten Gortschakow abgeschlossenen russisch-österreichischen Abmachungen verantwortlich sei. Diese sind nicht von oder mit Deutschland, sondern allein von dem starken und selbständigen Russland, in freier und unbeeinflusster Erwägung der russischen Interessen, durch den für Deutschland damals nicht gerade wohlwollend gesinnten Fürsten Gortschakow selbständig verhandelt und abgeschlossen, und er allein würde die Verantwortung für das in seinem Auftrage unterzeichnete Abkommen auch dann tragen, wenn Deutschland schon im Juli 1876 darum gewusst hätte, was aber nicht der Fall war.

Die Petersburger „Nowosti“, welche dem oben genannten Petersburger Blatt zu sekundären bemüht sind, scheinen umsichtiger redigirt zu werden, als ihre Kollegin. Dieses Blatt bestreitet die von uns veröffentlichten That-sachen nicht, es behauptet aber, dass Russland schon 1876 „unter deutschem Druck gestanden hätte“. Es braucht kaum gesagt zu werden, dass dies eine alberne Erfindung ist: ein Druck ist in jener Phase der Orientalpolitik von Deutschland weder geübt, noch von Russland empfunden worden, einfach aus dem Grunde, weil Deutschland weder die Macht noch ein Interesse daran hatte, einen solchen Druck zu üben. || Die Aktionsfreiheit der Russen im Orient zu beeinträchtigen, ist durch die deutsche Politik weder damals noch später versucht worden, und selbst, wenn die Russen von derselben in den Jahren 1876 bis 1878 einen ausgedehnteren Gebrauch gemacht hätten, als geschehen ist, so würde die deutsche Politik nicht berufen oder im Stande gewesen sein, dies zu hindern, weil es ihr nicht möglich gewesen sein würde, der deutschen Nation ein hinreichend starkes Interesse im Orient nachzuweisen, um dafür den Frieden mit Russland aufs Spiel zu setzen und das Reich in Kriege zu verwickeln, welche ohne Schädigung Deutschlands vermieden werden konnten. Diese Situation änderte sich erst, als nach dem Berliner Kongress Deutschland von der russischen Presse ebenso wie heut von den „Nowosti“ und ihren Gesinnungsgenossen angegriffen und bedroht wurde und schliesslich das russische Kabinet selbst sich diese Haltung seiner Presse aneignete. Auch dadurch entstand für Deutschland noch kein direktes Interesse an der Gestaltung der Dinge im Orient, wohl aber das Bedürfniss eines festeren Zusammenhaltens mit Oesterreich im Interesse der Sicherheit beider Reiche. || Die „Nowosti“ sagen ferner: „Wenn wir früher, nach irgend einem Ziele auf der Balkanhalbinsel strebend, genöthigt waren, uns nach Wien und London umzuschauen, so dürfen wir jetzt Berlin

Nr. 9547. nicht aus den Augen lassen.“ Wenn das Blatt die Geschichte seines eigenen Landes kannte, so würde es wissen oder sich erinnern, dass die russische Politik auch schon früher und namentlich in den Jahren 1828, 1855 und 1863 bei eintretenden Verwickelungen Berlin nicht aus den Augen gelassen hat, weil sie dort die einzige Macht in Europa fand, von der sie etwas Anderes, als direkte oder indirekte Feindschaft, und mindestens eine sichere und wohlwollende Neutralität erwarten konnte.

Nr. 9548. DEUTSCHLAND. — Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7. Mai 1887.

Nr. 9548. Die „Nowoje Wremja“ bestreitet in einem uns heute zu Gesicht gekommenen Artikel die Richtigkeit der von uns zur Vorgeschichte des Berliner Kongresses gegebenen thatsächlichen Erläuterungen zwar nicht, behauptet aber trotzdem mit unlogischem Eigensinn, „Deutschland habe Russland auf dem Kongresse verrathen“ — allerdings ohne auch nur den Schatten eines Beweises dafür beizubringen. || Einen solchen Beweis zu führen, würde auch unmöglich sein. Wenn die „Nowoje Wremja“ die Ergebnisse des Berliner Kongresses als „Verrath an Russland“ bezeichnen will, so trifft dies nur den Fürsten Gortschakow als damaligen verantwortlichen Leiter der russischen Politik und dessen politische Gesinnungsgenossen, die bei den Verhandlungen von 1876 und 1877 thätig waren. Unter ihnen befinden sich, wenn wir nicht irren, gerade die Gönner der „Nowoje Wremja“. || Es ist ein geschichtliches Faktum, dass der Kongress auf Russlands Wunsch und auf einer dem Fürsten Gortschakow im Voraus mit anderen Mächten vereinbarten Basis zusammenberufen wurde, und dass jeder officiële russische Wunsch auf demselben die Unterstützung Deutschlands gefunden hat. || Wir können es uns genügen lassen, den Insinuationen des panslawistischen Blattes gegenüber von neuem hierauf hinzuweisen, und haben im Uebrigen auf seine deklamatorischen Injurien nichts zu erwidern.

Nr. 9549. DEUTSCHLAND. — Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 11. Mai 1887.

Nr. 9549. Das „Deutsche Tageblatt“ veröffentlichte dieser Tage die Verhandlungen des Berliner Kongresses bezüglich Bosniens und der Herzegowina, die in der 8. Sitzung vom 28. Juni 1878 stattfanden. In dieser Sitzung haben Oesterreich und England den Vorschlag gemacht, „der Kongress wolle beschliessen, dass die Provinzen Bosnien und die Herzegowina von Oesterreich-Ungarn besetzt und verwaltet werden.“ || Wenn man sich den Inhalt der heutigen russischen Blätter vergegenwärtigt, so wird man nothgedrungen annehmen, dass nun in den Verhandlungen des Berliner Kongresses eine Aeusserung des Fürsten Gortschakow folgen wird, in welcher der Vertreter Russlands dem Widerspruche

dieser Macht gegen die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich Ausdruck giebt. || Dieser Dissensus allein würde hingereicht haben, das Zustandekommen eines Beschlusses der Mächte zu hindern, da ein solcher der Einstimmigkeit derselben bedurfte. Einen solchen Widerspruch, wenn man wollte, anzubringen, gab die Aeusserung des ersten ottomanischen Bevollmächtigten eine ungesuchte Gelegenheit, indem derselbe eine abweichende Stellung kundgab. Es wäre nur erforderlich gewesen, diesen türkischen Widerspruch durch die Stimme Russlands zu verstärken, und er wäre nicht zu beseitigen gewesen. Aber weit entfernt, einen solchen einzulegen, äusserte Fürst Gortschakow:

Nr. 9549.
Deutschland.
11. Mai 1887.

Russland sei bei dieser Frage unbetheiligt; die vom Grafen Andrassy entwickelten Gesichtspunkte, der von Deutschland, Frankreich und Italien unterstützte Vorschlag des Lords Salisbury und die so klaren Erläuterungen des Lords Beaconsfield bezeugten ihm aber die Wirksamkeit der für das friedliche Ziel, welches der Kongress anstrebe, vorbereiteten Resolution. In Wirklichkeit handle es sich darum, die christlichen Bevölkerungen vor hundertjährigen Missbräuchen zu schützen; der englische Antrag falle mit den allgemeinen Gesichtspunkten Russlands zusammen, und er gebe demselben seine vollständige Billigung. Was die Bemerkung Caratheodory-Paschas angeht, welcher den letzten Aufstand fremden Einfüssen zuschreibt, so kann Seine Durchlaucht derselben nicht beipflichten; die Unruhen sind durch den Zustand der Dinge in den Provinzen Bosnien und Herzegowina veranlasst worden, und nur durch radikale Abänderungen kann man deren Wiederkehr verhindern.

Wir finden in den ganzen Kongressakten keine Spur von einem Versuch des Fürsten Gortschakow, die englisch-österreichischen Anträge zu bekämpfen, noch weniger natürlich einen Versuch anderer Mächte, namentlich Deutschlands, das Einverständniss des Fürsten Gortschakow zu gewinnen. Die Zustimmung des russischen Kanzlers ist eine vollständige, freiwillige und ohne Zaudern gegebene. Sie würde nicht erklärlich sein, wenn Fürst Gortschakow nicht schon vor dem Kongress ältere Vereinbarungen geschlossen hätte, die ihn in die Unmöglichkeit versetzten, gegen die österreichisch-englischen Anträge auf Besetzung Bosniens und der Herzegowina Einwendungen zu machen. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so würde Fürst Gortschakow doch wenigstens versucht haben, im Hinblick auf die sonstige Unterstützung Russlands durch Deutschland während des Kongresses andere Stimmen für den Widerspruch gegen den österreichisch-englischen Antrag zu gewinnen. Seine Zustimmung ist der Beweis, dass die russische Politik entweder kein Bedürfniss zu Einwendungen empfand oder sich die Möglichkeit dazu schon vorher abgeschnitten hatte. || Dennoch hat man nachträglich aus dieser Sache klare Punkte gemacht, als ob die russische Politik auf dem Berliner Kongress vergewaltigt und durch Pression und Ueberredung gegen ihren Willen zur Zustimmung zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich gebracht worden wäre.

Nr. 9550. OESTERREICH-UNGARN.—Artikel des Wiener „Fremdenblattes“ vom 12. Mai 1887.

Nr. 9550. (Derselbe ist als Zuschrift von „wohlunterrichteter Seite“ aus Berlin bezeichnet.)
 Oesterreich-
 Ungarn.
 12. Mai 1887.

Einzelne Blätter wollten aus dem Wortlaut der Artikel, welche die „Nordd. Allg. Ztg.“ jüngst zum Zweck der Richtigstellung panslavistischer Mythen und Fälschungen über die Vorgeschichte des letzten Orientkrieges gebracht hat, auf eine Erkaltung der deutsch-österreichischen Beziehungen schliessen; namentlich die Aeusserung des Berliner Blattes über das deutsche Interesse am Schicksal Bosniens und der Herzegowina wurde als Beweis dafür angeführt, wie gering man in Berlin von vitalen österreichisch-ungarischen Fragen denke. Beim Lesen der diesbezüglichen Ausführungen fragt man sich unwillkürlich, ob diese Blätter wirklich so wenig klar über die Ziele jener Veröffentlichungen sind, dass sie eine gegen das Donaureich gerichtete Spitze da erblicken, wo es nur Abwehr der Angriffe subversiver russischer Elemente gilt. Die Berliner Publikationen nehmen auf die Zeit vor Ausbruch des russisch-türkischen Krieges Bezug. In jener Zeit standen aber bekanntlich Bosnien und die Herzegowina in gar keiner Beziehung zur österreichisch-ungarischen Monarchie; ebensowenig bestand damals, wenn wir recht unterrichtet sind, das vom Grafen Andrassy so glücklich eingeleitete intime Verhältniss mit Berlin. Mit Recht konnte daher die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagen, Deutschland habe damals durchaus kein Interesse an diesen beiden, überdies einer dritten, fernerstehenden und nicht benachbarten Macht gehörigen Provinzen gehabt. An sich, gewissermaassen als Abstrakta betrachtet, bilden die beiden Provinzen auch heute noch ebensowenig ein deutsches Interesse wie etwa Bulgarien oder irgend ein Land der habsburgischen Monarchie, wenn man sich dasselbe aus dem Verbande Oesterreich-Ungarns losgelöst denken könnte. Nach der vom Berliner Vertrag sanktionirten Okkupation der mehrgenannten zwei Provinzen ist aber die Stellung Deutschlands zu denselben eine andere geworden. Dermalen schützt das Friedensbündniss der beiden Kaisermächte die von Oesterreich-Ungarn okkupirten Provinzen, ebenso wie jeden Theil der österreichisch-ungarischen Monarchie. Wie ich, auf Grund von Informationen, aus zuverlässigster Quelle ermächtigt bin, zu erklären, haben hierüber an leitender Stelle in Berlin nie Zweifel bestanden.“

Internationale Zuckerkonferenz in London*).

Nr. 9551. **GROSSBRITANNIEN.** — Botsch. in Paris an d. Min. d. Ausw. — Anfrage betr. Theilnahme an einer internationalen Zuckerkonferenz. [G. 1.]

(Pro memoria.)

January 5, 1887.

A Conference of the Countries interested in the sugar question to discuss the position of the sugar industries with a view of considering whether any joint action of the sugar producing countries or of any of them could be devised for improving those industries. Would the French Government be willing to take part in such a Conference?

Nr. 9551.
Gross-
britannien.
5. Jan. 1887.

Nr. 9552. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an d. engl. Botsch. — Bereitwilligkeit Frankreichs zu einer internationalen Verständigung über die Zuckerfrage. [G. 2.]

Paris, 28. mars 1887.

Par une Note remise le 5 janvier dernier, l'Ambassade d'Angleterre à Paris a exprimé le désir d'être renseignée sur l'accueil que le Gouvernement de la République croirait pouvoir faire, en ce qui le concerne, à une proposition tendant à réunir une Conférence à laquelle prendraient part les États intéressés dans la question des sucres, en vue d'examiner si la situation actuelle de l'industrie sucrière pourrait être améliorée au moyen d'une action commune des pays producteurs de sucre ou de quelques-uns d'entre eux. || Le Gouvernement français serait disposé, en principe, à envisager comme désirable l'établissement d'une entente internationale sur le régime des sucres, mais à la condition qu'elle s'étendrait à tous les pays intéressés. Ce ne serait donc qu'après avoir été fixé sur les intentions de ces différents États que le Gouvernement de la République pourrait répondre, d'une manière définitive, au sujet de sa participation à une Conférence.

Nr. 9552.
Frankreich.
28. März 1887.

*) Die folgenden Aktenstücke sind dem Gelbbuch, betitelt: „Conférence internationale sur le régime des sucres“ (1887), entnommen.

A. d. Red.

Nr. 9553. GROSSBRITANNIEN. — Botsch. in Paris an d. Min. d. Ausw. — Einladung zur Theilnahme an einer internationalen Zuckerkonferenz in London. — [G. 3.]

July 8, 1887.

Nr. 9553.
Gross-
britannien.
8. Juli 1887.

Monsieur le Ministre, in placing in Your Excellency's hand the inclosed copy of a despatch which I have received from Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, I have the honour to address to the Government of the Republic, on behalf of the Government of Her Majesty, an invitation to take part in a Conference in London upon the sugar question on the bases therein mentioned. || I do myself the honour to recommend this invitation to the favourable consideration of the French Government, and to add that, in the interests of the sugar industry, Her Majesty's Government attach great importance to an early decision being arrived at upon the subject.

Lyons.

Nr. 9554. GROSSBRITANNIEN. — Cirkularschreiben d. Regierung an die Vertreter im Ausland. — Die wichtigsten Berathungsgegenstände auf der zu berufenden Konferenz. [G. 3.]

Foreign-Office, July 2, 1887.

Nr. 9554.
Gross-
britannien.
2. Juli 1887.

My Lord, you are aware, that in consequence of the recommendation made in 1880 by the select committee of the House of Commons on sugar industries, „that Her Majesty's Government should invite the sugar producing powers to a Conference, with a view of arriving at a common understanding for the suppression of bounties on the basis of manufacturing and refining under excise supervision, the question of equivalents for this system not being precluded from consideration“, an invitation was addressed to the Governments of Austria, Belgium, France, Germany and Holland, inviting them to take part in an international Conference for the purpose of considering the sugar question, with a view, if possible, so to arrange the collection of duties as to avoid or reduce to the lowest possible limits any thing in the nature of a bounty on exported sugar. The proposal, however, of Her Majesty's Government was not favourably entertained by the Governments of the countries interested in the question, and although four years later, in 1885, the Government of Belgium endeavoured to promote a Conference to improve the condition of the sugar interests, their efforts were also unsuccessful, and no action has since been taken in the direction of convoking an international Conference upon the sugar question. || The questions, however, affecting the sugar industry in 1887, remain practically what they were in 1880, and Her Majesty's Government consider that the reasons for a Conference which were valid then are at the present time of even greater weight. || Before addressing a formal invitation to the

Governments interested, Her Majesty's Government have taken steps to ascertain the views of the Governments of those countries in which the bounty system most extensively prevails. Her Majesty's Government have been glad to learn, that the objections on the part of certain Governments which existed in 1881 appear no longer to exist, and that the powers chiefly interested are not indisposed to take part in an international Conference, provided that some indication is given of the questions connected with the sugar industry which their Delegates would be called upon to discuss.

Nr. 9554.
Gross-
britannien.
9. Juli 1887.

In the opinion of Her Majesty's Government, the attention of the Conference should be devoted to the following points:

1. What steps, if any, can be taken for the removal of causes of disturbance of the sugar producing and refining industry, so far as they are due to the action of Governments;

2. Whether it would be practicable for the various Governments to agree to manufacture and refine sugar in bond; or

3. Whether a common system can be agreed upon for correlating duties and drawbacks according to the various methods of levying duties on the roots, canes, juice, etc., so that one system of correlation shall be equivalent of the other.

4. And, generally, to discuss any proposals with the object of inducing all Governments interested to give up the bounties.

In making these suggestions as to the scope of the Conference, Her Majesty's Government have no wish to exclude the consideration of any further point which the Governments interested may consider it advantageous to discuss, their object in proposing the meeting of the Conference being to effect a final settlement of this long outstanding intricate question. || I have accordingly to request, that you will address a formal invitation to the Government to take part in a Conference in London upon the above mentioned bases; and you will add, that, in the interests of the sugar industry, Her Majesty's Government attach great importance to an early decision being arrived at upon the subject. || You are authorized to leave a copy of this despatch with the Minister for Foreign affairs.

James Fergusson.

Nr. 9555. **FRANKREICH.** — Min. des Ausw. an d. engl. Geschäftsträger. — Bedingte Bereiterklärung zur Antheilnahme an der Konferenz. [G. 4.]

Paris, le 16 septembre 1887.

A la date du 8 juillet dernier, Son Excellence Lord Lyons a bien voulu, au nom du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, inviter officiellement le Gouvernement français à prendre part à une Conférence internationale sur le régime des sucres, qui se réunirait à Londres et serait composée de délégués

Nr. 9555.
Frankreich.
16. Sept. 1887.

Nr. 9555.
Frankreich.
16. Sept. 1887.

appartenant aux principaux États intéressés. || L'importance des questions complexes que soulève le programme de la Conférence, tel qu'il est tracé dans la Circulaire du marquis de Salisbury, a nécessité, de la part des Administrations françaises compétentes, en présence surtout de la nouvelle législation sucrière de la France, une étude attentive des propositions du Cabinet de Londres. Bien que cet examen ne soit pas encore complètement terminé, je puis, dès à présent, vous annoncer, Monsieur, en me référant à ma Note du 28 mars, que le Gouvernement de la République adhère, en principe, au projet de réunion de la Conférence. Son acceptation définitive demeure, toutefois, subordonnée à la double condition que tous les États qui ont été convoqués y prendront part et qu'il conservera complètement sa liberté d'action.

En vous priant de vouloir bien porter cette décision à la connaissance de votre Gouvernement, je vous serai obligé de faire part au Marquis de Salisbury du prix que nous attacherions à connaître la liste des États qui ont été invités à participer à la Conférence, ainsi que le sens des réponses qui sont parvenues jusqu'ici au Cabinet de Londres*).

Flourens.

Nr. 9556. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an d. engl. Geschäftsträger. — Bereiterklärung Frankreichs zur Theilnahme an der Konferenz. [G. 8.]

Paris, e 25. octobre 1887.

Nr. 9556.
Frankreich.
25. Oct. 1887.

Par des lettres en date des 25 et 26 septembre dernier et du 8 de ce mois, vous avez bien voulu me faire savoir qu'à l'exception du Portugal et de la Norvège, désintéressés dans la question, et des États-Unis, dont la décision est ajournée jusqu'au moment de la réunion du Congrès américain, les autres États convoqués par le Gouvernement britannique à la Conférence sur le régime des sucres, qui doit avoir lieu à Londres, ont notifié leur intention de se faire représenter à cette réunion. || En réponse à ces communications et en me référant à ma dépêche du 16 septembre, j'ai l'honneur de vous annoncer, Monsieur, que le Gouvernement de la République, sous la réserve qu'il conservera complètement sa liberté d'action, adhère au projet de réunion dont le Cabinet de Londres a pris l'initiative. || Je vous serai obligé de vouloir bien porter cette décision à la connaissance de votre Gouvernement.

Flourens.

*) Mit Bezug auf diese Anfrage meldet M. Egerton zum 25. September, dass Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Deutschland, Italien, Niederlande und Spanien ihre Theilnahme zugesagt hätten. Die Vereinigten Staaten könnten einen definitiven Bescheid erst nach Wiedereröffnung des Senats geben, wären aber mit einem früheren Termine für die Konferenz einverstanden. Portugal allein habe aus mangelndem Interesse an dieser Frage die Einladung abgelehnt. Zum 26. September wird dann noch die Antheilnahme Russlands, zum 8. October die Brasiliens und Schwedens gemeldet. Norwegen lehnt, aus demselben Grunde wie Portugal, die Beschickung ab.

A. d. Red.

Nr. 9557. GROSSBRITANNIEN. — Engl. Geschäftsträger in Paris an d. dort. Min. d. Ausw. — Bestimmung des Termins der Konferenz. Bitte um Exposé über den Stand der französischen Zuckerindustrie. [G. 9.]

Paris, october 29, 1887.

Monsieur le Ministre, In view*) of the general acceptance of the invitation given by Her Majesty's Government, they are of an opinion that a date may now be definitely proposed for the meeting of the Conference in London; and I am accordingly instructed to ask the French Government to agree to the 24th of november next, as the date of the meeting of the Conference, and to appoint, formally, their Delegates to take part in its deliberations.

Nr. 9557.
Gross-
britannien.
29. Oct. 1887.

Her Majesty's Government consider, that, in order to facilitate the progress of business, it would be advisable that an authorized and correct statement respecting the system of levying duties, whether of custom or of excise on sugar or on the raw material from which it is made, and of the drawbacks on export allowed, in the several countries represented, should be placed before the Conference when it meets. I am therefore to suggest, that such a statement of Duties and Drawbacks should be prepared and communicated beforehand, in order that a proof may be submitted for correction to the Delegates of the French Government upon their arrival in London, and the document itself be distributed at the first sitting of the Conference**).

Requesting Your Excellency to be so good as to signify, at your earliest convenience, the concurrence of the French Government in the date proposed for the meeting of the Conference.

Egerton.

Nr. 9558. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an d. engl. Geschäftsträger. — Die Vertreter der französischen Regierung auf der Konferenz. [G. 11.]

Paris, le 16 novembre 1887.

En réponse à votre communication du 25 octobre dernier, j'ai l'honneur de vous informer que le Gouvernement de la République n'a pas d'objection contre la fixation au 24 du présent mois de la date d'ouverture de la Conférence internationale sur les sucres qui doit se réunir à Londres.

Nr. 9558.
Frankreich.
16. Nov. 1887.

Différents Départements ministériels étant intéressés dans la question, la

*) Nach einem nochmaligen Bericht über die Stellung der Mächte zur Bethheiligung an der Konferenz und der Erklärung, dass auch Rumänien noch eine Einladung erhalten, fährt das Schreiben hier fort.

A. d. Red.

**) Die gleiche Bitte wurde an die übrigen Mächte gerichtet. Die Exposés sind im Folgenden unter No. 9560 abgedruckt.

A. d. Red.

Nr. 9558.
Frankreich.
16. Nov. 1887.

désignation de tous les Délégués français à la Conférence n'est pas encore définitivement arrêtée. Mais je suis, dès à présent, en mesure de vous faire connaître que le Département des Finances a fait choix pour le représenter de MM. Sans-Leroy, député, et Legros, Administrateur à la Direction générale des douanes comme Délégués, et de M. Boizard, sous-chef de bureau à la Direction générale des contributions indirectes, comme Délégué adjoint.*)

D'autre part, j'ai désigné le Conseiller ou, à son défaut, le premier Secrétaire de l'Ambassade de la République à Londres, pour prendre part aux travaux de cette réunion internationale.

Je vous serai obligé, Monsieur, de vouloir bien informer de ces désignations le Gouvernement de Sa Majesté Britannique.

Flourens.

Nr. 9559. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an d. franz. Botschaft in London. — Uebersendung des erbetenen Exposé. [G. 13.]

Paris, le 23 novembre 1887.

Nr. 9550.
Frankreich.
23. Nov. 1887.

En invitant les différents Gouvernements étrangers à prendre part à la Conférence des sucres, le Cabinet de Londres avait exprimé le désir de recevoir, pour être placés sous les yeux des Délégués des Puissances, des renseignements officiels relatifs au mode adopté dans les divers Pays producteurs pour la perception des droits de douane ou d'accise sur les sucres, et pour la restitution de ces droits à la sortie. || Pour satisfaire à ce désir, le Département des Finances a préparé les deux notices que vous trouverez ci-annexées**) et qui résument la législation française sur la matière. Je vous serais obligé, Monsieur, de vouloir bien transmettre, d'urgence, ces documents à Lord Salisbury, afin qu'ils puissent être déposés à la Conférence en temps utile.

Flourens.

*) Zu diesen kommen noch, laut einer Depesche vom 22. Nov. [G. 12], Mr. Pallain, Directeur général des Douanes, und Mr. Catusse, Directeur général des Contributions indirectes.

A. d. Red.

**) Abgedruckt im folgenden Abschnitt sub Nr. 9560. Abschn. 1. Frankreich.

A. d. Red.

Nr. 9560. **KONFERENZ-STAATEN.** — Exposés der Mächte über ihre Zuckerpolitik*).

1. Frankreich.

Titre I.

Régime douanier des sucres. || Les sucres de toute provenance et de toute qualité peuvent être déclarés à l'arrivée en France:

1. Pour la consommation; || 2. Pour l'entrepôt; || 3. Pour le sucrage des vendanges; || 4. Pour la réexportation immédiate; || 5. Pour le transit. || Peuvent, en outre, être déclarés sous le régime de l'admission temporaire:

1. Les sucres non raffinés de toute qualité, du cru des colonies françaises;
2. Les sucres étrangers non raffinés importés en droiture des pays hors d'Europe.

Consommation. || Les sucres de toute qualité (les poudres blanches comprises), originaires et importés des colonies et possessions françaises, et les sucres bruts étrangers titrant 98 degrés au moins sont imposés au droit du sucre raffiné d'après leur rendement présumé au raffinage. Il est déduit de ce rendement, pour l'application du droit, $1\frac{1}{2}$ p. $\%$ à titre de déchet de fabrication. || Les sucres étrangers titrant plus de 98 degrés sont, pour l'application des droits, assimilés au sucre raffiné. || Quel que soit leur rendement effectif, les sucres des colonies françaises ne peuvent être taxés pour un rendement supérieur à 98 p. $\%$, ni pour un rendement inférieur à 65 p. $\%$. Ce minimum de rendement est également applicable aux sucres étrangers importés des pays hors d'Europe. Pour les sucres d'origine européenne ou importés des entrepôts d'Europe, il est de 80 p. $\%$. Dans tous les cas il y a lieu à déduction du déchet de fabrication de $1\frac{1}{2}$ p. $\%$. || Le rendement présumé au raffinage est déterminé par les laboratoires de l'Administration. Cette détermination s'effectue au moyen de l'analyse polarimétrique et de la déduction des cendres et de la glucose. Les coefficients des réactions à opérer sur le titre saccharimétrique sont fixés à 4 p. $\%$ pour les cendres et à 2 p. $\%$ pour la glucose. || Il est statué par les Commissaires experts institués auprès du Département du commerce sur les contestations auxquelles peuvent donner lieu les titrages constatés par les laboratoires de l'Administration. Mais ces titrages doivent être maintenus toutes les fois que les différences en plus ou en moins constatées par les Commissaires experts n'atteignent pas un degré. || Il n'est pas tenu compte des fractions de degré pour la perception des

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

*) Von den grösseren Mächten fehlte im Gelbbuch das Exposé Russlands. Wir können dasselbe daher nur, nach dem jüngst erschienenen Blaubuch über die Zuckerkonferenz, in einem Nachtrag am Schluss der Rubrik zum Abdruck bringen.

Nr. 9560. droits. Ainsi des sucres titrant 95,9 degrés seraient imposés au rendement de 95 p. $\frac{1}{100}$.
Konferenz-
Staaten.

Sucres des Colonies françaises. — Les sucres des Colonies françaises importés directement ont droit à un déchet de fabrication égal à la moyenne des excédents de rendement obtenus par la sucrerie indigène pendant la dernière campagne de fabrication. Ce boni de rendement est soumis jusqu'au 31 décembre 1887, à une taxe temporaire de 10 francs par 100 kilogr. de sucre raffiné. || Par campagne on entend la période de fabrication comprise entre le 1^{er} septembre de chaque année et le 31 août de l'année suivante. || Pour la campagne 1887—1888 la moyenne des excédents de rendement obtenus par la sucrerie indigène a été de 36,44 p. $\frac{1}{100}$. Par suite, un arrêté du Ministre des finances en date du 4 novembre a fixé à 36,44 p. $\frac{1}{100}$ le déchet de fabrication à allouer aux sucres coloniaux expédiés pour la France à dater du 1^{er} septembre 1887, inclusivement, jusqu'au 31 août 1888, inclusivement. || A l'arrivée des sucres on laisse donc à la disposition des importateurs, au droit spécial de 10 francs par 100 kilogrammes de sucre raffiné, 36,44 p. $\frac{1}{100}$ des quantités qui sont constatées par la vérification. Le surplus peut, suivant les convenances des intéressés, entrer à la consommation ou être déclaré, soit pour l'entrepôt, soit pour le sucrage des vendanges, la réexportation immédiate, le transit ou l'admission temporaire. || Il est entendu que les sucres des colonies françaises déclarés pour la consommation ou l'admission temporaire, après défalcation de 36,44 p. $\frac{1}{100}$, ont droit au déchet de fabrication de $1\frac{1}{2}$ p. $\frac{1}{100}$ dont il a été question plus haut.

Sucres bruts étrangers. — Les sucres bruts étrangers titrant 98 p. $\frac{1}{100}$ ou moins sont passibles, jusqu'au 31 août 1888, d'une surtaxe de 7 francs par 100 kilogr. lorsqu'ils sont importés des pays d'Europe ou des entrepôts d'Europe. Cette surtaxe est due sur le poids net effectif. || *Sucres raffinés.* — Par sucres raffinés on entend les sucres raffinés proprement dits et les sucres agglomérés en tablettes, lingots etc. || Les sucres bruts étrangers titrant plus de 98 degrés sont assimilés aux raffinés. || Les sucres étrangers raffinés ou assimilés aux raffinés sont passibles, en tarif général, d'une surtaxe de 12 fr. 50 cent. par kilogr. || En tarif conventionnel cette surtaxe est limitée à 8 francs par 100 kilogr. || *Sucre candi.* — Le sucre candi étranger, de toute provenance, est passible, en tarif général, d'une surtaxe de 13 fr. 50 cent. par 100 kilogr. En tarif conventionnel, cette surtaxe est réduite à 8 francs par 100 kilogr. || *Vergeoises.* — On applique aux vergeoises le traitement des sucres bruts. Celles qui titrent plus de 98 degrés sont assimilées au sucre raffiné lorsqu'elles sont importées d'un pays étranger quelconque. Dans tout autre cas les vergeoises sont imposées d'après leur rendement au raffinage, ce rendement ne pouvant être supérieur à 98 p. $\frac{1}{100}$ ni inférieur à 64 p. $\frac{1}{100}$, lorsqu'elles sont importées d'un pays hors d'Europe, et à 80 p. $\frac{1}{100}$ lorsqu'elles sont importées d'un pays européen. || Les vergeoises ont droit, comme les sucres bruts, au déchet de fabrication de $1\frac{1}{2}$ p. $\frac{1}{100}$. Mais leur titrage a lieu sans déduction

de la glucose. || Les vergeoises dont le titrage ne dépasse pas 98 degrés importées des pays d'Europe ou des entrepôts d'Europe sont passibles, jusqu'au 31 août 1888, de la surtaxe de 7 francs par 100 kilogr. sur le poids net effectif. Les vergeoises d'origine européenne titrant plus de 98 degrés supportent, dans tous les cas, le droit et la surtaxe des sucres raffinés étrangers.

Entrepôt. || L'entrepôt étant considéré comme l'étranger, les sucres qui y sont constitués peuvent ensuite en être extraits pour la consommation, le sucrage des vendanges, la réexportation, le transit ou l'admission temporaire (à l'exception, dans ce dernier cas, des sucres bruts importés des pays d'Europe, ainsi que des sucres raffinés ou assimilés aux raffinés). Au moment de leur sortie d'entrepôt ils sont traités, suivant leur origine et leur provenance, comme s'ils étaient importés à ce moment même.

Sucrage des Vendanges. || Les droits sur les sucres bruts ou raffinés de toute origine, employés au sucrage des vins, cidres ou poirés, avant la fermentation sont réduits à 20 fr. par 100 kilogr. de raffiné*). || Le déchet de fabrication de 1½ p. ‰ doit leur être alloué dans tous les cas où il est applicable pour la consommation proprement dite. || Les sucres étrangers titrant plus de 98 p. ‰ sont traités comme sucres raffinés. || Ces mêmes sucres étrangers sont, d'ailleurs, passibles, quel que soit leur titrage, des surtaxes intégrales édictées, à titre général, dans le cas de mise en consommation. Le droit principal et les surtaxes sont alors perçus simultanément.

Réexportation immédiate.

Les sucres sont, dans ce cas, réexpédiés à l'étranger dans l'état où ils ont été apportés en France. Cette opération ne comporte ici aucune observation particulière.

Transit.

Les sucres des colonies françaises et les sucres étrangers peuvent, à leur arrivée en France, être dirigés, sous le régime du transit ordinaire ou du transit international, soit sur un entrepôt de douane, soit sur un bureau qui en constate le passage définitif à l'étranger, soit enfin sur une douane où ils doivent être déclarés pour la consommation, le sucrage des vendanges, ou l'admission temporaire (si ce dernier régime leur est applicable).

Admission temporaire.

Ainsi qu'on l'a indiqué plus haut, peuvent seuls être admis temporairement en franchise de droits: || 1. Les sucres non raffinés, de toute qualité, du

*) Les sucres affectés à cette destination sont, en outre, passibles, jusqu'au 31 décembre, 1887, d'une surtaxe de 20 p. ‰, ce qui élève le droit à 24 francs.

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

cru des colonies françaises; 2. Les sucres étrangers non raffinés, de toute qualité (y compris les sucres titrant plus de 98 degrés) importés en droiture des pays hors d'Europe. || Sont par conséquent exclus du régime de l'admission temporaire les sucres étrangers importés des pays d'Europe, qu'ils soient d'origine européenne ou qu'ils proviennent des entrepôts d'Europe. || Les sucres déclarés pour l'admission temporaire sont pris en charge pour la quantité de sucre raffiné qu'ils sont présumés pouvoir fournir. Ce rendement s'établit par l'analyse polarimétrique. Il ne peut dépasser 98 p. 100 ni descendre au dessous de 65 p. 100, et avec déduction, dans tous les cas, d'un déchet de fabrication de 1¹/₂ pour 100. || Les importateurs souscrivent alors un engagement cautionné, qui prend le nom d'obligation d'admission temporaire. || Le délai pour l'apurement de ces obligations est de deux mois. || Les intéressés ont la faculté de se libérer de leurs engagements: || Soit par l'exportation ou la constitution en entrepôt de quantités correspondantes de sucre raffiné représenté par des sucres raffinés en pains ou agglomérés, des sucres candis, des vergeoises, de sucres en poudre ou en morceaux irréguliers provenant du sciage des pains, ou des sucres bruts en poudre titrant au moins 65 degrés; || Soit par le paiement en numéraire, et avec intérêt de retard à compter de la date de l'obligation, du montant des droits sur les sucres soumissionnés*). || Le sucre cristallisable existant en cet état dans les fruits confits, bonbons (pastilles médicinales comprises), confitures et biscuits exportés à l'étranger, et aux colonies et possessions françaises (l'Algérie exceptée), ou constitués en entrepôt, donne droit à la décharge des obligations d'admission temporaire de sucre non raffiné souscrites dans les conditions réglementaires. || Dans ce cas le sucre cristallisable est considéré comme sucre raffiné en pains, et compte comme tel pour son poids effectif. || La constatation du sucre cristallisable est faite par les laboratoires de l'Administration. Cette constatation est définitive. || Enfin les sucres raffinés dans les établissements libres et déclarés pour le sucrage des vins, cidres et poirés, sont également reçus à la décharge des obligations d'admission temporaire, moyennant le paiement du droit spécial de 20 francs par 100 kilogr. (24 francs avec la surtaxe temporaire établie jusqu'au 31 décembre 1887). || Lorsque les obligations d'admission temporaire sont apurées par l'exportation ou la constitution en entrepôt de sucres bruts ou raffinés, on admet à la décharge des comptes;

Pour leur poids effectifs: Les sucres raffinés parfaitement épurés, durs et secs, présentés au service en pains ou à l'état d'agglomérés; || Les sucres des mêmes qualité et état qui, après vérification par le service, sont pilés ou

*) Les sucres étrangers titrant plus de 98 degrés, bien qu'ils participent au régime de l'admission temporaire lorsqu'ils ont été importés des pays hors d'Europe, sont, dans tous les cas d'application des droits, assimilés aux sucres raffinés et imposables comme ceux-ci sur leurs poids effectif, et non d'après la quantité de sucre raffiné pour laquelle ils ont été pris en charge.

cassés dans les établissements des douanes; || Les sucres en poudre ou en morceaux irréguliers, provenant du sciage des pains dans les établissements libres et titrant au moins 98 degrés, lorsque les opérations ont été préalablement déclarées à la douane, avec indication du poids des pains et de l'heure à laquelle l'opération commencera, afin que le service puisse la contrôler; || Les sucres en morceaux réguliers, sciés ou cassés dans les établissements libres, lorsque la régularité de leur forme et leur état de siccité et de pureté permettent de constater qu'ils proviennent de sucres en pains ou agglomérés.

Pour la quantité de sucre raffiné qu'ils sont reconnus représenter: || Les sucres raffinés qui ne remplissent pas les conditions obligatoires de pureté, de dureté et de siccité; || Les poudres et les morceaux irréguliers provenant du sciage ou du cassage, dans les établissements libres, de sucres raffinés en pains ou agglomérés; || Les vergeoises; || Les sucres bruts en poudre titrant au moins 65 degrés*).

A raison de 100 kilogrammes de candi pour 107 kilogrammes de sucre raffiné: || Les sucres candis présentés en cristaux secs et transparents. || Pour les vergeoises, les sucres raffinés incomplètement épurés, les poudres et irréguliers provenant des établissements libres, et les sucres en grains ou morceaux petits cristaux, le rendement en sucre raffiné en pains se détermine par les procédés saccharimétriques avec déduction des cendres au coefficient 4, mais sans déduction de la glucose. || Les sucres raffinés qui, après avoir été placés en entrepôt, en sont retirés pour la consommation, acquittent les droits afférents à la matière dont ils sont censés provenir. On a par conséquent à percevoir le droit du sucre raffiné sur la quantité de ce sucre pour laquelle les sucres bruts ont été pris en charge, lorsqu'il s'agit soit de sucres des colonies françaises, soit de sucres étrangers importés directement d'un pays hors d'Europe et titrant au plus 98 degrés. Mais s'il s'agit de sucres étrangers, de provenance extra-européenne, titrant plus de 98 degrés, ils sont passibles, sur leur poids effectif, du droit des sucres raffinés étrangers (sur-taxe comprise). || Le délai de deux mois fixé pour l'apurement des obligations, soit en numéraire, soit par la production de certificats d'exportation ou d'entrée en entrepôt, est rigoureusement obligatoire. || Si l'apurement n'a pas eu lieu dans ce délai, le trésor poursuit, outre le recouvrement du droit d'entrée

*) Un traitement différent est appliqué à ces sucres, selon que leur titrage est compris entre 65 et 98 degrés exclusivement, ou qu'il est de 98 degrés ou plus.

Dans le premier cas la décharge des comptes n'est effectuée qu'à raison du rendement net moins le déchet de $1\frac{1}{2}$ p. % qui a déjà été alloué lorsque les sucres ont été déclarés pour la consommation ou l'admission temporaire.

Dans le second cas on alloue le rendement net sans en déduire le déchet de $1\frac{1}{3}$ p. %. L'exportateur bénéficie ainsi d'une véritable prime de $1\frac{1}{2}$ ou de $2\frac{1}{2}$ p. %, selon que les sucres exportés titrent 98 ou 99 degrés, puisqu'à l'entrée les droits ont été liquidés sur un rendement de 98 degrés moins le déchet de $1\frac{1}{2}$ p. %.

La suppression de cette prime a été proposée au projet de budget de 1888.

Nr. 9560.
Konferenz-
Statuten.

et de l'intérêt de retard, le paiement des intérêts de retard, à raison de 5 p. $\frac{0}{0}$ l'an, à partir de l'expiration de ce délai.

Tares.

Les sucres acquittent les droits sur le poids net. || Le poids net est réel ou légal. || Le poids net réel (ou poids effectif) est le poids de la marchandise dépouillée de tous ses emballages extérieurs et intérieurs. || Le poids net légal se calcule en déduisant du poids brut des colis la tare légale, c'est-à-dire la tare que la loi a déterminée, selon le mode d'emballage ou l'espèce des marchandises, pour le cas où le redevable n'aurait pas demandé, en temps utile, que la liquidation fût établie sur le poids net effectif. || Les sucres de betterave, les sucres de canne importés dans des emballages autres que ceux en usage pour les sucres exotiques, ainsi que les sucres candis en caisse ou futailles, n'ont droit qu'à la tare réelle. || On applique à tous les autres sucres soit la tare légale, soit la tare réelle, au choix des intéressés.

Le tableau ci-après indique le taux des différentes tares légales en vigueur:

MARCHANDISES. Espèces des colis.	Taux de la tare.
Sucres:	
— Bruts de cannes.	
Importés dans les emballages en usage pour les sucres exotiques.	
Emballages en bois (caisses, futailles, etc.)	
Entièrement en bois dur	13 p. $\frac{0}{0}$.
En bois tendre	10 p. $\frac{0}{0}$.
Canastres	8 p. $\frac{0}{0}$.
Importés dans des emballages autres que ceux en usage pour les sucres exotiques	Poids net réel.
Autres emballages:	
Doubles	4 p. $\frac{0}{0}$.
Simples	2 p. $\frac{0}{0}$.
— Raffinés à l'exclusion des candis en caisses ou futailles:	
Emballages en bois (caisses, futailles, etc.)	12 p. $\frac{0}{0}$.
Autres emballages	2 p. $\frac{0}{0}$.

Tarif général. — Entrée.

Denrées Coloniales de Consommation.	Unités sur lesquelles portent les droits.	Titres de Perception.	Droits (Décimes et 4 p. % compris *)		
			Produits d'origine européenne.	Produits d'origine extra-européenne.	
				Importés directement d'un pays hors d'Europe.	Importés des entrepôts d'Europe.
Sucres:					
Des colonies et possessions françaises(85)**): En poudre (y compris les poudres blanches) d'après leur rendement présumé au raffinage	100 kil. N. (de suc. raffiné).	19 juill. 1880. 7 mai 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	—	60 ^r 00 ^e	—
Raffinés: Autres que candis .	100 kil. N. (poids effectif).	Idem.	—	60 00	—
Candis	Idem.	Idem.	—	64 20	—
Étrangers (86):					
En poudre, dont le rendement présumé au raffinage est de: 98 p. 100 ou moins	100 kil. N. (de suc. raffiné).	Idem.	60 ^r 00 ^e plus 7 fr. par 100 kil. net. sur le poids effectif***).	60 00	60 ^r 00 ^e plus 7 fr. par 100 kil. net sur le poids effectif.
Plus de 98 p. 100 .	100 kil. N. (poids effectif).	Idem.	72 ^r 50 ^e	72 50	72 ^r 50 ^e
Raffinés: Autres que candis .	Idem.	Idem.	72 50	72 50	72 50
Candis	Idem.	Idem.	77 70	77 70	77 70
Mélasses.					
— Pour la distillation: Des colonies et possessions françaises**)	100 kil. B.	7 mai 1881.	—	Exemptes.	—
Des pays étrangers	Idem.	Idem.	Exemptes.	Exemptes.	3 60
— Autres que pour la distillation, ayant en richesse saccharine absolue: 50 p. 100 ou moins	100 kil. N.	19 juill. 1880. 7 mai 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	18 ^r 00 ^e	18 ^r 00 ^e	21 60
Plus de 50 p. 100 .	Idem.	Idem.	38 40	38 40	42 00

*) Ces droits comprennent la surtaxe temporaire de 20 p. % résultant de la loi du 27 mai 1887, et dont la prorogation a été proposée au projet de budget de 1888.

**) On ne considère comme produits des colonies et possessions françaises que ceux qui sont importés directement (Loi du 7 mai 1881).

***) La surtaxe de 7 francs par 100 kilogrammes est applicable jusqu'au 31 août 1888 (Loi du 31 juillet 1886).

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

Denrées Coloniales de Consommation	Unités sur lesquelles portent les droits.	Titres de Perception.	Droits (Décimes et 4 p. % compris *)		
			Produits d'origine européenne.	Produits d'origine extra-européenne.	
				Importés directement d'un pays hors d'Europe.	Importés des entrepôts d'Europe.
Sirops et bonbons (88). — Fruits confits au sucre (88). — Des colonies et posses- sions françaises**).	100 kil. N.	19 juill. 1880. 7 mai 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	—	60 ^c 00 ^c	—
Des pays étrangers.	Idem.	Idem.	72 ^c 50 ^c	72 50	72 ^c 59 ^c
Biscuits sucrés (88 bis). — Des colonies et posses- sions françaises**).	Idem.	Idem.	—	30 00	—
Des pays étrangers.	Idem.	Idem.	40 00	40 00	40 00
Confitures (89). Au sucre ou au miel***).					
Des colonies et posses- sions françaises**).	Idem.	Idem.	—	30 00	—
Des pays étrangers.	Idem.	Idem.	36 25	36 25	36 25
Sans sucre ni miel . . .	100 kil. B.	7 mai 1881.	8 00	8 00	11 60
Chocolat (91)	100 kil. N.	7 mai 1881. 29. juill. 1884. 27 mai 1887.	98 40	98 40	102 00

*) Voir la note *) p. 149.

***) Voir la note **) p. 149.

***) La pâte sucrée et aromatisée, désignée dans les anciens tarifs sous la dénomination de sorbet, est assimilée aux confitures au sucre (Loi du 7 mai 1881).

Tarif conventionnel. — Entrée.

Denrées Coloniales de consommation.	Unité sur laquelle portent les droits.	Titres de perception.	Droits (Décimes 4 p. % compris *)
Sucres (86): — En poudre, dont le rendement présumé au raffinage est de: 98 p. 100 ou moins Plus de 98 p. 100	100 kil. N. (poids effectif).	Voir le Tarif général. 31 octob. 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	68 ^c 00 ^c
— Raffinés: Autres que candis Candis	Idem. Idem.	Idem. Idem.	68 00 72 20

*) Ces droits comprennent la surtaxe temporaire résultant de la loi du 27 mai 1887.

Dentrées coloniales de consommation.	Unité sur laquelle portent les droits.	Titres de perception	Droits (Décimes 4 p. % compris *).	Nr. 9560. Konferenz- Staaten.
Mélasses (87):				
— Pour la distillation	Voir le Tarif général.			
Autres que pour la distillation, ayant en richesse saccharine absolue				
50 p. 100 ou moins	Idem.			
Plus de 50 p. 100	Idem.			
Sirops et bonbons (88) — Fruits confits au sucre (88 bis)	100 kil. N.	19 juill. 1880. 31 oct. 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	68° 00°	
Biscuits sucrés (88 ter)	Idem.	19 juill. 1880. 7 mai 1881. 31 oct. 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	37 75	
Lait condensé ou concentré et farine lactée, additionnés de sucre dans la proportion de 50 p. 100 au plus	Idem.	23 févr. 1882. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	32 00	
Confitures (89):				
— Au sucre ou au miel et fruits sucrés en marmelade **)	Idem.	19 déc. 1881. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	32 00	
— Sans sucre ni miel	100 kil. B.	19 déc. 1881.	8 00	
Chocolat (91)	100 kil. N.	6 févr. 1882. 29 juill. 1884. 27 mai 1887.	98 40	

*) Ces droits comprennent la surtaxe temporaire résultant de la loi du 27 mai 1887.

**) La pâte sucrée et aromatisée, désignée dans les anciens tarifs sous la dénomination de sorbet, est assimilée aux confitures au sucre.

Nr. 6580.
Konferenz-
Staaten.

Tarif des sucres employés au sucrage des vins, cidres et poirés.
(Décimes et 4 p. %)

Dentrées coloniales de Consommation.	Titres do perception.	Droit pour l'emploi au sucrage. (Sans distinction entre le tarif général et le tarif conventionnel.)		Surtaxes applicables.		
		Unité de perception.	Quotité en droit**)	Unité de perception.	En tarif général.	En tarif con- ventionnel.
		Sucres déclarés pour le sucrage à l'ar- rivée des colonies ou de l'étranger ou à la sortie d'en- trepôt. Des colonies et pos- sessions françai- ses*).				
— En poudre (y compris les poudres blan- ches) d'après le rendement présumé au raffinage.	Lois du 29juil- let 1884, art. 2 et 10, et du 27 mai 1887, art. 1 ^{er}	100 kil. N. (de sucre raf- finé).	24 ^r 00 ^c	—	—	—
— Raffinés et can- dis	Idem.	100 kil. N. (poids effec- tif).	24 00	—	—	—
Étrangers: — En poudre dont le rendement présumé au raffinage est de:						
98 degrés ou moins: Importés directe- ment des pays hors d'Europe.	Idem.	100 kil. N. (de sucre raf- finé).	24 00	—	—	—
Importés des pays ou des entrepôts d'Europe.	Lois du 29juil- let 1884, art. 2 et 10, et du 28 mai 1887, art. 1 ^{er}	Idem.	24 00	100 kil. N. (poids effectif)	7 ^r 00 ^c	7 ^r 00 ^c
Plus de 98 degrés: De toute prove- nance.	Lois du 29juil- let 1884, art. 1 et 2; du 19 juillet 1880, art. 16. Trai- té du 31 oc- tobre 1881 et loi du 27 mai 1887, art. 1 ^{er} .	100 kil. N. (poids effec- tif).	24 00	Idem.	Candi, 13 ^r 50 ^c Raffiné, 12 ^r 50 ^c	8 00

*) Voir le renvoi **), p. 149.

**) Ces droits comprennent la surtaxe temporaire de 20 p. % résultant de la loi du 27 mai 1887.

Denrées coloniales de Consommation.	Titres de perception.	Droit pour l'emploi au sucrage. (Sans distinction entre le tarif général et le tarif conventionnel.)		Surtaxes applicables.		
		Unité de perception.	Quotité de droit.*)	Unité de perception.	En tarif général.	En tarif con- ventionnel.
Sucres étrangers dé- clarés pour le su- crage: Raffinés(de toute provenance).	Lois du 29juil- let 1884; du 19 juillet 1880; traité du 31 oc- tobre 1881; loi du 27mai 1887.	100 kil. N. (poids effectif).	24 ^r 00 ^c	100 kil. N. (poids effectif)	Candi, 13 ^r 50 ^c Raffiné, 12 ^r 50 ^c	8 ^r 00 ^c
Sucres raffinés et candis provenant des établissements libres, déclarés pour le sucrage en vue de l'apurement des obligations d' admission tempo- raire. (2)	Loi du 29 juil- let, art. 2; décret du 22 juillet 1885, art. 10, et loi du 27 mai 1887, art. 1 ^{er}	Idem.	24 00	—	—	—

(1) Ces droits comprennent la surtaxe temporaire de 20 p. % résultant de la loi du 27 mai 1887.

(2) Les sucres raffinés dans les établissements libres ne peuvent être déclarés pour le sucrage que dans les bureaux désignés pour les déclarations d'exportation des sucres raffinés destinés à la décharge des admissions temporaires. (Voir le no. 226 des „Observations préliminaires“).

Titre II. — Régime intérieur des Sucres.

1. Tarif. || L'impôt sur le sucre indigène est de 50 francs par 100 kilogrammes de sucre raffiné et de 53 fr. 50 par 100 kilogrammes de sucre candi. Une loi du 27 mai 1887 a établi, à titre temporaire, une surtaxe de 20 p. % . || Le droit est réduit à 20 francs (24 francs avec la surtaxe) pour les sucres employés au sucrage des vins et des cidres. || 2. Assiette de l'impôt. || Rendement légal des betteraves. Prise en charge imposable. — La quantité de sucre passible de l'impôt est déterminée, pour chaque fabrique, d'après le poids des betteraves mises en oeuvre. || Pour la campagne 1887-1888, le taux du rendement légal des betteraves est de 7 kilogrammes de sucre raffiné par 100 kilogrammes de betteraves. Pour les campagnes suivantes, il sera successivement porté à 7.25, 7.50 et 7.75 p. % . || Au fur et à mesure de la mise en oeuvre des betteraves, le compte de fabricant est chargé de la quantité de sucre correspondante.

Modes d'apurement de la prise en charge. — Ce compte s'apure:

1. Par le paiement des droits ou la soumission d'une obligation d'admission

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

temporaire*) en ce qui concerne les quantités expédiées à toute destination autre qu'une fabrique, une sucraterie, un entrepôt réel ou l'étranger. || 2. Par l'enlèvement, en suspension du paiement des droits, sous la garantie d'un acquit-à-caution, à destination, d'une autre fabrique, d'une sucraterie ou d'un entrepôt réel, établissements dans lesquels ces produits sont pris en charge pour une quantité de sucre raffiné égale à celle dont le compte de l'expéditeur aura été déchargé; || 3. Par l'exportation directe, sous la garantie d'un acquit-à-caution; || 4. Enfin par l'envoi de mélasses épuisées à destination d'autres fabriques ou de sucrateries et, dans certains cas, à destination des distilleries ou de l'étranger. || Les sucres dirigés sur un entrepôt réel acquittent les droits ou sont placés sous le régime de l'admission temporaire lorsqu'ils sont retirés de cet entrepôt pour entrer dans la consommation.

Excédents de rendement. — Les sucres obtenus dans les fabriques en sus du rendement légal sont affranchis du droit de 50 francs par 100 kilogrammes. Ils sont passibles d'une taxe spéciale de 10 francs per 100 kilogrammes établie, à titre temporaire, en même temps que la surtaxe de 20 p. % sur les sucres imposables.

Produits dont la sortie des fabriques est autorisée. — Les seuls produits dont la sortie des fabriques soit autorisée sont les sucres achevés et les mélasses épuisées.

1. Sucres achevés. Évaluation des sucres bruts en raffinés. — Les sucres achevés en poudre sont imposés ou pris en charge pour l'application du régime de l'admission temporaire, d'après leur rendement présumé au raffinage, sous déduction de $1\frac{1}{2}$ p. 100 de ce rendement. Ils ne peuvent être frappés des droits ou reçus en admission temporaire pour un rendement supérieur à 98 p. 100, ni pour un rendement inférieur à 65 p. 100, le déchet de $1\frac{1}{2}$ p. 100 non compris. || Le rendement présumé au raffinage est établi sans fraction de degré, au moyen de l'analyse polarimétrique, avec réfaction des cendres au coefficient 4 et de la glucose au coefficient 2.

2. Mélasses épuisées. Destinations qu'elles peuvent recevoir. Décharge à laquelle elles peuvent donner lieu. — Les mélasses ne peuvent,

*) L'obligation d'admission temporaire est l'engagement pris par le redevable d'exporter ou de placer en entrepôt, dans le délai de deux mois, une quantité de sucres candis, de sucres raffinés ou de sucres en poudre correspondant aux quantités de sucres bruts soumissionnés.

Le régime de l'admission temporaire a été substitué au drawback, pour les sucres indigènes comme pour les sucres exotiques coloniaux, par la loi du 7 mai 1864. En aucun cas les droits ne sont restitués à la sortie du territoire.

Les exportations peuvent se faire sous deux régimes:

1. En franchise des droits, lorsqu'il s'agit de sucres imposables expédiés directement d'un établissement exercé;

2. Avec imputation à la décharge des comptes d'admission temporaire, lorsqu'il s'agit de sucres déjà libérés d'impôt ou qui en sont affranchis à titre d'excédents de rendement.

être expédiées des fabriques qu'à destination: 1. d'autres fabriques; 2. d'établissements spéciaux (sucrateries) où on les travaille en vue de l'extraction du sucre qu'elles renferment; 3. de l'étranger; 4. des distilleries. || Les mélasses à destination des fabriques ou des sucrateries sont déchargées pour la quantité de sucre raffiné qu'elles représentent, d'après la déclaration de l'expéditeur, sans que cette déclaration puisse être inférieure à 14 p. 100. || Les mélasses à destination de l'étranger ou des distilleries ne donnent lieu à une décharge que si le fabricant expéditeur a renoncé à faire usage du procédé l'osmose et si les mélasses expédiées ont une richesse absolue de 44 p. 100 au moins. Le taux de cette décharge est de 14 kilogrammes de sucre raffiné par 100 kilogrammes de mélasses.

3. Modes d'acquiescement des droits. || Acquiescement en numéraire et en traites. — Les droits sur les sucres sont acquittés, soit au comptant sans escompte, soit au moyen de traites à échéance de quatre mois, avec paiement d'un intérêt de 3 p. $\frac{0}{10}$ l'an. La taxe spéciale de 10 francs sur les excédents est acquittée au comptant à la sortie des fabriques.

Apurement des comptes d'admission temporaire. — Les obligations d'admission temporaire s'apurent, pour les sucres indigènes comme pour les sucres coloniaux ou exotiques, par l'exportation ou la mise en entrepôt d'une quantité correspondante de sucres candis, de raffinés ou de sucres en poudre évalués en raffinés; à défaut de justifications d'exportation ou de mise en entrepôt dans le délai de deux mois, le droit est perçu en numéraire, avec paiement d'un intérêt de 3 p. $\frac{0}{10}$.

4. Dispositions réglementaires. || Exercice des fabriques, des râperies, des sucrateries et des entrepôts réels. — Formalités à la circulation. — L'application des dispositions qui précèdent est assurée par l'exercice des fabriques, des râperies annexes, des sucrateries et des entrepôts. Dans les fabriques, dans les râperies et dans les sucrateries, cet exercice est permanent de jour et de nuit pendant toute la durée des travaux. || Dans les fabriques et dans les râperies, les agents des Contributions indirectes procèdent au pesage des betteraves, qui s'effectue au moyen d'appareils remplissant les conditions exigées par l'Administration et agréés par elle. Ils contrôlent les résultats des pesées par la reconnaissance de la densité des betteraves, par l'analyse des jus, par le nombre de diffuseurs chargés, par les quantités de masses cuites obtenues en premier jet, enfin par le rendement des masses cuites en sucre et en sirop de deuxième jet. || Dans les fabriques et dans les sucrateries, ils vérifient les chargements à l'arrivée et au départ et prélèvent des échantillons sur les produits expédiés. Ils vérifient également les quantités de sucre extraites des turbines, et qui sont placées dans un magasin dont ils ont la clé. Enfin ils procèdent à des recensements de magasins et à des inventaires généraux. || Dans les entrepôts ils vérifient les chargements à l'entrée et à la sortie. || Dans tous les arrondissements où il existe une fabrique de sucre et dans les communes limitrophes de ces arrondissements, les chargements de

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

sucre ne peuvent circuler sans être accompagnés d'un titre de mouvement (acquit-à-caution ou laissez-passer).

Analyses.—Laboratoires. Les analyses de betteraves, de sucres et de mélasses sont faites dans des laboratoires situés à Paris et dans les principaux centres de la région sucrière.

2. Deutschland.

		Par 100 kilogr.
		Mks. pf.
I. Droits d'importation sur les sucres.		
(A). — <i>En vigueur actuellement et jusqu'au 1^{er} juillet 1888.</i>		
1. Les sucres raffinés de toute espèce, ainsi que les sucres correspondant aux échantillons à déposer dans les entrepôts officiellement désignés selon le besoin par ordre du Conseil fédéral, et à classer d'après le type hollandais no. 19 et en dessus		30 00
2. Les sucres bruts, autres que ceux ci-dessus désignés (sous le no. 1)		24 00
3. Sirops		15 00
Sont soumises au droit d'importation, comme au no. 2 ci-dessus, les solutions de sucre constatées telles après l'examen.		
4. Les mélasses admises sous contrôle pour la fabrication de l'eau-de-vie		Libre.
(B). — <i>A partir du 1^{er} août 1888.</i>		
1. Sirops et mélasses		15 00
2. Autres sucres de toutes espèces		30 00
II. Droits sur les sucres indigènes.		
(A). — <i>En vigueur actuellement et jusqu'au 1. juillet 1888.</i>		
Le sucre de betterave seul est soumis à ce droit. La taxe sur le sucre de betterave est réglée d'après le poids des betteraves brutes destinés à la fabrication du sucre, soit		
		1 70
Le drawback à l'exportation s'élève:		
1. Pour les sucres bruts d'une polarisation d'au moins 90 p. 100, et pour les sucres raffinés d'une polarisation au-dessous de 98, mais atteignant 90 p. 100 ou plus, à		17 25
2. Pour le sucre candi et les sucres blancs, pleins et durs, en pains, blocs, tablettes, cubes, ou baguettes, ou cassés en présence de l'autorité douanière, et pour d'autres sucres à désigner par le Conseil Fédéral, d'une polarisation atteignant au moins 99 ¹ / ₂ p. 100, à		21 50
3. Pour tous les autres sucres durs, ainsi que pour les sucres blancs et secs (ne contenant pas plus de 1 p. 100 d'eau), en forme de cristaux, de cassonade et de farine, et d'une polarisation de 98 p. 100 au moins, à moins qu'ils n'aient droit au drawback ci-dessus désigné (sous le no. 2) à		20 15
(B). — <i>A partir du 1^{er} août 1888.</i>		
Le droit sur la betterave sera perçu à partir du 1 ^{er} août 1888:		
1. comme „impôt sur la matière première“, selon le poids des betteraves destinées à la fabrication du sucre, soit 80 pf. par 100 kilogr. de betteraves.		

		Par 100 Kilogr.	Nr. 9560. Konferenz- Staaten.
		Mks. pf.	
En sus:			
2. Une „taxe de consommation“, basée sur le poids de sucres destinés à la consommation intérieure, s'élevant à 12 marks par 100 kilogr. de sucre de betterave indigène de toutes espèces.			
Le résidu seul (sirop, mélasse) est exempt de cette taxe. Toutefois le Conseil fédéral est autorisé à imposer le droit de consommation, en entier ou réduit, aux résidus qui, par leurs qualités inhérentes ou celles qu'ils auraient acquises par une préparation ultérieure, pourraient se prêter à la fabrication d'un article supérieur (<i>höherer Genusszweck</i>). Il est autorisé à prendre les mesures nécessaires pour en assurer le paiement.			
Les sucres présentés à l'exportation ne seront pas frappés de la taxe de consommation.			
Lorsque les sucres sont présentés à l'exportation, la restitution du droit sur la betterave s'opère comme suit:			
1. Pour les sucres bruts, d'un rendement de 90 p. 100 au moins, et pour les sucres raffinés d'un rendement de moins de 98, mais atteignant 90 p. 100 ou plus		8 50	
2. Pour le sucre candi et les sucres blancs, pleins et durs, en pains, blocs, tablettes, cubes, ou baguettes, ou cassés en présence de l'autorité douanière, et pour d'autres sucres à désigner par le Conseil fédéral, d'un rendement de 99 $\frac{1}{2}$ p. 100 au moins		10 65	
Pour tous les autres sucres durs, ainsi que pour les sucres blancs et secs (ne contenant pas plus de 1 p. 100 d'eau), en forme de cristaux, de cassonade et de farine et d'un rendement d'au moins 98 p. 100, à moins qu'ils n'aient droit au drawback ci-dessus désigné (sous le no. 2)		10 00	

3. Oesterreich-Ungarn.

L'accise sur le sucre de betterave, est perçue d'après les lois du 27 juin 1878 et du 18 juin 1880 sur le poids de la betterave. Mais le poids ne se constate pas à la balance : il est calculé sur la capacité productrice des vaisseaux (récipients) et sur la durée du temps pendant lequel ils sont en fonction. Toutes les fabriques de sucre pour lesquelles une somme *aversionale* a été fixée de cette manière sont en même temps responsables d'une certaine somme fixe envers l'État — dans laquelle les droits d'entrée sur les sucres étrangers sont comptés — dans la même proportion dans laquelle elles ont été taxées à l'impôt pour la même année d'exploitation (du 1^{er} août au 31 juillet). || Depuis le 1^{er} août 1880 l'impôt est perçu à raison de 80 kr. les 100 kilogr. de betterave fraîche, et de 4 fl. les 100 kilogr. de betterave séchée. || Dans les fabriques où l'on fait usage du procédé de la diffusion, la production quotidienne est taxée pour les vaisseaux réunis dans des „batteries“ d'après: ||

1. La quantité de betteraves qui par moyenne peut entrer dans un hectolitre de capacité (quotient de chargement); || 2. Le nombre des remplissages par jour. || Le quotient de chargement est fixé par le Ministère de campagne en campagne. Dans celle de 1887—88, il est, pour chaque hectolitre de capacité de ces batteries et pour chaque remplissage en betteraves fraîches, fixé: || a) A 66 kilogrammes dans les batteries de 9 à 11 vaisseaux de diffusion; || b) A 82.5 kilogrammes pour les batteries de moins de 9 ou de plus de 11 récipients. || On compte 50 chargements au moins par jour pour chaque réci-

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

piet. || Cependant le fabricant peut déclarer un plus grand nombre de chargements. || Afin d'en constater le véritable nombre, on se sert de compteurs vérifiés. || Dans les récipients qui ne seraient pas réunis dans une batterie, les betteraves seraient pesées; mais cette manière d'exploitation ne se rencontre pas jusqu'ici. || Dans les appareils à pression, la production quotidienne est taxée d'après le poids des pulpes que la presse est capable de produire et d'après le nombre des chargements quotidiens. Les chiffres devant servir de base à ces calculs sont fixés également pour chaque campagne. || La somme qui doit être couverte par le produit de l'impôt sur la fabrication du sucre de betterave et par les droits d'entrée sur les sucres étrangers est de 12,800,000 florins pour la période du 1^{er} août 1887 au 31 juillet 1888. || Depuis le 1^{er} octobre 1880, la restitution à l'exportation des droits d'entrée et d'accise est fixée: || a) A 8 fl. 40 kr. pour 100 kilogrammes de sucre d'une polarisation de 88° à 92° p. 100. || b) A 9 fl. 40 kr. pour 100 kilogrammes de sucre d'une polarisation de 92° à 99° p. 100. || c) A 11 fl. 55 kr. pour 100 kilogrammes de sucre d'une polarisation de 99° et plus. || En outre, dans les pays de la Couronne hongroise, le sucre est assujéti à un droit de consommation de 4 fl. pour le quintal métrique. Ce droit n'est perçu que dans le commerce de détail et à la consommation particulière, ou bien à l'octroi dans les villes fermées. Mais comme il n'y a pour cette taxe aucune différence entre le sucre étranger et celui du pays, et qu'elle n'est pas restituée à l'exportation, elle ne saurait avoir aucune influence sur les questions sou- mises à la Conférence.

4. Belgien.

Sucres étrangers. || Les sucres importés de l'étranger sont rangés en deux catégories distinctes. Les uns sont assujétiés à des droits d'entrée; les autres, exempts de ces droits, sont soumis à des droits d'accise.

Sucres soumis à des droits d'entrée.		Les 100 kil.
Sucres raffinés.		
— Candis:		
1 ^{re} classe		60° 33°
2 ^e classe		54 70
En pain		51 13
Sucres dits poudres blanches et autres produits similaires mentionnés au tarif des douanes		
		51 13
Sucres bruts de betterave au delà du no. 18		
		51 13
Autres sucres bruts		
		Libres.
Sirops et mélasses:		
— Mélasses incristallisables provenant de la fabrication ou du raffinage du sucre, ayant moins de 50 p. 100 de richesse saccharine		
		18 00
Sirops et mélasses importés pour la distillation		
		Libres.

Ces sucres peuvent être déclarés: || a) Pour la consommation, avec payement des droits au comptant; || b) Sur entrepôt.

Sucres assujettis à des droits d'accise.		Les 100 kil.
Sucres bruts:		
De canne au-dessus du no. 18		51 ^r 13 ^c
De canne ou de betterave:		
1 ^{re} classe, du no. 15 au no. 18 inclus		48 07
2 ^e — 10 — 15 exclus.		45 00
3 ^e — 7 — 10 —		40 91
4 ^e classe, au-dessous du no. 7 —		34 26

Ces sucres peuvent être déclarés: || a) Pour la consommation, au comptant ou sous termes de crédit pour l'accise; || b) Sur entrepôt. || Le sucre brut de betterave étranger ne peut être déclaré en consommation à termes de crédit que sur un compte de négociant. || Il est perçu, à titre de surtaxe, 15 p. $\frac{0}{100}$ du montant des droits d'entrée ou de l'accise sur les sucres raffinés, les vergeoises et les sucres bruts de canne et de betterave étrangers.

Sucres de betterave indigènes. || L'impôt a pour base le volume et la densité des jus de betterave. || Les charges en sucre brut sont calculées à raison de 1,500 grammes par 100 litres de jus et par degré de densité. || Indépendamment de la prise en charge ordinaire de 1,500 grammes, les fabricants sont soumis à une prise en charge supplémentaire de 6 ou de 8 p. $\frac{0}{100}$ selon qu'ils emploient le procédé de l'osmose ou celui de la séparation pour retirer les sucres des mélasses provenant de leur fabrication. || La loi impose aux fabricants les obligations les plus rigoureuses quant à l'installation des ustensiles, pour que la totalité du jus produit passe par les vaisseaux mesureurs. || Chacun de ces vaisseaux, destinés à constater le volume des jus servant à la prise en charge, est muni d'un compteur mécanique marquant le nombre des chargements et d'un appareil qui emmagasine à chaque opération une quantité constante de jus destinée à permettre le contrôle des densités. || Préalablement à tout travail, les fabricants doivent fournir un cautionnement pour garantir le paiement des droits d'accise éventuellement dus sur les prises en charge inscrites à leur compte. || Le taux de l'accise sur le sucre brut de betterave indigène est fixé à 45 francs par 100 kilogrammes, correspondant au droit dont est passible le sucre brut étranger de la deuxième classe. || Le fabricant est tenu, le 15 de chaque mois au plus tard, de déclarer le sucre brut inscrit à son compte pendant le mois précédent, savoir: || 1. En consommation: || a) Au comptant; || c) Sur un compte de crédit à termes. || 2. Sur entrepôt fictif ou sur entrepôt public, régime d'entrepôt fictif.

Surveillance. Pendant toute la durée des travaux, un poste composé d'un chef de service et de quatre employés au moins (dont deux sont toujours en permanence) surveille chaque fabrique de sucre; le chef de service y fait de nombreuses visites. Ces agents, qu'on laisse à peine deux mois dans la même fabrique, sont contrôlés par les sections ordinaires d'accise, les sections ambulantes, le

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

contrôleur de la division, l'Inspecteur provincial et par un service spécial d'inspection attaché à l'Administration centrale.

Dispositions communes aux sucres étrangers et au sucre indigène. || Un compte de crédit à termes, pour le paiement de l'accise, peut être ouvert: || a) Aux négociants en sucres bruts; || b) Aux raffineurs et aux fabricants raffineurs. || Les prises en charge inscrites aux comptes de crédits à termes sont toujours garanties par un cautionnement. || Les termes de crédit des négociants sont divisés en deux ou en trois termes, de trois en trois mois. || Les raffineurs et les fabricants raffineurs jouissent d'un seul terme de crédit de six mois, réductible à quatre mois. || Les comptes de crédit à termes sont débités des quantités de sucre provenant d'importation, de sorties d'entrepôt ou des fabriques. || Ils sont crédités: || Pour les négociants, par paiement des termes échus; || Pour les raffineurs et les fabricants raffineurs: || 1. Par paiement des termes échus; || 2. Par exportation des sucres raffinés et des sucres bruts de betterave indigènes, avec décharge de l'accise; || 3. Par dépôt des sucres raffinés et des sucres bruts de betterave indigènes dans les entrepôts publics.

La décharge de l'accise à l'exportation est fixée comme il suit:

	Les 100 kil.
Sucres raffinés:	
— Candis:	fr. c.
1 ^{re} classe	60 33
2 ^e classe	54 70
3 ^e classe	45 00
— En pains	51 13
Sucres bruts indigènes non humides:	
— No. 11 et au-dessus	45 00
— No. 8 et no. 11 exclusivement	40 91

Le décharge du droit d'accise est accordée, en cas d'exportation, sur le sucre contenu: || a) Dans les chocolats; || b) Dans les pralines, dragées et autres sucreries; || c) Dans les confitures et les conserves; || d) Dans les bonbons et biscuits. || Le taux de la décharge applicable aux quantités de sucre contenues dans ces produits exportés est celui qui est applicable à l'exportation avec décharge de l'accise du sucre raffiné en pains.

Minimum de Recette. Le produit de l'accise et des droits d'entrée sur les sucres est fixé au minimum à 1,500,000 francs par trimestre. || Ce minimum de recette est établi chaque année en prenant pour base la moyenne de la consommation de trois années consécutives; si cette moyenne est supérieure à 16,860,000 kilogrammes de sucre, le minimum est augmenté de 50,000 francs par quantité de 500,000 kilogrammes formant l'excédent. || Quand le minimum n'est pas atteint à la fin d'un trimestre, la somme composant le déficit est répartie au marc le franc des termes ou fractions de termes de crédits ouverts et non échus au dernier jour du trimestre aux comptes des raffineurs, des

fabricants-raffineurs et des fabricants de produits sucrés. || Lorsque le déficit constaté dans les recettes à la fin d'un trimestre n'est pas couvert par la répartition, le minimum de recette du trimestre suivant est augmenté de la somme qui manque, et ainsi de suite, de trimestre en trimestre, jusqu'à ce que l'intégralité du déficit soit recouvrée. Dans ce cas il est fait au profit du Trésor, sur le taux des décharges à l'exportation ou au dépôt en entrepôt des sucres, des retenues calculées à 50 centimes par 100,000 francs de déficit constaté. || Si, à l'expiration d'un trimestre, les recettes des droits sur les sucres dépassent le minimum légal de la recette trimestrielle, l'excédent vient en déduction du minimum à percevoir pour le trimestre suivant, et ainsi de suite jusqu'à la fin d'une même campagne.

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

5. Brasilien.

Ges. in Paris an Präsident der Zuckerkonferenz. — Brasiliens
Zuckerpolitik.

Paris, le 3 décembre 1887.

Monsieur le Président, || Une maladie qui me retient encore à la maison m'a empêché d'assister aux séances de la „Conférence Internationale sur le Régime des sucres“, mais non pas de suivre avec toute attention et le plus grand intérêt les travaux de la Conférence. Je vous prie en conséquence, Monsieur le Président; de vouloir bien m'excuser auprès de nos collègues. || Ne pouvant pas être présent, je désire au moins vous donner quelques renseignements au sujet du régime des sucres au Brésil. || L'industrie des sucres est au Brésil une des plus anciennes, et en importance elle vient immédiatement après celle du café, ce qui n'est pas peu dire. || Elle tire sa matière première absolument de l'agriculture du propre pays. Cette matière première est uniquement la „canne à sucre“. Par sa large culture de la canne à sucre et par la grande supériorité économique de la canne sur la betterave, le Brésil est un pays grand exportateur de sucre. || La grande distance qui nous sépare des autres pays producteurs de la matière première nous dispense entièrement de prendre des mesures protectionnistes en faveur de notre industrie sucrière, vu qu'il n'y a pas à craindre la compétition de l'importation étrangère, ni pour la matière première, ni pour les bas produits pour être bénéficiés. De ce chef donc nos Tarifs Douaniers ne risquent absolument rien à être, comme ils le sont, largement libéraux, et nous n'avions pas besoin du „drawback“, soit pour protéger notre fabrication de sucre, soit pour garantir nos raffineries. || Cet état de choses nous dispense aussi de toute mesure pour protéger l'industrie sucrière au pays par rapport à la concurrence étrangère, la compétition de la matière première étrangère et des bas produits étrangers étant écartée par le propre fait du fret à payer. Nous avons bien des concessions de garantie d'intérêts sur les capitaux engagés dans des usines centrales à sucre, mais c'est seulement dans l'idée d'améliorer la production et de permettre l'évolution

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

naturelle du problème économique qui consiste, pour l'industrie des sucres, à séparer la culture de la matière première de la fabrication du produit. || Cette situation privilégiée pourrait nous conduire à créer des difficultés à l'importation du produit fini qui pourrait venir dans le pays faire concurrence au produit indigène. Là encore, notre tarif douanier est très libéral; nos droits d'importation de sucre sont exclusivement fiscaux, et ils sont tout ce qu'il peut y avoir de plus modéré. || En un mot: libéraux à l'entrée de la matière première et des bas produits, nous sommes également libéraux à l'entrée des produits finis. Nous serions bien heureux si nous étions payés de retour; mais c'est ce qui ne nous arrive pas; bien des pays, pour protéger une situation tout à fait artificielle en matière d'industrie sucrère, ont forcé les droits d'entrée ont établi des primes, ont inauguré le „drawback“ et dernièrement j'ai même vu assimiler les bas produits étrangers aux sucres raffinés importés. || Je suis de ceux qui entendent qu'en matière de production à l'industrie chaque pays est maître chez lui: je ne les critique donc pas, mais aussi je n'ai aucun espoir que notre Conférence puisse aboutir à un résultat pratique. Ce sera un bel et noble effort tenté per l'Angleterre et que j'accompagne de mes meilleurs voeux; mais ce sera un effort inutile: la Conférence discutera largement toutes ces questions, les meilleurs voeux y seront exprimés, les promesses les plus séduisantes y seront faites; mais tout restera en l'état, c'est-à-dire, chaque pays, en matière de protection à l'industrie indigène des sucres, continuera à agir suivant ses propres idées économiques dans la matière, et, qui plus est, suivant les besoins généraux de son budget. Ce sera toujours la lutte du libre échange contre le protectionnisme, lutte qui ne pourra jamais trouver sa fin dans aucune Conférence.

Fernandes Pinheiro.

6. Dänemark.

Les droits d'importation imposés sur le sucre, la mélasse et le sirop se payent d'après les taxes ci-après, qui, par suite de la circonstance que le tarif des douanes n'a pas encore été révisé, sont indiquées dans la monnaie qui avait cours jusqu'en janvier 1875.

	Par Livre.	
	Ore.	
1. Sucre candi, sucre en pains, entiers ou en morceaux, sucre en briques, en tablettes ou autres formes semblables, sans égard à la couleur, sucre blanc et en poudre, plus clair que l'échantillon-type d'Amsterdam n° 18	6.5	13,542
2. Autresucre en poudre plus clair que l'échantillon-type d'Amsterdam n° 9.	4.5	9,375
3. Autre sucre en poudre pas plus clair que l'échantillon-type d'Amsterdam n° 9, sucre dissous et autre sucre liquide, en outre sirop blanc	4.1	8,542
4. Mélasse et sirop brun ordinaire	2.3	4,792

Relativement aux droits sur la fabrication du sucre de betterave indigène, fabrication qui se fait sous la surveillance de la douane, on paye: || a) Pour chaque livre de sucre fabriqué qui est plus foncé que l'échantillon-type d'Amsterdam n° 19, la même somme qui, d'après les tarifs des douanes en vigueur en tout temps, est payée à l'entrée pour chaque livre de sucre étranger importé dans le pays correspondant aux échantillons-types d'Amsterdam n° 10-18, avec une déduction de 8 p. %, soit 8,625 ore par livre; || b) Pour le sucre qui correspond à l'échantillon-type d'Amsterdam n° 19 ou est plus clair que ce dernier, de même que pour le sucre candi, le sucre en pains entiers ou en morceaux, le sucre en briques, en tablettes ou autres formes semblables, le même droit établi de manière que 7 livres d'un pareil sucre fabriqué équivalent à 8 livres du sucre mentionné sous (a), soit 9,857 ore par livre.

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

Drawbacks. — Le sucre de betterave de fabrication indigène s'exporte soit directement sans que l'expéditeur ait à payer des droits, soit en remboursant à ce dernier les droits s'ils ont été acquittés. D'après une disposition de loi en vigueur depuis le 1^{er} avril 1887 jusqu'au 31 mars 1888, mais qui cessera depuis lors, on paye en outre 3/4 ore par livre de sucre exporté plus foncé que l'échantillon-type d'Amsterdam n° 19.

Primes à l'exportation. — En vertu d'une disposition administrative on paye pour le sucre et le sirop qui sont exportés les primes suivantes: || a) Pour le sucre candi, de même que pour le sucre en pains entiers ou en morceaux, le sucre en briques, en tablettes ou autres formes semblables, sans égard à la couleur, et le sucre blanc en poudre plus clair que l'échantillon-type d'Amsterdam n° 18, 102 kr. 60 ore par 1,000 livres; || b) Et pour le sirop, 47 kr. 92 ore par 1,000 livres.

7. Spanien.

Sucres des Provinces d'outre-mer. || 1) Les sucres produits à Cuba, à Porto-Rico, aux Philippines et aux autres îles placées sous la dépendance du Gouvernement général de cet archipel sont admis en franchise de droits de douane, quand ils sont importés directement en Espagne sous pavillon espagnol. || 2. Les sucres de Cuba et Porto-Rico, importés sous pavillon étranger, sont soumis aux droits ci-après:

	100 kilogr.
	Pes. c.
a) Sucres n'excédant pas le n° 14 du type néerlandais	8 75
b) Sucres supérieurs au n° 14	17 50

Les sucres produits aux Philippines et provenant de ces îles sont assujettis au paiement du cinquième du droit auquel sont soumis ceux de Cuba et Porto-Rico. || La preuve du numéro des sucres importés sous pavillon étranger

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

se fait à la douane au moyen d'une simple comparaison de la couleur des échantillons avec le type officiel n° 14 de l'échelle néerlandaise. || 3. Les sucres des Provinces espagnoles d'outre-mer payent à leur importation en Espagne un droit transitoire de 8.80 pesetas par 100 kilogrammes et un impôt municipal aussi de 8.80 pesetas par 100 kilogrammes.

Sucres fabriqués en Espagne. || Les sucres de fabrication espagnole sont assujettis au paiement d'un impôt de consommation équivalent à la somme du droit transitoire et de l'impôt municipal imposés sur les sucres des Provinces d'outremer, soit 17.60 pesetas par 100 kilogrammes. || Cet impôt est payé directement par les fabricants afin que la circulation de ces sucres, de même que celle de tous les autres, soit libre à l'intérieur du Royaume. || Les sucres élaborés aux îles Canaries sont admis en franchise dans les ports d'Espagne, en prouvant, au moyen d'un certificat expédié par le Délégué des finances de cette province, qu'ils ont payé le droit transitoire et l'impôt municipal.

Sucres étrangers. Les sucres étrangers sont soumis aux droits de douane suivants:

	100 Kilogr.
a) Ceux des pays soumis au tarif général	Pes. c. 32 25
b) Ceux des pays ayant droit au tarif conventionnel	30 80
Tous les sucres étrangers payent en outre:	
Droit transitoire	13 50
Impôt municipal	13 50

Sirops et mélasses. || Les sirops (micles de caña) des Provinces espagnoles d'outre-mer sont admis en franchise de droits. || Pour l'application du droit transitoire et de l'impôt municipal aux sucres obtenus des sirops par les fabricants de la Péninsule, les administrations des douanes envoient à celles des finances une note des importations des sirops en y indiquant le nom de la personne ayant fait la déclaration en douane et la quantité importée. Elles doivent envoyer, en même temps, un échantillon cacheté de chacun des envois ou consignations séparés (partidas). || Les sirops et mélasses étrangers provenant des bays soumis au tarif général payent un droit de 5 pes. 60 c. pour 100 kilogrammes, et ceux provenant des pays ayant droit au tarif conventionnel de 5 pes. 25 c. par 100 kilogrammes.

Primes à l'exportation et drawbacks. || Les exportateurs pour l'étranger des sucres raffinés en Espagne peuvent opter entre une prime de 17 pes. 39 c. pour 100 kilogrammes et la restitution des taxes perçues sous les noms de droit transitoire et impôt municipal. || Les sucres des Antilles espagnoles et des Philippines, inférieurs au no. 14 de l'échelle néerlandaise, introduits en Espagne pour y être raffinés, ont droit, à l'exportation, à la restitution du droit transitoire et de l'impôt municipal. Pour calculer ces taxes l'on augmente de 20 p. 100 le poids du sucre exporté, en équivalence des déchets.

8. Italien.

Nr. 9560.
Konferenz-
Stanten.

La classification fiscale des sucres est réglée, en Italie, d'après le système des types. Le numéro 20 de l'échelle néerlandaise sépare la première classe de la deuxième. || Le sucres de la première classe, c'est-à-dire ceux qui ont une blancheur supérieure au type numéro 20, sont assujettis à un droit de 78 lire 50; ceux de la seconde classe à un droit de 65 lire 25, de sorte que les 13 lire 25 de différence sont en compensation du raffinage. || Il n'y a en Italie que six raffineries d'une grande importance, dont deux à Sampierdarena, près de Gènes, et les quatre autres à Aivarolo Ligure, à San Martino, près de Vérone, à Sinigaglia et à Ancône respectivement. La production de ces usines varie entre un maximum de 160,000 kilogrammes et un minimum de 40,000 kilogrammes de sucre raffiné par jour. || L'importation en Italie des sucres étrangers est en moyenne de 80,000,000 kilogrammes, dont 70,000 kilogrammes ou un peu plus de sucre raffiné.

Fabriques de sucres indigènes. || En Italie aussi on fabrique du sucre de betterave; mais cette industrie n'a pris qu'un développement modeste. La production annuelle est en moyenne de 150,000 kilogrammes, dont la totalité, ou peut s'en faut, provient de deux fabriques, l'une à Rieti (Pérouse) et l'autre à San Martino, près de Vérone. Ce sucre est assujetti à l'accise imposée par la loi du 27 août 1883, no. 1583 (texte unique), qui est perçue de l'une des deux manières, au choix des fabricants, c'est-à-dire sur le produit réel ou bien sur la densité des jus purifiés avec une prise en charge de 1,500 grammes de sucre de seconde classe pour chaque hectolitre de jus et pour chaque centième par lequel la densité dépasse l'unité à 15 degrés centigrades de chaleur. || L'accise est de 49 lire 65 les 100 kilogrammes sur le sucre de la première classe et de 44 lire 45 les 100 kilogrammes sur celui de la seconde classe.

Le Drawback sur l'exportation des sucres, || La loi du 2 avril 1886, no. 3754 (3^e série), qui a admis les sucres à la restitution de l'accise, quand ils sont exportés après le raffinage, déclare que les raffineries admises à travailler pour l'exportation seront soumises à l'exercice; qu'elles ne pourront employer des sucres d'une richesse inférieure à 80 p. 100 ni supérieure à 98 p. 100; et qu'elles jouiront d'un crédit de 68 livres les 100 kilogrammes de sucre raffiné exporté, en attendant la liquidation finale du rendement moyen des sucres traités pendant chaque semestre, ce rendement étant déterminé par l'analyse saccharimétrique. || La même loi fixe à 2 le chiffre du coefficient de réduction des degrés polarimétriques tant pour les cendres que pour la glucose. || Un règlement, approuvé par décret royal du 25 juillet 1886, établit le caractère des raffineries admises à la restitution de l'accise sur les sucres exportés, en ce sens que ce bénéfice se trouve limité aux usines qui adoptent le procédé de la transformation complète du sucre brut en sucre raffiné. Le même règlement détermine le contrôle permanent à exercer par les agents du fisc, mettant à la charge des industriels la dépense encourue; il détaille ensuite

Nr. 9580.
Konferenz-
Staaten.

les règles à suivre pour l'échantillonnage des divers envois de sucre brut, tant au moment de les retirer des entrepôts qu'au moment de les faire entrer dans la raffinerie, et donne au laboratoire chimique de la province le devoir de décider en première instance de la richesse de chaque échantillon. En cas de réclamation par la raffinerie contre l'analyse fournie par le laboratoire provincial, le Ministère des Finances est chargé de résoudre définitivement la question, sur le rapport des experts en douane et sur la base de l'analyse fournie par le laboratoire central de la Direction générale des contributions indirectes. || Selon le désir qu'ont exprimé les raffineurs, le règlement s'abstient d'indiquer le système d'analyse et la forme de polarimètre à adopter, parce qu'on a jugé bon de ne pas envahir le champ technique réservé à la chimie et de ne pas s'embarasser en prescrivant les méthodes à poursuivre dans une enquête scientifique, ce qui équivaldrait en effet à renoncer aux progrès de la science. || Les autres dispositions du Règlement sont simplement des ordonnances d'administration et de comptabilité; il n'est donc pas nécessaire d'en faire ici mention. || Des raffineries soumises à l'exercice, celle de la *Società italiana* à Aivarolo Ligure seule demanda et obtint la permission d'être admise à la restitution de l'accise; après qu'on eut mis l'usine dans les conditions qui permettent aux agents du fisc d'exercer la vigilance nécessaire et après inventaire fait des matières emmagasinées ou en traitement, cette usine commença à fonctionner sous le régime de l'entrepôt douanier à partir du 1^{er} janvier 1887. | Cette raffinerie, après avoir exporté, avec remboursement d'accise, 317,900 kilogrammes de sucre raffiné, déclara qu'elle renoncerait, à partir du 16 octobre dernier, à son droit de demander le drawback; par conséquent les dispositions de la loi du 2 avril 1886, qui favorisent l'exportation des sucres raffinés en Italie, sont actuellement sans effet. || Les raffineurs ont constamment déclaré qu'ils ne peuvent faire la concurrence sur les marchés étrangers, à moins qu'on ne leur rembourse la totalité de l'accise payée sur les sucres bruts, en élevant jusqu'à 4 le chiffre du coefficient en correction des degrés polarimétriques pour les sels et la glucose. || L'Administration des finances, se basant sur l'opinion de son laboratoire central de chimie, ne s'est pas crue autorisée jusqu'à présent à concéder les demandes des raffineurs. || Rome, le 12 novembre 1887.

9. Niederlande.

Sucres étrangers.

§ 1^{er}. Droit d'accise par 100 kilogrammes:

	fl. c.
Candi:	
1 ^{re} classe (blanc et jaune clair)	31 86
2 ^e classe	28 89
Mélias, lumps et autres sucres, non spécialement nommés	27 00
Sucres bruts:	
D'une richesse au-dessus de 99 p. 100	27 00
Autres (pour chaque pour cent de richesse)	0 27
Vergeoises (pour chaque pour cent de richesse)	0 27

Les sucres n'acquittent pas de droit de douane. || § 2. On entend par richesse: || Pour les sucres bruts, la richesse absolue, mesurée au polarimètre, sous déduction de la glucose avec le coefficient 2 et des cendres avec le coefficient 4; || Pour les vergeoises, la richesse absolue. || Les fractions de 1 p. 100 de richesse sont négligées. || Les sucres d'une richesse au-dessous de 65 p. 100 sont considérés comme ayant cette richesse. || § 3. Pour les sucres bruts d'une richesse non supérieure à 99 p. 100, il est accordé, à titre de déchet, une déduction de $1\frac{1}{2}$ p. 100 de la richesse; pour les sucres bruts de canne, cette déduction est de $2\frac{1}{2}$ p. 100. || § 4. Le titrage se fait dans les laboratoires de l'Administration des accises. L'intéressé a le droit d'appel à une Commission de chimistes jurés, nommés par le Ministre des Finances et les tribunaux de première instance à Amsterdam et à Rotterdam. || § 5. Le droit d'accise est perçu du poids net. Pour les sucres bruts de canne, en emballage ordinaire, il n'est constaté que le poids brut, à moins que le pesage net ne soit demandé par le commerce. Les tares suivantes sont accordées sur le poids brut:

Pour les caisses et barils en bois	13 p. %
Pour les canastres et kranjangs	8
Pour les sacs doubles et autres emballages doubles	4
Pour les sacs simples	2

Raffineries.

§ 6. Le raffineur jouit, sous caution, d'un crédit de deux mois pour l'accise des sucres bruts qu'il reçoit de l'étranger ou de fabriques de sucre de betterave, soit directement, soit par entrepôt. || Le crédit est prolongé de trois mois pour les sucres destinés à la fabrication de candi pour l'exportation. || § 7. Pour une seule raffinerie, où l'on applique la séparation d'après le docteur Steffen, il est stipulé provisoirement que la déduction mentionnée au paragraphe 3 sera réduite à $\frac{1}{2}$ p. 100 pour les sucres de betterave. || § 8. Le compte du raffineur pour l'accise des sucres bruts de 99 p. 100 et au-dessous peut être déchargé par l'exportation à l'étranger ou la mise en entrepôt de:
 a) Candi non inférieur au type officiel, indiquant la limite inférieure des sucres de cette catégorie, admis au bénéfice de l'exportation; || b) Mélis et lumps, dûment claircés, secs, durs et blancs; || c) Sucres blancs turbinés, purs et secs comme les mélis, nommés sous b, et en outre répondant, quant à la qualité, à des conditions spéciales variant selon les circonstances; || d) Vergeoises, auxquelles sont assimilés les sucres mentionnés ci-dessus, quand ils n'ont pas les qualités requises. || § 9. Le mélis et les lumps doivent être présentés aux employés pour la vérification en forme de pains; après cette formalité les pains peuvent être cassés, pilés ou moulus sous surveillance. || § 10. Le montant de la décharge en cas d'exportation ou de mise en entrepôt est égal à celui de l'accise qui serait due à l'importation des mêmes sucres. || Sont exceptés les vergeoises et les assimilés, d'après le paragraphe 8 (d), pour le calcul de la décharge, leur richesse absolue étant diminuée de la glucose

Nr. 9560.
Konferenz-
Statuten.

avec le coefficient 2 et des cendres avec le coefficient 4. || § 11. Le fabricant de candi a la faculté de choisir l'exercice au lieu du régime général pour les raffineries. || Dans ce cas, le droit d'accise n'est perçu que des sucres livrés à la consommation. || Depuis 1880 une fabrique de candi, en même temps raffinerie ordinaire, travaille sous l'exercice.

Fabriques de sucres de betterave.

§ 12. Le fabricant a le choix entre l'exercice et la prise en charge pour une quantité fixe de sucre en proportion de la quantité et de la densité des jus. || Cette prise en charge est préférée par tous les fabricants sans exception et ce qui suit ne se rapporte qu'à ce mode. || § 13. Tant que dure la défécation, la surveillance dans la fabrique est permanente. || § 14. La quantité du jus qui sera soumis à la défécation est mesurée par les employés, soit dans les chaudières à déféquer, soit dans des bacs mesureurs. || La densité du jus est fixée au moyen d'un aréomètre centésimal. || Si l'essai du jus servant à cette fin n'a pas la température de 15 degrés centigrade, la densité est majorée ou diminuée proportionnellement. || Toutefois le fabricant a la faculté d'exiger que le jus soit échauffé ou refroidi jusqu'à 15 degrés. || § 15. La prise en charge du fabricant est de 1.45 ou de 1 kilogr. 4 de sucre raffiné par hectolitre et par degré de densité du jus mesuré, selon que la défécation a lieu avant ou après la fin de l'année. || Une prise en charge supplémentaire de 5¹/₂ p. 100 est appliquée au fabricant qui soumet les sirops à l'osmose. Le supplément est de 1¹/₂ p. 100 quand on ne soumet à cette opération que les sirops profluant du deuxième jet. || Un fabricant, qui suit la méthode de séparation d'après le docteur Steffen, est soumis à une prise en charge supplémentaire de 9 p. 100. || § 16. Le fabricant jouit, sous caution, pour la prise en charge d'un mois, d'un crédit jusqu'au quinzième ou jusqu'à la fin du mois suivant, selon que les jus sont déféqués avant ou après la fin de l'année. || Une prolongation de crédit est accordée, en vue du troisième jet, évalué à 5 p. 100 de la prise en charge. Le crédit ordinaire est prolongé aussi pour les prises en charge supplémentaires résultant de l'osmose et du procédé Steffen. || § 17. Le compte du fabricant est déchargé par: || a) Livraison de sucres bruts à un raffineur; || b) Exportation de sucres à l'étranger; || c) Dépôt de sucres en entrepôt. || Le montant de la décharge est égal à celui de l'accise qui serait dû à l'importation des mêmes sucres. Toutefois le minimum de richesse (65 p. 100) mentionné au paragraphe 2 n'est pas applicable dans ce cas.

Restitution des droits d'accise. || § 18. A l'exportation de chocolat, de lait condensé, de bonbons et d'autres comestibles ou boissons, il est accordé une restitution des droits pour la quantité de sucre cristallisé ou cristallisable qu'il contiennent.

Glucoses non liquides. || § 19. Un droit d'accise de 18 florins par 100 kilogr. est dû des sucres de fécule solides, en poudre ou en grains, excepté la glucose massée, qui n'est passible que d'un droit d'entrée de 6 florins par 100 kilogr.

Sirops et mélasses. || § 20 Les mélados, sirops, mélasses et autres jus contenant plus de 10 p. 100 de sucre cristallisé, ou ayant à l'état liquide une richesse absolue de plus de 5 p. 100, sont soumis à l'importation à un droit de 18 florins par 100 kilogr. || Pour les autres sirops ou autres jus contenant du sucre, y compris les glucoses liquides, ce droit est de 6 florins par 100 kilogr.

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

Transit. || § 21. Aucun droit n'est perçu pour le transit de sucres ou de mélasses, soit directement, soit par entrepôt.

Frais. || § 22. Le pesage et le titrage des sucres et mélasses se font gratuitement, sauf pour les cas d'une revision du premier pesage ou bien une décision de la Commission d'appel, provoquée par l'intéressé et restée sans effet.

Colonies des Pays-Bas.

Java.

La partie la plus importante des revenus des Indes néerlandaises a été pendant de longues années la vente des produits fournis en nature au Gouvernement, conformément aux principes du système dit „de culture“ introduit par le Gouverneur général Van den Bosch en 1831. || Il ne serait pas opportun d'entrer ici dans des détails historiques concernant un système qui, sans aucun doute, a beaucoup contribué au développement des produits tropicaux cultivés à Java; mais, à la longue, il a été reconnu qu'il ne pouvait être maintenu, attendu qu'il était trop en désaccord avec les intérêts des indigènes. C'est ainsi que la culture de l'indigo, du thé, de la cannelle, de la cochenille, du tabac et du poivre pour compte du Gouvernement a été entièrement abandonnée et qu'il ne reste maintenant du système en question que la culture du café et du sucre. Même la plantation du sucre avec intervention du Gouvernement sera abandonnée également dans une couple d'années, ainsi que cela sera expliqué plus loin. || En 1871, le système de culture du sucre était encore en plein fonctionnement, le Gouvernement ayant contracté avec quatre-vingt-dix-sept propriétaires de moulins pour la fabrication du sucre. Conformément à ces contrats, le Gouvernement s'engageait à faire planter de cannes à sucre une superficie d'environ 39,000 bouw*), ce qui exigeait l'emploi de 220,000 familles indigènes. Pour leur part, les propriétaires de moulins devaient payer à ces laboureurs des salaires montant à 5,500,000 florins**). Le tiers environ du sucre obtenu devait être livré au Gouvernement au taux de 8 florins par picol***) du numéro 16 de la série des types hollandais, chaque numéro plus bas étant payé 50 cents en moins et chaque numéro plus élevé 50 cents en plus. Les deux autres tiers étaient laissés à la disposition des propriétaires de moulins, qui étaient libres de les vendre au marché public ou, à leur choix,

*) 1 bouw = 7096,76 mètres carrés.

***) 1 florin = 2 fr. 8, ou 1s. 8d.

***) 1 picol = 61,76.13 kilogrammes.

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

de les embarquer à destination des marchés étrangers. || Dans ces conditions, le Gouvernement a reçu, pendant les cinq années 1866—1870, une quantité totale de 5,227,526 picols de sucre, qui lui ont coûté 58,494,615 florins, ou 9,27 florins par picol, et lui ont rapporté 14,52 florins par picol, lui laissant ainsi un bénéfice net de 26,137,630 florins ou environ 5,475,000 florins par an. || Vers 1870 cependant, une transformation du système en vigueur de la culture de la canne à sucre fut décidée, et la loi du 21 juillet de cette année décréta qu'en aucun cas l'intervention du Gouvernement dans la plantation du sucre ne serait plus étendue, et qu'au contraire on commencerait en 1878 à réduire graduellement la superficie plantée par le Gouvernement; on fixa la réduction annuelle à un treizième, de sorte qu'après 1890 l'intervention du Gouvernement dans la plantation devait cesser et que l'industrie serait entièrement libre, dans la supposition, bien entendu, que les propriétaires de moulins feraient tout ce qui dépendrait d'eux pour suppléer, au moyen de contrats avec les indigènes, à la plantation de cannes, qui auparavant avait lieu par l'intermédiaire du Gouvernement. || En même temps il fut décidé que tout sucre produit par les propriétaires serait laissé entièrement à leur disposition moyennant un paiement en numéraire au Gouvernement, qui fut fixé au taux d'environ 100 florins par bouw de cannes à planter encore par les soins du Gouvernement pendant la durée du contrat. En outre ils auraient à indemniser les indigènes pour l'usage de leurs champs et pour le travail du labourage et de la plantation du lot assigné à chacun d'eux. De même, pour les cannes plantées par les propriétaires pour leur propre compte et sur des champs loués aux paysans, il devait être payé au Gouvernement un tribut de 25 florins par bouw, et, en conséquence, les *postes* suivants apparurent dans les prévisions du budget pour 1886:

	Florins.
Tribut sur les cannes à sucre plantées par le Gouvernement	1,855,271
Tribut sur les cannes à sucre plantées par les particuliers . .	<u>634,000</u>
Total	2,489,271
constituant le profit net du Gouvernement sur la culture.	
Pour l'usage et la culture des champs, les propriétaires de moulins eurent à payer au Gouvernement, en 1886	<u>3,193,103</u>
Ce qui forme ue total de	5,682,374

On s'explique maintenant comment, dans les années subséquentes, on devra constater une diminution du revenu de la culture de la canne à sucre jusqu'à 1890, époque à laquelle le revenu du sucre devra entièrement disparaître du budget. || Les chiffres d'exportation donneront un aperçu de l'importance de l'industrie sucrière à Java, et, en ce qui concerne la prospérité relative de cette industrie capitale, on doit remarquer ce qui suit: || Jusqu'en 1883 l'industrie sucrière était dans des conditions de prospérité très grande, par suite des prix élevés payés pour le sucre par des maisons d'exportation qui, pendant des années, avaient été en concurrence pour acquérir leur part de la

production annuelle. || Les hauts cours agirent comme un stimulant puissant pour le développement de l'industrie, qui devint petit à petit un facteur important de la prospérité de la colonie. || De grands capitaux furent consacrés à des outillages nouveaux destinés à remplacer les anciens moulins, et, à la même époque (entre 1872 et 1884), plus de cinquante nouveaux moulins furent construits, généralement sur une échelle suffisante à lutter contre l'industrie sucrière des autres colonies. Les résultats furent véritablement frappants. La production du sucre, qui, en 1881, n'excédait pas 4,606,780 picols, s'éleva, en 1884, à 6,413,248 picols, résultat d'autant plus satisfaisant qu'il fut obtenu sans aucun secours ou assistance du Gouvernement à l'égard des nouveaux moulins. || Ainsi la fabrication du sucre à Java était dans une situation florissante, et avait devant elle une brillante perspective de prospérité, lorsque la grande baisse des prix dans le courant de 1884 vint bientôt détruire toutes les espérances. || La position de la grande majorité des propriétaires de moulins devint très critique, d'autant plus que plusieurs des banques et autres établissements financiers, qui avaient l'habitude de fournir les fonds de roulement, tombèrent dans des difficultés sérieuses aussitôt qu'il devint évident que par leur grand intérêt dans l'industrie sucrière ils étaient menacés dans leur propre crédit. || Heureusement pour tous les intéressés, la récolte de 1885 fut beaucoup plus avantageuse par rapport aux prix que sa devancière; mais au commencement de 1886 les cours tombèrent de nouveau tellement que la position de la majorité des planteurs devint excessivement précaire. || On put bientôt prévoir que l'industrie succomberait inévitablement, si elle restait chargée des tributs que le Gouvernement n'avait jamais cessé de lever conformément aux arrangements contractés avec la plupart des propriétaires, ainsi que cela a été expliqué plus haut. || Le seul adoucissement donné d'abord par le Gouvernement était une diminution des droits d'exportation sur le sucre de 9 cents*) par picol à partir du 1^{er} juillet 1886. Dès lors, la perception de ce restant de droit a été suspendue pour cinq années; le tribut à payer au Gouvernement pour la plantation de cannes sans son intervention (à 25 florins par bouw) a été suspendu provisoirement, et un délai de cinq ans a été accordé pour le paiement de 50 p. % du tribut dû sur les cannes plantées d'après les contrats avec le Gouvernement. || Cependant ces mesures ne se sont appliquées jusqu'ici qu'à l'année 1887, la campagne ne commençant qu'au mois de mai. Les droits dus au Gouvernement pour la récolte de 1886 ont été payés entièrement, à l'exception d'un petit nombre de planteurs, qui se trouvèrent dans l'impossibilité de se procurer les fonds nécessaires. || En somme, la position actuelle de l'industrie sucrière à Java, qui est d'une grande importance pour la prospérité de l'île, peut être considérée comme critique à moins qu'il ne se produise un relèvement des prix. || Il existe à Java 93 moulins travaillant

Nr. 0560.
Konferenz-
Staaten.

*) 1 florin = 100 cents.

Nr. 9560. en contrat avec le Gouvernement, et 126 moulins libres: total 219 moulins. ||
 Konferenz- La récolte de sucre de Java a été pendant les cinq dernières années: ||
 Staaten.

1882	4,755,212 picols.
1883	5,277,902
1884	6,413,248
1885	6,190,706
1886	6,278,871.

Surinam (Guyane néerlandaise).

La production de sucre dans cette colonie va constamment en décroissant, comme le prouve le tableau suivant:

Années.	Nombre de Moulins.	Production en Kilogrammes.	
		Moscovade.	sucre cru et dans le vide.
1880	36	7,941,304	2,505,426
1881	33	6,707,804	2,146,471
1882	34	7,050,859	2,743,274
1883	33	5,643,142	4,550,097
1884	33	3,459,404	3,769,014
1885	28	2,177,375	3,253,858
1886	22	2,279,215	4,703,034

Les planteurs ne sont subsidiés et ne jouissent d'aucune espèce de protection, le Gouvernement ne prêtant son appui qu'à se procurer à leurs propres frais des laboureurs de l'Hindoustan. || Les autres colonies des Pays-Bas ne produisent pas d'autre sucre que celui destiné à la consommation indigène. ||

10. Schweden.

1. Droits d'importation sur les sucres:

	Par kil.
Les sucres raffinés de toute espèce	Ore *). 33.0
Les sucres bruts du no. 18 de type hollandais et au-dessus	33.0
Autres sucres bruts	23.5
Sirops	10.0
Ces sucres peuvent être déclarés:	
a) Pour la consommation, avec paiement des droits au comptant, ou bien avec un crédit d'un mois moyennant caution.	
b) Sur entrepôt.	
Drawback. — Pour les sucres candis, en pains ou en tablettes, raffinés dans le pays et provenant des sucres bruts importés, pour lesquels on a payé le droit intégralement, la restitution du droit est de	28.2

2. Droits sur les sucres indigènes: || La fabrication du sucre de betterave n'a encore pris qu'un développement modeste. La production de la campagne, du 1^{er} septembre 1885 au 1^{er} septembre 1886, était de 3,919,000 kilogr. de sucre brut. || La taxe sur le sucre de betterave est réglée d'après le poids des betteraves brutes destinées à la fabrication du sucre; 100 kilogr. de betteraves brutes doivent donner 6 kilogr. 25 de sucre brut. La taxe est des deux cinquièmes du droit d'importation sur les sucres bruts qui ne sont pas plus clairs que le no. 17 du type hollandais. || En cas d'exportation de sucre indigène, on ne donne pas de drawback.

Nr. 9560.
Konferenz-
Staaten.

Nr. 9561. **KONFERENZ-STAATEN.** — Sitzungsberichte der Konferenz. —

Erste Sitzung.

MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède, se sont réunis en Conférence, à Londres, le 24 novembre 1887, à 2 heures au Foreign Office. || M. le Délégué du Brésil n'a pu se rendre à la séance. Étaient présents: || Pour l'Allemagne: || MM. Jordan, Conseiller actuel de légation, Consul général de l'Empire d'Allemagne à Londres; || Jaehnigen, Conseiller des finances; || Pour l'Autriche-Hongrie: || M. le Comte de Kuefstein, Envoyé extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire; || Pour la Belgique: || MM. Guillaume, Directeur général au Ministère des Finances; || du Jardin, Inspecteur général au Ministère des Finances; assistés par: M. de Smet, Sous-Directeur au Ministère des Finances; || Pour le Brésil: || M. A. A. Fernandes Pinheiro, Délégué en Europe du Ministre des Travaux publics, Délégué du Brésil en l'absence de M. le Docteur Pedro Dias Gordilho Paes Leme, n'a pu se rendre à la première séance; || Pour le Danemark: || M. Lange, Directeur général des Contributions directes et indirectes; || Pour l'Espagne: || MM. Batanero, Député; || Dupuy de Lome, Secrétaire d'Ambassade; || Pour la France: || MM. Sans-Leroy, Député; || Le Comte de Florian, premier Secrétaire de l'Ambassade de France à Londres, Représentant du Ministère des Affaires étrangères; || Pallain, Conseiller d'État, Directeur général des Douanes; || Catusse, Conseiller d'État, Directeur général des Contributions indirectes; || Legros, Administrateur à la Direction générale des Douanes; || Boizard, Sous-Chef de bureau au Ministère des finances, Secrétaire des Délégués français. || (M. Pallain et M. Catusse n'ont pu se rendre à la première séance.) || Pour la Grande-Bretagne: || MM. le Baron Henry de Worms, Membre de la Chambre des communes; || le Comte d'Onslow, Sous-Secrétaire d'État au Colonial Office; || C. M. Kennedy, C. B., Directeur des Affaires commerciales au Foreign Office; || F. G. Walpole, Directeur de la douane à Dublin; || Pour l'Italie: || M. le Chevalier T. Catalani, Chargé d'Affaires d'Italie à Londres; || Pour les Pays-Bas: || MM. W. A. P. Verkerk Pistorius, Directeur

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

général des Contributions directes, Douanes et Accises au Département des Finances; || B. Reiger; || G. Eschauzier; || C. J. C. van de Ven, Contrôleur des Douanes et Accises à Rotterdam. || Pour la Russie: || M. Kamensky, Conseiller d'État actuel; || Pour la Suède: || M. Dickson, secrétaire général au Département des Finances. || M. le baron Henry de Worms, Secrétaire du Board of Trade, Membre de la Chambre des Communes, déclare la séance ouverte et prononce le discours suivant:

„Messieurs,

M. le Marquis de Salisbury, principal Secrétaire d'État de Sa Majesté britannique au Département des Affaires étrangères, se trouve malheureusement dans l'impossibilité d'assister aux travaux de la Conférence. Il m'a donc chargé de vous en exprimer ses plus vifs regrets et en même temps de vous souhaiter, au nom de Sa Majesté la Reine, la plus cordiale bienvenue. C'est en prévision de son absence aujourd'hui que le Marquis de Salisbury a fait une proposition par la voie diplomatique, relative à la présidence de notre réunion. En vous faisant cette proposition, il n'a voulu en rien préjuger la première décision que la Conférence est appelée à rendre. Votre liberté d'action reste intacte. Il m'a donc imposé la charge extrêmement délicate de vous demander, Messieurs les Délégués, s'il est de votre bon plaisir de ratifier, dans la plénitude de vos pouvoirs, le choix qu'il a fait, et de me confier la Présidence.“

M. Sans-Leroy est persuadé que la Conférence s'associe entièrement à la pensée du Marquis de Salisbury et qu'elle confirme le choix qu'il a fait. || Les observations de M. Sans-Leroy étant accueillies à l'unanimité, la Présidence de la Conférence est déferée à M. le Baron Henry de Worms.

M. le Président, prenant place au fauteuil, prononce les paroles suivantes: || „J'accepte, Messieurs, et j'accepte volontiers, l'honneur qui m'est fait, mais je n'ignore pas combien est lourde la mission que vous m'imposez; je ne saurais m'en acquitter sans votre indulgence et votre bienveillance. Je suis persuadé qu'il ne me manquera ni l'une ni l'autre.“ || M. le Président propose à la Conférence de choisir un Vice-Président. || M. Guillaume demande la parole. Il propose à la Conférence de demander à M. le Comte de Kuefstein, Envoyé extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire, de vouloir bien accepter la Vice-Présidence. || La Vice-Présidence est confiée à M. le Comte de Kuefstein. || M. le Comte de Kuefstein remercie l'Assemblée de l'honneur qu'elle a bien voulu lui faire. . . .

Sur la proposition de M. le Président, la Conférence confie les fonctions de Secrétaires à MM. H. Farnall, Attaché au Foreign Office, et A. E. Bateman, Sous-Directeur au Board of Trade, et celle de Secrétaires adjoints à MM. E. A. Crowe, Attaché au Foreign Office, et C. A. Harris, Attaché au Colonial Office.

Le nom de M. Boizard, Sous-Chef de bureau au Ministère des finances à Paris, est porté sur la liste des Secrétaires de la Conférence.

M. le Président fait observer que la Conférence se trouve régulièrement constituée et peut, dès lors, commencer ses travaux. Il prononce le discours suivant: Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

„Messieurs les Délégués,

Permettez-moi, en ma qualité de premier Délégué du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, de vous exprimer la vive satisfaction que je ressens de voir réunis autour de cette table un si grand nombre de Représentants des Puissances intéressées à la question importante qui appelle aujourd'hui notre attention. Une telle Conférence ne peut que développer l'entente cordiale des nations rassemblées dans le but de résoudre, d'une manière pratique et amicale, un problème qui touche de près à l'industrie et au commerce de tant de nations. Votre présence à Londres, dans cette circonstance, m'est une preuve que les Gouvernements que vous représentez sont disposés à abolir le système des primes sur les sucres, et à le remplacer par un accord mutuel qu'adopteraient simultanément les divers pays intéressés à cet arrangement. || L'opinion que j'ose ainsi énoncer se justifie par un fait qu'il est impossible de ne pas reconnaître. Bien que, depuis 1863, cette question ait été souvent discutée en Conférence, c'est la première fois que presque toutes les Puissances aient témoigné, par l'envoi de leurs Délégués, leur désir de prendre part à une discussion franche et générale. Les circonstances auxquelles je viens de faire allusion me donnent lieu de croire que les Puissances considèrent le moment propice à la solution de cette question, qu'il convient de trancher une fois pour toutes équitablement et loyalement sans entraver aucunement le progrès d'une industrie importante. En admettant même que le système des primes puisse favoriser l'industrie sucrière dans les pays où il est en vigueur, on est forcé d'avouer qu'un commerce prospère doit reposer sur un système qui, par son uniformité, se recommande à toutes les nations. C'est pénétré de ces principes et de ces intentions que le Gouvernement de Sa Majesté vous a invités à cette Conférence.“

M. Kennedy demande la parole; il s'exprime en ces termes: || „Le Gouvernement de la Reine a cru faciliter les travaux de la Conférence en demandant à chaque Gouvernement représenté à la Conférence un mémoire sur le régime qu'il applique aux sucres*). Ces mémoires nous donneront des informations authentiques quant aux droits de douane et d'accise et quant à l'application de ces droits, soit au sucre fabriqué, soit à la matière première dont il est composé. La Conférence y trouvera également le taux des drawbacks payés à l'exportation. Quelques-uns de ces mémoires ne nous sont pas encore parvenus; d'autres sont à l'impression: mais j'ai l'honneur de déposer dès à présent sur la table de la Conférence les mémoires sur le régime des sucres en Allemagne, en Belgique, en Danemark, en Italie et en Suède. Les autres vous seront distribués par MM. les Secrétaires aussitôt que faire se pourra.

*) Voir ces mémoires à l'Appendice n° 1.

Nr. 9561. Je dois ajouter que ces documents sont à l'état d'épreuves seulement. Peut-être MM. les Délégués auront-ils la bonté de signaler aux Secrétaires les rectifications qu'ils désireraient y apporter. Nous tiendrions surtout à ce que ces mémoires fussent tout à fait corrects.“

Konferenz-
Staaten.

M. le Comte de Kuefstein répond en quelques mots au discours de M. le Président. Il croit que le baron de Worms apprécie correctement l'intention des divers Gouvernements. La Conférence se trouvera d'accord quant au but à atteindre. Tous les efforts, en effet, tendant à rapprocher les différents Pays en effaçant les divergences existantes, sont dignes de la plus grande sympathie et c'est dans ce sens que les Délégués comptent s'acquitter de leurs travaux. Heureux de se trouver dans un Pays qui s'est si souvent placé à la tête de grandes idées de progrès et de civilisation, les Délégués espèrent tous que celle dont le Gouvernement Britannique s'est fait le promoteur aujourd'hui ne restera pas sans résultat. || M. Guillaume se trouve entièrement d'accord avec la déclaration de principe faite par M. le Président. Mais il ne croit pas que la Conférence puisse aborder aujourd'hui la discussion des moyens à rechercher pour atteindre le résultat désiré. Les Délégués auront d'ailleurs à étudier les mémoires que M. Kennedy a déposés sur la table. || M. le Président est tout disposé à renvoyer la discussion au lendemain. Il propose à la Conférence de se réunir tous les jours, les samedis exceptés. || M. Sans-Leroy ne croit pas pouvoir appuyer la proposition de M. le Président. Bien que MM. les Délégués soient tous d'accord sur le principe, celui de la suppression des primes, des questions de détail réellement complexes ne tarderont pas à se présenter. Pour lui, il prévoit qu'il se trouvera souvent dans la nécessité d'en référer à son Gouvernement. Une discussion de jour en jour ne lui paraît donc pas possible.

Zweite Sitzung.

Étaient présents: || MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie, de la Suède. || M. le Président dit que le procès-verbal dont les premières épreuves avaient été remises à MM. les Délégués a été modifié conformément à leurs indications. Une épreuve définitive sera distribuée avant la prochaine séance et le procès-verbal pourra être adopté sans lecture. || Le Gouvernement anglais a reçu les mémoires présentés par la France, l'Autriche-Hongrie et l'Espagne*). Ces mémoires seront prochainement distribués.

Il paraît utile, ajoute M. le Président, de demander si quelqu'un de MM. les Délégués a des propositions à formuler. Il serait très important d'être saisi des propositions que les différentes Puissances peuvent avoir à présenter, afin que ces propositions servent de base aux travaux de la Conférence. || Si personne n'a de propositions à faire, il demandera comment la Conférence en-

*) Voir le texte de ces mémoires à l'Appendice n° 1.

tend régler l'ordre de ses discussions. || M. Jordan fait observer que, sans chercher dès à présent s'il y a moyen de s'entendre sur un système quelconque à adopter ultérieurement, il serait utile de connaître sûrement les différences qui existent actuellement entre les législations en vigueur. Il croit qu'il conviendra de donner lecture en séance des mémoires qui ont été produits; cette lecture fournirait l'occasion de demander des explications. || M. Kamensky fait observer que la circulaire de M. le Marquis de Salisbury contient dans paragraphes qui formeront les deux principaux objets des travaux de la Conférence. Ces paragraphes sont le troisième, qui indique, comme problème, l'élaboration d'un système commun pour établir une complète corrélation entre les droits d'accise et les drawbacks, c'est-à-dire la suppression de toute différence en faveur du producteur exportateur; et le quatrième, qui exprime, comme desideratum, la suppression des primes directes. Le troisième paragraphe ne lui paraît pas engager les Gouvernements des divers Pays qui sont représentés à la Conférence à changer leurs systèmes respectifs de perception de droits d'accise et à élaborer un nouveau système commun, peut-être plus parfait. Une pareille tâche prolongerait indéfiniment le travail de la Conférence sans l'amener à un résultat pratique, et ferait échouer son objet principal. Il serait donc plus pratique que chacun de ses collègues traçât le mode de perception des droits d'accise dans son Pays, indiquât, avec une arithmétique sincère, la différence entre ces droits et les drawbacks, différence qui favorise l'exportation en accordant une prime déguisée, et déclarât si son Gouvernement serait prêt à sacrifier cette prime en partie ou en totalité. Il croit que, de cette manière, la question des primes déguisées serait placée sur un terrain pratique. Quant à l'abolition des primes directes, il croit que c'est une question très simple à résoudre. Les Délégués diront franchement si, oui ou non, leurs Gouvernements respectifs désirent continuer ou abandonner ce système. || M. le Président constate que le mode de procéder proposé par M. le Délégué russe obtient l'assentiment général. Il invite les Délégués à fournir des explications sur la législation de leurs différents Pays et à formuler leurs propositions en vue de la réforme de ces législations. || Il est décidé que les Délégués prendront successivement la parole, suivant la place qu'ils occupent, en allant de droite à gauche. || M. Jordan commence en faisant remarquer que la législation actuelle de l'Allemagne ne doit durer que jusqu'au 1^{er} août prochain. Cette législation a déjà été changée et c'est là un point essentiel. Le droit sur les betteraves, le seul qui pût donner lieu à une prime, a été réduit de plus de moitié à compter du 1^{er} août prochain. La législation allemande est donc déjà en mouvement, et ce mouvement tend vers l'abolition des primes. || M. Jordan ajoute qu'il n'est pas autorisé à indiquer quelles mesures son Gouvernement compte prendre pour persévérer dans cette voie; mais il peut constater dès à présent que le but que s'est proposé la Conférence commande l'entière sympathie du Gouvernement allemand, qui est tout disposé à abolir les primes, pourvu qu'il en soit de même dans les autres Pays. Il déclare qu'il a reçu pour

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

instructions d'examiner soigneusement toute proposition dans ce sens, et que son Gouvernement est tout disposé à rechercher si les propositions ainsi faites pourront être appliquées. || Pour le moment il n'est pas en mesure de faire des propositions en vue de changements à apporter dans la législation de l'Empire allemand.

M. le Comte de Kuefstein fait un historique sommaire de la législation en Autriche-Hongrie depuis 1865; elle est basée sur la loi du 11 octobre 1865, à laquelle des modifications successives ont été apportées. Cette loi a remplacé le système de l'imposition sur le poids réel des betteraves par une fixation théorique de l'importance des quantités de betteraves mises en oeuvre. Les autorités déterminent la capacité des appareils et fixent un certain poids de betteraves qui doit correspondre à un hectolitre de capacité. C'est la base du calcul pour l'imposition. || Mais on s'est aperçu que le rendement légal ne répondait pas toujours à la réalité. Les fabricants étaient amenés, en effet, à améliorer leurs procédés, à changer leurs appareils; ainsi, par exemple, on s'était attaché à remplir les vaisseaux autant de fois que possible; puis quand la nouvelle loi de 1880 eut fixé le nombre de remplissages qui pourraient être effectués par jour, et qu'elle eut fait installer des compteurs, on a fait des récipients plus petits, que l'on remplissait autant que possible pour gagner sur chaque chargement. Dès 1877 le Gouvernement avait eu l'intention de soumettre aux Chambres un système d'imposition sur le produit fabriqué ou sur la densité du jus. Cette idée n'avait pas rencontré beaucoup de faveur auprès des fabricants, et n'avait pas été bien accueillie par l'opinion publique. On s'en est donc tenu à modifier l'ancien système, tout en fixant, par la loi du 27 juin 1878, un minimum de recettes de 6 millions de florins, avec une augmentation de 500,000 florins par an jusqu'à 10,500,000 florins. Avant que cette loi ne fût arrivée à son terme, la loi du 18 juin 1880 intervint pour modifier sur plusieurs points importants la législation existante, et pour fixer le minimum à 10 millions de florins, avec augmentation de 400,000 florins par an. Elle a donné quelques bons résultats. Cependant, les inconvénients attachés au principe du système établi pour le calcul de l'impôt ne tardèrent pas à reparaitre. Un mouvement s'est produit en même temps dans l'opinion publique, et les fabricants eux-mêmes ont commencé à se plaindre d'un régime qui les obligeait à des transformations de matériel incessantes et coûteuses, et qui créait de grandes inégalités entre les fabriques de différentes contrées. || Les Gouvernements des deux parties de la Monarchie Austro-Hongroise ont donc été amenés à soumettre aux Chambres un nouveau projet qui doit produire son effet à partir du 1^{er} août 1888. Cette nouvelle loi abandonne l'ancien système, et donne pour base à l'impôt la production effective. Quant au sucre exporté, il sera affranchi de l'accise. La loi impose en outre l'obligation des marques. Chaque quantité enlevée de la fabrique devra porter une marque. Il sera facile de constater chez les négociants si le fabricant s'est soumis à cette obligation. || En Autriche-Hongrie on a cru devoir adopter ce système parce qu'on le considère en principe comme le plus juste et le plus

équitable, et comme le meilleur en pratique, parce qu'il peut être appliqué sans vexations. Il paraît difficile qu'un autre système puisse offrir les mêmes avantages, et donner des garanties équivalentes pour la suppression des primes. || Quant à l'Autriche-Hongrie elle a montré qu'elle est prête à abolir les primes. Il est vrai que, pour permettre aux fabricants de soutenir la concurrence des autres pays, on a dû leur accorder, par la dernière loi, des primes directes; mais les primes de cette espèce sont plus faciles à faire disparaître que les primes déguisées. || Dans les Conférences antérieures entre les quatre États signataires de la Convention de 1864, les discussions se sont engagées sur la possibilité d'établir une équivalence entre les divers systèmes d'impôt. M. le Comte de Kuefstein pense qu'en dehors du droit à la consommation il y a toujours à craindre qu'une partie du produit n'échappe à l'impôt, et, par conséquent, il ne pourrait pas se rallier à l'idée de créer des systèmes d'équivalents.

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

M. Sans-Leroy désire savoir si l'augmentation progressive du minimum a été régulièrement effectuée sans intervalles. || M. le Comte de Kuefstein répond que les fabricants sont obligés de payer en plus chaque fois que ce minimum n'est pas atteint, ce qui arrive en général. Le mode de répartition est fixé par la loi. || M. Sans-Leroy précise sa question; n'y a-t-il pas eu des remises sur le minimum légal? || M. le Comte de Kuefstein répond que cela ne lui paraît pas possible. Les chiffres inscrits au Budget témoignent de la rentrée intégrale de l'impôt. Les fabricants sont solidaires pour la somme entière. || Mr. Walpole demande si l'on peut compter sur l'intention du Gouvernement Austro-Hongrois d'établir l'impôt à la consommation. On prélèvera l'impôt à la sortie des fabriques pour les sucres livrés à la consommation. Comment fera-t-on pour les sucres exportés? || M. le Comte de Kuefstein explique que ces sucres seront exportés en franchise. || Mr. Walpole entend que le système est bien l'impôt à la consommation, sans prise en charge, et sans présomption de rendement légal.

M. Guillaume fait l'historique de la législation belge. Depuis l'origine l'impôt est perçu d'après le même système; il a pour base le volume et la densité des jus. Pour déterminer la quantité des jus travaillé, on a pris en Belgique les précautions les plus minutieuses; on possède maintenant un appareil muni d'un compteur qui offre des garanties complètes. || Ainsi la législation belge se trouve en voie de progrès. Il est vrai qu'il existe encore une prime; elle provient de la différence entre le rendement légal et le rendement effectif. Le Gouvernement est décidé à introduire, à ce point de vue, des modifications dans la législation. L'importance de ces modifications dépendra des concessions faites par les autres pays. || Avec un système comme celui de la Belgique, on peut arriver, aussi bien qu'avec tout autre système, à la suppression des primes. Les Délégués belges ne sont pas convaincus, d'ailleurs, que le système de l'exercice offre à cet égard des garanties aussi complètes. En relevant la prise en charge en Belgique, on fera disparaître

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

la prime. || S'il subsiste un léger écart entre le rendement légal et le rendement réel, cet inconvénient sera moindre que ceux qui pourraient résulter des difficultés d'application de l'exercice. On avait du reste fait en Belgique l'essai du système; mais cette tentative a rencontré la plus vive opposition, et il serait dès lors impossible d'appliquer en Belgique le régime de l'exercice. M. Guillaume se réserve de revenir sur ce sujet. || En augmentant la prise en charge, on diminuerait ou l'on supprimerait même complètement la prime. La législation belge, compliquée en apparence, est en réalité la plus simple de toutes. Avec l'exercice, on rencontre de grandes difficultés pour constater, dans les raffineries surtout, la nature des produits à l'entrée et à la sortie. Ce système, le meilleur en principe, présente dans la pratique les plus grandes difficultés. Le Gouvernement belge, tout en conservant son système actuel, pense atteindre ainsi plus sûrement le but qu'on se propose.

Mr. Walpole fait remarquer que la prise en charge est une présomption. Or, la présomption peut être favorable au Trésor ou au fabricant. Si l'on adopte l'impôt à la consommation, la présomption fait place à la réalité. Avec le système belge il ne voit pas comment on pourrait écarter la présomption. | M. Guillaume précise ce qu'il faut entendre par présomption. Un changement dans la loi peut faire de cette présomption une réalité, si ce changement fait disparaître les primes. || Mr. Walpole demande à quel taux il faudrait porter la présomption de rendement pour faire disparaître les primes. || M. Guillaume répond que la fixation de la prise en charge doit reposer sur la moyenne des rendements effectifs.

M. le Président fait remarquer qu'avec la loi actuelle la quantité de sucre passible de l'impôt ne change pas. La même quantité de jus correspond toujours à une même quantité de sucre. || M. Guillaume répond que ce rapport peut être modifié par la loi, d'après les propositions que fera le Gouvernement belge. || Il ajoute que la Belgique a aussi un minimum de recettes; mais ce point lui paraît de peu d'importance pour le moment. Ce minimum est d'ailleurs, en certains cas, susceptible d'augmentation. Quand la consommation est arrivée à un certain chiffre, on augmente le minimum pour les années suivantes.

Mr. Walpole rappelle que, dans le projet de Convention de 1877, la Belgique avait fait la proposition de réduire le droit de 45 francs à 22 fr. 50 cent., et de fixer en même temps son minimum de recettes à 4,800,000 francs. Avec le droit de 45 francs, le chiffre du minimum devrait atteindre 9,600,000 francs. || M. Guillaume fait remarquer qu'en 1877 la Belgique devait élever sa prise en charge à 1,550 grammes d'abord, et à 1,600 grammes pour la campagne suivante. C'est pourquoi le minimum devait être relativement plus élevé. Au surplus tout l'intérêt pour les travaux de la Conférence réside dans le taux de la prise en charge. || Mr. Walpole ne peut admettre que cette question du minimum soit indifférente, puisqu'elle figurait dans les clauses de la Convention de 1877. Il demande si le minimum d'aujourd'hui est en corrélation avec

celui de 1877. || M. Guillaume explique que ce rapport n'existe plus, parce que la prise en charge est trop faible. Le montant de la prime dépend uniquement du taux de l'impôt. Ce sont là les deux facteurs des primes. La Belgique est toute disposée à augmenter la prise en charge et, au besoin, à réduire en même temps le taux du droit; elle tient à régler la loi de façon à faire disparaître le plus possible les primes. || M. Sans-Leroy ne partage pas l'opinion du premier Délégué belge sur le peu d'importance qu'il conviendrait d'attribuer au minimum. Si l'on considère quel est le chiffre de la population belge et l'importance probable de sa consommation, ce minimum, qui n'est dépassé que dans une faible proportion, apparaîtra comme la preuve la plus évidente de l'existence de primes considérables. || Il n'est pas possible d'admettre que la consommation par tête en Belgique n'est pas égale à la moyenne de la consommation dans les quatre pays les plus rapprochés: l'Angleterre, les Pays-Bas, l'Allemagne et la France. Or, le minimum fixé par la loi est inférieur de plus de deux tiers à ce que donnerait l'impôt s'il était appliqué à cette moyenne. || Il connaît du reste l'argument par lequel la Belgique a cherché en 1877 à justifier l'infériorité de sa consommation par tête. Elle a allégué que, n'ayant pas de colonies, sa population n'a contracté que tardivement l'usage du sucre. Mais il croit devoir faire remarquer que la consommation du sucre n'a pris un grand développement qu'à partir de l'introduction du sucre de betterave, ce qui enlève toute valeur à l'argument.

M. Guillaume répond qu'en 1873 il avait donné d'autres raisons. Il a expliqué qu'en Belgique on consommait réellement fort peu de sucre. L'usage du thé et d'autres boissons chaudes, qui en sont le principal véhicule, n'est guère répandu en Belgique. Il y existe un grand nombre de petites fabriques de sirops de fruits, dont les produits sont consommés par la population des campagnes. || Du reste, avant l'établissement des fabriques de sucre en Belgique, alors que le sucre consommé provenait exclusivement des importations relevées par la Douane, il était facile d'évaluer exactement le chiffre de la consommation. Or, on constatait que ce chiffre était notablement inférieur à celui qui représentait la consommation dans les pays voisins. Rien d'étonnant dès lors à ce qu'il présente encore aujourd'hui la même différence. || Mr. Walpole déclare qu'il lui semble que le minimum est important à un autre point de vue. Comparé au chiffre de la population, il accuse une consommation par tête de 2.26 kilogrammes. Il est évident que ce chiffre s'écarte de la vérité. Il devrait atteindre au moins 6 ou 7 kilogrammes par tête.

MM. Guillaume et Dujardin contestent cette appréciation. M. Guillaume reconnaît toutefois que la consommation est supérieure à 2.26 kilogrammes. Même si la Conférence n'avait pas eu lieu, son Gouvernement aurait vraisemblablement proposé de relever la prise en charge dans l'intérêt du Trésor. || M. le Comte d'Onslow demande sur quoi est basé le minimum. || M. Guillaume répond qu'il a été fixé d'après les importations, la production et les exportations des trois dernières années. || M. Sans-Leroy demande à MM. les Délé-

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

gués de la Belgique comment on est arrivé à connaître la quantité réellement produite. || M. Guillaume. Les calculs ont été faits en tenant compte de ce fait, que les quantités produites dépassaient le montant des prises en charge légales.

M. Sans-Leroy fait observer que, dans les Départements du nord de la France, la consommation est de 12 kilogrammes par tête. Il demande comment on a pu apprécier en Belgique, où le système de l'exercice n'est pas en vigueur, l'importance de la production effective. || M. Guillaume, répondant à cette question, explique qu'on s'est basé sur les faits observés dans les pays voisins, et notamment sur le rapport constaté en France entre la prise en charge à la densité et la production constatée par l'exercice. || M. Sans-Leroy fait remarquer qu'en France la constatation du jus n'était qu'une simple appréciation, un minimum. Cette constatation n'était pas entourée de garanties d'exactitude bien rigoureuses, l'action du service se portait principalement sur les turbines.

M. Lange donne quelques explications sur la législation danoise. Pour les sucres de betterave exportés elle accorde temporairement une prime ouverte, que le Gouvernement est disposé à supprimer. Pour l'exportation des produits des raffineries du Danemarck, la prime que peut donner le drawback est minime, et l'exportation diminue d'année en année. Le Gouvernement danois serait sans doute tout disposé à entrer dans l'Union sucrière qui pourrait résulter de la Conférence.

M. Dupuy de Lôme dit que la situation de l'Espagne est très nette; elle ne produit pas de sucre de betterave. On fait du sucre de canne dans quelques provinces, mais cette industrie a relativement peu d'importance, et le sucre produit n'est pas exporté. || L'Espagne est surtout intéressée dans la question au point de vue de ses colonies. Les Antilles ont souffert, plus que tout autre pays, de la crise sucrière et du système des primes. Il ne leur est accordé aucune prime à l'exportation. Au contraire, les sucres payaient dernièrement encore des taxes de sortie. Ces taxes n'étaient, il est vrai, qu'un moyen de percevoir l'impôt foncier. Elles ont été abolies par un Décret royal du 25 juillet 1887. || Les sucres coloniaux sont maintenant admis en franchise dans la métropole. Ils ont, pourtant, à payer certains droits municipaux et transitoires, dont la restitution aux raffineurs, avec une bonification de 20 p. 100 sur le poids pour les déchets, pourrait donner lieu à une prime. Mais, en fait, l'exportation est nulle et jamais on n'a demandé la restitution des droits payés, les sucres produits ou raffinés en Espagne ne pouvant pas lutter avec les sucres primés des autres pays. L'Espagne a accueilli avec la plus vive sympathie la pensée qui a présidé à la réunion de la Conférence. Elle désire la suppression des primes, et elle est décidée à concourir à les faire disparaître. || M. Batanero se rallie complètement aux paroles de son collègue. Il déclare que l'Espagne est bien décidée à entrer dans les vues de la Conférence, et qu'elle désire vivement la suppression des primes.

M. Sans-Leroy rappelle les conditions dans lesquelles la France a été amenée à changer sa législation. Après avoir, pendant quatre ans, appliqué l'exercice dans des conditions qui ne laissaient place à aucun abus, elle a dû, pour sauver son industrie qui succombait dans une lutte inégale, s'inspirer des exemples qui lui venaient d'outre-Rhin. || Le caractère de la législation française est double: || D'un côté, pour le sucre indigène, le Trésor passe un forfait avec le fabricant; || De l'autre côté, pour le sucre colonial, la loi accorde une prime franche. || La prime des sucres coloniaux ne joue ici qu'un rôle secondaire. Les colonies profitent de ce que les fabricants de sucre indigène ont gagné pendant l'année précédente. Par la prise en charge, basée sur le poids des betteraves mises en oeuvre, on accorde en fait une prime considérable à la sucrerie indigène, et l'année suivante les sucres coloniaux en profitent. Cette année la prime pour les colonies est de 36.44 p. 100, ce qui veut dire que, pendant la dernière campagne, les fabricants de sucre ont profité d'avantages équivalents. || Sans doute, ce sont là des primes très élevés. Mais ce n'est pas la France qui en a donné l'exemple; elle n'est entrée dans cette voie que pour se défendre. || M. Sans-Leroy n'a pas le mandat d'indiquer les moyens de faire cesser cet état de choses fâcheux; mais il se rallierait à un système qui satisferait à tous les intérêts engagés dans la question.

M. Catalani n'a rien à ajouter au mémoire remis par son Gouvernement. Si l'on a des questions à lui poser, il sera heureux d'y répondre à la séance prochaine.

M. Verkerk Pistorius présente à la Conférence quelques observations sur la législation des sucres dans les Pays-Bas. Il constate que le Gouvernement des Pays-Bas a, dès l'abord, accueilli avec empressement la proposition du Cabinet de Saint-James de réunir tous les pays producteurs de l'Europe dans une Conférence chargée d'examiner les moyens de parvenir à l'abolition générale des primes. Son Gouvernement espère arriver à une entente qui lui permettra d'asseoir sa législation sur une base rationnelle et stable, en la mettant en harmonie avec la réalité. || En Néerlande, continue M. Verkerk Pistorius, le Gouvernement et la Législature ont été jusqu'ici d'accord sur ces deux principes: que la loi fiscale n'est pas un instrument de protection, mais un moyen de pourvoir aux besoins du Trésor; et, ensuite, qu'il faut se garder autant que possible d'y apporter de fréquents changements, qui déroutent l'industrie. La législation des Pays-Bas, en matière de sucre, ne s'inspire pas du principe de la protection, et cherche, au contraire, à diminuer les primes. Le rendement de l'impôt à lui seul suffit à le prouver. || En 1864, lors de la conclusion de la Convention du 8 novembre avec la Grande-Bretagne, la Belgique et la France, ce rendement (avec un droit de 22 florins des Pays-Bas, soit de 45 fr. 80 cent. par 100 kilogrammes de sucre brut) était de 2 millions de florins, soit 4,166,000 francs. Aujourd'hui, ce revenu s'élève à 8 millions de florins, soit 16,200,000 francs, avec un droit de 27 florins par 100 kilogrammes. Ce droit est resté le même depuis la loi du 2 juin 1865. || Il est

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

évident que ce résultat n'a pu marcher de pair avec une augmentation des primes en général. Après un effort infructueux, en 1880, pour maintenir la nuance des sucres comme base de l'impôt, il a été reconnu, en 1884, que ce système est insuffisant pour estimer le rendement au raffinage; et en présence d'une importation croissante de sucres artificiellement colorés pour éluder les droits, le Gouvernement n'a pas hésité à adopter, pour la prise en charge des raffineries, la saccharimétrie avec le même déchet au raffinage qu'en France, système qui, par le même coup, supprima presque totalement la protection dont jouissait alors l'industrie du raffinage. Depuis, les raffineries appliquant le système de la séparation ou quelque autre procédé pour l'extraction du sucre des mélasses ont été soumises à une déduction de 1 pour cent sur le déchet accordé pour la fabrication, ce qui équivaut à une taxe supplémentaire assez élevée. || M. Verkerk Pistorius fait observer que, pour les fabriques de sucre de betterave, une tentative dans le même sens avait déjà été faite en 1875, époque à laquelle, après un nouvel accord intervenu avec les Puissances contractantes de 1864, un projet de loi, basé sur l'exercice, fut soumis à la législation néerlandaise. || La seconde Chambre rejeta ce projet, d'abord parce que le régime proposé pour les raffineries était considéré comme trop sévère, mais surtout parce qu'un accord avec deux pays, prélevant un impôt sur le sucre, était jugé insuffisant, d'autant plus que l'un d'eux (la Belgique) ne se conformait pas au même régime que les deux autres. || Le seul changement de quelque importance apporté, depuis cette époque, à la législation sur les fabriques de sucre, est l'imposition d'une taxe supplémentaire pour les fabriques appliquant l'osmose ou d'autres procédés pour l'extraction du sucre des mélasses. La prise en charge, fixée en 1867 à 1,450 grammes de sucre raffiné, soit 1,647 grammes de sucre brut de la deuxième classe par hectolitre de jus et par degré de densité, est restée la même, quoique l'industrie et la culture de la betterave aient fait de grands progrès. La raison principale de cet état stationnaire de la législation néerlandaise, c'est que le Gouvernement ne croyait pas devoir proposer une mesure qui, tout en assurant l'impôt sur une base plus rationnelle que la quantité et la densité des jus, aurait exposé l'industrie néerlandaise sans aucune protection à la concurrence d'industries étrangères jouissant de primes toujours croissantes. || M. Verkerk Pistorius espère que, grâce à l'initiative de la Grande-Bretagne, ce dernier obstacle est à la veille de disparaître, et il assure la Conférence que le Cabinet de La Haye s'estimera heureux de concourir à l'oeuvre proposée en supprimant, conjointement avec les autres Puissances réunies à cette Conférence, la prime néerlandaise sur la production des sucres.

Il rappelle que l'industrie des colonies néerlandaises ne jouit d'aucune protection et qu'elle a souffert cruellement de la crise de 1884, causée par un excès de production, et provoquée indirectement par la protection accordée à l'industrie de l'Europe. Les raffineries néerlandaises, laissées depuis cette époque même à leurs propres forces, ont grand'peine à soutenir la concurrence.

Dans cet état de choses, le Gouvernement néerlandais s'associera volontiers à tout accord international qui mettra fin à la protection. Quant à lui, il est disposé à adopter pour les raffineries, comme pour les sucreries, le système de l'entrepôt, pourvu que les autres Puissances fassent de même. || M. Verkerk Pistorius ajoute que le mot *primes* (bounties) ne rend pas exactement l'idée de la protection qu'il s'agit maintenant de supprimer. D'abord, il ne lui semble exprimer qu'imparfaitement l'effet d'une législation qui, comme celle des Pays-Bas pour les fabriques de sucre de betterave, est restée stationnaire, tandis que l'industrie et l'agriculture faisaient des progrès. Mais, en outre, il ne comprend certainement pas une autre espèce de protection qui jouera sans doute un grand rôle dans les délibérations de la Conférence, à savoir l'avantage que l'exportation peut tirer des droits de douane très élevés, perçus à l'entrée de certains pays.

Pour le moment, il n'entrera pas dans de plus amples détails à ce sujet; il lui suffit d'avoir indiqué que le Gouvernement des Pays-Bas considère ce côté de la question comme très important et comme rentrant, sous le rapport indiqué, dans le cadre des délibérations de la Conférence actuelle, comme dans celui de toutes les Conférences précédentes entre les Puissances contractantes de 1864.

Des explications sont ensuite échangées entre MM. Guillaume et Pistorius sur le système proposé par ce dernier. S'agit-il de l'exercice proprement dit? || M. Pistorius répond qu'il a parlé d'un système d'entrepôt. || M. Guillaume rappelle que M. Kamensky a dit qu'il fallait approprier la législation aux usages locaux. M. Pistorius ne croit-il l'entente possible que par l'adoption d'un système uniforme? || M. Pistorius répond que l'identité de régime a de grands avantages, et qu'à son avis la Conférence doit rechercher une solution applicable également à tous les pays. Cependant il ne refuserait pas absolument de discuter les équivalents. || M. Kamensky dit qu'en Russie la question est très simple. Les droits sont perçus sur le produit fabriqué. Il n'y a pas de trace de prime déguisée pour l'exportation; le drawback est identique aux droits. || Il y a eu une prime directe accordée temporairement dans un moment de crise. Elle était de 11 fr. 18 cent. par 100 kilogrammes. Elle a été abolie pour la frontière européenne. Elle subsistera pour la frontière d'Asie jusqu'en 1891. Après cette date les primes seront tout à fait abandonnées. L'exception pour l'Asie se justifie parce qu'il faut pour l'Asie des sucres spéciaux. || En résumé, dit M. Kamensky, le mode de perception en Russie est un bon système. Il assure au Trésor un revenu assez considérable (46 millions de francs). || M. Sans-Leroy demande à faire une observation: toute prime est supprimée en Russie; mais le Gouvernement n'a-t-il pas autorisé les fabricants à former un syndicat et à élever fictivement les prix à l'intérieur, à la condition qu'ils exporteraient une partie de leur production, fût-ce à vil prix? Cet accord n'a pu se produire sans le consentement du Gouvernement. M. Sans-Leroy avait eu d'ailleurs l'honneur de voir M. le

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

Ministre des finances, et son Excellence lui avait assuré que ce fait ne se reproduirait plus. M. Kamensky peut-il confirmer ces assurances? || M. Kamensky confirme volontiers cette promesse.

M. Dickson expose les bases de la législation suédoise. Il constate qu'il n'y a pas de drawback sur l'exportation des sucres de betterave indigènes. Les sucres raffinés en Suède et provenant de sucres bruts importés donnent droit à un drawback. Mais ce drawback n'est que l'équivalent exact du droit perçu. Pourvu que cette équivalence soit maintenue, il lui semble que la loi actuellement en vigueur en Suède remplit déjà les conditions requises pour la suppression des primes.

M. le Président est d'avis que la Conférence, après cet intéressant exposé des diverses législations, ferait bien de remettre la suite de la discussion jusqu'au moment où le compte rendu aura pu être imprimé. || M. le Comte de Kuefstein demande à ajouter à son exposé que le nouveau Projet de loi fixe à 5 millions de florins le montant des primes, de sorte qu'au lieu d'un minimum de recettes l'Autriche-Hongrie aura un maximum de primes. || M. Walpole. "C'est le système de l'exercice avec une prime ouverte." || M. le Comte de Kuefstein ne croit pas devoir accepter des termes techniques, qui ne s'appliquent pas exactement au régime tout spécial de l'Autriche-Hongrie.

Dritte Sitzung.

Étaient présents: || MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède. || MM. Catalani, Jordan, le Comte de Kuefstein et Guillaume présentent quelques observations sur le procès-verbal de la précédente séance. || Une conversation s'engage entre MM. Guillaume et Sans-Leroy concernant l'importance des excédents qui étaient autrefois constatés en France sur le montant de la prise en charge, alors qu'elle était basée sur le volume et la densité des jus. || Le procès-verbal de la deuxième séance est adopté, avec les modifications que MM. les Délégués ont signalées aux Secrétaires de la Conférence.

M. le Président assure la Conférence que c'est avec la plus vive satisfaction que les Délégués du Gouvernement de la Reine ont été témoins, à la dernière séance, de l'unanimité qui s'est manifestée dans les déclarations faites par les Représentants des autres Puissances réunis à cette Conférence. Il en résulte clairement que le but commun, c'est l'abolition des primes. || Il demande la permission de faire ressortir l'importance de cette harmonie frappante en récapitulant en quelques mots les sentiments qu'ont exprimés MM. les Délégués à la séance précédente. || La législation de l'Allemagne tend déjà vers l'abolition des primes; le but que la Conférence s'est proposé lui est entièrement sympathique. L'Allemagne est toute disposée à abolir ses primes pourvu que les autres Puissances en fassent autant. || L'Autriche-Hongrie a

déjà préparé une loi qui fournit le moyen de supprimer la prime. Les sucres destinés à l'exportation seront affranchis de droits. Évidemment, l'Autriche-Hongrie abolira volontiers la prime. || La Belgique a fait ses réserves quant aux moyens à adopter pour la suppression; mais elle accepte le principe de l'abolition totale: les modifications qu'elle apportera à sa législation dépendront des concessions faites par les autres Puissances. Si la prime est entièrement supprimée dans les autres pays, la Belgique s'engage à trouver un moyen administratif qui la supprimera chez elle. || Le Danemark, l'Italie et la Suède ne trouveront évidemment pas de difficultés à entrer dans l'Union sucrière, qui sera le résultat, comme l'espère M. le Président, de la Conférence. || Dans la pratique, l'Espagne ne donne pas de primes. Elle en désire vivement la suppression dans les autres pays. || La France donne des primes très élevées; mais elle n'est entrée dans cette voie que pour se défendre; elle avoue que cet état de choses est fâcheux, et elle ne resterait pas en dehors d'une Union qui rétablirait la balance des intérêts européens qui se trouvent engagés dans la question. || Le Cabinet de la Haye sera heureux de concourir à l'oeuvre en abolissant la prime aux Pays-Bas, pourvu qu'elle disparaisse dans les autres pays. || En Russie, les droits sont perçus sur les produits fabriqués. Le drawback et le droit sont identiques. Une prime a été temporairement accordée. M. le Délégué de la Russie a cependant assuré la Conférence que ce fait ne se reproduira plus, au moins sur la frontière d'Europe. || Il y a un accord complet quant au désir de supprimer les primes. Il faut maintenant faire un pas ensemble pour réaliser cette suppression. Plusieurs Délégués ont déclaré qu'ils ne sont pas en mesure d'indiquer les moyens par lesquels leurs Gouvernements respectifs se proposent de faire cesser la prime, bien que ces Gouvernements soient tout disposés à le faire.

M. le Président demande si quelqu'un d'entre les Délégués à une proposition générale à soumettre à la Conférence, qui fournirait au moins la base d'une législation uniforme dans les divers Pays. || M. Verkerk Pistorius constate qu'après les paroles de l'honorable Président on peut considérer que l'entente est complète quant au but à réaliser. Il croit que la Conférence ferait un grand pas en avant en abordant la discussion des voies et moyens. Parmi ces moyens, il y en a un qui est signalé dans le programme du Cabinet de Saint-James. Ce moyen, c'est la fabrication et le raffinage en entrepôt. M. Pistorius propose de commencer par examiner si les Puissances disposées à accepter l'impôt à la consommation peuvent se rallier à ce système. Il y a plusieurs Puissances qui ont proposée des mesures dans ce sens. La première chose à faire serait de rechercher si une de ces mesures pourrait servir de base à la discussion. || M. le Président pense qu'au lieu d'engager la Conférence dans une discussion générale sur des questions d'un ordre aussi technique, il serait préférable d'en confier l'étude à une Commission, qui ferait son rapport à la Conférence.

M. Catalani approuve ces paroles. || M. le Comte de Kuefstein fait re-

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

marquer que, dans son discours, M. le Président a bien rendu la pensée du Gouvernement austro-hongrois, qui désire la suppression des primes, mais à la condition, bien entendu, que les autres États le suivent dans cette voie. || M. Du Jardin demande si M. le comte de Kuefstein entend par là que toutes les Puissances devraient adopter le même régime. || M. le Comte de Kuefstein croit que c'est là une question à débattre en Commission. || M. Du Jardin ne croit pas que M. Verkerk Pistorius ait voulu faire de l'adoption, par tous les Pays, du système de raffinage en entrepôt une condition nécessaire. Dans un discours prononcé à la précédente séance, il admettait la discussion du régime des équivalents. || M. le Comte de Kuefstein pense que M. le premier Délégué des Pays-Bas a soumis à la Conférence l'idée qu'il serait désirable d'arriver à l'établissement d'un système uniforme, et, comme moyen, il a indiqué l'impôt à la consommation constaté par voie d'exercice. Mais il n'exclut pas la discussion des équivalents. || M. Verkerk Pistorius craint de ne pas s'être expliqué assez clairement. Il a voulu réserver la question des équivalents. Il a parlé du système d'entrepôt parce que ce système lui avait paru rencontrer l'adhésion de la plupart des Délégués. Mais la question des équivalents doit être réservée. || M. le Comte d'Onslow appuie la proposition de constituer une Commission spéciale pour étudier ces questions. || M. Sans-Leroy croit qu'il existe une question qui doit primer celle que M. le Président a proposé de renvoyer à une Commission. Il faut, avant tout, résoudre le point contesté de savoir comment on évaluera la valeur saccharine des produits soumis à l'impôt. L'accord sur le système de perception ne servira de rien si l'on n'a pas déterminé d'abord quel est l'objet que l'impôt doit atteindre. || M. le Président pense que la Commission qui étudiera la question de la fabrication et du raffinage en entrepôt pourra être saisie en même temps de la question posée par M. Sans-Leroy. || M. Walpole déclare qu'il ne comprend pas clairement la question. Il s'agit de savoir quelles sont les Puissances qui sont disposées, sans écarter la discussion des équivalents, à adopter le système de l'impôt à la consommation. Avec ce système, l'impôt porte sur le produit achevé, ce qui dispense de tout calcul, de toute présomption. Les Pays-Bas et l'Autriche-Hongrie sont d'accord pour déclarer que c'est le meilleur système. L'Allemagne a fait un pas sérieux dans cette voie. La Russie ne fait pas d'opposition. La France veut-elle aussi prêter son concours? || M. Sans-Leroy estime que la qualification de sucre achevé est bien vague, et qu'il importe de déterminer d'une manière précise la nature de la matière imposable. Il n'est pas hostile à l'exercice; loin de là, il est convaincu que nulle part l'exercice ne serait appliqué aussi facilement qu'en France et dans d'aussi bonnes conditions. Mais on ne consomme pas seulement du sucre raffiné. Il est donc essentiel que l'impôt se perçoive sur une richesse saccharine reconnue d'après une méthode universellement adoptée. Il faut être d'accord sur la valeur qu'il convient d'attribuer à cette expression de richesse saccharine. || M. Batanero expose les avantages du polarimètre pour la détermination de la

richesse des sucres. C'est un système qu'on doit examiner. Il lui semble que la Commission pourrait étudier d'abord la question du régime et ensuite celle de la détermination de la matière imposable par le système le plus convenable pour tous.

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

M. le Président reproduit la proposition de renvoyer les deux questions à la même Commission. || M. Sans-Leroy persiste à croire qu'avant d'aborder toute autre question, il faut se mettre d'accord sur les moyens d'apprécier la richesse des sucres. C'est un point facile à régler. On pourra ensuite aborder la question posée par M. le Président. || M. Verkerk Pistorius est d'un avis opposé. Il ne méconnaît pas l'importance de la question relative à la détermination de la richesse, c'est-à-dire à la saccharimétrie. Mais il fera remarquer que le rôle de la saccharimétrie variera d'importance suivant le système d'impôt qui sera adopté. || Si c'est l'impôt au degré, la saccharimétrie aura le principal rôle; si c'est le système de l'exercice, tel qu'il avait été proposé en 1877, avec prise en charge et perception de la majeure partie des droits à l'entrée, la saccharimétrie aura encore un rôle important. Mais si l'on adopte un système d'entrepôt, reposant surtout sur la surveillance à la sortie, son rôle deviendra tout à fait secondaire, puisqu'il se bornera à la constatation, comme moyen de contrôle, de la quantité de sucre absolu entrant dans l'établissement, puis à la détermination de la richesse des bas produits. || La question posée par M. Sans-Leroy lui paraît donc rentrer dans le cadre des attributions de la Commission dont M. le Président propose la nomination. || M. Sans-Leroy croit que la question soulevée par lui doit prendre le premier rang. Si l'on examine la question de l'exercice non seulement au point de vue des raffineries, mais aussi au point de vue des fabriques, il est essentiel de déterminer la richesse des sucres bruts à la sortie de ces établissements. || Un Pays essentiellement raffineur, s'il en existe, pourrait acheter à la nuance, par exemple, et revendre au degré. Or, on sait à quels abus le système des nuances peut conduire. || M. le Président croit qu'on peut trancher le différend en soumettant les deux questions à la Commission. || M. le Comte de Kuefstein demande si l'entrée dans la Commission n'entraîne aucune obligation, aucun engagement. Il rappelle qu'en ce qui concerne l'adoption d'un système uniforme, ou du moins de systèmes analogues, il a bien expliqué la situation de son Pays. Il considère tout autre système comme ne donnant pas de garanties suffisantes pour la suppression des primes. Cela n'empêche pas, cependant, de discuter les équivalents. || M. Jordan déclare qu'il ne peut prendre aucun engagement au nom de son Gouvernement; il ne peut se rallier à une proposition que sous toutes réserves. || M. le Président répond que cette situation est celle de tous les Délégués. || M. Sans-Leroy confirme cette interprétation en faisant remarquer que les Délégués ont été envoyés pour présenter à leurs Gouvernements un avant-projet, que ceux-ci se réserveront d'écarter ou d'adopter, de soumettre ou non à leurs Législatures. || M. Sans-Leroy croit qu'il serait nécessaire que la Commission discutât la question de

No. 9561.
Konferenz-
Staaten.

la détermination de la richesse saccharine avant d'aborder tout autre point. Il importe avant tout de s'entendre sur la question de savoir combien une quantité de sucre donnée contient d'unités saccharines. L'évaluation de la richesse doit être le point de départ des travaux de la Commission. || Après quelques observations, M. Walpole déclare qu'il ne s'y oppose pas. || M. Catalani appuie la motion de M. Sans-Leroy.

M. Sans-Leroy fait remarquer qu'en Italie et en France on évalue la richesse saccharine de la même manière; mais il y a d'autres pays qui évaluent cette richesse par des procédés différents de manière à laisser subsister des primes. || M. Walpole pense que la Commission pourra étudier d'abord la question posée par M. Sans-Leroy, puis celle posée par M. Pistorius, et faire son rapport sur les deux ensemble. || M. Verkerk Pistorius ne s'oppose pas à cette proposition, d'autant moins qu'à ses yeux la saccharimétrie est un moyen, tandis que le raffinage en entrepôt est un principe. || M. Sans-Leroy souhaite plus que personne le régime de l'exercice; mais, avant de songer au mode d'imposition, il faut définir l'objet imposable. || M. le Comte de Kuefstein croit que l'impôt à la consommation est le moyen d'éviter l'analyse. Cependant, sur une observation de M. Sans-Leroy, il reconnaît que le nouveau Projet de loi comporte l'emploi de la saccharimétrie, mais uniquement pour l'allocation des primes ouvertes. || Cette loi n'impose pas les sucres destinés à l'exportation, il n'y a dès lors aucun remboursement, et par conséquent il ne sera plus nécessaire d'avoir recours à la saccharimétrie en Autriche-Hongrie, du moment que les primes auront été abolies.

M. Kennedy propose de désigner comme Membres de la Commission un Délégué de chacun des Pays qui paraissent disposés à accepter un système de travail en entrepôt, et d'y joindre le premier Délégué de la Belgique. Il propose MM. Jaehnigen, le Comte de Kuefstein, Guillaume, Sans-Leroy, Verkerk Pistorius et Walpole. La Commission serait prête à recevoir les éclaircissements que voudraient lui donner les autres Membres de la Conférence. || Les noms sont acceptés. || La Conférence s'ajourne jusqu'à ce que la Commission soit en mesure de lui faire son rapport.

Vierte Sitzung.

Étaient présents: || MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède. M. White, Premier Secrétaire de la Légation des États-Unis à Londres, assiste à la séance en qualité de Représentant officieux du Gouvernement des États-Unis. || Sur la proposition de M. le Président, le procès-verbal de la troisième séance est adopté.

M. le Comte de Kuefstein donne lecture du rapport de la Commission nommée à la troisième séance. || M. Jordan demande la parole sur les paragraphes 1 et 2. Il n'a pas d'objections à faire; il renouvelle seulement une observation qu'il a faite à une précédente séance. C'est qu'il n'a pas qualité

pour accepter ou rejeter les conclusions de la Commission. Tout ce qu'il peut faire, c'est de les recommander à l'appréciation de son Gouvernement, sans prendre d'avance aucun engagement en son nom. || Quant au paragraphe 3, M. Jordan n'en comprend pas clairement la portée. Il ne lui paraît pas que la Conférence puisse se charger de communiquer, elle-même, les propositions dont il s'agit aux Gouvernements représentés, et encore moins de leur demander les décisions qu'ils formuleraient sur ces propositions. Au lieu d'un échange de communications entre toutes les Puissances représentées, il lui semble qu'on suivrait une voie plus pratique en priant un des Gouvernements de servir d'intermédiaire pour ces communications. Le Gouvernement britannique, qui a pris l'initiative de la Conférence, lui semble en premier lieu désigné pour remplir cette mission. Il demande si les Délégués de la Grande-Bretagne voudraient bien se prononcer sur cette question. M. le Président répond que le Gouvernement de la Reine est prêt à agir comme intermédiaire entre les Gouvernements, pour transmettre les propositions de chaque Puissance. Il propose de modifier en ce sens les termes du rapport. || M. le Comte d'Onslow ne croit pas qu'il convienne d'apporter un changement au rapport. Il vaut mieux à son avis faire de la proposition en discussion l'objet d'une décision spéciale de la Conférence. || M. le Comte de Kuefstein parle dans le même sens. Il ajoute que la Commission n'a pas cru pouvoir prendre sur elle d'imposer à un des Gouvernements représentés le soin de servir d'intermédiaire; mais, pour son compte il verrait avec plaisir que le Gouvernement britannique voulût bien accepter ce rôle. || M. le Président pense que, pour donner satisfaction à M. le Délégué de l'Allemagne, il n'est pas nécessaire de changer de rapport; il suffit qu'il soit entendu que le Gouvernement britannique se charge de recevoir et de transmettre à toutes les Puissances les communications qui lui seraient faites. || M. Jordan demande encore s'il est bien nécessaire de fixer le délai dans lequel les Gouvernements seraient invités à formuler leurs propositions. || M. le Président croit qu'il est nécessaire de fixer une date, sauf à la changer plus tard si le délai accordé n'est pas trouvé suffisant. || M. Jordan ne voit pas la nécessité de fixer une date. || M. le Comte d'Onslow demande si la Commission a laissé la date en blanc avec l'intention de s'en remettre à la Conférence du soin de la fixer. || M. le Comte de Kuefstein répond affirmativement. || M. Kamensky propose de mettre la date aux voix. || M. le Comte de Kuefstein exprime l'avis que, pour tenir compte des observations faites par M. Jordan, on pourrait s'en rapporter au Gouvernement britannique. || M. le Président propose la date du 1^{er} mars. Il demande si la Conférence est d'accord pour adopter le rapport de la Commission, en modifiant simplement le troisième paragraphe en ce sens, que les Gouvernements, au lieu de se renseigner réciproquement, seront renseignés par la voie du Gouvernement de la Reine. || M. Jordan dit qu'il accepte la substitution de cette rédaction à celle du troisième paragraphe du rapport de la Commission. || M. le Comte de Kuefstein fait remarquer que le troisième paragraphe ne vise pas seulement

No. 9561.
Konferenz-
Staaten.

les points sur lesquels vient de porter la discussion. Il pose une question de principe, celle de l'emploi de la méthode saccharimétrique dite *française*. M. Jordan entend-il repousser cette partie du rapport? Il croit nécessaire de préciser; car non pas lui, mais plusieurs autres membres de la Commission attachent de l'importance à cette question. || M. Jordan ne s'oppose pas au maintien de cette partie du numéro 3 du rapport.

M. Verkerk Pistorius demande la parole relativement à la fixation du délai qui serait accordé aux Gouvernements. Il lui paraît utile que les Délégués expriment leur avis sur le délai qui peut être nécessaire pour permettre aux Gouvernements de formuler leurs propositions. La date à laquelle ce travail pourra être terminé peut varier suivant les Pays. || M. Walpole insiste sur la nécessité de fixer une date, si l'on ne veut pas retarder indéfiniment la solution du problème. Il est à désirer que les Gouvernements se hâtent un peu pour montrer leur désir d'arriver à un résultat. || M. Dupuy de Lôme estime que le rapport de la Commission n'a que la valeur d'une simple proposition. En l'adoptant, la Conférence ne ferait qu'exprimer le voeu que les Gouvernements formulent leurs propositions avant une date qui serait fixée. Les Délégués, en exprimant ce voeu, ne peuvent pas engager leurs Gouvernements respectifs. La fixation d'une date n'est qu'un moyen pratique signalé pour arriver plus tôt au résultat désiré; mais, si l'un des Gouvernements n'accepte pas les décisions de la Conférence, ou n'est pas prêt à la date fixée, il en informera le Gouvernement britannique. || M. le Président pense qu'une indication donnée par la Conférence aurait plus de valeur. || M. Jordan déclare qu'il n'a aucune idée du temps nécessaire pour mener à bonne fin le travail demandé. Il ne saurait ni proposer une date, ni se rallier à celle qui pourrait être proposée. || M. le Comte d'Onslow lit le texte de la résolution suivante que les Délégués britanniques soumettent à la Conférence: || „Il sera constaté au procès-verbal que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique est prié de faire les démarches nécessaires auprès des autres Puissances pour rendre effective la recommandation contenue dans le troisième paragraphe du rapport de la Commission, et de se charger de l'échange des Projets et des critiques auxquelles ces Projets pourraient donner lieu.”

M. Kamensky demande la parole. Il croit que le rapport de la Commission présente des garanties suffisantes pour l'abolition des primes déguisées offertes dans certains Pays à l'exportation des sucres. Il fait remarquer cependant que la recommandation, faite sous le n° 1 de ce rapport, d'un système d'impôt sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation, ne saurait s'appliquer dans les Pays où ces primes déguisées n'existent point ou seraient abolies prochainement. Dans cette catégorie se trouvent l'Espagne, la Russie et l'Autriche-Hongrie après la mise en vigueur de la nouvelle loi. M. le Comte de Kufstein, dans son exposition faite à la deuxième séance de la Conférence, a bien expliqué ce Projet de loi. Il en résulte que pour l'Autriche-Hongrie le raffinage et la fabrication en entrepôt ne sont pas une

question de première importance. || M. Kamensky expose en quelques mots l'origine des primes déguisées. Il constate que la cause principale en est l'évaluation problématique des rendements de sucre sur laquelle se base l'impôt. Le rendement réel étant toujours au-dessus du rendement légal, il y aura toujours des bénéfices de drawbacks qui rentrent dans la poche des fabricants. S'il a bien compris le nouveau projet de loi dont l'exposition a été faite par le Délégué de l'Autriche-Hongrie, ce projet abandonne le système de la prise en charge et de toute évaluation problématique comme base de l'impôt. La perception du droit s'opérera sur l'article fabriqué de sorte que la remise de l'impôt à l'exportation sera identique avec le droit perçu. Le même système est en vigueur en Russie. C'est le sucre fabriqué qui est frappé de l'impôt basé sur le poids des produits achevés. Cet impôt est perçu à la fin de la campagne, qui se termine ordinairement le 1^{er} août, et c'est alors qu'est donnée une remise absolument identique au droit payé. Il ne peut donc y avoir de primes masquées. || M. Kamensky ajoute qu'en Russie les sucres de toute espèce, sucre raffiné, sucre blanc en cristaux, en pain, sont frappés d'un droit uniforme de 85 copecks par poud (11 fr. 61 par 100 kilogr.). Cette uniformité de droit écarte entièrement la nécessité du titrage et de la saccharimétrie. Dans ces conditions le Gouvernement russe se demande si le système actuel de la perception de l'impôt sur le sucre ne présente pas déjà des garanties suffisantes, et s'il y a lieu d'établir un nouveau régime, tel que la fabrication et le raffinage en entrepôt, qui pourrait influencer désavantageusement les intérêts du Trésor et ceux de l'industrie sucrière. || Pour éviter toute méprise, et calmer les méfiances, M. Kamensky croit devoir ajouter qu'il existe dans les usines de sucre en Russie un exercice complet. La surveillance est stricte, et les employés du contrôle, sans intervenir directement dans les divers procédés de fabrication, ne perdent pas de vue la matière qui passe par ces procédés; ils examinent la densité du jus, ils en font l'analyse, ainsi que du sucre brut; ils suivent l'action des divers appareils; mais tout cela se fait seulement dans l'intérêt du fisc. Les fabricants sont obligés de tenir leurs comptes dans des formes prescrites par le Gouvernement, sous le contrôle des employés. Les fabricants fournissent, en outre, au Gouvernement des descriptions détaillées de leurs usines avec toutes les dimensions de leurs appareils, et ces descriptions sont vérifiées par le Gouvernement. || Sans entrer dans tous les détails de cet exercice, M. Kamensky constate qu'il est très complet et offre une garantie absolue pour la perception intégrale de l'impôt. Il invite MM. les Délégués à faire des observations critiques sur le système Russe, et se déclare prêt à accueillir avec reconnaissance des indications de défauts, ou de la moindre trace d'une prime déguisée, lesquelles il aura l'honneur de soumettre à son Gouvernement. Or, en ce qui concerne le système de saccharimétrie dit *français*, M. Kamensky fait remarquer qu'il est employé actuellement dans certains cas, qu'il n'est pas en état de préciser en ce moment, dans des usines russes pour déterminer la quantité de cendres.

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

M. le Comte de Kuefstein demande à réserver son appréciation sur les observations de M. le Délégué russe, jusqu'à ce qu'il en ait eu le texte imprimé sous les yeux. Il relève cependant un passage: M. Kamensky a dit qu'en Autriche-Hongrie, après la mise en vigueur de la nouvelle loi, la restitution de droits à l'exportation sera égale à l'impôt. Il n'y aura plus de restitution, puisque les droits ne seront perçus que sur les sucres destinés à la consommation intérieure; c'est précisément là le principe du système de fabrication en entrepôt. || M. le Comte de Kuefstein déclare qu'en ce qui concerne la prise en charge, il ne peut que se rallier à l'opinion de M. Kamensky sur la défectuosité de tout système d'impôt acceptant cette base. L'impôt sur le produit fabriqué est, à ses yeux, le seul moyen de percevoir exactement les droits.

M. Dickson constate que c'est avec une vive satisfaction qu'il voit la question de la suppression des primes entrer dans une phase qui semble promettre une solution basée sur les recommandations de la Commission. Quant au système de la fabrication et du raffinage en entrepôt, il croit cependant devoir ajouter que la Suède ne pourra probablement pas l'adopter. La Suède n'exporte pas de sucre, et il n'est guère probable qu'elle arrive jamais à le faire. Par conséquent, il n'y a pas de raison pour que la Suède s'impose tous les frais de surveillance qui sont inséparables du régime en question, et soumette ses fabricants à des restrictions nouvelles et fâcheuses. Du reste, M. Dickson fait remarquer que la Suède ne donne pas de primes.

M. le Président fait remarquer que la Suède, d'après les renseignements déjà fournis par M. Dickson, n'accorde actuellement aucune prime. || M. le Comte de Kuefstein pense que le système de l'impôt en Suède n'offre pas de garantie absolue contre la possibilité de primes; mais il convient que cela n'a qu'une importance secondaire aussi longtemps qu'il n'y a pas d'exportation. || M. le Président remercie, en son nom et au nom de la Conférence, ceux de ses membres qui ont fait partie de la Commission. Il propose de nouveau l'adoption du rapport avec la disposition additionnelle lue par le Comte d'Onslow, et la fixation au 1^{er} mars de la date laissée en blanc par la Commission. || M. Jordan renouvelle ses réserves au sujet de la date. || Le rapport est adopté avec les additions proposées.

La parole est donnée à M. Guillaume afin d'expliquer les réserves qu'il a cru devoir faire insérer dans le rapport de la Commission et d'exposer les compensations que son Gouvernement est disposé à offrir aux autres Puissances pour suppléer aux garanties résultant de l'impôt sur le produit fabriqué. || M. Guillaume rappelle d'abord qu'il résulte du Protocole annexé au Traité anglo-belge du 23 juillet 1862 que c'est à l'initiative du Gouvernement belge que les premiers pourparlers ont eu lieu pour arriver à la suppression des primes à l'exportation des sucres. || Depuis l'expiration de la Convention de 1864, et après les tentatives qui ont été faites infructueusement pour le renouvellement de cet Acte international, la Belgique a proposé, en 1884, d'ouvrir de nou-

velles Conférences. Son désir de supprimer les primes ne peut donc être mis en doute. || Par quels moyens peut-on arriver aujourd'hui à ce résultat? || La grande majorité de la Conférence actuelle est d'avis que le meilleur système est la fabrication et le raffinage du sucre en entrepôt. Mais ce système est impraticable en Belgique. || M. Guillaume entre dans de longs développements pour prouver qu'un tel régime est antipathique à la nation belge. Il faudrait, pour qu'il eût quelque efficacité, qu'il fût entouré de précautions vexatoires et de mesures restrictives de la circulation. Or, sous ce dernier rapport, on sait qu'une liberté absolue règne en Belgique, où les octrois et les barrières ont été supprimés. || L'expérience de l'exercice a du reste été faite en 1846. Après un an d'application, ce régime a dû être abandonné, tant les réclamations étaient vives. || L'impossibilité de revenir en Belgique à un tel mode de perception a d'ailleurs été reconnue dans les Conférences de 1875 et de 1877, puisque les Projets de convention arrêtés à cette époque admettaient, pour l'établissement de l'exercice, une exception en faveur de la Belgique. || M. Guillaume examine ensuite quels équivalents il peut offrir aux Gouvernements représentés. || La suppression des droits, ainsi qu'elle a été décrétée en Angleterre, supprimerait radicalement toutes les primes. Mais, outre que le Gouvernement belge ne peut en ce moment songer à renoncer au produit des droits sur les sucres, la suppression de cette source de revenu soulèverait de vives critiques de la part des populations qui comprendraient difficilement qu'on maintint des droits sur des objets de grande consommation, comme la bière par exemple, alors qu'on les ferait disparaître sur une denrée qui n'est encore consommée en Belgique que par les classes aisées. || Toutefois, si la suppression des droits sur les sucres pouvait être admise dans tous les pays producteurs de l'Europe, les choses changeraient de face. Mais il ne peut, semble-t-il, en être question aujourd'hui. || M. Guillaume pense qu'il faut chercher ailleurs un équivalent à l'exercice. || Le Gouvernement belge croit qu'on peut trouver cet équivalent dans le mode de perception actuellement en vigueur, et que le résultat désiré peut être atteint par une augmentation du chiffre de la prise en charge. || Pour déterminer le chiffre auquel elle devrait être élevée, il faut entrer dans quelques détails. || La prime existant en Belgique a deux causes : la faiblesse de la prise en charge et les fraudes qui ont été commises depuis quelques années. || Le Gouvernement, pour mettre un terme à celles-ci, a institué une Commission dite *des fraudes*. Entre autres mesures proposées par cette Commission, elle a recommandé l'emploi d'un compteur automatique qui est employé depuis le commencement de la campagne courante, et qui, d'après les rapports des fonctionnaires supérieurs chargés d'en surveiller l'application, ne laisse rien à désirer. || On a d'ailleurs pu se convaincre, d'après le résumé qui a été fait de la législation belge, que les précautions les plus minutieuses ont été prises pour rendre les fraudes désormais impossibles. || On n'a plus à s'occuper dès lors que du chiffre de la prise en charge.

Dans une séance précédente M. Walpole disait que le chiffre de la consom-

Nr. 5561.
Konferenz-
Staaten.

mation légale en Belgique n'était que de $2\frac{1}{2}$ kilogrammes, chiffre notablement inférieur à la consommation réelle. || M. Guillaume explique que la consommation légale n'est descendue à ce chiffre que pendant les dernières années, et cela à cause de la fraude dont il vient de parler. Si l'on prend la moyenne de la consommation légale des cinq campagnes qui ont précédé la campagne 1885—1886, on trouve une consommation de près de $3\frac{1}{2}$ kilogrammes par tête, soit 19 millions de kilogrammes pour le Pays. || La fraude étant écartée, ce chiffre doit donc être pris comme point de départ pour évaluer de combien il faut élever la prise en charge afin de supprimer tout écart entre la consommation légale et la consommation réelle. || M. Guillaume évalue celle-ci au chiffre maximum de 5 à 6 kilogrammes par habitant, et il développe les motifs sur lesquels il appuie son opinion à cet égard. Dès lors, cette consommation ne dépasserait pas, selon lui, 31 millions de kilogrammes, soit 12 millions en plus que la consommation légale dégagee des quantités fraudées dans les dernières années. || Il en tire cette conclusion, que les quantités prises en charge aujourd'hui s'élevant à 90 millions de kilogrammes, il suffit de les augmenter de 12 millions ou de deux quinzèmes pour atteindre la consommation réelle et supprimer toute prime. Le taux de la prise en charge devrait ainsi être porté de 1,500 à 1,700 grammes, sans extraction du sucre des mélasses. En cas d'emploi de l'osmose, ce chiffre serait porté à 1,802 grammes, et pour la séparation il serait de 1,836 grammes. || M. Guillaume ne se dissimule pas que ces chiffres soulèveront des réclamations de la part de quelques intéressés; mais, fidèle à la déclaration qu'il entend proposer la suppression de toute prime, il croit devoir aller jusque là.

M. le Président croit que les Délégués apprécieront mieux les propositions de M. Guillaume quand le texte en aura été imprimé, et exprime l'avis que ses explications soient reçues, comme le Rapport lui-même, *ad referendum*.

M. le Comte de Kuefstein ne peut pas refuser de transmettre ces propositions à son Gouvernement; mais il ne croit pas qu'elles puissent le satisfaire; car il ne considère pas le système des équivalents comme susceptible de donner aux autres Puissances des garanties suffisantes pour entrer dans une Convention. La façon même dont M. Guillaume a établi ses calculs est une preuve de plus de la défectuosité du système. Ne pouvant, de son propre aveu, s'en fier aux données résultant de la constatation des jus, il est obligé de se livrer à des calculs purement hypothétiques sur le chiffre de la population, sur la consommation probable par tête d'habitant, enfin sur le revenu que l'impôt produit réellement et sur ce qu'il devrait rendre. Ce mode de calcul ne saurait offrir une garantie d'exactitude suffisante.

M. le Président croit que tous les Délégués partagent à cet égard la manière de voir de M. de Kuefstein. Mais, du moment que la Belgique présente ce système comme l'équivalent du régime accepté en principe par les autres Pays, il lui semble que tout ce que les Délégués peuvent faire, c'est d'en référer à leurs Gouvernements || M. Batanero est persuadé que la Belgique

poursuit le même but que les autres Pays, c'est-à-dire l'abolition des primes; quant aux moyens proposés, il ne peut qu'en référer à son Gouvernement. || Pour mettre les Gouvernements à même d'apprécier ses propositions, M. Guillaume désire présenter quelques explications. On a critiqué le point de départ de son raisonnement. S'il a basé ses calculs sur le chiffre de la consommation, c'est parce que l'on a pris cet élément de la question pour combattre le système belge dans la deuxième séance. Il croit qu'en rejetant un système de prise en charge qui, dans sa conviction, peut donner une consommation légale représentant exactement la consommation réelle, la Conférence créerait une situation regrettable. Si la Belgique restait en dehors de l'Arrangement projeté, elle ne pourrait supprimer ses primes d'une manière aussi complète qu'elle le ferait dans un Acte international qui lui offre des compensations. Dès lors ses sucres primés feraient une concurrence sérieuse, sur les marchés tiers, aux Pays contractants. || M. le Comte de Kuefstein tient à constater qu'il n'a pas été question de rejet.

M. Verkerk Pistorius ne se refuse pas à soumettre la proposition de M. le premier Délégué de la Belgique à son Gouvernement, comme il le fera de tout ce qui se dit et se fait dans la Conférence. Cependant, il croit dès l'abord devoir exprimer son opinion que si la Belgique désire abolir les primes, elle n'y arrivera pas par la voie que son honorable Collègue, M. Guillaume, vient d'indiquer. Une prise en charge est et sera toujours une moyenne qui, en imposant des obligations à tous les fabricants, laissera des avantages à quelques-uns d'entre eux. En ce qui concerne notamment la Belgique, les fabriques de ce Pays situées à proximité des frontières des Pays-Bas se trouvent dans des conditions économiques à peu près pareilles à celles des fabriques néerlandaises. Or il est constaté, pour ces dernières, par les rapports des employés chargés de les contrôler, que des excédents considérables ont été obtenus, surtout dans les deux dernières années, sur la prise en charge légale dans les Pays-Bas, qui s'élève à 1,647 grammes de sucre brut. Selon l'avis de M. Pistorius il n'est pas douteux qu'une prise en charge de 1,700 grammes en Belgique laisserait aux fabriques en question un bénéfice considérable. Ce ne serait donc pas l'équivalent de ce qu'offre la Néerlande, à savoir l'abolition complète des primes.

M. Guillaume reconnaît que, la prise en charge étant une moyenne, il y aura un avantage pour les fabricants qui ont de forts rendements et une perte pour ceux qui ont des rendements inférieurs. Mais c'est là une question qui ne saurait intéresser la Conférence. Ce que la Conférence doit considérer, c'est si la somme totale de sucre imposée est primée. Du moment qu'elle ne le sera plus, la Belgique aura satisfait au programme commun.

M. Verkerk Pistorius ne saurait accepter cette manière de voir. Les fabricants de son pays se trouveront en concurrence avec des fabricants belges, qui, M. Guillaume le reconnaît, réaliseront des rendements supérieurs à la prise en charge. De quelque nom qu'on les appelle, ces avantages faussent

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

les conditions de la concurrence. Si les Pays-Bas sacrifient les avantages dont leurs fabricants bénéficient aujourd'hui, il est juste que la Belgique fasse de même, et qu'elle ne se réserve pas les moyens d'assurer à quelques-unes de ses fabriques une situation privilégiée.

M. Guillaume fait remarquer qu'on ne peut exiger de la Belgique qu'elle élève la prise en charge au chiffre *maximum* des rendements obtenus par quelques fabricants; ce serait tuer tous les autres. || M. Verkerk Pistorius réplique qu'il le reconnaît et en conclut que, par le moyen proposé, on ne saurait arriver à l'abolition totale des primes. || M. Du Jardin fait remarquer qu'on ne saura jamais atteindre l'absolu, il y aura toujours des fissures. || M. Guillaume croit que si la Belgique fait ce qu'elle peut, étant donné que l'exercice y est impraticable, on ne saurait lui demander davantage. || M. Walpole croit que la Belgique ferait plus facilement accepter les équivalents qu'elle propose si elle parvenait à démontrer, d'une manière évidente, qu'elle ne peut pas accepter le régime commun. Or, il est bien connu que les fabricants belges ont eux-mêmes demandé l'application de l'exercice, et qu'à la Chambre des Représentants une Commission en a adopté le principe. || M. Guillaume reconnaît le fait; mais il ajoute que les Ministres des finances qui se sont succédé, à quelque parti qu'ils appartenissent, ont toujours déclaré qu'ils ne voulaient à aucun prix de l'exercice. Du reste, l'exercice que certains fabricants réclamaient était un exercice mitigé laissant la porte ouverte à la fraude. M. Guillaume ne croit pas qu'on puisse tirer un argument des réclamations faites par quelques intéressés. Ce qu'on doit envisager, ce sont les vœux et les intérêts généraux du pays. Dans les Conférences précédentes, ainsi qu'il l'a rappelé, on avait reconnu l'impossibilité où la Belgique se trouvait d'établir l'exercice, puisqu'on avait accepté les équivalents qu'elle proposait. || M. de Kuefstein fait observer que les Conférences de 1875 et de 1877 ne réunissaient que quatre pays. A cet égard la situation a changé du tout au tout.

M. Guillaume, tout en reconnaissant que les concessions faites à cet égard à la Belgique dans des Conférences précédentes ne lient pas les Gouvernements qui n'y ont pas pris part, constate que c'est cependant un argument qui a sa valeur.

M. le Président fait remarquer que les observations présentées par M. Guillaume ne sont, en définitive, que l'explication d'un des paragraphes du rapport de la Commission, et que la Conférence, ayant adopté le rapport, ne peut se refuser à accepter les explications au même titre, c'est à dire ad referendum. || M. Jordan appuie cette manière de voir. Il ne croit pas qu'une discussion prolongée de la Conférence sur les observations présentées par M. Guillaume puisse amener d'utiles résultats. || M. Dupuy de Lôme parle dans le même sens. Les délégués prennent tout ad referendum. Ils n'ont pas mission d'accepter ou de rejeter les propositions, mais de les soumettre à leurs Gouvernements. || M. Guillaume déclare que si M. le Président juge utile de continuer la discussion, il est prêt à répondre à toutes les objections qui

pourraient lui être faites. || M. le Comte de Florian croit qu'avant de clore la discussion sur les propositions du Gouvernement belge, il serait utile d'avoir sous les yeux le texte imprimé des explications fournies par M. Guillaume. Il propose de renvoyer cette discussion à la prochaine séance. || M. le Président fait remarquer qu'à la première séance M. Guillaume avait laissé entendre que la Belgique ne serait pas éloignée de réduire son tarif. Or il n'est pas question de cela dans les propositions présentées aujourd'hui par M. Guillaume. || M. Guillaume dit qu'il est autorisé à déclarer que son Gouvernement a l'intention de réduire les droits afin d'atténuer les différences qui existent dans les conditions de la production entre les fabriques des diverses parties du pays. Cette réduction serait d'un tiers; elle mettrait le droit à 30 francs au lieu de 45 francs. S'il n'a pas parlé de cette réduction aujourd'hui, c'est qu'il avait pensé que, du moment que les primes sont supprimées, le taux des droits importe peu. || M. le Président. . . . Il lit une lettre du Ministre des États-Unis annonçant que son Gouvernement se fera représenter officieusement à la Conférence par M. White, le premier secrétaire de la Légation des États-Unis à Londres*).

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

*) Der Rapport der in der Sitzung vom 30. Nov. ernannten Commission lautet:

1. Sur la question de fabriquer et de raffiner en entrepôt, les délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande-Bretagne et des Pays-Bas croient devoir recommander à la Conférence un système d'impôt établi sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation comme le seul qui permette d'en arriver à la suppression totale des primes à l'exportation. Les fabriques de glucose et les fabriques pour l'extraction de sucre des mélasses devraient être soumises au même régime. || La Belgique ne se trouvant pas dans les mêmes conditions, au point de vue de l'application du système d'impôt sur les quantités produites, le Délégué de ce pays fait toutes réserves à ce sujet. Il se rallie, du reste, au principe de la suppression totale des primes à l'exportation.

2. Pour le rôle que la saccharimétrie aura à jouer dans le système de l'impôt sur les quantités de sucre produites, la Commission croit devoir se borner à recommander l'uniformité des méthodes. Quant à la détermination de l'étendue de ce rôle, elle semble devoir être réservée à un examen ultérieur, lorsque les différents Gouvernements auront fait connaître leurs vues à cet égard.

3. a) La Commission soumet à la Conférence l'avis que les Gouvernements représentés soient priés de se faire connaître réciproquement avant le s'ils adhèrent aux principes ci-dessus énoncés. || b) Dans l'affirmative, ils voudront bien formuler et se communiquer un projet indiquant les bases d'application du système de l'impôt sur les quantités de sucre produites. Ce projet mentionnerait dans quelles limites et dans quels cas on ferait usage de la saccharimétrie. Les Gouvernements feraient connaître, en même temps, si pour réaliser l'uniformité, ils seraient disposés à admettre la méthode dite *française*, généralement usitée dans le commerce de plusieurs nations. Chaque Gouvernement enverrait ensuite au Gouvernement Britannique son avis sur les communications qu'il aurait reçues.

Comte de Kuefstein, || Jaehnigen, || Guillaume, || Ch. Sans-Leroy, || F.-G. Walpole, || Pistorius. A. d. R.

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

Fünfte Sitzung.

Étaient présents: || MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède. M. White, premier Secrétaire de la Légation des États-Unis à Londres, assiste à la séance en qualité de représentant officieux du Gouvernement des États-Unis.

M. le Président propose de continuer la discussion sur les déclarations de M. Guillaume. || M. Sans-Leroy demande à M. Guillaume si ses dernières propositions doivent être considérées comme définitives, et si elles ne permettent pas d'espérer des concessions plus larges. Il a déjà fait connaître qu'il réservait, pour son Gouvernement, l'appréciation de la mesure dans laquelle le système des équivalents pourrait être accepté. Mais il croit utile de demander au premier Délégué belge si l'on peut considérer ce qu'il a dit comme le maximum des concessions que son Gouvernement est disposé à faire, ou si ses paroles ne donnent qu'un aperçu de la voie dans laquelle il désire entrer. || M. Guillaume répond que ses propositions ont un caractère définitif, et qu'il lui est impossible d'aller plus loin. Il rappelle que, dans une enquête faite en Allemagne, le chiffre de 1,700 grammes a été indiqué comme celui qu'il faudrait adopter en Belgique pour faire disparaître la prime. Ce chiffre, établi en dehors de toute préoccupation intéressée, est évidemment l'expression de la vérité. M. Guillaume a pensé que la suppression de la prime rendait inutile une modification du tarif. Cependant, quelques membres de la Conférence ayant paru désirer que son Gouvernement entrât dans la voie des réductions, il avait laissé entrevoir l'intention d'abaisser le droit à 30 francs. Il vient de recevoir un télégramme qui l'autorise à pousser cette réduction jusqu'à 25 francs. Ce n'est pas au point de vue de la suppression des primes qu'il fait cette concession, puisque les primes disparaissent par l'élévation de la prise en charge; c'est par esprit de conciliation, pour donner satisfaction aux membres qui ne seraient pas convaincus de l'efficacité de l'augmentation de la prise en charge. Il est évident, en effet, que si, dans leur esprit, il subsiste une prime, en tous cas insignifiante, elle se trouvera diminuée par le fait de la réduction du droit. Il amende donc sa proposition en substituant pour le nouveau tarif le chiffre de 25 francs à celui de 30 francs. Quant à la prise en charge, il est impossible de l'élever au-dessus de 1,700 grammes. || M. Sans-Leroy déclare que, malgré la bonne volonté qu'il est heureux de constater de la part du Gouvernement belge, il croit devoir faire toutes réserves quant à l'attitude que son propre Gouvernement croira devoir prendre sur cette question. Il ne voudrait pas que l'on vît dans sa déclaration une pensée d'hostilité. Il exprime purement et simplement des réserves.

M. Verkerk Pistorius se rallie aux observations présentées par l'honorable M. Sans-Leroy. Il lui est impossible d'admettre que l'élévation de la prise en charge à 1,700 grammes entraîne la suppression des primes. En Néerlande, la prise en charge est de 1,647 grammes en sucre brut. Or les employés

chargés du contrôle ont constaté que, dans les deux dernières années, l'excédent sur cette prise en charge a dépassé 16 p. 0/0 en moyenne, ce qui exigerait une prise en charge de plus de 1,900 grammes pour arriver, par ce moyen, à la suppression des primes. || M. Pistorius ne cite pas ce chiffre de 1,900 grammes pour mettre la Belgique en demeure d'élever sa prise en charge à ce taux, mais simplement pour prouver qu'avec le taux de 1,700 grammes il subsistera des avantages très considérables pour les fabriques du nord de la Belgique placées à peu près dans les mêmes conditions économiques que les usines néerlandaises. Encore la quotité de 16 p. 0/0 d'excédents n'est-elle qu'une moyenne entre les résultats d'un grand nombre de fabriques pendant deux campagnes. On a constaté des excédents allant jusqu'à 22, 23 et même 30 p. 0/0. Ces données, il est vrai, n'ont pas un caractère légal, puisque les fabriques ne sont pas exercées. Cependant elles méritent une certaine confiance; car elles sont établies d'après les quantités de sucre fabriquées pendant la période de contrôle et d'après l'évaluation des sirops restant en fabrique à la fin des travaux de défécation. || M. Pistorius se croit obligé de rappeler qu'aux Conférences de 1875 et de 1877 les concessions de la Belgique avaient été plus importantes, du moins en ce qui concerne la réduction des droits. Elle offrait, en effet, d'abaisser son tarif à 22 fr. 50 et même à 19 francs pour le cas où le revenu de l'impôt aurait dépassé 4,800,000 francs. || En 1875 un autre point important avait été abordé. M. Pistorius veut parler du système des nuances auquel il voit, avec regret, que M. Guillaume ne fait aucune allusion. Dans ce système, qui est encore appliqué, en Belgique, aux sucres importés, les sucres sont divisés en quatre classes, et à chacune de ces classes on applique un rendement légal moyen, résultant d'expériences faites en 1864 dans une raffinerie de Cologne. Les sucres sont rangés dans l'une ou dans l'autre classe d'après leur nuance comparée à des types. Or, il est reconnu depuis longtemps que la nuance est absolument insuffisante pour apprécier la valeur d'un sucre. Ce système prête, en outre, à des fraudes considérables, ainsi qu'on a pu le constater dans les Pays-Bas. Enfin les rendements obtenus à Cologne en 1864 sont aujourd'hui largement dépassés, par suite du perfectionnement des procédés industriels. Ainsi le rendement moyen de la deuxième classe avait été fixé à 88 p. 100; on l'évalue actuellement à 90 p. 100. Cette question a une grande importance pour les Pays-Pas au point de vue du raffinage. M. Pistorius doute que son Gouvernement puisse se rallier à un Arrangement qui consacrerait le maintien de ce mode d'appréciation et de ces rendements pour les sucres bruts introduits en Belgique.

M. Guillaume répond qu'il ne lui est pas possible d'accepter les chiffres de M. Pistorius pour en faire la base de la prise en charge dans les fabriques belges. Celui-ci a parlé entre autres d'un excédent de 30 p. 100 sur une prise en charge actuelle de 1,647 grammes. Cela supposerait un rendement de 2,141 grammes. C'est à peine si la totalité du sucre contenu dans la betterave atteint cette quotité. La constatation d'excédents aussi élevés ne peut être

Nr. 9561
Konferenz-
Staaten.

que le résultat d'une évaluation exagérée des produits en cours de fabrication. || M. Guillaume conclut en maintenant le chiffre de 1,700 grammes qu'il a proposé. Il fait remarquer que, dans le sud de la Belgique, les betteraves ne sont pas aussi riches que sur la frontière néerlandaise. Le taux de 1,700 gr. représente donc bien, à ses yeux, le rendement moyen des usines belges. || Quant aux autres points traités par M. Pistorius, M. Guillaume les avait considérés comme des détails sans intérêt en comparaison de l'objet principal, c'est-à-dire de la question de la prise en charge. Lorsqu'on entrera dans l'examen des détails, il sera temps de songer à ces questions secondaires.

M. le Premier Délégué des Pays-Bas combat le système des nuances; mais, en 1875 et en 1877, on avait constaté que la question n'avait pas d'importance au point de vue des sucres de canne. Presque tous les sucres importés en Belgique sont des sucres de canne appartenant à la deuxième classe. Il est évident que, si l'on trompait sur la nuance, les sucres adultérés tomberaient dans la troisième et la quatrième classe. M. Guillaume avait cru inutile d'aborder cette question, du moment que le classement même des sucres importés témoigne qu'il n'y a pas de fraude; mais il est convaincu que, si des inconvénients apparaissaient, son Gouvernement s'empresserait d'adopter un autre système pour la constatation de la richesse des sucres. Il répète que c'est là, du reste, une question secondaire qu'il n'y aura lieu d'aborder que si le système est admis dans ses grandes lignes. La question principale est de savoir si l'on considère l'élévation de la prise en charge à 1,700 grammes comme une contre-partie suffisante aux propositions faites par les autres Gouvernements.

M. le Président, tout en appréciant les sacrifices déjà faits par le Gouvernement belge, espère que ce Gouvernement, s'inspirant de l'unanimité avec laquelle les Puissances représentées à la Conférence ont adopté le principe de l'abolition des primes, saura trouver un terrain sur lequel l'accord soit possible. Tous les Délégués qui se sont prononcés en faveur d'un système d'impôt sur les quantités de sucre produites voudraient être sûrs que la Belgique arrivera, par une voie différente, au même résultat; mais ils ne trouvent pas jusqu'ici que le système proposé par ce Pays leur offre à cet égard des garanties suffisantes. || En résumant ainsi la situation, M. le Président ne fait que reproduire, du moins il le pense, l'idée déjà exprimée par son honorable collègue, le Premier Délégué français, et que partagent, sans doute, les Représentants des autres Pays. || M. Sans-Leroy répond que M. le Président a bien rendu sa pensée, à cela près, toutefois, qu'il fait des réserves sur le point de savoir si un système d'équivalence quelconque peut offrir des garanties suffisantes.

M. Guillaume réplique qu'il ne peut offrir autre chose que des équivalences. Quant à la fixation de la prise en charge, il ne dit pas que le taux de 1,700 grammes doit être immuable. Le Gouvernement ne verrait pas d'inconvénient à ce que ce chiffre fût élevé, dans l'avenir, au fur et à mesure de

l'amélioration de la qualité des betteraves. Mais, pour le moment, il est arrivé, sur ce point, à la limite des concessions possibles. || Sans contester l'efficacité du régime accepté par les autres Pays, M. Guillaume ne croit pas que le travail en entrepôt soit un obstacle insurmontable à la fraude, si elle venait à être favorisée par la connivence des employés. La question du raffinage n'est que secondaire, en Belgique surtout, où le raffinage a peu d'importance. On sait, du reste, qu'il n'existe que peu de primes pour la raffinerie, ou du moins qu'elles ne dépassent pas 1 ou 2 p. 0/0. La grande question, ce sont les primes à la fabrication, primes dont on poursuit la suppression par l'exercice des fabriques. Pour les fabriques, la Belgique, grâce aux mesures récemment adoptées sur l'avis de la Commission des fraudes, offre la garantie absolue que la loi sera rigoureusement exécutée. M. Guillaume se demande si l'on est bien sûr d'arriver au même résultat par les autres systèmes. La négligence ou la faiblesse du service ne pourra-t-elle pas donner naissance à des primes plus fortes que celles qui subsisteraient dans quelques fabriques de la Belgique?

M. Sans-Leroy estime qu'il serait avantageux de ne pas pousser à fond la discussion sur ce point. Tous les Délégués ont certainement, et il a lui-même, autant que personne, le plus vif désir d'aboutir à la suppression des primes. La Belgique prouve, par ses propositions, la bonne volonté dont elle est animée. Il est préférable de renvoyer à un examen ultérieur la question de savoir si ses offres sont une compensation suffisante aux sacrifices que les autres Pays sont prêts à s'imposer. || Dans les déclarations de l'honorable Délégué de Belgique il y a, cependant, un point qui paraît devoir motiver, dès à présent, une observation. || M. Guillaume a dit qu'en Belgique l'exercice des raffineries serait sans intérêt, parce que ces établissements ont peu d'importance. D'une manière générale, M. Sans-Leroy croit devoir appeler l'attention de la Conférence sur ce point que, si les Puissances étaient liées par une Convention, et que des clauses de cette Convention, spéciales à l'un des Contractants, il résultât pour celui-ci certains avantages, tel fait, qui n'existe pas aujourd'hui, pourrait exister dans l'avenir. || M. Sans-Leroy termine en exprimant l'espoir que les négociations qui auront lieu, par voie diplomatique, durant l'interruption des séances de la Conférence, amèneront entre tous les Pays un accord qu'il appelle de tous ses vœux.

M. Dupuy de Lôme dit que M. le Président a offert de présenter à la prochaine séance une formule pour arriver à la suppression des primes; il constate que tout le monde veut arriver à leur suppression effective. Puisque les Délégués sont à la veille de se séparer et d'aller soumettre à leurs Gouvernements respectifs les résolutions de la Conférence, il lui semble que le moment serait venu d'aborder un point très important à ses yeux. Il veut parler de la sanction qui pourrait être attachée aux clauses de la Convention future, ou, en d'autres termes, des garanties qui pourraient être données aux Pays contractants. || Plus que tout autre Pays peut-être, l'Espagne a souffert des primes accordées par certains Gouvernements à leur production métropolitaine. C'est

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

par l'effet de ces primes qu'elle a presque complètement perdu le marché anglais. Il a paru à M. Dupuy de Lôme qu'à la question des primes se rattache étroitement l'interprétation de la clause qui, dans les Traités de commerce, assure aux Contractants le traitement de la Nation la plus favorisée. Comment les primes ont-elles réagi sur le commerce des Colonies espagnoles avec l'Angleterre? C'est ce que M. Dupuy de Lôme croit pouvoir mieux faire comprendre par un exemple. Il suppose le cas où il y aurait à la fois sur le marché de Londres des sucres allemands, par exemple, bénéficiant d'une prime, et des sucres espagnols privés de tout avantage similaire. La situation respective de ces produits sera exactement la même que si les sucres espagnols avaient été frappés, à l'entrée, d'un droit égal à la prime dont les sucres allemands ont bénéficié. Permettre aux sucres primés d'entrer aux mêmes conditions que les sucres non primés, c'est en réalité frapper ces derniers d'un droit différentiel. N'est-ce pas là une infraction à la clause de la Nation la plus favorisée? || M. Dupuy de Lôme a pensé que cette question ne pouvait être passée sous silence. Il ne désire pas qu'elle soit immédiatement discutée, mais il demande qu'il soit pris acte de sa déclaration.

M. Sans-Leroy répond en quelques mots. Il s'agit là d'une question d'interprétation d'un ordre très général. Il n'a pas de pouvoir pour discuter un point qui n'était pas visé dans le programme tracé par le Cabinet britannique. Son silence sur le fond même de la question n'implique ni acquiescement ni désapprobation. || MM. Jordan et le Comte de Kuefstein se rallient l'un après l'autre à la déclaration de M. Sans-Leroy.

M. Dupuy de Lôme pense que la question soulevée par lui rentre dans le cadre des travaux de la Conférence, d'autant plus que le quatrième paragraphe de la Circulaire du Marquis de Salisbury prévoit l'examen des diverses propositions qui viendraient à être faites en vue d'engager les Gouvernements à supprimer la prime. || Pour le moment, M. Dupuy de Lôme a seulement voulu faire une manifestation. La question des sucres a pris une importance telle, les conséquences des mesures fiscales prises par plusieurs Gouvernements ont eu, pour l'industrie et le commerce des sucres, des conséquences si graves qu'il ne paraît pas possible de conclure un Traité sans y insérer des clauses de garantie. Le moment n'est pas venu d'entrer en discussion sur ce point. Mais M. Dupuy de Lôme croit qu'il est nécessaire que la question soit examinée par les Gouvernements avant que la Conférence reprenne le cours de ses délibérations, et que les Délégués des divers pays reviennent à Londres munis sur ce point des instructions nécessaires.

M. le Président dit qu'au moment, où M. Dupuy de Lôme a fait l'importante déclaration qui précède, il allait annoncer à la Conférence l'intention où est son Gouvernement de lui soumettre un Projet de Protocole auquel sera annexé un Projet de Convention. Ces documents sont à l'impression et seront distribués demain. Il n'y est pas fait mention de clause pénale; mais le Gouvernement de la Reine serait heureux de pressentir, sur cette matière, l'opinion

des Délégués avant leur séparation. Si M. le Délégué espagnol voulait bien donner, par écrit, à sa pensée une forme définitive, sa motion, imprimée et distribuée comme annexe au Projet de Convention, pourrait être prise en considération à la prochaine séance.

M. Sans-Leroy remercie M. Dupuy de Lôme d'avoir soulevé cette question importante et prévenu ainsi des difficultés qui auraient pu surgir inopinément. || M. Dupuy de Lôme exprime l'avis qu'à toute prime accordée par les Pays exportateurs doit correspondre une mesure de défense de la part des Pays importateurs. Les primes faussent les conditions de concurrence que la clause de la Nation la plus favorisée a pour but d'égaliser. Admettre le sucre primé sans droits compensateurs, c'est comme si l'on imposait une surtaxe au sucre qui n'est pas primé.

M. Kamensky ne comprend pas l'utilité de la motion faite par M. Dupuy de Lôme, si l'accord est complet entre les Puissances pour supprimer les primes. || M. Sans-Leroy réplique que tous les Pays producteurs ne sont pas représentés à la Conférence, et que, parmi ceux qui sont représentés, il peut se trouver des dissidents. || M. le Comte d'Onslow demande si M. Dupuy de Lôme voudrait bien formuler sa motion par écrit. || M. Batanero constate que la proposition de son collègue a été faite en vue d'aider à la conciliation. Il croit qu'elle présente un caractère d'intérêt général et mérite d'être étudiée, non seulement au point de vue des sucres, mais encore au point de vue de toute espèce de commerce. || M. Dupuy de Lôme appuie ce que vient de dire son collègue sur la portée générale de ses observations; mais il ne croit pas devoir les présenter à la Conférence sous forme de Protocole. || M. le Président croit devoir insister sur ce point, que le Projet de Convention proposé par son Gouvernement ne doit être pris qu'*ad referendum*. Il paraît utile de donner une base aux discussions futures. La portée des propositions faites apparaît mieux lorsqu'elles sont réunies dans un même texte que quand elles sont éparées dans des procès-verbaux.

M. Verkerk Pistorius demande la parole pour revenir sur la question des surtaxes, qu'il a soulevée dès la deuxième séance. || Par surtaxe, il entend la différence qui existe dans la plupart des Pays représentés à la Conférence entre les droits que payent, d'une part, les sucres nationaux, de l'autre, les sucres étrangers; en d'autres termes, les droits de douane entre les Pays contractants. || Dans les Conventions conclues entre la Belgique, la France, la Grande-Bretagne et les Pays-Bas, le 8 novembre 1864 et le 11 août 1875, comme dans le Projet de Convention proposé par les Délégués de ces mêmes Puissances en 1877, il a été stipulé expressément que ces surtaxes ne seraient plus perçues. || La Convention de 1864 portait, à son article XIII, que les droits à l'importation sur les sucres raffinés en pains et sur les poudres blanches assimilées aux raffinés, importés d'un des Pays contractants dans l'autre, ne seraient pas plus élevés que le „drawback“ accordé à la sortie du sucre mélié. La Convention de 1875 stipulait que les sucres importés d'un des Pays

Nr. 9501.
Konferenz-
Staaten.

contractants dans un autre ne pourraient être assujettis à des droits de douane ou d'accise supérieurs aux droits qui étaient établis sur les sucres similaires de production nationale (article IV). || Le Projet de Convention arrêté à Bruxelles en 1877 contenait, à son article VII, la même stipulation. En d'autres termes, la Belgique, la France et la Grande-Bretagne, comme les Pays-Bas, ont toujours compris que, comme le disait M. Teisserenc de Bort, Ministre de l'Agriculture à Paris, aux Conférences de 1876: „L'ouverture réciproque des marchés est une des conditions du régime conventionnel.“ || On ne saurait mieux dire, et quand il s'agit d'abolir les primes à l'exportation, but que se proposaient également les Arrangements internationaux cités, il paraît impossible de laisser de côté la question des surtaxes. || Pour s'en convaincre, il suffit de se rappeler que, dans plusieurs Pays, les surtaxes ont été adoptées comme moyen de combattre l'effet des primes à l'exportation accordées dans d'autres Pays. || Tel a été, par exemple, le principal motif de l'adoption de la surtaxe de 10 p. 100 en Belgique, surtaxe depuis augmentée jusqu'à 15 p. 100; et le rapport qui existe entre les surtaxes, d'un côté, et les primes à l'exportation de l'autre, a été très bien défini par un orateur belge, lors de la discussion du projet de Loi de 1884. || „Qu'est-ce qu'une surtaxe?“ demandait à cette occasion M. Puissant; et voici sa réponse: || „C'est la restitution, à la frontière, des primes que certains Pays accordent aux fabricants pour exporter leurs produits.“ || „Ce n'est pas de la protection“, disait l'année dernière l'honorable Ministre des Finances, „c'est de la compensation“; et il ajoutait: || „Il s'agit de répondre à des primes d'exportation par des surtaxes d'importation.“ || Et dans la lettre que M. le Ministre de l'Agriculture adressait à la Société des fabricants de sucre, il reconnaissait que les surtaxes ont pour résultat de rétablir à la frontière l'horizontalité du plan des échanges, rompue par des drawbacks de faveur et autres primes que les Gouvernements voisins accordent à leurs nationaux. || Cela étant, poursuit M. Pistorius, il n'est que logique de supprimer les surtaxes quand on supprime les primes. Sans cette condition il n'y a pas de réciprocité. On ne pourra prétendre que la Néerlande, Pays exportateur, se désiste du moyen d'assurer les débouchés de son industrie, tandis que les autres États, Pays importateurs, garderaient leurs armes pour la combattre. || M. Pistorius s'attend à ce qu'on va lui répliquer: que la surtaxe a pour but de protéger l'industrie nationale sur le marché intérieur, et qu'à cet égard il n'y a pas de différence entre le sucre et d'autres produits, comme par exemple les manufactures, les fers, les blés et le bétail. || Mais à cette objection il répond qu'il ne s'agit pas à présent de faire un Traité pour ces produits, et il restera donc parfait ement libre à tout Gouvernement de leur accorder des primes d'exportation, si bon lui semble, ce qui ne sera plus le cas pour le sucre du moment qu'il entre dans l'Arrangement proposé par la Conférence. Si, par exemple, les différents Pays s'engagent à ne plus accorder de primes aux sucres exportés, et que la Grande-Bretagne garde sa liberté, qu'advient-il de cette exportation si, un beau jour, cette Puissance s'avisait de leur

imposer une surtaxe? L'industrie des autres pays recevrait un coup dont peut-être elle aurait peine à se relever. || Ceci pour la question de logique et d'intérêt; reste à examiner si la discussion des surtaxes rentre dans le programme de nos Conférences. || M. Pistorius n'en doute pas, puisque les surtaxes dont il parle n'agissent pas seulement comme protection à l'intérieur, mais ont, dans une certaine mesure, le même effet que les primes à l'exportation. || Si les fabricants d'un Pays où il y a une surtaxe sont, par ce moyen, les maîtres de faire les prix sur leur propre marché, cet avantage les mettra en mesure de produire à des conditions plus favorables et, dès lors, de vendre à meilleur marché que les autres. || L'exemple de la Belgique est encore là pour le prouver. Avant la loi du 17 septembre 1884, il n'y avait pas de surtaxe. Par cette loi, la raffinerie belge a, non seulement conquis presque tout le marché intérieur, mais elle a pu, en même temps, augmenter sa production, de sorte que l'exportation des raffinés a fait des progrès assez considérables. || En 1884, l'importation des raffinés (méliés et candis) était de 6,442,862 kilogrammes, et celle des vergeoises de 5,303,000 kilogrammes, et en 1886, l'importation des vergeoises était tombée à 2,623,286 kilogrammes et celle des raffinés à 1,038,597 kilogrammes. || Sur le marché intérieur, le débouché de la raffinerie belge a donc subi une augmentation de plus de 8,000,000 kilogrammes. En même temps l'exportation montait de 9,279,664 kilogrammes en 1884 à 10,393,726 kilogrammes en 1886, et en 1887 ce mouvement a pris une extension encore plus considérable. Dans les neuf premiers mois de 1885, l'exportation des raffinés était de 6,447,200 kilogrammes; elle s'élevait, pour la même période de 1886, à 7,015,100 kilogrammes et, de 1887, à 11,611,000 kilogrammes. || Mais, quoi qu'il en soit, que les surtaxes aient seulement pour effet de rétablir à la frontière „l'horizontalité du plan des échanges“ dans le sens indiqué plus haut; ou bien qu'elles aient pour effet d'aider au développement de la fabrication du sucre par la hausse du prix sur le marché intérieur, de manière à lui permettre d'étendre l'exportation de ses produits; ou bien encore qu'elles aient surtout pour effet la protection des raffineries, conséquence qui ne paraît pouvoir être contestée, — il semble que, dans tous les cas, la question des surtaxes rentre dans le cadre de nos Conférences, tel qu'il a été tracé par la Circulaire de Lord Salisbury du 2 juillet dernier, et notamment dans les termes de la quatrième proposition de ce programme portant qu'il y a aura lieu d'examiner les divers moyens d'engager les Gouvernements à supprimer la prime. || M. Pistorius propose donc à la Conférence de vouloir bien examiner si la suppression des surtaxes entre les Pays contractants pour leurs sucres bruts et raffinés, y compris ceux de leurs Colonies, n'est pas à considérer comme un corollaire inévitable de la suppression des primes à l'exportation.

Personne ne demandant la parole après cette lecture, M. le Président croit devoir déclarer que, si la quatrième proposition de la Circulaire permet de soulever la question des surtaxes, le Cabinet britannique n'avait certainement pas eu la pensée de la mettre en évidence. Cependant, les Délégués du Gou-

Nr. 9561. vernement de la Reine ne feront pas d'opposition à ce qu'elle soit discutée, si tel est l'avis des autres Délégués.

Konferenz-
Staaten.

M. Sans-Leroy demande si le Gouvernement néerlandais considère qu'on peut supprimer les primes sans supprimer en même temps les surtaxes de douane. || M. Pistorius déclare que, s'il a fait sa proposition, ce n'est pas pour provoquer une discussion immédiate. Il est guidé par les mêmes motifs qui ont amené le Délégué espagnol à soulever la question des droits compensateurs. Sa proposition, comme celle de M. Dupuy de Lôme, pourra être examinée et discutée lorsque la Conférence se réunira de nouveau. Il a voulu éviter qu'à cette époque la question des surtaxes parût surgir inopinément. || M. Kamensky expose de quelle manière il comprend les deux propositions qui viennent d'être faites : M. Pistorius veut supprimer les surtaxes, M. Dupuy de Lôme veut en établir de nouvelles. || M. Walpole explique la différence qu'il y a entre des droits compensateurs qui frappent les sucres provenant des Pays non contractants, et les surtaxes ordinaires qui atteignent les sucres des Pays contractants. || M. Dupuy de Lôme dit qu'il a proposé une mesure de défense contre les primes, tandis que M. Pistorius a parlé des surtaxes en général. M. Verkerk Pistorius dit qu'il a voulu mettre à l'ordre du jour la question des surtaxes entre les Pays contractants.

M. Sans-Leroy demande à préciser le sens des réponses faites par M. le Président aux Représentants de l'Espagne et des Pays-Bas. Il ne croit pas qu'il entre dans les intentions du Gouvernement de la Reine de soumettre, comme base d'arrangement, l'exclusion de toute surtaxe douanière, ainsi que le propose M. Pistorius. Il y a une différence considérable entre les deux propositions: celle de M. Dupuy de Lôme, sur laquelle il a déjà fait toutes ses réserves, peut se rattacher directement au programme tracé par le Marquis de Salisbury, tandis que le projet de M. Pistorius n'y figure pas. || M. Pistorius demande s'il y a des objections à ce que la question des surtaxes soit soumise à l'examen de la Conférence lorsqu'elle se réunira de nouveau, bien que tout d'abord le Cabinet britannique n'ait pas eu l'intention de la comprendre dans son programme. || M. Kamensky demande s'il est possible de soulever à la Conférence des questions comportant une intervention dans la législation douanière de chaque pays. || M. Pistorius fait remarquer qu'il en a toujours été ainsi dans les Conférences antérieures. || M. le Président, tout en admettant que le Gouvernement Britannique ne s'était pas attendu à ce que la question des surtaxes serait soulevée, reconnaît à M. Pistorius le droit de la soumettre à la Conférence.

M. de Smet demande la parole. Il rappelle que dans la deuxième séance de la Conférence, M. le Délégué de l'Italie a bien voulu offrir de répondre aux questions qui pourraient lui être posées sur le régime des sucres en Italie. Il demande la permission de lui en adresser quelques-unes. || Il résulte du mémoire relatif à l'imposition des sucres en Italie que, dans ce pays, les fabriques de sucre de betterave peuvent acquitter l'impôt, soit d'après le

volume et la densité des jus épurés, soit sur les quantités de sucre produites. || M. de Smet désirerait savoir quel est celui des deux régimes qui a été préféré jusqu'ici par les fabricants italiens, et, en second lieu, à quelle phase du travail la prise en charge doit être effectuée dans le premier mode. Il demande si c'est immédiatement après la défécation ou la saturation des jus, ou bien à une phase ultérieure du travail, après la concentration par exemple.

M. Catalani, répondant à M. de Smet, explique que le régime choisi par les fabricants italiens de sucre de betterave est basé sur la densité et la température des jus. C'est au moment de la décharge du récipient qui recueille les jus déféqués que sont déterminés le volume et la densité des jus.

|| M. de Smet. „Il n'y a donc en réalité pas d'impôt sur les quantités de sucre produites?“ || M. Catalani. „Non. Le sucre pris en charge est assujéti à un droit d'accise de 49.65 francs par 100 kilogrammes de sucre de la 1^{re} classe, et de 44.45 francs par 100 kilogrammes de sucre de la 2^e classe.“

|| M. de Smet remercie M. Catalani.

M. le Comte de Kuefstein prie M. Pistorius de préciser ce qu'il entend par *surtaxes*. || M. Pistorius répond que c'est la différence entre les droits perçus, sous quelque forme que ce soit, sur les sucres nationaux, d'une part, et sur les sucres étrangers, de l'autre.

Sechste Sitzung.

Étaient présents: || MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède. M. White, Premier Secrétaire de la Légation des États-Unis à Londres, assiste à la séance en qualité de Représentant officieux du Gouvernement des États-Unis. || Le procès-verbal de la quatrième séance est adopté.

Les Délégués espagnols remettent la Note ci-après, dans laquelle est formulée, dans sa forme définitive, la motion faite au cours de la dernière séance par M. Dupuy de Lôme: || „Proposition des Délégués de l'Espagne. || Les Délégués de l'Espagne croient que la Conférence ne doit pas se limiter à abolir les primes; elle doit aussi chercher une garantie de cette abolition. || L'Espagne a eu beaucoup à souffrir par le système des primes, ayant perdu presque totalement entre autres le marché de la Grande-Bretagne, ne pouvant pas y lutter contre les sucres primés. Les Délégués de l'Espagne considèrent que les primes, dans la pratique, équivalent à l'imposition d'un droit différentiel dans un marché tiers; ils doutent que la clause de la nation la plus favorisée soit justement appliquée dans les pays qui admettent aux mêmes conditions les produits primés et ceux qui ne le sont pas. Ils croient même qu'il ne sera pas possible à l'avenir de faire des Traités de commerce sans une garantie contre les primes. || Sans vouloir donner à cette manifestation la portée d'une proposition formelle, ils croient néanmoins qu'il serait très important

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

que MM. les Délégués soumissent ces idées à leurs Gouvernements respectifs afin de pouvoir considérer la situation qui sera faite dans tous les marchés aux sucres des pays qui ne donnent pas de primes et à ceux des pays qui les donnent. || Dans cet ordre d'idées, ils proposent que les Hautes Parties contractantes considèrent s'il n'y aurait pas lieu à décider que les nations formant l'Union sucrière s'engageassent à prohiber l'importation des sucres provenant des pays qui accorderaient des primes ou à imposer un droit compensateur qui ne serait pas plus bas que le montant de ces primes."

M. le Président soumet à la Conférence un projet de Protocole accompagné d'un projet de Convention. || La discussion s'ouvre sur le projet de Protocole. || M. Jordan propose de modifier le deuxième paragraphe de manière à établir que le projet de Convention soumis à la Conférence émane de l'initiative de MM. les Délégués britanniques. || M. le Président fait remarquer que les clauses du projet de Convention sont empruntées aux Procès-Verbaux des séances de la Conférence et au Rapport de la Commission. La rédaction proposée par M. Jordan laisserait supposer que les Procès-Verbaux des séances n'ont pas été adoptés par tous les Délégués. || M. Jordan fait remarquer que le projet de Convention contient des dispositions nouvelles qui n'ont été l'objet d'aucune délibération; telles sont les clauses relatives aux colonies et aux pays dans lesquels le sucre n'est pas imposé. M. Jordan hésite à se rallier au projet de Protocole parce qu'il donne lieu de supposer que les Délégués de l'Allemagne aient pris part à la rédaction du projet de Convention. || M. le Président fait remarquer qu'on a cru conforme à l'intérêt de toutes les Puissances de faire entrer les Colonies dans le régime conventionnel et de reconnaître à celles qui sont autonomes le droit d'y adhérer. Quant aux pays où il n'y a pas d'impôt, il n'y aurait pas à en faire mention, si, dans une convention, il n'était pas nécessaire de prévoir toutes les éventualités. En résumé, le projet de Convention est le résultat logique des discussions auxquelles tous les Délégués ont pris part. || M. Jordan tient à ce que le Protocole soit modifié dans le sens de sa proposition, parce qu'il n'a pas reçu mission de prendre part à la rédaction d'une Convention. || M. Kennedy expose les précédents. Les Délégués rédigent d'abord un Projet; c'est seulement ensuite que les Gouvernements nomment des Plénipotentiaires pour signer l'Acte définitif. || M. le Président cite à l'appui les Protocoles de clôture de 1877. || M. Jordan croit qu'il ne serait pas contraire aux habitudes diplomatiques de dire, dans le Protocole, que le Projet de convention a été rédigé par les Délégués britanniques, et que ceux-ci invitent leurs Collègues à le soumettre, à le recommander même à leurs Gouvernements. M. Jordan s'engagerait volontiers à soumettre le Projet présenté sous cette forme, et son Gouvernement déciderait s'il y a lieu d'en faire l'objet de négociations ultérieures. || M. Dupuy de Lôme fait remarquer que, si une Convention ne devait pas être le résultat des délibérations, la Conférence aurait été sans objet. Il croit que M. le Président a présenté les projets qui sont soumis à la Conférence comme Président de

cette Assemblée, et non pas en qualité de Délégué britannique. || M. le Président déclare que cette interprétation est parfaitement exacte.

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

M. Dupuy de Lôme ajoute qu'il appartient maintenant à la Conférence de discuter le Projet et de décider si M. le Président a bien rendu les idées qui ont prévalu dans les discussions. || M. le Comte de Kuefstein exprime l'avis qu'il y aurait lieu de mentionner dans le Protocole les travaux de la Commission. Pour tenir compte des scrupules qui viennent de se produire et pour faciliter en même temps un accord général, il propose une nouvelle formule pour les alinéas 2, 3 et 4. || Une conversation s'engage à ce sujet entre M. le Président, M. Sans-Leroy, M. Batanero et M. Jordan. L'amendement de M. le Comte de Kuefstein, modifié à la suite de cet échange d'idées, est substitué à la rédaction primitive des deuxième et troisième paragraphes du Protocole. || M. Kamensky demande à faire insérer dans le Protocole que l'établissement du régime de l'entrepôt est inutile en Russie, le régime actuel donnant toutes les garanties nécessaires. || M. Sans-Leroy demande à M. le Délégué russe quel inconvénient il voit à accepter la fabrication et le raffinage en entrepôt, puisque c'est précisément ce régime qui est en vigueur dans les usines de son pays. Exercice ou entrepôt sont deux termes à peu près synonymes. M. Sans-Leroy en appelle à l'expérience de M. Pistorius. || M. Pistorius se rallie aux observations de son Collègue. Sauf les primes directes accordées pour les sucres exportés en Asie, le système russe est précisément celui que la Conférence désirerait voir adopter par tout le monde. || M. Sans-Leroy complète sa pensée en expliquant la différence qu'il y a, d'après lui, entre l'exercice proprement dit et l'entrepôt. L'exercice suppose que la matière imposable est suivie dans toutes ses transformations; le régime de l'entrepôt peut se borner à la constatation des entrées et des sorties. La Russie possède à la fois l'exercice et l'entrepôt. || M. Kamensky se déclare satisfait.

M. Verkerk Pistorius dit que, d'après la rédaction du Protocole, il semblerait que les Délégués sont tous tombés d'accord sur la clause du Projet de Convention concernant le régime applicable à la Belgique; c'est là une manière de voir que M. Pistorius ne saurait accepter. || M. le Président pense que les opinions à cet égard pourront se produire lorsqu'on discutera l'article 3 du Projet de convention. || M. Jordan reproduit les réserves qu'il a déjà faites quant à la date à laquelle les Gouvernements devront adresser les Projets qui leur sont demandés au Gouvernement britannique. || A la suite d'une conversation entre M. le Président, MM. Pistorius et du Jardin, il est entendu que le Gouvernement britannique communiquera à tous les Gouvernements qui prennent part à la Conférence, non seulement les Projets qui lui auront été transmis, mais encore les critiques auxquelles ces différents Projets auront donné lieu. || Le Projet de Protocole est adopté.

M. du Jardin soulève la question de savoir si, dans l'intervalle des deux sessions de la Conférence, les résultats de ses premières délibérations pour-

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

rount, sans inconvénient, être livrés à la publicité. || L'examen de cette question est renvoyé à la prochaine séance.

M. le Président propose de commencer l'examen du Projet de convention. || Sur l'article 1^{er}, il est entendu que les Hautes Parties contractantes n'auront pas satisfait à la condition qui leur est imposée par le seul fait d'avoir proposé à leurs Législatures des mesures que celles-ci n'auraient pas sanctionnées. Sous le bénéfice de cette observation, l'article 1^{er} est adopté. || Sur l'article 2, il est entendu qu'il n'y aura pas lieu de soumettre les fabriques de glucose au régime de l'exercice dans les Pays où ce produit n'est pas imposé. || La discussion s'engage sur l'article 3.

M. Verkerk Pistorius expose que les termes de cet article attribuent aux Délégués une opinion qu'ils n'ont jamais émise, à savoir que la Belgique ne se trouve pas dans les mêmes conditions que les autres Pays au point de vue du système d'impôt sur les quantités de sucre produites. || M. du Jardin fait remarquer que l'article 3 du Projet de convention reproduit les termes du rapport de la Commission. || M. Verkerk Pistorius répond que, dans le rapport de la Commission, la même idée est exprimée sous la forme d'une réserve faite par les Délégués de Belgique. Dans le Projet de convention, elle est présentée comme une constatation de fait acceptée par tous les Délégués. || M. Pistorius croit qu'il y aurait une manière plus simple d'exposer la vérité de la situation. Tous les Délégués, à l'exception des Délégués belges, sont d'accord sur ce point que l'impôt à la consommation est le seul moyen d'abolir les primes. Dans ces conditions, il serait plus logique de supprimer l'article 3, sauf, pour les Délégués de Belgique, à faire leurs réserves au procès-verbal de clôture. M. Pistorius ne saurait admettre que les réserves faites par un seul Pays soient formulées comme article conventionnel. || M. du Jardin fait remarquer que si l'article 3 vient à disparaître de l'avant-projet, la Belgique semble, par le fait, exclue de l'Arrangement en négociation avant que les Gouvernements se soient prononcés sur la valeur des équivalents présentés par les Délégués belges. Il ajoute qu'il ne peut y avoir aucun inconvénient à maintenir l'article 3 dans l'avant-projet, puisqu'il a déjà été entendu que les Délégués se borneront à soumettre cet avant-projet à leurs Gouvernements respectifs sans en recommander l'adoption. || M. Sans-Leroy partageait d'abord la manière de voir de M. Pistorius; il lui semblait peu logique qu'un article de la Convention fût soumis à l'examen des Gouvernements par la totalité des Délégués, alors que les dispositions en sont considérées comme inacceptables par la grande majorité. Cependant, il serait possible que, dès le principe, la Belgique eût mis pour condition de sa présence à la Conférence qu'elle ne serait pas forcée de changer son *modus vivendi*. Dans la pensée de M. Sans-Leroy, ce serait faire acte de déférence envers le Gouvernement belge que de laisser subsister la rédaction, sauf à faire sur ce point toutes les réserves nécessaires.

Les Délégués sont successivement appelés à faire connaître s'ils acceptent

ou non l'article 3. || Les Délégués de Belgique, de Danemark et de Suède l'acceptent sans réserves. || M. Sans-Leroy formule dans les termes suivants sa manière de voir et celle de ses Collègues: || „Les Délégués français, ne croyant pas que le régime proposé pour la Belgique présente, pour la suppression des primes, les garanties dont les Hautes Parties contractantes ont le devoir de s'entourer, font sur l'article 3 les plus expresses réserves.“ || M. Verkerk Pistorius croit qu'il ne suffit pas de s'en tenir à une simple mention dans le procès-verbal, et qu'il conviendrait de faire ces réserves au Protocole de clôture. || Sous le bénéfice de cette observation, les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de l'Espagne, de l'Italie, des Pays-Bas et de la Russie se rallient aux réserves formulées par les Délégués français.

Après une conversation entre MM. Dupuy de Lôme, Batanero, Pistorius et Sans-Leroy, conversation dans laquelle les Délégués de l'Espagne ont tenu à constater que l'interprétation de l'article 4 comporte la liberté d'imposer des droits de douane, pourvu que l'on n'accorde pas de drawbacks, les articles 4 et 5 sont adoptés.

M. de Smet fait connaître que M. le Premier Délégué de Belgique, présent à la séance, mais atteint d'une aphonie complète qui l'empêche de prendre part aux débats, l'a prié de donner lecture de la Note suivante qu'il a préparée: || „L'opinion exprimée dans la séance du 14 par M. le Premier Délégué des Pays-Bas, sur la nécessité de supprimer toute surtaxe ou protection sur les sucres entre les Pays contractants, n'ayant pas semblé être partagée par les Délégués de plusieurs Pays, je me suis demandé si l'on ne pourrait, par un *mezzo termine*, donner satisfaction, dans la limite du possible, aux divers intérêts engagés dans la question. || En principe, j'adhère complètement aux idées développées par M. Pistorius. Il est vrai que la suppression des protections douanières n'est pas inscrite dans le programme des Conférences, qui ne comprend que la suppression des primes directes; on ne peut, cependant, admettre que le lendemain du jour où la Convention sera signée, chaque Pays ait le droit de fermer ses frontières par des droits prohibitifs et d'accorder ainsi indirectement à son industrie des avantages équivalant à des primes. || Si, toutefois, on ne parvenait pas à se mettre d'accord sur ce point, ne pourrait-on tout au moins décider que les surtaxes existant aujourd'hui ne seront pas augmentées? || Dans le cas où la Conférence adopterait cette proposition, on pourrait intercaler dans le Projet de Convention, entre les articles 5 et 6, la disposition suivante: || Article 5 *bis*. || Il ne pourra être établi sur les sucres importés d'un des Pays contractants dans un autre aucune surtaxe nouvelle. Les surtaxes existant actuellement ne pourront être augmentées. || Il semble d'autant plus nécessaire d'introduire une disposition de ce genre dans le Projet de Convention que cela amènera les différents Pays à se prononcer sur la question.“ || M. Verkerk Pistorius déclare que, tout en sachant gré à son honorable Collègue le premier Délégué belge de l'appui qu'il a bien voulu lui prêter et de son intention conciliatrice, il ne saurait

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

souscrire à un Protocole qui contiendrait la proposition énoncée dans la Note de M. Guillaume; il ne peut accepter la mission d'engager son Gouvernement à se rallier, sur ce point, à une solution qui consisterait dans le maintien des surtaxes actuelles.

M. du Jardin réplique qu'il donnerait la préférence à la solution préconisée par M. Pistorius, c'est-à-dire à la suppression totale des surtaxes. || La proposition belge est présentée subsidiairement comme une transaction dans le cas où une entente ne pourrait se produire sur les bases proposées par M. Pistorius. || M. Verkerk Pistorius craint que l'adoption de la formule proposée par les délégués belges ne préjuge la question; il préfère que les Gouvernements soient simplement appelés à examiner la question des surtaxes au même titre que les autres. || M. Dupuy de Lôme propose de laisser cette question en dehors de toute discussion.

M. Sans-Leroy ne peut se rallier entièrement à cette manière de voir. Il comprend la nécessité d'éviter les questions irritantes; mais il y a quelques points sur lesquels il n'est pas inutile de laisser pressentir l'opinion des Gouvernements, si l'on ne veut pas s'exposer, lors de la reprise des conférences, à des surprises désagréables. Il ne lui paraît pas possible d'obtenir de tous les Gouvernements l'engagement de n'établir aucune surtaxe. || M. le Président déclare que le Gouvernement britannique n'a pas eu le désir de soulever cette question; mais, si l'on est d'accord pour la discuter, il n'y mettra pas d'obstacles. || M. du Jardin craint qu'on ne puisse obtenir des Chambres belges la sanction d'une Convention laissant aux contractants la faculté de mettre n'importe quelles surtaxes sur les sucres provenant d'un pays signataire du Traité.

M. Sans-Leroy dit qu'il a envisagé la question à un point de vue purement spéculatif. La France, en effet, exporte beaucoup plus de sucre raffiné que de sucre brut. Les surtaxes sur les sucres bruts sont plutôt une gêne qu'un avantage pour les raffineurs. Dans la discussion de la loi de 1886, les raffineurs ont déclaré qu'ils abandonneraient volontiers la surtaxe qui pèse sur les sucres raffinés, si l'on supprimait celle qui frappe les sucres bruts et restreint leurs facilités d'approvisionnement. Dans cette question, M. Sans-Leroy est guidé par le désir de faciliter un accord, et non par la pensée de garder un avantage que les principaux intéressés seraient prêts à sacrifier. || M. du Jardin ne comprendrait pas qu'une Convention ne contînt que des charges ou des obligations pour les contractants, sans leur accorder aucun avantage. Il invoque les précédents de 1875 et de 1877. || M. Sans-Leroy expose que la situation se trouve, à cet égard, complètement changée; ce qui était possible dans un arrangement entre un petit nombre de contractants ne l'est plus dans une Convention qui réunit presque tous les États producteurs. Il lui paraît impossible d'amener tous ces Pays à aliéner le droit de réserver à leurs industriels le marché national. Le but auquel doit tendre la Conférence, c'est que les sucres de toutes provenances puissent arriver sur les marchés tiers dans les mêmes conditions de production. || M. du Jardin insiste pour que l'on

mette aux voix la proposition de M. Pistorius et, subsidiairement, la proposition belge. || M. Verkerk Pistorius déclare qu'il n'a pas voulu formuler de proposition définitive, parce que la Conférence n'est pas actuellement en mesure de résoudre la question. Il demande donc qu'elle soit réservée pour être soumise aux Gouvernements et discutée à la prochaine session de la Conférence. || M. Kamensky se rallie complètement à la manière de voir qui a été exprimée par le Délégué français et ne croit pas que la Russie abolisse les surtaxes. Les tarifs resteront tels qu'ils sont. || M. Dupuy de Lôme déclare que, dans la pensée de son Gouvernement, la question des surtaxes ne devait pas entrer dans le programme de la Conférence. Aussi n'a-t-il pas d'instructions à cet égard. Il dira, cependant, que l'Espagne a toujours entendu garder le marché métropolitain pour les sucres de ses provinces d'outre-mer, que Cuba et Porto-Rico sont des provinces espagnoles, et que l'abolition de tout droit d'entrée sur les sucres de Cuba n'est qu'une faible compensation pour la crise dont souffre cette île et des sacrifices qu'a imposés à cette province l'abolition de l'esclavage sans indemnité. || M. Jordan désire réserver complètement à l'appréciation de son Gouvernement la question qui vient d'être discutée, de même que les dispositions contenues dans les articles 4 et 5 du Projet de Convention. || M. le Comte de Kuefstein dit qu'en présence d'une proposition nouvelle il ne peut pas se prononcer. La question devra être encore étudiée. En conséquence, il ne pourrait pas se rallier à l'article 5 *bis*.

On passe à la discussion de l'article 6. || M. Verkerk Pistorius demande s'il n'y aurait pas lieu d'établir un bureau international pour la publication non seulement des lois et règlements, mais encore d'une statistique officielle sur le mouvement des sucres dans tous les pays. || M. le Président dit que cette question pourrait être examinée par le Congrès sur la publication des tarifs qui se tiendra à Bruxelles au mois de mars prochain. || Les articles 6 et 7 sont adoptés.

Après quelques observations faites par M. Kennedy sur la forme de l'article 8, M. le Comte d'Onslow fait connaître que, parmi les colonies britanniques, deux seulement donnent des primes, la Nouvelle-Zélande et Victoria. La première de ces colonies a offert une prime directe de $\frac{1}{2}$ penny par livre; mais cette prime n'a jamais été ni demandée ni payée. La colonie de Victoria a établi un droit qui permettrait une prime de 3 s. 6 d. par hundredweight. Le Gouvernement a l'espérance qu'avant le mois de mars les deux colonies seront entrées dans la Convention. || M. Sans-Leroy expose l'impossibilité de conclure un arrangement qui ne lierait pas les possessions et colonies britanniques. || M. le Comte d'Onslow déclare que le Gouvernement s'engage à faire aux colonies autonomes, nominativement désignées à l'article 8, les représentations nécessaires, et qu'il espère une réponse favorable. L'article 8 est adopté.

La discussion s'engage sur l'article 9. || M. Sans-Leroy croit impossible de fixer la date du 1^{er} août 1888 comme point de départ de la Convention. Il cite l'exemple de l'Allemagne et de l'Autriche-Hongrie qui ont laissé s'écou-

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

ler plus d'une année entre la présentation des lois et leur application. Il propose de laisser la date en blanc, afin que les divers États soient mis à même de fournir leur avis sur l'époque à laquelle la Convention pourrait entrer en vigueur. || M. Jordan adhère à cette proposition. || M. du Jardin dit que les fabricants de son pays s'émeuvent; qu'il serait important de savoir dès maintenant qu'un changement de législation paraît peu probable pour la campagne prochaine. Il explique l'impossibilité matérielle de faire voter une loi par le Parlement belge avant cette époque. || M. le Président résume cette discussion en disant que la Conférence sera mieux en mesure de fixer la date au cours de sa deuxième session. || L'article 9 est adopté sans indication de date. || L'article 10 est adopté.

L'ensemble du Projet est adopté sous toutes les réserves formulées dans la discussion qui est consignée dans le présent procès-verbal.

Siebente Sitzung.

Étaient présents: || MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède. M. White, premier Secrétaire de la Légation des États-Unis à Londres, assiste à la séance en qualité de Représentant officieux du Gouvernement des États-Unis. || Le procès-verbal de la cinquième séance est adopté sauf une rectification signalée par M. le premier Délégué des Pays-Bas.

A la suite d'un échange d'idées entre M. le Président, M. du Jardin, M. Dupuy de Lôme et M. Pistorius, il est entendu que les réserves formulées par les Pays-Bas en ce qui concerne les surtaxes d'importation, et par l'Espagne en ce qui concerne les moyens de défense contre l'importation des sucres primés, ne figureront pas au Protocole de clôture, mais resteront insérées dans les procès-verbaux. || Sur l'article 5 du projet de Convention, il est entendu, à la demande de M. Pistorius, que les Pays contractants auront le droit d'abolir leur impôt tout en restant dans la Convention. || M. Catalani rappelle qu'à la dernière séance M. le Président a réservé sur cette question l'opinion du Gouvernement britannique. || M. le Président répond qu'en se référant aux dépêches échangées entre le Marquis de Salisbury et le Prince de Chimay il a vu que, dès le principe, la Belgique, en acceptant l'invitation de participer à une Conférence, avait annoncé que ses Délégués ne seraient pas autorisés à accepter le principe de l'impôt à la consommation. Le Gouvernement britannique ayant accepté cette adhésion conditionnelle ne saurait aujourd'hui exprimer une opinion sur les réserves formulées à cet égard par les Délégués de plusieurs pays. || A la demande de M. du Jardin, il sera mentionné au procès-verbal que les Délégués belges se sont abstenus sur le paragraphe du Protocole relatif à l'article 3 du projet de Convention. || M. du Jardin rappelle qu'à la dernière séance, la question a été posée de savoir si, dans l'intervalle des deux sessions de la Conférence, les résultats de ses premières délibérations, c'est-à-dire les

procès-verbaux, le Protocole et le projet de Convention, pourraient être livrés à la publicité. || M. le Président répond qu'après avoir consulté M. le Marquis de Salisbury il lui paraît impossible, en présence des exigences du régime parlementaire, de tenir secrets les résultats de la Conférence.

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

Le procès-verbal de la sixième séance est lu et adopté. || Il est procédé à la signature du Protocole annexé au présent procès-verbal*).

M. le Président prononce l'allocution suivante: || „Messieurs et chers Collègues, || Je dois vous faire part d'une lettre que je viens de recevoir du Marquis de Salisbury. En voici la traduction: || „Le 17 décembre 1887. || Mon cher Baron de Worms, || Un engagement politique, dont la date a été fixée depuis longtemps, m'empêche de me rendre à Londres lundi prochain; c'est à mon plus vif regret que je me trouve dans l'impossibilité d'assister à la dernière séance de la Conférence sur le régime des sucres. Je vous prie de faire toutes mes excuses à MM. les Délégués et de les féliciter en mon nom sur l'heureux résultat de leurs travaux. La suspension des Conférences n'est qu'un ajournement; à la reprise des négociations au mois de mars, lorsque les Délégués reviendront, comme je l'espère, armés des pouvoirs nécessaires à donner un effet pratique à leurs délibérations, je compte avoir l'honneur de leur souhaiter personnellement la bienvenue. || Salisbury.“

„Dans quelques moments nous allons nous séparer. Nous sommes arrivés à un moment d'arrêt dans nos travaux. | Les divers États nous avaient donné mandat de discuter la suppression des primes sur le sucre. La mission n'était pas sans difficultés. On cherche une solution de cette question depuis vingt-sept ans. Nous avons tous eu des intérêts divers, quelquefois divergents, à ménager; mais il a été bientôt manifeste que nous visions tous le même but, et l'unanimité n'a pas tardé à se produire. C'est ainsi que nous avons préparé un projet de Convention**) qui résume les décisions que nous avons prises et les recommandations que la Commission nous a faites. Nous pouvons hardiment le soumettre à l'approbation de nos Gouvernements. J'ai la confiance qu'il sera accepté. Nous saurons, dans ce cas, que nous avons contribué à un grand acte de justice à l'égard du commerce international, acte qui ne manquera pas de fortifier les bonnes relations que ce commerce établit entre les peuples. || Notre oeuvre peut laisser subsister quelques lacunes; mais elle pose les véritables principes de l'union qui nous voulons former. Permettez-moi, en ma qualité de Président de cette Conférence, de faire quelques observations sur ce qui me paraît être la vraie portée du projet que nous allons soumettre à nos Gouvernements. Tout en se préoccupant de l'uniformité, il ne formule aucun projet de loi, ou de règlement, qui doive être adopté par tous les États. Mais il affirme les seuls principes qui puissent assurer l'uni-

*) Das Protokoll der Konferenz findet sich unter der folgenden No.

A. d. R.

**) Abgedruckt unter No. 9563 dieser Sammlung.

A. d. R.

Nr. 9561.
Konferenz-
Staaten.

formité des résultats. Je crois qu'on ne saurait atteindre cette uniformité de résultats par la voie de l'uniformité de législation. L'esprit des lois et des règlements diffère d'un pays à l'autre. Les moeurs administratives ne diffèrent pas moins. Je vous avouerai qu'il est incontestable pour moi que les caractères de la fraude sont loin d'être les mêmes partout. || Il est des pays où l'administration fera tous ses efforts pour prévenir un procédé frauduleux qui sera presque inconnu dans un autre pays. Ici on ne déjouera les tentatives de fraude que par telle ou telle disposition qui serait inutile ailleurs. Je conçois, même, que l'uniformité de législation pourrait bien ne pas assurer les résultats que nous désirons obtenir, notamment la cessation de la prime. || Nous laissons à chaque pays la responsabilité de déterminer, selon les besoins de ses industriels et selon ses habitudes administratives, quelles sont les dispositions législatives qui assureront le fonctionnement régulier des systèmes d'impôts que décrétera la Convention. || Cette responsabilité individuelle de chaque État est la meilleure de toutes les garanties. Tous les Gouvernements ont résolu, soyons-en convaincus, de faire disparaître la prime; ils le désirent sincèrement. Voilà la vraie base de l'Union. || La loi que le Gouvernement de chaque État formulera devra établir nettement que la prime cessera désormais d'exister chez lui. Il incombe à chaque Gouvernement d'agir comme si la réalisation du désir commun dépendait de lui seul; il faut que les dispositions de chacune des lois soient d'une efficacité si complète et si évidente que les autres Gouvernements n'aient aucune difficulté à y trouver toutes les garanties qu'ils ont le droit de demander, et sans lesquelles ils ne voudraient pas, de leur côté, faire partie de l'Union. . . .

Si nous nous séparons, ce n'est que pour préparer les lois qui donneront un corps au projet de Convention que nous venons de rédiger."

Nr. 9562. **FRANKREICH.** — Protokoll der Konferenz. —

Nr. 9562.
Frankreich.

Les soussignés, Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suède, se sont réunis à Londres le 24 novembre 1887, afin d'étudier les bases d'une entente relative à la suppression des primes à l'exportation des sucres. || A la suite des délibérations consignées dans les procès-verbaux des séances, ils sont tombés d'accord sur les principes énoncés dans le Rapport de la Commission. Pour donner à cette énonciation une application pratique, le Président de la Conférence leur a communiqué un projet de Convention qu'ils ont examiné et qu'ils s'engagent à soumettre à l'appréciation de leurs Gouvernements, en les priant de faire connaître au Gouvernement de Sa Majesté Britannique avant le 1^{er} mars s'ils adhèrent aux principes de ce projet de Convention, qui est annexé au présent Protocole. En cas affirmatif, chaque Gouvernement communiquera

au Gouvernement Britannique, avant ladite date, un projet indiquant les bases d'application du système de l'impôt sur les quantités de sucre produites. Ce projet mentionnera dans quelles limites et dans quels cas on ferait usage de la saccharimétrie. Chaque Gouvernement fera connaître en même temps si, pour réaliser l'uniformité, il serait disposé à admettre la méthode dite française, généralement usitée dans le commerce de plusieurs nations. || En ce qui concerne l'article 3 dudit projet de Convention, les Délégués français, ne croyant pas que le régime proposé pour la Belgique présente, pour la suppression des primes, les garanties dont les Hautes Parties contractantes ont le devoir de s'entourer, font sur cet article les plus expresses réserves. Les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de l'Espagne, de l'Italie, des Pays-Bas et de la Russie adhèrent aux réserves faites par les Délégués français. || Fait à Londres, le 19 décembre 1887. || Ch. Sans-Leroy. || Florian. || Jordan. || Jaehnigen. || Kuefstein. || Guillaume. || Du Jardin. || D. de Smet. || Lange. || Antonio Batanero. || Dupuy de Lôme. || Henry de Worms. || Onslow. || C.-M. Kennedy. || F.-G. Walpole. || T. Catalani. || Pistorius. || G. Eschauzier. || B. Reiger. || C. Van de Ven. || G. Kamensky. || Robert Dickson.

Nr. 9562.
Frankreich.

Nr. 9563. FRANKREICH. — Entwurf einer Zuckerkonvention. —

Les Hautes Parties contractantes, désirant assurer la suppression totale des primes ouvertes ou déguisées à l'exportation des sucres, ont résolu de conclure une Convention à cet effet et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants: || Article Premier. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent à prendre ou à proposer à leurs législatures respectives des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit accordé aucune prime ouverte ou déguisée à l'exportation des sucres. || Art. 2. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent à adopter ou à proposer à leurs législatures respectives un système d'impôt sur les quantités de sucres produites et destinées à la consommation, comme le seul qui permette d'arriver à la suppression des primes en question, et à soumettre au même régime les fabriques de glucose et les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses. || Art. 3. || La Belgique ne se trouvant pas dans les mêmes conditions, au point de vue de l'application du système d'impôt sur les quantités de sucre produites, le régime actuellement établi dans ce Royaume pourra être maintenu, sauf les modifications suivantes: || La quotité de l'impôt sera ramenée de 45 à 25 francs, à partir de la mise en vigueur de la présente Convention. La prise en charge des fabriques abonnées sera portée de 1,500 à 1,700 grammes. || Art. 4. || Seront également admis à la Convention les États ou les Colonies et Possessions étrangères des Hautes Parties contractantes qui, tout en n'adoptant pas le système dont il est fait

Nr. 9563.
Frankreich.

Nr. 9563.
Frankreich.

mention à l'article 2, n'imposent pas d'impôts sur les sucres, ou qui s'engagent à n'accorder aux sucres bruts ou raffinés qui viennent à être exportés aucun drawback, remboursement ni décharge de droits ou de quantités. || Art. 5. Dans le cas où un État qui n'impose pas de droits sur le sucre viendrait à en établir, cet État devra établir ces droits sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation, ou bien ne donner aucun drawback, remboursement ni décharge de droits ou de quantités. || Art. 6. || Les Hautes Parties contractantes se communiqueront les lois qui auraient déjà été rendues, ou qui viendraient à l'être, dans leurs États respectifs, relativement à l'objet de la présente Convention. || Art. 7. || Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande. Cette adhésion sera notifiée par la voie diplomatique au Gouvernement de Sa Majesté Britannique et, par celui-ci, aux autres Gouvernements signataires. || Art. 8. || Les stipulations de la présente Convention seront applicables aux Colonies et aux Possessions de Sa Majesté Britannique, à l'exception de celles ci-après dénommées, savoir: || Les Indes orientales, le Canada, Terre-Neuve, le Cap, Natal, la Nouvelle-Galle du Sud, Victoria, Queensland, la Tasmanie, l'Australie du Sud, l'Australie occidentale, la Nouvelle-Zélande. || Toutefois les stipulations de la présente Convention seront applicables à l'une des Colonies ou Possessions ci-dessus indiquées à partir de la date à laquelle le Gouvernement Britannique notifiera l'adhésion de cette Colonie ou Possession aux autres Puissances contractantes. || Chacune des Colonies ou Possessions ci-dessus dénommées qui aurait adhéré à la présente Convention conserve la faculté de se retirer de la même manière que les Puissances contractantes. || Dans le cas où l'une des Colonies ou Possessions dont il s'agit désirerait se retirer de la Convention, une notification à cet effet sera faite par le Gouvernement Britannique aux autres Puissances contractantes. || Art. 9. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du. || Elle restera en vigueur pendant dix années à dater de ce jour, et, dans le cas où aucune des Hautes Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'expiration de ladite période de dix années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas où l'une des Puissances signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard. || Art. 10. || La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Londres dans le délai de mois ou plus tôt, si faire se peut.

Nr. 9564. **GROSSBRITANNIEN.** — Botsch. in Paris an den Min. d. Ausw. — Interpellation über Frankreichs weitere Stellung zur Zuckerfrage. —

Nr. 9564.
Gross-
britannien.
2. Jan. 1888.

Paris, January 2, 1888.

Monsieur le Ministre, by direction of Her Majesty's principal Secretary of State for Foreign affairs, I have the honour to transmit to Your Excel-

lency, herewith, four copies of the procès-verbaux of the Conference on the question of sugar Bounties, which met in London between the 24th of November and the 19th of December last, and to request that the Government of the Republic will be pleased to give this question their early consideration. ¶ I am instructed at the same time to express to the French Government the cordial thanks of the Government of Her Majesty for complying with their request, that France should be represented at this Conference; and their high appreciation of the friendly and valuable assistance rendered by M. Sans Leroy, M. Pallain, Count de Florian, M. Catusse, M. Legros and M. Boizard towards the settlement arrived at.

Nr. 9564.
Gross-
britannien.
2. Jan. 1888.

Her Majesty's Government accept the conclusions recorded in the Protocol and Draft of Convention, and they will be glad to receive the statement which the French Government, as well as the other Governments represented at the Conference, are asked to be so good as to communicate before the 1st of March next, and at the earliest convenience of the Department concerned. They will also be glad to receive, at the same time, the remarks of the French Government on the various points raised in the recent discussions, and likewise to learn the earliest date at which France can undertake to give effect to the Convention. Her Majesty's Government will then take the necessary steps to circulate among the Powers the observations and proposals which they receive; and they trust, that in this manner the subsequent preliminary action previous to the second meeting of the Conference may be finished, so as to enable the Conference to meet again at the date now fixed for this purpose, namely the 5th of next April. ¶ Her Majesty's Government hope, that its labours may then be completed in a short session, and that the Convention may be signed at the end of the Conference and be brought into operation at an early date. ¶ I am further instructed to add that, Her Majesty's Government having engaged to make application to the autonomous colonies of the British Empire on this subject, they would be glad to learn the exact position as regards the systems of taxation and supervision of the French sugar producing colonies and the views and intentions of the Government of the Republic as to the inclusion of these colonies in the proposed Convention.

Lytton.

Anhang.

Nr. 9565. **RUSSLAND.** Exposé Russlands über seine Zuckerpolitik. *)

Nr. 9565.
Russland.

Les droits d'entrée varient d'après la nature des sucres et l'endroit où se fait l'importation. Les sucres bruts, cassés au en poudre sans mélange de

*) Dem Blaubuch, betit. „International Conference on the Sugar Question“ (Commercial. Nr. 3, 1888) entnommen. — Vergl. hierüber noch die Anmerk. auf S. 143. A. d. Red.

Nr. 9565.
Russland.

gros morceaux, importés par les ports de la Mer Noire et de la Mer d'Azov payent 1 r. 90 c. métal. le poud (soit 46 fr. c. par 100 kilog.); dans les autres ports et par terre, 2 r. métal. (48 fr. 80 c. par 100 kilog.). Les sucres raffinés, mélis, lump, et candi en pains ou morceaux importés par la Mer Noire et par la Mer d'Azov, payent 2 r. 80 c. (68 fr. 32 c. par 100 kilog.); par les autres ports et par terre 2 r. 90 c. (70 fr. 76 c. par 100 kilog.). Toutefois, afin de garantir les consommateurs contre les hausses spéculatives du prix du sucre sur les marchés indigènes, le Minetistr des Fnainces a le droit de recommanz der au Conseil des Ministres de baisser les droits sur les sucres bruts jusqu'à 1 r. 50 c. (soit 36 fr. 60 c. par 100 kilog.); cette mesure doit être mise en vigueur deux mois après sa promulgation; elle a par conséquent le caractère d'un remède qui arrête la spéculation et limite la production du sucre conformément aux exigences des marchés. Le droit d'accise sur l'industrie sucrière indigène est de 85 copecks par poud (11 fr. 61 c. par 100 kilog.) de sucre fabriqué. Le mode de perception est fort simple et se fait par le pesage du sucre fabriqué; ce pesage est effectué par les employés du Gouvernement sans aucune intervention de leur part dans les différents procédés de la fabrication. Une liberté complète sous ce rapport est réservée aux fabricants. Peut-être trouvera-t-on que ce mode de perception est trop simple; mais, vu la modicité des droits, les abus sont peu probables. La production de chaque usine et la quantité de betterave employée sont assez connues, et l'on sait d'avance, presque avec certitude, quelle quantité de sucre chaque usine produira par par campagne. En outre, le volume considérable de la marchandise rend difficile le recèlement de grosses quantités; l'évasion des droits sur les petites quantités, quelques dizaines ou même quelques centaines de pouds, ne dédommagerait pas le fabricant des risques de la fraude. Il ne faut pas oublier non plus que les usines de sucre en Russie et en Pologne appartiennent à des Compagnies, à des Sociétés, et à des personnapes d'une haute position financière; que ces usines sont d'une valeur très considérable, et qu'une grande quantité d'ouvriers et d'employés y travaillent, qui ont connaissance de tout ce qui se fait dans l'intérieur des usines; une évasion des droits ne peut rester secrète et serait même nuisible au propriétaire en dérangeant la régularité de la production et de la comptabilité. Les chiffres cités plus loin prouvent que le revenu est suffisamment garanti de ce côté. En dehors du droit d'accise, les fabricants de sucre payent une patente spéciale de 5 r. pour 1,000 pouds de sucre produit, soit 7 centimes par 100 kilog. || A l'exportation des sucres les fabricants reçoivent un drawback parfaitement identique au droit d'accise perçu, et qui ne cache pas la moindre trace d'une prime déguisée. || Dans les usines qui combinent la fabrication du sucre et le raffinage dans un même bâtiment, ou dans des bâtiments séparés mais voisins et entourés d'un mur ou d'une clôture commune, l'accise est perçue d'après le poids du sucre raffiné et mélis en pains, y compris le papier qui les enveloppe et la corde, mais pour les mêmes sucres en morceaux elle est perçue sur le poids net: si

les usines raffinent le sucre brut fabriqué par d'autres usines, sur lequel les droits d'accise ont été déjà perçus, la nouvelle perception des droits se fait seulement sur la quantité du sucre raffiné excédant la quantité du sucre brut apportée des autres usines.

Nr. 9665.
Rusland.

Des primes directes ("bounties") ont été adoptées comme une mesure spéciale et passagère et ont été abolies en totalité, au moins pour les sucres exportés par la frontière Européenne. Après la spéculation de l'année 1883—84, l'industrie sucrière traversait, l'année suivante, une crise très sensible, et le Gouvernement Impérial de Russie s'était décidé de venir en aide aux industriels en leur accordant une prime de 80 copecks par poud (10 fr. 93 c. par 100 kilog.) afin de débarrasser les marchés indigènes d'une surabondance de sucre et afin d'arrêter jusqu'à un certain point la baisse des prix qui menaçait les fabricants de pertes considérables. Cette prime a été accordée seulement à titre d'emprunt; elle devait être graduellement restituée au Gouvernement à raison de 6 copecks par poud (83 centimes par 100 kilog.) par an, et tous les fabricants sans exception, même ceux qui n'ont pas pris part à l'exportation, subissaient cette taxe de restitution; et à juste titre, car quoiqu'ils n'eussent pas joui des avantages directes de la prime, ils tiraient néanmoins profit de l'influence qu'elle exerçait sur les marchés, notamment de la hausse des prix qu'elle devait produire. || Ces primes durèrent depuis le 1^{er} Août, 1885, jusqu'au 1^{er} Juillet, 1886, du côté de la frontière Européenne. Elles ont été abolies à cette époque et à justes raisons, qui ont été bien exprimées dans les paroles suivantes de M. Vishnegradsky, Ministre des Finances: "En présence d'une crise les primes directes ne peuvent servir dans tous les cas que de mesure palliative, et si elles devenaient permanentes elles seraient très insuffisantes et plutôt nuisibles qu'utiles à l'industrie; la concession de primes directes peut débarrasser, dans un moment donné, le marché d'une surabondance de marchandise, mais elle n'écarte point les causes de cette surabondance: au lieu de baisser la production excessive dont elle est le résultat naturel, elle l'encourage, et sous le rapport économique elle n'atteint pas son but. Les consommateurs de l'Angleterre tirent un avantage des primes allouées dans les autres pays; un de leurs plus grands inconvénients est de déprécier la marchandise sur les marchés étrangers au détriment des consommateurs du pays qui les donne." || Abolie du côté Européen, la prime directe existe encore pour l'exportation des sucres par la frontière Asiatique; elle existera jusqu'à l'année 1891; cette exception est suffisamment motivée par la circonstance que les sucres pour les marchés Asiatiques présentent un caractère tout spécial, quant au poids, à la qualité et à la forme de la marchandise, qui ne peut convenir ni aux autres marchés étrangers ni aux marchés indigènes; mais avec le développement des relations commerciales avec l'Asie et l'accroissement de l'exportation de ce côté il n'y a aucun doute que ces primes seront abolies au terme fixé.

Voici quelques chiffres sur l'industrie et le commerce du sucre; ils peuvent

Nr. 9565.
Russland.

avoir un certain intérêt: ces chiffres sont pour l'année 1866. Dans cette année il y avait 241 usines en fonctionnement, et la production totale était de 29 039 594 pouds ou 476 249 347 kilog.; le revenu total était de 20 650 022 roubles papier ou 46 256 049 fr. dont l'accise proprement dite a fourni 18 942 243 roubles papier (42 430 654 fr.), la patente spéciale 141 794 roubles papier (317 618 fr.), les amendes 65 472 roubles papier (146 657 fr.), la somme restituée pour les primes directes 1 500 513 roubles papier (3 361 149 fr.); le cours d'échange pris comme base pour convertir le rouble papier en monnaie Française est de 2 fr. 24 c. || Sous l'influence des primes directes, l'exportation du sucre a été assez considérable et du côté Européen entre le 1^{er} Septembre, 1885, et le 1^{er} Octobre, 1886, ce qui est la période de leur durée, elle s'élevait à 7 325 952 pouds ou 120 145 285 kilog., et par la frontière Asiatique à 236 226 pouds ou 4 238 072 kilog. Après l'abolition des primes, l'exportation a complètement cessé pendant le reste de l'année 1886, mais à partir du commencement de l'année courante elle a repris, mais avec moins de vigueur. Entre le 1^{er} Janvier et le 1^{er} Octobre de cette année l'exportation du côté Européen a été de 2 305 065 pouds ou 37 303 066 kilog., et du côté Asiatique de 652 855 pouds ou 10 706 822 kilog. || L'importation en Russie est insignifiante; pour l'année 1886 elle ne figure dans le rapport Douanes que pour 4,825 pouds (79 130 kilog.), dont 252 pouds (4 132 kilog.) par la frontière Asiatique; l'importation de l'Asie est composée exclusivement de sucre candi venant de la Chine.

Le 29 Novembre, 1887.

Römische Kurie.

Nr. 9566. **RÖMISCHE KURIE.**—Encyklika Papst Leos XIII. an die bair. Bischöfe. — Hervorhebung der Ansprüche der Kirche namentlich auf die Erziehung der Geistlichkeit in den Seminarien; Aufforderung an die Bischöfe, die Gläubigen von dem Verkehr mit Andersgläubigen und Freimaurern abzuwenden; Ermahnung an den Staat, seinen Pflichten mit Bezug auf das abgeschlossene Konkordat nachzukommen.

Venerabilibus Fratribus || archiepiscopis et episcopis Bavariae || Leo pp. XIII. Nr. 9566.
|| Venerabiles Fratres, || Salutem et Apostolicam Benedictionem! || Officio Röm. Kurie.
sanctissimo adducti muneris Apostolici, multum diuque, ipsi nostis, contendimus, 22. Dec. 1887.
ut ~~in~~ Ecclesiae catholicae apud Borussos haberent aliquando melius atque, in gradum dignitatis suum restitutae, ad honorem pristinum amplioresque florescerent. Quae consilia, qui labores Nostri, aspirante Deo et iuvante, sic processere, ut praeteritam querimoniam lenierimus, et spe teneamur de libertate catholici nominis plene ibidem tranquilleque fruenda. — Nunc autem animus est cogitationes et curas, singulari quodam studio, ad Bavaros convertere. Non ea quidem causa, quod rem sacram eodem esse loco in Bavaria atque in Borussia erat putamus; sed hoc optamus et cupimus, ut isto quoque in regno, quod catholica professione ab avis maioribusque gloriatur, incommoda quotquot insident de libertate detrahentia Ecclesiae catholicae, opportune resercentur. — Cuius maxime salutaris propositi ut ad effectum perveniamus, volumus et omnes aditus explorare, qui reliqui dentur, et quantum in Nobis auctoritatis opisque est sine cunctatione conferre. Atque vos opportune appellamus, Venerabiles Fratres, vestraque opera filios Nostros e Bavaria carissimos appellamus omnes, ut, quaecumque ad rationes fidei et religionis in gente vestra curandas et provehendas pertinere videantur, ea vobiscum pro potestate communicemus, de iis tribuamus consilia, de iisque ad ipsos civitatis rectores fidentur instemus.

In sacris Bavarorum fastis, res repetimus haud incognitas vobis, bene multa sunt, de quibus Ecclesia et civitas concordem capiant laetitiam. Nam fides christiana, ex quo divina eius semina, cura studioque summo sancti abbatis Severini, qui Norici apostolus extitit, aliorumque Evangelii praeconum, in gremio regionis vestrae sunt sparsa, tam altas egit fixitque radices, nulla ut deinceps

Nr. 9566. neque superstitionis immanitate, neque rerum publicarum perturbatione et con-
 Röm. Kurie. versione exaruerit penitus. Quare, sub exitum saeculi septimi, factum est, ut,
 22. Dec. 1887. quum *Rupertus* episcopus sanctus Vormatiensis, Theodone invitante Bavariae
 Duce, christianam fidem per easdem regiones exsuscitandam amplificandamque
 aggressus esset, sane multos, tum cultores fidei tum eius amplectendae studio-
 sos, in media superstitione repperit. Ipse autem eximius princeps, Theodon,
 quo fidei urgebatur ardore, romanum iter suscepit, et pronus ad sepulcra SS.
 Apostolorum, itemque ad augustum Iesu Christi Vicarium, exemplum pietatis
 et coniunctionis Bavariae cum hac Apostolica Sede primus edidit nobilissimum,
 quod alii subinde egregii principes sunt religiose imitati. — Per idem tempus
 Cardinalis *Martinianus*, episcopus Sabinensis, a sancto Pontifice Gregorio II.
 in Bavariam legatus est, qui rebus catholicis subsidia et incrementa afferret,
 sociique additi *Georgius* et *Dorotheus*, cardinales ambo Ecclesiae romanae. Non
 ita multo post Romam ad summum Pontificem profectus est *Corbinianus* Epi-
 scopus Frisingensis, vir sanctimonia vitae suique despicientia insignis, qui aposto-
 licos Ruperti labores pari laborum industria confirmavit et auxit. Cui vero
 laus debetur prae ceteris, aluisse et excoluisse fidem in Bavaris, is facile est
 sanctus *Bonifacius*, archiepiscopus Moguntinus; ipse qui Germaniae christi-
 anaer pater, apostolus, martyr immortalis verissimoque praeconio celebratur.
 Illic legationes peregrit a Romanis Pontificibus, Gregoriis II. et III. ac *Zacharia*,
 quorum maxima semper floruit gratia; eorumdemque nomine et auctoritate re-
 giones Bavariae in dioeceses descripsit, atque ita hierarchiae ordinibus consti-
 tutis insitam fidem ad perpetuitatem commendavit. *Ager dominicus* (scribente
 ad ipsum Bonifacium S. Gregorio II.), *qui incultus iacebat et spinarum aculeis*
ex infidelitate riguerat, romere tuae doctrinae exarante, semen verbi suscepit
*et fertilem messem protulit fidelitatis**). — Illo ex tempore Bavarorum religio,
 quantumvis aetatum decursu tentata acerrime, ad omnes rerum civilium casus
 salva et constans permansit. Etenim secutae sunt quidem turbae illae et con-
 tentiones imperii adversus sacerdotium, asperae, diuturnae, calamitosae; in iis
 tamen plus vere fuit Ecclesiae quod laetaretur in Bavaris, quam quod doleret.
 Summa autem consensione a Gregorio XI., Pontifice legitimo, ipsi steterunt,
 effrenata dissidentium audacia neququam dimovente, frustra minitante; et, quod
 perarduum erat, longo inde intervallo, nihil vi atque impetu Novatorum abs-
 territi, fidei integritatem et veterem cum romana Ecclesia coniunctionem reli-
 giose semper servarunt. Quae virtus et firmitudo patrum vestrorum eo magis
 praedicanda est, quod populos fere omnes eorum finitimos nova secta misere sub-
 gisset. Sane Bavaris, qui eo erant luctuoso tempore, illa apposite congrue-
 bant, quibus Gregorius idem II. catholicos Thuringiae homines, a S. Bonifacio
 christiana sapientia imbutos, multo ante affatus erat, merita commendationis
 gratia, in quadam epistola ad optimates: *Insinuatam nobis magnificae in Christo*
fidei vestrae constantiam agnoscentes, quod paganis compellantibus vos ad idola

*) Ep. XIII. ad Bonifacium. Cfr. Labbeum Collect. Conc. V. VIII.

colenda, fide plena responderitis, magis velle feliciter mori, quam fidem semel in Christo acceptam aliquatenus violare; nimia exultatione repleti, gratias debitas persolvimus Deo nostro et redemptori, bonorum omnium largitori, cuius gratia comitante vos ad meliora et potiora optamus proficere, et ad confirmandum fidei vestrae propositum sanctae Sedi Apostolicae religiosis mentibus adhaerere, et, prout opus poposcerit sacrae religionis, a memorata sancta Sede Apostolica, spirituali omnium fidelium matre, solatium quaerere, sicut decet filios cohaereditas regni a regali parente).*

Nr. 9566.
Röm. Kurie.
22. Dec. 1887.

Etsi vero Dei misericordiae gratia, quae superiore memoria gentem vestram tutata est benignissimeque complexa, optime in posterum tempus augurari, optime sperare Nos iubet, nihilominus ea omnia, quoad suae cuiusque sunt partes, praestare debemus, quae plus habeant efficacitatis ad damna religionis sive accepta sarcienda, sive imminetia prohibenda, ita ut christiana doctrina et instituta morum sanctissima ad plures quotidie se possint effundere laetissimisque fructibus latius redundare. Quod non eo dicimus, velut si causa catholica idoneos magis minimeque timidos propugnatores apud vos desideraret: probe enim novimus vos, Venerabiles Fratres, unaque maiorem et saniozem partem tum sacri ordinis tum hominum externorum, haudquaquam frigere otiose ad certamina et pericula, quibus cingitur premiturque ecclesia vestra. Quapropter sicut non absimili causa Decessor Noster Pius IX. amantissimis litteris ad Episcopos Bavariae datis**) praeclara eorum studia sacris Ecclesiae rationibus tuendis impensa summis laudibus extulit, ita perlibenter Nos iustam singulis laudem ultro palamque tribuimus, quotquot ex Bavaris defensionem religionis avitae susceperunt fortiter et egerunt. Verum, quibus temporibus providentissimus Deus Ecclesiam suam saevis procellis agitari permittit, acriores ipse a nobis animos viresque in auxilium paratiores optimo iure deposcit. Vos autem ad unum, Venerabiles Fratres, aequae ut Nos, dolenter videtis, quam aliena et quam iniqua in tempora Ecclesia inciderit; videtis cum primis, quo se loco habeant res vestrae, et quibus vosmetipsi difficultatibus conflictemini. Ergo intelligitis experiendo, munera vestra maiorem quam antehac habere in praesentia amplitudinem, ad eaque vigilantiam et actionem, robur et prudentiam christianam debere vos enixius intendere. || Ac primum omnium ad clerum parandum et ornandum auctores vobis hortatoresque sumus. — Clerus nimirum instar exercitus est, qui, quoniam instituta sua et suorum perfunctio munerum ita ferunt, ut, sub magisterio episcoporum, cum christiana multitudine assiduo fere usu versetur, decus idcirco praesidiumque tanto amplius est rei publicae allaturus, quanto et numero praestet et disciplina. Quapropter Ecclesiae haec fuit semper antiquissima cura, ut illos deligeret educeretque ad sacerdotium adolescentes, quorum indoles et voluntas spem afferat eos ecclesiasticis ministeriis perpetuo inservituros***); eademque, ut adolescentium actas . . . a teneris

*) Ep. v. Ad optimates Thuring. Cfr. Labbeum, ib.

**) Litt. *Nihil Nobis gratius*, die 20. Februarii a. 1851.

***) Conc. Trid. Sess. XXIII, de reform. c. XVIII.

Nr. 9506.
Röm. Kurio.
22. Dec. 1887.

*annis ad pietatem et religionem informetur, antequam vitiorum habitus totos homines possideat**); ipsis proprias sedes et ephebea condidit, atque regulas, in sacro praesertim Concilio Tridentino**), sapientiae plenas praescripsit, *ut hoc collegium Dei ministrorum perpetuum seminarium sit***)*. Alicubi quidem quaedam latae sunt valentque leges, quae sin minus impediunt, interturbant, quominus uterque clerus sua sponte conflatur suaque disciplina instituatur. Nos hac in re, quae tanti interest quanti interesse maxime potest, sicut alias, ita nunc oportere existimamus sententiam Nostram aperte eloqui, et omni qua possumus ratione ius Ecclesiae sanctum inviolatumque retinere. Ecclesiae nimirum, quippe quae societas sit genere suo perfecta, ius nativum est cogendi instruendique copias suas, nocentes nemini, plurimis auxiliantes, in pacifico regno, quod saluti humani generis Iesus Christus in terris fundavit. || Clerus autem concredata sibi officia integre profecto et cumulate explebit, ubi, curam episcopis adhibentibus, talem e sacris seminariis disciplinam mentis animique sit nactus, qualem dignitas sacerdotii christiani et ipse temporum morumque cursus requirit; eum scilicet oportet doctrinae laude et, quod caput est, summa laude virtutis excellere, ut animos hominum conciliet sibi atque in observantiam adducat. || Christiana sapientia, qua luce mirifica abundat, in omnium oculis nitescere necesse est, ut tenebris inscientiae, quae est religioni maxime inimica, dispulsis veritas longe lateque se pandat et feliciter dominetur. — Etiam refellantur oportet et convellantur errores multiplices, qui vel ignorantia vel improbitate vel praeiudicatis opinionibus exorti, mentes hominum perverse avocant a veritate catholica, et quoddam animis fastidium eius aspergunt. Hoc munus permagnum, quod est *exhortari in doctrina sana, et eos qui contradicunt arguere†)*, ad ordinem pertinet sacerdotum, qui legitime habuerunt a Christo Domino impositum, quum divina ille potestate dimisit ad gentes universas docendas: *Euntes in mundum universum, praedicate evangelium omni creaturae††)*; ita plane, ut episcopi, in Apostolorum locum subiecti, praesint magistri in Ecclesia Dei, presbyteri adiutores accedant. — Sanctioribus hisce partibus plene perfecteque, si alias unquam, satis factum est in primordiis religionis nostrae saeculisque consequentibus, per eam, quae diu exarsit, maximam dimicationem cum ethnicae superstitionis tyrannide: unde tam amplam cohors sacerdotalis collegit gloriam, amplissimamque sanctissimus ordo Patrum et Doctorum, quorum sapientia et eloquentia in omnem memoriam et admirationem florebut. Per ipsos nempe doctrina christiana subtilius tractata, uberius explicata, pugnacissime defensa, eo magis veritate et praestantia patuit sua, prorsus divina: contra iacuit doctrina ethnicorum, vel indoctis redarguta et contempta, ut quae nihil sibi consentanea, perabsurda, inepta. Nequidquam

*¹) Ib.

**²) Ib.

***³) Ib.

†) Tit. I, 9.

††) Marc. XVI, 15.

vero connisi sunt adversarii, ut cursum eum sapientiae catholicae tardarent et intercluderent; nequidquam graecae scholas philosophiae, platoniam in primis et aristoteleam, magnificentioribus sane verbis obiecerunt. Nostri enim neque istud quidem certaminis genus declinantes, ad philosophos ethnicos applicuerunt ingenia et studia: quae quisque eorum professus esset, incredibili paene diligentia scrutati, consideraverunt singula, expenderunt, contulerunt: multa sunt ipsis reiecta aut emendata, non pauca ex aequo probata et accepta: hoc etiam ab ipsis apertum et prolatum est, ea quidem, quae ipsa ratione et intelligentia hominis falsa esse revincantur, ea tantummodo adversari doctrinae christianae, adeo ut huic doctrinae qui obsistere velit et refragari, idem suae ipsius necessario obsistat et refragetur rationi. Istiusmodi pugnae sunt pugnae a patribus illis nostris, atque illustres partae victoriae, eaeque non virtute modo armisque fidei partae, sed auxiliis quoque humanae rationis: quae scilicet, lumen praeferente sapientia caelesti, ex rerum ignoratione complurium et quasi ex errorum silva, veritatis iter pleno gradu erat ingressa. — Haec sane admirabilis fidei cum ratione consensio et conspiratio, quamquam operosis multorum studiis ornata est, tamen, in uno velut constricta aedificio unoque in conspectu exposita, elucet vel maxime in opere S. Augustini, quod est *De Civitate Dei*, pariterque in *Summa* utraque S. Thomae Aquinatis: quibus libris conclusa profecto habentur quaecumque erant a quibusque sapientibus acute cogitata et disputata, ex iisque licet capita et fontes arcessere eius eminentis doctrinae, quam nominant theologiam christianam. — Exemplorum tam insignium memoria utique per hos dies replicanda et fovenda est clero, quando ab adversis partibus vetera passim arma exacuuntur, vetera ferme praelia renovantur. Tantum hoc, quod olim repugnabant ethnici christianae religioni, ne ab inveteratis numinum ritibus institutisque deducerentur; nunc autem perditissimorum hominum opera pessima in eo certat, ut e christianis populis divina omnia documenta et pernecessaria, quae sacra cum fide sunt indita, stirpitus evellant, atque eos deterius ethnicis habeant in miseriamque devolvant maximam, in omnis videlicet fidei religionisque contemptum et eversionem. Cuius impurae pestis, qua nulla est detestabilior, illi initia fecere, qui homini tribuerunt natura tantum, ut de doctrina divinitus data posset quisque pro ratione iudicioque suo cognoscere et decernere, minime vero auctoritati subesse deberet Ecclesiae et Pontificis romani, quorum unice est, divino mandato et beneficio, eam doctrinam custodire, eam tradere, de ea verissime iudicare. Inde praeceps via patebat, patuit autem illis miserrime, ad omnia inficianda et amandanda quae sunt supra naturam rerum et captum hominis posita: tum auctoritatem esse ullam, quae a Deo dimanet, ipsumque Deum esse, impudentius pernegaverunt; delapsi postremo in commenta et *Idealismi* insulas et *Materialismi* abiectissima. Hanc tamen maximarum rerum inclinationem, qui *Rationalistae* vocantur quive *Naturalistae*, progressionem scientiae, progressionem societatis humanae, mentito nomine, appellare non dubitant, quae revera utriusque perniciis est atque excidium. || Itaque, Venerabiles Fratres, cognitum

Nr. 9566.
Böm. Kurie.
22. Dec. 1887.

perspectumque habetis, quali ratione et via alumnos Ecclesiae erudiri oporteat ad maiores doctrinas, ut convenienter temporibus utiliterque in muneribus suis versentur. Hi nimirum, ut erunt humanitatis artibus informati et politi, praestantissima sacrae theologiae studia ne attingant prius quam diligentem adhibuerint praeparationem in studio philosophiae. — Philosophiam eam intelligimus, intimam solidamque, altissimarum indagatricem caussarum, patronam optimam veritatis; cuius virtute neque ipsi fluctuent neve abripiantur *omni vento doctrinae in nequitia hominum, in astutia ad circumventionem erroris* *), et queant etiam doctrinis ceteris adiumenta veritatis subministrare, captionibus praestigiisque opinionum discussis et refutatis. Illius rei gratia, ut opera magni Aquinatis essent in manibus et assidue apteque exponerentur, iampridem monuimus, idemque saepius inculcavimus verbisque gravissimis; et gestit animus optimos inde fructus esse a clero perceptos, perquam optimos uberrimosque spe certa exspectamus. Scilicet disciplina Doctoris Angelici mire facta est ad conformandas mentes, mire usum parit commentandi, philosophandi, disse-
rendi presse invicteque: nam res singulas dilucide monstrat aliam ex alia continua serie pendentes, omnes inter se connexas et cohaerentes, omnes ad capita pertinentes suprema; tum in contemplationem erigit Dei, qui rerum omnium et caussa effectrix est et vis et summum exemplar, ad quem demum omnis philosophia et homo quantus est debent referri. Sic vere per Thomam scientia rerum divinarum et humanarum caussarumque, quibus hae res continentur, quum praeclarissime illustrata, tum firmissime munita est: cuius confictione disciplinae veteres sectae errorum penitus corruerunt, itemque novae, nomine potius et specie, quam re illis dispares, simul emisere caput, et eiusdem ictibus delectae interciderunt; quod iam non unus ostendit de scriptoribus nostris. Ratio quidem humana ad cognitionem rerum interiorem reconditamque libera vult acie penetrare, nec non velle potest: verum, Aquinate auctore et magistro, hoc ipso facit expeditius et liberius, quia tutissime facit, omni procul periculo transiliendi fines veritatis. Neque enim libertatem recte dixeris, quae ad arbitrium libidinemque opiniones consecatur et spargit, immo vero licentiam nequissimam, mendacem et fallacem scientiam, dedecus animi et servitutem. Ille reapse sapientissimus Doctor intra veritatis fines graditur, qui non modo cum Deo, omnis veritatis principio et summa, nunquam decertat, sed ipsi adhaeret semper arctissime semperque obsequitur, arcana sua quoquo modo patefacienti, qui neque sancte minus Pontifici romano est dicto audiens, et auctoritatem in eo reveretur divinam, et *subesse romano Pontifici tenet omnino de necessitate salutis* **). — Eius igitur in schola adolescat et exerceatur clerus ad philosophiam, ad theologiam: existet enimvero doctus et ad sacra praelia valens quam qui maxime. || Lux tamen doctrinae a clero in christiani populi ordines diffundenda vix dici potest quam magnam habeat

*) Ephes. IV, 14.

**) Opusc. *Contra errores Graecorum*.

utilitatem, si quasi e candelabro virtutis effulserit. — In praeceptis enim, ^{Nr. 9566.} quae sunt ad corrigendos hominum mores, plus fere possunt, quam dicta, ^{Röm. Kuri.} facta ^{22. Dec. 1887.} magistrorum; nec quisquam negotio tam facili habiturus est ei fidem, cuius a dictis praeceptisque discrepent facta. In Iesum Christum Dominum oculos intendamus et mentes: qui, ut *veritas* est, perdocuit nos, quae credere debemus, ut *vita* est et *via*, semetipsum proposuit nobis exemplar absolutissimum, quo modo ageremus honeste vitam et bonum ultimum studiose appeteremus. Ipsemet discipulos suos ita de se voluit institutos et perfectos: *sic luceat lux vestra*, hoc est doctrina, *coram hominibus, ut videant opera vestra bona*, non secus atque doctrinae argumenta, et *glorificent Patrem vestrum, qui in caelis est*^{*)}, doctrinam in unum et bonitatem Evangelii complexus, quod ipsis ad propagandum committebat. — Sunt haec nempe instituta divina, quibus vita sacerdotum componatur et dirigatur oportet. Omnino oportet et necesse est habere eos sibi persuasum ac prope insculptum in animis, se iam non de saeculi esse consortione, at vero Dei consilio electos esse, qui, in communiione saeculi aetatem agentes, vitam tamen Christi Domini vivant. Qui, si de ipso in ipsoque vere vivant, minime *quae sua sunt* quaeritabunt, sed in iis profecto toti erunt, *quae sunt Iesu Christi*^{***)}, neque hominum captabunt inanem gratiam, sed gratiam Dei solidam expetent: ab his autem infimis rebus et corruptelis abstinebunt, abhorrebunt, et lucra bonorum caelestium industrie facientes, de iis effudent large hilareque, ut sanctae est caritatis: nusquam porro committent, ut iudicio et arbitrio episcoporum aut opponant aut anteferant suum, sed ipsis parendo et obediendo personam gerentibus Christi, felicissime elaborabunt in vinea Domini copia fructuum lectissimorum ad vitam sempiternam mansura. Quisquis vero se a pastore suo atque a pastorum maximo, romano Pontifice, sententia et voluntate abiungit, nullo pacto coniungitur Christo: *Qui vos audit, me audit; et qui vos spernit, me spernit*^{***)}: quisquis autem est a Christo alienus, dissipat verius quam colligit. — Ex quo praeterea species modusque obtemperationis hominibus debita, qui antecedunt publica potestate, in promptu est. Nam longissime abest, ut sua ipsis iura velit quispiam abnuere et derogare; ea potius et ab aliis civibus observanda diligenter sunt et a sacerdotibus diligentius: *Reddite quae sunt Caesaris Caesari*^{†)}. Nobilissima enim atque honestissima sunt munia, quae viris principibus Deus, dominator rectorque summus, imposuit, ut consilio, ratione omnique custodia iustitiae civitatem moderentur, conservent, augeant. Proinde clerus singula civium officia accuret et exsequatur, non in morem servientis, sed reverentis; propter religionem, non propter metum; simul cum iusto obsequio, dignitatem suam tuentes, iidem cives et sacerdotes Dei. Quod si quando fiat, ut civile imperium in iura Dei et Ecclesiae invadat, tum esto a sacerdotibus insigne exemplum, quemadmodum homo christianus, formidolosis religioni

*) Matth. V, 16.

**) Philipp. II, 21.

***) Luc. X, 16.

†) Matth. XXII, 21.

Nr. 9566. temporibus, in officio perstare debeat: multa is, incolumi virtute, tacitus ferat
 Röm. Kurie. in tolerando male facta sit cautus, neque improbis ulla in re assentiat neve;
 22. Dec. 1887. assentetur: re autem urgente in alterutrum, Dei ne recusanda iussa an grati-
 ficandum hominibus, memorabile illud dignissimumque Apostolorum responsum
 libera voce usurpet: *Oportet obedire Deo magis quam hominibus**).

Ad hoc veluti adumbratum specimen de ratione sacrae iuventutis colen-
 dae, adiciere libet et aequum est, quae ad iuventutem in universum pertinent:
 eius enim institutio valde Nos sollicitos habet, ut, sive ad cultum mentis sive
 ad perfectionem animi, recte admodum integreque succedat. — Novellam aeta-
 tem materno Ecclesia semper fovit complexu; eius praesidio labores plurimos
 amantissime impendit et plurima adiumenta paravit; in his, familias nonnullas
 hominum religiosorum constitutas, quae adolescentiam erudirent in artibus et
 doctrinis, ac praecipue ad sapientiam alerent virtutemque christianam. Sic
 auspicato fiebat, ut in animos teneros pietas erga Deum facile influeret, ex
 qua officia hominis in se aliosque et patriam maturrime explicata, maturrime
 etiam in optimam spem florerent. Ecclesiae igitur iusta nunc est ingemendi
 causa, quum videat in primis aetatulis filios suos a se divelli, atque in eos
 compelli litterarios ludos, ubi vel siletur omnino notitia Dei, vel mancum ali-
 quid delibatur de ea perverseque miscetur; ubi colluvioni errorum nulla re-
 pagula, nulla fides documentis divinis, nullus veritati locus, ut se ipsa defendat.
 Atqui de litterarum doctrinarumque domiciliis auctoritatem Ecclesiae catholicae
 prohibere, maxime iniurium est, eo quod munus religionis docendae, eius vide-
 licet rei, qua nemo homo non indiget ad salutis aeternae adeptionem, Eccle-
 siae a Deo sit datum; nulli vero alii datum est hominum societati, neque so-
 cietas ulla sibi potest adsciscere; ideoque ipsa suum propriumque ius merito
 affirmat, labefactum conqueritur. — Cavendum insuper est vehementerque cu-
 randum, ut in scholis, quae ditionem Ecclesiae vel omnino vel partim excusse-
 rint, ne quod iuventus periculum subeat neve ullum in fide catholica morumque
 honestate detrimentum capiat. In quo quidem et cleri et virorum proborum
 sollertia multum valebit, tum si laborent, ut religionis doctrina non solum e
 scholis illis non exturbetur, sed, quo par est, loco maneat, maneatque apud
 magistros idoneos et spectatae virtutis, tum si alia quaedam praesidia inve-
 niant et comparent, quibus ea ipsa doctrina incorrupte et commode iuventuti
 impertiatur. — Valebunt autem permultum consilia et opera patrum familias
 sociata. Quare opus est admonitione ad eos et hortatione quanta fieri possit
 gravissima: velint animadvertere, quam magna sanctaque officia sibi cum Deo
 intercedant de liberis suis; ut scientes religionis, bene moratos, Deum pie co-
 lentes educare debeant; ut faciant damnose, si aetatem credulam et incautam
 suspectis praeceptoribus in discrimen committant. Hisce in officiis, simul cum
 procreatione liberorum susceptis, noverint patresfamilias, totidem iura inesse
 secundum naturam et aequitatem, atque esse eiusmodi, de quibus nihil liceat

*) Act. V, 29.

sibi remittere, nihil cuivis hominum potestati liceat detrahere, quum, officiis solvi quibus homo teneatur ad Deum, sit per hominem nefas. Hoc igitur parentes reputent, se magnum quidem onus gerere de liberorum tuitione, multo tamen gerere maius, ut eos ad meliorem potioreque vitam, quae animorum est, educant: quod ubi per se ipsi praestare nequeant, suum prorsus esse vicaria opera aliorum praestare, ita ut necessariam religionis doctrinam ex magistris probatis audiant liberi et percipiant. Iam illud non infrequens est exemplum sane pulcherrimum religionis munificentiaeque, ut, quibus locis scholae nullae publice paterent nisi quae *neutrae* vocantur, catholici viri magnis laboribus et sumptibus aperuerint certas suas et pari constantia sustentent. Praeclara haec et tutissima iuventutis perfugia, ubi opus est, pro rerum et locorum rationibus, alia atque alia constitui maxime optandum. || Neque silentio praetereundum est, christianam iuventutis institutionem in maximam ipsius reipublicae verti utilitatem. — Sane liquet innumerabilia et ingentia damna ei civitati metuenda esse, in qua docendi ratio et disciplina sit expers religionis, aut, quod est deterius, ab ea dissideat. Statim enim ac posthabitu et contemptum sit supremum illud divinumque magisterium, cuius admonitione iubemur vereri Dei auctoritatem, eiusdemque firmamento omnia Dei oracula tenere certissima fide, iam proclivis est humanae scientiae ad perniciosissimos errores, in primis *naturalismi* et *rationalismi* ruina. Hinc fiet, ut iudicium arbitriumque de rebus intelligendis, ac proclivius de agendis, homini cuilibet permittatur, et continuo publica imperantium auctoritas debilitata iaceat et afflicta: quibus namque inserta sit pessima opinio, se nullo pacto obligari dominatione et rectione Dei, permirum sane si hominis ullum imperium observent et patiantur. Fundamentis vero, in quibus omnis auctoritas nititur, excisis, societas coniunctionis humanae resolvitur et dissipatur, nulla erit res publica, dominatus armorum plenus et scelerum occupabit omnia. Num vero tam funestam calamitatem possit civitas, suis ipsa opibus freta, deprecari? num possit, Ecclesiae subsidia respuens? num possit, cum Ecclesia configens? — Res prudenti cuique aperta manifesta est. — Ipsa igitur civilis prudentia suadet, in iuventute erudienda et instituenda suam partem episcopis et clero esse reliquendam; diligenterque providendum, ne ad nobilissimum docendi munus homines vocentur vel de religione languidi et ieiuni, vel palam aversi ab Ecclesia. Quod quidem intolerabilius esset, si huiusmodi ingenii homines deligerentur ad doctrinas sacras, omnium praestantissimas, profitendas.

Praeterea interest quam maxime, Venerabiles Fratres, ut pericula avertatis et propulsetis, quae gregibus vestris a contagione *massonum* impendent. — Huius tenebrosae sectae consilia et artes quam sint nequitiae plena et quam exitiosa civitati, docuimus alias, singularibus litteris Nostris encyclicis, nec non adiumenta indicavimus, quibus vires eius oporteat reprimi et enervari. Nec profecto erit satis unquam praemonitum, caveant christiani a tali scelerum factione: haec enim, quamquam odium grave in Ecclesiam catholicam principio concepit asperiusque deinde obfirmavit et quotidie inflammat, non

Nr. 9566.
Röm. Kurie.
22. Dec. 1887.

tamen perpetuo inimicitias apertas exercet, at saepius agit versute et dolose, maximeque adolescentiam, quae rerum ignara est et inops consilii, miserabiliter irretit, simulata quoque specie pietatis et caritatis. — Quod est autem cautionis ab iis, qui fide a catholicis discrepant, probe tenetis Ecclesiae praescripta, ne qua inde damna in christianum populum vel consuetudine vel pravitate opinionum dimanent. Videmus equidem et vehementer dolemus, facultatem Nobis ac vobis haud parem esse atque voluntatem et studium haec ipsa pericula penitus avertendi: attamen alienum non putamus, sollicitudinem vestram pastorem incitare, et alacritatem simul acuere hominum catholicorum, si communibus studiis removeri possint aut sublevari quaecumque obsistunt communibus votis. *Assumite*, cohortatione utimur sancti decessoris Nostri Leonis Magni, *religiosae sollicitudinis pium zelum, et contra saevissimos animarum hostes omnium fidelium cura consurgat* *).

Itaque, excussa, si qua insederit, segnitia et desidia, causam religionis et Ecclesiae tamquam suam bonus quisque suscipiat; pro eaque fideliter et perseveranter propugnet. — Usu venit enim, ut nequam homines ex inertia ac timiditate bonorum improbitatem suam et licentiam nocendi confirmet, atque etiam proferant. Sit sane, catholicorum conatus et studia minus interdum ad ea posse, quae in sententia et spe habeantur: at satis in utramque partem profectura sunt, scilicet ad adversarios coercendos, et ad animos infirmos abiectosque roborandos, praeter eam magnam utilitatem, quae posita est in securae officii conscientia. Quamquam, neque istud quidem facile dederimus, sollertiam et operam catholicorum, recto et perseverante consilio abhibitam, effectu suo carere. Nam semper factum est fietque semper, ut res summis difficultatibus implicatae et undique obseptae praeclare tandem eveniant, modo animose, uti monuimus, fortiterque agantur, comite et ministra christiana prudentia. Quippe veritas, cui homo a natura cupidissime studet, mentes aliquando pervincat necesse est: ea quidem perturbationibus morbisque animi tentari atque obrui potest, extinguere non potest. — Quod opportunis convenire in Bavariam non una de causa videtur. Huic enim, quoniam Dei beneficio in regnis catholicis numeratur, non tam opus est fidem sanctam accipere, quam acceptam a patribus custodire et fovere: praeterea, qui nomine publico auctores sunt legum ad rempublicam temperandam, ii magnam partem catholici; catholici item quum sint plerique cives et incolae, minime dubitamus, quin matri suae, Ecclesiae laboranti, omni velint ope favere et succurrere. Ergo, si tam impense acriterque, ut debent, contendant omnino omnes, sane quam felices curarum exitus, auspice Deo, laetari licebit. Equidem contendant omnes praecipimus, eo quia, sicut nihil perniciosius discordia, ita nihil est praestabilius et magis efficax consensione concordiaque animorum, collectis viribus ad unum idemque nitentium. Ad haec, bene catholicis per leges suppedit medium, quo conditionem habitumque rei publicae meliorem fieri exoptarent, atque

*) Serm. XV, c. 6.

eum optent velintque statum, qui et Ecclesiae et sibi, si minus obsecundet et gratificetur, quod multo esset aequissimum, at non adversetur dure. Neque vero rectum erit cuiquam arguere et vituperare nostros, qui adiumenta huius generis quaerant: quibus enim adiumentis hostes catholici nominis ad licentiam uti consueverunt, id est, ut leges ab imperantibus eliciant et paene extorqueant odiosas libertati rei civilis sacraeque, nonne integrum sit catholicis eadem adhibere, atque ita adhibere, ut honestissimis modis religioni consulant, et ea tueantur bona, dotes ac iura, quae Ecclesiae catholicae divinitus collata sunt, quaeque ab universis, qui praesunt, qui subsunt, omni sunt honore afficienda? || In bonis autem Ecclesiae, quae Nos ubique semperque conservare debemus, ab omni iniquitate defendere, illud certe praestantissimum est, tanta ipsam perfrui agendi libertate, quantam salus hominum curanda requirat. Haec nimirum est libertas divina, ab unigenito Dei Filio auctore profecta, qui Ecclesiam sanguine fuso excitavit, qui perpetuam in hominibus statuit, qui voluit ipsi ipse praeesse: atque adeo propria est Ecclesiae, perfecti divinique operis, ut, qui contra eam faciant libertatem, iidem contra Deum faciant et contra officium. — Quod enim alias, nec semel diximus, ideo constituit Deus Ecclesiam suam, ut bona animorum ultima, omnique natura rerum immensum maiora, haberet curanda, perseguenda, largienda; utque, opibus fidei et gratiae, vitam a Christo in homines novam inferret, salutis sempiternae efficientem. Quoniam vero cuiusque societatis et genus et iura a causis propositisque maxime notantur, unde ipsa exstiterit et quo contendat, haec facile sunt consequentia: Ecclesiam societatem esse tam a civili discretam, quam utriusque inter sese discernuntur proximae causae et proposita; eandem esse societatem necessariam, quae ad universitatem se porrigat generis humani, cum ad christianam vitam universi vocentur, atque ita, ut, qui recusent vel deserant, ablegentur perpetuo, vitae exsortes caelestis; esse potissimum sui iuris societatem, eamque praestantissimam, propter ipsam caelestium et immortalium honorum, ad quae tota conspirat, excellentiam. Iam vero liberae causae, non videt nemo, liberam trahunt facultatem rerum adhibendarum, quotquot usi sunt futurae. — Sunt autem Ecclesiae tamquam instrumenta, apta et necessaria, posse arbitrato suo christianam doctrinam tradere, sacramenta sanctissima procurare, cultu divino fungi, omnem cleri disciplinam ordinare et temperare: quibus muneribus beneficiisque instructam et apparatus voluit Deus Ecclesiam, solam eam providentissime voluit. Ipsi uni tamquam in deposito esse iussit res omnes afflatu suo hominibus enuntiatas; eam denique unam statuit interpretem, vindicem, magistram veritatis et sapientissimam et certissimam, cuius praecepta aequae singuli aequae civitates debeant audire et sequi; similiter constat mandata ab ipso libera Ecclesiae data esse de rebus iudicandis et statuendis, quaecumque melius ad consilia sua conducerent. — Qua de re, sine causa civilia imperia suspicionem et offensionem capiunt de libertate Ecclesiae, quum demum vel civilis vel sacrae potestatis idem sit principium, unice a Deo. Ideoque non possunt inter se aut discrepare, aut impe-

Nr. 9566.
Röm. Kurie.
23. Dec. 1887.

Nr. 9566.
B6m. Kuric.
22. Dec. 1887.

diri aut elidi, cum neque Deus constare sibi non possit, neque opera eius queant inter se pugnare; quin etiam miro commendantur caussarum rerumque contentu. Liquet praeterea Ecclesiam catholicam, dum latius liberiusque, Auctoris sui iussis obtemperans, sua signa infert in gentes, nequaquam in fines excurrere potestatis civilis, eiusque rationibus aliqua re obesse, sed tutari eas et munire; ad eius vere similitudinem quod contingit in fide christiana, quae tantum abest, ut humanae rationis luminibus obstruat, ut potius ipsi addat splendorem, vel quod ab erroribus opinionum avertat, ad quos prolabi humanum est, vel quod in spatium rerum intelligendarum amplius et excelsius admittat.

Ad Bavariam quod attinet, rationes quaedam singulares huic Sedi Apostolicae cum ipsa intercedunt, eaeque pactis conventis ratae et sacratae. Eas quidem Apostolica Sedes, tametsi multa de iure suo paciscendo remiserit, integre tamen religioseque, ut solet, semper servavit; nihilque unquam egit quod causam querelarum ullam praeberet. Quapropter enixe optandum, ut utrinque stent utrobique conventa et rite observentur, cum ad verba tum magis ad mentem eam, qua scripta sunt. — Fuit quidem aliquando, quum perturbatio aliqua concordiae et querelarum causa enata est; eas tamen Maximilianus I., decreto facto, lenivit, iterumque Maximilianus II. aequi bonique fecit, opportunis quibusdam temperamentis sancitis. Haec quidem ipsa recentioribus temporibus esse abrogata compertum est: Nobis tamen ex religione prudentiaque Principis, qui gubernacula tenet regni Bavarici, admodum est quod confidamus futurum, ut, qui locum religionemque Maximilianorum praeclara haereditate excepit, velit ipse mature rei catholicae incolumitati prospicere, eiusque incrementa, amotis impedimentis, provehere. Ipsi profecto catholici homines, quae est pars civium maxima, eaque caritate patriae et observantia in gubernatores sine ulla dubitatione probabilis, si sibi in re tanti momenti responderi et satisfieri viderint, profecto excellent obsequio et fide adversus Principem suum, similitudine quadam filiorum in patrem, et singula eius consilia ad regni bonum ac decus summa voluntate subsequentur, summis viribus plene perficient.

Haec quidem, Venerabiles Fratres, vobis communicare Apostolici officii ratio impulit. Superest, ut Dei opem certatim omnes imploremus, precatoresque ad Eum adhibeamus gloriosissimam Virginem Mariam, Caelitesque regni Bavarici patronos, ut, communibus votis benignus annuens, tranquilla Ecclesiam donet libertate, detque Bavariam maiori in dies gloria et prosperitate frui. || Auspicem autem caelestium munerum, praecipuaeque Nostrae benevolentiae testem, Apostolicam benedictionem vobis, Venerabiles Fratres, Clero populoque universo vigilantiae vestrae commisso peramanter impertimus. || Datum Romae apud S. Petrum, die XXII. Decembris an. MDCCCLXXXVII. Pontificatus Nostri Decimo. || L e o P P. XIII.

Nr. 9567. RÖMISCHE KURIE. — Dekret der Kongregation der h. Inquisition an die irischen Bischöfe, betreffend den „Feldzugsplan“ und das „Boycotten“. [Nach der Germania vom 5. Mai 1888.]

Illme ac Rme Domine, || Saepenumero Apostolica Sedes populo Hibernensi, quem praecipua benevolentia semper prosequuta est, cum ejus res postulare videbantur, opportuna monita et consilia praebuit, quibus jura sua defendere aut vindicare, salva justitia et incolumi publica quiete, posset. Nunc vero SSmus D. N. Leo XIII. veritus, ne, in eo belli genere, quod apud populum illum in controversias inter locatores et conductores fundorum sive praediorum inductum est, quodque audit The Plan of Campaign, et in ea interdictionis forma, quae ob easdem controversias Boycotting nuncupatur, genuinus justitiae et caritatis sensus in eo pervertatur, mandavit Supremae Congregationi S. R. et U. Inquisitionis, ut rem serio ac diligenti examini subjiceret. Itaque Emis Patribus Card. contra haereticam pravitatem una mecum Generalibus Inquisitoribus propositum fuit dubium: || Utrum liceat in controversiis inter locatores et conductores fundorum seu praediorum in Hibernia uti mediis vulgo appellatis the Plan of Campaign et the Boycotting — || et ab Emis Patribus re diu ac mature perpensa unanimi suffragio responsum fuit: || Negative. || Quam profecto responsionem SSmus Pater feria IV die 18 hujus mensis probavit et confirmavit.

Nr. 9567.
Röm. Kurie.
20. April 1888.

Hujus judicii quanta sit aequitas facile quisque perspiciet, si animadvertat locationis pensionem, quae mutua consensione statuta sit, privato unius conductoris arbitrio imminui, salva conventionis fide, non posse; praesertim cum certa tribunalia hujusmodi controversiis dirimendis statuta sint, quae pensiones justo majores intra aequitatis limites cohibeant et moderentur, habita etiam ratione sterilitatis vel calamitatum, quae incidere potuerint. Neque fas putandum, ut a conductoribus extorqueatur pensio et apud ignotos deponatur, locatore posthabito. Denique a naturali justitia et christiana caritate est omnino alienum, ut nova quadam persecutione et interdictione saeviatur sive in eos, qui contenti earum pensionum, de quibus cum dominis praediorum convenerant, eas potius solvere parati sunt, sive in eos, qui vacuos fundos, utentes jure suo, conducunt.

Quare erit Ampl. Tuae prudenter quidem, sed efficaciter de hac re tum ecclesiasticos viros, tum fideles monere eosque exhortari, ut, dum levamen afflictæ suae fortunæ quaerunt, christianam caritatem servant et justitiae fines non transilient. Mihi interim gratum est fausta omnia Ampl. Tuae a Domino adprecari.

A. T. || Romae die 20 Aprilis 1888. || Addictissimus in Domino. || R. Card. Monaco.

Der Papst zur deutschen Heeresvorlage und der preussischen Kirchengesetznovelle 1886—1887.

Nr. 9568. RÖMISCHE KURIE. — Kardinalstaatssekretär Jacobini an den Bischof Kopp v. Fulda. — Erklärung und Anerkennung für seine Thätigkeit zur Herstellung des kirchlichen Friedens in Preussen. [Veröffentlicht in d. Fuldaer Zeitung vom 14. Januar 1887.]

Nr. 9568.
Röm. Kurie.
4. Dec. 1886.

Illustrissime et Reverendissime Domine! || Dolendum sane est disseminata nuper fuisse commenta, quae vel ipsa Amplitudo Tua per litteras editas dolere coacta est: praesertim te partem habuisse vel habere in negotiationibus, quae ad componendas isthic controversias ecclesiasticas inter hanc Sedem Apostolicam et Borussiae Gubernium intercedunt. Id profecto a veritate prorsus abhorret. || Opportune tamen a te, pro pastoralis munere, quo fungeris, et qua praestas auctoritate, factum intelligas, quidquid opere ultro praestaveris, quemadmodum et caeteri Episcopi, ad libertatem Ecclesiae tuendam ejusque juriis plenam restitutionem. Quo facto de universa Borussiae ecclesia ac de Religione ipsa optime merebis. || Interea peculiaris propensionis ac existimationis meae sensus Tibi pando, et fausta ac propitia omnia adprecor a Domino.
Romae, 4. Decembris 1886.

Amplitudinis Tuae addictissimus servus

L. Card. Jacobini,

Illmo et Rmo Dr. Domino Georgio Kopp
Episcopo Fuldensi Fuldam.

Nr. 9569. RÖMISCHE KURIE. — Kardinalstaatssekretär Jacobini an den päpstlichen Nuntius Monsignore di Pietro in München. — Der Papst wünscht im Hinblick auf die bevorstehende befriedigende Revision der preussischen Maigesetze und im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens, dass das Centrum für die Heeresvorlage im deutschen Reichstage eintrete. [Veröffentlicht i. d. Münchener Allg. Ztg.*) v. 9. Febr. 1887.]

Roma, 3 Gennajo 1887.

Monsignor Nunzio di Monaco.

Riservata.

Nr. 9569.
Röm. Kurie.
3. Jan. 1887.

Dal mio telegramma del primo corrente ha Ella appreso essere imminente la comunicazione del progetto di revisione finale delle leggi politico-ecclesia-

*) Bei Uebersendung des Aktenstückes zur Veröffentlichung fügte der Gewährsmann der Zeitung folgende Bemerkungen bei:

„An dem Septennat an sich hat der Papst kein unmittelbares Interesse, und er würde sich lediglich wegen der Zeitdauer einer höheren Präsenzstärke des deutschen

stiche in Prussia. || Si è avuta di ciò formale assicurazione recentissimamente, Nr. 9569.
Röm. Kurie.
3. Jan. 1887. la quale conferma le precedenti informazioni giunte alla Santa Sede. | Ella pertanto può pure tranquillizzare il Signor Windthorst su tale proposito, e di legnare le dubbiezze da lui espresse nel foglio accluso alla sua ultima pregiatissima. || In vista di questa prossima, e come si ha ragione di credere, soddisfacente revisione della legislazione politico-ecclesiastica, il Santo Padre desidera che il Centro favorisca il progetto del settennato militare per ogni guisa che sarà a lui possibile. È d'altronde cosa ben nota che il Governo annette la più grande importanza all' accettazione di cotesta legge. Che se poi in forza di essa potesse giungersi ad evitare il pericolo d'una guerra prossima, il Centro avrebbe molto ben meritato, col suo concorso, della patria, dell' umanità e dell' Europa. Nell' ipotesi opposta non si mancherebbe di riguardare il contegno ostile del Centro come antipatriottico, e lo scioglimento del Reichstag cagionerebbe non lievi imbarazzi ed incertezze anche per lo stesso Centro. || In quella vece la adesione di esso alla proposta del settennato renderebbe il Governo sempre più obbligato verso i cattolici, e verso la Santa Sede, la quale annette non lieve importanza alla continuazione anche per l'avvenire dei rapporti pacifici e reciprocamente fiduciosi col Governo di Berlino. || Ella pertanto interessi vivamente i capi del Centro, perchè vogliano spiegare tutta la propria influenza sopra i loro colleghi, assicurandoli che col votarsi da essi la legge del settennato, faranno cosa assai gradita al Santo Padre, e che tornerà vantaggiosa alla causa dei cattolici. I quali se a cagione delle nuove leggi militari anderanno incontro a nuovi pesi ed aggravii, nondimeno ne saranno compensati dal conseguimento della piena pacificazione religiosa, che hassi a retinere come il supremo dei beni. || Nell' affidare alla sua accortezza e delicatezza le precedenti considerazioni sono sicuro ch' Ella se ne gioverà tenendo conto delle persone e delle circostanze relative.

Card. L. Jacobini.

Heeres schwerlich zu einer so bedeutungsvollen Kundgebung, wie es das Schreiben seines Staatssekretärs ist, entschlossen haben. Vom Standpunkte der Kurie hat das Septennat seine Bedeutung vorwiegend als Symptom einer der ganzen europäischen Staatengesellschaft drohenden Gefahr. Diese Gefahr liegt in dem Untergraben aller bestehenden Autoritäten, indem eine Opposition, welche die Regierung mit jedem, selbst dem verwerflichsten Mittel, bekämpft, nicht nur die jeweilige Regierung schädigt, sondern die Fundamente jeder staatlichen Ordnung erschüttert. Das Jacobinische Schreiben ist der Protest der Curie gegen das Vorgehen der destruktiven Parteien und die Gemeinschaft des Centrums mit denselben.

Se. Heiligkeit empfiehlt dem Centrum die Pflege des Deutschen Reiches, weil er in letzterem eine Stütze des Friedens und der Ordnung sieht, welche berufen ist, zur Bethätigung derjenigen Grundsätze mitzuwirken, deren Aufrechterhaltung die Aufgabe und eine der Lebensbedingungen der Kirche bildet. Der Blick des Papstes umfasst nach der kosmopolitischen Stellung der Curie weitere Kreise, als die sind, in deren gegenwärtiger Konstellation die Vorgänge ihren Grund haben, an welche sich der hier publizierte Erlass knüpft.“

Nr. 9570. RÖMISCHE KURIE. — Kardinalstaatssekretär Jacobini an den Nuntius Monsignore di Pietro in München. — Der Papst erneuert sein Begehren, dass die Centrumpartei für die Heeresvorlage im deutschen Reichstage stimme*). [Veröffentlicht in der Politischen Korrespondenz vom 4. Februar 1887.]

Rom, 21. Januar 1887.

Nr. 9570.
Röm. Kurie.
21. Jan. 1887.

Hochwürdigster Herr! Ich habe Ihr geschätztes Schreiben vom , welchem Sie das Schreiben des Baron Franckenstein angeschlossen, empfangen. Während ich davon absehe, die Gründe zu prüfen, mit welchen der Baron bemüht ist, das bei der Abstimmung über die Septennats-Gesetzvorlage vom Centrum beobachtete Verfahren zu rechtfertigen, halte ich es doch für sehr dringend und wichtig, auf den andern Theil seines Schreibens aufmerksam zu machen. || Derselbe wünscht zu erfahren, ob der Heilige Stuhl der Ansicht sei, dass der fernere Bestand des Centrums im Reichstage nicht mehr nothwendig sei, in welchem Falle er selbst nebst der Mehrzahl seiner Collegen auf weitere Mandate verzichten würde. || Er fügt hinzu, dass, wie er schon seit 1880 dargelegt, das Centrum nicht Gehorsam zu leisten im Stande sei bei Gesetzen, welche nicht kirchliche seien und welche sich nicht auf die Rechte der Kirche beziehen.

Sie, Monsignore, müssen hierauf den Baron zunächst versichern, dass der Heilige Stuhl die Verdienste unverändert anerkennt, welche das Centrum und seine Leiter sich bei der Vertheidigung der Sache der Katholiken erworben haben. || Im Namen des Heiligen Vaters wollen Sie ihm daher auf seine Anfrage folgende Bemerkung mittheilen. || Die Aufgabe der Katholiken, ihre religiösen Interessen zu beschützen, kann noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Man muss dabei eine absolute und dauernde, sowie andertheils eine hypothetische und zeitliche Seite ins Auge fassen; auf die gänzliche Beseitigung

*) Bez. weiterer päpstlicher Schritte zu Gunsten des Septennats berichtet die Nordd. Allg. Zeitung von 26. Februar 1887, dass ein Telegramm des Papstes an den Nuntius in München vom Ende Januar „demselben wiederholt einschärfte, bei dem Centrum darauf zu dringen, dass dasselbe zur Durchführung der Septennatsvorlage alle seine Kräfte aufbieten möchte.

Der „Kölnischen-Zeitung“ wurde in Bezug hierauf unter dem gleichen Datum aus München telegraphirt:

„Die Bemerkung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über das dritte päpstliche Schreiben bedarf insofern der Berichtigung, als dieser dritte Brief, speziell an den preussischen Episkopat gerichtet und durch den hiesigen Nuntius vermittelt, nichts über Sozialismus und Sozialdemokratie enthielt, sondern im Wesentlichen die päpstlichen Wünsche für das Septennat wiederholte. Des Papstes Wunsch, dass die Katholiken keinem Sozialdemokraten ihre Stimme bei den Stichwahlen geben sollen, ist in einem vierten Schreiben enthalten, welches durch den Münchener Nuntius dem gesammten deutschen Episkopat, nicht bloß dem preussischen, mitgetheilt werden wird. Soweit mir bekannt, wird in dem vierten Schreiben das Septennat nicht noch einmal besonders erwähnt.“

Nach einer Münchener Korrespondenz der „Köln. Volkszeitung“ vom 1. März 1887 trug dieses vierte Schreiben das Datum des 9. Februar.

der Kampfgesetze hinzuwirken, die legitime Auslegung der neuen Gesetze zu vertheidigen und deren Ausführung zu überwachen — das bedingt jetzt die Action der Katholiken im Reichstage. || Es ist ferner zu bedenken, dass in einer Nation, bei der die religiösen Verhältnisse gemischt sind und bei welcher der Protestantismus als Staatsreligion angenommen ist, sich Veranlassungen zu religiösen Reizungen finden können, bei denen die Katholiken berufen sein dürften, ihre Ansichten in gesetzlicher Weise zu vertheidigen, oder ihren Einfluss zur Besserung ihrer Lage geltend zu machen. || Auch wollen Sie nicht verfehlen, hervorzuheben, dass eine katholische parlamentarische Partei, welche für die unhaltbare Lage des erhabenen Hauptes der Kirche Mitgefühl hat, passende Gelegenheiten benützen kann, um die Wünsche ihrer katholischen Landsleute zu Gunsten des Papstes auszusprechen und zur Geltung zu bringen. || Dem Centrum, in seiner Eigenschaft als politische Partei, ist stets unbeschränkte Actionsfreiheit eingeräumt worden; sobald es sich aber um die Interessen der Kirche handelt, würde es in dieser Eigenschaft dieselben nicht nach eigener Anschauung vertreten können.

Wenn der Heilige Vater geglaubt hat, dem Centrum seine Wünsche hinsichtlich des Septennats aussprechen zu müssen, so ist das dem Umstande zuzuschreiben, dass diese Frage mit Fragen von religiöser und moralischer Bedeutung zusammenhängt. || Zunächst lagen triftige Gründe vor, anzunehmen, dass der endgiltigen Revision der Mai-Gesetze ein mächtiger Impuls und grosse Berücksichtigung seitens der Regierung zu Theil geworden wäre, wenn die letztere durch das Benehmen des Centrums bei der Abstimmung über das Septennat befriedigt worden wäre. || Der Heilige Stuhl hätte dann in zweiter Linie durch Vermittlung des Centrums auf die Erhaltung des Friedens hingearbeitet und hätte sich auf diese Weise das Berliner Gouvernement verpflichtet und ferner dasselbe günstig für das Centrum und freundlich für die Katholiken gestimmt. || Schliesslich hat der Heilige Stuhl mit den hinsichtlich des Septennats erteilten Rathschlägen eine neue Gelegenheit herbeiführen wollen, um sich dem Kaiser von Deutschland und dem Fürsten Bismark angenehm zu machen. Andererseits kann der Heilige Stuhl vom Standpunkt seiner eigenen Interessen, welche mit den Interessen der Katholiken identisch sind, sich nicht eine Gelegenheit entgehen lassen, durch welche er für die Verbesserung seiner künftigen Lage das mächtige deutsche Reich günstig stimmen konnte. || Die vorstehenden Betrachtungen, welche sich nach der Anschauungsweise des Heiligen Stuhles auf die mit dem Septennat zusammenhängenden religiösen und moralischen Fragen beziehen, hatten den Heiligen Vater veranlasst, seine Wünsche dem Centrum zu erkennen zu geben.

Das gegenwärtige Schreiben, welches gleich dem früheren die erhabenen Ansichten Sr. Heiligkeit wiedergibt, wollen Sie dem Baron Franckenstein mittheilen und ihn beauftragen, dasselbe zur Kenntniss der Centrumsmitglieder zu bringen.

L. Cardinal Jacobi.

Nr. 9571. PREUSSEN. — Königliche Verordnung über die Eidesformel der katholischen Bischöfe.

Nr. 9571.
Preussen.
13. Febr. 1887. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc., || verordnen, unter Aufhebung der Verordnung vom 6. December 1873 (Gesetz-Samml. S. 479), was folgt:

Einziges Paragraph.

Die katholischen Bischöfe (Erzbischöfe, Fürstbischöfe) haben Uns folgenden Eid zu leisten:

Ich N. N., erwählter und bestätigter Bischof (Erzbischof) von N., schwöre einen Eid zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden auf das heilige Evangelium, dass, nachdem ich auf den bischöflichen Stuhl von N. erhoben worden bin, ich Sr. Königlichen Majestät von Preussen (N.) und Allerhöchstdessen rechtmässigem Nachfolger in der Regierung als meinem Allergnädigsten Könige und Landesherrn unterthänig, treu, gehorsam und ergeben sein, Allerhöchstdero Bestes nach meinem Vermögen befördern, Schaden und Nachtheil aber verhüten und besonders dahin streben will, dass in den Gemüthern der meiner bischöflichen Leitung anvertrauten Geistlichen und Gemeinden die Gesinnungen der Ehrfurcht und Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterlande, der Gehorsam gegen die Gesetze und alle jene Tugenden, die in dem Christen den guten Unterthan bezeichnen, mit Sorgfalt gepflegt werden, und dass ich nicht dulden will, dass von der mir untergebenen Geistlichkeit in entgegengesetztem Sinne gelehrt und gehandelt werde. Insbesondere gelobe ich, dass ich keine Gemeinschaft oder Verbindung, sei es innerhalb oder ausserhalb Landes, unterhalten will, welche der öffentlichen Sicherheit gefährlich sein könnten, und will, wenn ich erfahren sollte, dass in meiner Diözese oder anderswo Anschläge gemacht werden, die zum Nachtheil des Staates gereichen könnten, hiervon Sr. Königlichen Majestät Anzeige machen. Ich verspreche, dieses alles um so unverbrüchlicher zu halten, als ich gewiss bin, dass ich mich durch den Eid, welchen ich Sr. Päpstlichen Heiligkeit und der Kirche geleistet habe, zu nichts verpflichte, was dem Eide der Treue und Unterthänigkeit gegen Se. Königliche Majestät entgegen sein könne. Alles dieses schwöre ich, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium. Amen!

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel. || Gegeben Berlin, den 13. Februar 1887.

Wilhelm.

v. Bismarck. v. Puttkamer.

Maybach. Lucius. Friedberg. v. Boetticher.

v. Gossler. v. Scholz. Bronsart v. Schellendorff.

Nr. 9572. DEUTSCHLAND. — Erklärung des Reichstagsabgeordneten Freiherrn zu Franckenstein über die Unterlassung der vom Papste gewünschten Mittheilung der päpstlichen Wünsche betreffs der Heeresvorlage an die Mitglieder der Centrumspartei. [Gleichzeitig in der „Augsburger Postzeitung“ u. der Würzburger „Bavaria“ v. 15. Febr. 1887 veröffentlicht.]

Schloss Ullstadt, 14. Februar 1887.

Nr. 9572.
Deutschland.
14. Febr. 1887.

Wenn ich es unterlassen habe, die in meinen Händen befindlichen Aktenstücke, von welchen seit der Publikation der Noten des Kardinals Jacobini vom 21. Januar und 3. Januar so viel die Rede ist, bekanntzugeben, so geschah dies nur, weil es mir nicht gestattet war, die an mich gerichteten Aktenstücke zu publiziren, und ich bisher Anstand nahm, ein Schreiben zu veröffentlichen, welches ich an den päpstlichen Nuntius gerichtet habe*) mit der Bitte, es dem Kardinal-Staatssekretär vorzulegen. || Da aber die gegnerische Presse nicht aufhört, in gehässiger Art meine Handlungsweise zu verdächtigen, so ersuche ich Sie, in dem von Ihnen redigirten Blatte zu erklären:

1. dass die Note des Kardinals Jacobini vom 3. Januar mir nicht mitgetheilt worden ist und ich dieselbe zum ersten Male in der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ gelesen habe;

2. dass mir der päpstliche Nuntius in München zur Mittheilung an Herrn Dr. Windthorst mit der Weisung, er möge davon diskreten Gebrauch machen, geschrieben hat, der h. Vater wünsche, dass das Centrum für das Septennat stimme, weil Ihm Zusicherung geworden sei, dass eine vollständige Revision der Maigesetze beabsichtigt werde, und dass eine desfallsige Vorlage dem nächsten Landtage gemacht werden solle.

Mit ausgezeichnetener Hochachtung

Freiherr zu Franckenstein.

*) Die Hauptstelle dieses Schreibens lautete nach der Mittheilung der Kölnischen Volkszeitung zu dem Abdrucke der Erklärung des Freiherrn:

„Ich brauche nicht zu sagen, dass das Centrum immer glücklich war den Weisungen des hl. Stuhles nachzukommen, wenn es sich um kirchliche Gesetze handelte. Ich habe mir aber schon im Jahre 1880 erlaubt, aufmerksam darauf zu machen, dass es für das Centrum absolut unmöglich ist, bei nicht kirchlichen Gesetzen gegebenen Direktiven Folge zu leisten. Nach meiner Ansicht würde es ein Unglück für das Centrum und eine schwere Quelle von Unannehmlichkeiten für den hl. Stuhl sein, wenn das Centrum in Fragen, welche die Rechte der Kirche nicht berühren, sich Instruktionen von dem hl. Stuhle erbitten würde.“

Nr. 9573. RÖMISCHE KURIE. — Papst Leo XIII. an den Erzbischof von Köln. — Erklärt seinen Wunsch, dass die Centrumspartei des preussischen Abgeordnetenhauses für die kirchenpolitische Vorlage in der Form der Beschlüsse des Herrenhauses stimmen möge, und beauftragt den Erzbischof, mit den übrigen preussischen Bischöfen dahin zu wirken. [Veröffentlicht in Nr. 107 der Kölnischen Volkszeitung v. 10. Mai 1887.]

Leo PP. XIII.

Nr. 9573.
Röm. Kurie.
7. Apr. 1887.

Venerabilis Frater, salutem et Apostolicam benedictionem.

Ex litteris tuis XIII. Cal. Aprilis datis facile agnovimus, id quod iam erat Nobis persuasum, maximae tibi curae esse rei catholicae in patria tua statum. Idque tibi laudi libenter damus: propterea quod iste animus commune bonum tam studiose appetens congruit cum tuae dignitatis gradu, nec est alienus temporibus, quibus nunc apud vos Ecclesia defungitur. Nostrarum vero partium arbitramur esse cum tibi ad ea respondere, quae vis ipse cognoscere, tum palam ostendere, quid Sedes Apostolica sentiat de ea rogatione nuperima, quae ad res catholicas pertinet in Regno Borussiae ordinandas: de qua ipsa aliquot S. R. E. Cardinales sententiam rogavimus. || Nos quidem vel ab initio Pontificatus multum et serio cogitare de vobis institimus, atque, ut ratio Nostri ferebat officii, consilium cepimus omnia conari, si qua ratione liceret pacatam tranquillitatem cum libertate legitima catholico nomine restituere. Cuiusmodi voluntatem Nostram litteris consignavimus, nec solum iis, quas vel ad Augustum Imperatorem, vel ad Serenissimum Dynastam dedimus, sed iis etiam, quas ad tuum in Archiepiscopatu Coloniaensi decessorem proximum misimus.

Quamobrem, ut erat proclive factu, a diuturna sollicitudine respirare laetamque in spem ingredi coepimus, ubi placere intelleximus, contrarias libertati catholicorum leges, emendandi causa, retractari; quo facto iter ad componenda dissidia muniebatur. Quae vero consecuta sunt, magis ad spes augendas quam ad infirmandas valuerunt. Partim enim data est, partim datur temperandis iis legibus opera; et quamquam non est impetratum de omnibus rebus, quas merito catholici adipisci cupiunt, plura tamen constituta sunt, quibus efficitur eorum conditio melior. Et sane illud vides quanti sit, Romani Pontificis auctoritatem posse iam libere exserere atque explicare sese in multiplici et vario rerum genere, quae Sedi Apostolicae vel cum potestate publica, vel cum Episcopis populoque catholico intercedant. Deinde quod tam sollicito studio expetebamus, plurimum Dioeceseon consultum est regimini, longinqua orbitate sublata; paroeciis ad magnum numerum sui curiones praepositi; impedimenta, quae potestatem episcopalem in disciplina regenda exercendisque iudiciis prohibuerant, amota. Restituta unum iam annum videmus clericorum Seminaria quatuor; proximeque alterum instituendi in Limburgen-

sibus, alterum in Osnabrugensibus facultas erit; quibus Dioecesibus Seminarium suum nec sit, ex iis Dioecesibus alumnos alio intra regni fines in Seminariis instituendos mitti licebit. Semel autem religiosorum sodalium revocatis vel aliquibus ordinibus, manabit latius vitae actio christiana, plurimique ad perfectionem absolutionemque virtutis niti sine offensione poterunt. Qua re et catholicorum satis factum est honestissimae voluntati; constat enim ordines religiosos in magno eorum fuisse desiderio, et ipsi civitati ad caritatis officia, ad fingendos mores populares, ad omne humanitatis lumen provehendum utilia adiumenta comparata. || Hac igitur ratione facile intelligis, Venerabilis Frater, immitibus illis legibus aut abrogari, aut certe tantum derogari, ut tolerari minus moleste posse videantur. Nihilominus erit Apostolicae Sedis summam providentiam semper adhibere, omniaque circumspicere, ut eiusmodi rerum conditioni, quae ab optimo abest, plura et ampliora quaerantur. Ex altera parte conscientia Nos apostolici muneris atque ipsa rerum gerendarum prudentia admonent, ut bonum praesens idque certum anteponamus dubiae spei atque incertae expectationi maioris. Nam quemcunque rerum Germanarum cursum tempora invexerint, illa certe magna sunt et Ecclesiae profutura, praesse clero populoque sacra cum potestate Antistites, multitudinem catholicam posse praecepta fidei et morum a pastoribus suis accipere, sacrorum alumnos ad spem sacerdotii in Seminariis sancte erudiri, sodales ordinum quorundam religiosorum ad omne decus evangelicarum virtutum animose contendere in luce atque oculis civitatum.

Illud restat, renunciare Parochorum designatorum nomina. Sed ad hanc rem, quam sit clerus vester sanctitatis officii retinens, testantur ea, quae edidit, integritatis ac fortitudinis in maximis rerum difficultatibus documenta. De clericis autem adolescentioribus iure sperandum, fore ut, ad munera sacerdotalia vobis auctoribus et ducibus instituti, illa ipsa virtutum exempla aliquando renovent. Ceterum, quod ad hoc caput pertinet, iam septem ante annis recepimus ipsoque anno proximo superiore idem confirmavimus, Nos quidem nolle in hac parte, si e re esse visum esset, Borussiae postulata abnuere; proptereaque cum refigi reformarive leges, de quibus agitur, coeptae sunt, aequum fuit obligatam fidem exsolvere. Neque est praetereundum, hanc esse unam omnium conditionem, quam Nos denique non recusavimus. Postremo totum hoc negotium, quod est de prodendis curionum destinatarum nominibus, cum inter Nos et ministros regni Borussici agatur, quemadmodum ex litteris eminet ultro citroque missis, dabimus operam, ut amice conveniat, qua ratione rem interpretari et quam sequi normam oporteat, si quando aliud Episcopus velit, aliud Praefectus provinciae contendat. Atque illae ipsae litterae summatim sententiam continent Episcopi Fuldensis in eo, quod attinet ad potestatem caussasque exceptionis opponendae. || Igitur, spectatis maxime rogationibus eiusdem Episcopi Fuldensis, quas quidem Senatus sancivit, cum lata lex, de qua loquimur, multorum incommodorum remedium idque non commentitium, nec sane contemnendum afferat, eademque aditum ad pacem tam diu tantoque

Nr. 9573.
Röm. Kurie.
7. April 1887.

opere expetitam patefaciat, idcirco opus esse iudicamus, ut catholici viri eiusmodi rogationi, de qua ad alterum coetum legumlatorum referretur, assentiri ne recusent. || Tute autem, Venerabilis Frater, pariterque collegae tui, quantum hortatione et auctoritate potestis, tantum conamini et efficite, ut quotquot istic catholici numerantur, omnino Apostolicae Sedi confidant, in eiusque consiliis securi acquiescant: ipsa enim catholici nominis caussam eadem semper vigilantia eodemque tenore caritatis, uti debet, in Borussia tuebitur. Hac demum animus Noster cogitatione laetatur, futurum ut, deletis dissidiorum caussis, et clerus et populus catholicus universus animum gerant cum Episcopis suis perpetuo consentientem, imprimisque vereantur et colant, uti faciunt, Pontificem Romanum, qui in Ecclesia et principium unitatis est et vinculum incolumitatis.

Interea caelestium munerum auspicem et benevolentiae Nostrae testem tibi Venerabilis Frater, et clero populoque tuo Apostolicam benedictionem peramanter in Domino impertimus.

Datum Romae apud S. Petrum die VII. Aprilis Anno MDCCCLXXXVII Pontificatus Nostri Decimo.

Leo PP. XIII

Preussen und das vatikanische Konzil 1870—71*).

Nr. 9574. **PREUSSEN.** — Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 27. März 1887.

Nr. 9574.
Preussen.
27. März 1887.

Die Publizistik des Zentrums hat wiederholt behauptet, dass der Kulturkampf von der preussischen Regierung im Hinblick auf das vatikanische Konzil von 1870 und das in demselben verkündete Dogma der Unfehlbarkeit begonnen worden sei. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung findet ihren urkundlichen Nachweis in den unten veröffentlichten amtlichen Aktenstücken. Aus denselben ergibt sich, dass nach dem erwähnten Konzilsbeschluss und nach der Besetzung Roms eine Aenderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der preussischen Regierung und dem Heiligen Stuhle nicht eingetreten war. Eine solche Aenderung und die sich aus ihr ergebenden Folgen herbeigeführt zu haben, war derjenigen Partei vorbehalten, welche später den Namen Zentrum annahm und schon bei den Wahlen zum ersten Deutschen Reichstage inmitten des tiefsten kirchlichen Friedens eine feindselige Richtung gegen das Reich einschlug. Während noch am 6. März 1871 Papst Pius IX. dem Kaiser Wilhelm bei Gelegenheit der Annahme der Kaiserwürde seine Glückwünsche aussprach

*) Im Nachfolgenden gaben wir die während des Kampfes um die Heeresvorlage im deutschen Reichstage und die Revision der Kirchengesetze im preussischen Landtage veröffentlichten älteren Aktenstücke über die Beziehungen der Kurie zu Preussen, in der Form, in der sie veröffentlicht worden, mit den Bemerkungen der Norddeutschen Allg. Ztg. wieder, da es angesichts des Publikationszweckes nicht angängig erschien, die drei je ein Ganzes bildenden Reihen bloß um der richtigen chronologischen Folge der Stücke willen auseinanderzureissen.

und dem Vertrauen Ausdruck gab, dass dieses Ereigniss nicht allein für Deutschland, sondern für ganz Europa zum Heil gereichen würde, begann das Zentrum gleich nach Eröffnung des Reichstags gegen das neue Reich und seine Regierung seine Angriffe. Gegenüber jenem Passus der an den Kaiser vorgeschlagenen Adresse, welche an die in der Thronrede gemachten Zusicherungen des Friedens anknüpfte, trat das Zentrum für die bewaffnete Intervention in Italien ein. Als dieses Programm von dem gesammten übrigen Theil des Reichstags verworfen wurde, begann das Zentrum seinen Feldzug auf dem Gebiete der inneren Fragen. Bei Berathung des Gesetzentwurfs über die Verfassung des Deutschen Reiches brachte das Zentrum Anträge ein, durch welche verschiedene preussische Grundrechte zu Gunsten der Press- und Vereinsfreiheit und der Selbständigkeit der Kirchen in die deutsche Verfassung übernommen werden sollten, ein Vorgang, der umsomehr befremden musste, als in dem Antrage auch Errungenschaften angestrebt wurden, welche kurze Zeit vorher von dem Oberhaupt der katholischen Kirche als verderbliche Irrthümer bezeichnet worden waren, und als noch im Jahre 1867 Herr v. Savigny, der spätere Führer des Zentrums, den Grundsatz vertreten hatte, dass das religiöse Gebiet der selbständigen Bestimmung der Einzelstaaten nicht entzogen werden sollte. Es war charakteristisch, dass das Zentrum schon damals für seine Anträge nur die Unterstützung der demokratischen Partei des Abg. Sonnemann fand. Kurze Zeit darauf war es wiederum das Zentrum, welches bei Gelegenheit des Gesetzentwurfes, betreffend die Einverleibung von Elsass-Lothringen, im reichsfeindlichen Sinne die Bestrebungen des elsässischen Klerus gegen die Germanisirung der dortigen Schule in Schutz nahm. Dass auch die polonisirende Tendenz des Zentrums gleich bei seinem ersten Auftreten nicht fehlte, ergab sich aus den Sympathiebezeugungen, welche dasselbe den polnischen Abgeordneten zu Theil werden liess, die gegen die Zugehörigkeit preussischer Provinzen zum Reiche Protest erhoben.

Die Regierung bemühte sich, gegen das feindselige Auftreten dieser Partei, deren Abgeordnete wesentlich geistlichem Einflusse ihre Wahlsitze verdankten, die Intervention des päpstlichen Stuhles anzurufen. Ihre Vorstellungen, die sie durch den damaligen Geschäftsträger, Grafen v. Tauffkirchen, machen liess, fanden sowohl bei dem Kardinal Antonelli, wie bei dem Papste selbst in der ersten Zeit wohlwollende Aufnahme. Beide sprachen ihre Missbilligung zu dem Verhalten der Partei aus, eine Missbilligung, welche auch in Deutschland bekannt wurde. Diese guten Beziehungen zwischen der preussischen Regierung und dem Papste bedrohten das Zentrum in seiner Existenz. Dasselbe entsandte eine Deputation nach Rom, unter deren Mitgliedern insbesondere Fürst Löwenstein seinen Einfluss aufbot, um den Kardinal-Staatssekretair und den Papst auf die Seite des Zentrums gegen die Regierung zu ziehen. Die Einwirkung des Fürsten Löwenstein hatte Erfolg. Kardinal Antonelli gab zunächst seine frühere Missbilligung dem Zentrum gegenüber auf, wich den Beschwerden der preussischen Regierung mehr und mehr aus, bis er endlich,

Nr. 9574.
Preussen.
27. März 1887.

Nr. 9574.
Preussen.
27. März 1867.

vor die entscheidende Frage gestellt, ob die Kurie sich entschliessen wollte, mit der regierungsfeindlichen Partei zu brechen und ihre Angriffe auf die Regierung zu verhindern, eine entschieden ablehnende Antwort gab. Mit derselben hatte das Zentrum sein Ziel erreicht und die bis dahin bestandenen freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Regierung und dem Papst zerstört. Erst mit diesem Augenblick, als sich die Kurie auf die Seite des Zentrums schlug und die reichsfeindlichen Tendenzen des Letzteren zu vertreten anfang, war die Fortsetzung des freundschaftlichen Verkehrs unmöglich geworden. Das Nähere ergibt sich aus den nachstehenden Dokumenten.

I.

Berlin, den 17. April 1871.

An den Geschäftsträger Grafen v. Tauffkirchen.

Erwähnen Sie, ohne Initiative zu nehmen, in gelegentlichen Gesprächen, dass die wenig taktvolle Art, in der die ungeschickt konstituirte katholische Reichstagsfraktion ihr aggressives Vorgehen gegen das neue Reich, seine Regierung in Szene gesetzt hat, der antipäpstlichen Bewegung die Sympathieen auch solcher Kreise zuführt, denen solche früher fremd waren.

gez. v. Bismarck.

II.

Rom, den 21. April 1871.

An den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck Durchlaucht.

„Kardinal Antonelli erklärte mir, dass er die Haltung der katholischen sogenannten Zentrums-Fraktion im Reichstage als taktlos und unzeitgemäss missbillige und beklage.“

gez. v. Tauffkirchen.

III.

Rom, den 10. Mai 1871.

An den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck Durchlaucht.

„Zur Ergänzung meiner am 21. v. Mt. telegraphisch berichteten Unterredung mit Kardinal Antonelli dient, dass mir Graf Kalnoky heute mitgetheilt hat, der Papst habe ihm gegenüber das Auftreten der Katholikenpartei im Reichstage als inopportun und unpraktisch bezeichnet und beklagt. Diese Mittheilung Kalnokys erfolgte, ohne dass ich ihm von meiner Unterredung mit Antonelli gesprochen, und es folgt hieraus, dass das „trop de zèle“ der deutschen Ultramontanen hier nachträglich missbilligt wird.“

gez. Graf Tauffkirchen.

IV.

Rom, den 21. Juni 1871.

Der Geschäftsträger an den Fürsten Bismarck.

„Der Papst äusserte sich heute wieder gegen mich sehr empfindlich in

der Frage des Umzugs der Gesandtschaften, beifügend, dass die Mächte hierdurch möglicherweise bewirken könnten, was Italien nicht gelungen, nämlich ihn zur Abreise zu bewegen.“

Nr. 9574.
Preussen.
27. März 1887.

gez. v. Tauffkirchen.

V.

Nr. 6

Berlin, den 22. Juni 1871.

Fürst Bismarck an den Grafen Tauffkirchen.

„Lassen Sie gegen die Quelle Ihrer Mittheilung durchblicken, dass auch wir sehr empfindlich in der Frage der klerikalen Partei in Deutschland sind, welche durch ihre Bestrebungen, die Autorität der Regierung mit den Mitteln und dem Beistande der Revolutionsparteien zu untergraben, die deutsche Reichsregierung zu Vertheidigungsmaassregeln bewegen kann, die den diesseitigen Sympathieen für die Person des Papstes zuwiderlaufen.“

gez. v. Bismarck.

VI.

Rom, den 23. Juni 1871.

Der Geschäftsträger an Fürst Bismarck.

„Ich habe Telegramm Nr. 6 erhalten und mich heute entsprechend gegen Kardinal Antonelli geäußert, welcher jede Beziehung zu den betreffenden Bestrebungen leugnet und mit der Taktik der klerikalen Heisssporne nichts weniger als einverstanden scheint. Ich habe übrigens die Pflicht, den Ausdruck „empfindlich“ in Telegramm Nr. 14 dahin zu erläutern, dass die Stimmung des Papstes bei beiden Audienzen keine gereizte, herausfordernde, sondern eine gedrückte, besorgnißvolle war.“

gez. v. Tauffkirchen.“

VII.

Rom, den 23. Juni 1871.

Sr. Durchlaucht dem Reichskanzler Fürsten v. Bismarck.

„Ich sprach heute Mittags mit dem Kardinal-Staats-Sekretair und äusserte, der Eindruck, welchen die klerikalen Agitationen und Machinationen in Deutschland an maassgebender Stelle hervorrufen, fange an, mich bezüglich der Entschlüsse des Kaisers in der römischen Frage, und namentlich in der Frage des Umzuges der Gesandtschaften von Florenz nach Rom, bedenklich zu machen. — Der Kardinal, sei es, dass die öffentliche Polemik, welche nun wiederholt über, bei ähnlichen Anlässen, nämlich zur Zeit der Abstimmung über die Versailler Verträge in München und zur Zeit der letzten Adressdebatte in Berlin, mir gegenüber gemachte Aeusserungen des Kardinals entstanden ist, denselben stützig gemacht hat, sei es, dass ihm bereits der telegraphische Auszug aus der „Kreuzzeitung“ vom 22. Juni, den die heutigen hiesigen Abendblätter, wie die Beilage zeigt, enthalten, bekannt war, genug der Kardinal war heute zurückhaltender mit seinem Urtheil über das Verfahren

Nr. 9574.
Preussen.
27. März 1887.

der klerikalen Partei. Er antwortete mir, dass der Heilige Stuhl sich niemals in die politische Haltung der katholischen Unterthanen anderer Staaten gemischt habe, wozu ihm auch durchaus keine Befugniss zustehe. Er, Antonelli, habe daher auch, so oft solche Aufforderungen an ihn gelangten, wie von England (durch Bulwer) wegen Irland, von Russland wegen Polen, von Oesterreich wegen Ungarn, dieselben jedesmal abgelehnt. Es existire keine Zeile, welche irgend eine solche Einmischung von seiner Seite nachweisen könnte. So auch jetzt in Deutschland. Er habe weder das Recht noch die Absicht, den dortigen Katholiken bezüglich ihrer politischen Haltung Weisungen zu ertheilen.

Ich entgegnete, dass dies auch keineswegs der Zweck meiner Eröffnungen gewesen sei. Da ich sehe, dass die Sache des Heiligen Vaters durch Ungeschick und Uebereifer seiner Anhänger in Deutschland Schaden zu leiden drohe, hätte ich es für einen Dienst gehalten, Seine Eminenz hierauf aufmerksam zu machen, ihr überlassend, welche Folgen sie diesem Winke geben wolle. Im Verlaufe dieses Gesprächs brachte ich die von Euerer Durchlaucht im Telegramm Nr. 6 gebrauchten Worte vollständig zur Anwendung. Der Kardinal gab mir nun wiederholt die bestimmte Versicherung, dass er an dem Gebahren dieser Partei weder direkt noch indirekt Antheil habe, und ich halte diese Versicherung auch für glaubwürdig. Antonelli hat zuviel Geist, er ist — gerade durch mich — zu oft auf die Gefahr hingewiesen worden, um einen so unrichtigen Weg zu gehen. Jene Vereinigung der äussersten Rechten mit der äussersten Linken, der Schwärzesten mit den Rothesten, die auch hier bemerkbar ist und von mir in früheren Berichten signalisirt wurde, hat keinen entschiedeneren Gegner als Antonelli, und ich glaube deshalb, dass er es auch in Deutschland an Rathschlägen und Mahnungen zu grösserer Mässigung nicht fehlen lässt, dass aber dort die aus dem Generalordenshause der Jesuiten kommenden Weisungen oft schwerer wiegen mögen als die des Vatikans.“

I: V. gez. v. Tauffkirchen.

VIII.

Rom, den 27. Juni 1871.

An den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck, Durchlaucht.

Der Brief Euerer Durchlaucht an den Grafen Franckenberg hat hier in klerikalen wie in diplomatischen Kreisen grosses Aufsehen erregt und in ersteren nicht eben angenehm berührt. Man fasst denselben hier vielfach als eine Entgegnung auf einen Brief auf, den Antonelli an Bischof Ketteler geschrieben haben soll. Ich vermied es so lange, den Gegenstand zu besprechen, bis mir der Text des Briefes selbst vorlag. Dann begab ich mich gestern (26.) zum Kardinal und brachte selbst das Gespräch auf diesen Gegenstand. Der Kardinal sagte, dass, als er die Aeusserungen, welche dem Briefe Euerer Durchlaucht zu Grunde liegen, gemacht, er nähere Berichte von den Vorgängen im Reichstag nicht gehabt habe. Jetzt schein ihm, dass es sich weniger um einen direkten Antrag auf Intervention als um Beseitigung eines das Princip

der Nichtintervention proklamirenden Passus der Adresse behandelt habe. Ich suchte ihm darauf zu beweisen, dass, abgesehen von der sonstigen Haltung der sogenannten Zentrumsparthei, nach der Art der Begründung des Antrages beides ziemlich identisch gewesen sei und der Unterschied auf einen Wortstreit hinauskomme. Er entgegnete hierauf nichts und erklärte insbesondere nicht, dass er das damals mir gegenüber ausgesprochene Urtheil zurücknehme. Mit Bezug auf unsere letzte Besprechung über das Gebahren dieser Fraktion erwähnte er nur noch, dass er inzwischen von einem Mitglied derselben (angeblich Advokat Lingens) die Versicherung erhalten habe, dass diese Partei mit der revolutionairen in keiner Beziehung stehe, wenn auch diese zuweilen mit ihnen gestimmt habe.

Nr. 9574.
Preussen.
27. März 1887.

Der Kardinal hat mich um den Wortlaut meines Berichtes über die im Briefe Eurer Durchlaucht angezogene Unterredung nicht gefragt, auch den Wunsch der Veröffentlichung desselben nicht ausgesprochen. Nur wiederholte er, dass die Kurie nicht die Absicht habe, direkten Einfluss auf die politische Haltung der Katholiken in Deutschland auszuüben.

Wenn in einer mir erst heute in der Augsburger „Postzeitung“ zu Gesicht gekommenen, aus den Breslauer Hausblättern entnommenen Erklärung behauptet ist, Kardinal Antonelli habe mir gegenüber erklärt, er „bewundere“ die Zentrumsfraktion, oder er „billige“ deren Haltung, so muss ich beides als grundlos bezeichnen. Ich würde solche Vorgänge zu berichten selbstverständlich nicht verfehlt haben.

gez. v. Tauffkirchen.“

IX.

Berlin, den 30. Juni 1871.

Nr. 8. An den Geschäftsträger Grafen von Tauffkirchen.

„Euere Hochgeboren erwähnen in dem gefälligen Bericht vom 21. Juni über Ihre Audienz bei Seiner Heiligkeit die Bemerkungen, welche der Papst Ihnen über die aus dem Kommunismus der Gesellschaft drohenden Gefahren gemacht hat. Wir sind nicht blind gegen diese Gefahren und erkennen die Aufgabe der Regierungen, ihnen entgegenzutreten; um so mehr aber müssen wir bedauern, dass wir darin nicht nur nicht unterstützt werden von der katholischen Kirche und ihren Organen, sondern dass gerade diejenige Partei, welche sich vorzugsweise als die kirchliche und päpstliche bezeichnet und deren Abgeordnete durchgehends unter der entscheidenden Mitwirkung der Geistlichen gewählt worden sind, nur dazu beiträgt, diese Gefahren zu steigern und den Regierungen ihre Aufgabe zu erschweren.

Wenn die Regierungen früher hoffen mochten, wenigstens an den besseren Elementen dieser Partei, welche sich konservativ nannten und sich als Vertheidiger der sozialen Ordnung gerirten, eine Unterstützung zu finden, so hat das Auftreten derselben in der letzten Zeit in den einzelnen Ländern sowohl wie im Reichstage, in der ganz von der Geistlichkeit beherrschten Fraktion

Nr. 9574.
Preussen.
27. März 1887.

des Zentrums ihnen die Augen darüber öffnen müssen, dass sie innerhalb derselben keine aufrichtigen Freunde und keine Bundesgenossen suchen dürfen. Ich will über die Motive und Gesinnungen der Einzelnen nicht urtheilen; als Ganzes aber hat das Verhalten der Fraktion nur dazu beigetragen, die subversiven, aller Autorität der Regierung feindlichen Tendenzen zu verstärken und zu fördern. Ich muss es leider für vollkommen bedeutungslos erklären, wenn Euere Hochgeboren in Ihrem anderweiten Bericht vom 23. Juni (Nr. 45) sagen, dass der Kardinal Antonelli persönlich dem Bündniss der sogenannten Schwarzen mit den Rothen sich zuwider erkläre; denn ich fürchte, dass er nicht überall dieselbe Sprache spricht, sondern es mit keiner Partei verderben möchte; und wenn, wie Euere Hochgeboren eben dort bemerken, ein anderer Einfluss mächtiger ist, als der seine, so sind wir durch alle seine Erklärungen oder persönlichen Ansichten um nichts gebessert.

Dieser Einfluss wirkt überall dahin, die Autorität der Regierung zu untergraben. Wir begegnen diesem Einfluss überall als einem Gegner der Regierungen und dies namentlich in Preussen, wo nach dem oft wiederholten Zeugnis des Papstes selbst die katholische Kirche eine freiere und bessere Stellung hat, als in irgend einem Lande der Welt, und nach eben diesem Zeugnis gerade die Dynastie nicht aufgehört hat, der Kirche und dem Papst selbst das freundlichste Wohlwollen zu beweisen. Ungeachtet dieses Anerkenntnisses geht die Tendenz jenes geistlichen Einflusses auf die unteren Volksschichten dahin, der Dynastie und der Regierung die Sympathieen der katholischen Bevölkerung, welche doch die wohlthätige Fürsorge derselben in allen ihren kirchlichen und religiösen Interessen empfindet, zu entfremden. Es ist nicht anders in den übrigen deutschen Staaten, in denen der Klerus zum Theil in offene Opposition gegen die wohlwollenden Regierungen tritt, und Hand in Hand geht damit eine nicht minder tendenziöse Opposition gegen die nationale Sache, welche sich bald mit den partikularistischen, bald mit den demokratischen, aller nationalen Politik feindlichen Elementen und Tendenzen verbindet.

Wenn dieser Einfluss mächtiger ist, als die persönlichen Gesinnungen des Kardinals und des Papstes selbst, welcher Letztere wiederholt Sympathieen für die nationale Sache des Deutschen Reiches kundgegeben hat, wird er doch im Namen des Papstes geübt, und so ist es dieser Einfluss, mit dem wir zu rechnen und nach welchem wir unsere Stellung zu der Kirche und zu ihren Organen, welche unter ihm stehen, zu richten haben. Wenn die Partei die Kirche beherrscht, so ist es eben nicht anders möglich, als dass die Kirche darunter leidet.

Wir sehen in dem Gebahren dieser Partei die Gefahr für die Kirche und den Papst selbst; das Bündniss der schwarzen mit der rothen Partei, welches der Kardinal Antonelli missbilligt, hat sich an vielen Punkten als eine vollendete Thatsache gezeigt; ist es doch selbst im Reichstage durch den Versuch der Einführung der Grundrechte offen zu Tage getreten. Dass gerade in diesem Bündniss

für die Kirche selbst eine Gefahr liegt, und was sie von solchen Bundesgenossen zu erwarten hat, darüber hätten ihr die neuesten Ereignisse in Paris die Augen öffnen können. Aber man scheint sich in Rom darüber zu täuschen, sonst hätte man wohl kaum Anstand genommen, die Missbilligung, welche der Kardinal Ihnen gegenüber ausgesprochen hat, auch öffentlich kund werden zu lassen. Dass die Einwirkungen der fanatischen Partei in Rom nicht auf einen unfruchtbaren Boden fallen, zeigt dasjenige, was Euere Hochgeboren selbst über die reservirtere Haltung des Kardinals Antonelli Ihnen gegenüber sagen; ich kann dieselbe, wie ich Ihnen bereits telegraphisch angedeutet habe, nur der Einwirkung der Partei zuschreiben, welche den Fürsten von Löwenstein-Heubach nach Rom gesandt hat, um dort sich selbst zu rechtfertigen und vermuthlich im Vatikan mit den Folgen einer Desavouirung geradezu zu drohen*).

Nr. 9574.
Preussen.
27. März 1887.

Diese aggressive Tendenz der die Kirche beherrschenden Partei nöthigt uns zur Abwehr, in welcher wir nur unsere eigene Vertheidigung suchen, die wir aber mit allem Ernst mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln durchführen müssen. Kann man sich im Vatikan entschliessen, mit der regierungsfeindlichen Partei zu brechen und ihre Angriffe auf uns zu verhindern, so wird uns das nur erwünscht sein; kann oder will man das nicht, so lehnen wir die Verantwortung für die Folgen ab.

gez. von Bismarck.“

X.

Rom, den 22. Juli 1871.

Nr. 18. Der Geschäftsträger an Herrn von Thiele.

„Den Erlass Nr. 8 vom 30. Juni habe ich durch Feldjäger erhalten.

Auf meine Aufforderung im Sinne des letzten Satzes antwortete Kardinal Antonelli entschieden ablehnend und wiederholte die bestimmte Versicherung, dass die Kurie Einfluss auf die politische Haltung der klerikalen Partei in Deutschland niemals geübt habe und niemals üben werde.“

gez. von Tauffkirchen.

XI.

Rom, den 22. Juli 1871.

An den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck Durchlaucht.

Wie Euerer Durchlaucht bereits durch Telegramm Nr. 18 vom 22. Juli angezeigt, ist mir der hohe Erlass Nr. 8 vom 30. Juni erst am 18. Juli Abends eingehändigt worden. Ich versuchte, dem Kardinal die ganze Sachlage nochmals darzulegen und denselben zu bestimmter Antwort bezüglich der Stellung der Kurie zur Zentrumsparthei zu drängen.

Ich benutzte als Ausgangspunkt den Bericht der „Germania“ aus Rom über meine beiden Unterredungen mit dem Kardinal; Bericht, der dadurch

*) In der württemberg. Kammer der Standesherrn erklärte hierauf der Fürst v. Löwenstein am 30. März 1887, dass er eine solche Mission nicht erhalten und mit Kardinal Antonelli kein Wort über das Zentrum gesprochen habe; er dementire daher diese aus der Luft gegriffene Behauptung.

Nr. 9574.
Preussen.
27. März 1867.

Bedeutung gewinnt, dass er die Worte, welche der Kardinal über die Sendung Bulwers bezüglich der irischen Wahlen mir gegenüber gebraucht hat, genau wiedergiebt.

In diesem Berichte, dessen Haltlosigkeit übrigens sehr einfach durch Bekanntgabe des wirklichen Datums beider Unterredungen dargelegt werden könnte, ist gesagt: Antonelli habe offen ausgesprochen, das ganze „Manöver“ des deutschen Diplomaten (d. i. meine Wenigkeit) scheine ihm darauf angelegt zu sein, einen Streitfall zwischen der römischen Kurie und dem deutschen Kabinet zu schaffen, damit letzteres Veranlassung habe, bei Uebersiedelung des Königs Victor Emanuel nach Rom dem Grafen Brassier sans gêne den Auftrag geben zu können, dem König nach Rom zu folgen.“

Hieran hatte ich anzuknüpfen um so mehr Anlass, als der Kardinal bei unserer Unterredung vom 28. Juni denselben Gedanken, wenn nicht ausgesprochen, doch angedeutet hat.

Es liegt mir, sagte ich gestern zu Antonelli, sowohl der Sache als meiner Person wegen daran, recht klar zu stellen, dass das Verhalten der „päpstlichen“ Partei in Deutschland kein prétexte, sondern dass dasselbe die wahre und entscheidende Ursache der Haltung der kaiserlichen Regierung in der römischen Frage sei. Ausgehend von dem Auftreten der patriotisch-klerikalen Partei in Bayern in den Jahren 1866—1870 und von dem Einfluss, den dieses Auftreten auf die kriegerischen Entschlüsse Frankreichs gehabt hat, — übergehend auf die parlamentarischen Kämpfe in Bayern während des Krieges, besprach ich die Theilnahme der katholischen Geistlichkeit an den Reichstagswahlen, zeigte, wie die verschiedenen Zweige der Partei einen mehr und mehr konfessionellen Charakter annahmen und sich zu dem Zwecke vereinigten, die „protestantische Spitze“ in Deutschland zu bekämpfen.

Die Erlasse Euerer Durchlaucht vom 22. Juni Nr. 6 und vom 30. Juni Nr. 8 boten mir Material, um die Mittel, welche man sich nicht scheut zur Erreichung dieses Zweckes zu ergreifen, sowie den untrennbaren Zusammenhang darzulegen, der zwischen dieser Partei und den den Papst und das Papstthum berührenden Fragen besteht.

Zum Schluss legte ich dem Kardinal jenen Artikel der „Germania“ vor, welcher die sehr unverblühte Drohung des Landesverraths enthält.

Ich glaube, dass es mir gelungen ist, den Kardinal zu überzeugen, dass diese Parteiumtriebe allerdings nicht der Vorwand, sondern die wahre und wesentliche Ursache der Entschliessungen Seiner Majestät des Kaisers und Königs in der römischen sowohl als in der inneren religiösen Frage seien. Hierauf jedoch beschränkt sich mein Erfolg.

Der Kardinal bestritt mit Bethenerungen, die sonst nicht in seiner Gewohnheit liegen, dass irgend durch den Papst auf die Entschlüsse der Partei gewirkt worden sei.

gez. von Tauffkirchen.

Nr. 9575. PREUSSEN. — Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 10. April 1887.

Die in unserer Nummer vom 27. v. M., aus dem Jahre 1871 veröffentlichten Depeschen des Reichskanzlers und des damaligen deutschen Geschäftsträgers in Rom haben den Beweis dafür erbracht, dass der Ursprung der Verstimmung und später des Bruchs zwischen der Regierung und dem Papst in dem Verhalten des Centrums zu suchen ist. Schon aus dieser Veröffentlichung ergibt sich, dass das vatikanische Konzil und das Unfehlbarkeits-Dogma mit dem Anfang des Kulturkampfes nichts zu thun hatten. Wir sind heute namentlich im Hinblick auf unrichtige Ausführungen der Centrumpresse in der Lage, noch eine weitere Reihe von Aktenstücken jener Zeit zu veröffentlichen, aus denen hervorgeht, dass die Haltung der Regierung zu dem erwähnten Dogma eine abwartende war. Trotz des unaufhörlichen Drängens des Gesandten v. Arnim, wofür sich in den Akten zahlreiche Belege vorfinden, hat die preussische Regierung eine strikte Zurückhaltung in dieser dogmatischen Frage für angezeigt gehalten und durch dieselbe keine Trübung ihres bisherigen guten Verhältnisses zum Papst eintreten lassen. Eine solche ist erst erfolgt durch die in den früher veröffentlichten Depeschen charakterisirte Verstimmung gegenüber der römischen Diplomatie, nachdem die Kurie sich geweigert hatte, der Regierung gegen die Angriffe des zunächst noch mit Missbrauch der päpstlichen Autorität auftretenden Centrums beizustehen. Der ganze Verlauf der Angelegenheit zeigt aber, dass es sich seitens des Reichskanzlers in dem Kulturkampf nur um eine Unterbrechung des Friedens, um einen zeitweisen Kriegszustand handelte, keineswegs aber darum, den letzteren zu einer dauernden Institution zu gestalten, und dass der Beginn des Kampfes identisch ist mit der Parteinahme der päpstlichen Politik für das Centrum und mit dem Bündniss zwischen dem Papste Pius IX. und dieser regierungsfeindlichen Partei. Von derselben war in Rom der Kampf gegen die Regierung im April und Mai 1871 vorbereitet worden; der eigentliche Anfang desselben datirt vom 23. Juni 1871, an welchem Tage der Kardinal-Staatssekretär Antonelli dem Grafen Tauffkirchen gegenüber es ablehnte, dem feindlichen Auftreten des Centrums gegen das Reich Einhalt zu gebieten. Dieser Akt der Feindseligkeit seitens der Kurie wurde von der preussischen Regierung durch die Ordre vom 8. Juli 1871 erwidert, durch welche die katholische Abtheilung im Kultusministerium aufgehoben wurde. In dieser Weise begann eine durch diplomatische Verhandlungen mit dem Verlauf in pejus sich vorbereitende Kampfperiode, die von dem Zeitpunkt an abschloss, als in Folge des Regierungswechsels auf dem päpstlichen Thron die Wiederherstellung des Friedens versucht und angebahnt werden konnte.

Die in einer der früher veröffentlichten Depeschen gekennzeichnete Thätigkeit des Fürsten Löwenstein-Heubach hat eine Erklärung desselben hervorgeufen, welche sich augenscheinlich innerhalb buchstäblicher und wörtlicher

Nr. 9575.
Preussen.
10. Apr. 1887.

Nr. 9675.
Preussen.
10. Apr. 1887.

Restriktionen bewegt und sich zuletzt mit einem schlechten Gedächtniss entschuldigt. Wenn Fürst Löwenstein bestreitet, einen Auftrag vom Centrum gehabt zu haben, so kann ihm zugegeben werden, dass ein Mandat im juristisch klagbaren Sinne nicht vorgelegen, und dass er mehr als ornamentales Aushängeschild für die Massen gedient hat, während Andere, wie Herr Lingens, die eigentlichen Geschäfte besorgten, um den Kardinal Antonelli, wie den Papst von dem Nutzen der Centrumspartei und der Objektivität ihrer Bestrebungen zu überzeugen und die weiteren Stadien vorzubereiten, in welchen ein Vertreter des Welfenthums und als solcher ein Feind des Deutschen Reichs an der Spitze des Centrums und der gesammten Opposition die Reichspolitik bekämpfte.

Rom, den 11. Juni 1870.

Es ist zwar noch nicht mit Bestimmtheit vorauszusehen, welche Wendung schliesslich die Verhandlungen hinsichtlich der Infallibilität im Konzil nehmen werden.

Am nächsten liegt für den Augenblick die Supposition, dass eine Minorität von 80—120 gegen das Schema stimmen und dass der Papst dennoch das Dogma proklamiren wird.

Es entsteht nun die Frage, wie sich die Diplomatie äusserlich und zereemoniell bei dieser Gelegenheit verhalten soll.

Der Graf Trauttmansdorff theilte mir heute mit, dass er über diesen Punkt Instruktionen von seiner Regierung einholen wolle, dass der Marquis de Banneville dasselbe zu thun im Begriff und mit ihm in allen Punkten einverstanden sei.

Die Auffassungen, welche Graf Trauttmansdorff seiner Regierung unterbreitet hat, sind folgende:

„Die europäische Diplomatie kann der feierlichen Sitzung, in welcher das Dogma proklamirt wird, nicht beiwohnen. — Denn, wenn die verschiedenen Démarchen der Kabinette auch nicht näher auf diese spezielle Frage eingegangen sind, bleibt doch die Thatsache unzweifelhaft, dass der Papst durch die eventuelle Proklamation des Dogmas den sämmtlichen europäischen Kabinetten einen grossen Grad von Missachtung nicht blos zeigt, sondern auch zeigen will.

Das Fernbleiben von der Zeremonie würde aber noch kein gentgender Ausdruck der Bestimmung sein.

Es werden ohne Zweifel an dem Tage der Verkündigung, oder schon vorher und vielleicht auch nachher, pomphafte öffentliche Feierlichkeiten, Illuminationen etc. in der Stadt Rom stattfinden.

Sich diesem Schauspiel durch Entfernung aus Rom zu entziehen, scheint der Sachlage entsprechend. Es würde sich sogar empfehlen und die Stellung der Regierung richtig kennzeichnen, wenn die Botschafter und Gesandten Rom in demonstrativer Weise mit längerem Urlaub verlassen, ohne jedoch ihrer Abreise den Charakter eines diplomatischen Bruches zu geben.

Hierbei würde nur im Auge zu behalten sein, dass grade in den Tagen,

wo die fragliche Eventualität eintreten könnte, die Bischöfe möglicher, wenn auch nicht wahrscheinlicher, Weise unseres Schutzes am meisten bedürfen werden. — Den Botschaftern und Gesandten würde daher eine gewisse Latitüde in Bezug auf Beurtheilung der Frage gelassen werden müssen, ob ihre verlängerte Anwesenheit in Rom noch im Interesse der Bischöfe nöthig ist, und in welcher Weise sie der Verstimmung ihrer Regierungen einen richtigen Ausdruck geben können, wenn die sofortige Abreise im letzten Augenblick nicht rathsam erscheint.“

Nr. 9575.
Preussen.
10. Apr. 1887.

Ich bin im Allgemeinen mit den Anschauungen des Grafen Trauttmannsdorff einverstanden, glaube jedoch, dass die Ertheilung von Instruktionen für die fragliche Eventualität noch nicht möglich ist, da man gar nicht wissen kann, welche Form die Niederlage der Bischöfe und die den Regierungen zugefügte Kränkung annehmen wird.

Ich möchte aber bitten, mich im Allgemeinen durch ein Telegramm davon zu unterrichten, ob Euer Exzellenz meiner Meinung im Prinzip beitreten, dass wir unter allen Umständen durch eine accentuirte Attitüde an den Tag legen müssen, dass wir nicht gleichgültig bleiben können, wenn hier Dinge geschehen, von denen wir, nebst den anderen Regierungen, gesagt haben, dass sie auf unsere Beziehungen zum Römischen Hofe zurückwirken werden.

(gez.) v. Arnim.

An Seine Exzellenz den Kanzler des Norddeutschen Bundes Herrn Grafen v. Bismarck zu Berlin.

Ems, den 23. Juni 1870.

Graf Bismarck, von Sr. Majestät befragt, ist nicht der Ansicht, dass wir eine accentuirte Haltung gegenüber der Proklamation der Infallibilität einnehmen. Demonstrative Abreise würde Schlag in's Wasser sein und spätere Haltung nur schwierig machen. Die katholischen Botschafter seien bei kirchlicher Feier in unangenehmem Dilemma, welches für den evangelischen Gesandten wegfallt: dieser könne Dogma und kirchliche Feier ganz ignoriren; unsere Aktion beginne, wenn das Dogma auf dem Felde des Staatsrechts praktisch würde. Se. Majestät der König hat diese Auffassung des Ministers gebilligt und mir befohlen, Euerer Hochwohlgeboren dies zu eröffnen.

(gez.) Abeken.

An den Königlichen Gesandten Herrn v. Arnim, Hochwohlgeboren. Rom.

Rom, den 24. Juni 1870.

Die grosse Wichtigkeit der Frage wird mich entschuldigen, wenn ich in einigen Worten auseinandersetze, warum ich, wenn mir die Entscheidung obläge, anders verfahren würde, als der Graf Bismarck empfiehlt und Seine Majestät befohlen haben.

Es ist namentlich die oft ausgesprochene Ansicht, dass das Dogma der Infallibilität und seine Proklamation den evangelischen Staat vorläufig nicht interessire und daher unsere Aktion und Reaktion erst beginne, wenn das

Nr. 9575. Dogma auf staatsrechtlichem Felde praktisch werden solle, es ist diese An-
 Preussou. sicht, welche mich — ich finde keinen anderen Ausdruck — erschreckt.
 10. Apr. 1887.

Und dies um so mehr, als ich sie selbst früher getheilt habe. — Aber die hiesigen Erfahrungen haben mich überzeugt, dass zwar nicht gerade das Dogma an und für sich, aber die Art, wie es gemacht worden ist oder gemacht worden sein wird, einen Maassstab geben für die immense Macht des Papstes und einen Anhaltspunkt für den Gebrauch, welchen der Papst von dem Dogma machen wird. Möge der Papst nun Pio IX. oder Pio X. sein!

Die Spitze der ganzen Tendenz, aus welcher das Dogma als letzte Frucht hervorgeht, ist direkt gegen uns gerichtet. — Daraus folgt aber noch nicht, dass Rom versuchen wird, es auf staatsrechtlichem Felde sofort in der Weise wirksam zu machen, welche uns ermöglichen könnte, die bestehenden Gesetze gegen die katholische Kirche anzurufen.

Die nächste Thätigkeit Roms wird vielmehr eine vorbereitende sein; aber wenn wir uns in diesem Stadium jeder Aktion enthalten wollten, würden wir dem Feinde erlauben, ungeheures Kriegsmaterial in unserm eigenen Lande aufzuhäufen, unser Haus mit Reisern und Schwefel zu umgeben, ohne das natürliche Nothrecht zu üben, nach welchem wir Kriegs- und Brennmaterial zerstören müssen, ehe der Feind es benutzen kann.

Wenn der Papst in dem augenblicklichen Kampfe Recht behält, ist unsere traditionelle Politik fernerhin unhaltbar, und je eher wir den Krieg mit Krieg beantworten, desto besser und desto rascher werden wir zu Ende kommen.

Mit dieser Sachlage steht die Frage nach der Haltung, welche wir einzunehmen haben, wenn der Papst seinen Willen durchsetzt, im Zusammenhange.

Wenn es mir empfehlenswerth erscheint, dass die Diplomatie durch irgend einen Akt in unzweideutiger Weise zu erkennen giebt, dass die europäischen Regierungen sich von Pius IX. abwenden, so werde ich nicht von der Hoffnung geleitet, dass dadurch auf den Papst eine grosse Wirkung hervorgebracht werden könne, sondern von dem Wunsche, unseren Bischöfen und Katholiken zu zeigen, woher der Wind weht.

Dazu ist der Moment günstig, weil uns jetzt nicht mehr, wie noch vor wenigen Monaten, mit dem Hinweis auf die formidable Einigkeit der Kirche geantwortet werden kann. Wir haben gesehen, wie weit die Meinungen auseinandergehen. — Dazu ist der Moment günstig, weil die Bischöfe, sie mögen sich hier in letzter Stunde unterwerfen oder nicht, doch so gereizt gegen Rom sind, dass von ihnen ein Widerstand nicht zu erwarten ist.

Sie sind übrigens in der grössten Mehrzahl auf Repressalien gefasst und würden verwundert sein, wenn sie nicht eintreten.

Dies sind die Erwägungen, welche ich Eurer Exzellenz zu unterbreiten nicht versäumen wollte.

Neue Instruktionen erbitte ich nicht. Dazu wird immer noch Zeit sein, wenn neue Ereignisse die Situation verändern sollten. (gez.) v. Arnim.
 Sr. Excellenz dem Wirklichen Geh. Rath, Staatssekretair etc. Herrn v. Thile zu Berlin.

Rom, den 1. Juli 1870.

Allerdurchlauchtigster Grossmächtigster König, Allergnädigster König und Herr!
 Mit dem Fürstbischof von Breslau habe ich vor einigen Tagen eine längere Unterredung gehabt über die Folgen, welche die Verkündigung des Infallibilitäts-Dogmas oder, mit anderen Worten, der vollständige Sieg des Romanismus in Bezug auf die Zustände in Deutschland haben wird.

Nr. 9575.
 Preussen.
 10. Apr. 1887.

Der Fürstbischof äusserte zunächst die Meinung, dass die königliche Regierung die Publikation des betreffenden päpstlichen Dekrets wohl untersagen würde. Ich erwiderte ihm, dass einerseits die Regierung nach den bestehenden Gesetzen wohl nicht berechtigt sein würde, die Publikation zu verhindern, andererseits aber auch die Katholiken, namentlich die Geistlichkeit, durch eine Regierungsverordnung gewiss nicht abgehalten werden würden, päpstliche Konstitutionen für verbindlich zu erachten, wenn sie keine Gewissens- und materiellen Bedenken gegen dieselben hätten.

Der Fürstbischof gab Beides zu, blieb aber doch dabei, das die Intervention der Regierung immerhin eine Schwierigkeit mehr für die Akklimatisirung des Dogmas sein würde.

Weiterhin bemerkte er, dass vor der Hand wohl Alles beim Alten bleiben würde. Aber man dürfe und könne sich nicht verhehlen, dass die Regierungen im Allgemeinen, und namentlich auch die preussische, vollständig berechtigt seien, sich gegen die römischen Tendenzen zu wehren, welche nach dem Konzil mit noch grösserer Energie sich geltend machen würden, als bisher. — Er persönlich könne der Regierung nicht verdenken, wenn sie unter dem Eindruck der Konzilsresultate ihre Stellung zu Rom und der von Rom abhängigen Kirche ändere. Auf diesem Wege würde sie ohne Zweifel Proteste der Bischöfe und leidenschaftliche Erregung unter den Katholiken hervorrufen — aber mit den Prinzipien, welche von hier aus verkündigt und gelehrt und von der nach römischer Schablone erzeugten Geistlichkeit verbreitet würden, könne keine Regierung sich vertragen.

Schon bei einer früheren Gelegenheit hatte ich dem Fürstbischof die Vermuthung geäussert, dass wahrscheinlich die nächste Rückwirkung des Konzils ein Sturm gegen die Jesuiten — welche von Laach aus die Lehren der *Civiltà Cattolica* verbreiten — und gegen die Ausbildung der Geistlichen in Rom sein würde.

Der Fürstbischof gab damals, wie in unserer letzten Unterredung, zu, dass es so kommen müsse, meinte aber, dass namentlich die Ausschliessung aller Geistlichen, welche in Rom studiren wollten, eine ganz nützliche Maassregel sein würde. Dies beunruhigte ihn nicht. Viel tiefgreifendere Veränderungen würden ohne Zweifel im Landtage zur Sprache kommen, wie sie auf dem Protestantentage schon besprochen worden seien, und er mache sich keine Illusionen darüber, dass die königliche Regierung auf die Dauer diesen Tendenzen nicht werde widerstehen können oder wollen.

Schliesslich will ich nicht unterlassen, zu erwähnen, dass mir gleichfalls bei einer früheren Gelegenheit der Fürstbischof aussprach, dass das nothwendige

Nr. 9575.
Preussen.
10. Apr. 1887.

und logische Resultat der päpstlichen Anmaassungen die Kündigung und Unverbindlichkeit aller Konkordate und Verträge mit Rom sein werde.

Ich habe nicht unterlassen wollen, Euerer Königliche Majestät von den Aeusserungen des Fürstbischofs ganz unterthänigst zu unterrichten, damit Allerhöchstdieselben die Meinung dieses Kirchenfürsten kennen, wie sie sich unter dem frischen Eindrucke der hiesigen Vorgänge gestaltet hatte.

Denn wenn der Fürstbischof auch, wie er mir sagte, mit Euerer Königlichen Majestät ganz offen zu sprechen beabsichtigt, so ist doch möglich, dass seine Aeusserungen in einiger Zeit schon wieder etwas mehr von dem natürlichen Wunsche beeinflusst sein werden, nicht als Widersacher seiner eigenen Kirche zu erscheinen.

In tiefster Ehrfurcht ersterbe ich Euerer Königlichen Majestät allerunterthänigster und treuehorsamster Unterthan und Diener.

(gez.) v. Arnim.

Rom, den 16. Juli 1870.

In Folge eines Beschlusses der internationalen Konferenz der Oppositionsbischöfe hat sich gestern eine Deputation derselben, bestehend aus den Erzbischöfen von Paris, Reims, Gran und dem Bischof von Mainz und einigen Anderen, zum Papst begeben, um ihn namens der Minorität um eine Abänderung des Schema de primatu zu bitten.

Dieser Schritt hat gar keinen Erfolg gehabt.

In der heute stattfindenden Generalkongregation hat man ohne Rücksicht auf die gemachten Einwendungen der mit juxta modum stimmenden das Schema in ganz unveränderter Form wieder vorgelegt.

In der für Montag anberaumten öffentlichen Sitzung würde die Opposition nunmehr mit non placet stimmen, und man rechnet auf eine Minorität von 120 Stimmen. Eine Minorität, die hinreicht, um die Gültigkeit des Beschlusses mit Erfolg anzugreifen.

(gez.) v. Arnim.

Seiner Exzellenz dem Königlichen Staatssekretair etc. Herrn v. Thile zu Berlin.

Rom, den 15. Juli 1870.

Die öffentliche Sitzung für Proklamation der Infallibilität wird Dienstag stattfinden. An demselben Tage reisen die meisten Bischöfe ab, ebenso der Graf v. Trauttmansdorff, der Marquis de Banneville zwei Tage darauf. Da ich schon seit drei Wochen krank bin, bitte ich um telegraphische Erlaubniss, Rom gleichfalls in Urlaub zu verlassen.

(gez.) v. Arnim.

An den Bundeskanzler.

Berlin, den 16. Juli 1870.

Für den Augenblick muss ich Sie ersuchen, Ihren Posten nicht zu verlassen. Enthalten Sie sich jeder demonstrativen Akte und jedes Anscheins derselben!

Zugleich bitte ich, beobachten Sie genau französische Truppenbewegungen und melden sofort jedes Symptom von Räumung. Graf v. Bismarck.
An den königlichen Gesandten Herrn v. Arnim, Hochwohlgeboren, Rom.

Nr. 9575.
Preussen.
10. Apr. 1887.

Berlin, den 20. Juli 1870.

Enthalten Sie Sich jeder ostensiblen Demonstration! Die Infallibilität ist uns augenblicklich ohne Interesse. (gez.) Graf v. Bismarck.
An den königlichen Gesandten Herrn v. Arnim, Hochwohlgeboren, Rom.

Nr. 9576. PREUSSEN. — Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 3. Mai 1887.

Wir sind heute wiederum in der Lage, die über die Haltung der preussischen Regierung gegenüber dem vatikanischen Konzil veröffentlichten Depeschen durch andere zu ergänzen. Es ist bereits so viel Material zur Veröffentlichung gelangt, dass sich für Jedermann, der objectiv zu denken bemüht ist, ein klares Bild der preussischen Politik ergibt. Sie war von Anfang an eine zurückhaltende, die aus dem Konzil selbst keine Angriffe befürchtete, und sie ist auch trotz der schwankenden und vielfach zu einem Eingreifen anreizenden Berichterstattung des damaligen Gesandten von Arnim stets in ihrer Ruhe und Zuversicht dieselbe geblieben.

Nr. 9576.
Preussen.
8. Mai 1887.

Die unten zum Abdruck gebrachten Schriftstücke berühren den Anfang und das Ende des Konzils; innerhalb dieser beiden Grenzpunkte bleibt die Auffassung des Reichskanzlers sich gleich, dass Deutschland von dem Konzil keine Beunruhigung zu fürchten habe. In diesem Sinne wird Herrn v. Arnim zu wiederholten Malen Mässigung und Reserve anempfohlen. Im Frühjahr 1870 war es bekanntlich die französische Regierung, welche die Initiative ergriff, um beim Vatikan Vorstellungen wegen der Konzilsberathungen zu erheben. Wie die übrigen Mächte, so konnte sich auch der Norddeutsche Bund einer Anschliessung an die französischen Schritte nicht gänzlich enthalten. Aber gegenüber dem Drängen Arnim's zu einem energischen Vorgehen wird aufs neue von dem Berliner Auswärtigen Amte eingeschärft, dass der Gesandte in zweiter Linie bleiben und bei seinen Démarchen sich stets des Einvernehmens mit unseren Bischöfen versichern solle. Die Note, welche Herr v. Arnim eigenmächtig im Anschluss an die französische Vorstellung an den Kardinal Antonelli unter dem 23. April 1870 richtete — sie ist bereits anderweit bekannt geworden —, findet bei seiner vorgesetzten Behörde Tadel.

Angesichts dieser dokumentarisch bewiesenen Thatsachen ist die zur Abwehr eigener Schuld in der Centrumpresse verbreitete Behauptung, dass der preussische Kulturkampf in dem vatikanischen Konzil seinen Ausgang genommen habe, in das Gebiet der Geschichtsfälschungen zu verweisen.

Berlin, den 23. März 1869.

Euere Exzellenz haben mir in Ihrem gefälligen Bericht No. 16 vom 13. d. M. den Wunsch des schweizerischen Bundesrathspräsidenten mitgetheilt, vertraulich von der Auffassung der Königlich-preussischen Regierung über das bevorstehende ökumenische Konzil und von der Haltung, welche wir demselben gegenüber einzunehmen, unterrichtet zu werden.

Wir haben bisher keine Veranlassung empfunden, uns mit dem Gegenstande zu beschäftigen; ich bin daher nicht in der Lage, die Anfrage eingehender zu beantworten. Im Allgemeinen kann ich nur sagen, dass uns weder die übermäßigen Hoffnungen noch die Befürchtungen, die man von verschiedenen Seiten daran knüpft, begründet erscheinen. Wir lassen es dahingestellt sein, ob die Interessen der Partikular- und Nationalkirchen, welche dort vertreten sein werden, oder die zentralisirende Richtung, welche von Rom zu erwarten ist, sich zur Geltung bringen werden. Gegen eine etwa überwiegende extreme oder hierarchische Tendenz glauben wir, dass das Heilmittel sich in der natürlichen Reaktion innerhalb der katholischen Welt finden werde. Wir sehen daher ohne alle Beunruhigung auf den Zusammentritt des Konzils, dessen Deliberationen unsere staatlichen Interessen wenig berühren. Die Theilnahme der preussischen Bischöfe wird eine freiwillige und durch uns ungehinderte sein. Von einer Betheiligung der Regierung als solcher kann nicht die Rede sein.

Wenn Ausschreitungen stattfinden sollten, welche in das staatliche Gebiet übergreifen, so werden wir die Rechte des Staates zu wahren wissen; aber wir sehen keine Veranlassung, im voraus Fürsorge dagegen zu treffen.

gez. von Bismarck.

An den Königlich-preussischen Gesandten Herrn General von Roeder, Exzellenz, Bern.

Berlin, den 12. November 1869.

Euere Hochwohlgeboren haben in einem während Ihrer Anwesenheit in Berlin entworfenen Promemoria in eingehender Weise die Verschiedenheit erörtert, welche zwischen der Stellung des preussischen Gesandten in Rom und derjenigen der Botschafter rein katholischer Mächte während des Konzils und mit Bezug auf das Konzil stattfinden würde. Dass diese Verschiedenheit thatsächlich bestehen wird, verkenne ich nicht; und Euere Hochwohlgeboren können gewiss sein, dass Se. Majestät der König auch bei Beurtheilung der Ansprüche, welche an die Königlich-preussische Gesandtschaft in dieser Beziehung gemacht werden können, darauf billige Rücksicht nehmen wird. Euere Hochwohlgeboren selbst aber werden mit mir geneigt sein, diesem Unterschiede eine geringere Bedeutung beizulegen, wenn Sie erwägen, wie wenig Veranlassung die Königlich-preussische Regierung hat, die Bedeutung des Konzils für die politischen Verhältnisse zu überschätzen, oder gar Besorgnisse daran zu knüpfen, wie sie auf manchen Seiten laut werden.

Ich bin weit davon entfernt, die religiöse und kirchliche Seite des Konzils gering zu achten, oder seiner Bedeutung für die Gewissen der Katholiken, insofern es Materien des Glaubens, der Doktrin oder der rein kirch-

lichen inneren Disziplin behandeln wird, zu nahe zu treten. Welche Stellung es in dieser Beziehung zu den in der katholischen Kirche herrschenden Strömungen einnehmen, welchen Einfluss es denselben auf seine Berathungen gestatten, welche Forderungen es an die Gewissen des katholischen Christen stellen und zu welchen Hoffnungen oder Befürchtungen für die innere und dauernde Kräftigung der katholischen Kirche es Anlass geben wird, das zu erwägen ist nicht Sache der Regierung.

Nr. 9576.
Preussen.
3. Mai 1887.

Auch die etwaigen Beziehungen des Konzils zu den ausserhalb der römisch-katholischen Kirche bestehenden christlichen Gemeinschaften, auf welche es einen direkten Einfluss nicht üben kann, liegen in einer Sphäre, welche sich der Aktion der Regierungen entzieht. Es kann dabei nur von einem geistigen Wirken und Gegenwirken die Rede sein; und wir können diese Seite getrost den verschiedenen Kirchengemeinschaften überlassen. Nur bei etwaigen Versuchen der Störung des konfessionellen Friedens auf dem äussern Gebiet, welche wir übrigens nicht erwarten, werden die Regierungen mit fester Hand einzuschreiten haben, von welcher Seite dieselben auch kommen mögen.

Für uns kommen nur die Beziehungen der Kirche zum Staate und dasjenige, gewissermaassen Grenzgebiet, in Betracht, auf welchem diese beiden Mächte gemeinsame Berührungspunkte haben. Es wäre überflüssig, hier die einzelnen Materien zu erwähnen, in welchen auch das Konzil dieses Gebiet berühren könnte; wir müssten uns dabei zum grossen Theil in Konjekturen und Vermuthungen einlassen, da die Vorbereitungen für die Berathungen des Konzils mit so grosser Heimlichkeit betrieben werden. Auch über die allgemeine Tendenz und den Sinn, in welchem das Konzil diese Punkte voraussichtlich behandeln werde, will ich im voraus keine Vermuthungen aufstellen. Die Thatsache, dass das Konzil auch mit diesen Materien befasst werden wird, dürfte ausser allem Zweifel gestellt sein, schon durch die Einrichtung einer Commissione ecclesiastico-politica.

Aber dieser Thatsache gegenüber genügt es vollständig, zu konstatiren, dass die Königliche Regierung auch hieran keinerlei Besorgnisse knüpft und dem Verlauf des Konzils mit voller Ruhe entgegenseht.

Ich bitte Euerer Hochwohlgeboren, sich hiervon auf das lebhafteste zu durchdringen und dafür zu sorgen, dass man auch in Rom denselben Eindruck gewinne und behalte.

Es ist ja bereits mehrfach der Voraussetzung Ausdruck gegeben worden, dass das Konzil unter dem Einfluss extremer in Rom vorherrschender Tendenzen bestimmt werden könnte, dieses Gebiet in einem Sinne zu behandeln, welcher das gute Einvernehmen zwischen dem Staat und der Kirche zu stören geeignet wäre. Ich kann auch nicht verkennen, dass diese Voraussetzung durch manche Symptome begründet wird, die Euerer Hochwohlgeboren selbst zu gut bekannt sind, als dass ich sie näher anzudeuten brauchte. Wir haben deshalb auch, als die Königlich bayerische Regierung uns den Wunsch nach einer Verständigung in dieser Richtung hin ausdrückte, denselben nicht von der Hand

Nr. 9576.
Preussen.
3. Mai 1870.

gewiesen, vielmehr uns gefreut, uns mit diesem einflussreichen deutschen und wesentlich katholischen Staate auf demselben Boden zu finden. Ich muss mich aber entschieden gegen jede Auslegung verwahren, als hätten wir dabei irgend welchen Befürchtungen Raum gegeben und wären von irgend einer Rücksicht auf Gefahren geleitet worden, welche uns aus der Haltung des Konzils erwachsen könnten; und ich glaube, dass die Königlich bayerische Regierung ebenso wenig ernstliche Besorgnisse hegt, wie wir. Wir sind vielmehr fest überzeugt, dass, wenn aus der Haltung des Konzils Gefahren erwachsen können, diese ganz auf der Seite der katholischen Kirche und des päpstlichen Stuhles liegen.

Gern gebe ich mich der Hoffnung hin, dass die traditionelle Weisheit des römischen Stuhles denselben vor der Gefahr bewahren werde, das Konzil auf Bahnen zu leiten, welche zu solchen Ergebnissen führen könnten.

Mit den preussischen und vielleicht auch mit den übrigen deutschen Bischöfen wird sich, wie Euere Hochwohlgeboren auch in Ihrem Memorandum andeuten, auch ungesucht die Gelegenheit zu vielfachem Verkehr darbieten. Ohne irgend wie auch nur den Schein einer versuchten Einwirkung auf sich zu laden, wollen Euere Hochwohlgeboren auch in diesem Verkehr sich immer im Sinne der Mässigung und Besonnenheit, aber auch der vollkommenen Sicherheit und Festigkeit der königlichen Regierung aussprechen.

Um Ihnen diesen Verkehr und die Rolle der ruhigen Beobachtung, welche der königlichen Gesandtschaft zufällt, zu erleichtern und Sie in den Stand zu setzen, die Vorkommnisse auf dem Konzil auch vom katholisch-kirchlichen Standpunkte aus zu beurtheilen, habe ich gern Ihrem Wunsche entprochen und mich an den Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten gewandt, um der Gesandtschaft einen zuverlässigen und kirchlich wie politisch korrekten katholischen Geistlichen oder Theologen beizordnen zu können. Ueber das Ergebniss der angeknüpften Verhandlungen behalte ich mir vor, Euerer Hochwohlgeboren weitere Mittheilung zu machen.

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

In Vertretung gez. von Thile.

An den Königlichen Gesandten Herrn von Arnim, Hohwohlgeboren, Rom.

Rom, den 15. März 1870.

Graf Daru hat geheim Lord Lyons gesagt, wenn Frankreichs Bemühungen in Rom fruchtlos bleiben, müsse man an einen gemeinsamen Schritt aller Mächte in Rom denken. Dies sei aber sehr schwierig, weil Preussen sich daran nicht beteiligen werde.

Stehen in dieser Beziehung unsere Entschlüsse ganz fest?

Der österreichische Botschafter hat, wie ich bestimmt weiss, ein Telegramm erhalten, welches ihn anweist, die letzten französischen Démarchen zu unterstützen; Frankreich scheint aber selbst die Sache fallen zu lassen. Alles, was bisher von Paris und Wien geschah, ist kopf- und planlos.

gez. von Arnim.

An den Bundeskanzler.

Berlin, den 15. März 1870.

Nr. 9576.
Preussen.
3. Mai 1887.

Ich bin bisher gar nicht veranlasst worden, Entschliessungen Sr. Majestät über gemeinsame Schritte zu extrahiren, weil uns von keinem der in erster Linie beteiligten katholischen Höfe auch nur die leiseste Andeutung über eine Geneigtheit für Schritte zu zweien oder mehreren zugekommen ist. Die Initiative werden wir dazu nicht nehmen.

gez. v. Bismarck.

An den Königlichen Gesandten Herrn v. Arnim, Hochwohlgeboren, Rom.

Berlin, den 22. April 1870.

Antwort auf Telegramm 17. — Unterstützen werden wir den französischen Schritt auch in seiner abgeschwächten Form müssen, aber, wie bereits bemerkt, nach dem Maasse seiner Ausführung. An das Konzil würden wir jedoch nicht uns gewandt haben. Ob wir uns, nach Maassgabe des Erlasses Nr. 102 vom 14. und des Telegramms Nr. 21 vom 18. d. M., schriftlich aussprechen, wird hauptsächlich darnach zu beurtheilen sein, welchen Eindruck Sie von der Mittheilung des Schriftstückes an unsere Bischöfe auf Letztere erwarten zu dürfen glauben, worüber Sie sich vorher vertraulich zu vergewissern suchen wollen.

Herr v. Werther meldet eben noch telegraphisch: „Der Minister Ollivier habe ihm gestern gesagt: Banneville hätte gleich nach Ankunft dem Kardinal offiziös das Memorandum mitgetheilt und werde am 23. es dem Papst offiziell zustellen; er würde das Verlangen stellen, es dem Konzil mitzutheilen, doch nicht insistiren, wenn der Papst dagegen zu grosse Abneigung zeige. Marquis de Banneville habe seine Kollegen vom Inhalt des Memorandums unterrichtet gefunden und bereit, seine Schritte zu unterstützen.“

(gez.) Thile.

Seiner Hochwohlgeboren, dem Königlichen Gesandten, Herrn v. Arnim, Rom.

Rom, den 27. April 1870.

Ich habe zur Unterstützung Frankreichs ein Schreiben an Antonelli gerichtet, welches ich morgen mit Feldjäger einschicken werde.

Von Dupanloup werde ich dringend gebeten, bei dem Papst eine Audienz zu verlangen, um ihn zur Prorogation des Konzils zu bewegen. Ich glaube, dass das Ansinnen der Bischöfe meinen Einfluss auf den Papst überschätzt. — Andererseits möchte ich jedoch nicht einen Dienst versagen, welchen man verlangt, und würde eventuell zum Papst gehen, wenn Se. Majestät der König mich autorisiren wollen, in Allerhöchstseinem Auftrag eine Audienz zu verlangen, um den Papst von der Lage der Dinge in Deutschland zu unterhalten.

(gez.) v. Arnim.

An den Bundeskanzler.

Berlin, den 4. Mai 1870.

Feldjäger mit Berichten vom 28. April gestern eingetroffen. Se. Majestät der König hält es nicht für angemessen, dass Sie nach Ihrem schon sehr starken Schreiben an den Kardinal noch weitere Schritte bei dem Papst thun, sondern will die Wirkung jenes Schreibens ruhig abwarten. — Se. Majestät der König

Nr. 9576.
Preussen.
3. Mai 1887.

hatte erwartet, dass Sie, nach dem ausdrücklichen Auftrage in Telegramm Nr. 23 vom 22. v. Mts., sich vorher über den Eindruck vergewissern, den das Schreiben auf unsere Bischöfe machen würde; ist das geschehen? und sind Sie sicher, dass die Bischöfe nicht protestiren gegen das, was Sie von ihnen sagen?

Ich selbst persönlich möchte Sie gegen die französischen Bischöfe warnen.

Der Staatssekretair

(gez.) Thile.

An den Königlichen Gesandten Herrn v. Arnim, Hochwohlgeboren, Rom.

Rom, den 5. Mai 1870.

Antwort auf Nr. 25. Ich habe genau nach meinen Instruktionen gehandelt. Mein Schreiben ist heute in der Versammlung der Deutschen verlesen und mit allgemeinem Applaus für das beste diplomatische Dokument erklärt worden, was in dieser Angelegenheit vorhanden ist. Dasselbe Urtheil hat man in diplomatischen Kreisen. Foerster hält die Publikation für sehr wünschenswerth.

Die französischen Bischöfe sind ihrerseits vor mir gewarnt worden. Ich glaube nicht, dass sie hier ein Interesse haben, mich zu hintergehen.

(gez.) v. Arnim. .

An den Bundeskanzler.

Berlin, den 6. Mai 1870.

Wenn unsere Bischöfe zufrieden sind, ist ein wesentliches Bedenken erledigt. Ihre Instruktion war, sich des Eindrucks auf dieselben vorher zu versichern. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir nur in zweiter Linie stehen, uns dem französischen Schritt nur ausschliessen und kein eigenes Interesse haben. Wir haben daher auch nicht die Absicht, Ihrem Schritt eine grössere Oeffentlichkeit zu geben. Für jetzt ist ruhig abzuwarten. — Die französischen Bischöfe haben das natürliche Interesse, uns die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen.

(gez.) v. Thile.

An den Königlichen Gesandten, Herrn v. Arnim, Hochwohlgeboren, Rom.

Bündnisse, Verträge etc.

Nr. 9577. DEUTSCHLAND. — Vertrag zwischen dem Reich und Serbien, betr. den gegenseitigen Schutz der gewerblichen Muster und Modelle*).

1. Vertrag.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs, und Seine Majestät der König von Serbien, von dem Wunsche beseelt, den Schutz der gewerblichen Muster und Modelle in Gemässheit der Vereinbarung im Artikel XI des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Serbien vom 6. Januar 1883 wechselseitig sicherzustellen, haben behufs Abschlusses einer Uebereinkunft zu diesem Zweck Bevollmächtigte ernannt, nämlich: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: Allerhöchstihren Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts, Grafen Maximilian von Berchem, || und || Seine Majestät der König von Serbien: || Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Milan Pétroniévitch, welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befindlichen Vollmachten, folgende Artikel vereinbart haben:

Artikel 1.

Die deutschen Reichsangehörigen sollen in Serbien und die serbischen Angehörigen sollen in Deutschland in Bezug auf die gewerblichen Muster und Modelle denselben Schutz wie die Einheimischen geniessen.

Artikel 2.

Um sich den durch den vorstehenden Artikel begründeten Schutz zu sichern, haben die deutschen Reichsangehörigen in Serbien und die serbischen Angehörigen in Deutschland die Gesetze und Vorschriften zu befolgen, welche daselbst in dieser Beziehung gelten oder künftig erlassen werden.

Artikel 3.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifioirt und die Ratifikations-Urkunden sollen sobald als möglich in Berlin ausgewechselt werden. Dieselbe

*) Abgedruckt aus den Reichstagsakten, 7. Legislaturperiode, 1. Session 1887, No. 24.

Nr. 9577.
Deutschland.
3. Juli 1886. soll 10 Tage nach der Auswechselung der Ratifikationen in beiden Ländern in Kraft treten und bis zum Ablaufe eines Jahres nach erfolgter Kündigung seitens des einen oder anderen der Hohen vertragschliessenden Theile in Geltung bleiben.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft vollzogen und ihr Siegel begedrückt. || So geschehen zu Berlin, den 3. Juli 1886. || Graf Berchem. Pétroniévitch.

2. Denkschrift.

Im Artikel XI des deutsch-serbischen Handelsvertrages vom 6. Januar 1883 (Reichs-Gesetzblatt S. 41) war der Abschluss eines Abkommens über den gegenseitigen Schutz der Modelle, Muster, Fabrik- und Handelszeichen, sowie der Bezeichnung und Etikettirung der Waaren oder ihrer Verpackung für den Zeitpunkt vorbehalten worden, wo dieser Gegenstand in Serbien geeignete gesetzliche Regelung gefunden haben würde. || Diese Voraussetzung ist durch den in Serbien inzwischen erfolgten Erlass zweier Gesetze über den Schutz der Muster und Modelle, sowie der Fabrik- und Handelszeichen vom 30. Mai 1884 und der dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen vom 25. Mai 1885 erfüllt und serbischerseits demnächst der Abschluss eines bezüglichen Abkommens in Vorschlag gebracht worden. || Insoweit es sich hierbei um den wechselseitigen Schutz der Fabrik- und Handelsmarken etc. handelte, ist dieser Anregung durch die am 30. Juni v. J. erfolgte Unterzeichnung einer, unseren analogen Abmachungen mit einer Reihe anderer Staaten nachgebildeten Reciprocitätserklärung entsprochen worden (cfr. Reichs-Gesetzblatt 1886 S. 231). || Dagegen war für die Vereinbarung über den wechselseitigen Schutz der Muster und Modelle nach Lage der Gesetzgebung die Form eines Vertrages zu wählen. || Mit Rücksicht hierauf ist der vorliegende Vertrag, welcher ebenso wie die erwähnte Reciprocitätserklärung den Interessen unserer Industrie entspricht, mit Serbien vereinbart worden. Der Wortlaut der Artikel 1 und 2 schliesst sich völlig demjenigen der gleichen Artikel des am 12. Dezember 1883 zwischen Deutschland und Belgien abgeschlossenen analogen Abkommens an (Reichs-Gesetzblatt 1884 S. 188), während die Artikel 3 und 4 des letzteren — unter Fortlassung des auf die Aufhebung früherer Verträge bezüglichen Passus — im Artikel 3 der vorliegenden Uebereinkunft zusammengefasst worden sind. || Nach dem vorliegenden Vertrage sind hinsichtlich der Ausübung und des Schutzes der Rechte an gewerblichen Mustern und Modellen die deutschen Reichsangehörigen in Serbien und, in Anwendung des § 16 des Gesetzes vom 11. Januar 1876, die serbischen Staatsangehörigen in Deutschland in allen Beziehungen den Inländern gleichgestellt. || Seitens der serbischen Skuptschina ist dem Vertrage bereits im Sommer v. J. die Genehmigung ertheilt worden.

Nr. 9578. DEUTSCHLAND. — Meistbegünstigungsvertrag zwischen ^{Nr. 9578.} dem Deutschen Reich und dem Freistaate Paraguay ^{Deutschland.} *). 21. Juli 1887.

1. Vertrag.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs einerseits, und Seine Excellenz der Präsident des Freistaates Paraguay, Herr Patricio Escobar, im Namen des Freistaates Paraguay andererseits, von dem Wunsche geleitet, das zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaat Paraguay glücklicherweise bestehende gute Einvernehmen zu erhalten und den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern zu fördern, haben beschlossen, bis zum Abschluss besonderer Conventionen, den Unterthanen und Angehörigen des einen Landes in dem anderen Lande alle Rechte zu sichern, welche die Unterthanen und Angehörigen der meistbegünstigten Nation dort geniessen. Zu diesem Zweck sind die folgenden Artikel zwischen dem Freiherrn Wolfram von Rotenhan, Kaiserlich deutschem ausserordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem Minister bei dem Freistaate Paraguay, der hierzu von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen, bevollmächtigt worden ist, und Seiner Excellenz dem Herrn Dr. Benjamin Aceval, Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Paraguay, welcher hierzu von Seiner Excellenz dem Präsidenten des Freistaates Paraguay ermächtigt worden ist, nach Mittheilung ihrer, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten vereinbart und unterzeichnet worden:

Artikel 1.

Friede, Freundschaft und gutes Einvernehmen soll für alle Zeit zwischen dem Deutschen Reich und dessen Staaten einerseits und dem Freistaate Paraguay andererseits, sowie zwischen den Unterthanen und Angehörigen beider Länder fortbestehen.

Artikel 2.

Die diplomatischen, konsularischen und maritimen Vertreter, Agenten und Officiere des einen vertragschliessenden Theiles sollen in Ausübung ihrer Pflichten innerhalb der Besitzungen des anderen Theiles und die Unterthanen und Angehörigen des einen Landes sollen für ihre Person und ihr Eigenthum und in Ansehung des Handels, des Gewerbes und der Schiffahrt und in jeder anderen Beziehung in dem anderen Lande denselben Schutz und dieselben Rechte, Privilegien, Vortheile, Immunitäten und Befreiungen geniessen, welche nach den Gesetzen dieses Landes jetzt oder in Zukunft den diplomatischen, konsularischen und maritimen Vertretern, Agenten und Officieren und den Unterthanen und Angehörigen der meistbegünstigten Nation eingeräumt werden.

*) Abgedruckt aus den Reichstagsakten, 7. Legislaturperiode, 2. Session 1887, No. 95.

Nr. 9578.
Deutschland.
21. Juli 1887.

Artikel 3.

Die Generalkonsuln, Consuln und Viceconsuln haben, soweit sie nach den Gesetzen des vertragschliessenden Theiles, welcher sie ernannt hat, dazu befugt sind, das Recht, Eheschliessungen von Angehörigen dieses Theiles nach Maassgabe der Gesetze desselben vorzunehmen. || Diese Bestimmung findet nicht auf solche Eheschliessungen Anwendung, bei welchen einer der Verlobten Angehöriger des Staates ist, in welchem der Consul seinen Sitz hat.

Artikel 4.

Der gegenwärtige Vertrag wird von dem Tage des Austausches der Ratifikationen zehn Jahre lang Gültigkeit haben. Wenn weder der eine noch der andere der beiden Theile zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist durch eine amtliche Erklärung seine Absicht ankündigt, die Wirksamkeit dieses Vertrages aufhören zu lassen, so wird derselbe für ein weiteres Jahr in Kraft bleiben und so fort, bis zum Ablaufe eines Jahres, nachdem die erwähnte amtliche Ankündigung stattgefunden haben wird.

Artikel 5.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratificirt und die Ratifikations-Urkunden sollen in Asuncion oder Buenos Aires sobald als möglich ausgetauscht werden. || Zu Urkund dessen in doppelten, in deutscher und spanischer Sprache ausgefertigten Originalen unterzeichnet und gesiegelt. || So geschehen zu Asuncion am ein und zwanzigsten Juli eintausend achthundert und sieben und achtzig.

Wolfram Freiherr von Rotenhan. || Benj. Aceval.

2. Protokoll.

Bei heutiger Unterzeichnung des Meistbegünstigungsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaate Paraguay erklären die unterfertigten Bevollmächtigten der Hohen vertragschliessenden Theile:

Die Bestimmungen des genannten Vertrages sollen nicht dahin zu verstehen sein, dass sie den Unterthanen des Deutschen Reichs die ausnahmsweisen Privilegien des freien Handels gewähren, welche durch den Artikel XIII des zwischen dem Freistaate Paraguay und dem Kaiser von Brasilien geschlossenen Vertrages vom 7. Juni 1883 zu Gunsten der Provinz Matto-Grosso vorbehalten sind.

Wenn diese Privilegien in Zukunft einer anderen Nation eingeräumt werden sollten, so versteht es sich, dass dieselben auch dem Deutschen Reich und seinen Unterthanen zugestanden werden.

Geschehen in doppelter Fertigung, in deutscher und spanischer Sprache, zu Asuncion heute, den ein und zwanzigsten Juli eintausend achthundert und sieben und achtzig.

Wolfram Freiherr von Rotenhan. Benj. Aceval.

3. Denkschrift.

Nr. 9578.
Deutschland.
21. Juli 1897.

Der zwischen dem Zollverein und Paraguay am 1. August 1860 abgeschlossene Handelsvertrag ist am 31. Dezember 1866 abgelaufen. Inzwischen hat, insbesondere in den letzten Jahren, der deutsche Handelsverkehr mit Paraguay sich in gedeihlicher Weise entwickelt und der dortige Absatz deutscher Industrieartikel sich nicht unwesentlich gehoben. Auch ist die Zahl von Reichsangehörigen, welche sich dort niedergelassen haben, nicht unerheblich gestiegen. Bei dieser Sachlage erschien es angezeigt, eine dienstliche Reise des Kaiserlichen Gesandten in Buenos Aires nach Paraguay zu benutzen, um mit der Regierung des Freistaates, welche ihrerseits zu einer Erneuerung der vertragsmässigen Beziehungen zu dem Reich bereit war, dieserhalb in Verhandlungen zu treten. Es konnte vor der Hand genügen, eine kurze Convention abzuschliessen, in welcher beide Theile sich gegenseitig die Behandlung auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation in jeder Beziehung zusichern. Unter der Wirksamkeit eines solchen Abkommens wird sich voraussichtlich Gelegenheit bieten, das Vertragsverhältniss in eingehenderer Weise zu regeln.

Von europäischen Staaten haben bisher Spanien, Portugal und Grossbritannien Handelsverträge mit Paraguay abgeschlossen. Während der Vertrag mit Spanien gleich dem hier vorliegenden sich auf die gegenseitige Zusicherung der Meistbegünstigung beschränkt, enthalten die beiden anderen Verträge ausführlichere Bestimmungen, deren Vortheile uns eventuell in gleicher Weise zu gute kommen würden.

Im Einzelnen ist zu dem vorliegenden Verträge noch Folgendes zu bemerken:

Nach Artikel 2 werden die Vertreter und Angehörigen sowie die Kriegs- und Handelsschiffe des einen vertragschliessenden Theiles in dem Gebiete des anderen Theiles in allen Beziehungen die Rechte der meistbegünstigten Nation geniessen. Hierzu ist dem Wunsche der paraguayischen Regierung entsprechend in dem Zusatz-Protokoll die Vereinbarung getroffen worden, dass gewisse Handelsvortheile, welche von Paraguay vertragsmässig der brasilianischen Grenzprovinz Matto-Grosso eingeräumt sind, deutscherseits so lange nicht sollen beansprucht werden können, als dieselben nicht etwa in Zukunft einem dritten Staate bewilligt werden. Eine gleiche Einschränkung enthält der oben erwähnte Vertrag zwischen Paraguay und Grossbritannien.

Zu Artikel 3. In Paraguay lebende Reichsangehörige begegnen dort Schwierigkeiten bezüglich der Eingehung einer Ehe. Es empfiehlt sich daher, den Konsuln des Reichs in Paraguay die Ermächtigung für den Amtsbezirk zu ertheilen, bürgerlich gültige Eheschliessungen von Deutschen vorzunehmen.

Durch Artikel 3 der Convention wird solchen Ehen die rechtliche Anerkennung seitens der Landesregierung gesichert. Indessen ist hierbei auf den Wunsch der paraguayischen Regierung die Einschränkung gemacht worden, dass in den Fällen, wo einer der Verlobten Angehöriger des Staates ist, in dem der Konsul seinen Sitz hat, der letztere zur Eheschliessung nicht zuständig sein solle.

Nr. 9579. DEUTSCHLAND. — Freundschafts-, Handels-, Schiff-
fahrts- und Konsularvertrag zwischen dem Deutschen
Reich und der Republik Guatemala*).

1. Vertrag.

Nr. 9579.
Deutschland.
20. Sept. 1887

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen u. s. w., im Namen des Deutschen Reichs einerseits und die Republik Guatemala andererseits, von dem Wunsche geleitet, Ihre Beziehungen und Interessen gegenseitig zu fördern und zu befestigen, haben beschlossen, einen Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Consularvertrag abzuschliessen. || Zu diesem Ende haben Sie zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen u. s. w., || Allerhöchstihren Ministerresidenten bei den Freistaaten von Centralamerika, Friedrich Ludwig Werner von Bergen, || und || Seine Excellenz der Präsident des Freistaates Guatemala || den Staatsminister der Auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Don Lorenzo Montúfar, || welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer Vollmachten, über nachstehende Artikel sich geeinigt haben:

Artikel 1.

Es soll Friede und immerwährende Freundschaft sein zwischen den Staaten des Deutschen Reichs einerseits und dem Freistaate Guatemala andererseits, sowie zwischen den beiderseitigen Angehörigen, ohne Unterschied der Personen und der Orte.

Artikel 2.

Es soll gegenseitig vollständige Freiheit des Handels bestehen zwischen allen Gebieten der deutschen Staaten und allen Gebieten des Freistaates Guatemala. || Die Angehörigen der beiden Hohen vertragenden Theile können frei und in voller Sicherheit mit ihren Schiffen und Ladungen in alle diejenigen Plätze, Häfen und Flüsse Deutschlands und Guatemalas einlaufen, welche für die Schiffahrt und den Handel irgend einer anderen Nation oder eines anderen Staates jetzt geöffnet sind oder in Zukunft geöffnet sein werden. || Die Deutschen in Guatemala und die Guatemalaner in Deutschland werden in dieser Beziehung die nämliche Freiheit und Sicherheit geniessen, wie die Landesangehörigen.

Artikel 3.

Die Angehörigen eines jeden der beiden Hohen vertragenden Theile können gegenseitig mit voller Freiheit jeden Theil der betreffenden Gebiete betreten, daselbst ihren Wohnsitz nehmen, reisen, Gross- und Kleinhandel treiben, Grundstücke, Magazine und Läden, deren sie bedürfen mögen, kaufen, miethen

*) Abgedr. aus den Reichstagsakten, 7. Legislaturperiode, 2. Session 1887. No. 179. — Ein gleichlautender Vertrag wurde am 12. Dezember 1887 zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Honduras abgeschlossen.

und innehaben, Waaren und edle Metalle, in Barren oder gemünzt, verführen, Nr. 9579.
Deutschland.
30. Sept. 1887. Konsignationen aus dem Inlande wie aus fremden Ländern annehmen, ohne dass sie in irgend einem Falle anderen allgemeinen oder lokalen Beiträgen, Auflagen oder Verpflichtungen, welcher Art diese auch sein mögen, unterworfen werden können, als solchen, die den Landesangehörigen auferlegt werden oder bereits auferlegt sind. || Es soll ihnen vollkommen freistehen, ihre Geschäfte selbst zu führen, bei den Zollbehörden ihre eigenen Deklarationen einzureichen, oder sich hierbei nach Belieben von Anderen unterstützen oder vertreten zu lassen, sei es unter dem Namen von Bevollmächtigten, Faktoren, Agenten, Consignataren, Dolmetschern, oder unter anderem Namen. Dasselbe gilt beim Kauf und Verkauf von Gütern, Effecten und Waaren, beim Laden, Löschen und Abfertigen ihrer Schiffe. || Sie sind ferner berechtigt, Aufträge auszuführen, welche ihnen von Landsleuten, von Fremden oder von Inländern anvertraut werden, sei es als Bevollmächtigte, Faktoren, Agenten, Consignatare oder Dolmetscher, oder in einer anderen Eigenschaft; und in keinem Falle unterliegen sie dafür anderen Beiträgen oder Auflagen, als solchen, welchen die Landesangehörigen unterworfen sind oder sein werden. || Gleiche Freiheit geniessen sie bei allen ihren Käufen und Verkäufen hinsichtlich der Feststellung des Preises jeder Art von Effecten, Waaren oder Gegenständen, mögen sie dieselben eingeführt oder für die Ausfuhr bestimmt haben. Es versteht sich jedoch, dass sie in allen diesen Fällen sich nach den Gesetzen und Verordnungen des Landes zu richten haben.

Artikel 4.

Jeder der beiden Hohen vertragenden Theile verpflichtet sich, im eigenen Staate keine Monopole, Entschädigungen oder eigentliche Vorrechte zum Nachtheile des Handels, der Flagge und der Angehörigen des anderen Staates zu bewilligen. || Die Bestimmungen dieses Artikels beziehen sich weder auf Gegenstände, deren Handel den respektiven Regierungen vorbehalten ist, noch auf Erfindungspatente, deren Einführung und Anwendung, noch auf Vorrechte, welche auf Grund lästiger Verträge zugestanden sind.

Artikel 5.

Den Angehörigen des einen und des anderen der vertragenden Theile soll in beiden Ländern vollständiger und immerwährender Schutz ihrer Person und ihres Eigenthums zu Theil werden. Sie sollen freien Zutritt zu allen Gerichtshöfen behufs Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte haben. Zu diesem Zweck können sie unter allen Umständen Advokaten, Sachwalter und Agenten jeder Art verwenden, welche sie nach ihrem Ermessen dazu bestimmen. || Auch sollen sie die Befugniss haben, bei den Beschlüssen und Urtheilssprüchen der Gerichtshöfe in den Sachen, bei denen sie betheilig sind, zugegen zu sein, sowie bei den Zeugenvernehmungen und Aussagen, welche stattfinden könnten bei Gelegenheit des Prozeßverfahrens, so oft die Gesetze des betreffenden

Nr. 9579. Landes die Oeffentlichkeit dieser Handlungen gestatten. || Sie werden im
 Deutschland. Uebrigen in dieser Beziehung die nämlichen Rechte und Vortheile geniessen,
 20. Sept. 1887. wie die Landesangehörigen, und denselben Bedingungen unterworfen sein, die
 den letzteren auferlegt sind oder sein werden.

Artikel 6.

Die Deutschen in Guatemala und die Guatemalaner in Deutschland sollen befreit sein sowohl von allen persönlichen Diensten im Heere und in der Marine, in der Landwehr, Bürgerwehr oder Miliz, als auch von der Verpflichtung, politische, administrative und richterliche Aemter und Obliegenheiten zu übernehmen, sowie von allen ausserordentlichen Kriegscontributionen, gezwungenen Anleihen, militärischen Requisitionen oder Dienstleistungen, welcher Art sie auch sein mögen. Ueberdies können sie in allen Fällen rücksichtlich ihres beweglichen und unbeweglichen Vermögens keinen anderen Lasten, Abgaben und Auflagen unterworfen werden, als denen, welche von den Landesangehörigen oder von den Angehörigen der meistbegünstigten Nation verlangt werden.

Artikel 7.

Die Schiffe, Ladungen, Waaren und Effecten von Angehörigen des einen und des anderen Landes können beiderseitig weder einem Beschlagnahmeverfahren unterworfen, noch zum Zweck irgend welcher militärischen Expedition oder einer öffentlichen Verwendung zurückgehalten werden, ohne dass vorher durch die Betheiligten selbst, oder durch von ihnen ernannte Sachverständige eine billige Vergütung festgestellt worden ist, welche in jedem Falle hinreicht zur Deckung aller Nachtheile, Verluste, Verzögerungen und Schäden, welche ihnen durch den Dienst, dem sie unterworfen wurden, entstanden sind oder entstehen könnten.

Artikel 8.

Die Deutschen, welche sich in Guatemala, und die Guatemalaner, welche sich in Deutschland aufhalten, geniessen die vollständigste Cultus- und Gewissensfreiheit, und es werden die betreffenden Regierungen nicht zugeben, dass sie belästigt, beunruhigt oder gestört werden wegen ihres religiösen Glaubens oder wegen der Ausübung ihres Gottesdienstes, welchen sie in Privathäusern, Kapellen, Kirchen oder sonstigen für gottesdienstliche Zwecke bestimmten Orten, unter Beobachtung der kirchlichen Schicklichkeit und der den Gesetzen, Sitten und Gebräuchen des Landes gebührenden Achtung ausüben. Auch sollen die Deutschen und die Guatemalaner die Befugniss haben, ihre Landsleute, welche in Deutschland oder in Guatemala mit Tode abgehen, an passenden und angemessenen Orten, welche sie selbst mit besonderer Ermächtigung der Ortsobrigkeit dazu bestimmen und einrichten, oder an den bereits bestehenden und eingerichteten Begräbnissorten, unter welchen die Verwandten und Freunde des Verstorbenen wählen dürfen, zu bestatten, und sollen die

ihren kirchlichen Gebräuchen entsprechenden Begräbnissfeierlichkeiten in keiner Art gestört, noch die Gräber aus irgend welchem Grunde beschädigt oder zerstört werden. Nr. 9579.
Deutschland.
20. Sept. 1887.

Artikel 9.

Die Angehörigen eines jeden der vertragenden Theile sollen das Recht haben, in den betreffenden Gebieten des anderen jede Art beweglichen und unbeweglichen Vermögens zu erwerben und zu besitzen, dasselbe mit aller Freiheit auszubeuten und darüber nach ihrem Belieben durch Verkauf, Schenkung, Tausch, Testament oder auf irgend welche andere Weise zu verfügen. Dergleichen können die Angehörigen des einen Landes, welche Güter, die in dem anderen Lande liegen, erben, unbehindert in diejenigen Theile der gedachten Güter, die ihnen ab intestato oder durch Testament zufallen, succediren und darüber nach Belieben verfügen, vorbehaltlich der Bezahlung der Abgaben vom Verkauf, von der Erbschaft oder anderer Art, wie sie die Angehörigen des Landes in gleichen Fällen zu erlegen haben. || Von dem Vermögen, welches unter irgend einem Rechtstitel von einem Deutschen in Guatemala oder von einem Guatemalaner in Deutschland erworben ist und aus dem Lande geführt wird, darf weder in dem einen noch in dem anderen Lande die unter dem Namen *jus detractus*, *gabella hereditaria*, *census emigrationis* bekannte, noch irgend eine andere Abgabe erhoben werden, welcher die Angehörigen des Landes nicht unterworfen sind oder sein werden.

Artikel 10.

§ 1. Die beiden Hohen contrahirenden Theile, von dem Wunsche beseelt, etwaige Schwierigkeiten in Betreff der Nationalität zu vermeiden, kommen dahin überein, dass als Guatemalaner in Deutschland und als Deutsche in Guatemala diejenigen anzusehen sind, welche, nachdem sie sich in die Staaten des anderen Theils begeben haben, um daselbst zu leben, sich die Nationalität ihres Heimathlandes in Gemässheit der Gesetze desselben bewahrt haben. || § 2. Ausserdem sind sie übereingekommen, dass die in Deutschland geborenen ehelichen Kinder eines guatemalanischen Vaters als Guatemalaner, die in Guatemala geborenen ehelichen Kinder eines Deutschen als Deutsche gelten sollen. || § 3. Dessenungeachtet müssen die Söhne, sobald sie nach den vaterländischen Gesetzen die Grossjährigkeit erlangen, durch seitens der im Lande beglaubigten diplomatischen Agenten legalisirte Urkunden vor der hierzu von der betreffenden Regierung bestimmten Behörde nachweisen, dass sie die auf den Militärdienst ihrer Nation bezüglichen Gesetze genau erfüllt haben oder zu erfüllen im Begriffe stehen. || Im Falle, dass sie dieser Bestimmung innerhalb der zwölf auf den Tag der Erlangung der Grossjährigkeit folgenden Monate nicht nachkommen sollten, können sie als Bürger des Landes ihrer Geburt nicht angesehen werden. || § 4. Die Nachkommen derjenigen Individuen, welche die Nationalität ihres Vaters auf Grund des § 3 bewahrt haben, können als Bürger desjenigen Landes betrachtet werden, in welchem sie geboren sind.

Artikel 11.

Nr. 9579.
Deutschland.
20. Sept. 1887.

Wenn (was Gott verhüten wolle) der Friede zwischen den beiden Hohen contrahirenden Theilen gestört werden sollte, so soll den Angehörigen des einen Staates, welche zu der Zeit in dem Gebiete des anderen sich befinden, der Aufenthalt daselbst und der Betrieb ihres Berufes oder Gewerbes gestattet bleiben, ohne dass sie auf irgend welche Art, insbesondere durch ausserordentliche Steuern, Leistungen oder Kontributionen, welche nicht zugleich alle Angehörigen des Landes treffen, belästigt werden, und der volle Genuss ihrer Freiheit und ihrer Güter soll ihnen gelassen werden, so lange sie sich keiner Verletzung der Landesgesetze schuldig machen. || Wenn dieselben aber vorziehen sollten, während des Kriegszustandes das Land zu verlassen, so soll ihnen das gleichfalls gestattet sein, und sie sollen demgemäss ungehindert ihre Geschäfte ordnen, über ihr Eigenthum verfügen und den Erlös ohne Abzug mitführen können. In diesem Falle wird ihnen ein Geleitsbrief ertheilt werden, um sich in einem Hafen, den sie nach ihrer Wahl selbst bezeichnen mögen, einzuschiffen, vorausgesetzt, dass derselbe vom Feinde weder besetzt, noch blokirt ist, noch ihre eigene Sicherheit oder die des Staates die Abreise über diesen Hafen verbietet, in welchem Falle dieselbe stattfinden wird, wie und wo es geschehen kann.

Artikel 12.

In dem Falle eines Krieges oder eines Zerwürfnisses zwischen beiden Ländern werden das bewegliche und unbewegliche Eigenthum, die Credite und Forderungen der betreffenden Staatsangehörigen, welcher Art sie auch seien, weder einer Beschlagnahme noch einer Sequestration, noch anderen Lasten oder Auflagen unterworfen werden, als denjenigen, welche von allen Angehörigen des Landes erhoben werden.

Artikel 13.

Die deutschen Kaufleute in Guatemala und die guatemalaner Kaufleute in Deutschland werden bei ihrem Handel alle Rechte, Freiheiten und Zollbefreiungen geniessen, welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden. || In Folge dessen können in Deutschland auf die Erzeugnisse des Bodens und Gewerbefleisses von Guatemala und in Guatemala auf die Erzeugnisse des deutschen Bodens und Gewerbefleisses keine anderen oder höheren Eingangsabgaben gelegt werden, als diejenigen, denen die nämlichen Erzeugnisse der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder unterliegen werden. Derselbe Grundsatz soll für die Ausfuhr gelten. Kein Verbot und keine Beschränkung der Einfuhr oder Ausfuhr irgend eines Artikels soll in dem gegenseitigen Handel der beiden Länder Anwendung finden, wenn dieselben sich nicht gleichmässig auf alle anderen Nationen erstrecken, und die Förmlichkeiten, welche zum Beweise des Ursprungs und der Herkunft der in eines der beiden Länder eingeführten Waaren verlangt werden mögen, sollen gleichfalls gemeinsam sein für alle anderen Nationen.

Artikel 14.

Die Schiffe eines jeden der beiden Theile, welche in die Häfen des anderen einlaufen oder von denselben ausgehen, werden keinen anderen oder höheren Abgaben an Tonnen-, Leucht-, Hafen-, Lootsen-, Quarantäne- und anderen den Schiffskörper betreffenden Gebühren unterworfen sein, als denjenigen, welchen beziehentlich die Schiffe des eigenen Landes unterworfen sind oder sein werden. || Die Tonnengelder und andere Abgaben, welche im Verhältniss der Tragfähigkeit der Schiffe erhoben werden, werden in Guatemala von deutschen Schiffen nach Maassgabe des deutschen Schiffsregisters berechnet und umgekehrt.

Nr. 9579.
Deutschland.
20. Sept. 1887.

Artikel 15.

Gegenstände aller Art, welche in die Häfen des einen der beiden Länder unter der Flagge des anderen eingeführt werden, sollen, welches auch ihr Ursprung sein und aus welchem Lande auch die Einfuhr erfolgen möge, keine anderen oder höheren Eingangsabgaben entrichten und keinen anderen Lasten unterworfen sein, als wenn sie unter der Nationalflagge eingeführt würden. || Desgleichen sollen Gegenstände aller Art, welche aus einem der beiden Länder unter der Flagge des anderen, nach welchem Lande es auch sein möge, ausgeführt werden, keinen anderen Abgaben oder Förmlichkeiten unterworfen sein, als wenn sie unter der Nationalflagge ausgeführt würden.

Artikel 16.

Die deutschen Schiffe in Guatemala und die guatemalanischen Schiffe in Deutschland können einen Theil ihrer aus dem Anlande kommenden Ladung in dem einen Hafen und den Rest dieser Ladung in einem oder mehreren anderen Häfen desselben Landes entlöschen, und nicht minder können sie ihre Rückfracht theilweise in verschiedenen Häfen des gedachten Landes einnehmen, ohne in jedem Hafen andere oder höhere Abgaben zu entrichten, als diejenigen, welche unter ähnlichen Umständen die Schiffe des eigenen Landes entrichten oder zu entrichten haben werden. || Bezüglich der Küstenfrachtfahrt werden die beiderseitigen Angehörigen behandelt werden, wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nation.

Artikel 17.

Schiffe im Besitze von Angehörigen des einen der beiden Hohen vertragenden Theile, welche an den Küsten des anderen Schiffbruch leiden oder stranden sollten, oder welche in Folge von Seenoth oder erlittener Havarei in die Häfen des anderen Theils einlaufen oder dessen Küsten berühren, sind keinerlei Schifffahrtsabgaben, welcher Art oder welches Namens, unterworfen, mit Ausnahme derjenigen, welchen in ähnlichen Umständen die Nationalschiffe unterliegen oder unterworfen sein werden. || Ueberdies ist es ihnen gestattet, auf andere Schiffe überzuladen oder ihre ganze Ladung oder einen Theil derselben, um das Verderben der Waaren zu verhüten, am Lande und in Maga-

Nr. 9579.
Deutschland.
20. Sept. 1887.

zinen unterzubringen, ohne dafür andere Gebühren zu entrichten, als die Entlöschungskosten und die auf die Miethe öffentlicher Magazine und den Gebrauch öffentlicher Schiffswerfte zum Zweck der Unterbringung der Waaren und Ausbesserung des Schiffes bezüglichen. || Zu diesem Zweck, sowie um sich mit Lebensmitteln zu versorgen und sich in den Stand zu bringen, ihre Reise unbehindert fortzusetzen, soll ihnen jede Art von Erleichterung und Schutz gewährt werden.

Artikel 18.

Als deutsche Schiffe werden in Guatemala und als guatemalanische Schiffe werden in Deutschland alle diejenigen erachtet werden, welche unter der betreffenden Flagge fahren und mit solchen Schiffspapieren und Urkunden versehen sind, wie sie die Gesetze der beiden Länder erfordern, um die Nationalität der Handelsschiffe nachzuweisen.

Artikel 19.

Schiffe, Waaren und andere den betreffenden Staatsangehörigen eigenthümliche Gegenstände, welche innerhalb der Gerichtsbarkeit des einen der beiden vertragenden Theile oder auf hoher See von Piraten geraubt und nach den Häfen, Flüssen, Rheden oder Buchten im Gebiete des anderen Theils gebracht oder daselbst angetroffen werden, sollen ihren Eigenthümern gegen Erstattung der Kosten der Wiedererlangung, wenn solche entstanden und von den competenten Behörden zuvor festgestellt sind, zurückgegeben werden, sobald das Eigenthumsrecht vor diesen Behörden nachgewiesen sein wird, auf eine Reclamation hin, welche innerhalb einer Frist von zwei Jahren von den Betheiligten oder deren Bevollmächtigten oder von Vertretern der betreffenden Regierungen angebracht werden muss.

Artikel 20.

Die Kriegsschiffe des einen der beiden vertragenden Theile können in alle Häfen des anderen, welche der meistbegünstigten Nation geöffnet sind, einlaufen, daselbst verweilen, Bedarf einnehmen und Ausbesserung vornehmen; sie sind daselbst den nämlichen Vorschriften unterworfen und geniessen dieselben Vortheile, als die Kriegsschiffe der meistbegünstigten Nation.

Artikel 21.

Jeder der beiden Hohen vertragenden Theile kann in den Gebieten des anderen Consuln ernennen; diese Agenten werden jedoch nicht eher in die Ausübung ihrer Verrichtung eintreten, noch der mit ihrem Amt verbundenen Rechte, Vorrechte und Freiheiten theilhaftig werden, bis sie das Exequatur der Territorialregierung erhalten haben, welche letztere sich vorbehält, die Aufenthaltsorte zu bestimmen, an denen sie Consuln zulassen will. Es versteht sich, dass in dieser Beziehung die Regierungen sich gegenseitig keine anderen Beschränkungen auferlegen werden, als diejenigen, die in ihrem Lande allen Nationen gemeinsam sind.

Artikel 22.

Die Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln und Consularagenten, sowie die ihrer Mission beigegebenen Consulareleven, Kanzler und Sekretäre werden in beiden Ländern alle Vorrechte, Befreiungen und Freiheiten genießen, welche an dem Orte ihres Aufenthalts den Agenten desselben Ranges der meistbegünstigten Nation bewilligt werden mögen. || Die Berufsconsuln (consules missi) sollen, sofern sie Angehörige desjenigen vertragenden Theils sind, welcher sie ernannt hat, von Militäreinquartierung befreit sein, sowie von directen, Personal-, Mobiliar- oder Luxussteuern, mögen solche vom Staate oder der Commune auferlegt sein. || Sollten jedoch die genannten Beamten Kaufleute sein oder ein Gewerbe betreiben oder unbewegliches Eigenthum besitzen, so werden sie in Beziehung auf die Lasten und Abgaben von solchem Gewerbe oder Eigenthum wie die Angehörigen ihres Landes angesehen. || Die Berufsconsuln (consules missi) sollen, sofern sie Angehörige desjenigen vertragenden Theils sind, welcher sie ernannt hat, die persönliche Immunität genießen und nur wegen schwerer strafbarer Handlungen festgenommen oder verhaftet werden. Was die Consuln anlangt, welche Angehörige des Landes sind, in dem sie ihren Sitz haben oder welche Handel treiben, so versteht sich die persönliche Immunität nur von Schulden und anderen Verbindlichkeiten, welche nicht herrühren aus den Handelsgeschäften, die sie selbst oder durch ihre Untergebenen betreiben. || Die gedachten Agenten können über dem äusseren Eingang ihrer Wohnung ein Schild mit dem Wappen ihres Landes und der Inschrift: || Consulat von || anbringen, und ebenso können sie die Flagge ihres Landes an dem Consulatsgebäude aufziehen. Diese äusseren Abzeichen werden jedoch niemals angesehen werden als ein Recht gebend auf Gewährung des Asyls. || Im Falle des Todes, der Behinderung oder der Abwesenheit der Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln und Consularagenten werden die Consulareleven, Kanzler und Sekretäre von Rechtswegen zur einstweiligen Besorgung der Consulatsgeschäfte zugelassen werden.

Nr. 9679.
Deutschland.
20. Sept. 1887.

Artikel 23.

Die Archive und im Allgemeinen alle Papiere der betreffenden Consulatskanzleien sind unverletzlich und können unter keinem Vorwande und in keinem Falle von Seiten der Landesbehörde weggenommen oder durchsucht werden.

Artikel 24.

Die betreffenden Generalconsuln und Consuln haben die Befugniss, Viceconsuln und Consularagenten in den verschiedenen Städten, Häfen oder Orten ihres Consularbezirks einzusetzen, wenn das Interesse des ihnen anvertrauten Amts dies erheischt; es versteht sich jedoch mit dem Vorbehalte der Genehmigung und der Ertheilung des „Exequatur“ seitens der Regierung des Landes. || Solche Agenten können sowohl aus der Zahl der beiderseitigen Angehörigen, als der Fremden ernannt werden.

Artikel 25.

Nr. 9579.
Deutschland.
20. Sept. 1887.

Die betreffenden Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln oder Consularagenten können bei Todesfällen ihrer Landsleute, wenn solche ohne Hinterlassung eines Testamentes oder ohne Namhaftmachung von Testamentvollstreckern verstorben sind: || 1) von Amtswegen oder auf Antrag der beteiligten Parteien das bewegliche Vermögen und die Papiere des Verstorbenen unter Siegel legen, indem sie von der bevorstehenden Handlung der zuständigen Ortsbehörde Nachricht geben, damit diese in Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit derselben beiwohne und, wenn sie es für passend hält, ihre Siegel mit den von dem Consul angelegten kreuze. || Diese doppelten Siegel können nur im beiderseitigen Einverständniss abgenommen werden; || 2) ein Verzeichniss des Nachlasses aufnehmen, und zwar in Gegenwart der zuständigen Behörde, wenn diese glaubt, zugegen sein zu sollen; || 3) zum Verkauf der zum Nachlass gehörigen beweglichen Gegenstände nach den Gesetzen des Landes schreiten, sobald dieselben mit der Zeit sich verschlechtern würden oder der Consul den Verkauf im Interesse der Erben des Verstorbenen für nützlich erachtet; || 4) persönlich den Nachlass verwalten oder liquidiren, oder unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit einen oder mehrere Bevollmächtigte für die Verwaltung und Liquidirung des Nachlasses ernennen. || Die Consuln sind jedoch verpflichtet, den Tod ihrer Landsleute in einer der Zeitungen anzukündigen, welche innerhalb ihres Districts erscheinen, und sie dürfen den Nachlass oder den Erlös für denselben den gesetzlichen Erben oder deren Bevollmächtigten nicht früher ausantworten, als bis allen Verbindlichkeiten, welche der Verstorbene im Lande eingegangen sein könnte, Genüge geschehen oder ein Jahr seit dem Tage der Bekanntmachung des Todesfalles verflossen ist, ohne dass ein Anspruch an den Nachlass geltend gemacht wurde. || Wenn an dem Wohnorte des Verstorbenen kein Consul vorhanden ist, so sollen die zuständigen Behörden selbst diejenigen geeigneten Maassregeln treffen, welche in gleichem Falle hinsichtlich des Vermögens der Angehörigen des Landes getroffen werden würden, und haben sie dem nächsten Consul oder Consularagenten so bald als möglich von dem Todesfalle Nachricht zu geben, und es werden die Amtshandlungen von dem Consul oder Consularagenten von dem Augenblicke an weiter geführt werden, wo er sich entweder selbst oder in der Person eines Beauftragten am Orte einfindet. || Die Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln und Consularagenten werden als Vormünder der Waisen und Minderjährigen ihres Landes angesehen werden, und auf Grund dessen können sie alle Sicherungsmaassregeln ergreifen, welche deren persönliches Wohl und die Sorge für deren Vermögen erheischt; sie können letzteres verwalten und allen Obliegenheiten eines Vormundes sich unterziehen, unter der Verantwortlichkeit, welche die Gesetze ihres Landes bestimmen.

Artikel 26.

Den beiderseitigen Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln oder Consularagenten steht ausschliesslich die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung an

Bord der Handelsschiffe ihrer Nation zu. Sie allein haben demgemäss Streitigkeiten jeder Art zwischen den Schiffsführern und der Schiffsmannschaft zu schlichten, insbesondere auch Streitigkeiten, welche sich auf die Heuer und die Erfüllung sonstiger Verträge beziehen. Die Localbehörden dürfen nur dann einschreiten, wenn die vorkommenden Unordnungen der Art sind, dass die Ruhe und öffentliche Ordnung am Lande oder im Hafen dadurch gestört wird, oder wenn ein Landesangehöriger oder eine nicht zur Schiffsmannschaft gehörige Person betheiltigt ist. || In allen anderen Fällen haben die gedachten Behörden sich darauf zu beschränken, der Consulatsbehörde auf Verlangen Beistand zu leisten, wenn die letztere zur Verhaftung einer in die Musterrolle eingetragenen Person schreiten zu müssen glaubt, um dieselbe in vorläufigem Gewahrsam zu halten und demnächst an Bord zurückzuführen. || In allem, was die Hafenz Polizei, das Laden und Ausladen der Schiffe, die Sicherheit der Waaren, Güter und Effecten betrifft, sind die Angehörigen der beiden Länder den Gesetzen und Einrichtungen des betreffenden Gebietes gegenseitig unterworfen.

Nr. 9579.
Deutschland.
20. Sept. 1887.

Artikel 27.

Die betreffenden Generalconsuln, Consuln, Viceconsuln oder Consularagenten können diejenigen Seeleute, welche von Schiffen ihres Landes entwichen sind, verhaften und an Bord oder in ihre Heimath zurücksenden lassen. Zu diesem Zweck haben sie sich schriftlich an die zuständige Ortsbehörde zu wenden und durch Vorlegung des Schiffsregisters oder der Musterrolle oder einer beglaubigten Abschrift dieser Urkunden nachzuweisen, dass die reclamirten Leute wirklich zur Schiffsmannschaft gehört haben. Auf einen in dieser Art begründeten Antrag darf die Auslieferung nicht verweigert werden; auch soll jede Hülfe und jeder Beistand zur Aufsuchung, Ergreifung und Verhaftung solcher Entwichenen gewährt, und sollen dieselben auf den Antrag und auf Kosten der gedachten Agenten in die Gefängnisse abgeführt und daselbst in Gewahrsam gehalten werden, bis diese Agenten eine Gelegenheit zur Wieder einlieferung oder Heimsendung finden. Wenn sich jedoch eine solche Gelegenheit innerhalb dreier Monate, vom Tage der Festnahme an gerechnet, nicht bietet, so werden die Verhafteten in Freiheit gesetzt und können aus demselben Grunde nicht wieder verhaftet werden. || Die Hohen vertragenden Theile sind darüber einverstanden, dass Seeleute und andere Personen der Schiffsmannschaft, welche Angehörige des Landes sind, in welchem die Entweichung stattfindet, von den Bestimmungen dieses Artikels ausgenommen sein sollen.

Artikel 28.

Sofern keine Verabredungen zwischen den Rhedern, Befrachtern und Versicherern entgegenstehen, werden die Havareien, welche Schiffe der beiden Länder auf hoher See oder auf der Fahrt nach den betreffenden Häfen erlitten haben, von den Generalconsuln, Consuln oder Viceconsuln oder Consularagenten ihres Landes geregelt, es sei denn, dass Angehörige des Landes, in

Nr. 9579.
 Deutschland.
 20. Sept. 1887.

dem die gedachten Agenten ihren Sitz haben, an den Havereien betheiligt sind, in welchem Falle diese durch die Ortsbehörden geregelt werden sollen, dafern kein gütliches Abkommen zwischen den Parteien zu Stande kommt.

Artikel 29.

Wenn ein Regierungsschiff oder das Schiff eines Angehörigen eines der Hohen vertragenden Theile an den Küsten des anderen Theils Schiffbruch leidet oder strandet, so sollen die Ortsbehörden den Generalconsul, Consul, Viceconsul oder Consularagenten des Bezirks oder, in dessen Ermangelung, den dem Orte des Unfalles nächsten Generalconsul, Consul, Viceconsul oder Consularagenten davon benachrichtigen. || Alle Rettungsmaassregeln bezüglich der in den deutschen Territorialgewässern gescheiterten oder gestrandeten guatemalanischen Schiffe sollen nach Maassgabe der Landesgesetze erfolgen, und umgekehrt sollen alle Rettungsmaassregeln in Bezug auf deutsche in Territorialgewässern von Guatemala gescheiterte oder gestrandete Schiffe in Gemässheit der Gesetze des Landes erfolgen. || Die Consulatsbehörden haben in beiden Ländern nur einzuschreiten, um die auf die Ausbesserung und Neuverproviantirung oder, eintretendenfalls, auf den Verkauf des an der Küste gestrandeten oder beschädigten Schiffes bezüglichen Maassregeln zu überwachen. || Für die Intervention der Ortsbehörden sollen in allen diesen Fällen keinerlei Kosten erhoben werden, ausser solchen, welche durch die Rettungsmaassregeln und durch die Erhaltung der geborgenen Gegenstände veranlasst sind oder welchen in ähnlichen Fällen die Schiffe des eigenen Landes unterworfen sind oder sein werden. || Die Hohen vertragenden Theile sind ausserdem darüber einverstanden, dass die geborgenen Waaren der Entrichtung einer Zollabgabe nicht unterworfen werden sollen, es sei denn, dass sie zum inneren Verbrauch zugelassen werden.

Artikel 30.

Die beiden Hohen contrahirenden Theile sind einverstanden, dass sie sich gegenseitig in Handels-, Schiffahrts- und Consulatsachen ebenso viele Rechte zugestehen wollen, als der meistbegünstigten Nation eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden mögen.

Artikel 31.

Im Falle, dass einer der vertragenden Theile der Meinung sein sollte, es sei eine der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages zu seinem Nachtheile verletzt worden, soll er alsbald eine Auseinandersetzung der Thatsachen, mit dem Verlangen der Abhülfe und mit den nöthigen Urkunden und Belegen zur Begründung seiner Beschwerde versehen, dem anderen Theile zugehen lassen, und er darf zu keinem Acte der Wiedervergeltung die Ermächtigung ertheilen oder Feindlichkeiten begehen, so lange nicht die verlangte Genugthuung verweigert oder willkürlich verzögert wird.

Artikel 32.

Der gegenwärtige Vertrag soll von dem Tage des Austausches der Ratification an zehn Jahre in Geltung bleiben, und wenn weder der eine noch der andere der beiden Theile zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist durch eine amtliche Erklärung seine Absicht ankündigt, die Wirksamkeit dieses Vertrages aufhören zu lassen, so wird derselbe für ein weiteres Jahr in Kraft bleiben und so fort bis zum Ablaufe eines Jahres, nachdem die erwähnte amtliche Ankündigung stattgefunden haben wird.

Nr. 9579.
Deutschland.
20. Sept. 1887.

Artikel 33.

Es ist verabredet worden, dass jedesmal, wenn in diesem Vertrage davon die Rede ist, dass die beiden Hohen vertragenden Theile sich als die meistbegünstigte Nation anerkennen, diese Bestimmungen nicht die mittel-amerikanischen Freistaaten einschliessen, da letztere sich nach ihrem Dafürhalten unter einander nicht als fremde Nationen im strengen Sinne des Wortes ansehen.

Artikel 34.

Der gegenwärtige Vertrag, aus vierunddreissig Artikeln bestehend, soll ratificirt und es sollen die Ratificationen in Guatemala ausgetauscht werden, innerhalb einer Frist von achtzehn Monaten oder früher, wenn dies möglich ist. || Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und beziehentlich mit ihren Siegeln untersiegelt. || So geschehen in der Stadt Guatemala in zwei Originalen am zwanzigsten September eintausend achthundert und sieben und achtzig.

Werner von Bergen.

2. Denkschrift.

Von den deutschen Bundesstaaten haben Hamburg, Lübeck und Bremen am 25. Juni 1847 und Preussen am 29. Juli 1852 mit dem Freistaat Guatemala Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträge abgeschlossen, von welchen jedoch der letztere wegen Bedenken, welche auf guatemalanischer Seite erhoben wurden, nicht zur Ratifikation gelangt ist.

Im Jahre 1873 ist dann von der Regierung des Freistaates der Wunsch geäußert worden, mit dem Reich in Vertragsverhandlungen zu treten. Die Verhandlungen, welche aus äusseren Gründen erst im Jahre 1876 durch den inzwischen dort beglaubigten Kaiserlichen Geschäftsträger eröffnet werden konnten, führten am 12. Oktober 1876 zur Unterzeichnung eines Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Konsularvertrages. Gegen denselben walteten hier indessen mehrfache Bedenken ob, so dass diesselbst beschlossen wurde, vor der Genehmigung des Vertrages noch verschiedene Nachtrags-, beziehungsweise Zusatzbestimmungen zu vereinbaren.

Nach langwierigen Verhandlungen des diessseitigen Bevollmächtigten über

Nr. 9579.
Deutschland.
20. Sept. 1887.

die Verlängerung der in dem Verträge vorgesehenen Ratifikationsfrist gelang es demselben, unter dem 11. September 1878 mit Guatemala an Stelle der Nachtragskonvention einen neuen Vertrag abzuschliessen, in welchem die deutscherseits gewünschten Modifikationen im Allgemeinen berücksichtigt worden waren. Letzterer gelangte jedoch wiederum nicht zur Ratifikation, da im Jahre 1879 in die guatemalanische Verfassung ein von den bezüglichen Bestimmungen des Vertrags abweichender Artikel aufgenommen wurde, wonach die in Guatemala geborenen Kinder von Ausländern als Inländer betrachtet werden sollten, und der dortige Kongress daraufhin die Erklärung abgab, dass, solange jener Widerspruch bestehe, dem Verträge die Zustimmung nicht ertheilt werden könne.

Seit dieser Zeit haben die Verhandlungen geruht, bis durch ein guatemalanisches Gesetz vom 20. Oktober 1885 der gedachte Artikel dahin ergänzt wurde, dass die Regierung ermächtigt sei, im Vertragswege, jedoch unter Beobachtung der Reciprocität, die Frage der Staatsangehörigkeit in einer von jenem Artikel abweichenden Form zu regeln. Daraufhin gab die guatemalanische Regierung den Wunsch zu erkennen, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Diesem Wunsche wurde diesseits entsprochen, und führten die Verhandlungen, nach verschiedenen längeren, durch Wechsel in der Regierung des Freistaates veranlassten Unterbrechungen, am 20. September 1887 zu Guatemala zur Unterzeichnung des vorliegenden Vertrags. Derselbe ist inzwischen von dem guatemalanischen Kongress genehmigt und von dem Präsidenten ratifizirt worden.

Abgesehen von einer Anzahl redaktioneller Verbesserungen ist der Vertrag zum grössten Theile identisch mit der bestehenden deutsch-costaricanischen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtskonvention vom 18. Mai 1875 (Reichs-Gesetzbl. 1877 S. 13). Wie diese (und wie fast alle zwischen europäischen und amerikanischen Staaten bestehenden Verträge) beruht er auf dem Grundsatz der vollen Reciprocität und sichert, abgesehen von dem sich auch in dem costaricanischen Verträge findenden Vorbehalt (Artikel 33 d. Vorl., bez. Art. 14 d. Vertrages mit Costarica), die gleiche Behandlung der beiderseitigen Angehörigen mit den Angehörigen der meistbegünstigten Nation. Nur in den folgenden Punkten weist der Vertrag materielle Abweichungen von dem mit Costarica bestehenden auf:

1. Der Artikel IX des letztgedachten Vertrages sichert ausdrücklich auch denjenigen Ehen die rechtliche Anerkennung, welche in einem der beiden Länder vor einem mit der erforderlichen Ermächtigung versehenen diplomatischen oder konsularischen Vertreter des anderen Landes geschlossen sind. || Eine solche Bestimmung erscheint in Verträgen mit solchen Ländern erwünscht, wo sich der Eingehung der Ehe für dort lebende deutsche Angehörige Schwierigkeiten entgegenstellen. Da nun deutsche Angehörige in der freien Eingehung einer Ehe in Guatemala nach den bisherigen Erfahrungen nicht behindert sind, so konnte von der Aufnahme einer dem Artikel IX des costari-

canischen Vertrages entsprechenden Bestimmung in den vorliegenden Vertrag Abstand genommen werden. || 2. Artikel X des Vertrages regelt die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der in Guatemala geborenen Kinder von Deutschen in einer von dem Artikel XI des Vertrages mit Costarica abweichenden Weise.

Nr. 9579.
Deutschland.
20. Sept. 1887.

Die Regelung dieser Frage hatte bereits früher die erheblichsten Schwierigkeiten gefunden und, wie oben erwähnt, zum Abbruch der Verhandlungen geführt. Neuerdings verstand sich nun die guatemalanische Regierung insofern zu einer Concession, als sie sich zu der Aufnahme der folgenden Bestimmungen bereit erklärte, nämlich: a) dass die in Guatemala geborenen Söhne eines Deutschen, beziehungsweise die in Deutschland geborenen Söhne eines Guatemalaners, in dem Lande ihrer Geburt als der Nationalität ihres Vaters angehörig dann betrachtet werden sollten, wenn sie zu der Zeit, wo sie die Grossjährigkeit erreichen, die Erfüllung ihrer militärischen Pflichten in dem Heimathlande ihres Vaters nachweisen, und || b) dass die Nachkommen derjenigen Individuen, welche die Nationalität ihres Vaters auf Grund der vorerwähnten Vorschrift bewahrt haben, als Bürger desjenigen Landes gelten sollten, in welchem sie geboren sind.

In der erstgedachten Bestimmung liegt nun zwar insofern etwas Anomales, als Rechte des einen Staates von dem dem anderen Staate zu erbringenden Nachweise abhängig gemacht werden, dass Pflichten gegenüber dem ersteren Staate seitens der betreffenden Individuen erfüllt sind. Da indessen guatemalanischerseits auf eine solche oder ähnliche Fassung des Artikels ein das Zustandekommen des Vertrages bedingender Werth gelegt wurde, so erschien es angezeigt, diesseits an dem Inhalt dieser Vorschrift den Vertragsabschluss nicht scheitern zu lassen. Um jedoch nicht auf diesem Wege das in Deutschland hinsichtlich des Erwerbes und Verlustes der Reichsangehörigkeit geltende Recht abzuändern, ist auf diesseitigen Vorschlag dem Artikel eine derartige Fassung gegeben worden, dass, wenn darnach auch die Behörden Guatemalas unter Umständen berechtigt sind, den dort geborenen Sohn eines Deutschen als ihren Landesangehörigen zu betrachten, seine bisherige Staatsangehörigkeit doch unberührt bleibt.

3. Die in dem Verträge mit Costarica enthaltenen Bestimmungen über das Seekriegsrecht (Art. 22 bis 25) waren in dem vorliegenden Verträge zum grössten Theil entbehrlich, da Guatemala seit längerer Zeit der Pariser Seerechtsdeklaration beigetreten ist. Im Uebrigen erschien es zweckmässig, die Verhandlungen nicht durch die Erörterung völkerrechtlicher Fragen zu erschweren.

Die Aufnahme jener Artikel ist daher im vorliegenden Vertrag, wie auch bereits in dem deutsch-mexikanischen Verträge vom 5. December 1882 und in dem deutsch-dominikanischen vom 30. Januar 1885, unterblieben.

Was den Freistaat Honduras anbetrifft, so hat dessen Regierung vor längerer Zeit den Wunsch zu erkennen gegeben, mit Deutschland einen Freund-

Nr. 9579.
Deutschland.
20. Sept. 1887.

schafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zu vereinbaren, und hat sich der Bundesrath im Jahre 1877 mit dem Abschluss eines solchen einverstanden erklärt. Die Eröffnung bezüglicher Verhandlungen wurde indessen durch Schwierigkeiten, die in den politischen Verhältnissen des Freistaates ihren Grund hatten, verzögert. Dazu kam, dass an Ort und Stelle es an einem diesseitigen Vertreter, der mit den Verhandlungen hätte betraut werden können, fehlte. Im Uebrigen schien es zweckentsprechend, zunächst den Vertrag mit Guatemala zum definitiven Abschluss zu bringen, da anzunehmen war, dass die Verhandlungen mit anderen centralamerikanischen Staaten leichter zum Ziele führen würden, sobald einmal mit demjenigen jener Staaten, welcher die lebhaftesten Beziehungen zu Deutschland unterhält, eine Verständigung erzielt sein würde.

Diese Voraussetzung ist in der That eingetreten. Nachdem, wie oben erwähnt, im September v. J. der Vertrag zwischen dem Reich und Guatemala zum Abschluss gelangt war, bevollmächtigte die Regierung von Honduras den Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Guatemala, der auch an den Verhandlungen über jenen Vertrag betheiligt war, zum Abschlusse eines gleichlautenden Vertrages mit Deutschland. Am 12. December 1887 fand dann ohne weitere Schwierigkeiten die Unterzeichnung des vorliegenden Freundschafts-, Handels-, Schifffahrts- und Konsularvertrages seitens der beiderseitigen Bevollmächtigten statt. Derselbe ist nach Berichten des diesseitigen Unterhändlers inzwischen auf Seiten des Freistaates Honduras gleichfalls ratificirt worden.

Der Vertrag stimmt mit dem deutsch-guatemalanischen Vertrage vom 20. September 1887 vollständig überein, und treffen die auf den letzteren bezüglichen obigen Bemerkungen im Wesentlichen auch hier zu.

Nur hinsichtlich der in den Vertrag nicht übernommenen seekriegsrechtlichen Bestimmungen wäre hervorzuheben, dass Honduras der Pariser Seerechtsdeklaration, soviel hier bekannt, zwar nicht formell beigetreten ist; indessen hat der Freistaat deren Grundsätze in früher von ihm abgeschlossenen Staatsverträgen ausdrücklich anerkannt. In jedem Falle hätte eine Abänderung der Vorlage zu neuen Verhandlungen geführt, deren Ende nicht abzusehen gewesen wäre. Der Kaiserliche Vertreter hielt es daher für angezeigt, die gerade günstigen Verhältnisse zu benutzen und den Vertrag in derselben Fassung, wie sie derjenige mit Guatemala erhalten hat, zum Abschluss zu bringen.

Nr. 9580. DEUTSCHLAND. — Abkommen zwischen dem deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn wegen Verlängerung des Handelsvertrages vom 23. Mai 1881*).

1. Das Abkommen.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des ^{Nr. 9580.} Deutschen Reichs einerseits und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, ^{Deutschland.} König von Böhmen u. s. w. und apostolischer König von Ungarn andererseits, von dem Wunsche geleitet, die bestehenden vertragsmässigen Grundlagen für die Entwicklung des Handels und Verkehrs zwischen den beiderseitigen Gebieten auch über die Dauer des mit dem 31. Dezember 1887 ablaufenden Handelsvertrages vom 23. Mai 1881 hinaus aufrecht zu erhalten, haben behufs eines zu diesem Zweck zu treffenden Abkommens zu ihren Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: Allerhöchstihren Generaladjutanten und General der Kavallerie Heinrich VII. Prinz Reuss, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich und apostolischen König von Ungarn, || und || Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen u. s. w. und Apostolischer König von Ungarn: || Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath, Feldmarschall-Lieutenant, Minister des Kaiserlichen Hauses und des Aeussern Gustav Grafen Kálnoky von Köröspatak, || welche nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten Folgendes vereinbart haben:

Artikel 1.

Der am 23. Mai 1881 zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn abgeschlossene Handelsvertrag nebst Sblussprotokoll vom gleichen Tage soll bis zum 30. Juni 1888 in Kraft bleiben. || In dem Falle, dass keiner der Hohen vertragschliessenden Theile vor dem 15. Februar 1888 seine Absicht, die Wirkungen des gedachten Vertrages aufhören zu lassen, angezeigt haben sollte, bleibt derselbe bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der Hohen vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird, in Kraft.

Artikel 2.

Das gegenwärtige Abkommen soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen baldthunlichst in Wien ausgetauscht werden. || Dasselbe soll sofort nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen in duplo zu Wien, den 8. Dezember 1887. || (L. S.) Heinrich VII. Prinz Reuss. (L. S.) Graf Kálnoky.

*) Abgedruckt aus den Reichstagsakten, 7. Legislaturperiode, 2. Session, 1887/88, No. 40. A. d. Red.

2. Denkschrift.

Nr. 9580.
Deutschland.
23. Mai 1881.

Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn vom 23. Mai 1881, dessen Wirksamkeit mit dem 1. Juli desselben Jahres begann, läuft mit dem 31. Dezember 1887 ab. || Der Vertrag regelt die beiderseitigen Handelsbeziehungen auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation und enthält im Uebrigen gewisse Erleichterungen für den Grenzverkehr und ein der wirksamen Durchführung der Zollgesetze förderliches Zollkartell. || Schon im vergangenen Frühjahr hat die Kaiserlich und Königlich österreichisch-ungarische Regierung ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, mit Deutschland in Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Handelsvertrages auf erweiterter Grundlage einzutreten. || Die Regierung Seiner Majestät, obwohl in gleichem Grade bemüht, den Handelsbeziehungen zwischen beiden Nachbarreichen eine thunlichst ausgedehnte vertragsmässige Grundlage zu sichern, konnte jedoch den Zeitpunkt nicht für geeignet erachten, dieserhalb in sofortige Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn einzutreten. Dieselbe glaubte vielmehr, zunächst eine abwartende Haltung einnehmen zu sollen, ohne indessen der von österreichisch-ungarischer Seite gegebenen Anregung gegenüber sich im Prinzip ablehnend zu verhalten. || Inzwischen befestigte sich auf beiden Seiten die Ueberzeugung, dass auf das Zustandekommen eines definitiven Zoll- und Handelsvertrages bis zum Ablaufe des bestehenden Vertrages nicht mehr gerechnet werden konnte. || Um der unter diesen Umständen drohenden Eventualität eines, wenn auch nur vorübergehenden, vertragslosen Zustandes vorzubeugen, welcher weder den Interessen unseres Handels und unserer Industrie, noch den freundschaftlichen Beziehungen beider Reiche entsprechen würde, erschien es angemessen, eine provisorische Verlängerung des bestehenden Vertragsverhältnisses ins Auge zu fassen. || Die Kaiserlich und Königlich österreichisch-ungarische Regierung hatte sich an die Parlamente beider Reichshälften gewandt, um sich von denselben die Ermächtigung ertheilen zu lassen, den Handelsvertrag mit Deutschland auf 6 Monate, d. i. bis zum 30. Juni 1888, zu verlängern. || Die Regierung Seiner Majestät dagegen glaubte, im Sinne des von der einheimischen Geschäftswelt bei mehrfachen Anlässen kundgegebenen Wunsches nach thunlichster Stabilität der Handelsabmachungen mit anderen Ländern, auch für die provisorische Verlängerung des bestehenden Vertrages von vornherein einen längeren als sechsmonatlichen Zeitraum in Aussicht nehmen zu sollen. || In diesem Bestreben fand dieselbe zwar bei der österreichisch-ungarischen Regierung bereitwilliges Entgegenkommen, so dass im Wesentlichen durch das vorliegende Abkommen die Verlängerung des bestehenden Vertrages auf unbestimmte Zeit mit einjähriger Kündigungsfrist angebahnt werden konnte. Da jedoch der österreichische Reichsrath inzwischen vertagt war und seine Wiederberufung im Laufe dieses Jahres nicht mehr in Aussicht stand, so musste der österreichisch-ungarischen Regierung die Möglichkeit offen gehalten werden, für die über den 30. Juni 1888 hinausgehende Vertragsverlängerung die Genehmigung ihrer Parlamente im neuen Jahre zu erholen, eventuell den Vertrag

zu dem letztgenannten Termin wieder zu kündigen. Als Endtermin für diese Kündigungsfrist ist der 15. Februar 1888 festgesetzt worden, einerseits, weil bis dahin die österreichisch-ungarische Regierung in der Lage sein wird, die erforderliche parlamentarische Genehmigung für die Fortdauer des Vertrages über den 30. Juni 1888 hinaus einzuholen, andererseits, um die im Interesse der Geschäftswelt beider Theile gelegene längere Kündigungsfrist thunlichst bald in Wirksamkeit treten zu lassen. || Nach der vorliegenden Fassung wird der Vertrag demnach, sofern derselbe bis zum 15. Februar 1888 von keiner Seite zum 30. Juni 1888 gekündigt sein wird, vom 16. Februar 1888 ab auf unbestimmte Zeit fortbestehen mit der Maassgabe, dass derselbe erst nach Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem er von der einen oder von der anderen Seite gekündigt worden sein wird, ausser Kraft tritt. || Durch die Verlängerung des gegenwärtigen Vertragsverhältnisses auf unbestimmte Zeit wird indessen in keiner Weise ausgeschlossen werden, dass die Regierung Seiner Majestät die Anbahnung eines neuen Vertragsverhältnisses mit Oesterreich-Ungarn auf weiterer Grundlage im Auge behalten und, sobald sie die Möglichkeit erspriesslichen Vorgehens auf dem Wege förmlicher Vertragsverhandlungen gegeben sieht, auf diesem Wege für die ihr anvertrauten Interessen eintreten wird.

Nr. 9580.
Deutschland,
23. Mai 1881.

Nr. 9581. NIEDERLANDE. — Internationaler Vertrag zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern auf hoher See*).

1. Vertrag.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire d'Allemagne, Sa Majesté le Roi des Belges, Sa Majesté le Roi de Danemark, le Président de la République Française, Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, || Ayant reconnu la nécessité de remédier aux abus qu'engendre le trafic des spiritueux parmi les pêcheurs dans la Mer du Nord en dehors des eaux territoriales, || Ont résolu de conclure à cet effet une convention et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: || Monsieur le Baron Jean Antoine de Saurma-Jeltsch, Chevalier de deuxième classe de Ses Ordres de l'Aigle Rouge et de la Couronne etc. etc., Son Conseiller intime de Légation et Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye; || Sa Majesté le Roi des Belges: || Monsieur le Baron Auguste d'Anethan, Grand-Officier de Son Ordre de Léopold, Chevalier de l'Ordre du Lion Néerlandais, Grand-Croix de l'Ordre de la Couronne de Chêne de Luxem-

Nr. 9581.
Niederlande,
16. Nov. 1887.

*) Abgedruckt aus den Reichstagsakten, 7. Legislatur-Periode, 2. Session 1887/88, No. 168.

Nr. 9581.
Niederlande.
16. Nov. 1887.

bourg etc. etc., Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, et || Monsieur Léopold Orban, Commandeur de Son Ordre de Léopold, Commandeur de l'Ordre du Lion Néerlandais etc. etc., Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire, Directeur-Général des Affaires Politiques au Ministère des Affaires Etrangères à Bruxelles; || Sa Majesté le Roi de Danemark: || Monsieur Corneille Marius Viruly, Chevalier de Son Ordre de Danebrog, Consul de Danemark; || le Président de la République Française: || Monsieur Louis Désiré Legrand, Officier de l'Ordre national de la Légion d'Honneur, Grand-Croix de l'Ordre du Lion Néerlandais etc. etc., Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de la République Française à La Haye; || Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande: || L'Honorable Sir William Stuart, Commandeur de Son Ordre très-distingué de St. Michel et de St. Georges et Compagnon de Son très-honorable Ordre du Bain, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, || et || Sa Majesté le Roi des Pays-Bas: le Jonkheer Abraham Pierre Corneille van Karnebeek, Chevalier de Son Ordre du Lion Néerlandais etc. etc., Son Ministre des Affaires Etrangères et || Monsieur Edouard Nicolas Rahusen, Chevalier de Son Ordre du Lion Néerlandais etc. etc., Président du Collège des Pêches maritimes. || Lesquels après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1.

Les dispositions de la présente convention s'appliquent dans la Mer du Nord, en dehors des eaux territoriales, et dans les limites fixées par l'article 4 de la convention de La Haye, du 6 Mai 1882, sur la police de la pêche, à toute personne se trouvant à bord d'un navire ou bâtiment d'une des Hautes Parties Contractantes.

Article 2.

Il est interdit de vendre des boissons spiritueuses aux personnes qui se trouvent à bord de bateaux de pêche ou qui appartiennent à ces bateaux. || Il est interdit à ces personnes d'en acheter. || L'échange de boissons spiritueuses contre tout objet et notamment contre des produits de la pêche, des objets d'armement ou des engins de pêche est défendu. || Est considéré comme boisson spiritueuse tout liquide provenant de la distillation et contenant plus de 5 litres d'alcool par hectolitre.

Article 3.

Le droit de faire de débit aux pêcheurs d'approvisionnements et d'autres objets servants à leur usage, à l'exception des boissons spiritueuses, est subordonné à un permis accordé par l'État auquel appartient le navire. Ce permis doit comprendre entre autres les conditions suivantes: || 1. le navire ne peut avoir à bord une quantité de spiritueux supérieure à celle jugée nécessaire pour la consommation de son équipage; || 2. tout échange des objets indiqués ci-

dessus contre des produits de la pêche, objets d'armement ou engins de pêche est interdit. || Les navires munis de ce permis devront porter la marque spéciale et uniforme dont les Hautes Puissances Contractantes conviendront. Nr. 9581.
Niederlande.
16. Nov. 1887.

Article 4.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre ou à proposer à leurs Législatures respectives les mesures nécessaires pour assurer l'exécution de la présente convention, et notamment pour faire punir, soit de l'emprisonnement soit de l'amende, soit de ces deux peines, ceux qui contreviendraient aux articles 2 et 3.

Article 5.

Les tribunaux compétents pour connaître des infractions aux articles 2 et 3 sont ceux du pays auquel appartient le bâtiment inculpé. || Si des navires de nationalité différente sont impliqués dans une même infraction, les Puissances auxquelles appartiennent ces navires se communiqueront réciproquement les jugements rendus par les tribunaux.

Article 6.

La poursuite des infractions a lieu par l'État ou en son nom. || Les infractions peuvent être constatées par tous les moyens de preuve admis dans la législation du pays, où siège le tribunal saisi.

Article 7.

La surveillance est exercée par les bâtiments croiseurs des Hautes Parties Contractantes, chargés de la police de la pêche. || Lorsque les officiers commandant ces croiseurs ont lieu de croire qu'une infraction aux mesures prévues par la présente convention a été commise, ils peuvent exiger du capitaine ou du patron l'exhibition des pièces officielles justifiant de la nationalité de son bâtiment et, le cas échéant, celle du permis. Mention sommaire de cette exhibition est faite immédiatement sur les pièces produites. || En outre, des procès-verbaux peuvent être dressés par les dits officiers, quelle que soit la nationalité du bâtiment inculpé. Ces procès-verbaux sont dressés suivant les formes et dans la langue en usage dans le pays auquel appartient l'officier; ils peuvent servir de moyen de preuve dans le pays où ils sont invoqués et suivant la législation de ce pays. Les inculpés et les témoins ont le droit d'y ajouter ou d'y faire ajouter, dans leur propre langue, toutes explications qu'ils croient utiles; ces déclarations doivent être dûment signées. || La résistance aux prescriptions des commandants des bâtiments croiseurs, ou de ceux qui agissent d'après leurs ordres, est, sans tenir compte de la nationalité des croiseurs, considérée comme résistance envers l'autorité nationale. || Si le cas lui semble assez grave pour justifier cette mesure, le commandant du croiseur aura le droit de conduire le bâtiment en contravention dans un port de la nation à laquelle appartient ce bâtiment.

Article 8.

Nr. 9581.
Niederlande.
16. Nov. 1887. La procédure en matière d'infraction aux dispositions de la présente convention a toujours lieu aussi sommairement que les lois et les règlements le permettent.

Article 9.

Les Hautes Parties Contractantes se communiqueront, lors de l'échange des ratifications, les lois qui auront été rendues dans leurs États, relativement à l'objet de la présente convention.

Article 10.

Les États qui n'ont point pris part à la présente convention sont admis à y adhérer, sur leur demande. Cette adhésion sera notifiée par la voie diplomatique au Gouvernement des Pays-Bas, et par celui-ci aux autres Gouvernements signataires.

Article 11.

La présente convention sera mise à exécution à partir du jour dont les Hautes Parties Contractantes conviendront. || Elle restera en vigueur pendant cinq années à dater de ce jour, et, dans le cas où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'expiration de la dite période de cinq années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Si la convention de la Haye du 6 Mai 1882 sur la police de la pêche cessait d'être en vigueur, l'article 26 de la dite convention continuera à sortir ses effets pour l'objet du présent arrangement.

Article 12.

La présente convention sera ratifiée; les ratifications en seront échangées à La Haye, le plus tôt possible, et, si faire se peut, dans le délai d'un an. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à La Haye, en six exemplaires, le 16 Novembre 1887. || Baron Saurma. || Baron A. d'Anethan. || Leopold Orban. || C. M. Viruly. || Louis Legrand. || W. Stuart. || v. Karnebeek. || E. N. Rahusen.

2. Denkschrift.

Bereits bei den Verhandlungen, welche zum Abschluss der internationalen Uebereinkunft zur polizeilichen Regelung der Fischerei in der Nordsee vom 6. Mai 1882 (Reichs-Gesetzbl. 1884 S. 25) geführt haben, ist die Frage der Ergreifung von Maassregeln zur Unterdrückung des Unwesens zur Sprache gekommen, welches dem in der Nordsee durch Marketenderschiffe (coopers, bumboats) betriebenen Branntweinhandel anhaftet und seit geraumer Zeit die leb-

haftesten Klagen, namentlich von britischer Seite, hervorgerufen hat. Durch umfassende Ermittlungen ist überzeugend dargethan, dass jene Marketenderschiffe — schwimmende Schnapswirthschaften der niedrigsten Art — Völlerei und Trunksucht, strafbaren Tauschhandel mit Fischen, Netzen, Ankern und sonstigem Fischereigeräth zum Nachtheil der Rheder, Thätlichkeiten bis zu Mord und Todtschlag unter den Nordseefischern sowohl derselben Nation als auch verschiedener Nationen herbeiführen, begünstigen und vermitteln. || Die bei Berathung der Eingangs gedachten Uebereinkunft bereits mehrfach empfohlene Ausdehnung der letzteren auf Vorschriften zur Beseitigung der geschilderten Misstände erwies sich damals wegen unzulänglicher Vorbereitung des Gegenstandes als unthunlich und wurde einer späteren Einigung vorbehalten. Nachdem Grossbritannien und die Niederlande die Angelegenheit wieder aufgenommen hatten, ist auf Einladung der Königlich niederländischen Regierung im Juni 1886 im Haag eine Konferenz von Vertretern der an der internationalen Nordseefischerei-Konvention beteiligten Staaten zur Vorberathung der Frage abgehalten worden. Der aus den Verhandlungen dieser Konferenz, an welcher auch Vertreter des Reiches theilgenommen haben, hervorgegangene Entwurf eines internationalen Vertrages hat, nach Vornahme geringer Aenderungen, die Billigung der Regierungen jener Staaten gefunden und ist sodann am 16. November 1887 im Haag unterzeichnet worden. || Wenngleich das sachliche Interesse Deutschlands insofern nur ein geringes ist, als unsere Seefischer bei der denselben von Natur eigenen Mässigkeit mit den Marketenderschiffen nicht zu verkehren pflegen und daher unter dem Unwesen derselben kaum leiden, so wird dennoch das Reich aus ethischen Gründen sich der Mitwirkung zur Erreichung des angestrebten Zieles nicht entziehen können, da Deutschland ein verhältnissmässig nicht unbedeutendes Kontingent zu den die Nordsee besuchenden Marketenderschiffen stellt.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Vertrages ist Folgendes zu bemerken: || Artikel 1 bezeichnet die Grenzen des Geltungsbereichs des Vertrages in Uebereinstimmung mit den Vorschriften der internationalen Nordseefischerei-Konvention. || Artikel 2 und 3 enthalten die materiellen Bestimmungen. Artikel 2 verbietet unbedingt nicht nur den Verkauf von spirituösen Getränken an Fischer an Bord ihrer Schiffe und den Kauf von Spirituosen durch Fischer, sondern auch den Austausch solcher Getränke gegen Fische, Ausrüstungsgegenstände und Fanggeräthschaften. Bei der Eigenthümlichkeit des örtlichen Gebietes der Wirksamkeit des Vertrages — der hohen See — erscheint die Beseitigung der vorhandenen Missbräuche nicht anders als durch ein gänzlich Verbot des Branntweinhandels unter Fischern erreichbar. Eine beschränkte Gestattung des letzteren, etwa im Wege der Konzessionirung einer bestimmten Anzahl von Schiffen, würde unausbleiblich fortgesetzte Umgehungen zur Folge haben, da eine wirksame Ueberwachung derartigen Gewerbebetriebes als unausführbar sich darstellt. Den Fischern selbst wird durch das Verbot ein Nachtheil nicht zugefügt. Denn alle Fischerboote pflegen die dem wirklichen Bedarf

Nr. 9581.
Niederlande.
16. Nov. 1887.

Nr. 9581.
Niederlande.
16. Nov. 1887.

entsprechende Menge Branntwein für die Besatzung mit sich zu führen, und insbesondere die deutschen Fischerboote entfernen sich meist nicht so weit und so lange von der Küste, dass eine Ergänzung ihres Bedarfs an Branntwein erforderlich wird. || Artikel 3 gestattet zwar den Vertrieb sonstiger Lebensmittel und den Fischern zum Gebrauch dienender Gegenstände, welche — wie Tabak, Kleidungsstücke, Musikinstrumente — in der Regel von den Marketerschiffen gleichzeitig geführt werden, macht aber die Ausübung des Gewerbes von der Ertheilung einer behördlichen Konzession abhängig. Die solcher Konzession nach Vorschrift des Vertrages jedenfalls hinzuzufügenden Einschränkungen sollen verhüten, einerseits, dass der Verkauf der gedachten Gebrauchsgegenstände in der Gestalt des Tausches mit den daran sich knüpfenden nachtheiligen Folgen vor sich gehe, andererseits, dass etwa unter dem Deckmantel eines erlaubten Handelsgewerbes der Verkauf von Spirituosen nach wie vor die Hauptsache bleibe. Zu diesem Zwecke werden die in Betracht kommenden Fahrzeuge, deren Zahl stets eine verhältnissmässig geringe sein wird, in den Häfen beim Ein- und Auslaufen einer sorgfältigen, ohne erhebliche Schwierigkeit und Belästigung ausführbaren Aufsicht zu unterwerfen sein, und es wird ferner darauf geachtet werden müssen, dass die Führer der Fahrzeuge durch ihre Persönlichkeit die Bürgschaft der Zuverlässigkeit gewähren. || Die Artikel 4 bis 12 des Vertrages schliessen sich, abgesehen von unwesentlichen, durch die Natur des Gegenstandes bedingten Aenderungen, eng an die gleichartigen Bestimmungen der internationalen Nordseefischerei-Konvention vom 6. Mai 1882 (Reichs-Gesetzbl. von 1884 S. 25) und der internationalen Konvention zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel (Drucksachen des Reichstags Nr. 174 von 1884) an.

Nr. 9582. **CENTRAL-AMERIKA.** -- Schiedsrichterspruch des Präsid. der Verein. Staaten zwischen den Republiken Costa Rica und Nicaragua, betr. den Grenzfluss San Juan*). —

1. Gutachten des Unter-Staatssekretärs der Vereinigten Staaten Rives**).

To the President:

Nr. 9582.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1886.

Sir—On the 24th day of December, 1886, the Republics of Costa Rica and Nicaragua, by a Treaty signed on that day, agreed, that the question pending between the Contracting Governments in regard to the validity of the "Treaty of Limits" of the 15th April, 1858, should be submitted to arbitration. It was further agreed, that the Arbitrator of that question should be the Pre-

*) Entnommen einer im Auftrage der Regierung zu Washington erfolgten Publikation. A. d. Red.

***) Gearbeitet im Auftrage des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

A. d. Red.

sident of the United States of America; that within sixty days from the ratification of the Treaty of Arbitration the Contracting Governments should solicit of the Arbitrator his acceptance of the charge; that, within ninety days from the notification to the parties of the acceptance of the Arbitrator, they should present to him their allegations and documents; that the arbitrator should communicate to the representative of each Government, within eight days after their presentation, the allegations of the opposing party, in order that the opposing party might be able to answer them within thirty days following that upon which the same should have been communicated; that the decision of the Arbitrator must be pronounced within six months from the date upon which the term allowed for the answers to the allegations should have expired; and that the Arbitrator might delegate his powers, provided he did not fail to intervene directly in pronouncing the final decision. It was further provided, that, if the Arbitrator's award should determine that the Treaty of the 15th April, 1858, was valid, the same award should also declare whether Costa Rica has the right of navigation of the river San Juan with vessels of war or of the revenue service; and that he should in the same manner decide, in case of the validity of the Treaty, upon all the other points of doubtful interpretation which either of the parties might find in the Treaty and communicate to the other within thirty days after the exchange of ratifications of the Treaty of Arbitration. || In accordance with the procedure thus agreed on, the Republic of Nicaragua communicated to the Republic of Costa Rica a statement of eleven points of doubtful interpretation in the Treaty of the 15th April, 1858, which it proposed to submit to the decision of the Arbitrator. The Government of Costa Rica did not communicate any corresponding statement, and now declares that it finds nothing in that Treaty which is not perfectly clear and intelligible. || The two Governments having thereafter solicited your acceptance of the charge, you were pleased, on the 30th day of July, 1887, to signify your acceptance of it, and the representatives of both Governments were duly notified of that fact. || On the 27th day of October, 1887, both Governments presented to you their allegations and documents. These were duly communicated to the opposing parties, and on the 3d day of December, 1887, they both presented answers to the allegations of their opponents. The Spanish documents were subsequently translated and printed. On the 16th day of January, 1888, by an instrument in writing, you were pleased to delegate your powers as Arbitrator to me, in pursuance of the provisions contained in the last sentence of Article V. of the Treaty of Arbitration, and to direct me to examine into the questions at issue and report my conclusions to you. || In accordance with these directions, and after a careful consideration of the allegations of the respective parties, of their answers and of the documents submitted by each, I have now the honor to submit the following:

Nr. 9582.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1886.

Report.

Nr. 9582.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1886.

The questions to be passed upon by the Arbitrator, as will be observed from the foregoing statement of the Treaty of Arbitration, are capable of being classified under two heads: || *First*. Whether the Treaty of Limits of the 15th of April, 1858, is valid. || *Second*. If valid, what is its true meaning in respect of the right of Costa Rica to navigate the River San Juan with vessels of war or of the revenue service, and also in respect of the eleven points submitted for decision by the Government of Nicaragua?

If the first of these questions is decided in the negative — that is, if the Treaty of Limits is decided to be invalid — it will not be necessary to consider at all the questions under the second head.

Before discussing the grounds urged by the Government of Nicaragua, on the one hand, as proving the invalidity of the Treaty of Limits, and those urged by the Government of Costa Rica on the other as establishing its validity, it will be essential to consider briefly the evidence submitted to show what were the recognized boundaries prior to the date of the Treaty, and what were the powers of the respective Governments in regard to it. This historical enquiry, it must be remembered, is not a matter of immediate concern, nor is it directly involved in the decision of the questions now submitted to arbitration; but it is important as elucidating the nature of the principal controversy, and as showing the facts upon which the parties base their respective arguments. || Two questions, essentially distinct in their character, were in discussion in 1858 touching the boundary of the two Republics. The first of these was the question whether the District of Nicoya lawfully belonged to Costa Rica or to Nicaragua; the second, as to the true boundary line between the Republics from the Caribbean Sea to the borders of Nicoya. The evidence in regard to each of these disputed questions must be reviewed in its order.

The District of Nicoya lies on the Pacific side of the Continent, and — roughly speaking — is triangular in shape, its apex lying toward the South. It is bounded on the Westward by the Pacific Ocean, and on the Eastward by the Gulf of Nicoya and the Rio del Salto, or Tempisque, a small stream emptying into the head of the Gulf and having its sources not far from the Southerly shore of Lake Nicaragua. The Northerly boundary, or base of the triangle, seems to have never been accurately fixed, and its position is a matter of dispute between the Governments of Costa Rica and Nicaragua. The argument of Nicaragua, submitted to the Arbitrator, cites the authority of Don Antonio Alcedo and the historian Juarros to the effect, that it is bounded by the Lake of Nicaragua on the North, which seems to imply a further boundary line running from the Southern end of the Lake to the Pacific Ocean. The arguments of the Costa Rican Government, on the other hand, place the Northern boundary as far up as the La Flor River; and the records of land titles, and the statements of Stephens and Baily, are cited in support of this view. It is wholly unimportant, however, for the present purpose, to decide

which of these opposing views is correct. It is only needful to point out, that a diversity of opinion exists, and that there is no grant or agreement precisely fixing the boundaries of the District.

Nr. 9582.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1886.

As to the title to the District, the facts are plainer. Nicoya, or, as it is sometimes called, Guanacaste, was undoubtedly recognized as a part of Nicaragua prior to 1826. It is asserted by Costa Rica, that at times Nicoya was temporarily united with it, or placed under the control of its authorities; and some evidence is produced tending to show, that such a change was made in 1573, 1593, 1692, the middle of the XVIIIth century, and even as late as 1812. But any such connection with Costa Rica can have been but temporary, and it may be regarded as settled that at the time of the Declaration of Independence from Spain in September, 1821, Nicoya formed a part of Nicaragua. This condition of things seems to be distinctly recognized in the Constitution of Costa Rica, adopted 21st January, 1825, in which it is stated, that the territory of the State extends at present from West to East, from the Rio del Salto, which divides it from Nicaragua, etc.

It would seem, however, that about 1824 the inhabitants of Nicoya, or some of them, asked to be annexed to Costa Rica. This question was referred to the Federal Congress of Central America, the Federal Republic of Central America having been theretofore formed and its Constitution adopted 22nd November, 1824, and that body on the 9th December, 1825, passed the following decree: || The Federal Congress of the Republic of Central America, taking into consideration, firstly, the reiterated petitions of the authorities and municipal bodies of the towns of the District of Nicoya, asking for their separation from Nicaragua and their annexation to Costa Rica; and, secondly, that the said towns and people actually annexed themselves to Costa Rica at the time in which the political troubles of Nicaragua took place; and, thirdly, the topographical situation of the same district, has been pleased to decree, and does hereby decree: || Article I. For the time being, and until the demarcation of the territory of each State provided by Article VII of the Constitution is made, the District of Nicoya shall continue to be separated from Nicaragua and annexed to Costa Rica. || Article 2. In consequence thereof, the District of Nicoya shall recognize its dependence upon the authorities of Costa Rica, and shall have, in the Legislature of the latter, such representation as corresponds to it. || It further appears, that the Government of Costa Rica thereupon took possession of Nicoya, and has been continuously in possession of it ever since; and was so at the date of the Treaty of 1858.

The Government of Nicaragua, however, has not always acquiesced in the validity of this act of annexation. It has, on the contrary, on several occasions protested against it; and in its arguments, now before the Arbitrator, it contends that the decree above referred to was not recognized at the time; that Nicaragua was not then represented in the Federal Congress; that the decree was, by its terms, only temporary, and that the municipalities of Nicoya as

Nr. 4582.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1896.

well as the Legislature of Nicaragua protested against the action of Congress as soon as they were aware of it. || Here again, it is not necessary for the Arbitrator to decide the question of title. But it is clear, that in 1858 Costa Rica had been continuously in possession of the District of Nicoya, under a claim of title, for more than thirty-two years. || As to the boundary line between the Rio del Salto and the Caribbean Sea, the question was purely one of fact; and it can hardly be said, that any very clear or satisfactory answer was possible.

The Government of Costa Rica, in the arguments submitted to the Arbitrator, has presented an elaborate historical review of the two Provinces of Costa Rica and Nicaragua under Spanish rule, which, it may be assumed, contains a reference to all the important documents bearing upon the question of boundaries. Passing over the history of the discovery and first settlement of this region in the early part of the XVIth century, it appears, that in 1541 the Emperor Charles V decreed that the upper fifteen leagues of the San Juan River should belong to the Province of Nicaragua; that the lower, or remaining portion of the river, should belong to the Government of Costa Rica, and that the use of the river and lake, for purposes of navigation and fishing, should be common to both Provinces. In 1561 King Philip II appointed Licentiate Don Juan Cavallon to be "Alcalde Mayor" of the Province of New Cartago and Costa Rica, describing it in the preamble of the letter of appointment as extending along the Northern Sea "up to the Outlet, this being included" (hasta el Desaguadero inclusive). In 1573, by articles of agreement between the Spanish Crown and Diego de Artieda, who was appointed Governor and Capitain-General of Costa Rica, the boundaries of that Province were defined substantially as they continued to be down to 1821. The limits of Artieda's jurisdiction are thus defined: || From the Northern to the Southern Sea in width; and in length from the boundary of Nicaragua, on the side of Nicoya, right to the Valleys of Chiriqui, as far as the Province of Veragua on the Southern side; and on the Northern side, from the mouths of the Outlet, which is towards Nicaragua (desde las bocas del Desaguadero, que es á las partes de Nicaragua), the whole tract of land as far as the Province of Veragua. || No subsequent grant or decree by the Spanish Crown is cited, and — apart from some evidence of acts of possession by the respective Government — there is nothing further to define the boundaries of the two Provinces. || Soon after the Declaration of Independence, Costa Rica and Nicaragua, then States of the Republic of Central America, adopted Constitutions defining generally their respective boundaries. || The Constitution of Costa Rica, adopted the 21st January, 1825, provides as follows: || Article 15. The territory of the State extends at present from West to East, from the River del Salto, which divides it from that of Nicaragua, up to the River Chiriqui, the boundary of the Republic of Colombia; and North and South from one to the other sea, the limits being on the North [Sea] the mouth of the San Juan River and the Escudo de Veraguas, and on the South [Sea] the mouth of the River Al-

varado and that of the Chiriqui. || Nicaragua, by the Constitution adopted the 8th April, 1826, defines her boundaries thus: || On the East, the Sea of the Antilles; on the North, the State of Honduras; on the West, the Gulf of Conchagua; on the South, the Pacific Ocean, and on the Southeast, the free State of Costa Rica. || These are the last declarations ante litem motam. It will be observed, that all these documents leave the precise boundary vague and undetermined. Indeed, the line to be followed between the Rio del Salto and the "mouths of the Outlet" is nowhere laid down. Nicaragua contends, that a straight line from the mouth of the Rio del Salto to the mouth of the Colorado, the most Southerly of the three mouths of the San Juan, is intended. This is met by the argument that, as the Rio del Salto was the boundary, that river in its whole length, and not the mouth or any other part of it, was the dividing line; and that the San Juan River proper — the Northernmost of the three channels at the mouth of that stream — formed the end of the line, on the Caribbean Sea. Costa Rica further contends, that the boundary line was not straight, but that it followed the course of the San Juan in its whole length and the Southern shore of Lake Nicaragua; and she alleges, that she was in possession of the territory up to that line — an allegation not admitted by Nicaragua.

Nr. 9582.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1886.

In my judgment the evidence establishes, that the boundary of Costa Rica, under the terms of the Spanish grants leaving Nicoya out of the question, began at the head of the Gulf of Nicoya, ran Northerly along the River del Salto to its source, and thence ran to the mouth of the San Juan River at the port of San Juan del Norte — this being, at the time, the mouth of the principal channel or outlet of the stream. But the evidence is not sufficient to form the basis for any satisfactory judgment as to how this line was to be drawn between the source of the del Salto and the mouth of the San Juan. I perceive no reason for thinking, that it should have been a straight line. || No decision of this question is, however, necessary; for it is only important, for present purposes, to point out, that no precise line of demarcation can be found in any of the earlier documents. Nor is this surprising in view of the fact, to be inferred from the evidence, that the region through which the line ran was a rough, densely wooded and thinly settled country, where no need was felt of any exact delimitation in the days of the Spanish dominion. || But with the establishment of the Federal Republic, and, still more, with its dissolution, the questions of boundary began to assume importance.

The Federal Constitution seems to have provided by its Article VII for the demarcation of each State; but nevertheless nothing was done towards the establishment of the line between Costa Rica and Nicaragua. || In 1838 Costa Rica seems to have urged upon Nicaragua — then assuming the rank of an independent State upon her withdrawal from the Federation — a desire for a recognition of the annexation of Nicoya. In 1846, 1848 and 1852 other fruitless negotiations were undertaken with a view to settling the boundary;

Nr. 9582.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1886.

and in 1858, when the Treaty of Limits was signed, the question, in one form or another, had been before the two Governments for at least twenty years. || That the documentary evidence was slight and unsatisfactory, has been already shown; and that Costa Rica had for nearly the same period of twenty years laid claim to more territory than she obtained under the Treaty of Limits, fully appears from her decree of "Basis and Guarantees" of the 8th March, 1841 — which asserts as the boundaries of Costa Rica the line of the River La Flor, the shore of Lake Nicaragua and the River San Juan.

I now proceed to state the history of the negotiations which resulted in the Treaty in question, and of the executive and legislative acts which are relied on by Costa Rica as constituting a sufficient ratification. || The long and bitter struggle in which Nicaragua and other Central American States had been involved, and of which the part played by Walker and the filibusters was the most notorious incident, came to an end in 1857. The Republic of Costa Rica had taken part in that struggle, and her case states as a fact that at the close of the contest the Costa Rican troops held military positions on both sides of the San Juan. The argument of Nicaragua seems to imply, that such possession was not taken until after the close of the war; but the fact itself is not in dispute. It was regarded by Nicaragua, at the time, as constituting a *casus belli*; and Costa Rica having failed to withdraw her troops, war was declared by Nicaragua on the 25th November, 1857 — although negotiations for a settlement of the difficulty still continued, but without success. || In this posture of affairs the Republic of San Salvador offered mediation through its Minister, Colonel Don Pedro Rómulo Negrete. Owing principally, as it would seem, to Colonel Negrete's earnest efforts, the opposing Governments appointed Ministers Plenipotentiary, who met with the Salvadorian Minister at San José de Costa Rica, and there concluded the Treaty of Limits, — the validity of which is now under examination. || By that instrument, the boundary line is made to begin at Punta de Castilla, at the mouth of the San Juan River; thence it follows the right or Southern bank of that stream to a point three miles below the Castillo Viejo; thence it runs along the circumference of a circle drawn round the outworks of the Castle as a center, with a radius of three miles, to a point on the Western side of the Castle, distant two miles from the River; thence parallel to the San Juan and the Lake, at a distance of two miles therefrom, to the Sapoá River; and thence in a straight line to the center of Salinas Bay on the Pacific Ocean. The Treaty further provides, that surveys shall be made to locate the boundary; that the Bay of San Juan del Norte and Salinas Bay shall be common to both Republics; and that Nicaragua shall have, exclusively, dominion and supreme control of the waters of the San Juan, — Costa Rica having the right of free navigation for the purposes of commerce in that part of the River on which she is bounded. It was further agreed, that in the event of war between Costa Rica and Nicaragua no act of hostility was to be practiced in the Port

or River of San Juan, or on the Lake of Nicaragua; and the observance of this article of the Treaty was guaranteed by the Republic of San Salvador. || It is admitted by the parties to the present arbitration, that the Treaty was duly ratified by Costa Rica on the 16th April, 1858, and that it was not ratified at all by San Salvador. It is further established, that there was some ratification by representatives of Nicaragua, — but whether or not such ratification was sufficient is one of the points now in controversy, and it is therefore necessary to examine fully the powers and the proceedings of the Nicaraguan authorities. || The Republic of Nicaragua, as appears from the evidence, was a Constitutional Government of limited powers, which were defined by a written Constitution. Nicaragua, as one of the States of the Central American Republic, adopted her first Constitution on the 8th April, 1826. Upon the dissolution of the Federal Republic she assumed the rank of an independent nation, and in 1838 adopted a new Constitution, which her representatives now contend was in full force and vigor at the time of the execution of the Treaty of Limits. The full text of the Nicaraguan Constitution of 1838 is not contained in the arguments which have been laid before the Arbitrator; but it sufficiently appears that power was vested in an elective President and a Congress. It also appears, that by Article 2 (cited in full below) the boundaries of the State were defined, and that by Article 194, quoted in the argument of Nicaragua, a complicated method of amendment was provided, of which the only feature now necessary to notice is that no proposed amendment shall take effect until it has been approved by two successive Legislatures. || In 1857 the necessity for a complete revision of the Constitution of 1838 seems to have been generally recognized. The long and exhausting conflicts which had been waged from 1854 to 1857, and the existence, during the greater part of that time, of two hostile governments, each claiming to exercise constitutional and supreme power throughout the country, had demonstrated, to the satisfaction of the inhabitants, the importance of changes in the organic law. Accordingly a Constituent Assembly, with ample powers, was duly elected. The due election, and the full constituent powers of this body, are facts not disputed in the arguments now submitted on behalf of Nicaragua. || In November, 1857, the Constituent Assembly met, and addressed itself at once to the task of framing a new Constitution for Nicaragua, as well as of legislating upon the ordinary affairs of the nation. || On the 18th of January, 1858, the previous negotiations with Costa Rica having failed, the Assembly ordered new Commissioners to be appointed to negotiate treaties of peace, limits, friendship and alliance between Nicaragua and Costa Rica. || On the 5th February, 1858, a further and supplemental decree on the same subject was adopted, which is as follows:

The Constituent Assembly of the Republic of Nicaragua, in use of the legislative faculties with which it is invested, decrees:

Article I. For the purpose that the Executive may comply with the

Nr. 9582. Central-Amerika. 24. Dec. 1858. decree of January 18th instant, the said Executive is hereby amply authorized to act in the settlement of the difficulties with Costa Rica in such manner as it may deem best for the interest of both countries, and for the independence of Central America, without the necessity of ratification by the legislative power.

Article 2. Such treaties of limits as it may adjust shall be final, if adjusted in accordance with the bases which separately will be given to it; but, if not, they shall be subject to the ratification of the Assembly.

What were the separate bases of negotiation given to the Nicaraguan Executive does not appear from any of the documents submitted to the Arbitrator. But it is not distinctly asserted by the representatives of Nicaragua, that such instructions were disregarded in the negotiation of the Treaty, — the arguments relied on to prove its invalidity resting upon entirely different grounds, which will be stated hereafter. || On the 15th April, 1858, the Treaty of Limits was signed by the Plenipotentiaries of Costa Rica, Nicaragua and San Salvador; and on the 26th April, 1858, ratifications were personally exchanged by the Presidents of Costa Rica and Nicaragua, who met for the purpose on Nicaraguan territory at the City of Rivas. The Treaty had not then been passed upon by the Assembly, the decree of ratification being by the President alone. It is as follows: || Tomas Martinez, the President of the Republic of Nicaragua: || Whereas General Máximo Jerez, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Nicaragua to the Republic of Costa Rica, has adjusted, agreed upon and signed, on the 15th instant, a Treaty of Limits, fully in accordance with the bases which, for that purpose, were transmitted to him by way of instructions; finding that said Treaty is conducive to the peace and prosperity of the two countries, and reciprocally useful to both of them, and that it facilitates, by removing all obstacles that might prevent it, the mutual alliance of both countries and their unity of action against all attempts of foreign conquest; considering that the Executive has been duly and competently authorized, by legislative decree of February 26th ultimo, to do everything conducive to secure the safety and independence of the Republic; and by virtue, furthermore, of the reservation of faculties spoken of in the executive decree of the 17th instant: || Does hereby ratify each and all of the articles of the Treaty of Limits made and concluded by Don José Maria Cañas, Minister Plenipotentiary of the Government of Costa Rica, and Don Máximo Jerez, Minister Plenipotentiary of the Supreme Government of Nicaragua, signed by them on the 15th instant, and ratified by the Costa Rican Government on the 16th. And the additional act of the same date is likewise ratified. || On the 28th May, 1858, thirty-two days after the ratification, and forty-three days after the signature of the Treaty of Limits, the following decree was passed by the Constituent Assembly: || The Constituent Assembly of the Republic of Nicaragua, in use of the legislative powers vested in it, decrees: Sole Article. The Treaty of Limits concluded at San José on

the 15th of April, instant, between General Don Máximo Jerez, Minister Plenipotentiary from this Republic, and General Don José Maria Cañas, Minister Plenipotentiary from the Republic of Costa Rica, with the intervention of Colonel Don Pedro Rómulo Negrete, Minister Plenipotentiary from Salvador, is hereby approved.

Nr. 9682.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1866.

On the 19th August, 1858, the Constituent Assembly adopted the new Constitution, of which it is only needful to cite the first article, viz: || The Republic of Nicaragua is the same which was, in ancient times, called the Province of Nicaragua, and, after the independence, State of Nicaragua. Its territory is bounded on the East and Northeast by the Sea of the Antilles; on the Nord and Northwest by the State of Honduras; on the West and South by the Pacific Ocean; and on the Southeast by the Republic of Costa Rica. The laws on special limits form part of the Constitution. || No further formal ratification of the Treaty of Limits was ever had; but the arguments submitted by Costa Rica cite a number of instances in which the Government of Nicaragua, during the period between 1858 and 1870, recognized the Treaty as a valid and binding instrument. || Since 1870 the Government of Nicaragua has contended, that the Treaty is invalid; and that view is now urged upon three distinct grounds, which are stated as follows in the argument submitted on its behalf: || The Government of Nicaragua affirms the invalidity of the Treaty of 1858, and insists that it ought not to be bound thereby, for the reason: — || *First*. That it has not received that sanction which the Constitution of the State of Nicaragua requires to give effect to, and validate, a treaty of its character. || *Second*. It has not been ratified by the Government of San Salvador, so as to give effect to the guarantees on behalf of that Government of the tenth article of the Treaty. || *Third*. That the pretended ratifications of the Treaty were exchanged before the Treaty had been submitted to the Congress of Nicaragua, and it was not approved by the first Congress of Nicaragua until after the expiration of the forty days provided for de exchange of ratifications in Article XII.

I shall consider each of these three reasons in order.

I.

The argument very forcibly presented on behalf of Nicaragua to establish the first ground of objection, — the lack of such a sanction as was required by the Constitution to give effect to, and validate, a Treaty of the character of the one in question, — is as follows: The Constitution of 1838 was in full force on the 15th April, 1858; that Constitution fixed the boundaries of Nicaragua; the Treaty of Limits curtailed the boundaries so fixed by the Constitution; it was therefore, || “in direct and flagrant violation of the fundamental law of the State, and to have validity must receive the same formal ratification that an amendment to the Constitution itself demands;” || the Con-

Nr. 9582.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1886.

stitution provides, that an amendment adopted by one Legislature in the manner prescribed, by a two-thirds vote of both houses, || "shall not be considered as valid nor form part of the Constitution until it has received the sanction of the next Legislature;" || the Treaty of Limits was never sanctioned by a second Legislature; therefore it is not valid.

This argument, it will be perceived, rests wholly upon the fundamental assumptions, that the Constitution of 1838 was in force, and that it fixed the boundaries of Nicaragua. If, as a matter of fact, that Constitution was not in force, or if the boundaries were not definitely fixed by its provisions, then the whole argument falls; for the Treaty is then a mere treaty of limits, settling disputed boundaries, and is not one involving a cession of territory and an amendment to the Constitution. It is not pretended, that a treaty fixing boundaries requires, on general principles, any extraordinary sanction.

The general doctrine, that in determining the validity of a treaty made in the name of a State, the fundamental laws of such State must furnish the guide for determination, has been fully and ably discussed on the part of Nicaragua, and its correctness may certainly be admitted. But it is also certain, that where a treaty has been approved by a government, and an effort is subsequently made to avoid it for the lack of some formality, the burden is upon the party who alleges invalidity to show clearly that the requirements of the fundamental law have not been complied with. In my judgment, Nicaragua has failed in establishing a case under this rule.

In the first place, it may well be doubted whether the Constitution of 1838 can be said to have been in full force and effect at the time of the execution of the Treaty on the 15th April, 1858. The legislative power was then vested in a Constituent Assembly, — a body, it would seem, expressly chosen for the purpose of amending the Constitution in any way it saw fit. To say, that such a body could not adopt a decree which in effect modified the Constitution, is to deny to it the power to carry out the very objects for which it existed.

Moreover, the Constitution framed by the Assembly, and promulgated on the 19th August, 1858, defining the boundaries of Nicaragua, adds that "the laws on special limits form part of the Constitution." If therefore the decree of the 28th May, 1858, and the other acts of the Assembly, were in any respect insufficient as involving some unconstitutionality, the defect was supplied by practically embodying the Treaty of Limits, and the decree approving it, in the new Constitution, — thus giving the highest sanction possible to this legislation.

But whether or not the Constitution of 1838 was in full force in April and May, 1858, I am clearly of opinion that it did not definitely fix the boundaries of the State. The power of defining absolute boundaries by a Constitution is not denied. The question is merely whether the Constitution of 1838 did in fact contain such a definition of the boundaries of Nicaragua as to preclude their adjustment by an ordinary treaty.

The provisions of that Constitution, respecting boundaries, are as follows: || Nr. 9582.
 "Article 2. The territory of the State is the same as was formerly given Central-
 to the Province of Nicaragua; its limits being on the East and Northeast the Amerika.
 Sea of the Antilles; on de North and Northwest the State of Honduras; on 24. Dec. 1836.
 the West and South the Pacific Ocean; and on the Southeast the State of
 Costa Rica. The dividing lines with the bordering States shall be marked by
 a law which will make a part of the Constitution."

Thus it appears, that "the dividing lines with the bordering States" were expressly not defined. It was plainly the intention to leave the Constitution incomplete in this respect; though a means of completing it was provided, by allowing the passage of an ordinary law by a single Legislature. It is not pretended, that any law, marking the boundary on the side of Costa Rica, was passed before the execution of the Treaty of Limits. The decree approving the Treaty is the only attempt, so far as appears, to comply with this provision of the Constitution. The statement, that the boundary is, "on the Southeast, the State of Costa Rica," defines nothing. What were the limits of Costa Rica in 1838, was a matter of dispute. No precise decision was possible, and I have already expressed my opinion that the evidence laid before the Arbitrator is altogether too vague to afford grounds for any satisfactory judgment. The Constitution of 1838 therefore did not fix the boundaries of Nicaragua definitely.

These views are strengthened by a consideration of the evidence adduced on the part of Costa Rica to prove acquiescence by Nicaragua for ten or twelve years in the validity of the Treaty. I do not regard such acquiescence as a substitute for ratification by a second Legislature, if such had been needed. But it is strong evidence of that contemporaneous exposition which has ever been thought valuable as a guide in determining doubtful questions of interpretation. || I conclude therefore, that the first ground of objection stated by Nicaragua is untenable.

II.

The second ground of objection urged by Nicaragua to the validity of the Treaty, is that it has not been ratified by the Government at San Salvador, so as to give effect to the guarantees on behalf of that Government of the tenth article of the Treaty. || It is argued, in support of this objection, that the guarantee of the mediating Government against hostilities on the River and Lake was of great importance to Nicaragua; that it might well have been the controlling consideration in the mind of the negotiator of the Treaty that led him to agree to the relinquishment of claims to great tracts of territory; that the failure of San Salvador to ratify this Treaty took from it one of the chief considerations moving to Nicaragua; and that the consideration never having taken effect, the Treaty never became of valid or binding force. It is added, that this was, in effect, a tripartite Treaty, and unless all

Nr. 9582.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1886.

the parties became bound, neither of them was. || In my opinion this argument is unsound. The Treaty was not tripartite, but was between Costa Rica and Nicaragua only, with an independent and separable clause of guarantee, as to a single feature of the arrangement, on the part of San Salvador. Without the guarantee, the Treaty was complete as between the two principals, if they saw fit to accept it in that shape. The non-ratification by the Republic of San Salvador was known to the Government of Nicaragua when ratifications were exchanged with Costa Rica. It follows therefore, that Nicaragua never lost any of the considerations which induced her to consummate, by an exchange of ratifications, the negotiations for the Treaty.

The facts may be briefly recalled. || On the 15th April, 1858, the Treaty of Limits was signed. In form it is a Convention agreed upon by the representatives of Costa Rica and Nicaragua, and declares that they having exchanged their respective powers, "which were examined by Hon. Señor Don Pedro R. Negrete, exercising the function of fraternal mediator in these negotiations," had agreed to and adjusted the terms of the Treaty. The Treaty itself, after reciting the desire of Costa Rica and Nicaragua for peace, fixes the boundary line between them; provides for a survey of the line, and for the common use and defence of the Bay of San Juan del Norte and Salinas Bay, and of that portion of the San Juan River on which Costa Rica borders; grants the use in common of the Punta de Castilla until Nicaragua recovers full possession of all her rights in the Port of San Juan del Norte; forbids the levying of custom duties at Punta de Castilla while San Juan del Norte remains a free port; defines the jurisdiction over, and right of navigation on, the waters of the San Juan River; secures existing contracts of canalization or public transit made by the Government of Nicaragua, and regulates the execution of future contracts; and neutralizes the Port and River of San Juan and the Lake of Nicaragua in the event of war between Costa Rica and Nicaragua. Then follows this: || Article X. "The stipulation of the foregoing article (that relating to neutrality) being essentially important for the proper custody of both the Port and the River against foreign aggression, which would affect the general interests of the country, the strict performance thereof is left under the special guarantee, which in the name of the mediator Government, its Minister Plenipotentiary herein present is ready to give, and does hereby give, in use of the faculties vested in him for that purpose by his Government." || Finally, Costa Rica and Nicaragua mutually give up all claims against each other, and "the two contracting parties" waive all claims for damages which either might have against the other.

This instrument is plainly, neither in form nor in substance, tripartite. The "two Governments," the "two contracting parties" spoken of in the Treaty, are always Costa Rica and Nicaragua, never San Salvador. San Salvador is not in form a contracting party at all. And in substance that Government is not a party to the agreement — the clause containing the guarantee being

entirely separable from all the rest. || As a proposition of international law, it may be regarded as settled that a guarantee is always merely subsidiary to the principal contract. || "Le traité par lequel un état se porte garant d'un traité conclu entre deux autres puissances, est un traité accessoire destiné à assurer l'exécution du traité principal." (Bluntschli, 430 note, Lardy's trans.) || "La garantie peut être comprise dans les stipulations annexées au traité principal qu'on veut garantir, et devient alors une obligation accessoire." || (Vattel, Droit des Gens, Ed. 1863, Liv. II, ch. 16, § 240; note by Pradier-Fodéré, the editor.) || "Lorsque la garantie est destinée à assurer l'inviolabilité d'un traité, elle forme toujours une obligation et un traité accessoire (pactum accessorium), même quand elle ferait partie de l'acte principal." (Klüber, Droit des Gens, § 158. || It follows, that the clause of guarantee in the Treaty of Limits is no part of the principal agreement, and that on general principles the rest of the Treaty would not stand or fall with this subsidiary or accessory contract. || The necessity for ratification by contracting powers may be fully admitted. But even conceding to it as high an importance as the execution of deeds by individuals, the failure of a guaranteeing State to ratify will not necessarily invalidate a treaty which the principal contracting parties have concluded by an exchange of ratifications as between themselves. || The analogy of individual deeds may serve to illustrate the point now under discussion. The case may readily be imagined of a deed between two parties as principals with a third party as guarantor. Leases of this character are not infrequent. If such a deed were prepared by the agents of the three parties, and if the two principal parties were to sign, seal, acknowledge and formally deliver to each other duly executed duplicates of the deed, without waiting for the signature of the guarantor, it is too plain for argument that neither could subsequently object, and claim the right to rescind, because the deed had not been executed and delivered by the guarantor.

So in this case. The Presidents of Costa Rica and Nicaragua in person, on the 26th April, 1858, formally exchanged ratifications of the Treaty, without waiting for San Salvador. The arguments now advanced by Nicaragua, as establishing the invalidity of the Treaty, might perhaps have been urged as reasons for refusing to exchange the ratifications until San Salvador was ready to unite in the act. But the Government of Nicaragua was silent when it ought to have spoken, and so waived the objection now made. It saw fit to proceed to the exchange of ratifications without waiting for San Salvador. The Treaty was complete without Article X. To all the other articles and stipulations it contained Costa Rica and Nicaragua alone might fully bind themselves. They did so, irrevocably, by a formal exchange of ratifications; and neither may now be heard to allege, as reasons for rescinding this completed Treaty, any facts which existed and were known at the time of its consummation. || I conclude therefore, that the second ground of objection stated by Nicaragua is untenable.

Nr. 9582.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1886.

III.

Nr. 9582.
Central-
Amerika.

The third ground of objection urged by Nicaragua to the validity of the Treaty is

24. Dec. 1886. "that the pretended ratifications of the Treaty were exchanged before the Treaty had been submitted to the Congress of Nicaragua, and it was not approved by the first Congress of Nicaragua until after the expiration of the forty days provided for the exchange of ratifications in Article XII."

It will be remembered, that on the 5th February, 1858, the Constituent Assembly of Nicaragua passed a decree by which the Executive was "amply authorized" to treat with Costa Rica "without the necessity of ratification by the legislative power"; and that it was further decreed that such treaties of limits as the Executive might adjust should be final, — if in accordance with certain separate instructions. Acting under this grant of power, the President of Nicaragua concluded and ratified the present Treaty on the 26th April, 1858, eleven days after its signature by the Plenipotentiaries, without "ratification by the legislative power." On the 28th of May, 1858, the Constituent Assembly adopted a decree approving the Treaty; and this decree was signed by the President on the 4th June, 1858.

The argument now presented by Nicaragua is twofold, and raises two points, first, that the Treaty is invalid because ratifications were exchanged before approval by the Assembly; and, second, that it is invalid because such approval was given more than forty days after signature. || As to the first of these points, it would perhaps be enough to say, that Nicaragua cannot now seek to invalidate the Treaty on any mere ground of irregularity in the order of its own proceedings. If its Legislature did in fact approve the Treaty, that is enough for the present purpose. Whether such approval was expressed before or after the exchange of ratifications is an immaterial matter now, — certainly so far as Nicaragua is concerned. || But it does not appear, that there was any real irregularity in these proceedings. The full text of the Nicaraguan Constitution of 1838 not being contained in the arguments submitted to the Arbitrator, it is not made clear just what restrictions upon the treaty making power that instrument imposed. Ratification by legislative authority is not always required, even in constitutional governments. The necessity for legislative ratification is not to be presumed, but must be established as a fact. Still less can there be any presumption as to the form and manner in which the legislative sanction is to be expressed. In the present instance, the Constituent Assembly, a body of extensive powers, expressed in advance its approval of any treaty of limits that might be concluded by the Executive upon certain bases. It is not shown, that the authority so given was exceeded; and it cannot be said, in the absence of an express prohibition, that this mode of dealing with the subject was improper. || Again, the fact of the subsequent approval of the Treaty by the Assembly is satisfactory proof that that body approved not only the terms of the instrument, but also the manner in which

the Executive had exercised the authority conferred by the decree of the 5th February, 1858. The time and manner of exchange of ratifications was before the Assembly, and it was fully aware that the time agreed upon for exchange had passed. Its action, under these circumstances, shows, that it was of the opinion that the Treaty had been legally and in due time ratified by the President, in pursuance of the special powers conferred upon him. || In any event, all irregularities would seem to have been effectually cured by this subsequent approval of the Constituent Assembly. *Ratihabitio retrotrahitur et mandato acquiparatur*, is a recognized maxim of municipal law; and the reasons of that rule may fairly be regarded as applying to cases like the present.

Nr. 9582.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1886.

That irregularities and defects in the formalities of ratification may be supplied and made good by subsequent acquiescence in and approval of the treaty, is laid down by Heffter (*Droit International*, § 87 fin.): || "Mais il est constant qu'elle (i. e., ratification) peut être suppléée par des actes équivalents, et notamment par l'exécution tacite des stipulations arrêtées." || And this opinion is cited by Pradier-Fodéré in his translation of Grotius (Vol. II., p. 270, note I). See also Hall's *International Law*, page 276. || The second point — that the legislative sanction was not given until after the expiration of the forty days fixed by the Treaty for the exchange of the ratifications — seems clearly untenable. Costa Rica, and not Nicaragua, might have complained of this delay. Assuming that subsequent legislative approval was needed, Costa Rica might, if it had desired to do so, have declared the negotiations at an end on the expiration of the forty days. But she was not bound to do so. It had a perfect right to waive this limitation of time. Either party to a Treaty may extend the time of the other, either by express agreement or by acts indicating acquiescence. Nicaragua cannot be permitted to say, as she does in effect say in this branch of her argument — || "it is true that this Treaty was approved unreservedly by both the executive and legislative branches of the Government; but such approval is worthless, as it was expressed not forty but forty-three days after the signature of the Treaty."

The fact of approval being established, the time of approval is immaterial, provided the other party by its acquiescence has seen fit to waive delay. || I conclude, therefore, that the third ground of objection stated by Nicaragua is untenable. || And having examined in detail the three reasons urged by Nicaragua for holding the Treaty invalid, and finding all these reasons untenable, I conclude that the Arbitrator should decide in favor of the validity of this Treaty.

2. Schiedsspruch des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

The functions of Arbitrator having been conferred upon the President of the United States by virtue of a Treaty signed at the City of Guatemala on the 24th day of December, one thousand eight hundred and eighty-six,

Nr. 9582.
Central-
[Amerika.
24. Dec. 1886.

between the Republics of Costa Rica and Nicaragua, whereby it was agreed that the question pending between the contracting Governments in regard to the validity of their Treaty of Limits of the 15th day of April, one thousand eight hundred and fifty-eight, should be submitted to the arbitration of the President of the United States of Amerika; that if the Arbitrator's award should determine, that the Treaty was valid, the same award should also declare whether Costa Rica has the right of navigation of the River San Juan with vessels of war or of the revenue service; and that in the same manner the Arbitrator should decide, in case of the validity of the Treaty, upon all the other points of doubtful interpretation which either of the parties might find in the Treaty and should communicate to the other party within thirty days after the exchange of the ratifications of the said Treaty of the 24th day of December, one thousand eight hundred and eighty-six; || And the Republic of Nicaragua having duly communicated to the Republic of Costa Rica eleven points of doubtful interpretation found in the said Treaty of Limits of the 15th day of April, one thousand eight hundred and fifty-eight; and the Republic of Costa Rica having failed to communicate to the Republic of Nicaragua any points of doubtful interpretation found in the said last-mentioned Treaty; || And both parties having duly presented their allegations and documents to the Arbitrator, and having thereafter duly presented their respective answers to the allegations of the other party as provided in the Treaty of the 24th day of December, one thousand eight hundred and eighty-six; || And the Arbitrator pursuant to the fifth clause of said last-named Treaty having delegated his powers to the Honorable George L. Rives, Assistant Secretary of State, who, after examining and considering the said allegations, documents and answers, has made his report in writing thereon to the Arbitrator; Now therefore I, Grover Cleveland, President of the United States of America, do hereby make the following decision and award.

First. The above-mentioned Treaty of Limits signed on the 15th day of April, one thousand eight hundred and fifty-eight, is valid.

Second. The Republic of Costa Rica under said Treaty and the stipulations contained in the sixth article thereof, has not the right of navigation of the River San Juan with vessels of war; but she may navigate said river with such vessels of the Revenue Service as may be related to and connected with her enjoyment of the "purposes of commerce" accorded to her in said article, or as may be necessary to the protection of said enjoyment.

Third. With respect to the points of doubtful interpretation communicated as aforesaid by the Republic of Nicaragua, I decide as follows: || 1. The boundary line between the Republics of Costa Rica and Nicaragua, on the Atlantic side, begins at the extremity of Punta de Castilla at the mouth of the San Juan de Nicaragua River, as they both existed on the 15th day of April, 1858. The ownership of any accretion to said Punta de Castilla is to be governed by the laws applicable to that subject. || 2. The central point of

the Salinas Bay is to be fixed by drawing a straight line across the mouth of the Bay and determining mathematically the centre of the closed geometrical figure formed by such straight line and the shore of the Bay at low-water mark. || 3. By the central point of Salinas Bay is to be understood the centre of the geometrical figure formed as above stated. The limit of the Bay towards the ocean is a straight line drawn from the extremity of Punta Arranca Barba, nearly true South to the Westernmost portion of the land about Punta Sacate. || 4 The Republic of Costa Rica is not bound to concur with the Republic of Nicaragua in the expences necessary to prevent the Bay of San Juan del Norte from being obstructed; to keep the navigation of the River or Port free and unembarrassed, or to improve it for the common benefit. || 5. The Republic of Costa Rica is not bound to contribute any proportion of the expenses that may be incurred by the Republic of Nicaragua for any of the purposes above mentioned. || 6. The Republic of Costa Rica cannot prevent the Republic of Nicaragua from executing at her own expense and within her own territory such works of improvement, provided such works of improvement do not result in the occupation or flooding or damage of Costa Rica territory, or in the destruction or serious impairment of the navigation of the said River or any of its branches at any point where Costa Rica is entitled to navigate the same. The Republic of Costa Rica has the right to demand indemnification for any places belonging to her on the right bank of the River San Juan which may be occupied without her consent, and for any lands on the same bank which may be flooded or damaged in any other way in consequence of works of improvement. || 7. The branch of the River San Juan known as the Colorado River must not be considered as the boundary between the Republics of Costa Rica and Nicaragua in any part of its course. || 8. The right of the Republic of Costa Rica to the navigation of the River San Juan with men-of-war or revenue cutters is determined and defined in the Second Article of this award. || 9. The Republic of Costa Rica can deny to the Republic of Nicaragua the right of deviating the waters of the River San Juan in case such deviation will result in the destruction or serious impairment of the navigation of the said River or any of its branches at any point where Costa Rica is entitled to navigate the same. || 10. The Republic of Nicaragua remains bound not to make any grants for canal purposes across her territory without first asking the opinion of the Republic of Costa Rica, as provided in Article VIII of the Treaty of Limits of the 15th day of April, one thousand eight hundred and fifty-eight. The natural rights of the Republic of Costa Rica alluded to in the said stipulation are the rights which, in view of the boundaries fixed by the said Treaty of Limits, she possesses in the soil thereby recognized as belonging exclusively to her; the rights which she possesses in the harbors of San Juan del Norte and Salinas Bay; and the rights which she possesses in so much of the River San Juan as lies more than three English miles below Castillo Viejo, measuring from

Nr. 9582.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1886.

Nr. 9582.
Central-
Amerika.
24. Dec. 1886.

the exterior fortifications of the said castle as the same existed in the year 1858; and perhaps other rights not here particularly specified. These rights are to be deemed injured in any case where the territory belonging to the Republic of Costa Rica is occupied or flooded; where there is an encroachment upon either of the said harbors injurious to Costa Rica; or where there is such an obstruction or deviation of the River San Juan as to destroy or seriously impair the navigation of the said River or any of its branches at any point where Costa Rica is entitled to navigate the same. || 11. The Treaty of Limits of the 15th day of April, one thousand eight hundred and fifty-eight does not give to the Republic of Costa Rica the right to be a party to grants which Nicaragua may make for inter-oceanic canals; though in cases where the construction of the canal will involve an injury to the natural rights of Costa Rica, her opinion or advice, as mentioned in Article VIII of the Treaty, should be more than "advisory" or "consultative." It would seem in such cases that her consent is necessary, and that she may thereupon demand compensation for the concessions she is asked to make; but she is not entitled as a right to share in the profits that the Republic of Nicaragua may reserve for herself as a compensation for such favors and privileges as she, in her turn, may concede.

In testimony whereof, I have hereunto set my hand and have caused the Seal of the United States to be hereunto affixed. || Done etc. 22th March 1888.
Grover Cleveland.

Tod Kaiser Wilhelms und Friedrichs.

Doppelter Thronwechsel.

Nr. 9583. **DEUTSCHLAND.** — Bekanntmachung des Todes Kaiser Wilhelms durch das Staatsministerium. — [Reichs- und Staatsanzeiger.]

Bekanntmachung. — Es hat Gott gefallen, Se. Majestät den Kaiser und König, unseren Allergnädigsten Herrn, nach kurzem Krankenlager heute 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Morgens im achtundzwanzigsten Jahre Seiner reich gesegneten Regierung aus dieser Zeitlichkeit abzurufen. || Mit dem königlichen Hause betrauert unser gesamtes Volk den Hintritt des allgeliebten ehrwürdigen Herrschers, dessen Weisheit so lange über seinen Geschicken in Krieg und Frieden ruhmreich gewaltet hat. || Berlin, den 9. März 1888. || Das Staats-Ministerium.

Nr. 9583.
Deutschland.
9. März 1888.

Nr. 9584. **DEUTSCHLAND.** — Proklamation Kaiser Friedrichs. — [Reichs- und Staatsanzeiger.]

An Mein Volk! || Aus Seinem glorreichen Leben schied der Kaiser. || In dem vielgeliebten Vater, den Ich beweine, und um den mit Mir Mein königliches Haus in tiefstem Schmerze trauert, verlor Preussens treues Volk seinen ruhmgekrönten König, die deutsche Nation den Gründer ihrer Einigung, das wiedererstandene Reich den ersten deutschen Kaiser! || Unzertrennlich wird Seiner Name verbunden bleiben mit aller Grösse des deutschen Vaterlandes, in dessen Neubegründung die ausdauernde Arbeit von Preussens Volk und Fürsten ihren schönsten Lohn gefunden hat. || Indem König Wilhelm mit nie ermüdender landesväterlicher Fürsorge das preussische Heer auf die Höhe seines ersten Berufes erhob, legte Er den sicheren Grund zu den unter Seiner Führung errungenen Siegen der deutschen Waffen, aus denen die nationale Einigung hervorging. Er sicherte dadurch dem Reiche eine Machtstellung, wie sie bis dahin jedes deutsche Herz ersehnt, aber kaum zu erhoffen gewagt hatte. || Und was Er in heissem, opfervollem Kampfe seinem Volke errungen, das war Ihm beschieden durch lange Friedens-Arbeit mühevoller Regierungsjahre zu befestigen und segensreich zu fördern. || Sicher in seiner eigenen Kraft ruhend, steht Deutschland geachtet im Rathe der Völker und begehrt nur, des Gewonnenen in friedlicher Entwicklung froh zu werden. || Dass

Nr. 9584.
Deutschland.
12. März 1888.

Nr. 9584.
Deutschland.
12. März 1888. dem so ist, verdanken wir Kaiser Wilhelm, Seiner nie wankenden Pflichttreue, Seiner unablässigen, nur dem Wohle des Vaterlandes gewidmeten Thätigkeit, gestützt auf die von dem preussischen Volke unwandelbar bewiesene und von allen deutschen Stämmen getheilte opferfreudige Hingebung.

Auf Mich sind nunmehr alle Rechte und Pflichten übergegangen, die mit der Krone Meines Hauses verbunden sind, und welche Ich in der Zeit, die nach Gottes Willen Meiner Regierung beschieden sein mag, getreulich wahrzunehmen entschlossen bin. || Durchdrungen von der Grösse Meiner Aufgabe, wird es Mein ganzes Bestreben sein, das Werk in dem Sinne fortzuführen, in dem es begründet wurde, Deutschland zu einem Horte des Friedens zu machen und in Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen sowie mit den verfassungsmässigen Organen des Reiches wie Preussens, die Wohlfahrt des deutschen Landes zu pflegen. || Meinem getreuen Volke, das durch eine Jahrhunderte lange Geschichte in guten wie schweren Tagen zu Meinem Hause gestanden, bringe Ich Mein rückhaltloses Vertrauen entgegen. Denn Ich bin überzeugt, dass auf dem Grunde der untrennbaren Verbindung von Fürst und Volk, welche, unabhängig von jeglicher Veränderung im Staatenleben, das unvergängliche Erbe des Hohenzollernstammes bildet, Meine Krone allezeit ebenso sicher ruht, wie das Gedeihen des Landes, zu dessen Regierung Ich nunmehr berufen bin, und dem Ich gelobe, ein gerechter und in Freud wie Leid ein treuer König zu sein. || Gott wolle Mir Seinen Segen und Kraft zu diesem Werke geben, dem fortan Mein Leben geweiht ist! || Berlin, den 12. März 1888. || Friedrich.

Nr. 9585. **DEUTSCHLAND.** — Erlass Kaiser Friedrichs an den Reichskanzler und Präsidenten des Staats-Ministeriums. — [Reichs- und Staatsanzeiger.]

Nr. 9585.
Deutschland.
12. März 1888. Mein lieber Fürst! || Bei dem Antritt Meiner Regierung ist es Mir ein Bedürfniss, Mich an Sie, den langjährigen vielbewährten ersten Diener Meines in Gott ruhenden Herrn Vaters, zu wenden. Sie sind der treue und muthvolle Rathgeber gewesen, der den Zielen Seiner Politik die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung gesichert hat. || Ihnen bin ich und bleibt Mein Haus zu warmem Dank verpflichtet. || Sie haben daher ein Recht, vor Allem zu wissen, welches die Gesichtspunkte sind, die für die Haltung meiner Regierung maassgebend sein sollen.

Die Verfassungs- und Rechts-Ordnungen des Reiches und Preussens müssen vor Allem in der Ehrfurcht und in den Sitten der Nation sich befestigen. Es sind daher die Erschütterungen möglichst zu vermeiden, welche häufiger Wechsel der Staatseinrichtungen und Gesetze veranlasst. || Die Förderung der Aufgaben der Reichsregierung muss die festen Grundlagen unberührt lassen, auf denen bisher der preussische Staat sicher geruht hat. || Im Reiche sind die verfassungsmässigen Rechte aller verbündeten

Regierungen ebenso gewissenhaft zu achten, wie die des Reichstags; aber von Beiden ist eine gleiche Achtung der Rechte des Kaisers zu erheischen. Dabei ist im Auge zu behalten, dass diese gegenseitigen Rechte nur zur Hebung der öffentlichen Wohlfahrt dienen sollen, welche das oberste Gesetz bleibt, und dass neu hervortretenden, unzweifelhaften nationalen Bedürfnissen stets in vollem Maasse Genüge geleistet werden muss. || Die nothwendige und sicherste Bürgschaft für ungestörte Förderung dieser Aufgaben sehe Ich in der ungeschwächten Erhaltung der Wehrkraft des Landes, Meines erprobten Heeres und der aufblühenden Marine, der durch Gewinnung überseeischer Besitzungen ernste Pflichten erwachsen sind. Beide müssen jederzeit auf der Höhe der Ausbildung und der Vollendung der Organisation erhalten werden, welche deren Ruhm begründet hat, und welche deren fernere Leistungsfähigkeit sichert. || Ich bin entschlossen, im Reiche und in Preussen die Regierung in gewissenhafter Beobachtung der Bestimmungen von Reichs- und Landes-Verfassung zu führen. Dieselben sind von Meinen Vorfahren auf dem Throne in weiser Erkenntniss der unabweisbaren Bedürfnisse und zu lösenden schwierigen Aufgaben des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens begründet worden und müssen allseitig geachtet werden, um ihre Kraft und segensreiche Wirksamkeit bethätigen zu können.

Ich will, dass der seit Jahrhunderten in Meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner allen Meinen Unterthanen, welcher Religionsgemeinschaft und welchem Bekenntnisse sie auch angehören, zum Schutze gereiche. Ein Jeglicher unter ihnen steht meinem Herzen gleich nahe — haben doch Alle gleichmässig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt.

Einig mit den Anschauungen Meines Kaiserlichen Herrn Vaters, werde Ich warm alle Bestrebungen unterstützen, welche geeignet sind, das wirthschaftliche Gedeihen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu heben, widerstreitende Interessen derselben zu versöhnen und unvermeidliche Missstände nach Kräften zu mildern, ohne doch die Erwartung hervorzurufen, als ob es möglich sei, durch Eingreifen des Staates allen Uebeln der Gesellschaft ein Ende zu machen. || Mit den sozialen Fragen eng verbunden erachte Ich die der Erziehung der heranwachsenden Jugend zugewandte Pflege. Muss einerseits eine höhere Bildung immer weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden, so ist doch zu vermeiden, dass durch Halb- bildung ernste Gefahren geschaffen, dass Lebensansprüche geweckt werden, denen die wirthschaftlichen Kräfte der Nation nicht genügen können, oder dass durch einseitige Erstrebung vermehrten Wissens die erziehliche Aufgabe unberücksichtigt bleibe. || Nur ein auf der gesunden Grundlage von Gottesfurcht in einfacher Sitte aufwachsendes Geschlecht wird hinreichend Widerstandskraft besitzen, die Gefahren zu überwinden, welche in einer Zeit rascher wirthschaftlicher Bewegung, durch die Beispiele hochgesteigerter Lebensführung Einzelner, für die Gesammtheit erwachsen. Es ist Mein Wille, dass keine

Nr. 9585.
Deutschland.
12. März 1888.

Gelegenheit versäumt werde, in dem öffentlichen Dienste dahin einzuwirken, dass der Versuchung zu unverhältnissmässigem Aufwande entgegengetreten werde. || Jedem Vorschlage finanzieller Reformen ist Meine vorurtheilsfreie Erwägung im voraus gesichert, wenn nicht die in Preussen altbewährte Sparsamkeit die Auflegung neuer Lasten umgehen und eine Erleichterung bisheriger Anforderungen herbeiführen lässt. || Die grösseren und kleineren Verbänden im Staate verliehene Selbstverwaltung halte Ich für erspriesslich. Dagegen stelle ich es zur Prüfung: ob nicht das diesen Verbänden gewährte Recht der Steuer-Auflagen, welches von ihnen ohne hinreichende Rücksicht auf die gleichzeitig von Reich und Staat ausgehende Belastung geübt wird, den Einzelnen unverhältnissmässig beschweren kann.

In gleicher Weise wird zu erwägen sein, ob nicht in der Gliederung der Behörden eine vereinfachende Aenderung zulässig erscheint, in welcher die Verminderung der Zahl der Angestellten eine Erhöhung ihrer Bezüge ermöglichen würde.

Gelingt es, die Grundlagen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens kräftig zu erhalten, so wird es Mir zu besonderer Genugthuung gereichen, die Blüthe, welche deutsche Kunst und Wissenschaft in so reichem Maasse zeigt, zu voller Entfaltung zu bringen.

Zur Verwirklichung dieser Meiner Absichten rechne Ich auf Ihre so oft bewiesene Hingebung und auf die Unterstützung Ihrer bewährten Erfahrung. || Möge es Mir beschieden sein, dergestalt unter einmüthigem Zusammenwirken der Reichsorgane, der hingebenden Thätigkeit der Volksvertretung, wie aller Behörden, und durch vertrauensvolle Mitarbeit sämtlicher Klassen der Bevölkerung Deutschland und Preussen zu neuen Ehren in friedlicher Entwicklung zu führen! || Unbekümmert um den Glanz rühmbringender Grossthaten, werde Ich zufrieden sein, wenn dereinst von Meiner Regierung gesagt werden kann, sie sei Meinem Volke wohlthätig, Meinem Lande nützlich und dem Reiche ein Segen gewesen! || Berlin, den 12. März 1888. || Ihr wohlgenegter Friedrich.

Nr. 9586. **ITALIEN.** — Condolenztelegramm des ital. Ministerpräsidenten an den deutschen Reichskanzler*). — [Nordd. Allg. Ztg. v. 13. März.]

Nr. 9586.
Italien.
13. März 1888.

Son Altesse le Prince de Bismarck, || chancelier de l'Empire, || Berlin. || La douleur qu'éprouve l'Allemagne et que Votre Altesse doit si vivement ressentir, par suite de la mort de l'empereur Guillaume le victorieux, trouve un écho profond dans le coeur des Italiens. Nous admirions la vaillante et

*) Die aus Anlass des Heimgangs Kaiser Wilhelms zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem österr. Min. d. Ausw. gewechselten Depeschen sind bereits auf S. 118 dieses Bandes zum Abdruck gekommen. A. d. R.

glorieuse vieillesse du souverain dont vous avez été pendant vingt-sept ans le conseiller et le collaborateur dévoué. Nous aimions en lui l'ami sage et fidèle de nos rois et de notre pays*). Le vide, que laisse sa disparition dans les circonstances actuelles, pourrait effrayer le monde et nous troubler, si nous ne savions sur quelles bases inébranlables son règne a placé l'Allemagne. En s'éteignant chargé d'années et de gloire, votre grand Empereur aura eu la consolation suprême de laisser sa patrie forte et prospère, puissante et redoutée. || J'adresse à Votre Altesse, au nom du gouvernement du Roi et au mien, l'expression d'une douleur sincèrement partagée et les vœux les plus ardents pour la durée et la grandeur du nouveau règne.

Nr. 9586.
Italien.
13. März 1888.

Crispi.

Nr. 9587. RUSSLAND. — Beisetzungsreise des Grossfürsten-Thronfolgers als Garantie für die weiteren friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. — [Petersburg. Regierungsbote v. 13. März, übers. im Memorial diplomatique.

L'empereur a chargé le grand-duc héréditaire de le représenter aux obsèques de l'empereur Guillaume. C'est la première fois que Son Altesse Impériale se rend à l'étranger pour représenter son père. || Le grand-duc héréditaire ira à Berlin pour exprimer les souhaits que le tzar fait pour le nouveau souverain allemand, et pour rendre à la mémoire de l'empereur Guillaume les hommages qui lui sont dus; mais son voyage indique, en outre, que les liens formés par l'étroite amitié et la confiance réciproque qui unissent depuis si longtemps les deux Maisons souveraines et auxquelles l'empereur Guillaume est resté fidèle jusqu'au dernier soupir, ne deviendront pas moins solides sous le règne du nouveau souverain allemand. || Ces liens continueront à garantir le maintien des relations pacifiques qui existent entre la Russie et l'Allemagne et qui sont indispensables à la prospérité des deux empires et contribuent à un si haut degré à écarter toute complication internationale.

Nr. 9587.
Russland.
13. März 1888.

Nr. 9588. DEUTSCHLAND. — Allerhöchste Botschaft Kaiser Friedrichs an den Reichstag. — [Reichstagsber.]

Wir, Friedrich von Gottes Gnaden, deutscher Kaiser, König von Preussen etc. etc. etc., thun kund und fügen hiemit zu wissen:

Nr. 9588.
Deutschland.
15. März 1888.

*) In gleichem Sinne äusserte sich der Ministerpräsident im Senat bei der Verkündigung des Todes Kaiser Wilhelms: . . . „Unsere beiden Nationen, unsere beiden Dynastien waren verbunden durch die Gemeinsamkeit errungener Freiheit und wiedergewonnener Unabhängigkeit. Das Haus Hohenzollern und die Dynastie Savoyen haben beide die Aufgabe gehabt, eine Nation aufzurichten. Wir theilen wie eine nationale Trauer die Trauer Deutschlands.“

A. d. R.

Nr. 4588.
Deutschland.
15. März 1888.

Durch den nach Gottes Ratschlusse erfolgten Hintritt Unseres geliebten Herrn Vaters ist mit der preussischen Krone die deutsche Kaiserwürde auf Uns übergegangen. Wir haben die mit derselben verbundenen Rechte und Pflichten in dem Entschlusse übernommen, die Reichsverfassung unverbrüchlich zu beobachten und aufrechtzuerhalten und demgemäss die verfassungsmässigen Rechte der einzelnen Bundesstaaten und des Reichstages gewissenhaft zu achten und zu wahren. Im Bewusstsein der mit der Kaiserlichen Würde Uns überkommenen hohen Aufgabe werden Wir nach dem Vorbilde Unseres unvergesslichen Herrn Vaters jederzeit darauf bedacht sein, in Gemeinschaft mit den Uns verbündeten Fürsten und freien Städten unter der verfassungsmässigen Mitwirkung des Reichstages Recht und Gerechtigkeit, Freiheit und Ordnung im Vaterlande zu schirmen, die Ehre des Reiches zu wahren, den Frieden nach aussen und im Innern zu erhalten und die Wohlfahrt des Volkes zu pflegen.

Durch die einmütige Bereitwilligkeit, mit welcher der Reichstag den auf die Fortbildung der vaterländischen Wehrkraft behufs Sicherstellung des Reiches gerichteten Vorschlägen der verbündeten Regierungen zugestimmt hat, ist des Hochseligen Kaisers Majestät noch in den letzten Tagen Seines Lebens hoch erfreut und gestärkt worden; Ihm ist es nicht mehr vergönnt gewesen, dem Reichstage Seinen Kaiserlichen Dank für diese Beschlüsse auszudrücken. Um so mehr ist es Uns Bedürfnis, dieses Vermächtnis des in Gott ruhenden Kaiserlichen Herrn dem Reichstage zu übermitteln und dem letzteren auch Unseren Dank und Unsere Anerkennung für die bei diesem Anlass aufs neue bewiesene patriotische Hingebung auszusprechen.

In zuversichtlichem Vertrauen auf diese Hingebung und die bewährte Vaterlandsiebe des gesamten Volks und seiner Vertreter legen Wir die Zukunft des Reiches in Gottes Hand.

Gegeben Charlottenburg, den 15. März 1888.

Friedrich.

von Bismarck.

Nr. 9589. DEUTSCHLAND. — Allerhöchste Botschaft Kaiser Friedrichs an die beiden Häuser des Landtags. — [Stenogr. Bericht des Abg.-H.]

Nr. 9589.
Deutschland.
17. März 1888.

Wir, Friedrich von Gottes Gnaden, König von Preussen etc., thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem es Gott gefallen hat, nach dem Hinscheiden Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm, Unseres vielgeliebten Herrn Vaters, Uns auf den Thron Unserer Vorfahren an der Krone zu berufen, entbieten Wir dem Landtage Unserer Monarchie Unseren Gruss.

Die Gesinnungen und Absichten, in welchen Wir Unsere Regierung an-

Nr. 9590.
Deutschland.
15. März 1888.

den Zeiten Unserer Vorfahren gewesen ist, bevor diese deutschen Lande aus der uralten und ruhmvollen Verbindung mit Ihren Stammesgenossen und Landsleuten losgerissen wurden. Wir befehlen, diesen Erlass durch das Gesetzblatt zu verkünden.

Gegeben Charlottenburg, den 15. März 1888.

gez. Friedrich.
gegengez. Fürst von Hohenlohe.

Nr. 9591. DEUTSCHLAND. — Bekanntmachung des Todes Kaiser Friedrichs durch das Staatsministerium. — [Reichs- und Staatsanzeiger.]

Nr. 9591.
Deutschland.
15. Juni 1888.

Der königliche Dulder hat vollendet. Nach Gottes Rathschluss ist Se. Majestät der Kaiser und König Friedrich, unser allergnädigster Herr, nach langen, schweren, mit bewunderungswürdiger Standhaftigkeit und Ergebung in den göttlichen Willen getragenen Leiden heute kurz nach 11 Uhr vormittags zur ewigen Ruhe eingegangen. Tief betrauert das königliche Haus und unser in so kurzer Zeit zum zweitenmal verwaistes Volk den allzu frühen Hintritt des vielgeliebten Herrschers.

Berlin, 15. Juni 1888.

Das Staatsministerium.

Nr. 9592. DEUTSCHLAND. — Erlass Kaiser Wilhelms II. an die Armee und Marine. — [Reichs- und Staatsanzeiger.]

I.

Nr. 9592.
Deutschland.
15. Juni 1888.

Während die Armee soeben erst die äusseren Trauerzeichen für ihren auf alle Zeiten in den Herzen fortlebenden Kaiser und König Wilhelm I., Meinen hochverehrten Grossvater, ablegte, erleidet sie durch den heute vormittags 11 Uhr 5 Minuten erfolgten Tod Meines teuren, innig geliebten Vaters, des Kaisers und Königs Friedrich III. Majestät, einen neuen schweren Schlag. Es sind wahrlich ernste Trauertage, in denen Mich Gottes Fügung an die Spitze der Armee stellt, und es ist in der That ein tiefbewegtes Herz, aus welchem Ich das erste Wort an Meine Armee richte. Die Zuversicht aber, mit welcher Ich an die Stelle trete, an die Mich Gottes Wille beruft, ist unerschütterlich fest; denn Ich weiss, welchen Sinn für Ehre und Pflicht Meine glorreichen Vorfahren in die Armee gepflanzt haben, und Ich weiss, in wie hohem Maasse sich dieser Sinn immer und zu allen Zeiten bewährt hat. In der Armee ist die feste, unverbrüchliche Zugehörigkeit zum Kriegsherrn das Erbe, welches vom Vater auf den Sohn, von Generation zu Generation geht; und ebenso verweise Ich auf Meinen, euch allen vor Augen stehenden Grossvater, das Bild des glorreichen und ehrwürdigen Kriegsherrn, wie es schöner und zum Herzen sprechender nicht gedacht werden kann, auf Meinen teuren

Vater, der sich schon als Kronprinz eine Ehrenstelle in den Annalen der Armee erwarb, und auf eine lange Reihe ruhmvoller Vorfahren, deren Namen hell in der Geschichte leuchten und deren Herzen warm für die Armee schlugen. So gehören wir zusammen — Ich und die Armee —, so sind wir für einander geboren, und so wollen wir unaufhörlich fest zusammenhalten, möge nach Gottes Willen Friede oder Sturm sein. Ihr werdet Mir jetzt den Eid der Treue und des Gehorsams schwören — und Ich gelobe, stets dessen eingedenk zu sein, dass die Augen Meiner Vorfahren aus jener Welt auf Mich herniedersehen, und dass Ich ihnen dermaleinst Rechenschaft über den Ruhm und die Ehre der Armee abzulegen haben werde!

Schloss Friedrichskron, den 15. Juni 1888.

Wilhelm.

II.

Ich mache der Marine mit tiefbewegtem Herzen bekannt, dass Mein geliebter Vater, Se. Majestät der deutsche Kaiser und König von Preussen Friedrich III., heute vormittags 11 Uhr 5 Minuten sanft in dem Herrn entschlafen ist und dass Ich, an die Mir durch Gottes Willen bestimmte Stelle tretend, die Regierung der Mir angestammten Lande und somit auch den Oberbefehl über die Marine übernommen habe. Es ist wahrlich eine tiefernte Zeit, in der Ich das erste Wort an die Marine richte. Soeben erst sind die äusseren Trauerzeichen für Meinen unvergesslichen, teuren Grossvater, den Kaiser Wilhelm I., abgelegt worden, der noch im vorigen Jahre bei seiner Anwesenheit in Kiel seine lebhafteste Befriedigung und Anerkennung über die Entwicklung der Marine unter seiner glorreichen Regierung in den wärmsten Worten aussprach —, und schon senken sich die Flaggen wieder für Meinen vielgeliebten Vater, welcher so grosse Freude und so lebhaftes Interesse an dem Wachsen und den Fortschritten der Marine hatte. Die Zeit ernster und wahrhafter Trauer stärkt und festigt aber den Sinn und die Herzen der Menschen, und so wollen wir — das Bild Meines Grossvaters und Meines Vaters treu im Herzen haltend — getrost in die Zukunft sehen. Die Marine weiss, dass es Mich nicht nur mit grosser Freude erfüllt hat, ihr durch ein äusseres Band anzugehören, sondern dass Mich seit frühester Jugend in voller Uebereinstimmung mit Meinem lieben Bruder, dem Prinzen Heinrich von Preussen, ein lebhaftes und warmes Interesse mit ihr verbindet. Ich habe den hohen Sinn für Ehre und für treue Pflichterfüllung kennen gelernt, der in der Marine lebt. Ich weiss, dass jeder bereit ist, mit seinem Leben freudig für die Ehre der deutschen Flagge einzustehen, wo immer es sei. Und so kann Ich es in dieser ersten Stunde mit voller Zuversicht aussprechen, dass wir fest und sicher zusammenstehen werden in guten und in bösen Tagen, im Sturm wie im Sonnenschein, immer eingedenk des Ruhmes des deutschen Vaterlandes und immer bereit, das Herzblut für die Ehre der deutschen Flagge zu geben. Bei solchem Streben wird Gottes Segen mit uns sein.

Schloss Friedrichskron, den 15. Juni 1888.

Wilhelm.

Nr. 9593. PREUSSEN. — Proklamation König Wilhelms II. —
[Reichs- und Staatsanzeiger.]

An Mein Volk!

Nr. 9593.
Preussen.
18. Juni 1888.

Gottes Ratschluss hat über uns aufs neue die schmerzlichste Trauer verhängt. Nachdem die Gruft über der sterblichen Hülle Meines unvergesslichen Herrn Grossvaters sich kaum geschlossen hat, ist auch Meines heissgeliebten Herrn Vaters Majestät aus dieser Zeitlichkeit zum ewigen Frieden abgerufen worden. Die heldenmütige, aus christlicher Ergebung erwachsende Thatkraft, mit der er seinen königlichen Pflichten ungeachtet seines Leidens gerecht zu werden wusste, schien der Hoffnung Raum zu geben, dass er dem Vaterlande noch länger erhalten bleiben werde. Gott hat es anders beschlossen. Dem königlichen Dulder, dessen Herz für alles Grosse und Schöne schlug, sind nur wenige Monate beschieden gewesen, um auch auf dem Throne die edlen Eigenschaften des Geistes und Herzens zu bethätigen, welche ihm die Liebe seines Volkes gewonnen haben. Der Tugenden, die ihn schmückten, der Siege, die er auf den Schlachtfeldern einst errungen hat, wird dankbar gedacht werden, so lange deutsche Herzen schlagen, und unvergänglicher Ruhm wird seine ritterliche Gestalt in der Geschichte des Vaterlandes verklären.

Auf den Thron meiner Väter berufen, habe Ich die Regierung im Aufblicke zu dem Könige aller Könige übernommen und Gott gelobt, nach dem Beispiel meiner Väter meinem Volke ein gerechter und milder Fürst zu sein, Frömmigkeit und Gottesfurcht zu pflegen, den Frieden zu schirmen, die Wohlfahrt des Landes zu fördern, den Armen und Bedrängten ein Helfer, dem Rechte ein treuer Wächter zu sein.

Wenn Ich Gott um Kraft bitte, diese königlichen Pflichten zu erfüllen, die sein Wille Mir auferlegt, so bin Ich dabei von dem Vertrauen zum preussischen Volke getragen, welches der Rückblick auf unsere Geschichte Mir gewährt. In guten und in bösen Tagen hat Preussens Volk stets treu zu seinem König gestanden. Auf diese Treue, deren Band sich Meinen Vätern gegenüber in jeder schweren Zeit und Gefahr als unzerreissbar bewährt hat, zähle auch Ich in dem Bewusstsein, dass Ich sie aus vollem Herzen erwidere als treuer Fürst eines treuen Volkes, beide gleich stark in der Hingebung für das gemeinsame Vaterland.

Diesem Bewusstsein der Gegenseitigkeit der Liebe, welche Mich mit Meinem Volke verbindet, entnehme Ich die Zuversicht, dass Gott Mir Kraft und Weisheit verleihen werde, Meines königlichen Amtes zum Heile des Vaterlandes zu walten.

Potsdam, 18. Juni 1888.

Wilhelm.

Nr. 9594. DEUTSCHLAND. — Thronrede Kaiser Wilhelms II. an den Reichstag. — [Reichstagsber.]

Gehrte Herren! Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße Ich Sie und weiss, dass Sie mit Mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden Meines hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Thatsache, dass Ich drei Monate nach dem Hintritte weiland Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Theilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter dem Drucke desselben bitte Ich Gott, Mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen sein Wille Mich berufen hat. Dieser Berufung folgend, habe Ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen und dem auch Meines hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Bethätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.

Nr. 9594.
Deutschland.
25. Juni 1888.

Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem deutschen Volke zu verkünden, dass Ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein hochseliger Herr Grossvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat. Dass auch Mir dies gelinge, steht bei Gott; erstreben will Ich es in ernster Arbeit. Die wichtigsten Aufgaben des deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung nach aussen, und im Innern in der Ueberwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung; sie zu wahren und zu schirmen in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherren verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers. An der Gesetzgebung des Reiches habe Ich nach der Verfassung mehr in Meiner Eigenschaft als König von Preussen wie in der des deutschen Kaisers mitzuwirken; aber in beiden wird es Mein Bestreben sein, das Werk der Reichsgesetzgebung in dem gleichen Sinne fortzuführen, wie Mein hochseliger Herr Grossvater es begonnen hat. Insbesondere eigne Ich Mir die von ihm am 17. November 1881 erlassene Botschaft ihrem vollen Umfange nach an und werde im Sinne derselben fortfahren, dahin zu wirken, dass die Reichsgesetzgebung für die arbeitende Bevölkerung auch ferner den Schutz erstrebe, den sie im Anschlusse an die Grundsätze der christlichen Sittenlehre den Schwachen und Bedrängten im Kampfe um das Dasein gewähren kann. Ich hoffe, dass es gelingen werde, auf diesem Wege der Ausgleichung ungesunder gesellschaftlicher Gegensätze näher zu kommen, und hege die Zuversicht, dass Ich zur Pflege unserer inneren Wohlfahrt die einhellige Unterstützung aller treuen Anhänger des Reiches und der verbündeten

Nr. 9594.
Deutschland.
25. Juni 1888.

Regierungen finden werde, ohne Trennung nach gesonderter Parteistellung. Ebenso aber halte Ich für geboten, unsere staatliche und gesellschaftliche Entwicklung in den Bahnen der Gesetzlichkeit zu erhalten und allen Bestrebungen, welche den Zweck und die Wirkung haben, die staatliche Ordnung zu untergraben, mit Festigkeit entgegenzutreten.

In der auswärtigen Politik bin Ich entschlossen, Frieden zu halten, mit jedermann, so viel an Mir liegt. Meine Liebe zum deutschen Heere und Meine Stellung zu demselben werden Mich niemals in Versuchung führen, dem Lande die Wohlthaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder auf dessen Verbündete uns aufgedrungene Notwendigkeit ist. Unser Heer soll uns den Frieden sichern und, wenn er uns dennoch gebrochen wird, im stande sein, ihn mit Ehren zu erkämpfen. Das wird es mit Gottes Hilfe vermögen nach der Stärke, die es durch das von Ihnen einmütig beschlossene jüngste Wehrgesetz erhalten hat. Diese Stärke zu Angriffskriegen zu benützen, liegt Meinem Herzen fern. Deutschland bedarf weder neuen Kriegsruhmes noch irgend welcher Eroberungen, nachdem es sich die Berechtigung, als einige und unabhängige Nation zu bestehen, endgültig erkämpft hat.

Unser Bündnis mit Oesterreich-Ungarn ist öffentlich bekannt. Ich halte an demselben in deutscher Treue fest, nicht bloss, weil es geschlossen ist, sondern weil Ich in diesem defensiven Bunde eine Grundlage des europäischen Gleichgewichts erblicke, sowie ein Vermächtnis der deutschen Geschichte, dessen Inhalt heute von der öffentlichen Meinung des gesamten deutschen Volkes getragen wird und dem herkömmlichen europäischen Völkerrechte entspricht, wie es bis 1866 in unbestrittener Geltung war. Gleiche geschichtliche Beziehungen und gleiche nationale Bedürfnisse der Gegenwart verbinden uns mit Italien. Beide Länder wollen die Segnungen des Friedens festhalten, um in Ruhe der Befestigung ihrer neu gewonnenen Einheit in der Ausbildung ihrer nationalen Institutionen und der Förderung ihrer Wohlfahrt zu leben. Unsere mit Oesterreich-Ungarn und Italien bestehenden Verabredungen gestatten Mir zu Meiner Befriedigung die sorgfältige Pflege Meiner persönlichen Freundschaft für den Kaiser von Russland und der seit hundert Jahren bestehenden friedlichen Beziehungen zu dem russischen Nachbarreiche, welche Meinen eigenen Gefühlen ebenso wie den Interessen Deutschlands entspricht. In der gewissenhaften Pflege des Friedens stelle Ich Mich ebenso bereitwillig in den Dienst des Vaterlandes wie in der Sorge für das Kriegsheer und freue Mich der traditionellen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, durch welche Mein Bestreben in ersterer Richtung befördert wird. Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, dass es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter der Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde.

Nr. 9595. **PREUSSEN.** — Thronrede König Wilhelms II. an beide Häuser des Landtags. — [Sitzungsber. d. Abg.-Haus.]

Nr. 9595.
Preussen.
25. Juni 1888.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags! In trüber Zeit heisse Ich Sie zum erstenmale von dieser Stelle aus willkommen. Nur wenige Monate hat das Scepter in Meines dahingeschiedenen Vaters Hand geruht, aber lange genug, um zu erkennen, welchen Herrscher das Vaterland in ihm verloren hat. Die Hoheit seiner Erscheinung, der Adel seiner Gesinnung, sein ruhmvoller Anteil an den grossen Geschicken des Vaterlandes und der Heldenmut christlicher Ergebung, mit dem er gegen die Todeskrankheit kämpfte, haben ihm im Herzen seines Volkes ein unvergängliches Denkmal gesetzt. Für die ungezählten Beweise treuen Gedenkens und liebevoller Teilnahme, welche Mir in diesen für Mich so schweren Tagen zugegangen sind, sage Ich Allen, die Mir mit ihrem Troste genahnt sind, Meinen königlichen Dank. Nachdem durch Meines Herrn Vaters Heimgang die Krone Meiner Vorfahren auf Mich übergegangen ist, war es Mir ein Bedürfnis, bei dem Beginne Meiner Regierung Sie um Mich zu versammeln und unverweilt vor Ihnen das eidliche Gelöbniß abzulegen, welches die Verfassung vorschreibt. Ich gelobe, dass Ich die Verfassung des Königreiches fest und unverbrüchlich halten und in der Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen regieren will, so wahr Mir Gott helfe!

Geehrte Herren! Kaiser Wilhelm hat in seiner ruhmreichen, von grossen Thaten in Krieg und Frieden erfüllten Regierung das heutige Preussen geschaffen und das Streben unseres Volkes nach nationaler Einheit verwirklicht. Mein in Gott ruhender Vater hat mit derselben Pietät, welche Mich ihm gegenüber beseelt, nach seiner Thronbesteigung sich in den öffentlichen Urkunden, welche sein politisches Vermächtnis darstellen, die Politik und die Werke Meines verewigten Grossvaters angeeignet, und Ich bin entschlossen, ihm auf diesem Wege zu folgen auf dem Gebiete der Regierung Preussens wie auf dem der Reichspolitik. Wie König Wilhelm I. werde Ich Meinem Gelöbniß entsprechend treu und gewissenhaft die Gesetze und die Rechte der Volksvertretung achten und schützen und mit gleicher Gewissenhaftigkeit die verfassungsmässigen Rechte der Krone wahren und ausüben, um sie dereinst Meinem Nachfolger auf dem Throne unverkümmert zu überliefern. Es liegt Mir fern, das Vertrauen des Volkes auf die Stetigkeit unserer gesetzlichen Zustände durch Bestrebungen nach Erweiterung der Kronrechte zu beunruhigen. Der gesetzliche Bestand Meiner Rechte, so lange er nicht in Frage gestellt wird, genügt, um dem Staatsleben das Maass monarchischer Einwirkung zu sichern, dessen Preussen nach seiner geschichtlichen Entwicklung, nach seiner heutigen Zusammensetzung, nach seiner Stellung im Reiche und nach den Gefühlen und Gewohnheiten des eigenen Volkes bedarf. Ich bin der Meinung, dass unsere Verfassung eine gerechte und nützliche Verteilung der Mitwirkung der verschiedenen Gewalten im Staatsleben enthält, und werde sie auch deshalb und nicht nur Meines Gelöbnisses wegen halten und schützen.

Nr. 9595.
Preussen.
25. Juni 1888.

Dem Vorbilde Meiner erhabenen Ahnherren folgend, werde Ich es jederzeit als eine Pflicht erachten, allen religiösen Bekenntnissen im Meinem Lande bei der freien Ausübung ihres Glaubens Meinen königlichen Schutz angedeihen zu lassen. Mit besonderer Befriedigung habe Ich es empfunden, dass die neuere kirchenpolitische Gesetzgebung dazu geführt hat, die Beziehungen des Staates zu der katholischen Kirche und deren geistlichem Oberhaupte in einer für beide Teile annehmbaren Weise zu gestalten. Ich werde bemüht sein, den kirchlichen Frieden im Lande zu erhalten.

Die Reform der inneren Verwaltung ist in der letzten Session des Landtages in der Hauptsache zum Abschluss gebracht worden. Die Durchführung der neuen Gesetzgebung hat den Beweis dafür geliefert, dass der Gedanke der ehrenamtlichen Selbstverwaltung in das lebendige Bewusstsein der Bevölkerung übergegangen ist und dass sich die geeigneten Kräfte bereitwillig in den Dienst des öffentlichen Wohles gestellt haben. Es ist Mein Wille, an dieser wertvollen Errungenschaft festzuhalten und durch Ausgestaltung und Festigung der neuen Institutionen dazu beizutragen, dass dieselben in ihrer erfolgreichen Wirksamkeit dauernd erhalten bleiben. Ich halte in dem Finanzwesen an den altpreussischen Ueberlieferungen fest, welche den Wohlstand des Landes begründet und den Staat auch in schweren Zeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben befähigt haben. Mit Befriedigung darf Ich auf die Finanzlage des Staates blicken, wie Ich dieselbe Dank der Fürsorge Meiner Vorfahren an der Krone bei Meinem Regierungsantritte vorfinde. Diese günstige Lage des Staatshaushaltes hat gestattet, mit der Erleichterung der Steuern der Gemeinden und der minderbegüterten Volksklassen einen erfolgreichen Anfang zu machen. Es ist Mein Wille, dass dieses Ziel weiter verfolgt werde und dass in gleicher Weise dringliche Bedürfnisse, welche bisher wegen der Unzulänglichkeit der vorhandenen Mittel haben zurückgestellt werden müssen, demnächst ihre Befriedigung finden. Die verheerenden Ueberschwemmungen, von welchen in diesem Frühjahr weite und fruchtbare Teile des Landes heimgesucht worden sind, beanspruchen meine volle Teilnahme. Durch die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie reiche Mittel bewilligt haben, ist Meine Regierung in den Stand gesetzt worden, viele der geschlagenen Wunden zu heilen und neue Vorkehrungen zur Abwehr ähnlicher Katastrophen zu treffen. Wenn den hartgeprüften Bewohnern der betroffenen Gegend ein Trost in ihrem Unglücke gewährt werden konnte, so ist derselbe in dem edlen Wetteifer mit der staatlichen Fürsorge zu finden, welcher von allen Ständen und allen Klassen der Bevölkerung und auch der Deutschen im fernen Auslande bethätigt worden ist. Es drängt Mich, allen, die zur Linderung der Not beigesteuert haben, von dieser Stelle aus Meinen Dank auszusprechen.

Geehrte Herren! Sie können am Schlusse einer Legislatur-Periode mit Befriedigung auf die wichtigen Ergebnisse zurückblicken, welche Dank Ihrem einträchtigen Zusammenwirken mit der Regierung erzielt worden sind. Im Rückblicke hierauf vertraue Ich, dass es uns auch in Zukunft gelingen werde,

in gemeinschaftlicher, von gegenseitigem Vertrauen getragener und durch die
Verschiedenheit prinzipieller Grundanschauungen nicht gestörter Arbeit die
Wohlfahrt des Landes zu fördern. Gehrte Herren! In bewegter Zeit habe
Ich die Pflichten Meines königlichen Amtes übernommen; aber Ich trete an
die Mir nach Gottes Fügung gestellte Aufgabe mit der Zuversicht des Pflicht-
gefühls heran und halte Mir dabei das Wort des Grossen Friedrich gegen-
wärtig, dass in Preussen der König des Staates erster Diener ist.

Nr. 9505.
Preussen.
25. Juni 1888.

Deutschland und Frankreich 1887.

Fall Schnäbele.

Nr. 9596. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär im Reichsamt des Ausw. Graf Herbert Bismarck an den französischen Botschafter in Berlin. Erklärung über die Gründe der Freilassung des am 20. April auf deutschem Gebiete wegen Spionage verhafteten französischen Grenzkommissars Schnäbele. — [Veröffentl. in der Nordd. Allg. Ztg. v. 1. Mai 1887.]

Nr. 0596.
Deutschland.
28. April 1887.

Auf Grund der Mittheilungen, welche Se. Exzellenz der Herr Botschafter der französischen Republik in Betreff der gerichtlichen Festnahme des französischen Polizeikommissars Schnäbele gemacht hat, sowie in Würdigung der durch den kaiserlichen Geschäftsträger in Paris gemeldeten Mittheilungen des französischen Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, hat der Unterzeichnete die Angelegenheit des Schnäbele einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Zum Zwecke derselben sind von den beteiligten Gerichtsbehörden die Beweisstücke eingefordert worden, welche sich auf die Veranlassung der Verhaftung des Schnäbele und auf die begleitenden Umstände beziehen.

Die wichtigsten dieser Schriftstücke, vor allem die Aussage des Schnäbele nach seiner Verhaftung und die sämtlichen gerichtlich zu Protokoll genommenen Zeugenaussagen, sind dem Herrn Botschafter der französischen Republik abschriftlich mitgetheilt worden. Dieselben ergeben als zweifellos, dass die Verhaftung in ihrem ganzen Verlauf ausschliesslich auf deutschem Gebiet und ohne Ueberschreitung der französischen Grenze vor sich gegangen ist. ¶ Das gerichtliche Verfahren gegen Schnäbele hat das Verbrechen des Landesverrathes, begangen im Gebiete des deutschen Reiches, zum Gegenstande und gründet sich auf vollgültige Beweise seiner Schuld, bestehend in Geständnissen des in gleicher Sache angeklagten Reichsangehörigen Klein und in eigenhändigen, in Metz zur Post gegebenen und von Schnäbele seitdem anerkannten Briefen des Letzteren. Auf Grund der erwiesenen und später von Schnäbele selbst eingestandenen Schuld hat das Reichsgericht befohlen, denselben zu verhaften, sobald er sich auf deutschem Gebiete würde betreten lassen. Dies ist der Fall gewesen am 20. d. M. bei Gelegenheit einer zwischen Schnäbele und dem

deutschen Polizeikommissar Gautsch verabredet gewesenem geschäftlichen Zusammenkunft auf der Grenze. || Die gerichtliche Verurtheilung Schnäbele's wird unter diesen Umständen nicht zweifelhaft sein können und voraussichtlich um so strenger ausfallen, als Schnäbele bei seiner strafbaren Thätigkeit das Ansehen gemissbraucht hat, welches ihm seine Stellung in dem, ein besonderes Maass von gegenseitigem Vertrauen voraussetzenden amtlichen Grenzverkehr beider Länder verlieh. Schnäbele hat das für den internationalen Verkehr unentbehrliche Vertrauen dadurch geschädigt, dass er seine amtliche Stellung im Grenzdienste benutzte, um deutsche Reichsangehörige für Geld zu verbrecherischen Handlungen gegen ihr Vaterland zu verleiten. Durch diesen Amtsmissbrauch wird in den Augen des Gerichtes die Strafbarkeit Schnäbele's erhöht, unabhängig von der Frage, ob derselbe in höherem Auftrage gehandelt hat. Der Unterzeichnete erlaubt sich, diesen Gesichtspunkt für den Fall hervorzuheben, dass Schnäbele nach seiner gegenwärtigen Freilassung von neuem auf deutschem Gebiete betroffen werden sollte, ohne durch vorgängige amtliche Verabredung gegen Verhaftung gedeckt zu sein.

Der Unterzeichnete giebt sich der Hoffnung hin, dass der Herr Botschafter aus den mitgetheilten Aktenstücken die Ueberzeugung schöpfen werde, dass der gerichtliche Haftbefehl gegen Schnäbele wohlbegründet war und dass die Ausführung desselben innerhalb der deutschen und ohne Verletzung französischer Hoheitsrechte stattgefunden hat. Wenn der Unterzeichnete dennoch für seine Pflicht gehalten hat, den Befehl zur Freilassung Schnäbele's von dem Kaiser, seinem Allergnädigsten Herrn, zu erbitten, so ist er dabei von der völkerrechtlichen Auffassung geleitet worden, dass Grenzüberschreitungen, welche auf Grund dienstlicher Verabredungen zwischen Beamten benachbarter Staaten erfolgen, jederzeit als unter der stillschweigenden Zusicherung freien Geleites stehend anzusehen seien. Es ist nicht glaublich, dass der deutsche Beamte Gautsch*) den Schnäbele zu einer Besprechung in der Absicht aufgefordert habe, seine Verhaftung möglich zu machen; es liegen aber Briefe vor, welche beweisen, das Schnäbele, als er verhaftet wurde, sich an der Stelle, wo dies geschah, in Folge einer mit dem diesseitigen Beamten getroffenen Verabredung befand, um gemeinsame amtliche Geschäfte zu erledigen. Wenn die Grenzbeamten bei derartigen Gelegenheiten der Gefahr ausgesetzt wären, auf Grund von Ausprüchen, welche die Gerichte des Nachbarstaates an sie machen, verhaftet zu werden, so würde in der dadurch für sie gebotenen Vorsicht eine Erschwerung der laufenden Grenzgeschäfte liegen, welche mit dem Geiste und den Traditionen der heutigen internationalen Beziehungen nicht in Einklang

*) Polizeikommissar zu Ars-sur-Moselle. Er hatte in zwei Briefen vom 13. und 16. April Schnäbele aufgefordert, zu einer amtlichen Besprechung zu ihm an die Grenze zu kommen. In einem unterm 30. April an die Pariser Zeitung „Temps“ gerichteten Schreiben verwarft sich Gautsch gegen die Verwechslung mit dem Kriminalkommissar von Tausch (s. folgte. Nr.) und erklärt, bis zum 20. April keinerlei Kenntniss von dem Verhaftungsbefehle gegen Schnäbele gehabt zu haben.

Nr. 9596.
Deutschland.
23. April 1887.

steht. Der Unterzeichnete ist daher der Meinung, dass derartige geschäftliche Zusammenkünfte jeder Zeit als unter dem Schutze gegenseitig zugesicherten freien Geleites stehend gedacht werden sollten. In diesem Sinne hat er, unter voller Anerkennung der Berechtigung des Verfahrens der diesseitigen Gerichte und Beamten, das Sachverhältniss bei Seiner Majestät dem Kaiser zum Vortrag gebracht; Allerhöchstdieselben haben dahin zu entscheiden geruht, dass in Betracht der völkerrechtlichen Motive, welche für unbedingte Sicherstellung internationaler Verhandlungen sprechen, der p. Schnäbele trotz seiner Festnahme auf deutschem Gebiet und trotz der gegen ihn vorliegenden Schuldbeweise in Freiheit zu setzen sei.

Indem der Unterzeichnete dies zur Kenntniss des Herrn Botschafters der französischen Republik bringt, fügt er hinzu, dass die erforderlichen Weisungen zur Haftentlassung des Schnäbele ergangen sind, und bittet Se. Excellenz gleichzeitig die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung entgegenzunehmen.
von Bismarck.

Seiner Excellenz dem ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der französischen Republik Herrn Herbette.

Nr. 9597. DEUTSCHLAND. — Mittheilung des Reichsjustizamts an die Norddeutsche Allg. Ztg. Amtliche Darstellung der Gründe für die Verhaftung Schnäbele's und deren Ausführung, zur Berichtigung der namentlich in der französischen Presse verbreiteten falschen Berichte. — [Nordd. Allg. Ztg. v. 28. April 1887.]

Nr. 9597.
Deutschland.
28. April 1887.

Im Februar dieses Jahres wurden der Handelsagent Tobias Klein zu Strassburg und der Fabrikant Martin Grebert zu Schiltigheim unter dem Verdachte des Landesverraths verhaftet, und wurde gegen Beide unter der Beschuldigung, „im Inlande in nicht rechtsverjährter Zeit Festungspläne und Nachrichten, von denen sie wussten, dass ihre Geheimhaltung der französischen Regierung gegenüber für das Wohl des deutschen Reiches erforderlich war, dieser Regierung mitgetheilt zu haben“, auf Grund des § 92 Nr. 1 Strafgesetzbuchs die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet. Klein wurde bei seiner Verhaftung im Besitze dreier Briefe gefunden, in welchen Auskunft über die Befestigungsarbeiten zu Strassburg verlangt wird und aus denen sich ergibt, dass der Briefschreiber gleiche Nachrichten bereits aus Metz erhalten hat. Klein legte nach anfänglichem Leugnen auf Vorhalt der gegen ihn vorliegenden Verdachtsmomente, insbesondere nach Vorlegung eines anscheinend von seiner Hand herrührenden, M. Marthe unterzeichneten Schreibens an Hirsch vom 18. August 1882, in welchem über die Armirung der Strassburger Forts nähere Angaben gemacht werden, ein Geständniss ab. Im Jahre 1879 oder 1880 sei er von dem französischen Polizei-Agenten Hirschhauer zu Paris

mit der Spionage in Mainz und Strassburg beauftragt worden. Er habe die ihm von demselben brieflich vorgelegten Fragen, welche sich meist auf die Beschaffenheit, Lage und Construction der Forts von Mainz und Strassburg bezogen, unter der Adresse Hirsch in Paris und unter anderen Adressen beantwortet und habe für seine Thätigkeit bis zu seiner Verhaftung monatlich 200 Mark bezogen. An den Hirschhauer sei er durch den damaligen französischen Grenzpolizei-Beamten Fleuriel zu Avricourt gewiesen worden, welcher Letzterer auch gelegentlich selbst einzelne Sendungen vermittelt habe. Vor etwa zwei Jahren habe ihm Hirschhauer geschrieben, dass er von jetzt ab mit der Sache nichts weiter zu thun habe und ihn an den Obersten Vincent zu Paris, als den Chef des Bureau des renseignements, empfehlen werde; einstweilen solle er seine Briefe an Picard in Nancy adressiren. Letzteres habe er gethan, bis er von dem französischen Polizei-Commissar Schnaeble zu Pagny zu einer Zusammenkunft eingeladen und dabei von diesem aufgefordert worden sei, in Zukunft seine Briefe an Kenzig in Pont-à-Mousson zu adressiren. Dementsprechend habe er seitdem correspondirt. Die bei ihm gefundenen Briefe rührten von Schnaeble her; die eigenthümliche Form der Briefe habe bezweckt, sie im Falle einer etwaigen Beschlagnahme als Familienbriefe erscheinen zu lassen. In Folge des Geständnisses Klein's ertheilte der Untersuchungsrichter dem ihm beigegebenen Criminal-Commissar v. Tausch den Auftrag, auf den des Landesverrathes beschuldigten französischen Polizei-Commissar Schnaeble zu fahnden und ihn, im Falle er das deutsche Gebiet betreten sollte, zu verhaften und vorzuführen. In Ausführung dieses Auftrages ist Schnaeble am 20. d. M. verhaftet worden. Die Verhaftung hat erwiesenermaassen auf deutschem Gebiete stattgefunden. Nachdem Schnaeble bei seiner ersten Vernehmung jede Schuld in Abrede gestellt und behauptet hatte, dass seine Verhaftung auf französischem Gebiete erfolgt sei, hält er die letztere Behauptung nicht mehr bestimmt aufrecht, giebt vielmehr die Möglichkeit eines Irrthums zu und räumt zugleich ein, die fraglichen drei Briefe geschrieben und die als landesverrätherisch gekennzeichnete Correspondenz des Klein vermittelt zu haben. Der von Schnaeble und Klein genannte französische Oberst Vincent ist bei dem Reichsgerichte bereits aus den Landesverraths-Processen wider den dänischen Capitän Sarauw und wider den Redacteur Prohl als Chef des französischen Nachrichten-Bureaus zu Paris bekannt. Der Untersuchungsrichter hat gegen Schnaeble den Haftbefehl wegen Landesverrathes auf Grund der §§ 92 Nr. 1 und 47 Strafgesetzbuchs erlassen. Der angeschuldigte Grebert scheint zu französischen Grenzpolizei-Beamten, insbesondere zu dem Polizei-Commissar Gerber zu Avricourt, ähnliche Beziehungen wie Klein zu Schnaeble unterhalten zu haben.

Nr. 9597.
Deutschland.
28. April 1887.

Die Neuen Hebriden und die Tahitiinseln*).

Nr. 9598. GROSSBRITANNIEN-FRANKREICH. — Vertrag in Bezug auf die Unabhängigkeit der Inseln Huahine, Raiatea und Borabora. [1.]

Nr. 9598.
Gross-
britannien-
Frankreich.
19. Juni 1847.

S. M. le Roi des Français et S. M. la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, désirant écarter une cause de discussion entre leurs Gouvernements respectifs, au sujet des îles de l'Océan Pacifique désignées ci-après, ont cru devoir s'engager réciproquement: || 1^o A reconnaître formellement l'indépendance des îles de Huahine, Raiatea et Borabora (sous le vent de Tahiti) et des petites îles adjacentes qui dépendent de celles-ci; || 2^o A ne jamais prendre possession desdites îles ou d'une ou plusieurs d'entre elles, soit absolument, soit à titre de protectorat ou sous aucune autre forme quelconque; || 3^o A ne jamais reconnaître qu'un Chef ou Prince régnant à Tahiti puisse en même temps régner sur une ou plusieurs des autres îles susdites; et réciproquement qu'un Chef ou Prince régnant dans une ou plusieurs de ces dernières puisse régner en même temps à Tahiti, l'indépendance réciproque des îles désignées ci-dessus et de l'île de Tahiti et dépendances étant posée en principe. || Les soussignés, Ministre Plénipotentiaire de S. M. le Roi des Français près la Cour de Londres et le principal Secrétaire d'État pour les Affaires étrangères de S. M. Britannique, munis des pouvoirs nécessaires, déclarent, en conséquence, par les présentes, que leursdites Majestés prennent réciproquement cet engagement. || En foi de quoi, les soussignés ont signé la présente Déclaration et y ont fait apposer le sceau de leurs armes. || Fait double à Londres, le 19 juin de l'an de grâce 1847.

Signé: Jarnac. || Palmerston.

*) Die folgenden Aktenstücke sind entnommen dem Gelbbuch: *Affaires des Nouvelles-Hébrides et des îles-sous-le-vent de Tahiti* (1887).

Nr. 9599. FRANKREICH. — Marquis d'Harcourt, französischer Botschafter in London, an Lord Derby, Staatssekretär des Ausw. — Anfrage über die Stellung der grossbritannischen Regierung zur Unabhängigkeit der Neuen Hebriden. [2.]

Londres, le 15 janvier 1878.

Monsieur le Comte, il s'est établi entre l'île de la Nouvelle-Calédonie et le groupe des Nouvelles-Hébrides des rapports d'ordre commercial qui se sont rapidement développés en raison de leur voisinage et qui présentent pour la prospérité de notre établissement colonial une importance considérable. || Mon Gouvernement, qui attache beaucoup de prix à ce que ces relations continuent sur le même pied, se préoccupe, dans une certaine mesure, d'un mouvement d'opinion qui se serait produit en Australie dans ces derniers temps. Les journaux de ce pays auraient dénoncé l'intention qu'ils attribuent à la France, de réunir les Nouvelles-Hébrides à ses possessions, et demanderaient qu'afin de prévenir cette éventualité, l'archipel dont il s'agit fût placé sous la souveraineté de la Couronne d'Angleterre. || Sans attacher à ce mouvement de l'opinion une très grande importance, mon Gouvernement tient toutefois à déclarer que, pour ce qui le concerne, il n'a pas le projet de porter atteinte à l'indépendance des Nouvelles-Hébrides, et il serait heureux de savoir que, de son côté, le Gouvernement de Sa Majesté est également disposé à la respecter.

d'Harcourt.

Nr. 9599.
Frankreich.
15. Jan. 1878.

Nr. 9600. GROSSBRITANNIEN. — Lord Derby an Marquis d'Harcourt. — Bereitwilligkeit der grossbritannischen Regierung, die Unabhängigkeit der Neuen Hebriden zu erhalten. [3.]

Foreign Office, february 26th 1878.

Monsieur l'Ambassadeur, with reference to the Note which Your Excellency did me the honour to address to me, on the 18th ultimo stating, in consequence of certain articles which had appeared in the Australian papers, that the french Government had no intention of interfering with the independence of the New Hebrides islands, and requesting a similar assurance on the part of Her Majesty's Government, I have the honour to state to Your Excellency that her Majesty's Government have no intention of proposing any measures to Parliament with a view of changing the condition of independence which the New Hebrides islands now enjoy.

Derby.

Nr. 9600.
Gross-
britannien.
26. Febr. 1878.

Nr. 9601. **FRANKREICH.** — Min. des Ausw. Waddington an den Botschafter in London, Pothuan. — Bitte um Modifikation des Vertrages von 1847. [4.]

(Extrait.)

Paris, le 21 juillet 1879.

Nr. 9601.
Frankreich.
21. Juli 1879.

Aux termes de la Déclaration échangée à Londres le 19 juin 1847, la France et l'Angleterre se sont réciproquement interdit de prendre possession des trois îles de Huahine, Raiatea et Borabora, dont la situation préoccupe aujourd'hui M. le Ministre de la Marine. || Peut-être le Gouvernement anglais consentirait-il à se départir en notre faveur de la rigueur des stipulations contractées par nous en 1847 et à modifier les termes de la Déclaration que nous avons souscrite dans des circonstances sensiblement différentes de celles qui se présentent aujourd'hui. Je vous prierai de vouloir bien entretenir officieusement Lord Salisbury de cette question et je vous serai obligé de me faire savoir comment il l'envisage.

Waddington.

Nr. 9602. **FRANKREICH.** — Botschafter in London Pothuan an den Min. des Ausw. Waddington. — Bereitwilligkeit der grossbritannischen Regierung. [5.]

(Extrait.)

Londres, le 24 novembre 1879.

Nr. 9602.
Frankreich.
24. Nov. 1879.

J'ai entretenu Lord Salisbury des Îles-sous-le-Vent de l'archipel de la Société. Il paraît disposé à entrer dans l'examen de cette question dont il comprend l'importance pour nous; seulement il désirerait la rattacher à celle de Terre-Neuve, afin que toutes deux soient traitées simultanément.

Pothuan.

Nr. 9603. **FRANKREICH.** — Marinemin. Jauréguiberry an den Min. des Ausw. Freycinet. — Anrufung des französischen Schutzes auf Raiatea. [6.]

(Extrait.)

Paris, le 26 juin 1880.

Nr. 9603.
Frankreich.
26. Juni 1880.

Je viens de recevoir par San-Francisco de M. le Commandant des Établissements français de l'Océanie le télégramme dont la teneur suit: „Les chefs de Raiatea ont sollicité la protection française. Je l'ai accordée provisoirement, sous réserve que la Convention avec l'Angleterre serait annulée.“

Jauréguiberry.

Nr. 9604. FRANKREICH. — Min. des Ausw. Freycinet an den gross-britannischen Botschafter in Paris Lyons. — Vorläufige Ablehnung des Schutzes. [7.]

Paris, le 28 juin 1880.

Monsieur l'Ambassadeur, en réponse à votre demande verbale d'informations relative à l'incident de Raiatea, je m'empresse de vous faire savoir que M. le Ministre de la marine a envoyé au Commandant de nos établissements de l'Océanie un télégramme pour l'inviter à ne pas accueillir la demande de protection des chefs de Raiatea, attendu que la Convention de 1847, qui fait actuellement l'objet de négociations entre nos deux Gouvernements, subsiste encore avec tous ses effets.

C. de Freycinet.

Nr. 9604.
Frankreich.
28. Juni 1880.

Nr. 9605. FRANKREICH. — Vertreter d. Min. d. Ausw. Jauréguiberry an den Ges. in Paris Adams. — Neue Aufforderung zur Modifikation des Vertrages von 1847. [8.]

(Extrait.)

Paris, le 27 août 1880.

Le Gouvernement de la Reine sait dans quelles circonstances et par quels motifs le Commandant de Tahiti a été conduit à préjuger l'issue des pourparlers engagés entre les deux Cabinets, en consentant, sur la demande réitérée des chefs indigènes, à l'extension conditionnelle de notre Protectorat à l'île Raiatea. Il nous permettra d'insister auprès de lui sur les avantages que présenterait toute solution qui serait calculée de façon à ménager les convenances aussi bien que les intérêts des deux Pays. J'ai lieu de penser, d'ailleurs, que le Gouvernement britannique juge, comme nous-mêmes, le moment venu de modifier un état de choses créé il y a plus de trente ans et répondant à des préoccupations spéciales qui n'ont plus de raison d'être aujourd'hui. S'il en est ainsi, comme nous l'espérons, nous serions prêts, pour notre part, à rechercher, de concert avec lui, les moyens que nous pourrions avoir de reconnaître, d'une façon également amicale, cette marque de son désir de bonne entente avec nous. || Il est, vous le savez, un autre point du globe où l'Angleterre et la France ont également à résoudre des difficultés depuis longtemps pendantes entre elles et dont leurs efforts n'ont pas réussi jusqu'à présent à amener l'aplanissement; je veux parler des droits respectifs des deux Nations à Terre-Neuve. Nous avons été, dès lors, conduits à nous demander si, au point de vue qui nous occupe, il ne serait pas avantageux, dans les circonstances actuelles, de lier ensemble les deux questions et d'en poursuivre le règlement parallèle, ainsi que le Gouvernement de la Reine, sous le précédent Ministère, nous en avait spontanément suggéré l'idée. La reprise, dans ces conditions nouvelles, des négociations relatives au régime du French Shore, suspendues en fait depuis le commencement de l'année, donnerait à l'Angleterre un gage de notre sincère désir d'arriver à un accord

Nr. 9605.
Frankreich.
27. Aug. 1880.

Nr. 9605.
Frankreich.
27. Aug. 1880. sur les différentes questions spéciales qui restent à débattre entre elle et nous, et nous aimons à penser que la conviction de notre bonne volonté à cet égard serait de nature à hâter la régularisation de notre situation respective aux Îles-sous-le-Vent dans un sens conforme aux nécessités actuelles.

Jauréguiberry.

Nr. 9606. **GROSSBRITANNIEN.** — Botsch. in Paris Lyons an den Min. d. Ausw. Saint-Hilaire. — Bercitwilligkeit der grossbrit. Regierung. [9.]

(Extrait.)

Paris, november 5th 1880.

Nr. 9606.
Gross-
britannien.
5. Nov. 1880. Monsieur le Ministre, Her Majesty's Government have given their best attention to the note dated the 27th August last, which was addressed by Vice-Amiral Jauréguiberry to M. Adams on the subject of the provisional assumption of the Protectorate of Raiatea by the French commandant at Tahiti. || The note in question while representing the difficulties which the French Government see in the way of the withdrawal of the Protectorate, suggests that the abrogation which the French Government desires to obtain of the declaration of 1847 respecting the independence of Raiatea and the adjacent islands might be treated in conjunction with the outstanding questions between the two Governments concerning the Newfoundland Fisheries. Her Majesty's Government are quite willing to take the occasion of reopening the negociations for the settlement of the difficulties connected with the French Fishery Rights on the coast of Newfoundland, as proposed in Admiral Jauréguiberry's note. In the mean time Her Majesty's Government are willing to agree to the suspension of the orders which the French Government has expressed itself ready to issue for the withdrawal of its protectorate at Raiatea, on the understanding that the Protectorate is only provisionally continued, and that, in the event of the proposed negotiations not resulting, within a date to be fixed, in the abrogation of the declaration of 1847, the Protectorate shall be at once withdrawn, and the declaration maintained and observed in its fullest entirety. Lyons.

Nr. 9607. **GROSSBRITANNIEN.** — Botsch. in Paris Lyons an den Min. d. Ausw. Saint-Hilaire. — Stellung d. grossbr. Regierung zum franz. Protektorat auf Raiatea. [10.]

Paris, february 11th 1881.

Nr. 9607.
Gross-
britannien.
11. Febr. 1881. Monsieur le Ministre, Her Majesty's Government consider, that it is most undesirable that the present state of affairs with regard to Raiatea should be protacted longer than is strictly necessary, and I have the honour, on their behalf, to propose to the French Government that the 30th of June next be fixed as the date at which the French Protectorate shall be withdrawn, should no agreement have been arrived at in the meanwhile for the abrogation of the Declaration of 1847. Lyons.

Nr. 9608. FRANKREICH. — Min. des Ausw. Saint-Hilaire an den engl. Botsch. — Bitte um Verlängerung des Termins zur Verständigung. [11.]

Paris, le 28 février 1881.

Nr. 9608.

Monsieur l'Ambassadeur, nous demeurons tout disposés à accepter, conformément aux termes de l'accord primitif, la fixation d'un délai à l'expiration duquel, dans le cas où les négociations n'aboutiraient pas à une entente amiable, les choses se trouveraient replacées, de plein droit, à Raiatea dans leur ancien état. Nous avons l'espoir que l'accord recherché par nous pourra être obtenu effectivement avant la date du 30 juin 1881. Toutefois, le Gouvernement britannique se rendra facilement compte avec nous que des pourparlers, portant sur un point séparé de nous par d'aussi grandes distances, et qui se compliquent encore du règlement simultané des questions intéressant le régime du French-Shore à Terre-Neuve, pourront, contre notre gré, et en dépit des efforts conciliants des deux Gouvernements, s'étendre par la force des choses au delà de cette époque relativement rapprochée. Ne serait-il pas prudent de prévoir, dès aujourd'hui, la nécessité d'un délai plus large et de prolonger jusqu'au 31 décembre de la présente année le terme de nos négociations? Tel est le désir que m'exprime l'amiral Cloué, et je serais heureux que le Gouvernement de la Reine voulût bien reconnaître la convenance d'en tenir compte. Barthélemy Saint-Hilaire.

Frankreich.
28. Febr. 1881.

Nr. 9609. GROSSBRITANNIEN. — Botsch. in Paris Lyons an den Min. des Ausw. Saint-Hilaire. — Verlängerung des Verständigungstermins. [12.]

Paris, april 12th 1881.

Nr. 9609.

Monsieur le Ministre, as regards the Protectorate of Raiatea, Her Majesty's Government are willing that the original date proposed for its withdrawal, namely the 30th of June, shall be extended to the 30th of September next, subject to the possibility of a further extension of time, if necessary, by mutual consent of the two Governments.

Gross-
britannien.
12. Apr. 1881.

Lyons.

Nr. 9610. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den Botsch. in London, Waddington. — Forderung freien Handelns auf den Neuen Hebriden. [15.]

(Télégramme.)

Paris, le 22 juillet 1885.

Au cours d'une conversation, Lord Lyons m'ayant exprimé la crainte qu'un convoi de récidivistes ne fût prochainement dirigé sur la Nouvelle-Calédonie, je lui ai répondu qu'il n'en était pas question pour le moment, mais qu'en vue précisément de dissiper, pour l'avenir, les appréhensions des Australiens, je vous avais prié de proposer, à l'occasion, à Lord Salisbury un

Nr. 9610.
Frankreich.
22. Juli 1885.

Nr. 9610.
Frankreich.
22. Juli 1885.

arrangement, aux termes duquel nous renoncerions à envoyer des récidivistes dans cette partie de l'Océanie, pourvu que l'Angleterre nous laissât toute liberté d'action aux Nouvelles-Hébrides. Lord Lyons m'a demandé si les files Loyalty seraient comprises dans cet arrangement. Je lui ai répondu affirmativement. Il m'a paru disposé à recommander cette combinaison à Lord Salisbury.

C. de Freycinet.

Nr. 9611. FRANKREICH. — Botsch. in London, Waddington, an den Min. des Ausw. Freycinet. — Stellung Australiens zu der Frage. [18.]

(Télégramme.)

Londres, le 30 avril 1886.

Nr. 9611.
Frankreich.
30. April 1886.

J'ai interrogé Lord Rosebery au sujet des Nouvelles-Hébrides; il m'a dit qu'il ne pouvait me donner une réponse officielle avant le retour de ses Collègues et la réunion du Conseil. „Mais, a-t-il ajouté, je ne puis vous dissimuler que la réponse sera défavorable. Je viens de recevoir de nombreuses dépêches d'Australie, et je dois vous dire que, sauf à Sydney, on est unanime à repousser toute cession des Nouvelles-Hébrides; encore, à Sydney, la minorité opposante a-t-elle été très forte. Comme le Gouvernement s'est engagé, au temps de Lord Derby, à ne pas trancher la question sans avoir consulté les colons, et la consultation ayant été négative, je ne vois pas ce que nous pouvons faire. || Il vaut mieux que je vous le dise sans plus tarder, afin que vous puissiez prévenir M. de Freycinet confidentiellement.“ Waddington.

Nr. 9612. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den Botsch. in London. — Landung franzö. Truppen auf den Neuen Hebriden. [19.]

(Télégramme.)

Paris, le 9 juin 1886.

Nr. 9612.
Frankreich.
9. Juni 1886.

A la suite des nouvelles venues d'Australie sur une expédition française aux Nouvelles-Hébrides, je me suis renseigné au Ministère de la Marine. Tout se réduit à des mesures de protection prises par le Gouverneur de la Nouvelle-Calédonie à la suite de massacres de nos nationaux. Il a envoyé deux navires avec ordre de débarquer quelques troupes à terre et de les y maintenir jusqu'à ce que le calme soit entièrement rétabli. Il n'a été aucunement question d'une prise de possession, ni d'un protectorat, ni d'un acte quelconque en violation des arrangements intervenus entre l'Angleterre et nous. C. de Freycinet.

Nr. 9613. FRANKREICH. — Marinemin. Aube an den Gouverneur von Neu-Caledonien. — Keine Okkupation der Neuen Hebriden. [20.]

(Télégramme.)

Paris, le 13 juin 1886.

Nr. 9613.
Frankreich.
13. Juni 1886.

Il convient d'éviter toute manifestation qui pourrait faire croire à une prise de possession des Nouvelles-Hébrides ou à l'établissement d'un protectorat, de poursuivre énergiquement l'opération commencée et de vous maintenir jusqu'à nouvel ordre dans les postes que vous occupez.

Aube.

Nr. 9614. **FRANKREICH.** — Botsch. in London, Waddington, an den Min. des Ausw. Freycinet. — Zweifel der Australier an dem Massacre auf den Neuen Hebriden. [23.]

(Télégramme.)

Londres, le 6 juillet 1880.

J'ai rappelé à Lord Rosebery l'affaire des Îles-sous-le-Vent de Tahiti. De son côté, il m'a parlé des Nouvelles-Hébrides et a exprimé quelque étonnement au sujet du maintien de notre poste militaire dans ces îles. Je lui ai répondu que nous n'avions aucune intention d'annexer, mais qu'il fallait bien découvrir et arrêter les meurtriers de nos nationaux et que, d'ailleurs, il me semblait que les susceptibilités des colonies australiennes dépassaient la mesure. Il m'a dit alors qu'en Australie on paraissait douter de la réalité du massacre de nos nationaux dont personne ne pouvait donner de détails. Je lui ai répondu qu'il ne pouvait y avoir aucun doute sur le massacre et que les détails, toujours difficiles à recueillir, vous parviendraient sans doute plus tard, l'affaire ayant été engagée par les autorités de la Nouvelle-Calédonie.

Nr. 9614.
Frankreich.
6. Juli 1880.

Waddington.

Nr. 9615. **GROSSBRITANNIEN.** — Staatssekretär des Ausw. an den franz. Botsch. Waddington. — Stellung Australiens zu der Neu-Hebridenfrage. [24. Anh.]

Foreign Office, July 7th 1886.

In the conversation which I had the honour to hold with your Excellency on the 30th of April last with regard to the question of the New Hebrides, I stated that, although I could not, at that moment, return a formal answer to the proposal made by the French Government on the subject, I was unable to hold out any hopes of a reply being given in the sense desired by your Excellency. For putting all other considerations aside, Her Majesty's Government could not but be mainly guided in this matter by the opinion of the Australian colonies, which, they had now ascertained, is strongly opposed to any agreement of the kind suggested. It was therefore superfluous to discuss any other objections which Her Majesty's Government might have entertained. || The proposal as understood by Her Majesty's Government was to the effect, that no objection should be raised by this country to the acquisition of the New Hebrides by France, and that, in return for this concession, France should engage not to send convicts or recidivists to any place in the Pacific Ocean. I now beg leave to inform you, Monsieur l'Ambassadeur, that Her Majesty's Government, after long and careful consideration of all the issues involved in this important question, vitally affecting, as it does, Her Majesty's dominions in the Pacific, are unable to consent to any departure from the present understanding between Great Britain and France by which the two countries are bound to respect the independence of the New Hebrides. || They are well aware of the difficulties arising from the transportation of French

Nr. 9615.
Gross-
britannien.
7. Juli 1886.

Nr. 9615.
Gross-
britannien.
7. Juli 1886.

criminals to the neighbourhood of British dominions against which they have felt it their duty earnestly and repeatedly to protest. But the opinion of the Australian colonies which are the parties chiefly affected in this proceeding is overwhelmingly, if not unanimously, opposed to the Arrangement suggested by Your Excellency in a spirit which I readily recognize as conciliatory and amicable.

Rosebery.

Nr. 9616. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den Botsch. in London, Waddington. — Forderung der Sicherstellung der Unterthanen beider Staaten. [25.]

(Télégramme.)

Paris, le 15 juillet 1886.

Nr. 9616.
Frankreich.
15. Juli 1886.

De nouveau, Lord Lyons m'a entretenu de la question des Nouvelles-Hébrides. Je lui ai dit, et je vous prie de répéter à Lord Rosebery que nous sommes allés dans ces îles pour assurer la sécurité de nos nationaux, mais qu'il n'est jamais entré dans notre pensée d'y faire un établissement qui serait contraire à nos engagements. Il y aurait un moyen d'arriver plus rapidement au résultat que nous poursuivons: ce serait que l'Angleterre s'entendit avec nous pour établir dans les Nouvelles-Hébrides des garanties de sécurité pour les nationaux des deux pays. Veuillez faire une ouverture dans ce sens à Lord Rosebery. Nous préviendrions ainsi dans l'avenir les incidents qui ont alternativement obligé la France et l'Angleterre à intervenir militairement.

C. de Freycinet.

Nr. 9617. FRANKREICH. — Botschafter in London an den Min. des Ausw. Freycinet. — Stellung des neuen grossbritannischen Staatssekretärs zu der Frage. [31.]

Londres, le 11 août 1886.

Nr. 9617.
Frankreich.
11. Aug. 1886.

J'ai eu aujourd'hui mon premier entretien avec Lord Iddesleigh. Abordant la question des Nouvelles-Hébrides, je lui ai rappelé les déclarations réitérées, faites par vous à Lord Lyons et par moi à Lord Rosebery sur notre ferme volonté de respecter les engagements pris. „Mais, ai-je ajouté, la situation ne peut continuer dans ces îles telle qu'elle a été dans ces dernières années. Depuis quatre ans nous avons eu une vingtaine de nos nationaux assassinés dans les Nouvelles-Hébrides, et nous avons dû prendre les mesures nécessaires pour punir les auteurs de ces meurtres et en prévenir le renouvellement. C'est pour cela que nous avons établi sur trois points des postes militaires. Les Anglais ont eu à s'occuper de faits analogues, et les Allemands ont envoyé l'Albatros bombarder plusieurs villages indigènes. Il est donc de toute nécessité d'établir un système de surveillance ou de police qui puisse garantir

la sécurité des Européens établis dans l'Archipel. Nous convions le Gouvernement anglais à une entente sur ce sujet, et nous sommes prêts à examiner de suite les propositions qu'il croira pouvoir nous faire." || Lord Iddesleigh me répondit que le retrait de nos postes militaires faciliterait beaucoup la négociation; puis il me demanda différents renseignements sur les faits qui avaient motivé notre action. Je lui ai alors expliqué comment elle s'était produite, et je lui ai rappelé notamment que vous avez remis à Lord Lyons la liste authentique de nos nationaux assassinés. Quant au retrait de nos postes, il ne peut avoir lieu avant que les deux Gouvernements ne soient tombés d'accord sur les mesures destinées à sauvegarder dans l'avenir le bon ordre dans ces îles. "Je sais, ai-je dit, que les colonies australiennes font beaucoup de bruit au sujet de cette affaire; mais nous ne pouvons tenir compte de susceptibilités aussi exagérées et à notre avis aussi peu fondées. Nous avons affaire au Gouvernement anglais et nous ne demandons pas mieux que de nous entendre avec lui; mais nous ne pouvons laisser nos nationaux sans défense pour plaire aux Australiens." Je lui ai enfin rappelé que l'ouverture que j'avais faite à Lord Rosebery datait déjà de trois semaines et que les retards ne provenaient pas de notre fait. || Nous avons ensuite parlé des Îles-sous-le-Vent, et je lui ai exposé longuement tout l'historique de l'affaire, en insistant sur l'intérêt qu'il y aurait pour les deux pays à conclure cet arrangement, dans les termes que j'ai proposés à Lord Rosebery. || Lord Iddesleigh m'a autorisé à vous dire qu'il répondrait prochainement sur ces divers points.

Waddington.

Nr. 9617.
Frankreich.
11. Aug. 1886.

Nr. 9618. GROSSBRITANNIEN. — Staatssekretär des Ausw. Iddesleigh an den franz. Botschafter in London. — Vorschlag vereinten militärischen Vorgehens. [32. Anhang.]

Foreign Office, August 26th 1886.

My dear Ambassador, Since I had the pleasure of a conversation with you on the 23rd inst. respecting the New-Hebrides, I have been giving my most anxious attention to the proposal of your Government for a joint commission for the protection of the life and property of British and French subjects in that group. || I believe, that we are both equally impressed with the importance of putting an end as soon as possible to the growing excitement which the continued presence of French troops in those islands is creating in this country and in the Australian colonies. || In view of the solemn and reiterated assurances of your Government, I cannot doubt that they are determined loyally to respect the international agreement concerning the independence of the New Hebrides. Indeed the proposal they have made for a joint Commission, points to a desire to put an end to the present tension

Nr. 9618.
Gross-
britannien.
26. Aug. 1886.

Nr. 9618.
Gross-
britannien.
26. Aug. 1886.

by removing the French military posts as soon as some provision has been made for securing the objects which we have in view and which are common to both countries. If I am right in this conclusion, I think you will agree with me, that no time should be lost in carrying out that proposal which will no doubt, on the one hand, allay the irritation produced here by the continued military occupation, and, on the other hand, dispel the idea of a French annexation, so widely encouraged by some portions of the public press in New Caledonia and in Paris. || I concur in the opinion which you privately expressed to me, that the carrying out of the agreement should be confided to the naval officers of the two countries, and, assuming therefore that the military posts will be removed immediately upon the issue of the necessary instructions to the British and French commanders, I would suggest that the two Governments should at once nominate competent officers to draw up suitable regulations and that it should be made known that this solution has been adopted. || The matter is one which certainly calls for some immediate action, and it has occurred to me after our last conversation that a private and unofficial interchange of ideas between us might facilitate and expedite its settlement. I trust the course I have adopted will meet with your approval, and that you will frankly cooperate with me in bringing about a solution of the question without prolonging the official correspondence beyond what may be necessary to give effect to the proposal of your Government.

Iddesleigh.

Nr. 9619. FRANKREICH. — Geschäftsträger in London an den Min. des Ausw. Freycinet. — Vorschlag gemeinsamer Verhandlung der Neu-Hebriden- und Tahitifrage. [35.]

Londres, le 9 septembre 1886.

Nr. 9619.
Frankreich.
9. Sept. 1886.

A la conférence à laquelle m'avait convié Lord Iddesleigh, se trouvaient Lord Salisbury et le Secrétaire d'Etat aux Colonies, M. Stanhope, avec le Ministre des Affaires étrangères. Ils m'ont chargé de vous faire la proposition suivante: joindre les deux questions des Iles-sous-le-Vent de Tahiti et des Nouvelles-Hébrides, et les résoudre simultanément, c'est-à-dire que l'Angleterre nous délierait de notre engagement de 1847, tandis que la France et la Grande-Bretagne enverraient aux Nouvelles Hébrides la Commission navale suggérée par Lord Iddesleigh et que les détachements français quitteraient ces Iles.

d'Aubigny.

Nr. 9620. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den Geschäftsträger in London d'Aubigny. — Bedingte Zustimmung zu dem Vorschlage. [36.]

Paris, le 12 septembre 1886.

Nr. 9620.
Frankreich.
12. Sept. 1886.

Vous pouvez annoncer au Gouvernement anglais que nous adhérons volontiers à la proposition de Lord Iddesleigh dont rend compte votre télégramme

du 9 courant. Nous sommes donc prêts à constituer sans délai, dans les conditions qui vous ont été indiquées, la Commission navale destinée à préparer le modus vivendi aux Nouvelles-Hébrides. Il est un point cependant que nous devons réserver, c'est celui qui consisterait à retirer nos postes dès la nomination de la Commission. Il en résulterait que nous livrerions sans défense, jusqu'à l'établissement du modus vivendi en expectative, les intérêts mêmes que nous avons entrepris de sauvegarder. Les indigènes, voyant repartir subitement nos troupes, sans qu'aucun moyen efficace de protection les remplace, se trouveraient encouragés à commettre de nouveaux excès, tandis que les colons européens auxquels nous avons voulu rendre confiance seraient en droit de se croire abandonnés. Personne en vérité ne s'expliquerait une telle précipitation. Nous espérons qu'après un nouvel examen, Lord Iddesleigh reconnaîtra le bien fondé de ces observations. Nous n'avons aucun désir de prolonger l'état actuel, qui constitue pour nous une charge sans compensation, puisque nous nous sommes interdit de prendre ces îles. Le Cabinet anglais a notre parole: il doit donc être assuré de l'empressement que nous mettrons à faire cesser une situation anormale qui, dans notre pensée, a toujours été transitoire.

Nr. 9620.
Frankreich.
12. Sept. 1886.

C. de Freycinet.

Nr. 9621. GROSSBRITANNIEN. — Grossbritannische Regierung an die französische Regierung. — Vertragsprojekt.
[38. Anhang I.]

I. The Arrangement provisionally adopted at Paris for the settlement of the Newfoundland Fisheries question not having been concurred in by the Colonial Legislature, principally on account of the 17th article relating to the sale of bait, it is agreed that its further consideration is to stand over with full reservation of all rights on both sides. || II. In view of the unforeseen delay which has taken place in the ratification of the Fishery Arrangement, and in compliance with the renewed representations of the French Government, Her Majesty's Government consent to proceed with the abrogation of the Declaration of 1847 relating to the Raiatea group of islands, without reference to the Fishery Arrangement, and as soon as the agreement, herein-after contained for the future protection of life and property in the New-Hebrides, by mean of a joint naval Commission, and for the withdrawal of the French military posts from that group, shall be carried out. || III. A naval joint Commission shall be immediately constituted, composed of British and French naval officers on the Pacific Station, charged with the duty of maintaining order and of protecting the lives and property of British and French subjects in the New-Hebrides. || A Declaration to that effect shall be signed by the two Governments which shall contain among others a provision that: | Neither Power shall, from the date of the Declaration, separately land any force, military or naval, in the New-Hebrides, without the consent of the other

Nr. 9621.
Gross-
britannien.

Nr. 9621.
Gross-
britannien.

of them or except in accordance with the Regulations to be drawn up and approved by both Governments for the guidance of the Commission and further that the duties of the Commission shall be performed by naval forces only. || V. The Regulations for the guidance of the Commission shall be drawn up as soon as possible by the British and French naval commanders on the Pacific Station designated for that purpose and shall be transmitted by them to the two Governments for approval. || VI. Immediately on the approval by the two Governments of the Regulations, the French military Posts shall be withdrawn from the New-Hebrides. || VII. On the withdrawal of the French military Posts from the New-Hebrides, Her Majesty's Government will at once proceed to the abrogation of the Declaration of 1847, it being understood that the assurances relating to trade and to convicts which are contained in the Note verbale of October 24th 1885, communicated by Monsieur de Freycinet to Lord Lyons shall remain in full force.

Nr. 9622. **FRANKREICH.** — Französische Regierung an die gross-britannische Regierung. — Gegenvorschläge. [38. Anhang II.]

Nr. 9622.
Frankreich.

I. L'Arrangement provisoirement adopté à Paris pour le règlement de la question des Pêcheries de Terre-Neuve n'ayant pas été agréé par la Législature coloniale, principalement à cause de l'article 17, qui est relatif à la vente de l'appât, il est convenu que l'exécution de cet Arrangement est suspendue, sous complète réserve de tous les droits des deux Parties. || II. En présence de l'ajournement imprévu qu'a subi la ratification de l'Arrangement des Pêcheries, et en égard aux observations réitérées du Gouvernement français, le Gouvernement de Sa Majesté consent à procéder à l'abrogation de la Déclaration de 1847, relative au groupe des Îles-sous-le-Vent de Tahiti, en laissant de côté l'Arrangement des Pêcheries, et cela aussitôt qu'aura été mis à exécution l'accord ci-après formulé pour la protection, à l'avenir, des personnes et des biens aux Nouvelles-Hébrides, au moyen d'une Commission mixte. || III. Une Commission navale mixte, composée d'officiers de marine appartenant aux stations française et anglaise du Pacifique, sera immédiatement constituée: elle sera chargée de maintenir l'ordre et de protéger les personnes et les biens des sujets français et britanniques dans les Nouvelles-Hébrides. || IV. Une Déclaration à cet effet sera signée par les deux Gouvernements. || V. Les Règlements destinés à guider la Commission seront élaborés, le plus tôt possible, par les Commandants anglais et français des bâtiments de la station du Pacifique désignés à cet effet, et ils seront transmis par eux aux deux Gouvernements, pour être présentés à leur approbation. || Dès que ces Règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que les postes militaires français auront pu, par suite, être retirés des Nouvelles-Hébrides,

le Gouvernement de Sa Majesté britannique procédera à l'abrogation de la Déclaration de 1847. Il est entendu que les assurances relatives au commerce et aux condamnés qui sont contenues dans la Note verbale du 24 octobre 1885, communiquée par M. de Freycinet à Lord Lyons, demeureront en pleine vigueur.

Nr. 9622.
Frankreich.

Nr. 9623. FRANKREICH. — Botschafter in London, Waddington, an Lord Iddesleigh. — Erläuterungen zu den französischen Gegenvorschlägen. [39. Anhang.]

Article Premier. Par la modification proposée à cet article, le Gouvernement français a pour but de déterminer avec plus de netteté quel est, aux yeux des deux Gouvernements, l'état actuel de l'Arrangement des pêcheries de Terre-Neuve du 14 novembre 1885. || Art. 2. Le but essentiel de l'Arrangement proposé par le Gouvernement de la Reine au Gouvernement français est d'établir un système de protection permanent et efficace des nationaux des deux Pays, des Européens en général et de leurs biens dans les Nouvelles-Hébrides. L'établissement des postes français, provisoirement placés dans ces îles, a eu précisément pour but d'assurer cette protection à nos nationaux. Aussi bien, le retrait de ces postes ne peut être considéré comme le but du présent Arrangement entre les deux Gouvernements; il doit, au contraire, en être la conséquence et s'effectuer aussitôt que l'accord aura été établi et que les règlements approuvés de part et d'autre entreront en vigueur. Il semblerait dès lors peu conforme au caractère de l'entente d'insérer, dans un certain nombre d'articles, et spécialement dans l'article 2, ainsi que le propose le Gouvernement de la Reine, la clause portant que les troupes françaises devront quitter les Nouvelles-Hébrides. || L'insertion de cette stipulation dans l'article 6 des contre-propositions françaises donnerait à cette clause une forme plus en rapport avec l'esprit général qui inspire le présent arrangement. || Les assurances spontanées déjà fournies antérieurement par le Gouvernement français, jointes à cette nouvelle stipulation de l'article 6, ne peuvent laisser planer aucun doute sur la sincérité de ses intentions dans cette question. D'ailleurs, il ne se refuserait pas à confirmer cet engagement dans une correspondance indépendante du texte de l'accord projeté. || Il paraît également opportun, afin d'éviter tout malentendu, de substituer le terme groupe des Îles-sous-le-Vent de Tahiti, employé dans le texte de la Déclaration de 1847, à l'expression Îles de Raiatea, qui figure dans le Projet anglais. || Art. 3. L'article 3 est maintenu tel qu'il existe dans la rédaction proposée par le Gouvernement anglais. || Art. 4. L'idée de la Commission mixte, suggérée par le Cabinet de Londres et formulée dans l'article 3, n'a rien que d'acceptable. || Mais le Gouvernement français a des objections très sérieuses à élever contre la stipulation contenue dans le second paragraphe de l'article 4 du Projet anglais, aux termes de laquelle, à partir de la Déclaration constituant cette Commission

Nr. 9623.
Frankreich.

Nr. 9623.
Frankreich.

mixte, chacune des deux Puissances s'interdirait de débarquer séparément aucune force aux Nouvelles-Hébrides sans le consentement de l'autre. Ce serait faire abstraction du cas de force majeure; or, les incidents qui ont motivé la récente intervention française démontrent au contraire qu'il importe d'en tenir compte, si l'on ne veut pas s'exposer à placer les commandants des navires des deux Pays dans l'obligation de refuser leur aide à leurs nationaux, lorsque ceux-ci courraient des risques sérieux pour leurs personnes et pour leurs biens. Une semblable prescription, par sa nature même, semble être plutôt du domaine des règlements qui seront destinés à guider la Commission et que les chefs des stations navales des deux Puissances dans le Pacifique auront mission d'élaborer. || Le Gouvernement français a des objections de même nature à élever en ce qui touche la clause de l'article 4, qui obligerait la Commission mixte à exécuter son mandat avec le concours exclusif des forces navales. Cette disposition restrictive constituerait un véritable empiètement sur les attributions conférées par la Déclaration projetée aux chefs des deux stations, qui doivent être seuls compétents pour déterminer ce point dans les règlements à intervenir. || Telles sont les considérations qui déterminent le Gouvernement français à proposer une contre-rédaction de l'article 4. || Art. 5. L'article 5 est maintenu tel qu'il existe dans le Projet du Gouvernement anglais. || Art. 6 et 7. L'article 6 se trouve fondu avec l'article 7 dans les contre-propositions françaises pour les motifs exposés au commencement de la présente Note, sous la rubrique de l'article 2. || Les considérations qui ont amené le Gouvernement français à remanier le texte de la communication anglaise s'inspirent du désir de hâter la réalisation de l'entente poursuivie, en ménageant les légitimes susceptibilités de chacun et en dégageant l'acte qui doit consacrer cette entente de tout ce qui peut en dénaturer le caractère ou en compliquer inutilement l'économie.

Nr. 9624. **GROSSBRITANNIEN.** — Staatssekretär des Ausw. an den Botschafter in London, Waddington. — Einwände gegen die französischen Gegenvorschläge. [40. Anhang.]

Foreign Office, November 26th 1886.

Nr. 9624.
Gross-
britannien.
20. Nov. 1886.

Her Majesty's Government have carefully considered the counter-proposals put forward on behalf of the French Government in your Excellency's Note of the 2nd instant, with reference to the text of the Arrangement now under negotiation respecting the Islands-to-the-Leeward of Tahiti and the New Hebrides: and I have now the honour to lay before you the following observations in reply. || Article Premier. The word execution inserted by the French Government in their proposed text appears to be open to objection, as it would imply that the provisional Arrangement respecting the Newfoundland fisheries is absolutely binding, whereas it is, in fact, inchoate owing to its

non acceptance by the Newfoundland legislature. || It is accordingly suggested, that the phrase "execution, etc." should be omitted, and that the article should conclude as follows: "Il est convenu que cet Arrangement restera en suspens, sous complète réserve de tous les droits des deux Parties." Subject to this amendment, Her Majesty's Government are prepared to accept the suggested alteration of the wording of this article. || Article II. In deference to the objections urged by the French Government, Her Majesty's Government are ready to omit from this article the clause relating to the withdrawal of the French military posts from the New Hebrides, and to accept instead the alteration of article 6 in the manner proposed. The commencement of the latter article would accordingly run thus: "On the approval by the two Governments of the regulations and on the consequent withdrawal of the French military posts from the New Hebrides, etc." || But in according their consent to this important alteration, Her Majesty's Government consider, that before the agreement is signed, the independent assurance which the French Government offer to give by correspondence, upon this point, shall make it clear that the withdrawal of the French posts shall take place immediately on the approval of the Regulations by the two Governments. || There is a slight verbal change in the French translation of the original English text which it would appear desirable to amend. The word "representations" has been rendered as "observations". It is suggested that the word "instances" would be a more correct equivalent. || Article IV. Her Majesty's Government see no objection to the proposed alteration in this article, provided the French Government agree that the regulations to be drawn up by the commissioners shall ensure that no independent and isolated action shall take place except in case of emergency; that military force shall only be resorted to, if the Commission should deem it expedient, and that the forces employed shall not remain in the islands longer than is thought necessary by the British and French commissioners. || The remaining articles (n^{rs} III and V) being agreed to by both Governments, call for no further observations, and if the French Government should accept the suggestions and proposals contained in the present Note, Her Majesty's Government would lose no time in giving directions for an Arrangement to be duly prepared in the terms agreed upon, with a view to its signature in the usual manner.

Iddesleigh.

Nr. 9024.
Gross-
britannien.
26. Nov. 1886.

Nr. 9625. **FRANKREICH.** — Minister des Ausw. an den Botschafter in London, Waddington. — Vermittlungsversuch. [41.]

Paris, le 16 mars 1887.

Monsieur, par une communication du 26 novembre dernier, que vous avez transmise à M. de Freycinet, le 29 du même mois, le Principal Secrétaire d'Etat de la Reine pour les Affaires étrangères vous a fait connaître que le

Nr. 9625.
Frankreich.
16. März 1887.

Nr. 9625. Gouvernement anglais acceptait, dans leur ensemble, les contre-propositions
 Frankreich. francaises relatives aux Nouvelles-Hébrides et aux Îles-sous-le-Vent de Tahiti;
 16. März 1887. il faisait seulement les réserves suivantes, qui portent à peu près exclusive-
 ment sur certaines formules. || Art. 1^{er} du Projet français. — Le texte fran-
 çais de l'article 1^{er} stipule que "l'exécution de l'arrangement concernant la
 pêche de Terre-Neuve "est suspendue". || Le Gouvernement anglais propose de
 supprimer le mot exécution et de rédiger ainsi la fin de l'article 1^{er}: || "Il
 est convenu que cet arrangement restera en suspens;" il se fonde sur ce que
 l'arrangement en question ne peut être considéré comme définitif, la légis-
 lature de Terre-Neuve ayant refusé de l'accepter. || Nous avons soutenu le
 contraire et vous savez que nous nous sommes précisément prévalus, pour
 réclamer l'abrogation de la Déclaration de 1847, relative aux Îles-sous-le-
 Vent, du caractère définitif qu'avait à nos yeux l'arrangement signé, le 14
 novembre 1885, par les Plénipotentiaires des deux pays, et que le Gouverne-
 ment britannique lui avait reconnu lui-même, en mentionnant la conclusion
 dans le discours de la Couronne. || Il nous serait donc difficile d'accepter la
 rédaction proposée, rédaction qui impliquerait que nous ne considérons plus
 l'arrangement du 14 novembre comme liant le Gouvernement anglais vis-à-vis
 de nous, et que, dès lors, la négociation entre nous et lui, au sujet des
 pêcheries, reste ouverte. Il semble difficile, d'ailleurs, que le Cabinet de
 Londres puisse maintenir ses exigences, en présence des termes dans lesquels
 lord Salisbury, au début même des pourparlers destinés à rattacher la que-
 stion des Îles-sous-le-Vent de Tahiti à celle des Nouvelles-Hébrides, a tenu
 à préciser avec vous les conditions dans lesquelles l'affaire des pêcheries se
 trouvait désormais posée entre les deux Gouvernements: "Il est bien convenu,
 disait-il, que l'arrangement du 14 novembre n'est pas mort, mais endormi", et,
 lorsque vous avez ajouté que "l'exécution seule en serait suspendue", Sa Sei-
 gneurie n'y a pas contredit. || A l'article 2, le Gouvernement anglais demande
 une modification de forme. Cet article débute ainsi: || "En présence de l'ajourne-
 ment imprévu qu'a subi la ratification de l'arrangement des pêcheries, et en
 égard aux observations du Gouvernement français, le Gouvernement britannique
 consent à procéder à l'abrogation de la Déclaration de 1847, etc. . . ." || Le
 Gouvernement britannique estime que le mot observations n'est pas une tra-
 duction suffisamment exacte du terme representations que porte le Projet an-
 glais, et il suggère celui d'instances. || Ce dernier terme paraît d'autant moins
 admissible pour nous que la concession que nous fait l'Angleterre aux Îles-
 sous-le-Vent n'est que la contre-partie des avantages qu'elle trouve au retrait
 de nos troupes des Nouvelles-Hébrides. || D'autre part, on ne peut nier que
 le terme d'observations ne soit pas celui qui conviendrait le mieux, si l'on
 songe que notre présence aux Îles-sous-le-Vent de Tahiti n'est que le résultat
 d'une atteinte directe portée par nous à cette Déclaration de 1847 dont l'ar-
 ticle où il figure a pour objet de consacrer l'abrogation légale à notre profit.
 On pourrait donc lui substituer, soit celui de suggestions, soit celui de pro-

positions, ou même celui de représentations. Vous apprécierez laquelle de ces trois expressions aurait le plus de chances d'être accueillie. || Tout en déclarant accepter les modifications à l'article 6 telles qu'elles sont proposées par nous, le Gouvernement anglais a cru devoir en amender légèrement la teneur dans le texte qu'il reproduit. — Le projet français porte: "Dès que les Règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que les postes militaires auront pu, par suite, être retirés des Nouvelles-Hébrides..."

|| Dans la note anglaise, cet article est ainsi formulé: "Dès que les règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que, en conséquence, les postes français auront été retirés" || Il suffit de rapprocher les deux textes pour apprécier la valeur de cette divergence. Le plus simple paraît être de supprimer la difficulté en supprimant les mots qui sont contestés, soit dans notre rédaction, soit dans la rédaction anglaise, et de rétablir ainsi le passage: || "Dès que les règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que les postes militaires auront été retirés" || Le Cabinet de Londres doit, d'ailleurs, être d'autant plus rassuré sur nos intentions, en ce qui concerne le retrait de nos postes des Nouvelles-Hébrides, qu'il a pour garant de la ponctuelle exécution de cette partie de l'accord projeté l'intérêt que nous avons nous-mêmes à hâter le moment où nous verrons disparaître les obstacles qui s'opposent à l'établissement définitif de notre autorité sur l'archipel des Îles-sous-le-Vent de Tahiti. || D'autre part, le Gouvernement anglais demande que, avant la signature de l'arrangement, l'assurance particulière que le Gouvernement français offre de donner, par lettre, au sujet du retrait de nos postes des Nouvelles-Hébrides, précise bien que ce retrait aura lieu immédiatement après l'approbation des règlements par les deux Gouvernements. || Nous sommes disposés à accorder sur ce point au Gouvernement anglais la satisfaction qu'il demande, sauf à préciser également, dans la même communication, les conditions dans lesquelles l'approbation des deux Gouvernements devrait être considérée comme acquise et suffisante. || Enfin, à propos de l'article 4 de notre projet, le Cabinet de Londres insiste pour que le Gouvernement français consente à ce que les règlements que les Commissaires doivent rédiger stipulent nettement qu'aucune action indépendante et isolée ne devra avoir lieu, sauf en cas d'urgence, qu'on ne devra avoir recours à la force que si les Commissaires le jugent à propos, et que les troupes employées ne devront pas rester dans l'archipel plus longtemps que les Commissaires anglais et français le jugeront nécessaire. || Ce sont là les garanties que nous avons nous-mêmes demandées; rien ne s'oppose donc à ce que le Gouvernement français consente à donner, par voie de correspondance, au Gouvernement anglais, les assurances qu'il réclame de ce chef. || Je vous serai obligé de communiquer, sans délai, au Cabinet de Londres ces indications qui témoignent de notre désir de hâter, selon ses vues, le règlement des questions pendantes aux Îles-sous-le-Vent de Tahiti et aux Nouvelles-Hébrides, et vous voudrez bien me tenir au courant des résultats de votre démarche. Flourens.

Nr. 9625.
Frankreich.
16. März 1887.

Nr. 9626. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an den Marquis v. Salisbury. — Neuer Verständigungsversuch. [43. Anhang.]

Londres, le 4 mai 1887.

Nr. 9626.
Frankreich.
4. Mai 1887.

Monsieur le Marquis, par une lettre du 26 novembre dernier, Lord Iddesleigh me faisait connaître que le Gouvernement de la Reine accepte dans son ensemble les contre-propositions que je lui avais soumises relativement aux Nouvelles-Hébrides et aux Îles-sous-le-Vent. Sa Seigneurie faisait seulement quelques réserves qui portent à peu près exclusivement sur certaines formules. || Et d'abord, le texte français de l'article 1^{er} stipule que "l'exécution de l'arrangement concernant les pêcheries de Terre-Neuve est suspendue". || Le Gouvernement de la Reine propose de supprimer le mot exécution et de rédiger ainsi la fin de l'article: || "Il est convenu que cet arrangement restera en suspens . . ." Il se fonde sur ce que l'arrangement en question ne peut être considéré comme définitif, la Législature de Terre-Neuve ayant refusé de l'accepter. || Mon Gouvernement est d'avis que le mot exécution répond à la réalité des faits. En effet, l'arrangement du 14 novembre 1885 a été annoncé solennellement au Parlement anglais dans le discours de la Couronne, lorsque le précédent Cabinet, présidé par Votre Excellence, était en fonctions. A cette époque, il était accepté comme valide par les deux Gouvernements et depuis lors aucun acte officiel n'est venu modifier la situation. || A l'article 2, Lord Iddesleigh demandait une modification de forme. Cet article débute ainsi: || "En présence de l'ajournement imprévu qu'a subi la ratification de l'arrangement des pêcheries et eu égard aux observations du Gouvernement français, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique consent à procéder à l'abrogation de la Déclaration de 1847." || Le Gouvernement britannique estime que le mot observations n'est pas une traduction suffisamment exacte du terme anglais representations. Mon Gouvernement, dans le but de faire disparaître toute divergence sur ce point, est prêt à adopter l'expression représentations qui paraît être la traduction la plus exacte du mot anglais representations. || Le Gouvernement de la Reine a cru devoir introduire une légère modification à la teneur de l'article 6. Le projet français porte: || "Dès que les règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que les postes militaires auront pu, par suite, être retirés des Nouvelles-Hébrides . . ." || Dans la note anglaise cet article est ainsi formulé: || "Dès que les règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que, en conséquence, les postes français auront été retirés . . ." || Nous ne voyons pas de raison pour modifier la rédaction que nous avons proposée, les mots par suite répondant bien à la situation existante, telle que nous l'avons toujours comprise. || D'ailleurs, le Gouvernement de la Reine doit être d'autant plus rassuré sur les intentions de mon Gouvernement, en ce qui concerne le retrait des postes militaires des Nouvelles-Hébrides, qu'il a pour garant de la ponctuelle exécution de cette partie de l'accord projeté l'intérêt de la France à hâter le moment où dis-

paraîtront les obstacles qui s'opposent à l'établissement définitif de son autorité sur l'archipel des Îles-sous-le-Vent. || En outre, le Gouvernement de la Reine demande que, avant la signature de l'arrangement, l'assurance particulière, que le Gouvernement français offre de donner par lettre au sujet du retrait de ses postes des Nouvelles-Hébrides, précise bien que ce retrait aura lieu immédiatement après l'approbation des règlements par les deux Gouvernements. M. Flourens est prêt à accorder sur ce point la satisfaction demandée, sauf à préciser également dans la même communication les conditions dans lesquelles l'approbation des deux Gouvernements devrait être considérée comme acquise et suffisante. || Enfin, à propos de l'article 4 du contre-projet français, Lord Iddesleigh a insisté pour que le Gouvernement français consente à ce que les règlements que les Commissaires doivent rédiger stipulent nettement, qu'aucune action indépendante et isolée ne devra avoir lieu, sauf en cas d'urgence qu'on ne devra avoir recours à la force que si les Commissaires le jugent à propos, que les troupes employées ne devront pas rester dans l'archipel plus longtemps que les Commissaires anglais et français le jugeront nécessaire. || Ce sont là des garanties que le Gouvernement français avait lui-même précédemment demandées au Secrétaire d'Etat pour les Affaires étrangères. Rien ne s'oppose donc à ce qu'il consente à donner, par voi de correspondance, au Gouvernement de la Reine les assurances réclamées par lui de ce chef. || Telles sont, Monsieur le Marquis, les observations que mon Gouvernement me charge de vous présenter. Elles témoignent de son désir d'arriver, selon les vues exprimées par le prédécesseur de Votre Excellence, au règlement des questions pendantes aux Îles-sous-le-Vent de Tahiti et aux Nouvelles-Hébrides. Je serai reconnaissant à Votre Seigneurie de me faire savoir l'accueil qu'elles auront rencontré auprès du Gouvernement de la Reine.

Waddington.

Nr. 9626.
Frankreich.
4. Mai 1887.

Nr. 9627. GROSSBRITANNIEN. — Marquis v. Salisbury an den französischen Botschafter in London. — Weitere Modifikation des Vertrages. [44. Anhang.]

Foreign Office, May 19th, 1887.

Monsieur l'Ambassadeur, Her Majesty's Government have given their careful consideration to your Excellency's communication of the 4th instant, in which you propose further modifications of the Arrangement now under negotiation between the two Governments respecting the New Hebrides and the Islands to the leeward of Tahiti. || As regards article I^{er}, I would begin by observing, that the Arrangement signed at Paris on the 14th of November 1885 was signed, subject to the approval of the British and French Governments, and that it was fully understood that the final approval of Her Majesty's Government could only be given on the acceptance of the Arrangement by the Legislature of Newfoundland. The words therefore used by the late Lord Iddesleigh in his letter to Your Excellency of the 26th of November last

Nr. 9627.
Gross-
britannien.
19. Mai 1887.

Nr. 9627. accord, in the opinion of Her Majesty's Government, more strictly with the facts of the case, than those proposed in the French text, and Her Majesty's Government adhere therefore to their objection to the word "exécution" in article I, and would prefer to omit that article altogether. || As regards article II, Her Majesty's Government accept the substitution of the word "représentations" for "observations" and, as regards article VI, they will not press the amendments suggested in Lord Iddesleigh's letter of the 26th of November last. || If, as I trust, the omission of article I which I have suggested is accepted by your Government, the remaining articles being now settled, Her Majesty's Government will at once give directions for an Arrangement to be prepared in the terms agreed upon with a view to its signature, upon the receipt of the independent assurance, which Your Excellency informs me the French Government is ready to give, regarding the withdrawal of their posts from the New Hebrides.

Salisbury.

Nr. 9628. **FRANKREICH.**—Minister des Ausw. an den französischen Botschafter in London, Waddington. — Forderung der Einlösung des Versprechens Englands in Bezug auf den Suez-Kanal. [45.]

Paris, le 8 juin 1887.

Nr. 9628. Vous m'avez fait connaître, par votre dépêche du 23 mai, la réponse de Lord Salisbury aux dernières propositions que vous aviez été chargé de lui communiquer sur le projet d'arrangement concernant les Nouvelles-Hébrides. Il en résulte que l'entente peut être considérée comme établie sur tous les points, sauf sur l'article 1^{er}, le principal Secrétaire d'Etat maintenant la rédaction adoptée par Lord Iddesleigh pour définir la valeur actuelle de la Convention de Terre-Neuve, et se refusant à déclarer que l'exécution seule en est suspendue. || Nous sommes toujours aussi désireux d'arriver à un prompt règlement de l'affaire des Nouvelles-Hébrides, et nous ne demandons qu'à voir disparaître les derniers obstacles qui peuvent encore le retarder. J'incline, d'ailleurs, à penser avec vous que, en présence de la situation nouvelle que nous crée, dans la question des pêcheries, la sanction donnée par le Gouvernement anglais au bill sur la vente de la boîte, nous n'avons plus les mêmes motifs que naguère d'insister pour le maintien de la rédaction proposée par nous pour l'article 1^{er}. Il semble même qu'aujourd'hui notre intérêt doive nous dissuader de défendre la validité d'un arrangement qui pourrait avoir pour conséquence d'entraver, sans compensation, notre liberté d'action vis-à-vis des résidents anglais indûment établis sur le French shore. || Rien ne s'opposerait donc plus à ce que l'entente fût constatée entre nous et l'Angleterre dans les conditions qui vous ont été déjà indiquées, si l'accord intervenu, aux termes de votre lettre du 22 mars, entre les deux gouvernements pour la

négociation simultanée de la question des Nouvelles-Hébrides et de celle du Canal de Suez, ne nous mettait pas dans l'obligation d'attendre, pour faire une communication dans ce sens à Lord Salisbury, que, suivant les promesses réitérées qu'il nous a faites, le Gouvernement anglais nous donne enfin, sur le Canal de Suez, la réponse que nous attendons depuis près d'une année.

Flourens.

Nr. 9628.
Frankreich.
8. Juni 1887.

Nr. 9629. **GROSSBRITANNIEN.** — Marquis von Salisbury an den grossbritannischen Gesandten in Paris. — Nochmaliges Vertragsprojekt. [46.]

Foreign Office, octobre 21st 1887.

I inclose to you the draft of a Convention with respect to the New Hebrides, which is the result of the various communications and conversations that have passed upon the subject. The controversy has lasted longer than was anticipated and has created some disquietude in the minds of Her Majesty's subjects in Australia: and I hope, that by accepting the inclosed proposals the French Government may be able to bring it to a satisfactory termination. || In the year 1878, the Marquis d'Harcourt, then French Ambassador at this Court, verbally assured Lord Derby, that France entertained no intention of annexing the New Hebrides and received from Lord Derby a corresponding assurance in return. When in the beginning of last year two of the islands of this group were occupied by a small French force, a general apprehension was created, especially among the colonists of Australia and New-Zealand that a policy was in contemplation not consistent with the assurances the Marquis d'Harcourt had been instructed to convey. The French Government have, however, constantly assured us, in a categorical manner, that they entertained no projects of annexation, and that they were prepared to remove their troops as soon as sufficient security was given to them that the lives and properties of French settlers upon the islands would be protected from attacks by the natives. The provisions of the draft Convention which is inclosed seem well calculated to effect the objects which both Governments desire. But the acceptance of it by Her Majesty's Government must be entirely conditional on an undertaking by the French Government that the evacuation shall not be postponed beyond a fixed date. || The French Government are anxious, that this opportunity shall be taken to release them from an engagement entered into in 1847 to the effect that they would not assume the Protectorate of the island of Raiatea, near Tahiti. The desirability of acceding to this proposal under certain conditions, has for several years been admitted by Her Majesty's Government. In the autumn of 1880, it was proposed to make this concession simultaneously with a Convention which was being negotiated for the settlement of the disputed fishery questions in Newfoundland. In view of the

Nr. 9629.
Gross-
britannien.
21. Oct. 1887.

Nr. 9629. Gross-
britannien.
21. Oct. 1887. probability of this Convention being concluded, Lord Granville, in october 1880, consented "to a provisional French Protectorate over the island for a strictly limited time". The agreement for that purpose was renewed at the end of six months and, since then, has been renewed every six months up to the present time. || The Newfoundland Convention which was to have made the French Protectorate of Raiatea definitive was signed in october 1885; but it contained a provision, that it should not be ratified until it had been accepted by the Legislature of Newfoundland. Before its signature it had been submitted to that colony and in its ultimate form was not objected to by them. There was no ground to apprehend its final rejection. After its signature, however, an objection, which proved in the judgment of the colony fatal, was taken to an article in it which gave to the French fishermen liberty to purchase bait in the colonial waters: and during the present year a Bill has passed the Legislature of Newfoundland and has been approved which is directly at variance with the stipulation as to the purchase of bait, contained in the Convention. || The result of this failure upon Raiatea has been that, contrary to all expectation, the French Protectorate has never been made definitive. It does not however appear to Her Majesty's Government desirable or indeed practicable to remit to an aboriginal Administration an island which has been for seven years under French Government: and on this account as well as in view of the peculiar circumstances attending the failure of the Convention of 1885, they are willing to transfer the stipulation in question to the present Convention, subject of course to the undertakings given in a note verbale to Lord Lyons on the 24th october 1885.

Nr. 9630. FRANKREICH-GROSSBRITANNIEN. — Vertrag, betreffend die Neuen Hebriden und die Tahitiinseln. [48.]

Nr. 9630.
Frankreich-
Gross-
britannien.
16 Nov. 1887. Le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, désirant abroger la Déclaration du 19 juin 1847 relative aux Îles-sous-le-Vent de Tahiti et assurer, en même temps, pour l'avenir, la protection des personnes et des biens aux Nouvelles-Hébrides, sont convenus des articles suivants: || Article Premier. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique consent à procéder à l'abrogation de la Déclaration de 1847 relative au groupe des Îles-sous-le-Vent de Tahiti, aussitôt qu'aura mis à exécution l'accord ci-après formulé pour la protection, à l'avenir, des personnes et des biens aux Nouvelles-Hébrides, au moyen d'une Commission mixte. || Article 2. Une Commission navale mixte, composée d'officiers de marine appartenant aux stations française et anglaise du Pacifique, sera immédiatement constituée; elle sera chargée de maintenir l'ordre et de protéger les personnes et les biens des citoyens français et des sujets britanniques dans les Nouvelles-Hébrides. || Article 3. Une déclaration à cet effet sera signée par les deux Gouvernements. || Article 4.

Les règlements destinés à guider la Commission seront élaborés par les deux Gouvernements, approuvés par eux et transmis aux commandants français et anglais des bâtiments de la station navale du Pacifique, dans un délai qui n'excédera pas quatre mois à partir de la signature de la présente Convention, s'il n'est pas possible de le faire plus tôt. || Article 5. Dès que ces règlements auront été approuvés par les deux Gouvernements et que les postes militaires français auront pu, par suite, être retirés des Nouvelles-Hébrides, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique procédera à l'abrogation de la Déclaration de 1847. Il est entendu que les assurances, relatives au commerce et aux condamnés, qui sont contenues dans la Note verbale du 24 octobre 1885, communiquée par M. de Freycinet à Lord Lyons, demeureront en pleine vigueur. || En foi de quoi, les soussignés dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets. || Fait en double, à Paris, le 16 novembre 1887.

Nr. 9630.
Frankreich-
Gross-
britannien.
16. Nov. 1887.

Signé: Flourens. Egerton.

Das Staatsarchiv.

Sammlung
der officiellen Actenstücke
zur
Geschichte der Gegenwart.

Begründet
von
Aegidi und Klanhold.

Herausgegeben
von
Hans Delbrück.

Neunundvierzigster Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.

1889.

Inhaltsverzeichniss.

Internationale Zuckerkonferenz in London. Zweite und dritte (Schluss-) Session (Vgl. Bd. 48.)

Konferenz-Staaten. Stellung der Staaten zu dem Entwurf der Zuckerkonvention	9631.
Deutschland Seite 1. — Oesterreich-Ungarn S. 9. — Belgien S. 26. — Brasilien S. 36. — Dänemark S. 37. — Spanien S. 40. — Frankreich S. 42. — Italien S. 48. — Schweden S. 77.	
— Sitzungsberichte der zweiten Konferenz (April — Mai 1888). Präsident Baron von Worms	9632.
— Sitzungsberichte der dritten Session (August 1888). Präsident Baron von Worms	9633.

Grenzverhandlungen zwischen Portugal und Zanzibar.

1815. Jan. 22. Portugal und Grossbritannien. Zusatzvertrag zum Verträge vom 22. Januar 1815, betr. die Verhinderung des Sklavenhandels	9634.
1828. Juli 10. Portugal. Gen.-Gouverneur von Moçambique an den Staatssecretär der Marine. Abmachungen mit dem Sultan von Mascate	9635.
1862. Febr. 8. — Gen.-Gouverneur von Moçambique an den Marinemin. Die Grenzen des portugiesischen Besitzes	9636.
1879. Dec. 1. — Gen.-Gouverneur von Moçambique an den Marineminister. Grenzverhandlungen mit Zanzibar	9637.
1886. Jan. 16. — Consul in Zanzibar an den Min. d. Ausw. Grenzverhandlungen mit Zanzibar	9638.
„ „ 17. — Consul in Zanzibar an den Min. des Ausw. Projekt eines Grenzvertrages mit Zanzibar	9639.
Zanzibar. Der Sultan an den König von Portugal. Berufung auf die Grenzprüfungskommission	9640.
1887. Jan. 19. Portugal. Gesandter in Berlin an den Minister des Ausw. Deutschland will die Festsetzung des Rovuma als Grenze gegen Zanzibar unterstützen	9641.
„ „ 19. Deutsches Reich. Ausw. Amt an den Ges. in Lissabon Bericht des Consuls in Zanzibar über die Grenzstreitigkeiten mit Zanzibar	9660.
„ Febr. 3. — Consul in Zanzibar an den Min. des Ausw. Weigerung des Sultans, die Grenzen zu reguliren	9642.
„ „ 3. — Consul in Zanzibar an das Ministerium. Abbruch der Verhandlungen von Seiten des Sultans	9643.
„ „ 14. — Gesandter in London an den Minister des Ausw. Memoranda, betr. die Grenzstreitigkeiten mit Zanzibar	9644.
„ „ 15. — Min. des Ausw. an den Gesandten in Madrid, Paris und Rom. Instruktion, betr. Grenzregulirung mit Zanzibar	9645.

Sachregister.

1887.	Febr.	18.	Portugal. Min. des Ausw. an den Konsul in Zanzibar. Telegramm Salisbury's, betr. die Grenzregulirung zwischen Portugal und Zanzibar	9646.
„	„	26.	Deutsches Reich, Gesandter in Lissabon an den Min. des Ausw. Zustimmung des Sultans von Zanzibar zur Grenzregulirungscommission	9647.
„	März	3.	Portugal. Min. des Ausw. Telegramm an die Gesandten bei den europäischen Höfen. Grenzstreitigkeit mit Zanzibar.	9648.
„	„	4.	Deutsches Reich. Gesandter in Lissabon an den Min. des Ausw. Ernennung eines Commissars durch den Sultan von Zanzibar	9649.
„	„	4.	Portugal und Zanzibar. Vereinbarungsverhandlungen zwischen beiden Mächten	9653.
„	„	5.	Portugal. Min. des Ausw. an den deutschen Gesandten in Lissabon. Antwort auf dessen Mittheilung	9650.
„	„	16.	— Gesandter in London an den Min. d. Ausw. Memorandum an die englische Regierung, betr. die Hinterhaltigkeit des Sultans von Zanzibar.	9651.
„	„	16.	Grossbritannien. Gesandter in Lissabon an den portugiesischen Min. des Ausw. Antwort auf das obige Memorandum	9652.
„	Mai	7.	Portugal. Gesandter in London an den Min. des Ausw. Memorandum über den Stand der Verhandlungen mit Zanzibar	9654.
„	„	„	— Min. des Ausw. an die Gesandten in Berlin und London. Promemoria über die Schritte gegen Zanzibar	9655.
„	Juli	21.	— General-Kommissar an den Min. des Ausw. Weitere Verhandlungen mit dem Sultan	9656.
„	Sept.	15.	Deutsches Reich. Gesandter in Lissabon an den Min. des Ausw. daselbst. Vorschlag einer Konferenz	9657.
„	„	20.	Portugal. Min. des Ausw. an den deutschen Gesandten in Lissabon. Beantwortung seiner Note	9658.
„	Nov.	18.	— Bevollmächtigter der portugiesischen Regierung an den Min. des Ausw. Verhandlungen mit dem Vertreter der grossbritannischen Regierung	9659.
„	Dez.	9.	— Min. des Ausw. an den engl. Gesandten in Lissabon. Memorandum über den Grenzstreit im Anschluss an die Verhandlungen zwischen Capello und Mathews	9661.
1888.	März	29.	Zanzibar. Sultan an den König von Portugal. Anzeige seiner Thronbesteigung	9662.
„	„	29.	Portugal. König an den neuen Sultan von Zanzibar. Antwort auf das vorherstehende Telegramm	9663.
„	„	29.	— Min. des Ausw. an Sr. Braz. Freundschaftsversicherung des neuen Sultans	9664.

Berichtigung.

In Bd. 48, No. 9562 und 9563 (Ueberschrift) lies beide mal statt Frankreich: „**Konferenz-Staaten**“.

Internationale Zuckerkonferenz in London.

Zweite und dritte (Schluss-)Session*).

Nr. 9631. **KONFERENZ-STAATEN.** — Stellung der Konferenz-Staaten zu dem Entwurf der Zuckerkonvention**).

Deutschland.

Memorandum der deutschen Regierung.

Le Projet d'une Convention entre les États qui ont pris part à la Conférence de Londres sur le régime des sucres, présenté à la dite Conférence dans la séance du 16 Décembre, 1887, et ayant pour objet l'abolition des primes d'exportation (pages 66—68 des Procès-verbaux), a suggéré à l'industrie intéressée les considérations suivantes: —

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Le nombre des États qui devront prendre part à la Convention ainsi que l'étendue des territoires où cette Convention devra entrer en vigueur paraissent être trop restreints. || Il sera d'une grande importance que surtout les États-Unis d'Amérique du Nord ainsi que le Brésil soient participants, et que la Convention s'applique également à toutes les Colonies des États Contractants. || Quant au texte de la Convention même, les dispositions des Articles I and II devront être plus précises et plus détaillées qu'elles ne le sont, afin de mieux atteindre le but proposé, c'est-à-dire l'abolition de tout privilège de droit ou d'impôt en faveur des sucres.

La nature de l'impôt sur le sucre à introduire par les États Contractants sur leurs territoires respectifs d'après l'Article II n'y est pas assez précisément définie pour éviter que des mesures ne puissent être prises par l'un ou l'autre des États Contractants, lesquelles mesures, sans être en contradiction flagrante avec la Convention, assureraient néanmoins à l'industrie de l'État en question

*) Die Verhandlungen der ersten Session finden sich abgedruckt im „Staats-Archiv“ Bd. 48. S. 137 ff. — Die hier abgedruckten Aktenstücke sind entnommen den „Documents présentés à la conférence et procès-verbaux“.

A. d. Red.

**) Die „Documents etc.“ beginnen mit einem Wiederabdruck des Protokolls der ersten Session und des Entwurfes. Siehe dieselben Bd. 48 des „Staats-Archiv“ S. 218 ff.

A. d. Red.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

des avantages plus ou moins importants, au détriment de l'industrie des autres Contractants, qui de leur côté interpréteraient plus strictement les obligations résultant de la Convention et qui les exécuteraient plus scrupuleusement. Afin de prévenir de pareils écarts, la Convention devrait obliger les États Contractants à introduire dans leur législation relative à l'impôt sur les sucres certaines dispositions communes arrêtées d'avance. || A ce point de vue il importerait que certaines précautions fussent prises pour empêcher que l'un ou l'autre des États Contractants adopte des mesures au moyen desquelles il se soustrairait à l'engagement de ne donner aux sucres ni ouvertement ni sous forme déguisée des primes d'exportation. || A cet effet on pourrait créer quelque organe international qui constaterait toute violation ouverte ou déguisée de la Convention, et l'on pourrait se concerter sur des mesures à prendre à l'égard de l'État manquant à ses engagements. || Des mesures analogues pourraient être adoptées contre tout État qui ne prendra pas part à la Convention ou qui après y avoir accédé s'en séparerait à l'avenir. || En retour des obligations qu'assumeraient les États Contractants pour abolir les primes d'exportation sur les sucres, il serait juste que dans les Colonies des États Contractants le même traitement fût assuré aux sucres de betterave à l'importation qu'aux sucres de canne.

Il est d'une grande importance que le même système d'impôt soit établi par tous les États Contractants, c'est-à-dire le système de l'impôt sur la consommation (fabrication et raffinage en entrepôt). L'exception concédée à la Belgique par l'Article III du Projet de Convention ne paraît donc pas acceptable, et d'autant moins qu'en conservant l'impôt sur le jus existant en Belgique celle-ci ne pourra guère éviter toute prime d'exportation. La prime ne cessera pas même d'exister dans le cas où les modifications de la législation Belge actuelle prévues par le second alinéa de l'Article III seraient adoptées.

Quant à la saccharimétrie, elle ne paraît pas être un moyen de contrôle suffisant pour assurer d'une manière absolue la rentrée de l'impôt. A condition que la saccharimétrie ne serve pas de moyen de contrôle principal, il est toutefois entendu que chaque État qui s'en promet des avantages sera libre de s'en servir comme moyen de contrôle secondaire.

Gesetz, betr. die Zuckersteuer*).

(Traduction.)

§ 2. Les sucres de betteraves indigènes sont frappés d'un impôt perçu:—

(1.) Comme "impôt à la matière première" ("Materialsteuer") sur le poids des betteraves destinées à la fabrication du sucre. || (2.) Comme impôt à la consommation ("Verbrauchsabgabe") sur le poids des sucres destinés à la consommation intérieure. || Pour la levée de l'impôt sont regardés comme sucres indigènes tous les sucres fabriqués, ou ensuite transformés dans des fabriques indigènes et provenant de betteraves ou de résidus de la fabrication du sucre

*) Dasselbe datirt vom 9. Juli, tritt in Kraft am 1. August 1888. A. d. Red.

(sirops, mélasse), sans égard à l'emploi additionnel d'autres matières saccharigènes. Par la transformation du sucre sont entendus spécialement le raffinage, la dissolution, la mixtion des sucres fondus et des résidus, l'inversion etc.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

§ 3. L'impôt à la consommation est perçu à partir du 1 Aout 1888, au montant de 12 marks pour les 100 kilog. de sucres de betteraves indigènes de toute sorte et de toute qualité. Sont affranchis de l'impôt seulement les résidus de la fabrication du sucre (les sirops, la mélasse). Le Bundesrath est cependant autorisé à imposer, soit le tout, soit une partie du montant du droit de consommation sur les résidus qui, selon leur origine, ou moyennant leur amélioration, peuvent servir à la fabrication de sucreries fines, et à prendre les mesures nécessaires pour assurer la levée de cet impôt, particulièrement en étendant aux raffineries des sirops les mesures de contrôle sous-mentionnées. (§§ 11—38.) || Les dispositions du Bundesrath sur le taux de l'impôt de consommation à prélever fixé sur les résidus de la fabrication du sucre seront soumis immédiatement à la décision du Reichstag, si celui-ci est en session, autrement à sa prochaine réunion. Elles seront annulées en tant que le Reichstag le demandera.

§ 4. L'impôt de consommation est à payer aussitôt que les sucres, soumis au contrôle pendant la fabrication et le raffinage, entrent en circulation libre. Il est à payer par celui qui reçoit les sucres à sa libre disposition. Les sucres sont garants du montant de l'impôt sans égard aux droits d'un tiers. || Pour le paiement de l'impôt à la consommation un délai peut être accordé moyennant caution. Cependant ce délai peut être accordé pour un terme de trois mois même sans caution, s'il n'y a aucune raison de craindre que l'impôt ne sera pas payé.

§ 7. A l'exportation des produits, y compris les dissolutions de sucres qui sont faites en employant des sucres appartenant aux classes *a*, *b* et *c* (§ 6), ou à la déposition de tels produits dans des entrepôts publiques ou particuliers mis sous clef officielle, l'impôt à la matière première et l'impôt à la consommation peuvent être restitués d'après la décision du Bundesrath pour la quantité de sucre contenu dans les produits.

§ 8. Le Bundesrath peut permettre, en prescrivant des mesures propres à assurer le contrôle, que pour les sucres indigènes, pour lesquels la restitution de l'impôt peut être demandée, et qui sont employés comme nourriture du bétail ou à la fabrication d'articles non-comestibles, l'impôt sur la matière première dont la restitution peut être demandée (§ 6), et l'impôt de consommation qui est déjà payé soient restitués. || Les produits contenant moins de 90 pour cent de sucre et employés pour les buts susmentionnés ne sont pas soumis à l'impôt de consommation.

§ 9. Il est permis d'enlever pour le commerce intérieur les sucres en dépôt, pour lesquels l'impôt sur la matière était à restituer, en calculant le montant de la somme restituée sur le poids des sucres au moment de leur dépôt. || Un crédit peut être accordé aux possesseurs des raffineries de sucre

No. 9631.
Konferenz-
Staaten.

pour le remboursement de la somme à restituer pour les sucres enlevés des entrepôts en vue du raffinage. || Si des produits contenant du sucre, et qui étaient déposés dans un entrepôt (§ 7) sont enlevés pour la libre circulation, le montant de l'impôt sur la matière première et à la consommation, qui a été restitué, sera remboursé. || Les sucres déposés et les produits contenant du sucre déposés sont garants vis-à-vis du fisc du montant de la somme restituée de l'impôt sans égard aux droits d'un tiers.

§ 10. Les Règlements plus spéciaux sur le dépôt des sucres ou des produits contenant du sucre fait à condition de la restitution de l'impôt, particulièrement sur les obligations à imposer aux possesseurs de dépôts, sont édictés par le Bundesrath.

§ 11. Les mesures de contrôle s'étendent à tous les établissements dans lesquels les sucres de betteraves indigènes (§ 2) sont fabriqués ou raffinés, particulièrement aux établissements où les sucres sont extraits non pas directement des betteraves, mais de jus de betterave, du sirop ou de la mélasse. Les établissements en question sont qualifiés "fabriques de sucre" par cette Loi.

§ 12. Les fabriques de sucre doivent être construites de manière que les autorités fiscales puissent observer le cours de la fabrication et les produits jusqu'à ce que ces derniers sont enlevés de la fabrique et qu'il y ait garantie contre l'enlèvement clandestin des sucres. Sous ce rapport les possesseurs de fabriques sont obligés de satisfaire aux demandes qui sont faites par les autorités fiscales en conformité de la présente Loi et des Règlements exécutoires du Bundesrath. || L'autorité fiscale fera part jusqu'au 1^{er} Août, 1888, aux possesseurs des fabriques déjà existantes, des changements de construction et des arrangements qu'ils auront à faire en conformité de la présente Loi. || L'exécution doit se faire en concert avec l'autorité fiscale.

§ 13. Sont spécialement à observer les dispositions suivantes: —

1. La fabrique doit être entourée d'une enceinte construite d'après les instructions de l'autorité fiscale, si celle-ci le demande. || 2. Le nombre des entrées dans l'enceinte et de l'établissement dans lequel se trouvent les lieux destinés à la fabrication et au dépôt des sucres, et de même le nombre des entrées de ces lieux et des communications entre eux, ne doit pas dépasser le besoin de l'établissement. Les entrées susdites de l'enceinte, et, si l'autorité fiscale le demande, aussi les entrées à l'intérieur, doivent être pourvues de portes sûres et propres à être fermées de la part de l'autorité fiscale. || 3. Les fenêtres et les autres ouvertures des établissements doivent être assurées d'une manière suffisante, en tant que l'autorité fiscale le demandera. || 4. Des locaux propres à assurer la surveillance de tout trafic avec la fabrique doivent être construits, si c'est demandé. || Les frais de la première exécution de ces arrangements (§ 12 et § 13, No. 1 à 4) seront restitués par la Caisse de l'Empire pour les fabriques qui existent déjà.

§ 14. Dans chaque fabrique de sucre un appartement, propre à pouvoir y passer le jour et la nuit, doit, si c'est demandé, être mis à la disposition

des employés chargés du service permanent, contre dédommagement dont le montant sera fixé, à défaut d'une entente, par l'autorité administrative proposée à l'autorité locale.

Nr. 9631
Konferenz
Staaten.

§ 15. Dans chaque fabrique de sucre, le possesseur est obligé de fournir pour les employés fiscaux un bureau convenable, à le garnir des meubles nécessaires et, selon le besoin, à l'éclairer et à le chauffer. || Dans les fabriques, où l'on extrait le sucre de betteraves, le bureau doit être situé et arrangé de sorte que la pesée des betteraves puisse y être surveillée par les employés fiscaux.

§ 16. Le possesseur de la fabrique est obligé de fournir, pour la déposition des sucres dans la fabrique, des magasins (dépôts de fabrique) sûrs et propres à être fermés officiellement.

§ 17. Les possesseurs de fabriques sont obligés de pourvoir aux balances et aux poids nécessaires pour la pesée officielle des betteraves et du sucre, en conformité des réquisitions de l'autorité fiscale. Les balances doivent être dressées conformément aux instructions de l'autorité fiscale.

§ 18. Tant qu'il n'est pas satisfait aux réquisitions de l'autorité fiscale à l'égard des arrangements mentionnés dans les §§ 12—17, l'autorité fiscale peut interdire l'exploitation de la fabrique.

§ 19. Toute personne désirant bâtir ou reconstruire une fabrique est obligée de soumettre les plans de construction, avant de les exécuter, à l'autorité fiscale compétente, et à demander que la construction projetée soit approuvée en tant qu'il s'agit de l'intérêt fiscal.

§ 20. Au moins six semaines avant le commencement de l'exploitation d'une fabrique de sucre nouvellement bâtie ou reconstruite, le possesseur de la fabrique remettra à l'autorité fiscale de l'arrondissement une liste des locaux formant l'établissement et de ceux qui se trouvent en communication avec celui-ci, qui y sont immédiatement avoisinés, et des appareils destinés à l'usage de la fabrique, en conformité des instructions qui seront données à ce sujet. Cet liste doit aussi contenir une description des locaux, l'indication des places, où se trouvent les appareils immobiles, et l'indication de la capacité (en litres) des vaisseaux quelconques destinés à la production du jus, à la fermentation et à la réception du sirop et de la mélasse, ou à de buts semblables. || Un plan des locaux à indiquer et de la position des appareils immobiles y devra être attaché. || Les possesseurs de fabriques de sucre qui existent déjà sont obligés de présenter les mêmes descriptions des locaux et des appareils au moins six semaines avant le commencement du premier acte d'exploitation qui aura lieu après le 31 Juillet, 1888.

§ 21. L'autorité fiscale peut marquer officiellement les appareils et en vérifier la capacité. Le numéro et la capacité y seront indiqués d'après les instructions de l'autorité fiscale.

§ 22. Tout changement relatif aux locaux et aux appareils doit être notifié par écrit à l'autorité fiscale, au plus tard dans les trois jours qui suivront son exécution.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

§ 23. Il n'est pas permis de faire usage des locaux et des appareils, avant que le certificat que l'autorité fiscale donnera sur la notification relative aux localités et aux appareils (§ 20) ou aux changements (§ 22), ne soit parvenu à la fabrique.

§ 24. Tout changement dans la personne du possesseur d'une fabrique de sucre doit être annoncé au Bureau du Fisc par écrit, et dans le cours de la semaine, qui suit le changement, par le successeur; et dans le cas, où le changement a été opéré volontairement, aussi par le prédécesseur.

§ 25. Les Sociétés et Corporations qui possèdent des fabriques de sucre, et les autres possesseurs de tels fabriques, qui ne dirigent pas eux-mêmes l'exploitation, sont obligés de nommer au Bureau du Fisc la personne qui, en leur nom et suivant leur ordre, dirige l'exploitation.

§ 26. Les possesseurs de fabriques de sucre, dans lesquelles des betteraves sont travaillées, ont à déclarer par écrit au Bureau du Fisc, pour chaque période d'exploitation, sept jours d'avance, le jour du commencement de l'exploitation. || Les possesseurs d'autres fabriques de sucre ont à faire une déclaration analogue avant que l'exploitation commence pour la première fois, ou avant que la première continuation de l'exploitation ait lieu après le 31 Juillet, 1888. || Dans les déclarations il doit, en outre, être annoncé si l'on travaille avec des interruptions et avec quelles interruptions régulières, et pour quel temps l'exploitation aura lieu par jour. Les modifications sont à déclarer au Bureau du Fisc en temps opportun et par écrit.

§ 27. Simultanément avec les déclarations prescrites dans le § 26, le possesseur de la fabrique de sucre doit présenter au Bureau du Fisc une description du procédé technique de la fabrication; cette description doit être faite d'après l'instruction spéciale. Particulièrement il doit encore déclarer quelles sortes de sucres seront faites. En cas qu'une modification survienne, la description est à compléter ou à renouveler.

§ 28. Durant l'exploitation des fabriques de sucre, les entrées et les passages à l'intérieur des fabriques, qui ne servent pas à l'usage ordinaire, seront fermés, et, si le Bureau du Fisc le juge convenable, ils seront fermés conjointement par les employés du Bureau du Fisc et par ceux de la fabrique, et ils ne seront ouverts que pour la durée de l'usage nécessaire. Pour la nuit, le Bureau du Fisc décidera combien d'entrées, et quelles entrées, peuvent être ouvertes. || Les employés du Fisc peuvent mettre sous fermeture les appareils qui ne sont, temporairement, pas en usage, ou en empêcher l'usage d'une autre manière convenable.

§ 29. Ces interruptions de l'exploitation, qui ne se répètent pas régulièrement selon la déclaration de l'exploitation (§ 26), doivent être annoncées sans délai au Bureau du Fisc, à qui le recommencement de l'exploitation est également à déclarer, en temps opportun, d'avance. Le Bureau ordonnera les mesures qui, selon l'exigence du cas, seront nécessaires dans l'intérêt du Fisc. || Pour le temps, pendant lequel l'exploitation cesse, les appareils pour la

fabrication du sucre doivent, d'après la règle, être mis sous fermeture par les employés.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten

§ 30. Les déclarations prescrites dans les §§ 20, 22, 26 et 27, doivent être présentées en double expédition, dont l'une qui est rendue, sera déposée, selon l'instruction du Bureau du Fisc, dans la fabrique et y sera tenue à la disposition des employés.

§ 31. Les employés contrôleurs ont le droit de réviser les fabriques de sucre pendant les périodes de l'exploitation à toute heure, et hors de ces périodes, durant le temps de 6 heures du matin jusqu'à 11 heures du soir, et de demander qu'on les admette immédiatement, si la fabrique est fermée. Le droit de réviser s'étend sur les locaux, qui sont en communication avec la fabrique, ou qui l'avoisinent immédiatement. La restriction en égard du temps cesse, s'il y a du danger dans un retard.

§ 32. Les possesseurs de fabriques de sucre ont à prêter, ou à faire prêter, tout secours nécessaire pour le service du pesage des betteraves ou du sucre, pour les manipulations de fermeture officielle et pour tous les autres actes officiels du contrôle ou de l'expédition, afin que les employés puissent remplir leurs devoirs dans l'étendue prescrite spécialement; ils ont à pourvoir à l'éclairage nécessaire, et à fournir le matériel pour l'application de la fermeture officielle.

§ 33. Non seulement le possesseur de la fabrique de sucre et le Directeur de l'Association, qui le remplace, mais aussi toutes les personnes qui sont employées, ou qui sont présentes, dans la fabrique, sont obligés à se conformer aux dispositions de cette Loi, qui règlent le contrôle, et aux Règlements administratifs qui seront édictés en conformité de cette Loi. || Il est défendu régulièrement au possesseur de la fabrique de permettre l'entrée aux locaux mentionnés au § 34, à d'autres personnes qu'à celles qui y sont employées. Les employés et les ouvriers d'une fabrique de sucre, qui ont été punis à cause de fraude, doivent être congédiés si le Bureau du Fisc l'exige, et il est défendu de les employer ou de les garder dans une autre fabrique de sucre, si l'autorité Fiscale s'y oppose.

§ 34. Le sucre, achevé dans une fabrique de sucre, doit être déposé jusqu'au moment où il en sera disposé selon le § 37 dans les magasins, qui sont tenus sous fermeture par les employés du Fisc régulièrement, au plus tard, le jour qui suit le jour de l'achèvement. Quant aux exceptions à accorder et aux contrôles spéciaux qui seront à ordonner pour de tels cas, également pour ce qui se rapporte à ce qu'exceptionnellement il peut être disposé du sucre avant qu'il soit déposé à l'entrepôt, le Bundesrath donnera les Règles. || Le sucre que l'on a fait viser, d'ailleurs, doit être déposé dans le magasin aussitôt que possible, sauf les exceptions à accorder, par exemple, pour le sirop, la mélasse etc. || Pour sécher et pour couper en morceaux le sucre préparé dans la fabrique et pour tout autre travail d'achèvement final de ce sucre, pour emballer le sucre achevé et pour le conserver jusqu'au transport

Nr. 0631.
Konferenz-
Staaten.

dans le magasin ou pour le déposer hors du magasin, on ne peut se servir que des locaux qui, pour ce but, sont déclarés par écrit au Bureau du Fisc.

§ 35. Le sucre de tout genre, que l'on veut importer dans la fabrique, doit être déclaré par écrit au Bureau du Fisc sous l'indication de la sorte et de la quantité, et présenté pour être révisé. Des livres de contrôle sont à tenir sur le sucre qui, préparé dans la fabrique de sucre, doit être admis dans le magasin de la fabrique, et sur le sucre qui est enlevé du magasin de la fabrique pour rentrer dans le travail de la fabrique. Pour ce but le sucre doit régulièrement être pesé officiellement quand il entre dans le magasin et quand il en est enlevé. On peut s'abstenir de peser le sucre qui entre dans la fabrique sous acquit de caution, et notamment en égard d'un pesage officiel qui a eu déjà lieu. Le Bundesrath prescrira les Règles spéciales.

§ 36. Sirop et mélasse sortant de la fabrique seront mis en libre circulation moyennant une déclaration, qui doit être présentée en deux exemplaires au Bureau du Fisc et qui doit indiquer la quantité et le receveur. S'il est jugé nécessaire, le contenu des colis sera pesé et examiné officiellement.

§ 37. Si du sucre autre que sirop ou mélasse est enlevé dans la libre circulation, le droit sur la consommation doit être perçu ou crédité, à moins qu'il n'y ait pas lieu d'affranchir ce sucre, comme étant employé pour la nourriture du bétail ou à la fabrication d'articles non-alimentaires.

Si le sucre, qui sort de la fabrique, ne doit pas entrer dans la libre circulation, il peut être transféré sous contrôle du Fisc,

1) dans une autre fabrique de sucre; || 2) dans une fabrique à laquelle il est permis de fabriquer des objets contenant du sucre pour l'exportation en franchise de droit sur la consommation; || 3) dans un entrepôt public ou dans un entrepôt privé qui est sous fermeture conjointe de l'autorité du Fisc, soit que cet entrepôt privé soit un entrepôt spécial ou un entrepôt destiné en même temps pour la déposition de marchandises étrangères qui n'ont pas payé le droit d'entrée; || 4) au delà de la frontière douanière. || Le magasin de la fabrique peut aussi servir dans le sens du No. 3 et du § 6, aliéna 1, comme entrepôt affranchi de droits pour le sucre, si l'autorité Fiscale y consent. || Toutes les dispositions plus spéciales concernant l'expédition du sucre pour la mise en libre circulation et concernant les cas prévus sous les Nos. 1—4, spécialement aussi en égard du traitement officiel ultérieur du sucre dans le cas No. 3, seront édictées par le Bundesrath. || L'autorité fiscale peut ordonner une augmentation du nombre des surveillants aux frais du possesseur de la fabrique, si, après qu'une punition a eu lieu à cause d'une fraude commise dans cette fabrique, l'autorité soupçonne qu'un enlèvement clandestin de sucre ait lieu de la fabrique. || Le Bundesrath peut édicter des dispositions à l'effet de faciliter le débit de sucre, pour lequel le droit de consommation est payé, à des personnes qui demeurent dans le rayon de la fabrique. Il est autorisé en outre d'ordonner que dans les dites demeures la provision de sucre ne surpasse pas une certaine quantité par tête.

§ 38. Les possesseurs de fabriques de sucre ont à tenir, selon l'instruction de l'autorité fiscale, des comptes sur toute la fabrication, spécialement sur la quantité et la qualité des matières de sucre travaillées et des produits gagnés, ainsi que sur les quantités de sucre qui sont restées dans la fabrique le 31 Juillet de chaque année. Ils ont à tenir ces comptes prêts pour l'inspection des employés du Fisc et ils ont à soumettre périodiquement des extraits de ces comptes à l'autorité fiscale. || Les livres spéciaux qui, outre cela, sont tenus sur la consommation des matières de sucre, de la production et du débit de sucre, doivent être toujours présentés aux employés supérieurs du Fisc, si ceux-ci l'exigent.

Nr. 9681.
Konferenz-
Staaten.

Oesterreich-Ungarn.

Memorandum der österreichisch-ungarischen Regierung.

Le Projet d'une Convention pour la suppression des primes sur les sucres exportés, qui a été élaboré par la Conférence Internationale de Londres, nous a été communiqué par notre Délégué à la Conférence et par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, par l'entremise de son Ambassadeur. || Suivant le désir exprimé par ce Gouvernement, et en exécution des stipulations du Protocole du 19 Décembre, 1887, les Gouvernements des deux parties de la Monarchie ont soumis le Projet en question à un examen attentif, dont le présent Mémoire résume les résultats.

Ce Protocole nous demande si l'Autriche-Hongrie accepte les principes du Projet de Convention. Nous ne pouvons en général que répondre affirmativement à cette question. || Notre Délégué à la Conférence a déjà déclaré que nous sommes prêts à supprimer les primes sur le sucre exporté, pourvu que tous les autres États importants, soit comme producteurs, soit comme consommateurs, adhèrent à la Convention, et que celle-ci soit arrêtée de manière à ce qu'il ne puisse plus exister le moindre soupçon que les sucres exportés des autres États jouissent d'une bonification de quelque sorte que ce soit. || Comme l'a répété plusieurs fois le Délégué Austro-Hongrois, nous croyons qu'on ne peut atteindre ce but qu'en adoptant partout le système de prélever l'impôt uniquement sur les produits achevés et destinés à la consommation intérieure, et d'exempter de tout impôt (et par conséquent de toute restitution) le sucre destiné à l'exportation; la fabrication et le raffinage en entrepôt ("Zollausschluss") offre, d'après nous, les meilleures garanties pour la mise en vigueur de ce système. || D'après ces principes généraux, et d'après leur développement logique, le texte actuel de l'Article II ne peut répondre qu'en partie à nos désirs; car la fabrication et le raffinage en entrepôt, élément essentiel de l'impôt à la consommation, n'y figure pas. Il nous paraît évident qu'un système d'impôt sur les produits achevés, qui impose aussi le sucre destiné à l'exportation, implique le drawback, que la Conférence a voulu surtout éviter, et peut facilement servir à créer des primes.

Nr. 9031.
Konferenz-
Staaten.

Nous devons donc insister pour que le système de la fabrication et du raffinage en entrepôt ("Zollausschluss", "in bond") soit accepté comme principe fondamental et comme le seul qui puisse donner aux États Contractants une garantie complète pour la suppression réelle des faveurs accordées aux sucres exportés, de quelque nature qu'elles soient. || Mais pour prouver que nous ne voulons pas que la formation de l'union échoue sur la question de ce principe — lequel, du reste, a reçu l'adhésion de la plupart des Délégués — nous serions prêts, dans le cas où cela deviendrait inévitable, à examiner la question de savoir si nous pourrions accepter l'impôt sur l'ensemble du produit achevé, qu'il soit destiné à la consommation ou à l'exportation, c'est-à-dire, la simple taxe sur la fabrication, dans le cas où il n'existerait qu'un taux unique de l'impôt, qui offre moins de danger pour la création de primes par la restitution à l'exportation. Nous ne pourrions cependant d'aucune façon admettre un impôt ayant plusieurs taux; il introduirait forcément le système des primes.

Par contre, nous ne pouvons pas accepter la stipulation relative à la Belgique. La plupart des Délégués ont déjà déclaré que les équivalents offerts par la Belgique sont insuffisants et inacceptables; nous ne pouvons qu'approuver cette manière de voir; nous pensons, d'ailleurs, que le système Belge est aussi peu capable de donner une garantie complète pour la suppression des primes que tout autre système, à l'exception, toutefois, de l'impôt à la consommation tel que nous l'avons indiqué plus haut.

Puisqu'il s'agit d'établir un état de choses tout à fait nouveau, et dont l'épreuve n'est pas encore faite, il nous paraît indispensable, et nous pensons que cela correspond aux idées des autres États, que les Parties Contractantes se communiquent non seulement, comme il est dit dans le Projet de Convention, les lois qui se rapportent à la matière, et les modifications qu'elles auraient l'intention d'y introduire, mais aussi de mettre les États Contractants d'une façon quelconque dans la possibilité de se prononcer contre des modifications qui violeraient les principes fondamentaux de la Convention ou qui les rendraient illusoires.

Il nous semble par conséquent que dix ans est une durée beaucoup trop longue pour la première période de la Convention. Dans le cours de cette période les circonstances pourraient changer si souvent et si complètement qu'il nous serait impossible de nous lier pour ce terme pour une mesure qui, au commencement au moins, n'est qu'un essai, bien qu'un essai d'une large conception. Nous trouvons qu'il serait préférable de ne fixer aucun terme et de se limiter à la faculté de dénoncer la Convention d'année en année.

Nous ne pouvons, d'ailleurs, nous cacher que la Convention qui nous a été soumise nous semble condamnée à rester sans effet tant que les États producteurs et exportateurs de sucre ne trouvent aucun motif puissant qui les engage à y adhérer. Supposons qu'un nombre plus ou moins grand d'États s'unisse, et supposons même que tous les États représentés à la Conférence s'entendent: il resterait toujours en dehors de la Convention un grand nombre

de pays dont la production est importante et dont quelques-uns, comme les États Unis de l'Amérique du Nord, donnent des primes; la concurrence de ces pays pourrait forcer les États formant l'Union à reprendre le système des primes.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

La proposition faite par les Délégués de l'Espagne, et qui consiste à imposer un droit compensateur, semble le meilleur, sinon le seul, moyen d'engager les pays qui voudraient rester passifs à donner leur adhésion à la Convention, et de soustraire le sucre de betterave à la concurrence funeste que lui fera le sucre de provenance Coloniale, lorsque la production de celle-ci augmentera grâce à la suppression des primes; ce droit compensateur devrait être fixé à un taux qui empêcherait son action d'être illusoire, et frapper non seulement le sucre primé actuellement, mais aussi le sucre de tous les pays qui n'auraient pas adhéré à la Convention.

C'est par ce moyen seul que la Convention peut devenir possible. Car, s'il est permis de supposer que, dans l'idée de la Conférence, une telle Convention ne pourrait pas être créée sans la coopération des principaux États qui ont déjà adhéré aux principes qu'elle a émis, nous pensons que, pour la maintenir en vie, on devra aller encore plus loin; car dès son premier jour son existence ne cessera d'être en danger tant que manquent à l'Union les États-Unis, le Brésil et non seulement presque toutes les Colonies de la Grande-Bretagne, mais aussi celles de la France, de l'Espagne et des Pays-Bas, dont la concurrence prendrait immédiatement de nouvelles forces et pourrait arriver à un développement qu'il est à présent impossible d'entrevoir.

Nous devons donc attacher la plus grande importance à l'adhésion des États et des Colonies dont nous venons de parler, et, d'autre part, nous ne souleverions pas d'objection sérieuse contre l'admission des pays dont la production et l'exportation n'ont pour nous qu'une importance mineure, même si leur législation n'était pas en harmonie complète avec les principes que nous avons exposés.

Pour ce qui concerne la question de la saccharimétrie, nous ne pourrions, au moment où nous adoptons le régime de l'impôt sur le produit achevé, reconnaître aucune valeur à ce système, même pas comme moyen de contrôle. Notre nouveau Projet de Loi n'implique aucune *prise en charge*, et nous pensons que les mesures que nous sommes sur le point de prendre fourniront une bien meilleure garantie contre la fraude que le système mal assuré et peu certain qui repose sur la saccharimétrie.

Mais si la saccharimétrie venait à être demandée par toutes les autres Puissances, nous serions prêts, afin de ne pas faire échouer un accord sur ce point, à examiner la question de savoir si le titrage saccharimétrique pourrait être adopté pour les sucres bruts entrant dans les raffineries indépendantes. Il serait absolument impossible de l'adopter pour les raffineries réunies avec des fabriques de sucre brut.

La question de savoir si la méthode dite Française, ou une autre, doit

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

être adoptée, ne nous paraît pas essentielle, puisqu'elles nous semblent toutes également illusoires.

Nous avons l'honneur d'annexer à ce Mémoire une traduction française du Projet de Loi que les Gouvernements des deux parties de la Monarchie ont présenté aux Parlements respectifs; ce Projet a déjà été adopté par la Chambre des Députés du Reichsrath Autrichien et par la Commission de la Chambre Hongroise.

La lecture de ce Projet montrera que nous sommes sur le point d'adopter le principe, que nous avons énoncé plus haut, de l'impôt à la consommation avec travail en entrepôt ("unter Zollausschluss"), et que nous avons donc rempli la condition principale pour la suppression des primes. Cette suppression sera maintenant plus facile à réaliser. Nous attendons l'adhésion des autres États au principe que nous avons posé, et aux conséquences logiques de ce principe telles que nous les avons développées dans le présent Mémoire; nous sommes profondément convaincus que si on ne tient pas compte de ces conséquences on n'atteindra pas, d'une manière qui satisfasse à tous les intérêts, le but que l'on s'est proposé.

Anhang.

I. Dispositions Fondamentales.

§ 1. (1.) Les sucres provenant de matières premières ou des résidus d'une extraction antérieure sont frappés d'un impôt à la consommation comme suit: Les sucres de betterave et les sucres analogues (sucres de canne) en tout état de pureté (exceptés seulement les siropes non qualifiés pour la consommation humaine d'après le taux de 11 florins les 100 kilos).

(2.) Les autres sucres:

A l'état solide	Fl. 3 les 100 kilog.
A l'état liquide	„ 1 „

§ 2. A partir du 1^{er} Août 1888, les sucres désignés dans le § 1 sous le No. 1 jouiront, à l'exportation, pour 100 kilos. nets d'une prime:

(a.) De 2 fl. 30 kr. pour les sucres polarisant 99 ¹ / ₁₀ pour cent et au-dessus.
(b.) De 1 fl. 60 kr. „ „ au-dessous de 99 à 93.
(c.) De 1 fl. 50 kr. „ „ au-dessous de 93 à 88.

Le Ministre des Finances désignera les bureaux de Douane par lesquels les sucres ayant droit à cette prime pourront être exportés.

§ 3. Dans le cas où les primes accordées aux sucres exportés du territoire Austro-Hongrois pendant une campagne (du 1^{er} Août au 31 Juillet de l'année suivante) excéderaient la somme de 5,000,000 florins val. Autr., tous les entrepreneurs produisant des sucres désignés dans le § 1, No. 1, seront obligés solidairement à restituer le surplus.

La répartition de la restitution se fera d'après les dispositions qui suivent, savoir: — (1.) Pour toutes les quantités sorties de chaque établissement on

calculera le montant des primes qui leur seraient dues à l'exportation. || On en déduira les primes calculées pour les sucres étrangers introduits dans l'établissement. || (2.) Les sommes résultant ainsi pour chaque établissement seront additionnées, et sur le chiffre total on calculera la quote-part que chaque florin aura à porter de la somme totale de la restitution au fisc. || (3.) D'après la quote-part frappant chaque florin des primes on établira, sur la base des résultats du calcul indiqué au No. 1, le montant de la restitution que chaque établissement aura à payer. || Cette indemnité est payable trente jours après la réclamation officielle. || Le Ministre des Finances peut exiger, avant le commencement de la campagne, des garanties pour le paiement des restitutions.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Responsabilité Personnelle. || § 4. L'impôt de consommation sera payé par: — || (1.) L'entrepreneur et, dans le cas de fraude, le directeur de l'exploitation, sous la responsabilité immédiate de l'entrepreneur. || (2.) Celui pour lequel des produits sortent d'un entrepôt, sous la responsabilité immédiate de l'entrepreneur de l'entrepôt. || (3.) Celui qui acquiert des sucres qu'il sait avoir été illégalement soustraits au paiement de l'impôt. || § 5. Plusieurs personnes obligées simultanément au paiement en sont solidaires. || Responsabilité Réelle. || § 6. Sont garants de l'impôt tous les sucres tant qu'ils se trouvent dans la fabrique ou raffinerie, ou dans un entrepôt, ou en dépôt officiel, ou bien en route pour un entrepôt, ou d'un entrepôt pour un établissement de production, ou pour l'exportation — et l'impôt prime toutes les créances particulières. || En aucun cas les sucres ne pourront entrer dans le commerce libre par suite d'un droit quelconque basé sur un titre privé sans avoir payé l'impôt ou obtenu un crédit.

§ 7. Dispositions concernant les cas dans lesquels l'impôt peut être réclamé d'un tiers.

§ 8. Concerne les sucres donnés en gage pour obligations civiles.

§ 9. Les sucres qui n'ont pas encore payé l'impôt échu seront laissés en possession du détenteur contre paiement de l'impôt. || En cas de non-paiement ils seront pris en dépôt officiel et vendus aux enchères, aux risques et périls du propriétaire, si dans les trois mois le paiement n'est pas effectué.

§ 10. Les questions concernant l'obligation et la répartition de l'impôt ne pourront pas être portées devant les Tribunaux.

§ 11. L'impôt sera perçu dans les mêmes conditions que les autres impôts.

§ 12. Les Maires de communes sont obligés d'assister les autorités chargées de l'exécution de la loi. || Les entreprises de chemins de fer et de navigation devront donner au Ministère des Finances les renseignements qu'il leur demandera sur les envois de sucres qu'elles auront effectués.

§ 13. Responsabilité des employés.

II. Dispositions Générales pour la Levée de l'Accise.

§ 14. Quiconque a l'intention de produire ou de raffiner du sucre remettra chaque année, quatre semaines avant le commencement des travaux,

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

à l'autorité financière: — || (1.) Une description de l'emplacement, avec plan, et de ces communications internes et externes ainsi que des chemins pour enlever les produits. || (2.) Une liste des appareils et réservoirs etc. || (3.) Description du procédé technique et des types de sucre à produire, ainsi qu'indication de la marque de fabrique. || (4.) Indication de la durée du travail par jour et du nom du Directeur de l'Exploitation.

§ 15. Font partie de l'usine dont la description doit être faite: —

(1.) Les emplacements pour l'exploitation, c'est-à-dire les lieux où se fait le procédé technique de la production du sucre et du raffinage. || (2.) Les endroits où ces produits sont conservés. || (3.) Tous les autres édifices se trouvant dans l'enceinte.

§ 16. (1.) L'usine doit être entourée d'une enceinte — mûr, grille, — d'au moins 2 mètres de hauteur. || Dans les usines qui existent déjà l'enceinte peut être formée par des bâtisses, mais sans issues, et dont les ouvertures doivent être gardées par des grilles de fer de 5 centim. de largeur au plus. || Dans les endroits d'exploitation et les dépôts, ainsi que dans les bâtisses qui seraient en contact avec eux, toutes les ouvertures et fenêtres qui seraient éloignées de moins de 5 mètres de l'enceinte doivent être pareillement gardées. || (2.) Dans les usines qui seront construites dorénavant la distance entre les bâtisses et l'enceinte ne sera pas moindre que de 5 mètres, et dans celles qui existent déjà les nouvelles constructions seront à la même distance. || (3.) L'enceinte n'aura que les entrées absolument nécessaires (dont quatre au plus seront ouvertes le jour et deux au plus la nuit).

§ 17. Après avoir reçu les indications du § 14, l'autorité financière procède à l'examen de l'usine et des appareils. || Elle tiendra surtout à la stricte observation du § 16. || Les communications des endroits d'exploitation avec l'extérieur que l'autorité trouvera superflues seront immédiatement rendues impracticables. || Les appareils et réservoirs seront estampillés et numérotés. || Le Protocole, qui sera signé par l'entrepreneur, mentionnera les portes de l'enceinte et les chemins par lesquels les produits pourront être enlevés. || L'entrepreneur indiquera quarante-huit heures d'avance le jour où il se propose de commencer l'exploitation.

§ 18. A partir de l'examen des lieux, ceux-ci seront munis d'inscription désignant leur destination. || Chaque modification dans l'état du personnel et de l'exploitation sera annoncée dans les vingt-quatre heures au surveillant permanent.

§ 19. L'entrepreneur annoncera la fin des travaux dans les vingt-quatre heures à l'autorité. || Celle-ci viendra faire l'inventaire des produits achevés et non-achevés. || L'entrepreneur pourra acquitter immédiatement l'accise pour les produits achevés ou bien les faire reporter à son compte. || Dans les deux cas l'entrepreneur aura la disposition libre des quantités imposées et devra les enlever avant la reprise du travail. || Les produits achevés qui n'auront pas été soumis à l'impôt seront pesés et conservés dans des magasins bien fermés

et mis officiellement sous clef. || Ils ne pourront en être enlevés qu'en présence et avec la permission de l'autorité. || Les produits inachevés resteront pendant tout le temps du chômage dans les magasins mis officiellement sous clef. || La reprise du travail sera annoncée huit jours d'avance. || L'autorité procédera, dans ces huit jours, à un nouveau recensement des produits achevés.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

§ 20. L'autorité pourra, pour le temps du chômage, mettre les appareils et vaisseaux sous scellé officiel etc. || L'entrepreneur est responsable du maintien intact des scellés.

§ 21. Quand un appareil scellé doit être remis en oeuvre, l'entrepreneur en fera la demande six heures d'avance.

§ 22. Chaque usine aura et produira à chaque réquisition: || 1. Une balance étalonnée. || 2. Un thermomètre Réaumur. || 3. Un densimètre.

§ 23. L'entrepreneur tiendra à la disposition de l'autorité financière chargée de la surveillance les appartements et locaux nécessaires.

§ 24. L'entrepreneur fera peser les quantités de sucre achevé pour la vente et les déposera immédiatement dans les lieux fermés. Il en fera la déclaration à l'autorité financière dès la veille afin qu'elle puisse assister à l'opération. || Les sucres pesés officiellement ne pourront être employés pour être remaniés qu'après avoir été repesés devant les autorités financières.

III. Dispositions sur les Marques.

§ 25. Chaque usine aura une marque de commerce qui sera attachée aux produits achevés.

§ 26. En outre, ces produits, dès qu'ils auront payé l'accise et avant qu'ils ne sortent de l'usine, seront munis d'une marque officielle. Le Ministère des Finances réglera l'emballage, le poids minimum, la façon d'application etc. || Les produits imposables se trouvant dans le pays devront être munis de ces marques tant que, pour les faire entrer dans la consommation, ils se trouvent encore dans l'emballage. Dans le cas contraire ils seront considérés comme n'ayant pas encore payé de droits.

§§ 27 et 28. Disposition pour les marchands de sucre en ce qui concerne les marques, pénalités pour les contraventions et précautions à prendre.

Mesures de Contrôle. || § 29. Les usines sont mises sous la surveillance permanente de l'Autorité Financière de Première Instance pendant la durée de la campagne et tant qu'elle le juge nécessaire. || Elle aura accès à tous les locaux et places se trouvant à l'intérieur de l'enceinte, à l'exception des logements n'ayant pas de communication intérieure avec les lieux d'exploitation et de dépôt. Ces logements ne lui seront accessibles qu'avec l'assistance d'un délégué du Conseil communal ou de l'Administration. || L'entrepreneur sera tenu de lui remettre, sur réquisition, les registres, livres et autres documents (§ 33). || Les autorités financières ont à surveiller les rapports de l'intérieur de l'enceinte avec l'extérieur, et feront les révisions nécessaires à cet effet. || Ils auront également accès aux magasins de vente et de dépôt

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

des marchands de sucre et de tous ceux qui emploient du sucre dans leurs industries.

§ 30. En dehors du recensement à la fin de la campagne (§ 19) l'Autorité Financière de Première Instance peut procéder de temps en temps au pesage de produits, après avoir fait faire préalablement le bilan des registres et inscriptions (§ 33). En règle générale cette révision extraordinaire ne se fera qu'une fois par an, et au moment où il y aura le moins de produits en dépôt. || S'il y a un excédant sur le résultat déterminé par les registres et inscriptions, il sera mis en actif. || Si, au contraire, on constate des manquants, excédant $\frac{1}{4}$ pour cent [pour les sucres d'au moins $99\frac{1}{2}$ pour cent de polarisation] et 4 pour cent (pour les autres) des quantités reçues depuis le dernier recensement, ils paieront l'accise à moins que l'entrepreneur ne prouve que les manquants sont sortis légalement ou ont été détruits par un événement élémentaire, dont il a donné connaissance aux autorités dans les vingt-quatre heures. || Le paiement des manquants est à effectuer dans les vingt-quatre heures. || En outre, l'entrepreneur sera poursuivi d'office.

Enlèvement des Produits. || § 31. Les produits ne pourront être introduits, sortis, ou transportés d'un bâtiment dans l'autre et traverser les cours ouvertes que de six heures du matin à sept heures du soir, ou de sept à cinq, selon la saison.

§ 32. L'enlèvement ne pourra s'effectuer que sur les chemins désignés par l'autorité financière.

§ 33. Dans chaque établissement il y aura: —

(1.) Le registre des pesages des produits achevés (§ 24). || (2.) Un registre des sucres reçus d'un autre établissement ou d'un entrepôt en franchise. Ce registre fera mention de l'emploi fait de ce sucre. || (3.) Un registre de vente.

§ 34. L'inscription No. (1.) portera sur les produits achevés de sept heures du matin jusqu'à la même heure du lendemain, et se fera avant huit heures. || Le registre (2) indiquera les quantités de sucre reçues immédiatement après le pesage, et les quantités remises chaque jour au raffinage. || (3.) Le livre des ventes indiquera exactement la quantité et le poids des sucres vendus, le nom de l'acheteur etc. || (4.) Chacune de ces inscriptions sera signée par l'entrepreneur et par l'autorité financière. || (5.) Dans les envois par chemin de fer ou bateau à vapeur les lettres de voiture seront ajoutées au registre. || (6.) Les registres seront clos tous les mois et soumis à l'autorité financière, contre reçu.

§ 35. L'autorité financière aura le droit de prendre connaissance de tous les livres de commerce de l'entreprise.

Paiement de l'Impôt. || § 36. L'enlèvement des produits de l'entreprise ou d'un entrepôt, qu'il soit soumis à l'impôt ou non, implique l'intervention de l'autorité.

§ 37. Pour enlever des produits quelconques, la déclaration doit être faite à l'autorité financière par écrit et en double, en indiquant: || (1.) Le jour de l'expédition. || (2.) La qualité et le poids net du sucre. || (3.) La destination

de l'envoi. || (4.) Le montant de l'impôt. || (5.) Le nombre, les numéros et les marques des contenants. || (6.) La qualité et le poids brut et net de chaque collo, et pour les pains leur nombre et poids total. || (7.) L'heure de l'expédition et les moyens de transport. || L'impôt est perçu sur le poids net des produits à enlever.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

§ 38. Le minimum des expéditions est fixé à 500 kilog., les échantillons exceptés.

§ 39. Le sucre destiné à la consommation de l'entrepreneur ou de ses employés à l'intérieur de l'entreprise ne pourra être enlevé qu'après avoir acquitté l'impôt dans les mêmes conditions que tout autre.

§ 40. L'impôt est à verser avant que la déclaration de l'enlèvement des produits ne soit effectuée. || L'entrepreneur peut déposer d'avance une somme pour plusieurs envois. || Cependant l'autorité peut donner crédit de façon à ce que les sommes dues pour un mois ne soient payées qu'à la fin de quatre mois. || Les entrepreneurs qui n'auront pas payé au terme de leur échéance les sommes créditées perdent la faculté de demander un crédit. || Au contraire. le paiement d'avance leur donne droit à une remise de $1\frac{1}{8}$ pour cent.

§ 41. Les produits ne pourront pas être enlevés tant que le reçu de l'administration concernant le paiement effectué, ou bien le bulletin de crédit, ne sera pas entre les mains de l'entrepreneur, que le poids n'aura pas été vérifié, et que les marques officielles n'auront pas été appliquées.

§ 42. Avec les précautions nécessaires pour donner garantie au fisc peuvent être enlevés en franchise d'impôt: || (a.) Les sucres de consommation et les sucres bruts, qui sont conduits d'un établissement de sucre dans un entrepôt, ou qui sont exportés d'un entrepôt ou d'un établissement. || (b.) Les sucres bruts et en poudre qui sont transportés d'une fabrique ou d'un entrepôt dans une raffinerie. || S'ils ne sont pas livrés à destination dans le délai fixé par l'autorité, ils paieront l'impôt.

§ 43. Pour les échantillons, le Ministère des Finances peut accorder des exceptions.

§ 44. Les dispositions sur les entrepôts seront émises par voie de Règlement.

IV. Dispositions Générales pour la Rentrée de l'Impôt à l'égard des Produits: § 1, No. 2.

§ 45. Les dispositions des §§ 14—41 et 42 (a) sont également applicables aux produits indiqués au § 1 sous le No. 2.

V.

§ 46. Arrangements spéciaux entre l'Autriche et la Hongrie.

VI. Pénalités.

§ 47. La Loi ordinaire et la Loi sur les contraventions d'accises.

§ 48. Le commencement du travail sans déclaration préalable ou avant le jour annoncé est puni de 100 à 10,000 fl.

Nr. 9031.
Konferenz-
Staaten.

§ 49. La punition pour enlèvement non-autorisé de produits est encourue :
|| (a.) Quand des produits sont enlevés sur des chemins non-autorisés. || (b.) Quand on en trouve dans d'autres bâtiments de l'enceinte que dans la fabrique ou le dépôt. || Une amende de 5 à 500 fl. est infligée quand on trouve des produits dans les cours en dehors du temps permis.

§ 50. Pénalités pour non-observation des dispositions légales sur les marques.

§ 51. Désignation de cas considérés comme fraude à l'exportation et pour la réclamation des primes.

§ 52. Taux des amendes.

§ 53. Minimum de 200 fl.

§ 54. Pénalités pour les fraudes commises à l'occasion des déclarations d'exportation pour l'obtention des primes etc.

§§ 55—59. Pénalités, procédure et prescription.

VII. Dispositions transitoires.

Extrait d'un Mémoire présenté par l'Établissement Chimique de la Société Centrale pour l'Industrie Sucrière en Autriche-Hongrie. — Communiqué officieusement par le Délégué de l'Autriche-Hongrie. || (Traduction.) Avant d'entrer dans l'examen de la saccharimétrie il paraît utile de rappeler les différentes manières dont elle a été appliquée jusqu'ici. || La Loi Française du 29 Juillet, 1875, consacra légalement la méthode dite "théorique" qui, depuis quelque temps déjà, était usitée à la Bourse de Paris pour le commerce en sucre brut et d'après laquelle le contenu en sucre tournant à droite est diminué du quintuple des cendres. || A l'occasion des Conférences de 1876 M. Aimé Girard émit, au nom d'une Commission à laquelle appartenaient MM. Bardy, Luynes et Riche, l'opinion qu'on s'approchait mieux de la réalité en déduisant du contenu en sucre, trouvé par polarisation sans formule correctrice, quatre fois le contenu en cendres et deux fois le contenu en glucose, et en tenant compte, en outre, d'un déchet de fabrication de $1\frac{1}{2}$ pour cent.

On détermine le contenu en cendres en incinérant le sucre avec de l'acide sulfurique et en diminuant le poids de $\frac{2}{10}$. Les fractions de degré résultant après déduction des cendres et des glucoses sont négligées. Cette méthode adoptée par la Loi Française se retrouve dans la Loi du 19 Juillet, 1880, a été maintenue dans la Loi du 29 Juillet, 1884, et est devenue usance de commerce en France. || D'après la Loi Hollandaise du 20 Juillet, 1884, le rendement est déterminé de la même façon, avec la différence que pour la déduction du quadruple des cendres on ne prend pas tout le contenu en cendres comme base, mais seulement celles qui sont solubles dans l'eau, et qu'il n'y a pas de déchet de fabrication. || En Italie, la Loi du 2 Avril 1886, maintient la même méthode, mais avec le coefficient 2 pour les cendres et le glucose, en déduisant un déchet de fabrication de $1\frac{1}{2}$ pour cent. || En Angleterre et dans les Pays-Bas, le commerce a adopté pour les sucres bruts le coefficient 5 pour les cendres et 1 pour le glucose. Le commerce en Autriche et, en

grande partie, en Allemagne, a également adopté le coefficient 5 pour les cendres, sans cependant faire de déduction pour le glucose, qui ne se rencontre presque pas dans les sucres de betteraves. Par contre, des sucres qui en contiennent plus que 0,05 pour cent ne sont pas considérés comme livrables.

Toutes ces méthodes sont donc basées sur la même idée, que ce sont les sels qui rendent une partie du sucre incristallisable au raffinage et les différences d'application dérivent de la différente valeur d'action qui est attribuée aux sels. Cela ne paraît que naturel; car, même dans la supposition qu'ils soient les seuls éléments mélassigènes, leur influence doit nécessairement varier selon le sol, l'engrais, la qualité de la matière première (canne ou betterave) et les parties minérales se trouvant dans les sucres bruts.

Le coefficient 5, qui formait anciennement la base du rendement en France, et qui a été maintenu par le commerce en Angleterre, en Hollande et en Autriche, est d'origine Allemande. Il repose sur les expériences faites par Sostman en 1866, qui ont démontré que les mélasses des raffineries contiennent une partie cendres sur cinq parties sucre. Mais il n'est pas certain si les différentes analyses sur lesquelles ce coefficient a été basé ont été faites d'après la même méthode; il ne nous est donc pas prouvé que les chiffres qu'elles ont donnés peuvent être comparés. Des analyses de mélasses que nous considérons comme méritant toute confiance ont donné des relations très différentes entre le sucre et les cendres. || Ainsi K. Stammer a trouvé: 1 à 3·7, 1 à 3·8, 1 à 3·6, 1 à 4·1 etc. || Dubrunfaut a calculé, il y a quelques années, sur la base d'un grand nombre d'analyses de mélasses, la proportion de 1 à 3·73, et a ainsi également prouvé que les facteurs ne sont pas constants, mais variables. Il en résulte que non seulement le coefficient 5 manque d'exactitude, mais encore que toutes les méthodes de calculer le rendement sur la base des cendres manquent de fondement scientifique. || En outre, Feltz et Scheibler ont démontré qu'en ajoutant de la cendre provenant de mélasse incinérée à des solutions de sucre, ces dernières rendent à l'évaporation toute la valeur de sucre cristallisé qui correspond à leur puissance solutrice. Donc, ce ne sont pas les cendres qui diminuent la faculté cristallisatrice du sucre, et, si certaines cendres exercent une action mélassigène, cela ne peut être que par les combinaisons organiques dans lesquelles elles se trouvent dans les sucres, de sorte que les éléments organiques doivent également être considérés comme ayant une part notable dans la formation des mélasses. || Les expériences faites par Marschall en 1870 ont, en effet, prouvé que seulement les sels qui ne cristallisent pas ou difficilement, et qui fondent à l'air comme le potassium acétique, butyrique, citrique etc. ("essigsäures Kalium, buttersäures K., citronensäures K."), peuvent être comptés positivement parmi les mélassigènes, tandis que la plupart des sels formés par des compositions de bases avec des acides minéraux ("Mineralsäuren") restent indifférents ou négatifs pour la formation de la mélasse. Cela confirme la théorie de Scheibler, d'après laquelle les corps organiques ou anorganiques qui possèdent la faculté de

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

crystalliser, ne peuvent pas être rangés parmi les mélassigènes, tandis que ceux, qui sont dépourvus de cette faculté, y rangent. Ce sont donc surtout les colloïdes qui empêchent le sucre de cristalliser, et la formation de la mélasse doit être considérée comme un procès, non pas chimique, mais physique. A la concentration des jus de sucre les colloïdes deviennent visqueux ("zähflüssig"), et empêchent ainsi les molécules de sucre de se réunir en cristaux.

L'action déterminante des éléments organiques sur la formation de la mélasse est reconnue depuis longtemps dans la pratique. Sur bon nombre de places de commerce les sucres bruts gagnés des mélasses par l'osmose sont évalués pour le rendement par la multiplication des cendres avec le coefficient, plus élevé que celui employé d'ordinaire. La nature des sels et leur influence ne pouvant être autre dans les sucres osmosés que dans les autres sucres bruts, ce calcul pourrait paraître injuste; mais le raffineur sait d'expérience que ces sucres lui donnent moins de rendement que les autres, ce qui s'explique aisément puisque ce sont précisément les sucres osmosés qui contiennent le plus de colloïdes.

L'ancien rendement Français étant aujourd'hui adopté par notre commerce, les fabriques de sucre brut tendent à produire des marchandises donnant un rendement très élevé et, pour y arriver, à obtenir une grande saturation des jus, de sorte que les sucres donnant un rendement élevé contiennent très peu de cendres, mais aussi une grande quantité d'éléments organiques. Les sucres bruts gagnés par le travail ordinaire contiennent sur 100 parties cendres 90—119 parties d'éléments organiques, tandis qu'on trouve aujourd'hui dans le commerce des sucres où la proportion des éléments organiques monte à 145 et 165. Cette proportion élevée porte, naturellement, préjudice au raffineur qui achète d'après le rendement Français, et donne lieu à des réclamations qui augmentent de jour en jour, pour éliminer du commerce cette méthode, qui ne répond plus à la situation actuelle. Nous pouvons nous référer du reste, à cet égard, aux débats de l'assemblée générale de la Société Centrale pour l'Industrie Sucrière en Autriche-Hongrie, qui a eu lieu à Prague le 31 Mai 1886.

D'après ce que nous venons de déduire, la détermination du rendement par les coefficients ne pourrait se rapprocher de la vérité que dans le cas où l'action de tous les éléments organiques et anorganiques mélassigènes sur le sucre serait connue et s'il était possible de déterminer tous ces éléments dans le sucre brut soumis à l'analyse, ce qui nous paraît impossible. Et même dans ce cas, le but ne semblerait pas encore atteint. "Car", comme dit le Dr. Scheibler, "même en connaissant tous les éléments organiques et anorganiques — ce qui ne paraît pas possible — on ne serait — sans parler des difficultés du procédé — probablement pas fort avancé; car selon toute prévision, l'action générale mélassimétrique de tous les facteurs réunis n'est pas égale à la moyenne arithmétique de leur action individuelle. L'établissement d'un coefficient moyen ne peut pas servir utilement; car les sucres de diffé-

rentes fabriques avec des procédés différents ainsi que les divers produits de la même fabrique présentent des variations notables quant à la masse des crystalloïdes et des colloïdes.”

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

M. le Dr. P. W. Gunning arrive au même résultat dans l'excellent Rapport détaillé qu'il a adressé en 1875 au Ministre des Finances des Pays-Bas, et même M. A. Girard, le père de la méthode aujourd'hui établie en France, admet dans son Rapport “que les coefficients proposés ne doivent pas être considérés comme invariables, et qu'ils peuvent changer selon que les méthodes industrielles ou le développement de nouveaux faits justifieront des modifications. || Il résulte de ce que nous venons de dire que toutes les méthodes pour déterminer le rendement à l'aide de coefficients dits mélassimétriques manquent de base scientifique et ne sont pas en accord avec l'expérience pratique.

D'autre part, les méthodes pour déterminer les cendres ne sont pas encore suffisamment développées. || L'analyse du sucre est basée sur la faculté de tourner à droite le plan de polarisation de la lumière et l'inclination qu'une solution de sucre produit sert à déterminer sa richesse en sucre. Or, de récentes expériences ont démontré que le jus de betteraves, et par conséquent les sucres bruts, contiennent de l'acide malique (“Aepfelsäure”), de l'asparagine (“Asparagine”) de l'acide d'aspartique (“Asparaginsäure”), de la gomme, de la dextrine (“Dextrin”) etc., des substances qui ont également une action sur la polarisation de la lumière. Comme on n'est pas encore arrivé à pouvoir séparer ces substances complètement du sucre brut par des procédés de clarification ou d'épuration, la détermination saccharimétrique repose non seulement sur l'inflexion de lumière produite par le sucre, mais sur l'influence de la totalité des substances infléchissant le plan de la lumière, et, pour cette raison aussi, s'éloigner de la vérité pour la détermination de la valeur saccharine.

Pour déterminer les cendres on incinère, à l'aide d'acide sulfurique, une certaine dose de sucre. La cendre qui en résulte contient les bases de tous les acides volatiles (“flüchtig”) ou incinérables, non pas en forme de carbonates (“kohlensaures Salz”), mais de sulfates (schwefelsaures Salz). Pour réduire la cendre — pesée à la balance — au poids de la cendre carbonatée (“kohlensaure Asche”), on y applique une correction en déduisant $\frac{1}{10}$ ou $\frac{2}{10}$ du poids. Cette correction ne peut pas être constante, devant se conformer aux différentes compositions des sucres. En général, d'après les expériences de Violette, l'incinération à l'aide sulfurique donne des résultats trop élevés, et d'autant plus élevés que le contenu en sels sodiques (“Natronsalze”) sera plus grand.

Il nous paraîtrait dangereux aussi pour les intérêts du fisc d'adopter une base d'impôt qui rendrait la fraude facile. Car par l'adjonction de substances minérales qui restent indifférentes vis-à-vis du sucre, au sucre brut, on pourrait lui donner un rendement moindre que celui qui répond à sa richesse véritable. Et en effet, on a découvert des manipulations de ce genre au détriment du fisc.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

S'il n'a pas encore été possible de connaître suffisamment l'influence des substances minérales et organiques sur la cristallisation, l'action du glucose ou sucre inverti au raffinage n'est également pas suffisamment déterminée. C'est aussi pourquoi on lui applique des coefficients différents (1, 2, et jusqu'à 5). Mais ne nous occupant que du sucre de betterave, nous pouvons nous abstenir d'entrer dans cette question.

L'insuffisance des méthodes saccharimétriques pour déterminer la richesse du sucre, reconnue par les hommes les plus compétents, donna lieu, en 1871, à la Société pour l'Industrie Sucrière en Allemagne, de fixer un prix pour la meilleure solution de la question: — || "Le rendement effectif de différents sucres bruts en sucre blanc cristallisé n'est pas en rapport direct avec la polarisation. Quels procédés et calculs faut-il employer pour déterminer d'avance en théorie le rendement présumé d'un sucre brut en sucre raffiné blanc?"

Le prix a été remporté par le Dr. C. Scheibler à Berlin, sur la proposition d'une méthode consistant à déterminer par voie d'expériences, le sucre cristallisé contenu dans le sucre brut, et sa richesse en sucre chimiquement pur. Dans ce but la mélasse de sucre brut fut lavée successivement avec de l'alcool et de l'acide acétique. ("Essigsäure"), et le sucre obtenu de cette manière fut soumis à la polarisation.

Toujours, ce procédé ne tenant pas compte des pertes de fabrication, ne pouvait qu'indiquer le maximum théorique de la richesse du sucre, mais non pas son rendement pratiquement réalisable. || Aussi une Commission de notables savants et employés du fisc chargée par le Ministère du Commerce Allemand d'examiner le procédé, trouva qu'il servait très bien à déterminer sûrement le sucre et la mélasse, mais qu'il s'agirait encore de voir s'il était possible d'obtenir les mêmes résultats dans l'exploitation industrielle. Le Conseil de l'Empire décida dans sa séance du 21 Décembre, 1874, de faire faire des expériences en grand dans ce but, et ces expériences furent exécutées à Charlottenburg, en 1877, sous la direction du Professeur Dr. Wichelhaus, assisté d'une Commission de Surveillance composée de savants et hommes du métier. || Le Directeur détermina le rendement en ajoutant (en pour cents de la masse soumise à l'analyse) au poids des produits polarisant entre 100 et 99 ou la limite de tolérance de 98·7, la valeur en raffinés des autres produits solides trouvés d'après la méthode Scheibler. || Ce procédé souleva les objections de la Commission; car il assimilait des produits de 98·7 ou 99 pour cent de polarisation au sucre pur, et pourtant il est clair que ces produits ne peuvent pas donner de marchandise de 99·5 ou 100 pour cent achevée pour la consommation.

Une autre faute était commise par l'adoption, pour déterminer le rendement, de la méthode qu'il s'agissait précisément d'examiner. || Les expériences de Charlottenburg qui, du reste, avaient employé un trop petit volume de sucre, furent vivement critiquées par les hommes du métier, notamment par le Dr. K. Stammer, qui émit l'opinion que par le procédé employé à cette

occasion le rendement effectif ne pouvait pas être déterminé. On n'avait, en effet, pas réussi à constater la possibilité de l'emploi de la méthode Scheibler, pour établir le rendement réalisable.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Du reste, l'examen auquel la méthode Scheibler avait été soumise en même temps par différents chimistes avait démontré qu'elle donnait des résultats différents sur le même sucre selon qu'elle était appliquée par différents savants. Cette appréciation qui se montra déjà à l'assemblée générale des producteurs du sucre à Magdebourg en 1876, devint peu à peu générale; et aujourd'hui le procédé Scheibler n'est plus guère employé dans un laboratoire Autrichien ou Allemand. Comme liquides du lavage, ce procédé se sert de solutions alcooliques saturées de sucre. Or, comme la solubilité du sucre dans ces liquides dépend beaucoup de la température, cette circonstance amène facilement des variations dans la détermination, et le réglage exact de la température est souvent difficile à obtenir. || Donc, la méthode Scheibler ne peut pas être considérée comme pouvant aider à déterminer le rendement au raffinage par voie saccharimétrique.

Toutes les méthodes partent, du reste, de l'idée que le raffinage laisse une eau mère ("Mutterlauge") sucrée, la mélasse, qui ne donne plus de sucre cristallisé. Cependant, comme les procédés pour l'extraction du sucre de la mélasse se développent de plus en plus, la détermination du rendement devrait avoir égard aussi au sucre extrait des mélasses. Ces procédés sont basés sur des principes ou bien physiques, comme l'osmose, ou bien chimiques. Les derniers consistent surtout dans la formation d'alliages quelquefois difficilement dissolubles, entre le sucre et la chaux, la strontianite ("Strontian") ou la baryte ("Baryt"). Ces alliages, appelées saccharates ("Saccharate"), varient d'après les procédés employés, et dans le courant des dernières années un grand nombre d'inventeurs ont pris des brevets pour ces méthodes. Il paraît impossible de trouver une formule générale de rendement pour tous ces procédés, et le rendement ne pourrait être déterminé avec exactitude même pas pour une seule méthode; car, comme pour le sucre brut, le rendement dépend de la composition de la matière première, qu'il est encore difficile d'établir aujourd'hui avec exactitude.

Ces déductions prouvent, à notre idée, qu'il n'est pas possible de trouver une manière de déterminer d'avance le rendement total d'un sucre déterminé, et nous terminons en rappelant les paroles d'un des hommes les plus compétents dans la matière, le Dr. K. Stammer: — || "L'échec de tous les essais d'établir un calcul pour déterminer le rendement paraît tellement évident qu'on ne doit pas s'attendre à voir se renouveler de sitôt des tentatives comme celles de Charlottenburg. Quand on considère que le travail dans les différentes fabriques et raffineries diffère de la manière la plus variée; que la composition et la quantité du produit final offre les mêmes divergences, cette non-réussite ne peut pas surprendre, et la nature de la chose même paraît s'opposer à l'établissement d'une règle générale pour déterminer le rendement des sucres. F. S t r o h m e r.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Extrait d'un Mémoire de l'Établissement Chimique de la Société Centrale pour l'Industrie Sucrière en Autriche-Hongrie. — Communiqué officieusement par M. le Délégué de l'Autriche-Hongrie. || (Traduction.) En admettant un rendement de 1,700 grammes de sucre brut (standard 10—14, c'est-à-dire, avec 97·8 pour cent de sucre) sur 100 litres de jus, 100 litres de jus de betterave de la composition suivante: —

15·0 degrés au saccharimètre = 6·1 degrés de densité et
12 pour cent de sucre

Quotient 80·0 pour cent.

donneraient 10·37 kilog. de sucre brut de 97·8 de polarisation, ou 10·14 kilog. de sucre pur.

Or, comme 100 litres de jus contiennent $12 \times 1·061 = 12·73$ kilog. de sucre, 79·7 pour cent du sucre contenu dans le jus auraient été gagnés, ce qui est une exploitation moyenne, et non pas un maximum; car on connaît pour des betteraves de la même qualité moins que moyenne, des rendements jusqu'à 82·3 pour cent de la richesse saccharine du jus, de sorte que chaque degré de densité sur 100 litres répondrait à 1,759 grammes de sucre brut. Et des betteraves de 80 pour cent sont probablement aussi en Belgique rarement mises en oeuvre. Les analyses de betteraves Belges que nous avons sous les yeux ne donnent malheureusement que la richesse saccharine de la betterave brute, et non pas celle du jus. Mais comme la première est en général de plus de 12 pour cent, celle du jus doit être d'autant plus élevée. Il est, en outre, plus que probable que dans un pays aussi avancé que la Belgique la culture des betteraves a dû être développée dans la même proportion qu'en Autriche et en Allemagne ou du moins comme dans le nord de la France, où les conditions agricoles sont à peu près les mêmes qu'en Belgique. Dans le nord de la France on considérait, il y a peu d'années encore, une betterave du quotient de 80 pour cent comme bonne, tandis que d'après les nombreuses analyses de betteraves Françaises opérées dans les dernières années, celles-ci rendent un jus qui contient 12·5 à 16·5 pour cent de sucre et montre le quotient de 87 pour cent, qui, du reste, n'est pas encore la dernière limite jusqu'où la qualité de la betterave peut être développée par la culture et les influences climatiques et météorologiques. Nous avons eu l'occasion, dans la dernière campagne, d'analyser des betteraves dont le jus a donné le résultat suivant: —

23·2 indication au saccharimètre = 9·8 degrés de densité.
21·64 pour cent sucre.

Quotient 93·28 pour cent.

En supposant qu'un jus pareil soit soumis au travail et que l'exploitation serait, comme en haut, de 79·7 pour cent, 100 litres de jus qui contiennent $21·64 \times 1·098 = 23·76$ kilog. de sucre, donneraient 18·94 sucre pur ou 19·37 kilog. de sucre brut des numéros 10—14, et, ainsi 1 degré de densité sur 100 litres de jus correspondrait à 1,976 grammes de sucre brut. || Et

même ce chiffre sera encore trop peu élevé; car avec le quotient 93·28 pour cent le rendement de 79·7 est trop bas, car le rendement augmente avec la pureté du jus, et quand on n'en tient pas compte, le danger de primes déguisées existera toujours.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Le rendement réalisable dépend, en effet, non seulement de la quantité du sucre contenu dans le jus, mais encore de la quantité et de la qualité des autres substances et du plus ou moins grand pouvoir qu'elles possèdent pour empêcher les globules saccharines de cristalliser.

Donc, pour déterminer le rendement présomptif du jus, il faudrait connaître non seulement la quantité du sucre, mais encore celle des autres substances et l'action chimique et physique de ces dernières, connaissance dont nous sommes encore fort éloignés. Ici, les difficultés sont analogues à celles qui empêchent de déterminer exactement le rendement du sucre brut. Si cela est impossible pour ce produit déjà bien plus épuré, même en connaissant sa composition en sucre, en substances sèches ("Trockensubstanz"), en cendres et en matières organiques, il nous paraît évident que la seule connaissance de la densité ne peut être considérée suffisante pour connaître le rendement présomptif du jus.

Qu'est-ce que la densité? Dans ce cas uniquement la mesure de la concentration des jus, c'est-à-dire, elle indique que la densité du jus augmente avec la quantité de substances dissolues qu'il contient. Ces matières sont des matières saccharines et autres, et la qualité du jus ne dépend pas seulement de leur masse totale, mais encore de leur corrélation réciproque. Des jus de la même densité peuvent être composés de quantités très différentes en matières sucrées et autres, de même que des jus de la même richesse saccharine peuvent avoir une densité différente.

Avec la richesse saccharine la pureté augmente en général et la dernière plus vite que la première, de sorte qu'un jus plus dense donne un rendement plus élevé, non seulement à cause de la plus grande richesse, mais encore par suite de la plus grande faculté de réaliser le sucre. Cette dernière circonstance, dont le système de l'impôt sur le jus ne tient pas compte, nous semble essentielle.

Les considérations que nous venons de développer nous paraissent prouver que le système de l'impôt sur les jus n'est pas un système recommandable. En adoptant un rendement moyen, le Trésor n'obtiendrait souvent pas ce qui lui revient, tandis que l'acceptation d'un rendement maximum serait dans beaucoup de cas injuste pour les fabricants.

Belgien.

Prinz Chimay an Lord Vivian. — Uebersendung der Vorschläge der belgischen Regierung zur internationalen Regelung der Zuckerfrage.

Bruxelles, le 1^{er} Février 1888.

Nr. 9681.
Konferenz-
Staaten.

My Lord, || J'ai eu l'honneur de recevoir l'office que votre Excellence a bien voulu m'adresser le 31 Décembre dernier au sujet de la Conférence Internationale qui s'est tenue à Londres pour examiner la question des sucres. || Suivant le désir exprimé par votre Excellence, je m'empresse de lui transmettre ci-joint le rapport qui, aux termes du Protocole signé à Londres le 19 Décembre dernier par les Délégués des Gouvernements représentés à la Conférence des Sucres, doit être adressé, avant le 1^{er} Mars prochain, au Gouvernement de Sa Majesté Britannique. || Je serais obligé à votre Excellence de vouloir bien faire parvenir cette pièce à sa haute destination. || Le rapport dont il s'agit mentionne les concessions que le Gouvernement Belge est disposé à faire pour faciliter une entente internationale en vue de supprimer les primes à l'exportation des sucres. Il va de soi que les propositions de la Belgique sont subordonnées aux résultats de l'examen des systèmes présentés par les autres pays. || Je saisis etc.

Le Prince de Chimay.

Rapport der belgischen Regierung zur internationalen Regelung der Zuckerfrage.

D'après le Protocole signé à Londres le 19 Décembre dernier, les Gouvernements qui adhèrent aux principes du Projet de Convention Internationale destiné à supprimer les primes à l'exportation des sucres doivent, avant le 1^{er} Mars prochain, adresser au Gouvernement de Sa Majesté Britannique un Rapport indiquant les bases d'application du système de l'impôt sur les quantités de sucre produites. || Bien que la Belgique ait déclaré ne pas pouvoir adopter ce système, elle croit devoir exposer également le régime des équivalents qu'elle voudrait pratiquer pour atteindre le but en vue duquel la Conférence a été instituée et insister sur certaines considérations qu'il est utile de soumettre à l'appréciation des Gouvernements représentés et qui ne pouvaient trouver place dans les procès-verbaux sommaires des séances de la Conférence.

Equivalents de la Belgique. || Le régime en question est celui qui a été indiqué à Londres par les Délégués Belges et qui consiste principalement, savoir: — || (a.) Dans le maintien du mode actuel de perception d'après le volume et la densité des jus, par des moyens qui excluent toute possibilité de fraude et avec augmentation du taux de la prise en charge; || (b.) Dans une notable réduction du taux du droit. || Il paraît superflue de donner ici de nouveau les raisons qui déterminent le Gouvernement Belge à choisir cette voie pour arriver à la suppression totale des primes sucrières. Il croit avoir

établi qu'il lui est impossible d'adopter l'exercice pour ses fabriques et ses raffineries, surtout après l'expérience malheureuse que le pays a faite de ce mode de surveillance en 1846. || On se bornera donc à rencontrer les objections qui ont été faites à Londres au système Belge, et qui ont motivé les réserves des Délégués de quelques Puissances.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Montant de la Consommation du Sucre. || La principale de ces objections réside dans le chiffre relativement peu élevé de la consommation légale du sucre en Belgique. || Certains statisticiens, s'appuyant sur la consommation du sucre dans les pays voisins, ont attribué à la Belgique une consommation réelle représentant, à peu de chose près, la moyenne du sucre consommé en Allemagne, en France et dans les Pays-Bas. Cette manière de calculer repose sur une appréciation inexacte des faits. Tous ceux qui sont au courant des habitudes Belges doivent reconnaître qu'il ne peut être établi aucune comparaison sous ce rapport entre la Belgique et les pays limitrophes. || Pour justifier le chiffre de 5 à 5 $\frac{1}{2}$ kilos indiqué par le Gouvernement, il suffit de rappeler les paroles prononcées au sujet de la consommation du sucre par un des Délégués Belges aux Conférences tenues à Paris en 1873 et qui établissaient que la consommation ne dépassait pas à cette époque 4 à 4 $\frac{1}{2}$ kilogrammes *). ||

Cette consommation de 4 à 4 $\frac{1}{2}$ kilos par tête d'habitant était d'autant plus admissible qu'elle représentait le double de la consommation (2 kilos et une fraction) qui avait pu être constatée exactement quarante ans auparavant, alors qu'en l'absence de fabrication indigène on pouvait déterminer rigoureusement par les écritures de la douane le chiffre de la consommation réelle. || Si après une période subséquente de quinze années (1873—1888) — pendant laquelle les moeurs du peuple n'ont pas changé, pendant laquelle les conditions fiscales sont restées invariablement les mêmes, pendant laquelle surtout une crise commerciale et industrielle des plus intenses a sévi, restreignant partout les dépenses de luxe — on suppose une nouvelle augmentation d'un quart, on arrive à un chiffre qui semble à l'abri de toute critique.

Les économistes qui, en Belgique, se sont occupés de cette question n'ont guère pris d'ailleurs, pour point de départ de leurs raisonnements libre-échangistes, un taux plus élevé. M. le Représentant Sabatier, qui présidait en 1884 la Commission chargée d'étudier les questions se rapportant à l'industrie sucrière, évaluait la consommation à 6 kilos par tête. Mais son évaluation était contestée par les industrielles qui faisaient partie de la Commission, et l'un des plus autorisés d'entre eux, M. Dumont de Chassart, n'admettait à ce sujet qu'un chiffre maximum de 5 kilogrammes **).

Il pouvait sembler suffisant de s'arrêter à la moyenne de ces deux appréciations émanant de personnalités très compétentes; mais, pour être fixé plus complètement, le Gouvernement Belge a fait recueillir des renseignements

*) Siehe Anhang A. A. d. Red.

***) Stehe Anhang B. A. d. Red.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

sur tous les points du pays, et il résulte de l'ensemble des évaluations faites par des fonctionnaires qui, par leur contact journalier avec les populations, sont à même d'émettre une opinion parfaitement fondée sur cet objet, que le chiffre de 5¹/₂ kilog. doit être considéré en Belgique comme maximum extrême de la consommation par tête du sucre, si l'on tient compte de ce que chez les nombreuses populations des campagnes l'usage du sucre est à peu près nul. On ne doit au surplus pas oublier que la Belgique consomme une certaine partie du sucre qui est porté à l'actif de la consommation d'autres pays, attendu qu'elle importe, notamment de l'Allemagne, de l'Angleterre et de la France, des vins, des bières, des liqueurs, des chocolats, des bonbons et des confitures contenant une grande quantité de sucre.

Moyenne de la Prise en Charge. || Une autre objection a été faite aux Délégués Belges. On a prétendu que la prise en charge ne constituait qu'une moyenne qui, en imposant une règle commune à tous les fabricants, laisse des avantages à quelques-uns d'entre eux. || A première vue cette observation semble avoir un certain fondement. Mais, étant donné le système de l'abonnement, il ne peut jamais être question que d'une moyenne pour la fixation du taux de la prise en charge. Agir autrement, c'est-à-dire, porter cette prise en charge au chiffre maximum du rendement obtenu par la fabrique la mieux outillée et la plus privilégiée sous le rapport de la richesse des betteraves mises en oeuvre, serait indubitablement provoquer la ruine de toutes les autres usines. Ce serait, dans tous les cas, établir des primes à rebours au détriment d'une forte partie de l'industrie Belge et au profit de la concurrence étrangère. || On ne doit pas perdre de vue non plus que le léger avantage qui pourrait être conservé de ce chef par quelques industriels serait beaucoup amoindri par la concession très large que fait la Belgique sous le rapport de la réduction du taux des droits, et que ce n'est pas la position exceptionnelle de quatre ou cinq fabriques, situées dans une zone spéciale, qui peut avoir une influence sérieuse sur les conditions d'achat et de vente du marché international.

Taux de la Prise en Charge. || Enfin une troisième objection se rapporte au taux de la prise en charge. || Le premier Délégué des Pays-Bas, pour prouver l'insuffisance du taux proposé par la Belgique, a produit les chiffres d'excédents constatés par les employés chargés de surveiller les fabriques Néerlandaises. || Il est tout d'abord un fait qui ne peut être contesté; c'est que dans la généralité des fabriques Belges la betterave n'est pas aussi riche que celle qui est utilisée dans les usines de la Hollande. Il ne saurait donc être question de porter le taux de la prise en charge en Belgique au chiffre qui devrait être déterminé dans les Pays-Bas s'il s'agissait d'y abolir les primes par ce moyen. || Quant aux chiffres d'excédents cités par le premier Délégué des Pays-Bas, ils semblent inacceptables; car ils supposeraient des rendements qu'on ne saurait atteindre industriellement. De pareils résultats doivent être attribués ou à une évaluation exagérée des arrière-produits ou à la fraude qui

est aussi possible avec le système Hollandais qu'elle l'était avec le système Belge avant l'emploi du compteur automatique. || Du reste, le premier Délégué des Pays-Bas reconnaît loyalement que ses chiffres n'ont pas de caractère "légal" et il les présente seulement comme "méritant une certaine confiance." || On croit devoir leur opposer comme infiniment plus probantes les indications que fournit à ce sujet le rapport fait à Berlin le 12 mars 1884, par la Commission que le Conseil Fédéral Allemand avait nommée pour examiner les questions se rapportant à l'industrie des sucres. (Documents Parlementaires relatifs au Projet de Loi déposé au Reichstag le 21 Décembre 1885.)

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Après avoir expliqué les deux modes d'imposition des fabriques de sucre en Hollande, ce rapport disait: — || "Pour les fabriques payant l'impôt par voie d'abonnement, il est possible qu'elles obtiennent une prime, attendu qu'on retire d'un hectolitre de jus respectivement plus de 1,450 ou de 1,400 grammes de sucre raffiné. Il paraît hors de doute qu'il en est ainsi généralement. Un spécialiste (Zücschwerdt, p. 564 du Protocole) évalue l'excédent à 6 pour cent. Un rapport du Chargé d'Affaires Anglais à La Haye, du 16 Mai 1879 ("Livre Bleu concernant l'Industrie Sucrière du 20 Juillet 1879", vol. 4, p. 355), fait connaître que, d'après le relevé du Ministère des Finances Néerlandais, le rendement légal est dépassé en moyenne d'à peu près 5 pour cent."

Voyons maintenant ce que le même Rapport de la Commission d'Enquête Allemande contenait pour la Belgique: — || "En fait, le rendement de 1,500 grammes de sucre brut par hectolitre de jus est largement dépassé. A cause de cela, le Gouvernement Belge avait pris, lors de la Convention Internationale du 11 Août 1875, l'engagement, non-seulement d'élever la prise en charge à 1,550 grammes, et, par la suite, à 1,600 grammes, mais encore de diminuer la prime par la réduction de la moitié du taux des droits. On sait que la Convention n'a pas été ratifiée et les anciens taux ont été maintenus. || Si donc on accepte 1,600 grammes comme rendement moyen, il s'en suit qu'il existe une prime de $\frac{1}{16}$ ^{me} du montant des droits ou de 2 fr. 81 c. par 100 kilog. de sucre brut. Il est hors de doute néanmoins qu'on obtient plus de 1,600 grammes. Le rendement légal adopté en Hollande est, en sucre brut, de 1,635 grammes (Zücschwerdt, p. 565), ou de 1,650 grammes (Herbetz, p. 64 du Protocole), et il reste, comme on l'a déjà fait remarquer, le 5 à 6 pour cent en dessous du rendement industriel. En Belgique, où les conditions de production sont sensiblement les mêmes¹⁾, le rendement ne doit pas être inférieur à 1,700 grammes, d'où une prime de 5 fr. 29 c. ou de 4 m. 24 pf. par 100 kilog."

Les conclusions auxquelles la Commission Allemande était arrivée après un examen approfondi et impartial des charges fiscales des nations voisines étaient parfaitement exactes et corroborent absolument les calculs du Gouvernement Belge. || Ce qui a pu égarer quelque peu l'opinion à l'étranger en

¹⁾ On a vu plus haut que l'on ne peut contester que le rendement moyen en Hollande est plus élevé que celui de la Belgique à cause de la richesse exceptionnelle de la betterave dans le premier de ces pays.

Nr. 9681.
Konferenz-
Staaten.

ce qui concerne l'importance des excédents de fabrication et partant des primes en Belgique, c'est qu'une partie des excédents réalisés provenait des fraudes qui, malheureusement, s'étaient pratiquées pendant les dernières années.

Mesures contre la Fraude en Belgique. || L'exposé de la législation des sucres en Belgique, qui a été communiqué à la Conférence, prouve que ces fraudes sont désormais impossibles, grâce aux mesures rigoureuses décrétées en ce qui concerne l'installation et la disposition des ustensiles, et grâce surtout au Mesureur Compteur que le Gouvernement a adopté sur la proposition d'une Commission dite "des fraudes", et qui était composée de fabricants, d'ingénieurs-constructeurs et de fonctionnaires. Cet appareil, qui sert à enregistrer le volume des jus et permet de contrôler les densités relevées par les agents de l'administration, est simple et pratique: il rend vaines les tentatives malhonnêtes qui seraient faites pour frustrer le trésor; et, ce qui est plus important, il empêche absolument la complicité éventuelle des employés chargés de la surveillance. || Le mesureur compteur a fonctionné dans toutes les fabriques Belges pendant la campagne 1887—1888, et il a répondu à ce que l'on attendait de lui. Le Gouvernement Belge serait tout disposé à soumettre cet engin à l'inspection des Délégués étrangers qui pourraient douter de son efficacité. || Le facteur fraude étant écarté, et le chiffre de la consommation réelle étant admis comme il est dit ci-dessus, il avait paru au Gouvernement Belge qu'il abolirait totalement les primes actuelles en augmentant la prise en charge de deux quinzèmes ou d'environ 14 pour cent.

Nouvelles Concessions de la Belgique. || Une observation plus sérieuse que les autres pourrait cependant être faite au système Belge. || On pourrait, en effet, prétendre avec raison qu'une fois la prise en charge de 1,700 grammes établie, les fabricants chercheront à la dépasser par une amélioration de la qualité de leurs betteraves et arriveront ainsi à réaliser de nouvelles primes. || Pour écarter ce grief, et en vue de faciliter par tous les moyens en son pouvoir une intente internationale, le Gouvernement Belge, sur les instances du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, a décidé de faire encore de concessions plus larges, tant sous le rapport du taux de la prise en charge que sous celui du montant des droits. Après une nouvelle étude de la question, il est disposé à modifier de la manière suivante les propositions de ses Délégués à la Conférence de Londres: || La prise en charge dans les fabriques de sucre de betterave, élevée d'abord de 1,500 à 1,700 grammes, serait portée à 1,750 grammes après deux campagnes et à 1,775 grammes après quatre, non compris l'augmentation de 6 ou de 8 pour cent selon qu'on emploie l'osmose ou la séparation pour l'extraction du sucre des mélasses.

Il en résulterait qu'en cas d'extraction du sucre des mélasses pour l'osmose ou la séparation la prise en charge serait, savoir: — || (a.) Au moment de la mise en vigueur de la Convention de 1,802 et 1,836 grammes; || (b.) Après deux ans de 1,855 et 1,890 grammes; || (c.) Après quatre ans de 1,881 et 1,917 grammes. || La Belgique consentirait même à ce que la prise en charge

initiale fût portée à 1,750 grammes dès la mise en vigueur de la Convention, si l'interdiction de maintenir ou d'établir, entre les Contractantes, les surtaxes dont il est parlé plus loin était stipulée dans la Convention¹⁾.

Quant au taux du droit, il serait abaissé à 23 fr. par 100 kilog. de sucre brut, soit à la moitié du taux actuel.²⁾ || En outre les concessions faites sur d'autres points dans le Projet de Convention signé à Paris le 8 Mars, 1877, seraient reproduites. || D'après ce qui précède, l'Article III du Projet de Convention annexé au Protocole signé à Londres le 19 Décembre dernier serait remplacé par les dispositions ci-après.

Le régime établi en Belgique sera conservé, sauf les modifications suivantes: — || 1. La quotité de l'impôt sera ramenée de 45 francs à 23 francs par 100 kilog. de sucre brut de deuxième classe, à partir de la mise en vigueur de la présente Convention. || 2. La prise en charge initiale des fabriques abonnées sera portée de 1,500 à 1,700 grammes au minimum, à partir de la mise en vigueur de la Convention, et après deux et quatre ans elle sera élevée respectivement à 1,750 et à 1,775 grammes.³⁾ || 3. Les rendements obligatoires en sucres raffinés des 1^{re}, 2^e, 3^e et 4^e classes des sucres bruts seront respectivement fixés à 94, 90, 81 et 72 pour cent. || 4. Pour l'exportation des sucres bruts indigènes de la classe supérieure au rendement de 98 pour cent et des trois classes suivantes les types seront formés d'après la nuance des numéros 20, 17, 12, et 8 de la série Hollandaise. || 5. La saccharimétrie serait appliqué à la vérification des sucres, pour contrôler ou pour remplacer les types, soit à l'importation, soit à l'exportation, si la nécessité en était démontrée. || 6. Il est entendu que les drawbacks ne pourront excéder les droits de douane ou d'accise dont les produits sont grevés.

La Belgique n'accordant pas la décharge des droits en cas d'exportation des glucoses, l'Article II du Projet de Convention ne peut s'appliquer aux fabriques de ces produits établies chez elle. || Par les concessions qui précèdent le Gouvernement Belge donne aux différentes Puissances représentées à la Conférence des garanties absolues de son désir d'arriver à une entente. Il ne peut d'ailleurs qu'adhérer pleinement aux paroles suivantes prononcées le 19 Dé-

¹⁾ Il n'échappera pas que l'augmentation de 50 grammes ou $\frac{1}{2}$ quinzième de la prise en charge actuelle de 1,500 grammes, correspondant, sur une production moyenne de 90,000,000 kilog., à 3,000,000 kilog., porterait la consommation légale à 6 kilog. par tête.

²⁾ On verra plus loin que le rendement de la seconde classe de sucre, à laquelle correspond la prise en charge de 1,700 grammes, serait porté de 88 à 90 pour cent. Or, le droit de 23 fr. sur le sucre à 90 de rendement est l'équivalent du droit de 22 fr. 50 c. sur le sucre à 88. En fixant le nouveau droit à 23 fr. on réduit donc bien de moitié le droit actuel de 45 fr. ($88:90 = \frac{45}{2}:23$).

³⁾ Dans le cas où toute surtaxe serait supprimée entre les Pays Contractants le No. 2 serait formulé comme il suit: „2. La prise en charge initiale des fabriques abonnées sera portée de 1,500 à 1,750 grammes, à partir de la mise en vigueur de la Convention, et après quatre ans à 1,775 grammes.”

Nr. 0631.
Konferenz-
Staaten.

cembre, 1887 à Londres par l'honorable Président de la Conférence actuelle, le Baron H. de Worms: — || "Nous laissons à chaque pays la responsabilité de déterminer selon les besoins de ses industriels, et selon ses habitudes administratives, quelles sont les dispositions législatives qui assureront le fonctionnement régulier des systèmes d'impôt que décrètera la Convention. || "Cette responsabilité individuelle de chaque état est la meilleure de toutes les garanties. Tous les Gouvernements ont résolu, soyons en convaincus, de faire disparaître la prime; ils le désirent sincèrement — voilà la vraie base de l'Union."

La Belgique accepte, pour sa part, pleinement cette responsabilité. Elle est convaincue que par son système, exclusif de toute fraude, et grâce aux concessions extrêmement larges auxquelles elle consent, elle fera disparaître plus complètement les avantages dont jouissent actuellement ses fabricants et ses raffineurs, qu'elle ne pourrait le faire en adoptant l'impôt sur les quantités produites, lequel perd toute sa valeur si parmi les agents chargés de la surveillance il s'en trouve sur la fidélité desquels on ne peut compter d'une manière absolue.

Surtaxes. || En ce qui concerne les surtaxes, c'est-à-dire les suppléments de droits perçus sur les sucres importés au delà des droits établis sur les sucres indigènes, le Gouvernement Belge considère leur suppression, ou tout au moins l'interdiction de les augmenter, comme une conséquence nécessaire et inévitable du régime conventionnel, si l'on ne veut pas que les primes, dont tous les pays représentés sont d'accord pour désirer l'abolition, renaissent indirectement sous une autre forme.

Interprétation des Traités de Commerce. || Dans le cas où une Convention sur les sucres serait conclue sans le concours d'un ou plusieurs pays jouissant du traitement de la nation la plus favorisée une ou plusieurs Puissances ayant signé la Convention seraient-elles autorisées à frapper les sucres provenant des dits pays d'une taxe ou d'un droit compensateur qui ne serait point applicable aux sucres provenant des Puissances ayant adhéré à la Convention? || Le Gouvernement Belge est d'avis que le bénéfice de tous les dégrèvements ou avantages douaniers quelconques concédés par un pays à un autre doit être acquis de plein droit à toutes les nations jouissant dans le premier pays du traitement de la nation la plus favorisée. || Cette thèse a toujours été énergiquement défendue par la Belgique chaque fois qu'un Gouvernement étranger a semblé vouloir y porter atteinte. || Si d'autres pays ne donnaient pas la même portée à la clause dont il s'agit, on aurait à apprécier les considérations par lesquelles ils justifieraient leur opinion.

Mise en Vigueur de la Convention. || Si une Convention était conclue, le Gouvernement Belge est d'avis qu'on ne peut songer à la mettre en vigueur avant la campagne 1889—90, c'est-à-dire avant le 1^{er} Juillet, 1889. Ce délai est indispensable à cause des marchés conclus par les fabricants pour l'achat des betteraves. Il serait d'ailleurs impossible que les diverses forma-

lités qui doivent éventuellement précéder l'application de cet acte international fussent remplies avant le 1^{er} Juillet 1888, et dans aucun cas une campagne ne peut être scindée. || Bruxelles, le 30 Janvier 1888.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Annexes

au Rapport du Gouvernement Belge sur les Propositions qu'il fait aux Gouvernements représentés à la Conférence de Londres, en vue de la Suppression des Primes à l'Exportation des Sucres.

Annexe (A).*) || Montant de la Consommation du Sucre en Belgique.

“L'argument sur lequel on s'appuie sans cesse”, disait le Second Délégué Belge dans la première séance, “c'est que, tandis qu'en France et dans les Pays-Bas la consommation légale du sucre atteint 7 à 8 kilog. par tête, et va même jusqu'à 24 kilog. en Angleterre, il est impossible qu'en Belgique, pays riche et prospère, elle ne dépasse pas notablement 3 à 3½ kilog., chiffre accusé par la statistique officielle. Rien n'est cependant plus naturel, et non-seulement l'infériorité relative de la consommation du sucre en Belgique s'explique par des faits indéniables, mais encore il est inadmissible que la consommation effective puisse excéder de plus d'un kilogramme le chiffre indiqué ci-dessus. || “Il est à remarquer, et c'est un fait dont on ne tient jamais suffisamment compte, qu'en Belgique, pays sans colonies, le sucre était autrefois une objet de consommation de luxe absolument réservé aux classes riches. Dans les campagnes ce condiment était complètement inconnu. On le remplaçait par toute espèce de sirops de racines et de fruits, et l'usage de ces sirops n'a pas cessé d'être tellement répandu qu'on en compte encore aujourd'hui 190 à 200 fabriques dans le pays.

“D'un autre côté, la fabrication des conserves sucrées et des liqueurs douces, qui absorbe des quantités considérables de sucre, dans le midi de la France notamment, de même que la consommation du thé, qui développe celle du sucre en Hollande et en Angleterre, n'existent, pour ainsi dire, pas en Belgique, où la boisson la plus répandue et la bière. Est-il étonnant, dès lors, que la consommation du sucre soit moins élevée en Belgique que dans les trois autres pays associés? || “Come je l'ai déjà dit”, ajoutait M. Guillaume, “il est inadmissible que cette consommation excède, en Belgique, 4 à 4½ kilog. par habitant. Il suffit, pour le prouver, de se reporter à l'époque où nous n'avions pas de fabrique de sucre de betterave. On connaissait alors exactement la quantité de sucre qui entrait dans le pays et celle qui en sortait, et, par conséquent, la quantité qui restait pour la consommation; or, si l'on prend la

*) Extrait des Procès-verbaux de la Conférence Internationale tenue à Paris en 1873 (1^{re} Séance).

Nr. 9631. première période décennale de la statistique officielle, c'est-à-dire de 1831 à 1840, on constate qu'il y a quarante ans la moyenne des importations annuelles de sucre brut n'atteignait pas 19,000,000 kilog.; l'exportation du sucre raffiné, mélis et candi, dépassait 7,000,000 kilog. Il restait donc à peine, pour la consommation intérieure de la Belgique et de la population des parties cédées du Limbourg et du Luxembourg, 12,000,000 kilog., qui comprenaient 2,000,000 kilog. au moins de sirop provenant du raffinage des 19,000,000 kilog. de sucre brut importé. Cela fait un peu plus de 2 kilog. de sucre par habitant, c'est-à-dire la moitié de ce que le Gouvernement Belge admet aujourd'hui, soit 4 à 4¹/₄ kilog.

“Il y a lieu de remarquer, d'autre part, qu'en Angleterre la consommation moyenne du sucre était, pour la même période (1831—1840), de 17 livres par tête. En 1860, c'est-à-dire trente ans après, alors que les droits avaient successivement été réduits de près de 50 pour cent (de 60 à 36 fr. par 100 kilog.), la consommation du sucre avait seulement doublé: elle était de 34 livres en 1860. || “Qu'y a-t-il de surprenant, dès lors, qu'en Belgique, où les droits sont restés les mêmes, la consommation n'ait doublé qu'après quarante ans? De bonne foi, est-il possible de prétendre que dans un pays où les droits sur le sucre restent depuis quarante ans au taux élevé de 45 fr. les 100 kilog. la consommation ait dû s'élever davantage qu'après trente ans dans un pays où les droits ont été diminués de près de 50 pour cent, précisément en vue d'augmenter la consommation? || “Il semble que ce simple rapprochement doive faire disparaître toutes les exagérations qui se sont produites dans ces derniers temps sur ce point.”

Annexe (B). || Motifs de l'Opinion de M. Dumont sur le chiffre de la Consommation.

“Les excédants de fabrication sont beaucoup moins considérables que M. le Président le suppose et ils sont partagés entre les consommateurs et les producteurs. Il est certain que la consommation du sucre n'atteint pas en Belgique 6 kilog. par habitant; elle ne dépasse pas 5 kilog. J'ai pu m'assurer que cette consommation est à peu près nulle parmi les ouvriers des campagnes; j'ai consulté à ce sujet plus de quinze chefs de famille; ils ne consomment du sucre ni avec le café ni dans aucun mets. Ils n'en achètent un peu qu'à la fête du village et dans quelques grandes circonstances. Les malades seuls font usage de sucre. D'après les renseignements que j'ai recueillis, on ne peut évaluer la consommation de cette catégorie de personne à plus d'un kilogramme par tête et par an. On peut, je pense, estimer à 2,000,000 le nombre d'habitants des campagnes qui sont dans ce cas; en attribuant au reste de la population (3,600,000 habitants) une consommation de 7 kilog. par tête, on arrive à un chiffre total de 27,000,000 ou 28,000,000 kilog. Il est aisé d'expliquer que l'usage du sucre est moins répandu en Belgique qu'en Allemagne. Le droit

d'accise y est moitié moins élevé que chez nous, et on sait que les Allemands consomment beaucoup de mets sucrés, de compotes etc.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Memorandum de l'Entretien qui a eu lieu entre Son Excellence M. Beernaert, Président du Conseil des Ministres, et le Baron de Worms, à Bruxelles, le 24 Janvier 1888. — Communiqué par M. le Baron de Worms.

1. En vue de la déclaration du Gouvernement Belge qu'il ne pourrait adopter l'exercice, et du refus des autres Puissances d'accepter le système d'équivalents proposé par la Belgique, le Baron de Worms a déclaré que le seul moyen qui pourrait fournir une garantie absolument efficace pour la suppression des primes serait d'abolir l'impôt sur les sucres. || 2. Dans le cas où la Belgique consentirait à supprimer cet impôt, le Baron de Worms a admis qu'elle aurait le droit de demander aux autres Puissances des garanties contre la possibilité de fraude que le système d'exercice pourrait toujours fournir, et contre le danger pour la Belgique de se trouver ainsi dans une position désavantageuse vis-à-vis des autres Puissances dans le marché sucrier international.

Pour satisfaire aux exigences de la Belgique sur ce point, le Baron de Worms a suggéré: — || (a.) L'établissement d'un Bureau International de Statistique;

(b) Un contrôle plus sévère d'après lequel un système automatique, pareil à celui employé en Belgique, pourrait être greffé sur le système d'exercice. ||

3. En réponse à l'objection soulevée par le Gouvernement Belgique à l'égard des surtaxes, le Baron de Worms a suggéré que la difficulté pourrait être surmontée par une proposition émanant ou de la Belgique ou des Pays-Bas, invitant les Puissances Contractantes à former une "Union Sucrière" (Zollverein), ce qui aurait l'effet désiré. Tout en exprimant son opinion que le Gouvernement Anglais s'associerait à un pareil arrangement, il ne pouvait que se servir du même langage à cet égard qu'il avait tenu à la Conférence, lorsque cette question a été soulevée; c'est-à-dire: que l'Angleterre, étant un pays libre-échangeiste, doit nécessairement se prononcer en faveur du principe d'un pareil arrangement, mais ne pourrait pas en dicter l'adoption aux autres Puissances.

M. Beernaert a répondu que la Belgique a les mêmes vues que l'Angleterre. Elle désire l'abolition des primes d'exportation, et on sait que c'est à son initiative que les premières tentatives ont été faites en ce sens. Mais il y a plusieurs moyens d'atteindre ce but, et personne n'en a mieux établi la possibilité que M. le Baron de Worms lui-même. Tandis que les autres pays producteurs y arriveront par l'établissement du travail en entrepôt, dans le mesure qu'ils réussiront à empêcher la fraude, la Belgique a la conviction qu'elle réaliserait le même résultat par la réduction de l'impôt combinée avec l'augmentation de la prise en charge. || Grâce aux appareils automatiques établis dans les usines, la quantité de jus obtenu et sa densité sont mathématiquement établies, et il est aisé de déterminer quelle est en moyenne la quantité de

Nr. 9681.
Konferenz-
Staaten.

sucre extraite de ce jus. Le chiffre proposé quant à la prise en charge pourrait être ultérieurement relevé, et la Belgique est prête à soutenir sur ces divers points une discussion contradictoire. En attendant la prochaine réunion de la Conférence, l'administration rédige un Mémoire qui sera incessamment remis au Gouvernement Anglais. || S'il résulte de l'examen des faits que le système proposé par la Belgique a pour conséquence la suppression des primes, il semble impossible que ses propositions ne soient pas admises par la Conférence. Jusqu'ici les déclarations des Délégués de la Belgique à ce point n'ont fait l'objet que de réserves basées notamment sur le défaut de pouvoirs. || Si, à la prochaine réunion, nos Délégués ne parvenaient pas à faire partager leur conviction à cet égard, nous aurions à voir à quel parti nous devrions nous arrêter; mais il ne se concevrait pas que l'on demandât à la Belgique de renoncer à l'impôt du sucre en supprimant ainsi une recette importante pour le Trésor, et en arrivant, quant à la suppression des primes, jusqu'à l'idéal, si on n'admettait en même temps la suppression de toutes surtaxes entre les États Contractants, et en imposant des mesures propres à reprimer les fraudes nombreuses que l'exercice rend possible. || 4. M. Beernaert fait encore remarquer: (a.) que la question de l'abolition des surtaxes est déjà soulevée et que la Conférence aura nécessairement à en aborder de nouveau l'examen; (b.) que si l'on admet, comme il l'espère, que les propositions de la Belgique équivalent, au point de vue de la suppression des primes, à l'établissement de l'exercice, elle est également fondée dans ce cas à réclamer des garanties contre la possibilité de la fraude dans les autres pays contractants. || Le Baron de Worms a répondu que, quant à ce dernier point, des vues analogues avaient déjà été exprimées dans un document rédigé par les Délégués Espagnols. (Voir procès-verbal de la cinquième séance.) || Il y saurait néanmoins des difficultés, du point de vue des Traités, à faire respecter une clause pénale par les pays non-contractants, mais il reconnaissait parfaitement la nécessité de faire appliquer cette clause aux Puissances signataires de la Convention qui en contreviendraient les provisions; et, dans son opinion, dans le cas où la Belgique abolirait ses impôts et, par ce fait même, supprimerait entièrement ses primes, elle serait, de toutes les Puissances, la mieux-qualifiée pour proposer une pareille clause. || Le Baron de Worms croyait que, sur ce point, il aurait l'appui du Gouvernement de Sa Majesté Britannique.

Brasiliën.

1. Minister des Auswärtigen.

(Traduction.)

Rio de Janeiro, le 19 Mars, 1888.

M. le Baron de Cotegipe, en accusant réception de la note que l'honorable Mr. Hugh Gough, Chargé d'Affaires de la Grande-Bretagne, lui adressa le 21 Janvier, avait promis de répondre sur la matière de la note en question,

c'est-à-dire, au sujet de l'ouverture, à Londres, de 5 Avril, de la nouvelle Conférence sur l'industrie des sucres. || J'ai l'honneur de remplir la promesse ainsi faite, tout en regrettant de ne pas être à même de satisfaire en tous points les désirs exprimés par le Gouvernement Britannique. || Des circonstances qui ne dépendent pas de la volonté du Gouvernement Impérial l'empêchent d'avoir le plaisir de se faire représenter à cette Conférence; mais, reconnaissant l'importance des questions que la Conférence est appelée à étudier et à résoudre, il n'hésitera pas à adhérer, après examen préalable, à la Convention qui doit être conclue, si, toutefois, cette faculté lui est réservée. ||

J'ai autorisé, par télégraphe, M. le Baron de Pénédo de porter cette décision à la connaissance du Gouvernement de Sa Majesté Britannique; ainsi ce dernier en sera informé bien avant le 5 Avril. || Je saisis, etc.

Rodrigo A. da Silva.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

2. Ges. in London an den Marquis v. Salisbury.

M. le Marquis,

Londres, le 24 Mars 1888.

Le Gouvernement Impérial me charge de vous informer qu'à son regret il ne peut envoyer un Délégué pour le représenter à la prochaine reprise de la Conférence sur le régime des sucres. || Je dois en même temps faire savoir à votre Excellence que le Gouvernement Impérial désirerait adhérer à la Convention après avoir connaissance de l'accord définitif des États qui l'auront ratifiée, si toutefois il lui serait encore permis de notifier son adhésion. || Veuillez, etc.

Penedo.

Dänemark.

Min. d. Ausw. an Sir E. Monson.

M. le Chevalier,

Copenhague, le 28 Février, 1888.

J'ai eu l'honneur de recevoir les trois notes que vous avez bien voulu m'adresser en date du 4 et du 10 Janvier dernier relativement à la Conférence Internationale sur le Régime des Sucres, ainsi que leur annexes, à savoir un Rapport des Délégués de la Grande-Bretagne à la Conférence et un nombre d'exemplaires des procès-verbaux des séances; et, pour donner suite aux désirs exprimés dans les dites notes, j'ai l'honneur de vous faire parvenir les déclarations et les renseignements qui suivent. || Le Gouvernement du Roi n'hésite pas à donner son adhésion entière aux intentions du Projet de Convention tendant à assurer la suppression totale des primes à l'exportation des sucres.

Pour ce qui concerne les fabriques de sucre de betteraves, nous avons déjà appliqué ici sur tous les points le système de fabrication sous l'exercice et celui d'imposition sur la production effective, de sorte que l'impôt ne frappe les sucres produits qu'à leur sortie des fabriques pour être livrés à la consommation. Actuellement la loi du 1^{er} Avril accorde bien aux fabriques de

Nr. 9631.
Konferenz-
Statuten.

sucre à l'exportation une restitution des droits payés, et pour certains sucres, jusqu'au 31 Mars 1888, une bonification ultérieure de trois-quarts òre par livre; mais le Gouvernement du Roi tâchera de faire supprimer la première de ces faveurs et s'abstiendra des démarches tendantes à la prolongation de l'autre au delà du terme fixé par la loi. Pour ce qui regarde les raffineries qui n'ont à payer jusqu'ici que l'impôt ou les droits douaniers sur le sucre brut, mais qui possèdent légalement un droit d'obtenir à l'exportation des sucres raffinés une décharge fixée d'après la proportion entre le poids du sucre brut et celui du sucre raffiné, le Gouvernement du Roi hésite à adopter un système d'imposition entièrement nouveau, savoir l'impôt sur le produit fabriqué, ce qui nécessiterait le raffinage à l'entrepôt ou sous l'exercice; mais, comme l'exportation des raffineries n'a en somme que peu d'importance, il est disposé à faire des démarches pour l'abolition du dit droit, de sorte que les raffineries n'obtiennent à l'exportation aucune décharge excepté pour les mélasses, qui recevront à l'exportation une décharge équivalente au droit douanier. Toutefois le Gouvernement du Roi se réserve, en cas que l'exportation augmente et que la question prenne par suite un plus grand intérêt pratique, la faculté d'adopter le système de raffinage à l'entrepôt ou sous l'exercice. || Comme on a discuté la question de savoir s'il faut, ou non, éventuellement jusqu'à quel point, employer la saccharimétrie et spécialement la méthode Française pour l'imposition sur les sucres, le Gouvernement du Roi fait observer qu'on n'a pas cru utile d'adopter ce procédé chez nous. || Pour les Colonies le Danemark pourra également adhérer au Projet de Convention, le régime actuellement appliqué dans les Antilles Danoises au sujet de l'impôt sur les sucres, et sur lequel vous trouverez ci-joint des renseignements détaillés, étant entièrement d'accord avec les conditions fixées dans l'Article IV du Projet pour l'admission à la Convention; et, tant s'en faut qu'on admette sous une forme quelconque des primes d'exportation, qu'au contraire une des formes sous lesquelles l'impôt sur la production des sucres est établi est un droit sur la valeur des sucres exportés. || A la Conférence on a du côté Hollandais et Belge soulevé la question de l'utilité d'une disposition supprimant la surtaxe, c'est-à-dire, la différence établie entre l'impôt prélevé sur les sucres de fabrication nationale ou provenant des Colonies du pays et les droits d'importation dont sont frappés les sucres d'origine étrangère, ou en tout cas d'une défense contre l'imposition d'une nouvelle surtaxe sur les sucres importés des Pays Contractants et contre la majoration des surtaxes actuelles; mais sous ce rapport le Gouvernement du Roi ne prendra aucun engagement, voulant garder sa liberté de maintenir ou adopter des mesures ayant pour but de réserver le marché du pays à la production nationale. || Quant à la question soulevée à la Conférence par les Délégués Espagnols, celle de savoir s'il ne résulte pas des dispositions des traités de commerce relatives au traitement de la nation la plus favorisée que l'importation d'une marchandise qui reçoit des primes à l'exportation du pays d'origine soit frappée d'une surtaxe, le Gouvernement du Roi ne saurait re-

connaître la justesse de cette allégation. || Pour ce qui concerne enfin le terme d'entrée en vigueur de la Convention éventuelle, je vous ferai observer que ce terme à cause des lois en vigueur ne pourra être fixé par le Danemark en aucun cas à moins de six mois à partir de la publication de la Convention conclue. || En vous priant de vouloir bien porter ce qui précède à la connaissance de votre Gouvernement, je saisis, etc. Rosenörn-Lehn.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Annexe.

La production du sucre dans les Antilles Danoises n'est pas comme telle frappée d'un impôt direct ni soumise à une surveillance. Mais la circonstance que la culture de la canne à sucre est tout à fait prédominante dans l'île de Sainte-Croix, et y constitue l'emploi le plus rémunérateur de la terre cultivée, conjointement avec l'absence d'un cadastre proprement dit, a eu pour résultat que, dans l'établissement de certains impôts qui pèsent sur la terre, on a tout particulièrement tenu compte de l'étendue et du produit de la culture de la canne à sucre, comme le montre ce qui suit: — || 1. L'impôt établi par l'Ordonnance du 29 Décembre 1862, section 3, est calculé à raison de 36 cents pour chaque acre employée à la culture de la canne à sucre (sans considérer si elle donne cette année là une récolte ou si on la laisse reposer); mais le montant de cet impôt ainsi calculé est réparti entre les différents plantages proportionnellement au produit de la récolte dans chacun d'eux pendant l'année écoulée. Pour la terre qui n'est pas cultivée en cannes à sucre l'impôt est de $13\frac{1}{3}$ cents par acre. || 2. L'impôt dit nouveau est perçu dans les districts ruraux à raison de 16 cents par acre cultivée en cannes à sucre. || 3. Le sucre paie un droit d'exportation de 5 pour cent, et la mélasse (ainsi que le rhum) de 3 pour cent, calculé sur les prix du marché, qui sont fixés sous l'approbation de l'autorité par une Commission Spéciale. D'après les règles en vigueur, ce droit est double lorsque l'exportation se fait par des navires étrangers, qui ne sont pas traités sur le même pied que les navires Danois; mais, comme il peut dans les différents cas être fait des exceptions à cette règle, ce droit plus élevé est en réalité sans grande importance. Bien que le droit d'exportation soit ainsi calculé et perçu sur le sucre fabriqué, ce n'est pas, à proprement parler, un impôt sur la production, car tout le sucre (et les produits secondaires) qui se consomme dans l'île en est affranchi; le droit d'exportation doit, au contraire, être considéré comme une forme particulière d'un équivalent de l'impôt sur la terre, sur le profit qu'on en tire, et l'usage qu'on en fait, correspondant aux deux premiers impôts ci-dessus mentionnés; et il est même l'impôt le plus fort que paie la terre cultivée en cannes à sucre, car en 1882, par exemple, il correspondait en moyenne à 2 dol. 85 c., et en 1886 (avec les bas prix du sucre) 1 dol. 80 c. par acre. || 4. Enfin, il faut encore rapporter à cette catégorie l'impôt dit des absents, qui est un impôt purement personnel, car il frappe les propriétaires des plantages et des mai-

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

sons dans les villes lorsqu'ils séjournent pendant un certain temps ailleurs qu'aux Antilles Danoises ou dans la mère patrie. Nous mentionnons ici cet impôt parceque, pour les plantages dont les propriétaires sont absents, il s'élève à 5 pour cent de la valeur brute de leur récolte en sucre. || Pour Saint-Thomas et Saint-Jan il a été établi un impôt de 64 cents par acre cultivée en cannes à sucre, ainsi qu'un droit d'exportation de 5 pour cent de la valeur sur le sucre produit dans ces îles, et de $1\frac{1}{3}$ cents par gallon sur le rhum et la mélasse; mais la production du sucre à Saint-Thomas et à Saint-Jan est insignifiante, et ne suffit pas même à leur consommation. Il n'a pas, pendant plusieurs années, été perçu de droit d'exportation. || Le droit d'importation à Sainte-Croix est de $12\frac{1}{2}$ pour cent de la valeur du sucre importé — ce qui est le droit de douane ordinaire pour toutes les marchandises pour lesquelles ce droit n'est pas par exception fixé d'une autre manière — et à Saint-Thomas de 2 pour cent de la valeur du sucre (également le droit ordinaire), et la ré-exportation, on ne rembourse, dans aucune des îles, rien des droits payés à l'importation. Dans chacune des îles le sucre (et les produits secondaires) produit dans une des autres Antilles Danoises entre franc de droits. || A Sainte-Croix l'importation du sucre est des plus insignifiantes, et se réduit, pour ainsi dire, au sucre raffiné qui se consomme dans l'île; pour les sept dernières années elle ne s'est en moyenne élevée qu'à 2,000 dollars par an. || A Saint-Thomas l'importation est beaucoup plus considérable, et comprend du sucre brut et du sucre raffiné, la plus grande partie étant destinée à la réexportation; dans les sept dernières années elle s'est en moyenne élevée à 58,000 dollars par an.

Spanien.

1. Staatsmin. an grossbrit. Botsch. in Madrid.

(Traduction.)

M. l'Ambassadeur,

Madrid, le 28. Février, 1888.

En réponse aux notes de votre Excellence du 11 Janvier, j'ai l'honneur de vous faire savoir que le Gouvernement du Roi accepte en principe le Projet de Convention élaboré par la Conférence Internationale tenue à Londres sur la question des sucres, lequel Projet est annexé au Protocole du 19 Décembre, 1887. || J'ai, etc.

S. Moret.

2. Staatsmin. an grossbrit. Botsch. in Madrid.

(Traduction.)

M. l'Ambassadeur,

Ministère d'Etat, le 16 Mars, 1888.

En réponse à la note de votre Excellence du 29 du mois dernier, et pour compléter les informations que je vous avais communiquées par ma note du 28 du mois dernier, relativement à la Conférence Internationale sur le régime des sucres, j'ai l'honneur de vous faire savoir que M. le Ministre des Finances

et M. le Ministre des Colonies ne voient ni obstacle ni objection qui empêcheraient le Gouvernement du Roi d'accepter le Protocole du 19 Décembre et d'adopter le système polarimétrique comme base d'impôt. || Le Gouvernement du Roi est en outre prêt à proposer aux Cortès les mesures qui mettraient la législation de la Péninsule et des Colonies en harmonie avec les bases posées par la Conférence, afin que les dispositions adoptées par cette dernière soient mises en vigueur sitôt après la ratification de la Convention. || En vous priant de porter ce qui précède à la connaissance de votre Gouvernement, j'ai, etc.

S. Moret.

Nr. 9681.
Konferenz-
Staaten.

3. Staatsmin. an grossbrit. Botsch. in Madrid.

(Traduction.)

M. l'Ambassadeur,

Ministère d'Etat, le 21 Mars, 1888.

En réponse à la note de votre Excellence du 18 du mois courant, relativement à la Conférence pour la suppression des primes sur le sucre, j'ai l'honneur de vous accuser réception des documents que vous avez bien voulu me transmettre, et de prendre acte de l'opinion favorable que Lord Salisbury a formée sur le résultat de la Conférence. || Les Délégués Espagnols recevront instruction de ce rendre à Londres le 5 du mois prochain, afin de prendre part aux séances de la Conférence. Ils recevront, en outre, avant cette date les pleins pouvoirs qui leurs permettront de signer le Protocole. || Le succès, déjà probable, de la Conférence diminue l'importance des déclarations faites dans le Rapport du Gouvernement Belge, dont une copie est annexée à la note de votre Excellence; mais le Gouvernement de Sa Majesté Catholique désire constater que son interprétation des Traités de Commerce ne s'accorde pas avec celle du Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Belges; pour cette question importante, il désire appeler l'attention sur la proposition soumise à Conférence par les Délégués Espagnols relativement à l'interprétation que l'on doit, dans l'opinion du Gouvernement de Sa Majesté Catholique, donner à la clause dite de la nation la plus favoisée. || J'ai, etc.

S. Moret.

4. Königl. Dekret betr. die Vorlage eines Zuckergesetzentwurfs an die Cortes.

(Traduction.)

Conformément à ce qu'a proposé le Ministre des Finances, et d'accord avec le Conseil des Ministres; au nom de mon auguste Fils, le Roi Don Alphonse XIII, et en ma qualité de Reine-Régente du Royaume: || J'autorise le Ministre des Finances à présenter aux Cortes un Projet de Loi pour la suppression des primes accordées à l'exportation du sucre. || Donné au Palais ce 3 du mois d'Avril de l'an 1888.

Maria Cristina.

Le Ministre des Finances, Joaquin Lopez Puigcerver.

Nr. 5631.
Konferenz-
Staaten.

Aux Cortes.

En signant le Protocole du 19 Décembre dernier, rédigé par la Conférence Sucrière de Londres, le Gouvernement de Sa Majesté s'engagea à modifier les parties de la législation Espagnole qui se trouveraient en contradiction avec les conclusions adoptées à la dite Conférence; et, vu que le but principal de la Conférence est la suppression des primes, directes et indirectes, accordées actuellement au sucre lors de son exportation, et la création d'une base commune pour les taxes intérieures qui frappent le raffinage, le Gouvernement a l'honneur de proposer aux Cortes d'abroger les dispositions de la législation Espagnole qui sont en contradiction avec les principes en question.

Pour ces motifs, le Ministre soussigné a l'honneur de soumettre au Congrès des Députés le Projet de Loi qui suite.

Projet de Loi.

Article 1^{er}. Sont abrogés: — || (1.) La première base de la Loi du 17 Juillet, 1849, en tant qu'elle se rapporte aux primes d'exportation accordées aux sucres raffinés. || (2.) L'Article VII du Décret du 12 Juillet, 1869. || (3.) L'Article III de la Loi du 22 Juin, 1880. || (4.) Les paragraphes 1, 2, et 3 de la clause 13 du Tarif Douanier; et || (5.) Le premier paragraphe de l'Article XIII de la Loi du Budget du 29 Juin, 1887. || Article II. Il ne sera accordé dorénavant ni primes ni restitution de droits, de quelque sorte que ce soit, sur les sucres exportés à l'étranger. || Le Ministre des Finances, || Joaquin Lopez Puigecerver. || Madrid, le 3 Avril, 1888.

Frankreich.

Note.

Le projet ci-joint a été préparé par l'Administration Française pour satisfaire au vœu exprimé par le Protocole de la Conférence de Londres sur le régime des sucres, aux termes duquel chaque Gouvernement représenté devait communiquer "un projet indiquant les bases d'application du système de l'impôt sur les quantités produites, etc. || En présentant le projet ci-annexé, qui assurerait la suppression des primes, on doit ajouter que, dans la pensée du Gouvernement Français, il est indispensable que la Convention projetée ait l'adhésion de tous les pays producteurs ou raffineurs de sucres, quelle que soit l'origine de ces sucres. || D'autre part, l'arrangement à intervenir doit reposer, autant que faire se pourra, sur la base de l'identité de système dans tous les Pays Contractants, et il va de soi que tous les États Contractants demeureront ou se placeront dans une égalité complète par la constatation effective, intégrale, de la production; il devra, de plus, être entendu que la Convention future ne portera aucune atteinte à la faculté que chacun des États Contractants se réserverait de fixer, suivant ses intérêts, la quotité de l'impôt in-

térieur ou des droits de douane sur le sucre indigène et sur les sucres des Colonies et de l'étranger. || Pour la suppression des primes, le projet ci-joint offre les garanties le plus efficaces. || Avec ce système, qui est emprunté à la Loi Française de 1880, la surveillance du service, énergiquement concentrée sur la production et sur l'importation du sucre, s'oppose à tout détournement; le sucre fabriqué en France et le sucre venu des Colonies ou de l'étranger sont en totalité soumis à l'analyse des laboratoires de l'Administration. Le rendement au raffinage est déterminé avec des garanties très supérieures à celles que pourrait offrir tout autre système, notamment l'exercice des raffineries, s'il devait se borner à des mesures sommaires et sans contrôle. || La seule objection qu'on puisse élever contre la saccharimétrie, c'est que les coefficients que la Loi de 1880 a admis pour les cendres et la glucose, exacts à la date de la Loi, seraient devenus, assure-t-on, trop élevés depuis que les procédés d'extraction du sucre des mélasses se sont généralisés; mais les chimistes les plus autorisés ont été chargés de procéder à une révision des coefficients. Si le résultat de leurs travaux ne pouvait pas être, en temps utile, communiqué à la Conférence, on pourrait recourir, comme cela s'est fait en 1864 quand on a voulu classer les sucres d'après les types, à des expériences internationales qui pourraient se faire sous les yeux des Représentants, des États ou constituer, comme l'a proposé M. Teisserenc de Bort dans les Conférences de 1876, un comité scientifique permanent qui se réunirait périodiquement pour réviser ses coefficients. || Enfin, il est actuellement fait toutes réserves quant à la date d'application de la Convention à intervenir et quant à sa durée. || Mars 1888.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Projet pour l'Application de l'Impôt sur le Produit fabriqué et destiné à la Consommation.

1. A partir du _____, le droit de consommation sur les sucres est perçu, soit à l'importation soit à la sortie des fabriques ou des entrepôts réels, sur la quantité de sucre de raffiné que représentent les sucres de toute espèce et de toute origine importés ou fabriqués en vue de la consommation intérieure. || Les droits sur les glucoses sont perçus sur les quantités fabriquées et livrées à la consommation. || Les mélasses et les glucoses employées à la fabrication d'un produit non-alimentaire — les sucres, mélasses, ou glucosus transformés en un produit passible de taxes spéciales, tel que alcool, vin, bière, etc., peuvent être affranchis, en totalité ou en partie, de l'impôt des sucres. || Les quantités directement exportées des établissements exercés, sous la garantie d'acquits-à-caution, sont affranchis de tout droit. || Les quantités de sucre brut, importées directement des pays hors d'Europe ou fabriquées en vue de l'exportation après raffinage, peuvent être admises temporairement en franchise dans les raffineries non annexées à des fabriques; la franchise définitive de l'impôt n'est acquise que par la justification, dans un

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

délai de deux mois, de l'exportation ou de la mise en entrepôt réel d'une quantité de raffiné correspondante à celle que représentaient les sucres bruts soumissionnés. || Le même régime est applicable aux sucres destinés à la fabrication des chocolats, biscuits, fruits, confits, bonbons, confitures, etc., pour l'exportation. || 2. La perception de l'impôt sur les sucres est assurée. — || (a.) A l'importation par la vérification des chargements, la constatation de la nature des produits, de leur poids brut et net, et de la quantité de raffiné qu'ils représentent; || (b.) Dans l'intérieur des fabriques et des établissements spéciaux où l'on extrait le sucre des mélasses (sucrateries) par une surveillance permanente de jour et de nuit; || (c.) A la sortie des usines par la vérification des chargements, la constatation de la nature des produits, de leur poids brut et net, et de la quantité de raffiné qu'ils représentent; || (d.) En dehors des usines, par des formalités à la circulation. || La perception de l'impôt sur les glucoses est assurée: par l'exercice des fabriques, et, au dehors, par des formalités à la circulation. || La tare applicable aux sucres de toute sorte et de toute origine est la tare réelle. Elle se détermine par la pesée effective d'un certain nombre d'emballages. || C'est, en conséquence, sur le poids net réel que sont perçus les droits afférents aux sucres raffinés ou assimilés aux raffinés, et c'est également le poids net réel des sucres bruts qui sert de base au calcul de la quantité de raffiné qu'ils contiennent. || 3. Dans les fabriques de sucre les principales obligations imposées aux fabricants consistent: dans l'isolement des bâtiments; la limitation du nombre des portes donnant accès dans l'enceinte de l'usine; l'accès pour les employés de tous les ateliers affectés à l'exploitation et des locaux y attenants; la déclaration préalable de mise en activité; la représentation, à première réquisition, de toutes les matières sucrées en la possession des industriels; le grillage des jours et fenêtres, et la fermeture, sous la clé du service, des portes des magasins affectés au dépôt des sucres achevés; la déclaration du nombre et de la capacité des vaisseaux destinés à recevoir des jus et sirops de toute espèce; l'inscription sur un registre ad hoc du volume et de la densité des jus déféqués; l'inscription préalable sur un second registre des sirops à introduire dans le bacs et des sirops qui en seront extraits pour être remis en travail ou tourbinés; la déclaration préalable du poids et de la nature des produits expédiés à toute destination; la fourniture du personnel et du matériel nécessaire pour les vérifications.

Les obligations du service consistent essentiellement: dans la surveillance générale de l'établissement, de jour et de nuit; le contrôle des déclarations imposées aux fabricants; la constatation et la prise en compte des sirops de toute espèce; la surveillance non interrompue des opérations de turbinage; la constatation, la prise en compte, et l'emmagasinement, sous la clé du service, des sucres obtenus; la surveillance des manipulations des sucres en magasin; le recensement des ces sucres à des dates variées; la vérification, par deux employés au moins des quantités expédiées, avec constatation du poids, prélèvement d'échantillons, plombage des colis, et délivrance d'acquits-à-caution. ||

A ces obligations s'ajoutent, dans les fabriques où l'on raffine: — || (a.) Pour le fabricant, l'obligation de déclarer le nombre et le poids de pains mis à l'étuve, ainsi que leur sortie de l'étuve. || (b) Pour le service, l'obligation de contrôler ces déclarations. || 4. Toute soustraction de sirops entraîne une amende et le paiement de droits. || Les manquants au compte de magasin des sucres achevés, lorsqu'ils n'excèdent pas 3 pour cent, sont considérés comme provenant de dessiccation et peuvent être alloués en décharge; au delà de 3 pour cent ils sont imposables; au delà de 6 pour cent ils entraînent une amende; sauf le cas de perte matérielle dûment constatée. || Pour les sucres en pains l'allocation à titre de déchet naturel n'est acquise que s'il n'apparaît pas de différences dans le nombre des pains. || 5. Les établissements où l'on extrait le sucre des mélasses sont placés sous le même régime que les fabriques. || 6. Les seuls produits dont la sortie des fabriques soit autorisée sont les sucres achevés et les mélasses épuisées. || Par mélasses épuisées on entend les résidus liquides de la fabrication qui ne sont plus susceptibles de cristalliser par les procédés ordinaires, qui n'ont pas une richesse saccharine absolue supérieure à pour 50 cent, et dont la densité n'est pas inférieure à 1,383 (40 degrés environ de l'aréomètre Beaumé).

Les mélasses de fabrique ne peuvent être expédiées, en toutes quantités, qu'à destination: — || (a.) Des établissements où l'on extrait le sucre par des procédés particuliers (osmose, traitement par la chaux, la baryte, la strontiane, etc.) et à la sortie desquels le sucre obtenu et soumis aux droits. || (b.) Des distilleries pour y être convertis en alcool. || 7. Sont considérés comme sucres raffinés, pour l'application des droits, les sucres en pains ou agglomérés de toute forme. || Sont assimilés aux raffinés, pour l'acquittement des droits, les sucres en poudre provenant des pays étrangers, et dont la richesse saccharine absolue atteint 99 pour cent. || Les sucres candis sont imposés à raison de 107 kilog. de sucre raffiné par 100 kilog. de candis. || Les sucres en poudres de toute origine non assimilés aux raffinés sont imposés ou admis temporairement pour être exportés après raffinage d'après la quantité de sucre raffiné qu'ils représentent, sans que cette quantité puisse être inférieure à 75 pour cent. || La quantité de raffiné que ces sucres représentent est déterminée par l'analyse saccharimétrique, sous les réactions ci-après: — || De la notation au polarimètre on déduit d'abord fois le poids des cendres solubles et fois le poids du sucre inverti. || Cette première réfaction opérée, on multiplie le poids effectif des sucres à imposer par le rendement brut obtenu, et on fait subir au produit de la multiplication une nouvelle réfaction de à titre de déchet de raffinage. || Les fractions de degré ou de kilogramme sont négligées dans le calcul. || Pour les vergeoises, il n'est pas fait d'autre déduction que celle des cendres. || 8. Les sucres candis présentés pour l'exportation, à l'apurement des comptes d'admission temporaire, doivent être en cristaux secs et transparents. Ils sont comptés à raison de 107 kilog. de raffiné pour 100 kilog. de candi. || Les sucres raffinés en pains, ou agglomérés, ou

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

cassés en morceaux réguliers, ne sont comptés pour leur poids total que s'ils sont parfaitement épurés, durs et secs. || Les autres raffinés, les poudres provenant du pilage ou du sciage des pains dans les établissements libres et les vergeoises, sont comptés pour la quantité de sucre raffiné qu'ils représentent. Cette quantité est constatée par l'analyse polarimétrique avec la seule déduction des cendres. || 9. L'analyse des sucres s'opère dans les laboratoires de l'Administration. Dans les fabriques et les sucrateries les échantillons destinés aux analyses sont prélevés par deux employés en présence des industriels, mais en dehors de toute intervention manuelle de leur part. || L'importation des sucres des Colonies et des sucres étrangers, l'exportation et la réexportation des sucres bruts et des sucres raffinés, ne peuvent avoir lieu que par les bureaux de Douane spécialement désignés à cet effet. Toutes ces opérations sont suivies, sous la surveillance et la responsabilité du chef de la visite (Sous-Inspecteur ou Receveur), par un Contrôleur assisté d'un ou de plusieurs préposés du service actif. Pour la formation des échantillons destinés aux laboratoires, tous les colis sont sondés par un préposé, en présence et sous la direction du Contrôleur, qui peut exiger, en outre, l'ouverture totale ou partielle des colis, et même les faire vider. || Il est formé un échantillon distinct pour chacun des lots qui portent des marques différentes, et lorsqu'un même lot comprend plusieurs qualités de sucre il est formé un échantillon distinct pour chaque qualité. || D'autres échantillons sont prélevés en vue de contrôler l'exactitude du premier prélèvement. || Pour doser le sucre cristallisable on pèse 16.19 grammes de sucre, qu'on fait dissoudre dans l'eau avec addition de sous-acétate de plomb et de tannin de manière à former un volume de 100 centim. cubes. Après filtrage, la solution est essayée au polarimètre à pénombre. La notation directe au polarimètre est considérée comme représentant la quotité pour cent de sucre cristallisable contenu dans la matière essayée. || Pour doser le sucre inverti, on se sert de la liqueur cupro-alkaline de Fœhling. Les fractions inférieures à $\frac{1}{2}$ pour cent sont négligées. || L'essai des cendres se fait sur 4 grammes de matière. En cas de contestation sur les résultats de l'analyse les fabricants et les importateurs peuvent réclamer le recours à l'expertise légale. Il est conservé, à cet effet, des duplicatas de l'échantillon primitif.

Note communiquée par les Délégués Français.

Note sur l'Emploi de la Saccharimétrie pour l'Évaluation du Rendement des Sucres Bruts au Raffinage.

La note communiquée à la Conférence Internationale des Sucres, en ce moment réunie à Londres, par M. le Délégué de l'Autriche-Hongrie, n'apporte dans la question du rendement au raffinage aucun élément nouveau. || Tous les arguments qu'elle oppose à l'emploi de la saccharimétrie comme base d'appréciation de ce rendement sont connus; à maintes reprises déjà ils ont été

signalés et ce sont des réponses connues également que nous nous voyons obligés de faire à ces arguments. || Pour présenter ces réponses il convient, croyons-nous, de suivre la note elle-même. || Après avoir rappelé que tous les pays intéressés au commerce du sucre ont en somme adopté, soit pour la perception de l'impôt, soit pour les transactions commerciales, le système saccharimétrique, sans le modifier autrement que par la valeur de coefficient,*) la note émet la pensée que, dans tous les cas, cette méthode est basée sur cette hypothèse que ce sont les sels qui rendent une partie du sucre incristallisable. || L'opinion contraire a été nettement indiquée dans le Rapport à la suite duquel a eu lieu l'adoption en France de la méthode saccharimétrique. Il y est dit expressément que les sels n'ont pas l'influence mélassigène qui leur a été longtemps attribuée, que cette influence appartient surtout aux impuretés organiques dont on ne connaît encore aujourd'hui ni la nature exacte ni le mode de dosage. || Si, après avoir rappelé ces faits, on a proposé de recourir au dosage des cendres, c'est que des expériences répétées avaient établi que dans les mélasses, résidus du raffinage des sucres bruts, les sels et les impuretés organiques se présentaient le plus généralement en quantités sensiblement égales, de telle sorte que, impuissants à doser les impuretés organiques, les chimistes pouvaient cependant en évaluer la proportion par le dosage des sels. || C'est en s'appuyant sur des analyses nombreuses, sur celles de Dubrunfant notamment, que l'on a été ainsi conduit à reconnaître entre la quantité de sucre immobilisé et la quantité des sels, un rapport sensiblement constant. || Ce rapport, qui en réalité dépasse 3·7, a été administrativement porté à 4, pour faciliter le passage du coefficient 5, usité jusqu'alors dans les transactions commerciales, à un coefficient se rapprochant davantage de la vérité. || L'objection tirée de l'expérience de MM. Feltz et Scheibler est sans valeur. Sans doute, en ajoutant à des solutions de sucre des cendres provenant de mélasses incinérées, la cristallisation du sucre a pu ne subir aucune diminution, mais il serait vraiment superflu d'insister sur la différence qui existe entre des matières transformées par la calcination en composés exclusivement minéraux, et ces mêmes matières préexistant dans la mélasse, pour une grande partie du moins, à l'état de composés organiques. || L'observation consignée dans la note relativement à l'influence des matières organiques colloïdales et autres sur la qualité des sucres extraits des mélasses, est admise aujourd'hui par tous les praticiens comme exacte, et c'est à cause de cette influence précisément, en attendant de nouvelles expériences, qu'il nous a paru imprudent d'abaisser le coefficient 4, nécessaire à la compensation des inconvénients que cet excès d'impuretés organiques apporte. || La présence dans le jus de betterave de produits exerçant une action sur la lumière polarisée est

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

*) La note commet une erreur en disant que le coefficient, en France, s'applique à la totalité des cendres; c'est en France, au contraire, que pour la première fois la distraction des cendres insolubles a été faite.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

anciennement connue. Depuis bien longtemps les chimistes et les physiciens y ont donné leur attention, mais d'une part, il convient de faire remarquer que les procédés de la sucrerie ont particulièrement pour effet d'éliminer ces matières du sucre cristallisé; d'une autre, que, même par suite d'une fabrication imparfaite, elles ne sauraient figurer dans le produit qu'en proportion trop faible pour exercer une influence sensible. || La note parle également de la possibilité d'ajouter aux sucres bruts des matières minérales, incapables d'entraver la cristallisation du sucre; mais qui, intervenant au poids des cendres, fausseraient, du fait de l'application du coefficient, les résultats sur lesquels le fisc peut compter. Ce sont là des fraudes grossières qui, en effet, se sont présentées quelquefois, mais dont la découverte n'a jamais offert de difficultés sérieuses; d'ailleurs, quand elles se sont produites ce n'est jamais sur les lots de sucre eux-mêmes, mais sur les échantillons prélevés qu'elles ont eu lieu. || Quant au procédé Scheibler, que l'Administration Française a cru devoir repousser en 1876, à la suite du Rapport que nous lui avons soumis, il est sans intérêt que nous nous y arrêtions. || En résumé, la méthode saccharimétrique repose sur une base essentiellement scientifique: le pouvoir rotatoire du sucre qui reste invariable d'où que le sucre provienne. L'influence perturbatrice apportée par les matières étrangères ne dépasse pas les limites d'erreurs des opérations analytiques en général, et par suite elle est jusqu'ici négligeable. Si, d'ailleurs, cette influence acquérait une importance notable, la science ne serait certainement pas prise au dépourvu et fournirait les moyens nécessaires pour conserver aux méthodes toute leur exactitude. || Quant aux coefficients adoptés en France pour déterminer le rendement du sucre brut au raffinage, ils restent, jusqu'ici, également justifiés par l'étude des résidus de ce raffinage même. A'adoption par la sucrerie et la raffinerie de procédés nouveaux, pourrait peut-être dans l'avenir conduire à les modifier, comme en 1876, une étude nouvelle de la question a déjà conduit à modifier les anciens coefficients, mais les éléments font encore défaut aujourd'hui pour asseoir une opinion à cet égard. || A i m é G i r a r d. || A. R i c h e. || V. d e L u y n e s. || C h. B a r d y.

Italien.

Italien. Geschsführ. an Marquis von Salisbury.

(Traduction.)

M. le Marquis,

Londres, le 9 avril 1888.

Me référant au Projet de Convention et aux procès-verbaux de la Conférence de Londres pour la suppression des primes sur les sucres exportés, j'ai l'honneur de communiquer à votre Excellence, d'ordre du Gouvernement du Roi, les observations suivantes: —

1) Dans le commerce international des sucres l'Italie figure uniquement comme pays importateur; sa production est minime et son exportation nulle. ||

2) Dans ces conditions, bien que l'Italie adhère en général aux principes du Projet de Convention annexé au Protocole du 19 Décembre, 1887, le Gouvernement du Roi ne croit pas pouvoir présenter un Projet indiquant les bases de l'application d'un système d'impôt sur les produits achevés; mais il se borne à signaler au Gouvernement Britannique les dispositions des Articles 17, 18 et 19 du Décret Royal du 20 Mars, 1884, pour la mise en exécution de la Loi réglant la taxe sur la fabrication du sucre (voir Annexe). Ces dispositions se rapportent précisément à la taxation des fabriques de sucres qui demandent la permission de payer la taxe sur le produit effectif. || 3) A l'égard de l'adoption de la saccharimétrie, l'Administration Italienne n'est pas à même de formuler de propositions concrètes. || Ainsi qu'il a été déjà dit dans le Mémoire imprimé à la page 23 des „Actes de la Conférence Internationale de Londres“ (Conférence Internationale sur le Régime des Sucres, 1887: Procès-verbaux), la Loi du 2 Avril, 1886, prescrit l'analyse polarimétrique pour tous les sucres bruts admis aux fabriques travaillant pour l'exportation. || A présent, aucune raffinerie Italienne ne travaille pour l'exportation. Néanmoins, le Laboratoire Chimique Central de l'Accise a fait un examen spécial de la saccharimétrie. || L'Administration Italienne ne s'opposerait pas, en général, à la méthode Française pour déterminer le rendement; cependant, elle croit devoir faire ses réserves sur le minimum de rendement pour les sucres admis en Italie et sur les coefficients pour les substances mélassigènes. || 4) L'Italie fait ses réserves sur les dispositions des Articles IV et V du Projet de Convention en tant que ces dispositions pourraient engager sa liberté de taxer le sucre comme source de revenu. || Agréez, etc.

T. Catalani.

Annexe. || Dispositions du Décret Royal No. 2086 (Troisième Série) relatives aux Fabriques assujetties à la Taxe sur le Produit.

Article 17. Les fabriques qui choisissent d'être assujetties à la taxe sur le produit ne pourront exporter aucune matière saccharine avant que la quantité et la nature du produit ne soient vérifiées par les employés et par les agents chargés de la surveillance.

Article 18. Pour liquider la taxe on observera les dispositions suivantes:—||

1) Le sucre produit devra être déposé dans un magasin spécial, fermé à double clef, magasin qui sera assujetti aux conditions et règles établies par le Règlement Douanier en ce qui concerne les dépôts dans des magasins privés. || 2) A la fin de chaque mois solaire, ou bien à la fin des travaux, si le travail de la fabrique est fini avant l'expiration du mois, on devra procéder à la clôture du registre des sucres qui se trouvent en dépôt, et à la liquidation de la taxe sur les quantités de sucre produites dans la dite période. || 3) Sitôt que les travaux seront achevés on dressera l'inventaire du sucre et des matières saccharines qui se trouvent dans la fabrique, et l'on procédera à la préparation du bilan. || Dans ce bilan, les matières saccharines (masses cuites,

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

bas produits, etc.) devront être mises en charge à l'effet de la liquidation de la taxe, à raison de la quantité de sucre cristallisable de deuxième classe qu'elles contiendront; || 4) Dans le cas où le fabricant désire conserver des matières saccharines, afin de les travailler dans une nouvelle campagne, la liquidation de la taxe correspondante sera suspendue, pourvu que ces matières soient déposées dans un magasin fermé avec deux clefs différentes, dont une sera gardée par les agents de la Finance. || 5) Les résidus de la fabrication qui ont une richesse en saccharose inférieure au 50 pour cent et une densité supérieure à 1,410 grammes par litre seront considérés comme mélasses, et, par conséquent, ils ne seront pas soumis à la taxe. || Article 19. Pour qu'une fabrique assujettie au régime de la taxe sur le produit fabriqué puisse passer au régime de la taxe qui a pour base la densité des jus, elle devra prouver le paiement de la taxe sur le sucre qui peut être extrait des matières saccharines non travaillées pendant le cours de la campagne précédente, quantités qui doivent résulter par l'inventaire et le bilan de la fabrique.

Niederlande.

Ausw. Min. an Mr. Fenton.

M. le Chargé d'Affaires,

La Haye, le 3 Mars, 1888.

Par ses offices du 31 Décembre dernier et du 2 Janvier suivant Sir William Stuart a bien voulu me faire savoir que le Gouvernement Britannique, acceptant les conclusions du Protocole et du Projet de Convention annexés aux procès-verbaux de la Conférence Internationale récemment tenue à Londres sur le régime des sucres, serait obligé au Gouvernement du Roi de lui faire connaître aussitôt que possible avant le 1 Mars prochain, outre les renseignements demandés dans le Protocole susdit, les observations auxquelles les discussions de la Conférence pourraient donner lieu de sa part, l'époque à laquelle la Convention pourrait sortir ses effets dans les Pays-Bas, le système d'impôt et de surveillance existant par rapport aux sucres dans les Colonies Néerlandaises, et enfin les intentions du Gouvernement du Roi en ce qui concerne son adhésion pour ces Colonies à la Convention projetée.

En réponse il m'est agréable de pouvoir vous exprimer en premier lieu la satisfaction avec laquelle le Gouvernement Néerlandais a pris connaissance des délibérations de la Conférence. L'unanimité avec laquelle la grande majorité des Délégués s'est ralliée à la suppression de toute prime d'exportation, et au principe qu'un système d'impôt sur les sucres produits et destinés à la consommation est le seul qui permette d'arriver à ce but, paraît augurer favorablement du résultat définitif de leurs travaux. || Le Gouvernement du Roi adhère complètement à ces principes, et j'ai, par conséquent, l'honneur de vous faire parvenir ci-joint les documents demandés pour ce cas par le Protocole du 19 Décembre, savoir: || (a.) Un projet indiquant les bases du système d'impôt à la consommation, tel que le Gouvernement des Pays-Bas

voudrait l'appliquer. || (b.) Une note indiquant dans quelle mesure le Gouvernement des Pays-Bas serait disposé, pour réaliser l'uniformité, à admettre la méthode de Saccharimétrie dite Française. || Bien que se raillant aux principes sus-indiqués énoncés dans le Projet de Convocation, le Gouvernement du Roi ne saurait toutefois approuver ce projet en tous points, ni le considérer comme complet. || Il ne peut en effet accepter l'Article III, admettant un régime spécial pour la Belgique. D'après son opinion, le but de la Convention, c'est-à-dire l'abolition des primes, ne pourra être atteint par la voie des équivalents dans laquelle cette Puissance offre de s'engager, et il se voit obligé de confirmer, en les renouvelant, les réserves faites à ce sujet par les Délégués Néerlandais pendant le cours de la Conférence. || D'autre part le Projet de Convention présente aux yeux du Gouvernement du Roi une lacune importante, en ce qu'il ne contient pas de stipulation excluant les surtaxes entre les Pays Contractants. || Le Gouvernement Néerlandais partage à cet égard entièrement les vues développées dans la Conférence par son premier Délégué. (Voir le procès-verbal de la séance du 14 Décembre.) || Si toutefois l'abolition des surtaxes ne pouvait être obtenue, pas même graduellement, il considérerait comme nécessaire que les Gouvernements Contractants s'engagent à ne pas augmenter les surtaxes existantes ou en établir de nouvelles. Sans cette stipulation le régime conventionnel proposé n'offrirait aucune garantie que, par exemple, le marché Anglais, ouvert actuellement, ne fût fermé entièrement aux produits des autres Pays Contractants par des droits prohibitifs. || Le Gouvernement du Roi est cependant d'avis que pour les pays qui ont des Colonies un tel engagement ne devrait pas porter sur les faveurs qu'ils voudraient accorder aux sucres importés de ces Colonies dans la mère-patrie. || Il se permet, d'ailleurs, de faire observer qu'à moins de régler dans la Convention la question des surtaxes entre les Pays Contractants dans le sens précité les Articles IV et VII du Projet n'auraient pas de raison, parceque les États restés en dehors de la Convention n'auraient aucun avantage à y adhérer. || Il me reste, M. le Chargé d'Affaires, à faire connaître les vues du Gouvernement du Roi sur deux points soulevés dans la discussion: la proposition des Délégués Espagnols par rapport aux mesures à prendre contre les pays non contractants, qui accorderaient des primes d'exportation à leurs sucres; et la demande faite par le premier Délégué Néerlandais dans la séance du 16 Décembre par rapport à la création d'un Bureau International pour la publication des Lois et Règlements, ainsi que d'une statistique officielle sur le mouvement des sucres dans tous les pays. || Quant au premier de ces points, les Délégués Espagnols, en formulant leur proposition, se sont évidemment placés au même point de vue que le Gouvernement des Pays-Bas en ce sens qu'eux aussi considèrent les surtaxes comme un moyen de défense légitime contre les primes à l'exportation. Cependant aux yeux du Gouvernement Néerlandais l'application d'une stipulation dans le sens de la proposition Espagnole pourrait présenter de sérieux inconvénients surtout par rapport à la clause du traitement de la

Nr. 9681.
Konferenz-
Staaten.

Nr. 9681.
Konferenz-
Staaten.

nation la plus favorisée, qui pourrait être inscrite dans des Traités conclus avec des pays qui accordent des primes. || Reconnaissant toutefois l'intérêt qu'il pourrait y avoir à se défendre contre la concurrence de sucres primés exportés de pays ne faisant pas partie de l'Union, le Gouvernement du Roi se permet de suggérer l'insertion dans la Convention d'un Article analogue à l'Article IX du Projet de Convention de 1877 conçu en ces termes: — || „Dans le cas, où des primes directes ou indirectes seraient accordées par des pays tiers à l'exportation des sucres bruts ou raffinés, et deviendraient compromettantes pour la production de l'une ou l'autre des Hantes Parties Contractantes, une nouvelle entente pourrait être provoquée pour aviser de concert aux mesures de défense qui pourraient être prises.“ || Quant à l'établissement du bureau visé par M. Pistorius, le Cabinet de La Haye partage l'opinion de M. le Président de la Conférence, que cette question pourrait trouver sa solution au moyen du Congrès sur la publication des tarifs de douane proposés par le Gouvernement Belge; mais en tout cas il est convaincu de l'utilité sinon de la nécessité d'établir un tel bureau d'une manière ou d'une autre. || Passant à la question de l'entrée en vigueur de la Convention à conclure, le Gouvernement du Roi est d'avis que les fabricants ont droit à être prévenus en temps utile de l'application d'une Convention comportant de si grands changements dans la législation fiscale qui régit leur industrie. Sous ce rapport comme sous celui du temps qu'il faudrait pour obtenir l'adoption du nouveau régime par les Parlements, et pour en préparer l'application, il lui paraît impossible de faire entrer en vigueur la Convention pour la campagne prochaine des fabricants de sucre de betteraves. Il pense que la nouvelle législation ne pourra même être appliquée pendant la campagne qui suivra celle-là, à moins que les ratifications de la Convention soient échangées avant le 1^{er} Décembre, 1888, puisque c'est généralement déjà au cours du mois de Décembre que les fabricants font les contrats pour les ensemencements de betteraves. Or, l'abolition des primes pourrait exercer une influence considérable sur l'extension de ces contrats. En cas de ratification avant le 1^{er} Décembre, la Convention pourra entrer en vigueur dans les Pays-Bas le 1^{er} Avril, 1889. || En ce qui concerne l'aperçu demandé relativement au système d'impôt et de surveillance qui est en vigueur aux Colonies, je me permets de me référer au mémoire sur cette matière présenté à la Conférence par les Délégués des Pays-Bas (voir p. 26 des Procès-Verbaux). En ajoutant aux renseignements fournis par ce document que le droit d'importation sur le sucre est de 6 pour cent. de la valeur aux Indes Orientales et de 10 cents par kilog. à Surinam, je crois les avoir complétés. A cet égard je prends la liberté d'exprimer le désir que le Gouvernement Britannique veuille bien de son côté fournir à la Conférence un aperçu analogue de la législation sur les sucres en vigueur dans les Colonies et possessions Britanniques, y compris celles qui ne dépendent pas de la Couronne. || Quant à l'adhésion de ses Colonies, le Gouvernement du Roi doit se réserver une décision ultérieure. Pour le moment l'Article IV du Projet, qui

rend cette adhésion possible, lui suffit. Aussi tient-il beaucoup à ce que cet Article soit maintenu dans la Convention. L'Article VIII du Projet de Convention ne lui paraît, du reste, pas être à sa place dans ce document, comme n'impliquant pas une question de principe. || Je termine en appelant l'attention sur une question dont la Conférence ne s'est pas encore occupée, mais qui a cependant son importance, celle de la Saccharine. Cette substance dérivée du charbon de terre a, dit-on, une force édulcorante de 250 à 300 fois supérieure à celle du sucre. Sa consommation semble augmenter et elle pourrait à l'avenir menacer gravement le rendement de l'impôt. Il importe donc que les Délégués à la prochaine Conférence s'en occupent. || En vous priant, M. le Chargé-d'Affaires, de porter ce qui précède à la connaissance de votre Gouvernement, qui voudra bien me communiquer, de son côté, les propositions et les observations des autres Gouvernements représentés à la Conférence, je saisis, etc.

Nr. 9681.
Konferenz-
Staaten.

KARNEBECK.

Annexe (A). Projet indiquant les Bases du Système d'Impôt à la Consommation proposé par les Pays-Bas.

A. *Sucreries.*

§ 1. Les fabriques sont soumises à la surveillance permanente des employés du fisc. || § 2. Toutes les fenêtres et autres ouvertures de ce genre doivent être garnies d'un treillis de fer. || § 3. Avant la défécation les jus sont dirigés directement sur des vaisseaux-mesureurs, avec inscription de la quantité dans un registre de la part du fabricant. || La densité des jus est constatée par les employés. || (N.B. — A examiner s'il y a lieu d'adopter le mesureur-compteur en usage dans la Belgique.) || § 4. Le fabricant inscrit, ou fait inscrire de sa part, dans des registres spéciaux: — || (a.) Le poids des sucres fabriqués. || (b.) Le poids des sucres refundus. || (c.) Le poids des sucres enlevés de la fabrique. || § 5. L'enlèvement des sucres n'est permis que par les portes autorisées à cette fin par l'Administration. Ces sucres sont vérifiés par les employés. || § 6. L'expédition de sucre à l'étranger, à un entrepôt ou à une raffinerie, se fait sous le contrôle de l'Administration, et ne donne lieu à aucune perception, restitution, ou décharge des droits. || L'impôt est dû des sucres sortis pour la consommation d'après leur poids effectif. || § 7. La mélasse épuisée, reconnue comme telle par les employés, est libre de droits (définition réservée). || § 8. L'Administration a la faculté de faire l'inventaire des sucres qui se trouvent dans la fabrique. || Les excédants sont inscrits dans le registre des sucres fabriqués. || Pour les manquants l'impôt, calculé à raison d'une richesse de 100 pour cent, est perçu au comptant, sauf déduction à titre de déchet. || § 9. Les registres, à tenir par le fabricant, doivent se trouver toujours à une place déterminée de l'usine, et sont montrés aux employés à leur première réquisition. || Les contraventions à cette disposition et à celles con-

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

cernant les inscriptions dans les registres sont punies d'une amende. Les fautes dans les inscriptions sont redressées par les employés. || § 10. L'enlèvement clandestin de sucre ou de sirops est puni de la confiscation et d'une amende du décuple des droits. || En cas de récidive cette amende est au moins de 500 fl., et, s'il s'agit de sortie répétée par une issue non autorisée, la fabrique est en outre soumise à un exercice rigoureux à régler par la loi. || § 11. Les employés ont la faculté de s'assurer que les personnes sortant de l'usine n'emportent pas de sucre. || § 12. Le fabricant est responsable des amendes encourues pour faits et négligences de son personnel. || § 13. Si le fabricant reçoit des sucres, sirops, ou mélasses d'ailleurs, le poids brut et la richesse sont constatés par les employés, et le fabricant est tenu d'inscrire ce poids et le poids brut des quantités fondues ou mises en oeuvre dans des registres spéciaux. En cas d'inventaire, inscription des excédants et paiement des droits pour les manquants dans le sens du § 8, sans déduction à cause de la tare.

B. Raffineries.

§§ 1 et 2. Comme pour les sucreries (voir sous A). || § 3. Le poids brut et la richesse des sucres entrant dans la raffinerie sont constatés par les employés. || § 4. Le raffineur inscrit, ou fait inscrire de sa part, dans des registres spéciaux: || (a.) Le poids brut des sucres entrés dans la fabrique, constaté d'après le § 3. || (b.) Le poids brut de sucres fondus chaque jour. || L'un et l'autre sans distinction de la richesse. || (c.) L'espèce et le poids net des sucres obtenus par le raffinage. || Pour les sucres en pains ou candis, mis à l'étuve, l'inscription a lieu à la sortie de ce local. || Le poids des sucres en pains ou morceaux de même grandeur peut être déterminé d'après une moyenne par pièce, admise par l'Administration. || (d.) L'espèce et le poids net des sucres refondus. || (e.) L'espèce et le poids net des sucres enlevés de la fabrique. || § 5. Comme pour les sucreries (voir sous A). || § 6. L'expédition de sucre à l'étranger ou à un entrepôt se fait sous le contrôle de l'Administration et ne donne lieu à aucune perception, restitution, ou décharge de droits. || L'impôt est dû des sucres sortis pour la consommation d'après leur poids effectif. || § 7. Comme pour les sucreries (voir sous A). || § 8. L'Administration a la faculté de faire l'inventaire des sucres qui se trouvent dans la fabrique. || Les excédants sont inscrits dans les registres. || Pour les manquants l'impôt est perçu au comptant, sauf déduction à titre de déchet. Pour les sucres bruts, le candis et les vergeoises l'impôt est calculé au maximum. La différence sur le poids brut des sucres entrés dans la raffinerie n'est pas diminuée à cause de la tare. || L'inventaire peut être limité, soit aux sucres entrés dans la raffinerie qui ne sont pas encore mis en oeuvre, soit aux sucres obtenus par le raffinage. || §§ 9-12. Comme pour les sucreries (voir sous A). || § 13. Quant aux sirops et mélasses, comme pour les sucreries (voir sous A).

*C. Fabriques de Glucose; Sucrateries.*Nr. 9681.
Konferenz-
Staaten.

Dans les Pays-Bas le glucose ne se fabrique qu'à l'état liquide ou massé, produits qui n'y sont soumis qu'à un droit de douane*). S'ils étaient imposés les fabriques seraient soumises à un régime pareil à celui pour les sucres. || Même observation pour le cas d'érection de fabriques de glucose en poudre ou en grains, ou d'usines spéciales pour l'extraction du sucre des mélasses, qui n'existent pas davantage dans les Pays-Bas.

D. Saccharimétrie.

Quant au rôle que la saccharimétrie aurait à jouer dans le système d'impôt, tracé ci-dessus, il se bornerait à évaluer le rendement au raffinage des sucres bruts entrés dans les raffineries, non comme base de la perception des droits, mais à simple titre de contrôle, afin de pouvoir comparer le produit de la fabrication avec le résultat présomptif. Pour taxer les sucres bruts, les vergoises et les sucres de mélasse entrant directement dans la consommation, il ne paraît pas nécessaire d'établir leur rendement au raffinage, et on pourrait s'en tenir, pour l'application de la saccharimétrie, à l'indication du polarimètre, même avec l'impôt, selon la qualité. Mais aux yeux du Gouvernement Néerlandais la loi de chaque pays doit rester libre de régler à sa guise le tarif des droits de consommation. La seule chose qui, à ce point de vue, puisse intéresser les autres nations, c'est que leurs sucres ne soient pas imposés au delà des produits similaires de fabrication nationale ou de la nation étrangère la plus favorisée.

Observation Générale.

D'après le Protocole du 19 Décembre dernier, le projet précédent ne contient que les bases du système proposé. La loi aura à régler les détails, comme, par exemple, l'obligation du fabricant de mettre à la disposition des employés un local convenable dans l'usine, et de placer aux portes les guérites exigées par l'Administration; l'approbation préalable des plans de fabriques nouvelles; le cautionnement à fournir pour les droits des sucres entrés ou fabriqués; la faculté des employés de contrôler les inscriptions dans les registres par la pesée d'un ou de plusieurs lots de sucre; l'apurement des comptes de crédit à terme pour les sucres livrés à la consommation etc.

Annexe (B).

Le Gouvernement des Pays-Bas, serait-il disposé, pour réaliser l'uniformité, d'admettre la méthode de saccharimétrie dite Française? || En répondant à cette question, le Gouvernement du Roi entend par méthode Française le mode d'analyse des sucres bruts actuellement en vigueur dans les Pays-Bas

*) D'après le procès-verbal de la sixième séance de la Conférence, „il est entendu qu'il n'y aura pas lieu de soumettre les fabriques du glucose au régime de l'exercice dans les pays où ce produit n'est pas imposé.”

Nr. 9031.
Konferenz-
Staaten.

comme en France, et qui consiste: — || (a.) A mesurer au polarimètre la richesse absolue du sucre. || (b.) A doser les cendres (après avoir éliminé les substances insolubles) par l'incinération sulfurique, à diminuer d'un dixième le poids trouvé à la balance, et à retrancher du chiffre de la richesse absolue le poids des cendres ainsi rectifié en lui appliquant le coefficient 4. || (c.) A doser le glucose par les liqueurs cupro-alkalines et à retrancher de la richesse absolue son poids affecté du coefficient 2. || Dans le résultat les fractions d'un degré sont négligées. || La richesse des sucres bruts, ainsi réduite, diminuée de $1\frac{1}{2}$ pour cent*) à titre de déchet, est considérée comme rendement présumé au raffinage. || Il est notoire que cette méthode manque de base scientifique, et que le rendement ainsi établi est trop élevé selon les uns, insuffisant selon les autres. Il est vrai que le coefficient 4 pour les cendres repose sur un certain nombre d'analyses de mélasse de betterave; mais chaque sucre a son coefficient propre, parce que la nature et le mélange des sels ne sont jamais identiques et peuvent différer beaucoup. Le coefficient 2 pour le glucose et la défalcation de $1\frac{1}{2}$ pour cent pour déchet de fabrication sont le résultat d'une transaction entre les raffineurs Français et le Gouvernement de la République, consacré par la Loi du 19 Juillet, 1880, et ont, comme tel, un caractère purement conventionnel. Le commerce applique d'ordinaire pour ses transactions le coefficient 5 pour les cendres et le coefficient 1 pour le glucose; mais ces coefficients varient selon les pays et les circonstances. Le polarimètre lui-même ne peut être accepté comme donnant la mesure exacte du sucre cristallisable, surtout depuis que la science a démontré dans les sucres bruts la présence de matières qui faussent l'indication de cet instrument dans un sens ou autre (dextrine, raffinose, etc.). En somme la valeur de la méthode de saccharimétrie dite Française, considérée comme moyen de constater le rendement au raffinage par les procédés ordinaires, est fort discutable, et cette méthode n'est d'aucune utilité pour l'appréciation du rendement obtenu par les divers procédés d'extraction du sucre des mélasses (osmose, élution, séparation, etc.), procédés qui sont aussi employés dans les raffineries. || Aux yeux du Gouvernement Néerlandais cette méthode dans une Convention Sucrière, laissant les divers pays libres de fixer le taux de leurs droits, peut donc à la rigueur être admise comme moyen de contrôle, mais non comme base de la perception.

Russland.

Botsch. in London an Marquis von Salisbury.

M. le Marquis,

Londres, le 22 Mars (3 Avril), 1888.

Par une note adressée à M. le Ministre des Affaires Étrangères, en date du 16 (28) Janvier dernier, l'Ambassadeur de Sa Majesté Britannique à St. Péters-

*) D'après la Loi Néerlandaise du 29 Août, 1886, l'Article 3, pour les sucres de canne ce déchet se monte à $2\frac{1}{2}$ pour cent.

bourg a informé le Cabinet Impérial de l'acceptation par son Gouvernement des conclusions consignées dans le Protocole de la Conférence et Projet de Convention sur la question des primes accordées pour le sucre exporté, et a demandé en même temps à M. de Giers de lui communiquer les décisions du Gouvernement Impérial, les observations éventuelles qu'il aurait à formuler sur les différents points discutés en Conférence, et de fixer la date de l'entrée en vigueur de la dite Convention. || Étant aujourd'hui en possession de la réponse de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de porter à la connaissance de votre Excellence les observations ci-après. || Le Gouvernement Impérial admet en principe les conclusions de la Conférence au sujet de l'abrogation des primes pour le sucre exporté, telles qu'elles se trouvent consignées dans le Projet de Convention, sauf les modifications suivantes: — || 1. Tout en consentant à ne donner aucune prime directe pour l'exportation du sucre dans les pays d'Europe, le Gouvernement Impérial se réserve de continuer les primes accordées jusqu'ici en Russie pour les sucres exportés sur les marchés d'Asie, et conserve, à cet égard, sa pleine liberté d'action. Le Projet de Convention aurait donc à être complété dans ce sens. || 2. Vu les résultats pleinement satisfaisants du système de perception de l'accise sur le sucre en vigueur en Russie, reconnu d'ailleurs comme tels par la Conférence même, le Gouvernement Impérial ne voit pas de raison d'y apporter des changements, et réclame par une clause spéciale à ajouter au texte de la Convention le droit de continuer ce système, qui consiste (a) à percevoir l'accise, non seulement sur les quantités de sucre destinées à la consommation, mais sur les quantités produites totales, sans en excepter celles qui plus tard seront exportées; et (b) à restituer aux sucres exportés les sommes absolument et exactement égales à l'accise qu'ils ont payée. || 3. Les équivalents proposés en Conférence ne lui paraissant pas suffisants, le Gouvernement Impérial ne croit pas pouvoir consentir à la continuation du système de la perception de l'accise adopté en Belgique, reconnu vicieux, mais accepté pour ce pays par l'Article III de la Convention. || 4. Le Gouvernement Impérial exprime le vœu que les Colonies et Possessions Anglaises, mentionnées dans l'Article VIII, se rallient à la Convention dès à présent, comme, d'ailleurs, l'a fait espérer Lord Onslow. || 5. Le Gouvernement Impérial propose de réduire à cinq ans le terme de dix ans fixé pour l'exercice de la Convention par l'Article IX, attendu que les conditions de la production et du commerce pourraient facilement changer jusque-là. || 6. Quant à la date à fixer pour l'entrée en vigueur de la Convention, le Gouvernement Impérial ne saurait la fixer qu'après qu'elle aura été examinée au Conseil de l'Empire conformément aux stipulations de l'Article I du Projet de Convention. Le Plénipotentiaire Impérial est néanmoins autorisée à la signer simultanément avec les Plénipotentiaires des autres Puissances Contractantes. || 7. La question des surtaxes soulevée par le Délégué des Pays-Bas ne pourra être considérée par le Gouvernement Russe, comme impliquant une entrave à la liberté de législation de chaque État en matière douanière.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Enfin: || 8. Quant à la proposition des Délégués Espagnols au sujet de la prohibition de l'importation du sucre étranger primé aux conditions du sucre non primé, le Gouvernement Impérial en reconnaît toute l'opportunité et y donne son agrément. || J'ai etc. Staal.

Mémoire sur la Législation Russe communiqué par M. le Délégué de la Russie. || Extrait de la Législation Russe sur l'Accise du Sucre.

1. La culture de la betterave et d'autres plantes saccharifères dans toute l'étendue de l'Empire, y compris le Royaume de Pologne, est complètement libre et n'est soumise à aucune limitation. Ce n'est que la fabrication du sucre qui est soumise à l'impôt au profit du fisc sous la forme: (1) de la patente pour le droit de fabrication, et (2) de l'accise perçue sur la quantité du sucre cristallin fabriqué. || 2. Cet impôt ne frappe pas (1) les raffineries qui transforment en sucre raffiné le sucre brut ou „lumps”, importé de l'étranger, sur lequel les droits d'entrée ont été déjà perçus, ou des sucres bruts indigènes, sur lesquels les droits d'accise ont été perçus dans les usines qui fabriquent le sucre brut; et (2) les fabriques de glucose. || 3. La patente est de 5 roubles par 1,000 poudes du sucre produit (7 centimes par 100 kilog.), et l'accise est de 85 copecks par poude de sucre fabriqué (11 fr. 62 c., par 100 kilog.). || 6. Après la construction d'une nouvelle usine ou la reconstruction d'une usine qui avait déjà fonctionné, le propriétaire présente à l'Inspecteur des Accises la description détaillée de l'usine, ainsi que de tous les appareils, en trois exemplaires, avec dessins et plans, indiquant la distribution des diverses parties de l'usine et la position des appareils. L'inspecteur, ou son aide, après avoir vérifié la description, ainsi que les dessins et les plans, conjointement avec un autre employé de l'Inspection, jaugent, d'après les méthodes géométriques, les réservoirs et les formes ou moules pour le sirop, ainsi que les réservoirs, les caisses et les citernes ou grands bacs pour la mélasse, et dressent un Protocole conformément aux instructions du Ministre des Finances. Les réservoirs, les citernes, les grands bacs, et les caisses sont désignés par des numéros consécutifs. || 7. Le fabricant, avant de commencer le travail dans une usine nouvellement construite ou qui avait déjà fonctionné, présente à l'Inspecteur de l'Accise, au moins deux semaines d'avance, une déclaration de forme prescrite, dans laquelle doivent être mentionnées (1) l'époque du commencement de l'extraction des jus et de la cuisson, (2) la quantité quotidienne de sucre que l'on se propose de fabriquer, et (3) les termes fixés pour le pesage du sucre fabriqué. Les heures de pesage doivent être choisies pendant le jour, entre six heures du matin et six heures du soir. || 8, 9. Après avoir reçu cette déclaration, l'Inspecteur de l'Accise accorde au fabricant une patente l'autorisant à l'exploitation de l'usine, pour laquelle il paie l'impôt susmentionné, prenant comme base la production quotidienne supposée, et multipliant cette quantité par 100. Le sucre, fabriqué en excès, est

affranchi par une patente supplémentaire à la fin de l'exploitation. || 10. L'impôt perçu pour la patente n'est pas rendu ni pris à compte au renouvellement de la patente pour l'année suivante, si le fabricant produit moins de sucre que la quantité pour laquelle l'impôt a été payé, ou même s'il a été obligé d'abandonner l'exploitation sans commencer les travaux. La seule exception admise est la destruction de l'usine par incendie. || 11. Le fabricant, avant le commencement de l'exploitation, doit indiquer à la Direction de l'Accise qui est la personne responsable pour l'administration de l'usine, et qui sont ses aides supérieurs, qui signeront avec lui toutes les déclarations, les livres de l'usine et autres documents provenant de la dite administration. || 12. Dans le cas de changement dans la construction de l'usine, des appareils, ou des procédés, le fabricant doit présenter à l'Inspecteur de l'Accise une description détaillée des dits changements et même, en cas d'urgence, une description détaillée de toute l'usine. Les fabricants sont obligés en outre de fournir à la Direction de l'Accise chaque année, à la fin de la période de l'exploitation, qui dure généralement du 1^{er} Septembre jusqu'au 31 Août de l'année suivante, toutes les informations, relatives à l'exploitation de l'usine, exigées par le Ministre des Finances. || 13. Les fabricants sont obligés d'informer l'Inspecteur de l'Accise quand l'usine passe d'un propriétaire à un autre ou se loue après la conclusion formelle de l'acte. || 14. A la fin du travail de l'extraction du jus ou de la cuisson des sirops le fabricant est obligé d'en faire une déclaration le même jour à l'Inspecteur de l'Accise. || 15. Les propriétaires des usines de sucre de betteraves et des raffineries, les directeurs, les contremaîtres et tous les employés sont obligés d'admettre dans l'usine, à tout temps, nuit et jour, les fonctionnaires de l'accise chargés de l'inspection des fabriques ou envoyés dans le même but par le Ministre des Finances. Durant le séjour de ces fonctionnaires à l'usine les propriétaires ou les directeurs doivent leur donner un logement chaud et leur fournir des chevaux, aux tarifs fixés par la loi, pour les transporter à une usine voisine ou à une station de poste. || 16. L'accise sur le sucre est évaluée d'après le poids du sucre fabriqué livré par l'usine, et tous les produits livrés à l'état inachevé, tels que sucres bruts, jaunes, bruns, la masse cuite, sirops, etc., à l'exception de la mélasse, sont frappés du même impôt que le sucre. || 17. Dans les usines de sucre cumulant la fabrication et le raffinage dans le même bâtiment, ou dans un bâtiment adjoint ou entouré d'un mur, le calcul de l'accise est fait d'après le poids du sucre raffiné et mélangé en pains, le papier d'emballage et la ficelle compris; l'accise sur les sucres en morceaux et en poudre est perçu sur le poids net. || 18. Si les usines mentionnées dans l'Article 17 emploient, outre les sucres bruts de leur propre fabrication, les sucres bruts apportés d'autres usines et déjà frappés d'impôts, l'accise dans ce cas est perçue seulement sur la quantité du sucre raffiné excédant la quantité de ces sucres bruts apportés; et dans ce cas aussi la livraison de la mélasse, franche de l'impôt, est accordée dans la proportion de 2 pour cent de toute la quantité du sucre raffiné pro-

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

duit dans l'usine; l'excédant au-dessus de ces 2 pour cent est frappé d'un impôt égal à celui perçu sur le sucre. || 19. La livraison de la mélasse épuisée ou noire est permise aux usines de sucre et raffineries sans paiement d'impôt. On considère comme mélasse épuisée un liquide épais, gluant, d'une couleur brune foncée et d'un goût désagréable, contenant tout au plus 55 pour cent de sucre et au moins 26 pour cent de non-sucre (le reste est de l'eau). || La mélasse ne correspondant pas à cette description est considérée comme sirop et frappée d'accise d'après son poids comme le sucre. || 20. Dans les cas où le raffinage ultérieur des produits inachevés serait impossible à cause de circonstances extraordinaires, indépendantes de la bonne volonté du fabricant, comme, par exemple, incendie, avarie des appareils, liquidation de la maison, etc., le fabricant est autorisé de présenter une supplique pour qu'on lui permette de payer sur ces produits inachevés, livrés à la consommation, une accise plus basse, proportionnelle au rendement réel en sucre blanc. || 21. Le pesage du sucre fabriqué se fait à termes et heures indiqués dans la déclaration présentée à l'Inspecteur de l'Accise. Le sucre pesé est placé séparément, au moins pendant trois heures après l'heure indiquée dans la déclaration. Si le fabricant trouve impossible de procéder au pesage à l'heure fixée, le pesage est rélégué à une autre fois, ce qui doit être indiqué dans le livre de pesages. Les produits destinés à des manipulations ultérieures dans l'usine ne peuvent se trouver au même endroit que le sucre fabriqué et pesé. || 22. Les employés de l'administration de l'usine et les fonctionnaires de l'accise, s'ils sont présents à l'opération du pesage, enregistrent chaque colis dans des livres tenus à cet usage. Le total des pesages quotidiens est signé par les assistants, avec indication de l'accise redevable. || 23. Tous les colis sont numérotés de numéros consécutifs depuis le commencement de la fabrication; de plus, la tare, ainsi que le poids net de sucre et la marque de la fabrique, y doivent être désignés. || 24. La livraison pour la vente de sucre brut, raffiné, sirop et mélasses de différentes qualités se fait aux usines et raffineries dans des colis séparés, contenant au moins cinq poudes (82 kilogs.). || 25. Chaque livraison est accompagnée d'une lettre d'envoi, indiquant le nom et l'adresse de l'usine, la date de l'envoi, le lieu de destination, la quantité de sucre, d'après le poids et les numéros des colis. Les mélasses expédiées aux fabriques à l'élu­tion ou distilleries, ou à l'étranger, doivent être munies des mêmes lettres d'envoi que le sucre. || 26. Les convois de sucre et d'autres produits, mentionnés précédemment, pendant leur trajet aux lieux de destination et aux stations des chemins de fer, peuvent être soumis au contrôle de l'Administration de l'Accise. En cas de perte de la lettre d'envoi le messenger doit le déclarer à l'Administration de l'Accise. || 27. Le sucre brut reçu dans les raffineries doit être inscrit dans les livres, parmi les recettes, avec indication de sa provenance, d'après les lettres d'envoi ou factures; et après le raffinage, lors de la sortie, il doit être inscrit dans les mêmes livres, parmi les déboursés. Les raffineries, quant à l'entrée du sucre brut et la sortie du sucre raffiné, sont complètes-

ment sous le contrôle de l'Administration de l'Accise, comme les usines à fabrication. || 28. Si le convoi des produits saccharins mentionnés dans l'Article 24 est divisé pendant le trajet en plusieurs parties, le messenger chargé du convoi est autorisé à donner des lettres d'envoi spéciales pour chaque partie, en indiquant sur le document originaire les quantités des produits séparés d'après leur poids et nombre. || 29. Les propriétaires des usines de sucre de betteraves sont obligés de tenir certains livres concernant l'entrée et la sortie du sucre fabriqué et le journal de la fabrication; la tenue de ces livres, et en général le système de la comptabilité, est fixée par le Ministre des Finances conjointement avec le Contrôleur-Général. Cette comptabilité doit fournir les informations principales nécessaires pour le calcul du sucre fabriqué et livré, et autres données nécessaires pour le contrôle de la fabrication nommément: — || (1.) *Relativement à l'extraction du jus*: (a) La quantité de betteraves mises en oeuvre, exprimée en bercovetz ou poudes, déterminée d'après la méthode adoptée dans chaque usine; (b) la quantité et la dénomination des appareils servant à l'extraction du jus; (c) la densité normale du jus d'après les aréomètres de Brix ou Balingue; (d) la quantité des produits inférieurs ajoutés au jus; (e) la quantité générale de la masse cuite en poudes, déterminée d'après le volume pesé; et (f) la quantité de sucre blanc et jaune obtenue dans les turbines, formes, caisses, etc., avec les totaux pour chaque semaine. || (2.) *Relativement à la cuisson*: (a) La quantité de sucre jaune dissout pour la second cuisson ou la cuite; (b) la quantité en poudes du sirop ajouté; et (c) la quantité de la masse cuite en poudes, déterminée d'après le volume pesé. On peut inscrire dans le même livre d'autres détails techniques, que le fabricant jugera nécessaires pour compléter les informations sur la marche de la fabrication. || Outre ces livres il existe encore un livre à souche des lettres d'envoi, qui accompagnent généralement la sortie du sucre et des autres produits. || 30. Dans les raffineries attachées aux usines du sucre de betteraves il existe encore un livre de recettes du sucre brut, déjà frappé d'impôt, qu'on reçoit des autres usines de fabrication, et dans les raffineries situées à part des usines de sucre de betteraves on tient encore un livre de recettes du sucre brut et de sortie du sucre raffiné. || 31. A la fin de chaque mois le fabricant additionne les totaux dans les livres de l'entrée et de la sortie du sucre, et, dans la première dizaine du mois suivant, l'administration de l'usine présente à l'Inspecteur du district la copie, prise du livre des sucres pesés, avec les totaux mensuels, signée par les personnes responsables de la direction. Cette copie ne doit pas être présentée plus tard que le dix du mois suivant. || 32. Ces livres d'usine doivent être conservés par des personnes responsables et présentés aux fonctionnaires chargés de la révision, sur leur demande. Ils doivent être tenus sous peine d'amende sans ratures ou biffages, et toutes les corrections faites doivent être mentionnées spécialement et certifiées. || 33. A la fin de la période de l'exploitation annuelle le fabricant additionne tous les totaux dans ces livres, excepté le journal. Le reste du sucre

Nr. 9681.
Konferenz-
Statuten.

brut entré et frappé d'impôt est transféré dans de nouveaux livres, et l'exactitude de ce transfert doit être constatée par les personnes responsables de la direction de l'usine. || 35. Le chargement de l'accise perçue pour les usines de fabrication se fait annuellement le 1^{er} Août, et pour les raffineries, qui, excepté le sucre brut de leur production, travaillent aussi le sucre obtenu des autres usines et frappé d'un impôt préalable, ce chargement se fait le 25 Août. || 36. L'impôt doit être acquitté le 31 Août au plus tard, et en tout cas avant le commencement des travaux de la nouvelle période. || 37. La patente pour la nouvelle exploitation ne peut être délivrée avant l'acquittement de l'impôt et de tous les arriérés. || 38. Au cas, où l'acquittement de l'impôt et de tous les arriérés ne se fait pas à l'époque fixée, le fabricant est frappé d'une amende de 2 pour cent pour chaque mois de retard, en comptant le mois incomplet comme mois complet. || Le paiement de l'accise peut se faire au lieu de numéraires par les quittances d'acompte, qui représentent les paiements de drawbacks à l'exportation de sucre. Ces quittances sont délivrées par les douanes, par lesquelles l'exportation du sucre est autorisée, et peuvent être reçues pour acquittement de l'accise de toutes les usines. || (Circulaire de l'Adjoint du Ministre des Finances du 19 Février, 1887 N. 1984.) || 39. L'usine, avec toutes les propriétés dépendantes, sert de garantie de tous les paiements, relatifs à l'exploitation du sucre, dûs au Trésor. Si la dette avec tous les intérêts n'est pas acquittée au 1^{er} Janvier de la nouvelle année, l'usine et toutes les propriétés dépendantes dans ce cas doivent être vendues à l'enchère dans l'ordre suivant: *primo*, les provisions de sucre brut et raffiné, si l'on en trouve à l'usine; puis les matériaux, les machines, les appareils, les divers vaisseaux faisant partie de l'usine; et enfin les bâtiments avec le terrain mentionnés dans la description de l'usine. Le reste de la somme obtenue de la vente, après le paiement de la dette au fisc et de tous les frais de la vente, est aussitôt rendu au fabricant. La police du district est chargée de la surveillance de l'usine, avec toutes les propriétés, jusqu'au paiement de cette dette. || 40. La direction de l'accise du sucre est sous la dépendance du Ministre des Finances et fait partie du département des Contributions Indirectes; c'est le pouvoir central. || 41. C'est le Ministre des Finances qui (1) fixe le nombre de districts de l'accise ainsi que le nombre des employés nécessaires pour le fonctionnement de cette branche de l'administration; (2) qui publie les instructions détaillées pour la perception de l'impôt; (3) qui interprète et complète les mesures temporaires conformément aux principes qui en font la base; et (4) qui prend l'initiative, dans les limites de la législation existante, pour toutes les mesures nécessaires à la sauvegarde des intérêts du fisc. || 42. L'administration locale est confiée aux Chefs de la Perception de l'Accise; puis viennent les Inspecteurs des Circonscriptions, leurs Aides, les Inspecteurs des Districts et les Contrôleurs des Usines. || 43. Les Chefs de la Perception de l'Accise (1) distribuent les usines par circonscriptions et districts, (2) veillent sur la perception régulière de l'accise, prennent à cet effet les

mesures nécessaires dans les limites de leurs attributions, et (3) désignent les employés pour la surveillance de l'accise de sucre. || 44. Chaque circonscription est sous l'administration directe de son Inspecteur et divisée en districts confiés à la surveillance directe de ses Aides. La surveillance des usines, qui, à cause de leur distance éloignée, ne peuvent être incluses dans les circonscriptions, est déléguée aux Inspecteurs des Districts. || Voici la récapitulation des diverses pénalités pour les infractions à la Loi d'Accise de sucre: — || 48. Les fabricants, qui n'informeront pas l'Administration de l'Accise que la construction de l'usine est définitivement achevée, sont punis d'une amende de 300 roubles au plus. || 49. Les fabricants, qui ne présenteront pas à cette Administration la description, les dessins et les plans de l'usine et des appareils qui s'y trouvent, ou qui auront dans leurs usines des appareils non mentionnés dans cette description, sont punis d'une amende de 100 roubles au plus. || 50. Les fabricants, qui fabriqueront le sucre dans une usine bâtie à l'insu de l'Administration de l'Accise, ou dans un autre placement adapté à cette fabrication, sont condamnés à payer une accise dix fois plus forte pour toute la quantité de sucre fabriqué, et punis d'une amende égale à la somme quadruple de cet accise excessive, et d'un emprisonnement de deux à quatre mois. De plus, le sucre trouvé et tous les matériaux nécessaires à sa fabrication, ainsi que les machines, les appareils et les emballages, seront confisqués et vendus au profit du fisc. || 51. Les fabricants qui (1) commencent l'exploitation de l'usine, construite à la connaissance de l'administration, avant de présenter la déclaration obligatoire, ou avant l'époque mentionnée dans cette déclaration, ou continueraient l'exploitation après le terme fixé pour cesser les travaux, de sorte que le sucre fabriqué pendant ce temps échapperait au paiement de l'impôt, ou (2) qui vendraient ou livreraient le sucre non inscrit dans les livres d'usine parmi les recettes — sont condamnés à payer l'accise dix fois plus grande pour toute la quantité du sucre illicitement fabriqué, vendu, ou livré, et punis: — || *Pour la première fois*, d'une amende double de la somme de l'accise excessive susmentionnée, et le sucre est confisqué et vendu au profit du fisc, ou, s'il a été déjà vendu, la quantité correspondante de sucre doit être confisquée et vendue dans le même but; || *Pour la seconde fois*, d'une amende quadruple de la somme de l'accise excessive et de la confiscation du sucre même ou de la quantité correspondante s'il a été vendu; || *Pour la troisième fois*, de la même amende comme pour la seconde fois et d'un emprisonnement de deux à quatre mois. || Les mêmes punitions sont infligées aux raffineurs et marchands de sucre pour l'acquisition du sucre qui a été livré, à leur connaissance, avec évasion du paiement de l'accise. || 52. Si dans les cas précités il n'y a pas intention de recéler le sucre fabriqué illicitement, ou si les livres d'usine ne sont pas tenus, et en général pour toute infraction aux règles qui garantissent la perception régulière de l'accise même quand il n'y aurait pas de recèlement de sucre, la peine infligée est: — || *Pour la première fois*, une amende de 100 roubles au

Nr. 9681.
Konferenz-
Staaten.

plus; || *Pour la seconde fois*, une amende de 200 roubles au plus; || *Pour la troisième fois*, et au delà, une amende de 300 roubles au plus. || 53. Si la tenue des livres d'usine est incorrecte, si les comptes ne sont pas présentés aux termes fixés à l'administration de l'accise, si les lettres d'envoi délivrées ne sont pas correctes, si l'on ne fait pas une déclaration de la perte des lettres d'envoi, et en général pour toutes les contraventions aux règles de comptabilité, de la fabrication et de la livraison du sucre, quand il n'y a pas évasion intentionnée du paiement d'accise, la peine est une amende de 20 roubles au plus. || 54. Le fabricant qui commencerait l'exploitation de l'usine de sucre sans avoir pris de patente est puni d'une amende de 100 roubles et d'un paiement de double impôt pour la patente, et les travaux à l'usine doivent être suspendus, d'après l'ordre de l'Administration de l'Accise, jusqu'à la prise de la patente. || 55. Le fabricant qui ne laisserait pas entrer dans l'usine les fonctionnaires de l'Administration de l'Accise est puni d'une amende de 200 roubles au plus. || 56. Le fabricant qui n'a pas informé l'Administration de l'Accise du louage de son usine reste responsable de tous les paiements dus au fisc et des contraventions occasionnées par la personne qui l'a louée. || 57. Si les actes illégaux dans la fabrication et la livraison du sucre sont commis, à l'insu et sans participation du fabricant, par son fondé de pouvoir ou autre employé à l'usine, l'amende et la peine personnelle sont infligées aux individus coupables des méfaits, avec défense de service dans les usines de sucre. Si l'amende n'est pas payée dans le délai de deux semaines, la réquisition se fait sur la propriété de la personne, et, si cette propriété est insuffisante, sur le propriétaire de l'usine. || Les personnes insolvables, quant au paiement des amendes, sont soumises, selon la grandeur de la somme à recouvrer, aux arrêts, à l'emprisonnement, ou reléguées aux travaux publics.

Extrait des Instructions pour la Perception de l'Accise du Sucre.

Devoirs des Chefs de la Perception de l'Accise et des Réviseurs.

1. La visite personnelle et l'inspection de toutes les usines de leur administration durant leur tournée annuelle dans la province. || 2. La tenue des registres des usines de sucre subordonnées à leur administration, avec tous les détails nécessaires. || 3. La tenue des livres de compte de la quantité du sucre fabriqué dans chaque usine, de l'accise à percevoir, de l'impôt de la patente, et des amendes, d'après les rapports mensuels fournis par les Inspecteurs des circonscriptions et des districts et la présentation d'un rapport mensuel, extrait de ces livres, au Département des Contributions Indirectes, ainsi que d'un compte rendu des travaux, après la campagne de l'exploitation, durant toute cette campagne. || Les chefs de la perception de l'accise doivent veiller en plus — || (5.) A la déclaration de l'arrangement définitif de nouvelles usines à terme légal. || (6.) A la collection des données statistiques sur la fabrication du sucre par les Inspecteurs des circonscriptions et des districts, et à la

présentation au Département des Contributions Indirectes de tableaux dressés sur ces données, dans les formes prescrites, pas plus tard que le 1^{er} Juin, le 1^{er} Septembre et le 1^{er} Décembre. || (6.) Au versement au Trésor, aux époques prescrites, de l'accise due par chaque usine, de l'impôt de la patente et autres paiements et à la présentation au Département des Contributions Indirectes d'un rapport annuel, pas plus tard que le 1^{er} Octobre, de tous les paiements reçus de chaque usine de sucre et des arriérés qui restent à solder. || (7.) A l'envoi à la Chambre de Contrôle de tous les livres de compte des usines, pour légalisation. || Le devoir des Réviseurs est de réviser, sur la recommandation des chefs, les bureaux de l'administration de l'accise du sucre et de vérifier la régularité des actes de tous les fonctionnaires employés à la surveillance de l'accise du sucre. Ils doivent, pendant leurs tournées dans la province, visiter les usines de sucre, les inspecter et les réviser et dans les cas nécessaires prendre part aux Commissions chargées de vérifier les descriptions des usines et jauger les vaisseaux. Ils doivent également découvrir les abus dont ils peuvent être informés, et prendre des mesures pour y remédier.

Devoirs des Inspecteurs des Circonscriptions et des Districts.

(1.) De surveiller directement les usines de sucre dans leurs circonscriptions, d'inspecter personnellement et fréquemment la fabrication, au moins trois fois pendant la campagne de l'exploitation, de s'assurer de l'exactitude des balances et autres machines à peser, de vérifier les actes de services de leurs aides et des contrôleurs et de s'assurer de la quantité du sucre fabriqué, d'après le livre de pesages, prenant en considération les données contenues dans les livres d'usine. || 2. De tenir (a) un registre détaillé de toutes les usines dans leurs circonscriptions et (b) un livre de compte du sucre fabriqué dans chaque usine et de l'accise à percevoir d'après les extraits des livres de pesage du sucre frappé par l'accise, communiqués chaque mois par toutes les usines. || 3. De présenter chaque mois au Chef de la Perception de l'Accise un rapport de la quantité de sucre, fabriqué dans chaque usine, et de l'accise à percevoir; de dresser un compte rendu à la fin de la campagne de l'exploitation, pour chaque usine, des quantités de produits fabriqués et livrés et des sommes de l'accise et de l'impôt de la patente à percevoir d'après les données inscrites dans les livres d'usine et de présenter ce compte rendu au Chef de la Perception de l'Accise. || 4. De présenter au Chef de la Perception chaque année, après le 1^{er} Septembre, un rapport de toutes les sommes entrées dans le fisc et des arriérés à recevoir pour chaque usine de leurs circonscriptions. || 5. De recueillir les données statistiques sur la construction et la force productive des usines, la marche des travaux dans ces usines, la grandeur des plantations de betteraves, les récoltes de la plante, sa qualité, sa richesse en matière saccharine, la quantité de betteraves mises en oeuvre, de sucre produit, etc., et de présenter les rapports dressés sur ces données au Chef de la Perception de l'Accise le 15 Mai, le 16 Août et le 15 Novembre. ||

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

6. De légaliser les livres à souches des lettres d'envoi présentées par les fabricants. || 7. De recevoir les déclarations des fabricants, de vérifier les descriptions des usines qu'ils présentent, de jauger les vaisseaux pour les sirops et mélasses, dresser les procès-verbaux, et donner les patentes pour le droit d'exploitation.

Devoirs des Aides des Inspecteurs des Circonscriptions.

De visiter aussi fréquemment que possible les usines de leurs circonscriptions, d'assister aux pesages du sucre, s'assurant d'avance de l'exactitude des balances et des poids, de vérifier l'exactitude des pesages faits dans leur absence, la régularité des numéros des colis pesés, des inscriptions faites dans les livres des quantités de sucre, d'après le poids, et de surveiller la tenue des livres d'usine. || De plus, ils doivent suivre la marche des travaux dans l'usine, appliquant leur attention: (a) à la quantité de betteraves mises en oeuvre, c'est-à-dire à la quantité des rapures de betteraves mises dans les diffusoirs, et de la pulpe dans les charges envoyée à la presse ou chargée dans les cuves à macération; (b) à la rapidité du mouvement des appareils pour la division des betteraves, à la durée du travail des opérations complètes dans les presses, diffusoirs et cuves à macérer, à la vitesse de la rotation des cylindres des presses cylindriques, et autres conditions de leur travail; (c) à la quantité et à la qualité du jus, obtenu à l'extraction et soumis à la défécation, d'après l'aréomètre de Brix, et à la richesse saccharimétrique du jus d'après la méthode polarimétrique; (d) à la qualité du résidu de la diffusion, c'est-à-dire la densité, d'après l'aréomètre de Brix, des eaux d'épuisement écoulées des diffusoirs et des eaux qui restent dans les résidus, à leur teneur de la matière saccharine, et à la quantité de résidu dans les presses; (e) à la quantité des produits inférieurs ajoutés au jus et dissouts à la cuite, à la densité, d'après Brix ou Beaumé, du jus concentré ou sirop, à la durée de la concentration dans les appareils de condensation, et à la quantité de la masse cuite obtenue, et sa qualité, s'il est possible, d'après la méthode polarimétrique; (f) à la méthode d'épuration et de décoloration de la masse cuite, et au rendement de sucre cristallin. || Les aides des Inspecteurs doivent inscrire les résultats de toutes ces observations dans leurs livres de voyage en y ajoutant des remarques particulières, s'il y en a à faire, dans les livres correspondants sous la rubrique des *Notes*. || Les fonctionnaires chargés de la surveillance de l'accise doivent, en visitant les usines de sucre, vérifier les quantités des produits des stades suivants de la fabrication, qui se trouvent dans les réservoirs, pour apprécier approximativement la quantité de sucre qu'on pourrait obtenir de ces produits. || Les devoirs des Inspecteurs de districts sont les mêmes que ceux des Inspecteurs de circonscriptions relativement à la tenue de la comptabilité, la réception des déclarations, la vérification des descriptions des usines et le jaugeage des appareils; quant à la surveillance des usines, leurs devoirs sont les mêmes que ceux des Aides des Inspecteurs des circonscriptions.

Devoirs des Contrôleurs.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Les Contrôleurs sont chargés de la surveillance directe des usines, et dans ce but quelques-uns d'eux, par l'ordre des Chefs de la Perception de l'Accise, ou sur la demande des fabricants, restent en permanence dans les usines. Les Contrôleurs, qui ne sont pas attachés aux usines, sont à la disposition des Inspecteurs des circonscriptions, qui peuvent leur recommander de séjourner temporairement dans les usines, afin d'assister aux pesages du sucre, de vérifier les convois, etc. || Les Contrôleurs appelés à un séjour permanent dans les usines doivent:

1. Assister aux pesages du sucre et de la mélasse à leur transport dans les magasins ou dépôts et à leur sortie de l'usine. || 2. Veiller: (a.) A ce que chaque colis pesé contienne au moins 5 poudes (82_kilog.) de sucre ou de mélasse et soit inscrit immédiatement parmi les recettes dans le livre de pesages, sous le numéro approprié dans l'ordre consécutif du commencement de l'exploitation; et que tous les colis pesés, après avoir été marqués des numéros correspondants, des poids du sucre ou de la mélasse, de la tare et de la marque de l'usine, soient conservés séparément, pendant trois heures au moins, après le terme écoulé fixé pour le pesage, et puis transférés dans les magasins ou dépôts destinés à leur usage. || (b.) Que les colis de sucre transférés au magasin ou dépôts soient inscrits parmi les recettes dans le livre du magasin. || (c.) Que les colis de sucre ou de mélasse, à la sortie de l'usine, soient aussitôt portés en dépense dans le livre du magasin. || (d.) Que chaque convoi (ou partie) soit muni d'une lettre d'envoi, et que le numéro et les chiffres désignant le poids dans ce document soient en complet accord avec les inscriptions faites dans le livre du magasin.

Devoirs Généraux des Personnes employées dans le Service de l'Accise du Sucre.

Excepté les obligations spéciales mentionnées, les fonctionnaires de l'accise du sucre sont chargés: || (1.) De surveiller les convois de sucre (brut, raffiné, méliés), de sirops et de mélasse de toute espèce pendant leur trajet aux lieux de destination et aux stations de chemins de fer, et, dans ce but, ils doivent exiger des personnes, qui accompagnent ces convois, qu'elles leur présentent les lettres d'envoi ou factures, et vérifier, d'après ces documents, le nombre et les numéros des colis se trouvant dans le convoi, sans causer cependant des délais dans les mouvements des convois. Dans le cas de disparité entre les lettres d'envoi ou les factures et l'effectif du convoi le fonctionnaire dresse un Protocole et le présente au Chef de la Perception de l'Accise. || (2.) De surveiller les raffineries, notamment l'entrée de sucre brut qui n'est pas frappé d'accise ni accompagné de lettre d'envoi ou de facture. || (3.) De tenir pendant leurs tournées de révision des usines de sucre un journal de voyage et d'y inscrire toutes les informations recueillies dans ces usines et extraites des livres de ces usines. Ils doivent présenter chaque mois au Chef de la Per-

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

ception de l'Accise des extraits de ces journaux. || (4.) D'inscrire dans le livre de pesages, à chaque visite à l'usine de sucre, les résultats de leurs actes quant à la vérification des pesages.

Emballage, Pesage, Emmagasiner et Sortie du Sucre.

L'emballage et le pesage du sucre (brut, mélis, raffiné, en pains et morceaux) se fait dans une pièce séparée, qui doit être disposée et arrangée d'une telle manière qu'elle soit garantie, tant que possible, contre le pillage et la sortie clandestine du sucre avant l'assiette de l'accise. Dans ce but cette pièce doit communiquer seulement avec le séchoir et n'avoir qu'une porte de sortie s'ouvrant dans le vestibule ou immédiatement dans la cour. Les fenêtres de cette pièce, si elle se trouve au bas étage, doivent être recouvertes de grillage en fil d'archal. || (2.) Dans cette pièce d'emballage doivent être placés la balance ou autre machine pour peser bien exactement, marquée à l'estampille du Gouvernement, et les poids exacts portant la même estampille. Ces appareils à peser, ainsi que les poids, doivent être vérifiés de temps en temps. || (3.) Le sucre qui doit être livré de l'usine, soit à l'état achevé, comme sucre brut blanc, raffiné ou mélis, soit à l'état inachevé, comme sucre brut jaune, brun, masse cuite, sirop, etc., peut être emballé dans les barils, sacs, ou caisses; mais chaque emballage doit être pesé préalablement, avant le chargement du sucre, avec toutes les appartenances, telles que clous, cordes, planches, etc., et la tare doit être inscrite dans la colonne correspondante du livre de pesages. || Après le pesage des colis de sucre, le poids de chaque colis est inscrit dans la colonne de poids bruts du livre de pesages, et dans la colonne de poids nets du même livre on inscrit la différence entre le poids brut et le poids de la tare. Le poids de chaque colis ne doit pas être moins de 5 poudes (82 kilog.); la sortie d'un colis au-dessous de ce poids est défendue.

Sortie de Mélasse épuisée (noire) et des Produits inachevés.

La sortie des usines de la mélasse épuisée (noire) est permise sans paiement d'accise si elle correspond complètement à la description donnée plus haut. Vu les difficultés de l'analyse sur les lieux par les employés de l'administration, ces derniers doivent, en surveillant la sortie de la mélasse noire, se contenter seulement de l'examen du caractère extérieur du produit; dans les cas, où l'on soupçonne que c'est le sirop qu'on fait sortir sous l'apparence de la mélasse noire, les employés prennent un échantillon, pesant 2 livres, qu'ils envoient dans une boîte de fer blanc, scellée avec les sceaux du fabricant et du Gouvernement, au Département des Contributions Indirectes; mais on laisse sortir le convoi avec la mélasse de l'usine, accompagné de la lettre d'envoi ordinaire, à condition que le fabricant paie l'accise pour cette mélasse, si le Département trouve que l'échantillon d'après sa composition ne correspond pas au caractère de la mélasse admis par la loi. || Dans le cas, où les fabricants solliciteraient l'autorisation de payer pour les produits inachevés, tels

que sucres bruts, jaunes, bruns, sirops, etc., une accise plus basse, proportionnelle à la teneur du sucre blanc, des échantillons de ces produits, mesurant chacun 2 livres, doivent être présentés à l'examen du Département des Contributions Indirectes, qui fixe le taux de l'accise à percevoir. Ce cas est prévu par l'Article 20 de l'Extrait de la Législation, page 2 de ce Mémoire.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Restitution de l'Accise pour le Sucre indigène exporté à l'Étranger.

Le sucre indigène est libéré de l'accise à son exportation à l'étranger seulement quand ce sucre est à l'état solide, tel que sucre brut de différentes qualités, mélis, sucre raffiné et candi, et quand chaque colis est au moins du poids de 10 poudes net (164 kilog.). Chaque partie de sucre exporté à l'étranger doit être munie d'une lettre d'envoi de l'usine, où il a été fabriqué, ou de la facture du marchand, avec l'indication de l'usine et de sa provenance. || L'exportation du sucre brut jaune et brun est permise seulement directement des usines, après l'assiette préalable d'accise, et l'accise n'est pas rendue en espèces, mais déduite de la somme totale de l'accise à percevoir dans le compte général. || Le sucre brut livré à l'exportation doit être sec, sans présenter une masse visqueuse. || Plus loin seront indiquées les règles spéciales observées à l'exportation de cet article. Quant à l'exportation du sucre raffiné en pains ou grandes tablettes, il doit être emballé dans du papier, pas plus de deux feuilles, et noué d'une ficelle, conformément aux échantillons tenus dans les Douanes; dans les cas contraires on rabat 4 pour cent du poids brut sur toute la partie. Si l'exporteur trouve ce rabat trop exorbitant, il peut demander qu'on détermine le poids réel en pesant toute la partie sans emballage. Le sucre raffiné en morceaux brisés ou sciés est livré aux Douanes dans des caisses ou barils. || Le sucre destiné à l'exportation doit être présenté à la Douane, accompagné de la déclaration de l'exporteur ou de son fondé de pouvoir, ainsi que de la facture signée, avec indication en pleines lettres de la quantité et de l'espèce des colis, formant la partie exportée, des marques, des numéros et du poids total, brut et net. Son poids brut et net doit être désigné sur chaque colis. || La Douane, après avoir reçu la déclaration avec la facture du sucre exporté, vérifie, conjointement avec l'employé de l'Accise, s'il y en a un, la partie de la marchandise, quant à son contenu, en présence de l'exporteur ou de son fondé de pouvoir, pour s'assurer que c'est réellement du sucre qui est exporté, sans aucun mélange, et que la quantité indiquée dans la facture est exacte. Dans ce but, on examine au moins un dixième des colis de toute la partie, d'après le choix des employés, et l'on détermine le poids brut de toute la partie par un nouveau pesage. De ce poids on déduit, pour la tare des barils et des caisses en bois de pin et sapin, ou autres bois tendres, pour les colis de 25 pouds (410 kilog.), poids brut, au moins 7 pour cent. || Pour les barils et caisses en bois de chêne, frêne, tremble, ou autres bois durs, 9 pour cent. || Pour les sacs — Simples, 1 pour cent. || Doubles, 2 pour cent. || Triples, 3 pour cent. || A l'exportation du sucre raffiné en Perse

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

et Turquie d'Asie dans les emballages de feutre le poids net est déterminé par le pesage; et à l'exportation, pour la même destination, dans des caisses, pour les colis de $5\frac{1}{2}$ poudes (90 kilog.) au moins, la tare est fixée à 28 pour cent. || Dans les cas, où l'on trouverait dans le sucre quelque mélange pour augmenter le poids, dans le but de tirer un avantage illicite du retour de l'accise, ou des autres objets au lieu de sucre, tous ces colis seront confisqués, et on exige de l'exporteur le paiement de la somme de l'accise à rendre, et, jusqu'à l'acquiescement de cette amende, l'exportation de la partie du sucre où l'on avait remarqué ces irrégularités est suspendue. || Après l'examen du sucre destiné à l'exportation, on dresse un Protocole en deux exemplaires, signés par les employés qui ont procédé à cet examen et par l'exporteur ou son fondé de pouvoir. || Dans ce Protocole doivent être indiqués en pleines lettres le poids net et l'espèce du sucre exporté, la somme de laquelle il doit être libéré, et la date de l'exportation; et la Douane remet à l'exporteur un certificat, sur papier timbré, testifiant que le sucre a été réellement exporté à l'étranger, avec une quittance à compte qui est acceptée contre le paiement de l'impôt de l'accise. || Voici les règles spéciales pour l'exportation du sucre brut, jaune ou brun, directement de l'usine. || Le fabricant qui désire envoyer le sucre brut à l'étranger doit présenter à l'Inspecteur de l'Accise de Sucre une déclaration indiquant (a) la quantité de sucre destinée à l'exportation, (b) la sorte d'emballage, (c) les Douanes par lesquelles il sera exporté, et (d) l'époque de la sortie proposée du sucre de l'usine. || A la réception de cette déclaration, l'Inspecteur ou son Aide doit se rendre à l'usine pour surveiller, conjointement avec le Contrôleur, si ce dernier n'y réside pas, le pesage et l'emballage du sucre à exporter, et pour affixer des garanties matérielles de sûreté au convoi du sucre brut sorti de l'usine. || Le pesage et l'emballage se font de la manière ordinaire déjà indiquée plus haut. Quant aux garanties de sûreté, elles varient d'après la locomotion du convoi jusqu'à la Douane; nommément (1), si le convoi est transporté directement de l'usine dans des wagons de chemin de fer jusqu'à la Douane mentionnée dans la déclaration, sans déchargement, la mise de scellés ou de plombs sur le wagon suffit; mais (2), si le convoi, durant le trajet, est déchargé avant d'arriver au lieu de destination, ou s'il est transporté en chariots, on attache des scellés ou des plombs à chaque colis de manière qu'on ne puisse les ouvrir sans briser ces scellés. || Un Protocole est dressé, relativement au pesage et à l'emballage du sucre brut destiné à l'exportation, en deux exemplaires, dans lesquels on doit indiquer le nombre, l'espèce, et les numéros des colis, le poids brut et net (en pleines lettres) et l'espèce de sucre brut. Ce Protocole doit être signé par tous les fonctionnaires de l'accise, présents à ces opérations, et par le fabricant ou la personne responsable de la direction de l'usine. Un de ces exemplaires est envoyé à la Douane par laquelle le sucre doit être exporté, avec indication de la mode de transport et de la date de la sortie de l'usine. || Le fonctionnaire de l'accise qui a surveillé le pesage et l'emballage doit livrer

une lettre spéciale d'envoi, y indiquant le nom et l'adresse de l'usine, l'espèce et la quantité de sucre brut en poids brut et net, le nombre, les numéros et l'espèce des colis, quelles garanties de sûreté, scellés ou plombs, ont été apposées aux wagons ou aux colis, la date de la sortie du convoi, la route qu'il suivra, la Douane par laquelle le sucre sera exporté, la mode de transport du convoi, mentionnant les numéros des wagons dans lesquelles le sucre a été chargé s'il a été expédié par chemin de fer directement de l'usine, sans déchargement dans le trajet, et le nom de famille et de baptême de la personne qui accompagne le convoi s'il est envoyé en chariots. || A l'arrivée du convoi à la Douane, et à la présentation de la déclaration, sur papier timbré, par l'exporteur, les autorités de la Douane vérifient le convoi d'après la lettre d'envoi, en s'assurant que les garanties de sûreté apposées par les fonctionnaires de l'accise sont restées intactes. Si elles le sont, l'examen du convoi est inutile, et l'on se contente de la vérification du nombre et des poids des colis; si le poids est plus considérable que celui marqué dans la lettre d'envoi et le Protocole transmis à la Douane, la déduction de l'accise se fait d'après le poids indiqué dans ce Protocole et dans la lettre d'envoi; mais, si le poids est moindre, la déduction se fait, d'après la quantité réelle de sucre exporté, sur la vérification des poids faite à la Douane et la soustraction des tares, marquées sur les colis, du total des poids bruts. || Si les garanties de sûreté se trouvent endommagées, ou s'il y a un doute sur ce point, on fait un examen détaillé de tout le convoi.

Règles pour les Analyses Saccharimétriques des Produits inachevés et de la Mélasse épuisée (noire).

Les analyses saccharimétriques se font au laboratoire du Comité Technique du Département des Contributions Indirectes, par un des membres de ce Comité. L'objet de ces analyses est (a) de déterminer le contenu du sucre cristallin dans les produits examinés, et (b) le degré du raffinage du produit, c'est-à-dire la quantité du sucre blanc (ou raffiné) qu'on en pourrait obtenir par les procédés ordinaires de la fabrication proportionnellement au contenu des parties minérales, ou cendres, qui empêchent la cristallisation d'une certaine partie du sucre. || Voici la méthode pratique qu'on suit. || On détermine la quantité de tout le sucre cristallin dans le produit examiné avec l'appareil de polarisation. Dans ce but, on dissout le poids normal du produit soumis à l'examen dans de l'eau; si la solution est alcaline, on la neutralise avec de l'acide acétique, et on la clarifie avec de l'acétate de plomb et du tanin; puis on la dilue dans de l'eau jusqu'à un volume de 100 centimètres cubés; on l'agite et on la filtre. La liqueur filtrée est polarisée immédiatement dans une tube de 200 millimètres de longueur, ou, si elle est encore colorée, après une décoloration préalable avec du charbon animal, et le polarimètre indiquera la teneur du sucre cristallin en "pour cent." || Pour déterminer le degré de raffinage du produit examiné, on procède sur la supposition que 1 part des ma-

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

tières minérales (cendres) entrave la cristallisation et, par conséquent, empêche d'obtenir, sous la forme de raffinade, 4 parts du sucre contenu dans le produit examiné: on prend donc une certaine quantité de ce produit (4 grammes, par exemple), et, après l'avoir humectée avec quelques gouttes d'acide sulfurique, on la carbonise et la calcine dans un creuset de platine. On déduit après de toute la quantité des cendres obtenue $\frac{1}{10}$ partie, comme sels sulfates; le reste, exprimé en "pour cent" du poids du produit analysé, est multiplié par 4; le produit obtenu est déduit de la quantité du sucre cristallin indiquée par le polarimètre; on soustrait encore de ce reste $1\frac{1}{3}$ pour cent pour la perte dans le raffinage, et on arrive définitivement à la quantité de sucre raffiné ou blanc qu'on pourrait obtenir du produit examiné par les procédés ordinaires de la fabrication. || Pour déterminer le contenu du sucre cristallin dans le produit en présence des autres matières qui réagissent activement sur la lumière polarisée, en tournant le plan de la polarisation à droite ou à gauche, on emploie la méthode à inversion, se servant de la formule

$$R = \frac{100 \times s}{144 \times \frac{t}{z}}$$

L'examen de la mélasse épuisée (noire) a pour objet de déter-

miner (a) sa densité d'après Brix, c'est-à-dire la quantité apparente des parties sèches; (b) la teneur du sucre cristallin; (c) la teneur des matières non-saccharines; et (d) sa valeur apparente. || La densité est déterminée par l'aréomètre de Brix, et dans ce but on dissout une certaine quantité de mélasse dans une double quantité d'eau distillée; on examine la densité de la solution, et l'indication de l'aréomètre obtenue est multipliée par 2 ou 3. || La teneur du sucre cristallin est déterminée avec le polarimètre, d'après la méthode décrite, et la différence entre l'indication de l'aréomètre de Brix et la teneur du sucre cristallin établira le contenu de non-sucre. || On trouve la valeur apparente de la mélasse en multipliant la teneur du sucre cristallin en "pour cent" par 100 et divisant le produit par l'indication de l'aréomètre de Brix. || Si la mélasse contient, outre le sucre, d'autres substances réagissant sur la lumière polarisée, on emploie la méthode à inversion mentionnée plus haut.

Aperçu Statistique.

Je pense qu'il serait utile d'ajouter à la fin de ce Mémoire quelques données statistiques sur le revenu fourni par l'accise du sucre et sur l'état de l'industrie sucrière en Russie. || Un aperçu statistique démontrera d'une manière évidente comment cette industrie prospère sous le régime des lois que j'ai exposées avec les détails nécessaires, et que l'exercice, qui est la base de ces lois, est complètement efficace, sans entraver du moins la marche des travaux des usines. Je crois nécessaire d'établir ce dernier point aux yeux des Délégués qui mettent en doute et l'efficacité de ce système et la probité des employés qui font l'exercice. || L'aperçu suivant est basé sur les données pour l'année 1886 extraites du Rapport du Département des Contributions Indirectes,

qui a été publié seulement au commencement de cette année. || Je commencerai par le revenu.

Nr. 9681.
Konferenz-
Staaten.

Le revenu total fourni par l'impôt sur le sucre était en 1886 de 20,650,022 roubles, ou 46,256,035 fr. au cours d'échange de 2 fr. 24 c. pour le rouble.

	Roubles.	Francs.
Dans ce total général l'accise figurait pour	18,942,243	= 42,430,614
La patente	141,794	317,619
Les amendes	65,472	146,657
Restitution des primes abolies le 1 ^{er} Juillet, 1886, pour l'exportation en 1885	1,500,513	3,361,149
Total	20,650,022	46,256,039

En comparant ce résultat avec les chiffres des années 1876 à 1886 on trouve un accroissement remarquable dans le revenu dérivé de cette source.

Années.	Accise.	Patente.	Amendes.	Restitution des Primes.	Total.
	Roubles.	Roubles.	Roubles.	Roubles.	Roubles.
1876.	4,850,809	76,037	66,151	—	4,992,997
1877.	6,616,048	68,385	91,387	—	6,775,820
1878.	4,972,553	58,755	63,511	—	5,094,819
1879.	4,537,814	48,395	48,267	—	4,634,476
1880.	4,169,537	51,409	36,355	—	4,257,301
1881.	3,590,772	63,190	40,581	—	3,694,543
1882.	7,962,258	85,411	7,378	—	8,055,047
1883.	8,783,177	89,079	5,967	—	8,878,223
1884.	12,252,953	96,217	46,594	—	12,395,764
1885.	13,676,172	109,409	77,011	—	13,862,592
Moyenne de 10 ans.	7,141,209 (15,996,308 fr.)	74,629 (167,169 fr.)	48,320 (108,237 fr.)	—	7,264,158 (16,271,714 fr.)
1886.	18,942,243 (42,430,614 fr.)	141,794 (317,619 fr.)	65,472 (146,657 fr.)	1,500,513 (3,361,149 fr.)	20,650,022 (46,256,039 fr.)

L'accroissement du revenu de 1886 comparé à la moyenne des dix ans écoulés est donc de 13,385,864 roubles (29,984,335 fr.), égal à 184 pour cent; envisageant de la même manière les quatre années précédentes, 1882, 1883, 1884 et 1885, on trouve des accroissements correspondants de 89, 83, 132 et 123 pour cent. Ces excédants considérables et continuels du revenu depuis 1882 peuvent être expliqués d'un côté par l'augmentation dans la production du sucre, mais surtout par le changement du système de la perception de l'accise et par l'élévation de l'impôt de 50 copecks à 65 copecks et puis à 85 copecks par ponde (6 fr. 80 c., 8 fr. 85 c., et 11 fr. 62 c. par 100 kilos.); en plus, la restitution des primes accordées à l'exportation à titre d'emprunt commença d'après le règlement du Comité des Ministres l'année 1886, et fournit un peu plus d'un million et demi de roubles. Mais, pour juger plus

Nr. 9031.
Konferenz-
Staaten.

correctement de l'influence salubre du changement dans le système de la perception de l'impôt, en le fixant sur le sucre actuellement fabriqué dans les usines, ce qui a été introduit le 1 Août, 1881, il faudrait comparer la moyenne des données pour les six années antérieures, 1876-1881, lorsque fonctionnait encore le système de perception de l'impôt d'après la production normale des appareils et le rendement normal des betteraves, avec l'année 1886, en déduisant seulement la restitution des primes. On trouvera alors que cette moyenne, qui ne serait que 4,908,326 roubles (10,994,650 fr.), indiquerait pour l'année 1886 un excédant du revenu de 14,241,183 roubles (31,900,250 fr.); et si l'on prend en considération que l'ancien système de l'assiette de l'impôt accordait aux exportateurs du sucre une prime déguisée de 50 à 55 copecks par poude (6 fr. 83 c. à 7 fr. 52 c. par 100 kilog.), l'accroissement actuel du revenu sera encore plus considérable. || Admettant que le chiffre de la population de l'Empire de Russie s'élève à 101,500,000 habitants, l'impôt sur le sucre serait de 20³/₄ copecks (46 centimes) par habitant.

Je passerai maintenant à l'état de l'industrie sucrière durant l'année 1885-86, et je commencerai, comme je l'ai déjà fait plus haut pour le revenu, afin d'établir une base de comparaison, par les chiffres pour les 10 années antérieures.

Années.	Nombre d'Usines.	En Poudes.	En Kilogrammes.
1875-76	254	9,507,105	159,002,380
1876-77	260	12,669,594	207,527,950
1877-78	245	10,602,918	173,675,797
1878-79	240	11,101,063	181,835,412
1879-80	239	12,544,628	205,481,007
1880-81	236	12,399,897	205,110,313
1881-82	235	15,936,714	261,043,375
1882-83	237	17,537,890	287,270,638
1883-84	244	18,859,739	308,922,525
1884-85	245	20,958,120	343,294,006
Moyenne de 10 années	—	14,211,767	132,788,741
1885-87	241	29,039,594	475,668,540

Les plantations de betteraves, qui fournissent la matière première pour ces usines, en 1884-85 occupaient 291,730 dessiatines (318,569 hectares), en 1885-86 299,574 dessiatines (327,135 hectares), et les quantités des betteraves actuellement mises en oeuvre étaient en 1884-85 246,312,380 poudes (4,033,596,784 kilog.) et en 1885-86 336,699,730 poudes (5,515,141,692 kilog.); les quantités du sucre produit déterminées par l'accise étaient d'après la Table précédente en 1884-85 20,958,120¹/₂ poudes (343,294,006 kilog.) et en 1885-86 29,039,594 poudes (475,668,540 kilog.); en plus, la production de la mélasse était en 1884-85 8,427,759 poudes (138,046,692 kilog.) et en 1885-86

11,384,582 poudes (186,479,453 kilog.). Le sucre produit était principalement le sucre blanc; en 1885-86 la quantité fabriquée de cette espèce de sucre était de 25,193,086 poudes (412,662,749 kilog.), ou 86·75 pour cent du total de la production. La quantité de sucre raffiné produit dans les raffineries attachées aux usines de la fabrication, ainsi que dans les raffineries indépendantes, mais travaillant exclusivement le sucre brut, déjà frappé d'impôt dans les usines de la fabrication, était l'année 1884-85 15,199,346 poudes (248,965,287 kilog.) et en 1885-86 16,762,634 poudes (274,571,945 kilog.). La récolte des betteraves sur les 299,874 dessiatines (327,463 hectares) prises par les usines était en 1885-86 340,881,710 poudes (5,583,642,410 kilog.), ce qui correspond à la récolte moyenne de 1,138 poudes par dessiatine (17,069 kilog. par hectare); et l'année 1884-85 les 291,730 dessiatines (318,569 hectares) ensemencées n'ont rendu que 249,957,650 poudes (4,094,306,307 kilog.), donnant une récolte moyenne de 857 poudes par dessiatine (8,917 kilog. par hectare), ou 32·8 pour cent de moins. Quant à la qualité des betteraves récoltées, représentée par le contenu de sucre dans le jus, il n'y a presque pas de différence entre les récoltes des deux années. Le contenu moyen du sucre dans le jus des betteraves de l'année 1884 était 12·63 pour cent et de l'année 1885 12·66 pour cent. || L'excédant considérable de la production du sucre dans l'année 1885-86, qui était, comme démontre la Table précédente, de 8,081,474 poudes (132,374,544 kilog.), peut être expliqué uniquement par une récolte plus abondante de betteraves de cette année.

Nr. 9031.
Konferenz-
Staaten.

Pour donner une idée du fonctionnement de ces 241 usines, qui étaient en activité l'année 1885-86, j'ajouterai ici quelques chiffres relativement à leur classement qui indiquent leur importance respective:

1. Quant aux quantités des betteraves mises en oeuvre:

	Nombre d'Usines.
Quantités jusqu'à 300,000 poudes (4,914,000 kilog.)	6
De 300,000 à 600,000 poudes (de 4,914,000 à 9,828,000 kilog.) . . .	19
De 600,000 à 1,000,000 „ (de 9,828,000 à 16,380,000 „)	55
De 1,000,000 à 2,000,000 „ (de 16,380,000 à 32,760,000 „)	122
De 2,000,000 à 3,000,000 „ (de 32,760,000 à 49,140,000 „)	30
Au-dessus de 3,000,000 poudes (49,140,000 kilog.)	9

2. Quant à la durée de l'exploitation ou au nombre de journées de travail:

	Nombre d'Usines.
A 30 journées	1
De 30 à 45 journées	1
De 45 à 60 „	5
De 60 à 75 „	16
De 75 à 90 „	24
De 90 à 105 „	51
De 105 à 120 „	61
De 120 à 150 „	70
Au-dessus de 150 journées	12

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

3. Quant au travail journalier ou à la quantité de betteraves mises en oeuvre pendant une journée de travail:

	Nombre d'Usines.
Jusqu'à 4,000 poudes (65,520 kilog.)	6
De 4,000 à 6,000 poudes (de 65,520 à 98,280 kilog.)	11
De 6,000 à 8,000 " (de 98,280 à 131,040 ")	30
De 8,000 à 10,000 " (de 131,040 à 163,800 ")	31
De 10,000 à 12,500 " (de 163,800 à 204,750 ")	52
De 12,500 à 15,000 " (de 204,750 à 245,700 ")	52
De 15,000 à 20,000 " (de 245,700 à 327,600 ")	38
De 20,000 à 30,000 " (de 327,600 à 491,400 ")	20
Au-dessus de 30,000 poudes (491,400 kilog.)	1

4. Quant à la production du sucre:

	Nombre d'Usines
Jusqu'à 25,000 pouds (409,500 kilog.)	15
De 25,000 à 50,000 poudes (de 409,500 à 819,000 kilog.)	45
De 50,000 à 75,000 " (de 819,000 à 1,228,500 ")	54
De 75,000 à 100,000 " (de 1,228,500 à 1,638,000 ")	52
De 100,000 à 150,000 " (de 1,638,000 à 2,457,000 ")	56
De 150,000 à 200,000 " (de 2,457,000 à 3,276,000 ")	17
De 200,000 à 250,000 " (de 3,276,000 à 4,095,000 ")	5
Au-dessus de 250,000 poudes (4,095,000 kilog.)	1

En résumant ces Tables on arrive aux résultats suivants: — || 1. Que durant l'année 1885-86 le plus grand nombre ou la moitié des usines travaillait de 1,000,000 à 2,000,000 poudes (16,380,000 à 32,760,000 kilog.) de betteraves. || 2. Que le plus grand nombre d'usines, nommément 182 (75.5 pour cent), fonctionnaient de 3 à 5 mois. || 3. Que le plus grand nombre d'usines — 142, ou 59 pour cent — travaillaient de 10,000 à 20,000 poudes (131,040 jusqu'à 327,600 kilog.) de betteraves par jour; et — || 4. Que le plus grand nombre d'usines — 75, ou 31.1 pour cent — produisaient de 100,000 à 150,000 poudes (1,638,000 à 2,457,000 kilog.) de sucre. || Dans la plus grande partie des usines de fabrication c'est la méthode à diffusion qui est employée pour l'extraction du jus; elle a été en usage l'année 1885-86 dans 219 usines possédant 2,716 diffuseurs de capacité totale de 336,799 vedros (39,077 hectolitres); il n'y avait que 22 usines qui travaillaient encore avec les presses. || L'extraction du sucre de la mélasse se pratique par les trois procédés connus: l'osmose, l'éluion et le traitement par la strontiane. || En général je remarquerai ici que, sous le rapport technique, l'industrie sucrière en Russie est complètement au niveau de la perfection à laquelle elle est arrivée dans les autres pays. || Le nombre des ouvriers employés était l'année 1885-86 93,395, dont 78,479 hommes, 12,000 femmes et 2,097 enfants. || L'exportation du sucre sous l'influence des primes directes de 1 rouble, et puis de 80 copeks par ponde (13 fr. 67 c. et 10 fr. 91 c. par 100 kilog.), accordées aux export-

tateurs à titre d'emprunt durant l'année 1885-86 (du 12 Juillet, 1885, au 1^{er} Juillet, 1886) a pris des proportions assez considérables, et s'éleva à 7,582,351 poudes (124,198,909 kilog.), dont 7,323,932 poudes (119,966,006 kilog.) furent exportées par la frontière Européenne et seulement 258,419 poudes (4,232,903 kilog.) par la frontière Asiatique. || Après le 1^{er} Juillet, 1886, quand les primes directes pour l'exportation du sucre dans les contrées Européennes furent abolies, cette exportation cessa presque du côté de l'Europe, et entre le 1^{er} Juillet, 1886, et le 1^{er} Janvier, 1887, seulement 3,939 poudes (64,521 kilog.) ont été exportées de ce côté; mais l'exportation par la frontière Asiatique, encouragée encore par la continuation des primes directes de 80 copeks par ponde (10 fr. 94 c. par 100 kilog.) non restituables, jusqu'à l'année 1891 s'éleva à 392,656 poudes. La quantité du sucre exporté durant toute l'année 1886 était 3,871,377 poudes (63,413,155 kilog.). || Quant à l'importation du sucre étranger en Russie, elle a été très peu considérable pendant l'année 1886, ainsi que pendant les années précédentes; seulement 4,825 poudes (79,033 kilog.) ont été importées, dont 252 poudes (4,128 kilog.) par la frontière Européenne et 4,573 poudes (74,905 kilog.) par la frontière Asiatique, et c'était principalement le sucre candi Chinois. || Ce court aperçu, je crois, prouve d'une manière assez évidente que ce n'est que depuis le changement fait dans la mode de perception de l'impôt par l'introduction de l'accise sur le sucre actuellement fabriqué, qui est le seul système rationnel, et l'abolition des primes déguisées, que l'industrie sucrière en Russie et le revenu provenant de cette ce souront pris un développement réel et sérieux.

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

Schweden.

Minister an den grossbrit. Geschäftsführer.

Monsieur,

Stockholm, le 31 Mars, 1888.

En me référant à ma lettre du 24 Février dernier et à votre note du 24 courant, j'ai maintenant l'honneur de vous faire part de la décision du Gouvernement Royal quant au Projet de Convention entre les États qui ont pris part à la Conférence de Londres sur le régime des sucres. || Le Gouvernement du Roi approuve les principes posés par la Conférence pour l'imposition des sucres et la suppression des primes d'exportation comme étant au point de vue général justes et propres à écarter les sujets de plaintes qui ont donné lieu à la réunion de la Conférence. Aussi, il déclare formellement ne pas avoir l'intention d'apporter de changement dans le système de ne pas octroyer de primes, qui a été suivi jusqu'à présent par la Suède. Ceci bien établi, le Gouvernement du Roi, considérant l'importance minime de l'exportation Suédoise, telle qu'elle est maintenant et telle qu'elle restera en toute probabilité à l'avenir, ne croit néanmoins pas devoir, pour le moment du moins, prendre part à la Convention projetée. Cette participation entraînerait pour nous l'inconvénient d'opérer des changements dans nos dispositions légis-

Nr. 9631.
Konferenz-
Staaten.

latives et administratives, tandis qu'il est à présumer qu'en raison justement de l'exiguïté de notre exportation notre coopération ne pourrait être que d'un intérêt des plus faibles pour les autres Puissances intéressées. || Toutefois, si les circonstances rendraient plus tard notre adhésion désirable, le Gouvernement du Roi se réserve de profiter de la facilité offerte aux États non-Contractantes par l'Article VII du Projet de Convention. || Je viens, en conséquence, vous informer que le Gouvernement du Roi ne se fera pas représenter à la prochaine réunion de la Conférence et vous prier de vouloir bien porter ce qui précède à la connaissance de votre Gouvernement. || Quant aux questions soulevées par les Délégués des Pays-Bas et de l'Espagne, sur lesquelles vous avez appelé mon attention par votre note du 4 Janvier dernier, je suppose que, l'opinion du Gouvernement du Roi étant donnée, notre non-participation à la Convention ne peut être que d'un intérêt tout à fait théorique; mais je n'ai aucune hésitation à vous la communiquer à titre de renseignement, si elle peut être jugée utile à ce point de vue par votre Gouvernement. Nous estimons donc, pour ce qui concerne la proposition Hollandaise, que l'établissement de droits protecteurs sur le sucre est une question d'ordre intérieur n'entrant pas dans le domaine de l'arrangement international. Nous sommes heureux de voir nos vues là-dessus tomber d'accord avec celles du Gouvernement de Sa Majesté Britannique. Quant à la proposition Espagnole, il nous semble que la clause de la nation la plus favorisée sera nécessairement un obstacle à l'établissement de droits compensateurs sur le sucre primé provenant d'États jouissant de la clause en question. || Je finirai en vous exprimant la sincère reconnaissance du Gouvernement du Roi de l'accueil fait à Londres à M. Dickson, et en vous offrant, etc. Ehrensvärd.

Nr. 9632. **KONFERENZ-STAATEN.** — Sitzungsberichte der zweiten Konferenz (April — Mai 1888). — Präsident Baron von Worms.

Achte Sitzung, 5. April, 1888.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

La Conférence Internationale sur le Régime des Sucres a repris ses séances le Jeudi, 5 Avril, 1888, à 3 heures, au Foreign Office, sous la présidence de M. le Baron Henry de Worms, Membre de la Chambre des Communes, Sous-Secrétaire d'État au Colonial Office.

Les différents Gouvernements sont représentés par leurs Délégués, savoir: — || L'Allemagne par — || M. Jordan, Conseiller Intime Actuel de Légation, Consul-Général de l'Empire d'Allemagne à Londres. || M. Jaehnigen, Conseiller des Finances. || L'Autriche-Hongrie par — || M. le Comte de Kufstein, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire. || La Belgique par — || M. Guillaume, Directeur-Général au Ministère des Finances. || M. du Jardin, Inspecteur-Général au Ministère des Finances. || Assistés par — || M. de Smet, Sous-Directeur

au Ministère des Finances. || Le Danemark par — || M. de Barner, Chambellan de Sa Majesté le Roi de Danemark, Inspecteur-Général des Douanes. || L'Espagne par — || M. Batanero, Député. || M. Dupuy de Lome, Ministre Résident. || Les États-Unis par — || Mr. White, Chargé d'Affaires des États-Unis à Londres. || La France par — || M. Sans-Leroy, Député. || M. Jusserand, Chargé d'Affaires de France à Londres, Représentant du Ministère des Affaires Étrangères. || M. Pallain, Conseiller-Général, Directeur-Général des Douanes. || M. Catusse, Conseiller-Général, Directeur-Général des Contributions Indirectes. || M. Boizard, Sous-Chef de Bureau au Ministère des Finances, Secrétaire des Délégués Français. || M. Boizard est en même temps un des Secrétaires de la Conférence. || La Grande-Bretagne par — || M. le Baron Henry de Worms, Membre de la Chambre de Communes, Sous-Secrétaire d'État au Colonial Office. || M. le Comte d'Onslow, Secrétaire au Board of Trade. || Mr. C. M. Kennedy, C.B., Directeur des Affaires Commerciales au Foreign Office. || Mr. F. G. Walpole, Directeur de la Douane à Dublin. || L'Italie par — || M. Catalani, Chargé d'Affaires d'Italie à Londres. || Les Pays-Bas par — || M. W. A. P. Verkerk Pistorius, Directeur-Général des Contributions Directes-Douanes et Accises au Département des Finances. || M. C. J. C. Van de Ven, Contrôleur des Douanes et Accises à Rotterdam. || La Russie par — || M. Kamensky, Conseiller d'État Actuel. || Les fonctions de Secrétaire sont remplies par — || Mr. H. Farnall, Attaché au Foreign Office; Mr. A. E. Bateman, Sous-Directeur au Board of Trade; et M. Boizard, Sous-Chef de Bureau au Ministère des Finances; || Celles de Secrétaire-Adjoint par — || Mr. Eyre A. Crowe, Attaché au Foreign Office; et Mr. C. A. Harris, Attaché au Colonial Office. || Sont attachés à la Conférence — || Mr. W. E. T. Lawrance, Secrétaire Particulier de M. le Baron H. de Worms; || M. le Professeur Edmund Gosse, de l'Université de Cambridge, et du Board of Trade; et || Mr. Algernon Law, Attaché au Foreign Office.

M. le Président fait les excuses de M. le Comte de Kuefstein, de M. Catalani et de Mr. White, qui se trouvent dans l'impossibilité d'assister à la séance actuelle.

M. le Président prononce l'allocution suivante:

“Messieurs les Délégués et chers collègues. || Nous avons repris nos séances à la date proposée lors de notre dernière réunion. Je regrette que nous n'ayons pu vous remettre dans le cours du mois de Mars dernier les Mémoires de toutes les Puissances représentées à la Conférence; malheureusement, nous ne les avons pas reçus à temps. Le Gouvernement de la Reine a néanmoins proposé aux divers États que la Conférence se réunisse aujourd'hui. Cette proposition a été accueillie unanimement. Un seul Gouvernement, celui des Pays-Bas, a suggéré un délai qui permet d'étudier plus à fond ces documents importants. La proposition était légitime; et je puis assurer MM. les Délégués des Pays-Bas que les conseils du Gouvernement Néerlandais sont toujours précieux à celui de Sa Majesté. Mais dans les circonstances actuelles ce dernier a cru devoir reprendre les séances aujourd'hui, parce que la grande

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

majorité des Puissances avait déjà répondu affirmativement à la proposition du Gouvernement Britannique. || Vous aurez déjà reçu par la voie diplomatique les Mémoires de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark et des Pays-Bas. J'ai l'honneur de vous présenter ceux de la France et de la Russie, ainsi que les communications diplomatiques que le Gouvernement de la Reine a reçues du Gouvernement Suédois et du Gouvernement Impérial du Brésil. || Vous aurez observé que les Mémoires, et particulièrement ceux de l'Allemagne et de l'Autriche-Hongrie, exigent que tous les pays producteurs de sucre fassent partie de l'Union que nous désirons former. Il est fait mention explicitement du Brésil et des États-Unis. || Je me flatte que la Conférence trouvera dans la note du Ministre du Brésil toutes les garanties voulues. || Quant aux États-Unis, je vous demanderai la permission de faire quelques remarques sur la situation de ce pays relativement à cette matière. || La prime existe aux États-Unis, mais dans de très faibles proportions. Mr. Bayard, écrivant à la Légation Britannique le 21 du mois de Mars dernier, nous a expliqué que la Chambre des Représentants discute la question de la révision du Tarif Douanier et du Budget des Recettes, et que, dans ces circonstances, les usages Parlementaires des États-Unis ne permettent pas au Gouvernement d'adhérer dès à présent au Projet de Convention élaboré par la Conférence. Mais Mr. Bayard ajoute: — || 'Les dispositions de l'Article VII de la Convention règle l'adhésion des États non-Signataires; en adoptant une attitude de réserve, nous ne portons aucun préjudice à notre liberté d'action.' || Ces paroles me permettent de croire que les États-Unis ne resteront pas en dehors de l'Union, bien qu'ils préfèrent attendre le moment où les autres Gouvernements auront définitivement réglé les détails de la Convention. || Les États-Unis sont de nouveau représentés à nos Conférences par leur Chargé d'Affaires à Londres; quoique Mr. White ne remplisse pas toutes les fonctions de Délégué, sa présence est une preuve de l'intérêt que son Gouvernement prend à nos délibérations. || Du reste, les communications diplomatiques échangées entre le Cabinet de Londres et celui de Washington nous assurent que le Gouvernement des États-Unis ne demande pas mieux que de se mettre d'accord avec le Gouvernement de Sa Majesté Britannique sur la question des primes. || L'Article VIII de la Convention avait soulevé certaines craintes, lesquelles, je l'avoue, étaient parfaitement légitimes, bien que l'Article en question soit inséré dans tous les Traités de Commerce conclus par la Grande-Bretagne. Ce sont les relations constitutionnelles de la mère-patrie avec ses Colonies autonomes qui le rendent nécessaire. || Mon Gouvernement en adhérant au projet de Convention a parlé non seulement pour la métropole, mais aussi pour toutes les Colonies qui dépendent directement de la Couronne. Elles feront toutes partie de l'Union. Il me reste à parler des possessions étrangères de Sa Majesté et des Colonies autonomes. || Les Gouvernements des Indes Britanniques et de toutes les Colonies en question dont nous avons reçu les réponses acceptent la Convention. Nous attendons d'heure en heure un

télégramme de la Nouvelle-Galles du Sud et de la Tasmanie. Ces deux réponses compléteront la liste de l'Article VIII du Projet. Sans aucun doute ces deux Colonies acceptent la Convention. La Nouvelle-Galles du Sud est essentiellement libre-échangiste dans sa politique commerciale; et la Tasmanie ne produit pas de sucre. || Parmi ces Colonies autonomes il y en a plusieurs qui produisent déjà le sucre et d'autres chez lesquelles cette industrie pourrait se développer; la déclaration que je viens de vous faire m'a donc causé la plus vive satisfaction. || Il ne nous manque à présent que l'adhésion des Colonies Françaises et Néerlandaises. || Nous ne pouvons que regretter l'absence de notre collègue M. Dickson, le Délégué Suédois. La Suède nous a fait savoir par l'entremise de notre Chargé d'Affaires à Stockholm qu'elle ne se fait pas représenter à cause du peu d'intérêt qu'a la question des primes pour un pays dont la production est minime. Mais le Gouvernement Suédois nous assure qu'il adhèrera à la Convention sitôt que les autres Puissances seront tombées d'accord sur la matière. || Il me reste à faire quelques remarques sur la sanction à donner à notre Convention. Cette question a été soulevée par MM. les Délégués de l'Espagne. Il me semble qu'une clause pénale qui atteindrait les États non-Signataires souleverait d'épineuses questions de droit international. Mais, jusqu'à présent, je ne pense pas qu'il soit nécessaire de prévoir le cas d'un pays exportateur de sucre qui refuserait d'adhérer à une Convention pour la suppression des primes. Le cas ne se présente pas. Mais il incombe d'autant plus à la Conférence de trouver une formule, laquelle tout en ne dérogeant en rien aux stipulations des Traités, empêche les États Signataires de la Convention d'en nullifier les effets. || En résumé, le premier Article du Projet de Convention, qui en annonce le principe essentiel, est maintenant accepté; les Délégués des Puissances y avaient déjà donné leur assentiment; les Gouvernements ont ratifié l'acte de leurs Délégués. Le Brésil se rallie à ce principe. Les États-Unis, soyons en sûrs, s'associeront à l'Union; toutes les Colonies Britanniques et les Indes Britanniques acceptent la Convention. J'ose donc espérer que dans le cours de la Session actuelle nous trouverons moyen de faire disparaître toutes les divergences. || Il nous reste, MM. les Délégués, à régler l'ordre de nos discussions. Nous ne sommes plus dans le vague. Nous avons soumis le Projet de Convention à nos Gouvernements respectifs. Chacun de nous est à même de signaler les changements que son Gouvernement demande. Il me paraît que le procédé le plus pratique sera de mettre à l'ordre du jour le Projet de Convention et de le discuter Article par Article."

M. le Président exprime en terminant l'avis que MM. les Délégués auront sans doute besoin de quelques jours pour examiner les mémoires de la France et de la Russie, qui viennent de leur être distribués. Il demande à la Conférence si elle ne juge pas convenable de s'ajourner à Mardi, afin que chaque Délégué puisse dans l'intervalle étudier ces rapports et en référer, au besoin, à son Gouvernement. || M. Batanero appuie cette proposition. Les documents

1887-1888
1888

et qu'il est préférable au point de vue de la santé publique d'être indispensable. M. le Président déclare que c'est un point qui sera à Madrid la prochaine semaine. Il propose de tirer l'ordre de la journée. M. le Comte d'Onslow fait remarquer que les communications sont un peu différentes de ce qu'elles étaient précédemment. Pendant la session de l'Assemblée il serait difficile aux Ingénieurs Britanniques, qui en tout pays de donner leurs communications, si les membres de la Conférence avaient leur libre accès. M. le Comte d'Onslow propose, si ce n'est jugé convenable, de tirer à une heure plus matinale les travaux de la Conférence. M. Sans-Leroy exprime l'avis que les membres de la Conférence sont à la disposition de leurs États, et voudraient leur laisser le soin de faire eux-mêmes l'ordre des séances. L'ordre de 11 heures et demie, proposé par M. le Président, est adopté. M. Dupuy de Lôme déclare que l'Espagne s'est empressée d'adhérer aux principes adoptés par la Conférence: quelle est même allée au devant de ses intentions; car le Ministère a présenté aux Cortes un projet établissant les primes qui existent non pas dans la pratique, mais dans la législation. M. Dupuy de Lôme en conclut que l'Espagne n'a pas besoin de présenter le rapport demandé par le Protocole. Il souhaite, à son avis, de mettre sous les yeux de la Conférence les copies des communications échangées à ce sujet entre le Gouvernement Espagnol et l'Ambassadeur Britannique à Madrid. M. Sans-Leroy demande à présenter une proposition de pure forme. La Conférence ne peut statuer que sur le texte même des dispositions législatives proposées pour l'application des principes adoptés par la Conférence. MM. Dupuy de Lôme et Estanero déclarent que leur Gouvernement est tout prêt à placer sous les yeux de la Conférence le projet de loi qu'il a présenté aux Cortes. M. Estanero fait observer que le Gouvernement Espagnol a résolu de faire disparaître la prime, même sans attendre la ratification de la Convention. M. Guillaume dépose sur la table de la Conférence une nouvelle description avec plan de l'appareil mesureur-compteur en usage dans les fabriques de sucre de la Belgique. Cette description figurera comme annexe au présent Procès-Verbal*.

Anhang zur achten Sitzung.

Description de l'Appareil Mesureur-Compteur du Jus de Betterave dans les
Fabriques de Sucre.

Belgique.

Le mesureur-compteur a fonctionné pendant la campagne 1887-1888 dans toutes les fabriques de sucre de betterave de la Belgique (110). Cet appareil a répondu parfaitement au but que le Gouvernement Belge avait eu en vue. Cependant, il est résulté de l'expérience acquise qu'il était utile d'apporter au mesureur dont il s'agit certaines modifications de détail, dont le plus grand

* Die beiden hierzu gehörigen Zeichnungen finden sich in den „Documents présentés à la Conférence“.

nombre ne constituent que de simples perfectionnements mécaniques et dont les autres ont pour objectif de donner des garanties de sécurité plus complètes encore aux intérêts du trésor et de l'industrie. || En conséquence, la description primitive du mesureur-compteur est remplacée par celle qui se trouve ci-annexée. On a pensé que, pour être plus complet, il y avait lieu d'y joindre une description détaillée du robinet servant à régler le chargement du mesureur. || Les changements de quelque valeur apportés à l'appareil se trouvent indiqués aux paragraphes 9 et 38. Encore la mesure indiquée à ce dernier paragraphe est-elle facultative. Les autres changements à la description sont de simples explications des dispositions existantes.

Nr. 9032.
Konferenz-
Staaten.

(A.) Robinet servant à régler le Chargement du Mesureur.

(Voir la Planche I ci après ainsi que le dessin du Mesureur, Planche II, lettre P.
Voir aussi le § 17 de la Description du Mesureur sub lit. B.)

a. Boîte du robinet composée de deux cannelles, l'une verticale, l'autre horizontale. Un secteur des trois quarts de la circonférence est découpé dans l'extrémité supérieure de la cannelle verticale. L'un des rayons du secteur est parallèle à l'axe de la cannelle horizontale, l'autre y est perpendiculaire. L'extrémité inférieure de la cannelle verticale se termine à l'intérieur par une partie cylindrique d'un diamètre un peu plus grand que la partie conique, de manière à laisser une petite surface contre laquelle s'appuie une rondelle *e* et un écrou *f*. || *b*. Noix du robinet sur le sommet de laquelle se trouve un charnon dont les deux surfaces sont prises par les charnons du levier à charnière *c*. A l'extrémité supérieure du diamètre de la noix il y a un secteur occupant la moitié de la circonférence, dont les rayons sont perpendiculaires à l'axe de la cannelle horizontal et parallèles à l'ouverture de la noix. Ces rayons vont buter, à tour de rôle, suivant qu'on veut ouvrir ou fermer le robinet, contre ceux de la cannelle verticale. La partie inférieure de la noix se termine par une broche carrée contre laquelle s'adapte la rondelle *e*, et dont l'extrémité est taraudée pour recevoir l'écrou *f*. Cette broche carrée doit faire corps avec la noix et ne peut être vissée dans celle-ci. || *c*. Levier à charnière, tenu par ses charnons à celui de la noix *b* au moyen d'une forte broche qui doit être rivée. Ce levier présente une ouverture rectangulaire dans laquelle s'introduit le piton *d*. || *d*. Piton formant corps avec la boîte du robinet; il s'introduit dans l'ouverture rectangulaire du levier *c* et sert de passage au morillon du cadenas qui doit être apposé sur le robinet. || *e*. Rondelle qui s'adapte sur la partie carrée de la broche de la noix *b*. || *f*. Écrou servant à fixer la noix *b* dans le boisseau de la cannelle verticale. Cet écrou et la rondelle *e* ne peuvent être noyés dans la partie cylindrique intérieure du boisseau. || Ils doivent être à découvert à la partie inférieure de la cannelle verticale. Immédiatement en-dessous de l'écrou *f* la broche taraudée qui reçoit cet écrou est percée d'un trou *g* d'un diamètre de 3 millimètres, destiné à recevoir un plomb.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

(B.) Mesureur-Compteur.

§ 1. Dans chaque fabrique de sucre de betterave il est établi au moins deux vaisseaux-mesureurs, avec compteur, pour la constatation des quantités de jus. Ils doivent être en nombre suffisant pour que le chargement, dans un même vaisseau, ne se reproduise au plus tôt que de 20 en 20 minutes. (Article 63 de la Loi.) || § 2. Les parties essentielles de l'appareil sont: — || *A.* Un vaisseau pour le mesurage du jus; || *B.* Un robinet en bronze à trois voies servant alternativement à l'introduction et à la sortie du jus*); || *C.* Un compteur du nombre de chargements; || *D.* Un tube-réceptif, destiné à conserver un échantillon de jus du dernier chargement.

A. Vaisseau-Mesureur.

§ 3. Le vaisseau servant au mesurage du jus est en fonte ou en tôle de fer ou de cuivre, ayant une résistance suffisante pour supporter, sans déformation, les appareils de contrôle; il est de forme cylindrique avec fond concave, ayant au centre un orifice unique *E* servant alternativement à l'arrivée et à la sortie du jus. || Il s'empli à plein bord; le jus arrivant en trop s'épanche dans une nochère circulaire *F* attachée aux flancs de la paroi extérieure, et est ramené, par une communication *G* non interrompue, isolée et en évidence, soit aux appareils de diffusion, soit à la nochère de l'atelier des presses, soit éventuellement à tout ustensile servant à l'extraction du jus. (Article 35, § 2 de la Loi.) || Par les mots "communication non interrompue" on entend que les différentes parties du tuyau par lequel s'écoule le jus de trop-plein doivent être reliées entre elles, soit par des bagues soudées, soit par des collets munis de deux rivets au moins ayant 5 millim. d'épaisseur au minimum et à têtes rondes bien apparentes. || Dans les fabriques de sucre où le jus est produit par le procédé de la diffusion la communication *G* est munie d'une soupape libre. A défaut de celle-ci une plaque en fer est rivée aux parois intérieures de la nochère de trop-plein *F*, à 2 centim. du fond et directement au-dessus de l'orifice du tuyau de retour des jus. Les bords de cette plaque doivent dépasser de 4 centim. au moins l'ouverture de l'orifice dont il s'agit. Ce tuyau sera fermé, là où il se termine, par un joint plein fixé à l'aide de rivets. || § 4. Les bords extérieurs de la nochère circulaire de trop-plein *F* sont au moins à 5 centim. en-dessous du niveau des bords du mesureur lui-même. || § 5. Cette nochère descend en pente vers le tuyau d'écoulement *G* allant à l'extraction. || § 6. Du fond du mesureur**) au niveau d'emplissage il est exigé une hauteur de 90 centim. au moins. La

*) Le robinet *B* ne peut être à bourrage. La clef *U* est maintenue dans le boisseau *V* à l'aide de l'écrou *y* contre le plateau *z*.

**) On parle ici du fond régulier du vaisseau à l'exclusion de la poche ménagée au centre pour recevoir le tuyau d'arrivée ou de sortie du jus.

partie cylindrique du vaisseau occupe les deux-tiers au moins de la hauteur totale. || § 7. Le vaisseau-mesureur est surmonté d'une cage cylindrique *H* dans laquelle se trouve enfermée la nochère de trop-plein. || § 8. La cage *H* se compose d'une armature de fer ou de tôle, rivée à la paroi extérieure de la nochère circulaire *F*, et sur laquelle s'applique un fort tissu métallique présentant au moins cent mailles régulières par décimètre carré. || § 9. La partie supérieure de la cage *H* ci-dessus est en tôle pleine dans laquelle il est ménagé une ouverture ou trou-d'homme fermé par un couvercle *I* cadenassé par l'Administration des Accises. Cette ouverture est placée dans le voisinage immédiat du levier *N*, qui est construit de façon à caler en même temps, pendant le chargement du mesureur, le robinet *M* et le couvercle *I*. (Voir § 14.) || § 10. Le couvercle *I* de ce trou-d'homme peut être ouvert, quatre fois par jour, à des heures déclarées d'avance par écrit [Article 55 de la Loi]. || Il est toutefois recommandé aux fabricants de restreindre autant que possible le nombre des nettoyages et de ne faire ces opérations que pendant le jour. || § 11. Dès la veille du jour fixé pour le jaugeage par empotement, les vaisseaux-mesureurs sont mis à parfait niveau, et, pour démontrer l'exactitude de ce niveau, ils sont présentés remplis d'eau aux fonctionnaires qui vont procéder à l'épalement. (Article 36, § 3 de la Loi.) || § 12. Avant de commencer l'empotement, il est établi une solution de continuité à la partie du robinet à trois voies *B* qui reçoit le tuyau de chargement de jus *J*; cette solution de continuité s'obtient en desserrant les écrous qui fixent les collets. || § 13. Afin de faciliter au fabricant l'appréciation de la quantité de jus qu'il veut soutirer d'un diffuseur, il lui est permis d'appliquer un ou deux robinets indicateurs *K* sur les parois des vaisseaux-mesureurs; ces robinets *K* ont un diamètre intérieur qui ne peut pas dépasser cinq millimètres. || Ces robinets peuvent être remplacés par des glaces, ou, si les fabricants le préfèrent, par un flotteur. || L'installation d'un flotteur est subordonnée aux conditions suivantes: || 1. La tige ou la chaîne supportant le flotteur doit passer dans une gaine en bronze à river sur le mesureur; cette gaine ne peut avoir que le diamètre nécessaire au passage de la tige ou de la chaîne du flotteur; || 2. Le flotteur ne peut déplacer plus de 3 litres de jus, et il est établi de telle façon qu'il ne puisse être soulevé au-dessus du liquide lorsque le mesureur est au niveau d'emplissage. || § 14. Le lavage du vaisseau-mesureur *A* et de la nochère de trop-plein *F* peut se faire à l'eau ou à la vapeur; le fabricant établira, à cette fin, un tuyau arrosoir *L* qui est placé au-dessus du bord supérieur du mesureur; la clef du robinet *M* commandant l'arrivée de l'eau de lavage est calée, pendant la durée du chargement, par le levier *N* fixé à la tige verticale *O*. Ce levier est construit et disposé de telle façon que, pendant toute la durée du chargement, il empêche en même temps d'ouvrir, si peu que ce soit, le couvercle *I* mentionné au § 9. || § 15. A aucun endroit la cage *H* enveloppant le haut du vaisseau-mesureur *A*, ni le vaisseau lui-même, n'auront d'autres ouvertures, si petites qu'elles puissent être, que celles

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

prévues dans la présente description. || § 16. Le jus est amené, soit de l'atelier d'extraction, soit directement des appareils extracteurs, par un tuyau unique, entièrement fermé, isolé et en évidence (Articles 11 et 19 de la Loi), et ne présentant aucune solution de continuité; si donc ce tuyau est composé de plusieurs parties reliées entre elles, les attaches doivent consister ou bien en des bagues soudées ou bien en des collets munis de deux rivets au moins, ayant 5 millimètres d'épaisseur au minimum et à têtes rondes bien apparentes; à l'atelier de mesurage ce tuyau se divise pour desservir chacun des vaisseaux-mesureurs. || § 17. Dans le voisinage immédiat de ces vaisseaux il est apposé sur chacun des embranchements un robinet *P* servant à régler le chargement. Ce robinet *P*, qui doit être conforme au modèle prescrit par l'Article 33 de la Loi, reçoit un cadenas que les employés n'enlèvent qu'après que le délégué du fabricant a fait au registre No. 315 la déclaration de mise en chargement. (Articles 33 et 46 de la Loi.) || § 18. Le mesureur-compteur et ses accessoires sont placés au-dessus du pavement ou du plancher de l'atelier de mesurage, de façon que tous les organes ainsi que la solution de continuité *Q*, dont il est question ci-après, soient visibles de cet atelier. (Article 32 de la Loi.) || Afin d'assurer l'exécution du § 3 de l'Article 35 de la Loi, il ne pourra exister sous le mesureur-compteur ou sous ses accessoires aucune nochière, récipient, ou vaisseau ouvert. || § 19. Les mesureurs sont isolés et établis de façon que la surveillance en soit facile; ils reposent sur des supports *R* d'un aménagement convenable pour que la partie inférieure du vaisseau soit parfaitement visible. (Article 32 de la Loi.) || Les fabricants qui voudront jouir de la déduction d'un $\frac{1}{2}$ pour cent sur le volume du jus prévue par l'Article 62 de la Loi devront fixer sur le mesureur un thermomètre centigrade. Ce thermomètre devra se trouver à un endroit apparent et convenablement éclairé.

B. Robinet à Trois Voies.

§ 20. A l'orifice *E* ménagé au fond du mesureur est attaché, par une rivure, ou par tout autre moyen ne donnant pas de faculté de démontage, un tuyau horizontal *S* aboutissant à un robinet à trois voies *B*; le tout doit être solidement établi. Du second côté ce robinet est mis en communication avec le tuyau d'arrivée de jus *J*, et, dans sa troisième direction, c'est-à-dire du côté de la vidange, il se termine par une solution de continuité *Q* établie au moins à 5 centim. au-dessus du pavement ou du plancher. || § 21. Cette solution de continuité *Q* ne peut être masquée en aucune façon; elle doit être en tout temps maintenue ouverte, sauf que, au moment du déchargement et seulement pendant sa durée, elle peut être fermée par un système dont le choix est laissé au fabricant. (Article 34 de la Loi.) || § 22. Quelque soit son diamètre, le robinet *B* à trois voies est rigoureusement établi dans des conditions telles que, lorsqu'il se trouve à la position moyenne entre le chargement et le déchargement, les lumières *T* de la clef *U* aient un recouvrement

d'un centimètre au moins de chaque côté. La largeur des trous ou lumières *T* du boisseau *V* et celle de la clef *U* doivent toujours être parfaitement égales. || § 23. Une tige verticale *O*, commandée par un levier *W* établi de telle sorte qu'il ne peut décrire qu'un quart de cercle, fait manoeuvrer le robinet à trois voies *B*. Lorsque ce robinet est à la position de déchargement le levier *W* vient buter contre un des épaulements *X* auquel le fabricant peut l'attacher au moyen d'un cadenas. A cette fin cet épaulement est percé d'un trou *Y*. || § 24. La clef *U* du robinet est munie d'un ergot *Z* enclavé dans une encoche *a* pratiquée dans le boisseau *V* du robinet *B*, de façon à limiter sa course à un quart de cercle. || § 25. Le levier *W* du robinet à trois voies *B* doit obligatoirement rester dans la position de déchargement aussi longtemps que la déclaration n'aura pas été faite au registre No. 315 pour un nouveau chargement, le jus d'échantillon de la dernière opération devant jusqu'alors rester emprisonné dans le tube récipient *D*. (Article 63 de la Loi.) || § 26. Dans le but de permettre la vérification du robinet *B* sans que l'on soit tenu de démontrer les autres accessoires de l'appareil, la tige verticale *O* formant chapeau mobile sur la clef *U* du robinet porte une partie articulée *b* fixée, par le bas, à l'aide d'une charnière *c* rivée, et, par le haut, au moyen d'un emboîtement traversé par une clavette *d* qui reçoit un plomb de l'administration des accises. || La rivure de la charnière *c* doit être faite à l'extérieur de la tige verticale *O* et doit avoir des têtes rondes bien apparentes. || Quant à la clavette *d*, elle doit être munie d'une ouverture ayant un diamètre intérieur de 8 millim.; dans cette ouverture sera passée une goupille ayant d'un côté une tête rivée et de l'autre côté une partie taraudée munie d'un écrou; au delà de l'écrou se trouvera une autre ouverture de 3 millim. destinée à recevoir le plomb dont l'apposition est prescrite par le premier alinéa du présent paragraphe. || § 27. Afin d'empêcher le relèvement de la clef *U* du robinet *B*, la tige verticale *O* doit reposer sans interstice sur la tête de ladite clef, et elle forme épaulement contre le guide *e* de cette tige. || § 28. La tête de la clef *U* du robinet *B* supportant le chapeau mobile est indépendante de ce dernier; elle est percée d'un trou *f* qui peut recevoir une tringle de fer ou un levier, pour en faciliter au besoin l'enlèvement, en cas de vérification, de rôdage ou de nettoyage. || § 29. Une console *g*, solidement rivée à l'extérieur du vaisseau, porte une douille *e* servant de guide à la tige verticale *O* du robinet *B*, et, au moyen d'une embase *h* pratiquée dans cette tige, empêche le soulèvement de la clef *U*. Cette console *g* est munie de deux épaulements *X* servant à limiter la course du levier *W* du robinet *B*; elle sert, en outre, de support à un compteur à ancre *C* du type approuvé par le Ministre des Finances.

C. Compteur du Nombre de Chargements.

§ 30. Le compteur *C* est retenu sur la console *g* par des tenons ou vis *i* disposés de façon à recevoir un plomb. La fermeture de la boîte du comp-

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

teur *C* est garantie à l'aide d'un plomb apposé par l'Administration des Accises. (Article 47 de la Loi.) || § 31. Le compteur *C* est relié à la tige verticale *O* du robinet *B* par un levier *l* qui donne l'impulsion à une bielle à coulisse *m* commandant le mécanisme de telle sorte qu'une unité est inscrite au cadran pour chaque évolution d'aller et retour du levier *W*. || Le levier *l* doit être forgé d'une pièce et être fixé sur le sommet de la tige verticale *O* par un boulon à écrou semblable à celui dont il est parlé au troisième alinéa du § 26. Ce boulon et le levier *l* auront respectivement une épaisseur de 6 et de 10 millim. au moins. L'ouverture destinée à recevoir le plomb de l'Administration aura un diamètre de 2 millim. || La bielle à coulisse *m* doit être construite solidement: les côtés de cette pièce auront au moins 5 millim. d'épaisseur. Les fabricants devront suivre pour la forme à donner à cette bielle l'un des modèles figurant sur la planche annexée à la présente description. || § 32. Le compteur *C* est installé de façon que le chiffre inscrit pour chacun des chargements est définitivement acquis avant qu'aucune partie du jus mesuré ne commence à s'écouler. || § 33. Le compteur *C*, ainsi que le mouvement *l-m* qui l'actionne, sont placés dans une caisse métallique *n* solide et munie d'une glace; cette caisse *n* est fermée par les agents de l'Administration des Accises à l'aide d'un cadenas dont le chef de service à l'usine conserve la clef.

D. Tube-Récipient.

§ 34. Au tiers de sa profondeur, à compter du fond, le vaisseau-mesureur *A* est mis en communication, par un tuyau *p*, ayant 2 centim. de diamètre intérieur, avec un récipient *D* formé d'un tube en cuivre posé verticalement; ce récipient *D* a 7 centim. de diamètre intérieur, et sa hauteur utile, c'est-à-dire jusqu'au niveau de chargement du mesureur, ne peut être moindre que 50 centim. || § 35. La clef à coulisse *q* du robinet *r**) posé sur la communication *p* centre le récipient *D* et le vaisseau-mesureur *A* se relie, à l'aide d'un levier *s*, à la tige verticale *O* du robinet à trois voies *B* dans une position telle que, lorsque le vaisseau-mesureur *A* est en chargement, le tube-récipient *D* est en communication avec lui, mais que, sitôt que l'on procède au déchargement du mesureur *A*, le robinet accessoire *r* se ferme et emprisonne le jus de contrôle dans le tube-récipient *D* jusqu'à la prochaine mise en chargement du même vaisseau-mesureur *A*. || § 36. A sa base le tube-récipient *D* est fixé sur le tuyau de communication *p* au moyen d'une vis de raccord *t*, tandis que son extrémité supérieure, qui est ouverte, s'emboîte exactement sur une longueur de 2 centim. au moins dans un manchon conique *v* en métal, formé d'une pièce rivée à la paroi du vaisseau, avec l'intérieur duquel il communique par un tuyau recourbé vers le bas et terminé en pomme d'arrosoir. || § 37. Le tube-récipient *D* devra être nettoyé une seule

*) Ce robinet est recourbé vers le bas à l'intérieur du vaisseau-mesureur.

fois par jour à une heure fixée d'avance par écrit. Le fabricant pourra avoir un ou plusieurs tubes *D* de rechange qui seront tenus en réserve pour remplacer immédiatement celui ou ceux que l'on vient d'enlever. (Article 55, § 3, de la Loi.) || § 38. Pour permettre la levée des échantillons servant, soit à la constatation de la densité officielle, soit à la vérification de celle-ci, le tube-récepteur *D* est muni d'un petit robinet *w*, qui est posé au niveau des deux cinquièmes inférieurs de la hauteur du liquide dans le vaisseau-mesureur rempli. Ce robinet *w* est brasé sur le tube-récepteur *D* et muni d'une garniture *x* qui empêche toute introduction de liquides ou d'autres produits destinés à dénaturer la densité des jus emprisonnés. La section intérieure du robinet *w* et l'extrémité inférieure de la garniture *x* ne peuvent avoir plus de 5 millim. de diamètre. La clef du robinet *w* porte à son extrémité inférieure une goupille rivée empêchant l'enlèvement de l'érou. || Il appartient au fabricant d'assurer le bon fonctionnement du tube-récepteur *D* et de prévenir ou d'empêcher les obstructions qui pourraient s'y produire*). || § 39. Afin d'empêcher l'enlèvement du tube-récepteur *D*, en dehors des cas prévus, il sera muni d'un cadenas reliant les collets que portent la vis de raccord *t* et le tuyau *p*.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Observations Générales.

§ 40. Les trous spécialement destinés à recevoir un cadenas de l'Administration ont 15 millim. de diamètre. || § 41. Toutes les têtes de leviers, bielles, ou clefs de manœuvre de robinets doivent être traversées par une goupille rivée. Les rivures seront à têtes bien apparentes. || § 42. On se conformera strictement pour la construction des vaisseaux-mesureurs aux indications données dans la présente description et dans les plans déposés au Ministère des Finances; les matériaux utilisés seront de bonne qualité. || § 43. Les agents de l'Administration ne pourront admettre aucune modification, quelque légère qu'elle soit; les appareils seront présentés et entretenus en parfait état, et les parties défectueuses devront être éventuellement modifiées ou remplacées avant que ces appareils puissent être mis ou remis en usage. || § 44. Lorsqu'un mesureur aura été déclaré hors d'usage pour un motif quelconque et pour une période de temps inférieure à vingt-quatre heures, les employés de permanence devront remplacer immédiatement le cadenas sur le robinet de chargement *P*. Ce cadenas sera mis dans une bourse en forte toile, dont l'ouverture sera con-

*) Ce résultat peut être atteint par un des deux moyens suivants:

(a) Garnir l'extrémité du robinet *r*, qui se trouve à l'intérieur du mesureur, d'un ballon dont la partie supérieure devrait être en tôle pleine et la partie inférieure en toile métallique d'un tissu très serré; ou bien

(b) Prolonger le petit robinet *w* dans sa partie horizontale, dont l'extrémité serait munie d'un piston au moyen duquel on chasserait les corps occasionnant les obstructions. Ce piston devrait être construit de manière à ne pouvoir être enlevé et à ne pas donner lieu à des fuites de liquide.

Consulter les modèles donnés à la Planche II.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

damnée par l'apposition du cachet de l'Administration et de celui du fabricant. La clef de ce cadenas sera placée dans une enveloppe qui recevra également ces deux cachets. Ce n'est qu'après l'accomplissement de ces formalités que les agents de l'Administration pourront couper les plombs. || Dans le cas, où un mesureur sera déclaré hors d'usage pour plus de vingt-quatre heures, le fabricant devra, outre les formalités qui précèdent, fixer par des écrous un joint plein sur le tuyau d'arrivée du jus, dans le voisinage du robinet P. Le Chef de Service du poste de permanence aura soin de prévenir immédiatement le Sous-Contrôleur, qui se rendra à la fabrique dans le plus bref délai possible et condamnera le joint plein par un plomb. || § 45. A la fin des travaux d'une campagne les compteurs devront rester aux chiffres acquis pour le dernier chargement, jusqu'à la fin du jour qui suivra celui pendant lequel les travaux auront pris fin. Le Chef de Service devra veiller à ce que ces instruments ne soient pas dérangés durant ce laps de temps. || Le Contrôleur ou son délégué devra se rendre à la fabrique pour procéder à l'enlèvement des différents plombs et pour reconnaître s'il y a concordance entre les écritures et la somme des chargements accusés par les compteurs. || A l'expiration du délai déterminé ci-dessus le Chef de Service couperait lui-même les plombs si aucun fonctionnaire n'en avait fait la levée. || § 46. Les instruments nécessaires au démontage facile et rapide du robinet à trois voies B sont déposés dans l'atelier de mesurage à la disposition des agents de l'Administration des Accises. Ces instruments doivent consister en clefs, marteau, &c.

Légende du Vaisseau-Mesureur-Compteur et de ses Annexes.

- | | |
|---|---|
| <p>A Vaisseau-mesureur.
B Robinet en bronze à trois voies.
C Compteur du nombre de chargements.
D Tube-récipient.
E Orifice unique d'entrée et de sortie alternatives des jus.
F Nochère de trop-plein.
G Retour des jus de trop-plein.
H Cage métallique.
I Porte du trou-d'homme.
J Tuyau d'arrivée du jus.
K Robinet de jauge en cas de chargement partiel.
L Tuyau de nettoyage.
M Robinet avec clef du tuyau L.
N Levier calant le robinet M.
O Tige verticale formant chapeau vers le bas.
P Robinet à cadenas réglant l'arrivée du jus.
Q Sortie du jus. Solution de continuité.
R Supports du mesureur.</p> | <p>a Encoche pratiquée dans le boisseau V.
b Partie articulée de la tige verticale O.
c Charnière rivée.
d Clavette fixant la partie articulée b.
d' Boulon à enchasser dans la clavette d, et destiné à recevoir un plomb.
e Douille ou guide de la tige verticale O.
f Trou de la clef U permettant l'emploi d'une tringle pour son enlèvement
g Console portant les systèmes de compteur et de manoeuvres.
h Embase de la tige verticale O.
i Tenons ou vis fixant le compteur C.
l Levier de commande du compteur C.
m Bielle à coulisse du compteur C.
n Caisse métallique enveloppant le compteur C et son mouvement l-m
p Tuyau reliant le mesureur A au tube-récipient D.
q Clef à coulisse du robinet r.</p> |
|---|---|

<p><i>S</i> Tuyau horizontal fixé au fond du mesureur.</p> <p><i>T</i> Lumières du robinet à trois voies <i>B</i>.</p> <p><i>U</i> Clef du robinet à trois voies.</p> <p><i>V</i> Boisseau du robinet à trois voies.</p> <p><i>W</i> Levier de commande.</p> <p><i>X</i> Épaulements limitant la course du levier <i>W</i>.</p> <p><i>Y</i> Trou permettant l'apposition d'un cadenas par le fabricant.</p> <p><i>Z</i> Ergot limitant la course de la clef <i>U</i>.</p>	<p><i>r</i> Robinet réglant l'arrivée et la sortie alternatives du jus du tube-récipient <i>D</i>.</p> <p><i>s</i> Levier manoeuvrant le robinet <i>r</i>.</p> <p><i>t</i> Vis de raccord.</p> <p><i>v</i> Manchon conique du tube-récipient <i>D</i></p> <p><i>w</i> Robinet de prise d'échantillons.</p> <p><i>x</i> Garniture du robinet <i>w</i>.</p> <p><i>y</i> Écrou fixant la clef <i>U</i> dans le boisseau <i>V</i>.</p> <p><i>z</i> Plateau de fermeture du robinet à trois voies <i>B</i>.</p>	<p>Nr. 9632. Konferenz- Staaten.</p>
---	--	--

. Neunte Sitzung, 10. April.

M. le Président donne lecture d'une dépêche annonçant que la Tasmanie adhère au Projet de Convention. || L'ordre du jour arrêté à la précédente séance appelle la discussion des Articles du Projet de Convention aux principes duquel tous les Gouvernements représentés ont adhéré. *M.* le Président propose de reprendre ce projet Article par Article et d'en faire la base des discussions de la Conférence; quand des questions techniques se présenteront, la Conférence pourra nommer une Commission pour les examiner et lui faire son Rapport. || *MM.* les Délégués acceptent cette manière de procéder. || *M.* le Président donne lecture du préambule et demande si quelqu'un a des observations à présenter. || *M.* Jordan fait remarquer que, dans le préambule, les Parties Contractantes ne sont pas nominativement désignées; c'est là aux yeux du Gouvernement Allemand une question d'une grande importance. On est d'avis en Allemagne que tous les pays qui produisent ou qui exportent le sucre devraient adhérer dès à présent à cette Convention; on tient beaucoup à ce que les États-Unis et le Brésil y prennent part. *M.* Jordan croit qu'il est de son devoir de soulever cette question et sera heureux si des éclaircissements peuvent lui être donnés. || *M.* le comte de Kuefstein déclare que son Gouvernement partage cette manière de voir. Il attache le plus grand intérêt à ce que tous les principaux États producteurs et consommateurs de sucre prennent part à la Convention. Il croit qu'il est nécessaire d'obtenir l'adhésion non seulement des États désignés par *M.* Jordan, mais encore des Colonies Françaises, Espagnoles et Néerlandaises. || *M.* Batanero dit que son Gouvernement a toujours eu la pensée de traiter au nom de ses provinces et possessions d'outre-mer aussi bien qu'au nom de la Métropole. *M.* Batanero fait, d'ailleurs, remarquer qu'il est plus particulièrement le représentant des intérêts d'outre-mer. Il s'en réfère, du reste, à la note adressée, le 16 Mars, à l'Ambassadeur de la Grande-Bretagne à Madrid. || *M.* Jordan demande si les Colonies des Pays-Bas et de la France peuvent être également regardées comme faisant partie de la Convention. || *M.* Pallain dit que les Délégués Français s'associent aux réserves de *M.* le Comte de Kuefstein, puisque, conformément

Nr. 0632.
Konferenz-
Staaten.

à la note distribuée à la Conférence, dans la pensée du Gouvernement Français, il est indispensable que la Convention projetée, pour avoir son adhésion, ait celle de tous les pays producteurs ou raffineurs de sucres, quelle que soit l'origine de ces sucres. Il déclare, du reste, que la France a toujours entendu stipuler pour ses Colonies. || M. Verkerk Pistorius dit que son Gouvernement est disposé à adhérer pour ses Colonies en tant qu'elles produisent du sucre. Il demande à faire une exception pour l'île de Curaçao et ses dépendances, qui ne produisent pas de sucre, mais qui tirent quelques ressources d'un droit de douane sur les sucres importés, et qui voudraient conserver cet impôt dans le cas où la Convention entraînerait l'abolition des surtaxes. || M. Pallain demande si cette Colonie ne pourrait pas devenir un pays producteur. || M. Verkerk Pistorius répond que la nature du sol ne s'y prête pas. || M. Pallain fait remarquer qu'il pourrait toujours s'y établir une raffinerie. || M. le Président constate que cette réserve est faite uniquement pour conserver le droit d'imposer les sucres importés dans les Colonies qui n'en produisent pas. || M. le Président croit qu'il convient d'en revenir à la question posée par M. le Premier Délégué Allemand, c'est-à-dire, à l'indication des Puissances qui feront partie de la Convention. || Mr. White déclare que son Gouvernement est opposé aux primes. Il ne donne pas de primes directes; et le Ministre des Finances, dans son dernier Rapport au Congrès sur l'état des finances nationales, a recommandé la suppression de la faible prime indirecte provenant de la petite différence qui existe encore entre le drawback et les droits de douanes. || Toutefois l'adhésion des États-Unis au Projet de Convention élaboré par la Conférence est actuellement impossible pour plusieurs raisons. D'abord, la signature par son Gouvernement de n'importe quelle Convention de ce genre serait contraire au droit d'initiative réservé strictement par la Constitution à la Chambre des Représentants pour toute mesure ayant pour but la création de revenus pour l'État. De plus, il ne saurait être question de créer un droit d'accise sur la production nationale de sucre aux États-Unis. Enfin, le Gouvernement ne peut pas non plus supprimer par Traité un droit de douane. || Toutefois les États-Unis se réservent pleinement le droit de se conformer plus tard, par voie de législation Parlementaire, aux règlements internationaux qui pourront être adoptés pour la suppression des primes sur le sucre. || M. le Président espère que ces explications satisferont MM. les Délégués. Les États-Unis sont évidemment disposés à se rallier à la Convention. En ce qui concerne le Brésil, M. le Président donne lecture de la dépêche de M. le Baron Penedo, faisant connaître que son Gouvernement est tout disposé à prendre part à la Convention dès qu'il aura connaissance de l'accord intervenu entre les Puissances représentées. || M. Pallain fait remarquer que les États-Unis discutent en ce moment leur Tarif Douanier. Cette discussion sera sans doute terminée avant l'époque fixé pour la mise en vigueur de la Convention à intervenir. Plusieurs États ayant demandé des délais pour supprimer leurs primes, on serait à même, alors, de prendre une résolution en conformité avec celle

que les États-Unis auraient prise. || M. le Comte de Kuefstein exprime sa satisfaction d'apprendre les bonnes dispositions du Gouvernement du Brésil; mais il n'y voit pas encore un engagement absolu pour son adhésion. D'autre part, les réserves faites par le Représentant des États-Unis ne donnent non plus de certitude pour leur adhésion ultérieure. On ne peut pas même en inférer que cette adhésion est probable. Les difficultés indiquées par Mr. White seront les mêmes dans l'avenir. M. de Kuefstein regretterait beaucoup de ne pas voir entrer dans la Convention un pays dont l'importance pour la production du sucre s'accroît tous les jours, et qui est grand consommateur de sucre. Il attacherait beaucoup de valeur à une déclaration plus précise. La prime, d'ailleurs, n'est pas sans importance. D'après des évaluations faites par un spécialiste compétent, M. J. Görtz, en 1885, elle s'élèverait à 4 marks 16 pf. par 100 kilog. || M. Pallain dit que la prime des États-Unis paraît être actuellement, d'après la note qui a été communiquée par le bureau de la Conférence, de 2 fr. 21 c. les 100 kilog.; tout récemment encore elle atteignait le chiffre indiqué par M. le Comte de Kuefstein. || Mr. White explique que la réduction du drawback a été opérée après des représentations faites par la Légation des États Unis à Londres en 1886. || Mr. Walpole explique que le Gouvernement des États-Unis avait réduit le droit sans diminuer le drawback. Sur les représentations qui lui avaient été faites, il a réduit le drawback, mais pas dans les mêmes proportions que les droits. D'après le Rapport du Ministre des Finances dont a parlé Mr. White, on peut espérer que le Gouvernement des États-Unis établira une corrélation exacte entre le droit et le drawback. || Mr. White répond qu'en effet le Ministre des Finances a recommandé que la Loi soit modifiée de manière à établir une corrélation exacte entre le droit de douane et le drawback; mais il ne saurait dire si la Chambre donnera suite à cette recommandation pendant la session actuelle. || M. le Comte de Kuefstein fait remarquer que, d'après des nouvelles contenues dans les journaux, une Commission de la Chambre des Représentants aurait supprimé le passage du Projet de Tarif Douanier qui était relatif au sucre. Il demande quelle valeur il faut attribuer à cette radiation. || Mr. White déclare qu'il n'a pas connaissance de ce fait, mais qu'il demandera des renseignements. || M. Pallain dit que les États-Unis se proposeraient, paraît-il, d'abaisser de 20 pour cent les droits d'entrée sur les sucres. Le drawback sera-t-il réduit dans la même proportion? Voici ce que dit une dépêche de Washington, datée du 4 Avril dernier: — || "La Commission des Voies et Moyens, avant de soumettre le Tarif Douanier à la Chambre des Représentants, y a introduit un amendement fixant à 20 pour cent la réduction des droits sur le sucre, et a éliminé l'Article prohibant le paiement de la réduction sur les sucres exportés." || S'agit-il de réduire le drawback de 20 pour cent, comme l'impôt; ou bien le drawback demeurerait-il à son taux actuel, ce qui triplerait la prime? || M. le Comte de Kuefstein demande s'il ne serait pas possible d'obtenir du Gouvernement des États-Unis une note sur son

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

système d'impôt. || Mr. White répond que la Légation des États-Unis a fait à ce sujet une communication au Gouvernement Britannique le 13 Décembre dernier. || M. le Président propose d'adopter le préambule en laissant en blanc les noms des Parties Contractantes. || M. le Comte de Kuefstein demande quelle valeur a ce vote. || M. le Président répond qu'il est définitif. Les Délégués sont maintenant à même d'accepter ou d'amender définitivement les Articles de la Convention. Ils viennent d'en soumettre le projet à leurs Gouvernements respectifs. || M. le Comte de Kuefstein pense toutefois que le vote du préambule n'a de valeur qu'en tant que les Articles suivants sont adoptés. || M. le Président confirme cette manière de voir. || Le préambule est adopté. || M. Verkerk Pistorius demande à Mr. White si le drawback accordé aux États-Unis s'applique aux sucres de la Louisiane et des Iles Sandwich, lesquels ne payent pas de droits. || Mr. White remet sa réponse à la prochaine séance. || M. le Président donne lecture du premier Article du Projet de Convention, et invite MM. les Délégués à présenter leurs observations. || M. Jordan s'en réfère aux observations contenues dans le Mémoire présenté par son Gouvernement. Ses observations se rapportent à l'ensemble des Articles I et II, et visent plus spécialement ce dernier. Il se réserve donc pour la discussion de l'Article II. || M. Batanero fait remarquer que cet Article contient les mots ". . . . à prendre ou à proposer les mesures;" le fait de proposer les mesures à un Parlement ne remplirait pas l'engagement contracté. || M. le Président dit que c'est la forme usuelle; si la Chambre rejette les mesures proposées la Convention devient caduque. || M. Batanero demande si le rejet de la Convention par le Parlement de l'un des Pays Contractants n'aurait pas pour effet de laisser ce pays-là hors de la Convention? || M. le Président répond affirmativement. || M. Verkerk Pistorius se rallie à l'opinion de M. Batanero. Il croit que les mots "ou à proposer à leurs Législatures respectives" doivent être omis. Il est vrai que pour les pays Parlementaires il faut une réserve. Mais cette réserve est insérée habituellement à la fin du Traité; il faut que, sauf la ratification, l'engagement soit positif. || M. le Comte de Kuefstein et M. Guillaume partagent cette manière de voir. || M. Pallain pense que M. Verkerk Pistorius a suggéré la vraie solution. Il y a lieu de prendre, dans l'Article premier, un engagement ferme et positif, et de stipuler à la fin de la Convention la réserve relative à la sanction Parlementaire. || M. le Président donne lecture de l'Article premier en supprimant les mots en litige. || M. Kamensky déclare que son Gouvernement veut conserver les primes qu'il accorde aux sucres exportés par la frontière d'Asie. || M. le Comte de Kuefstein déclare qu'à son point de vue il serait très important que la Russie renonçât à cette prime. C'est là une question qui n'intéresse peut-être pas les autres Puissances autant que l'Autriche-Hongrie, mais qui, cependant, touche aussi dans une certaine mesure, aux intérêts Français. Le commerce des Pays Contractants rencontrerait en Orient des sucres Russes primés venant des ports de la Mer Noire. || M. Kamensky fait observer que ces sucres sortent surtout

par la frontière de la Mer Caspienne. || M. le Comte de Kuefstein répond qu'on ne sait pas quel chemin ils suivront quand ils seront les seuls sucres primés, surtout s'ils obtenaient des tarifs diminués, comme, par exemple, ceux que le pétrole avait obtenus un jour. || M. du Jardin constate que la prime qu'il s'agit de conserver est de 100 pour cent. || M. Kamensky répond que la Loi d'après laquelle ces primes ont été réglées expirera le 1^{er} Mai, 1891. Il ne croit pas qu'il soit dans l'intention de son Gouvernement de la renouveler. || M. le Comte de Kuefstein rappelle que, dans les premières séances de la Conférence, M. Kamensky s'était montré plus affirmatif. || Il ne pourrait pas se déclarer d'accord avec le maintien de la prime, même si elle n'était maintenue que jusqu'en 1891. || M. Kamensky répond qu'il doit en référer à son Gouvernement. || M. le Président fait remarquer que, si la Russie accepte l'Article I, la prime en question expirera de plein droit avec la Loi elle-même le 1^{er} Mai, 1891. || M. Pallain dit que la question n'est pas sans intérêt pour l'industrie sucrière de la France. Marseille exporte des sucres en Arménie et en Perse. D'une manière générale, on est fondé à dire que la prime de 11 fr. par 100 kilog., dont bénéficient les producteurs Russes pour leurs exportations en Asie, peut leur permettre d'abaisser leur prix de vente pour l'Europe. || M. le Président fait remarquer que cette observation est très juste. || M. Pistorius déclare à son tour que les producteurs de Java exportent dans la direction du Golfe Persique. || M. le Comte de Kuefstein fait remarquer que les frais de transports ne sont pas assez élevés pour empêcher que les sucres ne reviennent d'Asie en Europe. || M. le Président lit l'Article I en y ajoutant le paragraphe suivant: || "La Russie aura néanmoins la faculté de maintenir jusqu'au 1^{er} Mai, 1891, les primes sur les sucres exportés par la frontière d'Asie. A cette date la prime en question disparaîtra." M. Pallain fait remarquer que la question soulevée par M. Kamensky se rattache à celle des délais d'application que la Conférence devra examiner ultérieurement, et sur laquelle la note de la France fait les réserves les plus expresses. || M. le Président propose de compléter dans ce sens la rédaction dont il vient de donner lecture. || M. Jordan dit que son Gouvernement n'avait pas encore reçu communication du Mémoire Russe; mais il croit que cette réserve de la part de la Russie est très dangereuse. || Une discussion générale s'engage sur ce sujet. || M. Pallain propose de reprendre l'examen des réserves formulées par la Russie lorsqu'on abordera la discussion de la date de la mise en vigueur de la Convention. || M. le Président propose l'adoption de l'Article I dans sa rédaction primitive en supprimant les mots "ou à proposer à leurs Législatures respectives", et en stipulant que les réserves formulées par le Délégué de la Russie figureront au Procès-Verbal. || M. Pallain présente une observation sur la rédaction de l'Article. Pour rentrer dans les vues déjà exprimées par MM. Batanero et Pistorius, et pour donner à l'engagement pris une forme plus compréhensive, il propose de substituer à la rédaction de l'Article primitif les termes suivants:— || "Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à

Nr. 8632.
Konferenz-
Staaten.

supprimer les primes directes ou indirectes accordées sous une forme quelconque pour la fabrication et l'exportation des sucres bruts ou raffinés de toute nature, et à prendre toutes les mesures nécessaires constituant une garantie absolue contre leur rétablissement direct ou détourné." || M. Pistorius considère le dernier membre de cette phrase comme inutile. || M. du Jardin, tout en se ralliant à l'opinion exprimée par M. Pallain, adhère à l'avis émis par M. Pistorius et propose la rédaction suivante:— "Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à supprimer d'une manière absolue et définitive toute prime directe ou indirecte à la fabrication ou à l'exportation du sucre." || M. Jordan propose de revenir au texte primitif. || M. Pallain se rallie à cette manière de voir sous la réserve qu'il sera fait mention des primes à la fabrication. || L'Article I est adopté dans la forme suivante:— || "Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres." || M. le Président prononce le discours suivant:— || "C'est avec la plus vive satisfaction que je constate de nouveau l'unanimité avec laquelle la Conférence, se basant cette fois sur l'autorité de tous les Gouvernements représentés, s'est prononcée définitivement en faveur de l'adoption d'un système qui offrirait les garanties les plus absolues de l'abolition complète des primes sur les sucres. Avant de passer à la discussion de l'Article II, permettez-moi de faire quelques observations sur l'importance de cet Article. Il renferme, en effet, l'application pratique du principe énoncé dans l'Article I. Or, il me paraît de la dernière importance que cet Article soit rédigé avec une précision absolue, de sorte qu'il ne puisse se produire aucun malentendu ni aucune possibilité d'interprétation arbitraire. Mon attention, et celle de mes collègues, a été spécialement appelée sur ce point par des observations qui m'ont été adressées de la part de plusieurs Gouvernements, et surtout par des passages dans les Rapports présentés par le Gouvernement Allemand et par celui des deux parties de la Monarchie Austro-Hongroise. En somme, tous les Gouvernements semblent être d'accord pour demander une rédaction plus précise de l'Article II du Projet de Convention. || Il résulte des notes que nous avons reçues de tous les pays intéressés, et qui sont maintenant entre vos mains qu'il y a un consentement général (à l'exception, toutefois, de la Belgique) quant à l'application d'un système de travail en entrepôt. Je crois donc que nous pourrions préciser en ce sens la rédaction, tant soit peu vague jusqu'ici, de l'Article II. Il s'agit, en effet, à présent, de convertir notre 'Projet de Convention' en une 'Convention' définitive. La rédaction et la forme dans laquelle chaque Article sera adopté devront être définitives. C'est pourquoi il importe d'examiner très minutieusement toutes les considérations, toutes les difficultés que pourrait soulever une critique bienveillante. || Quand nous aurons entendu l'avis de chacun des Délégués sur la manière dont son Gouvernement entend appliquer le système exigé par notre Projet de Convention, c'est-à-dire l'impôt sur les

quantités de sucre produites et destinées à la consommation, il nous sera plus facile d'aborder une nouvelle rédaction de l'Article II avec cette précision que tous les Gouvernements représentés désirent. || J'invite donc MM. les Délégués à recommencer la discussion, pour cet Article, de la même manière que pour l'Article I, c'est-à-dire en prenant successivement la parole et en nous donnant, chacun à son tour, des éclaircissements supplémentaires aux Rapports communiqués par son Gouvernement. || M. le Comte d'Onslow constate que l'on en est arrivé à l'Article le plus important du Projet de Convention. Après le discours de M. le Président, les Délégués voudront sans doute se réserver le temps d'étudier les modifications dont l'Article II pourrait être susceptible. Il propose, en conséquence, d'ajourner la discussion. || M. du Jardin fait remarquer que le Mémoire Allemand se borne à citer les observations que le Projet de Convention a suggérées à l'industrie. Ces observations, le Gouvernement les a-t-il fait siennes? En tout cas ce Gouvernement ne dit pas quelles mesures il voudra prendre pour supprimer les primes. || M. le Président déclare que d'après les communications qui lui ont été faites à Berlin, ce n'est pas l'industrie seulement, c'est aussi le Gouvernement, qui se rallie aux idées formulées dans le Projet de Convention. || M. Pallain constate que, conformément au Protocole du 19 Décembre dernier, les Délégués sont appelés à examiner dans cette seconde session de la Conférence des projets indiquant les bases de l'application du système de l'impôt sur les quantités de sucre produites, et que le mémoire dont vient de parler le Délégué de la Belgique ne peut en tenir lieu. || M. le Président pense que MM. les Délégués Allemands voudront bien demander à ce sujet des éclaircissements à leur Gouvernement. || M. Jordan déclare que son Gouvernement n'a pas eu le temps de compléter son Mémoire, mais qu'il se réservait de donner des instructions à ses Délégués lorsqu'il connaîtra les vues des autres Gouvernements. || M. le Président dit que le Gouvernement Britannique se charge d'inviter le Gouvernement Allemand à fournir des renseignements analogues à ceux qui ont été fournis par les autres Gouvernements.

Zehnte Sitzung, 13. April.

M. le Président fait à la Conférence les excuses de M. Catalani, qui ne peut se rendre à la séance. || Le Procès-Verbal de la huitième séance est adopté.

M. le Président prononce le discours suivant: — || "A notre dernière séance M. le Premier Délégué des Pays-Bas a déclaré que son Gouvernement désirait adhérer à la Convention pour ses Colonies, mais qu'il voulait faire une exception pour l'Île de Curaçao dans le cas où la Convention entraînerait l'abolition des surtaxes. Je prends acte de la condition 'dans le cas où la Convention entraînerait l'abolition des surtaxes'. Sans anticiper sur la discussion de l'Article IV, je voudrais néanmoins faire remarquer que cet Article réserve

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

à tous les États et à toutes les Colonies la faculté de faire partie de la Convention sans devoir pour cela appliquer les principes de l'Article II, et sans devoir abolir leurs droits d'accise ou de douane sur le sucre. || Tout membre de l'Union pourra conserver et les uns et les autres sans adopter le système de l'impôt sur les quantités produites, pourvu qu'il ne donne aucun remboursement ou décharge à l'exportation. J'ose donc espérer que le Gouvernement Néerlandais adhèrera pour toutes ses Colonies, comme l'ont fait les Gouvernements de la Grande-Bretagne, de la France et de l'Espagne; et qu'il est entendu que l'exception demandée pour l'Île de Curaçao n'aura d'effet que dans le cas où l'on arriverait à la suppression des surtaxes: question qui, du reste, n'est nullement devant la Conférence. Et, même dans ce dernier cas, je ne vois pas pourquoi l'Île de Curaçao ne ferait pas partie de l'Union. Puisqu'elle ne produit pas de sucre, il ne peut y avoir de surtaxe. C'est uniquement une taxe, un simple droit de douane, dont la Convention ne pourra, en aucun cas, exiger la suppression." M. Verkerk Pistorius est disposé à en référer à son Gouvernement; il fait observer qu'il a cru devoir aborder ce point, bien que l'Article IV ne fût pas encore à l'ordre du jour. Quant à la question des surtaxes, à laquelle M. le Président vient de faire allusion, il se réserve d'exposer ultérieurement les vues de son Gouvernement. || M. Pallain tient à déclarer, dès à présent, que sur ce point les instructions des Délégués Français sont formelles. Il est dit dans la note distribuée à l'appui du Projet pour l'application, en France, de l'impôt sur le produit fabriqué et destiné à la consommation, qu'il devra être entendu que la Convention future ne portera aucune atteinte à la faculté que chacun des États Contractants se réserverait de fixer, suivant ses intérêts, la quotité de l'impôt intérieur et des droits de douane sur le sucre indigène et sur les sucres des Colonies et de l'étranger. || La déclaration en a été faite au Parlement Français dans la dernière discussion du Budget par le Ministre des Finances. (Séance du Sénat du 19 Mars, 1888.) || La vérité, c'est que la question des surtaxes n'est pas engagée dans le programme de la Conférence. || M. Kamensky constate avec M. Pallain que la question des surtaxes n'entre pas dans le programme de la Conférence. || M. Batanero déclare qu'il adhère pleinement à cette manière de voir. || M. Jordan ne croit pas que son Gouvernement soit disposé à traiter cette question. Il ne veut pas engager sa liberté d'action. || M. le Comte de Kuefstein fait une déclaration analogue. || M. le Président confirme la manière de voir des Délégués Français, qui est également celle de la Grande-Bretagne. || M. Verkerk Pistorius ne partage pas cette manière de voir, et attache un grand prix à ce que la question des surtaxes ne soit pas écartée de la discussion. || M. le Président répond qu'on peut discuter la question, mais qu'elle ne doit pas être considérée comme faisant partie du programme. Cette question n'est pas du ressort de la Conférence. Chaque nation doit pouvoir régler, comme elle l'entend, son régime intérieur. || M. Guillaume demande que des réserves de sa part sur cette interprétation

soient inscrites au Procès-Verbal. || M. Verkerk Pistorius fait également ses réserves. La question des surtaxes viendra en son temps. Pour procéder avec ordre, c'est l'Article II qu'il conviendrait maintenant d'aborder. || M. le Président déclare l'incident vidé, et propose d'aborder l'ordre du jour. || M. Kamensky fait observer que, dans le Mémoire Austro-Hongrois, il est question d'une prime directe à l'exportation. || M. le Comte de Kuefstein répond que le projet annexé au Mémoire de l'Autriche-Hongrie a été élaboré bien avant qu'il ne fût question d'une Conférence sur les primes. C'est un projet rédigé non en vue d'une future Convention sur l'abolition des primes, mais un véritable Projet de Loi, soumis aux Parlements des deux parties de la Monarchie, et déjà adopté, depuis, par la Chambre des Députés de l'Autriche et par celle de la Hongrie. Il est évident que ce Projet de Loi, qui, d'ailleurs, introduit le système, accepté depuis, en principe, par la Conférence, n'a pas encore pu prononcer la suppression des primes, tandis que les autres pays continuent à en donner. || Mais, du moment qu'une Convention Internationale aura été conclue, l'Autriche-Hongrie pourra, plus facilement que les autres États, supprimer les primes, en soumettant aux Chambres un Projet de Loi abrogeant les Articles 2 et 3 de la Loi. || M. le Comte de Kuefstein se réfère à ce qu'il a eu l'honneur de dire à ce sujet dès le début des séances dans la première session, où il a fait observer qu'il est plus facile de faire disparaître ce qu'on voit que ce qu'on ne voit pas. Il renvoie, du reste, au dernier alinéa du Mémoire de l'Autriche-Hongrie, où il est fait allusion à cette suppression. || M. Catusse demande si l'on a reçu du Gouvernement des États-Unis une note sur son système d'impôt. Il y aurait intérêt à savoir comment sont traités, à l'exportation, les sucres de la Louisiane et des Iles Sandwich. || Mr. White déclare que ces sucres ne jouissent pas du drawback. Le sucre qui n'a pas payé de droit d'entrée n'est pas admis au bénéfice du drawback. Il remet, à ce sujet, un extrait du Règlement Douanier sur le régime du drawback, et demande que ce document soit annexé au Procès-Verbal*). || M. Pallain dit qu'au sujet de la question des États-Unis et de sa participation non-officielle à la Conférence il a des observations à présenter sur le Procès-Verbal de la précédente séance. Il demande si le moment est venu de les exposer. || M. le Président répond que l'adoption du Procès-Verbal n'aura lieu qu'après la distribution de la deuxième épreuve. Il rappelle que la discussion de l'Article II est à l'ordre du jour de la séance. M. Dupuy de Lome dit que, par le Projet de Loi présenté aux Cortes, l'Espagne s'est placée dans les conditions prévues par l'Article 4. Ce Projet de Loi contient deux Articles. Le premier abroge toutes les dispositions antérieures qui donnaient ouverture à une prime. Le second stipule qu'il ne sera accordé dorénavant aucune prime ni restitution de droit sur les sucres exportés. Les Chambres Espagnoles ont voté récemment une Loi qui intro-

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

*) Voir Annexe au présent Procès-Verbal.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

duit dans ce pays le régime de l'admission temporaire. || M. Dupuy de Lome croit que le régime pourra être appliqué à l'industrie du raffinage, en l'entourant des garanties nécessaires qu'il ne soit accordé aucune prime. || M. le Comte d'Onslow demande s'il a été fait une traduction de ce projet. || M. Dupuy de Lome répond affirmativement et remet la traduction. || M. le Président dit que les Délégués Britanniques ont cru simplifier la discussion de l'Article II en le divisant en deux Articles, dont il donne lecture.

Article II.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à soumettre au régime de l'entrepôt, sous la surveillance des employés du fisc, les fabriques de sucre, de même que les fabriques de glucose et les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses.

Article III.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à soumettre les raffineries de sucre au même régime que les fabriques de sucre.

M. le Président demande si les Délégués Belges préfèrent formuler leurs réserves sur l'Article II ou sur l'Article III. || M. Guillaume répond que les réserves de la Belgique s'appliquent également aux deux nouveaux Articles substitués à l'ancien Article II. Elles résultent, d'ailleurs, de l'ancien Article III, lequel constitue une exception aux stipulations de l'Article II. || M. Catusse dit que l'Article II soulève une observation préjudicielle. Cet Article est capital; car il résume tout le travail de la Conférence, et doit amener l'examen de tous les projets présentés par les Gouvernements. M. Catusse se demande s'il convient de continuer la discussion du Projet de Convention Article par Article. Il craint que la Conférence ne s'expose ainsi à présenter une Convention qui serait criblée de réserves, et que l'on n'ait ainsi l'apparence d'une Convention plutôt que la réalité. Si la presse, toujours trop disposée à donner au public des comptes rendus prématurés des travaux de la Conférence, annonce, comme elle l'a fait hier, que l'on a adopté des Articles sur lesquels des réserves formelles avaient été faites par un grand nombre de Délégués, il est à craindre que l'opinion publique n'en soit, en France, défavorablement impressionnée. M. Catusse se demande donc s'il ne vaudrait pas mieux modifier la méthode de travail suivie jusqu'ici. En réalité, les questions qui se posent devant la Conférence peuvent se résumer en un certain nombre de problèmes qu'il est possible d'aborder dès à présent, si la Conférence le désire. Ces principaux aspects de la question sont: la nécessité de l'adhésion de tous les pays intéressés, l'obligation du travail en entrepôt, l'emploi de la saccharimétrie, la sanction pénale que peut comporter la Convention, l'institution d'une Commission Arbitrale, la date d'entrée en vigueur et la durée de la Convention. || Mais il est un autre procédé, qui consisterait à prendre chacun des projets présentés par les Gouvernements et à faire étudier par une Commission les différents points sur lesquels l'entente est possible en la chargeant

d'apporter à la réunion plénière le résultat de cette étude. La Commission pourrait aussi aborder la discussion des lignes générales des projets et aboutir à un accord qu'il semble difficile de réaliser si l'on met en discussion l'Article II sans étude préalable. || M. le Président partage, dans une certaine mesure, cette opinion, et c'est pour cela qu'il a fait subdiviser l'Article II. Les grandes difficultés surgiront sur la question du raffinage. || Sauf les réserves de la Belgique, l'exercice des fabriques ne paraît pas devoir soulever d'objections. || M. le Président reconnaît que le nouvel Article III soulèvera des questions techniques pour l'examen desquelles il sera, sans doute, nécessaire de nommer une Commission. Mais il pensait que l'on pourrait, d'abord, discuter et adopter le nouvel Article II, lequel stipule simplement que la fabrication se fera en entrepôt. || M. Pallain regrette de n'être pas entièrement d'accord avec M. le Président. Il cite le procès-verbal de la séance du 16 Décembre, dans lequel il est dit:— || "Il est entendu que le Gouvernement Britannique communiquera à tous les Gouvernements qui prennent part à la Conférence non seulement les projets qui lui auront été transmis, mais encore les critiques auxquelles ces différents projets auront donné lieu." || Cet échange de vues n'ayant pas eu lieu, il appartient à la Conférence de procéder elle-même à l'étude des projets que les Gouvernements devaient examiner. || Elle est ainsi amenée par la force des choses à modifier la méthode de travail qui avait été tracée dans la Première Session de la Conférence. Les Projets de Loi sont les annexes nécessaires de l'Article qui pose le principe de l'impôt sur les quantités fabriquées. Il ne paraît pas possible d'arriver à formuler, dans le corps même de cet Article, les conditions de son application dans les différents pays intéressés. M. Pallain estime qu'après avoir adopté le principe général de l'Article II dans la forme sous laquelle il a été soumis à l'appréciation des Gouvernements Signataires du Protocole du 19 Décembre, 1887, il y a lieu de considérer les Projets de Loi comme les instruments nécessaires, qui doivent procurer l'exécution du système d'impôt défini dans ses dispositions générales par le Projet de Convention. || On pourrait, alors, dans un paragraphe complémentaire de l'Article II, déclarer que les bases d'application de ce système sont déterminées dans les Projets de Loi qui seraient annexés à la Convention. || On placerait ainsi sous le régime conventionnel, comme cela a été proposé dans les Conférences de 1877, les "bases d'application" des projets sur lesquelles l'accord se serait établi. || M. le Président consulte MM. les Délégués sur la proposition faite par M. Pallain. || M. Jordan partage la manière de voir des Délégués Français. Son Gouvernement n'a pas fourni de proposition ferme, parce qu'il voulait compléter l'étude des réponses faites par les autres Gouvernements. Comme M. Jordan l'a dit pendant la première session de la Conférence, l'Allemagne possède maintenant une nouvelle Loi, exécutoire le 1^{er} Août prochain, qui est basée, en partie, sur le principe de l'impôt à la consommation. Le Gouvernement a donc grand intérêt à régler les conditions de l'application de cette

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Loi, de manière à être sûr qu'aucun détournement de sucre ne pourra être commis. La Loi elle-même contient à cet effet les prescriptions fondamentales. Il appartient maintenant au Bundesrath d'élaborer les instructions ou règlements destinés à préciser les détails d'exécution. Ces règlements n'ont pas encore vu le jour, ils sont encore dans la période de gestation; il n'était pas dans le pouvoir du Gouvernement d'accélérer ce travail. Dans la pensée de M. Jordan, la Commission trouvera, dans les dispositions de la Loi du 9 Juillet, 1887, un aperçu des vues du Gouvernement Allemand. || En résumé, M. Jordan se rallie à l'opinion de M. Pallain. || M. le Comte de Kuefstein dit que l'Autriche-Hongrie se trouve dans les mêmes conditions que l'Allemagne; le règlement pour l'exécution de la dernière Loi n'est pas encore terminé. M. le Comte de Kuefstein ajoute qu'il ne veut pas se prononcer contre la nomination d'une Commission; mais il fait observer que les Projets de Loi — et tous ne sont pas encore entre les mains de la Conférence — s'inspirent de vues quelque peu divergentes, et doivent, à son avis, être réservés, en dernier lieu, à l'appréciation des différents Gouvernements. Il pense que, tant que les questions de principe n'auront pas été discutées et résolues, la Commission n'aura pas de direction précise pour exercer son mandat. Il vaudrait peut-être mieux commencer par se mettre d'accord sur les principes. || M. Guillaume croit qu'il est préférable de discuter les principes généraux en séance plénière. Si tous les pays ont un Délégué dans la Commission, celle-ci ne différera guère de la réunion plénière. En fait, les questions à examiner dans la Commission se trouveront préjugées pour les pays non-représentés dans son sein. A défaut de procès-verbal, les arguments présentés par les Délégués ne seront pas connus. Or, les Gouvernements et les intéressés doivent être mis à même d'apprécier comment leur cause a été défendue. Aux yeux de M. Guillaume, il est donc préférable non seulement que les questions de principe, mais les bases générales de chaque système soient décidées en séance plénière; à la Commission revient l'étude des moyens d'application. || M. de Barner préfère établir les principes en séance plénière, vu le peu d'intérêt qu'a le Danemark à être représenté dans la Commission. || M. Pallain croit qu'on peut se mettre facilement d'accord sur une méthode de travail. Ce que demandent les Délégués Français, c'est que les Projets de Loi communiqués, ou dont on attend la communication, soient examinés par une Commission. Rien ne s'oppose néanmoins à ce que la Conférence poursuive en séance plénière la discussion de quelques questions générales soulevées par la Convention et indiquées par son collègue, telles que l'entente préalablement indispensable avec tous les pays producteurs ou raffineurs de sucres, le système d'impôt sur les quantités produites suivant un régime d'identité déterminé, qui assurerait une parfaite égalité de traitement aux exportateurs des États Contractants, l'institution d'une Commission Internationale, la sanction définitive, etc. || Les principes ne triomphent pas tout seuls, il faut sanctionner leur déclaration par des mesures d'exécution. M. Pallain ne croit vraiment pas que les mesures générales d'exé-

cution dont l'étude doit être renvoyée à une Commission puissent faire l'objet d'un Article incorporé dans le Projet de Convention. || On reprochera toujours à une disposition générale de manquer de précision. C'est la reproche qu'on fait en ce moment à l'Article II. La précision recherchée, elle ne pourra se rencontrer et ne se rencontrera que dans les Projets de Loi eux-mêmes, rattachés comme annexes à la Convention. || M. Batanero croit qu'il est nécessaire de continuer la discussion des principes en séance plénière. Les conditions à remplir pour entrer dans les vues du Projet de Convention ne sont pas toutes énoncées dans l'Article II. Les dispositions de cet Article sont complétées par celle des Articles IV et V. Il y a trois moyens de ne pas donner de primes: c'est de travailler en entrepôt, de supprimer les droits, ou, si on les conserve, de n'accorder aucun drawback à l'exportation. Ces deux dernières conditions sont énoncées dans les Articles IV et V, qui sont ainsi les compléments naturels de l'Article II. En Espagne, ajoute M. Batanero, le régime de l'entrepôt n'est pas établi. Mais on ne donnera ni primes ni drawback, ou remboursement quelconque à l'exportation; quant aux Provinces et Possessions d'Outre-Mer, elles ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres. || M. Verkerk Pistorius se rallie à la proposition des Délégués Français sous la réserve que la Conférence tracera pour la Commission un programme positif. On pourrait lui donner, par exemple, le mandat d'examiner les bases d'application du régime de l'entrepôt dans les fabriques. Tout le monde est d'accord en principe sur ce système. || Mr. Walpole se plaint du défaut de clarté de l'Article II. Il craint qu'il ne soit difficile de s'assurer de la valeur des Règlements avant de savoir quelles sont les obligations imposées par le texte de la Convention. || M. Verkerk Pistorius répond que la nouvelle rédaction énonce un principe plus précis, qui peut servir de base aux travaux de la Commission. || M. le Président dit qu'on pourrait adopter le nouvel Article II en réservant à la Commission l'étude des détails techniques. On ferait ensuite la même chose pour le nouvel Article III. La Conférence serait d'abord appelée à adopter le principe de cet Article, et examinerait ensuite s'il y a lieu d'admettre des exceptions. || M. Kamensky constate que le nouvel Article II érige en principe le système du travail en entrepôt. Le texte primitif parlait seulement d'un système d'impôt sur les quantités fabriquées. Le sens de ces deux expressions n'est pas identique. Or, c'est le texte primitif seul qui a été soumis à l'appréciation des Gouvernements. Son Gouvernement ne l'a pas autorisé à accepter un autre système. || Une conversation s'engage entre M. le Président et M. Kamensky sur la signification des termes "exercice" et "travail en entrepôt." || M. Pallain exprime l'avis qu'il conviendrait de revenir à la rédaction primitive de l'Article II. || M. Guillaume fait remarquer qu'au fond on n'est d'accord que sur un principe, celui de la suppression des primes. Les projets d'applications reposent sur des bases différentes. Il insiste pour qu'on arrête en séance plénière les bases générales. || M. Verkerk Pistorius croit qu'il serait préférable d'adopter la nouvelle rédaction de l'Article II proposée par les

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Délégués Britanniques. La Conférence n'aurait pas besoin d'attendre, pour continuer ses travaux, le Rapport de la Commission sur les moyens de l'application de cet Article. || M. le Président consulte la Conférence sur la rédaction qu'elle entend adopter. || M. Jordan opine en faveur de la rédaction primitive. C'est celle que son Gouvernement connaît et à laquelle se rapportent les objections indiquées dans le Mémoire de son Gouvernement. M. Jordan ne sait pas si son Gouvernement préférerait la nouvelle rédaction. Toutefois, il désirerait que le sens de cet Article fût précisé et que son application fût entourée de garanties sérieuses. || M. le Président dit qu'alors c'est à la Commission qu'il appartiendrait de réaliser la précision demandée. || M. le Comte de Kuefstein se rallie à la manière de voir du Premier Délégué de l'Allemagne, et réserve les observations qu'il aura à faire au sujet de l'Article II. || M. Guillaume demande si l'on renverrait l'Article II à la Commission sans l'avoir préalablement discuté. || M. le Président répond que ce renvoi serait fait sous la réserve d'examiner ultérieurement les travaux de la Commission. || M. Dupuy de Lome se rallie à l'ancienne rédaction. Mais il tient à spécifier que l'Article II ne vise pas les pays qui n'ont pas d'impôt et qui n'accordent pas de drawback. Ces pays font partie de la Convention de plein droit, et n'ont pas besoin d'y être admis, puisqu'ils sont des Puissances Contractantes. Ne serait-il pas préférable de préciser la situation de ces États dans le texte même de la Convention, soit à l'Article II ou à l'Article IV, soit par un Article Additionnel? M. Dupuy de Lome se permettra de recommander une rédaction en ce sens à la Commission que la Conférence va nommer. || M. Verkerk Pistorius craint que le mandat de la Commission ne soit pas assez clairement défini. On est généralement d'accord pour trouver que l'Article II est un peu vague; il laisse subsister des doutes sur le principe même du mode d'impôt. La Commission aurait-elle qualité pour préciser d'abord le principe, puis pour examiner les moyens de l'appliquer? Dans l'affirmative, M. Pistorius se rallie à l'ancienne rédaction. || M. Pallain dit que, si la Commission signale des lacunes dans la rédaction de cet Article, elle en référera à la Conférence. Mais, pour l'instant, c'est sur le texte primitif que doivent s'ouvrir ses délibérations. || M. Jordan dit que l'Article II du Projet est le fruit des travaux antérieurs de la Conférence. Le principe qu'il énonce n'est sans doute pas assez développé. Cet Article ne précise pas, en outre, les précautions à prendre pour en assurer la sincère application. Ce sera la tâche de la Commission de développer ce principe et de préciser ces précautions, en ayant égard aux observations contenues dans les Mémoires des Gouvernements. || M. Kennedy rappelle que plusieurs Gouvernements ont été d'avis que la rédaction n'est pas assez nette, qu'il y a lieu de la préciser. On doit donc demander à la Commission d'examiner le texte de l'Article aussi bien que celui des Projets. || M. Jusserand fait remarquer que, si l'ancienne rédaction de l'Article II est maintenue quant à présent, il appartiendra toujours au Délégué Britannique de faire à la Commission telle proposition qu'il jugera convenable.

La séance est suspendue pendant un quart d'heure pour préparer le texte de la Résolution à soumettre à la Conférence. || A la reprise de la séance M. le Président donne lecture du Projet de Résolution suivant:—

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

“Considérant que plusieurs Puissances ont exprimé, dans leurs notes présentées au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, l'idée que l'Article II du Projet de Convention ne précise pas avec assez d'exactitude le principe à adopter pour réaliser la suppression des primes, la Conférence n'adopte que provisoirement l'Article II et le renvoie, pour sa rédaction ultérieure, à une Commission — comme programme de ses travaux — ainsi que les Projets de Loi qui doivent définir pour chaque État les bases d'application. || Les Délégués de la Belgique toutefois s'associent seulement au renvoi à la Commission, mais non à l'adoption provisoire de l'Article II. || La Résolution est adoptée. || Sont désignés pour faire partie de cette Commission MM. Jaehnigen, le Comte de Kuefstein, Guillaume, de Barner, Batanero, Sans-Leroy, Walpole, Pistorius et Kamensky. || M. Pallain demande qu'il soit entendu que la Commission pourra appeler ou recevoir dans son sein les membres qui n'en font pas partie. || En réponse à M. le Comte de Kuefstein, Mr. White dit qu'il a reçu un télégramme de Washington annonçant que la clause ayant pour but l'abolition totale du drawback a été, en effet, supprimée par la Commission de la Chambre des Représentants dans le Projet de Loi sur le Tarif Douanier.

Anhang zur achten Sitzung.

Règlement Douanier des États-Unis.

Drawbacks à l'Exportation.

(Traduction.)

Article 819. A l'exportation des fabrications composées exclusivement de matières importées qui ont acquitté les droits de douanes, il est accordé un drawback équivalent aux droits perçus sur les matières en question, moins 10 pour cent. || La déclaration en douane est comme suit: elle doit être livrée au receveur au moins six heures avant que la marchandise ne soit mise à bord du vaisseau ou autre moyen de transport par lequel se fait l'exportation.

Modèle Nr. 214.

Déclaration en douane pour les fabrications exportées sous bénéfice du drawback.

Déclaration de _____ fabriqué aux États-Unis de _____, d'origine et de production étrangères, à exporter par _____ à bord du _____, patron, à destination de _____ sous bénéfice du drawback, d'après les provisions de l'Article IV de l'Acte sur le Tarif Douanier du 5 Août, 1861.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Marques et Numéros	Nombre et Nature des Objects.	Quan- tité.	Valeur.	Fabriqué par—	En dépôt à—

Matières dont sont composés les dits objets.

Nature de la Matière.	Importée par—	Nom du Vais- seau.	Date de l'Impor- tation.	Lieu de l'Impor- tation.	Lieu d'Ori- gine.	Quan- tité.	Valeur.	Quotité des Droits payés.

, Exportateur.

Serment ou Affirmation de l'Exportateur.

Moi, _____, je _____ solennellement, sincèrement et avec vérité, que les _____ inscrits à la déclaration ci-annexée, qui seront mis à bord du _____, patron, sont véritablement destinés à être exportés à _____ et à n'être ni rapportés ni débarqués en dedans des limites des États-Unis. Je _____, en outre, que d'après ce que je sais et ce que je crois, les dits _____ sont fabriqués exclusivement de _____, d'origine et de production étrangères, importés comme il est dit dans la déclaration ci-dessus mentionnée; que les droits d'entrée exigés par la loi ont été payés, sans réduction ou déduction quelconque pour cause de dommage ou autrement (dire ici si une réduction quelconque a été accordée, et, en cas affirmative, en désigner la nature); et qu'aucune partie des dits droits n'a été remboursée comme drawback ou autrement.

devant moi ce _____ jour de _____ 18 _____.

Le propriétaire et le surveillant de la fabrique où les objets ont été fabriqués fera serment comme suit, lequel serment sera endossé sur la déclaration en douane ou solidement attaché à celle-ci:—

Nous, _____, propriétaire, et _____, surveillant, du _____, tous les deux, solennellement, sincèrement et avec vérité, que le _____ inscrit à la déclaration ci-dedans (ou ci-annexée) a été fabriqué à _____, exclusivement de _____, d'origine et de production étran-

gères, laquelle matière a été importée, et sur laquelle les droits ont été payés, comme il est dit dans la déclaration en question, d'après ce que je sais et ce que je crois.

devant moi, ce jour du mois de , 18 .

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Elfte Sitzung, 16. April.

A l'ouverture de la séance, M. le Président donne lecture d'un télégramme par lequel M. Sans-Leroy annonce son arrivée à Londres pour Mardi prochain. || Il propose à la Conférence d'aborder la discussion des Articles non-contentieux, en laissant provisoirement de côté ceux dont les stipulations semblent devoir soulever une discussion plus approfondie afin de permettre au Premier Délégué de la France de prendre part à ces débats. || M. Pallain demande s'il n'y aurait pas lieu de discuter, à propos de l'Article III, la question de l'adhésion générale de tous les États producteurs ou raffineurs. || M. le Comte d'Onslow fait remarquer que cette discussion pourrait venir à propos de l'Article VII. || M. Guillaume pense qu'on pourrait discuter les principes des Articles II et III après l'arrivée de M. Sans-Leroy, et renvoyer à la Commission la discussion des détails seulement. || M. le Président fait remarquer que l'Article II a déjà été renvoyé à la Commission. || M. Verkerk Pistorius exprime l'avis de se rallier à la proposition de M. le Président, c'est-à-dire, de discuter les Articles non-contentieux et de réserver la discussion de l'Article III. || La proposition étant adoptée, M. le Président donne lecture de l'Article IV:—

Article IV. "Seront également admis à la Convention les États, ou les Colonies et Possessions étrangères des Hautes Parties Contractantes, qui, tout en n'adoptant pas le système dont il est fait mention à l'Article II, n'imposent pas d'impôts sur les sucres, ou qui s'engagent à n'accorder aux sucres bruts ou raffinés qui viennent à être exportés aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités."

M. le Président invite MM. les Délégués de présenter leurs observations. || M. Jordan dit que, par l'Article II, tous les États s'engagent à percevoir l'impôt d'après une certaine forme. Mais il y a des États qui ne perçoivent pas d'impôt. Il faut un Article pour dire que ces États appartiendront tout aussi bien au nombre des États Contractants et prendront part à la Convention dès le moment de sa signature. M. Jordan craint que les mots de l'Article IV: "seront admis", ne répondent pas complètement à cette nécessité. || M. Dupuy de Lome insiste sur ce qu'il a dit dans la séance précédente et demande également plus de clarté dans la rédaction de cet Article, lequel paraît viser seulement les États qui ne sont pas, dès le principe, dans la Convention. Or l'Angleterre, par exemple, fera partie de la Convention de plein droit, sans avoir besoin d'être admise, de même que l'Espagne, qui, ne donnant ni primes ni drawback, ne peut pas entrer dans les conditions de l'Article II. Il est indispensable que la Convention renferme une stipulation

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

pour les pays qui n'ont pas d'impôt. Il lui semble que l'Article IV vise plutôt les États qui ne sont pas représentés à la Conférence. Il serait bon de compléter l'Article II par une disposition visant les États qui n'ont pas d'impôt. || M. le Comte de Kuefstein ne partage pas l'opinion de M. Dupuy de Lome. L'Article IV lui paraît être le complément naturel de l'Article II, et n'aura besoin que de modifications rédactionnelles, pour répondre aux désirs très fondés qui ont été exprimés. || M. Verkerk Pistorius croit que la situation de l'Angleterre est visée par l'Article V. L'Article IV ne s'applique pas aux pays représentés à la Conférence. || M. Guillaume propose de combler une lacune qui existe à l'Article IV en ce qui concerne les glucoses. Ces sucres étant mentionnés dans l'Article II, doivent évidemment l'être aussi dans l'Article IV. || M. Jordan pense qu'on a laissé une lacune dans l'Article II. Les engagements qu'il contient ne peuvent être pris par les États qui n'ont pas d'impôt. Il conviendrait de stipuler que les engagements de l'Article II visent exclusivement les États qui imposent le sucre. Ne pourrait-on pas inviter la Commission à tenir compte de cette observation dans la rédaction de l'Article II? || M. le Président dit qu'en effet l'Article II pourrait être ainsi libellé: — "Les Hautes Parties Contractantes qui prélèvent un impôt sur le sucre s'engagent" || M. Pallain demande ce qu'il faut entendre par l'expression "possessions étrangères?" S'applique-t-elle aux pays de Protectorat? || M. le Président répond affirmativement. L'expression vise aussi l'Inde, qui n'est pas, pour l'Angleterre, une Colonie proprement dite. || M. Dupuy de Lome dit que l'Espagne ne possède pas seulement des Colonies et des Possessions Étrangères, mais encore ce qu'elle appelle les Provinces d'Outre-Mer — Cuba et Porto-Rico, par exemple. Il croit, d'ailleurs, qu'on pourrait laisser la rédaction actuelle de l'Article IV si l'on complétait l'Article II dans le sens indiqué par M. Jordan. || M. Verkerk Pistorius croit que les stipulations de l'Article IV doivent également s'appliquer aux États visés par l'Article II, pour leur permettre de se soustraire aux obligations qu'il impose en cessant de donner un drawback. A son avis, on devra réserver la discussion de l'Article IV jusqu'à ce qu'on ait adopté une rédaction définitive pour l'Article II. || M. Jordan pense que, moyennant la rédaction qui a été proposée pour l'Article II, c'est-à-dire, à la condition de compléter cet Article par une disposition visant les États Contractants qui ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres, l'Article IV pourrait être supprimé. || M. le Comte de Kuefstein se rallie à la manière de voir de M. Verkerk Pistorius. C'est l'Article II qui est l'essence même de la Convention; car il vise surtout les pays qui donnent des primes, et qui désirent s'entendre pour les supprimer, tandis que l'Article IV concerne ceux qui ne donnent aucun remboursement, ou qui ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres. || M. Pallain relève dans l'Article IV ces mots: "qui s'engagent à n'accorder aucun drawback, etc." Il ne suffit pas que ces États fassent une promesse. Il faut encore qu'ils apportent devant une juridiction à déterminer la preuve qu'ils n'accordent ni restitution

ni décharge, comme le font, ou le feront, devant la Conférence, les États représentés. || M. le Président propose de remplacer les mots "qui s'engagent à n'accorder" par ceux-ci: "qui n'accordent" || Les pays qui participent dès maintenant à la Conférence ont apporté devant elle des projets indiquant comment ils se proposent d'appliquer les principes qu'elle a adoptés. Mais les États qui voudront adhérer dans l'avenir, n'auront-ils pas les mêmes justifications à fournir? || M. le Comte de Kuefstein est d'avis que les obligations de ces États doivent être les mêmes que celles des Puissances Contractantes. || M. Verkerk Pistorius fait remarquer que cette question se rattache à celle de la création d'un organe international qui pourra s'assurer que les États qui désirent adhérer à la Convention remplissent les conditions qu'elle impose. || M. le Président ne peut que se rallier à cette manière de voir. Il reconnaît l'utilité d'un contrôle sur la législation des États qui voudront adhérer à la Convention. || M. Batanero réclame l'insertion dans l'Article IV des mots "Provinces d'Outre-Mer". Car les Provinces de Cuba et celle de Porto-Rico ne sont ni des Colonies Espagnoles ni des Possessions Étrangères de la Couronne. M. Batanero propose la rédaction suivante:— || "Les États, les Provinces d'Outre-Mer, Colonies et Possessions Étrangères des Hautes Parties Contractantes, qui, tout en n'adoptant pas le système dont il est fait mention à l'Article II, ne perçoivent pas d'impôts sur les sucres bruts ou raffinés, ou qui ne leur accordent, quand ils viennent à être exportés, aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités, font partie (ou pourront adhérer) à la présente Convention." || M. Verkerk Pistorius persiste dans son opinion que l'Article IV, tel qu'il est rédigé, ne s'applique pas aux États qui feront originairement partie de la Convention. Il demande que l'adoption de cet Article reste subordonnée à la rédaction définitive de l'Article II. || M. Catalani déclare qu'il a reçu des instructions d'après lesquelles il doit formuler des réserves sur les Articles IV et V. L'Italie entend conserver la liberté de taxer le sucre comme source de revenu. Avant de faire une déclaration plus précise, il attendra les explications qu'il a demandées par voie télégraphique. || M. Pallain rappelle que la Convention n'engage pas la liberté d'action des Gouvernements en ce qui concerne les droits intérieurs et les surtaxes de douane. C'est, pour les Délégués Français une question résolue par la déclaration même des Délégués Britanniques dans la séance du 13 Avril. || M. le Président confirme une fois de plus cette interprétation. || M. de Barner et M. le Comte de Kuefstein demandent des explications sur le terme "glucose." || MM. Guillaume et de Smet font remarquer que les sucres de glucose dont parle le Projet de Convention ne peuvent évidemment s'entendre que des produits saccharins extraits des matières amylacées. || La Conférence se range à cet avis. || M. Guillaume propose de remplacer, dans l'Article IV, les mots "qui n'accordent aux sucres" qui viennent à être exportés, &c." par ceux-ci: "qui n'accordent à l'exportation des sucres, &c. . . ." || M. Jusserand propose également une modification de forme dans la rédaction. || M. le Pré-

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

sident soumet à la Conférence la rédaction suivante: "Sont admis à la Convention les États et les Provinces d'Outre-Mer, Colonies, et Possessions Étrangères des Hautes Parties Contractantes qui, tout en n'adoptant pas le système dont il est fait mention à l'Article II, ne perçoivent pas d'impôts sur les sucres, ou qui n'accordent à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, ou des glucoses aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités. || Cette rédaction est adoptée.

M. le Président donne lecture de l'Article V:—

"Article V. || Dans le cas où un État qui n'impose pas de droits sur le sucre viendrait à en établir, cet État devra établir ces droits sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation, ou bien ne donner aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités."

M. le Président demande à MM. les Délégués de présenter leurs observations. || M. le Comte de Kuefstein dit que les termes employés dans cet Article, "impôt sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation," devront dépendre de la forme à donner à l'Article II, où la même phrase se trouve. || M. de Barner est d'avis d'admettre provisoirement cet Article comme les Articles II et IV. || M. le Président fait remarquer qu'à défaut de la stipulation contenue dans cet Article, un État qui n'a pas actuellement de droits sur le sucre, et qui viendrait à en établir, pourrait faire ce que, par la Convention, les autres États se seraient interdit. || M. Pallain constate qu'il est bien entendu que cet État devra fournir, relativement à sa législation, les mêmes justifications que les États Contractants. || M. Catalani appuie cette manière de voir. || M. Verkerk Pistorius se rallie à l'observation de M. de Barner. La forme et le fond même de l'Article V dépendent de la décision qui sera prise sur l'Article II. Il constate qu'il est bien entendu que les Puissances Contractantes garderont la faculté d'abolir leur impôt sur le sucre, tout en restant dans la Convention, à la seule condition de se conformer aux stipulations de l'Article V dans le cas où ils viendraient à rétablir les droits. || M. le Président confirme cette interprétation, et, après s'être assuré qu'elle ne soulève aucune objection, il donne acte à M. Verkerk Pistorius de sa déclaration. || M. Guillaume propose de spécifier, dans l'Article V, qu'il s'applique aux États Contractants. || L'Article V est adopté dans la forme suivante:— || "Dans le cas où un des États Contractants qui n'impose pas de droits sur le sucre viendrait à en établir, cet État devra établir ces droits sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation, ou bien ne donner aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités.

M. le Président donne lecture de l'Article VI, qu'il considère comme étant de pure forme:—

"Article VI. || Les Hautes Parties Contractantes se communiqueront les lois qui auraient déjà été rendues, ou qui viendraient à l'être, dans leurs États respectifs, relativement à l'objet de la présente Convention." || M. Pallain dit qu'ici encore

se place la question d'une sanction internationale. || M. le Président reconnaît la justesse de cette observation. || M. Jordan demande comment se feront les communications dont il est question à l'Article VI. || M. le Président répond qu'elles se feront par la voie diplomatique. || M. le Comte de Kuefstein fait remarquer que, pour les États Contractants, la stipulation concernant la communication des Lois déjà rendues ne paraît plus répondre à l'état actuel des travaux de la Conférence, puisque la Convention ne pourra pas être signée sans la connaissance préalable de ces Lois. Il pense que les mots: "qui auraient déjà été rendues", pourraient être biffés, et remplacés par une stipulation concernant les modifications qui seraient ultérieurement introduites dans les Lois que la Conférence aura approuvées. || M. Dupuy de Lome pense qu'il est fait allusion, à l'Article VII, aux changements de législation. || M. Pallain fait remarquer que la question soulève le point de savoir si les Projets de Loi indiquant les bases d'application du système de l'impôt sur les quantités de sucre produites seront rattachés à titre d'annexes au Projet de Convention, et placés ainsi sous le régime conventionnel, suivant le précédent des Projets de Convention de 1875 et de 1877, que M. Pistorius connaît bien, ou si l'on découvrira, pour la rédaction de l'Article II, une formule assez générale, pour y comprendre le régime d'égalité de traitement, sans primes, qu'il s'agit d'établir entre les États de l'Union Sucrière. || M. le Comte de Kuefstein exprime l'avis qu'il est indispensable que les Hautes Parties Contractantes connaissent les garanties offertes par chacune d'elles; il faut qu'elles puissent juger des changements qu'on pourrait vouloir apporter à une Loi déjà acceptée comme suffisante. Il propose la rédaction suivante:— || "Les Hautes Parties Contractantes se communiqueront les modifications qu'elles se proposent d'introduire dans leurs Lois respectives, afin d'être à même d'examiner si elles répondent aux dispositions de cette Convention. L'application n'en pourra avoir lieu que si, dans les . . . mois, aucune des Hautes Parties Contractantes n'aura élevé d'objections." || M. le Président reconnaît que la question n'est pas sans importance. Elle se rattache à la question d'un Bureau International. || Il propose de laisser de côté l'Article VI, pour lequel les Délégués Britanniques prépareront une nouvelle rédaction, donnant expression aux idées énoncées par M. le Comte de Kuefstein et d'autres Délégués. || Il donne lecture de l'Article VII:—

"Article VII. || Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande. Cette adhésion sera notifiée par la voie diplomatique au Gouvernement de Sa Majesté Britannique et par celui-ci aux autres Gouvernements Signataires."

M. le Comte de Kuefstein croit que l'adoption de cet Article est subordonnée à la rédaction de l'Article VI. Il faudra y introduire une clause analogue, pour mettre les États Contractants à même de juger si la législation des États qui voudront adhérer ultérieurement offre des garanties suffisantes.

M. Jordan pense que l'admission ultérieure des États qui n'ont pas pris part à la Conférence, doit être subordonnée à l'examen de leur législation ||

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

M. Batanero propose la rédaction suivante: — || “Les États qui n’ont pas pris part à la Convention sont admis à y adhérer sur leur demande. Ils devront prouver que la législation sur le régime des sucres est d’accord avec un des systèmes établis dans les Articles II et IV.” || M. Jordan constate qu’on ne saurait admettre les États sur leur simple déclaration qu’ils n’accordent pas de primes. || M. Verkerk Pistorius ne croit pas qu’on doive exiger d’un État qu’il modifie sa législation avant d’avoir adhéré à la Convention. Par le fait même de son adhésion, il s’engage à changer sa législation pour la mettre d’accord avec les principes de la Convention. || M. Pallain demande qui sera chargé de décider si cette obligation a été remplie. || M. Verkerk Pistorius constate que l’on en revient encore à la création d’un Bureau International. || M. le Comte de Kuefstein soumet la rédaction suivante: — || “Les États, Colonies, &c., qui n’ont point pris part à la présente Convention, y seront admis sur leur demande dans le cas où leur législation, dont connaissance préalable sera donnée aux Hautes Parties Contractantes, n’aura soulevé aucune objection.” || M. Batanero est d’avis qu’il ne suffira pas que les États ou Colonies qui voudront faire partie de la Convention adressent une demande en ce sens aux États Contractants. Il faudra, encore, que les Puissances Signataires admettent cette demande. || M. Jordan préférerait que l’Article fût conçu dans ces termes: || “Les États qui n’ont pris part à la présente Convention seront admis à y adhérer sur leur demande. Cette demande sera notifiée par la voie diplomatique au Gouvernement de Sa Majesté Britannique et par celui-ci aux autres Gouvernements Signataires. Un État qui perçoit des impôts sur le sucre ne fera pas partie de la Convention avant d’avoir réglé sa législation sur les bases arrêtées par la Convention.” || M. le Président, après avoir pris l’avis de la Conférence, déclare que l’Article VII est réservé avec l’Article VI. || Il donne lecture de l’Article VIII. || M. Pallain demande si quelqu’une des Colonies visées à l’Article VIII a rien qui ressemble à un système de primes pour l’exportation. || M. le Président répond négativement. Une Colonie, qui avait eu l’intention de déroger à cette règle, a dû renoncer à son régime de faveur. || M. Dupuy de Lome pense qu’on peut supprimer l’Article VIII, le sort des Colonies Britanniques se trouvant réglé par l’Article IV, tel qu’il a été adopté en dernier lieu. || Cette manière de voir étant partagée par tous les Délégués, l’Article VIII est supprimé.

Zwölfte Sitzung, 18. April.

M. le Président soumet à la Conférence un texte du projet de Convention sur lequel sont indiqués les Articles déjà adoptés et ceux restant à discuter (voir l’Annexe A au présent procès-verbal). || M. le Président propose l’adoption du procès-verbal de la neuvième séance. || M. Jusserand présente une observation sur le procès-verbal déjà adopté de la huitième séance. Ce procès-verbal le désigne comme Chargé d’Affaires de France. Il possède en réalité cette

qualité, mais à titre absolument temporaire; il préfère qu'on lui donne simplement son rang de Conseiller d'Ambassade. || Au sujet du procès-verbal de la neuvième séance, M. Pallain présente une observation concernant une question posée par M. Batanero, celle de savoir si le rejet de la Convention par le Parlement de l'un des Pays Contractants n'aurait pas pour effet de laisser ce pays-là hors de la Convention. Mais, dans l'hypothèse prévue, il n'y aurait plus de Convention. Les Délégués Français avaient compris, et aucune autre interprétation n'est vraiment possible, que le rejet du projet par le Parlement de l'une des Puissances Contractantes rendrait la liberté à celles qui avaient déjà donné leur adhésion, le concordat sucrier ne pouvant exister que par l'adhésion de tous les intéressés. M. Pallain cite, comme exemple, ce qui s'est passé en 1875, à la suite du rejet de la Convention par les Chambres Néerlandaises. Or, il semble résulter de l'interprétation de M. Batanero, interprétation confirmée par M. le Président, que, dans le cas précité, la Convention resterait valable dans les autres pays, ce qui ne saurait être admis de plein droit. || M. Batanero reconnaît que tel est le sens de ses paroles. || M. le Comte de Kuefstein fait remarquer qu'il s'agit de savoir si une seule des Puissances Contractantes aurait la faculté de détruire la Convention. Il croit que cette interprétation devrait être réservée pour le moment où l'on discutera la question de la sanction pénale de la Convention. Cette interprétation dépend, en effet, des mesures de défense que les Puissances Contractantes pourront établir contre des pays qui resteront en dehors de la Convention. || M. Dupuy de Lome estime que, dans l'éventualité prévue, la Convention devrait être nécessairement annulée si elle ne contient pas de clause de défense contre les Puissances non-Contractantes. || M. Pallain rappelle qu'il a fallu une disposition spéciale dans la Convention de l'Union Postale pour déclarer que, dans le cas où une ou plusieurs Parties Contractantes ne ratifieraient pas la Convention, elle n'en resterait pas moins valable pour les États qui l'auraient ratifiée. || M. Batanero déclare qu'il a formulé cette interprétation en vue d'amener la discussion de la sanction pénale. Il se réserve de discuter cette question au moment opportun. || M. le Comte de Kuefstein fait remarquer qu'il y a deux questions distinctes: celle du rejet de la Convention par un des Parlements des Puissances Signataires, et celle de la résiliation de la Convention par une des Puissances Contractantes après sa mise en vigueur. Dans le premier cas, une des principales conditions posées par plusieurs Gouvernements, c'est-à-dire l'adhésion de tous les États Signataires, disparaît, et les résolutions doivent être réservées, tandis que l'autre alternative serait subordonnée à la question des mesures de défense, qui serait discutée plus tard. Chaque État, du reste, aura le même droit de résiliation.

Mr. Kennedy dit que M. Pallain a spécifié le cas dont il s'agit ici, c'est de savoir si l'entrée en vigueur de la Convention est subordonnée à la ratification par tous les Parlements; et si le défaut de cette ratification par l'un des Parlements, a pour effet de dégager les autres Parties Contractantes. || M. Verkerk

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Pistorius pense que la question ainsi posée doit être tranchée affirmativement. || La question est réservée jusqu'au moment où viendra en discussion la proposition faite par MM. les Délégués Espagnols au cours de la première session de la Conférence. || Après avoir consulté la Conférence, M. le Président déclare que le procès-verbal de la neuvième séance est adopté. || M. le Président dit, qu'à la suite d'une consultation entre les Délégués Britanniques, ceux-ci ont pensé qu'il serait bon que les délibérations de la Commission fussent dirigées par le Président de la Conférence, en raison de l'importance capitale des questions qu'elle est appelée à résoudre. || La Conférence se rallie unanimement à cette manière de voir. || M. le Président prie MM. les Délégués de faire savoir à leurs Gouvernements que le Cabinet Britannique croit que le moment est venu pour la désignation des Plénipotentiaires. Il annonce que la Reine a bien voulu nommer en cette qualité le Marquis de Salisbury et lui-même. || Les Représentants Diplomatiques de la Reine donneront connaissance aux Puissances, auprès desquelles ils sont accrédités, des progrès réalisés pendant les dernières séances de la Conférence. Ils appuieront la proposition que M. le Président vient de faire pour la désignation des Plénipotentiaires. || M. Kamensky déclare que M. de Staal et lui-même ont reçu les pouvoirs nécessaires, mais son Gouvernement désirerait connaître le texte définitif de la Convention avant de procéder à la signature. || M. Jordan dit que son Gouvernement s'est réservé de nommer des Plénipotentiaires quand les délibérations lui paraîtront suffisamment avancées. || M. le Président prie M. Jordan de faire connaître à son Gouvernement l'état d'avancement des travaux de la Conférence. || M. le Comte de Kuefstein dit que ses pleins pouvoirs ne doivent lui parvenir qu'au moment où le texte de la Convention sera parfaitement arrêté. Son Gouvernement tient à connaître ce texte avant d'envoyer les pouvoirs; c'est la marche qu'il a toujours suivie en pareilles circonstances. Il peut citer, par expérience, le dernier Traité de Commerce avec la France qu'il avait été chargé de négocier. || M. Guillaume déclare qu'il n'a pas reçu d'instructions à ce sujet. || M. de Barner annonce qu'il a déjà reçu ses pleins pouvoirs. || M. Dupuy de Lome dit qu'en ce qui concerne l'Espagne, son Excellence M. le Ministre d'État a déjà annoncé, dans sa note du 21 Mars, adressée à l'Ambassadeur Britannique à Madrid, que les Délégués Espagnols seraient pourvus de pleins pouvoirs, faisant preuve de la bonne volonté du Gouvernement de Sa Majesté Catholique et de sa confiance dans le succès de la Conférence. Il voudra, sans doute, connaître le texte de la Convention avant d'en autoriser la signature. Il voudra, d'ailleurs, se conformer, pour la désignation des Plénipotentiaires, à l'exemple des autres Puissances. Les Délégués de l'Espagne communiqueront le désir exprimé par M. le Président et leurs honorables collègues, à leur Gouvernement, et ils osent espérer que, si M. le Président le juge utile, le Gouvernement Espagnol désignera dès à présent les personnes qui recevront les pouvoirs. || M. Guillaume demande si le Gouvernement Britannique désire que la désignation des Plénipotentiaires se fasse immédiatement. || M. le Président fait

remarquer que plusieurs Puissances ayant désigné leurs Plénipotentiaires, il serait à désirer que les autres Puissances fissent de même. Elles montreraient ainsi leur désir d'aboutir à un résultat. || M. Guillaume dit qu'il fera part de ce désir à son Gouvernement. || M. Jusserand dit qu'il en référera à son Gouvernement. || MM. Catalani et Verkerk Pistorius font des déclarations analogues. || A propos de la distribution du Projet de Convention, remanié suivant les termes adoptés dans les précédentes séances, M. Pallain fait observer qu'il avait été entendu, sur la proposition même du Président, que le préambule laisserait en blanc les noms des Puissances Contractantes. Or, il remarque que, dans le document distribué à l'ouverture de la Conférence (voir Annexe A au présent procès-verbal), on fait une énumération des Puissances Contractantes. Il doit signaler immédiatement l'omission des Etats-Unis; il rappelle qu'il a eu déjà l'occasion de déclarer que, dans la pensée du Gouvernement Français, le régime d'égalité de traitement à donner à tous les pays exportateurs devrait s'appliquer sans distinction à tous les pays qui produisent ou qui raffinent le sucre, la suppression des primes impliquant, pour les Etats Contractants, la certitude que leurs sucres ne rencontreraient sur les marchés où ils les vendent d'autres concurrences que celle des sucres auxquels on aurait refusé également toute prime. || Il est indispensable que la Convention projetée ait l'adhésion de tous les pays qui produisent le sucre de betterave ou qui raffinent le sucre de toute origine, suivant une législation qui ne laisserait place à aucun excédent. Or, les Etats-Unis ont une prime qui est aujourd'hui de 2 fr. 21 c. par 100 kilog., qui était plus élevée il y a deux ans, qui peut être augmentée de nouveau dans l'avenir. || M. Pallain rappelle que Mr. White a dit, dans une des dernières séances, qu'il a été question de réduire le drawback de 20 pour cent, comme l'impôt. On aurait eu, alors, pour celui-ci, 1 fr. 92 c., au lieu de 2 fr. 40 c., et, pour le drawback, 2 fr. 08 c., au lieu de 2 fr. 60 c., ce qui réduisait la prime à 1 fr. 77 c. par 100 kilog. au lieu de 2 fr. 21 c. Or, on lit dans une dépêche qu'il y a quelques jours, après une séance non-interrompue de trente et une heures, la Chambre des Représentants a ajourné la discussion relative aux réformes à introduire dans le régime des impôts. On ajoute, dans cette dépêche, que, dans l'état actuel de procédure parlementaire, le Bill, portant réduction des droits d'importation, ne pourra passer que sous une forme satisfaisant les protectionnistes, d'où il faut conclure que l'amendement introduit par la Commission des Voies et Moyens, et fixant à 20 pour cent la réduction des droits sur le sucre, ne s'appliquait pas au drawback, et qu'ainsi la prime aurait été triplée. || M. Pallain rappelle que, dans la séance du 10 Avril dernier, M. le Président déclarait que les Etats-Unis étaient évidemment disposés à se réclamer de la clause du Protocole ouvert, et à se rallier à la Convention. Il désire partager cette confiance, et, pour dissiper des appréhensions, qui sont toujours excusables de la part d'un Douanier—la Douane vit d'appréhensions et meurt de confiance — il demande à donner communication à la Conférence d'un Bill présenté

Nr. 9832.
Konferenz-
Staaten.

devant la Chambre des Représentants le 4 Janvier, 1888 (c'est-à-dire à une date postérieure à la signature du Protocole du 19 Décembre, 1887), rapporté devant la Chambre des Représentants le 9 Février dernier, et voté dans la séance du 1^{er} Mai. || M. Pallain donne lecture de la traduction suivante des passages principaux du Rapport de M. McCreary, du Comité des Affaires Étrangères, qui accompagne le Bill:— *) || “Le Comité autorisant le Président des Etats-Unis à réunir une Conférence dans le but d’encourager les relations commerciales entre les Etats-Unis et les autres Puissances d’Amérique, présente le Projet de Loi et en recommande l’adoption Le ralentissement actuel des affaires et l’abaissement du prix des produits agricoles sont dus, en grande partie, à ce que le marché est restreint pour le surplus de nos productions. Quelques-uns des meilleurs marchés que nous puissions envisager, ne sont pas loin de notre frontière méridionale. Ils sont plus rapprochés de nous que d’aucune autre nation commerçante. Les populations du Mexique et de l’Amérique Centrale ou Méridionale produisent nombre de marchandises qui nous font défaut, et ont besoin elles-mêmes de nos produits agricoles, minéraux, ou manufacturés . . . Ils reconnaissent la supériorité de nos produits, et souhaitent un échange d’affaires plus intime avec nous; mais le gros de leur commerce et de leur trafic se fait avec l’Europe. La République Argentine a un service régulier de 44 à 60 paquebots, naviguant de Buenos-Ayres aux ports Européens . . .” || M. Pallain indique ici que la République Argentine constitue un des principaux débouchés de la France pour les sucres. L’exportation Française en sucre à cette destination a été, pour 1885 de 6,210,937 kilog., pour 1886 de 9,252,741 kilog., pour 1887 de 14,653,330 kilog. Le Rapport reprend:— || “Nos exportations en 1884 se sont élevées à 733,768,764 dollars. Sur cette quantité nous n’avons exporté au Mexique, à l’Amérique Centrale et à l’Amérique du Sud que pour 64,719,000 dollars. || Notre production annuelle agricole et mécanique est évaluée à environ 11,000,000,000 dollars, tandis que nous avons rarement vendu pour plus de 75,000,000 dollars à nos voisins, qui achètent en Europe pour un chiffre au moins cinq fois aussi élevé que celui qu’ils dépensent chez nous. . . . L’Angleterre monopolise le trafic à cause de ses moyens de transport à bon marché. . . . Il est très important de faciliter les moyens de transport entre les Etats-Unis et ses voisins du sud. Car tant que le fret de Liverpool, Hambourg et Bordeaux coûtera 15 dollars la tonne, on ne pourra pas les amener à payer 40 dollars la tonne pour faire venir les marchandises des Etats-Unis. Il n’y a pas une ville commerçante dans ces Etats où les fabricants des Etats-Unis ne puissent lutter avec leurs concurrents d’Europe dans tous les articles que nous produisons pour l’exportation. || Le Rapport de la Commission Sud-Américaine montre, d’après le témoignage des importateurs de ces pays, qu’à part la différence de prix et de facilités de transport, ils auraient avantage à acheter aux Etats-Unis, où

*) Voir l’Annexe (B) au présent Procès-Verbal.

la qualité des produits est meilleure, et le prix d'achat aussi bas qu'en Europe. A cet égard, il serait important d'examiner si un étalon commun de monnaies d'or ou d'argent, égal en valeur, en poids et en alliage, dans tous les pays en question, et circulant parmi eux, accroîtrait les relations de commerce et d'amitié entre eux. || Jamais, depuis l'organisation de notre Gouvernement, on n'a été plus profondément convaincu de l'intérêt qu'il y aurait à resserrer les relations avec le Mexique, l'Amérique Centrale et Méridionale et l'Empire du Brésil. . . ." || Or, dans l'Amérique Centrale, si les renseignements communiqués sont exacts, une tonne de canne de 1,000 kilog. vaudrait, assuret-on, de 6 à 8 fr.; c'est le quart du prix d'une tonne de betterave riche. || M. Pallain s'excuse d'avoir fait à la Conférence une si longue citation; mais il lui semble que ce document, qui proclame, en termes si éloquents, la nécessité de l'Union Douanière avec les Républiques de l'Amérique Centrale et Méridionale, et qui précise en chiffres positifs les intérêts engagés dans la question, rapproché de la discussion qui a eu lieu au Sénat Américain le 5 Avril dernier, montre bien que son Gouvernement s'est inspiré des véritables intérêts Européens en cause, en souhaitant l'entrée des États-Unis dans la Convention, et en persistant à considérer son adhésion comme indispensable pour déterminer la sienne. || M. Pallain rappelle qu'il y a quelques années la prime effective des États-Unis était de 4 fr. 63 c. par 100 kilog. de sucre raffiné. Sous cette législation, l'exportation pour l'Angleterre des sucres raffinés des États-Unis avait acquis une grande importance. || Les importations de sucre raffiné des États-Unis en Angleterre ont été —

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

	Kilogr.
En 1884 de	52,000,000
En 1885 de	115,000,000
En 1886 de	70,000,000

En 1886, la prime a été diminuée aux États-Unis; elle a été ramenée à 2 fr. 21 c., et les exportations ont diminué. || Le chiffre de l'exportation pour 1887 est de 39,000,000; il se réduit avec la prime. || On doit donc redouter la concurrence des États-Unis en matière de sucres, surtout en matière de sucres raffinés. Car ils auront à meilleur marché que les Européens le sucre de chacun des pays voisins, et s'ils continuent à accorder des primes, quand il n'en existera plus pour les Signataires de la Convention, ils pourront exclure la France du marché Anglais, et plus facilement encore du marché de la République Argentine, qui est l'un des meilleurs débouchés actuels de la production Française. || M. Pallain ajoute qu'il avait le devoir de communiquer à la Conférence ses appréhensions, et qu'il serait heureux de recevoir du Délégué officieux des États-Unis, à l'une des prochaines séances, quelques éclaircissements sur les points qu'il vient de signaler. Il remet sur le Bureau de la Conférence le Rapport Américain dont il a donné quelques extraits, en déclarant à son collègue Mr. White, qu'il serait heureux d'apprendre que ses appréhensions doivent être dissipées, et que le Bill de l'Union Douanière

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

des Etats-Unis avec l'Amérique Centrale et Méridionale ne doit pas demeurer pour lui comme le "Bill des Illusions Perdues." "Nous pourrions, d'ailleurs", ajoute M. Pallain, "laisser à Mr. White le temps nécessaire. Les décisions que nous avons à prendre sont trop graves pour être prises avec précipitation, et nous ne saurions mieux faire que de suivre la devise partout inscrite dans cette demeure historique où nous recevions, la semaine dernière, une si brillante hospitalité: Sero, sed serio." || Mr. White répond qu'il ne manquera pas de transmettre à son Gouvernement les observations faites par son honorable collègue M. Pallain. || M. le Président annonce que M. Verkerk Pistorius lui a remis, en le priant de le soumettre à la Conférence, un Mémoire sur la question des surtaxes. Ce document sera imprimé et distribué (voir Annexe C au présent Procès-Verbal). || Pour le moment, M. le Président croit qu'il convient de réserver la discussion du Mémoire de M. Pistorius pour une date ultérieure, et de continuer maintenant l'examen des Articles du projet de Convention. || M. Kamensky fait remarquer que le préambule du projet de Convention, dont le texte vient d'être distribué, ne fait pas mention de l'adhésion des Colonies. || M. le Président dit qu'il n'est pas d'usage de faire cette mention. Il y a deux sortes de Colonies: les Colonies autonomes, et celles qui dépendent directement de la Couronne. Il est dit, aux Procès-Verbaux, que les premières acceptent la Convention: les secondes sont sous la tutelle de la Métropole; le Gouvernement a donc qualité pour traiter au nom des unes et des autres. || M. Batanero croit qu'il y aurait, tout de même, un certain avantage à constater dans la Convention que les Métropoles ont traité pour leurs Provinces d'Outre-Mer, Possessions et Colonies. Ainsi, on pourrait citer au préambule les noms des pays et dire "l'Espagne et ses Provinces et Possessions d'Outre-Mer," et ainsi de suite pour les autres Contractants. || M. Kamensky se déclare satisfait pourvu que la déclaration de M. le Président soit inscrite au Procès-Verbal. || M. le Comte de Kuefstein se rallie aux observations de M. Kamensky au sujet des Colonies. Comment saura-t-on quelles sont les Colonies qui adhèrent, et celles qui n'adhèrent pas? || M. le Président dit que la seule réserve est celle qui a été faite pour l'Ile de Curaçao. || M. Verkerk Pistorius déclare qu'il n'a pas encore reçu d'instructions nouvelles à cet égard, mais qu'il croit qu'après les explications qui lui ont été données, et du moment où il est reconnu à l'Ile de Curaçao la faculté de prélever des droits de douane sur le sucre, l'adhésion de cette Colonie ne rencontrera pas de difficulté. || M. le Comte de Kuefstein se déclare satisfait, s'il est constaté d'une façon obligatoire que toutes les Colonies des Puissances Contractantes adhèrent à la Convention. || M. de Barner signale une lacune à l'Article IV. Il craint que cet Article ne laisse aux pays qui n'imposent pas le sucre la possibilité de donner des primes. || M. le Président répond que, par l'Article I, dont les prescriptions sont absolues et générales, toutes les Puissances Contractantes s'interdisent de donner des primes. || M. Catalani dit que son Gouvernement l'a chargé d'insister sur les réserves qu'il a faites sur les Articles IV et V.

Son Gouvernement tient à conserver toute liberté pour imposer les sucres || M. le Président explique que la question des droits intérieurs, pas plus que celle des Tarifs de Douane, n'est en discussion. Les États Contractants seront libres de prélever l'impôt sur le sucre fabriqué à l'intérieur ou importé, d'après le tarif qu'il leur conviendra d'adopter. Le but que poursuit la Conférence par l'Article IV, c'est uniquement la suppression du remboursement. || M. Catalani ne doute pas que ces explications ne satisfassent son Gouvernement; mais il tient à maintenir ses réserves jusqu'à ce qu'il ait reçu de Rome une nouvelle communication. || L'ordre du jour appelle la discussion de l'Article VI, pour lequel les Délégués Britanniques soumettent une nouvelle rédaction (voir l'Annexe A au présent Procès-Verbal). || M. Jordan croit pouvoir adopter ad referendum la rédaction proposée, qui lui paraît répondre au desideratum formulé dans le Mémoire de son Gouvernement. Il pense que la proposition de nommer une Commission Internationale est de nature à contribuer au succès des travaux de la Conférence, pourvu que cette Commission dispose des moyens d'action propres à donner à chaque Gouvernement des garanties sérieuses sur la manière dont la Convention sera exécutée par ses co-Contractants. M. Jordan rappelle, à ce sujet, la proposition faite pendant la première session de la Conférence par les Délégués Espagnols. Il leur laisse l'initiative d'en aborder la discussion; mais il se réserve d'intervenir aux débats, et tient à dire, dès à présent, que la proposition dont il s'agit a été favorablement accueillie par son Gouvernement. En principe, l'institution d'une Commission Internationale est un grand pas vers un résultat favorable. Il adopte donc le principe de l'Article proposé, tout en faisant des réserves sur la rédaction. || M. le Comte de Kuefstein dit que l'idée exprimée par l'Article VI est conforme aux vues de son Gouvernement. Il cite à cet égard le passage suivant du Mémoire Austro-Hongrois: — || "Puisqu'il s'agit d'établir un état de choses tout à fait nouveau, et dont l'épreuve n'est pas encore faite, il nous paraît indispensable, et nous pensons que cela correspond aux idées des autres États, que les Parties Contractantes se communiquent non seulement, comme il est dit dans le Projet de Convention, les Lois qui se rapportent à la matière, et les modifications qu'elles auraient l'intention d'y introduire, mais aussi de mettre les États Contractants, d'une façon quelconque, dans la possibilité de se prononcer contre des modifications qui violeraient les principes fondamentaux de la Convention, ou qui les rendraient illusoirs." || M. le Comte de Kuefstein adopte donc le principe de l'Article, en réservant l'examen des détails à son Gouvernement, qui, en tant qu'il peut en juger, n'aura pas d'objections de principe à présenter si la Conférence accepte la proposition. || M. de Barner n'a pas d'observation à faire sur l'Article en discussion. || M. Dupuy de Lome propose seulement une modification de forme. Au lieu de dire "chacune des Hautes Parties Contractantes est représentée", il propose la rédaction suivante: "chacune des Hautes Parties Contractantes pourra être représentée" Il n'est pas nécessaire de forcer chaque Puissance

Nr. 0632.
Konferenz-
Staaten.

à se faire représenter à la Commission. || Cette modification est adoptée. || M. Pallain estime que l'Article VI actuellement en discussion va moins loin que l'Article XVI de la Convention de l'Union Postale (voir l'Annexe D au présent Procès-Verbal), qui créa le Bureau International sur la proposition de la Belgique, alors que l'institution d'une Commission Internationale, autorisée à surveiller l'application de la Convention en projet, est le complément nécessaire de l'arrangement à intervenir, et fait partie des sanctions qui sont attendues pour rendre efficaces les dispositions qui seront arrêtées. || M. Jordan cite un passage du Mémoire fourni par son Gouvernement, relativement à la nécessité de prendre des mesures pour empêcher les États Contractants de se soustraire à leurs obligations. Il insiste sur ces mots: — || "Des mesures analogues pourraient être adoptées contre tout État qui ne prendrait pas part à la Convention, ou qui, après y avoir adhéré, s'en séparerait à l'avenir." || C'est là une question d'une grande importance. On ne sait pas si les États-Unis et le Brésil adhéreront à la Convention; on sait même qu'ils ne sont pas disposés à y adhérer dès à présent. Le Gouvernement Allemand tient beaucoup à ce que ces pays entrent dans l'Union. S'il n'est pas possible d'obtenir immédiatement leur adhésion, il faut trouver un correctif à leur abstention. C'est le sens de la phrase à laquelle M. Jordan vient de faire allusion. M. Jordan croit que la seule mesure efficace est indiquée dans la proposition des Délégués Espagnols. Dans sa pensée, la Commission devrait être un Comité Exécutif chargé d'instruire tous les cas de violation de la Convention qui viendraient à se produire. La Commission Internationale serait ainsi investie d'une certaine autorité. Elle surveillerait l'exécution de la Convention, et, sans avoir le droit de juger les infractions, elle aurait celui de les apprécier et de les dénoncer aux Gouvernements intéressés. || M. Batanero se déclare heureux de l'appui donné par le Premier Délégué Allemand à la proposition des Délégués Espagnols. Lorsqu'il s'agira de régler les attributions de la Commission, il y aura lieu d'examiner s'il lui appartiendra d'apprécier les cas où les droits compensateurs deviendraient applicables. || M. Pallain propose de statuer sur l'organisation de la Commission avant de régler ses attributions, la création d'un organe étant préalable à son fonctionnement. || M. Verkerk Pistorius croit qu'il serait logique de régler en premier lieu les attributions. A ses yeux, la création d'un Bureau International, sur laquelle il a déjà appelé l'attention de la Conférence dans la séance du 16 Décembre dernier, présente beaucoup d'intérêt, non seulement pour examiner les législations des États Contractants, mais aussi pour les publier ensemble avec une statistique officielle de la production et du mouvement des sucres dans les différents pays. Il n'a d'instructions que sur ce dernier point toutefois, il ne s'oppose pas au principe de la Commission Internationale proposée. Son observation a pour but de faire ressortir l'utilité de définir d'abord les attributions de l'organe international qu'on désire créer pour discuter ensuite son organisation. || M. Jordan n'apprécie pas la valeur de la distinction faite par

M. Verkerk Pistorius entre un Bureau et une Commission. La Commission pourra nommer un Comité Exécutif pour faire les publications statistiques. Il ne paraît pas nécessaire que la Commission elle-même soit permanente. || M. Catalani n'a pas d'observations à faire sur l'Article VI. || M. Kamensky approuve le principe de cet Article. || M. le Président soumet à la Conférence le principe de l'Article VI instituant une Commission pour surveiller l'exécution de la Convention, sous réserve de déterminer plus tard ses attributions. || M. Batanero annonce que les Délégués Espagnols rédigeront un Projet d'Article relatif à la sanction pénale. || M. le Comte de Kuefstein demande si c'est la Commission, ou l'ensemble des Gouvernements, qui appréciera en dernier ressort. Il pense que la décision définitive doit toujours être réservée aux Gouvernements. || M. Guillaume dit que la Commission ne doit faire que des Rapports. Dans aucun cas on ne peut lui conférer les attributions d'un Tribunal. || Une conversation générale s'engage à ce sujet. || M. Pallain demande s'il ne faut pas prévoir la nécessité d'un arbitrage. || Mr. Kennedy dit que les Délégués Britanniques avaient proposé d'établir, en premier lieu, le principe de cet Article. Il implique plusieurs questions d'une nature délicate. Un Bureau chargé de la publication d'une statistique ne serait pas un organe auquel on pourrait confier les fonctions prévues par l'Article VI. || D'après le nouveau projet soumis aujourd'hui à la Conférence, chacune des Puissances pourrait être représentée par un Délégué, ou par un Délégué et un Délégué-Adjoint. Le Gouvernement du pays, où la Commission se réunit, désignerait le Président de la Commission. Pour ce qui concerne la procédure, les Délégués Britanniques soumettent les propositions suivantes: Dans le cas où une Puissance aurait préparé le projet d'une Loi que la Commission devrait examiner, ou bien dans le cas où une Puissance aurait une représentation à lui faire, la Puissance en question communiquerait ce projet ou cette représentation au Gouvernement du pays où doit avoir lieu la prochaine réunion de la Commission; ou bien elle ferait cette communication au Gouvernement du pays où a eu lieu la dernière réunion. C'est à la Conférence de régler ce détail. Le Traité de l'Union Internationale des Télégraphes donne au Gouvernement du pays, où s'est tenue la dernière Conférence, le soin des communications sur les affaires de l'Union. Le Gouvernement chargé pour le moment de l'échange de la correspondance de l'Union Sucrière donnerait connaissance des communications qu'il aurait reçues au Président de la Commission. Celui-ci les soumettrait à ses collègues. On suivrait la même procédure pour les rapports de la Commission. Le Président les communiquerait au Gouvernement chargé de la correspondance; ce Gouvernement les ferait parvenir aux autres membres de l'Union. || Les Délégués Britanniques ont soumis leur proposition, même sans en avoir élaboré tous les détails, afin d'obtenir l'opinion de la Conférence sur le principe d'une Commission. Il semble que le principe est sur le point d'être adopté. C'est déjà un grand pas en avant. Les Délégués Britanniques savent bien que l'Article n'est pas

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

complet; ils proposent donc de ne statuer aujourd'hui que sur l'adoption du principe; l'organisation et les attributions de la Commission demandent une étude sérieuse; la Conférence voudra probablement remettre à une séance ultérieure la discussion de ces détails importants. || M. le Président déclare qu'il s'agit d'adopter seulement le principe de l'Article VI. || M. Jordan ajoute qu'il s'agit de l'adopter comme base à développer. || M. le Président confirme ces paroles. La Conférence adopte aujourd'hui le principe; elle réglera les détails à la prochaine séance. Il invite les Délégués à présenter eux-mêmes des projets de rédaction définitive à la prochaine séance. M. le Président donne lecture de l'Article VII. || M. le Comte de Kuefstein rappelle qu'il a été dit à la dernière séance que les États Contractants devront pouvoir s'assurer que la Législation des nouveaux adhérents est conforme aux principes de la Convention. || Une discussion s'engage sur la procédure qui devra être suivie par les États qui voudront adhérer à la Convention. || Il est entendu que ces États adresseront leur demande à la Puissance qui aura la présidence de la Commission. Cette Puissance renverra l'étude de leurs Lois et Règlements à la Commission. || M. Guillaume fait remarquer que la solution de la question dépend de la rédaction définitive qui sera donnée à l'Article VI, auquel l'Article VII pourra se référer. || M. le Président lit une rédaction de l'Article VII préparée par M. Verkerk Pistorius: — || "Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande, à la condition que leurs Lois et leurs Règlements, sur le régime des sucres, soient d'accord avec les principes de la présente Convention, et aient été soumis, préalablement, à l'approbation des Hautes Parties Contractantes dans les formes prescrites à l'Article précédent." || Cette rédaction est adoptée.

Anhang (A) zur zwölften Sitzung.

Projet de Convention.

Les Hautes Parties Contractantes, désirant assurer la suppression totale des primes ouvertes ou déguisées à l'exportation des sucres, ont résolu de conclure une Convention à cet effet, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, le Très-Honorable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil, Marquis de Salisbury, Comte de Salisbury, Vicomte Cranborne, Baron Cecil, Pair du Parlement, Chevalier du Très-Noble Ordre de la Jarretière, Membre du Très-Honorable Conseil Privé de Sa Majesté, Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté au Département des Affaires Étrangères, &c. &c.; et le Baron Henry de Worms, Membre du Parlement du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, Sous-Secrétaire d'État pour les Colonies, &c. &c. || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, || Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., et Roi Apostolique de Hongrie, || Sa Majesté le Roi des

Belges, || Sa Majesté le Roi de Danemark, || Sa Majesté le Roi d'Espagne et en son nom la Reine Régente du Royaume, || Le Président de la République Française, || Sa Majesté le Roi d'Italie, || Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, || Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies. || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: — || [Adopté.]

Article I. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres. || [Adopté.]

Article II. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à adopter, ou à proposer à leurs Législatures respectives, un système d'impôt sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation, comme le seul qui permette d'arriver à la suppression des primes en question, et à soumettre au même régime les fabriques de glucose et les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses. || [Renvoyé à la Commission.]

Article III. || La Belgique ne se trouvant pas dans les mêmes conditions au point de vue de l'application du système d'impôt sur les quantités de sucre produites, le régime actuellement établi dans ce Royaume pourra être maintenu, sauf les modifications suivantes: — || La quotité de l'impôt sera ramené de 45 fr. à 25 fr. à partir de la mise en vigueur de la présente Convention. La prise en charge des fabriques abonnées sera portée de 1,500 à 1,700 grammes. || [Réservé.]

Article IV. || Sont admis à la Convention les Etats et les Provinces d'Outre-Mer, Colonies et Possessions étrangères des Hautes Parties Contractantes qui, tout en n'adoptant pas le système dont il est fait mention à l'Article II, ne perçoivent pas d'impôts sur les sucres, ou qui n'accordent à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, ou des glucoses aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités. || [Adopté.]

Article V. || Dans le cas, où un des Etats Contractants qui n'impose pas de droits sur le sucre viendrait à en établir, cet Etat devra établir ces droits sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation, ou bien ne donner aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités. || [Adopté, sauf réserve pour les mots "établir ces droits sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation."]

Article VI. || Les Hautes Parties Contractants se communiqueront par la voie diplomatique les Lois qui auraient déjà été rendues, ou qui viendraient à l'être, dans leurs Etats respectifs, relativement à l'objet de la présente Convention. || Elles conviennent de nommer une Commission pour l'examen de ces Lois et des Règlements qui en dépendent. Cette Commission est chargée de préparer un Rapport sur les Lois et les Règlements en question. Le Gouvernement du pays où la Commission s'est réunie communique ce Rapport aux autres Gouvernements Contractants. Ce Gouvernement nomme le Président de

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

la Commission. || Chacune des Hautes Parties Contractantes est représentée à la Commission par un Délégué, ou par un Délégué et un Délégué-Adjoint. || La première réunion de la Commission aura lieu à Londres dans les six mois qui suivront la signature de la présente Convention. || La Commission est chargée de préparer à sa première réunion un projet de Règlement déterminant le lieu et la date de ses réunions ultérieures. || Elle est également chargée de préparer à sa première réunion un Rapport sur les Lois, ou les projets de Lois, qui lui auront été renvoyés par les Gouvernements intéressés. || [A discuter.]

Article VII. || Les Etats qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer. || Ils devront soumettre à la Commission indiquée à l'Article VI leurs Lois et leurs Règlements sur le régime des sucres, lesquels devront être d'accord avec les principes de la présente Convention. || [A discuter.]

Article VIII. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} Août, 1890. || Elle restera en vigueur pendant cinq années, à dater de ce jour, et dans le cas où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifié douze mois avant l'expiration de la dite période de cinq années son intention d'en faire cesser les effets elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas, où une des Puissances Signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard. || [A discuter.]

Article IX. || Chacune des Provinces d'Outre-Mer, Colonies et Possessions Etrangères des Hautes Parties Contractantes admises à la présente Convention conserve la faculté de se retirer de la même manière que les Puissances Contractantes et dans les conditions indiquées à l'Article VIII. || Dans le cas, où l'une de ces Provinces d'Outre-Mer, Colonies, ou Possessions désirerait se retirer de la Convention, une notification à cet effet sera faite aux Puissances Contractantes par le Gouvernement de la Métropole de la Province, Colonie, ou Possession en question. || [A discuter.]

Article X. || La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées, à Londres, le 1^{er} Août, 1889, ou plus tôt si faire se peut. || [A discuter.]

Anhang (B) zur zwölften Sitzung.

Rapport présenté par Mr. McCreary, du Comité des Affaires Etrangères, au sujet d'une Conférence entre les Etats-Unis et les Républiques du Mexique, de l'Amérique Centrale et Méridionale et l'Empire du Brésil. || Le Comité, autorisant le Président des Etats-Unis à réunir une Conférence dans le but d'encourager les relations commerciales entre les Etats-Unis et les autres Puissances d'Amérique, présente le Projet de Loi et en recommande l'adoption. || Il y a soixante ans un Congrès se réunit dans le même but à Panama; nous y envoyâmes des Représentants. Cette Conférence ne fut pas stérile; mais à

cette époque nous avons plutôt en vue notre commerce et nos rapports Européens et le Congrès ne prit aucune résolution. Aujourd'hui les Etats-Unis sont en paix avec le monde entier et il appartient à la République la plus prospère de l'univers de provoquer la réunion d'une Conférence Américaine. || Le ralentissement actuel des affaires et l'abaissement du prix des produits agricoles est dû en grande partie à ce que le marché est restreint pour le surplus de nos productions. Quelques-uns des meilleurs marchés que nous puissions envisager ne sont pas loin de notre frontière méridionale. Ils sont plus rapprochés de nous que d'aucune autre nation commerçante. Les populations du Mexique et de l'Amérique Centrale ou Méridionale produisent nombre de marchandises qui nous font défaut et ont besoin elles-mêmes de nos produits agricoles, minéraux, ou manufacturés. Ces pays occupent une superficie territoriale de 8,118,844 milles carrés, et ont 42,770,374 habitants. Ils reconnaissent la supériorité de nos produits et souhaitent un échange d'affaires plus intime avec nous; mais le gros de leur commerce et de leur trafic se fait avec l'Europe. La République Argentine a un service régulier de quarante-quatre à soixante paquebots naviguant de Buenos-Ayres aux ports Européens, et pas une seule ligne régulière la reliant aux Etats-Unis. Nos relations avec les autres Républiques du Centre et du Sud sont à peu près les mêmes. || Nos exportations en 1884 se sont élevées à 730,768,764 dollars. || Sur cette quantité, nous n'avons exporté au Mexique, au Centre ou au Sud, que 64,719,000 dollars. || Notre production annuelle agricole et mécanique est évaluée à environ 11,000,000,000 dollars, tandis que nous avons rarement vendu pour plus de 77,000,000 dollars à nos voisins, qui achètent en Europe pour un chiffre au moins cinq fois aussi élevé que celui qu'ils dépensent chez nous.

Le commerce total des pays susmentionnés a été en 1883 de: —

	Dollars.
Importation	331,100,599
Exportation	391,294,781

Sur les 331,100,599 dollars de marchandises vendues à ces Etats la part des Etats-Unis n'était que de 42,598,469 dollars, et cependant nous sommes leurs plus proches voisins. || L'inégalité de notre commerce avec le Pérou, le Chili, la République Argentine et le Brésil est à la fois étonnant et humiliant. || Voici quelles y ont été les importations en 1886: —

Importation.	De la	Des États-Unis.
	Grande-Bretagne.	
	Dollars.	Dollars.
Pérou	6,235,685	743,105
Chili	11,060,880	2,211,007
République Argentine	29,692,295	4,317,293
Brésil	33,946,215	7,317,293

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

La Table ci-dessus donne la population des pays susmentionnés et le chiffre de leur commerce avec la Grande-Bretagne et les Etats-Unis, durant l'année dernière : —

	République Argentine.	Brésil.	Amérique Centrale.	Chili.	Colombie.
Population	2,406,100	10,108,291	2,900,000	2,400,396	2,951,323
	Dollars.	Dollars.	Dollars.	Dollars.	Dollars.
Exportation en Grande-Bretagne	5,793,965	23,507,165	6,526,950	12,977,465	2,166,380
Importation de " "	29,692,295	33,946,215	4,624,560	11,060,880	6,107,645
Exportation aux États-Unis . .	4,328,510	45,263,600	6,409,001	604,525	2,342,007
Importation des " "	4,347,293	7,317,293	2,762,531	2,211,007	5,583,363
	Mexique.	Pérou.	Vene- zuela.	Uruguay.	Canada.
Population	9,389,461	3,050,000	2,075,242	447,000	4,750,000
	Dollars.	Dollars.	Dollars.	Dollars.	Dollars.
Exportation en Grande-Bretagne	3,502,500	10,414,170	1,300,565	3,283,625	45,558,555
Importation de " "	5,415,765	6,235,685	3,028,680	8,131,640	44,727,095
Exportation aux États-Unis . .	9,267,021	1,764,890	6,309,580	2,734,617	39,000,000
Importation des " "	8,340,784	742,105	3,043,609	1,682,443	50,000,000

Valeur totale des Marchandises franches de droits et sujettes aux droits importées aux Etats-Unis par le Mexique, l'Amérique du Centre et du Sud, pendant l'année qui finit au 30 Juin, 1885, avec l'estimation des droits perçus : —

Pays importateurs.	Valeur des Marchandises.			Droits perçus.	
	Franches.	Imposables.	Total.	Dollars.	c.
	Dollars.	Dollars.	Dollars.	Dollars.	c.
République Argentine	3,151,337	1,174,173	4,328,510	364,933	28
Chili	399,464	205,061	604,525	68,386	89
Mexique	5,173,441	4,093,580	9,267,021	635,960	72
Amérique Centrale	6,149,873	259,142	6,409,015	140,759	88
États-Unis de Colombie	2,335,088	6,994	2,342,077	1,714	68
Venezuela	6,267,887	41,693	6,309,580	20,297	40
Pérou	1,749,632	15,258	1,764,890	5,149	06
Brésil	38,136,191	7,127,469	45,263,660	6,607,377	15
Uruguay	2,317,131	417,478	2,734,617	255,480	80
Bolivie, Equateur, Paraguay et Patagonie	753,321	280	753,601	140	00
Total	66,436,368	13,341,128	79,777,496	8,100,198	86

Valeur totale des marchandises franches de droits	Per cent. 83,26
Soumises aux droits	16,72
Droits ad valorem équivalents aux taxes normales perçues sur—	
Marchandises soumises aux droits	10,15
Marchandises exemptes et imposables	66,72

La consommation de coton dans l'Amérique Centrale et Méridionale, et au Mexique, monte à environ 100,000,000 dollars par an, et bien que ces Etats soient si voisins de nos cultures de coton, c'est d'Angleterre qu'ils tirent environ 90 pour cent de cette marchandise. || Les trois quarts de ces populations s'habillent de tissus de coton et il leur faut importer tout ce qui est nécessaire pour leur usage. || L'Angleterre monopolise ce trafic à cause de ses moyens de transport à bon marché et parce que ses manufactures fournissent des produits appropriés aux goûts et aux besoins des consommateurs, que nos manufacturiers n'ont jamais essayé de produire. || Il est très important de faciliter les moyens de transport entre les Etats-Unis et ses voisins du sud; car tant que le frêt de Liverpool, Hambourg et Bordeaux coûtera 15 dollars la tonne, on ne pourra pas les amener à payer 40 dollars la tonne pour faire venir les marchandises des Etats-Unis. || Il n'y a pas une ville commerçante dans ces Etats où les manufacturiers des Etats-Unis ne puissent lutter avec leurs concurrents d'Europe dans tous les articles que nous produisons pour l'exportation. || Le Rapport de la Commission Sud-Américaine montre d'après le témoignage des importateurs de ces pays que, à part la différence de prix et des facilités de transport, ils auraient avantage à acheter aux Etats-Unis où la qualité des produits est meilleure et le prix d'achat aussi bas qu'en Europe. A cet égard il serait important d'examiner si un étalon commun de monnaies d'or et d'argent égales en valeur, en poids et en alliage dans tous les pays en question, et circulant parmi eux, accroîtrait les relations de commerce et d'amitié entre eux. || Sans prétendre dicter un programme à la Conférence, le Bill ne cherche qu'à recommander à ses membres l'adoption d'un projet d'arbitrage pour le règlement des difficultés qui pourraient s'élever dans la suite entre les Gouvernements, et l'examen des mesures propres à développer le courant des affaires entre les pays, en assurant à chacun d'eux un plus grand nombre de marchés. || La voie d'arbitrage qui peut être encore une chimère en matière de querelles politiques doit devenir une réalité à notre époque en matière de différends commerciaux. || Par égard pour ceux qui réclament la réforme de nos lois sur le trafic et les tarifs, nous pensons que les grandes questions qui font l'objet du Bill ne doivent pas être ajournées, mais être promptement traitées, de façon à marcher de front avec les importantes questions susmentionnées. || On n'a pas la prétention de confier à la Conférence les pouvoirs pour faire des Traités Définitifs, ce qui serait en opposition avec notre Constitution; mais nous croyons qu'on ne saurait que tirer profit d'une Conférence réunie par la plus puissante et prospère nation d'Amérique qui, réunissant les Procès-Verbaux, communiquera un Rapport aux autres Gouvernements. || Le Bill stipule que les Commissaires remettront les Procès-Verbaux au Président qui les transmettra au Congrès, et on peut croire qu'il ne sortira rien d'autre que le bien commun de cette Conférence. || Jamais depuis l'organisation de notre Gouvernement on n'a été plus profondément convaincu de l'intérêt qu'il y aurait à resserrer les relations avec le Mexique, l'Améri-

Nr. 9632. que Centrale et Meridionale et l'Empire du Brésil. || Le Rapport dressé
Konferenz- par les Commissaires de ces pays en 1884 montre qu'ils sont animés de la
Staaten. même conviction.

Anhang (C) zur zwölften Sitzung.

Surtaxes entre les Pays Contractants.

Propositions des Délégués des Pays-Bas.

En traçant, par sa Circulaire du 2 Juillet, 1887, le programme de la Conférence future, le Premier Ministre de Sa Majesté Britannique a indiqué, comme premier point à examiner, "les moyens propres à remédier au dérangement qu'ont subi les industries de la fabrication et du raffinage du sucre, en tant que ce dérangement est dû à l'action des Gouvernements." Il est vrai que, dans la même Circulaire, il est plusieurs fois fait mention de la suppression des primes comme but à poursuivre; mais il appert toutefois du passage précité que Lord Salisbury n'a pas eu l'intention de limiter les travaux de la Conférence à cette seule question, et qu'en tout cas, au point de vue de la dite Circulaire, sur laquelle la Conférence s'est réunie, il convient de prendre le mot "primes" dans le sens le plus large, de manière à résumer tous les avantages pécuniaires accordés par l'effet de la Loi Fiscale à l'exportation des sucres, et qui apportent le trouble dans l'industrie en général. || Or, il est avéré que, parmi les circonstances qui ont jeté le désarroi dans le marché des sucres, et dont l'industrie de tous les pays a ressenti le contre-coup, les surtaxes élevées sur les sucres étrangers, établies dans certain pays, ont joué un rôle considérable. En haussant outre mesure les prix sur le marché intérieur, ces surtaxes ont stimulé à l'excès la production, et les fabricants ont été obligés de chercher d'autres débouchés pour leurs surplus, ce qui leur a été d'autant plus facile que les surtaxes étaient plus élevées. En effet, cette surtaxe, pourvu que les fabricants s'entendent entre eux pour frustrer la concurrence, est la seule limite des prix qu'ils puissent imposer au marché national. || Il est évident qu'il y a là un effet de l'action Gouvernementale; la seule différence qu'il y ait sous ce rapport entre les primes proprement dites et le jeu des surtaxes trop élevées, c'est que le montant de la prime est repris par le fisc sur les contribuables au moyen des impôts, tandis que, dans les pays à surtaxes, la loi permet aux industriels de se rattraper sur les consommateurs de leurs pays pour les sacrifices qu'ils sont forcés de faire à l'extérieur. || Les conséquences d'un pareil état de choses pour la marche régulière de l'industrie sont manifestes. La Conférence connaît le fameux "sugar trust" aux Etats-Unis, où les trois quarts des raffineurs se sont réunis dans une puissante organisation ayant pour but de limiter la fabrication et de régler les prix; et les faits qui se sont produits, il y a quelque temps, en

Russie, où les fabricants s'étaient engagés entre eux à exporter une partie de leur exportation à tout prix, afin de débarrasser le marché intérieur. Une combinaison du même genre a été proposée un de ces jours en Autriche-Hongrie. Aux yeux du Gouvernement des Pays-Bas, il y a là non seulement une question d'ordre intérieur, mais une véritable prime à l'exportation, et il importe, pour que la Conférence fasse une œuvre complète et durable, que les surtaxes qui permettent de semblables combinaisons soient, sinon abolies de suite ou graduellement—ce qui serait le plus équitable, en vue de l'abolition complète des primes—du moins limitées au montant nécessaire pour assurer aux fabricants le marché national, sans leur permettre de taxer outre mesure les consommateurs de leur pays. D'autre part, il importe que les pays qui n'ont pas de surtaxes s'engagent à maintenir le statu quo. L'établissement éventuel de nouvelles surtaxes est de nature à préoccuper vivement les intérêts considérables qui, pour presque tous les pays représentés à la Conférence, se rattachent au marché de Londres, surtout au moment où la Grande-Bretagne vient nous demander d'abolir nos primes à l'exportation. || Il est bien entendu que les relations entre la Métropole et ses Colonies ne seraient pas compris dans la stipulation, chaque pays restant libre de suivre, à cet égard, le système qui lui convient. || C'est en se fondant sur ces considérations que les Délégués des Pays-Bas proposent, au nom de leur Gouvernement, de stipuler, à l'exemple de la Convention du 11 Août, 1875, entre ce Royaume, la Belgique, la France et la Grande-Bretagne (Article IV), que les sucres importés de l'un des Pays Contractants dans un autre ne pourront être assujettis à des droits de douane ou d'accise supérieurs aux droits qui sont ou seraient établis sur les sucres similaires de production nationale. || Subsidiairement, pour le cas où cette proposition ne réunirait pas tous les suffrages, les Délégués des Pays-Bas proposent d'insérer à la Convention un Article de la teneur suivante:— || “Les surtaxes sur les sucres importés directement de l'un des Pays Contractants dans un autre ne dépasseront pas fr. par 100 kilog. Les pays où de pareilles surtaxes n'existent pas n'en établiront pas.”

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Anhang (D) zur zwölften Sitzung.

L'Article XV et l'Article XVI du Traité concernant la Création d'une Union Générale des Postes, signé à Berne, le 9 Octobre, 1874.

Article XV. || IL sera organisé, sous le nom de Bureau International de l'Union Générale des Postes, un office central qui fonctionnera sous la haute surveillance d'une Administration Postale désignée par le Congrès, et dont les frais seront supportés par toutes les Administrations des États Contractants. || Ce bureau sera chargé de coordonner, de publier et de distribuer les renseignements de toute nature qui intéressent le service international des postes, d'émettre, à la demande des parties en cause, un avis sur les questions liti-

Sr. 922.
Konferenz-
statuten.

gieuses, d'instruire les demandes de modification au règlement d'exécution, de notifier les changements adoptés, de faciliter les opérations de la comptabilité internationale, notamment dans les relations prévues à l'Article X ci-dessus, et, en général, de procéder aux études et aux travaux dont il serait saisi dans l'intérêt de l'Union Postale.

Article XVI. En cas de dissentiment entre deux ou plusieurs membres de l'Union relativement à l'interprétation du présent Traité, la question en litige devra être réglée par jugement arbitral; à cet effet, chacune des Administrations en cause choisira un autre membre de l'Union qui ne soit pas intéressé dans l'affaire. La décision des arbitres sera donnée à la majorité absolue des voix.

En cas de partage des voix, les arbitres choisiront, pour trancher le différend, une autre Administration également désintéressée dans le litige.

Dreizehnte Sitzung, 23. April.

M. le Président dit que, par suite de rectifications tardivement parvenues, il n'est pas possible de mettre aux voix le Procès-Verbal de la dixième séance.

M. Pistorius demande la parole sur ce Procès-Verbal. Il rappelle que M. Dupuy de Lome a entretenu la Conférence d'une Loi votée par les Chambres pour introduire en Espagne le régime de l'admission temporaire. Il signale particulièrement les dispositions des Articles III et VIII relatifs au fonctionnement de ce régime, dont il donne lecture:— || "Article III. Les importateurs de marchandises admises temporairement paieront les droits ou donneront caution suffisante lorsque les marchandises seront importées dans la Péninsule ou les Iles Baléares, pour le montant que le Tarif de Douane signale, selon la provenance et l'état où elles se trouvent lors de l'introduction. Les droits d'importation, s'ils ont été payés, seront restitués aux importateurs, ou la caution sera rendue, lorsque les produits modifiés ou transformés seront exportés vers l'étranger, &c." || "Article VIII. Le Gouvernement, après avoir entendu la Commission des Tarifs et Estimations et, s'il le juge convenable, d'autres Corporations, stipulera, pour chaque concession qu'il accorde, les règles spéciales auxquelles elle est sujette et la somme qui devra être restituée pour chaque unité de marchandise transformée et réexportée, ou le tantième de garantie qui devra être restitué en tenant compte des déchets, &c." || M. Verkerk Pistorius demande à M. Dupuy de Lome si ces dispositions, qui sont déjà publiées au "Journal Officiel", seront appliquées en Espagne aux sucres exportés après raffinage. Dans l'affirmative, il importerait de savoir sur quelle base la restitution sera calculée. || M. Dupuy de Lome répond que cette Loi sur l'admission temporaire est restée deux ans et demi en discussion. Le Gouvernement vient de présenter aux Chambres un Projet de Loi spécial pour les sucres, lequel abroge les dispositions des Lois antérieures. Ce projet contient une disposition, disant qu'il n'y aura aucune restitution sur les sucres

exportés. En cas de Convention, les sucres resteront en dehors du régime de l'admission temporaire, ou du moins, si le Gouvernement croyait devoir maintenir ce régime, il adopterait pour son application un ensemble de mesures que la Conférence ou les Puissances Contractantes auraient préalablement agréées. || M. Verkerk Pistorius fait observer que les dispositions auxquelles il vient d'être fait allusion ne sont encore qu'à l'état de projet. Pour le moment, la législation en vigueur n'exclut pas le sucre du bénéfice de l'admission temporaire. Il insiste pour savoir si, dans le cas où la Convention se fera, les Délégués Espagnols peuvent donner l'assurance que le régime de l'admission temporaire ne sera pas donné au sucre. || M. Dupuy de Lome répond que, si la Loi présentée aux Cortès le 4 Avril n'est encore qu'à l'état de projet, la Convention elle-même est moins avancée; car elle n'est pas encore même un projet. Il ajoute que les Délégués Espagnols ont demandé des éclaircissements à leur Gouvernement. Sous peu de jours ils seront à même de faire une réponse définitive. Dès à présent, M. Dupuy de Lome croit pouvoir dire que son Gouvernement ne veut conserver aucune prime, aucun remboursement à l'exportation. S'il veut recourir au régime de l'admission temporaire, on peut être sûr qu'un Règlement satisfaisant sera soumis à la Conférence. || M. le Président annonce qu'il a des communications à faire à la Conférence. Il donne lecture des notes suivantes:—

M. l'Ambassadeur,

“Paris, le 21 Avril, 1888.

Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'annoncer, sous la date du 19 de ce mois, que son Gouvernement avait désigné comme Plénipotentiaires Britanniques, pour signer la Convention qui serait adoptée par la Conférence sur le régime des sucres, son Excellence le Marquis de Salisbury et M. le Baron Henry de Worms. || Pour satisfaire au désir que vous m'exprimez, en même temps, je m'empresse de vous faire connaître, M. l'Ambassadeur, que le Gouvernement de la République a, de son côté, désigné comme Plénipotentiaires Français, son Ambassadeur à Londres, M. Waddington, et M. Sans-Leroy, Député, qui recevront incessamment les pleins pouvoirs nécessaires. || Agréez, &c. || René Goblet.”

“Ministère des Affaires Etrangères, Bruxelles,

Cher Lord Vivian,

le 19 Avril, 1888.

Comme suite à notre entretien de ce matin, et après m'en être entendu avec mon collègue des Finances, je m'empresse de porter à votre connaissance que le Gouvernement du Roi a résolu de désigner pour signer la Convention des Sucres actuellement réunie à Londres, M. le Baron Solvyns, notre Ministre accrédité près de Sa Majesté la Reine; M. Guillaume, Directeur-Général des Contributions Directes, Douanes et Accises, et M. du Jardin, Inspecteur-Général dans le même Service. || Veuillez, &c. || Le Prince de Chimay.”

En ce qui concerne la désignation des Plénipotentiaires de l'Allemagne, M. le Président annonce que, dans une dépêche du 21 du mois courant, l'Ambassadeur de Sa Majesté Britannique à Berlin fait savoir que M. le Comte

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

de Bismarck a déclaré que l'état de santé de Sa Majesté l'Empereur causerait un certain délai dans la préparation des pleins pouvoirs des Plénipotentiaires Allemands. || M. le Président donne ensuite lecture d'une note par laquelle M. de Barner fait connaître que des raisons de famille l'obligent à retourner momentanément à Copenhague. M. le Président demande si tous les Délégués ont communiqué par écrit leurs idées sur l'Article VII. || M. Pallain fait observer, à propos de l'ordre du jour, que tous les Délégués sans exception ont un désir si vif de faire l'entente, qu'ils hésitent à aborder les questions capitales qui dominent la négociation, du moins dans l'opinion des Délégués Français. Le meilleur moyen de résoudre le problème ne serait-il pas de le poser? Il a donné lecture devant la Conférence d'un Bill voté par la Chambre des Représentants des Etats-Unis et tendant à l'Union Douanière des Républiques Américaines. Cette Union Douanière, si elle venait à se réaliser, enlèverait à la France de bien importants débouchés pour ses manufactures. La France peut-elle s'exposer à aggraver le danger par des arrangements dont son agriculture déjà si éprouvée aurait à souffrir, si l'accord préalable de tous es pays producteurs, et notamment des Etats-Unis, n'était obtenu pour placer tous les Etats Contractants dans les conditions d'égalité complète? || M. Pallain ne cherche qu'à s'éclairer et à éclairer ce point capital du débat international qui est ouvert devant la Conférence. Or, voici ce qui se passait le 5 Avril dernier, le jour même de l'ouverture de la seconde session de la Conférence, le jour même où M. le Président disait que les communications diplomatiques échangées entre le Cabinet de Londres et celui de Washington l'assuraient que le Gouvernement des Etats-Unis ne demandait pas mieux que de se mettre d'accord avec le Gouvernement de Sa Majesté Britannique sur la question des sucres. On discutait la Résolution de Mr. Sherman, tendant à renvoyer au Comité des Finances le Message du Président sur le point, qu'il avait soulevé de l'emploi à faire des excédents budgétaires. || M. Pallain donne lecture de la traduction suivante d'un discours prononcé par un des orateurs les plus écoutés du Sénat Américain et à coup sûr les mieux renseignés:— || "M. le Président.—On a dit beaucoup de choses sur l'abolition des droits sur le sucre et les mélasses. Ce sont des articles consommés par toutes les classes et qui font partie des nécessités de la vie La question du sucre présente un champ précieux d'expériences commerciales, elle représente un gros chiffre du capital d'affaires. Il me semble que nous pouvons l'exploiter pratiquement. || Si le Congrès déclarait par une Loi que le sucre et les mélasses peuvent être importés librement aux Etats-Unis de tous les pays qui les produisent, à condition que ces pays s'abstiennent de les frapper de droits d'exportation et admettent librement dans leurs ports nos produits, ne pensez-vous pas que nous réaliserions un profit sérieux? Cela, naturellement, ne peut se faire d'un seul coup. Cela suppose des négociations entre le pays et les autres Etats. || Durant ce temps, que ferons-nous des revenus qu'on continuera à percevoir? Nous ne savons que faire de cet argent. || Adoptons donc le système d'affaires

qui a si bien réussi en Europe. Encourageons par des primes raisonnables la production du sucre aux Etats-Unis. || Refoulons ce mouvement, et tâchons d'égaliser la production indigène à la demande; abordons, sans crainte, une entreprise qui n'est plus une expérience. Répétons ce qu'ont fait les autres pays, et attendons-nous à en recueillir d'aussi bons résultats qu'eux. Etudions les résultats dans la production du sucre de betterave en Europe et faisons-en notre profit. En 1872, la production était de 873,000 tonnes, en 1884 elle s'était élevée à 2,305,000 tonnes. || Il y a quelques années, l'Allemagne ne produisait pas assez pour sa consommation, maintenant elle produit plus de 1,000,000 tonnes, et en exporte 600,000 tonnes. C'est l'oeuvre du système des primes. Je sais que l'expression de 'primes' est de celles que notre pays n'aime guère; mais ses bienfaits pratiques dans le cas actuel triompheront de ce préjugé . . . || Faites connaître à nos agriculteurs les améliorations produites en Allemagne, et leur énergie nous donnera des résultats supérieurs à ceux réalisés en Europe. || Le Rapport sur les expériences faites en 1887 dans les manufactures de sucre de sorgho et de canne, publié par le Département de l'Agriculture, présente une perspective encourageante. Il rend compte des progrès réalisés dans le champ de ces expériences. Voici la conclusion:—"Le point le plus important qui ressort de ces expériences est la démonstration de la valeur pratique commerciale de la fabrication du sucre de sorgho. || Ce sucre a été produit uniquement durant cette saison, et l'on ne peut attribuer ce résultat à ce que les cannes contenaient une quantité extraordinaire de sucre; car, au contraire, elles avaient été très endommagées par la sécheresse. || La valeur du sucre de sorgho et des mélasses obtenus cette année par tonne peut être comparée favorablement aux meilleurs produits que la Louisiane tire du sucre de canne, et si l'on apprécie que le sucre de canne coûte beaucoup plus cher, je n'hésite pas à dire que le Kansas peut produire le sucre au même prix que la Louisiane produit les mélasses. La différence de ces chiffres provient de la différence de culture." || "Ces extraits montrent les progrès réalisés dans la fabrication du sucre de sorgho. Mais on ne voit pas tout. || Les procédés inventés pour le sucre de sorgho qui ont donné les résultats ci-dessus cités, sont également applicables à la fabrication du sucre de canne. Cela est démontré par un Rapport de M. E. C. Barthélemy sur l'application de ces procédés en Louisiane. || Nous croyons que, par une meilleure culture, et des méthodes plus économiques, on pourrait porter la production de la Louisiane à 200 livres par tonne, et la production annuelle à 500,000 tonnes. || Voilà qui donne le meilleur espoir pour l'industrie sucrière aux Etats-Unis. Si elle reçoit du Gouvernement les encouragements auxquels son importance lui donne droit, nul doute qu'avant dix ans nos fermiers usant de toutes leurs ressources (cannes, sorgho, &c.) n'aient changé le courant actuel." || En terminant son intéressant Rapport, M. E. B. Cowgill dit que le sorgho les pour les fermiers du Kansas plus profitable à cultiver que n'importe quelle céréale. Le sorgho donne au fermier plus de

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

douze fois autant par acre que les meilleures céréales et comme grande culture, six fois plus par acre qu'on ne retire ordinairement de ces terrains. || Quant aux procédés pour extraire le sucre du sorgho, on les étudie: on est encore loin de la perfection; mais les progrès réalisés sont pleins de promesses prochaines, et nous permettront de tirer notre propre sucre de notre propre sol et de notre propre travail. Le Kansas sera vraisemblablement à la tête de ce progrès et deviendra le premier des Etats sucriers. || Voilà un Rapport favorable pour le Kansas, nous en avons d'autres Etats qui sont aussi pleins de promesses. Dans le New Jersey, la production est variable; le maximum est de 1,970 livres de sucre brut et 120 gallons de mélasse par acre. On extrait de 17 tonnes, 675 livres de canne. Le minimum est de 540 livres de sucre et 60 gallons. || M. Pallain ajoute qu'une prime de 5 dollars par tonne de sucre de sorgho produite est accordée à toute personne qui se livre à cette culture dans l'Etat de Massachusetts. M. Pallain termine en disant qu'il cherche la lumière sur les intentions du Gouvernement des Etats-Unis, en provoquant des éclaircissements sur les documents communiqués. Il rappelle qu'il a dit à une précédente séance, en ce qui concerne cette auxieuse question de l'adhésion des Etats-Unis, qu'il demandait la permission de mettre ses espérances en entrepôt; il demande aujourd'hui à ne pas les en faire sortir avant d'avoir reçu quelque assurance plus positive. || M. le Comte d'Onslow dit que dans tous les pays le système des primes rencontre des avocats. Le discours que vient de prononcer M. Pallain n'exprime pas l'opinion des Etats-Unis. || M. Pallain serait très heureux d'en avoir l'assurance; à défaut de communications positives faites officieusement ou officiellement, il est bien obligé à chercher la tendance d'opinion des Etats-Unis dans les documents publics qu'il consulte comme tout le monde. || Mr. White répond que ce discours est l'expression de l'opinion personnelle du Sénateur qui est un membre éminent du parti Républicain à l'Etat d'Iowa. Mr. White ne saurait dire toutefois jusqu'à quel point cette opinion est partagée par ses compatriotes; mais il aura l'honneur de transmettre les observations de M. Pallain à son Gouvernement. || M. Kamensky ne croit pas que l'extraction du sucre de sorgho soit une industrie sérieuse. En Russie des essais tentés dans ce sens n'ont pas réussi. || M. Pallain fait remarquer que ce qu'on peut retenir des documents cités, c'est que les Etats-Unis ne s'orientent guère vers l'Union Sucrière avec le Continent. || M. le Président fait connaître que des renseignements reçus aujourd'hui même le portent à croire que le Tarif Douanier ne sera pas immédiatement discuté par les Chambres. Il est même possible que la discussion soit ajournée. || M. le Président dit que la discussion sur l'Article VI est à l'ordre du jour. Il rappelle que MM. les Délégués ont été invités à formuler des projets de rédaction. || M. Jordan dit que la matière ne lui paraît pas à point pour adopter une rédaction définitive. || Mr. Kennedy dit que le Bureau de la Conférence a reçu les projets formulés par les Délégués Belges et Néerlandais. || M. le Président pense qu'avant de discuter une rédaction, la

Conférence voudra, sans doute, entendre les idées générales des Délégués sur les attributions et l'organisation de la Commission Internationale. || M. Pallain dit qu'en effet une partie des Délégués attendent, sans doute, pour se prononcer, les éclaircissements qui résulteront de la discussion. || M. le Président demande si MM. les Délégués désirent formuler des rédactions pour l'Article VI. M. Guillaume dit qu'on pourrait d'abord discuter les projets déjà présentés. || M. Jordan ne croit pas pouvoir indiquer une rédaction avant de savoir quelles seront les vues de la Conférence sur les attributions de la Commission. Il cite à cet égard les passages suivants du Mémoire fourni par son Gouvernement: || "A ce point de vue il importerait que certaines précautions fussent prises pour empêcher que l'un ou l'autre des États Contractants adoptât des mesures au moyen desquelles il se soustrairait à l'engagement de ne donner aux sucres, ni ouvertement, ni, sous forme déguisée, des primes d'exportation. || A cet effet on pourrait créer quelque organe international qui constaterait toute violation, ouverte ou déguisée de la Convention, et l'on pourrait se concerter sur des mesures à prendre à l'égard de l'État manquant à ses engagements." || Ainsi, dans l'opinion du Gouvernement Allemand, la Commission doit être appelée à constater les infractions à la Convention. Mais cela ne suffit pas. Il s'agit de savoir si l'on fera quelque chose après que cette violation aura été constatée. Il y a là une question préjudicielle, c'est celle de la sanction pénale, c'est-à-dire, celle d'un droit compensateur sur les sucres primés. L'institution de la Commission n'a pas grand intérêt si l'on ne sait pas quelles mesures seront prises en cas d'infraction. || M. Batanero trouve cette observation très juste. La question de la Commission se relie à celle de la sanction pénale. Il annonce que les Délégués Espagnols ont donné une forme définitive à la proposition qu'ils avaient formulée à ce sujet. || M. Jordan termine en déclarant qu'il ne voit aucun inconvénient à discuter les projets de rédaction, mais qu'il ne peut se rallier à un texte quelconque que sous la réserve des modifications que pourront comporter les décisions prises ultérieurement sur d'autres points. || M. le Comte de Kuefstein se rallie à ce qu'a dit M. Jordan. Il ne lui paraît pas possible d'arriver pour le moment à une rédaction. Dans sa pensée la Commission Internationale aura un double rôle: elle devra contrôler la législation des pays qui voudront accéder après la signature de la Convention, et d'un autre côté, il lui appartiendra de constater les infractions commises par les Pays Contractants. Cette deuxième partie de ses attributions est liée avec la question des droits compensateurs. || M. Guillaume fait remarquer que tout ce que fait actuellement la Conférence, se trouve subordonné à la solution de certaines questions qu'elle n'a pas encore abordées. Mais, puisqu'on a adopté cette marche, il vaut mieux continuer à la suivre, que de changer continuellement l'ordre des discussions. || M. Batanero accepte l'Article VI sous les mêmes conditions que M. Jordan, c'est-à-dire sous réserve de le modifier dans le sens des décisions prises sur la question des droits compensateurs. || M. Dupny de Lome demande la parole pour faire une proposition

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

et s'exprime en ces termes:— || Les Délégués de l'Espagne, en présentant à la considération de la Conférence, dans la cinquième séance de sa première session, la proposition annexée au Procès-Verbal de la sixième séance, ont tenu à éviter une discussion qu'ils croyaient, alors, peu opportune. Ils ont, cependant, voulu que MM. les Délégués, leurs honorables collègues, soumissent à leurs Gouvernements respectifs une idée sans l'adoption de laquelle la Convention n'aurait, à leur avis, aucune valeur. || Les Gouvernements Impériaux de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie et de la Russie ont reconnu la justesse de notre opinion d'une manière claire et franche. || Le Rapport de l'Allemagne dit:— || "Des mesures pourraient être adoptées contre tout État qui ne prendra pas part à la Convention ou qui, après y avoir accédé, s'en séparerait à l'avenir." || L'Autriche-Hongrie, non moins explicite, dit:— || "La proposition faite par les Délégués de l'Espagne, et qui consiste à imposer un droit compensateur, semble le meilleur, sinon le seul moyen d'engager les pays qui voudraient rester passifs à donner leur adhésion à la Convention;

.
ce droit compensateur devrait être fixé à un taux qui empêcherait son action d'être illusoire, et frapper non seulement le sucre primé actuellement, mais aussi le sucre de tous les pays qui n'auraient pas adhéré à la Convention." || La Russie, avec la même clarté, dit:— || "Quant à la proposition des Délégués Espagnols, au sujet de la prohibition de l'importation du sucre étranger primé aux conditions du sucre non primé, le Gouvernement Impérial en reconnaît toute l'opportunité et y donne son agrément." || Nous ne trouvons pas, dans les autres Rapports présentés à la Conférence, des manifestations aussi claires et aussi nettes que dans les trois derniers que je viens de citer; mais nous voyons, dans celui de la France, une phrase qui nous laisse espérer que nous aurons aussi son puissant appui dans cette importante question. || Le Gouvernement de la République Française croit, et celui de l'Espagne le croit aussi, "qu'il est indispensable que la Convention projetée ait l'adhésion de tous les pays producteurs ou raffineurs de sucres, quel que soit l'origine de ces sucres." || Il est évident que la France n'a pas voulu émettre un voeu purement platonique; la France désire, comme nous, une garantie pour la Convention, et cette garantie nous ne la trouvons que dans la proposition qui a pris forme dans un nouvel Article que nous avons l'honneur de déposer sur le Bureau de la Conférence. || Le Gouvernement des Pays-Bas "tout en reconnaissant l'intérêt qu'il pourrait y avoir à se défendre contre la concurrence des sucres primés, exportés des pays ne formant pas partie de l'Union," craint des difficultés sérieuses, par rapport à la clause du traitement de la nation la plus favorisée et suggère un projet d'Article pour le cas où les primes directes ou indirectes "accordées par des pays tiers deviendraient compromettantes." || Nous croyons qu'il serait préférable de provoquer, dès maintenant, cette entente. Car, à notre avis et à celui exprimé par plusieurs de nos

honorables collègues, la situation serait déjà compromettante si des pays, que nous n'avons pas besoin de nommer, ne signaient pas la Convention. || Le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Belges ne s'est prononcé, dans cette question, que contre notre interprétation des Traités de Commerce, qui nous fait croire que nous avons le plein droit de nous défendre quand un Gouvernement, par une intervention directe, change les conditions de la libre concurrence. Le Gouvernement Belge ne s'est pas prononcé contre une clause de garantie, à adopter à l'égard des pays contractants, et contre les États qui ne jouissent pas du traitement de la nation la plus favorisée. || Nous croyons devoir interpréter de la même façon les opinions émises dans leurs Rapports par les Gouvernements de la Suède et du Danemark. C'est-à-dire, il nous paraît que leur opposition vise seulement l'interprétation de la clause de la nation la plus favorisée. || L'Italie n'a pas fait de réserves au sujet de la proposition des Délégués de l'Espagne. || Il nous reste à connaître l'opinion du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, à laquelle nous attachons tous la plus grande valeur. Nous avons des indices de cette opinion dans le Mé-morandum de l'entretien qui a eu lieu entre notre honorable Président et son Excellence le Président du Conseil de Sa Majesté le Roi des Belges. || M. le Baron de Worms semble accepter notre proposition, au moins en ce qui touche les pays contractants. || Loin de nous de vouloir devancer la discussion sur un sujet qui n'est pas encore à l'ordre du jour; mais il nous est difficile de ne pas dire, si l'on nous permet le vulgaire de la phrase, que nous allons faire un marché de dupes si nous nous engageons, sans garantie, à bouleverser tout le système sur lequel repose l'industrie de la fabrication et du raffinage des sucres. || Dans tout Traité, comme dans tout contrat, les signataires abandonnent une partie de leurs droits au bénéfice commun. Mais, par notre Convention, si elle ne contenait pas de clause de garantie, applicable à tous les États, nous abandonnerions une partie de nos droits au bénéfice de ceux qui n'en feraient pas partie. Nous aurions passé des mois à travailler pour placer dans une meilleure condition que nous-mêmes ceux qui ne voudraient pas se rallier à notre Convention. || Nous ne savons pas s'il s'agit d'avoir ou de n'avoir pas de Convention; mais, certes, il s'agit de savoir si la Convention que nous allons signer doit servir à quelque chose. || Il y aurait très mauvaise grâce de notre part à demander la discussion immédiate de notre projet d'Article. Nous avons trop de preuves de l'intelligence, de l'habileté et de l'impartialité de notre respecté Président pour ne pas devoir lui laisser le choix du moment pour cette discussion. || En terminant, M. Dupuy de Lome donne lecture du projet d'Article suivant:— || "Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prohiber l'importation des sucres et des glucoses provenant des pays qui accordent des primes, ou à leur imposer un surcroît de droits, ou un droit compensateur qui ne pourra être inférieur au montant des primes." || Une discussion s'engage sur l'ordre dans lequel les Articles devront être classés. || M. le Président propose d'ajourner la discussion de l'Article VI, qui

Nr. 0692.
Konferenz-
Staaten.

sera considéré en même temps que la proposition Espagnole, et de passer à l'examen de l'Article VIII, qui deviendrait ainsi l'Article IX. || Il fait remarquer que l'Article concernant la Commission Internationale devient de plus en plus important. Il exprime l'avis qu'il convient de laisser à MM. les Délégués le temps de préciser leurs idées sur l'organisation de la Commission. || Avant de passer à la discussion de l'Article VIII, M. Pallain désire revenir sur la question dominante de l'adhésion des États intéressés. Par qui la présente Convention sera-t-elle mise à exécution? Quels sont les États pour lesquels elle demeurera en vigueur pendant cinq années? Cet Article VIII demeure-t-il applicable à l'Italie? Il a été très frappé des réserves renouvelées que son collègue, M. Catalani, a faites à la dernière séance sur les Articles IV et V. Il lui a semblé que ces réserves ne portaient pas seulement sur la quotité des droits intérieurs, sur le régime douanier, puisqu'il a été expressément convenu qu'en ces matières les Gouvernements intéressés entendaient conserver leur liberté d'action. Le Représentant du Cabinet de Rome aurait dans ce cas reçu complète satisfaction par les déclarations des Délégués Britanniques. Il lui a paru, en un mot, que les réserves du Délégué du Royaume d'Italie touchaient à l'assiette même de l'impôt, à son mode de perception. || Dans ce cas, l'Italie tendrait à se placer dans des conditions différentes de celles qui sont recherchées pour assurer l'exacte application de la Convention. || L'Angleterre n'a pas d'impôt sur le sucre; ses raffineries sont affranchies des charges de l'exercice. L'Administration Anglaise considère bien que ses charges sont quelque chose, puisque l'Administration de la Grande-Bretagne paie aux distillateurs et aux rectificateurs, en considération de la perte et de la gêne que leur causent les réglemens d'accise, l'exercice, &c., une prime de 2d. par gallon sur les simples spiritueux et les esprits de vin fabriqués dans le Royaume-Uni, et de 4d. par gallon sur les spiritueux composés. || Mr. Walpole conteste que ce soit une prime. Mais il accordera bien que c'est un avantage tiré du Trésor Anglais, et que toutes les fois qu'il y a bénéfice fait par l'exportateur sur le fisc public, il y a prime. Mais, cette discussion viendra en son temps. || M. Walpole ne peut pas admettre, sans réserves, cette manière de voir. || M. Pallain continue son discours. Ce qu'il a voulu dire, c'est que le port de Gênes, par exemple, peut être mis aussi bien que celui de Marseille en mesure de raffiner pour l'exportation. Gênes a la main-d'oeuvre à meilleur marché que Marseille; elle est tout aussi bien que Marseille sur le chemin des 200,000 ou 300,000 tonnes de sucre de Java que cette Colonie envoie en Europe par le Canal de Suez. L'Italie adhère-t-elle au principe de la suppression des primes directes ou indirectes? Consent-elle à se mettre en mesure d'en assurer la suppression dans l'avenir par une législation sucrière adéquat au but à atteindre, ou pense-t-elle à devenir un pays sucrier en se maintenant en dehors ou à côté de la législation qui serait consacrée aux États Contractants? || C'est un point sur lequel il y aurait lieu d'être fixé pour savoir si l'Article VIII lui est applicable. || M. Catalani, répondant à M. Pallain,

dit qu'il a reçu ses instructions avant l'ouverture de la Conférence. Il a transmis à son Gouvernement les explications de M. le Président, mais n'ayant pas encore reçu de réponse il doit maintenir ses réserves. Il espère être bientôt en mesure de donner toutes les explications désirées. || M. Pallain remercie M. Catalani. | M. le Président soumet à la Conférence l'Article VIII, dont il donne lecture:—

“Article VIII. | La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} Août 1890. || Elle restera en vigueur pendant cinq années, à dater de ce jour, et, dans le cas, où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'expiration de la dite période de cinq années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas, où une des Puissances Signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard.” || Il prononce le discours suivant:— || “Nous abordons maintenant la discussion d'un des Articles les plus importants de la Convention: c'est l'Article VIII de la nouvelle rédaction. Vous n'ignorez pas, Messieurs les Délégués, la grande valeur qu'attachent à l'abolition des primes les classes commerciales et ouvrières, non seulement de la Grande-Bretagne, mais aussi des Colonies Britanniques. Si vous en cherchiez une preuve, vous la trouveriez dans l'empressement et l'unanimité avec lesquelles les Indes Orientales, ainsi que les Colonies autonomes de Sa Majesté se sont décidées à faire partie de la Convention. Quant à l'Angleterre même, la presse et les discussions des réunions d'industriels et d'ouvriers représentent fidèlement l'opinion publique. Partout, cette opinion s'est prononcée contre le système des primes. On y voit une violation des principes du libre-échange, par l'adoption desquels la Grande-Bretagne a ouvert ses ports librement au commerce du monde, et il s'ensuit que le Gouvernement de Sa Majesté doit envisager, avec une sollicitude profonde, la perpétuation d'un système de primes sur le sucre, qui, dans son opinion, ainsi que dans celle de la grande classe ouvrière et commerciale de la Grande-Bretagne, de ses Possessions et de ses Colonies, grève injustement une industrie importante, et qui pourra nuire à cette entente cordiale qui doit nécessairement régler les relations commerciales des nations || Ce témoignage unanime n'a pas manqué de faire une vive impression sur le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. Il y a vingt-sept ans que cette question agite l'opinion publique. Pendant ce temps plusieurs Conférences Internationales l'ont discutée. Malheureusement, ces Conférences n'ont pas réussi à établir un accord ou à arriver à un résultat pratique. Les conséquences de cet état de choses, funeste pour l'industrie sucrière de la Grande-Bretagne et de ses Colonies, ont démontré au Gouvernement de Sa Majesté la nécessité impérieuse de n'épargner aucun effort pour arriver à une solution de cette question. C'est dans ce but qu'il a convoqué notre Conférence. Nous avons l'espoir, la certitude même, que nous arriverons à une solution heureuse et équitable. Le Gouvernement Britannique est profondément convaincu qu'il est de son devoir

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

de chercher des moyens efficaces qui empêchent que la question ne retombe dans l'incertitude et que les efforts des Gouvernements représentés ne soient perdus. Nous avons ardemment désiré que l'exécution de la Convention pût avoir lieu à une date prochaine. Mais les communications reçues de la part des Délégués des diverses Puissances nous ont montré qu'il faudra aux Gouvernements Contractants une période assez prolongée pour compléter leurs législations. C'est une nécessité que nous reconnaissons, mais non sans un vif regret. Le Gouvernement de la Reine ne se dissimule pas, non plus, que les contrats des industriels demanderont un intervalle considérable entre la date de la ratification et celle de la mise en vigueur de la Convention. || Voilà les considérations qui ont appelé l'attention du Gouvernement de Sa Majesté Britannique. MM. les Délégués admettront, sans doute, qu'en vue des sentiments prononcés si souvent et avec tant d'instance par les représentants d'une industrie importante contre le système des primes, nous aurions pu être tentés de proposer une date qui se prêterait mieux aux intérêts de notre industrie sucrière. Mais le Gouvernement de Sa Majesté a reconnu qu'il ne doit pas entraver l'industrie sucrière des autres pays. C'est dans le même esprit de conciliation que mon Gouvernement m'a chargé de vous proposer les dates suivantes: pour la ratification de la Convention, le 1^{er} Août, 1889, et pour la mise en vigueur, le 1^{er} Août, 1890."

M. Jordan remercie M. le Président de la modification qu'il a apporté au texte de cet Article, en ce qui concerne la date de l'application de la Convention. L'accueil bienveillant que les vœux exprimés à ce sujet par plusieurs Gouvernements ont trouvé auprès du Gouvernement Britannique facilitera certainement les délibérations ultérieures de la Conférence et le succès final de ses travaux. || L'Article en discussion comprend trois alinéas. Sur le premier, M. Jordan n'a pas d'objection. La date du 1^{er} Août, 1890, lui paraît parfaitement acceptable. Sur le deuxième alinéa, M. Jordan ne peut pas se prononcer définitivement. Ce qu'il peut dire sûrement c'est qu'une période de dix années était trop longue; mais son Gouvernement, ne sachant pas que cette clause serait modifiée, n'a pas indiqué la durée qu'il juge convenable pour donner à la Convention. C'est là une question qu'il a réservée. || Quant au troisième alinéa, M. Jordan craint qu'il n'y ait une certaine divergence sur son interprétation. Dans une précédente discussion, on a exprimé l'avis que, dans le cas où l'une des Puissances se retirerait, la Convention subsisterait et les autres États demeureraient engagés entre eux. Mais une autre opinion s'est produite: c'est qu'en pareil cas, les autres Gouvernements Signataires pourraient sortir également. || M. Jordan croit que, si l'une des Puissances quittait l'Union, les autres devraient se concerter sur le parti à prendre. || M. le Président invite M. Jordan à formuler sa proposition. || M. le Comte de Kuefstein accepte sans observation le premier alinéa. Sur le second alinéa il se réfère au Mémoire Austro-Hongrois. Il donne lecture du passage suivant:— "Il nous semble que dix ans est une durée beaucoup trop

longue pour la première période de la Convention. Dans le cours de cette période les circonstances pourraient changer si souvent et si complètement qu'il nous serait impossible de nous lier pour ce terme pour une mesure qui, au commencement au moins, n'est qu'un essai, bien qu'un essai d'une large conception. Nous trouvons qu'il serait préférable de ne fixer aucun terme, et de se limiter à la faculté de dénoncer la Convention d'année en année." || M. le Comte de Kuefstein fait remarquer que cette manière de procéder est celle qui a été suivie pour des Traités de Commerce récemment conclus par a Monarchie Austro-Hongroise. Une période de cinq ans lui paraît trop longue. Il pourrait arriver telles circonstances qui ne permettraient pas à une Puissance de rester pendant cinq ans dans la Convention. Pour décider certaines Puissances à entrer dans la Convention, il conviendrait d'adopter une clause qui permet d'en sortir en cas de nécessité. M. le Comte de Kuefstein insiste pour la résiliation facultative d'année en année. || En ce qui concerne le troisième alinéa, M. le Comte de Kuefstein ne pense pas pouvoir encore, en ce moment, se prononcer définitivement. La décision à prendre lui semble subordonnée à la solution de la question des droits compensateurs. Il lui paraît évident que la dénonciation d'une des Parties Contractantes peut mettre une autre dans l'impossibilité absolue de rester dans la Convention. Ce n'est que par une clause pénale que cet inconvénient pourrait être paralysé. || Mr. Kennedy dit que c'est une règle générale de fixer un terme pour les Conventions de ce genre. A tous les points de vue il y aurait de graves inconvénients à ne pas fixer de période ferme. En ce qui concerne le troisième alinéa, les termes en sont empruntés à la Convention pour la protection des câbles sous-marins. Mr. Kennedy n'aurait pas d'objection à ce qu'on rédigeât autrement cet alinéa, pour déterminer ce qu'il y aurait à faire, dans le cas où une Puissance sortirait de la Convention. || M. Jordan se rallie aux idées exprimées par M. de Kuefstein. Il est d'une grande importance de savoir ce qu'il adviendra de la Convention dans le cas de dénonciation par une des Puissances. La question est intimement liée à celle de la clause pénale: avec cette sanction, la sortie d'une des Puissances Contractantes aura, pour les autres, des conséquences beaucoup moins graves. Si l'entente se faisait sur la proposition des Délégués Espagnols, M. Jordan n'aurait pas d'objection au troisième alinéa de l'Article en discussion. || Répondant à Mr. Kennedy,— || M. le Comte de Kuefstein reconnaît que c'est en effet une règle générale de fixer un terme aux Traités de Commerce. Mais on est entré depuis un certain nombre d'années dans une période où il est souvent difficile de contracter des engagements à longue échéance. On a donc eu recours à des Traités avec faculté de résiliation d'année en année. La proposition ne constitue pas une innovation. La Convention en projet se distingue, du reste, d'un Traité de Commerce ordinaire. Les questions de forme doivent se régler d'après les intérêts en jeu. M. de Kuefstein ne voit pas quelle objection il y aurait à adopter sa proposition. || M. le Président croit devoir déclarer, pour prévenir

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

tout malentendu, que le Gouvernement Britannique ne saurait accepter une Convention pour un an. || M. le Comte de Kuefstein fait remarquer qu'avec la rédaction proposée, les Puissances Contractantes se trouveront, à l'expiration des cinq premières années, sous l'empire d'une Convention résiliable, comme il le propose, d'année en année. En présence de la déclaration de M. le Président, il ne peut que demander des instructions. Il suggère, sans toutefois pouvoir prendre un engagement, une durée de deux ou trois ans. || M. Guillaume accepte le premier alinéa. Sur le deuxième alinéa il préférerait ne période moins longue, trois ans, par exemple. Cependant, il ne ferait pas d'opposition absolue au terme de cinq ans. En ce qui concerne le troisième alinéa, M. Guillaume aperçoit de sérieuses difficultés. Il importe d'examiner si, dans le cas où une Puissance se retire, la Convention reste debout et les engagements des autres pays subsistent. Il faudrait compléter la rédaction dans ce sens, qu'un délai serait accordé aux autres Puissances pour se retirer à leur tour. Dans le cas, par exemple, où l'Allemagne se retirerait, la Belgique ne peut pas accepter de rester engagée. Si la résiliation était faite au dernier moment, le temps manquerait à d'autres Puissances pour se retirer à la même date. Il faudrait donc donner à ces dernières un nouveau délai pour notifier leur intention. || M. Batanero dit, au sujet du premier alinéa, que l'Espagne est toute disposée à appliquer la Convention. Elle désirerait donc un délai d'application plus court. Mais si des considérations différentes ne permettent pas aux autres Gouvernements d'adopter une date plus rapprochée, les Délégués Espagnols se rallieront au vœu de la majorité. Sur le deuxième alinéa, M. Batanero aurait préféré que le terme de dix ans fût maintenu. Il accepte cependant le terme de cinq ans. Il importe que l'industrie nationale soit assurée d'une certaine stabilité dans la législation. L'Espagne n'accepterait peut-être pas une période de plus courte durée. || Quant au troisième alinéa, M. Batanero croit qu'il pourrait être maintenu, si l'on parvenait à se mettre d'accord sur le chapitre des garanties. Si non, il importerait que, sur la dénonciation par une Puissance, les autres recouvraient de plein droit leur liberté d'action. || M. Pallain déclare que les Délégués Français ont à faire les plus expresses réserves, en tout ce qui a trait à la mise en vigueur et à la durée de la Convention. Ces réserves sont consignées dans la note distribuée à l'appui du Projet de la France, qui est entrée la dernière dans le système des primes continentales en matière de sucres. Les Délégués auront donc à en référer au Gouvernement de la République. || M. Pallain pense, d'ailleurs, qu'avant de fixer les délais d'application et la durée de la Convention, il serait bien désirable tout au moins d'en connaître les termes. Trois questions capitales ne sont pas résolues, pas même provisoirement:— || 1. La nécessité de l'adhésion, à l'Union Sucrière, des États intéressés. || 2. Les conditions, les règles de la législation à intervenir pour assurer un traitement rigoureusement égal à tous les Contractants. || 3. La sanction prévue par M. le Président dans son allocution d'ouverture, pour empêcher les États Signataires—et Non-

Signataires apparemment—de la Convention, d'en "nullifier" les effets d'une manière générale. En ce qui concerne le paragraphe final de l'Article VIII, il n'est pas surpris de voir les Puissances qui vont s'engager, se préoccuper de la faculté de se dégager, dans le cas où elles auraient la certitude que d'autres pourraient échapper aux obligations prises en dénonçant la Convention. || M. Batanero croit que toute difficulté disparaîtrait si l'on acceptait la clause des droits compensateurs. || M. Verkerk Pistorius dit que les Pays-Bas désireraient une date d'entrée en vigueur plus rapprochée; cependant, si la majorité se rallie à la date de 1890, il ne fera pas d'objections. Sur le deuxième alinéa, il se rallie à l'observation du Gouvernement Britannique concernant l'impossibilité de faire une oeuvre durable en laissant à chaque pays la liberté de se retirer d'année en année. Les Pays-Bas préféreraient une durée plus longue. Ils acceptent le terme de cinq ans comme un minimum. || En ce qui concerne le troisième alinéa, il croyait que la question avait déjà été discutée. Pour lui, il n'y a pas de doute que, si une Puissance se retire, toutes les autres ont la faculté d'examiner ce que commandent leurs intérêts. Presque toutes les Puissances représentées ont exprimé un voeu pour l'adhésion générale de tous les pays producteurs. Si la réalisation de ce voeu détermine les Puissances à signer une Convention, qu'arrivera-t-il dans le cas où une des Puissances viendrait à se retirer? Il ne faut pas seulement se préoccuper du sort de cette Puissance, mais aussi du sort des autres. La question ne se trouve pas tranchée par la proposition des Délégués Espagnols. Il peut se faire que l'une des Puissances ne veuille pas s'en tenir à surtaxer les sucres de l'État dissident et que son intérêt lui commande de se retirer elle-même. || M. le Président fait remarquer que cette Puissance aura la faculté de se retirer. || M. Batanero dit que chaque Puissance pourrait dénoncer la Convention à la date qui lui conviendrait. || M. Kamensky dit qu'en attendant de nouvelles instructions de son Gouvernement sur la continuation de la prime sur les frontières d'Asie, il est obligé de faire, sur le premier alinéa, des réserves pour la continuation de cette prime, au moins jusqu'à la date de l'expiration de la Loi actuellement en vigueur, c'est-à-dire jusqu'au 1^{er} (13) Mai, 1891. || Quant au second alinéa, le Gouvernement Russe est tout disposé à accepter le terme de cinq ans. Sur le troisième alinéa M. Kamensky se range entièrement du côté de l'opinion formulée par MM. les Délégués de la Belgique, de l'Espagne et des Pays-Bas. || M. Catusse dit, au sujet du troisième alinéa, que la rédaction proposée semble exclure la résolution ipso facto de la Convention à l'égard de tous les États par le fait de la sortie d'une des Puissances Contractantes. || Dès qu'une des Parties aura dénoncé la Convention, il y aurait seulement ouverture au profit de tous les autres États, du droit de dénoncer pour la même époque. || La question présenterait moins d'importance si la première période d'essai de la Convention n'avait pas, dans la rédaction proposée, une durée de cinq ans: aussi, tout en réservant l'opinion de son Gouvernement, il n'hésite pas à dire dès à présent, comme M. le

Nr. 0632.
Konferenz-
Staaten.

Comte de Kuefstein, que cette durée de cinq ans est beaucoup trop longue. || Quoiqu'il en soit, la faculté de résiliation sera ouverte à tous les États dès qu'une des Parties Contractantes aura dénoncé. Mais si elle est ouverte, dans quel délai la seconde ou la troisième dénonciation devra-t-elle être faite pour avoir son effet à la même date que la première? On peut craindre qu'il n'y ait dans certains cas forclusion. || Une conversation s'engage sur l'interprétation du troisième alinéa. A la suite de cette discussion, il est entendu que la dénonciation ne pourra se faire d'année en année qu'à une date fixe; c'est-à-dire que la résiliation, à quelque date qu'elle soit notifiée, n'aura son effet qu'un an après le 1^{er} Août qui suivra cette notification. || Une longue discussion s'engage alors sur les moyens d'assurer aux diverses Puissances la faculté de se retirer à leur tour. Après un échange de vues, la rédaction de l'Article est modifiée comme suit:— || "La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} Août, 1890. || Elle restera en vigueur pendant cinq années, à dater de ce jour, et dans le cas où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifiée, quinze mois avant l'expiration de la dite période de cinq années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas où une des Puissances Signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent, pendant trois mois, la faculté de se retirer à leur tour." || M. Catusse demande si, après une résiliation faite sous les conditions prévues par la nouvelle rédaction du troisième alinéa, un nouveau délai s'ouvrira à la suite de la seconde ou de la troisième dénonciation intervenant précisément à l'expiration de ce délai de trois mois. || L'Article mis aux voix est adopté, provisoirement, sauf le dernier alinéa, et sous la condition que le procès-verbal fera mention des réserves formulées: (1) par la France en ce qui concerne la date d'application et la durée de la Convention; (2) par l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie en ce qui concerne la durée seulement; (3) par la Russie en ce qui concerne la prime sur les frontières d'Asie. || Il est entendu en outre que la rédaction pourra être révisée s'il y a lieu. || Il est convenu que la prochaine séance de la Conférence aura lieu Vendredi, 27 Avril, à 11 heures et demie. || La discussion des Articles VI, IX (nouvelle rédaction), X et XI est mise à l'ordre du jour.

Il est entendu que la discussion de l'Article III aura lieu après que la Conférence aura reçu le Rapport de la Commission.

Vierzehnte Sitzung, 28. April 1888.

M. le Président met aux voix l'adoption des procès-verbaux des neuvième, dixième et onzième séances. || Ces procès-verbaux sont adoptés. || Un texte du Projet de Convention est distribué à MM. les Délégués. || Ce texte indique quels sont les Articles que la Conférence a déjà adoptés et quels sont ceux

qui restent à discuter. || (Voir l'annexe au présent procès-verbal.) || M. Pallain fait remarquer qu'à ce Projet de Convention les Articles V et XI mentionnent bien les réserves fait espar les Délégués, tandis que l'Article 1^{er} est porté avec la mention "adopté", alors que des réserves avaient été indiquées par plusieurs membres de la Conférence, notamment par MM. Jordan et le Comte de Kuefstein, et par les Délégués Français. Voici ce que disait M. le Premier Délégué de l'Allemagne à Londres dans la séance du Mardi, 10 Avril: "On est d'avis en Allemagne que tous les pays qui produisent ou qui exportent le sucre, devraient adhérer dès à présent à cette Convention; on tient beaucoup à ce que les États-Unis et le Brésil y prennent part." Or, ni les États-Unis, ni le Brésil, n'ont adhéré au principe de la suppression des primes. On nous dit qu'ils adhéreront en profitant de la clause ouverte. Autre chose est d'entrer, autre chose de se garder la porte ouverte. || La France désire sincèrement la suppression des primes; elle est reconnaissante à l'Angleterre d'avoir provoqué un débat international pour arriver au concordat sucrier qui doit débarrasser, dans un avenir prochain, les Budgets des pays intéressés des charges qu'ils supportent au profit des consommateurs étrangers, voire, même des consommateurs de la Grande-Bretagne; mais cette suppression des primes, qu'il est désirable d'assurer par un arrangement international, elle l'avait spontanément réalisée chez elle par la Loi du 19 Juillet, 1880. || De 1880 à 1884 il n'a pas existé en France de primes d'exportation pour les sucres. || Par la Loi du 19 Juillet, 1880, le Gouvernement de la République avait pris l'initiative d'un régime qui faisait disparaître les primes sur les sucres raffinés, et qui en imposant les sucres bruts d'après leur rendement au raffinage, ne laissait subsister pour eux aucune cause d'inégalité dans la perception de l'impôt. L'application du droit sur le produit achevé excluait toute allocation de prime. || C'est dans cette période que la sucrerie Française a perdu le marché Anglais, et qu'à l'aide de primes énormes, d'autres pays sont venus lui faire concurrence jusque sur le marché Français. La France, en 1884, dut adopter, pour son industrie sucrière, menacée d'une ruine complète, une législation analogue à celle des autres pays. C'est ce qu'a si bien rappelé, dans la première partie de la Conférence, le Plénipotentiaire Français désigné pour signer la Convention, M. Sans-Leroy. || L'adhésion du Gouvernement de la République, au principe de la suppression des primes, n'est donc pour lui que le retour au régime dont il avait dû s'écarter sous la pression de circonstances indépendantes de sa volonté. Mais à ce retour, la France met pour condition expresse qu'aucun autre pays ne pourra maintenir ses primes ou en profiter sous une forme quelconque, directe ou indirecte et qu'au nom même de l'égalité recherchée, des délais soient stipulés pour les États qui sont entrés les derniers dans le système des primes. || Le Délégué Français ajoute que c'est pour se conformer à ses instructions, qui ne sont un mystère pour personne, puisque les journaux de la Cité ont reproduit la dépêche envoyée par M. Peytral, Ministre des Finances du nouveau Cabinet, à la date du 15 Avril dernier, qu'il

Nr. 9682.
Konferenz-
Staaten.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

a fait des réserves sur l'Article I^{er} mentionné comme adopté sans révision, quand il a connu la non-adhésion des États-Unis. Cette dépêche est ainsi conçue: "Les intructions données aux Délégués Français leur prescrivent de n'adhérer au principe de la suppression des primes qu'en cas d'accord de tous les pays producteurs, &c., &c." || M. Pallain rend hommage à la Direction imprimée aux débats de la Conférence par son éminent Président. Il demande la permission seulement, pour rendre exactement sa pensée, d'emprunter à l'histoire Parlementaire de l'Angleterre un souvenir qui mérite d'être connu. Après la Révolution de 1830, M. de Talleyrand était Ambassadeur de France à Londres, il y travaillait à cette alliance qui avait été le désir de toute sa vie et qui avait fait l'objet de sa première mission de 1792. Le Duc de Wellington était Premier Ministre. L'Opposition accusait l'Administration Anglaise de subir trop sensiblement le charme et l'ascendant du diplomate Français. Une interpellation eut lieu sur ce sujet à la Chambre des Communes. Le Duc de Wellington prit la parole, et tout en défendant sa politique de subir l'influence de l'ancien Constituant, il sut défendre noblement son ancien adversaire du Congrès de Vienne. || Les Délégués Français pourraient-ils se défendre d'avoir subi le charme et l'ascendant du Président qui dirige les débats avec tant d'autorité, s'ils ne prenaient le soin de se conformer scrupuleusement à leurs instructions; ils ne peuvent oublier dans les délices d'une hospitalité Londonienne, que, suivant le proverbe Anglais, les affaires sont les affaires, et que la salle du Foreign Office où se prepare l'Union Sucrière, qui peut toucher si gravement l'industrie et l'agriculture des pays représentés, si tous les États intéressés n'y prennent pas part, si les conditions ne sont pas les mêmes pour toutes les industries rivales, n'est plus le salon où la courtoisie vous fait l'agréable office de ne pas contrarier l'opinion du maître de la maison. || On a dit souvent que dans ces Conférences Internationales chacun avait le devoir de se montrer bon Européen. C'est pour se montrer tel, et au nom même de l'agriculture et de l'industrie Européennes, que la France regarde du côté de l'Atlantique et attend, pour donner une adhésion définitive à l'Article I^{er}, que les États intéressés et notamment les États-Unis aient donné la leur. || Est-il besoin de rappeler les réserves de l'Italie? il est vrai, comme l'a dit M. Catalani que les sucres de Gènes ne se présentent sur le marché de Beyrouth qu'en faibles quantités en concurrence avec ceux de Marseille; mais si, par un mode quelconque de législation, l'Italie, qui semble s'être réservé son régime intérieur, s'accordait une prime, immédiatement les conditions d'égalité que l'entente internationale a en vue seraient modifiées à son profit, ce qui ramènerait ses raffinés en Syrie. A l'heure qu'il est, c'est une différence de prix de 50 centimes par 100 kilogr., qui fait pencher la balance au profit de Marseille. || Le Délégué de la Russie ne croit pas à l'avenir du sucre de sorgho; mais le sorgho est de la même famille que la canne: il a même sur elle l'avantage d'être une plante annuelle; que lui faut-il? Un sol fertile, des travailleurs énergiques et les procédés

perfectionnés d'extraction; rien de tout cela ne manque dans la Grande République Américaine. || Cet État du Kansas, dont il a été question le 5 Avril dernier au Sénat Américain, il était, il y a cinquante ans, un désert absolu; on y compte aujourd'hui 1,200,000 à 1,500,000 âmes. || Voici le développement de son agriculture:—

	Froment.	Maïs.
1860	75,000	2,000,000
1870	850,000	6,000,000
1880	6,000,000	36,000,000.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Du reste, la proposition du Sénateur d'Iowa s'applique tout aussi bien au sucre de canne qu'au sucre de sorgho; ce qu'il demande, c'est que les heureux excédents du Budget des États-Unis soient consacrés à allouer des primes à l'agriculture et à l'industrie, et plus spécialement à développer l'industrie sucrière. || La vérité c'est que les États-Unis, devenant grands producteurs de sucres, pourraient, en les primant, non seulement fermer quelque jour leur marché aux autres sucres, mais envahir les marchés tiers, d'où la conséquence qu'un concordat sucrier dans lequel les États-Unis n'entreraient pas réserveraient à l'Europe de désagréables surprises. || M. le Baron de Worms étant appelé à s'absenter temporairement de la Conférence, la Présidence est déléguée à M. le Comte de Kuefstein, Vice-Président de la Conférence.

M. le Comte de Kuefstein prend place au fauteuil. || M. le Comte d'Onslow demande si, parmi les Puissances dont M. le Délégué Français considère l'adhésion comme indispensable, il en est qui manquent à la Conférence? || M. Pallain répond affirmativement. || M. le Comte de Kuefstein rappelle que plusieurs autres Délégués ont également réservé leur adhésion définitive tant que certains États, dont on désire le concours, n'auront pas adhéré, le Délégué de l'Allemagne et lui-même entre autres. || M. Batanero fait observer que la Conférence élabore une Convention dans la pensée que tous les Gouvernements représentés la ratifieront. L'objection soulevée se rattache à la question des droits compensateurs. Si la proposition, faite, à ce sujet, par les Délégués Espagnols, est adoptée, la Convention renfermera une sanction, et, dès lors, les réserves relatives à l'adhésion générale de tous les États intéressés dans la question n'auront plus autant d'importance. L'adoption de chaque Article de la Convention n'est pas définitive. Mais il est nécessaire, pour faciliter la discussion, d'établir une différence entre les Articles sur lesquels la Conférence a déjà discuté et ceux qu'elle n'a pas encore abordés. || M. Pallain répond que ses réserves n'en sont pas moins justifiées. || M. le Comte d'Onslow dit que la faculté de signer ou de ne pas signer est toujours réservée de plein droit aux Plénipotentiaires. || Cette observation ne satisfait pas entièrement M. Pallain. || La Conférence elle-même ne saurait se prononcer que lorsqu'elle saura exactement quelles sont les Puissances Contractantes. || M. Dupuy de Lome croit que l'Article peut être considéré comme provisoirement adopté, pourvu que chaque Gouvernement conserve la faculté de prendre

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

une décision définitive le jour où il aura toute la Convention sous les yeux. Il reste encore deux pas à faire: les Délégués devront soumettre le projet de Convention à leurs Gouvernements respectifs, et ceux-ci auront à décider s'ils doivent y adhérer. || M. Pallain rappelle qu'à la fin de la première session, M. le Président avait laissé entrevoir, comme presque assurée, l'adhésion des États-Unis. Les événements n'ont pas jusqu'ici confirmé cette espérance. C'est là ce qui engage M. Pallain à insister sur ses réserves. || M. Dupuy de Lome fait observer qu'avant de se réunir en Conférence, les divers Gouvernements savaient que les États-Unis ne prendraient pas part officiellement aux travaux de la Conférence. Il croit avoir eu entre les mains une Circulaire de Lord Salisbury, dans laquelle il était dit, si ses souvenirs sont bien exacts, que Mr. Bayard excusait l'abstention des États-Unis par des raisons constitutionnelles, dont il faut toujours tenir compte quand il s'agit de Traités avec les États-Unis. Ce pays est, cependant, dignement représenté par un Délégué officieux. M. Dupuy de Lome y voit une preuve du bon vouloir du Gouvernement des États-Unis. La Conférence ne peut pas mettre comme condition l'adhésion actuelle des États-Unis; car elle savait avant de se réunir que cette adhésion était, pour le moment, impossible. L'Espagne a plus d'intérêt que tout autre pays à ce que les États-Unis fassent partie de l'Union. Car le principal, sinon le seul marché que les primes de l'Europe ont laissé aux sucres de Cuba se trouve aux États-Unis. L'Espagne a confiance dans le sens pratique et juste du Congrès Américain pour abolir les primes quand les autres États seront arrivés à les supprimer. M. Dupuy de Lome sait qu'il est impossible d'exiger une adhésion préalable en raison de la répugnance des États-Unis à s'unir à des manifestations collectives Européennes. || M. Jordan pense que ce n'est pas au contenu de l'Article 1^{er} du Projet de Convention, mais plutôt à la nouvelle rédaction du préambule que se rapportent les réserves que M. le Délégué Français vient de renouveler. Ce préambule, en énumérant les Hautes Parties Contractantes, ne comprend ni les États-Unis ni le Brésil. M. Jordan avait espéré que les difficultés qui en résultent s'amointriraient si la Conférence acceptait la clause des droits compensateurs. Il voudrait bien savoir si, dans le cas où cette clause serait adoptée, le Gouvernement Français ne croirait pas pouvoir traiter sans l'adhésion des États-Unis. Le Gouvernement Allemand attache le plus grand prix à ce que les États-Unis se rallient à la Convention, et si la clause pénale n'est pas adoptée, M. Jordan se verrait obligé de renouveler plus nettement les objections contenues dans les alinéas 2 et 3 du Mémoire imprimé de l'Allemagne. D'une manière générale, d'ailleurs, il ne croit pas devoir renouveler incessamment des réserves sur chaque Article, son Gouvernement ayant déclaré officiellement qu'il ne prenait part à la deuxième session de la Conférence qu'en se réservant toute liberté d'accepter ou non la Convention, quand il aura sous les yeux le résultat final des travaux de la Conférence. || M. Batanero fait observer que tous les Gouvernements se sont réservé cette faculté d'examen.

Dans le Livre Jaune publié par le Gouvernement Français, il est dit que ce Gouvernement n'a accepté l'invitation, qui lui était faite par le Gouvernement Britannique, qu'à la condition de conserver sa liberté d'action. Il doit être entendu qu'il en est ainsi pour toutes les Puissances jusqu'à la signature de la Convention. || Les États-Unis n'ont pas dit qu'ils n'adhéreront pas; la question reste ouverte; il ne faut pas la préjuger; dans ces conditions, la Conférence peut continuer ses délibérations. || M. le Président fait observer que les réserves insérées dans les procès-verbaux restent intactes. || M. Verkerk Pistorius pense qu'on attache trop d'importance au document qui a été distribué au début de la séance. Il n'y a pas là une constatation officielle des décisions prises par la Conférence. C'est un travail fait par MM. les Secrétaires à titre de simple indication pour tenir les Délégués au courant des travaux journaliers. || M. le Président confirme cette manière de voir. Le document en question n'est pas destiné à être utilisé en dehors de la Conférence. || L'incident est clos. || M. Catalani annonce que son Gouvernement l'a désigné comme Plénipotentiaire pour signer la Convention. || M. le Président propose d'aborder l'ordre du jour arrêté à la dernière séance. Cet ordre appelle la discussion de l'Article XII, dont M. le Président donne lecture comme suit:—

“Article XII. || “Les dispositions de la présente Convention sont applicables aux Provinces d'Outre-Mer, Colonies et Possessions étrangères des Hautes Parties Contractantes. || Chacun de ces territoires admis à la présente Convention conserve la faculté de se retirer de la même manière que les Puissances Contractantes et dans les conditions indiquées à l'Article XI. || Dans le cas, où l'un de ces territoires désirerait se retirer de la Convention, une notification à cet effet sera faite aux Puissances Contractantes par le Gouvernement de la Métropole de la Province, Colonie, ou Possession en question.”

M. le Président invite MM. les Délégués à présenter leurs observations. || M. Jordan dit que, dans le cas, où une Colonie dénoncerait la Convention, les conséquences seraient les mêmes que si l'une des Puissances Signataires la dénonçait. Chacun des autres Gouvernements aurait alors le droit de se retirer. S'il y avait des doutes sur cette question, il faudrait spécifier. || M. Guillaume n'a pas d'observations à faire. Il est évident que les Colonies sortiront de la Convention de la même manière que les États Signataires, c'est-à-dire, dans les conditions de l'Article XI. || M. Jordan se rallie à cette interprétation. || M. Batanero croit que la première partie de l'Article XII a déjà été implicitement adopté par le vote de l'Article IV. || M. le Président croit que l'Article IV accorde aux États et aux Colonies la faculté d'entrer dans la Convention, tandis que l'Article XII implique pour les Colonies et Possessions étrangères des Parties Contractantes l'obligation d'entrer dans l'Union. || L'Article IV est le complément de l'Article II. On impose par l'Article II un système d'impôt déterminé; mais il fallait donner aux États, Colonies, ou Possessions étrangères qui, n'ayant pas d'impôt, n'ont pas besoin d'adopter ce

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

système, la faculté d'adhérer à la Convention; c'est là le but de l'Article IV. L'Article XII constate que les États Contractants stipulent pour leurs Colonies. || M. Verkerk Pistorius pense qu'on revient sur un point déjà décidé. A ses yeux l'Article IV ne vise pas les États Contractants, mais ceux qui adhéreront par la suite. Mais à l'égard des États qui forment la Convention, il faut une clause qui oblige les Colonies. Voilà la signification de l'Article XII. || MM. Batanero et Dupuy de Lome contestent cette interprétation. L'Angleterre et l'Espagne leur semblent visées par l'Article IV. || M. le Président dit que, si cela paraît nécessaire on pourrait modifier sur ce point la rédaction de l'Article IV. Pour le moment, il propose de revenir à la discussion de l'Article XII. || M. Catalani n'a pas d'observations à faire. || M. Verkerk Pistorius accepte pour toutes les Colonies Néerlandaises, sans exception, les principes de l'Article XII. Mais il ne peut accepter la rédaction des deuxième et troisième paragraphes. Les Colonies Néerlandaises n'ont pas la faculté de se retirer de la Convention; on ne peut donc pas dire dans le deuxième paragraphe que cette faculté leur est "conservée". En d'autres termes, le paragraphe 2, tel qu'il est rédigé, présuppose l'autonomie des Colonies. Il faut trouver une rédaction qui n'implique pas cette autonomie. || M. Batanero partage cette manière de voir. || M. Kamensky dit que, sans faire des réserves spéciales sur l'Article XII, il ne pourra cacher que le droit reconnu à chaque territoire de se retirer de la Convention lui paraît superflu. Il croit qu'il serait plus équitable que les Colonies, Provinces d'Outre-Mer et Possessions étrangères suivissent, dans ce cas, complètement la conduite de la Métropole ou de la mère-patrie, sans jouir de l'indépendance qu'on a l'intention de leur conférer. Ce ne sont, à l'avis de M. Kamensky, que les Hautes Parties Contractantes qui devraient avoir le privilège de dénoncer la Convention en entraînant avec elles les territoires qui font partie ou dépendent de la Métropole. || M. Pallain pose une question relative au régime douanier des Colonies Britanniques. || M. le Comte d'Onslow répond qu'elles sont entièrement maîtresses de leur Tarif Douanier. || M. le Comte d'Onslow propose de dire, par le deuxième paragraphe de l'Article XII, que les Colonies autonomes et les Indes se réservent la faculté de se retirer de la Convention. || M. Batanero demande qu'on reconnaisse à l'Espagne la faculté de dénoncer la Convention pour les îles de Cuba et de Porto Rico. || M. Verkerk Pistorius fait observer que si la faculté de se retirer de la Convention est accordée aux Colonies de l'Espagne et de la Grande-Bretagne, tandis que la Métropole y resterait, la même faculté devrait être réservée aux Pays-Bas pour leurs Colonies. || M. Guillaume croit qu'il ne faudrait pas reconnaître à une Colonie non-autonome la faculté de se retirer de la Convention. || M. Batanero dit que des considérations politiques obligent l'Espagne à se réserver le droit de résilier au nom de ses provinces et possessions d'Outre-Mer. || M. Jordan préférerait la rédaction de M. d'Onslow, qui réserve le droit de dénonciation aux Colonies autonomes seulement. Si un État croit que les intérêts d'une Colonie

ou d'une province se trouvent lésés par la Convention, cet État pourra se retirer lui-même de l'Union sous les conditions de l'Article XI. || M. Batanero réclame la faculté de dénoncer pour la province ou Colonie dont les intérêts sont lésés, sans que les autres parties de l'État cessent d'appartenir à l'Union. M. Verkerk Pistorius lit la rédaction suivante, qu'il a préparée sur la demande de M. le Comte d'Onslow:—

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

“Article XII (deuxième paragraphe). || Les Hautes Parties Contractantes conservent la faculté de se retirer pour un ou plusieurs de ces territoires sous les conditions et avec les conséquences indiquées à l'Article XI. La même faculté est réservée aux Colonies autonomes et aux provinces d'Outre-Mer.” || M. Jordan présente une observation sur ce qui arrivera dans le cas, où la Convention imposerait des droits compensateurs sur les sucres des pays qui se trouveraient en dehors de l'Union. L'État qui aurait dénoncé la Convention pour une de ses Colonies se verrait obligé d'imposer les droits en question aux sucres qu'il recevrait de cette Colonie. || M. Dupuy de Lome accepte cette conséquence. L'Espagne pourrait, un jour, juger avantageux pour les intérêts de Cuba, de la faire sortir de l'Union Sucrière Européenne, pour la faire entrer dans l'Union Sucrière Américaine s'il s'en formait une. M. Dupuy de Lome fait remarquer à M. Jordan, que, du reste, pour frapper de droits compensateurs les sucres coloniaux, il faudrait qu'il leur fût accordé des primes. Or, l'Espagne ne pense pas en accorder ni à la Métropole ni dans les Colonies. || M. le Baron de Worms reprend possession du fauteuil. || La discussion continue sur la rédaction de l'Article XII proposée par M. Verkerk Pistorius. || M. Pallain croit que les Colonies autonomes, à l'encontre de celles de la Couronne, doivent figurer individuellement, comme parties contractantes dans le Projet de Convention, puisqu'il a dépendu d'elles seules d'y adhérer; c'est avec elles, nominativement, que les États de l'Union Sucrière vont contracter. || Le service des Douanes est-il organisé dans les Colonies autonomes d'une façon positive? || Pour les Colonies de la Couronne il n'y a aucune appréhension Douanière à avoir puisque le Gouvernement de la Grande-Bretagne stipule pour elles. || C'est surtout le régime intérieur des Colonies autonomes qu'il y aurait intérêt à connaître. C'est surtout sur celles-là que l'action de la Métropole est moins directe, moins sensible, puisqu'elle semble se réduire à des liens de sentiment et d'allégeance. || A cet amas de fleurs étrangères, l'Angleterre, comme Montaigne, n'a mis qu'un fil à les relier. || Aussi ces Colonies sont maîtresses absolues de leur régime Douanier: la mère-patrie s'en désintéresse absolument; bien souvent les Tarifs imposés par les Colonies sont contraires aux intérêts de la Métropole. || Le Canada n'est-il pas en train de faire l'Union Douanière avec les États-Unis? || M. Pallain cite ce fait de la Colonie Australienne de Victoria qui a tout récemment établi entre les sucres de canne et les sucres de betterave la différence de droits que voici: —

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

	Par quintal Anglais.	
	s.	d.
Antérieurement au 27 Juillet, 1887, les droits étaient—		
Sucre brut et sucre raffiné	3	0
Postérieurement au 27 Juillet, 1887—		
Sucre de canne	3	6
Sucre de betterave et autres sucres	6	0

Ainsi le droit préventif contre l'importation du sucre de betterave est en francs et centimes de 7 fr. 38 c. par 100 kilogr. || Ce serait l'arrivée d'une cargaison de sucre de betterave Austro-Hongrois qui aurait motivé le traitement de défaveur pour le sucre de betterave. || Quant aux Colonies Françaises, leur situation est bien simple. L'objet de la Convention est de supprimer les primes directes ou indirectes. Or, les sucres des Colonies Françaises n'ont d'autres primes que celles qui résultent, d'après les Lois Métropolitaines, de l'allocation d'un déchet de fabrication. || Il dépend donc de la Métropole et de la Métropole seule de retirer cette allocation, qui est la conséquence nécessaire et légitime de l'égalité de conditions qu'on a entendu établir entre le sucre indigène et le sucre colonial. || Quant au régime Douanier en vigueur dans les Colonies Françaises, il donne satisfaction aux vœux de la Conférence Internationale, et il ne pourrait être modifié que par un règlement d'administration publique, qui ne pourrait être préparé sans l'intervention du Gouvernement et du Conseil d'État. || M. le Comte de Kuefstein dit qu'il n'a pas de renseignements officiels sur le cas cité par M. Pallain. Mais il a vu dans les journaux spéciaux des plaintes sur des modifications qui auraient été introduites récemment au Canada pour l'application de la surtaxe de 7¹/₂ pour cent à l'importation indirecte que l'on vient à interpréter plus sévèrement que jusqu'ici. || M. Verkerk Pistorius demande s'il n'entre pas dans les intentions de la Grande-Bretagne de laisser à ses Colonies autonomes le droit de se retirer? || Sur une réponse affirmative, il réclame la même liberté pour les Colonies des Pays-Bas. || M. le Président croit qu'il est difficile qu'une Colonie faisant partie intégrante d'un pays, puisse se retirer. || M. Guillaume accepte cette interprétation, qui est contestée par MM. Dupuy de Lome et Pistorius. || M. Catusse tient à faire observer que l'Article XII, tel qu'il est formulé dans la rédaction de M. Verkerk Pistorius, va faire naître des difficultés inextricables d'exécution. Déjà il sera très difficile de surveiller la législation dans tous les États. Comment organiser un contrôle sérieux si l'on permet aux Colonies non-autonomes d'avoir un régime autonome en matière de sucre? || L'Article XII est adopté avec la rédaction de M. Verkerk Pistorius. || On passe à la discussion de l'Article XIII, qui est adopté dans la forme suivante:—

“Article XIII. || L'exécution des engagements réciproques contenus dans la présente Convention est subordonnée, en tant que de besoin, à l'accomplissement des formalités et règles établies par les lois constitutionnelles de chacun des Pays Contractants. || La présente Convention sera ratifiée, et les rati-

fications en seront échangées, à Londres, le 1^{er} Août, 1889, ou plus tôt si faire se peut.”

Nr. 9632-
Konferenz-
Staaten.

M. le Président invite MM. les Délégués à faire connaître par écrit l'opinion de leurs Gouvernements sur la proposition des Délégués Espagnols. || Le Gouvernement Britannique désire savoir si chaque Puissance est d'avis: (1) qu'il est nécessaire d'adopter contre une Puissance Contractante des droits compensateurs ou même une prohibition, si cette Puissance continue à donner des primes—soit qu'elle viole la Convention, soit qu'elle sorte de l'Union; (2) que cette prohibition ou ces droits compensateurs peuvent s'appliquer aux Pays Non-Contractants.

Anhang zum Sitzungsbericht der vierzehnten Sitzung.

Zuckerkonventions-Projekt.

LES Hautes Parties Contractantes, désirant assurer la suppression totale des primes ouvertes ou déguisées à l'exportation des sucres, ont résolu de conclure une Convention à cet effet, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, le Très-Honorable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cécil, Marquis de Salisbury, Comte de Salisbury, Vicomte Cranbourne, Baron Cecil, Pair du Parlement, Chevalier du Très-Noble Ordre de la Jarretière, Membre du Très-Honorable Conseil Privé de Sa Majesté, Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté au Département des Affaires Étrangères, &c., &c.; et le Baron Henry de Worms, Membre du Parlement du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, Sous-Secrétaire d'État pour les Colonies, &c., &c.; || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, || Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., et Roi Apostolique de Hongrie.

Sa Majesté le Roi des Belges, M. le Baron Solvyns, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire; M. Guillaume, Directeur-Général à son Ministère des Finances; et M. du Jardin, Inspecteur-Général à son Ministère des Finances; || Sa Majesté le Roi de Danemark, M. de Barner, son Chambellan, Inspecteur-Général des Douanes; Sa Majesté le Roi d'Espagne, et en son nom la Reine Régente du Royaume, || Le Président de la République Française, M. Waddington, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Sans-Leroy, Député; || Sa Majesté le Roi d'Italie, || Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, || Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, M. le Chevalier de Staal, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Kamensky, son Conseiller d'État Actuel; || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants:— || [Adopté.]

Article I. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit ac-

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

cordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres. || [Adopté.]

Article II. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à adopter, ou à proposer à leurs Législatures respectives, un système d'impôt sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation, comme le seul qui permette d'arriver à la suppression des primes en question, et à soumettre au même régime les fabriques de glucose et les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses. || [Renvoyé à la Commission.]

Article III. || La Belgique ne se trouvant pas dans les mêmes conditions au point de vue de l'application du système d'impôt sur les quantités de sucre produites, le régime actuellement établi dans ce royaume pourra être maintenu, sauf les modifications suivantes:— || La quotité de l'impôt sera ramenée de 45 fr. à 25 fr. à partir de la mise en vigueur de la présente Convention. La prise en charge des fabriques abonnées sera portée de 1,500 à 1,700 grammes. || [Réservé.]

Article IV. || Sont admis à la Convention les États et les Provinces d'Outre-Mer, Colonies et Possessions étrangères des Hautes Parties Contractantes qui, tout en n'adoptant pas le système dont il est fait mention à l'Article II, ne perçoivent pas d'impôts sur les sucres, ou qui n'accordent à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, ou des glucoses aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités. || [Adopté, sauf les réserves de l'Italie.]

Article V. || Dans le cas où un des États Contractants qui n'impose pas de droits sur le sucre viendrait à en établir, cet État devra établir ces droits sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation, ou bien ne donner aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités. || [Adopté, sauf réserve pour les mots "établir ces droits sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation"; et sauf les réserves d'Italie.]

Article VI. || Proposition de MM. les Délégués d'Espagne: || „Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prohiber l'importation des sucres et des glucoses provenant des pays qui accordent des primes, ou à leur imposer un surcroît de droits, ou un droit compensateur qui ne pourra être inférieur au montant des primes.“ || Proposition de MM. les Délégués des Pays-Bas: || „Dans le cas où des primes directes ou indirectes seraient accordées par des pays tiers à l'exportation des sucres bruts ou raffinés, et deviendraient compromettantes pour la production de l'une ou l'autre des Hautes Parties Contractantes, une nouvelle entente pourrait être provoquée pour aviser de concert aux mesures de défense qui pourraient être prises.“ || [A discuter.]

Article VII. || Proposition de MM. les Délégués des Pays-Bas: || „Les surtaxes sur les sucres importés directement de l'un des Pays Contractants dans un autre ne dépasseront pas fr. par 100 kilogr. Les pays où de pareilles surtaxes n'existent pas n'en établiront pas.“

Article VIII. || Proposition de MM. les Délégués Français: || „L'exécution

des engagements réciproques contenus dans la présente Convention est subordonnée en tant que de besoin à l'accomplissement des formalités et règles établies par les lois constitutionnelles de chacun des Pays Contractants." || [A discuter.]

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Article IX. || Rédaction de MM. les Délégués Britanniques: || „Les Hautes Parties Contractantes se communiqueront par la voie diplomatique les Lois qui auraient déjà été rendues, ou qui viendraient à l'être, dans leurs États respectifs, relativement à l'objet de la présente Convention. || Elles conviennent de nommer une Commission pour l'examen de ces Lois et des Règlements qui en dépendent. Cette Commission est chargée de préparer un Rapport sur les Lois et les Règlements en question. Le Gouvernement du pays où la Commission s'est réunie communique ce Rapport aux autres Gouvernements Contractants. Ce Gouvernement nomme le Président de la Commission. || Chacune des Hautes Parties Contractantes est représentée à la Commission par un Délégué, ou par un Délégué et un Délégué-Adjoint. || La première réunion de la Commission aura lieu à Londres dans les six mois qui suivront la signature de la présente Convention. || La Commission est chargée de préparer à sa première réunion un Projet de Règlement déterminant le lieu et la date de ses réunions ultérieures. || Elle est également chargée de préparer à sa première réunion un Rapport sur les Lois, ou les Projets de Lois, qui lui auront été renvoyés par les Gouvernements intéressés." || [A discuter.] || Rédaction de MM. les Délégués de la Belgique: „Les Hautes Parties Contractantes conviennent de créer une Commission Internationale des Sucres, qui sera chargée de surveiller l'exécution des dispositions de la présente Convention. || Cette Commission sera composée de Délégués des différentes Puissances et d'un Bureau Permanent. || Les Délégués auront pour mission:— || (a) D'examiner si les Lois, Arrêtés et Règlements relatifs à l'imposition des sucres sont conformes aux principes arrêtés par les Articles précédents; || (b) D'émettre un avis sur les questions litigieuses; || (c) D'instruire les demandes d'admission à l'Union, des États qui n'ont point pris part à la présente Convention; et || (d.) De contrôler, si, conformément à la présente Convention, il n'est accordé dans l'un ou l'autre des Pays Contractants aucune prime directe ou indirecte à la fabrication ou à l'exportation des sucres ou des glucoses. || Le Bureau Permanent sera chargé de rassembler, de traduire, de coordonner et de publier les renseignements de toute nature qui se rapportent à la législation et à la statistique des sucres, non seulement dans les Pays Contractants, mais également dans tous les autres pays. || Pour assurer l'exécution des dispositions qui précèdent, les Hautes Parties Contractantes communiqueront par la voie diplomatique au Gouvernement de Sa Majesté Britannique qui les fera parvenir à la Commission, les Lois, Arrêtés et Règlements sur l'imposition des sucres qui sont ou seront en vigueur dans leurs pays respectifs, ainsi que les renseignements statistiques relatifs à l'objet de la présente Convention. || Chacune des Hautes Parties Contractantes pourra être représentée à la Commission par

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

un Délégué ou par un Délégué et un Délégué-Adjoint. || La Commission aura son siège à Londres. Son Président sera nommé par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. || La première réunion de la Commission aura lieu dans les six mois qui suivront la ratification de la présente Convention; ses réunions ultérieures se feront sur convocation du Gouvernement de Sa Majesté Britannique. || Dans sa première réunion, la Commission arrêtera son règlement d'ordre intérieur et rédigera un Rapport sur les Lois ou Projets de Lois qui lui auront été soumis par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. || La Commission n'aura qu'une mission de contrôle et d'examen. Elle fera, sur toutes les questions qui lui seront soumises, un Rapport qu'elle adressera au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, lequel le communiquera aux Puissances intéressées et provoquera, au besoin — si tel est l'avis de la majorité des Contractants — la réunion d'une Conférence qui arrêtera les résolutions ou les mesures nécessitées par les circonstances. || Les frais résultant de l'organisation et du fonctionnement de la Commission — sauf le traitement ou les indemnités des Délégués qui seront payés par leurs pays respectifs — seront supportés par tous les Pays Contractants et répartis entre eux proportionnellement à l'importance de l'importation et de la fabrication des sucres. || [A discuter.] || Rédaction de MM. les Délégués des Pays-Bas. „Les Hautes Parties Contractantes se communiqueront par la voie diplomatique les Lois qui auraient déjà été rendues, ou qui viendraient à l'être, dans leurs États respectifs, relativement à l'objet de la présente Convention. || Elles conviennent de nommer une Commission pour l'examen de ces Lois et des Règlements qui en dépendent. || Chacune des Hautes Parties Contractantes peut être représentée à la Commission par un Délégué, ou par un Délégué et un Délégué-Adjoint. Le Gouvernement du pays où la Commission se réunit nomme le Président de la Commission. || La première réunion de la Commission aura lieu à Londres dans les six mois qui suivront la ratification de la présente Convention. || La Commission est chargée de préparer à sa première réunion un Projet de Règlement déterminant le lieu et la date de ses réunions ultérieures. || Elle est également chargée de préparer à sa première réunion un Rapport sur les Lois, ou les Projets de Lois, qui lui auront été renvoyés par les Gouvernements intéressés, et un projet de publication d'un Bulletin International des Lois et Règlements et de statistique concernant l'industrie et le commerce des sucres. || [A discuter.]

Article X. || Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande, à la condition que leurs Lois et leurs Règlements, sur le régime des sucres, soient d'accord avec les principes de la présente Convention et aient été soumis, préalablement, à l'approbation des Hautes Parties Contractantes dans les formes prescrites à l'Article précédent. || [Adopté.]

Article XI. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} Août, 1890. || Elle restera en vigueur pendant cinq années, à dater de ce jour, et dans le cas, où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait

notifiée, quinze mois avant l'expiration de la dite période de cinq années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas où une des Puissances Signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent, pendant trois mois, la faculté de se retirer à leur tour. || [Adopté, sauf rédaction et sauf les réserves formulées: (1) par la France en ce qui concerne la date d'application et la durée de la Convention; (2) par l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie en ce qui concerne la durée seulement; (3) par la Russie en ce qui concerne la prime sur les frontières d'Asie.] || Rédaction de MM. les Délégués Belges: || „La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} Août, 1890. || Elle restera en vigueur pendant cinq années, à dater de ce jour, et dans le cas, où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifiée, douze mois avant l'expiration de la dite période de cinq années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas, où une des Puissances Signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent jusqu'au 31 Octobre de l'année de la dénonciation la faculté de se retirer à leur tour à partir du 1^{er} Août de l'année suivante. || Si plus d'une Puissance voulait se retirer, une Conférence des Puissances Concordataires se réunirait à Londres dans les trois mois pour aviser sur les mesures à prendre. || [A discuter.]

Article XII. || Les dispositions de la présente Convention sont applicables aux Provinces d'Outre-Mer, Colonies et Possessions Étrangères des Hautes Parties Contractantes. || Chacun de ces territoires admis à la présente Convention conserve la faculté de se retirer de la même manière que les Puissances Contractantes et dans les conditions indiquées à l'Article XI. || Dans le cas, où l'un de ces territoires désirerait se retirer de la Convention, une notification à cet effet sera faite aux Puissances Contractantes par le Gouvernement de la Métropole de la Province, Colonie, ou Possession en question. || [A discuter.]

Article XIII. || La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées, à Londres, le 1^{er} Août, 1889, ou plus tôt si faire se peut. || [A discuter.]

Fünfzehnte Sitzung, 1. Mai 1888.

M. le Président propose d'arrêter la rédaction définitive de l'Article IX. || M. Pistorius fait remarquer que toutes les idées exprimées dans la rédaction Britannique et dans celle des Pays-Bas se trouvent contenues dans la rédaction Belge, ce qui la rend éminemment propre à servir de base. || Il est entendu que la rédaction Belge servira de texte à la discussion. || Le premier alinéa est adopté. Il est ainsi conçu:— || “Les Hautes Parties Contractantes conviennent de créer une Commission Internationale des Sucres, qui sera

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

chargée de surveiller l'exécution des dispositions de la présente Convention." ¶
M. le Président donne lecture du deuxième alinéa:— ¶ "Cette Commission sera composée de Délégués des différentes Puissances et d'un Bureau Permanent." ¶ M. Kennedy demande s'il est réellement nécessaire de créer un Bureau Permanent à ce moment. Les Gouvernements sont sur le point de constituer à Bruxelles un Bureau International de Statistique. Ne serait-il pas possible de confier à ce Bureau les fonctions que l'on entend donner au Bureau Permanent des Sucres? Il faut éviter la multiplication de pareils organes internationaux. Dans ces circonstances, Mr. Kennedy propose de ne pas trancher dès à présent la question de l'établissement d'un Bureau spécial pour le sucre; il la renverrait à la considération de la Commission Internationale; celle-ci la résoudrait dans le sens des instructions qui seraient données par les divers Gouvernements à leur Délégués. ¶ M. Guillaume fait observer que le Bureau International de Statistique a reçu un mandat qui n'est pas susceptible d'extension. ¶ La question a du reste été soulevée dans la discussion de la Conférence Internationale des Tarifs à Bruxelles, et résolue dans un sens négatif. M. Guillaume cite le passage suivant du procès-verbal de la séance du 16 Mars, 1888, de cette Conférence:— ¶ "M. le Délégué de la Russie fait observer que le Gouvernement Russe publie périodiquement un compte-rendu des importations et des exportations de l'Empire. Il demande, d'après les instructions de son Gouvernement, si ces documents, et les documents similaires publiés par d'autres Gouvernements étrangers, ne pourraient pas trouver place dans les publications du Bureau International. ¶ Les renseignements statistiques complètent utilement les renseignements Douaniers. M. de Kamensky fait remarquer à titre d'exemple que la Russie cherche à augmenter son exportation d'alcool, et qu'il serait intéressant pour les exportateurs de connaître quels sont les marchés qui leur sont ouverts. ¶ M. le Baron Lambert reconnaît l'incontestable utilité que présenterait la publication des statistiques commerciales auxquelles fait allusion M. de Kamensky; mais il se demande si l'adoption de la mesure préconisée par M. le Délégué de Russie n'entraînerait pas le Bureau International des Tarifs dans des frais trop considérables. Il faudrait prévoir, en effet, les cas où tous les Gouvernements adhérents réclameraient l'insertion de leur propre statistique dans le Bulletin International." ¶ La Conférence a pu d'ailleurs constater combien sont grandes les difficultés techniques que soulève la question des sucres. Le Bureau International des Tarifs pourrait ne pas avoir à cet égard la compétence nécessaire. ¶ Devant les objections de la Belgique — ¶ Mr. Kennedy retire sa proposition. ¶ M. Jordan n'a pas d'objections à faire sur le deuxième alinéa. ¶ M. le Comte de Kufstein ne prévoit pas non plus d'objections; mais, n'ayant pas d'instructions sur les détails de l'Article, qui ne sont pas encore connus des Gouvernements Autrichien et Hongrois, il ne peut donner que son opinion personnelle. ¶ M. Guillaume fait remarquer que le Bureau Permanent étant un rouage distinct de la Commission des Délégués, il y aurait lieu de modifier

la rédaction de l'alinéa. || M. Verkerk Pistorius se rallie à cette manière de voir. L'institution d'un Bureau Permanent chargé de la publication d'un bulletin de législation et de statistique lui paraît très utile au point de vue du contrôle de l'exécution et des effets de la Convention. Quant à la Commission Internationale, M. Pistorius se trouve, pour le moment, sans instructions, et il doit réserver la décision de son Gouvernement. || La rédaction du deuxième alinéa est modifiée comme suit:— || "Cette Commission sera composée de Délégués des différentes Puissances et il lui sera adjoint un Bureau Permanent." || La discussion est ouverte sur le troisième alinéa, ainsi conçu:— || "Les Délégués auront pour mission— || (a.) D'examiner si les Lois, Arrêtés et Règlements relatifs à l'imposition des sucres sont conformes aux principes arrêtés par les Articles précédents; || (b.) D'émettre un avis sur les questions litigieuses; || (c.) D'instruire les demandes d'admission à l'Union, des États qui n'ont point pris part à la présente Convention; et || (d.) De contrôler, si, conformément à la présente Convention, il n'est accordé dans l'un ou l'autre des Pays Contractants aucune prime directe ou indirecte à la fabrication ou à l'exportation des sucres ou des glucoses." || M. de Smet rappelle que la plupart des dispositions de la rédaction proposée ont été empruntées à la Convention Postale de Berne. || Une discussion s'engage sur le mot "contrôler" dans la phrase "contrôler s'il n'est accordé aucune prime", &c. || M. Verkerk Pistorius exprime la crainte que l'on n'entende cette expression dans ce sens que la Commission pourrait contrôler sur place, dans les fabriques, l'exécution des Lois et Règlements. || M. le Comte de Kuefstein partage ces appréhensions. || Cette interprétation est écartée; il est entendu que la Commission n'aura pas le droit d'intervenir dans les usines. Le mot "examiner" est substitué au mot "contrôler". || M. Batanero dit que, si la clause pénale est adoptée, il conviendrait d'ajouter aux attributions de la Commission déjà énumérées dans l'alinéa 3 celle d'examiner si les Pays Non-Contractants donnent des primes. Il demande que la rédaction soit modifiée de manière à prévoir le cas où la clause pénale serait adoptée. || M. Dupuy de Lome explique que, même en l'absence de clause pénale, il y aurait intérêt à ce que la Commission se préoccupât de savoir si les Pays Non-Contractants accordent des primes. Rien n'est plus intéressant au commerce que d'être bien informé, et la Commission et le Bureau sont destinés à devenir d'excellents moyens d'information. || M. Verkerk Pistorius appuie cette remarque en citant le Brésil, qui donne de véritables primes à ses fabricants sous forme d'avances remboursables sans intérêt ou avec faible intérêt. || M. Guillaume fait remarquer que les Pays Non-Contractants sont déjà mentionnés dans l'alinéa qui suit le littéra (d). || Aux mots "prime directe ou indirecte" M. Pallain propose de substituer "prime ouverte ou déguisée". || Le troisième alinéa est adopté sous la forme suivante:— || "Les Délégués auront pour mission:— || (a.) D'examiner si les Lois, Arrêtés et Règlements relatifs à l'imposition des sucres sont conformes aux principes arrêtés par les Articles précédents, et, si, dans la pra-

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

tique, il n'est accordé aucune prime ouverte ou déguisée à l'exportation des sucres ou des glucoses; || (b.) D'émettre un avis sur les questions litigieuses; || (c.) D'instruire les demandes d'admission à l'Union des États qui n'ont point pris part à la présente Convention." || Les alinéas 4, 5 et 6 sont adoptés, comme suit:— || "Le Bureau Permanent sera chargé de rassembler, de traduire, de coordonner et de publier les renseignements de toute nature qui se rapportent à la législation et à la statistique des sucres, non seulement dans les Pays Contractants, mais également dans tous les autres pays. || Pour assurer l'exécution des dispositions qui précèdent, les Hautes Parties Contractantes communiqueront par la voie diplomatique au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, qui les fera parvenir à la Commission, les Lois, Arrêtés et Règlements sur l'imposition des sucres qui sont ou seront en vigueur dans leurs pays respectifs, ainsi que les renseignements statistiques relatifs à l'objet de la présente Convention. || Chacune des Hautes Parties Contractantes pourra être représentée à la Commission par un Délégué ou par un Délégué et un Délégué-Adjoint." || Une discussion s'engage sur l'alinéa 7, qui place à Londres le siège de la Commission:— || "La Commission aura son siège à Londres. Son Président sera nommé par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique." || MM. Jordan et le Comte de Kuefstein acceptent cet Article. || M. Dupuy de Lome pense qu'il vaudrait mieux dire que la première réunion se tiendra à Londres et que la Commission réglera elle-même le lieu de ses réunions ultérieures. || M. Batanero partage l'opinion de son collègue; cependant, il se ralliera à la décision de la majorité. || M. du Jardin estime que la Commission doit siéger au même lieu que le Bureau, et que le Bureau lui-même, qui aura des archives, doit être à poste fixe. || M. Sans-Leroy croit qu'un point quelconque de l'Europe Centrale serait plus convenable pour y mettre le siège de la Commission, et que cette Commission aurait ainsi plus de facilité pour exercer son mandat. || La Commission n'aura pas le droit de se transporter dans les fabriques; mais, s'il n'y a pas de police officielle, on peut être sûr que les industriels des divers pays sauront organiser une police volontaire et se surveilleront les uns les autres. C'est dans les indications qui lui seront fournies par les Chambres Syndicales que la Commission trouvera ses meilleurs éléments d'information. Il ne semble pas naturel que la Commission se réunisse dans un pays qui n'est pas producteur. || L'Angleterre a été le trait-d'union naturel et nécessaire pour amener une entente entre les différents États intéressés; mais ce rôle, qu'elle seule pouvait jouer, prend fin du jour où la Convention est signée. || M. le Président dit que le Gouvernement Britannique est tout disposé à laisser aux Puissances la faculté de choisir le lieu de réunion. || M. le Comte de Kuefstein désirerait voir maintenir le siège de la Commission à Londres. Mais, dans le cas où il serait reconnu qu'elle pourrait mieux fonctionner dans un pays producteur de sucre de betterave, il verrait, dans les raisons qui sont données à l'appui de cette idée, un argument contre la stabilité; car, dans ce cas, elle trouverait avan-

tagé à siéger à tour de rôle dans les différentes capitales, ainsi que cela se fait par plusieurs autres réunions internationales. || M. Verkerk Pistorius croit qu'on pourrait concilier les deux idées d'une Commission qui se déplacerait et d'un Bureau à poste fixe. Les documents réunis par le Bureau étant publiés, il n'y aurait pas de déplacement d'archives. || M. Guillaume pense qu'il vaudrait mieux fixer à Londres le siège de la Commission ainsi que le porte la proposition. Comme le dit M. Sans-Leroy, il serait difficile de faire voyager le Bureau avec ses archives; cela présenterait de grands inconvénients dans la pratique. Quant à la Commission, les décisions qu'elle prendra emprunteront une véritable autorité à sa présence dans la capitale d'une Grande Puissance qui n'a pas d'intérêt direct dans les détails de la législation sucrière, et dont l'influence s'est manifestée, une fois de plus, en parvenant à réunir la présente Conférence. Quelle que soit d'ailleurs la confiance que doit inspirer l'impartialité des Gouvernements représentés et des membres de la Commission, on peut craindre que des intérêts locaux viennent peser sur les résolutions à prendre. Il est donc indispensable que la Commission soit mise à l'abri de semblables suppositions. || En ce qui concerne les difficultés pouvant résulter de la situation insulaire de la Grande-Bretagne, il ne semble pas qu'on doive s'y arrêter; car les renseignements arriveront aussi bien à Londres que partout ailleurs. || M. Jordan se rallie à cette manière de voir. Si la Commission n'était pas à poste fixe, ses déplacements pourraient être considérés comme une marque de suspicion à l'égard des pays dans lesquels elle se transporterait. || M. Jordan ajoute, toutefois, qu'il n'a pas d'instructions sur ce sujet et ne peut donner qu'une opinion personnelle. || M. Catalani adopte la même manière de voir. || M. Kamensky insiste sur cette idée que la Commission et le Bureau International doivent avoir leur siège à Londres pour les raisons suivantes:— || 1. La Grande-Bretagne n'étant pas un pays producteur de sucre de betterave, est, sous ce rapport, un pays neutre, et on pourrait compter sur son impartialité dans le traitement des questions litigieuses.

2. Elle possède, dans son Foreign Office, l'organisation la plus complète pour recueillir tous les renseignements nécessaires pour la Commission ou le Bureau. || 3. L'appui diplomatique qu'elle pourrait prêter à ces institutions aurait une grande importance aux yeux de toutes les Puissances, qui, peut-être, ne prèteraient pas autant d'attention aux désirs et aux réclamations que ces institutions leur feraient directement elles-mêmes et de leur propre initiative. || 4. La Grande-Bretagne étant à l'abri de toutes les complications politiques pour les questions commerciales et industrielles, elle restera neutre, et, enfin— || 5. Avec son appui et son aide, tous les devoirs de la Commission et du Bureau, qui seront assez considérables, seront remplis plus consciencieusement et avec plus d'impartialité qu'ailleurs. || M. le Président propose, comme moyen de conciliation, d'en revenir à la rédaction des Délégués Britanniques qui a été appuyée par M. Dupuy de Lome, et qui fixe à Londres la première réunion de la Conférence en lui laissant le soin de régler

Nr. 9682.
Konferenz-
Staaten.

le lieu de ses réunions ultérieures. || M. le Président en donne lecture comme suit:— || “La première réunion de la Commission aura lieu à Londres dans les six mois qui suivront la signature de la présente Convention.” || M. Sans-Leroy s’incline devant l’opinion de la majorité, en ajoutant toutefois que l’absence d’instructions sur ce point l’oblige à faire toutes réserves. || Une discussion s’engage sur le point de savoir si la première réunion de la Commission doit avoir lieu après la signature, ou après la ratification de la Convention.

M. Dupuy de Lome dit, que c’est la ratification seule qui consacrerait l’existence de la Commission. || M. Jordan dit que, si la ratification est prise comme point de départ, le délai de six mois pourrait être réduit. || Mr. Kennedy donne des explications sur la proposition telle que l’ont formulée les Délégués Britanniques. Ils ont en effet proposé que la première réunion de la Commission ait lieu avant que la Convention ne soit ratifiée. Voici le motif de cette proposition. Les Projets de Loi destinés à mettre la Convention en vigueur devront être examinés avant l’échange des ratifications. C’est à la réunion préalable de la Commission que cet examen peut se faire le plus facilement. || M. Pallain demande à Mr. Kennedy si son interprétation est celle-ci: que les auteurs de la proposition entendraient renvoyer l’examen des projets dont la Conférence est saisie, ou doit être saisie, en vertu du Protocole du 19 Décembre, 1887, à la Commission dont il est question à l’Article en discussion? || Si telle était l’interprétation des Délégués Britanniques, il aurait le devoir de faire des réserves immédiates; ce serait dessaisir la Conférence de l’objet principal de sa mission, qui est de déterminer les conditions d’application de la Convention, en ramenant les législations des États intéressés au point voulu pour assurer la suppression des primes ouvertes ou déguisées. || C’est à la Conférence réunie en ce moment autour de la table du Foreign Office, et à elle seule, qu’appartient, en l’état, la mission de procéder à ce travail délicat. C’est pour remplir cette mission que les Gouvernements représentés ont désigné des représentants spéciaux. Il ajoute que c’est uniquement à son titre de Directeur-Général des Douanes qu’il doit l’honneur de prendre part aux travaux de la Conférence Internationale des Sucres. Quel serait l’objet de sa mission s’il était dessaisi de la faculté de coopérer à l’examen des législations à intervenir pour assurer l’exacte application de la Convention? Que disait M. le Président dans la séance de clôture des travaux de la première session? “Si nous nous séparons, ce n’est que pour préparer les Lois qui donneront un corps au Projet de Convention que nous devons rédiger.” || Tant que les Projets de Loi des Pays Contractants n’ont pas été adoptés par la Conférence réunie en ce moment, il n’y a pas de Convention dans les termes du Protocole du 19 Décembre. La Commission dont il s’agit ne peut tirer son existence que de la Convention elle-même, et la Convention n’existe, aux yeux des Délégués Français, que par l’adoption des législations destinées à établir une égalité complète entre les

industries rivales des Pays Contractants. || M. Sans-Leroy confirme la déclaration de son collègue. || M. Catusse croit qu'il est nécessaire d'éviter tout malentendu. Il demande donc si, dans la pensée des Délégués, la mission de la Conférence sera terminée dès qu'elle aura adopté le texte de la Convention, et sans être entrée dans l'examen détaillé des législations? En d'autres termes, la Conférence se dessaisit-elle par cet Article de l'examen des Projets de Loi rédigés par chaque Gouvernement, et confie-t-elle à la Commission, qu'il s'agit d'établir, le soin exclusif d'apprécier si ces Lois sont conformes ou non aux principes adoptés par la Conférence. || M. le Président répond que la Convention devant être signée avant l'entrée en fonction de la Commission, il ne saurait être question de prolonger au delà de cette signature les pouvoirs de la présente Conférence. || M. Catusse croit, au contraire, que les Lois et Règlements devraient faire, comme documents annexes, partie intégrante de la Convention, et que c'est à la Conférence elle-même que la Commission devrait soumettre son Rapport. || Les Délégués Français déclarent qu'ils font sur ce transfert des attributions de la Conférence les plus expresses réserves. Dans la pensée du Gouvernement Français, la Convention ne peut être soumise à la signature des Hautes Parties Contractantes qu'après examen et adoption par elles, et, par conséquent, par la Conférence de Londres, des projets déposés ou à déposer en conformité des engagements réciproques pris par les États représentés. || M. le Comte de Kuefstein rappelle ses réserves générales. || Sous le bénéfice de ces réserves cet alinéa et le suivant sont adoptés dans la forme ci-après:— || "La première réunion de la Commission aura lieu à Londres, dans le mois qui suivra la ratification de la présente Convention. || La Commission est chargée de préparer à sa première réunion un projet de Règlement déterminant le lieu et la date de ses réunions ultérieures, ainsi que le siège du Bureau Permanent." || M. le Président lit l'alinéa suivant:— || "Dans sa première réunion, la Commission arrêtera son règlement d'ordre intérieur et rédigera un Rapport sur les Lois ou Projets de Loi qui lui auront été soumis par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique." || M. Catusse demande à qui le Rapport de la Commission sera adressé? || M. le Président répond qu'il sera adressé à tous les Gouvernements Contractants. || L'alinéa est adopté sous les réserves déjà formulées pour l'alinéa précédent. || M. le Président lit l'alinéa suivant:— || "La Commission n'aura qu'une mission de contrôle et d'examen. Elle fera, sur toutes les questions qui lui seront soumises, un Rapport qu'elle adressera au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, lequel le communiquera aux Puissances intéressées et provoquera, au besoin—si tel est l'avis de la majorité des Contractants—la réunion d'une Conférence qui arrêtera les résolutions ou les mesures nécessitées par les circonstances." || Une discussion s'engage sur la portée du mot "examen" dans la première phrase. On craint qu'on y voie le droit d'aller inspecter les usines. || M. Guillaume fait remarquer que, dans la pensée de l'auteur de la proposition, la disposition dont il s'agit n'a d'autre but que d'exclure des

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

attribution de la Commission le jugement des infractions commises. Il ne lui semble pas, d'ailleurs, que la mission "d'examen" dont il est parlé ici puisse justifier les craintes manifestées, puisque d'après un alinéa précédent, la Commission est chargée "d'examiner" si l'application des Lois et Arrêtés ne donne naissance à aucune prime dans la pratique, et qu'il a été convenu que cela ne pouvait s'entendre de l'inspection des usines. || M. Sans-Leroy présente une objection sur les mots "si tel est l'avis . . ." Il ne croit pas que, lorsque des Puissances se réunissent pour traiter des questions de haute importance, elles puissent se soumettre à la loi des majorités. Il croit que, dans l'éventualité prévue, il faut laisser à chacune d'elles la faculté de provoquer la réunion de la Conférence. Bien certainement personne ne songera à demander cette réunion sans motif, et, pas plus dans la Commission que dans la Conférence elle-même, il ne faut que la coalition de quatre ou cinq Puissances puisse étouffer la voix de deux ou trois autres et sacrifier leurs intérêts. || Une modification dans ce sens est apportée à l'alinéa. || M. Pallain fait observer qu'aucune disposition ne prévoit un arbitrage en cas de différend. Comment compte-t-on arriver à une décision finale? La Convention de Berne prévoit le cas d'un dissentiment possible entre deux ou plusieurs membres de l'Union Postale, et elle donne à régler la question en litige à un jugement arbitral. || M. Jordan explique quel sera, dans sa pensée, le procédé à suivre. La Commission est chargée d'examiner les cas d'infractions qui lui sont signalés; elle prépare son Rapport et elle l'adresse au Gouvernement Britannique; celui-ci le communique aux autres Puissances. Il suffit qu'une seule des Puissances Contractantes demande la convocation de la Conférence. Si aucune d'elles ne demande cette convocation, il faut en conclure que l'infraction signalée n'est que d'une importance tout à fait minime. || Mais, en tout cas, c'est la Conférence qui statue en dernier lieu et non la Commission. || M. Pallain dit que M. Jordan ne semble pas entrevoir clairement le cas où la Commission elle-même penserait que le fait signalé ne constitue pas une infraction à la Convention, alors que l'État indicateur aurait la conviction que le fait signalé constitue une prime ouverte ou déguisée. Il ne faut pas se dissimuler que cette définition peut donner lieu à des difficultés d'interprétation, l'expression "déguisée" pouvant aller jusqu'à interdire tout avantage que ferait un État, sous une forme quelconque, à l'industrie sucrière. Quant on prévoit les difficultés, il vaut mieux assurer le moyen de les résoudre. || M. Pallain regrette que les Délégués Belges, rédacteurs de l'Article en discussion, ne l'aient pas complété dans le sens de l'Article XVII de la Convention de Berne. || M. Jordan pense que la rédaction proposée donne entière satisfaction dans le cas prévu par M. Pallain. Il est signalé à la Commission un fait qui est censé constituer une infraction. La Puissance dont le Délégué aura appelé l'attention de la Commission sur le fait en question, aura le droit de demander la Convocation, bien que toute la Commission ait été d'avis qu'aucune infraction n'avait été commise. Il est toujours possible que la Conférence

rende le même jugement que la Commission et que la Puissance qui a signalé une supposée infraction à la Convention se trouve pour une deuxième fois dans la minorité. Bien qu'une majorité ne lie pas la minorité, même à la Conférence, cette dernière parlera avec une autorité telle qu'il n'est pas nécessaire d'entrevoir le cas, où sa décision ne serait pas reçue comme finale. Il n'y a pas besoin d'arbitrage. || M. le Président lit le dernier alinéa de l'Article IX:— || "Les frais résultant de l'organisation et du fonctionnement de la Commission — sauf le traitement ou les indemnités des Délégués qui seront payés par leurs pays respectifs — seront supportés par tous les Pays Contractants et répartis entre eux proportionnellement à l'importance de l'importation et de la fabrication des sucres." || M. le Président fait observer qu'une disposition de ce genre se trouve dans toutes les Conventions qui établissent un Bureau Permanent. || Sur la proposition de M. Verkerk Pistorius, les mots "proportionnellement à l'importance de l'importation et de la fabrication des sucres" sont retranchés. Il y est substitué le membre de phrase "d'après un mode à établir par la Commission." || Une conversation générale s'engage sur la question des frais de la Commission et du Bureau Permanent. Il est décidé que les frais du Bureau seul seront répartis entre les Puissances Contractantes. || M. Guillaume fait remarquer que la Conférence n'a pas encore statué sur le mode de nomination du personnel du Bureau Permanent. || Sur la proposition de M. Verkerk Pistorius, il est décidé que la Commission nommera le personnel du Bureau. || M. Verkerk Pistorius rappelle que, dans une note du 3 Mars dernier, M. le Ministre des Affaires Étrangères à La Haye avait demandé au Gouvernement de la Reine un aperçu de la législation sur le sucre en vigueur dans les Colonies et Possessions Britanniques, y compris celles qui ne dépendent pas de la Couronne. Il répète la demande ainsi faite par son Gouvernement. || Les Délégués Français désirent aussi qu'un document de ce genre soit présenté à la Conférence. || M. le Président prend acte de la demande. L'aperçu en question sera préparé. || M. le Président annonce que la Commission, nommée par la Conférence à sa dixième séance, a terminé ses travaux. Elle soumettra son Rapport à la Conférence à la prochaine séance de celle-ci. || Sont mis à l'ordre du jour pour la seizième séance, fixée au Mercredi, 3 Mai, à 11 heures et demie, le Rapport de la Commission sur l'Article II, l'Article III concernant les équivalents offerts par la Belgique, et la considération de la rédaction définitive de l'Article XI.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Sechzehnte Sitzung, 3. Mai 1888.

M. Sans-Leroy demande la parole pour faire une déclaration, dont l'objet se rattache à un incident consigné dans les procès-verbaux de la première session de la Conférence. M. Sans-Leroy avait eu occasion de faire allusion à un entretien qu'il avait eu avec le Ministre des Finances de Russie sur l'organisation d'un Syndicat des fabricants en vue de l'exportation. Il s'agissait

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

là d'une conversation toute particulière, dont les termes ne doivent pas être interprétés dans le sens d'une déclaration du Gouvernement Russe. Le Gouvernement Russe déclare qu'il n'a pas eu d'action directe sur la formation de ce Syndicat qui s'était formé sans son approbation ou autorisation quelconque, et M. Sans-Leroy ne connaît rien qui puisse infirmer cette déclaration. || M. Kamensky se déclare satisfait. || M. Guillaume appelle l'attention sur les conditions dans lesquelles l'Article XI a été provisoirement adopté. Dans la pensée de M. Guillaume, il y a eu un malentendu dans la rédaction du procès-verbal. M. Catusse avait présenté une observation qui avait paru parfaitement justifiée, mais dont il n'a pas été tenu compte dans le texte inséré au procès-verbal, qui porte que l'Article a été adopté alors qu'il ne l'a été que sous réserve. Pour faire disparaître ce malentendu, les Délégués Belges, d'accord avec les Délégués des Pays-Bas, ont préparé une nouvelle rédaction qu'ils proposent de substituer à la première. || Une conversation s'engage à ce sujet. || Il est convenu que la rédaction définitive de l'Article XI fera l'objet d'une discussion ultérieure, lorsque M. Catusse assistera à la séance. || M. le Président annonce que la Grande-Bretagne a reçu, de l'Ambassadeur d'Espagne, une note annonçant que les Plénipotentiaires de l'Espagne, pour la signature de la Convention, seront l'Ambassadeur, M. del Mazo, M. Dupuy de Lome et M. Batanero. || M. Catalani déclare, à son tour, qu'il a reçu les pleins pouvoirs dont son Gouvernement, par une dépêche déjà communiquée à la Conférence, lui avait annoncé l'envoi. || M. le Président dépose sur la table de la Conférence le Rapport de la Commission à laquelle avaient été renvoyés, comme programme de ses travaux, l'Article II et les projets d'application présentés par les Gouvernements. (Voir annexe A au présent procès-verbal.) La Conférence remarquera, dit M. le Président, que la Commission n'a pu arriver à une décision sur la question du régime applicable aux raffineries. M. le Président ne croit pas qu'il soit possible d'arriver à un résultat positif, en reprenant, devant la Conférence, l'étude des questions techniques qui ont été si laborieusement discutées au sein de la Commission. Il rappelle que les Délégués de plusieurs Puissances ont exprimé le désir de soumettre à leur Gouvernement l'ensemble des résolutions votées par la Conférence. Or, on se trouve précisément là en présence d'une question sur laquelle les Délégués n'ont pu se mettre d'accord. Le mieux serait donc, après avoir adopté l'Article relatif aux fabriques de sucre, de prendre ad referendum les propositions qui ont été formulées, notamment par les Délégués Français, au sujet des raffineries, pour les soumettre à la considération des Gouvernements entre la signature du Protocole et celle de la Convention. || M. Sans-Leroy tient à ce qu'il soit bien constaté que la proposition d'en référer aux Gouvernements n'émane pas de l'initiative des Délégués Français. Ceux-ci ne demandent pas ce que les autres Délégués n'ont pas demandé. Si M. le Président croit que l'intérêt général est d'en référer aux Gouvernements, M. Sans-Leroy ne fait pas d'objection; mais il constate que ce n'est pas lui qui fait cette proposition.

Les Délégués Français sont convaincus d'une manière générale que les mesures d'application proposées par le Gouvernement Français sont les plus propres à répondre au but que poursuit la Conférence, et qu'ils auraient plus d'objections à soulever contre les propositions des autres pays, que ceux-ci n'en pourront jamais formuler contre les leurs. En ne soulevant pas ces difficultés, ils donnent une nouvelle preuve des sentiments de conciliation dont ils sont animés. || M. le Président annonce qu'il a reçu de M. le Premier Délégué des Pays-Bas une proposition sur la question des raffineries. (Voir Annexe B au présent procès-verbal.) || M. Verkerk Pistorius dit que ce document est une nouvelle rédaction de la partie de l'Article II relative aux raffineries. Il ne demande pas qu'elle soit discutée par la Conférence, mais seulement qu'elle soit soumise ad referendum aux divers Gouvernements. || M. le Président propose à la Conférence l'adoption du Rapport de la Commission. || M. Pallain fait observer que Rapport et Article viennent seulement d'être distribués à l'ouverture de la séance, il y a quelques minutes; que la généralité des Délégués n'a pas encore pris connaissance de ce document capital; que les Gouvernements intéressés qui ont adhéré à l'ancien Article II n'ont encore aucun avis des modifications qui lui sont apportées; qu'il lui semble impossible de procéder avec cette précipitation à la discussion d'un Article nouveau dans lequel réside toute la Convention. || On a bien voulu offrir un délai de huit jours aux Délégués pour consulter leurs Gouvernements sur la proposition des Délégués Espagnols. La courtoisie bien connue du Président ne se refusera pas à leur donner quelques heures pour prendre connaissance du Rapport rédigé par Mr. Walpole, conformément aux conclusions de la Commission, et du nouveau texte de l'Article II. || M. Catalani se rallie à ce que vient de dire M. Pallain; il n'a même pas eu le temps de lire le Rapport. || M. Guillaume croit que la procédure proposée par M. le Président est régulière, la Conférence n'ayant pas à discuter en détail les questions déjà débattues en Commission et résumées dans le Rapport, mais simplement à adopter ou à rejeter les conclusions de ce Rapport. || M. le Comte de Kuefstein pense qu'il ne peut pas s'agir d'adopter ou non le Rapport de la Commission. On peut le discuter, mais un vote ne pourrait porter que sur les propositions contenues dans le Rapport. || M. Kamensky cite ce qui s'est passé pendant la dernière session; Le nombre des Délégués restés en dehors de la Commission était beaucoup plus considérable qu'aujourd'hui; cependant, les conclusions de la Commission ont été adoptées séance tenante. || M. Pallain réplique que la situation est maintenant bien différente; il s'agissait à la première session de principes sur lesquels il était facile de se mettre d'accord, tandis que les questions actuellement en discussion sont bien plus complexes et bien plus délicates. || M. Verkerk Pistorius croit qu'il y a un malentendu. Ce que M. le Président veut dire, c'est, sans doute, qu'il présente le Rapport à la Conférence. La Conférence dira si elle veut le discuter à une prochaine réunion, en prenant la partie qui se rapporte aux raffineries ad referendum avec la proposition

Nr. 9032.
Konferenz-
Staaten.

de M. le Délégué des Pays-Bas. || M. Jordan fait observer, en premier lieu, que l'Article II, tel qu'il a été formulé par la Commission, est incomplet; il ne vise que les fabriques de sucre. Il ne sait pas si le Gouvernement Allemand donnerait son adhésion à un Article établissant un régime pour les fabriques seulement; M. Jordan pense que son Gouvernement voudrait examiner en même temps les propositions relatives aux raffineries. || En deuxième lieu, M. Jordan rappelle que la Commission a cru devoir écarter certains détails qui figurent au troisième alinéa de la proposition Allemande qui est annexée au Rapport. M. Jordan n'est pas en mesure de dire si son Gouvernement tient, ou ne tient pas à ce que ces détails soient inscrits à la Convention. || Il est alors entendu que le Rapport est simplement déposé. Il est convenu que la Conférence siégera Samedi prochain pour discuter l'Article II dans la forme qui lui a été donnée par la Commission. || M. le Président propose de discuter l'Article III, relatif à la Belgique. || M. Guillaume fait observer que l'Article III constitue une exception à l'Article II. Il lui paraît peu rationnel de discuter l'exception avant d'avoir posé la règle. || M. le Président fait remarquer que si l'on adopte cette manière de voir, la discussion de l'Article III sera indéfiniment ajournée, puisqu'il a été entendu que la deuxième partie de l'Article II resterait en suspens. La Conférence veut-elle que l'Article III soit référé aux Gouvernements au même titre que la deuxième partie de l'Article II? || M. Guillaume pense qu'il n'y a pas de raison pour ne pas adopter la même procédure. || M. le Président dit que la procédure consisterait, en ce cas, à inviter tous les Délégués à exprimer successivement leur manière de voir sur l'Article III; puis, s'il y avait divergence d'opinion, à prendre l'Article ad referendum. || M. Verkerk Pistorius dit que les dispositions de l'Article III constituent, en effet, une exception à une règle qui n'a pas encore été définitivement arrêtée. Mais il ne croit pas qu'il y ait là un motif suffisant pour ajourner la discussion. La proposition Belge peut être considérée isolément. || M. Guillaume se soumet à la décision de la Conférence. Il est prêt à défendre la proposition Belge; mais il croit qu'il serait plus correct de n'aborder cette discussion qu'après avoir discuté l'Article II en séance plénière, et à suivre ensuite, pour l'Article III, la procédure qui aura été employée pour l'Article II. || M. Verkerk Pistorius rappelle que la proposition Belge a déjà été soumise à l'appréciation des Gouvernements. Il ne comprendrait pas que cette proposition fût prise de nouveau ad referendum. Les Gouvernements ont à ce sujet une opinion tout à fait arrêtée, sauf, bien entendu, les arguments nouveaux qui pourraient être produits. || M. Sans-Leroy rappelle qu'on ne doit pas oublier qu'à la fin du Rapport de la Commission il est dit que les législations intérieures n'ont pas pu faire l'objet d'une discussion, parce que les bases générales n'étaient pas encore arrêtées. Il ne voit pas pourquoi la législation intérieure de la Belgique serait mise en discussion alors que celles des autres pays ne l'ont pas été. Il pense que les questions qui seront soumises à l'appréciation des Gouvernements devraient

être tranchées avant de placer la Belgique dans une situation d'infériorité, à laquelle la Conférence ne peut pas, et ne veut certainement pas la condamner.

|| M. Sans-Leroy repousse, d'une manière générale, l'idée de porter la discussion sur la législation intérieure de la Belgique, alors que tous les projets d'application, réclamés par le Protocole du 19 Décembre, 1887, n'ont pas été fournis. Il rappelle que dans la Commission il s'est déjà opposé à cette discussion. || M. le Comte de Kuefstein est tout prêt à accepter un ajournement, si cet ajournement est présenté comme une marque de déférence envers les Délégués Belges. Il ne saurait, cependant, s'associer aux motifs donnés à l'appui. La question des équivalents Belges n'a pas été soulevée dans le sein de la Commission. La discussion de l'Article spécial qui leur est consacré a été réservée à la Conférence. On avait, d'ailleurs, déjà abordé l'examen des Projets de Loi et on s'est occupé pendant une séance entière de celui de l'Autriche-Hongrie. Les équivalents Belges pourraient être discutés d'autant plus facilement qu'il ne s'agit pas ici d'un nouveau projet, comme pour les autres pays, mais seulement de modifications du tarif et du taux de la prise en charge. Cependant, du moment que l'ajournement est demandé, il s'y rallie avec plaisir. || M. Jordan parle dans le même sens que M. le Comte de Kuefstein sur ce qui concerne l'ajournement; mais en réponse à M. Sans-Leroy, il croit devoir rappeler que la proposition Allemande a servie de texte aux délibérations de la Commission. || M. Sans-Leroy répond que la proposition à laquelle il est fait allusion, a été présentée comme un développement de l'Article II, et ne constituait d'aucune façon un projet d'application répondant aux vœux du Protocole du 19 Décembre. Il n'y a pas d'assimilation possible entre ce développement, qui ne vise qu'un point spécial, qui a le caractère d'une œuvre personnelle, et un ensemble de dispositions législatives spécialement préparé pour faire entrer dans la pratique les principes adoptés par la Conférence. || M. Jordan fait observer que, si l'Allemagne n'a pas fourni de projet spécial, c'est parce qu'elle possède déjà une Loi qui lui paraissait répondre aux vues de la Conférence, puisqu'elle contient toutes les prescriptions nécessaires pour assurer la perception de l'impôt à la consommation par le régime de l'entrepôt. || M. Jordan ajoute qu'il ne s'agit pas de discuter la législation Belge, mais de décider s'il convient d'accorder pour cette Puissance une position exceptionnelle. || Mr. Kennedy pense qu'il est impossible d'examiner les Projets de Loi avant que les dispositions de la Convention ne soient définitivement arrêtées; voilà la raison pour laquelle M. le Président propose de discuter à la prochaine séance les Articles sur lesquels la Conférence ne s'est pas encore prononcée. || M. Guillaume répète qu'il a présenté une simple observation sur la procédure, et il remercie M. le Premier Délégué Français de l'avoir appuyée; mais il s'en rapporte absolument à la décision de l'Assemblée.

|| La discussion de l'Article III est ajournée après la discussion de l'Article II.

M. Verkerk Pistorius propose de préciser la signification des Articles IV et V. Il s'agit de savoir si l'Article IV s'applique exclusivement aux Puissances qui

Nr 2632.
Konferenz-
Staaten.

adhéreront ultérieurement à la Convention, ou bien s'il vise également ceux des Pays Contractants qui, n'ayant pas d'impôts ou n'accordant aucune espèce de drawback, n'appliquent pas le mode d'impôt spécifié par l'Article II. L'expression "sont admises" semble exclure cette dernière interprétation. || MM. Dupuy de Lome et Batanero proposent une nouvelle rédaction de l'Article IV: || Article IV. || "Les Hautes Parties Contractantes et leurs Provinces d'Outre-Mer, Colonies, ou Possessions étrangères, qui ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres, ou qui n'accordent, à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, ou des glucoses, aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités pouvant donner lieu à une prime, s'engagent à conserver un de ces systèmes pendant la durée de la Convention, ou en cas de changement, à adopter le système établi à l'Article II." || M. Verkerk Pistorius fait remarquer que cette rédaction réserverait aux pays visés par l'Article IV la faculté d'appliquer le système de l'admission temporaire, qui, alors même qu'il serait accepté pour les pays tombant sous l'application de l'Article II, ne peut pas être appliqué dans les pays qui se réservent le bénéfice de l'Article IV. || M. Dupuy de Lome accepte la suppression des mots "pouvant donner lieu à une prime", puisqu'ils renferment une question à discuter. || L'Article est adopté avec cette modification et les réserves déjà formulées à une séance antérieure par le Délégué de l'Italie. || Le nouvel Article remplace les Articles IV et V du projet actuel. || M. Sans-Leroy demande quel sera l'ordre du jour pour la séance de Samedi prochain. || M. le Président répond qu'on discutera le texte de l'Article II rédigé par la Commission, les conclusions de son Rapport en ce qui concerne le régime applicable aux raffineries, et enfin l'Article III concernant les équivalents offerts par la Belgique. || M. Sans-Leroy rappelle qu'on avait inscrit à l'ordre du jour de Samedi prochain la discussion de la sanction pénale proposée par les Délégués Espagnols. Il estime que l'attitude de chaque pays pourra se trouver considérablement modifiée par les éclaircissements qui seront fournis sur l'Article VI et par la décision qui interviendra. || M. Dupuy de Lome dit que les Délégués Espagnols sont tout disposés à discuter leur proposition, d'autant plus qu'il est personnellement convaincu qu'il n'y a pas de Convention possible, s'il n'y a pas de sanction pénale. Ils laisseront à M. le Président le choix du moment de la discussion; mais ils croient qu'il serait utile de connaître les opinions des diverses Puissances sur leur proposition, opinions que M. le Président a demandées à la quatorzième séance. || M. Sans-Leroy appelle l'attention de la Conférence sur ces paroles. Il fait remarquer que, devant une déclaration aussi grave, il est vraiment inutile d'alarmer des intérêts ou d'éveiller des susceptibilités par des discussions qu'un défaut d'entente sur un point capital rendrait sans objet. On peut dire que l'Article VI commande toute la discussion. || M. Dupuy de Lome tient à répéter que ce qu'il a dit a le caractère seulement d'une opinion personnelle. || M. le Président explique que lui-même

ne sera pas en mesure d'annoncer à la Conférence la décision de son Gouvernement sur cet Article avant la séance de Lundi prochain.

Nr. 9652.
Konferenz-
Staaten.

Anhang (A) zum Sitzungsbericht der sechzehnten Sitzung.

Rapport de la Commission.

A SA dixième séance, la Conférence a chargé une Commission de formuler un texte pour l'Article II du Projet de Convention. Cette Commission vient rendre compte de ses travaux. Elle a donné à la rédaction de cet Article tous ses soins et toute son attention. || Le Délégué de la France avait particulièrement insisté pour que l'Article II ne fût pas scindé. La majorité de la Commission a décidé néanmoins d'étudier, en premier lieu, la forme à donner à cet Article en ce qui concerne les fabriques de sucre. A sa dernière séance la Commission a adopté l'Article dont le texte suit. Cet Article impose aux Pays Contractants le système de la fabrication en entrepôt. Il défend d'accorder à l'exportation aucun drawback, de quelque sorte que ce soit. || Il exige en outre un ou plusieurs modes de contrôle sur la fabrication et un magasin pour les sucres achevés: — || "Article II. || Les Hautes Parties s'engagent: — || A percevoir l'impôt sur les quantités de sucre destinées à la consommation, sans accorder à l'exportation aucun drawback, ou remboursement de droits, ni aucune décharge qui puisse donner lieu à une prime quelconque. || Dans ce but, elles s'engagent à soumettre au régime de l'entrepôt, sous la surveillance permanente de jour et de nuit des employés du fisc, les fabriques de sucres et les fabriques raffineries, de même que les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses. || A cette fin, les usines seront construites de manière à donner toute garantie contre l'enlèvement clandestin des sucres, et les employés auront la faculté de pénétrer dans toutes les parties des usines. || Des livres de contrôle seront tenus sur une ou plusieurs phases de la fabrication, et les sucres achevés seront déposés dans des magasins spéciaux offrant toutes les garanties désirables de sécurité. || Par exception au principe mentionné au premier alinéa, on pourra accorder un remboursement ou une décharge de droits pour le sucre employé à la fabrication des chocolats et autres produits destinés à l'exportation, pourvu qu'il n'en résulte aucune prime." || Le Délégué de la France avait insisté pour que le contrôle portât également sur toutes les phases de la fabrication. Cette proposition, vivement appuyée par la Belgique, n'a pas été adoptée. || Le Délégué Belge a proposé l'addition ci-après à l'Article II: — || "En ce qui concerne les fabriques de sucre, on devra constater, à titre de contrôle, la densité et le volume des jus de betterave." || Cet amendement, admis d'abord par la majorité de la Commission, a été ensuite écarté, parce qu'on ne croyait pas que toutes les mesures de contrôle pouvaient trouver place dans la Convention et que, dès lors, en mentionnant, à titre obligatoire, celle qui était proposée par la Belgique,

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

on semblait exclure les autres. || A la suite d'une discussion, l'avant-dernier alinéa de l'Article adopté est venu remplacer la proposition des Délégués Belges. || En second lieu, la Commission a étudié le système à adopter pour les raffineries; mais, par la suite de la différence d'opinion qui s'est produite, la Commission n'a pu formuler un texte d'Article sur le régime qui doit leur être appliqué. || La différence d'opinion qui s'est manifestée implique une question de principe du premier ordre. La Commission a cru devoir en réserver la discussion à la Conférence plénière. || La Commission se borne à indiquer la question ainsi soulevée: c'est celle de savoir si les raffineries doivent être soumises au même régime que les fabriques. || Les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Grande-Bretagne et des Pays-Bas ont demandé, en ce qui concerne le produit des raffineries, les mêmes garanties que celles adoptées contre les primes à l'exportation du produit des fabriques, un impôt basé sur les méthodes saccharimétriques n'offrant pas, à leurs yeux, de garanties suffisantes sous ce rapport. || Le Délégué Français a présenté, au nom de son Gouvernement, un système qui consiste à établir l'impôt en évaluant par la saccharimétrie la quantité de raffiné contenue dans les sucres bruts. Bien que ce système présente, à ses yeux, plus de garanties que tout autre, il ne s'est pas opposé à l'adoption, dans les autres pays, du système de l'entrepôt. || Le Délégué de la Belgique était d'avis que le système présenté par la France donne autant de garanties dans la pratique que le raffinage en entrepôt. || Le Délégué de l'Espagne a manifesté que son Gouvernement ne rejette pas en principe le système polarimétrique comme base d'impôt pour les raffineries, pourvu que l'adoption de ce système ne comporte aucune espèce de prime. || Le Délégué de la Russie était d'avis que le système de saccharimétrie, proposé par le Délégué de la France, peut continuer à fonctionner en France sans porter préjudice à la Convention. || La Commission avait également reçu le mandat d'étudier les différents projets préparés pour l'application des principes contenus dans la Convention. Elle n'a pas cru devoir procéder à cet examen, attendu qu'elle considère qu'il serait prématuré, s'il précédait l'adoption de ces principes par la Conférence. || Henry de Worms. || Jaehnigen. || Comte de Kuefstein. || Guillaume. || Ant^o. Batanero. || Ch. Sans-Leroy. || F. G. Walpole. || W. A. P. Verkerk Pistorius. || G. Kamensky.

Anhang zum Commissionsbericht.

LE Délégué de l'Allemagne avait présenté la rédaction suivante pour l'Article II: — || "1. Les fabriques de sucre (fabriques de sucre brut raffiné, établissements où l'on extrait le sucre de la mélasse, etc.) doivent être d'une construction qui permette de surveiller la marche de la fabrication et les objets fabriqués jusqu'au moment où ceux-ci sortiront de la fabrique, et qui donne toutes les garanties possibles contre un enlèvement clandestin de sucre. || 2. La fabrication du sucre (la production de sucre brut, toute opération de

raffinage du sucre brut, etc.) doit être soumise à la surveillance permanente des employés du fisc. Le sucre doit être déposé, jusqu'au moment où l'expédition définitive de la part de l'autorité fiscale aura lieu, dans des magasins dont la construction donne toute sûreté, et qui seront fermés conjointement par les employés de la fabrique et ceux du fisc. || 3. Le montant de l'impôt sur la consommation doit être le même pour tous les sucres durs ou liquides qui seront soumis à cet impôt, excepté, s'il y a lieu, les résidus de la fabrication de sucre (sirops, mélasses). || 4. L'impôt sur la consommation sera prélevé au moment où le sucre sort du contrôle du fisc pour entrer dans la libre circulation, et il sera perçu d'après la quantité effective du sucre. || Il est défendu d'accorder aucune rémission du poids à titre de déchets causés par la fabrication. || 5. La perception de l'impôt pour la consommation peut être remise si le sucre est destiné à l'exportation. L'impôt pour la consommation une fois perçu il est défendu de le restituer à l'exportation. || Des exceptions de cette défense ne sont admissibles qu'à l'exportation d'objets fabriqués contenant du sucre (chocolat, confitures, etc.) dans le cas où l'impôt pour la consommation était perçu pour le sucre dont on s'est servi pour produire ces objets." || Cette rédaction a servi de base à la discussion de l'Article II. La plupart des dispositions de la proposition Allemande (1, 2, 4 et 5) ont été admises en principe: on n'a généralement écarté que celles qui introduiraient dans la Convention des détails qui ne semblent pas devoir s'y trouver.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

A nhang (B) zum Sitzungsbericht der sechzehnten Sitzung.

Proposition des Délégués des Pays-Bas. || En se référant à la seconde partie du Rapport de la Commission sur l'Article II du projet de Convention les Délégués des Pays-Bas ont l'honneur de soumettre à l'examen de la Conférence le projet d'Article suivant sur le régime à adopter pour les raffineries: —

“ARTICLE III. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à soumettre les raffineries de sucre au même régime que les fabriques de sucre. || Cependant, elles se réservent d'évaluer, par les méthodes saccharimétriques, la quantité de raffiné que représentent les sucres bruts admis dans les raffineries en franchise de droits à charge d'exportation après raffinage, sauf à prélever les droits des excédents à constater par la surveillance permanente à la sortie et par l'inventaire des sucres et sirops qui se trouvent dans la raffinerie. Cet inventaire devra se faire au moins une fois par an.” || Pour motiver cette proposition, il suffira de rappeler que les Délégués de quelques Puissances ont cru devoir s'opposer à l'adoption du système présenté par la France parce qu'à leurs yeux, l'évaluation du rendement au raffinage par la méthode saccharimétrique ne donnerait pas de garanties suffisantes contre les primes à l'exportation. De leur côté, les Délégués de la France, appuyés par ceux d'autres

Nr. 9682.
Konferenz-
Staaten.

Puissances, ont soutenu qu'un système d'impôt, basé sur les rendements saccharimétriques, présente une meilleure garantie que les autres. || Après plus ample examen, les Délégués des Pays-Bas croient que tous les Gouvernements intéressés pourraient tomber d'accord sur un système d'entrepôt réduit à sa plus simple expression — contrôle à l'entrée, et surveillance permanente à la sortie complétée par l'inventaire des raffineries — combiné avec une prise en charge et avec décharge à l'exportation d'après les résultats de l'analyse saccharimétrique. D'un côté, ce système présenterait bien moins de difficultés que l'exercice suivi des raffineries, sur les inconvénients duquel les Délégués Français ont particulièrement insisté dans la Commission; d'un autre côté, en assurant la perception des droits des excédents éventuels en fin de compte et en basant de la sorte l'impôt non pas sur des rendements présumptifs, mais sur le résultat réel du raffinage, il rendrait justice aux craintes exprimées par les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Grande-Bretagne et des Pays-Bas. || Les Délégués des Pays-Bas ont l'honneur de soumettre la proposition qui précède ad referendum aux divers Gouvernements.

Siebzehnte Sitzung, 5. Mai 1888.

Un texte du Projet de Convention est distribué à MM. les Délégués. || Ce texte indique quels sont les Articles que la Conférence a déjà adoptés et quels sont ceux qui restent à discuter. || (Voir l'annexe au présent procès-verbal.)
M. Sans-Leroy demande la parole. Il tient à dire que les Délégués Français viennent d'être avisés que des instructions complémentaires leur sont adressées de Paris sur les différents points traités par l'Article II. M. Sans-Leroy ajoute qu'avant de prendre part à la discussion, les Délégués Français doivent attendre que ces instructions leur soient parvenues. D'ailleurs, elles ne sauraient tarder. || M. le Président répond que, si les instructions des Délégués Français ne sont pas encore arrivées, on ne peut leur demander de discuter l'Article II avant de les avoir reçues. Il demande à MM. les Délégués Belges s'ils sont disposés à accepter la discussion sur l'Article IV. || M. Guillaume rappelle que déjà à la précédente séance il s'en était rapporté à la décision de la majorité; il avait fait observer, il est vrai, que l'Article IV constitue une exception aux règles posées par les Articles II et III, qu'il paraissait naturel de s'entendre sur la règle avant de discuter l'exception; mais il répète qu'il est tout prêt à accepter la discussion, si la Conférence le demande. || M. le Président croit que le temps est précieux, et qu'en vue des difficultés que présentent les Articles II et III, il conviendrait d'aborder l'Article IV. || M. Guillaume ayant déféré à l'observation de M. le Président, la discussion est ouverte sur l'Article IV. || M. Jordan déclare que, n'ayant pas reçu de nouvelles instructions, il est obligé de répéter que, dans la pensée de son Gouvernement, le système d'impôt adopté en commun par les Puissances représentées à la Conférence devrait s'appliquer à tous les pays adhérents, et que, dès lors, la

position exceptionnelle stipulée pour la Belgique par l'Article IV ne lui paraît pas acceptable. Il exprime donc le vœu que la Belgique finisse par se rallier au système d'entrepôt qu'il espère voir adopté définitivement par la Conférence. || M. du Jardin fait observer que les paroles de M. Jordan font apparaître l'inconvénient de discuter l'Article IV avant d'avoir arrêté les Articles précédents. On ne s'est pas encore mis d'accord sur le régime qui doit constituer la règle. On a parlé d'entrepôt; mais on a aussi parlé d'exercice et, en définitif, on n'est pas tombé d'accord. || M. Guillaume prie M. le Président d'examiner si, avant d'appeler chaque Délégué à se prononcer sur l'Article IV, il ne conviendrait pas de laisser aux Délégués Belges le soin d'exposer la situation et de faire connaître les intentions de leur Gouvernement. || La parole est donnée à M. Guillaume. || M. Guillaume ne veut pas abuser de la patience de ses collègues. Il ne reviendra pas sur les motifs économiques qui empêchent la Belgique de prendre un système que d'autres pays sont disposés à accepter. Il dira seulement qu'à ces motifs s'en ajoutent d'autres d'ordre politique. Il insiste sur ce point, parce qu'on a dit souvent qu'il y a mauvais vouloir de la part de la Belgique; qu'elle ne veut pas adopter le système admis par les autres Puissances représentées. La vérité est qu'elle ne le peut pas. Dans l'intervalle des deux sessions, le Gouvernement Belge a fait connaître explicitement au Gouvernement Britannique, par l'intermédiaire de Lord Vivian, l'existence de ces motifs. M. Guillaume n'a pas mission de les exposer devant la Conférence; il se bornera à dire que le Ministère actuel ne fait que se conformer à ce qu'ont fait avant lui tous les Ministères qui, depuis vingt-cinq ans, se sont succédé et ont toujours refusé d'introduire en Belgique le régime de l'exercice. Au cours de la première session, Mr. Walpole a dit que des industriels avaient demandé, et que la Section Centrale de la Chambre avait proposé, de substituer le régime de l'exercice au régime actuel. Cela est vrai, et, cependant, le Gouvernement n'est pas entré dans la voie qu'on lui a indiquée. Il faut évidemment qu'il ait eu, pour cela, des raisons bien sérieuses. On ne saurait donc pas accuser le Gouvernement actuel de mauvaise volonté. Il a prouvé, d'ailleurs, quels sont les sentiments qui l'animent en prenant naguère l'initiative d'une Conférence pour la suppression des primes. On peut être sûr qu'on trouvera toujours la Belgique à la tête des nations qui demandent la liberté la plus absolue en matière commerciale. || Cela établi, le Gouvernement Belge avait à rechercher les équivalents qu'il pouvait proposer: c'est à l'éviation de la prise en charge à un taux qui fasse disparaître la prime pour l'ensemble des fabricants et à une diminution des droits pour atténuer les inégalités qui pourraient exister entre les fabricants qu'il s'est arrêté. M. Guillaume comprend parfaitement que l'on discute la valeur de ces équivalents, et il est prêt à soutenir la discussion sur ce point. || Ce qu'il comprendrait moins, c'est que, par une sorte de question préalable, on écartât à priori tout équivalent. Il ne voit pas pourquoi on refuserait à la Belgique ce qu'on est prêt à accorder à d'autres pays. Au sein de la Commission toute

Nr. 9632.^a
Konferenz-
Staaten.

la discussion a roulé sur des équivalents. Les uns sont partisans de l'exercice qui suit la matière dans toutes ses transformations, les autres se contentent de l'entrepôt qui fait reposer toute la garantie du Trésor sur la surveillance exercée par les employés à la sortie des usines. || M. Guillaume ne suspecte pas la bonne foi des employés qui seront attachés à la surveillance des établissements; mais il ne croit rien apprendre de nouveau à la Conférence en disant que ces agents, faiblement rétribués, sont exposés à bien des tentations. Dans certains pays on a cherché un complément de garanties en prescrivant un certain mode d'emballage et l'application de marques de fabrique; ailleurs, on oblige les fabricants à présenter leurs livres de commerce. || Il ne faut pas dire qu'on ne veut pas d'équivalents, puisque les systèmes que les autres Puissances sont sur le point d'adopter sont les équivalents les uns des autres. En admettant qu'on pût arriver à l'uniformité de législation, l'identité ne saurait exister aussi longtemps qu'il y aura des tarifs différents, puisque le bénéfice réalisé par l'industriel, grâce aux fissures de la législation, est proportionné au taux de l'impôt. La Conférence reconnaîtra donc que, dans l'intérêt de la justice et de l'équité, elle ne peut repousser à priori les équivalents de la Belgique. L'esprit des populations, les habitudes administratives ne sont pas partout les mêmes. L'uniformité de législation pourrait amener dans la pratique de véritables inégalités comme l'a si excellemment dit M. le Président à la fin de la première session. Faut-il parler encore des exceptions que la Conférence est toute prête à admettre en faveur de certains pays, de la Russie, par exemple, en ce qui concerne ses primes sur les frontières d'Asie, et le remboursement à l'exportation des droits perçus sur la totalité de la production? Hier encore, la Commission autorisait une exception au régime de l'entrepôt en ce qui concerne l'exportation des chocolats. M. Guillaume est loin de réclamer contre ces dérogations; mais il ne comprenait pas qu'on refusât des équivalents à la Belgique quand on en accorde à tout le monde. Le seul point sur lequel il n'y ait qu'un sentiment, c'est qu'il faut supprimer les primes dans la mesure du possible. La Belgique, en ce qui la concerne, s'engage à le faire. || Mais, s'il ne peut s'expliquer qu'on repousse en principe le système des équivalents, M. Guillaume admet parfaitement que l'on discute le taux de la prise en charge. Un premier argument qui milite en faveur du système Belge, c'est qu'avec ce système toute fraude est impossible, grâce à l'appareil de contrôle actuellement employé et que M. le Président ainsi que M. le Comte d'Onslow ont pu voir fonctionner avec une exactitude absolue dans les fabriques Belges. De ce côté le système de la Belgique présente des garanties complètes. || Il reste à examiner si le taux de la prise en charge est en rapport avec les rendements effectifs. Dans le Mémoire qu'il a présenté, le Gouvernement Belge proposait de le porter successivement à 1,700 grammes pour la première année, et à 1,750 et 1,775 grammes pour les années suivantes, chaque fois avec deux années d'intervalle. Sur la demande qui a été faite par le Cabinet Britannique pour faciliter une entente, son Gouvernement l'autorise

à déclarer aujourd'hui qu'il consentirait à élever la prise en charge à 1,750 grammes dès la première année de la mise en vigueur de la Convention, et à 1,800 grammes à l'expiration de la deuxième année. || M. Guillaume croit que c'est là une grande concession, et que, dans de telles conditions, aucune prime n'est à craindre sur l'ensemble de la fabrication. La seule objection possible, c'est qu'il pourra subsister quelques avantages pour des fabricants exceptionnellement favorisés. C'est évidemment là une conséquence d'un système où la prise en charge doit représenter la moyenne des rendements effectifs. Mais à côté des fabricants qui conserveront quelques avantages, il y en aura d'autres qui auront des primes à rebours, c'est-à-dire, qui n'atteindront pas la prise en charge légale, et la compensation s'établira dans l'ensemble. || A ce sujet, M. Guillaume croit devoir rappeler qu'en Belgique les betteraves n'atteignent pas la richesse de celles qui sont cultivées dans les Pays-Bas. Dans le midi de la Belgique il y a des fabricants qui seront loin de réaliser le taux de la prise en charge. On a fait cette objection, qu'en imposant une moyenne à tous les fabricants, on amènera la disparition des usines qui n'atteindront pas cette moyenne. Cette éventualité n'est pas à craindre, parce que le Gouvernement Belge, en élevant la prise en charge à la moyenne des rendements, diminue de moitié le taux de l'impôt, ce qui diminue dans la même proportion l'inégalité entre les fabricants. Il en résultera que, si la proposition Belge est acceptée, les fabricants, qui n'ont que des rendements peu élevés, se trouveront, vis-à-vis de leurs confrères, dans une situation meilleure que celle qu'ils ont aujourd'hui, puisque l'écart entre les rendements ne sera affecté que d'un droit inférieur de moitié à ce qu'il est aujourd'hui. || M. Guillaume croit avoir répondu d'avance à toutes les objections que l'on pourrait lui faire. Il conçoit que chaque pays se préoccupe de n'être pas victime de la législation appliquée dans les pays voisins. Mais la Belgique a, comme tout autre pays, le droit de demander qu'on ne la place pas dans une position d'infériorité. On a souvent suggéré que, pour la Belgique, le meilleur moyen de supprimer toute prime est de supprimer ses droits. Mais cette solution radicale, outre qu'elle imposerait au Trésor un sacrifice financier qu'aucun autre pays ne serait disposé à accepter, placerait les fabriquant Belges dans une situation désavantageuse. Les plus grands partisans du travail en entrepôt ne nient pas que ce système ne laisse subsister ce qu'on a appelé des fissures. Il ne serait donc pas juste d'imposer à la Belgique, qui, par ses concessions, montre un vif désir d'abolir toute prime, une condition qui mettrait en péril son industrie; car elle lui ferait subir, sans compensation possible, les conséquences de tout ce qu'il pourrait y avoir, ailleurs, de défauts et d'incertitudes. || M. Jordan est persuadé que son Gouvernement est tout disposé à examiner encore la proposition Belge et les motifs invoqués par M. Guillaume. Mais, pour le moment, ses instructions lui disent que "l'exception concédée à la Belgique par l'Article III du Projet de Convention ne paraît pas acceptable, d'autant plus que, conservant l'impôt sur le jus, la Belgique ne pourra pas

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

éviter toute prime d'exportation." M. Jordan est convaincu que son Gouvernement ne refusera pas d'examiner de nouveau la question; et, peut-être, les arguments invoqués par M. Guillaume pourront-ils le convaincre. Mais M. Jordan n'a pas le droit de préjuger sa décision. || M. le Comte de Kuefstein se réfère aux paroles du Mémoire de l'Autriche-Hongrie pour préciser l'opinion des Gouvernements de Vienne et de Budapest. "Nous ne pouvons," y est-il dit "accepter la stipulation relative à la Belgique. La plupart des Délégués ont déjà déclaré que les équivalents offerts par la Belgique sont insuffisants et inacceptables. Nous ne pouvons qu'approuver cette manière de voir." Lorsqu'il a formulé en ces termes son appréciation, il n'avait pas connaissance des considérations nouvelles qui viennent d'être soumises à la Conférence, et que M. Guillaume a fait valoir si chaudement. Le Comte de Kuefstein s'empressera de les communiquer à son Gouvernement. Il demande, toutefois, la permission d'observer que, s'il s'est prononcé jusqu'ici contre les équivalents proposés par la Belgique, c'est que ce système ne lui paraît pas offrir les mêmes garanties que l'entrepôt. Chaque système, sans doute, peut avoir ses fissures; mais, ici, c'est le système en lui-même qui est considéré comme défectueux. || Devant les raisons politiques citées par M. Guillaume, M. le Comte de Kuefstein doit s'abstenir de toute appréciation. Tous les Délégués sont convaincus que chaque Gouvernement est inspiré de la même volonté. En ce qui concerne l'argument tiré des équivalents que la Conférence serait prête à admettre en faveur d'autres pays, M. le Comte de Kuefstein fait remarquer qu'il s'est toujours prononcé contre tous les équivalents et que la Conférence n'en a pas encore prononcé. Les exceptions citées sont loin d'avoir, comme dérogations à la loi acceptés, la portée des équivalents proposés par la Belgique. D'un côté, il s'agit de régler de simples détails; de l'autre, c'est tout un système particulier qu'on veut substituer à la règle commune. M. le Comte de Kuefstein termine en répétant que d'après ses instructions il doit se prononcer une fois de plus contre le système des équivalents, mais qu'il soumettra à son Gouvernement les nouvelles propositions. Quant aux marques, auxquelles M. Guillaume a fait allusion et que le Projet de Loi Austro-Hongrois adopte, il faut distinguer les marques de fabrique et les marques de paiement analogues à un précédent des États-Unis, et dont on attend de très bons résultats. || M. de Barner dit que son Gouvernement n'ayant pas, dans sa réponse officielle, fait d'objections contre le système Belge, il se bornera à dire que, dans son opinion personnelle il serait bon d'avoir le même système dans tous les Pays Contractants, pour éviter les soupçons que fera naître inévitablement l'existence de deux systèmes différents. || M. de Smet fait remarquer que lors de la première session de la Conférence, le Délégué du Danemark avait, de même que le Délégué de la Suède, accepté sans réserves le système d'équivalents proposé par la Belgique, alors, cependant, que les concessions faites à cette époque par les Délégués Belges étaient moins larges que celles qu'ils offrent aujourd'hui. || M. Batanero dit que l'Espagne n'a pas, dans la question des équivalents Belges, le même

intérêt que les pays dont les fabricants utilisent la betterave comme matière première. L'Espagne serait disposée à considérer comme satisfaisants des équivalents dans lesquels les Puissances productrices de sucre de betterave, mieux placées pour en apprécier la valeur, auraient trouvé des garanties suffisantes. L'Espagne se ralliera donc à la manière de voir de la majorité des Puissances qui produisent du sucre de betterave. || M. Sans-Leroy ne croit pas, comme il l'a déjà dit dans la dernière séance, avoir à se prononcer sur la question actuellement en discussion. Il lui paraît inadmissible que le mode de perception de l'impôt proposé par une Puissance soit discuté avant que toutes les autres aient fait connaître, par des projets détaillés, conformément au Protocole du 19 Décembre, le régime sous lequel elles entendent se placer. || M. le Président demande si, dans le cas, où M. Sans-Leroy aurait reçu les instructions de son Gouvernement, les mêmes motifs l'auraient empêché d'accepter la discussion sur l'Article II? || M. Sans-Leroy demande à ne pas répondre à cette question. Il désire réserver sa liberté d'action jusqu'à plus ample informé. || M. Catalani n'a pas d'observations à présenter; il se ralliera à l'opinion de la majorité. || M. Verkerk-Pistorius se réfère à l'opinion de son Gouvernement, que le but de la Convention, c'est-à-dire l'abolition des primes, ne pourra être atteint par la voie dans laquelle la Belgique offre de s'engager. (Lettre de M. de Karnebeck au Chargé d'Affaires de Sa Majesté Britannique à La Haye du 3 Mars dernier.) Cette opinion est confirmée par le Rapport du Gouvernement Belge lui-même, qui reconnaît que toute moyenne par la fixation du taux de la prise en charge laissera un avantage à quelques industriels. Les Délégués Néerlandais ne sauraient admettre que cet avantage ne s'étendrait qu'à quatre ou cinq fabriques, situées dans une zone spéciale du territoire Belge. D'après leurs renseignements, les quarante-cinq fabriques, situées dans les provinces d'Anvers, de Brabant, des deux Flandres et de Liège, soit, presque un tiers du total de la Belgique, auraient de très bonnes betteraves à leur disposition, et en Hesbaye elles seraient aussi bonnes que dans la province Néerlandaise de Zélande, où plusieurs fabriques Belges viennent, du reste, s'approvisionner. Quant à l'estimation des excédents obtenus dans les fabriques des Pays-Bas, et qui, selon le Rapport du Gouvernement Belge, supposeraient des rendements pratiquement impossibles, les Rapports des employés, tout en reposant, pour la majorité des fabriques, sur des constatations non prescrites par la loi, sont dressés avec le plus grand soin, et leur exactitude est confirmée par le caractère frappant de régularité qu'ils présentent. Bien que ces rapports soient faits chaque année par des employés différents, ce sont toujours les mêmes fabriques qui obtiennent les excédents les plus ou les moins considérables, fait dont, du reste, dans la plupart des cas, la cause est connue. Ainsi, telle fabrique, située à proximité des frontières Allemandes, et pouvant se procurer, par cette circonstance, des betteraves de qualité exceptionnelle, obtient régulièrement des excédents qui varieraient de 24 à 30 pour cent. || M. Pistorius se réfère, du reste, aux détails qu'il a déjà communiqués, à ce

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

sujet, dans la séance du 14 Décembre, 1887, et que, depuis cette époque, les évaluations pour la campagne 1887-88 sont venues confirmer. En prenant pour base la moyenne des trois dernières campagnes, on arrive à un excédent de 17 pour cent, ce qui, avec la prise en charge actuelle dans les Pays-Bas (1 450 grammes de raffiné, soit 1 647 grammes de sucre brut à 88 pour cent) conduirait à un rendement de 1 927 grammes par hectolitre, et par degré de densité des jus. L'hypothèse de fraude, mise en avant dans le Rapport du Gouvernement Belge, est inacceptable, à moins d'admettre que la soustraction frauduleuse des jus se faisait régulièrement dans toutes les fabriques. || Si M. Pistorius attache tant de prix aux renseignements qui précèdent, c'est surtout parce que, dans son opinion, ils donnent, en quelque sorte, la mesure des progrès que l'agriculture et l'industrie ont faits depuis 1879, époque de laquelle date le Livre Bleu, cité dans le Mémoire du Gouvernement Belge d'après le Rapport de l'enquête Allemande. Ces progrès ont-ils atteint leurs dernières limites? Le contraire paraît résulter de l'extrait d'un Mémoire de l'Établissement Chimique de la Société Centrale pour l'Industrie Sucrière, communiqué par M. le Délégué de l'Autriche-Hongrie. || Comme, d'ailleurs, la majorité des Délégués accepte les nouvelles propositions de MM. les Délégués Belges ad referendum, M. Pistorius ne refuse pas de suivre cet exemple et les communiquera à son Gouvernement, afin de faire connaître sa décision. || M. Guillaume fait observer que le Mémoire Autrichien cité par M. Pistorius n'a aucun caractère officiel. Il préfère s'en rapporter aux indications de l'enquête Allemande. || Quant aux chiffres de rendement cités, M. Guillaume insiste sur ce point, que dans la séance du 14 Décembre, 1887, M. le Premier Délégué des Pays-Bas disait que le rendement moyen des fabriques de son pays était de 1 900 grammes, et il ajoutait loyalement qu'il ne mentionnait pas ce chiffre pour mettre la Belgique en demeure d'élever sa prise en charge à ce taux. Il reconnaissait donc implicitement que le rendement moyen est moins élevé en Belgique que dans les Pays-Bas. En effet, si un certain nombre de fabricants Belges atteignent les rendements Hollandais, tous les fabricants du midi, c'est-à-dire, plus de la moitié des fabricants Belges sont loin d'y arriver et d'obtenir les rendements proposés par la Belgique. || M. le Comte de Kuefstein dit que le document auquel on a fait allusion émane de l'établissement technique de la Société Industrielle Sucrière. Ce document a été préparé avec beaucoup de soin; mais c'est à titre tout à fait officieux qu'il l'a communiqué à la Conférence. || M. Kamensky rappelle que la note que M. l'Ambassadeur de la Russie a adressée au Marquis de Salisbury exprime positivement, comme l'opinion du Gouvernement Impérial, qu'il ne croit pas pouvoir consentir à la continuation du système de la perception de l'accise adopté en Belgique. Cette opinion a été formée sur la proposition Belge telle qu'elle a été formulée dans le premier Projet de Convention, le 19 Décembre dernier, quand le Gouvernement Impérial ne connaissait pas encore les nouvelles concessions offertes par la Belgique. M. Kamensky croit donc qu'il est de son devoir de les sou-

mettre à l'appréciation de son Gouvernement, en ne les recevant que provisoirement ad referendum. || M. le Président, s'exprimant au nom du Gouvernement Britannique, déclare que ce Gouvernement se ralliera à l'opinion de la majorité des Puissances productrices de sucre de betterave. || Il résume, ensuite, les opinions exprimées par les Délégués. || M. le Comte d'Onslow dit que M. le Président vient de donner un sommaire très exact des vues des Délégués, à l'exception des Délégués Français. Il regrette cette abstention, parce qu'il a cru comprendre que les raisons, par lesquelles M. Sans-Leroy a refusé de se prononcer sur l'Article III, étaient également applicables à l'Article II. Il demande donc aux Délégués Français de faire connaître leurs intentions. || Le Protocole de Clôture du 19 Décembre contenait ces mots: "Chaque Gouvernement communiquera au Gouvernement Britannique . . . un projet indiquant les bases d'application du système d'impôt sur les quantités produites." La Conférence a eu sous les yeux les bases d'application proposées par l'Autriche-Hongrie, par la Belgique, par la France, par les Pays-Bas, par la Russie, ainsi que le texte de la Loi actuelle de l'Allemagne. On ne comprend pas ce qu'attendent les Délégués Français. Au cours de la dixième séance, M. Pallain a exprimé l'avis "qu'après avoir adopté le principe général de l'Article II dans la forme sous laquelle il a été soumis à l'appréciation des Gouvernements Signataires du Protocole du 19 Décembre, 1887, il y a lieu de considérer les Projets de Loi comme les instruments nécessaires, qui doivent procurer l'exécution du système d'impôt défini dans ses dispositions générales par le Projet de Convention." || Il paraît donc que les projets actuellement devant la Conférence ne seraient pas considérés comme répondant au Protocole du 19 Décembre, et que les Délégués devraient demander à leurs Gouvernements des projets nouveaux et détaillés. Les Délégués Français demandent-ils que la Conférence procède elle-même à l'examen de ces nouveaux projets, et que cette étude précède l'examen de l'Article II? || M. Pallain fait remarquer que la citation faite par M. le Comte d'Onslow ne fait que confirmer l'opinion exprimée par son collègue. || L'Article I^{er} déclare que les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres. Quelles seront ces mesures? Comment constitueront-elles une garantie absolue et complète? Peut-on les rencontrer dans une disposition générale? Doit-on, au contraire, comme l'ont demandé les Délégués Français, les prendre dans les Projets de Loi déposés ou à déposer entre les mains du Gouvernement Britannique, qui s'est chargé de les réunir? || M. Pallain rappelle les termes du Protocole et de commentaire que M. le Président en a fait dans son allocution de clôture, où l'on ne pouvait tracer un programme plus net des travaux de la Conférence dans la seconde session, qui s'est ouverte le 5 Avril: — || "La Loi que le Gouvernement de chaque État formulera devra établir nettement que la prime cessera désormais d'exister chez lui. Il incombe à chaque Gouvernement d'agir comme si la réalisation

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

du désir commun dépendait de lui seul; il faut que les dispositions de chacune des Lois soient d'une efficacité si complète et si évidente que les autres Gouvernements n'aient aucune difficulté à y trouver toutes les garanties qu'ils ont le droit de demander, et sans lesquelles ils ne voudraient pas, de leur côté, faire partie de l'Union.

. Si nous nous séparons, ce n'est que pour préparer les Lois qui donneront un corps au Projet de Convention que nous venons de rédiger." || M. Sans-Leroy dit que M. Pallain a parfaitement expliqué les motifs qui lui ont dicté son abstention, laquelle était, d'ailleurs, la conséquence naturelle de l'attitude prise par les Délégués Français à la précédente séance. Quant à lui personnellement, sans répondre à la mise en demeure de M. le Comte d'Onslow, il insiste sur la liberté qu'il croit avoir de réserver provisoirement sa manière de voir sur le point en discussion, d'autant plus qu'il espère être bientôt en mesure de faire une réponse plus catégorique qu'il ne pourrait le faire aujourd'hui. || M. le Comte d'Onslow admet cette réserve pour la séance d'aujourd'hui; mais il a cru comprendre que les Délégués Français ne voulaient pas prendre part à la discussion de l'Article II avant d'avoir examiné les divers Projets de Loi et la Loi Allemande. || M. Sans-Leroy répète qu'il réserve, d'une manière générale, pour aujourd'hui, son attitude, et proteste contre toute spécification qu'il n'aurait pas faite. || M. le Comte d'Onslow dit que les Délégués Britanniques voudraient savoir si les Délégués Français maintiendront leur attitude de réserve à la prochaine séance. || M. Sans-Leroy répond que son attitude sera conforme à ses instructions. || M. le Président dit qu'en effet, l'attitude de MM. les Délégués Français doit dépendre nécessairement des instructions qu'ils attendent. || Sur l'Article IV, il est entendu que les Délégués en référeront à leurs Gouvernements et communiqueront le plus tôt possible les réponses qui leur seront faites.

Anhang zum Sitzungsberichte der siebzehnten Sitzung.

Zuckerkonventionsprojekt.

LES Hautes Parties Contractantes, désirant assurer la suppression totale des primes ouvertes ou déguisées à l'exportation des sucres, ont résolu de conclure une Convention à cet effet, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, le Très-Honorable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cécil, Marquis de Salisbury, Comte de Salisbury, Vicomte Cranborne, Baron Cécil, Pair du Royaume Uni, Chevalier du Très-Noble Ordre de la Jarretière, Membre du Très-Honorable Conseil Privé de Sa Majesté, Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté au Département des Affaires Étrangères, etc., etc.; et le Baron Henry de Worms, Membre du Parlement du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, Sous-Secrétaire d'État pour les Colonies, etc., etc.; || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, || Sa Majesté l'Empereur

d'Autriche, Roi de Bohême, etc., et Roi Apostolique de Hongrie, || Sa Majesté le Roi des Belges, M. le Baron Solvyns, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire; M. Guillaume, Directeur-Général à son Ministère des Finances; et M. du Jardin, Inspecteur-Général à son Ministère des Finances; || Sa Majesté le Roi de Danemark, M. de Barner, son Chambellan, Inspecteur-Général des Douanes; || Sa Majesté le Roi d'Espagne, et en son nom la Reine Régente du Royaume, M. del Mazo, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; M. Batanero, Député; et M. Dupuy de Lome, son Ministre Résident; || Le Président de la République Française, M. Waddington, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Sans Leroy, Député; || Sa Majesté le Roi d'Italie, le Chevalier Catalani, son Chargé d'Affaires; || Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, || Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, M. le Chevalier de Staal, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Kamensky, son Conseiller d'État Actuel; || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: — || [Adopté.]

Nr. 9652.
Konferenz-
Staaten.

ARTICLE I. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres. || [Adopté, sauf réserves en ce qui concerne l'entrée de certaines Puissances dans l'Union.]

ARTICLE II. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à adopter, ou à proposer à leurs Législatures respectives, un système d'impôt sur les quantités de sucre produites et destinées à la consommation, comme le seul qui permette d'arriver à la suppression des primes en question, et à soumettre au même régime les fabriques de glucose et les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses. || [Renvoyé à la Commission.]

Redaction proposée par la Commission. || Les Hautes Parties s'engagent: —
A percevoir l'impôt sur les quantités de sucre destinées à la consommation, sans accorder à l'exportation aucun drawback, ou remboursement de droits, ni aucune décharge qui puisse donner lieu à une prime quelconque. || Dans ce but, elles s'engagent à soumettre au régime de l'entrepôt, sous la surveillance permanente de jour et de nuit des employés du fisc, les fabriques de sucres et les fabriques raffineries, de même que les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses. || A cette fin les usines seront construites de manière à donner toute garantie contre l'enlèvement clandestin des sucres, et les employés auront la faculté de pénétrer dans toutes les parties des usines. || Des livres de contrôle seront tenus sur une ou plusieurs phases de la fabrication, et les sucres achevés seront déposés dans des magasins spéciaux offrant toutes les garanties désirables de sécurité. || Par exception au principe mentionné au premier alinéa, on pourra accorder le remboursement ou décharge de droits pour le sucre employé à la fabrication des chocolats et autres produits destinés à l'exportation, pourvu qu'il n'en résulte aucune prime. || [A discuter.]

Nr. 9632.
Konferenz-
Statuten.

ARTICLE III. || Proposition des Délégués Britanniques: || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à soumettre les raffineries de sucre au même régime que les fabriques de sucre. || Cependant, chaque pays pourra tenir un compte de raffinage à titre de contrôle par le moyen de la saccharimétrie, ou tout autre contrôle qui lui semble le plus efficace, afin de s'assurer contre une prime à l'exportation. || [A discuter.] || Proposition des Délégués des Pays-Bas: || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à soumettre les raffineries de sucre au même régime que les fabriques de sucre. || Cependant, elles se réservent de déterminer par les méthodes saccharimétriques la quantité de raffiné que représentent les sucres bruts admis dans les raffineries en franchise de droits à charge d'exportation après raffinage, sauf à prélever les droits des excédents à constater par la surveillance permanente à la sortie et par l'inventaire des sucres et sirops qui se trouvent dans la raffinerie. Cet inventaire devra se faire au moins une fois par an. || [A discuter.]

ARTICLE IV. || La Belgique ne se trouvant pas dans les mêmes conditions au point de vue de l'application du système d'impôt sur les quantités de sucres produites, le régime actuellement établi dans ce royaume pourra être maintenu, sauf les modifications suivantes: — | La quotité de l'impôt sera ramenée de 45 fr. à 22 fr. 50 c. à partir de la mise en vigueur de la présente Convention. La prise en charge des fabriques abonnées sera portée de 1 500 à 1 700 grammes. || Réservé.]

ARTICLE V. || Les Hautes Parties Contractantes et leurs Provinces d'Outre-Mer, Colonies, ou Possessions étrangères, qui ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres, ou qui n'accordent à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, ou des glucoses aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités s'engagent à conserver un de ces systèmes pendant la durée de la Convention, ou en cas de changement, à adopter le système établi à l'Article II. || [Adopté, sauf les réserves de l'Italie.]

ARTICLE VI. || Proposition de MM. les Délégués de l'Espagne: || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prohiber l'importation des sucres et des glucoses provenant des pays qui accordent des primes, ou à leur imposer un surcroît de droits, ou un droit compensateur qui ne pourra être inférieur au montant des primes. || Proposition de MM. les Délégués des Pays-Bas: || Dans le cas, où des primes directes ou indirectes seraient accordées par des pays tiers à l'exportation des sucres bruts ou raffinés, et deviendraient compromettantes pour la production de l'une ou l'autre des Hautes Parties Contractantes, une nouvelle entente pourrait être provoquée pour aviser de concert aux mesures de défense qui pourraient être prises. || [A discuter.]

ARTICLE VII. Proposition de M.M. les Délégués des Pays-Bas. || Les surtaxes sur les sucres importés directement de l'un des Pays Contractants dans un autre ne dépasseront pas fr. par 100 kilog. Les pays où de pareilles surtaxes n'existent pas n'en établiront pas. || (A. discuter.)

ARTICLE VIII. || Les Hautes Parties Contractantes conviennent de créer

une Commission Internationale des Sucres, qui sera chargée de surveiller l'exécution des dispositions de la présente Convention. || Cette Commission sera composée de Délégués des différentes Puissances et il lui sera adjoint un Bureau Permanent. || Les Délégués auront pour mission:— || (a.) D'examiner si les Lois, Arrêtés et Règlements relatifs à l'imposition des sucres sont conformes aux principes arrêtés par les Articles précédents, et si, dans la pratique, il n'est accordé aucune prime ouverte ou déguisée à l'exportation des sucres ou des glucoses. || (b.) D'émettre un avis sur les questions litigieuses; || (c.) D'instruire les demandes d'admission à l'Union, des États qui n'ont point pris part à la présente Convention. || Le Bureau Permanent sera chargé de rassembler, de traduire, de coordonner et de publier les renseignements de toute nature qui se rapportent à la législation et à la statistique des sucres, non seulement dans les Pays Contractants, mais également dans tous les autres pays. || Pour assurer l'exécution des dispositions qui précèdent, les Hautes Parties Contractantes communiqueront par la voie diplomatique au Gouvernement de Sa Majesté Britannique qui les fera parvenir à la Commission, les Lois, Arrêtés et Règlements sur l'imposition des sucres qui sont ou seront en vigueur dans leurs pays respectifs, ainsi que les renseignements statistiques relatifs à l'objet de la présente Convention. || Chacune des Hautes Parties Contractantes pourra être représentée à la Commission par un Délégué ou par un Délégué et un Délégué-Adjoint. || La première réunion de la Commission aura lieu à Londres, dans le mois qui suivra la ratification de la présente Convention. || La Commission est chargée de préparer à sa première réunion un Projet de Règlement déterminant le lieu et la date de ses réunions ultérieures, ainsi que le siège du Bureau Permanent. || 8. Dans sa première réunion, la Commission arrêtera son règlement d'ordre intérieur et rédigera un Rapport sur les Lois ou Projets de Lois qui lui auront été soumis par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. || 9. La Commission n'aura qu'une mission de contrôle et d'examen. Elle fera, sur toutes les questions qui lui seront soumises, un Rapport qu'elle adressera au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, lequel le communiquera aux Puissances intéressées et provoquera, si la demande en est faite par une des Hautes Parties Contractantes, la réunion d'une Conférence qui arrêtera les résolutions ou les mesures nécessitées par les circonstances. || 10. Les frais résultant de l'organisation et du fonctionnement du Bureau Permanent et de la Commission — sauf le traitement ou les indemnités des Délégués qui seront payés par leurs pays respectifs — seront supportés par tous les Pays Contractants et répartis entre eux, d'après un mode à régler par la Commission. || (Adopté, sauf les réserves de la France en ce qui concerne le renvoi à la Commission de l'examen des Lois des Hautes Parties Contractantes, et des Pays-Bas, en ce qui concerne la Commission.)

ARTICLE IX. || Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande, à la condition que leurs Lois et leurs Règlements, sur le régime des sucres, soient d'accord avec les principes

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

de la présente Convention, et aient été soumis, préalablement, à l'approbation des Hautes Parties Contractantes dans les formes prescrites à l'Article précédent. || (Adopté.)

ARTICLE X. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} Août, 1890. || Elle restera en vigueur pendant cinq années, à dater de ce jour, et dans le cas, où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifié, quinze mois avant l'expiration de la dite période de cinq années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas, où une des Puissances Signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent, pendant trois mois, la faculté de se retirer à leur tour. || (Adopté, sauf le dernier alinéa, et sauf les réserves formulées: (1) par la France en ce qui concerne la date d'application et la durée de la Convention; (2) par l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie en ce qui concerne la durée seulement; (3) par la Russie en ce qui concerne la prime sur les frontières d'Asie.) || Rédaction de MM. les Délégués Belges. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} Août, 1890. || Elle restera en vigueur pendant cinq années, à dater de ce jour, et dans le cas, où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'expiration de la dite période de cinq années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas, où une des Puissances Signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent jusqu'au 31 Octobre de l'année de la dénonciation la faculté de se retirer à leur tour à partir du 1^{er} Août de l'année suivante. || Si plus d'une Puissance voulait se retirer, une Conférence des Puissances Concordataires se réunirait à Londres dans les trois mois pour aviser sur les mesures à prendre. || (À discuter.)

ARTICLE XI. || Les dispositions de la présente Convention sont applicables aux Provinces d'Outre-Mer, Colonies et Possessions étrangères des Hautes Parties Contractantes. || Les Hautes Parties Contractantes conservent la faculté de se retirer pour un ou plusieurs de ces territoires de la manière et avec les conséquences indiquées à l'Article X. La même faculté est réservée également aux Colonies autonomes et aux Provinces d'Outre-Mer. || Dans le cas, où l'un de ces territoires désirerait se retirer de la Convention, une notification à cet effet sera faite aux Puissances Contractantes par le Gouvernement de la Métropole de la Province, Colonie, ou Possession en question. || (Adopté.)

ARTICLE XII. || L'exécution des engagements réciproques contenus dans la présente Convention est subordonnée, en tant que de besoin, à l'accomplissement des formalités et règles établis par les lois constitutionnelles de chacun des Pays Contractants. || La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées, à Londres, le 1^{er} Août, 1889, ou plus tôt si faire se peut. || (Adopté.)

Achtzehnte Sitzung, 7. Mai 1888.

M. le Président prie M. le Comte de Kuefstein de prendre place au fauteuil pendant quelques instants. || M. Sans-Leroy demande la parole. || Il dit que les Délégués Britanniques ont particulièrement insisté pour connaître l'opinion de la France sur une question qui a été l'objet d'une récente discussion, celle du régime applicable à la Belgique. Il doit déclarer aujourd'hui que, dans les nouvelles instructions adressées à ses Délégués, le Gouvernement Français insiste pour que le système Belge ne soit pas adopté. Cependant, à la dernière réunion, M. Guillaume a formulé des propositions nouvelles, et, bien qu'il n'ait pas grand espoir de les voir agréer, parce que les objections portent sur le principe même du système, M. Sans-Leroy se fera un devoir de les soumettre à son Gouvernement. En résumé, la France est hostile à tout système de prise en charge; mais ses Délégués ne manqueront pas de porter à la connaissance de leur Gouvernement les explications qui ont été fournies par M. Guillaume. || M. Guillaume fait remarquer que l'opposition faite par le Gouvernement Français au principe même des équivalents Belges ne se concilie guère avec la proposition formulée par ce Gouvernement pour ses raffineries. Il est évident que le système qu'il a proposé pour ces établissements ne peut être présenté que comme un équivalent au système adopté par les autres pays. Ce n'est donc pas sans quelque surprise que M. Guillaume rencontre, de la part des Délégués Français, une opposition aussi catégorique contre toute prise en charge; car il est évident que le régime de l'admission temporaire et de la saccharimétrie repose, comme le système de prise en charge Belge, sur une présomption de rendement. M. Guillaume rappelle qu'il a appuyé les propositions Françaises parce qu'elles reposaient sur les mêmes principes que le système Belge. Il aurait compris que les Délégués discutassent le taux de la prise en charge, mais non qu'ils fussent opposés au principe même du système. || En terminant, M. Guillaume prend acte de la promesse faite par M. Sans-Leroy d'en référer de nouveau à son Gouvernement. || M. Sans-Leroy déclare qu'il ne peut accepter l'assimilation que M. Guillaume voudrait établir. Il ne reprendra pas une discussion épuisée en exposant de nouveau comment le système Français met sous la main du fisc, par une surveillance ininterrompue des phases de la fabrication, la totalité du sucre effectivement obtenu sans qu'aucune parcelle puisse échapper à l'impôt. Mais, puisque M. Guillaume lui demande d'en référer à son Gouvernement, il tient à dire que les relations si courtoises qui existent entre les Délégués, lui font un devoir de déférer à ce désir; sans cela, les instructions qu'il a reçues sont si positives qu'il oserait à peine soumettre, de nouveau, la question à son Gouvernement. || M. le Baron de Worms reprend place au fauteuil. || M. le Président propose d'aborder la discussion de l'Article II. || M. Jordan dit qu'il n'a pas de nouvelles observations à faire sur l'Article II, mais qu'il s'intér-

Nr. 9692.
Konferenz-
Staaten.

esserait beaucoup à la discussion de cet Article si de nouvelles propositions étaient faites. A ses yeux, il conviendrait, peut-être, de renoncer à la règle de la discussion par ordre alphabétique, et de demander, d'abord, si personne n'a d'amendements à proposer. M. Jordan n'a rien à ajouter à la déclaration qu'il a faite à la seizième séance, dans les termes ci-après: — || "M. Jordan fait observer, en premier lieu, que l'Article II, tel qu'il a été formulé par la Commission, est incomplet; car il ne vise que les fabriques de sucre; il ne sait pas si le Gouvernement Allemand donnerait son adhésion à un Article établissant un régime pour les fabriques seulement; M. Jordan pense que son Gouvernement voudrait examiner en même temps les propositions relatives aux raffineries." || M. le Comte de Kuefstein déclare qu'il s'en réfère au Mémoire présenté par le Gouvernement Impérial et Royal, et dans lequel un seul et même régime est demandé pour les fabriques et pour les raffineries. Aux yeux de M. le Comte de Kuefstein, la question des raffineries est liée à celle des fabriques. Il n'a rien de particulier contre les stipulations de l'Article II tel qu'il a été rédigé par la Commission. Cependant, son adhésion définitive dépend de ce qui sera décidé sur l'Article III. || M. le Comte d'Onslow croit qu'il faut demander à chaque Délégué s'il accepte l'Article II dans le cas, où l'Article III lui donnerait satisfaction. || M. Guillaume n'a pas d'observations à faire. || M. de Barner pourrait accepter l'une ou l'autre des deux rédactions qui figurent au Projet de Convention; mais il préfère l'Article tel qu'il a été soumis à la Conférence par la Commission. || M. Batanero accepte l'Article II tel qu'il a été rédigé par la Commission; mais il entend qu'il doit être soumis à son Gouvernement avant de procéder à la signature de la Convention. || M. Sans-Leroy déclare qu'il accepte, en principe, l'Article II, tout en maintenant ses réserves, qui portent sur deux points principaux. D'une part, le mot "entrepôt" ne lui paraît pas avoir un sens bien défini. Il croit que le terme "exercice" le remplacerait avantageusement. D'autre part, des termes du quatrième alinéa: "Des livres de contrôle seront tenus sur une ou plusieurs phases . . ." il semble résulter qu'on pourrait se contenter de surveiller une seule phase de la fabrication. C'est sur ce point que M. Sans-Leroy fait toutes ses réserves; à ses yeux, l'exercice doit porter sur toutes les phases de la fabrication, de telle sorte que les constatations s'enchaînent et se contrôlent les unes par les autres. || Sous les réserves, qui ont déjà été faites au sein de la Commission, M. Sans-Leroy accepte l'Article II. || M. Pallain ajoute qu'en tant qu'il s'agit des fabriques, le travail en entrepôt ne peut signifier que l'exercice de ces établissements. Il ne peut suffire de cet engagement général pour compenser le régime rigoureux proposé par le projet Français. Quand les États représentés auront produit devant la Conférence les Lois et Règlements qu'ils entendent appliquer en conformité avec l'Article II, alors seulement on pourra en apprécier la portée. || M. Catalani déclare que, si tout le monde tombe d'accord, et malgré les inconvénients qu'un changement de régime peut avoir pour l'Italie, son Gouvernement acceptera l'Article II tel

qu'il a été rédigé par la Commission. M. Catalani retire donc les réserves qu'il avait formulées sur l'Article V. || M. Verkerk Pistorius n'a pas d'observations à présenter; il accepte l'Article II, rédigé par la Commission, naturellement dans la supposition que les autres Puissances l'acceptent de même. || M. Kamensky accepte l'Article II tel que la Commission l'a rédigé, mais en maintenant la réserve qu'il a déjà formulée, à savoir: que la Russie ne serait pas obligée à changer sa législation, laquelle donne des garanties complètes contre les primes. || M. le Président dit qu'en résumé, sous les réserves formulées par l'Allemagne, l'Autriche Hongrie, la France et la Russie, l'Article II est adopté. || M. Guillaume, rappelant la proposition qu'il avait faite concernant la constatation du volume et de la densité des jus, croit devoir reproduire les réserves qu'il avait faites au sein de la Commission et qui sont dans le même ordre d'idées que celles formulées par M. le Premier Délégué de la France. || M. Kamensky dit qu'il se propose de faire connaître les intentions de son Gouvernement lorsque l'Article II sera adopté. || M. le Président croit que le moment est venu pour faire cette déclaration. || M. Kamensky lit la déclaration suivante: — || Maintenant que l'Article II de la Convention est adopté, je crois que c'est un temps opportun et qu'il est de mon devoir de préciser la position du Gouvernement Impérial de la Russie vis-à-vis de cet Article. || Cet Article signale une manière pratique d'application du grand principe que nous admettons tous et qui est l'objet de notre Conférence, je veux dire le principe de l'abolition des primes. Tout en acceptant le droit des autres Puissances d'appliquer ce principe, dans la pratique, par les moyens énoncés dans l'Article II, que le Gouvernement Russe croit complètement efficace, et en accord avec les besoins et les circonstances de leurs pays, le Gouvernement pense, néanmoins, avoir atteint le même but, c'est-à-dire, l'abolition des primes, par le système de l'impôt de l'accise sur le sucre qui est en vigueur en Russie. Le Mémoire sur notre législation, que j'ai eu l'honneur de soumettre à la Conférence, donne, je crois, tous les détails de notre système, et je me flatte que ce système exclut toute possibilité de l'existence des primes déguisées. Si le Gouvernement avait l'intention de donner un encouragement à ses fabricants sous quelque forme par des primes déguisées, sa législation l'empêcherait de le faire, à moins de se mettre en connivence avec les fabricants et les laisser violer la loi; et j'ose croire que personne ne pourrait soupçonner un Gouvernement d'une conduite si peu loyale. Nous avons, dans nos usines, un exercice complet qui nous garantit le maximum d'un revenu considérable et croissant, comme le prouvent les chiffres de l'aperçu statistique incorporé dans le Mémoire, sur la législation présente. || Nous avons l'impôt sur le produit achevé, qui frappe du même taux tous les sucres bruts et raffinés, et, s'il y a restitution à l'exportation, elle est complètement identique à cet impôt; comparé avec celui perçu dans les autres pays, cet impôt est peu considérable, ce qui éloigne naturellement le désir de fraude. Cet ensemble des conditions, il me semble, donne des garanties de l'absence des primes

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

déguisées dans notre système et, sans nommer spécialement aucun de mes collègues, je crois que telle était l'impression de plusieurs d'entre eux, énoncée dans les premières séances de la Conférence. || "Dans ces circonstances, je dois exprimer ici, au nom de mon Gouvernement, qu'il n'a pas l'intention de faire de changement dans sa législation quant à l'impôt de l'accise sur le sucre qui est en vigueur, et présenter ici la rédaction d'une clause qui statuera sa position vis-à-vis de la Convention. || Le Gouvernement Impérial de Russie, vu que le système existant de l'impôt de l'accise sur le sucre basé sur la perception d'un taux uniforme sur tous les produits achevés, excepté la mélasse épuisée, donne toutes les garanties nécessaires contre les primes indirectes, a la faculté de conserver ce système sans y mettre aucun changement et de continuer la restitution identique à cet impôt à l'exportation." || M. Pallain craint que le système auquel le Gouvernement Russe ne veut pas renoncer, n'offre pas, aux co-contractants, des garanties suffisantes. La meilleure preuve que ce système prête à des abus, c'est que les statistiques fournies par M. Kamensky accusent un chiffre élevé pour le produit des amendes. || En résumé, les Délégués Français ne peuvent accepter que sous réserves les conclusions de la note lue par M. Kamensky. || M. le Comte de Kuefstein croit inutile de reproduire une fois de plus devant la Conférence les réserves qu'il a faites à ce sujet à plusieurs reprises et qui se trouvent consignées dans le Mémoire Austro-Hongrois. || M. Catalani dit qu'il désire réserver à son Gouvernement le soin d'apprécier la suite que comporte la déclaration faite par M. Kamensky. || M. Batanero déclare que le Projet de Convention sera soumis à l'appréciation de son Gouvernement, auquel il doit laisser le soin d'examiner si le système adopté par la Russie donne des garanties efficaces. || M. Verkerk Pistorius dit que, puisque tous les Délégués formulent des réserves, il doit observer la même attitude. Personnellement, il serait tout disposé à discuter la proposition Russe, d'autant plus que la législation de ce pays lui semble aboutir à un résultat qui est le contraire d'une prime. || M. le Président propose à la Conférence l'adoption de l'Article III. || M. Pallain demande à la Conférence s'il ne serait pas plus conforme à l'accord recherché d'ajourner la discussion de cet Article III, qui n'est pas à l'ordre du jour, jusqu'au moment où les Délégués seraient saisis de l'ensemble des législations préparées, ou à préparer, pour assurer l'exécution du Protocole du 19 Décembre et des dispositions du Projet de Convention. || On ne doit se prononcer sur cet Article qu'après examen des régimes respectifs de législation sucrière proposés, ou à proposer, par les États représentés. || M. Pallain a pour instructions de rechercher, autant que faire se pourra, un régime d'identité; mais il faut bien reconnaître que la Conférence est entrée, comme le disait son savant et expérimenté collègue, M. Guillaume, dans l'examen des régimes d'équivalence. Est-ce que la Conférence peut vraiment se prononcer par des dispositions générales, alors qu'elle n'a pas sous les yeux le texte même des Lois ou des Projets de Loi qui doivent, selon la forte expression du Président, donner à chacune des

parties l'assurance qu'elle aura les garanties qu'elle est en droit de demander, et sans lesquelles elle ne voudra pas faire partie de l'Union. Or, s'il est procédé par ordre alphabétique, comme d'usage, à l'examen des projets présentés, on vient à considérer l'Allemagne. M. Pallain reconnaît, après un examen approfondi de la Loi, que a été distribuée à la Conférence, qu'elle n'indique pas les moyens qui l'Allemagne entend adopter pour assurer, suivant le Protocole du 19 Décembre, la suppression de la prime. || M. Pallain ajoute qu'il a analysé la Loi Allemande, qu'il a eue déjà sous les yeux dans le "Bulletin de Statistique et de Législation Comparée" du Ministère des Finances de France du mois de Juillet 1887. L'impôt sur la matière première est maintenu, impôt réduit, il est vrai, combiné avec un second impôt sur la quantité effective mise en consommation, mais qui n'en laisse pas moins au fabricant un boni de rendement qui s'accroît en proportion de la richesse de la betterave employée. || La betterave rend 12 pour cent, en d'autres termes, il faut seulement 833 kilog. de betterave pour produire 100 kilog. de sucre brut. A partir du 1^{er} Août prochain, l'impôt sur la matière première sera de 80 pf. (1 fr.) par 100 kilog. de betteraves. Les 833 kilog. employés auront donc acquitté 8 fr. 33 c. Le drawback d'après la Loi qui entre en vigueur au 1^{er} Août sera de 8 M. 50 pf., soit de 10 fr. 63 c.; entre le drawback et le droit payé la différence sera de 9 fr. 33 c. par 100 kilog. de sucre brut, ou de 2 fr. 50 c. à 2 fr. 60 c. par 100 kilog. de sucre exprimé en raffiné. La prime sera plus forte si le sucre est exporté raffiné. || Le mode d'exercice n'est que très incomplètement indiqué. On laisse à l'autorité fiscale la faculté d'exiger ou de ne pas exiger certaines précautions indispensables. Le mode de surveillance n'est guère à comparer au système de l'exercice tel qu'il fonctionne en France depuis 1852. || En somme, cette Loi de 1887, qui dessine un mouvement vers la suppression des primes, comme l'a dit M. Jordan, devra subir de très sensibles modifications pour se mettre en harmonie avec la Loi qui doit procurer la suppression des primes "ouvertes ou déguisées" conformément à l'Article 1^{er} du Projet de Convention. || M. Pallain espère que les Délégués Britanniques, qui ont rédigé l'Article II, voudront bien se joindre à lui pour demander que la discussion en soit ajournée après l'examen détaillé des Lois présentées ou à présenter. Comment pourrait-on apprécier les avantages ou les inconvénients réciproques des législations avant de les avoir examinées? || Il n'est guère douteux que l'Article III constitue un avantage immédiat, au profit exclusif des pays qui n'ont pas d'impôt sur le sucre, puisqu'il entraîne des charges et des gênes d'une nature spéciale pour les pays à l'impôt. || On sait bien à Londres que les charges que l'application de l'Article III entraîne se traduisent pour l'industriel par une fabrication plus coûteuse. C'est l'Angleterre qui la première a inscrit dans les Traités de 1860 le principe d'une compensation pour les charges que l'exercice impose. Les alcools Anglais acquittent, par hectolitre 477 fr.; les alcools Français, alors qu'ils ont droit à l'égalité de régime, d'après les dispositions générales de notre

Nr. 0632.
Konferenz-
Statten.

Traité, sont imposés à 495 fr. Le distillateur Anglais obtient ainsi, en compensation des gênes que l'exercice lui impose, une différence d'impôt de 18 fr. || Aussi, dans les Conférences antérieures, on n'hésitait pas à dire — et on avait raison — que les pays sans impôt étaient placés dans des conditions privilégiées. || M. Pallain exprime le regret qu'avant de connaître les charges et compensations qui résulteront pour chacun des Hautes Parties Contractantes de l'ensemble des législations adoptées pour assurer l'exacte et scrupuleuse application de la Convention, MM. les Délégués Britanniques, Représentants d'un pays sans impôt, croient devoir insister pour la discussion et l'adoption immédiate de l'Article III. || M. Pallain termine en rappelant que la moindre inégalité maintenue ou établie peut changer les conditions de libre concurrence que chacun veut s'assurer et assurer à son voisin. Il persiste dans son opinion déjà exprimée que l'examen préalable ou concomitant des Lois et Règlements s'imposait à la Conférence, et pour se conformer au programme arrêté par les Délégués Britanniques, et pour atteindre, lentement mais sûrement, le but commun des efforts de toutes les Puissances représentées. || M. le Président fait observer qu'il serait difficile de discuter tous les projets à la table de la Conférence. || M. Pallain répond que la Conférence ne pouvant régler la question par la voie d'identité des régimes, comme le voudraient ses instructions, est entraînée à recourir à la méthode des équivalents. Mais comment arriver par cette voie à un résultat si on n'a pas sous les yeux les régimes proposés par chaque Gouvernement? Dans le discours par lequel il a clos la première session de la Conférence, M. le Président a déclaré que les Délégués à leur retour trouveraient ici les Projets de Loi par lesquels les Gouvernements se proposent de réaliser la suppression des primes, et qu'ils y rencontreraient toutes les garanties sans lesquelles aucune Puissance ne saurait aliéner sa propre liberté. Ces projets, qui devaient être élaborés spécialement en vue d'appliquer les principes proclamés par la Conférence, ne sont pas encore entre ses mains. Pourquoi donc veut-on faire porter aujourd'hui la discussion sur un point qui affecte particulièrement le système Français, alors que l'on ne sait pas encore ce que seront les législations des autres pays? Tant que la France ne peut pas comparer les législations étrangères à la sienne, elle n'est pas en état d'apprécier les concessions que, dans d'autres circonstances, elle pourrait faire au succès de l'œuvre commune. || M. Jordan sait bien que la Loi Allemande, dont le texte a été distribué aux Délégués, n'est pas précisément le projet que réclamait le Protocole du 19 Décembre. Cette Loi contient évidemment des dispositions qui ne sont pas conciliables avec les principes de la Convention. Mais il est bien entendu qu'en acceptant la Convention, le Gouvernement Allemand s'engagerait par cela même à les supprimer. || M. Walpole dit que l'Article III énonce un principe, et il ne voit pas pourquoi on ne peut pas statuer sur ce principe avant de passer à l'examen des projets d'application. || M. Verkerk Pistorius fait remarquer que, si la Loi Allemande ne répond pas pleinement aux vœux du Protocole, elle indique,

cependant, d'une manière générale, les bases d'après lesquelles le Gouvernement Allemand compte réaliser l'abolition des primes. Sans doute, il serait intéressant de connaître les règlements dans tous leurs détails; mais il n'est pas tout à fait exact de dire qu'on ne sait pas ce que fera l'Allemagne. || M. Jordan croit qu'il y a un malentendu. La Conférence n'a-t-elle pas institué une Commission Permanente qui sera chargée "d'examiner si les Lois, Arrêtés et Règlements relatifs à l'imposition des sucres sont conformes aux principes arrêtés par la Convention?" Pourquoi dès lors s'occuper de ces détails au sein de la Conférence? || M. Catusse dit que M. Jordan vient de mettre le doigt sur un point délicat. C'est là, en effet, que se trouve le malentendu, point de départ de toutes les divergences d'opinion qui viennent de se manifester. Dans la pensée de M. Jordan, la Conférence a délégué à la Commission instituée par l'Article VIII une partie du mandat qu'elle avait reçu, en la chargeant d'examiner les projets d'application dressés par les États Contractants. Or, la France n'a pas accepté sans réserves ce transfert des attributions de la Conférence. M. Catusse rappelle que des réserves ont été formellement exprimées par chacun des Délégués Français. || Personnellement il a tenu à préciser de la manière la plus positive que, dans sa pensée, les Lois et Règlements devraient faire, comme documents annexes, partie intégrante de la Convention, et que dès lors c'est à la Conférence elle-même qu'il appartenait de les sanctionner. || M. le Président invite les Délégués à faire connaître leur manière de voir sur l'Article III. || M. le Comte de Kuefstein dit que, dans sa pensée, il y a entre l'Article II et l'Article III une connexité qui ne permet pas de les apprécier l'un sans l'autre. Il ne voit, à première vue, rien qui puisse l'empêcher de se rallier à l'Article III. Cependant, avant de donner une adhésion plus définitive, il désire se réserver le temps d'examiner de plus près la nouvelle rédaction. Il désirerait surtout obtenir des explications sur le point de savoir si le deuxième alinéa constitue une exception à la règle posée par le premier alinéa, ou bien seulement des mesures complémentaires. Le mot "cependant" ne lui paraît pas assez clair. Sur l'explication que la dernière version est celle qui est exacte, il accepte cette interprétation comme répondant à ses idées. || M. Guillaume n'a pas d'objection à faire sur l'Article III; mais, étant bien entendu que le deuxième alinéa de la rédaction Britannique ne restreint pas la portée du premier, il n'en comprend pas l'utilité. Il est évident qu'on ne peut empêcher un Gouvernement d'employer tous les moyens de contrôle qu'il jugera nécessaire. || M. de Barner accepte la rédaction Britannique, quoique le deuxième alinéa ne lui paraisse pas nécessaire. || M. Batanero, au nom de son Gouvernement, accepte la rédaction des Délégués Britanniques. || M. Sans-Leroy renouvelle ses réserves. Puisque, malgré l'opposition des Délégués Français, la Conférence a cru devoir aborder la discussion de l'Article III, il répète, une fois de plus, qu'il repousse absolument cet Article, mais qu'il en référera à son Gouvernement. M. Sans-Leroy ajoute qu'il ne comprend pas comment, étant donné l'attitude prise

No. 9682.
Konferenz-
Staaten.

Nr. 0632.
Konferenz-
Staaten.

jusqu'ici par la Belgique, M. Guillaume a pu se rallier à l'Article III. || M. Guillaume répond qu'il est évident qu'il n'accepte ce système que pour les autres, puisque l'Article suivant fait une exception en faveur de la Belgique. || M. Catalani dit qu'il n'a pas eu le temps de se rendre compte de la portée de l'Article III et qu'il en référera à son Gouvernement. || M. Verkerk Pistorius dit que les Délégués des Pays-Bas n'ont pas d'objections à faire valoir contre l'Article III. Mais il croit que la proposition, qu'ils ont formulée comme moyen de transaction, doit être maintenue. Il s'en réfère à la note qu'il a rédigée à l'appui de sa proposition (voir l'Annexe B au procès-verbal de la seizième séance). || M. Kamensky est disposé à se rallier à la rédaction des Délégués Britanniques. Mais il ajoute que, l'avis de la Conférence n'étant pas unanime, il y a lieu de prendre, en même temps, la rédaction des Délégués des Pays-Bas ad referendum. || M. Jordan se rallie à la manière de voir qui a été exprimée tout à l'heure par M. le Comte de Kuefstein. Il accepte l'Article III; mais il fait, quant aux détails, les mêmes réserves que sur l'Article II. || M. le Président résume la discussion. || M. Jordan demande à M. Verkerk Pistorius des explications sur sa proposition. || M. Verkerk Pistorius répond qu'il a donné par écrit toutes les explications nécessaires. Il estime que sa proposition doit être examinée à tête reposée. Personnellement, il accepte la rédaction Britannique; mais, quoiqu'il n'ait pas qualité pour parler au nom des Délégués Français, il croit pouvoir exprimer l'avis que sa rédaction serait plus aisément conciliable avec leur manière de voir. || M. Sans-Leroy est obligé de dire qu'il ne peut prendre cette proposition que sous réserve. Il rend hommage à l'esprit de conciliation de M. Pistorius et le remercie des sentiments qui ont inspiré sa proposition. Il la soumettra à l'appréciation du Gouvernement Français. || M. le Président dit que l'Article III, rejeté par la France, est adopté en principe par les autres pays sous les réserves formulées par l'Allemagne et par l'Autriche-Hongrie, et qu'en ce qui concerne le deuxième alinéa, la rédaction des Délégués des Pays-Bas sera soumise ad referendum aux Gouvernements. || M. le Président met en discussion l'Article VI. Il donne lecture de la rédaction proposée par MM. les Délégués Espagnols: — || "Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prohiber l'importation des sucres et des glucoses provenant des pays qui accordent des primes, ou à leur imposer un surcroît de droits, ou un droit compensateur qui ne pourra être inférieur au montant des primes." || M. Jordan dit qu'il ne peut que se référer au Mémoire présenté par son Gouvernement. Il donne lecture du passage suivant: — || "A ce point de vue il importerait que certaines précautions fussent prises pour empêcher que l'un ou l'autre des États Contractants adopte des mesures au moyen desquelles il se soustrairait à l'engagement de ne donner aux sucres, ni ouvertement ni sous une forme déguisée, des primes d'exportation. || A cet effet on pourrait créer quelque organe international qui constaterait toute violation ouverte ou déguisée de la Convention, et l'on pourrait se concerter sur des mesures à prendre à l'égard de l'État

manquant à ses engagements. || Des mesures analogues pourraient être adoptées contre tout État qui ne prendra pas part à la Convention ou qui, après y avoir accédé, s'en séparerait à l'avenir." || Avant d'avoir sous les yeux, dans la forme où elle se présente aujourd'hui, la proposition des Délégués Espagnols, le Gouvernement Allemand avait donc donné à ses Délégués des instructions sur la sanction que la Convention lui paraît comporter. Sur certains points, cependant, ces instructions ne sont pas aussi radicales que l'Article rédigé par MM. Dupuy de Lome et Batanero. Sans aller jusqu'à prévoir la prohibition des sucres primés, le Gouvernement Allemand jugeait que ces sucres pouvaient et devaient être frappés d'une surtaxe équivalente au montant de la prime. D'un autre côté, il ne lui paraissait pas nécessaire que tous les Gouvernements s'engageassent à établir ces droits. Il suffisait, à ses yeux, que la mesure fût prise à l'importation dans le Royaume-Uni. M. Jordan ajoute que, dans son opinion personnelle, la proposition Espagnole telle qu'elle est aujourd'hui formulée, répond aux vues de son Gouvernement, mais que, toutefois, il n'a pas reçu, à cet égard, de nouvelles instructions. || M. le Comte de Kuefstein se réfère au Mémoire présenté par son Gouvernement, dans lequel il est dit: „La proposition faite par les Délégués de l'Espagne, et qui consiste à imposer un droit compensateur, semble le meilleur, sinon le seul, moyen d'engager les pays qui voudraient rester passifs à donner leur adhésion à la Convention, et de soustraire le sucre de betterave à la concurrence funeste que lui fera le sucre de provenance coloniale, lorsque la production de celle-ci augmentera grâce à la suppression des primes; ce droit compensateur devrait être fixé à un taux qui empêcherait son action d'être illusoire, et frapper non seulement le sucre primé actuellement, mais aussi le sucre de tous les pays qui n'auraient pas adhéré à la Convention. || C'est par ce moyen seul que la Convention peut devenir possible. Car, s'il est permis de supposer que, dans l'idée de la Conférence, une telle Convention ne pourrait pas être créée sans la coopération des principaux États qui ont déjà adhéré aux principes qu'elle a émis, nous pensons que, pour la maintenir en vie, on devra aller encore plus loin; car dès son premier jour son existence ne cessera d'être en danger tant que manquent à l'Union les États-Unis, le Brésil, et non seulement presque toutes les Colonies de la Grande-Bretagne, mais aussi celles de la France, de l'Espagne et des Pays-Bas, dont la concurrence prendrait immédiatement de nouvelles forces et pourrait arriver à un développement qu'il est à présent impossible d'entrevoir." || On trouvera, peut-être, que le Gouvernement Austro-Hongrois donne une extension bien large à la clause pénale. Mais, à ses yeux, cette clause doit être un moyen d'action sur les pays qui hésiteraient encore pour les faire entrer dans l'Union. Si les droits compensateurs ne sont stipulés que contre les Pays Contractants qui se rendraient fautifs, il n'y aurait aucune incitation pour entrer dans la Convention, et celle-ci serait exposée au danger de rester incomplète. Or, il peut se produire telles circonstances où des primes accordées par des Pays Non-Con-

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

tractants viendraient jeter la perturbation dans les marchés. C'est pour cela que l'Autriche-Hongrie demande que les droits compensateurs s'étendent à tous les Pays Contractants et Non-Contractants, et qu'ils soient fixés au moins à la hauteur de la prime la plus élevée. C'est ainsi qu'on pourrait espérer amener à la signature tous les pays dont le concours a été posé comme condition par plusieurs Puissances. || M. Guillaume donne lecture du passage suivant du Mémoire présenté par le Gouvernement Belge: — || „Le Gouvernement Belge est d'avis que le bénéfice de tous les dégrèvements ou avantages douaniers quelconques concédés par un pays à un autre doit être acquis de plein droit à toutes les nations jouissant dans le premier pays du traitement de la nation la plus favorisée. || Cette thèse a toujours été énergiquement défendue par la Belgique chaque fois qu'un Gouvernement étranger a semblé vouloir y porter atteinte. || Si d'autres pays ne donnaient pas la même portée à la clause dont il s'agit, on aurait à apprécier les considérations par lesquelles ils justifieraient leur opinion.” || M. Guillaume n'a rien à ajouter à ces observations. || M. de Barner dit que, dans la pensée du Gouvernement Danois, la proposition soumise à la Conférence ne peut se concilier avec la clause dite de la nation la plus favorisée. Il ne peut prendre la proposition de MM. les Délégués Espagnols que sous réserves, et il se rallierait plutôt à la rédaction qui a été proposée par le Gouvernement Néerlandais, et qui fait dépendre les mesures à prendre d'une entente nouvelle. || M. Sans-Leroy dit que le Gouvernement de la France est resté sur le terrain où il s'est placé quand il a accepté l'invitation qui lui était faite par le Gouvernement Britannique, de prendre part à une Conférence sur la question des sucres. Il avait mis pour condition à cette adhésion que tous les États producteurs ou raffineurs de sucre seraient représentés à la Conférence. C'est, du reste, ce qu'avaient fait également les Gouvernements de l'Allemagne et de l'Autriche-Hongrie. A la question qui lui est aujourd'hui posée, le Gouvernement Français répond que, si les conditions dans lesquelles il a accepté l'invitation sont remplies, c'est-à-dire, si tous les pays sont liés par la Convention, il ne lui paraîtrait pas impossible de frapper d'une sanction pénale ceux qui se soustrairaient à leurs engagements. || M. le Président demande comment, dans la pensée du Gouvernement Français, doivent être traitées les Puissances Non-Signataires. || M. Sans-Leroy répond que le cas n'était pas à prévoir, la France ayant dit qu'elle ne traiterait que si tous les États intéressés donnaient leur adhésion. || M. Catalani n'a pas encore reçu ses instructions; mais il croit pouvoir se rallier à la majorité. || M. Verkerk Pistorius dit que, sans doute, il serait désirable d'avoir une clause pénale, mais qu'à son avis, la proposition des Délégués Espagnols ne tient pas assez compte des Traités de Commerce, et, en particulier, de la clause de la nation la plus favorisée. C'est dans cet ordre d'idées que le Gouvernement des Pays-Bas a proposé une rédaction qui pose le principe d'une clause pénale, mais qui laisserait le soin d'en régler l'application à une entente nouvelle. On trouvera, peut-être, que cette proposition est trop vague;

mais M. Pistorius croit qu'en la discutant on arriverait à lui donner la précision qui lui fait défaut. || M. Kamensky remet à M. le Président le document ci-après, dont il le prie de donner lecture:— || "Le Gouvernement Impérial Russe, après avoir examiné la proposition des Délégués Espagnols relative à la prohibition de l'importation de sucre étranger primé, autrement 'la clause pénale', exprime toute sa sympathie à cette proposition, vu que les droits compensateurs indiqués comme alternative ne pourraient jamais être déterminés avec la précision nécessaire, et dans le cas où la Convention Sucrière sera conclue et ratifiée avec la clause pénale dont il s'agit, le Gouvernement Impérial profitera du délai restant jusqu'à sa mise à exécution pour la mettre en harmonie avec les Traités de Commerce existants avec les Puissances étrangères; mais il est bien entendu que cette clause ne sera pas applicable à la Russie jusqu'au terme fixé par la Loi existante, concernant les primes d'exportation, en Asie, c'est-à-dire, jusqu'au 1^{er} Mai, 1891." || M. le Président dit que le moment est venu de faire connaître les vues du Gouvernement Britannique. Ces vues sont exprimées dans la proposition suivante, que M. le Président, au nom de son Gouvernement, soumet aux délibérations de la Conférence:—

„A partir de la mise en vigueur de la présente Convention, tout sucre brut, sucre raffiné, ou glucose provenant des pays, possessions étrangères, Colonies, ou provinces d'Outre-Mer, qui maintiendraient le système des primes ouvertes ou déguisées à l'exportation des sucres, sera exclu des territoires des Hautes Parties Contractantes. || Le fait de l'existence, dans un pays, possession étrangère, Colonie, ou province d'Outre-Mer, d'un système donnant des primes ouvertes ou déguisées sur le sucre ou sur la glucose, sera constaté par un vote des Puissances Signataires de la présente Convention. || La Commission Internationale établie par l'Article VIII est chargée de prononcer ce vote. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre ou à proposer à leurs Législatures respectives les mesures nécessaires pour obtenir ce résultat. || "Pour exclure du territoire d'une des Hautes Parties Contractantes les sucres sur lesquels ont été payées des primes ouvertes ou déguisées, il suffira que cette Puissance exclue ces sucres par un droit qui doit excéder la prime, au lieu de les frapper d'une prohibition absolue." || M. Dupuy de Lome dit que les Délégués de l'Espagne se félicitent de la déclaration qu'ils viennent d'entendre. Si leur proposition ne devait pas être adoptée, l'opinion émise contre les primes et sur l'interprétation de la clause de la nation la plus favorisée par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, et la déclaration par laquelle le Gouvernement Impérial d'Allemagne reconnaît à tout pays le droit de frapper d'un impôt compensateur tout article qui reçoit une prime, donneraient à la Conférence des Sucres, alors même qu'elle n'aboutirait pas à une Convention, une grande et haute importance pour la liberté et l'équité des transactions internationales. || M. Batanero croit avoir entendu que la proposition Britannique laisse le choix entre la prohibition et les droits compensateurs. Cette proposition renferme les mêmes points que la proposition des Délégués Espagnols,

Nr. 9052.
Konferenz-
Staaten.

dont elle n'est que le développement plus complet, et vise tous les pays qui donnent des primes. || M. le Président répond affirmativement, en ajoutant, toutefois, que des droits compensateurs devront être supérieurs aux primes et qu'ils équivaudront, par suite, à une prohibition. || M. Jordan croit avoir compris que la sanction pénale s'applique à tous les Pays Non-Contractants qui donneront des primes, aussi bien qu'aux Pays Contractants. || M. le Président répond affirmativement. || M. Verkerk Pistorius demande s'il n'est fait aucune exception en raison des Traités de Commerce, aucune réserve à l'égard des pays qui jouissent de la clause de la nation la plus favorisée? || M. le Président répond que la proposition faite ne comporte aucune exception. || La discussion des Articles VI et VII est mise à l'ordre du jour, aussi bien que la question des frais de la Commission Internationale.

Neunzehnte Sitzung, 8. Mai 1888.

L'ordre du jour appelle la discussion de la proposition de MM. les Délégués des Pays-Bas relative aux surtaxes.

M. Verkerk Pistorius parle en ces termes: — : “La Conférence connaît la manière de voir du Gouvernement des Pays-Bas au sujet de cette question. Je crois avoir déjà démontré, dans la séance du 14 Décembre, que les droits de douane n'agissent pas seulement comme protection à l'intérieur, mais, en certaine mesure, absolument dans le même sens que les primes à l'exportation. Dans le Mémoire que nous avons eu dernièrement l'honneur de soumettre à la Conférence, et qui est imprimé comme Annexe (C) au procès-verbal de notre douzième séance, nous avons exposé la même idée d'une manière plus détaillée, et nous croyons avoir établi que les surtaxes, si elles sont trop élevées, poussent nécessairement à l'exportation en stimulant outre mesure la production et en permettant aux fabricants d'offrir leurs sucres à meilleur marché sur les marchés étrangers. Je ne répéterai pas ce que j'ai déjà dit plusieurs fois, mais je me permettrai d'appeler l'attention de la Conférence sur un frappant exemple de ce que je viens d'avancer. En Russie, avant 1885, le Gouvernement n'accordait aucune prime. Au contraire, le remboursement au taux unique des droits était défavorable à l'exportation. Pourtant le Gouvernement dut se décider à venir en aide aux industriels, afin de débarasser le marché, en leur accordant une prime de 80 copecks par poud (presque 11 fr. par 100 kilog.). La fabrication s'était accrue de plus d'un tiers dans le cours d'une seule année (de 344 000 tonnes en 1884-85, à 414 000 tonnes en 1885-86). La consommation Russe est évaluée à environ 360 000 tonnes par an. Quelle était la cause de cet excès de production? Rien d'autre que la surtaxe sur les sucres étrangers, qui, à cette époque, si je ne me trompe pas, se chiffrait à plus de 46 fr. par 100 kilog. pour les sucres bruts entrant par la Mer Noire, et à plus de 48 fr. pour les autres. Cela est tellement vria, et on le comprend si bien en Russie même, que le Ministre des Finances

y est expressément autorisé à proposer une réduction des droits d'entrée en cas de hausse des prix du sucre. || Le droit actuel sur les sucres bruts étrangers en Russie est, je crois, de 1.60 roubles d'or par poud, soit de 36 fr. par 100 kilog. Cette diminution de la surtaxe suffira-t-elle pour prévenir une répétition du fait que l'on redoute? Je crains que non, et je crois qu'on n'en est pas bien sûr en Russie. En effet, il est constaté dans le Mémoire qui nous a été communiqué par M. Kamensky lors de notre première réunion, qu'après l'abolition des primes le 1^{er} Juillet, 1886, l'exportation a cessé pendant le reste de l'année, mais qu'à partir du commencement de 1887, elle a repris, quoiqu'avec moins de vigueur. A mon opinion, avec le système défavorable à l'exportation qu'on a en Russie, il y a là un signe certain d'excès de production, et cette cause de trouble dans la marche régulière de l'industrie ne cessera pas de se faire sentir à moins d'abaisser la surtaxe à un montant qui suffit à défendre le marché intérieur contre l'invasion des sucres étrangers, sans permettre aux fabricants d'imposer les consommateurs outre mesure. || L'exemple de la Belgique, sur lequel j'ai déjà appelé l'attention de la Conférence en Décembre dernier, prouve la même chose. Depuis qu'elle perçoit une surtaxe de 15 pour cent sur les sucres étrangers, ses raffinés envahissent de plus en plus les Pays-Bas. D'après nos renseignements, les raffineries Belges auraient travaillé, en 1887, environ 70 000 tonnes de sucre brut, qui auraient produit 62 000 tonnes de raffiné, dont 17 000 tonnes pour l'exportation. Toutes les raffineries augmenteraient leur force de production et la raffinerie Tirlemontoise se serait organisée de façon à pouvoir travailler, à elle seule, 50 000 tonnes de sucre brut. Il ne fait pas l'ombre d'un doute que la surtaxe de 15 pour cent, imposé en 1885, est pour beaucoup dans cette prospérité et pousse largement à augmenter la fabrication. || Je m'en tiendrai à ces exemples, par lesquels je crois avoir démontré que les surtaxes ont, en certaine mesure, absolument le même effet que les primes directes à l'exportation. Mais il est un autre point sur lequel je dois appeler l'attention de la Conférence. Le Mémoire de l'Autriche-Hongrie fait remarquer avec beaucoup de justesse qu'il faudra un appât pour engager les autres Puissances à entrer dans la Convention. La clause pénale ne suffira pas à cet effet, parce qu'elle ne s'appliquera qu'aux pays qui donnent des primes. Or, quels avantages les stipulations que nous avons jusqu'ici discutées, offrent-elles aux Puissances Non-Contractantes? Et pourquoi celles-ci entreraient-elles dans la Convention? Pour faire examiner et juger leur législation par une Commission Internationale, ou pour contribuer aux frais de notre Bureau? Je crois que, jusqu'ici, il n'a été question entre nous que d'obligations réciproques, nullement d'avantages, et que, dans un autre ordre d'idées aussi, nous devons limiter les surtaxes puisqu'il ne serait vraiment pas logique de continuer à nous traiter réciproquement comme pays à primes, alors que nous sommes engagés à en plus en donner. Il faut nécessairement qu'il y ait quelque différence sous ce rapport entre les Pays Contractants et les autres. || La Russie, comme

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

nous venons de le voir, a un droit de douane de plus de 36 fr.; la différence entre le droit d'entrée et les taxes en Espagne revient à peu près à ce même chiffre, l'Autriche-Hongrie applique aux sucres étrangers un droit de 20 fl. représentant une surtaxe d'environ 11 fl. Ce sont là de véritables droits prohibitifs, et, pour appliquer les clauses pénales qui nous sont proposées ces pays n'auront rien à faire. Ils appliquent déjà maintenant le régime de la prohibition, même à leurs futurs co-contractants." || M. Pallain dit que, M. le Président ayant bien voulu remettre en discussion la question des surtaxes et permettre ainsi à chaque Délégué de manifester librement son opinion, il en profitera pour soumettre aux Délégués Britanniques un des points de vue sous lesquels cette question lui semble pouvoir être envisagée. On admettra sans conteste que le but de la Conférence est d'assurer à tous le pays producteurs, par la suppression des primes à l'exportation, l'égalité de concurrence sur les marchés tiers, et principalement sur le marché Anglais. Cette égalité, les Contractants la retrouveront-ils, si l'Angleterre, usant elle-même de la liberté que chaque pays entend se réserver quant à son Tarif Douanier, songeait un jour à établir un régime différentiel entre les sucres de ses Colonies et ceux des autres provenances. L'Angleterre possède aujourd'hui un régime douanier qui ne comporte aucun Tarif différentiel. Mais peut-on avoir la certitude que, dans l'avenir, il ne surgira aucune circonstance qui serait de nature à engager l'Angleterre dans une voie différente? || M. Pallain appelle l'attention des Délégués Britanniques sur ce point qui, d'ailleurs, est relevé dans le Mémoire produit, au début de la présente session, par le Gouvernement des Pays-Bas. || M. Jordan ne peut que répéter ce qu'il a déjà dit précédemment, et qui est contenu dans le Mémoire présenté par son Gouvernement, c'est que l'Allemagne désire que la question des surtaxes ne soit pas introduite dans le programme de la Conférence. Son Gouvernement tient à conserver, sur ce point, son entière liberté d'action. || M. le Comte de Kuefstein dit que, si la question des surtaxes n'a pas été touchée dans le Mémoire Austro-Hongrois, c'est qu'on ne considérerait pas que cette question fût soumise aux délibérations de la Conférence. Il ne pourrait donc pas adhérer à la proposition de M. Verkerk Pistorius. Il ne méconnaît pas la valeur de ce qu'a dit M. le Premier Délégué des Pays-Bas sur la nécessité d'offrir certains avantages aux États qui hésiteraient d'entrer dans la Convention. Il ne va pas jusqu'au point de partager l'avis qui a été exprimé au cours de la première session et d'après lequel il serait contradictoire d'abolir les surtaxes, alors qu'on en établit de nouvelles sous le nom de droits compensateurs. || M. le Comte de Kuefstein admet parfaitement que l'abolition des surtaxes formerait un appât efficace. Mais il ne croit pas que la question soit assez mûre pour être résolue d'une manière aussi complète ni qu'elle entre dans le cadre du mandat de la Conférence. La Conférence est réunie pour arriver à l'abolition des primes. M. le Comte de Kuefstein ne croit pas qu'il soit possible, pour le moment, d'aller plus loin. Le sucre se trouve, vis-à-vis des autres articles de commerce,

dans une situation particulière, puisque, depuis un quart de siècle il jouit de primes, tandis que les autres articles n'en ont pas. C'est déjà un grand pas de réduire le sucre aux mêmes conditions que les autres articles. En allant jusqu'à la proposition de M. Verkerk-Pistorius, on le placerait dans une situation plus désavantageuse, puisqu'on lui enlèverait à la fois l'encouragement pour l'exportation et la protection à l'intérieur. M. Verkerk Pistorius a reconqu lui-même pour chaque pays le droit de réserver son marché intérieur, et de ne pas le laisser envahir par les sucres des pays étrangers. La suppression des primes était le premier but à suivre; car les primes imposent au Trésor des charges énormes, et faussent, sur tous les marchés, les conditions de la concurrence et des prix. Mais au moment, où l'industrie va être obligée de renoncer au bénéfice que les primes lui procurent depuis si longtemps, il ne conviendrait pas de lui imposer un nouveau sacrifice en l'abandonnant à la concurrence des sucres étrangers sur son propre marché. Tels sont les motifs pour lesquels le Gouvernement Austro-Hongrois ne saurait adhérer à la proposition de M. Pistorius; il entend conserver sa liberté d'action absolue pour les droits d'entrée. || M. Guillaume croit avec M. Pistorius, que les surtaxes peuvent être assimilées à des primes déguisées, et qu'elles sont dès lors en opposition avec les principes sur lesquels repose la Convention. Il se rend compte, cependant, des difficultés que rencontrerait la suppression des surtaxes. C'est pour cela qu'au cours de la première session il avait formulé une proposition qui tendait simplement à en interdire l'augmentation. M. Guillaume maintient cette proposition de conciliation et demande qu'elle soit remise en discussion, si la proposition plus radicale de M. Pistorius n'est pas adoptée. || Aux arguments présentés par M. Pistorius, M. Guillaume ajoutera qu'en France, les surtaxes ont eu pour effet de maintenir entre le marché de Londres et le marché de Paris une différence de 3 fr., qui constitue une véritable prime indirecte. Il conteste, d'ailleurs, que, par l'abolition des surtaxes, le sucre soit traité d'une manière plus dure que la plupart des autres marchandises. || M. Guillaume termine en disant qu'à son avis la suppression des surtaxes serait, dans l'intérêt général, une excellente mesure. Elle serait, d'ailleurs, conforme à tous les précédents. Dans les Conférences antérieures, les Puissances ont toujours fait abandon de toute espèce de surtaxe sur les sucres des pays co-contractants. On ne concevait pas alors qu'on pût faire une Convention tout en maintenant des barrières entre les différents États qui formaient l'Union Sucrière. || En résumé, M. Guillaume demande la suppression des surtaxes, et, si cette manière de voir n'est pas acceptée, il en reviendra à sa proposition de conciliation. || M. de Barner dit que son Gouvernement s'est déclaré, dans son Mémoire, contre la suppression des surtaxes, "voulant garder sa liberté de maintenir ou d'adopter des mesures ayant pour but de réserver le marché du pays à la production nationale." Il ferait donc toutes réserves si l'Article VII est adopté. || M. Batanero dit que les Délégués de l'Espagne croient que les propositions présentées par les hono-

Nr. 5632.
Konferenz-
Staaten.

rables Délégués des Pays-Bas et de la Belgique au sujet de la suppression, ou, en tout cas, de la limitation des surtaxes, entre les Hautes Parties Contractantes, n'entrent pas dans le programme de la Conférence. " Il n'aurait pas été facile, en outre, de faire consentir unanimement tous les pays convoqués à l'opportunité et à l'utilité de la discussion de cette question. " MM. les Délégués des Pays-Bas, dans leur dernière proposition, croient, cependant, qu'en prenant les primes dans leur sens le plus large, les surtaxes sont une manière indirecte de les accorder. Leur examen, par conséquent, disent-ils, est compris dans le premier point de la Circulaire du 2 Juillet, 1887, signé par le Premier Ministre de Sa Majesté Britannique, visant " les moyens propres à remédier au dérangement qu'ont subi les industries de la fabrication et du raffinage du sucre, en tant que ce dérangement est dû à l'action des Gouvernements. " || Qu'il soit permis de contester cette manière de voir la question.

M. le Marquis de Salisbury expose dans la Circulaire les raisons qui l'ont rendue nécessaire: — || "1. La recommandation faite à la Chambre des Communes l'année 1880 par la Commission de l'Industrie Sucrière visant que tous les États producteurs de sucres soient invités à une Conférence, dans le but d'arriver à une entente relative à la suppression des primes. || 2. L'invitation faite, sans résultats, pour donner suite à cette recommandation, aux Gouvernements de l'Autriche-Hongrie, de l'Allemagne, de la France, de la Belgique, et des Pays-Bas pour élaborer un système d'impôt qui supprimerait les primes à l'exportation. || 3. Les dispositions plus favorables dans lesquelles le trouvent aujourd'hui les Gouvernements les plus intéressés aux primes." || Is n'y a pas d'autre raison dans la Circulaire. Elle ne vise non plus aucune autre idée que la suppression des primes. || La Circulaire ne soulève directement ni indirectement la question des surtaxes. C'est pourtant une question si importante qu'elle ne pourrait être proposée que directement. || Il est donc plus que probable qu'aucune des Puissances convoquées, à l'exception de la Belgique et les Pays-Bas, n'auraient accepté ce programme. La France, qui, dans les Conférences de 1876-77, a admis ce principe dans l'Article X du projet de Convention, alors arrêté entre elle, l'Angleterre et les deux pays cités, aujourd'hui ne l'admet pas. || Il n'est pas étonnant, alors, que ces quatre nations, dont les systèmes économiques comportaient, à cette époque-là, le libre-échange, aient convenues d'introduire, entre elles, ce principe, et que M. Teisserenc de Bort, l'illustre Président de ces Conférences, ait dit "que l'ouverture des marchés est une des conditions du régime conventionnel." || Évidemment que l'ouverture des marchés de ces quatre nations aurait été la conséquence de la Convention qu'elles formaient entre elles. || Mais la situation est aujourd'hui complètement différente. || Tous les États producteurs de sucre ont été convoqués, sans qu'on ait parlé, dans l'invitation, de l'abolition des surtaxes, qui aurait visé les lois intérieures et les systèmes douaniers de presque tous les convoqués. || Cette question a été, cependant, soulevée dans la première session de la Conférence, et M. le Baron de Worms, l'honorable Président, donnant,

au nom du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, l'interprétation authentique du programme, a dit à la cinquième séance que son Gouvernement "ne s'était pas attendu à ce que la question des surtaxes serait soulevée;" et, à la sixième séance, "que le Gouvernement Britannique n'a pas eu le désir de soulever cette question, mais que si l'on est d'accord pour la discuter il n'y mettra pas d'obstacles."

|| Les honorables Délégués de la Belgique proposèrent alors comme transaction un Article entraînant l'obligation entre les Pays Contractants de ne pas augmenter les surtaxes actuelles, Article qui ne fut pas accepté par l'honorable Délégué des Pays-Bas, qui a préféré que les Gouvernements soient simplement appelés à examiner la question telle qu'il l'avait alors proposée; c'est-à-dire, la suppression des surtaxes entre les Pays Contractants pour leurs sucres bruts et raffinés, y compris ceux de leurs Colonies. || Les Délégués de l'Espagne furent donc obligés de donner leur adhésion à l'Article IV de la Convention Provisoire, avec la réserve que leur Gouvernement aurait la liberté de conserver ou d'établir des droits de douane, pourvu qu'ils n'impliquent pas de drawbacks ni de primes à l'exportation. || Cette réserve était, et continue à être indispensable. En Espagne, les droits de douane sur les sucres étrangers n'ont jamais été une défense contre les primes. Ils ont simplement répondu à la légitime convenance de réserver le marché Métropolitain pour ses sucres nationaux, et, en certaine mesure, à une nécessité budgétaire. Dans la péninsule Espagnole il n'y a, du reste, pas d'exportation de sucres. L'Espagne péninsulaire a besoin, au contraire, d'en importer. || Mais la discussion de cette question paraît encore moins utile à cette phase des travaux. Elle préjugerait des dispositions que la plus grande partie des Gouvernements veulent se réserver librement pour leurs systèmes intérieurs, ou vis-à-vis d'autres Gouvernements dans la voie diplomatique et dans les Traités de Commerce. || Il faut se rappeler qu'il ne s'agit pas d'un "Zollverein," ou Union Douanière des Sucres. || Toutes les Puissances, excepté la Belgique, après examen de la proposition, croient qu'elle ne doit pas être acceptée. || Dans les différents Rapports de même que dans le cours de la dixième séance, il a été déclaré que la question ne doit pas être traitée, et que les Gouvernements ne veulent pas engager leur liberté d'action. Le cas justement prévu pour l'Angleterre n'est pas arrivé. || Les Délégués de l'Espagne, pour leur part, croient que l'attitude des différentes Délégations implique le désir que la question ne soit pas entamée. || Quant à l'Espagne, ses Délégués ne sont pas autorisés à engager la libre action de leur Gouvernement sur les droits de Douane payés dans la Péninsule par les sucres étrangers, et sur la faculté de les imposer dans toutes ou dans quelques-unes de ses provinces et possessions d'outre-mer. || Ils doivent, pour toutes ces raisons, et à leur grand regret, s'opposer à l'admission de l'Article proposé par les très honorables Délégués du Gouvernement de Sa Majesté Néerlandaise. || M. Sans-Leroy dit qu'après les explications fournies par son honorable collègue, il ne serait pas entré dans un plus long développement, s'il ne croyait pas qu'il importe d'aboutir à une conclusion qui ne laisse place à aucun

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

malentendu. Il demande donc ou que l'Article VII soit supprimé par une décision motivée en termes explicites, ou que par une clause spéciale on reconnaisse, d'une manière formelle, à chaque État le droit de conserver son marché intérieur. Cette précision aura l'avantage d'empêcher toute interprétation comme celle par laquelle M. Guillaume tente d'assimiler les surtaxes à une véritable prime. Il ne faut pas oublier que, s'ils ont adhéré à une Conférence réunie en vue de supprimer les primes, les Gouvernements qui perçoivent des surtaxes n'ont jamais eu l'intention de renoncer aux avantages que ces surtaxes assurent à leurs nationaux sur le marché intérieur. Il est fâcheux, sans doute, pour certains pays, que la production y dépasse dans une trop large mesure les besoins de la consommation; mais la Conférence ne peut pas être chargée d'obvier à cet inconvénient. Il ne faut donc pas qu'il reste l'ombre d'un doute sur la faculté que chaque Gouvernement entend conserver de régler, comme il l'entendra, son Tarif Douanier. || M. Verkerk Pistorius dit qu'après les déclarations qui viennent d'être faites, il y a peu de change pour lui de faire accepter l'Article VII. Cependant, il croit devoir insister sur un point. Il ne s'agit nullement de contester la liberté pour chaque pays de garder son marché intérieur. M. Pistorius a pris soin, au contraire, de faire une distinction entre les surtaxes qui protègent simplement le marché national, et les surtaxes très élevées, qui, allant bien au delà, permettent aux industriels de faire payer au consommateur un complément de prix lequel équivaut à une prime. Il n'est pas question de porter atteinte au principe de la protection, mais simplement d'éliminer de la Convention toute possibilité d'avoir des surtaxes. || On a posé la question de savoir si la discussion des surtaxes appartenait au programme de la Conférence. M. Batanero est entré dans de longs développements pour prouver qu'elle n'y figure pas. Le Gouvernement des Pays-Bas a toujours été d'une opinion contraire. Il a compris ce programme en ce sens que toutes les questions se rattachant aux primes, y compris celle des surtaxes, devaient faire l'objet des discussions. || M. Batanero a dit que, si la question des surtaxes avait été inscrite au programme, son Gouvernement ne serait pas venu à la Conférence sans faire des réserves à ce sujet. A cela, M. Pistorius répondra que le Gouvernement Néerlandais, s'il avait pu croire que la question des surtaxes serait exclue du programme, n'aurait pas manqué de faire des réserves en sens opposé. || M. Kamensky croit que M. Pistorius est dans l'erreur en ce qui concerne l'effet produit en Russie par les surtaxes. Il a dit, en effet, que les surtaxes ont surexcité l'exportation. Or, ce ne sont pas les surtaxes, mais bien la baisse du change qui a produit ce résultat. || M. Verkerk Pistorius dit que, s'il en est ainsi, il ne comprend pas pourquoi la Loi Russe autorise le Gouvernement à diminuer les surtaxes lorsque le prix du sucre dépasse un niveau normal. M. Kamensky répond que ce pouvoir est laissé au Gouvernement pour enrayer les effets de la spéculation. Les limites dans lesquelles les surtaxes peuvent varier ne sont, d'ailleurs, pas considérables. || M. Verkerk Pistorius dit qu'à son

avis, les surtaxes Russes sont véritablement prohibitives. || M. Batanero croit que la question des surtaxes est trop importante pour avoir été comprise implicitement dans le programme. Si on avait voulu l'y faire entrer on n'aurait pas manqué de la mentionner en termes explicites et formels; et, s'il en avait été ainsi, ce n'est pas le Gouvernement Espagnol seul, c'est le plus grand nombre des États réunis qui ne seraient pas venus à la Conférence. || M. Jordan demande la parole sur la proposition faite par M. Sans-Leroy. Dire dans un Article de la Convention que les Gouvernements se réservent la liberté de leurs Tarifs Douaniers ce serait toucher, sans nécessité, à la question des surtaxes. Mais M. Jordan se croit obligé de déclarer au nom de son Gouvernement que les surtaxes ne sauraient être traitées de primes déguisées. Il fait cette déclaration pour éviter toute espèce de malentendu dans l'application du troisième alinéa de l'Article VIII. Il ne faut pas admettre, qu'au sein de la Commission Internationale le Délégué d'un pays puisse venir dénoncer une surtaxe comme étant une prime déguisée. Dans la pensée de M. Jordan, il suffirait de constater explicitement au procès-verbal que, dans la pensée de la majorité de la Conférence, les surtaxes ne constituent pas une prime. || M. Sans-Leroy déclare qu'en face des observations de son collègue, qui traduit évidemment la pensée de la majorité des Délégués, il retire la deuxième alternative de sa proposition. Il demande simplement que l'Article VII soit supprimé comme étant étranger à l'objet de la Convention. || Il est entendu que cette suppression implique pour tous les États la faculté de conserver une entière liberté en matière de surtaxes de douane. || M. le Comte de Kuefstein appuie cette nouvelle proposition. Il n'aurait pas accepté volontiers un Article spécial réservant à chaque État une liberté qui dans la pensée du Gouvernement Austro-Hongrois, ne devait même pas être mise en doute. || Quand il a accepté l'invitation du Cabinet Britannique, son Gouvernement n'a jamais eu la pensée que la question des surtaxes pourrait venir de question. M. le Comte Kuefstein ne saurait, du reste, s'associer à l'idée que les surtaxes soient des primes déguisées, dans le sens que la Conférence a jusqu'ici donné à cette expression. Si l'on admettait cette manière de voir, on risquerait de voir considérer comme primes à l'exportation les avantages qu'une contrée pourrait avoir sur l'autre par suite de la différence des Tarifs, des frais de production, des facilités de communication, &c. || M. Verkerk Pistorius demande à M. Sans-Leroy si, dans la déclaration, par laquelle il entend réserver à chaque Puissance la libre disposition de son Tarif Douanier, il ne fait aucune exception, même pour l'Angleterre. || M. Sans-Leroy ne se dissimule pas la portée de la question qui lui est posée par M. Pistorius; mais il ne croit pas qu'il soit possible d'imposer à un pays des restrictions que les co-contractants n'acceptent pas pour eux-mêmes. || M. Pallain fait remarquer qu'en soulevant cette question au début de la séance, il s'est borné à signaler ce côté de la question, sans donner à son observation le caractère d'une question formelle et, à plus forte raison, d'une proposition. || M. Batanero se rallie à la manière

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

de voir de M. le Comte de Kuefstein sur la deuxième proposition de M. Sans-Leroy. La suppression de l'Article VII implique suffisamment la liberté de chaque État de sauvegarder le marché intérieur. || M. Batanero ajoute que les primes proprement dites se distinguent éminemment des surtaxes par leurs effets; l'influence des premières se fait sentir sur les marchés extérieurs, tandis que les secondes affectent seulement les cours sur le marché national. || M. le Président constate que tous les Délégués, à l'exception de ceux de la Belgique et des Pays-Bas, sont d'accord pour supprimer l'Article VII. Quant au Gouvernement Britannique, il n'a jamais considéré les surtaxes comme des primes. Il ne pourra pas se lier alors que les autres Gouvernements conservent leur liberté d'action. C'est dans cet ordre d'idées, que, dans la cinquième séance, le Président a déclaré que la question des surtaxes n'est pas du ressort de la Conférence. La seule question sur laquelle elle ait à se prononcer est celle des primes. Or, les surtaxes ne sont pas des primes; donc, les surtaxes ne font pas partie du programme. M. le Président met aux voix la radiation de l'Article VII. || M. Verkerk Pistorius dit, qu'en face de la déclaration qui vient d'être faite par le Président, il est obligé de réserver, pour la Convention entière, la liberté d'action de son Gouvernement. || M. Guillaume ne croit pas que la déclaration de M. le Président doive clore la discussion. Tout en désirant écarter une proposition qui paraît incompatible avec les idées dont s'inspirent certains Gouvernements, il ne faudrait pas, si l'on parvient à trouver une formule qui concilie tous les intérêts, l'exclure, sous le vain prétexte qu'elle touche un point qui n'était pas explicitement visé dans le programme de la Conférence. Après les déclarations si claires, qui seront consignées au procès-verbal, il n'est pas à craindre que la Commission vienne jamais accuser un pays de donner des primes parce qu'il aurait établi des surtaxes. La crainte d'un danger aussi chimérique ne doit pas faire écarter une proposition de conciliation, qui, dans la pensée de M. Guillaume, est de nature à sauvegarder les intérêts de chacun. Si M. Pistorius ne tient pas absolument à la première partie de sa proposition, on pourrait peut-être s'entendre sur la deuxième partie, tendant à interdire aux Puissances qui n'ont pas de surtaxes d'en établir. Deux Puissances seulement sont dans ce cas, la Grand-Bretagne et les Pays-Bas. || Il n'y aurait donc pas d'inconvénient pour les autres Puissances à accepter la deuxième partie de la proposition. Le Gouvernement Britannique ne répugnerait certainement pas à prendre un engagement conforme à ses doctrines économiques et qui serait de nature à dissiper les appréhensions, sans doute dénuées de fondement, qui ont été exprimées à la table de la Conférence. || M. Guillaume aurait préféré la suppression totale des surtaxes; devant la vive opposition que cette proposition a soulevée, il s'est borné à demander qu'elles ne fussent pas augmentées. En présence des tendances manifestes de la Conférence, il restreint encore la portée de sa proposition en demandant simplement que les Puissances, qui n'ont pas de surtaxes, renoucent à en établir. || M. Sans-Leroy n'a pas d'ob-

jection à faire sur cette proposition. Il est bien certain que, si deux des Puissances représentées consentent à faire une concession qu'elles n'exigent pas des autres, ce n'est pas lui qui la repoussera. Il acceptera, au contraire, avec plaisir, une concession, qui, dans sa pensée, aiderait puissamment au succès de la Convention. || M. Jordan reconnaît la justesse des observations faites par M. Pallain au début de la séance. Il se rallie aussi aux paroles que vient de prononcer M. Sans-Leroy. Le Gouvernement Allemand serait heureux s'il recevait l'assurance que, pendant la durée de la Convention, les sucres des pays co-contractants jouiront, à leur importation dans la Grande-Bretagne, des mêmes conditions qui leur sont actuellement accordées. M. Jordan rappelle à cette occasion que la Convention entière sera faite avant tout dans l'intérêt Britannique. Il serait donc heureux que, dans un esprit de réciprocité, l'Angleterre s'engageât à ne pas modifier son régime actuel tant que durera la Convention. Il suffira pour le moment, pense M. Jordan, que le procès-verbal conserve trace du désir qui vient d'être exprimé et de la réponse que va faire M. le Président. || M. Sans-Leroy tient à faire constater qu'il est sur ce point en parfaite communauté de vue avec son collègue d'Allemagne. || M. le Comte de Kuefstein se joint à MM. Sans-Leroy et Jordan. || M. le Président se voit obligé de déclarer catégoriquement, au nom du Gouvernement Britannique, qu'il ne peut pas prendre l'engagement qui lui est demandé; car cet engagement porterait atteinte aux droits du Parlement. A l'observation faite par M. Jordan, il répondra que le marché Anglais est le seul qui soit ouvert aux sucres de tous les pays du monde. Entourée de pays protectionnistes, l'Angleterre a continué à pratiquer les principes du libre-échange. Mais le Gouvernement Britannique estime que les primes sont une violation du libre-échange. En convoquant une Conférence, le Gouvernement de Sa Majesté a voulu arriver, par une entente cordiale, à un résultat auquel il aurait pu atteindre par d'autres moyens, sans déroger à ces principes. Cette entente cordiale est sur le point de se réaliser. M. le Président espère qu'elle sera durable. Tout porte à croire que le Royaume-Uni ne sortira pas de la voie du libre-échange qu'il a suivie depuis si longtemps; mais la Conférence ne pourrait lui demander d'aliéner, à cet égard, sa liberté d'action. || M. Jordan espère que si la Convention est faite le Gouvernement Britannique continuera d'accorder aux sucres non primés et provenant des pays co-contractants les mêmes facilités à l'importation qu'elle leur accorde actuellement. || Mais les pays contractants qui ont un impôt sur le sucre et qui supporteront toutes les charges qu'entraînent pour eux les clauses de la Convention, auraient été heureux de savoir que ceux qui n'ont pas d'impôt, sont disposés à faire, à leur tour, quelques concessions. || M. Sans-Leroy pense que, si le Gouvernement Britannique n'a pas usé jusqu'ici du droit qu'il croyait avoir contre les pays qui donnaient des primes, on peut compter qu'il ne traitera jamais moins favorablement les Puissances qui, en se rendant à la Conférence, ont déféré à son invitation. || M. Dupuy de Lome dit que les Délégués Espagnols se sont

Nr. 5632.
Konferenz-
Staaten.

opposés à la proposition de M. Pistorius pour ne pas porter atteinte à cette interprétation, admise par la majorité des Délégués, que les surtaxes ne sont pas dans le programme de la Conférence, et pour établir fermement le droit absolu qu'a toute Puissance de régler sa législation Douanière. Mais, dans leur vif désir de tout concilier, et pour engager M. Pistorius à retirer ses réserves, ils demandent si, en dehors de la Convention, on ne pourrait pas proposer aux Gouvernements de prendre en considération l'idée de conventionnaliser les droits actuels et de maintenir le statu quo pendant la durée de la Convention. A l'avis de M. Dupuy de Lome, la Conférence n'a pas le pouvoir le statuer sur les droits, impôts, ou surtaxes intérieurs; mais tout Gouvernement a le droit, avec la sanction du Parlement dans les pays constitutionnels, de conventionnaliser le droit actuel sur un article quelconque par un Traité, comme l'a fait la Grande-Bretagne, par exemple, avec l'échelle alcoolique jusqu'à 1892 par son Traité avec l'Espagne. Sa proposition de conciliation engagerait les Gouvernements à examiner si l'obligation de maintenir les tarifs actuels ne serait pas préférable au rejet de la Convention par une des Puissances. || M. Batanero appuie ce qu'a dit son collègue. Il profite de cette occasion pour dire à M. Guillaume qu'il n'a exprimé aucun avis défavorable à sa proposition de transaction. La question reste entière. En la prenant ad referendum on ne s'engage à rien. || M. le Président fera tout ce qu'il peut dans l'intérêt de la conciliation; mais il croit qu'il faut supprimer l'Article VII du Projet de Convention. Il est impossible de prendre ad referendum l'Article VII, ou toute autre proposition destinée à le remplacer. M. Dupuy de Lome ne le conteste pas; aussi ne propose-t-il pas une nouvelle rédaction de l'Article VII. Sa proposition, au contraire, n'est faite que pour le cas où cet Article serait supprimé. Il demande simplement à la Conférence d'émettre le vœu que la question soit examinée par les Gouvernements. | M. le Président ne peut naturellement soulever aucune objection sur la proposition de traiter la question par la voie diplomatique. || M. Jordan dit qu'il ne peut pas s'associer à la proposition de M. Dupuy de Lome, parce que, en la prenant ad referendum, on s'éloignerait du but de la Convention. || M. Dupuy de Lome dit que, dans ce cas, il donnera une nouvelle forme à sa proposition. Il dit que, si l'idée qu'il vient d'exprimer répond aux désirs des Gouvernements Belge et Néerlandais, ces Gouvernements pourraient proposer, par voie diplomatique, aux autres Puissances d'examiner la question pour la discuter à une prochaine réunion de la Conférence. || M. le Président dit que la question des droits de douane, comme cela se voit clairement dans les paroles de M. Jordan, vise surtout l'Angleterre; et, en ce qui la concerne, il n'est pas possible de donner l'assurance demandée; mais toutes les Puissances savent quelles sont les doctrines qui ont depuis si longtemps prévalu dans le Royaume-Uni. || M. Sans-Leroy, bien que cette question n'ait pas reçu une solution positive, se félicite qu'elle ait eu lieu. A côté de la lettre il y a l'esprit. Si la lettre n'est pas dans la Convention, l'esprit subsistera dans la pensée

de tous. || M. le Président propose d'éliminer du Projet de Convention, la proposition, émanant de l'initiative des Délégués des Pays-Bas, qui avait pris place, provisoirement, entre les Articles VI et VIII. || Les Délégués des Pays-Bas renouvellent leurs réserves. || M. Guillaume ajoute que la proposition par lui formulée en dernier lieu (interdiction d'établir des sursaxes dans les pays qui n'en ont pas actuellement) constituait un minimum. En présence du rejet de cette proposition, il doit s'associer aux réserves formulées par le Premier Délégué des Pays-Bas. || Des observations sont échangées entre M. le Président sur les dépenses présumées du Bureau Permanent. || Il est entendu que MM. Pallain, Kennedy et Kamensky se réuniront pour étudier cette question. || M. le Président propose de mettre en discussion l'Article X. Il rappelle que M. le Délégué de la Russie désire, pour son Gouvernement, la faculté de conserver, jusqu'au 1^{er} Mai, 1891, les primes à la frontière d'Asie. || M. Jordan dit qu'il ne peut que maintenir les réserves qu'il a déjà faites sur l'Article X. Dans les premières instructions, qu'il a données à ses Délégués, le Gouvernement Allemand déclarait que le délai de dix ans était beaucoup trop long. M. Jordan avait pris la nouvelle rédaction de l'Article X ad referendum; mais il n'a pas encore reçu de réponse. Il renouvelle également les réserves qu'il avait faites relativement à l'exception réclamée en faveur de la Russie. Il croit que cette exception ne plaira guère à son Gouvernement; mais il ne sait pas si son Gouvernement considérera comme une condition sine qua non que les primes Russes sur la frontière d'Asie cessent au moment de la mise en vigueur de la Convention. || M. le Comte de Kuefstein rappelle ce qu'il a dit à une précédente séance relativement à la durée de la Convention. Il a soumis à son Gouvernement la rédaction qui fixe à cinq ans la durée de la Convention; mais il n'a pas encore reçu d'instructions. Il avait suggéré, dans la treizième séance de la Conférence, une durée de deux ou trois années. Les Délégués Britanniques accepteraient-ils cette proposition de transaction? Une déclaration garantissant le maintien de la législation du Royaume-Uni aurait facilité un accord sur ce point. Quant à l'exception demandée par la Russie, M. le Comte de Kuefstein ne peut que faire ses réserves. Il indiquera cependant à M. Kamensky un terrain de conciliation. La prime actuelle est, pour les sucres de 98 pour cent au moins, de 80 kopecks par poud (16.38 kilogr.), c'est-à-dire de 4 roubles 88⁴/₁₀ kopecks pour 100 kilogr. D'autre part, la prime ouverte que la nouvelle Loi concède aux sucres raffinés Austro-Hongrois sera de 2 fl. 30 kr. les 100 kilogr. Cette prime disparaîtra en totalité le jour où la Convention sera mise en vigueur. Le Gouvernement Russe consentirait-il à réduire d'une somme égale, à partir de la même date, la prime sur les sucres qui sortent par la frontière d'Asie? || M. Kamensky soumettra cette proposition à l'appréciation de son Gouvernement; mais il doute qu'elle soit agréée. Il fait remarquer que les primes dont il s'agit ne subsisteraient que pendant huit ou neuf mois, à partir de la mise en vigueur de la Convention. || MM. Guillaume et de Barner n'ont pas d'observations à faire. "

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

M. Batanero dit que l'Espagne est prête à appliquer la Convention. Il exprime le désir que l'entrée en vigueur ait lieu à la date la plus prochaine et que sa durée soit fixée au terme le plus long que les autres Puissances pourront accepter. || M. Sans-Leroy croit pouvoir présenter une solution qui mettrait tout le monde d'accord; elle supprimerait, en effet, les réserves de l'Allemagne et de l'Autriche Hongrie vis-à-vis de la Russie, permettrait de la part de la France une adhésion complète et, enfin, répondrait à tout ce qui doit être employé de ménagement dans la solution des questions économiques, lorsqu'il s'agit de toucher à des intérêts commerciaux d'une grande importance. || La date du 1^{er} Août 1890, ne saurait convenir au Gouvernement Français. En premier lieu, ses Traités de Commerce expirent en 1892, et, si l'un des Gouvernements représentés à la Conférence a pu se prononcer d'une manière catégorique sur l'interprétation des Traités de Commerce, chacun doit pouvoir réserver à cet égard sa manière de voir; en second lieu, la Loi actuelle sur les sucres expire le 31 Août, 1891. || M. Sans-Leroy demande donc à la Conférence de fixer la date de la mise en vigueur de la Convention au 1^{er} Août 1892. Dans ces conditions, l'exception demandée pour la Russie deviendrait sans objet. D'un autre côté, la France serait d'autant plus en mesure d'adhérer à la Convention qu'elle n'aurait pas besoin de modifier avant terme sa législation sucrière. || M. Sans-Leroy comprend que certaines Puissances désirent une prompte solution; mais on ne saurait agir avec précipitation quand des intérêts aussi considérables sont en jeu. Une période de transition est indispensable lorsqu'il s'agit d'apporter de si graves changements dans les conditions d'existence d'une grande industrie. || La Conférence aura fait une grande oeuvre; mais il ne faut pas se dissimuler que cette oeuvre sera bien discutée et que bien des intérêts individuels vont se trouver sérieusement compromis. Si la date que M. Sans-Leroy propose paraît éloignée à quelques-uns de ceux qui l'écoutent, elle paraîtra bien proche aux industriels qui appréhendent de ne pouvoir supporter les nouvelles conditions de concurrence que la Convention leur créera. || M. le Président dit qu'il est absolument impossible aux Délégués Britanniques d'accepter la date du 1^{er} Août, 1892. Si l'on considère le tort énorme que les primes font aux intérêts Britanniques, on reconnaîtra qu'il n'est pas possible de laisser subsister quatre ans encore une pareille situation. || M. Sans-Leroy demande que, si l'on ne veut pas avoir égard aux objections tirées des Traités de Commerce, on accepte, du moins, la date du 1^{er} Août, 1891; une concession d'une année lui semble facile à faire. || M. le Président répond que la question a été considérée avec le plus grand soin et que la date du 1^{er} Août 1890, est une limite extrême. || M. Jordan croit que son Gouvernement acceptera la date proposée par les Délégués Britanniques. || M. le Comte de Kuefstein dit que l'Autriche-Hongrie est en situation d'accepter toute date proposée; car, selon toute probabilité, la nouvelle Loi qui doit entrer en vigueur dès le 1^{er} Août prochain, sera votée avant la fin de la session actuelle. || M. Guillaume dit qu'il

se ralliera à la majorité. || M. de Barner voudrait que la Convention entrât en vigueur le plus tôt possible. || M. Batanero s'exprime dans le même sens. || M. Sans-Leroy retient de la déclaration de M. Guillaume que le Traité de Commerce entre la Belgique et la France ne le gêne en rien. || M. Guillaume réplique que c'est là une question à examiner. || M. Kamensky se prononce également pour cette date, en maintenant, toutefois, ses réserves, pour la prime sur la frontière d'Asie. || M. Sans-Leroy dit qu'il a proposé la date du 1^{er} Août, 1891, pour obéir à ses instructions et parce qu'elle lui paraissait justifiée par un ensemble de considérations. Devant les opinions exprimées par les membres de la Conférence, il est obligé de formuler des réserves; mais il est bien entendu que ces réserves s'appliquent uniquement à la question de la date et pas à l'ensemble de la Convention. Il reste à examiner la question de la durée. Comme M. le Comte de Kuefstein, M. Sans-Leroy demande une durée plus courte, au moins pour la première période. Il est impossible de savoir les résultats que produira la Convention. C'est la première fois que l'on prend, en pareille matière, une décision aussi importante. M. Sans-Leroy croit qu'il serait imprudent de se lier pour une longue période. Il se rallie sur ce point aux idées exprimées par M. de Kuefstein et demande aux Représentants des autres Puissances de bien peser les dangers d'engagements à longue échéance dans l'incertitude où l'on est sur les effets de la Convention. || M. le Comte de Kuefstein rappelle qu'en premier lieu il avait proposé que la Convention fût résiliable d'année en année sans assigner de terme à sa durée; plus tard, il avait suggéré une durée de deux ou trois années. || M. Sans-Leroy dit que c'est à cette dernière proposition qu'il se réfère. Il ne croit pas qu'elle soulève d'opposition. Il est bien certain qu'aucune Puissance ne se retirera sans une nécessité absolue. || M. Walpole rappelle quelles étaient, sur ce point, les stipulations de la Convention de 1875. Il donne lecture de l'Article VIII, qui était ainsi conçu:— || "La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} Mars, 1875. || La durée en est fixée à dix ans à partir de cette date. Toutefois, chacune des Hautes Parties Contractantes pourra, en la dénonçant douze mois à l'avance, y mettre un terme à l'expiration de la deuxième, de la cinquième et de la huitième année." || M. Sans-Leroy dit qu'il accepterait une clause rédigée en ces termes. || M. le Comte de Kuefstein l'accepterait aussi ad referendum. || M. le Président dit que les Délégués Britanniques l'acceptent également ad referendum. || M. Catusse rappelle qu'il avait présenté une observation sur les conséquences qui résultaient de l'Article X, tel qu'il paraissait avoir été provisoirement adopté d'après le procès-verbal de la treizième séance. M. Guillaume a proposé, depuis, de compléter cet Article par un alinéa dont les termes lui donnent complète satisfaction. Il demande à M. le Président de vouloir bien soumettre cette nouvelle rédaction à la Conférence. || M. le Président donne lecture de la rédaction proposée par M. Guillaume, laquelle est ainsi conçue:— || "Dans le cas, où une des Puissances Signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent jusqu'au 31 Octobre de l'année de la dénonciation la faculté de se retirer à leur tour à partir du 1^{er} Août de l'année suivante. || Si plus d'une Puissance voulait se retirer, une Conférence des Puissances Concordataires se réunirait à Londres dans les trois mois pour aviser sur les mesures à prendre." || Cette proposition, mise aux voix, est adoptée. || M. Dupuy de Lome dit qu'à la prochaine séance la clause pénale proposée par les Délégués Espagnols sera à l'ordre du jour. Il ne voit dans la rédaction proposée par les Délégués de la Grande-Bretagne qu'un développement des principes énoncés dans la rédaction Espagnole. Afin de montrer l'accord complet qui existe entre les idées des deux Gouvernements, et afin de faciliter la discussion, les Délégués de l'Espagne acceptent la rédaction des Délégués Britanniques.

Zwanzigste Sitzung, 9. Mai 1888.

Un texte du Projet de Convention est distribué à MM. les Délégués. ! Ce texte indique quels sont les Articles que la Conférence a déjà adoptés et quels sont ceux qui restent à discuter. || (Voir l'Annexe au présent procès-verbal.) || M. le Président soumet aux délibérations de la Conférence l'Article VI, auquel a été ajoutée une disposition visant les sucres qui transitent par un pays tombant sous l'application de cet Article. || M. Jordan s'est déjà souvent prononcé sur la nécessité d'une stipulation assurant l'exécution de la Convention. Il lui semble que l'Article VI répond à cette nécessité. Il demande, cependant, des explications sur la portée du paragraphe ainsi conçu: — || "La Commission Internationale, établie par l'Article VIII, est chargée de prononcer ce vote." || Une discussion générale s'engage sur la procédure à suivre pour l'application de l'Article VI. Il s'agit de savoir si la Commission Internationale aura qualité pour décider qu'il y a lieu d'appliquer la clause pénale, ou bien, si cette décision sera réservée aux Puissances elles-mêmes. || M. le Président dit que, dans la pensée du Gouvernement Britannique, la Commission serait appelée à émettre un avis sur le point de savoir si les sucres de tel ou tel pays sont primés, et qu'en cas de réponse affirmative à cette question, les Puissances seraient tenues d'appliquer la clause pénale. || M. Guillaume rappelle qu'aux termes de l'Article VII la Commission ne peut avoir qu'une mission de contrôle et d'examen. L'interprétation de M. le Président en ferait un véritable tribunal. || M. le Président propose alors d'interpréter l'Article en ce sens, que la Commission ferait un Rapport aux Puissances et que celles-ci autoriseraient leurs Délégués à émettre un vote. Les Puissances statueraient ainsi par la voix de la Commission. || M. Dupuy de Lome fait remarquer qu'il importe d'adopter une procédure qui ne permette pas aux sucres primés d'entrer pendant que les Puissances délibéreront sur ce qu'il y aurait à faire. || M. Guillaume fait observer que la procédure à suivre est

tout indiquée à l'Article VII, où il est dit: "La Commission fera, sur toutes les questions qui lui seront soumises, un Rapport qu'elle adressera au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, lequel le communiquera aux Puissances intéressées et provoquera, si la demande en est faite par une des Hautes Parties Contractantes, la réunion d'une Conférence qui arrêtera les résolutions ou les mesures nécessitées par les circonstances." || M. Guillaume propose donc de modifier comme suit la rédaction des alinéas 2 et 3 de l'Article VI:—

.....

"Le fait de l'existence dans un pays, possession étrangère, Colonie, ou province d'Outre-Mer d'un système donnant des primes ouvertes ou déguisées sur le sucre ou sur la glucose, sera constaté par un Rapport de la Commission Internationale établie par l'Article VII. || "Les Puissances Signataires auront à se prononcer sur les conclusions de ce Rapport." || M. le Comte de Kuefstein fait observer qu'il lui semble impossible de donner à la Commission un rôle autre que de contrôler et de proposer. La décision définitive devrait toujours être réservée aux Gouvernements eux-mêmes. Il considère la rédaction proposée par M. Guillaume comme répondant parfaitement à cette idée. || M. Catalani fait remarquer qu'il y a un point important à résoudre: c'est de savoir si les Puissances rendront leur décision à l'unanimité ou à la majorité. || M. le Président répond que leurs Délégués à la Commission voteront selon les usages diplomatiques. || M. Dupny de Lome fait remarquer qu'il ne faudrait pas adopter un mode de votation qui empêchât le fonctionnement de l'Article VI. Il s'agira simplement de constater un fait; il ne semble pas que cette constatation puisse être sujette à contestation. || M. le Comte de Kuefstein répond qu'il est fort douteux que l'on rencontre toujours l'unanimité. || M. Jordan précise la situation. Il y a, d'abord, le cas où l'une des Puissances Contractantes sera soupçonnée de donner des primes. Dans ce cas on n'aura jamais l'unanimité absolue; car la Puissance mise en cause ne peut pas se condamner elle-même. La décision pourrait être prise à l'unanimité des autres Puissances. Il y a, ensuite, le cas des Pays Non-Contractants. A leur égard, on pourrait statuer à la majorité des voix. Il serait dangereux d'exiger l'unanimité. La Puissance soupçonnée pourra toujours trouver un ami complaisant au sein de la Commission. || M. Pallain fait observer que cette éventualité est également à prévoir dans le premier cas. Il demande si on ne pourrait pas se mettre d'accord en prévoyant un arbitrage, ainsi que cela a été fait dans la Convention de Berne. || M. le Président croit que le plus simple est de supprimer le paragraphe en litige, la procédure étant réglée, comme l'ont fait remarquer MM. Guillaume et de Smet, par l'Article II. || Cette proposition est adoptée. La discussion reprend sur l'ensemble de l'Article VI. || M. de Barner ne présente pas d'objections. || M. Dupuy de Lome est heureux de se rallier à l'Article VI, qui n'est qu'un développement des idées contenues dans la proposition des Délégués Espagnols. || M. Sans-Leroy dit que, sur la question de forme, il se ralliera à la rédaction qui sera

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent jusqu'au 31 Octobre de l'année de la dénonciation la faculté de se retirer à leur tour à partir du 1^{er} Août de l'année suivante. || Si plus d'une Puissance voulait se retirer, une Conférence des Puissances Concordataires se réunirait à Londres dans les trois mois pour aviser sur les mesures à prendre." || Cette proposition, mise aux voix, est adoptée. || M. Dupuy de Lome dit qu'à la prochaine séance la clause pénale proposée par les Délégués Espagnols sera à l'ordre du jour. Il ne voit dans la rédaction proposée par les Délégués de la Grande-Bretagne qu'un développement des principes énoncés dans la rédaction Espagnole. Afin de montrer l'accord complet qui existe entre les idées des deux Gouvernements, et afin de faciliter la discussion, les Délégués de l'Espagne acceptent la rédaction des Délégués Britanniques.

Zwanzigste Sitzung, 9. Mai 1888.

Un texte du Projet de Convention est distribué à MM. les Délégués. ! Ce texte indique quels sont les Articles que la Conférence a déjà adoptés et quels sont ceux qui restent à discuter. || (Voir l'Annexe au présent procès-verbal.) || M. le Président soumet aux délibérations de la Conférence l'Article VI, auquel a été ajoutée une disposition visant les sucres qui transitent par un pays tombant sous l'application de cet Article. || M. Jordan s'est déjà souvent prononcé sur la nécessité d'une stipulation assurant l'exécution de la Convention. Il lui semble que l'Article VI répond à cette nécessité. Il demande, cependant, des explications sur la portée du paragraphe ainsi conçu: — "La Commission Internationale, établie par l'Article VIII, est chargée de prononcer ce vote." || Une discussion générale s'engage sur la procédure à suivre pour l'application de l'Article VI. Il s'agit de savoir si la Commission Internationale aura qualité pour décider qu'il y a lieu d'appliquer la clause pénale, ou bien, si cette décision sera réservée aux Puissances elles-mêmes. || M. le Président dit que, dans la pensée du Gouvernement Britannique, la Commission serait appelée à émettre un avis sur le point de savoir si les sucres de tel ou tel pays sont primés, et qu'en cas de réponse affirmative à cette question, les Puissances seraient tenues d'appliquer la clause pénale. || M. Guillaume rappelle qu'aux termes de l'Article VII la Commission ne peut avoir qu'une mission de contrôle et d'examen. L'interprétation de M. le Président en ferait un véritable tribunal. || M. le Président propose alors d'interpréter l'Article en ce sens, que la Commission ferait un Rapport aux Puissances et que celles-ci autoriseraient leurs Délégués à émettre un vote. Les Puissances statueraient ainsi par la voix de la Commission. || M. Dupuy de Lome fait remarquer qu'il importe d'adopter une procédure qui ne permette pas aux sucres primés d'entrer pendant que les Puissances délibéreront sur ce qu'il y aurait à faire. || M. Guillaume fait observer que la procédure à suivre est

tout indiquée à l'Article VII, où il est dit: "La Commission fera, sur toutes les questions qui lui seront soumises, un Rapport qu'elle adressera au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, lequel le communiquera aux Puissances intéressées et provoquera, si la demande en est faite par une des Hautes Parties Contractantes, la réunion d'une Conférence qui arrêtera les résolutions ou les mesures nécessitées par les circonstances." || M. Guillaume propose donc de modifier comme suit la rédaction des alinéas 2 et 3 de l'Article VI:—

.....
 "Le fait de l'existence dans un pays, possession étrangère, Colonie, ou province d'Outre-Mer d'un système donnant des primes ouvertes ou déguisées sur le sucre ou sur la glucose, sera constaté par un Rapport de la Commission Internationale établie par l'Article VII. || "Les Puissances Signataires auront à se prononcer sur les conclusions de ce Rapport." || M. le Comte de Kuefstein fait observer qu'il lui semble impossible de donner à la Commission un rôle autre que de contrôler et de proposer. La décision définitive devrait toujours être réservée aux Gouvernements eux-mêmes. Il considère la rédaction proposée par M. Guillaume comme répondant parfaitement à cette idée. || M. Catalani fait remarquer qu'il y a un point important à résoudre: c'est de savoir si les Puissances rendront leur décision à l'unanimité ou à la majorité. || M. le Président répond que leurs Délégués à la Commission voteront selon les usages diplomatiques. || M. Dupuy de Lome fait remarquer qu'il ne faudrait pas adopter un mode de votation qui empêchât le fonctionnement de l'Article VI. Il s'agira simplement de constater un fait; il ne semble pas que cette constatation puisse être sujette à contestation. || M. le Comte de Kuefstein répond qu'il est fort douteux que l'on rencontre toujours l'unanimité. || M. Jordan précise la situation. Il y a, d'abord, le cas où l'une des Puissances Contractantes sera soupçonnée de donner des primes. Dans ce cas on n'aura jamais l'unanimité absolue; car la Puissance mise en cause ne peut pas se condamner elle-même. La décision pourrait être prise à l'unanimité des autres Puissances. Il y a, ensuite, le cas des Pays Non-Contractants. A leur égard, on pourrait statuer à la majorité des voix. Il serait dangereux d'exiger l'unanimité. La Puissance soupçonnée pourra toujours trouver un ami complaisant au sein de la Commission. || M. Pallain fait observer que cette éventualité est également à prévoir dans le premier cas. Il demande si on ne pourrait pas se mettre d'accord en prévoyant un arbitrage, ainsi que cela a été fait dans la Convention de Berne. || M. le Président croit que le plus simple est de supprimer le paragraphe en litige, la procédure étant réglée, comme l'ont fait remarquer MM. Guillaume et de Smet, par l'Article II. || Cette proposition est adoptée. La discussion reprend sur l'ensemble de l'Article VI. || M. de Barner ne présente pas d'objections. || M. Dupuy de Lome est heureux de se rallier à l'Article VI, qui n'est qu'un développement des idées contenues dans la proposition des Délégués Espagnols. || M. Sans-Leroy dit que, sur la question de forme, il se ralliera à la rédaction qui sera

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

acceptée par la majorité. || M. Catalani s'exprime dans les mêmes termes. || M. Verkerk Pistorius renouvelle l'observation qu'il a déjà faite sur la proposition Espagnole, à savoir, qu'elle ne tenait pas assez compte des Traités de Commerce. A son avis, cette observation s'applique également à la proposition de la Grande-Bretagne. Il est, du reste, obligé de réserver entièrement à l'appréciation de son Gouvernement le fond et la forme de l'Article VI. || M. le Président demande si on doit entendre par là que M. Pistorius est opposé à une sanction pénale? || M. Verkerk Pistorius répète qu'il réserve la question à l'appréciation de son Gouvernement. || M. Kamensky parle dans le même sens que M. Sans-Leroy. || M. Batanero appelle l'attention sur les mots: ". ou à proposer à leurs Législatures respectives." Ces mots ont déjà été supprimés à l'Article 1^{er} pour qu'il soit bien entendu qu'il ne suffit pas, de proposer des mesures, mais qu'il faut que ces mesures soient réellement prises. || Après un échange de vues, il est entendu que ces mots seront supprimés. || L'ensemble de l'Article VI est adopté sous les réserves déjà formulées. || M. de Barner demande que les mélasses soient ajoutées à la désignation des produits auxquels il est interdit d'accorder des primes, à l'Article V. || Cette proposition est adoptée. || M. le Président invite la Conférence à se prononcer sur l'addition suivante à l'Article V:— || "Sont assimilées à cette catégorie les Hautes Parties Contractantes qui perçoivent l'impôt d'après un taux unique sur la totalité de la fabrication et qui accordent à l'exportation de toutes espèces de sucre une restitution qui n'excède pas ce taux." || M. le Comte Kuefstein fait toutes réserves sur cette rédaction, qui constitue une dérogation au principe posé par l'Article II. || M. Walpole lui fait observer que l'exception demandée par la Russie paraissait admise dans le Mémoire communiqué par le Gouvernement Austro-Hongrois. || M. le Comte de Kuefstein répond, d'abord, que son Gouvernement n'avait pas accepté d'ores et déjà l'exception demandée par la Russie. Il s'était simplement réservé d'examiner la question. Mais M. le Comte Kuefstein insiste surtout sur ce point, que la rédaction proposée généralise l'exception. Il accepte sous réserve et ad referendum cette exception pour la Russie, en raison du taux uniforme de son impôt; mais il n'accepte pas qu'elle soit généralisée. La formule dépasse non seulement le but qu'on s'est proposé, mais le ferait certainement échouer. || MM. Jordan et Sans-Leroy font aussi des réserves. || M. Dupuy de Lome est disposé à accepter l'exception, mais pour la Russie seulement. || Il est entendu que les Délégués Britanniques prépareront une nouvelle rédaction. || M. Jordan pose une autre question: Il cite le passage suivant du Mémoire présenté par son Gouvernement:— || "En retour des obligations qu'assureraient les États Contractants pour abolir les primes d'exportation sur les sucres, il serait juste que dans les Colonies des États Contractants le même traitement fût assuré aux sucres de betterave à l'importation qu'aux sucres de canne." || Un cas particulier signalé par M. Pallain démontre que son Gouvernement n'a pas inutilement appelé sur ce point

l'attention de la Conférence. Il s'agit des droits différentiels établis par la Colonie de Victoria sur les sucres de canne et sur les sucres de betterave. || M. le Président doit répondre, comme il l'a fait à la dernière séance, que la Conférence n'est pas saisie de la question des Tarifs de Douane. Le Gouvernement Britannique n'aurait pas, d'ailleurs, le droit d'imposer, à cet égard, des conditions à ses Colonies autonomes. Ces Colonies, en acceptant la Convention, seront, du reste, tenues à toutes les conditions qu'elle impose. Si elles commettent des contraventions, elles subiront les pénalités édictées. || M. Jordan dit qu'il prend cette réponse ad referendum. || M. le Président tient à constater que, dans sa qualité de Premier Délégué Britannique, il ne peut admettre la discussion d'une proposition impliquant la liberté douanière de l'Empire Britannique seul de tous les Pays Contractants. La question soulevée n'est pas du ressort de la Conférence, et ne peut conséquemment pas être soumise à son appréciation. M. le Président n'admet pas que le maintien de la franchise du sucre dans la Grande-Bretagne puisse être prise ad referendum par le Représentant d'aucune Puissance. On ne saurait attribuer à la Conférence la faculté de statuer sur le régime fiscal de la Grande-Bretagne. || M. Jordan réplique qu'on a bien discuté les surtaxes. Il maintient son droit de faire une proposition || M. le Président dit qu'on a pu échanger des observations d'un caractère académique sur la question des surtaxes, mais que la Conférence n'avait pas qualité de discuter cette question. || M. Jordan ne veut pas ressusciter la question des surtaxes. Il demande qu'il lui soit donné acte au procès-verbal qu'il a proposé de faire disparaître, pour la durée de la Convention, tout traitement différentiel des sucres de betterave et des sucres de canne à l'importation dans les Colonies des États Contractants. || M. le Président dit que son refus de laisser discuter la question sera également inscrit au procès-verbal.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Anhang zum Sitzungsbericht der zwanzigsten Sitzung.

Zuckerkonventionsprojekt.

LES Hautes Parties Contractantes, désirant assurer la suppression totale des primes ouvertes ou déguisées à l'exportation des sucres, ont résolu de conclure une Convention à cet effet, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, le Très-Honorable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil, Marquis de Salisbury, Comte de Salisbury, Vicomte Cranborne, Baron Cecil, Pair du Parlement, Chevalier du Très-Noble Ordre de la Jarretière, Membre du Très-Honorable Conseil Privé de Sa Majesté, Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté au Département des Affaires Étrangères, &c., &c.; et le Baron Henry de Worms, Membre du Parlement du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, Sous-Secrétaire d'État pour les Colonies, &c., &c.; || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, || Sa Majesté l'Empereur d'Autriche,

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Roi de Bohême, &c., et Roi Apostolique de Hongrie, || Sa Majesté le Roi des Belges, M. le Baron Solvyns, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire; M. Guillaume, Directeur-Général à son Ministère des Finances; et M. du Jardin, Inspecteur-Général à son Ministère des Finances; || Sa Majesté le Roi de Danemark, M. de Barner, son Chambellan, Inspecteur-Général des Douanes; Sa Majesté le Roi d'Espagne, et en son nom la Reine Régente du Royaume, M. del Mazo, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; M. Batanero, Député; et M. Dupuy du Lome, son Ministre Résident; || Le Président de la République Française, M. Waddington, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Sans-Leroy, Député; || Sa Majesté le Roi d'Italie, le Chevalier Catalani, son Chargé d'Affaires; || Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, || Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, M. le Chevalier de Staal, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Kamensky, son Conseiller d'État Actuel. || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants:— || [Adopté.]

Article I. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres. || [Adopté, sauf réserves en ce qui concerne l'entrée de certaines Puissances dans l'Union.]

Article II. || Les Hautes Parties s'engagent:— || A percevoir l'impôt sur les quantités de sucre destinées à la consommation, sans accorder à l'exportation aucun drawback ou remboursement de droits, ni aucune décharge qui puisse donner lieu à une prime quelconque. || Dans ce but, elles s'engagent à soumettre au régime de l'entrepôt, sous la surveillance permanente de jour et de nuit des employés du fisc, les fabriques de sucres et les fabriques raffineries, de même que les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses. || A cette fin les usines seront construites de manière à donner toute garantie contre l'enlèvement clandestin des sucres, et les employés auront la faculté de pénétrer dans toutes les parties des usines. || Des livres de contrôle seront tenus sur une ou plusieurs phases de la fabrication, et les sucres achevés seront déposés dans des magasins spéciaux offrant toutes les garanties désirables de sécurité. || Par exception au principe mentionné au premier alinéa, on pourra accorder le remboursement ou décharge de droits pour le sucre employé à la fabrication des chocolats et autres produits destinés à l'exportation, pourvu qu'il n'en résulte aucune prime. || [Adopté, sous les réserves formulées par l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, la France et la Russie.]

Article III. Proposition des Délégués Britanniques. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à soumettre les raffineries de sucre au même régime que les fabriques de sucre. || Cependant, chaque pays pourra tenir un compte de raffinage à titre de contrôle par le moyen de la saccharimétrie, ou tout autre contrôle qui lui semble le plus efficace, afin de s'assurer contre

une prime à l'exportation. || [Adopté, sauf les plus expresses réserves de la France.] || Proposition des Délégués des Pays-Bas. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à soumettre les raffineries de sucre au même régime que les fabriques de sucre. || Cependant, elles se réservent de déterminer par les méthodes saccharimétriques la quantité de raffiné que représentent les sucres bruts admis dans les raffineries en franchise de droits à charge d'exportation après raffinage, sauf à prélever les droits des excédents à constater par la surveillance permanente à la sortie et par l'inventaire des sucres et sirops qui se trouvent dans la raffinerie. Cet inventaire devra se faire au moins une fois par an. || [Pris ad referendum.]

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Article IV. || La Belgique ne se trouvant pas dans les mêmes conditions au point de vue de l'application du système d'impôt sur les quantités de sucre produites, le régime actuellement établi dans ce royaume pourra être maintenu, sauf les modifications suivantes:— || La quotité de l'impôt sera ramenée de 45 fr. à 22 fr. 50 c. à partir de la mise en vigueur de la présente Convention. La prise en charge des fabriques abonnées sera portée de 1,500 à 1,750 grammes à la mise en vigueur de la Convention, et à 1,800 grammes deux ans après. || [Pris ad referendum.]

Article V. || Les Hautes Parties Contractantes et leurs provinces d'Outre-Mer, Colonies, ou possessions étrangères, qui ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres, ou qui n'accordent à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, ou des glucoses, aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités, s'engagent à conserver un de ces systèmes pendant la durée de la Convention, ou en cas de changement, à adopter le système établi à l'Article II. || [Adopté.]

Article VI. || Proposition de MM. les Délégués Britanniques. || A partir de la mise en vigueur de la présente Convention, tout sucre brut, sucre raffiné, mélasse ou glucose, provenant des pays, possessions étrangères, Colonies, ou provinces d'Outre-Mer, qui maintiendraient le système des primes ouvertes ou déguisées à l'exportation des sucres, sera exclu des territoires des Hautes Parties Contractantes. || Le fait de l'existence dans un pays, possession étrangère, Colonie, ou province d'Outre-Mer d'un système donnant des primes ouvertes ou déguisées sur le sucre brut, sucre raffiné, mélasse ou glucose, sera constaté par un vote des Puissances Signataires de la présente Convention. || La Commission Internationale établie par l'Article VIII est chargée de prononcer ce vote. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre ou à proposer à leurs Législatures respectives les mesures nécessaires pour obtenir ce résultat. || Pour exclure du territoire d'une des Hautes Parties Contractantes les sucres bruts, sucres raffinés, mélasses ou glucoses, sur lesquels ont été payées des primes ouvertes ou déguisées, il suffira que cette Puissance exclue ces sucres bruts, sucres raffinés, mélasses ou glucoses par un droit qui doit excéder la prime, au lieu de les frapper d'une prohibition absolue. || [A discuter.]

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Article VII. || Les Hautes Parties Contractantes conviennent de créer une Commission Internationale des Sucres, qui sera chargée de surveiller l'exécution des dispositions de la présente Convention. || Cette Commission sera composée de Délégués des différentes Puissances et il lui sera adjoint un Bureau Permanent. || Les Délégués auront pour mission: — || (a.) D'examiner si les Lois, Arrêtés et Règlements relatifs à l'imposition des sucres sont conformes aux principes arrêtés par les Articles précédents, et si, dans la pratique, il n'est accordé aucune prime ouverte ou déguisée à l'exportation des sucres ou des glucoses. || (b.) D'émettre un avis sur les questions litigieuses. || (c.) D'instruire les demandes d'admission à l'Union des États qui n'ont point pris part à la présente Convention. || Le Bureau Permanent sera chargé de rassembler, de traduire, de coordonner et de publier les renseignements de toute nature qui se rapportent à la législation et à la statistique des sucres, non seulement dans les Pays Contractants, mais également dans tous les autres pays. || Pour assurer l'exécution des dispositions qui précèdent, les Hautes Parties Contractantes communiqueront par la voie diplomatique au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, qui les fera parvenir à la Commission, les Lois, Arrêtés et Règlements sur l'imposition des sucres qui sont ou seront en vigueur dans leurs pays respectifs, ainsi que les renseignements statistiques relatifs à l'objet de la présente Convention. || Chacune des Hautes Parties Contractantes pourra être représentée à la Commission par un Délégué ou par un Délégué et un Délégué-Adjoint. || La première réunion de la Commission aura lieu à Londres, dans le mois qui suivra la ratification de la présente Convention. || La Commission est chargée de préparer à sa première réunion un projet de Règlement déterminant le lieu et la date de ses réunions ultérieures, ainsi que le siège du Bureau Permanent. || 8. Dans sa première réunion, la Commission arrêtera son règlement d'ordre intérieur et rédigera un Rapport sur les Lois ou Projets de Loi qui lui auront été soumis par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. || 9. La Commission n'aura qu'une mission de contrôle et d'examen. Elle fera, sur toutes les questions qui lui seront soumises, un Rapport qu'elle adressera au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, lequel le communiquera aux Puissances intéressées et provoquera, si la demande en est faite par une des Hautes Parties Contractantes, la réunion d'une Conférence qui arrêtera les résolutions ou les mesures nécessitées par les circonstances. || 10. Les frais résultant de l'organisation et du fonctionnement du Bureau Permanent et de la Commission—sauf le traitement ou les indemnités des Délégués qui seront payés par leurs pays respectifs—seront supportés par tous les Pays Contractants et répartis entre eux, d'après un mode à régler par la Commission. || [Adopté, sauf les réserves de la France en ce qui concerne le renvoi à la Commission de l'examen des Lois des Hautes Parties Contractantes, et des Pays-Bas en ce qui concerne la Commission.]

Article VIII. || Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer, sur leur demande, à la condition que leurs Lois et

leurs Règlements, sur le régime des sucres, soient d'accord avec les principes de la présente Convention, et aient été soumis, préalablement, à l'approbation des Hautes Parties Contractantes dans les formes prescrites à l'Article précédent. || [Adopté.]

Article IX. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} Août, 1890. || Elle restera en vigueur pendant cinq années, à dater de ce jour, et dans le cas où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifiée, douze mois avant l'expiration de la dite période de cinq années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas où une des Puissances Signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent jusqu'au 31 Octobre de l'année de la dénonciation la faculté de se retirer à leur tour à partir du 1^{er} Août de l'année suivante. || Si plus d'une Puissance voulait se retirer, une Conférence des Puissances Concordataires se réunirait à Londres dans les trois mois pour aviser sur les mesures à prendre. || [Adopté, sauf les réserves formulées: (1) par la France en ce qui concerne la date d'application et la durée de la Convention; (2) par l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie en ce qui concerne la durée seulement; (3) par la Russie en ce qui concerne la prime sur les frontières d'Asie. || Proposition des Délégués Britanniques. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} Août, 1890. || Elle restera en vigueur pendant dix années, à dater de ce jour, et dans le cas, où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifiée, douze mois avant l'expiration de la dite période de dix années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Toutefois, chacune des Hautes Parties Contractantes pourra, en la dénonçant douze mois à l'avance, y mettre un terme à l'expiration de la deuxième, de la cinquième, et de la huitième année. || Dans le cas où une des Puissances Signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent jusqu'au 31 Octobre de l'année de la dénonciation la faculté de se retirer à leur tour à partir du 1^{er} Août de l'année suivante. || Si plus d'une Puissance voulait se retirer, une Conférence des Puissances Concordataires se réunirait à Londres dans les trois mois pour aviser sur les mesures à prendre. || [A discuter.]

Article X. || Les dispositions de la présente Convention sont applicables aux provinces d'Outre-Mer, Colonies et possessions étrangères des Hautes Parties Contractantes. || Les Hautes Parties Contractantes conservent la faculté de se retirer pour un ou plusieurs de ces territoires de la manière et avec les conséquences indiquées à l'Article X. La même faculté est réservée également aux Colonies autonomes et aux provinces d'Outre-Mer. || Dans le cas, où l'un de ces territoires désirerait se retirer de la Convention, une notification à cet effet sera faite aux Puissances Contractantes par le Gouvernement de la Métropole de la province, Colonie, ou possession en question. || [Adopté.]

Nr. 0632.
Konferenz-
Staaten.

Article XI. || L'exécution des engagements réciproques contenus dans la présente Convention est subordonnée, en tant que de besoin, à l'accomplissement des formalités et règles établies par les lois constitutionnelles de chacun des Pays Contractantes. || La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Londres, le 1^{er} Août, 1889, ou plus tôt si faire se peut. || [Adopté.]

Einundzwanzigste Sitzung 11. Mai 1888.

M. le Président soumet à la Conférence un projet de Protocole de Clôture, qui a été préparé par les Délégués Britanniques. (Voir l'annexe au présent procès-verbal.) || Une première discussion s'engage sur la question de savoir si les réserves formulées par les Délégués des différentes Puissances feront l'objet d'un Mémoire annexé au projet de Convention. Il est entendu que l'on référera simplement dans le Protocole aux réserves qui sont énoncées dans les procès-verbaux des séances. || La discussion s'engage ensuite sur le troisième alinéa du projet de Protocole. || M. Jordan exprime l'avis que la date du 5 Juillet pour la date de la signature de la Convention est trop rapprochée; en fixant une date plus éloignée, on pourrait peut-être obtenir l'adhésion des États-Unis et du Brésil, à laquelle plusieurs Puissances, et son Gouvernement en particulier, continuent à attacher le plus grand intérêt; d'un autre côté, M. Jordan fait remarquer que le projet de Convention comporte encore bien des réserves et que, pour arriver à une entente définitive, il faudra que les Gouvernements se fassent de mutuelles concessions. Il n'est pas possible de prévoir le temps que nécessitera cette échange de vues. Pour ce motif, également, M. Jordan croit qu'un délai plus long sera nécessaire. La plupart des Délégués se rallient à cette manière de voir. || M. le Comte de Kuefstein émet en outre l'avis qu'on pourrait éviter de fixer une date précise en s'en remettant au Gouvernement Britannique pour le choix du moment de la prochaine convocation. Il lui paraît, en effet, nécessaire, pour réunir les Délégués avec une chance de succès, que les Gouvernements aient auparavant réciproquement connaissance de leurs appréciations au sujet de la Convention. Il soumet une proposition de rédaction dans ce sens. Il lui paraît difficile de préciser dès aujourd'hui l'époque où il sera possible de signer. || M. White dit que les paroles prononcées par M. Jordan l'obligent à faire connaître qu'il n'a rien à ajouter à ses précédentes déclarations. Il signalera à son Gouvernement le désir manifesté par les différentes Puissances représentées à la Conférence. || Il donne lecture du document ci-après concernant le fonctionnement du drawback aux États-Unis:—
“(Traduction.)

Lois en vigueur. || Chapitre IX. Section 3019. Sur tous les articles fabriqués entièrement de matières importées, sur lesquelles matières des droits ont été perçus, il sera donné, à l'exportation, un drawback qui devra être égal au montant du droit perçu, mais qui ne devra pas excéder ce droit. Ce

drawback sera déterminé par des Règlements que prescrira le Secrétaire du Trésor (Ministre des Finances). Les agents de Douane chargés de payer les dits drawbacks retiendront, pour le compte des États-Unis, la somme de 10 pour cent sur le montant de ces drawbacks.“

Nr. 0632.
Konferenz-
Staaten.

Mr. White explique que d'après cette Loi, le Secrétaire du Trésor doit maintenir une corrélation exacte entre les droits de douane et le drawback. A cet effet, il a la faculté d'augmenter ou de diminuer le drawback. La Conférence aurait, peut-être, intérêt à savoir que depuis la diminution du drawback par le Secrétaire du Trésor en 1886, l'importation en Angleterre des sucres des États-Unis, qui avait atteint en 1885 le chiffre de 114,000 tonnes, est tombée de 71,000 tonnes en 1886 à 39,000 tonnes l'année dernière. Pour les quatre premiers mois de 1888, cette importation n'a été que de 526 tonnes || La séance est suspendue pendant un quart d'heure. || A la reprise de la séance M. le Président donne lecture de la rédaction suivante pour le troisième alinéa du Protocole:— || "Ils s'engagent en outre à recommander à leurs Gouvernements respectifs de communiquer au Gouvernement de Sa Majesté Britannique leur opinion sur le Projet de Convention avant le 5 Juillet de la présente année. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique se propose de convoquer le 16 Août au plus tard une Conférence de Plénipotentiaires pour la signature de la Convention." || M. Jordan espère que les nouveaux délais pourront suffire; mais, comme il n'a pas de certitude à cet égard, il s'abstiendra de se prononcer. || M. le Comte de Kuefstein se réfère aux paroles de son collègue d'Allemagne. || M. le Président croit qu'il est nécessaire de prévenir tout malentendu. Il déclare donc que le Gouvernement Britannique ne peut pas remettre à une date plus éloignée que le 16 Août prochain de faire ce qui dépend de lui pour que les primes cessent. Le Gouvernement de la Reine a fait tout ce qui est possible pour que la Convention réussisse; la responsabilité ne restera pas de son côté si elle ne réussit pas. || M. Dupuy de Lome dit que les Délégués ne sauraient se méprendre sur le sens et la portée de la déclaration faite par M. le Président. || Il s'en félicite et peut assurer la Conférence qu'à la date proposée les Plénipotentiaires de l'Espagne seront à Londres pour signer la Convention. || A la suite de ces observations le projet de Protocole est adopté. || M. Verkerk Pistorius demande l'insertion au procès-verbal de la déclaration suivante:— || "Les Délégués des Pays-Bas déclarent qu'ils ne signeront le Protocol qu'à titre de simple relation de ce qui s'est passé aux Conférences et que, par là, ils n'entendent engager en aucune façon la liberté de leur Gouvernement." || Des observations sont ensuite échangées sur le projet de Convention. || Sur la proposition de M. Dupuy de Lome le préambule est complété par l'addition des mots suivants: "désirent assurer, par des engagements réciproques" || Sur une observation de M. Sans-Leroy, il est reconnu qu'il y a lieu d'insérer la rédaction proposée par M. Verkerk Pistorius pour le deuxième alinéa de l'Article III. || Sur les observations présentées par M. Guillaume, l'alinéa de

Nr. 9682.
Konferenz-
Staaten.

l'Article VII, concernant les marchandises en transit, est supprimé. || La discussion est close. || M. le Président propose d'adopter les procès-verbaux des seizième, dix-septième, dix-huitième, dix-neuvième et vingtième séances. || A l'occasion du procès-verbal de la quinzième séance, M. de Barner dit que s'il avait été présent, il aurait fait des observations sur l'établissement d'une Commission Internationale et sur l'étendue donnée aux attributions de cette Commission. || Les procès-verbaux sont adoptés.

Anhang zum Sitzungsbericht der einundzwanzigsten Sitzung.

Schlussprotokollprojekt.

Les Soussignés, Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas, et de la Russie, se sont réunis de nouveau à Londres le 5 Avril, 1888, pour rédiger les termes d'une Convention ayant pour but la suppression des primes à l'exportation des sucres. || A la suite des délibérations consignées dans les procès-verbaux des séances ils ont arrêté le projet de Convention qui est annexé au présent Protocole, et qu'ils s'engagent à soumettre à l'appréciation de leurs Gouvernements respectifs, avec les réserves consignées dans le Mémoire ci-joint. || Ils s'engagent en outre à recommander à leurs Gouvernements respectifs que les Plénipotentiaires des Hautes Parties Contractantes se réunissent à Londres, Jeudi, 5 Juillet, de cette année, pour l'échange de leurs pleins pouvoirs, et la signature de la Convention.

Anhang zum Protokollprojekt.

Projet de Convention.

Les Hautes Parties Contractantes, désirant assurer la suppression totale des primes ouvertes ou déguisées à l'exportation des sucres, ont résolu de conclure une Convention à cet effet, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:— || Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Très-Honorable Robert Arthur Talbot Gascoigne Cecil, Marquis de Salisbury, Comte de Salisbury, Vicomte Cranborne, Baron Cecil, Pair du Royaume Uni, Chevalier du Très-Noble Ordre de la Jarretière, Membre du Très-Honorable Conseil Privé de Sa Majesté, Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté au Département des Affaires Étrangères, &c., &c.; et le Baron Henry de Worms, Membre du Parlement du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Sous-Secrétaire d'État pour les Colonies, &c., &c.; || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, || Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., et Roi Apostolique de Hongrie, || Sa Majesté le Roi des Belges, M. le Baron Solvyns, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire; M. Guillaume, Directeur-Général à son Ministère des

Finances; et M. du Jardin, Inspecteur-Général à son Ministère des Finances; || Sa Majesté le Roi de Danemark, M. de Barner, son Chambellan, Inspecteur-Général des Douanes; || Sa Majesté le Roi d'Espagne, et en son nom la Reine Régente du Royaume, M. del Mazo, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; M. Batanero, Député; et M. Dupuy de Lome, son Ministre Résident; || Le Président de la République Française, M. Waddington, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Sans-Leroy, Député; || Sa Majesté le Roi d'Italie, le Chevalier Catalani, son Chargé d'Affaires; || Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, || Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, M. le Chevalier de Staal, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Kamensky, son Conseiller d'État Actuel; || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: —

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Article I. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres.

Article II. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent: — || A percevoir l'impôt sur les quantités de sucre destinées à la consommation, sans accorder à l'exportation aucun drawback ou remboursement de droits, ni aucune décharge qui puisse donner lieu à une prime quelconque. || Dans ce but, elles s'engagent à soumettre au régime de l'entrepôt, sous la surveillance permanente de jour et de nuit des employés du fisc, les fabriques de sucres et les fabriques raffineries, de même que les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses. || A cette fin les usines seront construites de manière à donner toute garantie contre l'enlèvement clandestin des sucres, et les dits employés auront la faculté de pénétrer dans toutes les parties des usines. || Des livres de contrôle seront tenus sur une ou plusieurs phases de la fabrication, et les sucres achevés seront déposés dans des magasins spéciaux offrant toutes les garanties désirables de sécurité. || Par exception au principe mentionné au premier alinéa de cet Article, on pourra accorder le remboursement ou décharge de droits pour le sucre employé à la fabrication des chocolats et autres produits destinés à l'exportation, pourvu qu'il n'en résulte aucune prime.

Article III || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à soumettre les raffineries de sucre au même régime que les fabriques de sucre. || Cependant, chaque pays pourra tenir un compte de raffinage à titre de contrôle par le moyen de la saccharimétrie, ou tout autre contrôle qui lui semble le plus efficace, afin de s'assurer contre une prime à l'exportation.

Article IV. || La Belgique ne se trouvant pas dans les mêmes conditions au point de vue de l'application du système d'impôt sur les quantités de sucre produites, le régime actuellement établi dans ce royaume pourra être maintenu, sauf les modifications suivantes: — || La quotité de l'impôt sera ramenée de 45 fr. à 22 fr. 50 c. à partir de la mise en vigueur de la

Nr. 9632. présente Convention. La prise en charge des fabriques abonnées sera portée de 1,500 à 1,750 grammes à la mise en vigueur de la Convention, et à 1,800 grammes deux ans après.

Konferenz-
Staaten.

Article V. || Les Hautes Parties Contractantes et leurs provinces d'outre-mer, Colonies, ou possessions étrangères, qui ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres, ou qui n'accordent à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, des mélasses, ou des glucoses, aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités sont dispensées de se conformer aux dispositions des Articles II et III, pourvu qu'elles s'engagent à conserver un de ces systèmes pendant la durée de la Convention, ou, en cas de changement, à adopter le système établi aux Articles II et III. || La Russie, qui perçoit l'impôt d'après un taux unique sur la totalité de la fabrication et qui accorde à l'exportation de toutes espèces de sucre une restitution qui n'excède pas ce taux, est, tant qu'elle maintient le régime actuel, assimilée aux Puissances désignées par le paragraphe précédent.

Article VI. || Les Hautes Parties Contractantes conviennent de créer une Commission Internationale des Sucres, qui sera chargée de surveiller l'exécution des dispositions de la présente Convention. || Cette Commission sera composée de Délégués des différentes Puissances et il lui sera adjoint un Bureau Permanent. || Les Délégués auront pour mission: — || (a.) D'examiner si les Lois, Arrêtés et Règlements relatifs à l'imposition des sucres sont conformes aux principes arrêtés par les Articles précédents, et si, dans la pratique, il n'est accordé aucune prime ouverte ou déguisée à l'exportation des sucres, mélasses, ou glucoses. || (b.) D'émettre un avis sur les questions litigieuses. || (c.) D'instruire les demandes d'admission à l'Union des États qui n'ont point pris part à la présente Convention. || Le Bureau Permanent sera chargé de rassembler, de traduire, de coordonner et de publier les renseignements de toute nature qui se rapportent à la législation et à la statistique des sucres, non seulement dans les Pays Contractants, mais également dans tous les autres pays. || Pour assurer l'exécution des dispositions qui précèdent, les Hautes Parties Contractantes communiqueront par la voie diplomatique au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, qui les fera parvenir à la Commission, les Lois, Arrêtés et Règlements sur l'imposition des sucres qui sont ou seront en vigueur dans leurs pays respectifs, ainsi que les renseignements statistiques relatifs à l'objet de la présente Convention. || Chacune des Hautes Parties Contractantes pourra être représentée à la Commission par un Délégué ou par un Délégué et un Délégué-Adjoint. || La première réunion de la Commission aura lieu à Londres, dans le mois qui suivra la ratification de la présente Convention. || La Commission est chargée de préparer à sa première réunion un projet de Règlement déterminant le lieu et la date de ses réunions ultérieures, ainsi que le siège du Bureau Permanent. || Dans sa première réunion, la Commission arrêtera son règlement d'ordre intérieur et rédigera un Rapport sur les Lois ou Projets de Loi qui lui auront été soumis par le Gouvernement

de Sa Majesté Britannique. || La Commission n'aura qu'une mission de contrôle et d'examen. Elle fera, sur toutes les questions qui lui seront soumises, un Rapport qu'elle adressera au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, lequel le communiquera aux Puissances intéressées et provoquera, si la demande en est faite par une des Hautes Parties Contractantes, la réunion de la Conférence qui arrêtera les résolutions ou les mesures nécessitées par les circonstances. || Les frais résultant de l'organisation et du fonctionnement du Bureau Permanent et de la Commission — sauf le traitement ou les indemnités des Délégués, qui seront payés par leurs pays respectifs — seront supportés par tous les Pays Contractants et répartis entre eux, d'après un mode à régler par la Commission.

Article VII. || A partir de la mise en vigueur de la présente Convention, tout sucre brut, sucre raffiné, mélasse, ou glucose provenant des pays, provinces d'outre-mer, colonies ou possessions étrangères, qui maintiendraient le système des primes ouvertes ou déguisées à la fabrication ou à l'exportation des sucres, sera exclu des territoires des Hautes Parties Contractantes. || Toute Puissance Contractante, pour exclure de son territoire les sucres bruts, sucres raffinés, mélasses, ou glucoses qui auront profité de primes ouvertes ou déguisées, pourra, ou les frapper d'une prohibition absolue, ou d'un droit qui devra nécessairement excéder le montant de la prime. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre ou à proposer à leurs Législatures respectives les mesures nécessaires pour obtenir ces résultats. || Le fait de l'existence dans un pays, province d'outre-mer, colonie ou possession étrangère, d'un système donnant des primes ouvertes ou déguisées sur le sucre brut, sucre raffiné, mélasse, ou glucose, sera constaté par un vote des Puissances Signataires de la présente Convention.

Article VIII. || Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande, à la condition que leurs Lois et leurs Règlements, sur le régime des sucres, soient d'accord avec les principes de la présente Convention, et aient été soumis, préalablement, à l'approbation des Hautes Parties Contractantes dans les formes prescrites à l'Article VI.

Article IX. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} Août, 1890. || Elle restera en vigueur pendant dix années, à dater de ce jour, et dans le cas, où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifiée, douze mois avant l'expiration de la dite période de dix années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas où une des Puissances Signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent jusqu'au 31 Octobre de l'année de la dénonciation la faculté de notifier l'intention de se retirer à leur tour à partir du 1^{er} Août de l'année suivante. || Toutefois, chacune des Hautes Parties Contractantes pourra, en dénonçant la Convention douze mois à l'avance, y mettre un terme à son égard à l'expiration de la deuxième, de la cinquième

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

et de la huitième année de la dite période de dix années. || Si plus d'une Puissance voulait se retirer, une Conférence des Puissances Concordataires se réunirait à Londres dans les trois mois pour aviser sur les mesures à prendre.

Article X. || Les dispositions de la présente Convention sont applicables aux provinces d'outre-mer, colonies et possessions étrangères des Hautes Parties Contractantes. || Dans le cas, où une de ces provinces d'outre mer, colonies et possessions étrangères des Hautes Parties Contractantes désirerait se retirer séparément de la Convention, une notification à cet effet sera faite aux Puissances Contractantes par le Gouvernement de la Métropole, de la manière et avec les conséquences indiquées à l'Article IX.

Article XI. || L'exécution des engagements réciproques contenus dans la présente Convention est subordonnée, en tant que de besoin, à l'accomplissement des formalités et règles établies par les lois constitutionnelles de chacun des Pays Contractants. || La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Londres, le 1^{er} Août, 1889, ou plus tôt si faire se peut.

Zweiundzwanzigste Sitzung, 12. Mai 1888.

On procède à la signature du Protocole de Clôture. (Voir l'Annexe A au présent procès-verbal.) || M. Sans-Leroy rappelle qu'à la fin de la première session, la Conférence avait pensé qu'il était difficile de conserver le secret sur les résultats de ses travaux. Il demande si la même jurisprudence devra être suivie pour les documents relatifs à la deuxième session, en d'autres termes, si le Protocole de Clôture, le projet de Convention et les procès-verbaux qui en sont le commentaire indispensable, puisqu'ils renferment les réserves formulées par tous les Délégués, pourront être livrés à la publicité. || A l'appui de la question de son collègue, M. Pallain rappelle que c'est pour répondre aux légitimes exigences du régime Parlementaire que M. le Président avait demandé, dans la séance du 19 Décembre dernier, que les résultats de la première Conférence ne fussent pas tenus secrets. C'est là un précédent qu'il est difficile de ne pas invoquer. || M. le Président, après avoir consulté la Conférence, répond que les circonstances ne sont plus les mêmes, qu'il n'entre pas dans les intentions du Gouvernement Britannique de publier ces documents. Il croit qu'au point, où en sont les travaux de la Conférence, la publicité aurait moins d'avantages que d'inconvénients. Il fait appel à la courtoisie de ses collègues pour demander à leurs Gouvernements de s'abstenir également de toute publicité par le Parlement ou par la presse. || La Conférence manifeste l'intention de déférer aux désirs de M. le Président. || M. le Président prononce le discours suivant: —

“MM. les Délégués et chers collègues, || La Conférence a terminé ses travaux. A notre prochaine réunion, nous donnerons une forme concrète aux résultats de nos délibérations. Il me reste à vous exprimer la haute appréciation du Gouvernement Britannique du dévouement avec lequel les Représen-

sentants des différentes nations se sont appliqués à la tâche de résoudre les questions soumises à la Conférence. Personnellement, je vous dois mes meilleurs, mes plus vifs remerciements pour l'extrême bienveillance et la grande courtoisie que vous n'avez cessé de me témoigner. Vous m'avez facilité à un point que je n'aurais pas cru possible, la tâche délicate de présider à une assemblée, où tant d'intérêts étaient représentés. || Je voudrais surtout appeler votre attention sur le fait, qu'à cette seconde et dernière session de la Conférence, tous les Gouvernements, sans exception, se sont de nouveau prononcés nettement et sans réserves en faveur de l'abolition des primes. || Nos délibérations, reproduites dans les procès-verbaux, font clairement ressortir cette communauté de vues. Nous nous sommes imposé la tâche de trouver des moyens pratiques qui réalisent la suppression des primes. Ces moyens, nous les avons cherchés, et je crois, que nous les avons trouvés dans les engagements réciproques qui figurent au projet de Convention; ces engagements nous fournissent les garanties dont nous avons le devoir de nous entourer. || Les difficultés qui ont surgi pendant nos discussions, nous les avons aplanies. Je reconnais avec satisfaction que nous n'avons rencontré, dans aucune divergence, un obstacle insurmontable. || Il est vrai que la plupart des Gouvernements représentés ont cru devoir repousser les propositions soumises lors de notre première session par nos honorables collègues, les Délégués de la Belgique. Mais l'esprit de conciliation, qui ne nous a jamais manqué pendant nos longues délibérations, s'est manifesté de nouveau. D'une part, le Gouvernement Belge a fait des concessions en vue des objections soulevées par les autres États intéressés; de l'autre, vous avez consenti à prendre ces nouvelles propositions ad referendum, sans, toutefois, abandonner votre attitude de réserve. || C'est dans le même esprit de conciliation que nous avons abordé la discussion de la proposition faite, au nom de leur Gouvernement, par nos collègues, les honorables Délégués des Pays-Bas. Les Délégués se sont prononcés en faveur de l'opinion exprimée au nom du Gouvernement Britannique, que la Conférence n'avait pas qualité pour arriver à une décision pratique sur la question des surtaxes; bien que cette manière de voir ait été acceptée par la Conférence, elle n'a pas refusé de discuter cette importante question. Elle a sagement agi; il y a un avantage manifeste à échanger franchement les idées sur une question qui, un jour ou l'autre, pourrait se présenter sous une forme pratique. || Il me reste un dernier point. Les comptes rendus de nos délibérations sont une preuve que les Puissances qui nous ont fait l'honneur de répondre à notre invitation, se sont inspirées du désir de mettre fin à un système qu'elles ont unanimement condamné. Ce n'est pas pour faire des concessions à un pays quelconque que les Conférences Internationales se convoquent ou se réunissent. Leur mandat est de rechercher des engagements réciproques propres à redresser des injustices ou à amener, dans les relations internationales, des changements destinés à bénéficier, non une seule, mais toutes les Puissances. La Conférence à laquelle nous venons d'assister a eu

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

cette double mission. Elle a eu pour mandat de redresser une injustice manifeste; elle n'a pas été convoquée dans le but de faire des concessions à une Puissance dont les ports sont ouverts au commerce du monde entier, qui ne cherche jamais à entraver l'industrie des autres nations. La Conférence a eu, en même temps, mission d'abolir un système opposé aux meilleurs principes de l'économie politique et qui pèse lourdement sur les contribuables des autres nations en ce qu'il accorde une subvention à une industrie au préjudice des autres. || La Grande-Bretagne n'a manifesté aucun désir de rentrer dans la voie de cette politique protectionniste, qui a été condamnée depuis longtemps par l'opinion publique de ce pays. Mais je me permets de vous signaler la différence énorme qui existe entre la protection, dans le sens d'un système fiscal qui fermerait les marchés nationaux contre la concurrence étrangère, et cette protection, dans le vrai sens du mot, qui concéderait à toute nation le droit de défendre ses propres industries. Je ne peux me dissimuler que tout pays libre-échangiste pourrait se voir forcé, par l'expression de l'opinion publique, à adopter un tel système. On insistera qu'il est du devoir du Gouvernement de faire disparaître un état de choses considéré par la grande classe commerciale et ouvrière de ce pays comme une infraction aux principes du libre-échange, et comme amenant la ruine d'une de ses principales industries. || J'ai cru devoir vous exprimer encore une fois ces idées au moment où nous allons nous séparer, et je vous prie de les soumettre à la considération sérieuse de vos Gouvernements respectifs. || Je dois vous répéter l'expression de mon sincère espoir que nos délibérations ne resteront pas sans résultats et que la Conférence des Sucres de 1887—88 arrivera à la réalisation de l'objet qu'elle s'est proposé. J'espère que cette Conférence marquera une époque dans l'histoire des pays représentés, l'époque à laquelle les grandes nations du monde ont déclaré que le principe capital du commerce est la libre concurrence, et que les subventions de l'État n'en doivent pas entraver le développement. || Avant de quitter ce fauteuil, je dois remercier M. Boizard pour l'obligeance avec laquelle il s'est mis, une deuxième fois, à la disposition de la Conférence pour la rédaction de nos procès-verbaux. Je suis heureux de lui présenter en même temps les meilleurs remerciements du Foreign Office."

M. le Comte de Kuefstein répond en ces termes au discours de M. le Président: —

„Nous sommes arrivés aujourd'hui à la dernière séance de cette session, je demande l'honneur de parler pour nous tous, et d'exprimer à M. le Président nos plus chaleureux remerciements pour l'amabilité et la courtoisie avec lesquelles il a dirigé nos débats et pour l'habileté avec laquelle il a su les mener à bonne fin. Car nous pouvons bien dire que nous avons obtenu un résultat heureux. Le cercle des questions litigieuses s'est restreint de plus en plus et, s'il subsiste quelques points importants qui doivent encore rester en suspens, nous pouvons espérer que le délai qui nous est laissé, jusqu'à notre prochaine réunion, suffira pour préparer une entente. C'est avec cet

espoir que nous disons 'Au revoir' à notre très honoré Président et à nos très estimés collègues MM. les Délégués Britanniques. Nous leur offrons à tous nos plus sincères remerciements pour la courtoisie et l'amabilité qu'ils nous ont sans cesse témoignées." || Sur la proposition de M. le Comte de Kuefstein des remerciements sont votés à MM. les Secrétaires.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Après la levée de la séance, M. Kamensky communique à M. le Président un télégramme qu'il vient de recevoir de M. le Ministre des Finances Russe. Cette dépêche annonce que dans le cas, où la Convention serait ratifiée par le Gouvernement Impérial, ce Gouvernement n'a pas l'intention de renouveler les primes sur le sucre exporté par la frontière d'Asie. || (Voir l'annexe B au présent procès-verbal.)

Anhang (A) zum Sitzungsbericht der zweiundzwanzigsten Sitzung.

Schluss-Protokoll.

LES Soussignés, Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, des Pays-Bas et de la Russie, se sont réunis de nouveau à Londres le 5 Avril, 1888, pour rédiger les termes d'une Convention ayant pour but la suppression des primes à l'exportation des sucres. || A la suite des délibérations consignées dans les procès-verbaux des séances, ils ont arrêté le Projet de Convention qui est annexé au présent Protocole, et qu'ils s'engagent à soumettre à l'appréciation de leurs Gouvernements respectifs, avec les réserves consignées dans les procès-verbaux ci-joints. || Ils s'engagent, en outre, à recommander à leurs Gouvernements respectifs de communiquer au Gouvernement de Sa Majesté Britannique leur opinion sur le projet de Convention avant le 5 Juillet de la présente année. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique se propose de convoquer le 16 Août ou plus tard une Conférence de Plénipotentiaires pour la signature de la Convention. || Fait à Londres, le 12 Mai, 1888. || Henry de Worms. || Onslow. || C. M. Kennedy. || F. G. Walpole. || Jordan. || Jaehnigen. || Kuefstein. || Guillaume. || Du Jardin. || D. de Smet. || De Barner. || Ant^o. Batanero. || Dupuy de Lome. || Ch. Sans-Leroy. || Jusserand. || G. Pallain. || A. Catusse. || T. Catalani. || Pistorius. || C. van de Ven. || G. Kamensky.

Anhang zum Schlussprotokoll.

Projet de Convention.

LES Hautes Parties Contractantes, désirant assurer par des engagements réciproques la suppression totale des primes ouvertes ou déguisées à l'exportation des sucres, ont résolu de conclure une Convention à cet effet, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Très-Honorable Robert Arthur

Nr. 6982.
Konferenz-
Staaten.

Talbot Gascoyne Cecil, Marquis de Salisbury, Comte de Salisbury, Vicomte Cranborne, Baron Cecil, Pair du Royaume Uni, Chevalier du Très-Noble Ordre de la Jarretière, Membre du Très-Honorable Conseil Privé de Sa Majesté, Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté au Département des Affaires Étrangères, &c., &c.; et le Baron Henry de Worms, Membre du Parlement du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Sous-Secrétaire d'État pour les Colonies, &c., &c.; || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, || Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., et Roi Apostolique de Hongrie, || Sa Majesté le Roi des Belges, M. le Baron Solvyns, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire; M. Guillaume, Directeur-Général à son Ministère des Finances; et M. du Jardin, Inspecteur-Général à son Ministère des Finances; || Sa Majesté le Roi de Danemark, M. de Barner, son Chambellan, Inspecteur-Général des Douanes; || Sa Majesté le Roi d'Espagne, et en son nom la Reine Régente du Royaume, M. del Mazo, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; M. Batanero, Député; et M. Dupuy de Lome, son Ministre Résident; || Le Président de la République Française, M. Waddington, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Sans-Leroy, Député; || Sa Majesté le Roi d'Italie, le Chevalier Catalani, son Chargé d'Affaires, || Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, || Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, M. le Chevalier de Staal, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Kamensky, son Conseiller d'État Actuel; || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: —

Article I. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres.

Article II. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent: — || A percevoir l'impôt sur les quantités de sucre destinées à la consommation, sans accorder à l'exportation aucun drawback ou remboursement de droits, ni aucune décharge qui puisse donner lieu à une prime quelconque. || Dans ce but, elles s'engagent à soumettre au régime de l'entrepôt, sous la surveillance permanente de jour et de nuit des employés du fisc, les fabriques de sucres et les fabriques raffineries, de même que les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses. | A cette fin les usines seront construites de manière à donner toute garantie contre l'enlèvement clandestin des sucres, et les dits employés auront la faculté de pénétrer dans toutes les parties des usines. || Des livres de contrôle seront tenus sur une ou plusieurs phases de la fabrication, et les sucres achevés seront déposés dans des magasins spéciaux offrant toutes les garanties désirables de sécurité. || Par exception au principe mentionné au premier alinéa de cet Article, on pourra accorder le remboursement ou décharge de droits pour le sucre employé à la fabrication des chocolats et autres produits destinés à l'exportation, pourvu qu'il n'en résulte aucune prime.

Article III. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à soumettre les

raffineries de sucre au même régime que les fabriques de sucre. || Cependant, chaque pays pourra tenir un compte de raffinage à titre de contrôle par le moyen de la saccharimétrie, ou tout autre contrôle qui lui semble le plus efficace, afin de s'assurer contre une prime à l'exportation.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Proposition des Délégués des Pays-Bas.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à soumettre les raffineries de sucre au même régime que les fabriques de sucre. || Cependant, elles se réservent de déterminer par les méthodes saccharimétriques la quantité de raffiné que représentent les sucres bruts admis dans les raffineries en franchise de droits à charge d'exportation après raffinage, sauf à prélever les droits des excédents à constater par la surveillance permanente à la sortie et par l'inventaire des sucres et sirops qui se trouvent dans la raffinerie. Cet inventaire devra se faire au moins une fois par an.

Article IV. || La Belgique ne se trouvant pas dans les mêmes conditions au point de vue de l'application du système d'impôt sur les quantités de sucre produites, le régime actuellement établi dans ce royaume pourra être maintenu, sauf les modifications suivantes: — || La quotité de l'impôt sera ramenée de 45 fr. à 22 fr. 50 c. à partir de la mise en vigueur de la présente Convention. La prise en charge des fabriques abonnées sera portée de 1,500 à 1,750 grammes à la mise en vigueur de la Convention, et à 1,800 grammes deux ans après.

Article V. || Les Hautes Parties Contractantes et leurs provinces d'outre-mer, colonies, ou possessions étrangères, qui ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres, ou qui n'accordent à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, des mélasses, ou des glucoses, aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités sont, dispensées de se conformer aux dispositions des Articles II et III, pourvu qu'elles s'engagent à conserver un de ces systèmes pendant la durée de la Convention, ou en cas de changement, à adopter le système établi aux Articles II et III. || La Russie, qui perçoit l'impôt d'après un taux unique sur la totalité de la fabrication et qui accorde à l'exportation des toutes espèces de sucre une restitution qui n'excède pas ce taux, est, tant qu'elle maintient le régime actuel, assimilée aux Puissances désignées par le paragraphe précédent.

Article VI. || Les Hautes Parties Contractantes conviennent de créer une Commission Internationale des Sucres, qui sera chargée de surveiller l'exécution des dispositions de la présente Convention. || Cette Commission sera composée de Délégués des différentes Puissances et il lui sera adjoint un Bureau Permanent. || Les Délégués auront pour mission: — || (a.) D'examiner si les Lois, Arrêtés et Règlements relatifs à l'imposition des sucres sont conformes aux principes arrêtés par les Articles précédents, et si, dans la pratique, il n'est accordé aucune prime ouverte ou déguisée à l'exportation des sucres, mélasses,

Nr. 9682.
Konferenz-
Staaten.

ou glucoses. || (b.) D'émettre un avis sur les questions litigieuses. || (c.) D'instruire les demandes d'admission à l'Union des États qui n'ont point pris part à la présente Convention. || Le Bureau Permanent sera chargé de rassembler, de traduire, de coordonner et de publier les renseignements de toute nature qui se rapportent à la législation et à la statistique des sucres, non seulement dans les Pays Contractants, mais également dans tous les autres pays. || Pour assurer l'exécution des dispositions qui précèdent, les Hautes Parties Contractantes communiqueront par la voie diplomatique au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, qui les fera parvenir à la Commission, les Lois, Arrêtés et Règlements sur l'imposition des sucres qui sont ou seront en vigueur dans leurs pays respectifs, ainsi que les renseignements statistiques relatifs à l'objet de la présente Convention. || Chacune des Hautes Parties Contractantes pourra être représentée à la Commission par un Délégué ou par un Délégué et un Délégué-Adjoint. || La première réunion de la Commission aura lieu à Londres, dans le mois qui suivra la ratification de la présente Convention. || La Commission est chargée de préparer à sa première réunion un projet de Règlement déterminant le lieu et la date de ses réunions ultérieures, ainsi que le siège du Bureau Permanent. || Dans sa première réunion, la Commission arrêtera son règlement d'ordre intérieur et rédigera un Rapport sur les Lois ou Projets de Loi qui lui auront été soumis par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. || La Commission n'aura qu'une mission de contrôle et d'examen. Elle fera, sur toutes les questions qui lui seront soumises, un Rapport qu'elle adressera au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, lequel le communiquera aux Puissances intéressées et provoquera, si la demande en est faite par une des Hautes Parties Contractantes, la réunion d'une Conférence qui arrêtera les résolutions ou les mesures nécessitées par les circonstances. || Les frais résultant de l'organisation et du fonctionnement du Bureau Permanent et de la Commission — sauf le traitement ou les indemnités des Délégués, qui seront payés par leurs pays respectifs — seront supportés par tous les Pays Contractants et répartis entre eux, d'après un mode à régler par la Commission.

Article VII. || A partir de la mise en vigueur de la présente Convention, tout sucre brut, sucre raffiné, mélasse, ou glucose provenant des pays, provinces d'outre-mer, colonies ou possessions étrangères, qui maintiendraient le système des primes ouvertes ou déguisées à la fabrication ou à l'exportation des sucres, sera exclu des territoires des Hautes Parties Contractantes. || Toute Puissance Contractante, pour exclure de son territoire les sucres bruts, sucres raffinés, mélasses ou glucoses qui auront profité de primes ouvertes ou déguisées, pourra ou les frapper d'une prohibition absolue, ou d'un droit qui devra nécessairement excéder le montant de la prime. || Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre les mesures nécessaires pour obtenir ces résultats. || Le fait de l'existence dans un pays, province d'outre-mer, colonie ou possession étrangère, d'un système donnant des primes ouvertes ou dégui-

sées sur le sucre brut, sucre raffiné, mélasse, ou glucose, sera constaté par un vote des Puissances Signataires de la présente Convention.

Nr. 9692.
Konferenz-
Staaten.

Article VIII. || Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande, à la condition que leurs Lois et leurs Règlements, sur le régime des sucres, soient d'accord avec les principes de la présente Convention, et aient été soumis, préalablement, à l'approbation des Hautes Parties Contractantes dans les formes prescrites à l'Article VI.

Article IX. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} Août, 1890. || Elle restera en vigueur pendant dix années, à dater de ce jour, et dans le cas, où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifiée, douze mois avant l'expiration de la dite période de dix années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas, où une des Puissances Signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent jusqu'au 31 Octobre de l'année de la dénonciation la faculté de notifier l'intention de se retirer à leur tour à partir du 1^{er} Août de l'année suivante. || Toutefois, chacune des Hautes Parties Contractantes pourra, en dénonçant la Convention douze mois à l'avance, y mettre un terme à son égard à l'expiration de la deuxième, de la cinquième et de la huitième année de la dite période de dix années. || Si plus d'une Puissance voulait se retirer, une Conférence des Puissances Concordataires se réunirait à Londres dans les trois mois pour aviser sur les mesures à prendre.

Article X. || Les dispositions de la présente Convention sont applicables aux provinces d'outre-mer, colonies et possessions étrangères des Hautes Parties Contractantes. || Dans le cas, où une de ces provinces d'outre-mer, colonies et possessions étrangères des Hautes Parties Contractantes désirerait se retirer séparément de la Convention, une notification à cet effet sera faite aux Puissances Contractantes par le Gouvernement de la Métropole, de la manière et avec les conséquences indiquées à l'Article IX.

Article XI. || L'exécution des engagements réciproques contenus dans la présente Convention est subordonnée, en tant que de besoin, à l'accomplissement des formalités et règles établies par les lois constitutionnelles de chacun des Pays Contractants. || La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Londres, le 1^{er} Août, 1889, ou plus tôt si faire se peut.

Anhang (B) zum Sitzungsbericht der zweiundzwanzigsten Sitzung.

VOUS êtes autorisé à déclarer à la Conférence que, dans le cas où la Convention sera ratifiée par le Gouvernement Impérial, il n'a pas l'intention de renouveler les primes pour les sucres exportés en Asie après le 1^{er} Mai, 1891. || Wischnegradski, || Ministre des Finances.

Appendix

Nr. 9682. zu den „Documents présentés à la Conférence Internationale sur
Konferenz- le Régime des Sucres, tenue à Londres, Avril—Mai 1888.
Staaten.

No. 1. || La Consommation du Sucre.

États.	1880—84*).	1887**).
	Consommation annuelle par tête	Consommation par tête.
	Kilogr.	Kilogr.
Finlande	0,60	—
Roumanie	1,50	—
Serbie	2,00	—
Espagne	2,32	—
Italie	3,45	—
Russie	3,50	4,10
Portugal	4,34	—
Norvège	5,16	—
Autriche-Hongrie	6,00	5,50
Allemagne	6,81	8,60
Belgique	7,14	—
Suède	7,95	—
France	10,26	12,30
Suisse	10,35	—
Pays-Bas	12,87	10,50
Danemark	13,47	—
Grande Bretagne	31,30	32,00
États-Unis	17,30	27,70
République Argentine	—	22,70***)

*) D'après les évaluations de M. Broch. (Voir "Bulletin de l'Institut International de Statistique, 1887", tome ii, 1^{er} livre.)

**) D'après les évaluations de Messrs. Connal, de Glasgow.

***) 1886, d'après les évaluations de M. le Consul Baker des États-Unis, Janvier 1888.

(Signé) A. E. Bateman.

Le 9 Avril, 1888.

No. 2. || Mémoire sur la Législation Sucrière des Colonies et Possessions Britanniques.

I. — Droits à l'Importation. || DANS les Colonies et possessions Britanniques les sucres importés sont frappés des droits qui figurent au Tableau ci-annexé. || Ce Tableau distingue entre les Colonies autonomes (y compris Natal et l'Australie Occidentale) et les Colonies qui ne jouissent pas du régime de la responsabilité Ministérielle. C'est dans cette dernière catégorie qu'on trouve les Colonies qui dépendent directement de la Couronne. || Les Colonies qui produisent du sucre sont indiquées par un (*), et les Colonies où il y a des raffineries par un (†).

Les Colonies Autonomes.

Noms des Colonies.	Désignation des Denrées.	Unités.	Droits.	Équivalents*)	Nr. 682. Konferenz- Staaten.
				Français. Les 100 kilogr.	
† Dominion of Canada	Sucre au-dessus du No. 14 des types Néerlandais, et sucre raffiné de toutes espèces importé directement, et pas destiné aux raffineries	La livre	1½ cents et 35 pour cent <i>ad val.</i> en plus.	Fr. c. 17 10 et 35 pour cent <i>ad val.</i>	
	Sucre pas au-dessus du No. 14, importé directement, et pas destiné aux raffineries	"	1 cent et 30 pour cent <i>ad val.</i> en plus.	11 40 et 30 pour cent <i>ad val.</i>	
	Sucre melado et melado concentré, jus concentré de canne et de betterave, mélasses concentrées, importés directement et destinés uniquement au raffinage, pourvu qu'ils ne soient pas au-dessus du type No. 14, et qu'ils donnent de 80 à 97 degrés au polariscope.	"	1 cent et pour chaque degré polarimétrique en plus, 3⅓ cents les 100 livres.	11 40 et pour chaque degré polarimétrique en plus 37 c.	
	Sucre au-dessus du type No. 14, et sucre raffiné de toute espèce pas importé directement	"	1½ cents et 35 pour cent <i>ad val.</i> , et 7½ pour cent du droit en plus.	17 10 et 35 pour cent <i>ad val.</i> , et 7½ pour cent en plus.	
	Sucre pas au-dessus du No. 14, pas importé directement, et pas destiné aux raffineries	"	1 cent et 30 pour cent <i>ad val.</i> , et 7½ pour cent en plus.	11 40 et 30 pour cent <i>ad val.</i> , et 7½ pour cent en plus.	
	Sucre melado, melado concentré, jus concentré de canne et de betterave, et mélasses concentrées, pas importés directement et destinés seulement au raffinage, pourvu qu'ils ne soient pas au-dessus du type No. 14, et qu'ils donnent de 70 à 95 degrés polarimétriques	"	1 cent et pour chaque degré polarimétrique en plus, 3⅓ cents les 100 livres, et 7½ pour cent du droit en plus.	11 40 et pour chaque degré polarimétrique en plus, 37 c., et 7½ pour cent.	
	Sirops, jus de canne, sirops raffinés, sirops et mélasses dits "des fabriques", sirops de sucre, de mélasse, ou de sorgho, qu'ils soient importés directement ou non	"	1 cent et 30 pour cent.	11 40 et 30 pour cent.	
	Mélasses d'autres espèces importées directement sans transbordement	—	15 pour cent <i>ad val.</i>	15 pour cent <i>ad val.</i>	
	Les mêmes, importées autrement	—	20 pour cent <i>ad val.</i>	20 pour cent <i>ad val.</i>	
	Mélasses importées pour le compte d'un raffineur ou reçues par un raffineur ou destinées à la fabrication d'autres articles et pas à la consommation	—	Les droits ci-dessus et en plus 5 cents le gallon.	Les droits ci-dessus et en plus 5 fr. 73 c. le hectol.	
Sucre caudi, brun et blanc, et confitures de toutes espèces	La livre	1¼ cents et 35 pour cent <i>ad val.</i> en plus.	14 20 et 35 pour cent <i>ad val.</i>		

*) Les kilogr. est considéré comme l'équivalent de 2,2 livres Anglaises; le franc est calculé au taux de 25 fr. à la livre sterling.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Noms des Colonies.	Désignation des Denrées.	Unités.	Droits.	Équivalents Français
				Les 100 kilogr.
				Fr. c.
Terre Neuve	Glucoses liquides	La livre	2 cents	22 80
	Sucre en pain et raffinés	Le cwt. (quintal Anglais)	4 dol. 50 c.	45 76
	„ brut	„	3 dol.	30 50
	Vergeoises	„	3 dol. 60 c.	33 50
Cape . .	Sucre de toute espèce	Les 100 livres	8s. 4d.	22 80
* Natal .	„ brut	Le cwt. (quintal Anglais)	3s. 6d.	8 60
	„ raffiné	„	9s. 4d.	22 80
* † Nou- velle-Gal- les du Sud	Glucoses liquides, sirops, mélasses	„	3s. 4d.	21 70
	Sucre brut et glucoses solides	„	5s.	12 30
	„ raffiné	„	6s. 8d.	16 40
† Victoria	„ de canne, brut	„	3s.	7 30
	„ „ raffiné en entrepôt	„	2s.	4 90
	„ de betterave et autre	„	6s.	14 70
* † Queens- land	„ raffiné	„	6s. 8d.	16 40
	„ brut	„	5s.	12 30
Tasmanie	„ candi, sucre en pain et morceaux	„	9s. 4d.	22 80
	Sucre brut et autre	„	6s.	14 70
Australie du Sud	„ de toute espèce	„	3s.	7 30
	Glucoses	„	6s.	14 70
(Territoire du Nord)	Sucre et mélasses	„	5s.	12 30
Australie Occidentale	„ et mélasses	„	4s.	9 80
† Nouvelle Zélande	„ de toute espèce	„	4s. 8d.	11 40

**Colonies et Possessions ne jouissant pas du régime de la responsabilité
Ministérielle et Colonies de la Couronne.**

Indes Britanniques.

Le sucre n'est pas imposé aux Indes Britanniques.

Colonies Orientales.

Noms des Colonies.	Désignation des Denrées.	Unités.	Droits.	Équivalents Français
				Les 100 kilogr.
				Fr. c.
Ceylon .	Sucre candi et raffiné	Le cwt. (quintal Anglais)	3 rupees.	10 70
	„ brut	„	1,75 rupee.	6 30
	„ de palmier et "jagghery"	„	75 cents.	2 70
Hong Kong	— — — — —	—	Exempt.	—
Labuan .	— — — — —	—	„	—
Établis- sements du Détroit	— — — — —	—	„	—
de Malacca	— — — — —	—	„	—
* Maurice	Sucre raffiné et candi	Les 100 kilogr.	4,75 rupees.	17 00
	„ brut	—	7½ pour cent ad val.	—

Colonies d'Afrique.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Noms des Colonies.	Désignation des Denrées.	Unités.	Droits.	Équivalents Français
				Les 100 kilogr.
Sierra- Leone	Sucre raffiné	Le cwt. (quintal Anglais)	10s.	Fr. c. 24 20
	„ brut	„	5s.	12 10
Gambie .	„ de toute espèce	„	9s. 4d.	22 80
Côte d'Or	— — — — —	—	Exempt.	—
Lagos .	Sucre de toute espèce	—	4 pour cent ad val.	—

Indes Occidentales.

*Jamaïque	Sucre raffiné	Les 100 livres	16s. 8d.	45 60
	„ brut	„	10s.	27 50
Iles de l'Inde	„ raffiné	„	8s. 4d.	22 80
*Honduras Britannique	„ de toute espèce	„	3 dollars.	13 80
*Guyane Britannique	„ de toute espèce	„	16s. 8d.	45 60
Bahama .	„ brut	„	5s. 6d.	51 10
	„ blanc terragé	„	10s.	27 50
	„ raffiné	„	12s. 6d.	34 40
*Trinité .	„ de toute espèce	„	10s.	27 50
*Barbade	„ raffiné	„	10s.	27 50
*Iles de Vent-Gre- nade	„ de toute espèce	„	5s.	13 75
Ste.-Lucia	„ dit "des usines" et muscovado	„	8s. 4d.	22 80
	„ raffiné	„	16s. 8d.	45 60
St.-Vin- cent	„ muscovado	„	1s. 6d.	4 10
	„ cristallisé	„	3s.	8 20
	„ raffiné	„	4s.	11 00
Tabago .	„ de toute espèce	„	8s. 4d.	22 80
*Iles-sous- le-Vent- Antigua	„ raffiné	„	8s. 4d.	22 80
			et 12 ¹ / ₂ pour cent du droit en plus.	et 12 ¹ / ₂ pour cent en plus.
Mont- serrat	„ „	„	8s. 4d.	22 80
St.-Chri- stophe et Nevis	„ „	„	5s. 4d.	14 60
	„ muscovado ou melado	„	5s.	13 75
Iles de la Vierge	„ raffiné	Le cwt.	4s. 8d.	11 40
	„ muscovado	Le baril	2s.	2 fr. 5 c. par baril.
Domi- nique	„ raffiné	Les 100 livres	6s. 3d.	17 10
			et 15 pour cent en plus.	et 15 pour cent en plus.
„	„ muscovado, sucre dit "des usines", et sucre cuit dans le vide	„	4s. 2d.	11 40
			et 15 pour cent en plus.	et 15 pour cent en plus.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Autres Colonies et Possessions.

Noms des Cloonies.	Désignation des Denrées.	Unités.	Droits.	Équivalents Français
				Les 100 kilogr.
				Fr. c.
Iles Ber- mudes	Sucre de toute espèce	—	5 pour cent <i>ad val.</i>	—
* Fiji . . .	" " " "	Le cwt.	9 s. 4 d.	22 80
St.-Hélène	— — — — —	—	Exempt.	—
Gibraltar	— — — — —	—	"	—
Malta . .	— — — — —	—	"	—
Heligoland	— — — — —	—	"	—
Iles Falk- land	— — — — —	—	"	—
Chypre .	Sucre de toute espèce	—	8 pour cent <i>ad val.</i>	—

II. — Les Drawbacks. || Dans presque toutes les Colonies on trouve une législation concernant les drawbacks. Ce remboursement de droit n'est ordinairement donné que sur une marchandise réexportée intacte et dans les mêmes emballages dans lesquels elle a été importée. On peut affirmer d'une manière générale que le sucre n'est pas admis à ce privilège; il y a toutefois des exceptions. || Dans le procès-verbal de la sixième séance de la Conférence il a été dit que la Colonie de Victoria avait établi un droit qui permettrait une prime. Il semble que cette déclaration était basée sur un malentendu relativement à l'effet des drawbacks. De quelque manière que ce soit, un Rapport du Gouvernement de la Colonie montre que les drawbacks sur le sucre réexporté sont égaux aux droits payés à l'importation. || Le Gouvernement du Canada alloue à l'exportateur de sucre, raffiné dans le Dominion, et provenant de sucre brut importé, un remboursement de 90 pour cent des droits payés à l'importation. || Ce Gouvernement admet également le principe du remboursement des impôts perçus sur les matières employées dans les fabriques travaillant sous le régime de l'entrepôt. || C'est ainsi que les Gouvernements de la Tasmanie et de l'Australie du Sud remboursent à l'exportation les droits perçus sur le sucre employé à la fabrication des conserves. Mais puisque ces pays ne produisent pas de sucre, cette législation n'implique aucune prime même déguisée. La Tasmanie fait les remboursements suivants: —

Sur les conserves —

L'exportation ne peut être inférieure à un "ton" . . . 3 l. par ton.

Sur les confitures —

L'exportation pas inférieure à un "cwt." 6 l. „

Dans l'Australie du Sud les drawbacks sont égaux aux droits payés à l'importation du sucre employé.

III. — Les droits à l'Exportation. || Dans plusieurs des Indes Occidentales

et dans l'île Maurice il y a un droit à l'exportation du sucre. Ce n'est pas une mesure fiscale, mais un paiement fait par les producteurs du sucre pour rembourser au Gouvernement une partie des frais de l'immigration des coolies. || Pour l'année 1887 les droits en question étaient: —

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

Colonies.	Unités.	Droits.	Équivalents Français	
			Les 100 kilogr.	
			s. d.	Fr. c.
Maurice	Le cwt.	0 3 ³ / ₄	0	76
Jamaïque	Le hogshead*)	3 0	0	40
Trinité	"	4 0	0	50
	ou les 1000 livres . . .	2 0	0	50
Ste.-Lucia	Les 100 livres	0 4	0	90
St.-Vincent	Le hogshead	5 4	0	66
Antigua	"	5 0	0	62
Montserrat	"	3 0	0	40
St.-Christophe	"	8 4	0	83
Dominique	"	4 6	0	56

Les droits à l'exportation dans l'île de Saint-Christophe viennent d'être réduits. Ils doivent être bientôt abolis. || Dans La Trinité, Saint-Vincent, Montserrat, Saint-Christophe et La Dominique on perçoit un droit à l'exportation des mélasses.

IV. — Les Droits d'Accise. || Dans le Dominion de Canada une clause de la Loi Douanière, No. 34 de 1886, ordonne que tous les articles fabriqués en entrepôt, et mis en consommation dans le Dominion, seront frappés de droits d'accise égaux aux droits de Douane qu'ils auraient acquittés s'ils avaient été importés du Royaume-Uni et avaient été mis directement en consommation. || Il semblerait que cette disposition pourrait s'appliquer au sucre raffiné en entrepôt; mais il paraît qu'aucun droit d'accise n'a été jusqu'à présent perçu sous la disposition en question. || Quant aux autres Colonies, on peut affirmer que les droits d'accise n'y existent pas.

V. — Les Droits Compensateurs. || Deux Colonies, le Canada et Victoria, ont accepté le principe de frapper les sucres primés de droits compensateurs. || Par un récent Décret, le Gouvernement du Canada impose un droit additionnel de 7¹/₂ pour cent *ad valorem* sur les sucres provenant d'un pays qui donne une prime. || Le Tableau de droits d'importation inséré dans le présent Mémoire montre que Victoria frappe le sucre de betterave d'un droit de 6 s. le "hundredweight" (quintal Anglais) et le sucre de canne d'un droit de 3 s. le hundredweight. Ce droit différentiel a été adopté par le Gouvernement Colonial comme droit compensateur. Le Gouvernement en question s'est fondé sur l'opinion que le sucre de betterave de toute provenance jouit d'une prime ouverte ou déguisée.

*) Le poids du "hogshead" peut en moyenne être considéré comme 18 cwt. nets.

Nr. 9632.
Konferenz-
Staaten.

VI. — Le Raffinage en Entrepôt. || De toutes les Colonies Britanniques, Victoria est la seule où le régime du raffinage en entrepôt semble être actuellement en vigueur. Le principe de ce régime est toutefois reconnu par la législation du Canada et de la Barbade; mais ce système n'a jamais pris un rôle important dans ces pays.

VII. — La Culture de la Betterave. || La culture des betteraves a été essayée au Canada, et dans les Colonies de Victoria et de la Nouvelle-Zélande; mais la production n'atteint qu'un chiffre nominal. || Il y a au Canada onze fabriques, où l'on travaille la betterave et le sorgho; mais elles ne sont pas d'une grande importance. Elles ne sont soumises à aucune législation spéciale. || Dans la Colonie de Victoria la culture de la betterave n'a pas excédé quatre "acres". || Le Gouvernement de la Nouvelle-Zélande est le seul qui offre une prime pour la culture des betteraves. Dans l'année 1884 il a adopté une Loi pour l'encouragement de la production du sucre de betterave et de sorgho. La Loi contient les dispositions suivantes: — || "Une prime ouverte d'un $\frac{1}{2}$ penny par livre sera donnée à la première exportation de 1,000 tons du sucre de betterave ou de sorgho produit dans la Colonie. || Pendant quinze années à partir du 1^{er} Janvier, 1885, on ne prélèvera aucun droit, soit d'accise soit d'un autre genre, sur les sucres ci-dessus mentionnés pourvu que le droit à l'importation du sucre soit maintenu à un $\frac{1}{2}$ penny par livre. || Si pendant les quinze années déjà mentionnées le droit à l'importation venait à excéder un $\frac{1}{2}$ penny par livre, il sera loisible au Gouvernement de frapper les sucres indigènes d'un droit d'accise qui devra être inférieur au droit d'importation par la somme d'un $\frac{1}{2}$ penny par livre. || Et si le droit d'importation venait à être aboli, une prime directe d'un $\frac{1}{2}$ penny par livre sera accordée aux dits sucres." || Il paraît néanmoins qu'aucun paiement n'a été demandé sous les dispositions de cette Loi.

Nr. 9633. **KONFERENZ-STAATEN.** — Sitzungsberichte der dritten Session (August 1888). — Präsident Baron von Worms.

Dreiundzwanzigste Sitzung, 16. August 1888.

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

La Conférence internationale sur le régime des sucres reprend ses séances le jeudi 16 août 1888, à midi, au Foreign Office, sous la présidence de M. le Baron Henry de Worms, Membre de la Chambre des communes, Sous-Secrétaire d'État au Colonial Office. || Les États sont représentés par leurs Plénipotentiaires, qui se sont réunis pour adopter et signer un texte définitif de Convention. L'Allemagne est représentée par: || MM. le Comte de Hatzfeldt, Ambassadeur extraordinaire et Plénipotentiaire; Jaehnigen, Conseiller des finances Intime Supérieur et Directeur de l'Administration des impôts et des douanes à Hanovre; || L'Autriche-Hongrie par: || M. le Comte de Kuefstein, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire; || La Belgique par: || MM.

le Baron Solvyns, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire || Guillaume, Directeur général au Ministère des finances; || Du Jardin, Inspecteur général au Ministère des finances; || Le Brésil par: || M. le Baron de Penedo, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire; || Le Danemark par: || M. de Barner, Chambellan de S. M. le Roi de Danemark, Inspecteur général des douanes; || L'Espagne par: MM. del Mazo, Ambassadeur extraordinaire et Plénipotentiaire; Batanero, Député; || Dupuy de Lome, Ministre résident; || La France par: || MM. Waddington, Ambassadeur extraordinaire et Plénipotentiaire; Sans-Leroy, Député; || La Grande-Bretagne par: || MM. le Marquis de Salisbury, principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique au Département des Affaires étrangères; || Le baron Henry de Worms, Membre de la Chambre des communes, Sous-Secrétaire d'État au Colonial Office; || C. M. Kennedy, C. B., Directeur des Affaires commerciales au Foreign Office, spécialement adjoint aux Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne; || L'Italie par: || MM. le Comte de Robilant, Ambassadeur extraordinaire et Plénipotentiaire; || Catalani, Conseiller d'ambassade; || Les Pays-Bas par: || MM. le Comte de Bylandt, Envoyé extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire; || W. A. P. Verkerk Pistorius, Directeur général des contributions directes, des douanes et des accises, au Département des finances; || La Russie par: || MM. de Staal, Ambassadeur extraordinaire et Plénipotentiaire; || Kamensky, Conseiller d'État actuel. || Les fonctions de Secrétaire sont remplies par: || MM. H. Farnall, Attaché au Foreign Office; || A. E. Bateman, Sous-Directeur au Board of Trade. || Celles de Secrétaire adjoint par: || MM. Eyre A. Crowe, attaché au Foreign Office; || C. A. Harris, Attaché au Colonial Office. Est attaché à la Conférence: || M. W. E. T. Lawrance, Secrétaire particulier de M. le Baron H. de Worms. || M. del Mazo, M. le Marquis de Salisbury et M. de Staal n'ont pu assister à la séance.

Nr. 9638.
Konferenz-
Staaten.

La séance est ouverte à midi.

Il est distribué à MM. les Plénipotentiaires un texte de projet de Convention, un projet de Déclaration relativement à la création d'une Commission spéciale, un projet de Protocole donnant acte aux déclarations faites par certaines Puissances et le recueil des réponses relatives au projet de Convention annexé au Protocole du 12 mai 1888. Ces documents forment les Annexes A, B, C et D respectivement du présent procès-verbal.

M. le Président prononce l'allocution suivante:

„Messieurs les Plénipotentiaires, || Le Marquis de Salisbury m'a prié de vous souhaiter en son nom la plus cordiale bienvenue. Il est empêché d'assister à la séance par des affaires urgentes et inattendues. Je suis chargé de sa part de représenter le Gouvernement de Sa Majesté Britannique en son absence. Lord Salisbury sera présent lors de la signature de la Convention à la séance de demain, pour laquelle du reste il remet son départ pour le continent. || „La présente réunion marque la terminaison des importants travaux de la Conférence sur le régime des sucres. Les délibérations se sont nécessairement

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

prolongées; mais il faut se souvenir combien étaient grands les intérêts en jeu et combien était délicate la mission qui nous avait été confiée. || Nous devons en premier lieu nous occuper d'une affaire de pure forme, incidente à la signature de toute Convention, la vérification des pleins pouvoirs. || "Cette formalité remplie, j'aurai l'honneur de vous proposer l'adoption du texte actuel du projet de Convention. Sauf une modification à l'article 4, relativement à laquelle le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a cédé aux instances de plusieurs Puissances, ce texte est celui que vous avez déjà reçu par la voie diplomatique. J'ose espérer, Messieurs les Plénipotentiaires, que son adoption ne présentera aucune difficulté. || La législation des divers Pays pourra, il est vrai, soulever certaines questions; mais ces questions seront d'un ordre technique et ne pourront être soumises à une Conférence de Plénipotentiaires. Dans le but de résoudre ces questions techniques, le Gouvernement de Sa Majesté vous propose la création d'une Commission spéciale, chargée d'examiner les lois ou projets de loi, destinés à mettre la Convention en vigueur. Les membres de cette Commission feraient un rapport à leurs Gouvernements respectifs, indiquant, s'il y a lieu, les modifications qui devront être faites afin de mettre la législation de chaque Pays en harmonie avec les principes de la Convention. Ces rapports seront de la plus grande importance lorsque les diverses législatures viendront à examiner les mesures destinées à assurer la ratification du présent Traité. || J'espère que les travaux de la Conférence actuelle seront de courte durée et de nature à donner entière satisfaction. Les grands principes de la Convention sont intacts; ils ont reçu l'approbation de nos deux Conférences et ont ensuite fait l'objet d'un examen approfondi de la part de tous les Gouvernements intéressés. Il nous reste, Messieurs les Plénipotentiaires, à manifester l'approbation définitive de la Convention par les Puissances en la signant en leur nom."

M. le Baron de Penedo demande la parole. Tout en exprimant le regret que le Brésil n'ait pu être représenté aux délibérations antérieures de la Conférence, il croit devoir expliquer sa présence parmi les Plénipotentiaires, réunis aujourd'hui pour adopter et signer la Convention. Il suffit pour cela de faire connaître l'invitation que M. le Marquis de Salisbury lui a adressée, par sa Note du 13, d'assister à cette Conférence, sans être toutefois autorisé à signer la Convention; ainsi que la réponse faite à cette obligeante invitation.

"Légation Impériale du Brésil, le 14 août 1888.

Monsieur le Marquis, je viens de recevoir la Note en date d'hier par laquelle Votre Excellence a bien voulu me communiquer que les Plénipotentiaires des Puissances représentées dans les Conférences qui ont eu lieu aux mois d'avril et de mai derniers doivent se réunir au Foreign Office après-demain jeudi, le 16 courant, à midi, afin d'adopter la rédaction finale du projet de Convention sur le régime des sucres. || Je m'empresse d'y répondre que j'aurai l'honneur de me rendre à la Conférence à l'heure indiquée. || Le

Gouvernement Impérial, s'étant trouvé dans l'impossibilité de se faire représenter aux Conférences antérieures et de prendre part à la discussion du projet de Convention qui est aujourd'hui sur le point d'être adopté, ne pouvait naturellement m'envoyer des pleins pouvoirs pour signer cette Convention. Il m'a cependant autorisé à déclarer qu'il adhère en principe à la Convention, tout en se réservant le droit d'y adhérer formellement après l'adoption définitive par les Puissances signataires, comme j'ai eu déjà l'honneur de vous en informer par ma note du 11 courant. A cet effet, je me ferai un devoir de comparaître à la Conférence pour faire constater cette décision du Gouvernement Impérial. || Je saisis, etc. Penedo."

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

M. le Baron de Penedo demande qu'il lui soit donné acte de cette déclaration et que ses observations soient inscrites formellement au procès-verbal de la séance.

M. le Président répond qu'il sera donné suite à la demande de M. le Ministre du Brésil. || Il propose de soumettre à la Conférence le projet de Convention article par article. || M. Waddington croit que c'est le moment pour faire connaître les réserves qu'il doit formuler au nom de son Gouvernement. Il donne lecture de la Note qui forme l'annexe E au présent procès-verbal. || Sur l'ordre de la discussion que vient de proposer M. le Président, M. Waddington tient à faire observer qu'il lui serait difficile d'aborder une discussion générale. Il a pour mission de signer la Convention, il ne saurait prendre part à des discussions techniques. || M. le Comte de Hatzfeldt demande que les mots „au nom de l'Empire allemand“ soient insérés au préambule, après les mots „Roi de Prusse“. || Cette modification est adoptée.

M. le Président donne lecture de l'article 1^{er}:

„Article Premier. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent à prendre des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres.“ || Cet article ne soulève aucune observation.

M. le Président donne ensuite lecture de l'article 2.

„Art. 2. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent: || A percevoir l'impôt sur les quantités de sucre destinées à la consommation, sans accorder à l'exportation aucun drawback ou remboursement de droits, ni aucune décharge qui puisse donner lieu à une prime quelconque. || Dans ce but, elles s'engagent à soumettre au régime de l'entrepôt, sous la surveillance permanente de jour et de nuit des employés du fisc, les fabriques de sucre et les fabriques-raffineries, de même que les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses. || A cette fin, les usines seront construites de manière à donner toute garantie contre l'enlèvement clandestin des sucres, et lesdits employés auront la faculté de pénétrer dans toutes les parties des usines. || Des livres de contrôle seront tenus sur une ou plusieurs phases de la fabrication, et les sucres achevés seront déposés dans les magasins spéciaux offrant toutes les garanties désirables

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

de sécurité. || Par exception au principe mentionné au premier alinéa de cet article, on pourra accorder le remboursement ou décharge de droits pour le sucre employé à la fabrication des chocolats et autres produits destinés à l'exportation, pouvu qu'il n'en résulte aucune prime."

M. Catalani fait observer que les réserves de l'Italie sont consignées dans la Note du 30 juillet au Marquis de Salisbury, qui a déjà été communiquée à la Conférence. Il n'a pas reçu de réponse à cette Note. Il déduit de cette circonstance que les réserves de son Gouvernement ne soulèvent pas d'objection. || M. le Président déclare que l'interprétation donnée aux articles 2, 3 et 5 de la Convention par le Gouvernement italien est parfaitement exacte. La Convention laisse aux États contractants la plus entière liberté d'action en ce qui concerne les droits d'accise et de douane. L'engagement pris par le Gouvernement de la Reine dans le nouvel article 4 est une concession faite dans le but de faciliter l'adoption de la Convention par les autres Puissances. C'est un engagement qui ne lie que la Grande-Bretagne et ses colonies. || M. Verkerk Pistorius fait observer qu'un passage dans la Note en question laisse à désirer sous le rapport de la clarté. C'est le passage concernant l'application du système de l'entrepôt aux raffineries qui demanderaient à jouir du drawback à l'exportation. Si M. Pistorius comprend bien la Note, sur ce point, il y aura en Italie deux catégories de raffineries: celles qui seront placées sous le régime de l'entrepôt et celles qui ne le seront pas. Les premières seules auront le droit d'exporter en franchise d'accise. Le Gouvernement italien, en signant la Convention, ne compte pas, sans doute, continuer le système des drawbacks; tout fabricant désirant faire le commerce de l'exportation demandera au Gouvernement d'être placé sous le régime de l'entrepôt, qui, dans ce cas, remplacera le drawback de la loi actuelle. || M. Catalani confirme cette manière de voir. || M. le Président donne lecture de l'article 3:

„Art. 3. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent à soumettre les raffineries de sucre au même régime que les fabriques de sucre. || En outre, chaque Pays pourra tenir un compte de raffinage à titre de contrôle par le moyen de la saccharimétrie, ou tout autre contrôle subsidiaire, afin de s'assurer contre une prime à l'exportation.“

M. le Comte de Hatzfeldt propose de remplacer les mots „contrôle subsidiaire“ par les mots „supplément de contrôle“. || Cette modification est adoptée.

M. le Président donne lecture de l'article 4, qui est ainsi conçu:

„Art. 4. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique consent à ne pas imposer des droits différentiels aux sucres, soit de canne ou de betterave, provenant des pays, des provinces d'outre-mer, des colonies ou des possessions étrangères faisant partie de la Convention. Tant que celle-ci durera, les sucres de betterave ne seront donc pas frappés d'un droit plus élevé que les sucres de canne à l'importation dans le Royaume-Uni ou dans les colonies et possessions de l'Empire Britannique faisant partie de la Convention. || Il est

bien entendu, en outre, que les sucres des pays, des provinces d'outre-mer, des colonies, ou des possessions étrangères faisant partie de la Convention ne seront pas frappés, dans le Royaume-Uni, de droits que ne supporteraient pas les sucres similaires de provenance ou de fabrication nationale."

M. le Président espère que MM. les Plénipotentiaires reconnaîtront l'esprit de conciliation dont cet article donne preuve. La Grande-Bretagne a fait tout ce qui est possible pour satisfaire aux vifs désirs exprimés par plusieurs des Délégués au cours de la dernière session de la Conférence. || M. Guillaume demande à M. le Président s'il est bien entendu que le mot „nationale“, à la fin de l'article, s'applique non seulement aux sucres du Royaume-Uni, mais aux sucres des colonies britanniques. || M. le Président répond affirmativement. Il donne lecture de l'article 5:

„Art. 5. || Les Hautes Parties contractantes et leurs provinces d'outre-mer, colonies ou possessions étrangères, qui ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres ou qui n'accordent à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, des mélasses, ou des glucoses, aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités, sont dispensées de se conformer aux dispositions des articles 2 et 3, pourvu qu'elles s'engagent à conserver un de ces systèmes pendant la durée de la Convention ou, en cas de changement, à adopter le système établi aux articles 2 et 3. || La Russie, qui perçoit l'impôt d'après un taux unique sur la totalité de la fabrication et qui accorde à l'exportation de toutes espèces de sucre une restitution qui n'excède pas ce taux, est, tant qu'elle maintient le régime actuel, assimilée aux Puissances désignées par le paragraphe précédent.“

M. Jaehnigen propose d'omettre, au premier alinéa de cet article, les mots „ou qui n'accordent à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, des mélasses, ou des glucoses, aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités“. D'après le texte actuel, les États qui ne donnent pas de drawback sont dispensés de se conformer aux provisions des articles 2 et 3. Or, dans l'opinion du Gouvernement allemand, il serait plus raisonnable que tous les États qui imposent le sucre se soumettent aux mêmes conditions. || M. le Président voit dans cette proposition une difficulté presque insurmontable pour certains États. Il est absolument nécessaire de prévoir le cas des pays ou colonies qui imposent le sucre comme source de revenus, mais qui ne sont pas exportateurs de sucre. || M. Guillaume pense que la proposition que vient de faire M. Jaehnigen est inacceptable; elle rendrait impossible l'adhésion de certains pays. La Convention traite uniquement de la suppression des primes à l'exportation. Il est évident qu'il n'y a pas de prime possible où le drawback n'existe pas. M. Guillaume croit, du reste, que c'est une proposition sur laquelle l'Allemagne n'insistera pas. || M. Dupuy de Lome se rallie entièrement à la manière de voir de M. Guillaume. Les mots dont le Gouvernement allemand demande la suppression sont de la plus grande valeur pour l'Espagne, seul pays qui ait déjà changé sa législation afin

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

de la mettre en harmonie avec les stipulations de la Convention. L'Espagne a écarté la possibilité d'une prime à l'exportation en abolissant tout drawback et toute décharge. Nonobstant ces sacrifices, la proposition allemande obligerait les fabricants espagnols à se soumettre au régime de l'entrepôt. Ce serait une condition qui empêcherait le Gouvernement de Sa Majesté Catholique de donner son adhésion à la Convention. || M. le Président dit que plusieurs des colonies britanniques sont dans les mêmes conditions que l'Espagne. || M. Sans-Leroy fait observer que les Plénipotentiaires de la France se trouvent dans une situation toute particulière. Ils ont déjà déclaré, dans la Note dont son honorable Collègue a donné lecture, qu'ils doivent réserver toute question de législation intérieure. Ils ne peuvent, dès lors, intervenir dans cette discussion. Autrement, la France se serait rangée du côté de M. Guillaume. || M. le Président, ayant mis aux voix la proposition faite par les Plénipotentiaires allemands, constate que tous les pays, excepté l'Allemagne, demandent le maintien du texte actuel. || M. le Comte de Hatzfeldt a une autre observation à faire sur l'article 5. Son Gouvernement s'est déjà prononcé contre l'exception stipulée en faveur de la Russie. Mais il avait en même temps déclaré qu'il n'insisterait pas, si la majorité des Puissances pensait autrement. M. le Comte de Hatzfeldt tiendrait à ce que le vote des Puissances fût formellement constaté. Si la Conférence se prononce contre les modifications désirées par l'Allemagne, il en référera à son Gouvernement. A la prochaine séance, il sera en mesure de donner une réponse définitive sur les deux questions soulevées par le Cabinet de Berlin relativement à l'article 5. || M. le Président, ayant demandé l'opinion de la Conférence, constate que c'est l'Allemagne seule qui fait objection au système russe. || M. le Comte de Hatzfeldt dit que l'Allemagne se ralliera, sans doute, à la majorité.

M. le Président donne lecture de l'article 6 :

„Art. 6. || Les Hautes Parties contractantes conviennent de créer une Commission internationale des sucres, qui sera chargée de surveiller l'exécution des dispositions de la présente Convention. || Cette Commission sera composée de Délégués des différentes Puissances et il lui sera adjoint un Bureau permanent. || Les Délégués auront pour mission: || 1° D'examiner si les lois, arrêtés et règlements relatifs à l'imposition des sucres sont conformes aux principes arrêtés par les articles précédents et si, dans la pratique, il n'est accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres, mélasses ou glucoses; || 2° D'émettre un avis sur les questions litigieuses; || „3° D'instruire les demandes d'admission à l'Union des États qui n'ont point pris part à la présente Convention. || Le Bureau permanent sera chargé de rassembler, de traduire, de coordonner et de publier les renseignements de toute nature qui se rapportent à la législation et à la statistique des sucres, non seulement dans les Pays contractants, mais également dans tous les autres pays. || Pour assurer l'exécution des dispositions qui précèdent, les Hautes Parties contractantes communiqueront par la voie diplomatique au Gouverne-

ment de Sa Majesté Britannique, qui les fera parvenir à la Commission, les lois arrêtés et règlements sur l'imposition des sucres qui sont ou seront en vigueur dans leurs pays respectifs, ainsi que les renseignements statistiques relatifs à l'objet de la présente Convention. || Chacune des Hautes Parties contractantes pourra être représentée à la Commission par un Délégué ou par un Délégué et un Délégué adjoint. || La première réunion de la Commission aura lieu à Londres, dans un délai de trois mois après la signature de la présente Convention. || La Commission est chargée de préparer à sa première réunion un projet de règlement déterminant le lieu et la date de ses réunions ultérieures, ainsi que le siège du Bureau permanent. || „Dans sa première réunion, la Commission arrêtera son règlement d'ordre intérieur et rédigera un rapport sur les lois ou projets de loi, qui lui auront été soumis par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. || La Commission n'aura qu'une mission de contrôle et d'examen. Elle fera, sur toutes les questions qui lui seront soumises, un rapport qu'elle adressera au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, lequel le communiquera aux Puissances intéressées et provoquera, si la demande en est faite par une des Hautes Parties contractantes, la réunion d'une Conférence qui arrêtera les résolutions ou les mesures nécessitées par les circonstances. || Les frais résultant de l'organisation et du fonctionnement du Bureau permanent et de la Commission, sauf le traitement ou les indemnités des Délégués qui seront payés par leurs pays respectifs, seront supportés par tous les pays contractants et répartis entre eux d'après un mode à régler par la Commission.“

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

M. le Président dit que, si la Conférence accepte la Déclaration dont le projet vient de lui être soumis par le Gouvernement Britannique, certains alinéas de l'article 6 devront être modifiés. La Commission permanente ne sera plus chargée de l'examen préalable de la législation des Puissances signataires. C'est un pas dans la direction indiquée par la France. Pour la date de la première réunion, on pourrait maintenant revenir à la rédaction primitive et dire: || „La première réunion de la Commission aura lieu à Londres, dans le mois qui suivra la ratification de la présente Convention.“

Cette modification est adoptée.

M. Waddington, répondant à une interpellation de M. Guillaume, dit qu'il ne voit aucune objection à ce qu'une même personne soit membre des deux Commissions, lesquelles seraient, néanmoins, entièrement distinctes: l'une, spéciale, chargée de l'examen des diverses législations; l'autre, permanente, visée par l'article 6 de la Convention. D'ailleurs, le choix des personnes appartient exclusivement aux Gouvernements intéressés, qui agiront en toute liberté. || M. Verkerk Pistorius croit qu'il est important que la Commission ne se réunisse pas avant la déposition de toutes les lois dont il est question dans le projet de Déclaration. S'il y avait des États retardataires, il faudrait reculer la date de la réunion. Il est utile de pouvoir comparer les différentes législations. || M. le Président propose de continuer la discussion du projet de Convention avant de passer à la Déclaration. || A la suite d'une discussion générale, il est

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

convenu, sur la proposition de M. le Comte de Bylandt, que, pour éviter toute confusion, la Commission visée par l'article 6 sera désignée „Commission permanente“, et qu'en vue de la création de la Commission spéciale, la Commission permanente n'aura plus la mission d'examiner les projets de loi qui, avant la ratification de la Convention, devront être déposés par les Puissances signataires. Il est en outre convenu qu'il n'est pas nécessaire de charger formellement la Commission d'arrêter son règlement d'ordre intérieur. || L'alinéa suivant est donc supprimé: „Dans sa première réunion, la Commission arrêtera son règlement d'ordre intérieur et rédigera un rapport sur les lois ou projets de loi qui lui auront été soumis par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique.“

M. le Président donne lecture de l'article 7:

„Art. 7. || A partir de la mise en vigueur de la présente Convention, tout sucre brut, sucre raffiné, mélasse ou glucose, provenant des pays, provinces d'outre-mer, colonies ou possessions étrangères qui maintiendraient le système des primes ouvertes ou déguisées à la fabrication ou à l'exportation des sucres, sera exclu des territoires des Hautes Parties contractantes. || Toute Puissance contractante, pour exclure de son territoire les sucres bruts, sucres raffinés, mélasses ou glucoses qui auront profité de primes ouvertes ou déguisées, sera tenue, soit à les frapper d'une prohibition absolue, soit à les soumettre à un droit spécial qui devra nécessairement excéder le montant de la prime, et qui ne sera pas supporté par les sucres non primés provenant des États contractants. || Les Hautes Parties contractantes se concerteront sur les mesures principales à prendre pour obtenir ces résultats, ainsi que pour empêcher que les sucres primés qui auront traversé en transit un pays contractant ne jouissent pas des avantages de la Convention. || Le fait de l'existence, dans un pays, province d'outre-mer, colonie ou possession étrangère, d'un système donnant des primes ouvertes ou déguisées sur le sucre brut, sucre raffiné, mélasse ou glucose sera constaté par un vote de majorité des Puissances signataires de la présente Convention. De la même manière sera évalué le montant minimum des primes dont il s'agit.“

M. Verkerk Pistorius fait observer que, dans le deuxième alinéa, le mot „pourra“ a été remplacé par „sera tenu à“, et, dans le troisième alinéa, le mot „nécessaires“ par „principales“. On pourrait en déduire que les Puissances concordataires seraient tenues d'édicter une des mesures pénales visées par l'article même, dans les cas où de pareilles mesures ne seraient pas nécessaires, pour exclure les sucres en question de leur territoire. Il est évident que telle ne peut être l'intention, et qu'il serait parfaitement inutile de s'engager à prendre des mesures prohibitives pour le cas où l'importation des sucres primés serait empêchée par la force des circonstances. || A la suite des observations de M. Verkerk Pistorius, le mot „principales“, dans le troisième alinéa, est remplacé par les mots „jugées nécessaires par la Commission“. || M. le Comte de Bylandt demande pourquoi il est dit au troisième alinéa que „les Hautes Parties contractantes se concerteront sur les mesures à prendre pour obtenir ce

résultat, etc.", puisque ces mesures sont déjà nettement indiquées au deuxième alinéa. || M. le Président répond que ce membre de phrase prévoit le cas où l'application des mesures signalées au deuxième alinéa serait censée être en contradiction avec la clause dite de la Nation la plus favorisée. || M. Waddington dit qu'un éclaircissement sur ce point est très nécessaire. Une Puissance, liée par la clause de la Nation la plus favorisée et par l'article en discussion, pourrait se trouver en présence de deux devoirs tout à fait contradictoires. La difficulté ne se présenterait évidemment pas si tous les États producteurs de sucre adhéraient à la Convention. Mais, malheureusement, le cas n'est pas à prévoir. Il faut donc laisser une certaine latitude aux Puissances qui se trouvent déjà engagées par la clause de la Nation la plus favorisée. || M. de Barner propose la suppression de l'article 7. || M. le Président déclare que c'est une solution que la Grande-Bretagne ne saurait accepter. || M. Waddington se charge de soumettre à la Conférence une nouvelle rédaction de l'article 7, après en avoir référé à son Gouvernement.

La lecture de l'article 8 ne soulève aucune observation de la part des Plénipotentiaires. || Le texte qui suit est accepté sans modification:

„Art. 8. || Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer, sur leur demande, à la condition que leurs lois et leurs règlements sur le régime des sucres soient d'accord avec les principes de la présente Convention et aient été soumis préalablement à l'approbation des Hautes Parties contractantes dans les formes prescrites à l'article 6.“

M. le Président donne lecture de l'article 9:

„Art. 9. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} août 1890. || Elle restera en vigueur pendant dix années à dater de ce jour, et dans le cas, où aucune des Hautes Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'expiration de la dite période de dix années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas, où une des Puissances signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent, jusqu'au 31 octobre de l'année de la dénonciation, la faculté de notifier l'intention de se retirer à leur tour à partir du 1^{er} août de l'année suivante. || Toutefois chacune des Hautes Parties contractantes pourra, en dénonçant la Convention douze mois à l'avance, y mettre un terme à son égard à l'expiration de la deuxième, de la cinquième et de la huitième année de ladite période de dix années. || Si plus d'une Puissance voulait se retirer, une Conférence des Puissances concordataires se réunirait à Londres dans les trois mois pour aviser sur les mesures à prendre.“

M. Waddington rappelle que la France demande la date du 1^{er} septembre 1891 pour la mise en vigueur de la Convention. || M. Kamensky fait remarquer que les réserves russes, sur la date de la mise en exécution, se trouvent déjà inscrites au projet de Protocole. || M. le Comte de Kuefstein se rallie à la date proposée par M. Waddington. || Sur le deuxième alinéa de l'article, il n'a

Nr. 9683.
Konferenz-
Staaten.

pas d'observations à faire. || En ce qui concerne l'exception demandée par la Russie, M. le Comte de Kuefstein rappelle qu'il avait déjà fait une proposition de conciliation au cours de la dix-neuvième séance. || Est-ce que le Gouvernement russe consentirait à réduire la prime sur les frontières d'Asie par une somme égale à celle que perdront les fabricants austro-hongrois par l'abolition de la prime dont ils jouissent actuellement? De cette façon, les conditions de la concurrence seraient, après la mise en vigueur de la Convention, à peu près les mêmes qu'elles sont aujourd'hui. || M. Kamensky répond qu'il n'a pas manqué de soumettre à son Gouvernement la proposition conciliatrice faite par M. le Comte de Kuefstein. Le Gouvernement russe n'avait pourtant pas cru pouvoir accéder à cette demande, jugeant inutile d'opérer le changement voulu pour une seule campagne. Du reste, la totalité des sucres primés de la Russie est exportée en destination de l'Asie centrale. || M. le Comte de Kuefstein dit qu'il est impossible de prévoir quelle direction prendraient ces sucres quand ils se trouveraient les seuls jouissant d'une prime. Le maintien de la prime russe est la seule raison pour laquelle il demande la date de 1891. Il pense qu'il ne serait pas facile de faire comprendre aux industriels de l'Autriche-Hongrie les raisons citées par M. Kamensky, puisque la Russie ne peut avoir plus de difficulté que les autres pays à apporter des modifications à sa législation. || M. Guillaume fait remarquer que la date de la mise en vigueur dépend de la date de la ratification. Ne sera-t-il pas très difficile de ratifier en 1889? Les lois spéciales devront être rédigées, puis soumises à l'examen de la Commission. Celle-ci pourra, dans certains cas, demander des modifications. Il y a ensuite les difficultés et les retards qui sont inséparables du régime parlementaire. || M. le Président demande à la Conférence de se prononcer sur la question de la date. || M. le Comte de Hatzfeldt n'a pas d'objection à faire contre la date du texte actuel. || M. le Comte de Kuefstein demande la date de 1891. || M. Guillaume pense que cette date sera presque une nécessité. || M. de Barner, M. Batanero et M. Catalani se prononcent en faveur de la date la plus rapprochée. || M. Waddington doit insister pour l'année 1891. M. Verkerk Pistorius préférerait la date de 1890, s'il est possible. || M. Kamensky, tout en devant maintenir la date de 1891 pour la prime sur les frontières d'Asie, accepte le texte actuel. || M. le Président déclare qu'il est absolument contre les intentions du Gouvernement Britannique de remettre la mise en vigueur de la Convention jusqu'à l'année 1891. Son Gouvernement avait vivement désiré voir cesser les primes en 1889. || M. Verkerk Pistorius pense que, peut-être, la date du 1^{er} mai 1891, date de la suppression de la prime russe, pourrait être acceptée comme transaction. || M. Waddington doit répéter que la France ne peut accepter aucune date avant le 1^{er} septembre 1891. Mais il se déclare prêt à soumettre à l'appréciation de son Gouvernement la proposition faite par M. Verkerk Pistorius. || Sur le quatrième alinéa de l'article 9, M. le Comte de Kuefstein rapelle qu'il s'est prononcé contre les termes fixés pour la durée de la Convention. Il

n'est pas probable qu'un État désire dénoncer la Convention avant la première période de deux ans. Le texte actuel donne donc une première période de cinq années. Cette durée lui semble beaucoup trop longue. C'est une période pendant laquelle bien des changements pourraient avoir lieu. || La question de la durée est intimement liée à celle de l'adhésion de tous les pays producteurs et consommateurs de sucre. Il est évident que l'article 7 ne donne pas une garantie complète. Cet article pourra empêcher l'entrée de sucres primés dans les pays contractants; mais il sera impuissant à protéger les intérêts des signataires sur les marchés des autres pays, contre la concurrence de sucres primés provenant d'un État non signataire. || Dans ces circonstances, M. le Comte de Kuefstein ne peut que proposer de nouveau à la Conférence que la Convention soit résiliable d'année en année. || M. le Président croit que les États auraient peu d'intérêt à entrer dans une Union qui pourrait disparaître presque soudainement. || M. le Comte de Kuefstein suggère, comme transaction, une résiliation de deux ans en deux ans, qui lui paraît acceptable. Peut-être MM. les Plénipotentiaires voudront-ils demander des instructions définitives à ce sujet? || Il est entendu que les Plénipotentiaires demanderont des instructions définitives pour les cas: 1^o où la France insisterait pour la date du 1^{er} septembre 1891, comme celle de la mise en vigueur; 2^o où elle accepterait la date du 1^{er} mai 1891; 3^o où l'Autriche-Hongrie insisterait pour la résiliation d'année en année; et 4^o où elle consentirait à accepter la faculté de dénoncer de deux à deux ans.

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

M. le Président donne lecture des articles suivants:

“Art. 10. || Les dispositions de la présente Convention seront appliquées aux provinces d'outre-mer, colonies et possessions étrangères des Hautes Parties contractantes. || Dans le cas, où une de ces provinces d'outre-mer, colonies et possessions étrangères des Hautes Parties contractantes désirerait se retirer séparément de la Convention, une notification à cet effet sera faite aux Puissances contractantes par le Gouvernement de la Métropole, de la manière et avec les conséquences indiquées à l'article 9.

“Art. 11. || L'exécution des engagements réciproques contenus dans la présente Convention est subordonnée, en tant que de besoin, à l'accomplissement des formalités et règles établies par les lois constitutionnelles de chacun des pays contractants. || La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Londres, le 1^{er} août 1889, ou plus tôt, si faire se peut.”

Ces articles ne donnent lieu à aucune observation. || M. le Président donne lecture du projet de Déclaration suivant:

Déclaration annexée à la Convention du Aout 1888.

„Les Plénipotentiaires réunis pour signer la Convention relative à la suppression des primes à l'exportation des sucres sont convenus de la Déclara-

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

tion suivante: || Une Commission spéciale sera nommée, ayant mandat d'examiner la législation des divers pays en matière de droits et de drawbacks sur le sucre. Les membres de cette Commission feront à leurs Gouvernements respectifs, s'il y a lieu, un rapport indiquant en quels points ladite législation devra être changée, afin de la mettre en harmonie avec les stipulations de la Convention à laquelle est annexée la présente Déclaration. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Déclaration. || Fait à Londres, le août 1888."

M. Waddington fait observer que cette rédaction est quelque peu vague; il faut préciser les dates. A ses yeux, le point important, c'est que les projets de législation soient communiqués aux divers Gouvernements au moins un mois avant la réunion de la Commission spéciale. Il demande à MM. les Plénipotentiaires quel serait le temps minimum que demanderait la préparation des Projets de loi en question. || M. le Président répond que le Projet de Déclaration soumis à la Conférence par le Gouvernement Britannique n'exprime que d'une manière générale l'idée d'une Commission chargée d'examiner les législations des divers pays. Ce Gouvernement avait cru devoir réserver la question des dates et de certains autres détails à l'appréciation de MM. les Plénipotentiaires.

A la suite d'une discussion générale, la rédaction suivante, suggérée par M. Waddington, sauf approbation de son Gouvernement, est adoptée *ad referendum* par la Conférence:

Déclaration annexée à la Convention du Août 1888.

„Les Plénipotentiaires réunis pour signer la Convention relative à la suppression des primes à l'exportation des sucres sont convenus de la Déclaration suivante: || Six mois après la signature de la présente Convention, une Commission spéciale sera réunie avec le mandat d'examiner la législation des divers pays en matière de droits et de drawbacks sur le sucre. Les membres de cette Commission feront à leurs Gouvernements respectifs, s'il y a lieu, un rapport indiquant en quels points la dite législation devra être changée, afin de la mettre en harmonie avec les stipulations de la Convention à laquelle est annexée la présente déclaration. || Un mois au moins avant la réunion de la Commission spéciale, les législations que les différentes Puissances présenteraient, comme supprimant toutes primes, seront communiquées aux divers Gouvernements cosignataires. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Déclaration. || Fait à Londres, le août 1888.

Anhang A zur dreiundzwanzigsten Sitzung.

Projet de Convention.

Les Hautes Parties contractantes, désirant assurer par des engagements réciproques la suppression totale des primes ouvertes ou déguisées à l'expor-

tation des sucres, ont résolu de conclure une Convention à cet effet et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

Sa Majesté l'empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, M. le Comte Hatzfeld Wildenburg, son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire; et M. Jachnigen, Conseiller des Finances intime supérieur et Directeur de l'Administration des Impôts et Douanes à Hanovre; || Sa Majesté l'empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc., et Roi Apostolique de Hongrie, M. le Comte de Kuefstein, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire; || Sa Majesté le Roi des Belges, M. le baron Solvyns, son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire; M. Guillaume, Directeur général des Contributions directes et indirectes, Douanes et Accises, au Ministère des finances; et M. du Jardin, Inspecteur général des Contributions directes et indirectes, Douanes et Accises, au Ministère des finances; || Sa Majesté le Roi de Danemark, M. de Barner, son Chambellan, Inspecteur général des Douanes; || Sa Majesté le Roi d'Espagne, et en son nom la Reine Régente du Royaume, M. del Mazo, son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire; M. Batanero, Député; et M. Dupuy de Lome, son Ministre résident; || Le Président de la République Française, M. Waddington, son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire; et M. Sans-Leroy, Député; || Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Très Honorable Robert-Arthur-Talbot-Gascoyne-Cecil, Marquis de Salisbury, Comte de Salisbury, Vicomte Cranborne, Baron Cecil, Pair du Royaume-Uni, Chevalier du Très Noble Ordre de la Jarretière, membre du Très Honorable Conseil privé de Sa Majesté, Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté au Département des Affaires étrangères, etc.; et le Baron Henry de Worms, Membre du Parlement du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Sous-Secrétaire d'État pour les Colonies, etc.; || Sa Majesté le Roi d'Italie, M. le Comte de Robilant, son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire; et M. le Chevalier Catalani; || Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, M. le Comte de Bylandt, son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire; et M. W. A. P. Verkerk Pistorius, Directeur général des Contributions directes, Douanes et Accises, au Département des finances; || Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, M. le Chevalier de Staal, son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire; et M. Kamenski, son Conseiller d'État actuel; || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article Premier. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent à prendre des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres.

Art. 2. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent: || A percevoir l'impôt sur les quantités de sucre destinées à la consommation, sans accorder à l'exportation aucun drawback ou remboursement de droits, ni aucune décharge qui puisse donner lieu à une prime quelconque. || Dans ce but, elles s'engagent

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

à soumettre au régime de l'entrepôt, sous la surveillance permanente de jour et de nuit des employés du fisc, les fabriques de sucres et les fabriques raffineries, de même que les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses. || A cette fin, les usines seront construites de manière à donner toute garantie contre l'enlèvement clandestin des sucres, et lesdits employés auront la faculté de pénétrer dans toutes les parties des usines. || Des livres de contrôle seront tenus sur une ou plusieurs phases de la fabrication, et les sucres achevés seront déposés dans les magasins spéciaux offrant toutes les garanties désirables de sécurité. || Par exception au principe mentionné au premier alinéa de cet article, on pourra accorder le remboursement ou décharge de droits pour le sucre employé à la fabrication des chocolats et autres produits destinés à l'exportation, pourvu qu'il n'en résulte aucune prime.

Art. 3. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent à soumettre les raffineries de sucre au même régime que les fabriques de sucre. || En outre, chaque pays pourra tenir un compte de raffinage à titre de contrôle par le moyen de la saccharimétrie, ou tout autre contrôle subsidiaire, afin de s'assurer contre une prime à l'exportation.

Art. 4. || Le Gouvernement de Sa Majesté britannique consent à ne pas imposer des droits différentiels aux sucres soit de canne ou de betterave provenant des pays, des provinces d'outre-mer, des colonies ou des possessions étrangères faisant partie de la Convention. Tant que celle-ci durera, les sucres de betterave ne seront donc pas frappés d'un droit plus élevé que les sucres de canne, à l'importation dans le Royaume-Uni ou dans les colonies et possessions de l'Empire britannique faisant partie de la Convention. || Il est bien entendu, en outre, que les sucres des pays, des provinces d'outre-mer, des colonies ou des possessions étrangères faisant partie de la Convention ne seront pas frappés, dans le Royaume-Uni, de droits que ne supporteraient pas les sucres similaires de provenance ou de fabrication nationale.

Art. 5. Les Hautes Parties contractantes et leurs provinces d'outre-mer, colonies ou possessions étrangères, qui ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres, ou qui n'accordent à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, des mélasses ou des glucoses aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités, sont dispensées de se conformer aux dispositions des articles 2 et 3, pourvu qu'elles s'engagent à conserver un de ces systèmes pendant la durée de la Convention ou, en cas de changement, à adopter le système établi aux articles 2 et 3. || La Russie, qui perçoit l'impôt d'après un taux unique sur la totalité de la fabrication et qui accorde à l'exportation de toutes espèces de sucre une restitution qui n'excède pas ce taux, est, tant qu'elle maintient le régime actuel, assimilée aux Puissances désignées par le paragraphe précédent.

Art. 6. || Les Hautes Parties contractantes conviennent de créer une Commission internationale des sucres qui sera chargée de surveiller l'exécution des dispositions de la présente Convention. || Cette Commission sera composée des Délégués des différentes Puissances et il lui sera adjoint un Bureau permanent.

|| Les Délégués auront pour mission: || 1^o D'examiner si les lois, décrets et arrêtés relatifs à l'imposition des sucres sont conformes aux principes arrêtés par les articles précédents, et si, dans la pratique, il n'est accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres, melasses ou glucoses; || 2^o D'émettre un avis sur les questions litigieuses; || 3^o D'instruire les demandes d'admission à l'Union des États qui n'ont point pris part à la présente Convention. || Le Bureau permanent sera chargé de rassembler, de traduire, de coordonner et de publier les renseignements de toute nature qui se rapportent à la législation et à la statistique des sucres, non seulement dans les pays contractants, mais également dans tous les autres pays. || Pour assurer l'exécution des dispositions qui précèdent, les Hautes Parties contractantes communiqueront par la voie diplomatique au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, qui les fera parvenir à la Commission, les lois, arrêtés et règlements sur l'imposition des sucres qui sont ou seront en vigueur dans leurs pays respectifs, ainsi que les renseignements statistiques relatifs à l'objet de la présente Convention. || Chacune des Hautes Parties contractantes pourra être représentée à la Commission par un Délégué ou par un Délégué et un Délégué adjoint. || La première réunion de la Commission aura lieu à Londres, dans un délai de trois mois après la signature de la présente Convention. || La Commission est chargée de préparer à sa première réunion un projet de règlement déterminant le lieu et la date de ses réunions ultérieures, ainsi que le siège du Bureau permanent. || Dans sa première réunion, la Commission arrêtera son règlement d'ordre intérieur et rédigera un rapport sur les lois ou projets de loi qui lui auront été soumis par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. || La Commission n'aura qu'une mission de contrôle et d'examen. Elle fera, sur toutes les questions qui lui seront soumises, un rapport qu'elle adressera au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, lequel le communiquera aux Puissances intéressées et provoquera, si la demande en est faite par une des Hautes Parties contractantes, la réunion d'une Conférence qui arrêtera les résolutions ou les mesures nécessitées par les circonstances. || Les frais résultant de l'organisation et du fonctionnement du Bureau permanent et de la Commission, sauf le traitement ou les indemnités des Délégués, qui seront payés par leurs pays respectifs, seront supportés par tous les pays contractants et répartis entre eux d'après un mode à régler par la Commission.

Art. 7. || A partir de la mise en vigueur de la présente Convention, tout sucre brut, sucre raffiné, mélasse ou glucose provenant des pays, provinces d'outre-mer, colonies ou possessions étrangères qui maintiendraient le système des primes ouvertes ou déguisées à la fabrication ou à l'exportation des sucres, sera exclu des territoires des Hautes Parties contractantes. || Toute Puissance contractante, pour exclure de son territoire les sucres bruts, sucres raffinés, melasses ou glucoses qui auront profité de primes ouvertes ou déguisées sera tenue soit à les frapper d'une prohibition absolue, soit à les soumettre à un droit spécial qui devra nécessairement excéder le montant de la prime, et qui

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

ne sera pas supporté par les sucres non primés provenant des États contractants. || Les Hautes Parties contractantes se concerteront sur les mesures principales à prendre pour obtenir ces résultats ainsi que pour empêcher que les sucres primés qui auront traversé en transit un pays contractant ne jouissent pas des avantages de la Convention. || Le fait de l'existence dans un pays, province d'outre-mer, colonie ou possession étrangère, d'un système donnant des primes ouvertes ou déguisées sur le sucre brut, sucre raffiné, mélasse ou glucose, sera constaté par un vote de majorité des Puissances signataires de la présente Convention. De la même manière sera évalué le montant minimum des primes dont il s'agit.

Art. 8. || Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande, à la condition que leurs lois et leurs règlements sur le régime des sucres soient d'accord avec les principes de la présente Convention et aient été soumis préalablement à l'approbation des Hautes Parties contractantes dans les formes prescrites à l'article 6.

Art. 9. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} août 1890. || Elle restera en vigueur pendant dix années, à dater de ce jour, et dans le cas, où aucune des Hautes Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'expiration de ladite période de dix années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas, où une des Puissances signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent jusqu'au 31 octobre de l'année de la dénonciation la faculté de notifier l'intention de se retirer à leur tour à partir du 1^{er} août de l'année suivante. || Toutefois, chacune des Hautes Parties contractantes pourra, en dénonçant la Convention, douze mois à l'avance, y mettre un terme à son égard à l'expiration de la deuxième, de la cinquième et de la huitième année de ladite période de dix années. || Si plus d'une Puissance voulait se retirer, une Conférence des Puissances concordataires se réunirait à Londres dans les trois mois pour aviser sur les mesures à prendre.

Art. 10. Les dispositions de la présente Convention seront appliquées aux provinces d'outre-mer, colonies et possessions étrangères des Hautes Parties contractantes. || Dans le cas, où une de ces provinces d'outre-mer, colonies et possessions étrangères des Hautes Parties contractantes désirerait se retirer séparément de la Convention, une notification à cet effet sera faite aux Puissances contractantes par le Gouvernement de la Métropole de la manière et avec les conséquences indiquées à l'article 9.

Art. 11. || L'exécution des engagements réciproques contenus dans la présente Convention est subordonnée, en tant que de besoin, à l'accomplissement des formalités et règles établies par les lois constitutionnelles de chacun des pays contractants. || La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Londres, le 1^{er} août 1889, ou plus tôt, si faire se peut. ¹¹ En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Anhang (B).

Projet de Déclaration.

Déclaration annexée à la Convention du Aout 1888.

Les Plénipotentiaires réunis pour signer la Convention relative à la suppression des primes à l'exportation des sucres sont convenus de la déclaration suivante: || Une Commission spéciale sera nommée, ayant pour mandat d'examiner la législation des divers pays en matière de droits et de drawbacks sur le sucre. Les membres de cette Commission feront à leurs Gouvernements respectifs, s'il y a lieu, un rapport indiquant en quels points ladite législation devra être changée afin de la mettre en harmonie avec les stipulations de la Convention à laquelle est annexée la présente Déclaration. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé la présente Déclaration. || Fait à Londres, le aout 1888.

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.**Anhang C.**

Projet de Protocole.

Protocole annexé à la Convention du Aout 1888.

Les Plénipotentiaires des Puissances signataires ont pris acte des Déclarations suivantes:

Déclaration du Gouvernement du Brésil. || L'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire du Brésil à Londres fait, au nom de son Gouvernement, la déclaration suivante: || "Le Gouvernement du Brésil adhère en principe à la Convention, tout en se réservant le droit d'y adhérer formellement après son adoption définitive par les Puissances signataires."

Déclaration du Gouvernement de la Russie. || Le Plénipotentiaire de la Russie fait, au nom de son Gouvernement, la déclaration suivante: || "Le Gouvernement impérial adhère à la Convention, en se réservant expressément le droit d'accorder jusqu'au 1^{er}-13 mai de l'année 1891 des primes pour l'exportation du sucre sur la frontière d'Asie."

Déclaration du Gouvernement de la Suède. || Les Plénipotentiaires britanniques sont autorisés à faire la déclaration suivante: || "Le Gouvernement de la Suède, tout en se réservant la faculté d'adhérer plus tard à la Convention, n'a pas cru devoir se départir pour le moment de l'attitude expectative qu'il a gardée jusqu'ici." || Les Plénipotentiaires de Sa Majesté Britannique déclarent en outre que le Gouvernement égyptien a exprimé l'intention d'adhérer à la Convention.

Anhang D.

Réponses relatives au projet de Convention annexé au Protocole du 12 mai 1888.

Allemagne.

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne ayant examiné le projet de Convention élaboré par la Conférence de Londres touchant le

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

régime des sucres (annexe au Protocole du 12 mai dernier), se déclare prêt à l'adopter. || Dans l'intérêt de la suppression totale des primes à l'exportation, l'Allemagne maintient sa proposition relativement à l'article 3, de soumettre les raffineries de sucres non annexées à des fabriques au même régime que les fabriques mêmes. || Le Gouvernement impérial ne peut donc donner son consentement qu'à la première des deux rédactions de l'article 3. || En ce qui concerne l'article 4, l'Allemagne, en vue même des propositions faites par le Gouvernement belge dans le deuxième paragraphe de cet article, se voit obligée de faire observer que, la Convention ayant pour but unique l'abolition de toutes les primes, il paraît inadmissible en principe d'accorder à la Belgique le maintien de l'impôt sur le jus, qui entraînerait inévitablement un système de primes déguisées. || Quant à l'article 5, on préférerait donner au premier paragraphe la rédaction suivante: || "Les Hautes Parties contractantes et leurs provinces d'outre-mer, colonies ou possessions étrangères, qui ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres, sont dispensées de se conformer aux dispositions des articles 2 et 3, pourvu qu'elles s'engagent à conserver ce système pendant la durée de la Convention, ou, en cas de changement, à adopter le système établi aux articles 2 et 3." || Le Gouvernement allemand est d'avis qu'il n'y a pas de motif suffisant pour accorder à la Russie la position exceptionnelle prévue par le deuxième paragraphe de cet article. Conséquemment l'Allemagne se prononce en première ligne contre la concession contenue dans le projet. Toutefois, le Gouvernement allemand ne méconnaît pas que le régime actuellement en vigueur en Russie tel qu'il a été exposé par le Gouvernement russe ne se trouve pas en contradiction directe avec les principes de la Convention, en ce sens qu'il a pour base le prélèvement exclusif d'un impôt sur la consommation, qu'il contient un taux unique pour tous les sucres sans distinction de qualité, et que la restitution accordée aux sucres exportés ne doit pas dépasser l'impôt. En ces circonstances le Gouvernement allemand ne refusera pas de donner son adhésion à la concession en question dans le cas où la majorité des Puissances signataires se déciderait à l'accepter. || L'article 7 répond également aux intentions du Gouvernement allemand. Toutefois, cet article serait susceptible de quelques modifications en ce qui concerne les droits compensateurs visés pour remplacer la mesure de prohibition entière des sucres primés; notamment serait-il utile de stipuler dans la Convention que les mesures d'exécution mentionnées dans le paragraphe 3 devraient être établies d'un commun accord.

A cet effet, l'Allemagne fait les propositions suivantes: || 1^o Une modification du paragraphe 2, par laquelle il serait mis hors de doute qu'il n'est pas permis d'étendre les droits compensateurs aux sucres non primés provenant des Pays contractants. Ceci s'accorderait, d'ailleurs, avec l'esprit de la Convention, qui veut que les sucres non primés provenant des États contractants jouissent d'un traitement privilégié en tant qu'il pourront entrer, soit librement, soit à un taux du montant de la prime inférieur à celui qui frappera

les sucres; || 2^o D'après le dernier paragraphe de l'article 7, le fait de l'existence dans certains Pays d'un régime laissant subsister des primes ouvertes ou déguisées doit être constaté par un vote des États contractants. || D'après l'avis du Gouvernement allemand, pareille décision n'aurait cependant pas besoin d'être unanime; il suffirait, au contraire, qu'elle soit adoptée par la majorité des États signataires. De même, il serait à désirer que le montant de la prime soit également calculé d'un commun accord, afin d'empêcher que chaque État contractant ne puisse procéder d'une manière arbitraire, et soit plutôt tenu d'adopter pour les droits compensateurs un taux minimum; || 3^o Quant aux sucres provenant d'un Pays qui accorde des primes, et traversant en transit un Pays contractant, on devra se concerter sur des garanties propres à empêcher que le Pays de transit ne figure désormais comme pays d'origine de ces sucres; || 4^o Il ne sera pas facile de prohiber d'une manière efficace les sucres provenant des Pays qui accordent des primes ou de leur imposer des droits compensateurs. Afin d'assurer dans ce but autant que possible la conformité de la procédure, il serait nécessaire de stipuler dans la Convention que les mesures d'exécution devront être arrêtées d'un commun accord. Une telle disposition se recommanderait surtout à l'égard des conditions à exiger des certificats d'origine pour les sucres (contenu, forme, autorités, compétences, etc.). || Il est entendu que les colonies, etc., des États contractants feront partie de la Convention. Partant, on propose de substituer au premier paragraphe de l'article 10 les mots: "seront appliquées" aux mots "sont applicables". || Enfin l'Allemagne attache une importance toute particulière à ce que les États contractants, sur leur territoire et sur le territoire de leurs colonies, etc., ne puissent pas traiter moins favorablement, et surtout ne puissent pas frapper d'un droit plus élevé à l'importation les sucres de betterave que les sucres fabriqués d'autres matières, principalement de la canne.

Berlin, juillet 1888.

Autriche-Hongrie.

Le nouveau projet de Convention élaboré par la Conférence sur le régime des sucres dans sa seconde session, et qui se trouve annexé au Protocole du 12 mai dernier, a été soumis à un examen attentif de la part des Gouvernements des deux parties de la Monarchie et a été reconnu comme pouvant servir de base à un Arrangement international pour l'abolition des primes. || Nous pouvons donc déclarer notre adhésion non seulement au principe de la Convention, mais aussi à la plupart des articles dont elle se compose et des stipulations qui s'y trouvent consignées. || Si nous nous voyons amenés à proposer quelques modifications pour faire valoir certains désirs que nous considérons comme essentiels, c'est dans l'intérêt même d'un résultat favorable; car à notre avis une Convention de ce genre doit être entourée de toutes les garanties pour assurer la suppression effective des primes et pour donner à l'industrie nationale la certitude de pouvoir renoncer sans danger aux avan-

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

tages dont elle a joui jusqu'ici. || En passant à l'examen du texte de la Convention nous devons répéter, à l'occasion du préambule, le désir exprimé dans notre dernier Mémoire et, au sein de la Conférence, par notre Délégué, de voir participer tous les pays importants comme producteurs de sucre. Or, les États-Unis de l'Amérique du Nord et le Brésil n'ont pas, jusqu'ici, déclaré leur adhésion, sans laquelle notre industrie pourrait se trouver, dans les contrées ne formant pas partie de la Convention, en face d'une concurrence nourrie par des primes. || L'adhésion de ces deux Puissances, qui n'ont manifesté jusqu'ici que des intentions vagues, nous semble donc indispensable, et, en outre, celle de l'Égypte serait très désirable. || Nous n'avons pas d'observations importantes à faire au sujet des articles 1 et 2. || Quant à l'article 3, nous eussions préféré le voir compris dans l'article 2; car à notre avis l'impôt à la consommation ne comporte pas la séparation du traitement des raffineries de celui des fabriques. Mais puisque le régime de l'entrepôt, la défense d'accorder des drawbacks ou autres avantages à l'exportation et l'impôt à la consommation sont également stipulés pour les raffineries comme pour les fabriques, nous ne voulons pas faire de difficultés sur la question de rédaction et nous n'hésitons pas à accepter l'article 3 dans sa première rédaction, mais sous la condition que le deuxième alinéa de cet article ne soit pas considéré comme une exception à la règle formulée dans le premier alinéa, mais uniquement comme admettant un supplément de contrôle. C'est du reste l'interprétation qui a été confirmée dans la même séance. || La rédaction proposée par MM. les Délégués des Pays-Bas nous semble pouvoir donner lieu à des incertitudes sur le rôle réservé à la saccharimétrie que nous ne saurions admettre que comme moyen de contrôle supplémentaire, ainsi que nous l'avons déclaré à plusieurs reprises. || La position exceptionnelle stipulée par l'article 4 pour la Belgique a donné lieu à de longues et intéressantes discussions et les Délégués belges ont offert des concessions importantes. Nous avons soigneusement étudié ces propositions; mais, à notre grand regret, nous ne pouvons les considérer comme excluant toute idée de prime. Les chiffres proposés ne représentent toujours qu'une moyenne et le système en lui-même est opposé à celui qui a été accepté comme base de la Convention, et que nous considérons comme le seul qui puisse donner à notre industrie les garanties nécessaires pour pouvoir renoncer à la situation qui lui est faite aujourd'hui. Du reste, cette exception pourrait créer un précédent fâcheux. || Le premier alinéa de l'article 5, qui par une petite modification de rédaction deviendrait plus clair, ne soulève pas d'autre observation. || Nous acceptons également la stipulation concernant la Russie pour les raisons expliquées dans notre dernier Mémoire, à condition, cependant, que la déclaration faite par le Délégué de cette Puissance à la fin de la vingt-deuxième séance (Annexe B du procès-verbal), et contenant la promesse du Gouvernement Impérial de ne pas renouveler les primes pour les sucres exportés en Asie, soit insérée dans le texte de la Convention. || Comme, cependant, la Russie se réserve de donner cette

prime jusqu'au 1^{er} mai 1891, nous pensons que la manière la plus simple de tourner cette difficulté, serait de reculer le délai de la mise en vigueur de la Convention jusqu'au 1^{er} août 1891, date qui a déjà été demandée par les Délégués d'autres Puissances. || Dans notre dernier Mémoire nous avons proposé de ne fixer aucun terme pour la durée de la Convention en admettant la dénonciation d'année en année, et notre Délégué a insisté à plusieurs reprises sur cette proposition. Les motifs sur lesquels nous nous sommes appuyés alors n'ont rien perdu de leur valeur et nous pensons encore que ce mode de procéder répondrait le mieux à la situation et contribuerait essentiellement à faciliter une entente générale. Au moins faudrait-il réduire les périodes à des termes de une et deux années; mais les périodes de trois années nous paraissent trop longues pour le commencement: car, en réalité, elles représentent des périodes de quatre ans, pour lesquelles on serait lié, si à la fin de l'avant-dernière année de la période précédente on n'avait pas annoncé l'intention de se retirer. Or, il pourrait se produire précisément dans la deuxième ou troisième année de la durée de la Convention des combinaisons qui imposeraient à un des pays contractants la nécessité de se retirer ou de subir une situation d'infériorité. || Pour le reste nous adoptons l'article 9, sauf une légère modification qui consisterait à placer l'alinéa 4 immédiatement après l'alinéa 2, ce qui nous semble mieux répondre à l'ordre d'idées de ce paragraphe. || Enfin, en terminant les observations que nous suggère l'examen du projet de Convention nous croyons devoir signaler à l'attention du Gouvernement de Sa Majesté Britannique la situation qui serait faite aux signataires de la Convention, si, avant sa mise en vigueur, la législation d'un des pays contractants n'était pas trouvée conforme aux principes de la Convention et que ce pays se trouverait dans l'impossibilité de la changer avant le terme de la mise en vigueur de la Convention. Comme, de notre côté, nous ne pourrions donner notre adhésion qu'à la condition que les législations de tous les États signataires soient conformes aux principes de la Convention, nous revendiquons notre liberté d'action dans le cas indiqué, comme aussi dans celui où le Brésil et surtout les États-Unis n'auraient pas déclaré leur adhésion avant le terme fixé pour la mise en vigueur de la Convention.

Vienne, juillet 1888.

Belgique.

Les considérations ci-après répondent à la communication que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a bien voulu faire au Gouvernement du Roi pour exposer ses vues au sujet des résultats des travaux de la Conférence des sucres à Londres. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique exprime l'avis que les intérêts d'une entente finale entre les Puissances pourraient être compromis par la publication des détails du projet de Convention et des discussions insérées dans les procès-verbaux de la Conférence. Le Gouvernement du Roi, ainsi que son Premier Délégué l'a déclaré à Londres dans la dernière

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

réunion, est partisan de la publicité des procès-verbaux; mais, déférant au désir manifesté à ce sujet dans l'office de Lord Vivian, et se ralliant à l'opinion de la majorité de la Conférence, il considérera ces documents comme papiers confidentiels. || Le Gouvernement du Roi est prêt à signer la Convention telle qu'elle est actuellement projetée et à adopter l'une ou l'autre des rédactions de l'article 3 qui répondrait le mieux aux vues des Puissances principalement intéressées à la question que cet article concerne. Il partage l'avis du Gouvernement de Sa Majesté Britannique qu'il peut exister des inconvénients à fixer dans un Traité des stipulations détaillées au sujet du travail des fabriques et des raffineries de sucre (articles 2 et 3 du projet), parce que ces stipulations peuvent devoir varier dans une certaine mesure dans les différents pays, et qu'elles ne pourraient, si elles étaient définies d'une manière détaillée dans un traité, être modifiées ultérieurement que par voie d'engagements supplémentaires de même nature. || Tout en étant à cet égard de la même opinion que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, le Gouvernement du Roi doit exprimer le regret que la Conférence n'ait pas cru devoir admettre dans la rédaction de l'article 2 la disposition proposée par ses Délégués à la Conférence et tendant à imposer dans les fabriques de sucre de betterave l'obligation de constater, à titre de contrôle, la quantité et la densité du jus de betterave mis en oeuvre. Ce contrôle, d'une exécution facile dans les fabriques de tous les pays, eût été de nature à donner une garantie sérieuse contre les fraudes possibles. || Le Gouvernement du Roi reconnaît cependant que l'exécution fidèle de la Convention doit être surtout laissée à la bonne foi des agents de l'administration, dont le devoir est de veiller à l'observation de ses prescriptions. || En ce qui concerne le système spécial proposé pour la Russie, le Gouvernement du Roi n'a pas plus que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique à élever des objections contre son adoption. || Quant au système proposé par la Belgique, le Gouvernement du Roi sait gré au Gouvernement de Sa Majesté Britannique de ce qu'il veut bien l'accepter si les autres Puissances sont également disposées à l'admettre. Il croit cependant pouvoir exprimer l'opinion que les autres Puissances n'hésiteraient pas à admettre le système belge, si le Gouvernement de Sa Majesté britannique, usant de sa grande et légitime influence, consentait à appuyer auprès desdites Puissances les équivalents proposés en dernier lieu par la Belgique*). Cet appui permettrait sans nul doute à la Belgique d'entrer, comme elle le désire vivement, dans l'Union sucrière projetée. Il tient d'ailleurs à constater que ses Délégués à la Conférence de Londres n'ont pas seulement offert, en remplacement du système général proposé dans la Convention, de réduire de moitié le taux des droits, mais encore et surtout d'augmenter la prise en charge dans les fabriques de 16.67 et de 20 pour 100. Il est à remarquer au surplus que

*) Le Gouvernement de l'Italie vient de nous faire connaître qu'il accepte nos équivalents.

les chiffres proposés en dernier lieu par les Délégués belges n'ont été critiqués à la Conférence que par un seul Délégué. Les autres Délégués se sont surtout prévalus de la nécessité d'appliquer le principe de l'uniformité de système. Or, l'argument perd toute sa valeur en présence des nombreuses dérogations à ce principe, qui, après avoir été signalées par le Premier Délégué de la Belgique, ont été implicitement reconnues par un des Délégués de la France dans la dix-huitième séance. Il en serait encore ainsi dans le cas où l'article 3 serait interprété en ce sens qu'il dispense la France, comme le Gouvernement de ce pays l'a proposé, d'effectuer le raffinage en entrepôt. || Quant à la Commission internationale, dont parle l'article 6, le Gouvernement du Roi pense que ses attributions telles qu'elles sont nettement définies par ledit article la mettront à même de signaler aux Puissances contractantes les abus que révélerait la pratique des systèmes de perception de l'impôt admis par la Convention. || Le Gouvernement du Roi reconnaît que l'article 7, qui impose aux États contractants le devoir d'exclure de leurs territoires les sucres venant de pays qui continuent à donner des primes, est de nature à satisfaire les Puissances qui désirent avoir l'assurance que leur abandon du système des primes ne pourrait être mis à profit par d'autres Puissances pour détruire leur industrie. || Quant à lui, tout en maintenant la déclaration de principe qui a été faite en son nom, il ajoute que la majorité des Puissances s'étant prononcée dans le sens d'une sanction pénale sous forme de prohibition ou de surtaxes, il ne voit pas dans cette stipulation un motif suffisant pour refuser d'entrer dans l'Union. || Le Gouvernement du Roi ne pourrait cependant pas consentir à ce que la clause de la prohibition ou des droits compensateurs soit appliquée aux sucres en transit. Une pareille mesure, outre qu'elle nécessiterait une refonte complète de la législation générale sur le transit en Belgique, serait de nature à porter le plus grave préjudice à notre industrie des transports, qui tire une grande partie de ses revenus des expéditions en transit. Il y a lieu de faire remarquer que la mesure serait dans bien des cas inapplicable dans notre pays, attendu que les marchandises qui sont déclarées en transit direct, c'est-à-dire qui ne font que traverser le territoire, sont chargées dans les wagons de chemin de fer sans devoir être déclarées en détail et sans être astreintes à la visite. La douane se borne à les mettre sous plomb et à en surveiller le transport. || Il va de soi que le Gouvernement du Roi n'aurait aucune objection à appliquer la mesure de la prohibition ou des droits compensateurs aux sucres déclarés d'abord en transit et qui, après avoir effectué une partie du transport dans le pays ou après avoir été déposés dans un entrepôt, seraient ensuite déclarés en consommation; mais, dans ce cas, une stipulation mentionnant le transit est surabondante, puisque les droits dus sur les sucres importés sont naturellement applicables aux sucres déclarés en consommation par renonciation au transit. || Quant à l'article 9, le Gouvernement du Roi accepte la date du 1^{er} août 1890 pour la mise en vigueur de la Convention, et il adhère aussi aux stipulations relatives à la durée et

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

à la dénonciation éventuelles du Traité, stipulations qui ont été reprises du Projet de convention du 11 août 1875. || En ce qui concerne les surtaxes sur les sucres importés de l'un des pays contractants dans un autre, le Gouvernement du Roi continue de les considérer comme constituant des primes indirectes, en opposition avec l'objet de la Convention, clairement déterminé par l'article 1^{er}. Toutefois l'adoption de la Convention telle qu'elle est projetée, impliquant l'admission des équivalents proposés par la Belgique, celle-ci, voulant donner une nouvelle preuve de son esprit de conciliation, consentirait, dans ce cas, mais dans ce cas seulement, à renoncer au maintien des réserves expresses qu'elle avait faites à propos de cette question. C'est là un point sur lequel le Gouvernement du Roi appelle toute l'attention du Gouvernement Britannique. || Finalement, le Gouvernement du Roi ne voit aucun obstacle à ce que ses plénipotentiaires se rendent à Londres dans la première huitaine du mois d'août prochain pour la signature de la Convention, dans le cas, bien entendu, où il serait avisé, au préalable, que les autres Puissances adhèrent comme lui à la Convention telle qu'elle est actuellement projetée.

Brésil.

(Traduction télégraphique.)

Brésil, le 1^{er} août 1888.

Je vous autorise à communiquer que le Gouvernement du Brésil adhère en principe à la Convention, tout en se réservant le droit d'y adhérer formellement après son adoption définitive par les Puissances signataires.

Danemark.

Copenhague, le 13 juillet 1888.

Monsieur le Ministre, en me faisant parvenir, par votre note du 23 mai dernier, un exemplaire des procès-verbaux de la deuxième session de la Conférence internationale sur le régime des sucres, et en me prévenant que le Gouvernement de la Grande-Bretagne est prêt à signer la Convention, dont le projet fait partie de ladite annexe, vous m'avez fait l'honneur de m'exprimer, au nom de votre Gouvernement, le désir de connaître les vues de celui du Roi au sujet de ce projet. || En réponse, je viens vous informer que le Gouvernement du Roi, après un examen attentif des différentes questions ayant trait au projet, croit pouvoir donner son adhésion aux dispositions de celui-ci, sauf en un point. L'engagement à prendre les mesures, mises en perspective dans l'article 7, qu'elles prennent la forme d'une prohibition absolue ou d'une surtaxe sur les sucres qui auront profité des primes, ne pouvant s'accorder avec les obligations contractées par nos Traités, le Gouvernement du Roi ne sera pas à même d'adopter les stipulations de cet article. || En acceptant toutes les autres stipulations de la Convention, je me permets de vous faire observer que le Danemark, pour ce qui regarde ses fabriques de sucres, est tout disposé à prendre les engagements mentionnés dans l'article 11 du projet, tandis que les stipulations du premier alinéa de l'article 5 seront applicables à nos

raffineries, vu que pour elles tout remboursement à l'exportation des sucres sera aboli. || Je vous prie de vouloir bien porter ce qui précède à la connaissance du Gouvernement de la Grande-Bretagne, et saisis, etc.

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

De Rosenorn - Lehn.

Espagne.

(Traduction.)

Le Palais, le 2 juillet 1888.

Excellence, la note de Votre Excellence du 27 mai dernier est parvenue à ce Ministère en temps convenable, et avec elle les trente-sept exemplaires des procès-verbaux de la Conférence réunie deux fois à Londres, dans le but de se mettre d'accord sur la manière de supprimer les primes accordées, dans quelques pays, à l'exportation du sucre. || La Conférence a présenté, comme résultat de ses travaux, aux Gouvernements y représentés officiellement, un Projet de convention, annexé au Protocole du 12 mai et composé de onze articles, dans lesquels sont déterminées, outre la suppression des primes d'exportation du sucre, les règles et conditions nécessaires pour rendre inéludable ce qui a été convenu, établissant de plus un engagement très important, sorte de sanction pénale ou garantie pour que la Convention ait des résultats pratiques, et que les nations productrices du sucre, qui n'ont pas pris part à la Conférence et continuent à être éloignées de l'Union sucrière, ne puissent pas profiter de la suppression des primes. || Le Gouvernement de Sa Majesté Catholique a examiné très attentivement le projet de convention susmentionné, et j'ai la satisfaction, dès à présent, d'annoncer à Votre Excellence, en la priant de le faire savoir au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, qu'il accepte ledit projet en toutes ses parties et dans la forme qu'il est rédigé. Je me permets seulement d'indiquer à Votre Excellence que bien que le Gouvernement de Sa Majesté trouve également acceptables les deux rédactions du paragraphe 2 de l'article 3, dans lequel est fixé le procédé pour reconnaître le sucre raffiné, il préférerait, comme étant un peu plus précise, celle proposée par les Délégués des Pays-Bas. || Après cette légère manifestation, il ne me reste qu'à porter à la connaissance de Votre Excellence que, de la part du Gouvernement de Sa Majesté, il n'y a aucun inconvénient à ce que la réunion des Délégués des Puissances pour la signature de la Convention ait lieu dans la première semaine du mois d'août prochain et non le 16, qui est la date marquée au dernier paragraphe du Protocole de clôture de la Conférence.

Je saisis, etc.

El Marquis de la Vega de Armijo.

Pour traduction conforme: || J. G. Agüera.

États-Unis.

United States' Legation, London, July 3, 1888.

My Lord, in view of the desire expressed in the Protocole de Clôture of the second session of the International Conference on the Sugar Bounties question, that the opinions of the Powers represented at the Conference, with

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

respect to the draft Convention for the abolition of export bounties, should be communicated to Her Majesty's Government before the 5th instant, I have the honour, in accordance with instructions to that effect, to acquaint Your Lordship of the conclusions at which my Government has arrived in the matter. || You are aware, that no legal bounty exists in the United States upon the exportation of imported sugar, or upon the production and manufacture of sugar; and the Secretary of the Treasury considers, that the rate of drawback which is now allowed by law upon the exportation of refined sugars manufactured from imported sugars is not excessive, and does not constitute an indirect bounty as claimed; frequent investigations having shown, that the present rates of the said drawback are substantially correct, and represent the duties collected on the importation of the raw material less, the retention of 1 per cent. || The objects of the Conference are, however, in the opinion of my Government, foreign to the interests of the United States, and moreover the question as to whether any bounty or subsidy should be allowed in connection with the production or manufacture of sugar is one which cannot be determined by the Executive Branch of the United States' Government, Congress having sole and exclusive jurisdiction in such matters. || Under these circumstances, my Government considers itself precluded from giving its adhesion, for the present at least, to the proposed Convention, or to any Convention following the same lines, unless Congress should take action of a nature to render such adhesion possible.

I have, etc.

E. J. Phelps.

France.

Les différents points traités dans la communication de l'Ambassade de Sa Majesté Britannique, en date du 26 mai 1888, et concernant le Projet de Convention sur le régime des sucres, élaboré par la Conférence de Londres, ont été de la part du Gouvernement de la République l'objet d'un examen approfondi, dont les observations suivantes font connaître le résultat:

1^o Pour satisfaire au désir exprimé, lors de la clôture de la deuxième session de la Conférence au nom du Gouvernement britannique, en ce qui concerne le secret à observer pour le moment sur les travaux de la Conférence et l'état des négociations, le Gouvernement français est disposé à conserver autant qu'il lui sera possible, aux procès-verbaux de la Conférence et au Projet de Convention, un caractère confidentiel, sous la réserve formulée, d'ailleurs, par Son Excellence le Comte de Lytton, des communications qu'il pourrait être utile de faire aux représentants des industries intéressées. On doit toutefois ajouter qu'en présence des demandes du Parlement, le Gouvernement de la République pourrait se trouver dans la nécessité de donner connaissance aux Chambres du Protocole et des réserves faites par les Délégués français; en ce cas, il en informerait préalablement le Gouvernement britannique. D'autre part, il est évident que, si d'autres États ne conservaient pas aux documents

dont il s'agit le même caractère confidentiel, le Gouvernement français ne saurait, de son côté, se considérer comme engagé à cet égard.

Nr. 9638.
Konferenz-
Staaten.

2^o En ce qui concerne l'article 1^{er} de la Convention, le Gouvernement britannique, envisageant le cas où tous les Gouvernements intéressés dans la question ne seraient pas en situation d'autoriser leurs Plénipotentiaires à signer la Convention au mois d'août prochain, est d'avis que, dans cette éventualité, il n'y aurait pas lieu de proroger la Conférence. || Les dispositions prises en vue de l'adhésion subséquente des États non contractants, l'institution d'une Commission internationale de surveillance et l'obligation d'exclure les sucres primés de marchés des Pays contractants, lui paraissent constituer des garanties suffisantes pour justifier le retrait des réserves formulées à cet égard par les Délégués français. || Le Gouvernement de la République, malgré son désir de faciliter l'accord projeté, se voit dans l'obligation de maintenir, sur ce point, la réserve qu'il a faite dès le début de la négociation. Il ne lui paraît pas possible, en effet, d'admettre que certains des États qui accordent des primes puissent rester, même temporairement, en dehors de la Convention; car les sucres de ces États se présenteraient alors sur certains marchés dans des conditions qui ne permettraient pas aux sucres français de soutenir la concurrence. La Convention se trouverait ainsi avoir atteint un but contraire à celui qu'elle s'est proposé.

3^o La Convention doit-elle stipuler les conditions de détail relatives au travail des fabriques et des raffineries, ou convient-il de laisser à la Commission internationale, dont l'institution est prévue par l'article 6 du Projet de Convention, le soin de corriger les imperfections des systèmes de raffinage et de fabrication adoptés par les Pays contractants? || Dans l'opinion du Gouvernement anglais, l'examen préalable des lois et règlements concernant l'industrie sucrière dans chaque pays n'aurait qu'une importance secondaire, d'abord parce que des modifications aux lois actuelles doivent être introduites dans divers pays, à la suite et en conséquence de la signature de la Convention; et, en second lieu, parce que la Commission internationale de surveillance aura pour mission d'examiner ces lois et règlements. | Il ne semble pas possible, au contraire, d'éviter une réglementation des détails; car, sans mettre en doute la loyauté et l'impartialité des agents des administrations respectives, qui ne sauraient faire l'objet d'une discussion, il paraît nécessaire de connaître les instructions qui leur seront données et la législation qu'ils seront chargés d'appliquer. En effet, dans des matières aussi délicates, alors que les moindres différences dans les prix de revient peuvent ouvrir ou fermer des débouchés, il suffirait d'un contrôle insuffisant ou de concessions en apparence peu importantes pour que les résultats de la Convention fussent fort différents de ceux que chaque Partie contractante est en droit d'en attendre. || Le Gouvernement de la République estime, en outre, qu'en présence des termes de l'article 6 du Projet de Convention il n'est pas possible d'attribuer à la Commission internationale le pouvoir de déterminer les conditions et les règles du

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

fonctionnement de la Convention. Ce pouvoir appartient à la Conférence elle-même, la Commission internationale n'ayant qu'une mission de surveillance et d'examen, laquelle ne doit prendre naissance qu'après la ratification de la Convention. || Sur ce point, l'impression du Gouvernement français est donc que les Puissances doivent être exactement fixées sur le fonctionnement du système dans chaque pays avant la signature de la Convention. Cette manière de voir, qui paraît d'ailleurs avoir été unanimement adoptée par tous les Délégués signataires du Protocole du 19 décembre 1887, est la conséquence de l'impossibilité d'admettre qu'un engagement puisse être pris sans que les conditions de cet engagement soient clairement et explicitement définies. || Les réserves faites, en ce qui concerne le rôle à attribuer à la Commission internationale de surveillance, s'appliquent également à la proposition suggérée, dans une note remise officieusement, par Son Excellence le Comte de Lytton, de créer une Commission spéciale qui se réunirait entre la date de la signature et celle de la ratification de la Convention. Dans l'opinion du Gouvernement français, une Commission instituée pendant cette période, ne pourrait avoir pour mission que de préparer les éléments des travaux de la Commission internationale et du Bureau permanent, dont l'adjonction a été proposée, mais non de se substituer à la Conférence, pour l'examen des législations actuelles de l'industrie sucrière, dans les États contractants.

4^o En ce qui concerne l'article 3, relatif à l'exercice des raffineries, les Délégués français ont fait d'expresses réserves, motivées par l'absence de renseignements précis sur les mesures d'application qui seraient prises, dans chaque pays, pour assurer l'efficacité de ce système. Les considérations exposées plus haut justifient le maintien de ces réserves jusqu'à ce que la réglementation adoptée par chaque Puissance ait pu être examinée.

5^o Les Délégués français ont exposé à la Conférence les motifs qui, dans l'opinion de leur Gouvernement, rendraient incompatible avec la suppression des primes le maintien en Belgique du système d'impôt par abonnement, basé sur la quantité des jus produite. La conservation du drawback, qu'on retrouve également dans le système russe, paraît, d'ailleurs, contraire au principe même de la Convention (§ 1, art. 2), et il serait désirable que son abolition fût générale.

6^o Les droits compensateurs proposés comme sanction pénale dans le Projet de Convention (article 7) ne peuvent être considérés, dans l'opinion du Gouvernement de la République, comme équivalant à l'adhésion d'une nation qui produit ou qui exporte des sucres. La France a, d'ailleurs, déclaré expressément, dès le début, qu'elle n'acceptait de prendre part à la Conférence qu'à la condition que tous les pays sucriers adhéreraient à la Convention à intervenir. || D'autre part, le Gouvernement de la République est prêt à admettre que des droits compensateurs pourraient être introduits comme sanction entre des États contractants qui violeraient la Convention ou qui en sortiraient; cette sanction s'appliquerait également aux nations qui, ne produisant pas de sucres

actuellement, viendraient à en produire et n'adhéreraient pas à la Convention; mais, en ce cas, il serait nécessaire que des dispositions spéciales et précises établissent que tous les Gouvernements contractants entendent ne pas appliquer, dans l'espèce, la clause du traitement de la nation la plus favorisée, soit entre eux, soit vis-à-vis de Pays tiers.

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

7^o Enfin, en ce qui concerne la date de la mise en vigueur de la Convention, celle du 1^{er} août 1890 ne pourrait être acceptée par le Gouvernement français, en raison du préjudice considérable que la suppression des primes à une époque aussi rapprochée entraînerait pour l'agriculture et l'industrie françaises. Entrée la dernière dans le système des primes, la France est loin d'avoir récupéré les sacrifices considérables qu'elle a faits pour l'amélioration des racines et le perfectionnement de l'outillage. Les dépenses ne seraient pas encore amorties à la date du 1^{er} septembre 1891, et, si le Gouvernement de la République s'est rallié à cette dernière date, c'est, de sa part, une concession qu'il considère comme fort importante. La France n'est pas seule d'ailleurs à réclamer un égal délai, puisque la Russie n'entend abolir ces primes sur la frontière d'Asie qu'à compter du 1^{er} mai 1891, c'est-à-dire après la campagne sucrière 1890—1891. || En présentant ces observations, conformément au vœu inséré dans le Protocole de clôture de la deuxième session de la Conférence de Londres, le Gouvernement de la République exprime l'espoir que l'accord pourra être établi. Les réserves qu'il formule à l'égard de la Convention projetée sont inspirées par le désir de donner à cet arrangement les bases solides et le caractère équitable qui seuls peuvent en garantir la durée et le bon fonctionnement.

Italie.

(Traduction.)

19, Grosvenor Square, le 30 juillet 1888.

Monsieur le Marquis, me référant à la note que j'ai eu l'honneur de vous adresser le 3 courant, je m'empresse de vous informer que je suis autorisé par le Gouvernement du Roi à signer la Convention pour l'abolition des primes accordées pour le sucre exporté, conformément au texte du projet annexé au Protocole de clôture de la Conférence qui siégeait à Londres le 12 mai. || Il est entendu qu'aucun État n'est tenu par un engagement international à ne pas imposer des droits de douane et que l'élimination de l'article 7 du Projet de Convention relatif à la surtaxe de douane, qui a été proposée par les Délégués des Pays-Bas et qui a été le principal sujet discuté à la dix-neuvième séance, doit être interprétée conformément aux déclarations émises à cette séance par M. Sans-Leroy. || Il est entendu que cette suppression implique pour tous les États la faculté de conserver une entière liberté en matière de surtaxes de douanes. || De même, il doit être entendu que, d'après les stipulations de l'article 5 dudit Projet de Convention, tant qu'aucun drawback ne sera accordé à l'exportation des sucres, l'Italie ne sera nullement obligée de se conformer aux stipulations des articles 2 et 3 du Projet, autant qu'ils se

Nr. 9083.
Konferenz-
Staaten.

rapportent aux produits des fabriques et des raffineries. || Le Gouvernement italien entend d'ailleurs que les stipulations relatives au raffinage en entrepôt ne doivent s'appliquer qu'aux raffineries demandant le bénéfice du drawback, selon la teneur de la loi italienne du 2 avril 1886, laquelle admet le principe des drawbacks dans le cas du sucre, et dont j'ai l'honneur de vous transmettre la copie ci-jointe. || Ayant égard aux observations précédentes, mon Gouvernement n'a pas d'objection au sujet de l'article 3 du Projet de Convention, élaboré d'après le texte qui a obtenu la majorité des voix. || Dans le cas, où le projet qu'ont proposé les Délégués des Pays-Bas dans un esprit de conciliation serait mis en discussion, je suis autorisé, d'une manière subordonnée, à donner ma voix à l'article formulé par ces Délégués, qui se trouve dans l'annexe du Protocole de clôture du 12 mai. || Il n'entre pas dans l'intention du Gouvernement du Roi de soulever des objections à l'article 4 du Projet de Convention, lequel admet en faveur de la Belgique le principe des équivalents à l'égard de la fixation du taux, et le Gouvernement du Roi m'a autorisé de donner ma voix au maintien de l'article 4 tel qu'il est rédigé à présent. || Quant à l'exception demandée par la Russie dans un des paragraphes de l'article 5 du texte du Projet, le Gouvernement du Roi n'a pas d'objection à faire.

Agrérez, etc.

T. Catalani.

Pays-Bas.

Ministère des Affaires étrangères, la Haye, le 4 juillet 1888.

Monsieur le Ministre, en me faisant connaître par son office du 21 mai dernier les vues du Gouvernement britannique par rapport au Projet de Convention sucrière, arrêté par la Conférence de Londres, M. Fenton a bien voulu m'exprimer le désir de votre Gouvernement de recevoir, avant le 5 de ce mois, une réponse à ladite communication. || Pour satisfaire à cette demande, j'ai maintenant l'honneur de vous faire savoir, Monsieur le Ministre, qu'en vue du résultat des derniers pourparlers de M. le Baron de Worms et le Ministre du Roi à Londres, et dans l'hypothèse du consentement des autres Pays représentés à la Conférence, le Gouvernement du Roi est prêt à accepter le projet dont il s'agit sous les réserves suivantes: || D'abord, il lui est impossible d'admettre les équivalents proposés par la Belgique; selon l'avis de tous les experts, le système d'impôt en vigueur dans ce pays, même avec les modifications dernièrement proposées, laisse encore des avantages assez considérables aux fabricants, et, par conséquent, l'article 4 du Projet ne saurait trouver une place dans une Convention qui a pour objet principal l'abolition des primes. || En second lieu, il ne lui est pas indifférent laquelle des deux rédactions de l'article 3 sera acceptée. Il est d'avis que les raffineries de sucre dans tous les pays qui feront partie de la Convention doivent être soumises au régime de l'entrepôt ou de l'exercice comme base de perception des

droits, et, par conséquent, il ne saurait admettre comme base de perception la saccharimétrie dans le sens proposé par les Délégués français à la Conférence. Si toutefois le Gouvernement de la République tenait à ce point à la faculté de maintenir cette dernière base qu'il devrait en faire dépendre son adhésion à la Convention, le Gouvernement du Roi pourrait adopter la seconde rédaction de l'article 3, proposée par ses Délégués, dans le but de concilier autant que possible les vues de la France et des autres Pays intéressés dans la question. || Enfin, quant à la clause pénale (l'article 7), la seule objection se trouve dans la clause adoptée dans les Traités de commerce sur le régime de la nation la plus favorisée. Si toutes les Puissances représentées à Londres acceptent l'article 7, cette coopération réciproque réduirait considérablement la portée et l'importance de l'objection, et le Gouvernement du Roi ne verrait plus motif à s'y opposer, puisque, dans son opinion, lesdites Puissances, par le fait de leur adhésion, doivent être censées se soumettre à l'application de cette clause à leurs sucres primés même pour le cas, où ils se retireraient de la Convention. || En vous priant de vouloir bien porter ce qui précède à la connaissance de votre Gouvernement, je saisis, etc.

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

Hartsen.

Ministère des Affaires étrangères, la Haye, le 6 juillet 1888.

Monsieur le Ministre, je me permets de revenir auprès de vous sur le contenu de mon office du 4 courant, dont il me paraît, d'après une communication verbale de votre Légation, qu'une partie n'a pas rendu d'une façon suffisamment claire la manière de voir du Gouvernement du Roi par rapport à la Convention sucrière. || Il s'agit de ce que j'ai voulu exprimer par rapport à la clause pénale. || L'objection à laquelle donne lieu la clause de l'article 7, en vue des Traités de commerce, perd en grande partie sa portée et son importance par la coopération de toutes les Parties qui participent à la Convention; par le fait de leur adhésion celles-ci sont censées, d'après mon avis, se soumettre à l'application de la clause pénale, non seulement pendant leur participation, mais de telle façon qu'à supposer qu'une ou plusieurs d'elles pussent se soustraire à la Convention avant l'expiration de celle-ci, le fait de leur adhésion comporterait un engagement de ne pas faire appel en pareil cas au contenu des Traités de commerce.

Veuillez, etc.

Hartsen.

Russie.

Londres, le 23 juin (5 juillet) 1888.

Monsieur le Marquis, je me suis fait un devoir de transmettre à mon Gouvernement le Projet de Convention concerté à la Conférence de Londres et ayant pour but l'abolition des primes accordées à l'exportation du sucre. || Les dispositions de cet arrangement ayant été soumises à un examen approfondi de la part des autorités compétentes en Russie, je viens d'être chargé

Nr. 4533.
Konferenz-
Stnoten.

d'informer Votre Excellence que le Gouvernement impérial adhère au projet de Convention en question, en se réservant expressément le droit d'accorder jusqu'au 1^{er} mai de l'année 1891 des primes pour l'exportation du sucre sur la frontière asiatique. Il est bien entendu que la clause stipulant cette réserve doit être formulée d'une manière explicite et prendre place, soit dans le texte de la Convention, soit dans un Acte séparé annexé au document principal et ayant le même caractère de publicité. || En m'acquittant de cette communication, j'ai, etc.

Staal.

Suède.

Stockholm le 27 juillet 1888.

Monsieur le Ministre, par une lettre en date du 22 mai dernier, M. Napier, en me transmettant deux exemplaires des procès-verbaux de la Conférence sur le régime des sucres, réunie à Londres du 5 au 12 avril (sic) dernier, a bien voulu m'exprimer l'espoir du Gouvernement de Sa Majesté britannique que le Gouvernement du Roi autoriserait le Ministre des Royaumes-Unis à Londres à signer pour la Suède le nouveau projet de Convention dernièrement élaboré par la Conférence. || Cette affaire ayant été soumise à un examen attentif du Gouvernement du Roi, j'ai l'honneur de vous informer que tout en se réservant la faculté d'adhérer plus tard à la Convention, il n'a pas cru devoir se départir pour le moment de l'attitude expectative qu'il a gardée jusqu'ici. Veuillez, etc.

Ehrensware.

Anhang E.

Réserves faites par la France.

Le Gouvernement de la République française, après avoir pris connaissance des dernières communications du Gouvernement britannique relativement au projet de Convention pour la suppression des primes à l'exportation des sucres, a désigné ses Plénipotentiaires et les a autorisés à signer cet Acte sous le bénéfice des réserves suivantes :

1^o Le Gouvernement français considère d'abord que, du moment où les législations des divers pays n'ont pas été soumises aux délibérations de la Conférence de Londres et doivent être renvoyées à l'étude d'une Commission qui se réunirait après la signature de la Convention, il y aurait beaucoup plus d'inconvénients que d'avantages à laisser subsister, dans cet Acte, des dispositions législatives qui présentent des lacunes importantes. Il est logique en définitive de réunir, dans une même étude, toutes les législations, en se bornant, dans la Convention, à marquer le but qu'elles doivent atteindre, c'est-à-dire constituer une garantie absolue et complète de la suppression de toute prime, ouverte ou déguisée, en percevant l'impôt sur les quantités de sucres destinées à la consommation. || En conséquence, nous avons à formuler une première réserve qui consiste à supprimer dans le projet de Convention les paragraphes 2, 3 et 4 de l'article 2, l'article 3 et l'article 5.

2° La Commission qui serait chargée de l'examen des diverses législations ne saurait être la même que celle qui est visée par l'article 6 du projet. Celle-ci est instituée pour surveiller l'exécution des dispositions de la Convention qui ne sera définitivement conclue qu'après l'échange des ratifications et ne doit même entrer en vigueur qu'au moins un an après ledit échange. Il y a donc lieu de convenir, d'une manière expresse, que le soin d'étudier les diverses législations et de constater si elles offrent ou non toutes les garanties nécessaires pour le maintien de primes ouvertes ou déguisées, sera remis à une nouvelle Conférence ou Commission spéciale, distincte de celle prévue par l'article 6. Cette Conférence, dans laquelle toutes les Puissances seraient représentées, et dont la formation paraît avoir déjà été admise au moins officieusement par le Cabinet britannique, pourrait se réunir dans un délai de quatre ou cinq mois après la signature de la Convention. Mais il devra être entendu qu'un mois au moins avant sa réunion les législations que les différents pays présenteraient comme supprimant toutes primes auraient été communiquées aux Gouvernements cosignataires. Il pourrait dès lors en être fait très utilement une étude préliminaire dans chaque pays.

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

3° Par les motifs que nous avons exposés, dans le cours des Conférences, et dans notre réponse du 6 juillet dernier, nous devons maintenir absolument la date du 1^{er} septembre 1891 comme point de départ de la mise à exécution de la Convention. C'est l'extrême limite de la concession que nous puissions faire sous ce rapport.

4° Nous devons également subordonner la signature de la Convention à la condition que tous les États producteurs de sucre y donneront leur adhésion. Nous avons fait à cet égard, dès le début de la négociation, une réserve formelle dont nous ne saurions nous départir.

5° Le Protocole de signature de la Convention devrait contenir une explication quant à l'article 7, qui, comme l'a fait notamment observer avec nous le Gouvernement des Pays Bas, serait contraire à la clause du traitement de la nation la plus favorisée, insérée dans les Traités, si tous les États producteurs de sucres ne faisaient pas partie de la Convention. || Si l'une de ces conditions, particulièrement celles qui sont relatives à la suppression, dans le projet de Convention, des dispositions législatives indiquées ci-dessus; à la Conférence ou Commission spéciale pour l'examen des législations, à la date du 1^{er} septembre 1891, et à l'adhésion de tous les États producteurs, ne se trouvaient pas remplies, les Plénipotentiaires français devraient, pour ce qui les concerne, ajourner la signature de la Convention et en référer à leur Gouvernement.

Vierundzwanzigste Sitzung, 27. August 1888.

... Il est distribué à MM. les Plénipotentiaires les textes amendés du projet de Convention et du projet de Déclaration. Ces documents forment les

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

Annexes A et B au présent procès-verbal. || Le procès-verbal de la vingt-troisième séance est adopté.

M. le Président propose de discuter article par article le texte amendé du projet de Convention. || L'article 1^{er} ne soulève aucune objection, || M. le Comte de Kuefstein fait seulement observer que les mots „à la fabrication” concernent les États visés par l'article 5; car dans ceux qui adoptent le système de l'entrepôt on ne peut parler que de primes à l'exportation. || M. le Président fait observer qu'en effet c'est dans ce sens que les mots en question ont été ajoutés.

*Sur l'article 2, M. Waddington ne peut que répéter les réserves générales qu'il a faites, au nom de son Gouvernement, à la dernière séance. Son Gouvernement a toujours soutenu que les dispositions législatives, contenues dans les articles 2, 3 et 4, doivent être soumises à l'examen préalable des Puissances contractantes. Il est d'avis que ces articles doivent être renvoyés à la Commission spéciale. Ils ne sont certainement pas sans valeur. Mais la France ne peut les considérer comme complets. Elle ne voudrait pas préjuger la décision de la Commission, en donnant, dès à présent, à ces stipulations un caractère conventionnel. || M. le Comte de Kuefstein prend acte de la réponse faite à la dernière séance par M. Catalani aux Plénipotentiaires des Pays-Bas, au sujet de l'intention de l'Italie de renoncer à donner des drawbacks. || Les articles 2 et 3 son adoptés, sauf les réserves de la France.

L'article 4 est adopté. || M. Guillaume demande à faire, au nom de son Gouvernement, la déclaration suivante relativement à la correspondance diplomatique qui a eu lieu sur l'ancien article 4: || „Dès le début des conférences, la Belgique, fidèle aux principes qu'elle n'a cesse de défendre, s'est déclarée partisan de la suppression absolue de toute prime. Elle aurait souscrit avec empressement à la solution la plus radicale de la question des sucres, c'est-à-dire, à l'abolition de tout impôt et de toute surtaxe sur les sucres dans tous les pays producteurs. La Belgique appelle de tous ses vœux le moment où cette grande réforme pourra être réalisée. Cette solution radicale ayant peu de chance d'être admise actuellement, n'a pas été discutée, et la Conférence a été d'avis que la suppression des primes serait obtenue par la fabrication et le raffinage en entrepôt. La Belgique, qui ne pouvait adopter ce système pour des raisons politiques et économiques qu'il est inutile de rappeler ici, présenta un régime qui, dans son opinion, en est l'équivalent. || Le Gouvernement britannique nous a fait connaître que quatre des principales Puissances productrices du sucre de betterave n'admettaient pas cette équivalence et qu'il devenait dès lors impossible de maintenir l'article 4 du projet de Convention. Notre Gouvernement répondit au Gouvernement de Sa Majesté Britannique que, dans cette situation, il croyait devoir attendre pour prendre une résolution définitive, que la Convention fût complètement arrêtée.“

La discussion s'engage sur l'article 5. || M. Jaehnigen déclare que son Gouvernement est prêt à accepter cet article dans sa rédaction actuelle. **Mais**

les Plénipotentiaires allemands ont reçu instruction de faire la Déclaration suivante: || „D'après l'interprétation que le Gouvernement allemand donne à l'article 5 dans sa rédaction actuelle, les États contractants qui n'accordent à l'exportation aucun drawback ou remboursement de droits, ni aucune décharge pouvant donner lieu à une prime quelconque, sont obligés, d'après l'article 1^{er}, et malgré l'exemption qui leur est concédée par les dispositions de l'article 5, à s'abstenir d'accorder des primes ouvertes ou déguisées pour la fabrication ainsi que pour le raffinage des sucres destinés à la consommation intérieure. La surveillance de cette obligation fera partie des devoirs imposés à la Commission permanente.” || M. le Président dit qu'il faut chercher l'interprétation de l'article 5 dans les procès-verbaux de la Conférence. || M. Guillaume constate que l'article 5 comprend deux exceptions à l'obligation de faire la fabrication et le raffinage en entrepôt: l'une en faveur des États qui ne perçoivent pas de droits, l'autre en faveur des États qui n'accordent aucun drawback pouvant donner lieu à une prime quelconque. Une de ces deux exceptions suffit pour qu'on soit dispensé de se conformer aux articles 2 et 3. Il importe, ajoute M. Guillaume, que pour les motifs qu'il a donnés dans la séance du 16, et qui ont été admis à l'unanimité par la Conférence, sauf les Plénipotentiaires allemands, l'article 5 ne soit pas modifié. || M. Batanero fait remarquer que la Conférence a toujours voulu maintenir les deux exceptions citées par M. Guillaume. || M. Waddington renouvelle ses réserves générales. || M. Verkerk Pistorius demande si, par l'interprétation proposée par les Plénipotentiaires allemands, ils veulent limiter la faculté de chaque pays de régler comme bon lui semble ses droits intérieurs? Le préambule de la Convention montre clairement que, si un Gouvernement désirait accorder des faveurs quelles qu'elles soient, à ses industriels, il en a pleinement le droit, pourvu que ces privilèges ne constituent pas une prime à l'exportation. La Conférence a décidé, contre l'avis des Délégués néerlandais, que les surtaxes de douane, ayant pour but de défendre le marché national, ne sont pas prohibées par la Convention. On peut atteindre le même but par d'autres moyens, par exemple, par une décharge accordée aux sucres nationaux entrant dans la consommation. Si l'interprétation formulée par les Plénipotentiaires allemands tend à écarter une catégorie de ces moyens, tout en réservant l'application d'une autre, elle paraît contraire à la logique et va au delà de l'intention de la Convention. ||

M. Guillaume fait remarquer que la Conférence a admis, contrairement à l'opinion défendue par son Collègue des Pays-Bas et par lui, qu'on pouvait protéger par des surtaxes sur les sucres étrangers, la fabrication nationale. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a bien voulu, pour faciliter la conclusion d'un arrangement, renoncer à son droit, et s'engager, par l'article 4, à ne pas mettre de surtaxe sur les sucres étrangers. Cette exception ne s'applique qu'à l'Angleterre et les autres pays restent libres à cet égard. M. Guillaume se rallie donc aux observations du Plénipotentiaire néerlandais. || M. Dupuy de Lome croit qu'il aurait été utile de constater au procès-verbal que la Con-

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

férence accepte l'interprétation donnée à l'article 5 par l'Italie, et dit que l'Espagne adhère à cette interprétation. || M. Jaehnigen ne partage l'opinion exprimée par M. Pistorius. L'article 1^{er} défend explicitement toute prime à la fabrication ou à l'exploitation. M. Jaehnigen croit donc que les faveurs mentionnées par M. Verkerk Pistorius sont prohibées. || M. le Comte de Kuefstein, qui avait soulevé la question des primes à la fabrication au commencement de la séance, se déclare satisfait des explications qui lui ont été données. L'interprétation proposée par l'Allemagne lui semble être en désaccord avec celle que M. le Président a donnée au cours de la dernière séance à M. Catalani au sujet des articles 2, 3 et 5. || M. Batanero dit que les faveurs que voudrait prohiber M. Jaehnigen, ont le même caractère que les surtaxes de douane. Mais il a été maintes fois décidé que la question des surtaxes n'est nullement du ressort de la Conférence. || M. le Comte de Hatzfeldt tient à rappeler que l'Allemagne ne propose aucune modification de l'article 5; elle fait seulement une déclaration interprétative. || M. Verkerk Pistorius ne saurait accepter l'interprétation donnée par les Plénipotentiaires de l'Allemagne à l'article 1 et se réfère, à ce sujet, aux paroles prononcées par M. le Président dans la séance du 16 août, à propos de la note de l'Italie. Pour le cas, où la Néerlande signerait la Convention, il est donc bien entendu qu'elle ne s'obligera en rien pour le tarif de ses droits d'accise et que, d'après le principe énoncé en tête de la Convention, le Gouvernement du Roi restera libre de régler à sa convenance les droits à prélever sur les sucres d'origine nationale et destinés à la consommation intérieure, ou même de ne soumettre ces sucres à aucun droit, sauf l'obligation de n'accorder aucune prime ouverte ou déguisée à l'exportation, soit lors de la fabrication ou du raffinage des sucres destinés à cette fin, soit au moment de leur sortie du territoire. M. Verkerk Pistorius tient à ce que cette déclaration soit constatée aussi formellement que celle faite par les Plénipotentiaires allemands. || Les Plénipotentiaires de la Belgique, de l'Espagne, de l'Italie et de la Russie partagent cette manière de voir. || M. le Comte de Kuefstein se rallie à l'interprétation donnée par M. Verkerk Pistorius aux mots „à la fabrication” dans l'article 1, qui concernent les États visés par l'article 5. || Mais comme le texte du premier alinéa de cet article lui semble manquer de clarté, il propose la modification suivante, qui est purement rédactionnelle: „Les Hautes Parties contractantes et leurs provinces d'outre-mer, colonies ou possessions étrangères, qui ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres, ou qui n'accordent à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, des mélasses ou des glucoses aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités, sont dispensées de se conformer aux dispositions des articles 2 et 3, tant qu'elles conservent un des systèmes. En cas de changement, elles adopteront le système établi aux articles 2 et 3.” || M. le Président déclare que l'article 5 est adopté avec la modification proposée. || M. Waddington constate que la Conférence adopte un article sur l'interprétation duquel on n'est pas d'accord. Il demande que les différentes interprétations soient consignées au procès-verbal.

Sur l'article 6, M. le Président propose que la première réunion de la Commission permanente ait lieu après la mise en vigueur de la Convention. Les Puissances détermineront plus tard la date de la convocation. La Commission aura pour mandat de surveiller l'exécution de la Convention. Il devient dès lors inutile qu'elle siège avant la mise en vigueur. || M. Waddington accepte cette modification; elle implique la nomination de la Commission spéciale. || La proposition faite par M. le Président est adoptée.

La Conférence passe à la discussion de l'article 7. || M. Verkerk Pistorius propose la suppression des mots „à prendre” et „pas” au troisième alinéa. Ils sont inutiles et nuisent à la clarté de la phrase. || Ces mots sont supprimés. || M. de Barner renouvelle ses réserves sur l'ensemble de l'article 7, que le Gouvernement danois ne peut accepter. || M. Batanero fait observer que le droit spécial dont il fait mention au deuxième alinéa, et qui doit excéder le montant de la prime est un droit en sus du droit de douane perçu sur la totalité des sucres importés. C'est le surcroît de droit ou taxe additionnelle qui doit excéder la prime. M. Batanero propose donc d'ajouter les mots „ou surcroît de droit” après le mot „droit.” || M. Waddington préférerait maintenir le texte actuel, qui lui paraît assez clair sur ce point. || M. le Comte de Kuefstein pense que les États, dont les droits empêchent déjà les sucres étrangers d'entrer, n'ont pas besoin de les élever encore et d'amener, sans utilité aucune, des discussions au sujet de l'interprétation de la clause de la nation la plus favorisée. || Après une discussion générale, M. Batanero, ayant constaté que la majorité de la Conférence partage son opinion sur la manière de calculer le droit spécial, dit qu'il n'insiste pas pour la modification qu'il a proposée. || M. Waddington propose l'adoption d'un paragraphe additionnel, visant le cas des pays déjà liés par la clause de la nation la plus favorisée. En France, par exemple, les sucres de certains pays jouiront du traitement de la nation la plus favorisée jusqu'en 1892. Si ces sucres tombaient sous l'application de l'article 7, la France se trouverait en face de deux obligations contradictoires. Il faut absolument parer à cette éventualité. M. Waddington donne lecture du paragraphe qu'il propose: „La présente Convention devant comprendre tous les États producteurs de sucres il est entendu que le bénéfice de la clause du traitement de la nation la plus favorisée inscrite dans d'autres traités ne pourrait être réclamé pour se soustraire aux conséquences de l'application du paragraphe 2 du présent article, même de la part des États signataires qui viendraient à se retirer de la Convention.” || M. Dupuy de Lome déclare que le Gouvernement espagnol a toujours soutenu que les primes constituent une violation de la clause de la nation la plus favorisée. Il ne peut dès lors considérer que le paragraphe additionnel proposé par M. Waddington soit nécessaire. Cependant, M. Dupuy de Lome ne croit pas que l'Espagne refusera d'accepter cette addition. || M. le Président déclare que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique l'accepte également. || M. le Comte de Hatzfeldt dit que le Gouvernement impérial ne partage l'avis que la clause dite de la nation la

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

plus favorisée empêche les Hautes Parties contractantes de frapper les sucres primés, soit d'une prohibition absolue, soit par un droit spécial qui excéderait le montant de la prime. Les Plénipotentiaires allemands ne pourraient par conséquent s'associer à la déclaration faite par M. l'Ambassadeur de France sur la clause dite de la nation la plus favorisée qu'en tant que cette déclaration est en harmonie avec le principe qu'ils viennent d'énoncer. Le Gouvernement allemand ne saurait admettre, en outre, que le concours de tous les Gouvernements intéressés fût considéré comme indispensable pour l'application des pénalités édictées par l'article 7. || M. Waddington dit que la France demande une décharge régulière des obligations qui se trouveraient en contradiction avec l'article 7, bien que l'Allemagne ne croie pas que ce procédé soit nécessaire. || M. le Comte de Hatzfeldt pense que l'Allemagne et la France sont d'accord sur le fond de la question. || M. le Comte de Kuefstein constate que, pour la majorité de la Conférence, la signature de la Convention implique l'abandon des privilèges acquis par la clause de la nation la plus favorisée, même pour le cas d'un pays qui se serait retiré de l'Union. M. le Comte de Kuefstein n'est pas en mesure de décider quels seraient, dans l'opinion de son Gouvernement, les droits et les devoirs des États signataires envers les États non signataires, en ce qui concerne l'application de l'article 7; mais il pense que ce dernier ne peut lier que les États signataires de la Convention. Il demandera des instructions définitives de son Gouvernement sur la proposition faite par M. Waddington. || M. le Baron Solvyns accepte le paragraphe additionnel proposé par M. l'Ambassadeur de France. || M. de Barner demande si le mot "producteur", dans la proposition française, comprend les pays raffineurs. Dans le cas affirmatif, cette proposition implique l'adhésion de tous les pays producteurs et raffineurs, et notamment les États-Unis; le Gouvernement danois pourrait alors accepter l'article 7. || M. Waddington n'a pas de doute que la réponse à la question posée par M. de Barner sera affirmative. || M. le Comte de Robilant et M. Kamensky acceptent la proposition française. || M. Verkerk Pistorius l'accepte également et d'autant plus volontiers qu'elle est entièrement d'accord avec les sentiments exprimés par le Ministre des Affaires étrangères de Sa Majesté Néerlandaise dans sa note du 6 juillet adressée au Ministre britannique à la Haye. || M. le Président déclare que l'article 7, avec le paragraphe additionnel proposé par M. Waddington, est adopté, sauf les réserves formulées par le Danemark.

L'article 8 ne soulève pas d'observations.

Sur l'article 9, M. Waddington renouvelle sa proposition de reculer la date de la mise en vigueur jusqu'au 1^{er} septembre 1891. Il regrette ne pas pouvoir accepter la date du 1^{er} mai 1891 proposée, comme transaction, par les Plénipotentiaires des Pays-Bas. Cette date aurait le désavantage de scinder une campagne, tandis que la date du 1^{er} septembre a les avantages de tomber entre deux campagnes et de coïncider avec l'expiration de la législation actuelle en France. || M. le Comte de Hatzfeldt dit qu'il se prononcera sur la question des

dates lorsqu'il aura entendu l'opinion des autres Plénipotentiaires. || M. le Comte de Kuefstein se rallie avec plaisir à la date du 1^{er} septembre 1891. Les primes russes sur la frontière d'Asie, qui, seules, l'empêchent d'accepter la date de 1890, auront alors cesser d'exister. || MM. les Plénipotentiaires de la Belgique, du Danemark, de l'Italie et de la Russie acceptent la date demandée par M. l'Ambassadeur de France. || M. Batanero dit que, tout en regrettant le nouvel ajournement de la mise en vigueur, les Plénipotentiaires de l'Espagne, par esprit de conciliation, et pour donner une preuve de leur bon vouloir envers la France, acceptent la date de 1891. || M. Verkerk Pistorius dit qu'il se ralliera à la majorité. || M. le Président dit que la Grande-Bretagne accepte la date du 1^{er} septembre 1891. C'est, pour elle, une très grande concession. || M. le Comte de Hatzfeldt, après avoir entendu l'avis de la Conférence, accepte également cette date. || M. le Comte de Kuefstein fait remarquer qu'il serait plus logique de transposer les alinéas 3 et 4. || Cette modification est adoptée. || M. le Comte de Kuefstein rappelle que MM. les Plénipotentiaires avaient bien voulu promettre, à la dernière séance, de demander des instructions définitives sur la question de la résiliation de la Convention de deux ans en deux ans. || M. le Comte de Hatzfeldt dit qu'il votera avec la majorité. || M. Guillaume préférerait le maintien du texte actuel, mais il ne rejette pas la proposition du Plénipotentiaire austro-hongrois. || M. le Président, ayant mis la proposition aux voix, constate que la majorité des Plénipotentiaires est d'accord pour accepter la résiliation de deux ans en deux ans. || L'ensemble de l'article 9 est adopté avec les modifications signalées.

L'article 10 ne soulève pas de discussion.

A l'article 11, la date du 1^{er} août 1890 est substituée à celle du 1^{er} août 1889 pour l'échange des ratifications. || En passant à la discussion du projet de déclaration, M. le Président annonce que M. le Comte de Hatzfeldt désire faire ajouter le mot „existantes" après les mots „d'examiner les lois". || M. Guillaume croit que cette addition pourrait donner lieu à un malentendu. La Commission pourrait se croire obligée d'examiner d'abord la législation actuelle d'un pays et ensuite la législation destinée à faire disparaître les primes. || M. Waddington pense que l'objection de M. Guillaume tombe devant le mot „ou". La Commission n'examinera qu'une seule législation pour chaque pays. || Sur cette explication, la modification proposée par M. le Comte de Hatzfeldt est adoptée. || M. le Président dit que les délais de six mois et d'un mois, prévus aux deuxième et troisième alinéas, sont insuffisants, et propose de les remplacer respectivement par huit mois et deux mois. || Ces modifications sont adoptées. || Sur la proposition de M. Waddington, les mots „à laquelle tous les États intéressés pourront se faire représenter" prennent place après les mots „une Commission spéciale", au deuxième alinéa. || Une discussion générale s'engage sur le point de savoir si le Rapport dont il est question au deuxième alinéa doit être fait individuellement par chaque Délégation ou bien collectivement au nom de la Commission. Il est convenu que le rapport devra être l'œuvre

Nr. 9638.
Konferenz-
Staaten.

de l'ensemble de la Commission et qu'il sera communiqué aux Gouvernements représentés par celui de la Grande-Bretagne. La rédaction suivante, préparée par M. Guillaume, est adoptée:

Projet de Déclaration.

Déclaration annexée à la Convention du août 1888.

“Les Plénipotentiaires réunis pour signer la Convention relative à la suppression des primes à l'exportation des sucres sont convenus de la déclaration suivante: || Huit mois après la signature de la Convention dont la présente déclaration forme annexe, une Commission spéciale, à laquelle tous les États intéressés pourront se faire représenter, se réunira, avec le mandat d'examiner les lois existantes ou projets de loi destinés à mettre la Convention en vigueur. Cette Commission fera au Gouvernement britannique, qui le communiquera aux autres Gouvernements intéressés, un Rapport indiquant en quels points la législation actuelle ou projetée de l'un ou l'autre pays contractant devra, le cas échéant, être changée afin d'être en harmonie avec les stipulations de la présente Convention. || Deux mois au moins avant la réunion de la Commission spéciale, les législations que les différentes Puissances présenteraient comme supprimant toutes primes, seront communiquées aux divers Gouvernements cosignataires. || “En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Déclaration. || Fait à Londres, le août 1888.”

Sur la proposition de M. du Jardin, il est entendu que les loi ou projets de loi seront communiqués à la Commission spéciale en langue française. || M. Verkerk Pistorius demande la parole. Il s'exprime en ces termes: || „Bien que cette réunion ne soit pas appelée à discuter des questions purement techniques, nous sommes chargés par notre Gouvernement d'appeler l'attention de la Conférence sur un produit chimique dont il a été beaucoup question dans ces derniers temps et qui semble menacer l'industrie et le fisc de tous les pays sucriers d'un danger sérieux. Il s'agit de la saccharine, dérivé de goudron de houille, qui, au dire des experts, possède un pouvoir édulcorant au moins deux cent cinquante fois aussi grand que celui du sucre de canne ou de betterave. Bien que le prix soit encore très élevé, cette substance se fabrique déjà dans plusieurs pays, et son emploi commence à se répandre. Le moment semble donc venu d'examiner les mesures à prendre afin de prévenir qu'elle ne remplace le sucre dans l'alimentation; ce qui serait d'autant plus à regretter que, au dire de plusieurs autorités médicales, son usage quotidien est nuisible à la santé. || Il est évident que des mesures de douane prises individuellement par chaque pays ne suffiraient pas pour prévenir l'introduction frauduleuse, même sur une large échelle, puisque, pour remplacer une quantité de sucre considérable, il suffit d'un volume de saccharine tellement minime, qu'il échappe à tout contrôle à la frontière. Ce qu'il faudrait, aux yeux du Gouvernement des Pays-Bas, c'est une réglementation commune, et sans vouloir entrer ici dans

les détails, je me permets d'ajouter, comme mon opinion personnelle, que le seul moyen efficace consisterait d'abord à imposer la saccharine en raison directe de sa puissance sucrante et ensuite à soumettre la fabrication et l'exportation de cet article à un contrôle rigoureux. La question pourrait être traitée plus à fond dans la Commission spéciale qui se réunira au printemps prochain, et si nous nous sommes permis d'en entretenir cette Haute Assemblée, c'est uniquement afin que les Gouvernements intéressés veuillent l'étudier dans l'intervalle et donner à leurs Délégués les instructions nécessaires pour que cette Commission puisse s'en occuper."

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

M. Waddington propose l'adoption de la Déclaration suivante sur la question de l'adhésion de tous les États producteurs de sucre: || "Les Plénipotentiaires réunis pour signer la Convention relative à la suppression des primes à l'exportation des sucres sont convenus de la Déclaration suivante: || La mise en vigueur de la Convention, signée à la date de ce jour, est subordonnée à l'adhésion de tous les pays producteurs de sucre brut ou raffiné, ainsi qu'à l'adoption, constatée d'un commun accord par les Puissances concordataires avant l'échange des ratifications, des législations qui assureront l'exacte application des principes posés dans l'article 1^{er} et le premier paragraphe de l'article 11, de manière à placer tous les pays producteurs de sucre sur le pied d'une complète égalité. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Déclaration. || Fait à Londres, le août 1888."

M. Waddington demande que l'adoption de cette Déclaration soit mise au voix. || M. le Comte de Kuefstein partage, au fond, la manière de voir de la France au sujet de l'adhésion de tous les États producteurs et consommateurs de sucre, adhésion que l'Autriche-Hongrie avait toujours désirée. Mais dans les circonstances actuelles, elle se bornera, à ce qu'il pense, à demander l'adhésion de tous les Gouvernements européens importants, qui, du reste, sont représentés à la Conférence; car il lui semble difficile d'insister pour la condition plus générale, dont la réalisation, pour le moment du moins, s'est malheureusement montrée impossible. Cependant, il n'a pas encore d'instructions définitives à ce sujet et ne peut émettre que son opinion personnelle.

M. le Président fait remarquer que la Grande-Bretagne a peut-être plus d'intérêt qu'aucun autre pays à voir la Convention acceptée par le plus grand nombre possible d'États. L'adhésion des États-Unis est sans doute très importante. Le Gouvernement de la Reine fera de son mieux pour l'obtenir; mais il ne pourrait garantir d'avance qu'il réussira. La grande majorité des États producteurs est déjà prête à signer la Convention et à abolir les primes; M. le Président ne saurait, dès lors, admettre qu'on doive subordonner l'exécution de la Convention par cette majorité importante à la condition demandée par la France. Il faut considérer attentivement la position désastreuse que produirait l'adoption de la Déclaration française. Le refus d'un seul pays producteur, quel qu'insignifiante que soit son industrie sucrière, d'adhérer à la Convention annulerait cet Acte, forcerait les Puissances signataires à l'abandonner et per-

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

pétuerait indéfiniment le système des primes. La Conférence ne peut faire dépendre le succès de ses travaux d'une éventualité qu'elle sait être absolument irréalisable. M. le Président doit donc déclarer que la Grande-Bretagne ne peut, à aucune condition, adhérer à la Déclaration proposée par M. Waddington.

M. le Comte de Hatzfeldt dit qu'il appuie les observations de M. le Président et que son Gouvernement adopte la manière de voir de la Grande-Bretagne. || M. le Baron Solvyns et M. Verkerk Pistorius se rallient aux sentiments exprimés par M. le Comte de Kuefstein. || Les Plénipotentiaires du Danemark, de l'Espagne, de l'Italie et de la Russie se prononcent contre l'adoption de la Déclaration française. || Sur une observation de M. Dupuy de Lome, M. Verkerk Pistorius demande la permission de donner une explication. M. le Comte de Kuefstein avait dit que l'Autriche-Hongrie demandait l'adhésion de tous les États représentés à la Conférence. En se ralliant à cette opinion, M. Verkerk Pistorius n'a pas voulu faire comprendre que l'abstention d'une seule Puissance l'empêcherait de signer la Convention. C'est un cas sur lequel il doit demander des instructions de son Gouvernement. || M. le Comte de Kuefstein se déclare dans la même situation que MM. les Plénipotentiaires des Pays-Bas. Il se réserve d'annoncer à la prochaine séance la décision de son Gouvernement. || M. Verkerk Pistorius demande un éclaircissement sur la portée d'une partie de la Déclaration faite par M. Waddington. Doit-il interpréter les mots "complète égalité" en ce sens, que le Gouvernement français demande l'identité du régime? Jusqu'à présent, la Conférence s'est bornée à rechercher l'identité du résultat. || M. Waddington ne croit pas que cette interprétation soit exacte. La "complète égalité" n'implique pas, à son avis, l'identité absolue de législation. || M. Verkerk Pistorius se déclare satisfait. || M. Waddington, ayant constaté que la Conférence repousse d'ores et déjà la proposition française, déclare qu'il lui est impossible de signer la Convention. Dans ces circonstances M. Waddington dit qu'il est chargé par son Gouvernement de déposer la Déclaration suivante: || "Le Gouvernement de la République française adhère, en principe, à la Convention du _____, relative à la suppression des primes et se réserve le droit, conformément à l'article 8, d'adhérer définitivement après l'adhésion de tous les pays producteurs de sucres bruts ou raffinés et la connaissance des législations destinées à donner une garantie complète et absolue contre l'allocation de toute prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres." || M. Waddington demande que cette Déclaration soit inscrite au Protocole qui sera annexé à la Convention.

M. de Barner demande à faire la Déclaration suivante au nom de son Gouvernement: || "Le Gouvernement du Roi adhère à toutes les dispositions de la Convention telle qu'elle a été adoptée définitivement aujourd'hui, sauf l'article 7, dont les termes ne sauraient s'accorder avec les engagements contractés par nos Traités antérieurs." || M. de Barner ajoute que s'il est formellement constaté au procès-verbal que le mot "producteur", dans l'alinéa

ajouté par la Conférence à l'article 7, comprend les pays raffineurs, il pourrait peut-être accepter cet article et, en conséquence, retirer la Déclaration qu'il vient de faire.

Nr. 9688.
Konferenz-
Staaten.

Après un échange de vues, il est convenu que la Conférence se réunira demain, le 28 août, à quatre heures, pour examiner les textes, définitivement adoptés, des projets de Convention, de Déclaration et de Protocole.

Anhang A zur vierundzwanzigsten Sitzung.

Projet de Convention.

Les Hautes Parties contractantes, désirant assurer par des engagements réciproques la suppression totale des primes ouvertes ou déguisées à l'exportation des sucres, ont résolu de conclure une Convention à cet effet, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire allemand, M. le Comte Hatzfeldt-Wildenburg, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Jaehnigen, Conseiller des Finances Intime Supérieur et Directeur de l'Administration des Impôts et des Douanes à Hanovre; || Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc., et Roi Apostolique de Hongrie, M. le Comte de Kuefstein, son Chambellan et Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire, Membre Héréditaire de la Chambre des Seigneurs d'Autriche, Chevalier de l'Ordre impérial de la Couronne de Fer de deuxième classe, etc.; || Sa Majesté le Roi des Belges, M. le Baron Solvyns, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire, Grand-Officier de son Ordre de Léopold; M. Guillaume, Directeur général des Contributions directes, Douanes et Accises à son Ministère des Finances, Grand-Officier de son Ordre de Léopold; et M. du Jardin, Inspecteur général des Contributions directes, Douanes et Accises, à son Ministère des Finances, Officier de son Ordre de Léopold; || Sa Majesté le Roi de Danemark, M. de Barner, son Chambellan, Inspecteur général des Douanes, Chambellan du Roi et Chevalier de son Ordre du Danebrog; || Sa Majesté le Roi d'Espagne, et en son nom la Reine Régente du Royaume, M. del Mazo, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; M. Batanero, Député, et M. Dupuy de Lome, son Ministre-Résident; || Le Président de la République Française, M. Waddington, Sénateur, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Sans-Leroy, Député; || Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le très honorable Robert Arthur Talbot Gascoigne Cecil, Marquis de Salisbury, Comte de Salisbury, Vicomte Cranborne, Baron Cecil, Pair du Royaume-Uni, Chevalier du très noble Ordre de la Jarretière, Membre du très honorable Conseil Privé de Sa Majesté, Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté au Département des Affaires Étrangères, etc., etc.; et le Baron Henri de Worms, Membre du Parlement du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Sous-Secrétaire d'État pour les Colonies, etc., etc.; || Sa Majesté le Roi d'Italie, M. le Comte

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

Nicoli di Robillant, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire, Sénateur du Royaume, Lieutenant Général, et M. le Chevalier Catalani, Conseiller de l'Ambassade de Sa Majesté le Roi d'Italie à Londres; || Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, M. Charles Malcolm Ernest Georges, Comte de Bylandt, Commandeur de l'Ordre du Lion du Néerlandais, Chevalier de première classe de l'Ordre du Lion d'Or de la Mission de Nassau, Grand-Croix de l'Ordre de la Couronne de Chêne, etc., son Envoyé Extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Guillaume Arnold-Pierre-Verkerk-Pistorius, Chevalier de l'Ordre du Lion Néerlandais, etc., Directeur général des Contributions directes, Douanes et Accises, au Département des Finances; || Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, M. le Chevalier de Staal, son Ambassadeur extraordinaire et Plénipotentiaire; et M. Kamensky, son Conseiller d'État actuel, Agent du Ministère des Finances à Londres; || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article Premier. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent à prendre des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres.

Art. 2. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent: || A percevoir l'impôt sur les quantités de sucre destinées à la consommation, sans accorder à l'exportation aucun drawback ou remboursement de droits, ni aucune décharge qui puisse donner lieu à une prime quelconque. || Dans ce but, elles s'engagent à soumettre au régime de l'entrepôt, sous la surveillance permanente de jour et de nuit des employés du fisc, les fabriques de sucres et les fabriques-raffineries, de même que les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses. || A cette fin les usines seront construites de manière à donner toute garantie contre l'enlèvement clandestin des sucres, et lesdits employés auront la faculté de pénétrer dans toutes les parties des usines. || Des livres de contrôle seront tenus sur une ou plusieurs phases de la fabrication, et les sucres achevés seront déposés dans les magasins spéciaux offrant toutes les garanties désirables de sécurité. || Par exception au principe mentionné au premier alinéa de cet article, on pourra accorder le remboursement ou décharge de droits pour le sucre employé à la fabrication des chocolats et autres produits destinés à l'exportation, pourvu qu'il n'en résulte aucune prime.

Art. 3. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent à soumettre les raffineries de sucre au même régime que les fabriques de sucre. || En outre, chaque pays pourra tenir un compte de raffinage à titre de contrôle par le moyen de la saccharimétrie, ou tout autre supplément de contrôle, afin de s'assurer contre une prime à l'exportation.

Art. 4. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique consent à ne pas imposer des droits différentiels aux sucres soit de canne ou de betterave provenant des pays, des provinces d'outre-mer, des colonies ou des possessions étrangères faisant partie de la Convention. Tant que celle-ci durera, les sucres de betterave ne seront donc pas frappés d'un droit plus élevé que les sucres

de canne, à l'importation dans le Royaume-Uni ou dans les colonies et possessions de l'Empire Britannique faisant partie de la Convention. || Il est bien entendu, en outre, que les sucres des pays, des provinces d'outre-mer, des colonies, ou des possessions étrangères faisant partie de la Convention, ne seront pas frappés, dans le Royaume-Uni, de droits que ne supporteraient pas les sucres similaires de provenance ou de fabrication nationale.

Art. 5. || Les Hautes Parties contractantes et leurs provinces d'outre-mer, colonies ou possessions étrangères qui ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres, ou qui n'accordent à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, des mélasses ou des glucoses, aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités sont dispensées de se conformer aux dispositions des articles 2 et 3, pourvu qu'elles s'engagent à conserver un de ces systèmes pendant la durée de la Convention, ou en cas de changement, à adopter le système établi aux articles 2 et 3. || La Russie, qui perçoit l'impôt d'après un taux unique sur la totalité de la fabrication et qui accorde à l'exportation de toutes espèces de sucre une restitution qui n'excède pas ce taux, est, tant qu'elle maintient le régime actuel, assimilée aux Puissances désignées par le paragraphe précédent.

Art. 6. || Les Hautes Parties contractantes conviennent de créer une Commission permanente internationale, qui sera chargée de surveiller l'exécution des dispositions de la présente Convention. || Cette Commission sera composée de Délégués des différentes Puissances et il lui sera adjoint un Bureau permanent. || Les Délégués auront pour mission: || 1^o D'examiner si les lois, arrêtés et règlements relatifs à l'imposition des sucres sont conformes aux principes arrêtés par les articles précédents, et si, dans la pratique, il n'est accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres, mélasses ou glucoses; || 2^o D'émettre un avis sur les questions litigieuses; || 3^o D'instruire les demandes d'admission à l'Union des États qui n'ont point pris part à la présente Convention. || Le Bureau permanent sera chargé de rassembler, de traduire, de coordonner et de publier les renseignements de toute nature qui se rapportent à la législation et à la statistique des sucres, non seulement dans les pays contractants, mais également dans tous les autres pays. || Pour assurer l'exécution des dispositions qui précèdent, les Hautes Parties contractantes communiqueront par la voie diplomatique au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, qui les fera parvenir à la Commission, les lois, arrêtés et règlements sur l'imposition des sucres qui sont ou seront en vigueur dans leurs pays respectifs, ainsi que les renseignements statistiques relatifs à l'objet de la présente Convention. || Chacune des Hautes Parties contractantes pourra être représentée à la Commission par un Délégué ou par un Délégué et un Délégué-adjoint. || La première réunion de la Commission permanente aura lieu à Londres, dans le mois qui suivra la ratification de la présente Convention. || La Commission n'aura qu'une mission de contrôle et d'examen. Elle fera, sur toutes les questions qui lui seront soumises, un Rapport qu'elle adressera au

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

Gouvernement de Sa Majesté Britannique, lequel le communiquera aux Puissances intéressées, et provoquera, si la demande en est faite par une des Hautes Parties contractantes, la réunion d'une Conférence qui arrêtera les résolutions ou les mesures nécessitées par les circonstances. || Les frais résultant de l'organisation et du fonctionnement du Bureau permanent et de la Commission, — sauf le traitement ou les indemnités des Délégués, qui seront payés par leurs pays respectifs, — seront supportés par tous les pays contractants et répartis entre eux, d'après un mode à régler par la Commission.

Art. 7. || A partir de la mise en vigueur de la présente Convention, tout sucre brut, sucre raffiné, mélasse ou glucose provenant des pays, provinces d'outre-mer, colonies ou possessions étrangères, qui maintiendraient le système des primes ouvertes ou déguisées à la fabrication ou à l'exportation des sucres, sera exclu des territoires des Hautes Parties contractantes. || Toute Puissance contractante, pour exclure de son territoire les sucres bruts, sucres raffinés, melasses ou glucoses qui auront profité de primes ouvertes ou déguisées, sera tenue de prendre les mesures nécessaires à cette fin, soit en les frappant d'une prohibition absolue, soit en les soumettant à un droit spécial qui devra nécessairement excéder le montant de la prime, et qui ne sera pas supporté par les sucres non primés provenant des États contractants. || Les Hautes Parties contractantes se concerteront sur les mesures jugées nécessaires par la Commission pour obtenir ces résultats ainsi que pour empêcher que les sucres primés qui auront traversé en transit un pays contractant ne jouissent des avantages de la Convention. || Le fait de l'existence dans un pays, province d'outre-mer, colonie ou possession étrangère, d'un système donnant des primes ouvertes ou déguisées sur le sucre brut, sucre raffiné, mélasse ou glucose, sera constaté par un vote de majorité des Puissances signataires de la présente Convention. De la même manière sera évalué le montant minimum des primes dont il s'agit.

Art. 8. || Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande, à la condition que leurs lois et leurs règlements sur le régime des sucres soient d'accord avec les principes de la présente Convention, et aient été soumis, préalablement, à l'approbation des Hautes Parties contractantes dans les formes prescrites à l'article 6.

Art. 9. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} août 1890. || Elle restera en vigueur pendant dix années, à dater de ce jour, et dans le cas, où aucune des Hautes Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'expiration de ladite période de dix années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Dans le cas, où une des Puissances signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent jusqu'au 31 octobre de l'année de la dénonciation la faculté de notifier l'intention de se retirer à leur tour à partir du 1^{er} août de l'année suivante. || Toutefois, chacune des Hautes Par-

ties contractantes pourra, en dénonçant la Convention douze mois à l'avance, y mettre un terme à son égard à l'expiration de la deuxième, de la cinquième et de la huitième année de ladite période de dix années. || Si plus d'une Puissance voulait se retirer, une conférence des Puissances Concordataires se réunirait à Londres dans les trois mois pour aviser aux mesures à prendre.

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

Art. 10. || Les dispositions de la présente Convention seront appliquées aux provinces d'outre-mer, colonies et possessions étrangères des Hautes Parties contractantes. || Dans le cas, où une de ces provinces d'outre-mer, colonies et possessions étrangères des Hautes Parties contractantes désirerait se retirer séparément de la Convention, une notification à cet effet sera faite aux Puissances contractantes par le Gouvernement de la Métropole, de la manière et avec les conséquences indiquées à l'article 9.

Art. 11. || L'exécution des engagements réciproques contenus dans la présente Convention est subordonnée, en tant que de besoin, à l'accomplissement des formalités et règles établies par les lois constitutionnelles de chacun des pays contractants. || La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Londres, le 1^{er} août 1889, ou plus tôt, si faire se peut. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Anhang B.

Projet de Déclaration.

Déclaration annexée à la Convention du août 1888.

Les Plénipotentiaires réunis pour signer la Convention relative à la suppression des primes à l'exportation des sucres sont convenus de la déclaration suivante:

Six mois après la signature de la Convention à laquelle est annexée la présente déclaration, une Commission spéciale sera réunie avec le mandat d'examiner les lois ou projets de loi destinés à mettre la Convention en vigueur. Les membres de cette Commission feront à leurs Gouvernements respectifs, s'il y a lieu, un rapport indiquant en quels points ladite législation devra être changée afin de la mettre en harmonie avec les stipulations de la Convention. || Un mois au moins avant la réunion de la Commission spéciale, les législations que les différentes Puissances présenteraient, comme supprimant toutes primes, seront communiquées aux divers Gouvernements cosignataires.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente déclaration. || Fait à Londres, le août 1888.

Fünfundzwanzigste Sitzung, 28. August 1888.

M. le Président donne lecture de la note suivante adressée par le Ministre des Affaires étrangères d'Égypte au Représentant de Sa Majesté Britannique au Caire:

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

Le Caire, le 12 août 1888.

“Monsieur le Gérant, j'ai reçu la dépêche que vous avez bien voulu m'adresser, le 1^{er} août courant, pour me transmettre, de la part de Sa Seigneurie le Marquis de Salisbury, le projet de Convention relatif à la suppression des primes sur les sucres, et préparé par la Conférence internationale qui s'est tenue à cet effet à Londres. || Le Gouvernement de Son Altesse n'a pas manqué de soumettre les documents annexés à votre dépêche à un sérieux examen, et j'ai l'honneur de vous annoncer qu'il s'empresse d'adhérer à ce projet de Convention, avec la conviction que l'entente qu'il s'agit d'établir aura d'heureux résultats sur le développement de la production des sucres, qui constitue une des branches les plus importantes de l'agriculture égyptienne. || Je vous prie, Monsieur le Gérant, de vouloir bien notifier cette adhésion au Gouvernement de Sa Majesté, et je saisis, etc. || Le Ministre des Affaires étrangères, Zulfikar.”

M. le Président appelle l'attention de la Conférence sur le texte du paragraphe additionnel de l'article 7, tel que la Conférence l'a adopté à la dernière séance. La phrase initiale de ce paragraphe implique l'adoption par la Conférence de la Déclaration proposée par le Plénipotentiaire de la France. La Conférence ayant repoussé cette Déclaration, la phrase en question ne peut être maintenue. || Les mots: “La présente Convention devant comprendre tous les États producteurs de sucre” sont, supprimés.

M. de Barner annonce qu'il lui est impossible de signer la Convention. Le Gouvernement danois se réserve, toutefois, le droit d'adhérer à la Convention plus tard, conformément aux stipulations de l'article 8. Il demande que la déclaration qu'il a fait à ce sujet au cours de la dernière séance soit complétée par les mots: || “Le Gouvernement du Roi se réserve le droit, conformément à l'article 8, d'y adhérer plus tard.” || M. le Président suggère que la déclaration du Plénipotentiaire danois prenne place au Protocole de clôture. || M. de Barner accepte cette proposition.

M. le Comte de Kuefstein, sur la question qui lui en est adressée, regrette qu'il n'ait pas encore reçu l'autorisation définitive de signer la Convention. Il fait remarquer que l'attitude de la France a très considérablement modifié la situation. Il émet l'opinion purement personnelle que son Gouvernement formulera peut-être une réserve, en ce sens que l'application de la Convention en Autriche-Hongrie n'aura lieu qu'au moment où tous les États producteurs de sucre en Europe auront adhéré. || M. Guillaume croit qu'il est nécessaire d'attendre la décision du Gouvernement austro-hongrois. Cette décision peut avoir une grande influence sur les autres Puissances. || Il est alors entendu que la signature aura lieu le jeudi 30 août au Foreign Office, à trois heures. Le Protocole restera ouvert pour la signature de ceux des Plénipotentiaires qui n'auraient pas reçu leurs instructions définitives avant cette date. || Sur la proposition de M. Dupuy de Lome, il est convenu que, pour l'échange des ratifications prévu à l'article 11, chaque Partie contractante remettra un seul instrument, qui sera déposé, avec ceux des autres Pays, aux archives du

Foreign Office. Chaque Partie recevra en retour un exemplaire du procès-verbal d'échange des ratifications, signé par les Plénipotentiaires qui y auront pris part.

Nr 9633.
Konferenz-
Staaten.

M. Guillaume demande la parole pour faire à la Conférence la communication suivante: || "Malgré la situation difficile qui lui est faite par le rejet de ses équivalents, la Belgique ne veut pas se séparer des autres nations productrices de sucre dans la poursuite du but vers lequel ont tendu ses constants efforts, et compromettre peut-être ainsi le succès de la négociation. || Le Gouvernement belge aura toutefois à considérer quelles sont les Puissances productrices de sucre qui participeront à la Convention, quels seront les résultats des travaux de la Commission spéciale, et comment l'application de l'article 7 pourra se concilier avec la clause dite de la Nation la plus favorisée à l'égard des pays qui n'adhèrent pas à la Convention. || C'est sous ces conditions que notre Gouvernement nous a autorisés à signer la Convention et je demande que cette Déclaration soit annexée au procès-verbal." || M. Guillaume ajoute que ces réserves sont pour l'avenir. Quant à la signature immédiate, les Plénipotentiaires belges gardent une entière liberté d'action jusqu'au moment où ils connaîtront la décision de l'Autriche-Hongrie. Dans le cas du rejet de la Convention par un des Parlements intéressés, la Belgique se réserve la faculté d'apprécier si elle peut ou non persister dans son adhésion.

Sechszwanzigste Sitzung, 30. August 1888.

M. le Comte de Kuefstein demande que la Déclaration suivante, qu'il fait au nom de l'Autriche-Hongrie, soit ajoutée au Protocole où figurent les Déclarations de certains autres Gouvernements: || "L'Autriche-Hongrie, qui s'est toujours inspirée de l'idée qu'une Convention sur la suppression des primes à l'exportation des sucres devrait comprendre tous les Pays importants comme producteurs ou consommateurs de sucre, donne, bien que cette condition ne soit pas encore remplie, adhésion à la présente Convention, afin de ne pas compromettre l'entente à établir. || Cependant, vu l'influence que peut avoir l'abstention d'un ou plusieurs des États européens importants comme producteurs ou consommateurs de sucre, elle ne peut donner sa signature qu'à la condition que leur adhésion soit assurée au moment de la mise en vigueur de la Convention, et se réserve, à défaut de cette adhésion, le droit d'examiner et de décider si elle pourra, oui ou non, la mettre à exécution au terme indiqué dans l'article 9."

Cette Déclaration est ajoutée au Protocole. || M. Guillaume, venant d'entendre que les réserves de l'Autriche-Hongrie seront inscrites au Protocole, demande qu'il en soit de même des réserves de la Belgique. || M. le Président fait remarquer que cela retarderait matériellement la signature de la Convention. Il ajoute que la mention des réserves de la Belgique dans le procès-verbal de la précédente séance a absolument la même valeur que si elle était faite dans

Nr. 9038.
Konferenz-
Staaten.

le Protocole. || M. Guillaume n'insiste pas, s'il est entendu que la déclaration que vient de faire M. le Président figurera au procès-verbal de la séance de ce jour. || M. le Président dit qu'il en sera ainsi. || Sur la proposition de M. le Président, il est convenu que les procès-verbaux de la deuxième et de la troisième session de la Conférence, aussi bien que les actes qui sont sur le point d'être signés, pourront être livrés à la publicité. || MM. les Plénipotentiaires, s'étant déjà communiqué leurs pleins pouvoirs à une séance antérieure, collationnent les instruments de la Convention, de la Déclaration y annexée, et du Protocole contenant les Déclarations faites par certains Gouvernements. Tous ces actes étant trouvés en bonne et due forme, MM. les Plénipotentiaires y apposent leurs signatures. Ils apposent, en outre, le cachet de leurs armes à la Convention.

(Voir les annexes au présent procès-verbal.)

M. le Président prend la parole. Il s'exprime en ces termes:

"Messieurs les Plénipotentiaires, || Avant de nous séparer, je voudrais vous témoigner ma vive appréciation de la bienveillante courtoisie que j'ai reçue de vos mains. Je suis chargé par le Gouvernement de la Reine d'exprimer le vif désir que l'œuvre importante que nous venons d'accomplir résulte, ainsi que nous le souhaitons tous, dans l'abolition complète des primes sur le sucre, et que la France et les autres États non signataires, qui ont intérêt à cette question, adhèrent à notre Convention internationale. Le Gouvernement Britannique a la ferme conviction que ce vœu ne tardera pas à se réaliser."

M. Waddington prononce les paroles suivantes:

"Messieurs, || Je suis sûr d'être l'interprète de tous mes Collègues en remerciant en leur nom notre Président, M. le Baron Henry de Worms, qui a dirigé d'une façon si remarquable les travaux de la Conférence. Tous nous avons pu apprécier la courtoisie, le tact, la parfaite connaissance du sujet dont il a fait preuve pendant nos longues délibérations, et nous en garderons longtemps le souvenir." || M. le Président dit qu'il doit ses plus sincères remerciements à tous ses Collègues pour les paroles généreuses que M. l'Ambassadeur de France vient de prononcer en leur nom. Ces paroles constituent pour lui personnellement un précieux et ineffaçable souvenir. || M. le Comte de Hatzfeldt exprime les remerciements de la Conférence à MM. les Secrétaires.

Anhang A zur sechsundzwanzigsten Sitzung.

Convention.

Les Hautes Parties contractantes, désirant assurer par des engagements réciproques la suppression totale des primes ouvertes ou déguisées à l'exportation des sucres, ont résolu de conclure une Convention à cet effet, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande

le Très Honorable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil, Marquis de Salisbury Comte de Salisbury, Vicomte Cranborne, Baron Cecil, Pair du Royaume-Uni, Chevalier du Très Noble Ordre de la Jarroitière, Membre du Très Honorable Conseil Privé de Sa Majesté, Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté au département des Affaires étrangères, etc., etc.; et le Baron Henry de Worms, Membre du Parlement du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Sous-Secrétaire d'État pour les Colonies, etc., etc.; || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire allemand, M. le Comte Hatzfeldt Wildenburg, son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire; et M. Jaehnigen, Conseiller des finances intime supérieur et Directeur de l'Administration des impôts et des douanes à Hanovre; || Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc., et Roi Apostolique de Hongrie, M. le Comte de Kuefstein, son Chambellan et Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Membre héréditaire de la Chambre des Seigneurs d'Autriche, Chevalier de l'Ordre impérial de la Couronne de Fer de deuxième classe, etc., etc.; || Sa Majesté le Roi des Belges, M. le Baron Solvyns, son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Grand Officier de son Ordre de Léopold; M. Guillaume, Directeur général des Contributions directes, Douanes et Accises, à son Ministère des finances, Grand Officier de son Ordre de Léopold; et M. du Jardin, Inspecteur général des Contributions directes, Douanes et Accises, à son Ministère des finances, Officier de son Ordre de Léopold; || Sa Majesté le Roi d'Espagne, et en son nom, la Reine Régente du Royaume, M. del Mazo, son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire, Sénateur du Royaume, Grand-Croix de l'Ordre royal de Charles III, Grand-Croix de l'Ordre d'Isabelle la Catholique, etc., etc.; M. Batanero, Député aux Cortès du royaume, Grand-Croix de l'Ordre d'Isabelle la Catholique, etc., etc.; et M. Dupuy de Lome, son Ministre Résident, Commandeur du Nombre de l'Ordre royal de Charles III; || Sa Majesté le Roi d'Italie, M. le Comte Nicoli di Robilant, son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire, Sénateur du Royaume, Lieutenant Général, Grand-Croix de l'Ordre de SS. Maurice et Lazare, Grand-Croix de l'Ordre de la Couronne d'Italie, Commandeur de l'Ordre militaire de Savoie, etc., etc.; et M. le Chevalier Catalani, Conseiller de l'Ambassade de Sa Majesté le Roi d'Italie à Londres, Commandeur de l'Ordre des SS. Maurice et Lazare, Officier de l'Ordre de la Couronne d'Italie; || Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, M. le Baron Gevers, son Chargé d'affaires ad interim à Londres; et M. Guillaume-Arnold-Pierre Verkerk Pistorius, Chevalier de l'Ordre du Lion Néerlandais, etc., Directeur général des Contributions directes, Douanes et Accises, au Département des finances; || Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, M. Bouteneff, son Chargé d'affaires à Londres; et M. Kamensky, son Conseiller d'État actuel, Agent de son Ministère des finances, à Londres, || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article Premier. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent à prendre

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

des mesures qui constitueront une garantie absolue et complète qu'il ne soit accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres.

Art. 2. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent: || A percevoir l'impôt sur les quantités de sucres destinées à la consommation, sans accorder à l'exportation aucun drawback ou remboursement de droits, ni aucune décharge qui puisse donner lieu à une prime quelconque. || Dans ce but, elles s'engagent à soumettre au régime de l'entrepôt, sous la surveillance permanente de jour et de nuit des employés du fisc, les fabriques de sucres et les fabriques-raffineries, de même que les fabriques pour l'extraction du sucre des mélasses.

A cette fin, les usines seront construites de manière à donner toute garantie contre l'enlèvement clandestin des sucres, et lesdits employés auront la faculté de pénétrer dans toutes les parties des usines. || Des livres de contrôle seront tenus sur une ou plusieurs phases de la fabrication, et les sucres achevés seront déposés dans des magasins spéciaux offrant toutes les garanties désirables de sécurité. || Par exception au principe mentionné au premier alinéa de cet article, on pourra accorder le remboursement ou décharge de droits pour le sucre employé à la fabrication des chocolats et autres produits destinés à l'exportation, pourvu qu'il n'en résulte aucune prime.

Art. 3. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent à soumettre les raffineries de sucre au même régime que les fabriques de sucre. || En outre, chaque pays pourra tenir un compte de raffinage à titre de contrôle par le moyen de la saccharimétrie, ou tout autre supplément de contrôle, afin de s'assurer contre une prime à l'exportation.

Art. 4. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique consent à ne pas imposer des droits différentiels aux sucres soit de canne soit de betterave provenant des pays, des provinces d'outre-mer, des colonies ou des possessions étrangères faisant partie de la Convention. Tant que celle-ci durera, les sucres de betterave ne seront donc pas frappés d'un droit plus élevé que les sucres de canne à l'importation dans le Royaume-Uni ou dans les colonies et possessions de l'Empire britannique faisant partie de la Convention. || Il est bien entendu, en outre, que les sucres des pays, des provinces d'outre-mer, des colonies ou des possessions étrangères faisant partie de la Convention, ne seront pas frappés, dans le Royaume-Uni, de droits que ne supporteraient pas les sucres similaires de provenance ou de fabrication nationale.

Art. 5. || Les Hautes Parties contractantes et leurs provinces d'outre-mer, colonies ou possessions étrangères, qui ne perçoivent pas d'impôt sur les sucres, ou qui n'accordent pas à l'exportation des sucres bruts, des sucres raffinés, des mélasses ou des glucoses, aucun drawback, remboursement, ni décharge de droits ou de quantités, sont dispensées de se conformer aux dispositions des articles 2 et 3, tant qu'elles conservent un de ces systèmes. En cas de changement, elles adopteront le système établi aux articles 2 et 3. || La Russie, qui perçoit l'impôt d'après un taux unique sur la totalité de la fabrication et qui accorde à l'exportation de toutes espèces de sucre une restitution qui n'excède

pas ce taux, est, tant qu'elle maintient le régime actuel, assimilée aux Puissances désignées par le paragraphe précédent.

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

Art. 6. || Les Hautes parties contractantes conviennent de créer une Commission permanente internationale, qui sera chargée de surveiller l'exécution des dispositions de la présente Convention. || Cette Commission sera composée de Délégués des différentes Puissances et il lui sera adjoint un Bureau permanent. || Les Délégués auront pour mission: || 1^o D'examiner si les Lois, Arrêtés et Règlements relatifs à l'imposition des sucres sont conformes aux principes arrêtés par les articles précédents, et si, dans la pratique, il n'est accordé aucune prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres, mélasses ou glucoses; || 2^o D'émettre un avis sur les questions litigieuses; || 3^o D'instruire les demandes d'admission à l'Union des États qui n'ont point pris part à la présente Convention. || Le Bureau permanent sera chargé de rassembler, de traduire, de coordonner et de publier les renseignements de toute nature qui se rapportent à la législation et à la statistique des sucres, non seulement dans les pays contractants, mais également dans tous les autres pays. || Pour assurer l'exécution des dispositions qui précèdent, les Hautes Parties contractantes communiqueront par la voie diplomatique au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, qui les fera parvenir à la Commission, les lois, arrêtés et règlements sur l'imposition des sucres qui sont ou seront en vigueur dans leurs pays respectifs, ainsi que les renseignements statistiques relatifs à l'objet de la présente Convention. || Chacune des Hautes Parties contractantes pourra être représentée à la Commission par un Délégué ou par un Délégué et un Délégué adjoint. || La première réunion de la Commission permanente aura lieu à Londres, après la mise en vigueur de la présente Convention. || La Commission n'aura qu'une mission de contrôle et d'examen. Elle fera, sur toutes les questions qui lui seront soumises, un rapport qu'elle adressera au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, lequel le communiquera aux Puissances intéressées, et provoquera, si la demande en est faite par une des Hautes Parties contractantes, la réunion d'une Conférence qui arrêtera les résolutions ou les mesures nécessitées par les circonstances. || Les frais résultant de l'organisation et du fonctionnement du Bureau permanent et de la Commission, sauf le traitement ou les indemnités des Délégués, qui seront payés par leurs pays respectifs, seront supportés par tous les pays contractants et répartis entre eux, d'après un mode à régler par la Commission.

Art. 7. || A partir de la mise en vigueur de la présente Convention, tout sucre brut, sucre raffiné, mélasse, ou glucose, provenant des pays, provinces d'outre-mer, colonies ou possessions étrangères, qui maintiendraient le système des primes ouvertes ou déguisées à la fabrication ou à l'exportation des sucres, sera exclu des territoires des Hautes Parties contractantes. || Toute Puissance contractante, pour exclure de son territoire les sucres bruts, sucres raffinés, mélasses ou glucoses qui auront profité de primes ouvertes ou déguisées, sera tenue de prendre les mesures nécessaires à cette fin, soit en les frappant d'une

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

prohibition absolue, soit en les soumettant à un droit spécial qui devra nécessairement excéder le montant de la prime, et qui ne sera pas supporté par les sucres non primés provenant des États contractants. || Les Hautes Parties contractantes se concerteront sur les mesures jugées nécessaires par la Commission pour obtenir ces résultats, ainsi que pour empêcher que les sucres primés qui auront traversé en transit un pays contractant ne jouissent des avantages de la Convention. || Le fait de l'existence dans un pays, province d'outre-mer, colonie ou possession étrangère, d'un système donnant des primes ouvertes ou déguisées sur le sucre brut, sucre raffiné, mélasse ou glucose, sera constaté par un vote de majorité des Puissances signataires de la présente Convention. De la même manière sera évalué le montant minimum des primes dont il s'agit. || Il est entendu que le bénéfice de la clause du traitement de la nation la plus favorisée inscrite dans d'autres traités ne pourrait être réclamé pour se soustraire aux conséquences de l'application du deuxième alinéa du présent article, même de la part des États signataires qui viendraient à se retirer de la Convention.

Art. 8. || Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention, sont admis à y adhérer sur leur demande, à la condition que leurs lois et leurs règlements sur le régime des sucres soient d'accord avec les principes de la présente Convention, et aient été soumis, préalablement, à l'approbation des Hautes Parties contractantes dans les formes prescrites à l'article 6.

Art. 9. || La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1^{er} septembre 1891. || Elle restera en vigueur pendant dix années, à dater de ce jour, et dans le cas, où aucune des Hautes Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'expiration de ladite période de dix années, son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || Toutefois, chacune des Hautes Parties contractantes pourra, en dénonçant la Convention douze mois à l'avance, y mettre un terme à son égard à l'expiration de la deuxième, de la quatrième, de la sixième et de la huitième année de ladite période de dix années. || Dans le cas où une des Puissances signataires dénoncerait la Convention, cette dénonciation n'aurait d'effet qu'à son égard; mais les autres Puissances conservent jusqu'au 31 octobre de l'année de la dénonciation la faculté de notifier l'intention de se retirer à leur tour à partir du 1^{er} août de l'année suivante. Si plus d'une Puissance voulait se retirer, une Conférence des Puissances concordataires se réunirait à Londres dans les trois mois pour aviser sur les mesures à prendre.

Art. 10. || Les dispositions de la présente Convention seront appliquées aux provinces d'outre-mer, colonies et possessions étrangères des Hautes Parties contractantes. || Dans le cas où une de ces provinces d'outre-mer, colonies et possessions étrangères des Hautes Parties contractantes désirerait se retirer séparément de la Convention, une notification à cet effet sera faite aux Puissances contractantes par le Gouvernement de la Métropole, de la manière et avec les conséquences indiquées à l'article 9.

Art. 11. || L'exécution des engagements réciproques contenus dans la présente Convention est subordonnée, en tant que de besoin, à l'accomplissement des formalités et règles établies par les lois constitutionnelles de chacun des Pays contractants. || La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Londres, le 1^{er} août 1890, ou plus tôt, si faire se peut. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Londres, le 30 août 1888.

Salisbury. || Henry de Worms. || V. Hatzfeldt. || Jaehnigen. || Kuefstein. || Solvyns. || Guillaume. || du Jardin. || Cipriano del Mazo. || Anto. Batanero. || Dupuy de Lome. || C. Robilant. || T. Catalani. || Gevers. || Pistorius. || M. Bouteneff. || G. Kamensky.

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

Anhang B.

Déclaration annexée à la Convention du 30 août 1888.

Les Plénipotentiaires réunis pour signer la Convention relative à la suppression des primes à l'exportation des sucres sont convenus de la Déclaration suivante:

Huit mois après la signature de la Convention, dont la présente Déclaration forme annexe, une Commission spéciale, à laquelle tous les États intéressés pourront se faire représenter, se réunira, avec le mandat d'examiner les lois existantes ou les projets de loi, destinés à mettre la Convention en vigueur. Cette Commission fera au Gouvernement britannique, qui le communiquera aux autres Gouvernements intéressés, un rapport, indiquant en quels points la législation actuelle ou projetée de l'un ou l'autre des Pays contractants devra, le cas échéant, être changée, afin d'être en harmonie avec les stipulations de la présente Convention. || Deux mois au moins avant la réunion de la Commission spéciale, les législations que les différentes Puissances présenteraient, comme supprimant toutes primes, seront communiquées aux divers Gouvernements cosignataires. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente déclaration.

Fait à Londres, le 30 août 1888.

Salisbury. || Henry de Worms. || V. Hatzfeldt. || Jaehnigen. || Kuefstein. || Solvins. || Guillaume. || du Jardin. || Cipriano del Mazo. || Antonio Batanero. || Dupuy de Lome. || C. Robilant. || T. Catalani. || Gevers. || Pistorius. || M. Bouteneff. || G. Kamensky.

Anhang C.

Protocole annexé à la Convention du 30 août 1888.

Les Plénipotentiaires des Puissances qui ont signé la Convention du 30 août 1888, ou qui ont pris part à la Conférence, ont pris acte des Déclarations suivantes:

Déclaration de l'Autriche-Hongrie. || "L'Autriche-Hongrie, qui s'est toujours inspirée de l'idée qu'une Convention sur la suppression des primes à l'exportation des sucres devrait comprendre tous les pays importants comme produc-

Nr. 9633.
Konferenz-
Staaten.

teurs ou consommateurs de sucre, donne, bien que cette condition ne soit pas encore remplie, son adhésion à la présente Convention, afin de ne pas compromettre l'entente à établir. || Cependant, vu l'influence que peut avoir l'abstention d'un ou de plusieurs des États européens importants comme producteurs ou consommateurs de sucre, elle ne peut donner sa signature qu'à la condition que leur adhésion soit assurée au moment de la mise en vigueur de la Convention, et se réserve, à défaut de cette adhésion, le droit d'examiner et de décider si elle pourra, oui ou non, la mettre à exécution au terme indiqué dans l'article 9. || Kuefstein."

Déclaration du Gouvernement du Brésil. || L'Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire du Brésil à Londres fait, au nom de son Gouvernement, la déclaration suivante: || "Le Gouvernement du Brésil adhère en principe à la Convention, tout en se réservant le droit d'y adhérer formellement après son adoption définitive par les Puissances signataires || Penedo."

Déclaration du Gouvernement du Danemark. || Le Plénipotentiaire du Danemark fait, au nom de son Gouvernement, la déclaration suivante: || "Le Gouvernement du Roi adhère à toutes les dispositions de la Convention, telle qu'elle a été adoptée définitivement le 28 août 1888, sauf l'article 7, dont les termes ne sauraient s'accorder avec les engagements contractés par nos Traités antérieurs. Le Gouvernement du Roi se réserve le droit, conformément à l'article 8, d'y adhérer plus tard. || Barner."

Déclaration du Gouvernement de la France. || Le Plénipotentiaire français fait, au nom de son Gouvernement, la déclaration suivante: || "Le Gouvernement de la République française adhère, en principe, à la Convention du 30 août 1888, relative à la suppression des primes, et se réserve le droit, conformément à l'article 8, d'adhérer définitivement après l'adhésion de tous les pays producteurs de sucres bruts ou raffinés et la connaissance des législations destinées à donner une garantie complète et absolue contre l'allocation de toute prime ouverte ou déguisée à la fabrication ou à l'exportation des sucres. || Waddington."

Déclaration du Gouvernement de la Suède. || Les Plénipotentiaires britanniques sont autorisés à faire la déclaration suivante: || "Le gouvernement de la Suède, tout en réservant la faculté d'adhérer plus tard à la Convention, n'a pas cru devoir se départir pour le moment de l'attitude expectative qu'il a gardée jusqu'ici. || Salisbury. || Henri de Worms."

Déclaration du Gouvernement de l'Égypte. || Les Plénipotentiaires de Sa Majesté Britannique déclarent en outre que le Gouvernement égyptien a exprimé l'intention d'adhérer à la Convention. || Salisbury. || Henry de Worms.

Fait à Londres, le 30 août 1888.

Salisbury. || Henry de Worms. || V. Hatzfeldt. || Jaehnigen. || Kuefstein. || Solvyns. || Guillaume. || du Jardin. || Penedo. || Barner. || Cipriano del Mazo. || Antonio Batanero. || Dupuy de Lome. || Waddington. || C. Robilant. || T. Catalani. || Gevers. || Pistorius. || M. Bouteneff. || G. Kamensky.

Grenzverhandlungen zwischen Portugal und Zanzibar*).

Nr. 9634. PORTUGAL UND GROSSBRITANNIEN. — Zusatzvertrag zum Vertrage vom 22. Januar 1815, betr. die Verhinderung des Sklavenhandels. — [1.]

Additional Convention to the Treaty of the 22nd of January 1815, between His Most Faithful Majesty and His Britannic Majesty, for the purpose of preventing their subjects from engaging in any illicit traffic in slaves.

Nr. 9634.
Portugal
und
Gross-
britannien.
22. Jan. 1815.

Article II.

The territories in which the traffic in slaves continues to be permitted, under the treaty of the 22nd of January 1815, to the subjects of His Most Faithful Majesty, are the following:

1st. The territories possessed by the Crown of Portugal upon the Coast of Africa to the south of the Equator, that is to say, upon the Eastern Coast of Africa, the territory laying between Cape Delgado and the Bay of Lourenço Marques; and upon the Western Coast, all that which is situated from the eighth to the eighteenth degree of south latitude. || 2nd. Those territories on the Coast of Africa to the South of the Equator, over which His Most Faithful Majesty has declared that he has retained his rights, namely, the territories of Molembo and Cabinda upon the Western Coast of Africa, from the fifth degree twelve minutes to the eighth degree south latitude.

.
.

Done at London, the 28th day of July, in the year of Our Lord, 1817. =
(L. S.) Castlereagh.

*) Die folgenden Aktenstücke sind entnommen den „Documentos apresentados ás Cortes na sessão legislativa de 1888 pelo ministro e secretario d'estado dos negocios estrangeiros, Lisboa, imprensa nacional 1888.“
A. d. Red.

Nr. 9635. PORTUGAL. — Gen.-Gouverneur von Moçambique an den Staatssecr. der Marine. — Abmachungen mit dem Sultan von Mascate. — [2.]

O sr. Sebastião Xavier Botelho, governador geral de Moçambique
ao sr. Antonio Manuel de Noronha, ministro e secretario de estado da
marinha e ultramar.

Nr. 9635.
Portugal.
10. Juli 1828.

Moçambique, 10 de julho de 1828. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Quando foi ocasião de se retirar d'esta capitania o enviado do Iman Sultão de Mascate, julguei a proposito fazel-o acompanhar pelo brigue de guerra Caçador, commandado pelo tenente da armada real Fernando Carlos da Costa; e com effeito d'aqui saíram em 3 de abril passado. N'isto eu preenchia dois fins; retribuir ao Iman a sua civilidade e tomar informações certas das suas forças e estabelecimentos n'esta costa e igualmente firmar o ajuste e convenções de amizade e commercio que tratei com o referido enviado, e junto remetto por copia. || Mas são passados mais de tres mezes depois da partida, e como a monção do S. se declarasse immediatamente á sua saída, não pôde provavelmente dobrar Cabo Delgado e entrar no canal para voltar logo, como lhe ordenei, e só em agosto ou setembro poderá findar a sua commissão. Entretanto communico a v. ex.^a o que ha sobre este objecto.

Deus guarde, etc.

A

Copia. — Sua Alteza o Iman e Rei de Mascate, desejando apertar os laços da antiga paz e amizade, que subsiste ha muito tempo entre elle e Sua Magestade Fidelissima o muito alto e poderoso Rei de Portugal, havendo mandado expressamente um seu embaixador com propostas para este fim, e sendo igual o desejo que tem Sua Magestade Fidelissima de apertar aquelles mesmos laços de paz e amizade entre as duas corôas e seus respectivos dominios, como representante que sou do muito alto e poderoso Rei de Portugal em todos os dominios da corôa portugueza na Africa oriental, quanto me é permittido fazel-o, convenio inteiramente em seu real nome, nos artigos seguintes:

1.^o Haverá amizade, paz e alliança entre Sua Alteza o Rei Iman de Mascate e Sua Magestade Fidelissima. || 2.^o Haverá liberdade de commercio entre os vassallos de ambos os soberanos, podendo negociar, viajar e residir ou estabelecer-se em Moçambique os vassallos de Sua Alteza o Iman de Mascate, sendo considerados aqui do mesmo modo que são os vassallos de Sua Magestade Fidelissima, os do imperio do Brazil e os da Gran-Bretanha, não podendo estender-se esta faculdade a respeito dos portos de que são positivamente excluidos todos e quaesquer estrangeiros sem excepção alguma. || 3.^o Os vassallos dos dois soberanos não pagarão direitos alguns de ancoragem, nem de tonelagem, nem quaesquer outros, que são conhecidos com o nome de „direitos de porto“, assim como nos dominios de Sua Alteza o Rei

de Mascate, e nos de Sua Magestade Fidelissima na costa da Africa oriental, gosarão os mesmos privilegios e favores, que em materia de navegação e commercio são concedidos ás duas nações mais favorecidas. || 4.^o Os vassallos de Sua Alteza o Iman e Rei de Mascate não pagarão mais direitos na alfandega de Moçambique por entrada e saída do que pagam os vassallos do imperio do Brazil e os da Gran-Bretanha, e os vassallos de Sua Magestade Fidelissima pagarão nas alfandegas pertencentes a Sua Alteza o Rei Iman de Mascate os mesmos direitos e com a mesma igualdade. || 5.^o Para se verificar a recepção d'estes direitos, as embarcações que conduzirem os generos e mercadorias deverão vir acompanhadas de competente passaporte, que declare a qualidade e quantidade dos referidos generos e mercadorias, o qual passaporte deve ser assignado pelos governadores dos portos d'onde saírem os referidos generos e mercadorias, ou ellas sejam conduzidas em embarcações portuguezas, ou em embarcações pertencentes a Sua Alteza o Iman de Mascate. || 6.^o Os generos e mercadorias de producção, manufactura e industria dos dominios e vassallos de Sua Alteza o Iman de Mascate pagarão interinamente por entrada na alfandega de Moçambique os mesmos direitos que pagam os referidos generos vindos de Damão e Diu, e as embarcações que os conduzirem virão acompanhadas de passaportes na conformidade do artigo 5.^o || 7.^o Os vassallos de Sua Alteza o Iman de Mascate poderão em Moçambique occupar casas, armazens, dispor do que for seu por venda, troca ou testamento ou por outro qualquer modo, sem que se lhes ponha nenhum impedimento. Não pagarão mais tributos e impostos do que pagam os portuguezes. As suas casas de habitação e os seus armazens serão respeitadas, e não serão sujeitos a buscas arbitrarías excepto nos casos de traição, contrabando e outros crimes estabelecidos nas leis do paiz. Estes mesmos privilegios, direitos e facultades sem differença alguma, serão concedidos aos cidadãos portuguezes nas terras e dominios de Sua Alteza o Iman e Rei de Mascate. || 8.^o Sua Magestade Fidelissima ha por bem conceder aos vassallos de Sua Alteza o Iman de Mascate o privilegio de serem assignantes pelos direitos que hão de pagar na alfandega de Moçambique debaixo das mesmas condições e seguranças que se exigem dos vassallos de Portugal; no caso que algumas embarcações ou navios de guerra ou mercantes venham a naufragar nas costas do dominio de Sua Alteza o Iman de Mascate, ou nos dominios de Sua Magestade Fidelissima na costa de Africa oriental, todas as precauções das referidas embarcações ou navios, ou da armação ou seus pertences, assim como dos generos e fazendas que se salvarem, ou o producto d'elles serão fielmente restituídos, logo que os seus donos ou procuradores reclamarem, pagando somente as despezas feitas na arrecadação dos mesmos generos. || 9.^o Convieram mais que seria permittido a Sua Alteza o Rei de Mascate ter um agente ou procurador em Moçambique, o qual possa agenciar, tratar e requerer tudo o que for em beneficio do commercio dos seus vassallos, sendo o dito agente ou procurador sujeito em tudo ás leis e ás auctoridades do paiz, como é estabelecido

Nr. 9635.
Portugal.
10. Juli 1828.

entre todas as nações. || 10.^o Os limites dos dominios de Sua Alteza o Rei Iman de Mascate, na costa de Africa ao N. dos dominios portuguezes, ali não se estenderão alem de Mugau*), e os de Sua Magestade Fidelissima terminarão em Tungue inclusivamente. || 11.^o Esta convenção deverá subir assignada por mim e por Sua Alteza o Rei Iman de Mascate para receber approvação de Sua Magestade Fidelissima, assim a respeito dos artigos aqui especificados como dos outros que não cabem na minha jurisdicção.

Em testemunho do que vae por nós assignado. || Feito na cidade de Moçambique, aos 28 de março de 1828.

Nr. 9636. PORTUGAL. — Gen.-Gouverneur von Moçambique an den Marineminister. — Die Grenzen des portugiesischen Besitzes. — [5.]

Nr. 9636.
Portugal.
8. Febr. 1862.

O sr. João Tavares de Almeida, governador geral de Moçambique
ao sr. Carlos Bento da Silva, ministro da marinha e ultramar.

Extracto.

Moçambique, 8 de fevereiro de 1862. — Falta-me agora explicar a v. ex.^a o que se passou quanto aos limites, de que trata o artigo 5.^o da portaria n.^o 18 de 1861, e, n'este ponto, terei de ser um pouco mais extenso do que até agora tenho sido, sobre outras particularidades. || Em execução d'esta parte das minhas instrucções na minuta do tratado estava o artigo, que devia ser o 18.^o, assim redigido por mim:

„The High Contracting Parties have agreed to declare, that the territories of His Highness the Sultan of Zanzibar upon the East Coast of Africa shall end in Cape Delgado situated in about 10^o 40', latitude S., and that the territories of His Majesty the King of Portugal upon the same coast commence in the said cape including the Bay of Tungue.“

O plenipotenciario quiz que primeiramente lhe mostrasse bem qual era o limite que eu apresentava, dizendo-me desde logo que era aquelle um ponto sobre que elle nada podia dizer sem consultar expressamente a Sua Alteza o Sultão; annui sem duvida alguma, fiz-lhe ver as rasões em que me fundava para fazer inserir este artigo, sendo a principal a da demarcação de limites, que dois paizes diferentes e contiguos precisavam ter bem definida para evitar contestações no futuro, e lhe mostrei para seu esclarecimento o artigo 10.^o do tratado ajustado entre Xavier Botelho e o Iman, cujos termos são os seguintes:

„Artigo 10.^o Os limites dos dominios de Sua Alteza o Rei Iman de Mascate na costa de Africa ao norte dos dominios portuguezes, ali não se

*) Mugau ou Mgau, ancoradouro ao N. da povoação de Mavinga e da bahia de Mekindanc. Atlas de Justus Perthes, Spezial-Karte von Africa, Gotha, 1885. .

estenderão alem de Mugau, e os de Sua Magestade Fidelissima terminarão em Tungue inclusivamente.“

Nr. 9636.
Portugal.
8. Febr. 1862.

Fiz-lhe ver que ja n'aquella epocha, e muito anteriormente pela convenção de 28 de julho de 1817 entre Portugal o a Gran-Bretanha, se reconhecêra, como limite norte das possessões portuguezas Cabo Delgado. || Depois de mais algumas conferencias, e de novas explicações, que acompanhei, para melhor esclarecimento, de um esboço igual áquelle que n'esta occasião envio, me declarou que Sua Alteza trataria directamente commigo este assumpto.

Finalmente no meiado de dezembro teve logar a audiencia do Sultão, e ahi apresentei a Sua Alteza as rasões que tinha para querer o citado artigo do modo seguinte: apresentei o esboço mencionado, e n'elle os limites das possessões portuguezas e as de Sua Alteza, fiz valer os direitos da corôa portugueza a todo o territorio ao Sul de Cabo Delgado, invocando o facto da nossa antiga posse e dominio no territorio de Tungue; historiei a maneira por que aquelle ponto safu illegalmente do dominio de facto, insisti mais dizendo que Sua Alteza não admittiria, como legitima, a posse que o governo de Portugal se quizesse arrogar de um ponto, territorio de Sua Alteza, fundado sómente no facto de um seu subdito levantar tumultuariamente a bandeira portugueza, querendo subtrahir-se por seu unico interesse e vantagem ao dominio do seu legitimo soberano. Fiz ver que igual caso se tinha dado quanto a Tungue, cuja rebellião data de 1854, tendo sido até então o seu cheque dependente e subordinado ao governo portuguez, cuja bandeira arvorava e de quem recebia um soldo, que, por pequeno que fosse, era evidente prova de que se reconhecia subdito e servidor portuguez. Acrescentei que o nosso direito áquelle territorio havia sido reconhecido pela convenção com a Gran-Bretanha, assignada em Londres em 28 de julho de 1817, e finalmente no tratado ajustado, mas não ratificado, em 28 de março entre o governador e capitão general Sebastião Xavier Botelho e o Iman de Mascate, seu pae. Finalmente, que por todo o referido se demonstrava que esta pretensão nem era nova, nem sem fundamento, nem era um favor ou concessão que se pedia, mas sim o reconhecimento de um direito, e era a firmeza de que elle seria respeitado, que se exigia de Sua Alteza. || O Sultão, depois de me dizer que esperava que tudo se concluiria de um modo conveniente, e á minha vontade, expressões de que sempre se serviu, e a que eu mesmo, n'aquella occasião, dei a devida significação, terminou dizendo que se sobre aquelle ponto não viessemos a um accordo, se poderia assignar o tratado tal qual estava, e reservar a questão para uma convenção especial, que poderia ter logar posteriormente. Fiz-lhe ver quanta vantagem seria de por uma vez ficar resolvida esta questão, mas elle insistiu que, tendo de fazer-se a demarcação sobre os logares, era mais conveniente que esse objecto fizesse parte de uma convenção especial, não obstante que elle consultaria as pessoas entendidas na materia, e me faria saber a sua definitiva resposta ácerca dos limites. Alguns dias depois o plenipotenciario arabe foi encarregado de me fazer saber da parte

Nr. 9636.
Portugal.
8. Febr. 1862.

de Sua Alteza, que elle considerava como limites do seu territorio, não exactamente Cabo Delgado, mas sim o rio Menigane (Meningani), que desemboca um pouco ao S. do cabo na grande bahia, formada pela ponta da Sanga ao S., e cabo Delgado ao N. N'esta demarcação é comprehendido o porto de Tungue, onde existe a povoação de que Amad Sultan era chefe. || Este Amad Sultan já morreu ha dois annos, e foi elle quem, segundo fui informado, se collocou debaixo da protecção do Sultão, mesmo quando ainda recebia de nós um subsidio. || Hoje governa Tungue um Abdel Rab, o qual recebeu a sua investidura, como Sultão, do Sultão de Zanzibar, a quem presta homenagem e obediencia. || Em vista, pois, da declaração positiva do Sultão de Zanzibar, e das reflexões com que novamente a acompanhou o plenipotenciario, pareceu-me que, visto não podermos concordar n'aquelle ponto, o artigo não podia ser inserido como eu o apresentava, mas que, sendo o tratado exclusivamente de commercio, se devia abstrahir d'elle, reservando-se a questão de limites para uma convenção especial, cujos termos seriam regulados pelos dois governos. || Depois fui visitar Said Soliman, com quem tive tambem uma conferencia, em que longamente foi discutido este ponto, e tendo observado que pelos meios de um accordo seria impossivel fazer ceder os arabes do que julgam o seu direito, e mais ainda d'aquillo de que se acham de posse, considerei que, só havia dois meios a seguir, ou fazer da questão de limites questão capital, visto não poder adoptar o que eu propunha e o governo portuguez pretende, interromper as negociações, protestar contra a posse e retirar-me; ou annuir a que este ponto ficasse suspenso até ulterior resolução do governo, a que não se oppunha á assignatura do tratado. No primeiro caso, conhecendo por experiencia a tenacidade dos arabes, expunha-me a perder as vantagens já obtidas pelo tratado, que ficariam dependentes de novas contingencias, não mudando as circumstancias em relação aos limites, porque os arabes continuavam na posse effectiva do ponto contestado, que só serão obrigados a largar pela força, á qual me parece que pelo teor das minhas instrucções de 24 de março de 1857, artigo 7.^o, o governo de Sua Magestade não parece estar resolvido a recorrer abertamente, e demais porque as circumstancias especiaes da provincia não são favoraveis a esse expediente, attendendo a que os seus actuaes meios de defeza e de aggressão são quasi nullos. || Adoptei, portanto, a segunda maneira de resolver esta questão, visto que, alem do que deixo exposto, o governo de Sua Magestade El-Rei tem ainda toda a liberdade de acção, porque, se o governo de Sua Magestade entende que o tratado não deve ser ratificado, sem a clausula de limites, nega a sua ratificação, e póde resolver esta questão pendente pelos meios que julgar mais convenientes. Sendo do meu dever declarar-lhe, que me parece que pelos meios pacificos ha de esgotar toda a paciencia, fazer muitas despezas e nada conseguir, restando-lhe sómente o recurso da força. || Com a assignatura do tratado, tal qual o submetto a v. ex.^a para ser presente a Sua Magestade El-Rei, ganham-se todas as vantagens que n'elle se consignam a nosso favor,

e a questão de limites fica ainda a resolver; mas sem a assignatura do tratado ellas subsistiam tambem e nada ganhavamos, perdendo tudo quanto acima referi pelo lado moral, em vista da situação em que se ficava, estado que poderia ser ou não o de uma boa intelligencia, nem tambem de hostilidades; mas era sempre prejudicial a grandes interesses, que mesmo no caso da não ratificação do tratado agora ficarão salvos pelas apparencias. || Quanto á questão de Tungue devo expor com franqueza a v. ex.^a que seria de grande vantagem a sua posse, quando a provincia habilitada com força sufficiente a podesse tornar effectiva, mas que, sendo ella sómente nominal, será preciso ver se as difficuldades em que a sua aquisição por meios violentos nos colloca (pois que pelos pacificos, como já disse, me não parece provavel) compensam as vantagens que da sua occupação nos resultam. || Tomada depois esta deliberação, e sempre convencido que era o melhor partido, procedeu-se á assignatura do tratado em 28 de dezembro passado, e sempre guiado pelo mesmo espirito e para melhor salvaguardar os direitos de Sua Magestade El-Rei, fiz entregar ao Sultão por um dos meus officiaes a declaração junta, cujo teor demonstra que eu não deixei ir á revelia esta questão de limites, e que empreguei por minha parte quanto estava ao meu alcance para conservar ao governo de El-Rei toda a liberdade de deliberação e de acção, que convinha.

Deus guarde, etc.

A

O abaixo assignado, plenipotenciario de Sua Magestade El-Rei de Portugal e dos Algarves, tendo julgado conveniente que no tratado de amizade e commercio que por parte de Sua Magestade El-Rei de Portugal teve a honra de ser encarregado de ajustar com Sua Alteza o Sultão de Zanzibar, se declarasse expressamente quaes eram os limites que terminam a provincia de Moçambique ao N. e os estados de Sua Alteza ao S.; declarou em consequencia que o Cabo Delgado situado em cerca de 10^o 40' de latitude S. era o limite commum dos dois territorios, sendo portugueza toda a costa para o S. d'aquelle ponto e de Sua Alteza toda a costa para o N. Não se havendo porém conformado Sua Alteza o Sultão com estes termos, declarando por via do seu plenipotenciario Mahomad Bin Naman que considerava como limite ao S. dos seus estados o rio Meningani, que corre um pouco ao S. de Cabo Delgado, o abaixo assignado declarou então, e hoje repete a Sua Alteza, que não póde concordar com este limite, por isso que ao abaixo assignado lhe não é permitido deixar de considerar como portuguez todo o territorio e costa situada ao S. de Cabo Delgado, incluindo a bahia de Tungue, porque seria desconhecer o incontestavel direito que a corôa de Portugal tem áquella bahia, direito fundado na sua antiga posse e dominio, e já expresso e reconhecido pela convenção addicional de tratado entre Portugal e a Gran-Bretanha, de 22 de janeiro de 1815, assignado em Londres em 28 de julho de 1817 e consignado tambem no artigo 10.^o do tratado ajustado mas não ratificado entre Sua Alteza o Iman de Mascate, pae de Sua Alteza o Sultão de

Nr. 9636.
Portugal.
8. Febr. 1862.

Zanzibar e o governador capitão general de Moçambique, Sebastião Xavier Botelho, em 28 de março de 1828, como tudo foi mais longamente desenvolvido e explicado, não só ao plenipotenciario de Sua Alteza em diversas conferencias, mas até mesmo a Sua Alteza o Sultão, na audiencia de 11 do corrente mez de dezembro. Como, pois, não fosse possivel chegar a um accordo sobre a demarcação dos limites e a sua inserção no tratado ajustado e firmado entre os plenipotenciarios nomeados, o abaixo assignado, entendendo indispensavel que se demarquem e fixem os limites entre os territorios pertencentes a Portugal na costa oriental de Africa e os estados de Sua Alteza o Sultão de Zanzibar, declara, emquanto essa demarcação não tem logar, que faz todas as reservas necessarias ácerca dos direitos que Sua Magestade El-Rei de Portugal e dos Algarves, seu augusto soberano, tem ao completo dominio dos territorios e costas situadas ao S. de Cabo Delgado comprehendendo a bahia de Tungue, a fim de que Sua Magestade os possa fazer valer quando e como julgar mais conveniente. ¶ O abaixo assignado espera que Sua Alteza o Sultão se dignará mandar-lhe accusar a recepção da presente declaração. O abaixo assignado aproveita esta occasião para apresentar a Sua Alteza Said Magid Bin Said, Sultão de Zanzibar, a segurança da sua mais alta consideração. ¶ Zanzibar, 28 de dezembro de 1861. — João Tavares de Almeida, governador da provincia de Moçambique.

Nr. 9637. PORTUGAL. — Gen.-Gouverneur von Moçambique an den Marineminister. — Grenzverhandlungen mit Zanzibar. — [6.]

Nr. 9637.
Portugal.
1. Dec. 1879.

O sr. Francisco Maria da Cunha, governador geral de Moçambique
ao sr. Marquez de Sabugosa, ministro da marinha e ultramar.

Extracto.

Moçambique, 1 de dezembro de 1879. — Cheguei a Zanzibar no dia 7 do corrente, pelas seis horas da tarde, conforme já tive a honra de informar a v. ex.^a Depois de Sua Alteza me indicar a hora em que no dia seguinte receberia a minha visita, desembarquei pelas nove horas da manhã do dia 9, tendo vindo a bordo um enviado de Sua Alteza para me acompanhar. ¶ Chegados ao caes do desembarque segui eu acompanhado da minha comitiva e da officialidade da corveta Rainha de Portugal e do transporte Principe D. Carlos, por entre alas das tropas regulares do Sultão, para a praça onde está situado o palacio de Sua Alteza. A banda marcial do Sultão tocava os hymnos nacionaes de Sua Magestade El-Rei D. Luiz e da carta constitucional. A vasta area da praça era quasi totalmente occupada pelas tropas irregulares semi-barbarescas, simulando phantasticos exercicios guerreiros. ¶ Sua Alteza o Sultão, seguido dos seus parentes e cortezãos, veio esperar-me ao meio da praça, d'onde seguimos todos para a sala em que teve logar e recepção. A escada que conduzia para esta sala era ladeada pela guarda persa, que é a-

guarda pessoal do Sultão. || O acolhimento que me fez Sua Alteza foi o mais lisonjeiro possível, e durante a nossa curta conversação frequentes vezes buscou ocasião de alludir a Sua Magestade El-Rei, a quem fazia sempre os mais encarecidos encomios, recordando com amabilidade a amigavel recepção que lhe fôra feita em Lisboa. || Feita a apresentação das pessoas que me acompanhavam, mandou-nos servir refrescos, e em seguida dirigimo-nos para a casa, que d'antemão Sua Alteza nos havia mandado preparar, offerecendo-nos uma brilhante hospedagem. || No dia 10 veio Sua Alteza pagar-me a minha visita e convidar-me, assim como todas as pessoas que me acompanhavam no dia do desembarque, para um jantar no dia immediato. || Eu já tive ocasião de descrever a v. ex.^a a maneira obsequiosa por que fomos distinguidos por Sua Alteza. Desde a rua em que habitava até ao palacio estavam as ruas profusamente illuminadas com balões de videro colorido, assim como os edificios e a torre que defrontam com a praça do palacio. Durante o jantar, a orchestra rompeu com os hymnos nacionaes de Sua Magestade El-Rei D. Luiz e da carta constitucional, tocando em seguida diversas peças concertantes. Afóra quatro dos mais intimos do Sultão, todos os convivas eram portuguezes, e todos foram tratados com a maior affabilidade. De novo me tornou Sua Alteza a fallar de Sua Magestade El-Rei nos termos mais affectuosos, e com tanta insistencia, que eu lhe prometti que testemunharia ao meu governo a cordeal estima que Sua Alteza consagrava ao soberano portuguez, ao que elle me respondeu ser esse o seu mais ardente desejo. || Findo o jantar, por volta das nove horas da noite, fomos conduzidos para uma das verandahs do palacio, que olhavam para a praça e d'ahi assistimos a um vistoso fogo preso, rematado pela ascensão de tres balões aerostaticos. || Para não enfadar a v. ex.^a com a narração de todas as finezas com que me obsequiou Sua Alteza, direi apenas a v. ex.^a que durante a minha permanencia na capital dos seus estados, quer official quer particularmente, fui sempre distinguido com as maiores provas de consideração e affabilidade. || No dia 12 tive ensejo de insinuar a Sua Alteza a necessidade que eu tinha de voltar para a provincia, que administrava, e portanto a conveniencia de me ser indicado o dia em que podesse apresentar os meus plenos poderes. Sua Alteza dignou-se responder-me que eu ainda não podia achar-me descansado dos incommodos da jornada; que o seu desejo era que eu me demorasse muito na sua capital, mas que á vista das minhas instancias me avisaria opportunamente. || Comtudo os cuidados que me preocupavam com a noticia do fallecimento do Bonga, o receio de que este acontecimento podesse trazer consigo graves consequencias para a tranquillidade da provincia, não permittiam que me conservasse tranquillamente, esperando que Sua Alteza se resolvesse a marcar-me dia para a audiencia. || No dia 15 pude ainda uma vez manifestar a minha inquietação e as responsabilidades que pesavam sobre mim por uma tão longa demora, terminando por pedir que tivessem principio as necessarias negociações. Ainda d'esta vez não obtive uma resposta satisfactoria, por-

Nr. 9037.
Portugal.
1. Dec. 1879.

Nr. 6837.
Portugal.
1. Dec. 1879.

quanto Sua Alteza me respondeu que estava preparando a mala e que t'inha grande correspondencia, mas que saído o paquete principiavam os nossos trabalhos. || No dia seguinte (16) era o anniversario natalicio de Sua Magestade a Senhora D. Maria Pia. Sua Alteza mandou-me comprimentar por este fausto acontecimento, e me dirigiu as mais cordeaes felicitações, a fim de eu as transmittir ao meu governo, terminando por manifestar desejo que toda a officialidade dos nossos navios de guerra portuguezes viesse jantar commigo n'esse dia, para o que mandou preparar uma esplendida refeição. Em todas as manifestações de alegria fomos acompanhados pelos navios de guerra de Sua Alteza e por todos os mais de diferentes nações, que se achavam no porto. Á noite mandou Sua Alteza illuminar brilhantemente as janellas da minha residencia. || No dia 17 consegui entregar os meus plenos poderes para a ratificação do tratado que fôra negociado pelo meu antecessor Tavares de Almeida, por me parecer ser este o pensamento do governo nas instruções que me foram dadas, isto é, que tratasse de preferencia da ratificação do antigo tratado, e que só na impossibilidade de a alcançar é que negociasse um novo tratado. || Pouco depois de haver entregue os meus plenos poderes, como acabo de dizer a v. ex.^a, veio procurar-me o secretario de Sua Alteza, de seu mandado, a fim de me perguntar se não podia negociar um novo tratado. Respondi que os poderes que tinha apresentado eram só para a ratificação, como tinha feito ver a Sua Alteza. || Disse-me então o secretario Mahomed, que Sua Alteza com o maior pezar me declarava que não podia ratificar o tratado tal qual anteriormente fôra estipulado, porque tinha sido feito pelo seu antecessor, que tinha idéas muito differentes das suas, que tinha sido feito havia já dezoito annos e que n'este longo periodo de tempo soffreram grande mudança as condições economicas e administrativas dos seus estados, mudança que n'aquelle tempo não podia ainda ser prevista, apontando-me, entre outras, a prohibição da venda da polvora, que hoje é geral para todas as nações nos estados do Zanzibar, muitos melhoramentos feitos e outros, ainda mais importantes, a realisar, como pharoes, caes, etc. Que nos proprios tratados existentes com outras nações, Sua Alteza andava em negociações para os modificar, estando já até algumas das suas idéas em execução, por um accordo tacito com essas mesmas nações; e que portanto era para elle absolutamente impossivel deixar de affirmar nos tratados que fizer certos e determinados principios, que tomou como norma da sua administração. || Acrescentou o secretario de Sua Alteza que o seu amo me pedia que não ficasse mal com elle por esta falta de accordo; e que o melhor era fazer novo tratado, para o que Sua Alteza escreveria a El-Rei; que poucas eram as modificações que tinha a propor; e que muito desejava ser agradavel ao governo portuguez. || Procurei rebater estas razões, fazendo ver ao enviado de Sua Alteza que nem os principios do direito internacional, nem a praxe geralmente estabelecida entre as nações amigas, admittiam grandes facilidades na não ratificação dos seus tratados, uma vez feitos devidamente, e antes pelo

contrario eram poucas as hypotheses, em que amigavelmente se podia tolerar a não ratificação, que as responsabilidades das negociações não podiam ser pessoas, mas de entidades, que os tratados assignados eram por via de regra respeitadas entre os povos amigos, que o tratado tinha conseguido um principio de ratificação, na execução que lhe era dada, e que só circumstancias muito justificadas é que por parte de Portugal tinham obstado a que se tratasse da ratificação, e que até certo ponto esta confiança obrigava Sua Alteza á ratificação, que quando fossem modificados os tratados com as outras nações, Portugal de certo não se negaria a modificar o seu. || Com estes e outros argumentos insistia infructuosamente pela ratificação do tratado. Sua Alteza não se deixava convencer, e terminou por me enviar um ultimatum de não ratificação, acompanhando-o comtudo de expressões de muita cortezia e affabilidade. || Não pôde, porém, v. ex.^a imaginar as difficuldades com que luctei, no decurso d'esta conferencia, para fazer comprehender estas explicações. || A ignorancia quasi completa das regras e principios mais rudimentares do direito internacional e das praticas diplomaticas, que, sendo já um mal em si, ainda por cima contribuia para augmentar a notavel desconfiança dos arabes; a circumstancia do enviado de Sua Alteza nada por si resolver sem prévia consulta do Sultão; a difficuldade dos interpretes, os melhores que se encontraram, em entenderem os meus argumentos e transmittil-os, sabendo e fallando mal o portuguez, mal o arabe e sem nenhuma illustração; tudo isto foram outros tantos embaraços com que tinha a lutar sem comtudo os poder remover. Estive sempre convencido de quão ardua era a minha missão; antevia-lhe as difficuldades; tinha pensado muito em prevenil-as e evital-as; e foi só por obediencia ás ordens do governo e com receio de que se tomassem as minhas hesitações como fraqueza, que me deliberei a desempenhal-a; nunca, porém, imaginei que surgiriam tantos obstaculos e confesso que cheguei a esmorecer. || A difficil posição em que me achava obrigou-me a meditar muito nas consequencias provaveis de cada um dos meus passos. Não acceitar como plausiveis as rasões dadas para a não ratificação e não negociar outro tratado, era crear difficuldades ao governo, era perdermos em consideração e ficarmos n'uma posição desairosa, que diminuiria entre os nossos, e mais ainda entre os arabes e mouros, o resto do prestigio que ainda tem o nome portuguez; era, finalmente, não ir de accordo com as instrucções do governo, que tinha previsto a hypothese da não ratificação e me ordenára que encetasse logo negociações para um novo tratado. || Fazia-me, entretanto, grande peso a idéa de que o não ter querido Sua Alteza annuir á ratificação proposta, não era de certo para nos conceder maiores vantagens, e receiava por isso que me fossem apresentadas propostas de ordem tal, que fossem completamente inacceptaveis, o que viria ainda mais aggravar a nossa situação. || Lembrou-me então ver se conseguia, antes de entabolar novas negociações, saber quaes as idéas positivas de Sua Alteza ácerca das alterações no tratado, para conhecer com o que poderia contar se resolvesse negociar outro tratado, e

Nr. 9637.
Portugal.
1. Dec. 1879.

Nr. 9637.
Portugal.
1. Dec. 1879.

tendo eu combinado com o secretario de Sua Alteza reunirmo-nos no dia seguinte pela manhã, fiz-lhe ver que Sua Alteza de certo tinha o maior interesse em convencer o governo portuguez de que tinha rasões fortissimas para não annuir á ratificação do antigo tratado, e que o melhor meio seria communicar-lhe quaes os pontos de divergencia que encontrava n'elle, e as suas modernas idéas. Annuiu Sua Alteza, ficando auctorizado o seu secretario a dizer-me quaes as modificações, addicionamentos e novos artigos que Sua Alteza desejava fossem exarados no novo tratado. || Reconhecendo não ser possivel continuar a servir nos dos interpretes que tinhamos experimentado, tanto o que levára de Moçambique como o que estava ao serviço de Sua Alteza, combinámos tomar um parse, que fallava regularmente o inglez e o arabe, homem que me pareceu perspicaz e que nos prestou muito bom serviço, porque a não ser elle teriamos talvez de desistir das negociações. Muitas vezes as nossas idéas tiveram de ser vertidas em inglez, para as fixarmos bem e para serem transmittidas pelo secretario a Sua Alteza, assim como igualmente teve de ser vertido em inglez o antigo tratado, que nos serviu de texto, d'onde se podessem extrahir as traducções para as duas linguas. || As modificações propostas eram approximadamente em numero de dez, mas não póde v. ex.^a imaginar que de absurdos algumas d'ellas continham; propunha-se, por exemplo, que se consignasse que não venderiamos munições de guerra aos inimigos dos estados de Zanzibar, que todas as alterações feitas de futuro nos tratados com as outras nações se considerassem desde logo como feitas tambem connosco, que os subditos portuguezes fechariam as portas dos seus estabelecimentos commerciaes ás oito horas da noite, e outras d'este teor e ainda mais extravagantes, entre as quaes algumas peccavam ainda mais pela fórma do que pela essencia. || Principiei por fazer ver ao enviado de Sua Alteza a falta de cabimento que deviam ter n'um tratado propostas inadmissiveis pela materia, pelo fim, ou improprias pela sua pequena importancia; e depois de larga discussão, em que foi necessario revestir-me de muita paciencia, perseverança e desejo de pôr as cousas a bom caminho, para que não visse baldados os meus intentos, consegui que as modificações fossem reduzidas a um pequeno numero, todas discutiveis e algumas acceitaveis. Certificado de que nenhuma das outras modificações me seriam apresentadas na negociação de um novo tratado, decidi-me a encetar as negociações preliminares officialmente, apresentando então os plenos poderes para fazer novo tratado de commercio, amizade e limites, mostrando condescender com Sua Alteza, na esperanza de que a discussão com o plenipotenciario, que se me apresentasse, versaria só sobre as alterações ultimamente apresentadas, pois esta minha resolução não importava ainda a acceitação de algumas d'essas modificações, nem a da fórma de outras, e convencido de que Sua Alteza daria igualmente instrucções ao seu plenipotenciario para tomar na devida consideração as propostas que eu apresentasse, procurando vir a accordo commigo. Sua Alteza mostrou-se muito agradado da minha resolução e animou-me com expressões da maior

benevolencia e consideração. || Foi então nomeado plenipotenciario de Sua Alteza o seu secretario Mahomed Bin Mahomed Bakusoomar, o mesmo que tinha tratado commigo até ali; e trocados os respectivos plenos poderes, combinamos continuar as nossas conferencias na minha residencia, e a discutir o novo tratado no ponto em que tinhamos ficado nas conferencias preliminares, consideradas como a justificação da não ratificação. || Tinha-me eu possuido do espirito das instrucções que me tinham sido dadas, havia estudado previamente as exigencias reciprocas do nosso commercio com relação a Zanzibar e os tratados existentes com este estado, e tinha lido com attenção os realisados entre Portugal e as outras nações; e á vista d'isto não me pareceu que podesse propor novas garantias, alem das já consideraveis consignadas no tratado negociado pelo meu antecessor. || Limitei-me a apresentar, para ser adicionada n'um artigo separado, a fixação dos limites das possessões portuguezas ao S. do estado de Zanzibar, redigido nos mesmos termos dos propostos pelo meu antecessor, Tavares de Almeida, pela fórma seguinte:

Nr. 9637.
Portugal.
1. Dec. 1879.

“The High Contracting Parties have agreed to declare, that the territories of His Highness the Sultan of Zanzibar upon the East Coast of Africa shall end in Cape Delgado situated in about 10° 40' Lat. S., and that the territories of His Majesty the King of Portugal upon the same coast commence in the said cape including the Bay of Tungue.”

Diligenciei que se começasse a discussão por este importante assumpto, mas o plenipotenciario de Sua Alteza disse-me que não tinha recebido instrucções, senão para tratar dos pontos a que se referia o antigo tratado, mas que as pediria. || No dia immediato começou o plenipotenciario por me declarar que Sua Alteza não estava preparado para a discussão dos limites; que tendo o governo intenção de ratificar o antigo tratado, julgava que, procedendo-se a um novo, só se considerariam os pontos a que elle se referia e nenhuns outros mais, propondo portanto o adiamento d'esta discussão para uma convenção especial. Redargui que Sua Alteza tinha lido os meus plenos poderes; que sabia por isso que me encarregavam de tratar conjunctamente um tratado de commercio, amizade e de limites; que ha muito que Sua Alteza sabia que esse seria um assumpto que eu trataria, pois até me havia declarado em tempo que desejava concordar com o governo de Sua Magestade Fidelissima n'este ponto; que eu não podia prescindir de o tratar por obediencia ás instrucções do governo, expressas nos plenos poderes que apresentára, e que não duvidaria esperar o tempo preciso para Sua Alteza se habilitar a dar as precisas instrucções ao seu plenipotenciario. || Veiu depois o plenipotenciario e começou por apresentar-me um mappa da costa, comprehendendo Cabo Delgado e a grande bahia de Tungue, verificado pelo tenente Gray e officiaes da corveta Nassau, em 1875, com o contorno da costa limitado por uma aguada vermelha approximadamente, como se vê no esboço junto, e outra azul a partir para o sul; dizendo-me que aquella designava os territorios de Zanzibar e esta os de Portugal. || Não se pôde imaginar a in-

Nr. 9637.
Portugal.
1. Dec. 1879.

dignação de que me possui, ao ver a face que se queria dar a esta questão; fazendo comprehender que não me parecia que fosse aquelle o modo condigno de tratar assumpto de tanta magnitude, e que não podia tolerar que continuasse n'esta altura. Não tive tempo para dizer mais, porque o meu collega, manifestando uma sorte de precipitação, apressou-se a declarar que era aquella a opinião do auctor do mappa, mas que não era a de Sua Alteza; que effectivamente os subditos de Sua Alteza estavam espalhados por toda aquella região, que pediam protecção ao posto militar de Tungue, mas que os limites dos estados de Zanzibar eram considerados por Sua Alteza até o rio Meningani, ao menos que os considerava como taes o seu antecessor. || Respondi então que não era bastante considerar limites um ou outro ponto, que era indispensavel fundamentar essa opinião com argumentos de valia, fundados em direito, e em documentos authenticos. Que eu havia de provar com argumentos irrefragaveis que os limites de Portugal eram ao N. em 10° 40' de latitude S., incluindo a bahia de Tungue; que havia de pedir ao meu collega para avaliar os meus argumentos um a um, e que tinha a certeza que havia de rebater sem contestação os que me apresentasse em contrario; e que por isso me deveria elle dar as rasões porque eram considerados aquelles os limites dos estados de Sua Alteza. || Limitou-se Mahomed a responder-me que sempre foram assim considerados, e que sempre houve em Tungue a bandeira do Sultão; que sempre os chefes d'esta povoação lhe prestaram obediencia, que ha muito tem ali um forte, guarnição e uma alfandega, que era um ponto de muito commercio, e que tem chamado ali muitas casas ricas de subditos de Sua Alteza de todos os pontos dos seus estados. || Repliquei-lhe, começando por lhe pedir licença para lhe dizer que não eram exactas algumas das asserções, e que não eram inteiramente verdadeiras outras; que bem ao contrario de serem sempre considerados pelos estados de Zanzibar os seus limites em Meningani, foram por Sua Alteza ou seus antecessores reconhecidos os direitos de Portugal aos limites do seu territorio ao N. em Cabo Delgado, como tinha proposto, quando, sem protesto ou impugnação, acceitaram a doutrina consignada pela convenção de 28 de julho de 1817 entre Portugal e a Gran-Bretanha, que lhe analysci; e quando depois d'isso acceitaram o artigo 10.º do tratado ajustado com Xavier Botelho em 28 de março de 1828, em que se affirmava que os limites dos dominios de Sua Magestade Fidelissima terminavam em Tungue inclusivamente; que a antiga posse e dominio no territorio de Tungue, que Sua Alteza allega em seu favor, nem sempre, e em tempos mais modernos, se verificou, pois nem sempre o chefe d'aquella povoação prestou obediencia aos sultões de Zanzibar, nem ali esteve sempre arvorada a bandeira d'aquelle estado; que até 1854 sempre o cheque de Tungue foi dependente e subordinado ao governo portuguez, cuja bandeira arvorava e de quem recebia ordenado; o que importava reconhecer-se subdito portuguez; que o facto da occupação, doutrina perigosa sempre, era inadmissivel, quando o direito se lhe oppunha; que Sua Alteza de certo não queria

admittir como legitimo o principio de que qualquer nação se podia arrogar a posse de um ponto do territorio de Sua Alteza, fundado no facto de um subdito seu levantar tumultuariamente a bandeira d'essa nação, querendo por seu unico interesse e vantagem esquivar-se ao dominio do seu legitimo soberano; que o ser Tungue um ponto povoado de subditos de Sua Alteza, que ali têm sido levados pelos interesses commerciaes, não é rasão justificativa da sua posse, porque Sua Alteza póde ter subditos, como ha de talvez ter, em todos os pontos do territorio portuguez, sem que por esse facto possa suppor esse territorio sob seu dominio; e que sob o da auctoridade portugueza ninguem se lhe oppõe a que continuem no seu commercio, e ser-lhes-hão salvaguardados os seus direitos e concedidos todos os privilegios, garantidos pela indole paternal do nosso governo e pelos tratados de commercio e amizade; que a nossa pretensão nem era nova, nem era um favor, tratava de fazer reconhecer um direito, affirmado pelos antigos soberanos de Zanzibar, pela Gran-Bretanha no tratado de 1817, já citado, por todas as nações emfim; que era indispensavel definir bem os limites entre dois povos amigos e contiguos, para evitar contestações no futuro, etc. || Estes argumentos foram repetidos e apresentados sob differentes fórmãs, provocando o meu collega a discutil-os um a um, mas não me foi possivel obter argumentos em contrario, mas simplesmente a insistente rasão da occupação e o pedido de adiamento. || Pedi uma aud'encia a Sua Alteza e, concedida ella, reproduzi aquelles e outros argumentos, mas não fui mais feliz, a resposta foi sempre a mesma idéa da occupação; de que tinha recebido como pertença dos seus estados o territorio de Tungue, e que ficaria mal com os seus subditos se concordasse com os limites que eu propunha; que adiassemos este assumpto para ser convenientemente estudado o modo de chegarmos a um accordo; que ia escrever a El-Rei n'este sentido, e que Sua Magestade não havia de se indispor com elle. || Convenci-me ser impossivel resolver o assumpto de limites por meio de um mutuo accordo. Achava-me, pois, collocado na mesma situação em que se encontrou o fallecido Tavares de Almeida, ou fazer da questão de limites questão principal, interromper as negociações, protestar contra a posse e retirar-me; ou condescender com o pedido de adiamento até resolução do governo, e terminar as negociações do tratado sem consignar este assumpto. || Concordei, pois, com o adiamento proposto, fazendo declaração solemne de que esta minha condescendencia não representava hesitação em sustentar que os limites das possessões portuguezas confrontam com o estado de Zanzibar em Cabo Delgado, proximaente a 10º, 40' de latitude, incluindo a bahia de Tungue, nem podia significar que me convencessem alguns dos argumentos em contrario.

Deus guarde, etc.

Nr. 9638. PORTUGAL. — Consul in Zanzibar an den Min. d. Ausw. — Grenzverhandlungen mit Zanzibar. [30.]

Extracto.

Nr. 9638.
Portugal.
16. Jan. 1886.

Zanzibar, 16 de janeiro de 1886. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Tenho a honra de accusar a recepção do telegramma de v. ex.^a de 13 do corrente, em que v. ex.^a diz: „Informe occorrencias Tungue”. A que eu respondi: „Estou tentando fazer tratado de limites, propondo para limite norte Moçambique o Cabo Delgado, o paralelo que une o cabo ao Rovuma e este rio até ás nascentes. Castilho tem andado com acerto e prudencia; mas é preciso occupar Meningane. Houve resistencia da parte do governador de Tungue em entregar Meningane, mas não se passou nada grave. Officiaes de marinha andaram bem com prudencia. Obtive ordem do Sultão para que o governador entregue já Meningane ao Castilho. Estamos nas melhores relações de amizade com o Sultão. Comissão de limites parte para a costa.” Com este telegramma creio que tranquillizei a v. ex.^a sobre noticias talvez exageradas, que difficultassem o trabalho e as negociações do tratado de limites que tenho entabuladas. Agora posso mais desenvolvidamente expor a v. ex.^a os factos em detalhe. || Em novembro do anno passado, entendi eu ser o momento favoravel para emprender as negociações do tratado de limites e n’esse sentido fallei ao Sultão, que me mostrou boa vontade em entabolar as negociações, e n’essa entrevista (que foi larga) e em que me servia de interprete o dr. Gregorio, quasi estabelecemos as bases principaes do tratado, promettendo-me Sua Alteza, que o faria logo que concluisse o tratado allemão. || Sua Alteza n’esse dia repetiu-me muitas vezes, que nunca tivera pretensões ao S. da bahia de Tungue, e que isso era reconhecido por elle como territorio portuguez. Disse eu então a Sua Alteza, que ía dizer ao governador de Moçambique para occupar essa parte S., ao que o Sultão me respondeu que o fizesse, que elle da sua parte escrevia ao wali de Tungue, para não pôr embaraço algum a essa occupação. || Dias depois telegraphava eu ao governador, pedindo-lhe para occupar o S. da bahia de Tungue, mas pedindo ao mesmo tempo para não enviar a expedição antes da chegada da mala de dezembro. Queria eu com isso, não só que o governador recebesse as minhas cartas, mas tambem ganhar tempo para que o Sultão prevenisse, como me promettêra, o wali de Tungue. A mala chegou a Moçambique a 10 de dezembro, e o governador só mandou a expedição a 20. || Já v. ex.^a vê que o Sultão tinha tido sobejo tempo de prevenir o wali de Tungue, o que parece não fez. || A esse tempo eu insistia com o governador a pedir a occupação. || Hoje, ex.^{mo} sr., uma outra rasão, que eu desconhecia, torna absolutamente necessaria aquella occupação, e é ella as pretensões do Sultão a ter a costa até Muluri, umas 10 milhas ao S. do Mucurro de Meningane, pretensões que elle nega, mas que os factos vieram pôr á luz, em uma carta que o wali de Tungue escreveu ao capitão mór de Mucimboa, e cuja copia de certo o governador de Moçambique enviou ao ministerio da marinha. || Foram estas, e boas são ellas, as rasões que deter-

minaram a minha insistencia na occupação de Macoloe. || gpora os factos. || O governador de Moçambique mandou sair para a bahia de Tungue a canhonheira Quanza com um official que deveria occupar Macoloe. || Chegada ao Ibo, a Quanza devia receber um pequeno destacamento de tropa e tomar a seu bordo o governador do districto, para seguir para Tungue, mas este já havia seguido nos seus barcos de vela, e a canhonheira foi logo ao seu destino. Preciso dizer a v. ex.ª, que o governador de Moçambique deu as mais sensatas instrucções ao commandante da Quanza, instrucções de que o ministerio da marinha deve ter conhecimento, e por essas instrucções verá v. ex.ª que o governador, como eu, suppunha tudo, excepto resistencia da parte do governador do Sultão.

A 6 de janeiro fui surprehendido com o seguinte telegramma:

„Ilha de Tacamagi occupada governo do Ibo. Governador Tungue pretende dominio costa até Muluri, impediu bandeira nossa Macoloe, urgente exigir satisfação de Sultão para occupar Meningane. Responda.”

Só no dia 7 pude fallar a Sua Alteza, a quem fiz reclamações moderadas mas insistentes sobre o procedimento do wali de Tungue. O Sultão respondeu-me que na vespera mandára terminantes ordens ao wali para deixar os portuguezes occuparem Macoloe, e que no dia immediato mandaria ali outro navio fazer uma syndicancia e caso fosse verdade o facto narrado no telegramma, demittiria e castigaria severamente o wali de Tungue. || Transmitti logo em telegramma ao governador de Moçambique o resultado da minha visita ao Sultão, e n'essa noite recebi uma carta de Sua Alteza, em que me era confirmado tudo o que o Sultão me dissera na entrevista da tarde, carta que eu não solicitei e que parece comprovar a boa fé do principe, de que eu não duvidava. Dois dias depois insisti eu junto do Sultão para concluirmos o tratado de limites, e Sua Alteza respondeu-me que esperasse eu a volta do syndicante que elle mandára a Tungue. A monção do NE. está em toda a sua força, e se com ella é facil a um pangaio ir a Tungue é difficil voltar aqui, o que poderia em todo caso trazer uma demora grande. N'esse tempo a corveta Briton devia ir a Lindi, et sir John offereceu ao Sultão trazer ella de Tungue a resposta, caso que foi acceito. Mas acontece que o Briton é o navio que está ás ordens do coronel Kitchener, commissario inglez da delimitação, e que tendo chegado o navio que esperava o commissario francez, a commissão decidiu partir immediatamente para a costa, indo o commissario inglez no navio francez até encontrar o Briton de que elle tomará conta. || Assim pois, o Briton não nos poderia trazer a desejada resposta da syndicancia de Tungue, e sabendo-se aqui que estava em Moçambique a canhonheira Dragon, sir John telegraphou á canhonheira, dizendo-lhe vir por Tungue a trazer a resposta. Este caso de dois navios inglezes em Tungue preoccupou o governador de Moçambique, a quem ainda não pude explicar a rasão d'elle, limitando-me apenas a tranquillisal-o pelo telegrapho. || A canhonheira Vouga partiu ante-hontem para Tungue, e eu estou certo que não encontrará emba-

Nr. 9639.
Portugal.
16. Jan. 1886.

raços para occupar Macoloe. Eis, aqui, ex.^{mo} sr., a narração desenvolvida dos factos que têm relação com a pergunta que v. ex.^a me fez em telegramma. O incidente dado entre o capitão mór de Mucimboa e o wa^{li} de Tungue era um pouco elastico, e dava azo a interpretações diferentes, desde o casus belli até á simples reclamação. Eu entendi que devia collocar-o no ultimo caso, sem lhe dar uma importancia maior, porque isso não me convinha, e contentar-me-hei com a demissão do wali de Tungue, se v. ex.^a não ordenar o contrario. || O que eu posso afirmar a v. ex.^a é que o governador de Moçambique tem andado em toda a questão com o maior zêlo e intelligencia, tendo sido optimamente secundado pelo governador do Ibo e officiaes da Quæza. Não ha elogios que lhe não caibam e, se o facto inicial não merecer a aprovação do governo, só eu tenho a responsabilidade d'elle. Esta questão não teria sido uma questão, se eu tivesse tido aqui um navio, que peço ha muito tempo, para me transportar á costa, como têm todos os consules aqui, não tendo n'isso os interesses que nós temos. || Ainda antes de partir a me^{ta} informarei o que houver. || Deus guarde, etc.

Nr. 9639. PORTUGAL. — Consul in Zanzibar an den Min. des Ausw.
— Projekt eines Grenzvertrages mit Zanzibar. [31.]

Extracto.

Nr. 9639.
Portugal.
17. Jan. 1886.

Zanzibar, 17 de janeiro de 1886. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Tenho a honra de enviar a v. ex.^a uma copia (documento A) do projecto do tratado de limites entre Moçambique e Zanzibar, que eu estou negociando com Sua Alteza o Sultão. || Não devo occultar a v. ex.^a que Sua Alteza tem grande repugnancia em ceder Tungue, onde hoje Sua Alteza tem um governador seu, tropas, alfandega, etc., mas espero comtudo remover as difficuldades, e obter para nós o completo dominio n'aquelle porto.

Pergunto a v. ex.^a o seguinte: || 1.^o Se Sua Alteza se recusar positivamente a admittir o Cabo Delgado por limite, devo sacrificar o limite da costa para obter o limite interior? || 2.^o Se Sua Alteza se recusar positivamente admittir o limite interior, devo sacrificar o interior para obter a costa até Cabo Delgado?

Se eu poder obter de Sua Alteza os limites taes como eu os apresentei, assigno o tratado sem hesitar, porque nada melhor podemos querer, mas, tendo de sacrificar alguma cousa do meu projecto, não o faço sem ordem do governo. || Em todo o caso, o conhecimento que eu tenho das cousas de Africa, e sobretudo das circumstancias actuaes das localidades em questão, obrigam-me a dizer a v. ex.^a que eu não teria duvida em aconselhar o governo a sacrificar a questão da costa, para obter o Rovuma como limite interior. || Rogo por isso a v. ex.^a que, logo que receba este officio, me dê as suas ordens pelo telegrapho, caso não tenha tido antes telegramma meu a participar a assignatura do tratado tal como eu quero. || Deus guarde, etc.

A

Projecto do tratado de limites, apresentado
a Sua Alteza o Sultão de Zanzibar
em 24 de dezembro ultimo pelo consul geral de Portugal.

Nr. 9639.
Portugal.
17. Jan. 1886.

Sua Magestade El-Rei D. Luiz I, etc., etc.

Artigo 1.^o A linha de limites entre a provincia de Moçambique e o sultanado de Zanzibar partirá da ponta de Cabo Delgado, seguindo pela cumiada do Cabo, pelo paralelo que, passando a O. d'essa cumiada vae encontrar o rio Rovuma, e depois este rio até ás suas nascentes Assim as vertentes N. de Cabo Delgado, o paralelo que une a cumiada O. do Cabo com o Rovuma, e a margem N. (esquerda) do Rovuma até ás suas nascentes pertencerão a Sua Alteza o Sultão de Zanzibar; as vertentes S. do Cabo, o citado paralelo e a margem S. (direita) do Rovuma até ás suas nascentes pertencerão a Sua Magestade El-Rei de Portugal. Em todo o caso pertencerá á provincia de Moçambique o melhor lugar de Cabo Delgado para a collocação de uma luz. || Art. 2.^o As minas de carvão, situadas no Luzinda ao S. do Rovuma, e já mandadas estudar por ordem de Sua Alteza, serão concedidas a Sua Alteza o Sultão segundo a lei. || Art. 3.^o El-Rei de Portugal e Sua Alteza o Sultão de Zanzibar nomearão delegados que demarquem precisamente a linha de limites entre a parte O. da cumiada do Cabo até ao Rovuma, de modo tal que, sem se afastarem muito do paralelo, como fica estipulado no artigo 1.^o, deixem perfeitamente estabelecido quaes as povoações que ficam sob os dominios das duas altas partes contratantes. || Art. 4.^o Este tratado será ratificado, etc., etc. || Esta copia é a traducção exacta do texto arabe, apresentado pelo consul portuguez a Sua Alteza, e por isso, sem differir na essencia do texto portuguez, differe na fórma, como não póde deixar de ser entre duas linguas que se regem por leis grammaticaes diferentes.

Nr. 9640. ZANZIBAR. — Der Sultan an den König von Portugal
— Berufung auf die Grenzprüfungskommission. [42.]

A Sa Majesté l'Auguste, la Couronne de ma tête, etc., D. Louis, Roi de Portugal compliments et saluts de Said Ben Berghash. || Après avoir fini amicalement d'accord avec le consul de Votre Majesté le petit incident, j'ajoute que quant aux limites de nos possessions respectives je m'engage d'envoyer dans six mois et de concert avec Votre Majesté des représentants sur l'endroit où la délimitation, voulue par Votre Majesté, doit avoir lieu, et avec le vouloir du Dieu Tout Puissant, chacun de nous recevra la part laquelle lui est due, suivant ses droits et réclamations sans que d'autres se mêlent dans notre affaire. || Salutations. = Said Ben Berghash.

Nr. 9640.
Zanzibar.

Nr. 9641. PORTUGAL. Gesandter in Berlin an den Minister des Ausw. — Deutschland will die Festsetzung des Rovuma als Grenze gegen Zanzibar unterstützen. — [64.]

Nr. 9641.
Portugal.
19. Jan. 1887.

Berlin, 19 de janeiro de 1887. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Tenho a honra de remetter a v. ex.^a copia da carta (documento A), que me escreveu o sub-secretario d'estado, conforme annunciei a v. ex.^a no meu telegramma de 15 do corrente mez. || Cumpre-me mais informar a v. ex.^a de que na audiencia de hontem transmitti ao secretario de estado os agradecimentos de Sua Magestade El-Rei e do governo, como me foi ordenado pelo telegramma de v. ex.^a de 16 d'este mez, e dei-lhe tambem communicação da saída do governador de Moçambique para Zanzibar. || Deus guarde, etc.

A

Berlin, le 15 janvier 1887. — Mr. le marquis. — En me référant à notre entretien de hier matin j'ai l'honneur de porter à votre connaissance que mr. Schmidthals sera chargé de déclarer à Lisbonne ce qui suit:

Nous aimons à croire que mr. Serpa Pinto ne trouvera point de difficulté à faire reconnaître la frontière du Rovuma; en cas contraire notre consul général à Zanzibar sera toutefois autorisé à lui prêter l'appui moral demandé par v. ex.^{co}.

Veillez croire, mr. le marquis, à mes sentiments très dévoués. = Berchem.

Nr. 9642. PORTUGAL. — Consul in Zanzibar an den Min. d. Ausw. — Weigerung des Sultans, die Grenzen zu reguliren. [71.]
Telegramma. — Extracto.

Nr. 9642.
Portugal.
3. Febr. 1887.

Zanzibar, 3 de fevereiro de 1887. — Sultão de Zanzibar respondeu hontem, traducção hoje, nega promessa cessão qualquer terreno. Comprova juntando copia carta e telegramma a El-Rei. Compromettera-se apenas na carta a delimitação por arbitros dentro de seis mezes, promessa hoje caduca por effeito convenção Gran-Bretanha. Allemanha fixando Meningane com satisfação sua. A minha opinião hoje seria tomar Tungue pela força de armas. Peço instrucções com toda a urgencia. = Castilho.

Nr. 9643. PORTUGAL. — Consul in Zanzibar an das Ministerium. — Abbruch der Verhandlungen von Seiten des Sultans. [72.]
Telegramma.

Nr. 9643.
Portugal.
3. Febr. 1887.

Zanzibar, 3 de fevereiro de 1887. — Sultão de Zanzibar parte campo 5, suspensos todos negocios publicos. É da maior conveniencia mandar-me carta e telegramma para El-Rei a fim de confrontar = Castilho.

Nr. 9644. PORTUGAL. — Gesandter in London an den Min. des Ausw. — Memoranda, betr. die Grenzstreitigkeiten mit Zanzibar. [93.]

Londres, 14 de fevereiro de 1887. — III.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Logo que recebi o despacho que v. ex.^a se dignou expedir-me, com data de 4 do corrente, relativo á questão de Zanzibar, redigi um memorandum, para ser levado á presença do ministro dos negocios estrangeiros de Sua Magestade Britannica, no caso de eu o não poder ver tão depressa como desejava. || O memorandum, cuja copia tenho a honra de remetter a v. ex.^a, foi entregue no dia 11 do corrente. || Nos meus telegrammas de 12, levei ao conhecimento de v. ex.^a o que se passou na audiencia que n'aquelle mesmo dia eu tivera de lord Salisbury. Os referidos telegrammas, de que remetto copia, foram tão extensos e desenvolvidos, que só me resta dizer a v. ex.^a que procurei por todos os meios ao meu alcance serenar o animo de lord Salisbury, pondo em relevo o grande desejo de não melindrar de fórma alguma a susceptibilidade do governo britannico, o bom fundamento dos direitos allegados pelo governo de Sua Magestade, a rectidão e justiça com que procedeu e, finalmente, a impreterivel necessidade em que se achou de adoptar sem perda de tempo medidas energicas. || Lord Salisbury poz termo á audiencia, pedindo-me para transmittir a v. ex.^a tudo quanto elle me havia dito. || Hontem pela manhã recebi o telegramma que v. ex.^a se dignou dirigir-me. A informação constante da copia inclusa e extrahida do telegramma de v. ex.^a, foi hoje levada á presença de lord Salisbury, por intermedio do sub-secretario de estado sir Julian Pauncefote (documento B). || Deus guarde, etc.

Nr. 9644.
Portugal.
14. Febr. 1887.

A. Memorandum.

Le Portugal a constamment soutenu que le Cap Delgado est la limite nord de son importante province de Moçambique. Nonobstant, il n'y a pas encore longtemps, Saïd Ben Bergash, Sultan de Zanzibar, se trouvait possesseur effectif non seulement du Cap Delgado, mais de toute la baie de Tungue. L'occupation par le Portugal de la partie sud de cette baie, jusqu'à l'embouchure du fleuve Meningane, occupation consentie par le Sultan, a résolu partiellement cette ancienne question, tout en la laissant pendante en ce qui regarde la possession de la partie nord de la baie, que le Portugal a continué à réclamer. || Cette question avait été récemment l'objet de négociations entre le Sultan et le gouvernement portugais représenté par le lieutenant colonel A. de Serpa Pinto, consul général à Zanzibar. Vers le milieu de l'année 1886, lorsqu' un conflit qui avait eu lieu entre le Sultan et l'agent portugais eut été aplani, le Sultan adressa au Roi de Portugal une lettre dans laquelle, reconnaissant l'existence de la contestation sur les limites, il affirmait que son intention était de la résoudre amicalement, au moyen de commissaires qui seraient envoyés sur les lieux. De cette façon d'agir, et du travail auquel se livreraient les commissaires devait résulter, disait la lettre, „que le Roi et le Sultan recevraient chacun

Nr. 9644.
Portugal.
14. Febr. 1887.

la part qui leur serait due, suivant leurs droits et leurs réclamations et sans que d'autres eussent à intervenir dans l'affaire". || A la fin de l'année dernière, le consul général Serpa Pinto se trouvant gravement malade dut retourner en Europe, avant d'avoir pu terminer les négociations qu'il avait commencées avec le Sultan. || Cependant, le gouvernement du Roi, désireux d'en finir au plus tôt avec cette question de limites, résolut, d'accord avec la lettre du Sultan, d'envoyer à Zanzibar, en qualité de commissaire du Portugal, le gouverneur général de la province de Moçambique. Le Roi adressa au Sultan un télégramme dans lequel Sa Majesté l'informait qu'elle avait donné des pouvoirs spéciaux au gouverneur et manifestait l'espoir que la question pendante recevrait une solution satisfaisante. Aux termes même de la lettre du Sultan, le Portugal et le Zanzibar devaient négocier et arriver à une solution en dehors de l'action, intervention ou ingérence d'aucune autre puissance. || Le Sultan répondit par un télégramme dont les termes équivalaient à affirmer que les intentions, qu'il avait manifestées dans sa lettre, ne s'étaient pas modifiées. En conséquence, des ordres furent expédiés par le télégraphe au gouverneur général de Mozambique, qui arriva le 16 janvier dernier à Zanzibar et fut reçu le 21 par le Sultan. Une fois ces premières formalités et cérémonies accomplies, le Sultan s'est dérobé à toute discussion verbale en s'abstenant d'accorder de nouvelles audiences au gouverneur. Il ne restait à celui-ci d'autre ressource que celle de formuler par écrit sa réclamation. || C'est ce qu'il a fait. Le Sultan lui a répondu que la promesse qu'il avait faite dans le temps au Roi de Portugal, de résoudre la question de limites d'une façon satisfaisante, au moyen de commissaires envoyés sur les lieux, ne pouvait avoir d'effet, par suite de la convention récemment célébrée entre le Zanzibar, l'Angleterre et l'Allemagne, en vertu de laquelle l'embouchure du fleuve Meningane, au fond de la baie de Tungue avait été reconnue comme limite du Zanzibar. || Le Sultan ne se bornant pas à se soustraire, d'une façon aussi inqualifiable, à une négociation qu'il avait été le premier à indiquer au Roi de Portugal comme moyen de résoudre le différend d'une façon digne et amicale, le Sultan, d'après un télégramme du gouverneur, a jugé à propos de partir le 5 février pour sa résidence de campagne, interrompant par ce fait la marche de toutes les affaires politiques. || L'allégation des dispositions de la convention avec la Grande-Bretagne et l'Allemagne ne peut être considérée que comme un prétexte dont le Sultan se sert pour se soustraire à entrer dans les négociations proposées par le gouverneur. Il ne pouvait être dans la pensée des gouvernements de la Grande-Bretagne et de l'Allemagne, avec lesquels celui du Portugal se trouve dans les rapports les plus amicaux, de trancher une question, qui intéresse de si près le gouvernement portugais, sans qu'au préalable il n'eût été admis à exposer ses droits et à plaider sa cause. || La faculté du Sultan de Zanzibar de traiter avec le Roi de Portugal ne se trouve ni ne peut se trouver annulée ou diminuée par le fait d'avoir défini, dans une convention avec la Grande-Bretagne et l'Allemagne, l'étendue de ses états. || Le mal-fondé

absolu du seul motif invoqué par le Sultan pour refuser de tenir la promesse faite au Roi du Portugal est donc évident, et le gouvernement portugais ne peut s'empêcher, d'envisager ce procédé comme une offense faite au pays dans la personne de son plus éminent et plus auguste représentant. || Gardien naturel de l'honneur et de la dignité de la nation, le gouvernement portugais se trouve dans la nécessité d'obtenir une réparation, en adoptant à cet effet les mesures qui lui sembleront indispensables. Il cherchera à rendre cette réparation aussi complète, que l'exigent non seulement la publicité de l'offense, mais aussi le prestige qu'il est indispensable au Portugal de soutenir dans les régions africaines. || Le gouvernement de Roi tient à ce que ses actes et ses procédés ne puissent être défigurés aux yeux du gouvernement de Sa Majesté Britannique. En lui exposant la situation, et les faits dont il s'agit, il est guidé par le sentiment de déférence qu'il ne peut manquer d'avoir envers une puissance avec laquelle le Portugal tient à cœur de maintenir et de resserrer, s'il est possible, les liens d'amitié traditionnelle à laquelle, depuis des siècles et sous les plus divers régimes, tous les gouvernements portugais ont attaché le plus haut prix.

Nr. 9644.
Portugal.
14. Febr. 1887.

B. Memorandum.

Mr. de Barros Gomes, en télégramme d'hier, dit que: — Dans sa dépêche du 4 courant, dont il me chargeait de donner connaissance à lord Salisbury, il exposait la situation dans tous ses détails, ainsi que la nécessité où se trouvait le gouvernement du Roi de prendre des mesures énergiques. || Cette dépêche de mr. de Barros Gomes est parvenue à mr. d'Antas le 9.

Il en a fait un memorandum qu'il a remis à lord Salisbury le 11, n'ayant pas pu voir s. ex^{co} la veille.

Le télégramme de mr. de Barros Gomes continue ainsi: || Le gouverneur de Moçambique est parti samedi avec trois navires. Sa mission se borne à occuper Tungue. Il n'a jamais été dans la pensée du gouvernement du Roi de bombarder Zanzibar, ni de risquer de porter aucun dommage aux intérêts commerciaux des divers pays. L'action du Portugal se bornera à l'occupation de Tungue, selon le droit que de tout temps il a affirmé lui appartenir. Il s'abstiendra d'aller jusqu'à Rovuma, bien que ce dernier point ait été fixé dans la convention avec l'Allemagne pour limite des possessions portugaises. || Le gouvernement du Roi est on ne peut plus peiné de ce que lord Salisbury ait pu penser un seul instant qu'on a oublié d'avoir envers l'Angleterre toute la déférence qui est due à une grande et noble nation avec laquelle le Portugal tient à cœur de maintenir l'amitié que les unit depuis des siècles.

Nr. 9645. PORTUGAL. Min. des Ausw. an den Gesandten in Madrid, Paris und Rom. — Instruktion, betr. Grenzregulirung mit Zanzibar. [96.]

Nr. 9645. Extracto.
Portugal.
15. Febr. 1887.

Lisboa, 15 de fevereiro de 1887.—Expedi hontem para essa legação o telegramma seguinte: “Por carta a El-Rei escripta o anno passado o Sultão de Zanzibar obrigára-se espontaneamente a resolver dentro de seis mezes por meio de commissarios a questão da bahia de Tungue, sem intervenção de terceiras potencias. De accordo com esta promessa El-Rei telegraphou em 12 de janeiro ao Sultão que enviaria o governador de Moçambique como commissario, ao que o Sultão respondeu ficar com tente. Chegado o governador a Zanzibar, o Sultão declarou que a promessa caducára em virtude da convenção recentemente celebrada com a Inglaterra e Allemanha, e recusou tratar directamente com Portugal. Esta resposta inesperada collocando o governador em posição affrontosa obrigou este a formular um ultimatum, findo o praso do qual seguin para Tungue. Como v. ex.^a sabe, o tratado de 1817 com a Inglaterra reconheceu o limite de Moçambique em Cabo Delgado, o recente convenio nosso com a Allemanha fixou-o na foz do Rovuma ao N. do Cabo Delgado; o litigio era só com o Sultão e este pedira que fosse tratado fóra da intervenção de terceiros. Antes de saír de Zanzibar o governador confiou os interesses portuguezes a consul allemão, que acceitou por ordem do seu governo. Amanhã envio despacho para mais esclarecimentos. || „Informando sem demora a v. ex.^a das occorrencias verificadas em Zanzibar, tive por fim habilital-o a satisfazer a qualquer pedido de informações que sobre o assumpto podesse porventura ser-lhe dirigido por esse ministro dos negocios estrangeiros, e bem assim a corrigir as noticias propositadamente inexactas transmittidas por via telegraphica do Zanzibar para a Europa. Cumprindo agora a promessa feita na conclusão do telegramma acima referido, passo a expôr a v. ex.^a as rasões que determinaram o procedimento do governo portuguez. || Não desconhece v. ex.^a o nosso direito sempre affirmado a ver no Cabo Delgado o limite N. da importante provincia de Moçambique. É certo, porém, que, a despeito d’essa affirmação, não só o Cabo Delgado mas até a inteira bahia de Tungue se achavam ainda não ha muito na posse effectiva, embora por nós contestada no campo do direito, de Said Bargash, Sultão de Zanzibar. A occupação da parte S. da bahia até á foz do rio Meningane, occupação consentida pelo Sultão, veiu resolver em parte este já antigo litigio, deixando pendente no emtanto a questão ácerca da posse da metade N. da bahia, que Portugal continuou reclamando como sempre o fizera, succedendo até que no tratado ajustado em tempo com o Sultão pelo governador Tavares de Almeida, essa questão da posse da bahia ficára reservada. Fizera ella, entre outras occasiões muito recentemente, assumpto de seguida negociação, entre o governo portuguez e o Sultão, negociação que por parte de Portugal foi sustentada pelo consul geral Serpa Pinto. || Levantado em meados do anno findo o conhecido conflicto

entre aquelle nosso agente e o Sultão, sabe v. ex.^a que na terminação honrosa que esse incidente teve para Portugal, em grande parte devida á audacia e tino do consul Serpa Pinto, o Sultão, entre outras satisfações dadas ao nosso paiz, incluiu como tal o facto de escrever a Sua Magestade El-Rei uma carta autographa, de que foi portador Serpa Pinto no seu regresso á Europa. „Emquanto aos limites das nossas respectivas possessões, assim se exprimia Said Ben Bargash, comprometto-me a enviar dentro de seis mezes, e de accordo com Vossa Magestade, commissarios respectivos, á propria localidade onde deve verificar-se a delimitação exigida por Vossa Magestade, e, com o auxilio de Deus Omnipotente, cada um de nós receberá então a parte que lhe competir, de accordo com os seus dircitos e reclamações, e sem que outros intervenham n'esta questão.“ || Havendo o consul geral portuguez regressado á Europa, como acima fica dito, no segundo semestre de 1886, para aqui revigorar um organismo profundamente obalado e combalido pela permanencia em Africa e trabalhos e doenças, aliás valentemente supportadas na primeira phase da expedição portugueza ao lago Nyassa, em que elle ainda conseguira tomar parte, esperava o governo de Sua Magestade o completo restabelecimento d'aquelle funcionario para lhe ordenar o regresso ao seu posto no Zanzibar, com o fim de concluir a negociação encetada com o Sultão. || Como, porém, o regresso do consul se houvesse, por causas diversas, demorado mais do que a principio o governo suppozera, pareceu conveniente nomear para commissario especial de Portugal, na questão pendente, e sempre nos termos da carta do Sultão a El-Rei, o governador geral de Moçambique. Com esse fim dirigiu Sua Magestade El-Rei ao Sultão, e como resposta a este, um telegramma, com data de 16 de janeiro, em que declarava encarregar o seu commissario de resolver, nos termos precisos da carta do Sultão, a questão pendente entre ambos, na esperança de chegar a uma resolução favoravel do assumpto, resolução accordada entre Portugal e Zanzibar fóra da acção ou intervenção de qualquer terceira potencia. || A este telegramma de El-Rei respondeu o Sultão em termos importando por fórma clara uma affirmação, de que se mantinha ainda no terreno da carta ao soberano de Portugal, pois dizia textualmente o seguinte: „recebi seu telegramma, ficámos contente.“ || Foram pois expedidas ordens telegraphicas em conformidade com o que precede ao governador geral de Moçambique, o qual chegou a Zanzibar a 16 de janeiro ultimo, e foi recebido em audiencia pelo Sultão em 21. Satisfeita esta primeira formalidade, furtou-se aquelle soberano mais tarde a qualquer discussão verbal, evitando nova audiencia. Restava ao governador geral formular por escripto a sua reclamação. Assim procedeu, recebendo em resposta do Sultão, que a promessa, em tempo feita a El-Rei, de resolver por meio de commissarios enviados á localidade a delimitação pedida, caducára em face da recente convenção celebrada entre Zanzibar, a Allemanha e a Inglaterra, e pela qual se reconhece como limite de Zanzibar a foz do rio Meningane no fundo da bahia de Tungue. Por outro lado, não contente com ter declinado por fórma tão insolita o

Nr. 9645.
Portugal.
15. Febr. 1887.

Nr. 9645.
Portugal.
5. Febr. 1887.

encetar, se quer, uma negociação que elle proprio indicára ao Rei de Portugal como meio de amigavel e decorosamente resolver a pendencia entre ambos, o Sultão, segundo consta por telegramma do governador geral, retirou-se do Zanzibar para a sua residencia de campo, suspendendo-se por tal facto o andamento de todos os negocios publicos. Ao seguro criterio e claro juizo de v. ex.^a não póde de certo escapar o nenhum fundamento do pretexto opposto pelo Sultão á abertura da negociação proposta pelo governador geral. A disposição da convenção allegada não póde significar mais do que o reconhecimento dos factos, e a posse effectiva, se não a de direito, já por minha parte eu proprio a reconheci no começo d'este despacho, mas o que de certo não podia estar no animo de nenhuma das duas potencias europêas signatarias da convenção, era resolver sobre direitos de Portugal, sem sequer ter precedido audiencia do seu governo, com o qual a Inglaterra e a Allemanha sustentam aliás as melhores e mais amigaveis relações. E de que uma tal interpretação nunca poderá ser partilhada pelo gabinete de Berlim e de Londres tem este governo, alem de outras provas com respeito á Inglaterra, a disposição clara do artigo do tratado de 28 de julho de 1817 e com relação á Allemanha o disposto pelo artigo 2.^o do convenio ha pouco celebrado com esta potencia, artigo que diz o seguinte: || „A fronteira que a SO. de Africa fica separando as possessões portuguezas das allemãs, seguirá o curso do rio Rovuma desde a sua foz até a confluencia do rio M'singe e d'ahi para O. o paralelo até á margem do lago Nyassa.“

E note v. ex.^a, para corroborar esta affirmacão, que a data d'esse convenio é muito posterior á da declaracão entre a Inglaterra e a Allemanha ácerca de Zanzibar, declaracão já publicada no jornal official do imperio, e que consta das notas de 29 de outubro e 1 de novembro, trocadas entre o conde de Hatzfeld e o fallecido lord Iddeslesgh. || A acção do Sultão para tratar livremente com o soberano de Portugal em nada pois se achava nem podia achar-se presa por effeito do convenio recente, em que elle definira com a Allemanha e com a Inglaterra a extensão dos seus estados. Reconhecida assim a invalidade do fundamento unico em que se firma, para recusar cumprir a solemne promessa feita a El-Rei, o procedimento desleal do Sultão não póde deixar de ser considerado por este governo como um agravo feito ao paiz na pessoa do seu representante, e esta circumstancia incomportavel com a manutençã do brio e da dignidade nacionaes, obrigaram o governo a desaffrontar-se e a adoptar sem perda de tempo todas aquellas providencias que pareceram indispenveis para assegurar essa desaffronta, e torna-a tão completa quanto o exigiam a publicidade e os termos do agravo e a conservacão do prestigio portuguez n'aquellas paragens. || Foi pois ordenado ao governador geral de Moçambique que apresentasse ao Sultão um ultimatum, e no caso de não obter resposta satisfatoria e condigna seguisse para Tungue, fazendo succeder á acção diplomatica já esgotada a militar. || Tendo expirado o praso do ultimatum no sabbado 12 do corrente pelo meio dia, e havendo

sido dilatoria a resposta do Sultão, pois, contra o compromisso formal tomado na carta a El-Rei, declinava tratar directamente com Portugal, o governador geral telegraphou de Zanzibar ás duas horas e trinta minutos, annunciando que fa partir desde logo com destino a Tungue.

Nr. 9615.
Portugal.
15. Febr. 1887.

Tal é a situação das cousas até ao ponto em que o governo de Sua Magestade d'ellas tem conhecimento. Do que posteriormente occorrer com respeito á acção militar irei informando a v. ex.^a || Deus guarde etc.

Nr. 9646. PORTUGAL. — Min. des Ausw. an den Konsul in Zanzibar.
— Telegramm Salisbury's, betr. die Grenzregulirung
zwischen Portugal und Zanzibar. [98.]

Lisboa, 18 de fevereiro de 1887. — Accuso a recepção do telegramma transcripto (documento A) de lord Salisbury, que por ordem do governo de Sua Magestade Britannica v. s.^a foi encarregado de pessoalmente me entregar. || Cumpre-me em respôsta reportar-me ao conteúdo da minha nota de 14 do corrente, na qual antecipadamente procurei levar ao conhecimento de lord Salisbury, por intermedio d'essa legação, as rasões em que se firmou o procedimento do governo portuguez. Nutro confiadamente a esperança que a apreciação imparcial d'essas rasões por parte do chefe do gabinete de uma nação amiga, poderá ainda modificar o sentimento expresso na conclusão do telegramma de lord Salisbury. Referindo-me, porém, aos considerandos ou primeira parte do telegramma em que essa conclusão parece firmar-se, cumpre-me assegurar a v. s.^a que os actos recentes do governador geral de Moçambique, a que se refere a declaração de lord Salisbury, se não fundam no que dispõe a convenção entre Portugal e Allemanha de que este governo, de accordo com o allemão, se apressou em dar confidencialmente conhecimento ao de Sua Magestade Britannica, annuindo assim de prompto aos 'desejos por este ulteriormente manifestados. || Independentemente da interpretação que deva dar-se ao que se dispõe no seu artigo 2.^o, essa convenção carece ainda, para ser valida da approvação pelas côrtes portuguezas. Fundou-se pois o procedimento de Portugal uncia e exclusivamente em o nosso direito historico e tradicional, affirmado claramente pelo que respeita ao limite no Cabo Delgado no artigo 2.^o da convenção de 28 de julho de 1817, celebrada entre Portugal e a Gran-Bretanha, e ainda no proseguimento da negociação desde muito sustentada com Sua Alteza o Sultão de Zanzibar, proseguimento que o governo de Sua Magestade Fidelissima ordenára se verificasse nos precisos termos da carta do Sultão a El-Rei, confirmados em telegramma recente ao soberano de Portugal; sendo esta negociação directa entre os dois estados independente, no entender d'este governo, do que possa dispor a convenção anglo-germanica, de cujos termos não exista aliás conhecimento official n'esta secretaria d'estado. || Aproveito, etc.

Nr. 9646.
Portugal.
18. Febr. 1887.

A.

Nr. 9646.
Portugal.
18. Febr. 1887. A telegram has been communicated by the Portuguese Minister stating, that the River Rovuma is the northern limit of the Sultan of Zanzibar's dominions according to the convention lately concluded between Germany and Portugal. The governments of Great Britain and Germany maintain, that the Meningane is the limit of the Sultan's dominions. They further maintain, that the Rovuma is only the boundary line of the German and Portuguese sphere of influence. || The convention therefore does not affect the Sultan's rights. || Her Majesty's government therefore consider, that the occupation by Portugal of the left or northern bank of the Meningane cannot be justified.

Nr. 9647. DEUTSCHES REICH. — Ges. in Lissabon an den Min. des Ausw. — Zustimmung des Sultans von Zanzibar zur Grenzregulierungskommission. [106.]

Nr. 9647.
Deutsches Reich.
26. Febr. 1887. Lisbonne, ce 26 février 1887. — Mr. le ministre. — En retournant à la maison je trouve un télégramme qui m'informe que le Sultan de Zanzibar a déclaré officiellement au consul général d'Angleterre qu'il est prêt à nommer aussitôt des commissaires pour régler la question de frontière. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 9648. PORTUGAL. — Min. des Ausw.; Telegramm an die Gesandten bei den europ. Höfen. — Grenzstreitigkeit mit Zanzibar. [119.]

Telegramma.

Nr. 9648.
Portugal.
3. März 1887. Lisboa, 3 de março de 1887. — Governo recebeu telegramma governador geral Moçambique datado de hoje ás cinco horas e meia da tarde. Por elle consta achar-se bahia de Tungue toda em nossa poder. A aldeia de Meningane fôra tomado em 23 fevereiro por caçadores da Douro, Tungue em 26 pelas forças de Affonso de Albuquerque, com duas bandeiras e tres peças. Permaneciam nas aguas de Tungue canhoneiras Vouga e Douro para coadjuvar instalação e com ordem vigiar a costa para o N. || Governo acaba de expedir ordem ao governador para se abster qualquer novo acto de hostilidade contra Sultão, mantendo porém toda occupação já realisada. Governador regressa para Moçambique, com corveta Affonso de Albuquerque, e canhoneira Bengo. — Barros Gomes.

Nr. 9649. DEUTSCHES REICH. — Ges. in Lissabon an den Min. des Ausw. — Ernennung eines Commissars durch den Sultan von Zanzibar. [124.]

Nr. 9649.
Deutsches Reich.
4. März 1887. Lisbonne, le 4 mars 1887. — Monsieur le ministre. — J'ai l'honneur de porter à la connaissance de v. ex^{co} que le Sultan de Zanzibar a nommé le général Mathews son commissaire pour régler la question de frontière entre

la province de Mozambique et le sultanat. || Son Altesse ayant ainsi satisfait à la promesse faite à Sa Majesté Très-Fidèle j'ose espérer que le gouvernement portugais voudra bien hâter de son côté le moment de restituer le navire Kilwa, que le gouvernement royal, d'après l'obligeante note de v. ex^{ca} du 28 février, avait toujours eu l'intention de rendre aussitôt que l'action militaire eût cessé. || Je me permets d'ajouter que le gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne envisage cette restitution comme sous-entendue et comme une conséquence naturelle du fait que le Sultan a nommé définitivement un commissaire selon sa promesse. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 9649.
Deutsches
Reich.
4. März 1887.

Nr. 9650. PORTUGAL. — Min. des Ausw. an den deutschen Ges. in Lissabon. — Antwort auf dessen Mittheilung. [126.]

Lisboa, 5 de março de 1887. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Por v. ex.^a fui informado em tempo da intenção em que se achava o Sultão de Zanzibar de nomear um commissario para tratar com o de Sua Magestade Fidelissima, satisfazendo assim a promessa ha pouco invocada de balde pelo governo portuguez. Na sua nota, datada de hontem, acrescenta v. ex.^a que aquella intenção se traduzira praticamente no facto da nomeação já verificada, para commissario do general Mathews. || Satisfeita assim pelo Sultão a primitiva e justa exigencia formulada por Portugal, espera v. ex.^a que o governo de Sua Magestade se resolva por seu lado a antecipar a restituição do vapor Kilwa, que sempre fôra seu intento realisar, logo que se achasse regular e definitivamente ultimada a pendencia ácerca dos limites da provincia com o sultanado. || Não me cumpre insistir n'este momento nas rasões em extremo ponderosas que actuaram no animo do governo, ao adiar por algum tempo aquella restituição, nem ainda sustentar com argumentos novos a apreciação do governo de Sua Magestade, ácerca dos factos e do direito, no caso do apresamento do Kilwa, apreciação um tanto diversa da que v. ex.^a declara haver sempre sido subentendida pelo governo imperial. || Tal controversia seria agora inoportuna, porquanto o governo de Sua Magestade, tendo em attenção o desejo tão cortez e amigavelmente manifestado por uma nação amiga, como a Allemanha, resolveu, cortando por quaesquer outras considerações ou vantagens, expedir para Moçambique as ordens necessarias para que o Kilwa seja sem mais delongas devolvido ao Sultão de Zanzibar. || Esperando que v. ex.^a se dignará transmittir o conhecimento d'esta resolução a Sua Alteza o Principe de Bismarck, só me resta, sr. ministro, renovar-lhe a segurança, etc.

Nr. 9650.
Portugal.
5. März 1887.

Nr. 9651. PORTUGAL. — Ges. in London an den Min. des Ausw. — Memorandum an die engl. Regierung, betr. die Hinterhaltungigkeit des Sultans von Zanzibar. [142.]

Londres, 16 de março de 1887. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Dei conhecimento a sir Julian Pauncefote, sub-secretario d'estado do ministerio dos negocios

Nr. 9651.
Portugal.
16. März 1887.

Nr. 0651.
Portugal.
16. März 1887.

estrangeiros, do conteúdo dos telegrammas que v. ex.^a se dignou dirigir-me, relativamente á attitude suspeita do Sultão de Zanzibar e ao modo por que ella poderia influir nas resoluções do governo de Sua Magestade (documento A). || Sir Julian Pauncefote nada sabia a similhante respeito. Julguei dever suggerir a conveniencia de, pelo telegrapho, receber o consul inglez em Zanzibar ordem para aconselhar o Sultão a não se afastar do procedimento prudente e leal a que estava obrigado pela intervenção da Gran-Bretanha e da Allemanha no conflicto com Portugal. || Disse-me sir Julian Pauncefote que o consul em Zanzibar pedira auxilios para grande numero de subditos indo-britannicos que se refugiaram em Zanzibar, tendo as suas propriedades sido destruidas pelo bombardeamento de Tungue. Acrescentou que o ministro de Inglaterra em Lisboa seria encarregado de levar ao conhecimento de v. ex.^a este facto, ao qual se refere o telegramma que tive a hora de remetter a v. ex.^a com o meu precedênte officio. || Na sessão de hontem, na camara dos communs, sir James Fergusson, sub-secretario d'estado do ministerio dos negocios estrangeiros, respondendo a uma pergunta do dr. Cameron, disse o seguinte: || „Alguns subditos indo-britannicos chegaram a Zanzibar, vindos de Meningane, e informaram o consul de que as suas propriedades tinham sido destruidas pelos portuguezes. Não temos porém conhecimento de pormenores. O navio da marinha real Reindeer partiu no dia 13 para a bahia de Tungue, com instrucções para se informar com exactidão dos acontecimentos. || O governo portuguez consentiu, em vista das representações da Inglaterra e da Allemanha, em suspender as hostilidades, em restituir ao Sultão o navio apresado e em entrar em negociações com Sua Alteza, relativamente ao territorio em litigio. Com relação aos subditos e aos interesses britannicos, procederá o governo de Sua Magestade como julgar necessario, quando os factos de que se trata tiverem sido convenientemente averiguados. || „No entretanto, o consul em Zanzibar está dando soccorros aos subditos britannicos que carecerem d'elles, em consequencia dos acontecimentos de Tungue.“ || Tenho a honra de remetter a v. ex.^a o extracto da sessão. || Tenho igualmente a honra de remetter a v. ex.^a um telegramma de Lisboa, publicado nos jornaes de hontem, relativamente á partida da corveta Bartholomeu Dias para Moçambique, á restituição do vapor apresado, e ao restabelecimento das relações entre Portugal e o Zanzibar. || Deus guarde, etc.

A. Memorandum.

Londres, le 14 mars 1887. — Des renseignements parvenus au gouvernement du Roi lui font craindre que le Sultan de Zanzibar ne tente encore quelque coup de main. Le gouvernement du Roi est préparé pour le repousser; mais il croit devoir appeler l'attention des puissances sur ce fait, en contradiction avec les termes dans lesquels leur intervention a eu lieu. La corvette Bartholomeu Dias se trouve déjà dans la Mer Rouge. || Le gouvernement du Roi avait l'intention de lui donner l'ordre, aussitôt qu'elle arriverait à Moçambique, de se rendre à Zanzibar, pour y renouveler les rapports, y amener le commissaire portugais

ou annoncer son arrivée, et pour restituer le steamer, conformément à la demande des puissances. L'attitude du Sultan, qui défend la vente de la poudre et recrue du monde sur la côte, à Mykandani, pourra altérer les résolutions du gouvernement du Roi. Le ministre de Sa Majesté Britannique à Lisbonne a été informé de ces faits. Le gouvernement du Roi a reçu depuis des nouvelles directes de Zanzibar, qui confirment l'attitude suspecte du Sultan, lequel, assure-t-on, a fait armer le steamer Nyassa.

Nr. 9651.
Portugal.
16. März 1887.

Nr. 9652. **GROSSBRITANNIEN.** — Ges. in Lissabon an den portug. Min. des Ausw. — Antwort auf das obige Memorandum. [143.]

Nr. 9652.
Gross-
britannien.
16. März 1887

Lisbon, 16th March 1887. — Monsieur le ministre. — Her Majesty's Government have had under their consideration the note which your excellency addressed to sir George Bonham on the 14th ultimo explaining the circumstances which led to the ultimatum sent by the Governor General of Mozambique to the Sultan of Zanzibar, and to the subsequent operations at Tunghi Bay. || In pursuance of instructions which I have received from Her Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs, I am to observe to your excellency, with reference to the contention that Great Britain is bound to recognize Cape Delgado as the northern limit of the eastern possessions of Portugal in Africa, because it was so described in the second article of the Slave Trade Convention of the 28th of July 1817, that although by that convention the territory possessed by Portugal within which Portuguese subjects were to be permitted, under the Treaty of the 20th of January 1815, to carry on the traffic in slaves was described as lying between Cape Delgado and the flay of Lourenço Marques, a description which was accurate in 1817 does not necessarily apply to the present day and that, as your excellency admits, the Portuguese flag has not flown on the bank of the Meningane since 1854, when the country as far south as that river became part of the territories of the Sultan of Muscat. || Since the creation of the Kingdom of Zanzibar in 1861 the Sultan has uninterruptedly possessed it. He has had a custom house at Tunghi and a settlement in which British Indian subjects have lived and traded peaceably under the Zanzibar flag. || Your excellency refers to the request made by Portugal, that she might be represented on the commission appointed in 1885 to delimit the Sultanate of Zanzibar, and states that although the request was not accepted, it was officially declared to her from London, Paris and Berlin that she would not be affected by her exclusion inasmuch as her right, as regards the boundary at Cape Delgado, was evident. On this point I am to state, that the question of Portuguese claims was never under the consideration of Her Majesty's Government, and that no declaration respecting them was made. The reply given to the proposal of Portugal was, that Her Majesty's Government would not oppose it if it were accepted by the other Powers. As France and Germany refused, I had the honour in pursuance of my instructions

Nr. 9652.
Gross-
britannien.
16. März 1887.

to inform Monsieur de Bocage in January 1886, that Her Majesty's Government could not support it. || As allusion is made in your excellency's note to a conversation between Sir Julian Pauncefote and Monsieur d'Antas, I am to state, that sir Julian's explanation is that it had no reference to territorial disputes, but to the desire of Portugal to take part in the conference, and that Monsieur d'Antas must have mistaken some remark about the claim of Portugal to Cape Delgado for an admission of its validity. || Your Excellency proceeds to allude to the efforts of Monsieur Serpa Pinto in 1885 to induce the Sultan to assent to a rectification of frontier and to the letter of the Sultan engaging to send a commissioner to Tunghi Bay to meet a Portuguese Commissioner: on this point I am to remind your excellency, that Her Majesty's Government have received repeated assurances that the Portuguese Government had no intention of having recourse to force, and that the six months expired without any further overture being made to the Sultan and that no overture was made until after the commission had separated, and the agreement as to the delimitation of the Sultanate between England and Germany, to which France assented, had been made public. || Her Majesty's Government do not contest the view contained in your excellency's note, that any preexisting claim of Portugal is not extinguished by the work of the commission and by the subsequent arrangements, and that it was open to Portugal to renew negotiations with the Sultan for the appointment of Commissioners of the two countries; but they cannot accept the inference that because the Sultan, feeling that his position was strengthened by the recognition of his de facto possession hesitated, — to appoint a commissioner and wished to refer to friendly Powers, — the only course open to Portugal was to commence hostilities. || In your excellency's note it is not contested, that no intimation was given to Her Majesty's Government of the intention of Portugal to send an ultimatum to the Sultan, and in case of its terms not being accepted immediately to attack his territory and seize his property; although it was well known to the Portuguese Government, that there are large British commercial interests in Zanzibar. || Monsieur d'Antas made his communication on the 11th ultimo, the day on which the ultimatum was presented, and your excellency admits that, when on the following day sir George Bonham, in compliance with his instructions, deprecated the use of force, it was already too late to stop hostilities. || In conclusion I am to state, that Her Majesty's Government find it difficult to understand the reason for this hasty action, which contrary to usual practice has deprived neutral states of the opportunity of warning their subjects that their property would be affected by the operations of war, and they do not find any justification of its necessity in your excellency's note. || I avail myself of this opportunity to renew to your excellency the assurance of my highest consideration.

Nr. 9653. PORTUGAL UND ZANZIBAR. — Vereinbarungsverhandlungen zwischen beiden Mächten. [164.]

Nr. 9653.
Portugal und
Zanzibar.
4. März 1887.

Extracto.

Moçambique, 4 de março de 1887. — (Recebido em 20 de abril de 1887) — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Hontem, pelas quatro horas da tarde, fundeava no porto d'esta cidade a corveta Affonso de Albuquerque, vinda da bahia de Tungue commigo a seu bordo e acompanhada pelo vapor (presa) Kilwa. N'este mesmo momento expedia eu v. ex.^a o seguinte telegramma: || „Bahia Tungue toda nossa. Meningane norte incendiado, destruido forças caçadores Douro 23 fevereiro. Tungue idem caçadores Affonso 27. Palma dirigiu ambos ataques, resultado brilhante: duas bandeiras, tres peças tomadas, ninguem perdemos. Permanecem ali Vouga e Douro coadjuvar installação. Costa tem ordem vigiar até Rovuma para final submissão. Felicito v. ex.^a“ || Ficou por esta fôrma terminada a principal e mais difficil parte das instrucções que v. ex.^a se dignou de transmittir-me em seus diversos telegrammas desde 8 de janeiro até 9 de fevereiro, dos quaes alguns eram tambem assignados pelo ex.^{mo} collega de v. ex.^a na pasta dos negocios estrangeiros. E parece-me poder ufanar-me, suppondo que as ordens de v. ex.^a foram talvez filhas da indicação que a v. ex.^a ousei fazer em meu telegramma de 4 de janeiro, como esta o era da communicação que v. ex.^a se dignou dirigir-me em data de 3 do mesmo mez, acerca da recente convenção com a Allemanha, que trata dos limites das possessões portuguezas no S. da provincia de Angola e no N. d'esta, e que agora me é confirmada em officio n.º 3 (reservado) da 2.^a repartição da direcção geral do ultramar de 8 de janeiro ultimo. || Quizera eu dirigir a v. ex.^a sobre tão importante assumpto um minucioso e bem coordenado relatorio, mas falta-me para isso absolutamente o tempo; em todo o caso, porém, envio a v. ex.^a todos os documentos que se referem a elle, acompanhados das poucas considerações que o assumpto ainda exige. || A 12 de fevereiro larguei de Zanzibar para a bahia de Tungue, depois de ter arriado a bandeira do consulado geral de Portugal, contando apenas com os recursos dos navios, com os que o governador do districto de Cabo Delgado teria reunido em Meningane (margem S.) e com o valiosissimo apoio moral de v. ex.^a Este porém era de tal ordem que suppriu as faltas dos outros dois, e nos deu a certeza de que seriamos bem succedidos na expedição a Tungue. || Chamo a attenção de v. ex.^a para as tres traducções da carta que Sua Alteza o Sultão de Zanzibar enviou a Sua Magestade El-Rei em abril do anno passado, das quaes uma foi feita pelo dr. Gregory e levada pelo major Serpa Pinto para Lisboa, outra feita agora pelo mesmo individuo a meu pedido, e a ultima mandada fazer pelo consul geral da Allemanha ao seu primeiro dragoman a meu pedido. A segunda e a terceira estão muito proximamente ignaes, mas a primeira differe d'ellas, no sentido optimista para nós, em pontos de não somenos importancia. Foi sobre as declarações d'este documento que o governo baseou a principal força da sua argumentação, emquanto o Sultão por outro lado teimava em

Nr. 9653. dizer que d'elle se não podia rasoavelmente deduzir qualquer promessa
 Portugal und categorica. || Direi mais a v. ex.^a que é para lastimar que da commissão
 Zanzibar. installada em 1885 para a delimitação dos territorios sujeitos á jurisdicção
 4. März 1887. de Sua Alteza, e que era composta de delegados allemão, inglez e francez,
 fossem unicamente excluidas, e o fossem sem um energico e solemne protesto
 nosso, as unicas duas nações que poderiam ter um legitimo interesse em tratar
 d'essa questão: Portugal e Zanzibar! || Muito conveniente seria tambem que o
 consul geral de Portugal em Zanzibar recolhesse ao seu posto, onde carece
 de seguir de perto e attentamente as diversas phases que vae successivamente
 assumindo o ousado trabalho de evolução que algumas nações européas ali
 estão fazendo. Pela proxima vizinhança em que de Zanzibar está uma provincia
 importante como esta, pelo grande numero de compatriotas laboriosos que ali
 emos e que carecem de mais ou menos protecção, e pelas relações commerciaes
 que tendem a estreitar-se entre os dois paizes, não é conveniente que sejamos
 preteridos em questões por vezes importantissimas. || É tambem muito conveniente
 que junto ao consulado geral tenhamos um bom interprete bem pago, para
 não estarmos, como eu agora estive, á mercê de um empregado do consulado
 da Allemanha, que o consul geral poz obsequiosamente á minha disposição. ||
 Todos os officiaes e praças das forças de mar e de terra que figuraram na
 questão da tomada de Tungue e Meningane, se houveram com o costumado
 valor que distingue os portuguezes. Ousarei todavia especialisar alguns e
 recommendal-os por intermedio de v. ex.^a á regia munificencia; a saber: o
 coronel de cavallaria, governador do districto de Cabo Delgado, José Raymundo
 de Palma Velho para a commenda da Torre e Espada; o capitão de fragata
 Augusto Marques da Silva, commandante da canhoneira Douro, para a de
 Christo; o capitão tenente Cypriano Lopes de Andrade, commandante da corveta
 Affonso de Albuquerque, para a commenda de S. Bento d'Aviz; o tenente João
 Augusto Pinto e o director da alfandega do Ibo Estanislau Alves Dias para
 o grau de cavalleiro de Christo; o nosso vice consul Augusto Braz de Sousa
 para o grau de cavalleiro de Nossa Senhora da Conceição. || Espero que v. ex.^a
 me dirá se foi sempre conveniente a maneira como me exprimi nas minhas
 notas a Sua Alteza o Sultão de Zanzibar, e se acha sensatas as instrucções
 que deixei ao governador do districto de Cabo Delgado e ao commandante
 da divisão naval. || Deus guarde etc.

A

De Sua Alteza o Sultão de Zanzibar a Sua Magestade
 o Rei de Portugal.

Nous informons Votre Majesté quant à la question de fixer entre nous
 les limites qui séparent le royaume de Zanzibar de celui de Portugal, que
 nous sommes disposés, après un délai de six mois, d'envoyer, conjointement
 à un agent de la part du Portugal, un délégué pour que chacun de nous rentre
 dans ces droits.

B

De Sua Alteza o Sultão de Zanzibar a Sua Magestade o Rei de Portugal.

Nous avons l'honneur d'informer Votre Majesté puissante, à propos de la délimitation de la frontière entre nous et Votre Majesté, existante entre le sultanat de Zanzibar et le royaume de Portugal, que nous attendrons avec cette affaire six mois, qu'après ce temps nous rassemblerons une commission de représentants des deux pays sur le lieu et chacun recevra ce que lui est dû selon le droit.

Nr. 9658.
Portugal und
Zanzibar.
4. März 1887.

C

De Sua Alteza Said Ben Bargash a Sua Magestade o Rei de Portugal.

A Sa Majesté, l'auguste, la couronne de ma tête, D. Louis, Roi de Portugal, se met à ses pieds avec compliments et saluts Bargash Ben Said. || Après avoir fini amicalement, d'accord avec le consul de Votre Majesté, le petit incident, j'ajoute que, quant aux limites de nos possessions respectives, je m'engage d'envoyer dans six mois et de concert avec Votre Majesté des représentants sur l'endroit où la délimitation voulue par Votre Majesté doit avoir lieu et avec le vouloir de Dieu Tout Puissant la délimitation se fera sans que d'autres se mêlent dans nos affaires.

D

O sr. Augusto de Castilho a Sua Alteza Said Ben Bargash.

Zanzibar, 29 de janeiro de 1887. — Serenissimo Principe. — O governo de Sua Magestade Fidelissima El-Rei de Portugal informou-me que Vossa Alteza, em carta dirigida a Sua Magestade El-Rei e datada de abril do anno proximo passado, declarára tencionar entregar ao nosso governo a parte N. da bahia de Tungue e o Cabo Delgado, cuja reivindicacão de posse temos ha longos annos diligenciado junto de Vossa Alteza. || Segundo me informa ainda o dito governo, parece ter Vossa Alteza renovado a sua promessa em telegramma dirigido a Sua Magestade El-Rei em resposta áquelle em que o mesmo augusto senhor participava a Vossa Alteza a minha visita a este porto. || Em vista pois do que fica dito e das categoricas e solemnes promessas de Vossa Alteza, estou encarregado da subida e distincta honra de vir perante Vossa Alteza pedir-lhe com todo o devido respeito, que se digne dar as suas ordens para que a dita entrega da parte N. da bahia de Tungue e do Cabo Delgado seja feita a mim ou á pessoa que para isso eu nomear || Deus tenha em sua santa guarda, etc.

E

O sr. Augusto de Castilho a Sua Alteza Said Ben Bargash.

Zanzibar, 2 de fevereiro de 1887. — Serenissimo Principe. — Em 30 de janeiro tive a honra de mandar entregar a Vossa Alteza uma carta datada de 29, na qual pedia Vossa a Alteza, em nome do governo de Sua Magestade, uma resposta sobre o assumpto de nosso mutuo interesse, e ácerca do qual

Nr. 9653. Portugal und Zanzibar. 4. März 1887. Vossa Alteza parecia ter já uma opinião definida como se dignou communicar a Sua Magestade El-Rei em carta de abril do anno passado e em telegramma do fim do mez ultimo. || Como porém até hoje Vossa Alteza se não dignou ainda mandar responder-me, provavelmente por causa de negocios mais urgentes ou impedimento de saude, venho novamente pedir a Vossa Alteza se digne de honrar-me com qualquer decisão que julgue dever dar-me, por isso que a minha prolongada demora n'este porto está causando grandes embaraços á administração geral da provincia de Moçambique. || Pelas boas relações que sempre existiram entre o governo de Sua Magestade e Vossa Alteza e no interesse dos dois paizes, tenho a certeza de que Vossa Alteza saberá inspirar-se dos sentimentos de justiça e equidade na decisão de uma antiga questão e a resolverá no sentido em que o governo de Sua Magestade tem por tantas vezes mostrado que o deseja. || Deus tenha em sua santa guarda a preciosa vida de Vossa Alteza.

F

De Sua Alteza o Sultão de Zanzibar ao sr. Augusto de Castilho.

Votre note du 29 janvier nous est parvenue. || Vous nous dites que votre gouvernement vous a informé, qu'en avril dernier nous avons adressé une lettre à Sa Majesté le Roi de Portugal, pour porter à sa connaissance que notre désir était d'abandonner aux Portugais la partie de territoire existant entre la baie de Tungue et le Cap Delgado. || Vous ajoutez aussi que nous avons confirmé cette promesse e la renouvelant par notre dépêche à Sa Majesté le Roi, en réponse à son télégramme qui nous annonçait votre arrivée. || Nous avons l'honneur de vous envoyer ci-près copies des susdit télégramme et lettre, afin qu'il vous soit tout d'abord démontré qu'indubitablement ces deux pièces ont été mal traduites. || Vous verrez donc par ces copies que nous n'avons jamais fait une telle promesse, comme vous le dites, et que nous n'avons jamais eu, non plus, une opinion arrêtée dans ce sens, ainsi que votre gouvernement semble le croire. || Par notre dite lettre, nous consentions, après un délai de six mois, à envoyer un agent de notre part pour se mettre en rapport avec un délégué du Portugal à l'effet de fixer la limite de nos droits de territoire respectif. || A cette lettre nous n'avons pas eu de réponse. || Plus tard, les gouvernements d'Angleterre, d'Allemagne et de France ont, d'un commun accord, institué une commission pour la délimitation des frontières de notre royaume. Il est ressorti des études et travaux de cette commission que la limite S. de nos états était clairement indiquée par le Mangani (Meningane). || Or, après le départ pour l'Europe de mrs. les commissaires, les deux puissances d'Angleterre et d'Allemagne nous ont demandé de tomber d'accord avec elles sur une entente convenue entre leurs deux cabinets, entente que nous avons acceptée depuis, et par laquelle l'Angleterre et l'Allemagne ont délimité notre royaume et reconnu notre souveraineté sur la base de ces limites.

Voici ci-après du reste dans quels termes et comment la frontière S. a été fixée: || „Cette ligne commence à l'embouchure du Mangani, suit ce dernier

pour une distance de 5 milles marines et de là se prolonge sur la ligne de latitude jusqu'au point où celle-ci rencontre la rive du Rovuma." || Étant donné cette situation, et malgré notre extrême désir de faire tout notre possible de maintenir par les meilleurs procédés la bonne amitié qui existe entre le Portugal et le Zanzibar, il nous est matériellement impossible aujourd'hui de détruire ou de toucher à l'entente établie à ce sujet. || D'abord nous avons accepté et adhéré à la décision des deux grandes puissances; puis, en admettant que nous n'ayons pas par lettre souscrit à cette décision, nous sommes trop satisfaits de cette solution et nous désirons n'y rien changer afin d'éviter des complications dans une question qui nous a beaucoup préoccupés.

Nr. 9653.
Portugal und
Zanzibar.
4. März 1887.

G

De Sua Alteza o Sultão de Zanzibar ao sr. Augusto de Castilho.

Votre lettre du 2 février nous est parvenue et nous en avons compris le contenu. || En effet, ainsi que vous le dites, nous avons été surchargé d'affaires et notre santé laissait à désirer. Néanmoins, nous avons déjà préparé la réponse et nous comptons vous l'envoyer quand nous avons reçue votre susdite lettre.

H

O sr. Augusto de Castilho ao consul de Allemanha em Zanzibar.

Extracto.

Zanzibar, 7 de fevereiro de 1887. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Em consequencia das instrucções que me foram dadas pelo governo de Sua Magestade, e da recusa de Sua Alteza o Sultão a entregar-nos a parte N. da bahia de Tungue e o Cabo Delgado, estou autorizado a occupar militarmente aquella parte do territorio. || Antes porém de enviar a Sua Alteza um ultimatum a este respeito e de arriar a bandeira do nosso consulado, devo préviamente pôr em segurança os interesses da numerosa colonia portugueza estabelecida n'este sultanato; tenho pois a honra de pedir a v. ex.^a, que se digne tomar sob sua protecção os interesses dos ditos subditos portuguezes, como v. ex.^a se dignou já fazel-o na questão que com Sua Alteza teve o consul geral de Portugal Serpa Pinto. || Deus guarde, etc.

I

O sr. Augusto de Castilho a Sua Alteza Said Ben Bargash.

Moçambique, 11 de fevereiro de 1887. — Serenissimo Principe. — Em abril do anno passado escreveu Vossa Alteza uma carta a Sua Magestade El-Rei de Portugal, promettendo-lhe que depois de expirar o praso do seis mezes, enviaria, conjunctamente com um commissario de Portugal, um representante seu para accordarem por uma vez na antiga questão dos nossos limites respectivos, junto ao Cabo Delgado. || Em 8 de janeiro d'este anno recebi ordem de meu governo, para vir a esta cidade, perante Vossa Alteza, tratar esse importante assumpto, e em 16 do mesmo mez annunciava Sua Magestade El-Rei a Vossa

Nr. 9653.
Portugal und
Zanzibar.
4. März 1887.

Alteza a minha visita e o fim d'ella, respondendo Vossa Alteza em 18, que ficava contente. || Em 21 tive a honra de apresentar os meus respeitos pessoalmente a Vossa Alteza, em 29 dirigi-lhe um officio, fazendo valer os direitos de Portugal e pedindo a Vossa Alteza que se dignasse mandar entregar-me a parte do territorio em litigio. || Em 2 do corrente tive novamente de instar por uma resposta de Vossa Alteza, dignando-se então Vossa Alteza mandar-me responder, que a promessa feita a Sua Magestade havia caducado perante o accordo em que a Allemanha e a Gran-Bretanha haviam entrado em 4 de dezembro, e em virtude do qual era reconhecido a Vossa Alteza o rio Meningane como limite meridional do seu territorio. Ora, sendo esta em 2 de fevereiro a opinião de Vossa Alteza, mal se comprehende que em 18 do mez anterior, isto é, quarenta e cinco dias depois da convenção anglo-allema, Vossa Alteza dissesse a Sua Magestade, que estimava que eu aqui viesse, sabendo perfeitamente o fim que aqui me trouxe. || Deixemos porém esta pequena contradicção, e prosigamos na analyse serena dos factos. Para sciencia de Vossa Alteza, é de meu dever informal-o, que em 3 de janeiro me foi communicado haver sido assignada uma convenção, entre o nosso governo e o da Allemanha, na qual se fixam os limites septentrionaes da provincia de Moçambique, pelo rio Rovuma, a partir da sua foz até á sua confluencia com o rio M'singe, e d'ali pelo paralelo até ao lago Nyassa, o que implicitamente reconhece a soberania de Portugal, não só á margem N. do rio Meningane, mas tambem ás duas vertentes do Cabo Delgado, á bahia de Keonga e ás povoações todas da margem direita do Rovuma. || Não apresento a noticia d'esta nova convenção a Vossa Alteza, para lhe reclamar desde já a posse de mais esse territorio, apresento-a apenas para que Vossa Alteza se digne ver que o governo allemão pensa hoje de uma maneira diversa d'aquella, que guiou os seus passos, quando alguns dias antes reconhecia o Meningane como nossos mutuos limites. || Sabe Vossa Alteza perfeitamente, que nos tempos modernos Portugal se não tem apresentado como nação conquistadora, ou ambiciosa de dilatar os seus territorios, mas que agora, como antigamente, se mostra ciosa dos seus legitimos direitos e disposta a mantel-os e a fazel-os respeitar por todos os modos dignos que tenha ao seu alcance. E alem d'isso sabe Vossa Alteza, por experiencia propria e de seus subditos, que, como vizinhos que somos, temos sempre procurado viver nas mais cordiaes e estreitas relações de amizade com Vossa Alteza e com o seu povo. || Em vista pois de tudo que fica dito, tenho a honra de pedir mais uma vez a Vossa Alteza, que se digne de mandar entregar a mim, ou á pessoa que eu designar, a parte N. do rio Meningane e o Cabo Delgado. || Caso Vossa Alteza se não tenha dignado mandar-me responder satisfactoriamente até ámanhã 12, ao meio dia, terei o desgosto, em cumprimento das ordens do governo de Sua Magestade, de mandar arriar a bandeira portugueza do edificio do consulado portuguez, collocando os interesses dos subditos da minha nação sob a protecção da bandeira da Allemanha, e saindo eu logo depois do porto d'esta cidade com os dois navios

de guerra que aqui tenho. || Deus tenha em sua santa guarda a preciosa vida de Vossa Alteza, etc.

Nr. 9653.
Portugal und
Zanzibar.
4. März 1887.

J

O sr. Augusto de Castilho ao commandante da canhoneira „Douro“.

Zanzibar, 11 de fevereiro de 1887. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Constando-me extraoficialmente que o vapor Akola, de Sua Alteza o Sultão, actualmente surto n'este porto, se prepara para partir ámanhã para o S. e podendo ser que elle se dirija á bahia de Tungue, para reforçar a guarnição que Sua Alteza ali tem, rogo a v. ex.^a se digne seguir com o navio do seu mui digno commando, com a maior rapidez, para aquella bahia, a fim de vigiar os movimentos d'aquelle navio e evitar por todos os meios ao seu alcance, que elle consiga desembarcar tropas em Tungue, esperando depois a minha chegada. Deus guarde, etc.

K

O consul geral de Allemanha ao sr. Augusto de Castilho em Zanzibar.

Zanzibar, 11 février 1887. — Monsieur le gouverneur général. — En me référant à votre lettre du 7 courant, j'ai l'honneur d'informer v. ex.^{co} que je viens de recevoir un ordre télégraphique, m'autorisant à prendre sous la protection allemande les sujets portugais après votre départ de Zanzibar. || Par conséquent, je me mets à votre disposition afin de recevoir les actes et papiers formant les archives du consulat général de Sa Majesté Très-Fidèle aussitôt que vous serez résolu de ramener le pavillon sur votre hôtel consulaire. || Dans le cas que v. ex.^{co} aime mieux en charger un employé du dit consulat général, je viens la prier de me le désigner dans le but sus-indiqué. || Veuillez, etc.

L

O sr. Augusto de Castilho ao consul geral de Allemanha em Zanzibar.

Zanzibar, 12 de fevereiro de 1887. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Em consequencia de ordens terminantes de s. ex.^{as}, os ministros da marinha e estrangeiros, relativas á pendencia havida entre o meu governo e Sua Alteza o Sultão de Zanzibar, da qual resultou a interrupção das nossas relações, tenho a honra de comunicar a v. ex.^a, que mandei hoje arriar a bandeira do consulado geral de Portugal, entregando por esta fórma nas mãos de v. ex.^a a protecção dos interesses dos subditos portuguezes. || Deus guarde, etc.

M

O sr. Augusto de Castilho aos consules de Inglaterra, França, Belgica, Italia, Estados Unidos da America e Austro-Hungria.

Zanzibar, 12 de fevereiro de 1887. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Cumpre-me comunicar a v. ex.^a que, em consequencia de uma pendencia havida entre o governo portuguez e Sua Alteza o Sultão de Zanzibar, me foi ordenado que interrompesse as relações com este Principe, mandando eu hoje arriar a

Nr. 9653. bandeira portugueza do consulado geral e collocando os interesses dos subditos
 Portugal und da minha nação sob a protecção do consul geral do imperio da Allemanha. ||
 Zanzibar. 4. März 1887. Deus guarde, etc.

N

Sua Alteza Said Ben Bargash ao sr. Augusto de Castilho.

February 12th 1887. — After compliments. — We have to acknowledge your honoured letter of yesterday, and in regard to the demand which you mention for a cession of part of the territory recently jointly confirmed to us by England and Germany, we would refer you with every expression of friendship to the said high governments. || So far as we are concerned we cannot consent to disturb the definite settlement of our boundaries as delimited by the commissioners of those powers, our sovereignty over which they have formally recognised. || We must point out to your excellency, that the three great powers having declined to admit either Zanzibar or Portugal to a place in the recent commission, took the settlement of the boundary question into their own hands, and if thereby Portugal was not allowed a voice in the decision which dealt with her claims north of the river Meningane, Zanzibar on the other hand was equally prevented from establishing her claims to territory south of the Meningane, which was adjudicated by the commissioners to Portugal. || As we have already informed your excellency however, we have formally acquiesced in the justice of what the two high governments decided in full cognizance of all that passed between the government of Portugal and ourselves last year, and as we should view any attempt to interfere with their decision as a deliberate slight upon both Great Britain and Germany we will ask permission not to discuss this question except through the two high governments. || We should greatly deplore the withdrawal of the valuable support afforded to us by the presence of the honoured representative of Portugal which your communication indicates, yet we shall not fail to retain the utmost confidence in the discretion that your excellency will exercise in making such arrangements as may be considered desirable. || From your friend, etc.

O

O commandante militar da bahia de Tungue ao governador do districto de Cabo Delgado.

Bahia de Tungue, 19 de fevereiro de 1887. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Junto á declaração enviada no dia 16 do corrente por s. ex.^a o sr. conselheiro governador geral da provincia ao chefe de Tungue, Say Alito Say, enviou-se tambem, por ordem do mesmo ex.^{mo} sr., uma carta aos negociantes estabelecidos em Meningane, em que se lhes declarava que, não querendo o governo portuguez prejudicar os interesses dos negociantes residentes n'aquella povoação que não fossem subditos de Sua Alteza o Sultão de Zanzibar, nem tão pouco perturbar-lhes a regularidade das suas transações, com os meios que porventura o

governo portuguez se visse na necessidade de empregar, para tomar posse dos terenos situados ao N. da bahia de Tungue, se apressava a convidal-os a retirarem-se, assim como as suas fazendas e mercadorias para este commando militar, onde teriam a protecção da auctoridade portugueza, ou para outro qualquer posto onde podessem estar seguros. || Em resposta a esta carta, recebi outra na noite do mesmo dia, assignada por todos os negociantes, a maior parte subditos inglezes, em que diziam que, tendo elles muitas fazendas e mercadorias em suas casas, não podiam em pouco tempo transportal-as para fóra de Meningane, e que, no caso de soffrerem algum prejuizo, fariam o governo portuguez responsavel por suas perdas perante o consul inglez em Zanzibar, a quem os mesmos negociantes teriam de recorrer, pedindo providencias. Que a carta que lhes fôra enviada não era documento sufficiente para os resolver a retirarem de Meningane, a menos que não tivessem para isso uma ordem do consul inglez em Zanzibar. || N'essa mesma occasião, constava por diversas pessoas vindas de Meningane, que os negociantes estavam na melhor disposição de annuirem ao convite que lhes fôra feito pelo governo portuguez, mas que o wali prohibia expressamente, sob pena de perderem tudo quanto tivessem, que os negociantes retirassem de Meningane o menor objecto das suas fazendas ou mercadorias. || Não obstante esta resposta e informação, enviou-se-lhes na mesma noite uma segunda carta, em que se lhes dizia que, uma vez que o governo portuguez, fazendo-os conhecedores da resolução em que estava sobre a occupação de Tungue, os havia convidado a retirarem-se de Meningane, não teriam elles depois direito nenhum de reclamarem do governo portuguez sobre qualquer prejuizo que viessem a soffrer, por terem deixado de attender á prevenção, que com a necessaria antecedencia lhes havia sido feita. || Em resposta a esta segunda carta, recebi no dia seguinte (17) uma carta em que, repetindo o conteúdo da primeira, pediam para que, no caso de bombardeamento, lhes fosse reservada uma parte da povoação para onde se retirariam. N'esse mesmo dia confirmou-se mais uma vez, que o wali effectivamente prohibia os negociantes de se retirarem de Meningane. No dia 18, pelas nove horas da manhã, vieram ter commigo uns cinco negociantes indios, que me disseram ser verdade terlhes sido prohibido mudarem as suas fazendas para fóra da povoação, e que em vista d'isso pediam para que, em caso de se bombardear Meningane, as pontarias fossem desviadas da parte da povoação em que se achavam as suas casas. Observei-lhes que era impossivel. || Juntas vão duas cartas dos negociantes a que acima me refiro. || Deus guarde etc.

Nr. 9653.
Portugal und
Zanzibar.
4. März 1887.

P

Instrucções deixadas pelo sr. Augusto de Castilho ao commandante da divisão naval de Africa Oriental.

1.^o

Logo depois da minha saída d'esta bahia, fica v. ex.^a superiormente encarregado de velar pela manutenção da ordem em as terras marginaes d'ella,

Nr. 9653. tendo para o coadjuvar sob suas ordens a canhoneira Douro, que se acha Portugal und surta ao fundo da bahia em frente da povoação de Meningane. Zanzibar.
4. März 1887.

2.^o

No desempenho de qualquer serviço relativo ao que fica dito no anterior artigo, é sempre conveniente que v. ex.^a se entenda previamente com o governador do districto de Cabo Delgado, ao presente embarcado no hiate da provincia, Barbosa du Bocage, surto n'esta bahia, e depois d'elle ter partido se entenda com o commandante militar.

3.^o

O commandante militar receberá instrucções para proceder sem demora á installação da séde do commando na margem esquerda (N) do rio Meningane, no lugar que for julgado mais conveniente, tendo em vista harmonisar quanto possivel as condições estrategicas, de salubridade e de facilidade para o commercio. No desempenho d'este serviço e sempre vantajoso que v. ex.^a coadjuve aquelle commandante com qualquer auxilio de que elle porventura e eventualmente venha a carecer.

4.^o

É desejo do governo, em harmonia com o que dispõe um recente tratado celebrado entre Portugal e o imperio allemão, que a nossa fronteira septentrional n'esta provincia seja delimitada pelo curso do rio Rovuma, a partir da sua foz, e em vista d'isso é conveniente que v. ex.^a, logo que tenha occasião, se dirija ao N. a percorrer a parte da costa comprehendida entre esta bahia e a dita foz do Rovuma, fazendo quanto possivel a diligencia para convencer as populações existentes nas bahias de Mbwes Fionga e Rovuma, da vantagem que lhes ha de trazer a dominação de Portugal, e citando-lhes o exemplo da destruição da povoação de Menningane e Tungue, como o castigo que estamos dispostos a infligir n'aquelles que de bom grado se não submeterem á nossa soberania dentro dos limites referidos.

5.^o

Sabe v. ex.^a que, em consequencia de não ter Sua Alteza o Sultão de Zanzibar annuido a reconhecer aquelles nossos limites, me foi pelo governo ordenado que arriasse a bandeira do edificio do nosso consulado, e viesse tomar Tungue pela força das armas. Sabe v. ex.^a mais, que, tendo depois da minha chegada aqui, apparecido n'esta bahia o vapor Kilwa de Sua Alteza, que trouxe ao seu delegado instrucções para nos resistir, foi o dito vapor mandado por mim apprehender. E soube finalmente que, por noticias de Zanzibar, constava que Sua Alteza ía mandar aqui o vapor Akola com tropas para recapturar o vapor Kilwa, ou a bahia. Caso pois, o dito vapor ou outro qualquer navio de Sua Alteza aqui se apresente, deverá v. ex.^a intimal-o a que se entregue, empregando a força, caso elle a isso se negue, e podendo inclusivamente mettel-o no fundo se elle resistir pela força das armas.

6.^o

V. ex.^a conservar-se-ha n'estas aguas e dentro dos limites fixados entre o Rovuma e esta bahia, até que receba novas instrucções minhas, as quaes lhe serão por mim enviadas de Moçambique no vapor Kilwa, que commigo segue, ou por outro meio melhor.

Nr. 9653.
Portugal und
Zanzibar.
4. März 1887.

7.^o

Muito util será que v. ex.^a mande examinar o terreno que constitue o Cabo Delgado e n'elle escolha e marque o logar mais proprio para ser erguido um pharol, estudando a natureza e qualidade dos materiaes de construcção ali existentes, a distancia a que se encontra a agua potavel, e todas as demais circumstancias que mereçam mencionar-se com relação ao assumpto sujeito.

8.^o

Nos casos não previstos n'estas instrucções, deverá v. ex.^a guiar-se pelo seu juizo prudencial, confiando eu que v. ex.^a empregará sempre toda a sua provada intelligencia, o seu zêlo e o seu patriotismo para o bom desempenho do fim que principalmente temos em vista na consolidação do nosso dominio n'estes territorios.

Bordo da corveta Affonso de Albuquerque, surta na bahia de Tungue, 1 de março de 1887. = O governador geral, Augusto de Castilho.

Q

Instrucções deixadas pelo sr. Augusto de Castilho ao sr. José Raymundo de Palma Velho governador do districto de Cabo Delgado.

1.^o

Depois de termos affirmado pela força das armas a nossa posse soberana nas povoações de Meningane e Tungue, na margem N. da bahia e em todos os territorios adjacentes, torna-se urgente que v. ex.^a ordene sem demora a installação da séde do commando militar na margem esquerda do rio Meningane, e no logar onde estava a antiga povoação, ou n'outro que a v. ex.^a pareça. A nova povoação portugueza, séde do commando militar da bahia de Tungue, ficar-se-ha chamando Palma, em homenagem ao nome de v. ex.^a, que tão corajosa e patrioticamente luctou para a reivindicacção e reconquista d'esta parte dos dominios da corôa de Portugal.

2.^o

Deve v. ex.^a conservar-se aqui enquanto lhe parecer que a sua presença é necessaria, para guiar o commandante militar nos primeiros passos que tem a dar, a nova installação do commando, construcção de abrigos, etc., dando-lhe todas as necessarias indicações ácerca da orientacção e largura das ruas, arborisacção, condições estrategicas de salubridade e da facilidade de commercio, etc.

3.^o

Nr. 9653.
Portugal und
Zanzibar.
4. März 1857.

N'estes primeiros tempos, e até nova ordem, ficarão n'esta bahia as canhoneiras Vougo e Douro, do commando do commandante da divisão naval, para prestarem a v. ex.^a força moral e material e para o coadjuvarem, e ao commandante militar, em qualquer serviço que d'ellas possa ser exigido.

4.^o

O commandante da divisão naval tem instrucções minhas, para visitar as bahias de Mbweze, Fionga e Rovuma, comprehendidas entre o Cabo Delgado e o rio Rovuma, com o fim de significar áquellas populações a determinação em que está o governo de considerar como seu limite septentrional n'esta costa de Africa o dito rio Rovuma, e a deliberação em que está de affirmar pela força das armas, como n'esta bahia acaba de o fazer, os seus legitimos e soberanos direitos.

5.^o

V. ex.^a ordenará ao commandante militar que busque obter, por informadores de confiança, noticias do paradeiro do ex-wali de Tungue e seus soldados arabes, e que deligencie estar quanto possivel sabedor das intenções e animo das populações que nos não eram affectas por convicção e crença sua, ou simplesmente por obediencia ao poder do Sultão de Zanzibar, representado pelo ex-wali.

6.^o

Buscará convencer os negociantes que estavam estabelecidos em Meningane, de que o governo portuguez nenhuma intenção teve de os hostilizar, e de que, se algumas perdas padeceram com o bombardeamento e incendio, foi isso mais devido á sua propria desobediencia, em virem para o nosso lado, do que a um deliberado proposito do governo. Resolvendo-se elles, porém, a reconhecer a soberania portugueza, não serão molestados por fórma alguma, e poderão commerciar livremente.

7.^o

O commandante militar diligenciará obter informações acerca das quantidades dos diversos artigos do paiz exportados annualmente por esta bahia, e bem assim acerca do numero e intervallos das viagens que os vapores de Sua Alteza o Sultão de Zanzibar faziam aqui para levarem esses generos e trazerem fazendas. Só depois de eu estar habilitado com estes dados estatisticos, e de saber se Sua Alteza resolve desistir de mandar aqui os seus navios carregar, á que eu poderei propôr ao governo com alguma segurança, se deve ou não contratar-se com a companhia British India, o mandar aqui periodicamente os seus vapores.

8.^o

Deverá o commandante militar procurar informar-se com toda a minuciosidade acerca do trafico de escravatura, que dava ha longos annos a esta bahia uma sinistra celebridade; e buscará por todos os meios, e com a maior energia,

oppôr-se a que os povos continuem a entregar-se a esse odioso e inhumano tráfico. Sobre este ponto chame particularmente v. ex.^a a atenção do commandante militar, a fim de que esse regimen de moralidade e humanitario possa ser o mais valioso argumento a favor de uma occupação politica n'esta bahia.

Nr. 9658.
Portugal und
Zanzibar.
4. März 1887

9.^o

É muito conveniente que v. ex.^a faça destacar para aqui o escrivão da alfandega do Ibo, para montar o serviço fiscal de uma forma conveniente, tendo-se sempre, porém, muito em vista que, se é bom acautelar os interesse do fisco, bom é também não afugentar o commercio ainda hesitante, com a promulgação de medidas repressivas e vexatorias.

10.^o

Com a peça revolver Hotchkiss, e com duas peças de bronze, que de Moçambique acabam de chegar no vapor Kilwa, bem como com as que foram tomadas em Meningane e Tungue, depois de para ellas construidos reparos, deverá o commandante militar guarnecer uma obra de fortificação que inspire confiança aos habitantes de Palma, e os possa efficazmente proteger de um ataque.

11.^o

Nos pontos em que estas instrucções forem omissas, ou nos casos imprevistos, deverá v. ex.^a guiar-se pelo seu muito bom senso, inexcédível patriotismo e provada valentia, ficando auctorizado a alteral-as n'um ou mais artigos, como melhor entender a bem do serviço.

Bordo da corveta Affonso de Albuquerque, surta na bahia de Tungue, 1 de março de 1887. = O governador geral, Augusto de Castilho.

R

Portaria.

Tendo-me s. ex.^{as} os ministros e secretarios d'estado dos negocios da marinha e ultramar e dos estrangeiros, em telegramma de 3 de fevereiro ultimo, auctorizado a tomar militarmente a parte N. da bahia de Tungue e o Cabo Delgado, visto Sua Alteza o Sultão de Zanzibar se ter recusado a fazer a sua entrega voluntariamente a nós, depois do pedido que lhe fiz; e || Tendo sido indispensavel empregar todos os meios de força ao meu alcance, para se realisar o cumprimento das ordens susperiores e entrarmos assim novamente na posse do territorio, que ha longos annos andava fóra da nossa jurisdicção; e || Sendo de toda a justiça assegurar aos militares que tomaram parte em todas estas operações o beneficio do § 2.^o do artigo 3.^o do decreto de 22 de setembro de 1838 e do artigo 3.^o da carta de lei de 8 de junho de 1863; e Em harmonia com o disposto na regia portaria de 6 de outubro de 1864: || Hei por conveniente declarar que o estado de guerra resultante do procedimento de Sua Alteza o Sultão e determinado por s. ex.^{as} os ministros

Nr. 9653. e secretarios d'estado dos negocios da marinha e ultramar e dos estrangeiros
 Portugal und comece, para os effeitos da lei, com o voto affirmativo e unanime do conselho
 Zanzibar. do governo, a ser contado desde 12 de fevereiro ultimo, data em que foram
 4. März 1887. interrompidas as nossas relações com Sua Alteza o Sultão. || As auctoridades
 e mais pessoas, a quem o conhecimento d'esta competir, assim o tenham
 entendido e cumpram. Palacio do governo geral da provincia de Moçambique,
 12 de março de 1887. = O governador geral, Augusto de Castilho.

S

Portaria.

Tendo-me o governo de Sua Magestade determinado que tomasse posse da parte norte da bahia de Tungue, incluindo o Cabo Delgado, usando para isso dos meios de força, visto não ter Sua Alteza o Sultão de Zanzibar condescendido a entregarl-a de bom grado, como por tantas vezes d'elle havia sido reclamado em harmonia com o que se estipula na convenção adicional ao tratado entre Portugal e a Gran-Bretanha, de 22 de janeiro de 1815, assignada em Londres no dia 28 de julho de 1817, e com o que tambem está consignado no artigo 8.º do tratado ajustado, mas não ratificado entre Sua Alteza o Imano de Mascate, pae do actual soberano de Zanzibar, e o governador e capitão general de Moçambique, Sebastião Xavier Batelho, em 28 de março de 1828; || Tendo para isto sido congregadas na dita bahia de Tungue a corveta Affonso de Albuquerque, onde eu tinha o meu quartel general, e a canhoneira Douro, bem como um destacamento de caçadores n.º 1 da guarnição d'esta provincia, sob as ordens do governador do districto de Cabo Delgado, ali tambem presente;

Considerando que á cooperação e boa vontade dos elementos de força ali reunidos, e aos sinceros esforços de todos, se deveu o bom exito que teve a empreza não obstante se ter espalhado o boato de que as guarnições arabes de Tungue e Meningane haviam sido reforçadas por contingentes vindos de Mikindane e Lindi, e seriam auxiliadas pelos guerreiros do regulo indigena Mapeta; || Considerando que a attitude insolente do wali de Tungue chegou ao ponto de não responder ao ultimatum que lhe mandei, intimando-o a que arriasse a bandeira e nos evitasse o emprego dos meios violentos, sempre desagradavel; || Considerando que em vez d'isto o dito wali se não queria limitar a conservar-se na defensiva, e tencionava até atacar as nossas posições na margem direita do rio Meningane, querendo assim mostrar que tinha forças superiores ás nossas e nos não temia; || Tendo eu tido conhecimento do ataque, tomada e destruição da povoação arabe de Meningane na margem esquerda do rio d'aquelle nome, levada a effeito, em 23 de fevereiro, sob a direcção do coronel governador do districto, pelas praças de marinhagem da canhoneira Douro, e pelas de caçadores n.º 1, depois do activo bombardeamento que teve logar de bordo da dita canhoneira n'aquelle e nos precedentes dias, e

do vivissimo fogo do inimigo, especialmente na occasião do desembarque; || Nr. 9653.
Portugal und
Zanzibar.
4. März 1887. Tendo eu presenciado mais o ataque, tomada e destruição da povoação arabe de Tungue, realisado em 27 de fevereiro, tambem sob a direcção do dito coronel governador do districto, pelas praças de marinhagem da corveta Affonso de Albuquerque, e pelo mesmo destacamento de caçadores n.º 1, depois do bombardeamento executado por aquelle navio nos anteriores dias, e do tirofeito feito de terra n'aquelle dia e em alguns dos anteriores em reconhecimentos feitos junto á praia pelos nossos escaleres; || Tendo estes satisfactorios acontecimentos trazido como natural e legitima consequencia a definição da nossa fronteira como nós a desejavamos, e como o citado diploma europeu nol-a reconhecia, o que foi devido á coadjuvação unanime das forças de mar e terra que n'ella collaboraram: || Hei por conveniente louvar, em meu nome, todos os officiaes, officiaes inferiores, marinheiros das guarnições dos navios Affonso de Albuquerque e Douro, e soldados da guarnição do districto de Cabo Delgado, e em especial: || O coronel de cavallaria do exercito de Portugal, governador do districto, José Raymundo da Palma Velho, pela intelligencia, serenidade e denodo com que planeou, dirigiu e executou os dois ataques de Meningane e Tungue, sendo assim por si só o principal obreiro de tão brilhante feito; || O capitão de fragata Augusto Marques da Silva, commandante da canhoneira Douro, pela pericia com que levou o seu navio a fundear mesmo junto aos baixos que se estendem em frente de Meningane, e á menor distancia possivel d'esta povoação, e pela parte que tomou, auxiliando pessoalmente e com praças da sua guarnição o governador do districto na tomada de Meningane; || O capitão tenente Cypriano Lopes de Andrade, commandante da corveta Affonso de Albuquerque, pela maneira habil como conduziu o seu navio até á menor distancia possivel em frente de Tungue e pelo auxilio que prestou com embarcações armadas e gente para o ataque e tomada d'aquelle povoação; || O segundo tenente Aristides Paes de Faria, da guarnição da canhoneira Douro, commandante da força de desembarque do dito navio em Meningane, pelo acerto com que dirigiu a sua gente sob as ordens do coronel Palma Velho; || O tenente João Augusto Pinto, commandante do destacamento de caçadores n.º 1 no Ibo, então ás ordens do governador do districto, pela muita dedicação e coragem que manifestou em todas as occasões, e especialmente no mencionado ataque e tomada de Meningane; || O director da alfandega do Ibo, Estanislan Alves Dias, e o thesoureiro almoxarife do districto, João de Barros Carrilho, pela maneira prompta e espontanea como voluntariamente se offereceram a servir a peça revolver Hotchkiss, na ponta E. da entrada do rio Meningane, quando esta bombardeava a povoação, protegendo a passagem do mesmo rio pelas nossas tropas; || O sargento Albino Leandro, da canhoneira Douro, pela maneira distincta como se houve o cabo marinheiro Alfredo Lima, que arriou a bandeira de Sua Alteza o Sultão em Meningane; || E o cabo marinheiro João Rainaud, patrão do escaler a vapor da corveta Affonso de Albuquerque, pelo seu muito denodo, e especialmente por ter sido quem arriou a bandeira

Nr. 9653. de Sua Alteza o Sultão de Zanzibar em Tungue. || As auctoridades e mais
 Portugal und pessoas, a quem o conhecimento d'esta competir, assim o tenham entendido
 Zanzibar. e cumpram. Palacio do governo geral da provincia de Moçambique, 12 de
 4. März 1887. março de 1887. || O governador geral, Augusto de Castilho.

Nr. 9654. **PORTUGAL.** — Ges. in London an den Min. des Ausw. —
 Memorandum über den Stand der Verhandlungen mit
 Zanzibar. [170.]

Nr. 9654. Londres, 7 de maio de 1887. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Recebi o despacho
 Portugal. que v. ex.^a se dignou expedir-me, em data de 22 de abril, acompanhado de
 7. Mai 1887. copia da nota por v. ex.^a dirigida, em data de 12 do referido mez, ao ministro
 de Sua Magestade Britannica na côrte de Lisboa. || Achando-se doente o sub-
 secretario d'estado, sir Julian Pauncefote, que tem a seu cargo os negocios
 relativos a Zanzibar, entreguei hontem ao assistente sub-secretario d'estado
 sir Thomas Lister, um Memorandum, cuja copia (documento A) tenho a honra
 de remetter a v. ex.^a, esperando que merecerá a sua benevola approvaçãõ: Sir
 Thomas Lister disse-me que levaria o meu Memorandum á presença de
 lord Salisbury. || Procurarei sir Julian Pauncefote, logo que elle estiver resta-
 belecido, e em vista do que me disser, relativamente aos negocios de Zanzibar,
 pedirei, se for necessario, uma audiencia a lord Salisbury. || Deus guarde, etc.

A. Memorandum.

Légation de Portugal. — Londres, le 6 mai 1887. — Le gouvernement
 de Sa Majesté le Roi de Portugal a reçu le rapport du gouverneur général
 Moçambique au sujet de la mission qu'il a rempli auprès de Son Altesse le
 Sultan de Zanzibar, et qui s'est terminée par l'occupation militaire de Tungue. |
 A ce rapport se trouvent annexées, entr'autres documents, des traductions de
 la lettre adressée, en avril de l'année dernière, par le Sultan à Sa Majesté
 le Roi de Portugal. Si ces traductions diffèrent entr'elles sur quelques points
 secondaires, elles sont identiques sur le point essentiel, c'est-à-dire, la pro-
 messe de nommer des commissaires pour résoudre la question des limites des
 possessions du Portugal et du Zanzibar. La copie de la traduction qui avait
 été envoyée au gouvernement du Roi était entièrement identique à la copie
 qui était restée dans les archives du consulat de Portugal à Zanzibar. ||
 Persuadé que les termes de la lettre n'impliquaient pas la promesse formelle
 d'une cession de territoire, le gouvernement du Roi, dans les instructions
 transmises par le télégraphe au gouverneur de Moçambique, ne se référerait
 qu'à la nomination que le Sultan devait faire de commissaires chargés de
 résoudre, avec ceux du Portugal, la question des limites. || Le gouvernement
 du Roi s'attendait à ce qu'il y eût une discussion, dans laquelle le commissaire
 portugais réussirait à faire prévaloir le droit que le Portugal a toujours

affirmé avoir à la limite du Cap Delgado. Il chercherait à l'avancer jusqu'à Rovuma, ce point étant préférable comme limite géographique, et coïncidant avec celle indiquée dans la convention entre le Portugal et l'Allemagne, non encore sanctionnée par le parlement portugais. || Le gouverneur de Moçambique, on le voit par sa correspondance, a donné à la promesse du Sultan une interprétation plus large que celle que le gouvernement du Roi lui avait donnée. Il en résulte une certaine divergence entre le langage tenu par mr. le ministre des affaires étrangères et le langage tenu à Zanzibar par le gouverneur général de Moçambique. Celui-ci a vu dans la lettre du Sultan une satisfaction donnée, finalement, aux demandes du gouvernement du Roi et impliquant la restitution volontaire des territoires jusqu'au Cap Delgado. Quelques expressions très peu claires de la lettre du Sultan et, surtout, le souvenir des circonstances dans lesquelles elle avait été écrite, peuvent expliquer l'interprétation que le gouverneur lui a donnée. || En effet, au mois d'avril de l'année dernière, le Sultan réparait un affront fait au Portugal: le drapeau portugais était salué de vingt et un coups de canons; le sujet portugais arrêté était mis en liberté et indemnisé; le Sultan écrivait à Sa Majesté le Roi la lettre que l'on connaît, en lui faisant la promesse formelle de mettre un terme à un très ancien et très désagréable différend. Il y disait: „Quant aux limites de nos possessions respectives, je m'engage à envoyer, dans six mois et de concert avec Votre Majesté, des représentants sur l'endroit où la délimitation voulue par Votre Majesté doit avoir lieu.“ || Cette délimitation, voulue par le Portugal, ne pouvait être autre que celle qu'il avait toujours réclamée, en s'appuyant principalement sur la convention célébrée, en 1817, avec la Grande Bretagne. || Le Sultan avait donc manifesté la ferme intention de donner satisfaction au Roi de Portugal. Or, ce serait une étrange satisfaction que celle qui consisterait, — après les constantes réclamations du Portugal — à nommer des commissaires, dont la mission se bornerait à vérifier sur les lieux un fait, que personne ne mettait en doute, c'est-à-dire. que le fleuve Meningane sépare aujourd'hui les territoires qui se trouvent sous la souveraineté du Roi de Portugal de ceux qui se trouvent sous la souveraineté du Sultan de Zanzibar. || Les considérations qui viennent d'être exposées expliquent l'interprétation donnée par le gouverneur de Moçambique à la lettre du Sultan. || Mais, quelle que soit la divergence entre l'interprétation que lui a donnée le gouvernement du Roi et celle que lui a donnée son agent, il subsiste un fait capital qui domine la situation et qui légitime la conduite du gouvernement du Roi. || C'est que le Sultan, après avoir dit à Sa Majesté qu'il était satisfait de l'envoi d'un commissaire portugais, n'a pas hésité, lorsque celui-ci s'est adressée à lui à déclarer nulle et non avenue la promesse faite, prétendant que la question se trouvait définitivement résolue, en sa faveur, en vertu de la convention anglo-allemande. || L'excuse alléguée par le Sultan ne pouvait être prise en considération, ainsi qu'il a déjà été démontré dans d'autres communications. || D'un côté, les gouvernements d'Angleterre et d'Alle-

Nr. 9654.
Portugal.
7. Mai 1887.

Nr. 9654.
Portugal.
7. Mai 1887.

magne, avec lesquels le gouvernement portugais n'a jamais cessé d'entretenir les rapports les plus amicaux, ne pouvaient avoir eu la pensée de trancher une question qui affectait de si près les intérêts du Portugal sans qu'il eût été admis à plaider sa cause. D'un autre côté, le fait que le Sultan avait déterminé avec l'Angleterre et l'Allemagne l'étendue de ses états, ne lui enlevait en aucune façon la faculté de traiter avec le Portugal. || Si le Sultan, dans sa réponse, s'était borné à contester l'interprétation que le gouverneur donnait à la lettre au Roi de Portugal; s'il s'était montré prêt à tenir la promesse de nommer un commissaire pour traiter, le cours des événements aurait été tout autre. Le gouverneur aurait transmis cette réponse à Lisbonne et aurait, sans aucun doute, reçu des instructions pour entrer en négociations. || Il n'y aurait eu alors pour le Portugal aucun motif de se considérer offensé, comme il ne pouvait pas manquer de l'être en présence d'un refus péremptoire de traiter. || Il ne faut pas, d'ailleurs, perdre de vue que la réclamation du Portugal date de trente ans, et que le Sultan a eu recours à toutes sortes de moyens, à toutes les ressources dont il pouvait disposer pour l'é luder. || Monsieur de Barros Gomes, dans sa note adressée, le 12 avril dernier, à mr. Glynn Petre, le démontre bien clairement et explique déjà en quelque sorte l'attitude du gouverneur général de Moçambique vis-à-vis du Sultan. || Le commissaire portugais, mr. de Brito Capello, et le nouveau consul, le vicomte de Castilho, sont parties, le 18 avril dernier pour Zanzibar. Ils ont des instructions pour s'adresser en toute confiance aux consuls de la Grande Bretagne et de l'Allemagne. Les gouvernements de ces deux puissances sont intervenus amicalement dans le conflit entre le Portugal et le Zanzibar. Le gouvernement du Roi, ayant satisfait aux désirs qu'ils lui ont manifestés, espère qu'ils voudront bien contribuer à ce que la négociation qui va commencer arrive bientôt à une honorable solution. || Dès qu'a éclaté le conflit avec le Zanzibar, mr. de Barros Gomes, a fin d'éclairer la haute équité de mr. le marquis de Salisbury, n'a pas manqué de lui exposer la situation dans tous ses détails. Il n'a pas perdu de vue un seul instant les égards dûs à une grande et noble nation, à l'amitié de laquelle le Portugal attache le plus haut prix. || Le maintien de cette amitié, dont les deux nations et les deux couronnes se sont donné tant de preuves réciproques, a toujours été une des plus sérieuses préoccupations du gouvernement du Roi.

Nr. 9655. PORTUGAL. — Min. des Ausw. an die Ges. in Berlin und London. — Promemoria über die Schritte gegen Zanzibar. [181.]

Nr. 9655. 1
Portugal.

Na sua viagem de descoberta tocou Vasco da Gama, primeiro que nenhum outro navegador europeu, nos portos de Mombaça e Quiloa e estabeleceu relações amigaveis com o Rei de Melinde, e foi logo no anno de 1502 que Quiloa se tornou tributaria do Rei de Portugal. Pouco depois (1504) Rui

Lourenço Ravasco fez tributarios de Portugal os Reis de Zanzibar e Mombaça. ^{Nr. 9655. ^c}
No anno seguinte D. Francisco de Almeida tomou a cidade de Quiloa e fundou ^{Portugal.}
junto d'ella a fortaleza de S. Thiago. || No mesmo anno uma expedição sob
o commando de Pedro de Anhaya fez vassallo de Portugal o Rei de Sofala
e ahi fundou uma fortaleza, no intuito de proteger a exploração das minas de
oiro d'aquella região. Afonso de Albuquerque no anno de 1507 conquistou
Mascatte, ao passo que Tristão da Cunha tomava a ilha de Socotorá, onde
construiu uma fortaleza. Desde então até ao seculo XVII, Portugal dominou
toda a costa do Natal a Mascatte, cuja fortaleza nos pertencia. Quando os
portuguezes perderam esta praça e a de Mombaça, assim como as regiões
das costas da Asia e da Africa, que d'ellas dependiam, continuaram no entanto
a dominar a costa da Africa Oriental, de Cabo Delgado a Lourenço Marques.
Esta dominação permaneceu sem contestação até se levantarem por parte da
Inglaterra pretensões, que, submettidas à arbitragem da França, foram julgadas
sem fundamento, sendo reconhecido o nosso direito á bahia de Lourenço
Marques. || No ponto que foi objecto da questão recentemente havida com o
Sultão de Zanzibar representava a auctoridade portugueza um cheik arabe, o
qual, na qualidade de funcionario portuguez, recebia um estipendio do governo
de Sua Magestade, como succede a outros chefes indigenas ainda existentes
na provincia de Moçambique, que se acham em identica situação. Este
estado de cousas durou até 1849. || Entretanto o Imano de Mascatte, quando
se apossou da costa fronteira a Zanzibar e das cidades de Mombaça e
Quiloa, mandou em março de 1828 um enviado a Moçambique com presentes
para o governador, propondo-lhe um tratado de commercio. Effectivamente
o tratado foi celebrado e assignado pelo Imano que, por sua propria mão, o
entregou ao commandante do navio de guerra, que o governador de Moçambique
mandára acompanhar o enviado arabe. Por este tempo tomou o Imano a
cidade de Mombaça aos habitantes, mas estes revoltaram-se; e n'essa occasião
propoz o governador ao governo da metropole, que fizesse occupar a cidade,
onde ha uma soberba fortaleza, que foi nossa, e que domina as communicções
de Zanzibar para o norte. || O Rei de Mombaça ficára governando como wali
do Imano, que pozera guarnição na fortaleza. As guerras civis que se seguiram
em Portugal não permittiram que se adoptassem os alvires do governador
de Moçambique, nem deram lugar á que fosse ratificado este tratado, que
reconhecia os nossos direitos a toda a bahia de Tungue. Em 1849, o cheik,
que, como anteriormente se disse, representava em Tungue a auctoridade
portugueza, e que então era Abdulaziza Ben Sultane, atraiçoando o governo
portuguez, propoz entregar a parte N. da bahia e o forte ao Imano, tio do
actual Sultão de Zanzibar. Só, porém, em 1853 teve lugar a occupação
militar pelas forças do Imano. As auctoridades portuguezas reclamaram logo
contra a violação do tratado de 1828, cujo artigo 10.º diz o seguinte: „Os
limites dos dominios de Sua Alteza o Imano de Mascatte na costa da Africa
Oriental, ao N. dos dominios portuguezes, não se estendem alem de Muan e os

Nr. 0655.
Portugal.

de Sua Magestade Fidelissima terminarão em Tungue inclusivamente.“ Este tratado era provisório, e, embora assignado pelo Imano e pelo governador Xavier Botelho, não chegou a ser approved por Sua Magestade. Em todo o caso as auctoridades portuguezas reclamaram, e o governador de Moçambique J. Pinto de Magalhães hoje visconde de Arriaga, no seu regresso á metropole, em 1854, protestou em Zanzibar perante o filho do Imano de Mascatte, por este se achar ausente, contra a invasão dos dominios de Sua Magestade. || As pretensões do Sultão foram novamente contestadas pelo governo portuguez em 1862. Indo a Zanzibar, com plenos poderes, o governador de Moçambique Tavares de Almeida, e, não podendo vencer a obstinação com que o Sultão se recusava a reconhecer os limites que assentára o tratado celebrado em 1828 pelo Imano de Mascatte e o governador Xavier Botelho, acima citado, ajustou um tratado de commercio, reservando para ulterior discussão a questão dos limites, e n'esse intuito dirigiu ao Sultão uma declaração ou protesto, em que expressamente se affirmam os direitos de Portugal, e se faz referencia ás claras prescripções da convenção com a Gran-Bretanha, assignada em Londres em 21 de julho de 1817. || Em 1877 celebrou-se outro tratado de commercio, que foi depois ratificado pelas duas partes contratantes. Assignou-o o governador de Moçambique F. M. da Cunha que se dirigiu para isso a Zanzibar; mas a instancias do Sultão, ainda d'esta vez ficou adiada a questão de limites. Não queria elle reconhecer o dominio portuguez senão na parte S. da bahia de Tungue, desde a margem direita do rio Meningane, que pretendia fosse a linha divisoria entre os dois estados. O governo de Sua Magestade recusou naturalmente annuir a tal pretensão, e novamente em 1881 encarregou outro governador de Moçambique, o visconde de Paço de Arcos, de, na sua passagem por Zanzibar, visitar o Sultão para ver se poderia com melhor probabilidade de bom exito continuar as negociações sobre a questão das fronteiras. || O Sultão recusou receber o governador sob pretexto de má saude, mas de bordo do seu navio pôde o visconde de Paço de Arcos vê-lo passando no seu palacio e recebendo, entre outras pessoas, o consul britannico, saíndo mais tarde de carruagem para passar revista ás suas tropas n'um largo fronteiro ao palacio. Era, pois, evidente a inutilidade de novas tentativas para resolver pacificamente esta questão. E só por satisfazer aos desejos confidencial e officiosamente manifestados pelo governo britannico, se absteve o governo de Sua Magestade de recorrer immediatamente á força. Em vista, porém, do principio fixado pela conferencia de Berlim, que exige a occupação effectiva como condição essencial para o reconhecimento do dominio, mandou o mesmo governo occupar a margem direita do rio Meningane e içar ahí a bandeira portugueza (23 de janeiro de 1886), o que se realisou sem o menor estorvo nem reclamação por parte do Sultão de Zanzibar, e enviou para junto d'este como consul o conhecido explorador africano major Serpa Pinto, com instrucções para terminar de vez a prolongada discussão ácerca dos limites dos dois estados. Desde logo declarou o governo de Sua Magestade ao Sultão,

que, por occupar sómente a margem direita do Meningane, não renunciava por esse facto aos direitos que tem ao limite de Cabo Delgado, e apenas queria esgotar previamente todos os meios pacíficos de fazer valer esses direitos. Pouco mais ou menos por este tempo, a Allemanha, a Inglaterra e a França nomearam uma comissão para delimitar o sultanado de Zanzibar. Portugal, allegando a incontestavel prioridade de direitos, pediu que o admittissem a tomar parte n'esta comissão. Não foi attendido; o mais que obteve da Gran-Bretanha foi a declaração de que não se opporia á sua admissão se as outras duas potencias a consentissem. Tendo o governo britannico declinado assim sobre o allemão o encargo de resolver a justa reclamação de Portugal, o governo allemão respondeu que, de accordo com a França e a Gran-Bretanha, julgava inopportuna a intervenção de Portugal n'aquella comissão, mas acrescentou que os direitos de Sua Magestade Fidelissima de modo algum podiam ser offendidos, porquanto os limites portuguezes n'aquellas paragens estavam perfeitamente conhecidos e seriam respeitadas. || E o sr. conde de Bismarck, em nota de 21 de dezembro de 1885, affirmou que os commissarios dos tres governos apenas estavam encarregados de delimitar os territorios do sultanado com os dos outros potentados africanos. Declaração similhante fez ao ministro de Sua Magestade em París o ministro dos negocios estrangeiros da Republica Franceza e sir Julian Pauncefote ao sr. d'Antas.

Tinha pois o governo de Sua Magestade adquirido a convicção de que a comissão internacional para a delimitação do Zanzibar se absteria completamente de se occupar da fronteira de Moçambique, quando El-Rei recebeu a carta do Sultão, em que este lhe promettia nomear um commissario para, de accordo com um commissario portuguez, proceder á demarcação d'essa fronteira. Já decorridos seis mezes e publicado o convenio anglo-germanico, enviou o Sultão um telegramma a El-Rei, em resposta a outro de Sua Magestade, declarando estar contente com a ida do commissario portuguez. E não só o Sultão mantinha a sua promessa, mas o proprio governo inglez reconheceu (nota de 16 de março) que o convenio anglo-germanico não podia só por si annullar um direito preexistente de Portugal. || Quando, porém, o commissario portuguez se apresentou para proceder á delimitação ajustada, o Sultão recusou-se a cumprir a sua promessa, pretextando que haviam mudado as circumstancias, em vista do convenio anglo-germanico. Tinha o governador geral de Moçambique recebido instrucções para assumir a mais amigavel attitude para com o Sultão. Perante a nova conjunctura o governo de Sua Magestade modificou essas instrucções no sentido de resalvar a sua dignidade, e ao mesmo tempo, por natural deferencia, communicou ao gabinete de Londres as alterações que ao seu procedimento impunham as novas circumstancias. E logo procurou localisar o conflicto, tranquillisar o commercio e suspender as hostilidades mal o pôde fazer. || Surprehendeu os gabinetes de Berlim e de Londres uma certa divergencia que houve entre a linguagem do governo portuguez e a do governador geral de Moçambique em Zanzibar. Enviou o governador geral para Lisboa tres

Nr. 9655. traduccões da carta do Sultão a El-Rei. Todas ellas divergem em pontos secundarios; nos pontos essenciaes são comtudo perfeitamente identicas. O Portugal. 3

O Sultão obriga-se a nomear um commissario para, de accordo com o commissario portuguez, demarcar a fronteira conforme os desejos de El-Rei de Portugal. || O governador geral de Moçambique deu ás expressões do Sultão uma interpretação mais larga do que a que lhe dera o governo de Sua Magestade. D'ahi a divergencia notada. || O governo de Sua Magestade não viu na carta do Sultão mais do que a promessa da nomeação de um commissario e deu ao governador as instrucções convenientes para fazer valer perante este commissario os direitos de Portugal ao territorio limitado pelo Cabo Delgado, que deveria por meios diplomaticos fazer por ampliar até o Rovuma, por ser este rio preferivel como limite geographico, e por coincidir com o que fôra indicado na convenção luso-germanica ainda não sancionada pelas côrtes. || Por seu lado, o governador geral de Moçambique viu na carta do Sultão uma satisfação dada finalmente ás reclamações do governo de Sua Magestade, e implicando a restituição voluntaria dos territorios até Cabo Delgado. Esta divergencia de interpretação explica-se facilmente pela pouca clareza de algumas expressões da carta, e mais que tudo pela apreciação das circumstancias em que foi escripta. Foi esta a explicação natural que o governo de Sua Magestade deu lealmente ao governo britannico, por intermedio do ministro de Sua Magestade em Londres (6 de maio de 1887). || Com effeito, em abril de 1886, o Sultão de Zanzibar, para reparar uma affronta feita a Portugal, saudava com vinte e um tiros de peça a bandeira portugueza e punha em liberdade, dando-lhe uma indemnisação, um subdito de Sua Magestade. Foi por essa occasião que o Sultão escreveu a El-Rei a carta de que se trata, fazendo-lhe a promessa de pôr fim a uma disputa muito antiga e muito desagradavel, nos termos seguintes: || „Emquanto aos limites das nossas possessões respectivas, obrigo-me a enviar, dentro de seis mezes e de accordo com Vossa Magestade, representantes á localidade onde a delimitação exigida por Vossa Magestade (la délimitation voulue) se deve verificar.” Ora para Portugal esta delimitação não podia ser, e assim o entendeu o governador geral de Moçambique, senão aquella a que sempre affirmára ter direito. || Acima porém d'esta divergencia de interpretação, está o facto do Sultão se haver declarado a Sua Magestade Fidelissima satisfeito com a nomeação do commissario portuguez, para logo em seguida se recusar à tratar com elle, com o pretexto que tanto o governo allemão, como o governo britannico, reconheceram sem fundamento, de se acharem as fronteiras do sultanado inteiramente definidas pelo convenio anglo-germanico. || É claro que, se o Sultão, na sua resposta se houvesse limitado a contestar a interpretação dada pelo governador geral de Moçambique á carta de Sua Alteza, mostrando-se prompto a satisfazer a sua promessa de nomear um commissario para resolver a questão dos limites, teria sido inteiramente outro o procedimento do governo de Sua Magestade. O acto, porém, do Sultão representava um rompimento da negociação, a falta do cumprimento

de uma promessa solemne e conseguintemente uma desconsideração feita ao governo de Sua Magestade, que não a podia tolerar. || Foi n'esta conjunctura que se enviou um ultimatum ao Sultão de Zanzibar. E, terminado o praso do ultimatum sem que o governo de Sua Magestade recebesse desagravo condigno, seguiu o governador de Moçambique para a bahia de Tungue com a canhoneira Douro e a corveta Affonso de Albuquerque. Chegado á bahia no dia 16 de fevereiro de 1887, logo em seguida intimou o chefe de Tungue a entregar a parte N. da bahia, vista a impossibilidade de a defender efficazmente contra as forças portuguezas. Ao mesmo tempo fez dirigir uma proclamação aos negociantes ali estabelecidos, avisando-os de que deviam pôr a salvo as suas pessoas e bens, para evitarem as consequencias provaveis do emprego da força, se a tanto fosse obrigado, no cumprimento da missão que o governo de Sua Magestade lho confiára. || Os negociantes responderam que não se prestavam ao que lhes recommendava o governador e só o fariam por ordem do consul de Sua Magestade Britannica em Zanzibar. Apesar de ser informado de que esta resposta fôra inspirada pelo wali de Tungue, ainda o governador escreveu aos negociantes, fazendo-lhes ver que, em vista da sua recusa, só a si proprios poderiam attribuir quaesquer prejuizos que soffressem com as operações militares que se tornavam indispensaveis. Passadas quarenta e oito horas sem receber resposta satisfactoria, mandou o governador romper as hostilidades, abrindo o fogo a canhoneira Douro, que lançou algumas bombas e balas sobre a povoação, com o fim de decidir o chefe a capitular sem mais derramamento de sangue. || Cinco dias passaram sem mais actos de hostilidade; mas, constando ao governador que chegavam do N. arabes armados e andavam emissarios zanzibaritas incitando á revolta os indigenas das vizinhanças, resolveu tomar a povoação de Meningane, o que se effectuou no dia 23. Para proteger as tropas de desembarque era absolutamente necessario bombardear a povoação, rodeada d'espessos bosques de mangues, onde se acobertavam e d'onde faziam vivissimo fogo os arabes do Sultão. D'aqui o incendio que devorou a povoação, composta quasi exclusivamente de cubatas de colmo. || Não bastou porém a tomada de Meningane para pôr termo á resistencia acintosa, que, não podendo ter por fim impedir o desembarque das forças portuguezas, pois para isso eram insufficientes os recursos do wali, o qual apenas podia oppôr umas tres peças velhas de ferro á nossa artilheria moderna, era manifestamente empregada para nos obrigar a actos hostis e a causar prejuizos aos moradores, alguns dos quaes eram indios, subditos britannicos. Depois de tomada Meningane, refugiou-se a força zanzibarita em Tungue, e ali arvorou a bandeira do Sultão, mantendo-a içada como desafio e provocação ás tropas portuguezas. || Foi necessario novo desembarque e novo ataque para desalojar os arabes de Tungue e completar a occupação que fôra ordenada. Mas tão prudente foi o commandante das forças portuguezas e de tão meticuloso escrupulo em não offender os interesses dos negociantes ali residentes, que, com risco de comprometter a honra das nossas armas, só se determinou a executar este novo acto de hostilidade

Nr. 9655.
Portugal.

depois de haver pacientemente por espaço de quatro dias. || Reconheceram finalmente os negociantes de Tungue, que haviam fugido para Zanzibar, as intenções pacificas do governo de Sua Magestade. Alguns voltaram já para Tungue; outros tinham ido estabelecer-se no Ibo com recommendações do vice-consul de Portugal no Zanzibar. Isto prova evidentemente como os negociantes d'aquellas paragens se têm reconciliado com o dominio e a influencia portugueza e que os seus protestos a principio foram effectivamente, como constava ao governador de Moçambique, inspirados pelo wali de Tungue. || E de tudo se conclue que o governo de Sua Magestade, não só procurou sempre proceder com toda a humanidade e não offender os interesses nem a segurança pessoal da população pacifica, mas até se esmerou cuidadoso em evitar quanto pôde, e adiar, emquanto lh'o permittiu a sua dignidade, o rompimento das hostilidades inevitaveis por fim. || Desaggravada emfim a dignidade nacional, o governo de Sua Magestade, que apenas deseja ver attendidas as suas reclamações fundadas no direito stricto, enviou em 18 de abril ao Zanzibar um commissario, o sr. Brito Capello, e o consul visconde de Castilho, com instrucções para se dirigirem com toda a confiança aos consules da Allemanha e da Gran-Bretanha, cujos governos intervieram amigavelmente no conflicto. || Com o auxilio dos dois governos amigos espera o governo de Sua Magestade resolver promptamente a questão dos limites da provincia de Moçambique e do Zanzibar, vendo respeitados os seus direitos seculares e reconhecida e lealmente aceita pelo Sultão a occupação de Tungue, que já não podemos abandonar sem desdouro.

Nr. 9656. PORTUGAL. — General-Kommissar an den Min. des Ausw.
— Weitere Verhandlungen mit dem Sultan. [203.]

Nr. 9656.
Portugal.
21. Juli 1887.

Extracto.

Zanzibar, 21 de julho de 1887. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Venho a historiar a v. ex.^a o que tem succedido em Zanzibar. || Tendo eu resumido, em carta a Sua Alteza de 2, as minhas exigencias manifestadas na audiencia da manhã, esperei, e pedi telegraphicamente instrucções a v. ex.^a O telegramma de resposta chegou-me no dia 5 de manhã, e dizia: || „Consulte consules se é pratica excepto quando recebidos audiencia solemne; sendo, insista com firmeza; e quando Sultão recuse, annuncie retirar, e peça navio para Moçambique, telegramma ostensivo. Explique . . . o que Sultão pediu escreva-lhe.“ Estas ultimas palavras vinham pouco claras no telegramma; como porém julguei perceber o sentido da phrase, não pedi a v. ex.^a o favor de as repetir. || Pareceu-me que tivera a fortuna de me fazer comprehender de v. ex.^a Pareceu-me que v. ex.^a considerava a salva necessaria, quando se içasse a bandeira, que assim ia inaugurar as negociações; e vi que v. ex.^a me dava força, auctorizando a possibilidade da minha saída, e ordenando-me que insistisse com

firmeza. || Durante a tarde d'esse dia, como me não chegasse resposta de Sua Alteza, consultei, conforme v. ex.^a me ordenava, o consul allemão, que é pessoa de bom criterio, e tem tido commigo as mais amaveis relações. Foi elle de parecer que, segundo os usos d'estas côrtes, em nada influiu ter a audiencia sido solemne ou particular; e que, desde que o proprio Sultão me declarára, que não salvaria á bandeira, estava eu notificado da resolução de Sua Alteza. Comtudo não manifestou (nem eu lh'a pedi) a sua opinião sobre o nosso procedimento. || Á vista pois da ordem, que v. ex.^a me dava de insistir com firmeza, de annunciar retirar-me se o Sultão recusasse a salva, e de pedir navio para Moçambique, em telegramma ostensivo, percebi que v. ex.^a tinha a salva como necessaria. Escrevi pois a carta que remetto a v. ex.^a e que procurei fosse a expressão do insista com firmeza. || Como o tempo fosse passando, e o Sultão não me respondesse (occupado em se aconselhar com a Allemanha e a Inglaterra directamente), telegraphiei de novo a v. ex.^a em 6, quarta feira, e esta telegramma cruzou-se com o seu: || „Duas cartas do Sultão sem resposta. Deverei ir audiencia sexta feira, ou protestar? Ordene. Não é humilhação para Sultão, mas simples cortezia indispensavel. Resposta urgente.“ || Era sempre o meu ponto de vista: eu não queria que se fizesse uma cousa desagradavel a Sua Alteza; longe de mim, tal pensamento de provocação injustificavel; queria que n'um caso anormal, como este era, o Sultão nos desse officialmente uma demonstração publica de amisade e cortezia. || Ás nove horas da manhã de 7, recebi a resposta de v. ex.^a, ao meu primeiro telegramma de 6. Dizia assim: „Allemanha, Inglaterra, e aqui ministerios da marinha e estrangeiros, todos entendem ter sido mal exigida saudação bandeira, por não haver offensa a reparar. Só poderia exigir-se se fosse pratica ahi salvar quando haja audiencia solemne. Allegue explicação recebida de Lisboa, indo á audiencia. É mais tarde para negociação que convem reservar firmeza.“ No correr d'esse dia recebi finalmente de Sua Alteza uma carta. Fez-me tão desagradavel impressão ver a attitude d'esse Principe, e, ainda mais, fez-me tão dolorosa impressão ver que eu não tivera a fortuna de poder concordar com a maneira de ver de v. ex.^a, que lhe expedi logo para Lisboa o seguinte: || „Carta de Sultão hoje. Insiste em culpar portuguezes de causadores da ruptura com exigencia territorial contra direito; accusa governador de auctor da ruptura. Recusa salva por estar innocente. Logo licença para içar bandeira constitue tolerancia humilhante. Insistindo governo em içar bandeira sem salva, peço respeitosa demissão. Capello está chegando.“ || Esta exoneração (queira v. ex.^a notar) em nada prejudicava os interesses portuguezes; se os prejudicasse, não a pediria eu; o consul allemão retomaria o consulado, que aliás ainda não tinalargado; o commissario Capello estava chegando, seria apresentado no paço pelo dito consul, e as negociações seguiriam os seus tramites. || Passava-se isto na quinta feira á noite. Eu tinha tido um ameaço de febre. || Na sexta feira pela manhã, 8, annunciava-se-me navio á vista; navio de guerra navio de guerra portuguez (na vespera tinha havido rebate falso). Calculei que fosse a corveta Bartholomeu

Nr. 9656.
Portugal.
21. Juli 1897.

Nr. 9656.
Portugal.
21. Juli 1887.

Dias, porque a Affonso de Albuquerque não tinha tempo ainda. Mande logo perguntar verbalmente ao consul allemão, se, não estando eu ainda investido solemnemente no meu cargo, quereria elle mandar a bordo alguém; mandou o seu primeiro drogman, com honras de vice-consul, e por nossa parte foi com elle o vice-consul portuguez dr. Sousa. Eu estava doente. || Vi, porém de minha janella a Bartholomeu Dias salvar com vinte e um tiros, arvorando a bandeira do Sultão, e vi logo o Sultão corresponder-lhe com vinte e um tiros, arvorando a bandeira portugueza. || N'isto era eu procurado sem demora pelo commandante Costa Cabral, e pelo plénipotenciario Capello e officiaes, no mesmo minuto em que me fôra entregue, e acabava de ser decifrado, o telegramma de v. ex.^a concebido assim: || „Urgente. — Governo entendeu e entende, que o Sultão nos affrontou recusando nomear commissario e tratar com governador; mas nós desforçámo-nos por nossas mãos tomando Tungue, arriando bandeira do Sultão e substituindo a nossa. N'estes termos, restabelecendo agora relações, depois de pedidas pazes pelo Sultão, de nomeação do seu commissario, e intervenção das potencias, não tinhamos novas satisfações a exigir. || Salva sómente poderia ser pedida e com firmeza exigida, nos termos do meu telegramma de 4, se fosse pratica em audiencia solemne; aliás não tinha rasão de ser. Não posso aceitar agora demissão. Desista da salva, vá á audiencia, e apresente commissario. Ruptura por tal motivo alienar-nos-ia todo apoio internacional. Na sua resposta abstenha-se de discutir Tungue. Decline para o commissario. Emquanto á salva declare não insistir por effeito de instrucções do governo, para quem appellon.“ || Em 10 telegraphou-me v. ex.^a || „Peço noticias.“ || Respondi logo: || „Tudo bem. Chegou Capello. Navio salvou; Sultão respondeu. Sexta feira espero audiencia; será apresentado. Á outra não fui. Telegramma chegou tarde. Fico inteirado de tudo. Mathews está em Mombaça.“ || No dia 11 escrevi ao Sultão, pelindo-lhe audiencia nova, em lugar da outra; annunciava-lhe a chegada do commissario e pedia-lhe licença para lh'o apresentar.

N'esse dia 11 á tarde recebi de Sua Alteza a carta que envio traduzida, em que me marcava a sexta feira seguinte para a minha recepção official, e me pedia lhe apresentasse na mesma occasião o commissario portuguez. Effectivamente a audiencia realisou-se n'esse dia, com os pormenores que passo a expor a v. ex.^a || Estavá a audiencia marcada para as nove horas e tres quartos. Antes das nove horas achava-me eu, em uniforme no consulado de Portugal, aonde vieram chegando o vice-consul dr. Sousa, o chanceller do consulado Cazimiro de Sousa, e alguns outros membros da colonia portugueza permanente, todos em trajos de cerimonia. || Apenas se ouviu o primeiro tiro da salva, que nos annunciava sair de bordo da Bartholomeu Dias o capitão de fragata Capello, encaminhámo-nos para a praia, que é muito perto; ali esperámos que abicassem os escaleres e assistimos, entre muito povo que ali concorrêra ao desembarque do nosso commissario, do commandante da corveta, e de toda a officialidade, todos em grande uniforme, e com as suas insignias

de ordens militares. || Saudei o commissario em nome dos portuguezes, e dirigimo-nos todos para o consulado, onde deviamos aguardar aviso do Sultão. || Nr. 9656. Portugal. 21. Juli 1897.

Às nove horas e quarenta minutos chegou um official arabe da cõrte a dizer que Sua Alteza nos esperava. Saíu o prestito, que era numeroso e ía precedido dos dois cipaio do consulado e de um creado arabe, que iam abrindo caminho entre a multidão. Á frente do prestito ía eu, como consul geral, dando a direita ao commissario. Junto a nós íam o secretario da missão, Demetrio Cinatti, o nosso vice-consul, e depois o commandante Costa Cabral com todos os officiaes; seguia a colonia portugueza. || Entre muito povo, logo depois entre alas formadas das pittorescas tropas irregulares do Sultão, e a final entre as longas alas de um regimento seu de tropas regulares, com uma feição pronunciadamente ingleza, chegámos ao paço. É um edificio enorme, um vasto quadrangulo de tres andares, rodeado de largas galerias de pilares de ferro, e communicando por pontes com outros palacios do mesmo Principe. || Junto á escada que leva ao atrio tocava, desde que fomos avistados, uma banda marcial o hymno de El-Rei o senhor D. Luiz, ao que todos nos descobrimos. Subimos a escadaria, e no alto d'ella fomos recebidos por Sua Alteza em pessoa, rodeado dos seus grandes; vinha com modo affavel e cortez, ricamente trajado, descalço e com sandalias, e deu-nos a mão com toda a amabilidade. Apresentei-lhe o commissario, o commandante, o secretario e todos os officiaes; e logo em seguida encaminhou-se o Sultão para a proxima sala das recepções, longo salão alcatifado, rodeado de vinte e quatro enormes espelhos, e mobilado de magnificas cadeiras douradas. Ao topo, no mesmo plano, sem degraus, vê-se um rico throno, onde o Sultão tomou logar, indicando-nos as cadeiras douradas ao seu lado direito, e deixando as da esquerda para os principes de sangue e a cõrte. Na primeira cadeira á direita sentou-se o commissario Capello; na segunda eu; na terceira o nosso vice-consul, que tinha de servir de interprete; na quarta o cammandante Cabral, e seguia a officialidade e os outros subditos portuguezes. || Depois de todos sentados levantei-me eu, e, pedindo venia a Sua Alteza, cheguei ao meio do espaço em frente do throno, e, depois de uma profunda cortezia, li o discurso de introdução apresentando officialmente os funcionarios portuguezes. Depois de eu ter terminado e entregue o papel a Sua Alteza e de me ter sentado, leu o nosso vice-consul em lingua swahili o mesmo discurso. Logo depois o commissario entregou ao Sultão os seus plenos poderes, acompanhando a entrega com algumas palavras adequadas á situação, que tambem foram traduzidas pelo dr. Sousa. Foi servido café em pequeninas taças de porcelana rica, mettidas n'outras de filigrana de oiro, foi servido um refresco, e Sua Alteza informou-se das novidades, pedindo ao commissario noticias da familia real, mostrando apreciar muito o dizermos-lhe que a ilha era deveras formosa; e depois de poucas mais phrases trocadas, levantámo-nos e saímos, acompanhados outra vez até á escada por Sua Alteza da mesma fórma. || Á nossa saída tocava o hymno da carta, e logo depois o do Sultão, peças ambas que ouvimos des-

Nr. 0656.
Portugal.
21. Juli 1887.

cobertos, voltando immediatamente ao consulado, d'onde dispersámos, depois de ter sido içada a bandeira nacional, e repostas sobre a porta as armas portuguezas. || N'essa mesma tarde foi o commissario procurado a bordo pelo seu collega zanzibarense o general Mathews, recém-chegado de Mombaça, e nomeado por Sua Alteza, como v. ex.^a sabe, para tratar da delimitação. No mesmo dia 15 notifiquei a todos os consules estrangeiros a minha recepção e a do commissario, bem como a posse official que tomára do consulado da minha nação. || N'este mesmo dia teve tambem audiencia solemne, meia hora antes de nós, o major Mac-Donald, agente politico e consul geral de Sua Magestade Britannica, chegado na ante-vespera para substituir mr. Holmwod. Devo dizer a v. ex.^a que as relações do novo agente politico da Inglaterra têm sido amabilissimas com este consulado geral, e com o plenipotenciario portuguez. O major Mac-Donald é um homem moço ainda, affavel, instruido e mostra ser da melhor sociedade. Quaes sejam as instrucções que traz, ainda não pude saber; que elle me assegurou que desejava sinceramente, por si e pelo seu governo, manter as mais cordiaes ligações connosco é certo. Visitou-me logo particularmente na manhã do dia 14, e tendo-lhe eu feito no dia 16 a minha visita official (de farda pequena, segundo é uso aqui), veiu logo na manhã séguinte significar-me a sua pena de não ter estado em casa, reservando-se pagar-me breve a sua visita official, o que realisou no outro dia. Depois d'isso convidou-me a jantar, achando-se apenas mais quatro inglezes, do consulado e do navio de guerra Turquoise. || É o que por agora me occorre narrar a v. ex.^a Peço desculpa das longuras; mas entendi que v. ex.^a gostaria de ser informado com toda a minucia. Do que se seguir darei parte, conforme é meu dever. || Deus guarde, etc.

A.

Carta a Sua Alteza o Sultão.

Serenissimo Principe. — Em cumprimento de ordens positivas que recebi do governo de El-Rei de Portugal, venho pedir a Vossa Alteza se digne de me conceder dia e hora em que eu tenha a honra de ser recebido em audiencia solemne por Vossa Alteza, visto ter sido obrigado pelo meu estado de saude a rogar a Vossa Alteza me quizesse dispensar de comparecer na audencia marcada para sexta feira 8 do corrente. Depois d'essa cerimonia mandarei içar n'este consulado geral a bandeira portugueza, segundo me ordena o governo. || Tendo chegado a esta cidade o commissario de El-Rei, Hermenegildo Carlos de Brito Capello, capitão de fragata, venho por este meio communicar isto a Vossa Alteza, regando a Vossa Alteza, queira marcar o dia em que eu possa ir pessoalmente apresentar no paço o mencionado funcionario. || Deus tenha, etc.

B

Carta de Sua Alteza o Sultão.

Tradução. — A s. s.^a o amigo, o conselheiro, o affectuoso visconde de Castilho, consul geral de Portugal, que Deus conserve o seu prestigio. || A vossa carta de 11 de julho chegou-nos ás mãos, e por ella percebemos que vós nos desejaes fazer a vossa visita official, depois do que içaríeis a bandeira portugueza na casa consular. || Causou-nos isso um grande prazer, e pedimos-vos que venhaes sexta feira, 15 do corrente. || A chegada do commissario a esta cidade causou-nos igualmente prazer, e sernos-fa agradavel que elle viesse em vossa companhia na sexta feira. || Mandar-vos-hemos dizer na quinta feira a hora em que esperaremos a vossa visita. Saudâmos-vos.

Nr. 9656.
Portugal.
21. Juli 1887.

C

Discurso pronunciado pelo consul geral na audiencia solemne de 15 de julho de 1887 em Zanzibar.

Serenissimo Principe. — Sua Magestade El-Rei de Portugal, meu augusto soberano, houve por bem acreditar-me junto a Vossa Alteza como encarregado de negocios e consul geral da nação portugueza em Zanzibar. Na audiencia particular que Vossa Alteza se dignou conceder-me, já tive a honra de entregar entre as suas mãos a minha credencial e a minha patente. || Sinto-me feliz, Serenissimo Principe, de poder n'esta occasião renovar de viva voz os sentimentos de alta consideração que El-Rei e o governo dedicam a Vossa Alteza; forcejarei em tudo tornar-me digno da confiança que em mim foi depositada, e faço votos para que o meu modo de proceder mereça a honrosa estima pessoal de Vossa Alteza. Se a conseguir, a minha missão tornar-se-ha facil e agradavel, e confirmará as relações de mutua estima e amisade que têm ligado os dois estados. || Segundo Vossa Alteza me significou, aproveito esta occasião para ter a honra de apresentar-lhe officialmente s. ex.^a o capitão de fragata Hermenegildo Carlos de Brito Capello, ajudante de campo de El-Rei, gran-cruz da ordem de S. Thiago e da ordem do merito naval de Hespanha, commissario plenipotenciario de Portugal para a delimitação das fronteiras; em seguida o capitão de fragata commandante da corveta portugueza Bartholomeu Dias, Fernando Augusto da Costa Cabral, commendador da ordem de S. Bento de Aviz e da ordem da Estrella Brilhante de Zanzibar, etc., condecorado com as medalhas militares ingleza e turca da guerra da Criméa; o primeiro tenente da armada, Demetrio Cinatti, secretario da missão, cavalleiro da ordem de S. Thiago, assim como os muito distinctos officiaes da corveta portugueza.

Nr. 9657. DEUTSCHES REICH. — Gesandter in Lissabon an den Min. des Ausw. daselbst. Vorschlag einer Konferenz in Lissabon. [260].

Nr. 9657.
Deutsches Reich.
15. Sept. 1887. Lisbonne, ce 15 septembre 1887. — Monsieur le ministre. — Je m'étais empressé de faire parvenir à Berlin un compte-rendu de la conversation que j'ai eu l'honneur d'avoir avec v. ex^{ce} le 17 du mois dernier par rapport au Zanzibar et d'informer mon gouvernement de votre désir de voir transférer à Lisbonne les négociations entamées à Zanzibar pour régler le différent en question. || En attendant, lord Salisbury, par l'entremise de l'ambassade de la Grande-Bretagne à Berlin, y a soumis la proposition de charger les envoyés d'Allemagne et d'Angleterre à Lisbonne de se mettre en rapport direct avec v. ex^{ce} dans le but de traiter la question en litige, tout en invitant le gouvernement de Sa Majesté Très-Fidèle à vouloir bien s'abstenir, jusqu'à ce que les négociations à Lisbonne aient abouti à un arrangement, de tout acte hostile contre le Sultanat. Cette proposition ayant rencontré le consentement du Prince Chancelier j'ai été chargé et j'ai l'honneur de porter ce qui précède à la connaissance de v. ex^{ce}. || Peut-être serait il désirable, pour faciliter la marche des négociations, de me mettre à même de faire parvenir à Berlin un exposé qui contienne les propositions de v. ex^{ce} quant à la délimitation entre le Mozambique et le Zanzibar. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 9658. PORTUGAL. — Min. des Ausw. an den deutschen Gesandten in Lissabon. — Beantwortung seiner Note. [264].

Nr. 9658.
Portugal.
20. Sept. 1887. Lisboa, 20 de setembro de 1887. — Ill.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Quando em 17 do mez passado v. ex.^a, em nome do governo imperial, me declarou apoiar a proposta que me fôra feita na mesma data por ordem do sr. marquez de Salisbury para submeter a uma arbitragem a pendencia diplomatica que sustentâmos com o Zanzibar, tive eu a honra de desenvolver em larga exposição verbal todas as rasões ponderosissimas que vedavam ao governo portuguez fazer depender a permanencia da posse e occupação da bahia de Tungue da decisão de um arbitro. Considerações de ordem a mais elevada, prendendo com o brio e a dignidade de uma nação que, cedendo o passo a muitas no que respeita a força e grandeza, por nenhuma se deixa vencer no brilho das tradições, e na consciencia do que deve ao seu decoro, tolhiam ao governo de Sua Magestade qualquer outro procedimento. N'este mesmo sentido havia eu respondido ao encarregado dos negocios de Inglaterra o sr. de Bunsen, acrescentando, porém, o que tambem referi a v. ex.^a e mais tarde confirmei em nota verbal ao mesmo sr. de Bunsen, que, recusando a arbitragem, o governo de Sua Magestade se prestava no emtanto do melhor grado a examinar o assumpto em Lisboa com os representantes dos governos da Gran-Bretanha e da Allemanha, no intuito de mais facilmente se chegar a uma conclusão

decorosa d'esta pendencia diplomatica, em que se salvaguardassem os interesses diversos n'ella envolvidos, e muito especialmente tambem os de ordem commercial, respeitantes ao regimen fiscal a estabelecer na bahia de Tungue e que podessem affectar directa ou indirectamente as differentes nações da Europa que negoceiam em Africa. || N'estes termos foi motivo de satisfação para o governo de Sua Magestade o saber que Sua Alteza o Principe Chancellor, bem como lord Salisbury, acceitando o alvitre lembrado de uma intelligencia previa em Lisboa das tres potencias, haviam encarregado os seus respectivos representantes de tratar o assumpto directamente commigo. Acrescentou v. ex.^a, ao dar-me conhecimento d'esta resolução, que o governo imperial convidára o de Sua Magestade Fidelissima, emquanto durassem as negociações, a abster-se de todo e qualquer acto de hostilidade contra Sua Alteza o Sultão de Zanzibar. || Nenhuma duvida tenho em dar a Sua Alteza o Principe Chancellor a segurança que parece desejar a tal respeito. Essa abstenção resulta naturalmente do facto das negociações; impõe-se á boa fé, que não pôde ser posta em duvida, do governo portuguez. O que este porém espera confiadamente é que por um lado o governo de Sua Magestade Imperial use da sua grande e legitima influencia no Zanzibar, para que tambem ali não seja tentado, quer directa, quer indirectamente, qualquer esforço no sentido de alterar a ordem de cousas existentes em Tungue, o que necessariamente modificaria o proposito em que se acha o governo portuguez. || Significou-me tambem v. ex.^a que seria de conveniencia, para facilitar a marcha das negociações, fazer conhecer em Berlim por meio de exposição minha quaes as propostas do governo portuguez emquanto á delimitação entre a provincia de Moçambique e o sultanado de Zanzibar. Satisfazendo aos desejos acima manifestados por v. ex.^a, tenho a honra de lhe enviar junto com esta nota um memorandum cujas conclusões são, de accordo com o que sempre tenho assegurado a v. ex.^a, que o governo de Sua Magestade Fidelissima entende, que a fronteira geographica natural entre as possessões portuguezas e a região de 10 milhas da costa para o interior, reservada para a soberania de Sua Alteza o Sultão nos termos do accordo recente celebrado entre os governos da Allemanha e da Gran-Bretanha, seria o curso do rio Rovuma. Alem de muitos argumentos de ordem diversa, que militavam em favor d'esta solução, e que por assim dizer a estavam indicando, poderia esse ligeiro acrescimo de territorio representar uma compensação justa, embora insufficiente, das despezas e sacrificios a que o procedimento de Sua Alteza o Sultão obrigou o governo e a nação portugueza. Não faremos, porém, valer esse argumento, que aliás nunca deixou de ser attendido na resolução de pendencias d'esta ordem. A questão para Portugal é hoje, e sempre o foi, meramente uma questão de dignidade nacional. Para satisfação d'esta, basta-lhe o stricto direito, e este encontra-se a nosso ver no limite do Cabo Delgado, reconhecido em documentos internacionaes sempre invocados por parte de Portugal quando se tem tratado de definir e precisar a area da soberania portugueza em Africa, mantido de facto durante largo periodo, constantemente

Nr. 9654.

Portugal.

20. Sept. 1887.

Nr. 9658.
Portugal.
20. Sept. 1887.

reclamado, embora por vias pacificas, desde que por traição fôra arvorada em Tungue a bandeira do Zanzibar. || E hoje que, por effeito de acontecimentos bem conhecidos de v. ex.^a e do governo imperial, ali tremula de novo a bandeira portugueza, não é licito a este governo admitir para a delimitação de Moçambique e fôra da solução do curso inteiro do rio Rovuma, outra hypothese que não seja a de um paralelo (o de 10^o 40' de latitude sul) seguindo do Cabo Delgado até áquelle rio, accommodando-se essa fronteira quanto possível ás condições orographicas do terreno e á distribuição da população indigena. || Condescendendo com os desejos do governo da Allemanha e da Inglaterra, suspendeu Portugal em tempo as hostilidades contra Sua Alteza o Sultão quando tinha reunida em Zanzibar uma força naval com a qual lhe teria sido facil impôr condições vantajosas e terminar de vez este antigo litigio. O governo de Sua Magestade foi mais longe ainda no seu desejo de facilitar essa prompta solução, e de demonstrar as disposições conciliadoras que o animavam, e o sentimento da justa e natural deferencia para com duas potencias amigas, com uma das quaes acabava de celebrar uma convenção, que era prova evidente da communitade de intuitos no que respeitava aos negocios de Africa, e para realisar a qual Portugal não duvidára recuar até ao Cunene os limites de Angola. Cedendo ás instancias da Allemanha e da Gran-Bretanha, o governo de Sua Magestade, vencendo justificadissimas repugnancias e não duvidando arrostar com a opinião publica, resolveu antecipar a entrega do vapor Kilwa apenas Sua Alteza o Sultão nomeasse o seu commissario para tratar com o de Portugal, não esperando para o fazer, como era seu intento, a assignatura de um tratado de paz e de limites com Zanzibar. O apoio moral por parte das duas potencias que era natural corollario da sua intervenção, e do espirito em que esta fôra resolvida por parte de Portugal, compensaria bem, no entender do governo de Sua Magestade Fidelissima, a vantagem da conservação em nosso poder por mais algum tempo do vapor aprisionado. Igual boa vontade demonstrou o governo portuguez por occasião do incidente desagradavel occorrido á chegada a Zanzibar do novo consul visconde de Castilho. || Esecuso de certo recordar a v. ex.^a que, por occasião das difficuldades successivas a que alludo, tive sempre o cuidado de afirmar, pela fórma a mais categorica e positiva, que um ponto havia ácerca do qual toda a condescendencia era impossivel, por muito grande que fosse a nossa deferencia para com os dois governos. Esse ponto referia-se á posse e occupação effectiva da bahia de Tungue, e á consequente delimitação da provincia pelo paralelo do Cabo Delgado, ou de 10^o 40' latitude sul, minimum a que podiam descer as nossas pretensões. Mas não vac de encontro a esta firme resolução, antes perfeitamente se coaduna com ella o intuito acima exarado de dar estabilidade e fixidez ás circumstancias em que se exerce o commercio na bahia de Tungue, garantindo assim os interesses que ainda ali possa conservar o Zanzibar ou que n'aquellas paragens mantenham as nações européas que entretêm relações com a Africa. || Confiando em que v. ex.^a se dignará

levar ao conhecimento do seu governo os intuitos do de Sua Magestade Fidelissima, cumpre-me formular a esperança de que a amigavel intervenção do governo imperial consiga, como é de esperar, uma prompta e rapida liquidação das difficuldades, o que me parece ser de geral conveniencia, e aproveitando esta oportunidade renovo a v. ex.^a a segurança da minha alta consideração.

Nr. 9658.
Portugal.
20. Sept. 1887.

A

Memorandum.

La domination du Portugal sur la côte orientale d'Afrique date du premier voyage de Vasco de Gama pour la découverte de la route maritime des Indes, et des rapports établis à cette occasion avec le roi de Melinde. || En 1504, Ruy Lourenço Ravasco rendait tributaires les Rois de Zanzibar et de Mombaça. || En 1505, D. Francisco de Almeida prenait Quiloa et élevait dans son voisinage la forteresse de San Thiago (St. Jaques). Jusqu'au XVII siècle le Portugal exerce sa domination sur toute la côte entre le Natal e Mascate, en y signalant sa souveraineté par la construction d'une ligne de forteresses qui se suivaient jusqu'à celle de Mascate. || Le Portugal ayant perdu cette dernière forteresse et celle de Mombaça, ainsi que les régions des côtes d'Asie et d'Afrique qui en dépendaient, sa domination resta circonscrite au territoire compris entre Cabo Delgado et Lourenço Marques, domination reconnue, quant à cette dernière baie, par la sentence arbitrale du duc de Magenta. || A Tungue l'autorité portugaise était particulièrement représentée depuis 1765 par un scheick arabe, lequel recevait en sa qualité de fonctionnaire portugais des appointements du Roi de Portugal, dont il avait reconnu la souveraineté, fait qui peut être vérifié dans les registres de comptabilité du Cabo Delgado où l'on consignait le montant de ces appointements. En outre de l'enregistrement des paiements susmentionnés, on rencontre dans les archives de Moçambique et de l'Ibo, des traces nombreuses de cette sujétion des scheicks de Tungue aux autorités portugaises. On y voit, par exemple, en 1819, le scheick de Tungue et le capitão mór de Mucimbôa demander des secours armés au gouverneur du district pour maintenir la paix dans leurs villages. || En 1828, selon la correspondance officielle, le même scheick, ayant subi une injustice du gouverneur du district, en appela devant le gouverneur général, qui lui procura satisfaction sans retard. || Jusqu'à la moitié du siècle dernier les réquisitions faites par les gouverneurs du district de Cabo Delgado au gouverneur général de Moçambique, afin de demander à ce dernier soit des troupes, soit des bâtiments de guerre pour croiser devant la côte et pour éviter la contrebande, surtout dans la baie de Tungue, sont très fréquentes. || Cet état de choses dura jusqu'au temps du scheick Amade Sultane. || Une dépêche du 6 novembre 1837 communiquait au commandant général de la province que le scheick avait reçu de son prédécesseur Falume Assani le drapeau national portugais. || Ce dernier, ayant toujours gardé la plus grande fidélité envers le gouvernement portugais, dont il exécutait soigneusement tous les ordres, avait toujours mérité par sa

Nr. 6658.
Portugal.
20. Sept 1857.

conduite les plus grands égards de nos autorités. Le premier désaccord entre le gouverneur du district et Amade Sultane date de 1844, et a eu son origine dans l'établissement à Tungue d'un négociant baniane qui trafiquait avec l'Inde et le Zanzibar. Le gouverneur du district ayant ordonné l'expulsion de ce baniane, Amade Sultane refusa d'exécuter cet ordre, et il résista à la force armée qu'on lui envoya pour vérifier cette expulsion. Une canonnière envoyée plus tard à Tungue n'y rencontra plus le baniane, mais ne parvint pas à débarquer les gens de bord, à cause de l'attitude hostile gardée par le scheick. Plus tard cependant, en 1845, toute idée de révolte ayant disparu, une commission qu'on envoya à Tungue rencontra de la part du scheick une réception soumise et respectueuse. Dans un livre intitulé Memoria ácerca do districto de Cabo Delgado par le lieutenant en second de la marine royale, Jeronymo Romero, ancien gouverneur du district, ouvrage dédié au vicomte, plus tard marquis de Sá da Bandeira, imprimé à Lisbonne en 1866, et où se trouvent mentionnés tous les renseignements cités plus haut et basés sur des documents d'origine officielle, on peut voir de même de quelle façon Amade Sultane, après un nouveau désaccord avec les autorités de l'Ibo, finit par permettre à l'Iman de Mascate d'établir un poste douanier à Tungue. Dans les premières années du gouvernement de Jeronymo Romero, Amade Sultane avait gardé fidélité envers le Portugal, témoignant toujours le plus grand respect pour les commandants des vaisseaux de guerre qu'on envoyait à Tungue, et obéissant sans hésitation aux ordres que lui étaient transmis. Dans une dépêche du 1^{er} juillet 1852, par exemple, il faisait savoir qu'un petit bâtiment (palhabote) français, la Dauphine, qui se trouvait en rade à Tungue, faisait la contrebande, et le gouverneur par suite de cette information le fit saisir par le schooner portugais de guerre Le Quatre Avril. En présence du commandant et des officiers du schooner, ainsi que du détachement militaire qui se trouvait à bord, le schoick renouvela alors d'une façon solennelle ses serments de fidélité et obéissance. Il paraît que plus tard, après la trahison qui avait fait remplacer à Tungue le drapeau du Portugal par celui du Zanzibar, Amade Sultane, dont le prestige et l'influence s'amointrisaient devant celle des autorités nommées par le Sultan, se montra plus d'une fois, et d'une façon non équivoque, peu satisfait de ce qu'il avait accompli. En effet, le 8 décembre 1857, il s'adressait au gouverneur portugais, en réponse à une lettre de ce dernier, lui donnant l'assurance „que les affaires à Tungue seraient conduites au gré du gouverneur“. Plus tard, le 18 mars 1859, en réponse à une autre lettre que le lieutenant Rebocho lui avait remise, il écrivait au gouverneur: „J'ai le plaisir de vous assurer que je compte bientôt me montrer reconnaissant envers vous, et je vous prie de faire connaître à s. ex^{te} le gouverneur général de la province combien je me réjouis d'être le sujet de Sa Majesté Très-Fidèle le Roi D. Pedro V de Portugal“. Tous les faits précédents ont eu une consécration solennelle dans des documents internationaux. L'article 10^{ime} du traité conclu à Moçambique le 28 mars 1828, entre

Sebastião Xavier Botelho et l'ambassadeur de l'Iman de Mascate, parent et prédécesseur du Sultan actuel de Zanzibar, Said Ben Bergash, a statué que les limites du territoire de Son Altesse l'Iman de Mascate sur la côte de l'Afrique Orientale, au nord des possessions portugaises, n'iraient pas au delà de Mugau et celles de Sa Majesté Très Fidèle iraient jusqu'à Tungue inclusivement. || Il est de même bien connu comment, par la convention conclue avec la Grande Bretagne, le 28 juillet 1817, convention toujours invoquée par le gouvernement portugais quand il s'est agi d'affirmer et de définir la souveraineté portugaise en Afrique, la limite du Cap Delgado était aussi proclamée comme un fait reçu sans aucun doute ni contestation. || La domination effective du Portugal ayant, cependant, cessé à Tungue, et une petite garnison zanzibarite y ayant été établie et maintenue depuis 1853, pourra-t-on soutenir que les droits du Portugal en aient été affectés? || D'après les principes reconnus du droit des gens, on peut affirmer sans hésitation qu'on ne rencontrera jamais ni dans la pratique ni dans la théorie, des arguments pour justifier une prescription de longue date, telle que le droit civil l'admet. Mais quand même la prescription existerait, elle se trouverait bien en ce cas interrompue par les protestations et les réserves officielles que le gouvernement portugais a opposé, à plusieurs reprises, aux faits qui avaient eu lieu à Tungue. || Tout de suite après l'occupation zanzibarite en 1853, une petite expédition militaire fut dirigée sur Tungue, et ayant été reçue d'une façon hostile, elle fut obligée de se retirer, non sans laisser mort sur le terrain un officier du Sultan. Entre les noms des portugais qui ont pris part à cette expédition, on peut citer ceux de Diogo João Fernandes et de Joaquim Romualdo de Athayde, lesquels, d'après le major Pery da Camara, ex-gouverneur de Cap Delgado, qui les a connus tous les deux, vivaient encore en 1886 (vide Bulletin de la société de géographie de Lisbonne n.º 2, 6^{me} série 1886). || En 1854 le gouverneur de Moçambique, Joaquim Pinto de Magalhães, actuellement vicomte d'Arriaga, à l'occasion de son retour à Lisbonne, a de même protesté contre l'occupation de Tungue, devant le fils de l'Iman de Mascate, ce dernier souverain étant alors absent de Zanzibar. || En 1862 le général Tavares de Almeida, après avoir négocié avec le Sultan un traité de commerce qui n'a pas été ratifié, a sauvegardé les droits du Portugal à Tungue, en envoyant à ce souverain une protestation formelle où il affirmait de la façon la plus explicite les droits de la couronne de Portugal et se rapportait aux prescriptions bien claires de la convention de 1817 avec la Grande Bretagne. || En 1877, le gouverneur général Francisco Maria da Cunha, au moment où il négociait le traité de commerce qui est encore en vigueur, a de nouveau soutenu devant le Sultan les droits de la couronne portugaise à la possession de toute la baie de Tungue, et la question des limites n'eut pas alors de solution à cause de la résistance que le Sultan y opposa. || En 1886, l'occupation effective de la partie sud de la baie de Tungue ayant eu lieu, le consul Serpa Pinto déclara au Sultan, au nom du gouvernement du Roi que celui-ci, par le fait de cette

Nr. 9658.
Portugal.
20. Sept. 1887.

Nr. 9658.
Portugal.
20. Sept. 1887.

occupation bornée à la rive méridionale du fleuve Meningane, n'entendait pas renoncer aux droits qu'il avait toujours maintenus à la limite du Cap Delgado. || Devant les chancelleries européennes de Berlin, Londres et Paris ce droit a été solennellement affirmé en 1885, quand le Portugal faisait valoir, avec de si justes fondements, la convenance d'être admis à se faire représenter dans la commission internationale chargée de déterminer les limites du sultanat de Zanzibar. || En refusant d'accéder à une prétention aussi justifiée du Portugal, les trois gouvernements ont basé leur refus, entre autres raisons, sur ce que les droits du Portugal, étant bien établis et connus, ne sauraient être mis en danger par suite des travaux de la commission. || Dans sa dépêche du 17 décembre 1885, le ministre de Portugal à Londres rapporte une conférence qu'il venait de célébrer avec le sous-secrétaire d'état, sir Julian Pauncefote. On y peut voir que ce haut fonctionnaire avait déclaré que „la limite de la juridiction portugaise étant sur la côte orientale constituée par le Cap Delgado, le gouvernement portugais n'avait rien à craindre par le fait de l'exclusion contre laquelle il réclamait“. || Le 3 décembre 1885 le marquis de Penafiel communiquait de même à Lisbonne la déclaration suivante du gouvernement impérial: „L'Allemagne, d'accord avec l'Angleterre et la France, avait cru notre admission dans la commission internationale peu opportune. Nos droits pourtant ne sauraient aucunement en être affectés, puisque les limites portugaises dans ces contrées étaient parfaitement connues et seraient respectées.“ || Exercice effectif d'actes de souveraineté; protestations sans cesse renouvelées contre l'occupation illégitime du Sultan; droit constamment reconnu dans plusieurs documents internationaux et accepté par toutes les chancelleries de l'Europe — tels sont les faits qui légitiment l'action du Portugal au commencement de l'année courante, action qui d'ailleurs a été provoquée par l'attitude incorrecte de Son Altesse le Sultan vis-à-vis du commissaire royal qui s'était rendu au Zanzibar d'après une invitation de Son Altesse, confirmée dans une dépêche télégraphique à Sa Majesté le Roi. || La frontière géographique naturelle entre les possessions portugaises et le sultanat est incontestablement le fleuve Rovuma. La petite augmentation de territoire qui résulterait de cette délimitation ne compenserait guère les dépenses et les sacrifices auxquels le gouvernement et la nation ont été tenus, et quand tant d'autres motifs n'existeraient pas, celui-ci suffirait seul pour justifier l'exigence de cette frontière. || Cependant le gouvernement portugais n'insiste pas sur la ligne divisoire du Rovuma; à propos d'une question qui, d'après lui, tient à la dignité nationale, le droit strict lui suffit; et celui-ci se réduit, d'après toutes les raisons ci-dessus énoncées, à fixer la limite au parallèle de 10° 40' de latitude sud, désigné ordinairement sous le nom de parallèle du Cap Delgado, depuis la côte maritime jusqu'à l'intersection de cette ligne par le fleuve Rovuma, dont le cours, aux termes de la convention du 31 décembre 1886, constitue déjà la limite entre les possessions portugaises et allemandes, à partir d'une distance de 10 milles de la côte vers l'intérieur, jusqu'au lac Nyassa. || Tel est

le minimum auquel peuvent descendre les justes exigences du gouvernement portugais ainsi qu'il l'a toujours et constamment déclaré au cours des différentes phases que cette négociation a traversées. || Le gouvernement portugais ne pouvant s'en écarter en aucun façon, croit cependant qu'il serait possible de sauvegarder les intérêts commerciaux que le Zanzibar et les puissances européennes aient pu se créer dans la baie de Tungue, en garantissant la stabilité et la modération du régime fiscal qui doit y être établi, et il serait tout disposé à formuler dans ce sens les propositions les plus convenables, à son avis, pour assurer ce résultat.

Nr. 9658.
Portugal.
20. Sept. 1887.

Nr. 9659. PORTUGAL. — Bevollmächtigter d. portug. Regierung an den Min. d. Ausw. — Verhandlungen mit dem Vertreter d. grossbrit. Regierung. [270].

Lisboa, 18 de novembro de 1887. — III.^{mo} e ex.^{mo} sr. — Cumpre-me relatar a v. ex.^a, a maneira como foram conduzidas e o caminho que seguiram as negociações de que tive a honra de ser encarregado perante o Sultão de Zanzibar, para a delimitação dos territorios de Portugal n'aquella costa e os d'aquelle estado. Infelizmente não tiveram ellas o resultado que era para desejar, e v. ex.^a, melhor que ninguém, poderá, pela leitura da correspondencia trocada entre mim e o plenipotenciario de Sua Alteza o Sultão de Zanzibar, analysar o assumpto e supprir as faltas d'este simples relatório. || Tendo sido recebido no dia 15 de julho por Sua Alteza, com a etiqueta que costuma usar em taes actos, fiz-lhe entrega dos meus plenos poderes, respondendo muito cordialmente ás palavras de comprimento que lhe dirigi n'essa occasião, fazendo-me depois varias perguntas a respeito de Sua Magestade El-Rei e da familia real. || N'esse mesmo dia fui procurado pelo sr. Mathews, general das forças do Sultão, e seu plenipotenciario nas negociações a encetar; vinha cumprimentar-me e combinar o dia para o começo dos nossos trabalhos. || No dia 19 teve logar a primeira conferencia e entrando no assumpto, mostrei os direitos incontestaveis de Portugal aos territorios em questão e as circumstancias em que elles estavam hoje, em vista dos ultimos acontecimentos; fez a sr. Mathews algumas considerações em favor da sua causa, que rebati facilmente. Propuz então para base das negociações a encetar, por direito, o Cabo Delgado, e lembrava como melhor fronteira e para conveniencia dos dois estados o rio Rovuma (vide actas documentos A e B). || As instrucções de que vinha munido o meu collega, limitaram-se a manter o Meningane como limite S. para os estados de Sua Alteza e assim pediu para suspender a sessão, para fazer sciente o Sultão da minha proposta. || Ne mesmo dia recebi a carta de 19 de julho, em que me expunha, por ordem de Sua Alteza, que, affectando a minha proposta os seus interesses e os da Inglaterra e Allemanha, julgava de seu dever e como acto de delicadeza participar aos representantes d'aquellas

Nr. 9659.
Portugal.
18. Nov. 1887.

Nr. 9659.
Portugal.
18. Nov. 1887.

potencias em Zanzibar a minha resolução, pedindo-me para esperar as suas respostas; como não podia contrariar este proposito de Sua Alteza, respondi-lhe em 22 de julho que respeitava muito os desejos de Sua Alteza, mas que podíamos continuar os nossos trabalhos. || N'aquella carta já o Sultão revela a intenção de não querer resolver a questão por si, e apoiando a sua resistencia n'aquellas potencias, que lhes marcaram o limite S. dos seus estados, fazer chegar assim a pendencia a uma arbitragem. || Pela demora das respostas que o Sultão esperava da Inglaterra e da Allemanha, era evidente que se negociava alguma cousa nos dois gabinetes, e eu fui muito indirectamente soudado a respeito de uma arbitragem para resolver a nossa questão, a que respondi que o governo portuguez provavelmente não accetava tal alvitre. |; Continuei a insistir pela continuação dos nossos trabalhos, insinuando que a tomada da bahia de Tungue, sendo um facto consummado, era este o momento opportuno para fixar por uma vez os nossos limites, mostrando tambem a responsabilidade que cabia a Sua Alteza, se o não fizesse n'esta occasião (vide nota verbal); respondia-me Sua Alteza nos melhores termos, mas pedindo que esperasse as respostas d'aquellas potencias. || Os dois consules, inglez e allemão, mostraram-se então muito reservados, principalmente o sr. Mac-Donald e mesmo evitavam fallar n'esta questão, dizendo sempre que não tinham instrucções dos seus governos quando por acaso se fallava nas nossas negociações. |; Finalmente veiu-me a resposta promettida, a que talvez se não possa dar iuteiro credito. Dizia-me Sua Alteza que os dois governos inglez e allemão eram da opinião firme, que Sua Alteza não cedesse dos seus direito both governments deprecate the cession by His Highness of his just rights, among which His Highness includes the retention of Tungue and Meningane e que a Inglaterra antes aconselhava recorrer a uma arbitragem tal como o Rei de Hollanda e que Sua Alteza ía consultar a Allemanha para saber se tambem apoiava este alvitre (nota de 10 de agosto). || Respondi a esta nota com a minha de 14 de agosto, mostrando que ficava inteirado do novo caminho, que Sua Alteza desejava dar ás nossas negociações, e que sendo as minhas instrucções muito terminantes e positivas, tinha communicado ao meu governo a sua nota. As duas cartas de 13 de agosto mostram a falta de boa fé do Sultão, pois me diz na ultima, que a Allemanha tambem suggere o alvitre da arbitragem, sendo certo que esta ultima não propoz tal alvitre, mas que, tendo sido consultada por Sua Alteza, respondêra naturalmente, que se não oppunha, e isto mesmo me declarou pessoa bem informada. Ainda mais, insinua para que Portugal peça a lembrada arbitragem. || Sendo dada ao Sultão a resposta que me foi transmittida por telegramma de v. ex.^a (nota de 19 de agosto), de que Portugal não accetava a arbitragem que se lhe propunha, não me restava mais do que insistir com maior firmeza, para que Sua Alteza se dignasse mandar continuar as negociações interrompidas e foi-me respondido que Sua Alteza sentia muito, que o governo de Portugal não accetasse a arbitragem proposta pela Inglaterra e Allemanha, e que ia informar aquellas potencias

d'esta decisão e pedir a sua assistencia para regular amigavelmente esta questão. Ainda respondi que o meu desejo era tratar amigavelmente a questão, porém que desejava uma resposta categorica á minha ultima nota, pois que, tendo Sua Alteza desviado do seu verdadeiro caminho as nossas negociações, parecia que ainda uma outra vez mostrava a mesma intenção (nota de 20 de agosto). | Obtive assim a segunda conferencia, pela carta do plenipotenciario de Sua Alteza (de 22 de agosto). || N'esta segunda sessão (vide actas) julguei que ficavam ultimadas as nossas negociações, pois que chegámos a combinar a linha de demarcação dos dois estados pelo N. do Cabo Delgado, com o que o sr. Mathews concordava, ficando de me dar a resposta de Sua Alteza, n'esse mesmo dia ou no outro pela manhã; porém presumo que qualquer influencia externa fez desviar as idéas do Sultão, pois que esperei tres dias sem obter a promettida resposta. || Esta demora deu logar á minha nota (de 27 de agosto), mostrando-me sentido, por tal indelicadeza e pedindo a opinião de Sua Alteza a respeito da minha ultima proposta. Foi-me respondido que Sua Alteza esperava respostas da Inglaterra e Allemanha. Sempre a esperar respostas da Allemanha e Inglaterra! Chegadas as cousas a este ponto era evidente a resistencia do Sultão a continuar directamente as negociações commigo e a minha posição tornava-se bastante difficil; só com um golpe energico poderia talvez sair, como convinha, d'esta critica situação e foi então que lembrei a v. ex.^a um ultimatum a este negocio, pois estavam esgotados todos os meios a empregar com decoro, para se continuarem as negociações; insistir mais, era mendigar. Foi então que v. ex.^a me transmittiu que a questão fa ser examinada em Lisboa e que suspendesse as negociações; fiz esta communicação a Sua Alteza pela nota de 15 de setembro a que me respondeu muito affavelmente. || Parti para Moçambique na corveta Affonso de Albuquerque, passando pela bahia de Tungue, como era o desejo de v. ex.^a. Como o meu estado de saude se achava bastante affectado por umas febres, rebeldes a todo o tratamento que empreguei, obtive de v. ex.^a a permissão de me retirar para o reino. || Deus guarde, etc.

A.

Actas das conferencias entre os srs. Hermenegildo de Brito Capello e Lloyd William Mathews a fim de ajustarem as fronteiras entre os estados de Sua Magestade Fidelissima e os de Sua Alteza o Sultão de Zanzibar na Africa Oriental.

Sessão de 19 de julho de 1887.

Os srs Hermenegildo Carlos de Brito Capello e Lloyd William Mathews, tendo-se reunido no consulado geral de Portugal concordaram em que se achavam devidamente auctorizados, o primeiro como plenipotenciario de Sua Magestade El-Rei de Portugal, e o segundo como plenipotenciario de Sua Alteza o Sultão de Zanzibar, para tratar da demarcação das fronteiras entre os territorios dos dois estados na Africa Oriental, resolvendo desde logo encetar as negociações.

Nr. 9659.
Portugal.

18. Nov. 1887.

O sr. Capello. — Declarou que El-Rei de Portugal, desejando chegar a um accordo sobre a delimitação dos seus territorios na Africa Oriental, dos de Sua Alteza o Sultão de Zanzibar, julgava da maior conveniencia se adoptasse uma linha natural e bem definida de demarcação, o que constitue um dever entre estados limitrophes, dever cujo cumprimento cada vez mais se accentua por necessario, desde que a maior parte das nações europeas têm em vista adquirir territorios no continente africano, o que algumas têm realisado nos ultimos annos; que com tal fim Portugal se achava animado das mais leaes disposições, sendo de esperar que Sua Alteza, na sua alta intelligencia, o estivesse tambem, o que concorreria para pôr termo a uma differença realmente de pouca importancia, entre dois estados que ha tanto tempo se mantêm ligados pela mais estreita amisade.

O sr. Mathews. — Declarou que Sua Alteza o Sultão alimenta por Sua Magestade El-Rei de Portugal a mais affectuosa amisade, e que portanto estava tambem desejoso de pôr em accordo a demarcação das fronteiras entre os territorios que os dois estados possuem na Africa Oriental; e que visto reunirem-se para tal fim, propunha ao sr. Capello indicasse um ponto de partida por onde deveria traçar-se a linha de demarcação, que se adoptasse como base para as negociações.

O sr. Capello. — Concordando na proposta do sr. Mathews, disse que começava por indicar a linha que constituia o antigo direito de Portugal, isto é, o paralelo do Cabo Delgado.

O sr. Mathews. — Declarou que Sua Alteza o Sultão, tendo-o nomeado para tratar das demarcações, lhe havia prescripto como limite S. de seus territorios a linha do rio Meningane, linha de que as suas instrucções lhe não permittiam desviar-se, que estava garantida por um tratado firmado por Sua Alteza com a Allemanha e Inglaterra, e á qual Sua Alteza se julgava com tanto mais direito que, não só estava, havia proximamente quarenta annos, na posse de facto dos territorios comprehendidos entre o Cabo Delgado e o Meningane, mas que não havia tratado algum promulgado entre Zanzibar e Portugal, que determinasse qualquer fronteira que podesse invocar-se por antigo direito.

O sr. Capello. — Expondo os antigos direitos de Portugal, a convenção de 1817 adicional ao tratado de 1815 com a Gran-Bretanha, o tratado de 1828, com Sua Alteza o Imamo de Mascate, o qual, se bem que não ratificado, não mostrava menos qual era então o direito de Portugal, incluindo o Tungue, onde até 1849 se manteve um funcionario salariado como auctoridade portugueza, declarou que, embora a posse de Sua Alteza tivesse sido aparentemente pacifica, a occupação não fôra isenta de demonstrações em contrario, e portanto não se realisou, por motivo de abando no que de bona fide podesse presumirse, nem durante trinta e tres annos a occupação deixou de ser incontestada, condições indispensaveis, sine qua non uma posse de facto não pôde regularmente proseguir: tendo sempre Portugal produzido contestações e assignadamente no

protesto notificado em 1861 a Sua Alteza, pelo sr. governador João Tavares de Almeida.

Nr. 9659.
Portugal.
18. Nov. 1887.

O. sr. Capello declarou mais que, quando em 1885 se instituiu a comissão de limites de Zanzibar, perante certas reclamações de Portugal, os gabinetes de S. James, Berlim e Paris unanimemente notificaram ao de Lisboa, que eram incontestáveis os direitos territoriaes de Portugal do Cabo Delgado para o S.; e que se no accordo entre Sua Alteza e os governos de Inglaterra e Allemanha, estas duas ultimas nações reconheciam a integridade dos territorios limitados a Sua Alteza, não lhe davam todavia uma garantia, recomendação muito expressa que o sr. conde de Rosebery mandava reservar; e ainda que estando incluídos no accordo referido interesses directos e materiaes de Portugal, que Sua Alteza não podia ignorar, tal accordo, ultimado sem a intervenção nem audiência de Portugal, não podia obrigar este paiz, por ser um tratado em que não tomou parte: por todas estas razões julgava perfeitamente estabelecidos e fóra de contestação os indeclinaveis direitos de Portugal aos territorios comprehendidos entre o Cabo Delgado e o Meninganc.

O. sr. Mathews. — Propoz que, em vista do desacordo entre as suas e as instrucções do sr. Capello, se adiasse a sessão, para evitar trabalhos e difficuldades desnecessarias, pois iria solicitar de Sua Alteza novas instrucções, sobre as bases que rogava ao sr. Capello apresentasse.

O. sr. Capello. — Aceitando a proposta do sr. Mathews, disse que não podia considerar o paralelo do Cabo Delgado, como bem definida linha de demarcação, assim tanto, que todas as nações que procuram actualmente demarcar os seus territorios mais positivamente, preferem sempre os rios, pois que pela separação por meio d'elles é mais garantida a segurança, commercio e relações dos povos vizinhos, facilitada a superintendencia policial e aduaneira, assim como a demais jurisdicção, sendo, soboponto de vista militar, os rios, as melhores linhas de separação territorial. || Por estas razões, achando-se o Rovuma a uma insignificante distancia do Cabo Delgado, julga a margem direita d'este rio como a melhor linha de fronteira, adoptando-se qual não duvidava a Portugal prescindir dos vastos territorios comprehendidos entre o lago Nyassa, paralelo do Cabo Delgado e o Rovuma, só para que toda a margem direita d'este rio, até á sua foz, constituísse o limite N. dos estados de El-Rei de Portugal, no oriente de Africa, sentido em que já se negociava com a Allemanha, a quem Portugal não duvidava, para identico fim, ceder vastos territorios na Africa Occidental. Em vista do que acabava de expor, resumia as suas propostas da seguinte fórma: || Á face do direito adquirido indicava o paralelo do Cabo Delgado; á face do direito de conveniencia, commum a Portugal, Zanzibar e Allemanha, propunha a margem direita do Rovuma. || Tendo-se combinado que as conferencias fossem escriptas em portuguez, para serem assignadas depois de lidas em inglez, levantou-se a sessão. = Hermenegildo Capello. = Lloyd William Mathews.

Nr. 9659.
Portugal.
18. Nov. 1887.

Sessão de 24 de agosto de 1887.

Aberta a sessão, fez-se a leitura em inglez da acta da sessão anterior, que os srs. plenipotenciarios assignaram.

O sr. Mathews. — Tomando a palavra, fez observar que não seria facil negociar nos termos em que a questão estava apresentada, visto que as proposições do sr. Capello, sendo fixas e terminantemente apoiadas em factos consummados, não davam latitude e negociações.

O sr. Capello. — Declarou que, se com effeito fixava sempre na correspondencia trocada com o plenipotenciario de Sua Alteza a insistencia de continuar as negociações, não o fizera para persistir n'uma linha de limites certa e de antemão definida, porquanto escolher esta para a determinar, era justamente o fim das negociações. Por proposta do sr. Mathews, disse haver apresentado effectivamente umas bases, mas que estas, da mesma maneira que a linha do Meningane, que Sua Alteza determinára ao seu plenipotenciario manter, não podiam nem deviam tomar-se por conclusivas. || Tendo o sr. plenipotenciario de Zanzibar mostrado a conveniencia de procurar uma linha de limite para se apresentar a Sua Alteza como nova base para instrucções, o sr. Capello declarou que, se Sua Alteza não acceitava a conveniencia do Rovuma, desceria mais abaixo, tomando como ponto de partida a aldeia de Mbwes, no canto da bahia formada pela costa N. do Cabo Delgado, seguindo pelas baixas da vertente N. do mesmo cabo até ao morro de 177 pés de altura, que fica proximamente a 3 kilometros ao NO. verdadeiro de Mbwes, passando pela falda ao N. do dito morro, e seguindo d'aqui em paralelo até encontrar a margem direita do Rovuma, ou melhor pelas arestas das montanhas que existam proximo d'este paralelo, ficando a aldeia de Mbwesi sob os dominios de Sua Alteza.

O sr. plenipotenciario de Zanzibar tomou nota d'esta linha, a fim de a submitter á apreciação de Sua Alteza, de cuja resposta ficou de dar conhecimento ao sr. Capello hoje ou amanhã, e propondo para se levantar a sessão, deu-se esta por concluida.

Nr. 9660. DEUTSCHES REICH. — Ausw. Amt an den Gesandten in Lissabon. — Bericht des Konsuls in Zanzibar über die Grenzstreitigkeiten mit Zanzibar. [271.]

Nr. 9660.
Deutsches
Reich.
19. Jan. 1887.

Berlin, den 19. Januar 1887. — Unterm 20. Dezember 1885 berichtet der Kaiserliche Consul Schmidt, dass die genaue Abgrenzung der dem Sultan von Zanzibar gehörigen Küste nach Süden hin Schwierigkeiten haben würde, da der Sultan südlich von Kap Delgado in der Tunghi-Bai Stationen besitze. Als die Grenzregulierungs-Commission Tunghi später besuchte, fand sie da selbst einen Wali des Sultans vor. || Derselbe gab an, dass sein Amtsbezirk sich vom Miningani-Elusse (Meninkéné) bis zum rechten Ufer des Rovuma er-

strecke. Zu dem Dorfe Miningani wehe die Flagge des Sultans; dasselbe bilde den südlichsten, dem Sultan gehörigen Punkt. Der Wali sagte auch, dass er 68 Sultans-Soldaten unter sich habe, und dass der Sultan in Tunghi Zölle erhebe. Ein anderer von der Kommission vernommener Zeuge bestätigte die Angaben des Wali und erklärte, dass die Herrschaft des Sultans dort seit Jahren anerkannt sei. || Die Kommission hat sodann auch den Ort Miningani besucht. Es ist ein Dorf am linken Ufer des gleichnamigen Flusses. Der dortige Ortsvorsteher erklärte, dass er dem Wali von Tunghi unterstellt sei und dass er 10 Soldaten habe. In Miningani befand sich eine Zollstelle. Die portugiesische Flagge war nach dem Berichte der Kommission etwa eine Meile südlich von der Mündung des Miningani an der Meeresküste aufgepflanzt. || Irgend welche Niederlassung (établissement) schien nicht in der Nähe zu sein; doch war gegenüber, nahe an der Küste, ein Fahrzeug verankert, auf welchem gleichfalls die portugiesische Flagge wehte. || Dr. Schmidt nahm hiernach an, dass die Herrschaft des Sultans im Süden bis zur Tunghi-Bai reiche. || In dem Schlussprotokoll erklärten die 3 Grenzdelegirten einstimmig, dass die südliche Grenze des Sultanats durch eine Linie gebildet werde, welche dem Laufe des Miningani-Flusses 5 Meilen und dann dem Breitenparallele bis zum rechten Ufer des Rovuma folge. In dem Grenzabkommen ist diese Linie als Südgrenze adoptirt. || Dass der Sultan thatsächlich die Herrschaft in Tunghi ausübt, wird auch durch einen Bericht des Kommandanten Sr. M. Kreuzer „Möwe“, Korvetten-Kapitän Hoffmann, vom 12. Februar v. J. bestätigt. || Der Kommandant meldet, dass, als er mit einem Boote in Tunghi gelandet sei, etwa 40 der sogenannten Sultans-Soldaten in's Wasser gesprungen seien, welche ihre geladenen Gewehre mit den brennenden Luntten geschwungen hätten. Die Soldaten, welche geglaubt hätten, dass die Landenden Portugiesen seien, riefen, der Wali müsse erst die Erlaubniss zum Landen ertheilen. Tunghi, welches gegenüber der kürzlich von den Portugiesen besetzten Insel Tekemaju liege, sei eine reine Militär-Station des Sultans von Zanzibar.

Nr. 9660.
Deutsches
Reich.
19. Jan. 1887.

Nr. 9661. PORTUGAL. — Min. des Ausw. an den engl. Gesandten in Lissabon. — Memorandum über den Grenzstreit im Anschluss an die Verhandlungen zwischen Capello und Mathews. [273.]

Lisboa, 9 de dezembro de 1887. — O abaixo assignado tem a honra de enviar a s. ex.^a o sr. G. Glynn Petre a resposta do governo de Sua Magestade ao memorandum que por s. ex.^a lhe fôra entregue em 18 de novembro ultimo. || Confia o governo portuguez que as rasões largamente desenvolvidas, quer na mesma resposta, quer no memorandum que antecedentemente formulára por convite do governo de Sua Magestade o Imperador da Allemanha, e de que o abaixo assignado tambem envia a s. ex.^a alguns exemplares, levarão os dois governos da Gran-Bretanha e da Allemanha a reconhecer, no seu alto espirito

Nr. 9661.
Portugal.
9. Dec. 1887.

Nr. 9661. de equidade, a rasão do procedimento seguido por Portugal, e o bem fundado
Portugal.
9. Dec. 1887. da sua contra-proposta. || O abaixo assignado aproveito, etc.

A.

Memorandum.

I.

Lisboa, 9 de dezembro de 1887. — Declinando em agosto ultimo a proposta formulada pelos governos da Gran-Bretanha e da Allemanha para submeter a uma arbitragem a pendencia diplomatica que mantinha com Sua Alteza o Sultão de Zanzibar, o governo de Sua Magestade Fidelissima claramente expoz, nas conferencias verbaes então celebradas com os representantes da Inglaterra e do imperio allemão em Lisboa, os motivos em que baseava a sua recusa e os intuitos que o animaram ao formular a contra-proposta que veiu a merecer a acceitação de s. ex.^a o marquez de Salisbury e do Principe chanceller. || A consciencia plena do direito em que se firmava, e da absoluta correcção do seu procedimento, garantiam-lhe, é certo, uma decisão favoravel no tribunal arbitral. A natureza dos factos consummados e as circumstancias todas, que acompanharam na origem e em todo o seu decurso o recente conflicto com o Zanzibar, tolhiam porém ao governo de Sua Magestade toda a possibilidade de sujeitar sequer á simples contingencia de uma sentença a posse e occupação de terrenos desde tanto tempo reclamados como seus pela corôa de Portugal. E não era um condemnavel espirito de intransigencia que assim determinára o procedimento do governo; garantindo desde o começo do conflicto e a pedido de s. ex.^a o sr. marquez de Salisbury a plena segurança do commercio, suspendendo pouco depois as hostilidades contra Sua Alteza, quando havia com sacrificio congregado no Zanzibar os elementos de força necessarios para conseguir, não só o melhor e mais rapido exito ao desforço a que se vira obrigado, mas ainda a legitima compensação dos sacrificios que elle lhe custava, antecipando a restituição do vapor apresado Kilwa, que sómente tencionava verificar depois de assignado um tratado de paz e de limites, o governo de Sua Magestade Fidelissima havia dado constantes provas do natural sentimento de deferencia que o anima para com os governos das duas nações amigas que intervieram n'este conflicto. Fiado, pois, não sómente nos sentimentos d'essas duas nações para com Portugal, mas, mais que tudo, na convicção de que a constante deferencia de que usára para com ellas, e attenção sempre prestada aos seus pedidos, lhe consentiriam acceital-as como medianeiras naturaes junto a Sua Alteza o Sultão, não duvidou o governo portuguez contrapôr á proposta de arbitragem o exame do assumpto com os representantes em Lisboa de Suas Magestades Britannica e Imperial. Não occultou então o governo, como aliás nunca o occultára no decurso d'esta negociação, até onde julgava poder ir sem menoscabo do brio e dignidade nacionaes, que acima de tudo lhe cumpre zelar. A sua linguagem a tal respeito foi sempre identica e insusceptivel de duvidas ou de uma diversidade qualquer na interpretação,

e o seu proposito tem sido e continua sendo o mais firme e inabalavel. || Não lhe tolhe, contudo, essa resolução em que se mantem o examinar detida e reflectidamente a proposta constante do memorandum, que em 18 de novembro ultimo lhe foi presente pelo representante de Sua Magestade Britannica. Embora o teor d'essa proposta, com justificada razão, o surprehenda e venha de encontro ao proposito sempre manifestado pelo governo portuguez, entende este que lhe cumpre formular detidamente as rasões em que se firma para não poder acceital-a; e que, por muito ponderosas, se lhe afiguram de natureza a actuar no animo dos governos da Gran-Bretanha e da Allemanha, levando-os a introduzir na mesma proposta as modificações indispensaveis para a tornarem acceitavel por Portugal. || Com este intuito julga o governo indispensavel contestar mais desenvolvidamente o memorandum de 18 de novembro, de cujas premissas se pretende derivar a proposta divisão da parte N. da bahia de Tungue, entre Portugal e o Zanzibar. || Sustenta o governo de Sua Magestade Britannica que a convenção de 28 de julho de 1817 não póde ser invocada como titulo de reconhecimento por parte da Gran-Bretanha dos limites territoriaes das possessões portuguezas nas duas costas de Afria, por ser essa convenção relativa a assumpto diverso, a repressão do trafico, e não ter outro intuito, o seu artigo 9.º senão indicar vagamente qual a zona em que certas prescripções do tratado deveriam vigorar. Acrescenta o memorandum que os limites N. e S. da actual provincia de Moçambique não coincidem já com os d'aquella convenção, e que a referencia ao Cabo Delgado poderia, quando muito, provar que ha setenta annos Portugal reclamára como seu esse territorio, mas que pelo proprio assumpto principal da convenção se reconhece que a Gran-Bretanha não fôra chamada então a verificar a validade das reclamações portuguezas, nem podia portanto confirmal-as ou reconhecel-as. || É comtudo na propria essencia da convenção de 1817, adicional ao tratado de Vienna de 22 de janeiro de 1815, que o governo portuguez vê por seu lado a prova evidente do reconhecimento explicito por parte da Gran-Bretanha da soberania portugueza nas regiões definidas no artigo 2.º da mesma convenção. Haviam concordado as duas corôas em unir os seus esforços para acabar com o trafico ao N. do Equador, mas, nos termos do artigo 2.º do referido tratado estabelecia-se que se providenciaria devidamente para destruir qualquer obstaculo a que esse trafico continuasse a exercer-se ao S. do Equador onde, segundo os tratados existentes entre os dois paizes e as leis portuguezas, elle continuava a ser licito „quer nos dominios actuaes da corôa de Portugal“, palavras do tratado, quer nos territorios sobre os quaes essa corôa reservára os seus direitos, Cabinda e Molembo, pelo tratado de alliança de 19 de fevereiro de 1810. || Que fez mais tarde a convenção de 1817? Veiu muito especialmente designar quaes eram esses terrenos onde tinham vigor leis portuguezas e tratados celebrados por Portugal, que constituíam, portanto, dominio da sua corôa, e aos quaes se queria restringir o trafico, por ser ali inevitavel a continuação de un commercio a que aliás se pretendia assegurar un termo para

Nr. 9661.

Portugal.

9. Dec. 1887.

tudo quanto não fossem terras de Portugal. || Tem sido esta a interpretação constantemente affirmada pelo governo de Sua Magestade Fidelissima, todas as vezes que foi necessario invocar os tratados com a Gran-Bretanha, para acrescentar, com o argumento poderoso do reconhecimento por uma grande potencia europêa todos os outros titulos que legitimam o dominio, bem como os direitos de Portugal nas suas possessões de Africa. || E esta doutrina não foi em muitos casos, como não podia sel-o, contestada pela Gran-Bretanha. Assim na correspondencia trocada em Londres de 1826 a 1828 entre o marquez de Palmella, então nosso enviado extraordinario e ministro plenipotenciario, e o Foreign Office, a cuja frente se acharam n'essa epocha sir George Canning e lord Dudley, não se contestou por parte d'este ultimo que o artigo 2.º da convenção importasse o reconhecimento explicito e formal do dominio, quiz-se apenas allegar que esse dominio, limitado na convenção emquanto á costa oriental pelo Cabo Delgado e bahia de Lourenço Marques, não as abrangiam inclusivamente. Nascêra esta interpretação, de modo essencial, da necessidade que a Inglaterra julgou ter de sustentar os actos praticados pelo capitão Owen ao S. da bahia de Lourenço Marques, e só por causa d'esta. Contestando por isso a lord Dudley, o marquez de Palmella concentrou toda a sua argumentação no sentido de demonstrar a inclusão no reconhecimento da bahia de Lourenço Marques, limitando-se a dizer, emquanto ao limite N. da provincia o seguinte: „Le soussigné prendra la liberté d'observer que, quant au Cap Delgado, il ne peut y avoir de question puisque c'est un point déterminé, où commencent les possessions portugaises“. Esta nota do marquez de Palmella nunca foi respondida por parte do governo inglez. Mas as asserções d'aquelle diplomata emquanto ao Cabo Delgado novamente foram levadas á presença e consideração do governo inglez em a nota que o encarregado de negocios de Portugal Figanière e Morão dirigiu em 14 de junho de 1869 a lord Clarendon, e comquanto, desde muitos annos, parte da bahia de Tungue e com ella o Cabo Delgado se achassem de facto na posse de Sua Alteza o Sultão, aquella asserção do representante portuguez igualmente deixou de ser contestada. Ainda mais, e este argumento parece decisivo emquanto á concordancia entre os dois governos de Portugal e Inglaterra ácerca do valor e significação do artigo 2.º da convenção de 1817. Em nota de 18 de março de 1862, dirigida por sir Arthur Magenis ao marquez de Loulé, lê-se textualmente o seguinte: || „No tratado celebrado em 1817 entre a Gran-Bretanha e Portugal, o territorio possuido por Portugal na costa oriental de Africa está da maneira seguinte definido no artigo 2.º: „os territorios possuidos pela corôa de Portugal ao S. do Equador, isto é, na costa oriental de Africa os territorios entre o Cabo Delgado e a bahia de Lourenço Marques“ e o unico motivo de controversia que pôde haver quanto aos limites da linha de costa especificada no supracitado artigo é se a bahia de Lourenço Marques é a bahia fronteira ao estabelecimento portuguez na embocadura do rio do mesmo nome, como o governo de Sua Magestade acredita, ou se abrange toda a bahia Delagoa, como o governo

portuguez pretende, etc." || D'esta nota escripta sob instrucções expressas do conde Russell, como resposta ao protesto pouco antes lavrado em Londres pelo conde do Lavradio, inferem-se, com relação ao assumpto que agora se discute, tres conclusões importantes: || 1.ª Que no sentir d'aquelle eminente estadista, então principal secretario de Sua Magestade Britannica na repartição dos negocios estrangeiros, a convenção de 1817 reconhecia effectiva e explicitamente os dominios da corôa de Portugal nas duas costas de Africa. || 2.ª Que a não ser pelas referencias por duas vezes feitas á nota do conde Dudley, a cuja dontrina lord Russell declarára adherir, não se reconhece a existencia d'estes pontos de controversia emquanto a limites do dominio portuguez na costa oriental, alem do relativo a Lourenço Marques, embora o Cabo Delgado e grande parte da bahia de Tungue se achasse então, apesar dos protestos do governo portuguez, na posse indevida de Sua Alteza o Sultão, cuja independencia acabava de ser reconhecida pela Gran-Bretanha e pela França. || 3.ª Que a interpretação de lord Dudley, de que o Cabo Delgado e a bahia de Lourenço Marques não estavam incluidos, mas excluidos, da demarcação fixada e do reconhecimento feito no artigo 2.º da convenção, caducára, visto que se acceitára a base da inclusão emquanto a Lourenço Marques, versando a duvida unicamente sobre o que devia acceitar-se com esta designação. Tal duvida, porém, nunca podia suscitar-se emquanto ao Cabo Delgado; e acceito o principio ou interpretação da inclusão para o limite S. constituido pela bahia, acceito estava no respeitante ao limite N., isto é, ao Cabo Delgado. || Parece pois demonstrado que em mais de um documento e por muitos estadistas eminentes da Gran-Bretanha se ligou ao artigo 2.º da convenção de 1817, não só o valor de um reconhecimento formal, que o governo portuguez constantemente lhe tem ligado, mas se lhe attribuiu até na provisão dos dizeres que fizeram assumpto de tão largas e renovadas discussões, um alcance que está longe de coadunar-se com a designação „grosso modo“ de uma zona onde poderia continuar a exercer-se o trafico da escravatura, proporções mais do que modestas a que, no memorandum de 18 de novembro, o governo de Sua Magestade Britannica pretende agora reduzir o alcance d'aquella antiga convenção, celebrada entre as duas nações amigas e alliadas. || A circumstancia da reserva expressa dos direitos affirmados pela corôa de Portugal á posse dos territorios de Cabinda ee Molembó, tanto no tratado de 1815 como na convenção de 1817 é tambem de per si prova evidente de quanto estava na mente das duas altas partes contratantes definir por fórma precisa e não grosso modo o territorio possuido por Portugal, e qual o alcance que por um e outro lado se ligava ao facto d'esse reconhecimento expresso no artigo 2.º da convenção. || E esta interpretação, em que assim se prova terem concordado na origem e por mais de uma vez os dois governos, é a que por seu lado mais ou menos todas as chancellarias europeas lhe têm attribuido, quando chamadas a apreciar questões relativas ao dominio portuguez em Africa. Poderiam multiplicar-se para o demonstrar as citações e as referencias. Bastará, porém, citar uma

Nr. 9661.

Portugal.

9. Dec. 1887.

Nr. 1661.
Portugal.
9. Dec. 1887.

circumstancia, que pelo alcance e significação tem no caso presente especial cabimento. || Referindo-se á necessidade de traçar uma linha de limites entre os territorios do protectorado allemão do S. de Africa e a provincia de Angola, dizia em um memorandum com data de 1 de dezembro de 1885 ao conselheiro Bocage o sr. barão de Schmidthals, ministro da Allemanha n'esta côrte, o seguinte: || „Em diferentes actos que fazem parte do direito publico internacional, entre outros no tratado celebrado entre Portugal e a Gran-Bretanha em 28 de julho de 1817, e nas negociações effectuadas um 1886 em Londres, figura o 18º de latitude austral como o limite S. das possessões portuguezas na costa occidental de Africa.“ || Era pois na convenção de 1817 que o imperio allemão se baseava para contestar que o limite S. de Angola fosse o Cabo Frio, como por outra ordem de rasões e argumentos o affirmára o governo portuguez. Mas quando, mesmo apesar de argumentos tão poderosos, o gabinete britannico persistisse agora na interpretação enunciado no memorandum de 18 de novembro, é certo, e isto se ponderou em a nota já citada de 4 de junho de 1869 a lord Clarendon, e mais tarde se affirmou de novo em outra nota dirigida em 3 de julho de 1871 á legação de Sua Magestade Britannica n'esta côrte, que nenhum direito assiste a qualquer das duas altas partes contratantes a interpretar por si só uma clausula de um tratado que a ambas ligou. E no intuito de melhor corroborar quanto precede e de demonstrar em que solido fundamento se estriba o governo portuguez na constante apreciação que tem feito da convenção de 1817, citará ainda o governo de Sua Magestade a opinião de um publicista eminente Carlos Calvo, que no seu tratado de direito internacional diz, precisamente sobre este assumpto, o seguinte¹: || „Le droit de souveraineté du Portugal n'a été pendant longtemps contesté d'une manière positive et effective par aucune des autres nations, qui, au contraire, ont passé avec lui des conventions, par lesquelles elles sollicitaient des concessions ou des privilèges dans les pays en question, ce qui prouvait implicitement de la part de ces nations la reconnaissance formelle et indubitable; et, parmi ces nations, nous voyons figurer l'Angleterre elle même, la seule puissance qui, plus tard, ait élevé des objections à l'étendue de la domination portugaise dans cette region, où cependant elle avait reconnue, par les conventions du 19 février 1810, du 22 janvier 1815 et du 28 juillet 1817 et de 1838, que le Portugal conservait ses droits souverains sur les territoires situés entre les parallèles 5º 12' et 8º de latitude S. || Une convention additionnelle au traité du 28 juillet 1817 classe, en termes exprès, parmi les territoires de la côte d'Afrique, au S. de l'Equateur, sur lesquels Sa Majesté Très-Fidèle a déclaré réserver ses droits, les territoires de Molembo et de Cabinda sur la côte occidentale d'Afrique, à partir du 5º 12' jusqu'au 8º latitude méridionale. Aussi a-t-on lieu d'être surpris lorsque, malgré le traité de paix signé à Paris,

¹ Le droit international théorique et pratique, par Charles Calvo, 4^{ème} édition, Berlin 1887. Tome I, liv. V, Propriété et domaine publics, pag. 393.

malgré le traité du 22 janvier 1815 et la convention additionnelle du 28 juillet 1817, qui confirment les mêmes dispositions, de voir en 1846 l'Angleterre contester au Portugal les droits qu'elle lui avait précédemment reconnus; mais, hâtons nous de le faire observer, la contestation ne porte pas au fond sur la question essentielle de propriété.“

Nr. 9661.
Portugal.
9. Dec. 1887.

II.

Em uma outra ordem de argumentos se firma, porém, o gabinete de Londres, para contestar a validade das reclamações do governo de Sua Magestade Fidelissima. É um facto assente e acceito por todos que desde que em 1862 o Zanzibar se constituiu como estado independente, destacando-se do imanato de Mascate, o Meningane formou o limite S. dos dominios do Sultão. Ali, ao N. da bahia de Tungue, se estabeleceram subditos estrangeiros de diversas nações, ali commerciarão e pagaram imposto ás auctoridades do Sultão, assim se allega no memorandum. || Não o póde contestar o governo portuguez, mas, afirmando o facto, enumera a par d'isso, e por mais de uma vez o tem feito, os protestos repetidos e solemnes, as reservas formaes com que procurou sempre resalvar o seu direito e manter as suas mais que justificadas reclamações. E se outras nações acceitaram o facto consummado, nenhuma o sanccionou anteriormente á recente convenção anglo-germanica, e contra as disposições d'essa convenção celebrada fóra do accordo e audiencia de Portugal se manifestou desde logo o governo de Sua Magestade, tendo tido a satisfação de verificar que na sua alta imparcialidade e innegavel espirito de justiça, lord Salisbury reconheçera não poder esse convenio prender a acção, nem lesar os direitos de Portugal. || Não é este por certo um caso de prescripção. Em direito internacional só póde admitir-se esta, em contestação, quando caiba na conhecida formula (antiquitas, vetustas, cujus contraria memoria non existit). Para uma hypothese no caso que se ventila é applicavel o que diz Heffter: || „Il est donc constant que les droits une fois acquis, auxquels des clauses spéciales ou leur but n'assignent pas une durée limitée, subsistent indéfiniment et aussi longtemps que les parties intéressées n'y renoncent ou ne se trouvent pas dans l'impossibilité de les exécuter¹.“ || Na mesma ordem de idéas escreve o publicista F. de Martens: || „Dans le domaine des relations internationales rien, ne peut interrompre la continuité d'un droit ancien. Un gouvernement peut, en fait, perdre une possession, mais il lui est toujours loisible d'essayer de la recouvrer d'une ou d'autre manière².“ || Foi por via de negociação, recorrendo sempre á acção diplomatica, que Portugal no longo decurso de mais de trinta annos diligenciou reaver o que a traição de um scheik lhe fizera perder em 1853. Se ultimamente, e contra sua vontade, se víra forçado a recorrer a meios violentos, foi quando Sua Alteza o Sultão, tendo annuido, por telegramma

¹ Le droit international de l'Europe. Paris, 1883.

² F. de Martens, Traité de droit international. Paris, 1883.

Nr. 9661.
Portugal.
9. Dec. 1887.

dirigido a Sua Magestade El-Rei, a receber um commissario, e tratar com elle, se recusou a aceitar qualquer discussão sobre o ponto em litigio, desattendendo assim o representante do soberano portuguez, e pretendendo acobertar-se para isso com as disposições de um convenio, o qual, segundo a propria declaração das potencias que o firmaram, não podia obrigar Portugal, que ácerca d'elle não fôra ouvido. || Antiga posse e occupação com exercicio de todos os actos de soberania, reconhecimento expresso do direito, protesto e constante reclamação contra a occupação illegitima e não sancionada, nem reconhecida oficialmente durante trinta e tantos annos, o que vale a par d'isto a simples tolerancia e acceitação do facto consummado por terceira potencia, unico argumento que Sua Alteza podia, até ainda ha muito pouco, fazer valer perante as justas reclamações de Portugal?

III.

Sustenta-se no memorandum que se baseiam em um equivoco, ou menos exacta interpretação, as palavras attribuidas a sir Julian Pauncefote, em o officio do ministro de Portugal em Londres com data de 17 de novembro de 1885. É materia de facto, que só pôde ser esclarecida pelos dois interlocutores, e sobre a qual o governo de Sua Magestade entende não dever insistir. Mas não pôde o governo de Sua Magestade deixar de lamentar acceita a declaração de sir Julian, como vem formulada no memorandum, que prevendo se já n'essa epocha em Londres uma decisão qualquer ácerca da posse do Cabo Delgado, o gabinete inglez, isto é, o governo de uma potencia, cuja amisade e alliança Portugal sempre prezára tanto, estivesse disposto a excluir, como de facto o excluiu, de uma deliberação que tão de perto podia interessal-o. || E no emtanto é certo que não parecêra ser esse a principio o intuito dos gabinetes de Berlim e París, visto que, como foi já consignado em a nota acima referida, de 12 de abril de 1887, o sr. conde de Bismarck communicára ao representante de Sua Magestade em Berlim, em 21 de outubro de 1885 „que os commissarios dos tres governos se achavam encarregados unicamente de preparar pelos seus trabalhos a delimitação das fronteiras entre o sultanado e os territorios dos diversos chefes indigenas do continente africano“, e por outro lado o ministro dos negocios estrangeiros da republica franceza affirmára „que Portugal não tinha em tal negocio interesse algum, pois que as suas fronteiras em Zanzibar ficavam ao S. d'este paiz e os territorios de que se tratava eram ao N. e ao O.“ || Effectivamente era só n'estes termos que podia explicar-se a exclusão de Portugal da commissão internacional, exclusão que continha em germen todas as graves difficuldades supervenientes.

IV.

Admitte o governo de Sua Magestade Britannica o direito que assistia ao governo portuguez de diligenciar reaver por via diplomatica os terrenos que uma traição lhe subtrahira em 1853. Acrescenta, porém, que o surprehendêra o recurso á força quando pendiam negociações. A deferencia para com um

governo amigo tem levado o gabinete de Lisboa a explicar, por mais de uma vez, as razões ponderosíssimas, por que assim se viu forçado a proceder. O convenio anglo-germanico tornára inevitavel que a questão de limites pendente entre Portugal e Zanzibar tivesse uma final liquidação, de accordo com o proprio desejo formulado por Sua Alteza em carta a El-Rei de Portugal. Cuidou pois o governo, de nomear um commissario que o deveria representar em Zanzibar; mas como tivessem decorrido os seis mezes marcados na carta do Sultão, desejou, para não expôr esse commissario a um desaire, informar-se primeiro se continuava ou não a ser intenção de Sua Alteza liquidar essa antiga pendencia, como promettera fazel-o. || Em telegramma de reposta a El-Rei confirmou Sua Alteza, que veria com satisfação a chegada do commissario portuguez. Nem uma palavra de referencia á rasão allegada mais tarde em frente d'esse commissario, de que a questão estava finda, havendo sido resolvida e a seu contento, pelo convenio anglo-germanico, ao qual adherira pouco antes. N'esta attitude assumida em face do commissario portuguez, no facto de declinar para a Inglaterra e Allemanha a resolução de uma questão, que pouco antes se havia declarado apto a resolver por si, é que está o desaire, que uma nação briososa e com tradições tão nobres, particularmente na propria região onde estes factos se passaram, ainda hoje povoada de fortalezas de construcção portugueza e cujas pedras tantas vezes foram regadas por sangue portuguez, não podia soffrer impunemente. || D'este facto, é independente a interpretação, que o governador geral de Moçambique, á face de traducções diversas da carta em arabe, que Sua Alteza dirigiu a El-Rei, deu por seu lado ao compromisso voluntaria e espontaneamente tomado para com o soberano portuguez por aquelle Principe. Não estavam pois negociações pendentes, quando o governador geral seguiu para Tungue; fixára-se um ultimatum, e este não fôra respondido no praso marcado.

V.

Assevera-se no memorandum, que fôra com surpresa que o governo de Sua Magestade Britannica soubera ter o commissario portuguez recebido instrucções para definir pela melhor fórma os limites entre a provincia de Moçambique e a estreita faixa de terra, que, nos termos do convenio anglo-germanico de 30 de dezembro de 1886, lhe ficou pertencendo junto á costa. É certo, porém, que a linguagem constantemente usada pelo ministro dos negocios estrangeiros de Portugal, de modo claro estabelecia que, disposto a ir no terreno da conciliação tão longe quanto possível fosse, por attenção e deferencia para com a Inglaterra e a Allemanha, um ponto havia sobre o qual nunca lhe seria possível transigir. A bandeira de Portugal tem tradições demasiado gloriosas para poder ser arriada, e deixar de fluctuar sobre o terreno d'onde por traição fôra arrancada trinta e tantos annos antes, hoje que de novo a hastearam, nos velhos e derrocados muros de uma fortaleza que construíamos, mãos de marinheiros portuguezes. || A Gran-Bretanha, que é uma nobre e grande nação, que a nenhuma cedê no patriotismo e na grandeza

Nr. 9681.
Portugal.
9. Dec. 1887.

do amor e veneração que liga ao seu solo todos os que d'elle são provenientes e se acham espalhados pelas cinco partes do mundo, a Inglaterra aprecia de certo e honra um sentimento como aquelle que dictou as instrucções formuladas ao commissario portuguez, e a resolução firme e inabalavel em que a tal respeito se mantem o governo de Sua Magestade Fidelissima. || E as instrucções dadas ao capitão de fragata Hermenegildo Carlos de Brito Capello estavam longe, ainda assim, resalvada que fosse aquella clausula essencialissima, de poderem dizer-se tão inflexiveis, que não admittissem e não chegassem mesmo a ter uma discussão, formulando-se dentro d'ellas uma proposta que o commissario de Sua Alteza, o general Lloyd William Mathews, se promptificou a submeter ao exame do seu soberano, obrigando-se a fazer conhecer dentro de horas a resposta de Sua Alteza. || Effectivamente na primeira conferencia, celebrada em 19 de julho de 1887 em Zanzibar, entre os dois commissarios, depois de trocadas as cortezias do estylo, o commissario de Sua Alteza o Sultão, declarando que este estava por seu lado desejoso de concordar na demarcação das fronteiras entre os territorios que os dois estados possuíam na Africa Oriental, propunha por isso ao commissario de Portugal que indicasse um ponto de partida, por onde deveria traçar-se a linha de demarcação que se adoptasse para base das negociações. No decurso da discussão sustentou o commissario Brito Capello, com valiosos argumentos e abundancia de indicações, as suas propostas de limitação, que resumiu no fim da sessão pela seguinte fórma: || „Á face do direito adquirido o paralelo de Cabo Delgado, á face das conveniencias de Portugal, do Zanzibar e da Allemanha a margem direita do Rovuma.“ || Á exposição do commissario portuguez o sr. Lloyd Mathews, apenas oppoz a declaração de que „Sua Alteza, ao nomeal-o para tratar das demarcações, lhe prescrevêra como limite S. de seus territorios o limite do rio Meningane, limite de que as suas instrucções lhe não permittiam desviar-se, e que estava garantido por um tratado firmado por Sua Alteza com a Allemanha e a Inglaterra“. Fundamentou ainda o commissario zanzibarita essas instrucções e a sua absoluta inflexibilidade no facto da posse da bahia por perto de quarenta annos, e na ausencia de qualquer tratado de limites em vigor com Portugal. || N'estes termos não havia por certo meio de progredir. Sua Alteza resolveu então dirigir-se aos governos da Gran-Bretanha e da Allemanha, e em resultado do conselho da primeira d'estas duas potencias, indicára já o commissario Mathews em officio de 10 de agosto o recurso á arbitragem; no entanto, perante as insistencias do capitão da fragata Brito Capello, os dois commissarios reuniram-se novamente e celebraram a sua segunda e ultima conferencia em 24 de agosto, reatando assim as negociações interrompidas desde 19 de julho. N'essa conferencia expoz o sr. Lloyd Mathews, esquecendo por seu lado inflexibilidade absoluta das snas proprias instrucções, de que dera conta na sessão anterior, „que as proposições do commissario Brito Capello sendo fixas e terminantemente apoiadas em factos consummados não davam latitude a negociações“. A isto, porém, redarguiu o commissario portuguez

declarando que, „se fixára sempre na correspondencia trocada com o plenipotenciario de Sua Alteza a insistencia de continuar as negociações, não o fizera para persistir n'uma linha de limites certa e de antemão definida, porquanto escolher esta para a determinar era justamente o fim das negociações. Por proposta do sr. Mathews disse haver apresentado effectivamente umas bases, mas que estas, da mesma maneira que a linha do Meningane, que Sua Alteza determinára ao seu plenipotenciario manter, não podiam nem deviam tomar-se por definitivas. || Se Sua Alteza não accetava a conveniencia do Rovuma, desceria mais abaixo, tomando como ponto de partida a aldeia de Mbvesi no canto da bahia formada pela costa N. do Cabo Delgado, seguindo pelas baixas da vertente N. do mesmo cabo até ao morro de 177 pés de altura, que fica proximamente a 3 kilometros ao NO. verdadeiro de Mbvesi, passando pela faldia do N. do dito morro e seguindo d'aqui em paralelo até encontrar a margem direita do Rovuma, ou melhor pelas arestas de montanhas que existem proximo d'este paralelo, ficando a aldeia de Mbvesi sob os dominde de Sua Alteza.“ || O sr. Lloyd Mathews tomou então nota d'essa linha, a fim de a submitter á apreciação de Sua Alteza, de cuja resposta ficou de dar conhecimento ao seu collega no proprio dia ou no seguinte, compromisso que aliás não foi mantido.

Nr. 9661.
Portugal.
9. Dec. 1857.

VI.

Parecem assim refutadas cabalmente as asserções contidas no memorandum de 18 de novembro, e largamente fundamentadas as razões que tohem ao governo de Sua Magestade, apesar do seu desejo sincero de em tudo ser agradavel aos de Suas Magestades Britannica e Imperial, o accetiar a proposta com a qual conclue aquelle memorandum. Dirigindo-se ao sr. barão de Schmidthals em nota de 20 de setembro ultimo, escreveu o ministro e secretario d'estado dos negocios estrangeiros de Sua Magestade Fidelissima o seguinte, que até certo ponto se acha já exarado no decurso d'este memorandum, e não póde deixar de continuar a ser a firme proposito do governo portuguez: || „Hoje, quando por effeito de acontecimentos bem conhecidos de v. ex.^a e do governo imperial, de novo tremula em Tungue a bandeira portugueza que d'ali fôra arriada por traição em 1859, não é licito a este governo admittir para a delimitação de Moçambique, e fôra da solução do curso inteiro do rio Rovuma, outra hypothese que não seja a de um paralelo (o de 10° 40' de latitude S.), seguindo de Cabo Delgado até aquelle rio, accomodando-se essa fronteira quanto possivel ás condições orographicas do terreno e á distribuição da população indigena. || Condescendendo com os desejos dos governos da Allemanha e da Inglaterra, suspendeu Portugal em tempo as hostilidades contra Sua Alteza o Sultão, quando tinha reunido em Zanzibar uma força naval com a qual lhe teria sido facil impôr condições vantajosas, e terminar de vez este antigo litigio. O governo de Sua Magestade foi mais longe ainda no seu desejo de facilitar uma prompta solução e de demonstrar as disposições conciliadoras que o animam e o sentimento de justa e natural deferencia para com duas

